

William Blum

Zerstörung der Hoffnung

Bewaffnete Interventionen der USA und der CIA seit dem Zweiten Weltkrieg

Aus dem Englischen von Nicole Seichter, Thomas Dannenberg
und Joachim Schäfer

© 2008 Zambon Verlag, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten

Gestaltung: Glery Cruz de Koch, Frankfurt am Main

Umschlag: Fabio Biasio, Berlin

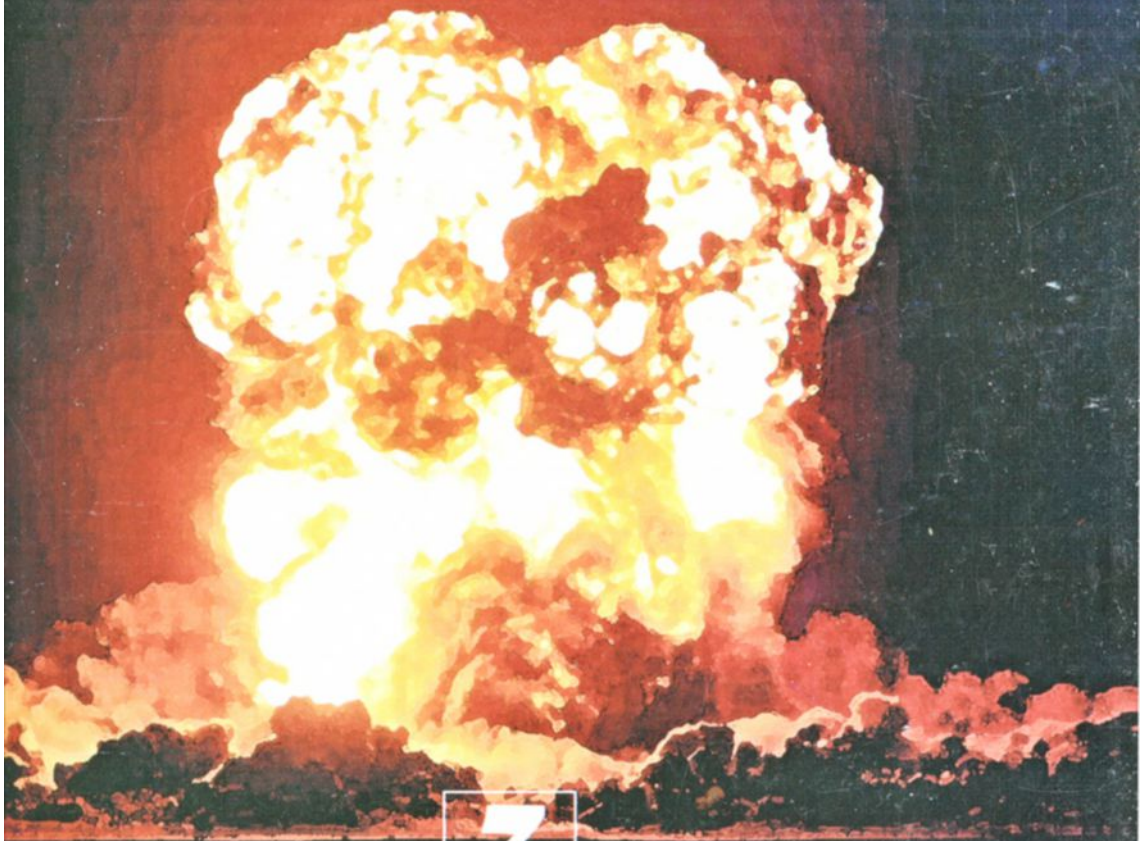
Druck: Nexus Druck GmbH, Frankfurt am Main

ISBN 978-3-88975-141-6

WILLIAM BLUM

ZERSTÖRUNG DER HOFFNUNG

**BEWAFFNETE INTERVENTIONEN
DER USA UND DES CIA
SEIT DEM 2. WELTKRIEG**



Inhaltsverzeichnis

0	Einleitung	5
1	China von 1945 bis in die 1960er Jahre	23
2	Italien von 1947 bis 1948	33
3	Griechenland 1947 bis in die frühen 1950er Jahre	42
4	Die Philippinen in den 1940er- und 1950er Jahren	49
5	Korea 1945 bis 1953	58
6	Albanien 1949 bis 1953	72
7	Osteuropa 1948 bis 1956	75
8	Deutschland in den 1950er Jahren	80
9	Der Iran 1953	85
10	Guatemala 1953 bis 1954	96
11	Costa Rica Mitte der 1950er Jahre	109
12	Syrien 1956 bis 1957	112
13	Der Nahe Osten 1957 bis 1958	118
14	Indonesien 1957 bis 1958	132
15	Westeuropa 1950er- und 1960er Jahre	139
16	Britisch-Guayana 1953 bis 1964	145
17	Sowjetunion späte 1940er- bis 1960er Jahre	153
18	Italien 1950er- bis 1970er Jahre	161
19	Vietnam 1950 bis 1973	165
20	Kambodscha 1955 bis 1973	180
21	Laos 1957 bis 1973	189
22	Haiti 1959 bis 1963	198
23	Guatemala 1960	201
24	Frankreich/Algerien 1960er Jahre	203
25	Ecuador 1960 bis 1963	209
26	Der Kongo 1960 bis 1964	213
27	Brasilien 1961 bis 1964	223
28	Peru 1960 bis 1965	236
29	Die Dominikanische Republik 1960 bis 1966	240

30	Kuba 1959 bis 1980er Jahre	253
31	Indonesien 1965	265
32	Ghana 1966	272
33	Uruguay 1964 bis 1970	275
34	Chile 1964 bis 1973	282
35	Griechenland 1964-1974	295
36	Bolivien 1964 bis 1975	303
37	Guatemala 1962 bis 1980	313
38	Costa Rica 1970 bis 1971	327
39	Irak 1972 bis 1975	330
40	Australien 1973 bis 1975	334
41	Angola 1975 bis in die 1980er Jahre	341
42	Zaire 1975 bis 1978	351
43	Jamaika 1976 bis 1980	359
44	Seychellen 1979 bis 1981	365
45	Grenada 1979 bis 1984	368
46	Marokko 1983	379
47	Surinam 1982 bis 1984	381
48	Libyen 1981 bis 1989	384
49	Nicaragua 1978 bis 1990	397
50	Panama 1969 bis 1991	418
51	Bulgarien 1990/Albanien 1991	431
52	Irak 1990 bis 1991	439
53	Afghanistan 1979 bis 1992	464
54	El Salvador 1980 bis 1994	483
55	Haiti 1986 bis 1994	506
56	Das amerikanische Imperium	523
	Anhang	535
	Anhang I	535
	Anhang II	543
	Anhang III	544

0 Einleitung

Auszüge aus der Einleitung der Ausgabe von 1987

Eine kurze Geschichte des Kalten Krieges und des Antikommunismus

Unsere Angst davor, daß der Kommunismus eines Tages die ganze Welt übernehmen könnte, macht uns blind für die Tatsache, daß der Antikommunismus dies bereits getan hat. *Michael Parenti*¹

Zu Beginn der Kämpfe in Vietnam sagte ein Offizier des Vietcong zu einem amerikanischen Gefangenen: »Nach dem Zweiten Weltkrieg wart ihr unsere Helden. Wir lasen amerikanische Bücher und sahen amerikanische Filme. In jenen Tagen konnte man überall hören ›reich und klug wie ein Amerikaner‹. Was ist geschehen?«²

Ein Amerikaner könnte in den zehn Jahren davor eine ähnliche Frage auch von einem Guatemalteken, einem Indonesier oder einem Kubaner gehört haben, oder in den zehn Jahren danach von jemand aus Uruguay, einem Chilenen oder einem Griechen. Das Wohlwollen und die Glaubwürdigkeit, die die Vereinigten Staaten am Ende des Zweiten Weltkrieges auf der ganzen Welt in bemerkenswertem Umfang genossen, wurden Land um Land, Intervention um Intervention, verspielt. Die Gelegenheit, die vom Krieg verwüstete Welt neu zu gestalten, die Grundlagen für Frieden, Wohlstand und Gerechtigkeit zu legen, verschwand unter der schrecklichen »Last« des Antikommunismus.

Diese »Last« hatte sich seit längerer Zeit akkumuliert, genau genommen seit dem ersten Tag der Russischen Revolution. Im Sommer des Jahres 1918 befanden sich etwa 13.000 amerikanische Soldaten auf dem Gebiet der neu gegründeten Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Zwei Jahre und Tausende von Todesopfern später zogen die amerikanischen Truppen ab, nachdem sie ihre Mission, den bolschewistischen Staat schon »bei der Geburt zu erwürgen«, wie Winston Churchill es nannte,³ verfehlt hatten.

Der junge Churchill war seinerzeit Kriegs- und Luftfahrtminister Großbritanniens. Er war es, der in zunehmendem Maße die Invasion der Sowjetunion durch die Alliierten (Großbritannien, die USA, Frankreich, Japan und etliche andere) auf Seite der konterrevolutionären »Weißen Armee« steuerte. Jahre später hielt Churchill als Historiker seine Sicht dieser einzigartigen Angelegenheit für die Nachwelt fest:

»Standen sie [die Alliierten] im Krieg mit Sowjetrußland? Ganz gewiß nein. Aber sie feuerten aus Sichtweite auf Sowjetrußen. Sie standen als Invasoren auf russischer Erde. Sie bewaffneten die Feinde der Sowjetregierung. Sie blockierten ihre Häfen und versenkten ihre Kriegsschiffe. Sie wünschten und planten allen Ernstes ihren Untergang. Aber Krieg – wie unanständig! Einmischung – wir sollten uns schämen! Sie wiederholten immer wieder, daß es ihnen völlig gleichgültig wäre, wie die Russen ihre inneren Angelegenheiten regelten. Sie waren unparteiisch und – Wumm!«⁴

Was erschreckte die mächtigsten Nationen der Welt eigentlich so an der bolschewistischen Revolution? Was trieb sie dazu, in ein Land einzufallen, dessen Soldaten noch kurz zuvor drei Jahre lang mit ihnen Seite an Seite gekämpft hatten und das größere Verluste als jedes andere am Weltkrieg beteiligte Land erlitten hatte?

Die Bolschewisten hatten die Dreistigkeit besessen, mit Deutschland einen Separatfrieden zu schließen, um aus einem Krieg auszusteigen, den sie als imperialistisch betrachteten und der absolut nicht ihr Krieg war, und um zu versuchen, ein entsetzlich erschöpftes und verwüstetes Rußland neu aufzubauen. Und noch schlimmer: Die Bolschewisten hatten die Frechheit besessen, ein kapitalistisch-feudalistisches System zu stürzen und den ersten sozialistischen Staat der Weltgeschichte auszurufen. Das war eine unglaubliche Anmaßung. Das war das Verbrechen, welches die Alliierten bestrafen mußten, das Virus, welches ausgerottet werden mußte, damit es nicht auf ihre eigenen Völker übersprang.

Die Invasion verfehlte zwar ihren unmittelbaren Zweck, aber sie hatte nichtsdestotrotz ernsthafte Konsequenzen, welche bis zum heutigen Tage andauern. Professor D. F. Fleming, der Historiker des Kalten Krieges an der Vanderbilt University bemerkte:

»Für das amerikanische Volk existiert die kosmische Tragödie der Interventionen in Rußland nicht, oder sie war bloß eine unwichtige Begebenheit, die längst vergessen ist. Aber für die Sowjetvölker und ihre Führer war diese Periode ihrer Geschichte eine Zeit endlosen Tötens, Plünderns und Vergewaltigens, der Seuchen und des Hungers, des maßlosen Leids für viele Millionen – eine Erfahrung, die tief in die Seele einer Nation eingebrannt ist und über Generationen hinweg nicht vergessen werden wird, falls überhaupt jemals. Auch das harte Regiment der Sowjets über viele Jahre ist vollends gerechtfertigt durch die Furcht, daß die kapitalistischen Mächte erneut einfallen würden, um die Arbeit zu Ende zu bringen. Bezeichnenderweise erinnerte uns der Ministerpräsident des ZK der KPdSU Chruschtschow in seiner Rede am 17. September 1959 in New York an die Interventionen, »die Zeit, als ihr eure Truppen geschickt habt, um die Revolution zu ersticken«, wie er es ausdrückte.«⁵

Ein Bericht des Pentagons aus dem Jahre 1920 kann als ein böses Omen für den Mangel an Sensibilität bei einer Supermacht gelten. In diesem Bericht heißt es:

»Diese Expedition liefert eines der schönsten Beispiele in der Geschichte für ehrenhaftes, selbstloses Handeln [...] unter sehr schwierigen Umständen, mit dem Ziel, einem Volk bei seinem Kampf um eine neue Freiheit zu helfen.«⁶

Die Geschichte kann uns nicht sagen, wie eine heutige Sowjetunion aussehen würde, hätte man ihr erlaubt, sich »normal« nach ihren eigenen Vorstellungen zu entwickeln. Alles, was wir kennen, ist eine Sowjetunion, die in ihrer Wiege angegriffen wurde, in einer extrem feindlichen Welt allein aufwuchs und, als sie es dennoch geschafft hatte, das Erwachsenenalter zu erreichen, mit dem Segen der Westmächte von der Kriegsmaschinerie der Nazis überrannt wurde. Die daraus resultierenden Unsicherheiten und Ängste führten unausweichlich zu den charakterlichen Deformationen, die man auch bei einem Individuum findet, das unter ähnlich lebensbedrohenden Umständen aufwächst.

Wir hier im Westen werden stets an die – wirklichen oder vorgeblichen – politischen Fehler der Sowjetunion erinnert, aber niemals an die Geschichte, die dazu geführt hat. Der antikommunistische Propagandafeldzug begann sogar schon vor der Militärintervention. Noch bevor das Jahr 1918 zu Ende war, waren Schlagworte wie »die Rote Gefahr«, »der bolschewistische Angriff auf die Zivilisation« und »die Bedrohung der Welt durch die Roten« zum täglichen Brot auf den Seiten der *New York Times* geworden.

Im Februar und März 1919 hielt der Rechtsausschuß des US-Senats Anhörungen ab, in denen viele »Bolschewisten-Schauergeschichten« vorgestellt wurden. Der Charakter einiger dieser Aussagen läßt sich gut an der Schlagzeile der normalerweise behäbigen *Times* vom 12. Februar 1919 ermessen:

Sie beschreiben die Schrecken der roten Herrschaft. R. E. Simons und W. W. Welsh berichten den Senatoren von den brutalen Taten der Bolschewisten – sie ziehen Frauen auf der Straße nackt aus – Menschen aller Klassen außer dem Abschaum sind der Gewalt des Pöbels ausgeliefert.

Der Historiker Frederick Lewis Schuman schrieb:

»Unter dem Strich war das Ergebnis dieser Anhörungen [...] ein Bild von der Sowjetunion, wonach dieses eine Art von Tollhaus war, das von elenden Sklaven bewohnt war, welche auf Gedeih und Verderb einer Organisation von Amokläufern ausgeliefert waren, deren Absicht es war, alle Spuren der Zivilisation zu beseitigen und das Land zurück in die Barbarei zu führen.«⁷

Keine Geschichte über die Bolschewisten war – im wahrsten Sinne des Wortes – zu überspannt, zu bizarr, zu grotesk oder zu pervers, um gedruckt und weithin geglaubt zu werden: Von Frauen, die verstaatlicht wurden, bis hin zu Kleinkindern, die gegessen wurden (so wie die frühen Heiden die Christen beschuldigten, ihre Kinder aufzufressen; dasselbe glaubte man im Mittelalter auch von den Juden). Die Geschichte über verstaatlichte Frauen mit all ihren unterschwellig blutrünstigen Assoziationen (Zwangsheirat, »Freie Liebe« usw.) »wurde über Tausende von Radiostationen im ganzen Land ver-

breitet«, schrieb Schuman, »und trug vielleicht mehr als alles andere dazu bei, die russischen Kommunisten in der Meinung der meisten amerikanischen Bürger zu perversen Kriminellen abzustempeln.«⁸ Selbst nachdem das Außenministerium hatte zugeben müssen, daß diese Geschichte ein Schwindel war, blieb sie noch lange weithin im Umlauf. (Daß die Sowjets ihre Kinder äßen, erzählte die John Birch Society ihrer großen Zuhörerschaft sogar noch im Jahre 1978.)⁹

Ende des Jahres 1919, als die Niederlage der Alliierten und der Weißen Armee sich abzuzeichnen begann, bearbeitete die *New York Times* ihre Leser mit Schlagzeilen und Meldungen wie diesen:

- ☞ 30. Dezember 1919: »Die Roten wollen den Krieg mit Amerika.«
- ☞ 9. Januar 1920: »»Offizielle Kreise« beschreiben die bolschewistische Bedrohung im nahen Osten als beunruhigend.«
- ☞ 11. Januar 1920: »Alliierte Beamte und Diplomaten [erwarten] eine mögliche Invasion Europas.«
- ☞ 13. Januar 1920: »Alliierte diplomatische Kreise« befürchten eine Invasion Persiens.
- ☞ 16. Januar 1920: Eine achtspaltige Schlagzeile auf der ersten Seite:
»Großbritannien befürchte einen Krieg mit den Roten und beruft eine Versammlung in Paris ein.«
»»Gewöhnlich gut informierte Diplomaten« erwarten sowohl eine Militärintvasion in Europa als auch einen Vormarsch der Sowjets in Ost- und Südasiens.«
- ☞ Den nächsten Morgen jedoch konnte man lesen:
»Kein Krieg mit Rußland, die Alliierten wollen mit ihnen Geschäfte machen.«
- ☞ 7. Februar 1920: »Die Roten mobilisieren Truppen, um Indien anzugreifen.«
- ☞ 11. Februar 1920: »Befürchtung, daß die Bolschewisten nun auf japanisches Territorium vordringen.«

Die Leser der *New York Times* sollten glauben, daß alle diese Invasionen von einem Land ausgingen, das zerrüttet war wie kaum eine anderes zuvor in der Geschichte; von einer Nation, die sich noch immer von einem entsetzlichen Weltkrieg erholt und sich in äußerstem Chaos befand infolge einer fundamentalen sozialen Revolution, die bislang kaum in Gang gekommen war; einer Nation, die in einen brutalen Bürgerkrieg gegen Kräfte verwickelt war, die von den Großmächten der Welt unterstützt wurden, und deren Wirtschaft, deren Aufbau noch kaum begonnen hatte, sich in einem totalen Chaos befand; und schließlich von einem Land im Würgegriff einer Hungersnot, die, bevor sie abgeklungen wäre, Millionen von Toten zurücklassen würde.

Im Jahre 1920 brachte die Wochenzeitschrift *The New Republic* eine längere Analyse der Berichterstattung der *New York Times* über die russische Revolution und die Intervention. Neben vielen anderen Dingen erbrachte diese Analyse, daß die *Times* in den zwei Jahren nach der Oktoberrevolution von 1917 nicht weniger als 19 Mal behauptet hatte, »die Sowjets näherten sich dem Ende ihrer Kräfte oder hätten dieses sogar schon erreicht.«¹⁰

Dies war die Wirklichkeit, wie sie von der »maßgeblichen Zeitung« der Vereinigten Staaten dargeboten wurde, und man kann sich nur mit Schrecken vorstellen, welches Gebräu die anderen Tageszeitungen des Landes ihren Lesern vorsetzten.

Dies also war die erste Erfahrung des amerikanischen Volkes mit einem neuen gesellschaftlichen Phänomen, das die Weltbühne betreten hatte, seine Grundbildung über die Sowjetunion und jene Sache, die sich »Kommunismus« nennt. Die Schüler haben sich nie wieder von dieser Lektion erholt – ebensowenig wie die Sowjetunion.

Die Militärintervention wurde zwar beendet, die Propagandaoffensive jedoch ließ – mit der einzigen und auch nur teilweisen Ausnahme der Zeit des Zweiten Weltkriegs – niemals nach. Im Jahre 1943 widmete die Wochenzeitschrift *Life* ein ganzes Heft den Erfolgen der Sowjetunion und ging dabei weit über das hinaus, was die Solidarität in der Zeit des Krieges erfordert hätte, ja sie ging sogar soweit, Lenin den »vielleicht größten Mann der neueren Zeit« zu nennen.¹¹ Zwei Jahre später jedoch, als Harry Truman im Weißen Haus saß, hatte solche Brüderlichkeit keine Überlebenschance mehr. Schließlich war es Truman, der am Tag, nachdem die Nazis in die Sowjetunion einmarschiert waren, gesagt hatte:

»Wenn wir sehen, daß Deutschland am gewinnen ist, müssen wir Rußland helfen, und wenn Rußland am gewinnen ist, müssen wir Deutschland helfen, damit sie gegenseitig so viele Menschen wie möglich umbringen, obwohl ich unter keinen Umständen sehen möchte, daß Hitler den Sieg davonträgt.«¹²

Der Vertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion im Jahre 1939 wurde von der amerikanischen Propaganda bis zum Erbrechen ausgeschlachtet. Das war allerdings nur möglich, da man die Augen vor der Tatsache verschloß, daß die Russen dazu gezwungen waren, diesen Vertrag abzuschließen. Die Westmächte (vor allem die Vereinigten Staaten und Großbritannien) hatten sich wiederholt geweigert, sich mit Moskau gegen Hitler zu verbünden.¹³ Sie hatten sich ja auch schon geweigert, der linksorientierten spanischen Regierung gegen die Belagerung durch die deutschen, italienischen und spanischen Faschisten seit 1936 zur Hilfe zu kommen. Stalin war klar, daß der Westen, wenn er schon Spanien nicht rettete, ganz sicher erst recht nicht die Sowjetunion retten würde.

Vom Roten Schreckgespenst der 1920er-Jahre über den Terror von Senator McCarthy gegen Andersdenkende in den 1950er-Jahren bis zu Ronald Reagans Kreuzzug gegen das Reich des Bösen in den 1980er-Jahren waren die Amerikaner einer unbarmherzigen antikommunistischen Indoktrinierung ausgesetzt. Sie saugen sie mit der Muttermilch auf, finden sie ihr in ihren Comic-Heften in bunten Bildern wieder und bekommen sie in ihren Schulbüchern vorbuchstabiert. Ihre Tageszeitungen versorgen sie mit Schlagzeilen, die ihnen alles vorsagen, was sie wissen müssen; Priester finden hier das Material für ihre Predigten, Politiker werden daraufhin gewählt und der *Reader's Digest* reichert sich damit an.

Das unweigerliche Resultat dieses heimtückischen Angriffs auf den Geist der Menschen ist die grimmige Überzeugung, daß ein großer Fluch auf die Welt losgelassen wurde, möglicherweise sogar vom Teufel selbst, wenn auch in Form von Menschen. Diese Menschen sind nicht von den gleichen Bedürfnissen, Ängsten, Gefühlen und Moralvorstellungen angetrieben, die den Rest der Menschheit leiten. Vielmehr sind dies Menschen, die sich in einer außergewöhnlich raffinierten, monolithischen und internationalen Verschwörung zusammengefunden haben, deren Ziel es ist, die Welt zu unterwerfen und zu versklaven. Ihre Absichten sind vielleicht nicht immer klar, aber das Böse braucht keinen Beweggrund außer dem Bösen selbst. Wenn diese Menschen so tun, als seien sie vernünftige menschliche Wesen, die nach einer besseren Welt oder Gesellschaft streben, ist dies nichts anderes als ein böser Schwindel und eine Verschleierrungstaktik, um andere irrezuführen. Es beweist nur ihre Verschlagenheit. Die Unterdrückung und die Grausamkeiten, die in der Sowjetunion stattgefunden haben, sind ein ewiger Beweis für die moralische Verkommenheit und die böser Absichten dieser Menschen, in welchem Land sie sich auch befinden mögen und unter welchem Namen sie auch immer daherkommen. Und das Allerwichtigste: Die einzige Wahl, die allen Menschen in den Vereinigten Staaten offensteht, ist die zwischen der amerikanischen Lebensart und der sowjetischen Lebensart, verbunden mit dem Bewußtsein, daß es keinerlei andere Möglichkeit gibt, die Welt zu gestalten als nach der amerikanischen Lebensart.

Das ist das Bild, das sich der einfache Mensch in Amerika macht. Und wenn man sich die Menschen anschaut, von denen man meint, sie könnten eigentlich etwas differenzierter denken, dann merkt man, daß auch sie haargenau so denken und daß nur durch ihre akademische Sprache zunächst ein anderer Eindruck entsteht.

Für das Bewußtsein der sorgfältig herangezogenen Erwachsenen in den Vereinigten Staaten sind die Wahrheiten des Antikommunismus selbstverständlich, so selbstverständlich, wie es einst für das Bewußtsein der Menschen war, daß die Erde eine Scheibe ist, und wie die russischen Menschen glaubten, daß die Opfer der stalinistischen Säuberungen tatsächlich schuldig waren.



Das vorangegangene Stück der amerikanischen Geschichte muß man berücksichtigen, wenn man in den wunderlichen Extravaganzen der amerikanischen Außenpolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs einen Sinn erkennen will. Insbesondere in den in diesem Buch vorgelegten Beweisen dafür, was das US-Militär, der CIA und andere Zweige der amerikanischen Staatsmacht den Völkern der Welt angetan haben.

Im Jahre 1918 benötigten die amerikanischen Großkapitalisten keine andere Begründung für den Krieg gegen den Kommunismus als die Bedrohung ihres Reichtums und ihrer Privilegien, auch wenn sie ihre Gegnerschaft in eine Sprache der moralischen Entrüstung verpackten.

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen operierten die USA mit ihrer Kanonenbootpolitik in der Karibik, um »Das Amerikanische Meer« sicher zu machen für das Vermögen der United Fruit Company und von W. R. Grace & Co. und begleiteten ihre Aktionen mit sorgfältig erfundenen Warnungen vor der »bolschewistischen Bedrohung«, alles Anständigen durch den nicaraguanischen Revolutionär Augusto Sandino und seinesgleichen.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs war jeder Amerikaner, der älter als 40 Jahre alt war, rund 25 Jahre lang der Verseuchung durch die antikommunistische Strahlung ausgesetzt gewesen, also der durchschnittlichen Inkubationszeit, die ein bösartiger Tumor braucht. Der Antikommunismus hatte sich von seinem kapitalistischen Vater losgelöst und begonnen, ein eigenständiges Leben zu führen. In der Nachkriegszeit betrachteten mehr und mehr Washingtoner Politiker und Diplomaten mittleren Alters die Außenwelt als eine Welt, die sich aus »Kommunisten« und »Antikommunisten« – seien es Völker, Bewegungen oder Individuen – zusammensetzte. Die Comicstrip-Sicht der Welt, in der rechtschaffene amerikanische Supermänner überall das kommunistische Böse bekämpften, hatte sich von einer zynischen Propagandaübung zu einem moralischen Impetus der US-amerikanischen Außenpolitik ausgewachsen.

Sogar der Begriff des »Nichtkommunisten«, der immerhin eine gewisse Neutralität beinhaltete, besaß in diesem Paradigma im Allgemeinen kaum Legitimität. John Foster Dulles, einer der Hauptarchitekten der Nachkriegsaußenpolitik der USA, drückte dies kurz und bündig in der für ihn typischen einfachen und moralischen Art aus:

»Wir kennen in der Welt nur zwei Arten von Menschen: Es gibt diejenigen, die Christen sind und die Marktwirtschaft unterstützen, und es gibt die anderen.«¹⁴

Etliche der Fallstudien in diesem Buch belegen, daß Dulles diesen Glauben in unnachgiebige Praxis umsetzte.

Das Wort »Kommunist« (wie auch das Wort »Marxist«) wurde von den amerikanischen Führern und den Medien so inflationär gebraucht, daß ihm nahezu keine Bedeutung mehr zukommt. (Die Linke hat mit dem Wort »Faschist« dasselbe angestellt.) Aber allein die Tatsache, daß man einer Sache einen Namen gibt – Hexen oder Fliegende Untertassen –, verschafft diesem eine gewisse Glaubwürdigkeit.

Wie wir gesehen haben, wurde die amerikanische Öffentlichkeit zugleich gründlich dazu konditioniert, in pawlowscher Weise auf diesen Ausdruck zu reagieren: Er steht bis heute für die schlimmsten Auswüchse Stalins, von Massensäuberungen bis zu den sibirischen Arbeitslagern von Sklaven; er bedeutet, wie Michael Parenti bemerkte, daß »die Prognosen des klassischen Marxismus-Leninismus [betreffend die Weltrevolution] wie Absichts-Erklärungen behandelt werden, nach denen sich alle kommunistischen Handlungen von heute richten.«¹⁵ Es bedeutet schlicht und einfach: »Wir« gegen »Sie.«

Und »Sie«, das kann ein Bauer auf den Philippinen sein, ein Wandbildmaler in Nicaragua, ein rechtmäßig gewählter Premierminister in Britisch-Guayana oder ein europäischer Intellektueller, ein kambodschanischer Neutralitätspolitiker oder ein afrikanischer Nationalist – alle sind sie irgendwie Teil einer monolithischen Verschwörung und jeder stellt in irgendeiner Weise eine Bedrohung der amerikanischen Lebensart dar. Kein Land ist zu klein, zu arm oder zu weit entfernt, als daß es nicht eine Bedrohung, die »Kommunistische Bedrohung« darstellen würde.

Die in diesem Buch vorgestellten Fälle machen deutlich, daß es völlig irrelevant war, ob die einzelnen Interventionsziele – seien es Individuen, politische Parteien, Bewegungen oder Regierungen – sich selbst »kommunistisch« nannten oder nicht. Es spielte kaum eine Rolle, ob sie den Dialektischen Materialismus studiert hatten oder niemals von Karl Marx gehört hatten, ob sie Atheisten oder Priester waren, ob eine starke kommunistische Partei eine Rolle spielte, ob die Regierungen durch eine gewaltsame Revolution oder durch friedliche Wahlen zustande gekommen waren ... alle wurden zu Zielen, alle waren »Kommunisten.«

Noch weniger spielte eine Rolle, daß der sowjetische KGB ein Teil des Bildes war. Häufig wurde behauptet, der CIA habe seine schmutzigen Aktionen vor allem als Reaktion auf Operationen der KGB, welche »noch schmutziger« gewesen wären, durchgeführt. Das ist vollkommen erstunken und erlogen. Vielleicht hat es in der Geschichte des CIA einmal einen vereinzelt solchen Fall gegeben, aber er hat sich bis heute gut versteckt. Die Beziehungen zwischen den beiden unheimlichen Diensten ist viel stärker durch Verbrüderung und gegenseitigen beruflichen Respekt gekennzeichnet als durch Nahkampf. Der frühere CIA-Beamte John Stockwell schrieb:

»In der Realität sehen die Einsatzleiter, zumindest bei routinemäßigen Operationen, am stärksten den Botschafter der USA und seine Leute, dann Telegramme aus dem Hauptquartier, welche die Agenten bei ihren Aktionen einschränken, und dann neugierige Nachbarn, die in der Gemeinde herumtratschen, als eine Bedrohung ihrer Operationen an. Dann käme die örtliche Polizei, dann die Presse. Und ganz am Ende steht der KGB – in den zwölf Jahren meiner Tätigkeit als Einsatzleiter habe ich keinen Fall, bei dem der KGB eine Operation des CIA angegriffen oder behindert hätte, selbst erlebt oder von anderen von einem solchen Fall gehört.«¹⁶

Stockwell fügt hinzu, daß die verschiedenen Nachrichtendienste es gar nicht schätzen, daß ihre Welt durch die Ermordung von Agenten der anderen Seite »verkompliziert« wird.

»Das gibt es gar nicht. Wenn ein CIA-Beamter im Einsatz mitten in der Nacht auf einer einsamen Straße eine Reifenpanne hat, wird er ohne Zögern das Angebot eines KGB-Agenten akzeptieren, ihn in seinem Auto mitzunehmen – und es ist nicht unwahrscheinlich, daß die beiden zusammen noch einen kleinen Umweg über eine Bar machen. Es ist eine Tatsache, daß sich CIA- und KGB-Agenten gegenseitig oft nach Hause einladen. Die Akten des CIA sind voll von Berichten über solche Beziehungen in jeder afrikanischen Außenstelle.«¹⁷

Die Befürworter des »Bekämpfen des Feuers durch Feuer« nähern sich bisweilen gefährlich nahe solchen Argumenten, wie beispielsweise den folgenden: Da der KGB seine Finger beim Sturz der tschechoslowakischen Regierung im Jahre 1968 im Spiel hatte, war es in Ordnung, daß der CIA 1973 seine Finger beim Sturz der chilenischen Regierung im Jahre im Spiel hatte. Es hört sich fast so an, als ob durch die Beseitigung der Demokratie durch den KGB ein Bankguthaben entstünde, von dem der CIA dann bei Bedarf abheben könnte.

Was war denn nun tatsächlich die den verschiedenen Opfern der amerikanischen Interventionen gemeinsame Bedrohung, welche den Zorn und oft die geballte Feuerkraft der mächtigsten Nation der Welt auf sie niedergehen ließ? In so gut wie jedem in diesem Buch beschriebenen Fall, bei dem die Dritte Welt betroffen war, war es – in der einen oder anderen Form – eine Politik der »Selbstbestimmung«: Der aus Prinzip und aus wahrgenommener Notwendigkeit erwachsene Wunsch, einen von den Zielen der US-Außenpolitik unabhängigen Weg zu gehen. Am Häufigsten manifestierte sich dies in

- (a) dem Bestreben, sich von der wirtschaftlichen und politischen Unterwerfung durch die Vereinigten Staaten zu befreien;
- (b) der Weigerung, die Beziehungen zum sozialistischen Block auf ein Mindestmaß zu reduzieren bzw. die einheimische Linke zu unterdrücken oder die Einrichtung von amerikanischen Militäranlagen im eigenen Land zu begrüßen – kurz gesagt, die Weigerung, eine Schachfigur im Kalten Krieg zu sein;
- (c) dem Versuch, eine Regierung, die keine dieser Bestrebungen verfolgte, also eine Regierung, die von den Vereinigten Staaten unterstützt wurde, abzusetzen.

Man kann nicht eindringlich genug darauf hinweisen, daß zahlreiche Führer und Revolutionäre in der Dritten Welt eine solche Politik der Unabhängigkeit weder als anti-amerikanisch noch als prokommunistisch ansahen, sondern sich schlicht und einfach dafür entschieden hatten, eine Position der Neutralität und Blockfreiheit gegenüber den Supermächten einzunehmen. Immer wieder wird jedoch deutlich, daß die Vereinigten Staaten nicht bereit waren, eine solche Haltung hinzunehmen. Arbenz in Guatemala, Mossadegh im Iran, Sukarno in Indonesien, Nkrumah in Ghana, Jagan in Britisch-Guayana, Sihanouk in Kambodscha [...] sie alle, darauf bestand »Uncle Sam«, müßten sich ohne Wenn und Aber auf die Seite »Der Freien Welt« schlagen oder die Konsequenzen tragen. Nkrumah beschreibt die Entscheidung für die Blockfreiheit folgendermaßen:

»Das Experiment, das wir in Ghana durchzuführen versuchten, war nichts anderes, als das Land in Zusammenarbeit mit der ganzen Welt zu entwickeln. Blockfreiheit bedeutete genau das, was der Ausdruck besagt. Wir waren keine Feinde der Länder der sozialistischen Welt, wie dies die Regierungen der alten Kolonialgebiete gewesen waren. Man darf nicht vergessen, daß Großbritannien zu Hause zwar eine Politik der Koexistenz mit der Sowjetunion verfolgte, aber den Kolonialgebieten eine solche Politik niemals gestattete. Bücher über den Sozialismus, die in Großbritannien veröffentlicht wurden und dort frei verkauft werden durften, waren im britischen Kolonialreich verboten, und als Ghana unabhängig wurde, ging man im Ausland davon aus, daß es die gleiche restriktive Politik auch in Zukunft verfolgen würde. Als wir in unseren Beziehungen zu den sozialistischen Ländern so handelten, wie es die Briten selbst taten, wurden wir beschuldigt, wir seien prorussisch und würden die allergefährlichsten Ideen in Afrika einführen.«¹⁸

Das erinnert in gewisser Weise an die amerikanischen Südstaaten im 19. Jahrhundert. Viele Südstaatler waren während des Bürgerkriegs tief gekränkt darüber, daß so viele ihrer schwarzen Sklaven davongelaufen waren, um sich den Nordstaaten anzuschließen. Sie hatten allen Ernstes gedacht, die Schwarzen müßten dankbar für alles sein, was ihre weißen Herren für sie getan hätten, und sie wären glücklich und zufrieden mit ihrem Los. Dr. Samuel A. Cartwright, der bedeutende Chirurg und Psychologe aus Louisiana, vertrat die Auffassung, daß viele der Sklaven an einer Form von geistiger Krankheit litten, welche er »Drapetomanie« nannte und als den unkontrollierbaren Drang diagnostizierte, der Sklaverei zu entfliehen. Als diese Krankheit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in der Dritten Welt auftauchte, wurde sie »Kommunismus« genannt.



Der vielleicht am allertiefsten verwurzelte automatisch Reflex des Antikommunismus ist der Glaube, daß die Sowjetunion (oder Kuba oder Vietnam usw. als Moskaus Vasallen) eine geheime Macht ist, die hinter der Fassade der Selbstbestimmung lauert, die Hydra der Revolution antreibt oder bloß einfach Unruhe stiftet – hier, dort und überall. Es handelt sich um nichts anderes als um eine weitere Inkarnation – wenngleich in größerem Ausmaß – des sprichwörtlichen »ausländischen Aufwieglers«, der regelmäßig seinen Auftritt auf der Bühne der Weltgeschichte hat: König George beschuldigte die Franzosen, sie würden die amerikanischen Kolonien zur Revolution anstacheln [...] enttäuschte amerikanische Bauern und Veteranen, die gegen ihre bedrückende wirtschaftliche Lage nach der Revolution protestierten (die von Daniel Shay angeführte Rebellion in Westmassachusetts von 1786 bis 1787), wurden als britische Agenten gebrandmarkt, welche die neue Republik zerstören wollten [...] im späten 19. Jahrhundert wurden in

Amerika »Anarchisten« und »Ausländer« für Streiks verantwortlich gemacht, im ersten Weltkrieg waren es »Deutsche Agenten« und nach dem Krieg die »Bolschewisten.«

Und in den 1960er-Jahren trug John Edgar Hoover, so berichtet die National Commission on the Causes and Prevention of Violence, »innerhalb der Politikerschaft zur Verbreitung der Ansicht bei, für jede Art von Massenprotest sei eine Verschwörung verantwortlich, die von Agitatoren, häufig Kommunisten, ›die ansonsten friedliche Menschen verführen‹, propagiert würde.«¹⁹

Das letztere ist das Entscheidende, es ist unausrottbar in der Mentalität der Mächtigen verankert – die Vorstellung, daß niemand, außer denjenigen, die unter Feindesherrschaft lebten, so elend und unzufrieden sein könnte, als daß er Zuflucht zur Revolution oder zum Massenprotest nehmen müßte, und daß es lediglich die Agitation Außenstehender sei, welche die Menschen in diese falsche Richtung lenkte.

Hätte Ronald Reagan zugegeben, daß die salvadorianischen Massen ohne jeden Zweifel guten Grund hatten, sich gegen ihre gotterbärmliche Existenz aufzulehnen, dann wäre seine Anschuldigung und die Begründung für die Intervention der USA in diesem Land zusammengebrochen, nämlich die Anschuldigung, es seien hauptsächlich (einzig?) die Sowjetunion und ihre kubanischen und nicaraguanischen Verbündeten, welche die Salvadorianer aufwiegelten. Als gäbe es überall eine kommunistische Zauberkraft, die im Handumdrehen aus glücklichen Menschen wütende Guerilleros machen könnte. Die CIA weiß, was für ein schwieriges Kunststück das ist. Wie wir sehen werden, hat sie mit einzigartiger Erfolglosigkeit versucht, in China, Kuba, der Sowjetunion, Albanien und überall in Osteuropa Massenrevolten zu entfachen. Die Schreiberlinge des Geheimdienstes machten für diese Mißerfolge den »abgeschotteten« Charakter der betroffenen Gesellschaften verantwortlich. Jedoch war die CIA in nichtkommunistischen Ländern stets gezwungen, Zuflucht zu einem Militärputsch oder zu gesetzeswidrigen Täuschungsmanövern zu nehmen, um ihre Leute an die Macht zu bringen. Niemals jedoch war sie fähig, das Feuer von Volksrevolutionen zu entfachen.

Wollte Washington sich das Verdienst für den Erfolg auch nur eines einzelnen Aufstands in der Dritten Welt zuschreiben, müßte es sich auch die Frage gefallen lassen: Warum greifen die Vereinigten Staaten, wenn sie schon intervenieren müssen, nicht auf der Seite der Rebellen ein? Würde dies doch nicht allein der Sache der Menschenrechte und der Gerechtigkeit einen besseren Dienst erweisen, sondern eine solche Handlungsweise würde auch die Russen von ihrer vermeintlichen Rolle ausschließen. Gäbe es eine bessere Möglichkeit die »Verschwörung des Weltkommunismus« zunichte zu machen? Aber dies ist eine Frage, die im Oval Office, dem Büro des amerikanischen Präsidenten, niemals irgend jemand zu stellen wagt, es ist aber eine Frage, die für viele der in diesem Buch behandelten Fälle relevant ist.

Die Vereinigten Staaten halten stattdessen unerbittlich an ihrer allzu bekannten Politik fest, die widerwärtigsten Tyrannen in der Welt an die Macht zu bringen und/oder zu unterstützen, Tyrannen, mit deren Greueln gegen ihre eigenen Leute wir Tag für Tag auf den Seiten unserer Zeitungen konfrontiert werden: brutale Massaker, systematische, ausgeklügelte Folter, öffentliche Auspeitschungen, Soldaten und Polizisten, die in Menschenmengen schießen, Todesschwadronen, hinter denen die Regierung steht, Zehntausende von verschwundenen Personen, extremes wirtschaftliches Elend [...] ein »Way of Life«, der nahezu als ein Monopol von Amerikas Verbündeten angesehen werden kann: Von Guatemala über Chile und El Salvador bis hin zur Türkei, zu Pakistan und Indonesien, alles angesehene Mitstreiter im »Heiligen Krieg gegen den Kommunismus«, alles Angehörige der »Freien Welt«, jener Gegend der Welt, von der wir so viel hören und so wenig sehen.

Die Einschränkungen der Bürgerrechte im Ostblock, so gravierend sie auch sein mögen, verblassen im Vergleich zu den Heimarbeit-Auschwitz der »Freien Welt« und können beim besten Willen – außer in der sonderbaren geistigen Landschaft, die von den »Totalen Antikommunisten« bewohnt wird – kaum etwas oder gar nicht zu tun haben, mit den verschiedenen amerikanischen Interventionen, die angeblich einem höheren Ziel dienen.

Es ist interessant zu beobachten, daß ebenso wie die amerikanischen Führer ganz selbstverständlich von Freiheit und Demokratie reden, während sie Diktatoren unterstützen, die russischen Führer von Befreiungskriegen, Antiimperialismus und Antikolonialismus reden, in der Realität aber außerordentlich wenig unternehmen, um diese Anliegen zu befördern, was auch immer die amerikanische Propaganda behaupten mag. Die Sowjets mögen es, wenn man sie für die Vorkämpfer der Dritten Welt hält. Aber sie waren zu wenig mehr fähig, als »Na, na« zu sagen, als daß sie fortschrittliche Bewegungen und Regierungen, ja sogar kommunistische Parteien in Griechenland, Guatemala, Britisch-Guayana, Chile, Indonesien, auf den Philippinen und anderswo unter amerikanischer Mittäterschaft an die Wand drückten.



In den frühen 1950er-Jahren zettelte der CIA eine ganze Reihe von militärischen Überfällen ins kommunistische China an. Im Jahre 1960 bombardierten CIA- Flugzeuge ohne jegliche Provokation das souveräne Land Guatemala und 1973 unterstützte der Geheimdienst eine blutige Revolte gegen die irakische Regierung. In den amerikanischen Massenmedien jener Zeit – und dementsprechend im amerikanischen Bewußtsein – fanden diese Dinge nicht statt.

»Wir haben davon nichts gewußt«, wurde zum Klischee, um diejenigen Deutschen lächerlich zu machen, die behaupteten, von den Geschehnissen unter der Nazi Herrschaft nichts gewußt zu haben. Aber war ihre stereotype Antwort tatsächlich so weit hergeholt, wie wir denken? Es ernüchtert einen, wenn man einmal darüber nachdenkt, daß in unserer Epoche der weltweiten Kommunikation innerhalb weniger Sekundenbruchteile die Vereinigten Staaten bei vielen Gelegenheiten dazu in der Lage waren, eine groß oder klein angelegte militärische Operation oder eine andere, ebenso unverhohlene Form der Intervention durchzuführen, und die amerikanische Öffentlichkeit erst Jahre später, wenn überhaupt, davon erfuhr. Oft bestand die einzige Nachricht über das Ereignis oder die Beteiligung der USA daran in einer beiläufigen Erwähnung der Tatsache, daß eine kommunistische Regierung gewisse Anschuldigungen erhob – genau die Art von »Nachrichten«, die zu ignorieren die amerikanische Öffentlichkeit und die nicht weiterzuverfolgen die amerikanische Presse sorgfältig konditioniert worden war; genauso wie man den Deutschen beigebracht hatte, daß Berichte über die Untaten der Nazis nichts anderes waren als kommunistische Propaganda.

Mit ganz wenigen Ausnahmen gelangten die Interventionen niemals in die Schlagzeilen der Abendnachrichten im Fernsehen. In manchen Fällen wurden Bruchstücke der Ereignisse hier oder dort bekannt, aber niemals ergab sich daraus ein zusammenhängendes und verständliches Gesamtbild. Diese Bruchstücke tauchten gewöhnlich lange nach den Geschehnissen in den Nachrichten auf, wurden still und heimlich in anderen Nachrichten versteckt und genauso still und heimlich wieder vergessen, und nur wenn außergewöhnliche Umstände es erzwangen, platzten sie plötzlich in den Vordergrund. Dies war beispielsweise der Fall, als Iraner in Teheran das Personal der US-Botschaft und andere US-Amerikaner als Geißeln nahmen. Auf einmal gab es eine Flut von Artikeln über die Rolle, welche die Vereinigten Staaten beim Sturz der iranischen Regierung im Jahre 1953 gespielt hatten. Es war so, als hätten die Ereignisse die Herausgeber zu dem Gedanken angeregt: »Nanu, was haben wir denn im Iran gemacht, daß alle Menschen dort uns so sehr hassen?«

In der jüngsten Vergangenheit gab es eine ganze Reihe von »Irans«, ohne daß die *New York Daily News* oder die *Los Angeles Times* ihre Leser beim Schlafittchen gepackt und ihnen unmißverständlich das ganze Ausmaß der Folgen dieser Handlungen klargemacht hätten [...] ohne daß der Fernsehsender NBC daraus wirkliche Bilder von wirklichen Menschen für die Zuschauer gemacht hätte [...] ohne all dies werden die Ereignisse für die Mehrzahl der Amerikaner zu Nicht-Ereignissen und sie können mit bestem Gewissen sagen: »Wir haben davon nichts gewußt.«

Der frühere chinesischen Ministerpräsident Zhou Enlai bemerkte einmal:

»Eine der angenehmsten Eigenschaften der Amerikaner ist, daß sie über absolut kein historisches Gedächtnis verfügen.«

Es ist wahrscheinlich noch viel schlimmer, als er es sich vorstellen konnte. Während des Unfalls in dem Atomkraftwerk Three Mile Island in Harrisburg in Pennsylvania im Jahre 1979 verbrachte der japanische Journalist Atsuo Kaneko von der japanischen Kioto-Nachrichtenagentur mehrere Stunden damit, Menschen, die zeitweise auf einem Hockey-Spielfeld untergebracht waren – zumeist Kinder, schwangere Frauen und junge Mütter – zu interviewen. Er fand heraus, daß keine der interviewten Personen je von Hiroshima gehört hatte. Niemand konnte mit dem Namen etwas anfangen.²⁰

Und im Jahre 1982 war ein Richter in Oakland in Kalifornien regelrecht entsetzt, als er mitbekam, daß von den 50 Personen, aus denen die 12 Geschworenen für diesen Prozeß, in welchem dem Angeklagten die Todesstrafe drohte, ausgewählt werden sollten, daraufhin befragt wurden und »keiner von ihnen wußte, wer Hitler war.«²¹

Für die Oligarchie in der Außenpolitik in Washington ist dies mehr als angenehm. Es ist die unabdingbare Voraussetzung für ihre Politik.

Die Informationen über alle amerikanischen Interventionen liegen so sehr im Dunklen, daß der wissenschaftliche Dienst des amerikanischen Kongresses in der Library of Congress, als er im Jahre 1975 gebeten wurde, eine Übersicht über die heimlichen Aktivitäten des CIA bis zum damaligen Zeitpunkt zusammenzustellen, nur einen ganz geringen Teil der Vorgänge in Übersee, die in diesem Buch für dieselbe Zeit vorgestellt werden, zu Tage fördern konnte.²²

Wenn es in den USA eine strenge Zensur gäbe, hätten von diesen Informationen auch nicht weniger ihren Weg ins öffentliche Bewußtsein, in Schulbücher, Lexika oder andere allgemeine Nachschlagewerke gefunden.

Der Leser mag sich gerne die entsprechenden Abschnitte in den drei führenden amerikanischen Lexika, der Encyclopedia Americana, der Encyclopedia Britannica und Colliers Encyclopedia, anschauen. Für das Bild, das die Lexika als Fundgrube für objektive Informationen abgeben, müßten ihre Herausgeber Prügel beziehen. Was einer Nicht-Wahrnehmung der amerikanischen Interventionen gleichkommt, geht mit großer Wahrscheinlichkeit auf diese angesehenen Werke zurück, die ein Kriterium anlegen, das stark an dasjenige erinnert, das die Pentagonpapiere vom Washingtoner Beamtenapparat zeichnen. Die *New York Times* faßte dieses höchst interessante Phänomen folgendermaßen zusammen:

»Die geheime Kriegsführung beispielsweise gegen Nordvietnam wird nicht [...] als eine Verletzung des Genfer Abkommens aus dem Jahre 1954, das den französischen Indochinakrieg beendete, angesehen oder als ein Widerspruch zu den öffentlichen politischen Äußerungen der verschiedenen amerikanischen Regierungen. Was internationale Verträge und das Verhalten der Politiker gegenüber der Öffentlichkeit betreffen, so gibt es einfach keine geheime Kriegsführung, eben weil sie verdeckt vor sich geht. Und weil sie nicht öffentlich bestätigt werden, werden außerdem geheime Verpflichtungen gegenüber anderen Staaten nicht als eine Verletzung der alleinigen Befugnisse des Senates zum Abschließen von Verträgen angesehen.«²³

Die De-facto-Zensur, welche so viele Amerikaner in Bezug auf die auswärtigen Beziehungen der USA wie Analphabeten dastehen läßt, ist wahrscheinlich deshalb umso wirksamer, weil sie nicht offiziell, plump und konspirativ vor sich geht, sondern raffiniert in den Stoff der Bildung und der Medien verwoben ist. Es bedarf gar keiner Verschwörung. Die Herausgeber des *Reader's Digest* und des *U. S. News and World Report* brauchen sich gar nicht in verschwörerischer Weise mit den Vertretern des Senders NBC in einem Unterschlupf des FBI zu treffen, um die Berichte und die Programme des nächsten Monats abzusprechen. Denn es ist schlicht und einfach so, daß diese Personen ihre jetzigen Stellungen niemals erreicht hätten, wären sie nicht alle selbst schon durch diesen Tunnel von Irreführung geführt worden und aus diesem mit demselben selektiven Gedächtnis und demselben bestimmungsgemäßen Wissen herausgekommen.

»Wenn wir den Umbruch in China analysieren, sehen wir, daß es sich um eine Revolution handelt, die von genau denselben Ursachen hervorgerufen wurde, wie die Revolutionen in Großbritannien, Frankreich und Amerika.«²⁴

Eine bemerkenswert weltoffene und großzügige Meinungsäußerung von Dean Rusk, dem damaligen Staatssekretär für ostasiatische Angelegenheiten und späteren Außenminister. Genau zum gleichen Zeitpunkt, als Rusk im Jahre 1950 seine Rede hielt, waren andere Leute in seiner Regierung damit beschäftigt, den Sturz der chinesischen Revolutionsregierung zu planen.

Dies ist keineswegs ungewöhnlich. In vielen der auf den folgenden Seiten beschriebenen Fälle lassen sich Äußerungen von hohen und mittleren Beamten in Washington finden, welche die Politik der Interventionen in Frage stellten oder Zweifel äußerten, welche entweder auf Prinzipien (manchmal die bessere Seite des amerikanischen Liberalismus) beruhten oder auf Bedenken, daß die jeweilige Intervention nicht zu dem angestrebten Resultat führen würde oder sogar in einem Desaster enden könnte. Ich habe genausowenig Gewicht auf solche abweichenden Äußerungen gelegt wie dies – das macht die Analyse aus der Rückschau deutlich – die Entscheidungsträger in Washington taten. Denn man konnte ganz sicher sein, daß sie in widersprüchlichen Weltlagen die antikommunistische Karte ausspielen würden. Wenn ich die Interventionen auf diese Weise darstelle, dann stelle ich damit bloß fest, daß die amerikanische Außenpolitik das ist, was die amerikanische Außenpolitik tut.

Auszüge aus der Einleitung der Ausgabe von 1995

Im Jahre 1993 stieß ich auf die Rezension eines Buches über Menschen, die leugnen, daß die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis tatsächlich stattgefunden hätte. Ich schrieb der Autorin, einer Universitätsprofessorin, daß ich mich bei der Lektüre des Buches gefragt hätte, ob sie wohl wüßte, daß auch eine amerikanische Massenvernichtung stattgefunden hätte, und daß deren Leugnung eine noch größere Schande sei als die Leugnung der Massenvernichtung durch die Nazis. Ich schrieb ihr, die Leugnung der amerikanischen Massenvernichtung sei so umfassend und gründlich, daß die Leugner sich noch nicht einmal dessen bewußt wären, daß sie etwas leugneten. Und dennoch starben bei der amerikanischen Massenvernichtung Millionen von Menschen und noch mehr Millionen wurden als Resultat von US-Interventionen, angefangen von China und Griechenland in den 1940er-Jahren bis hin zu Afghanistan und Irak in den 1990er-Jahren, zu einem Leben in Elend und Folter verdammt. Ich fügte dem Brief eine Liste dieser Interventionen bei, welche natürlich der Gegenstand dieses Buches ist.

In meinem Brief bot ich ihr auch an, ihr im Gegenzug zur Überlassung eines Exemplars ihres Buch ein Exemplar einer früheren Auflage meines Buch zu schicken, aber sie schrieb zurück, sie sei dazu nicht in der Lage. Sie machte nicht eine einzige Bemerkung zum Rest meines Schreibens – also zu dem Teil, in dem es um die amerikanische Massenvernichtung ging –, fast so, als hätte sie meinen Brief gar nicht gelesen. Die Ironie, die darin steckt, daß eine Forscherin, die sich mit dem Thema der Leugnung der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis beschäftigt, selbst die Massenvernichtung durch die Amerikaner leugnet, ist geradezu klassisch. Ich fragte mich, warum die gute Frau mir überhaupt geantwortet hatte.

Es war mir klar, daß ich und meine These einen schweren Weg – immer steil bergauf – vor uns haben würden, wenn diese Arbeit schon von solch einer Person eine solche Nicht-Resonanz erfuhr. In den 1930er-Jahren und dann erneut nach dem Krieg in den 1940er- und 1950er-Jahren versuchten Antikommunisten der verschiedensten Schattierungen in den Vereinigten Staaten ihr Bestes, um die Verbrechen der Sowjetunion, wie etwa die Säuberungs-Prozesse und die Massenmorde, zu entlarven. Aber es geschah etwas Seltsames: Die Wahrheit schien keine Rolle zu spielen. Die amerikanischen Kommunisten und ihre Sympathisanten unterstützten weiterhin den Kreml. Selbst wenn man die Übertreibungen und die bewußten Verfälschungen, welche die Antikommunisten regelmäßig verbreiteten und welche ihre Glaubwürdigkeit beeinträchtigten, in Rechnung

stellt, sind die fortgesetzte Ignoranz und/oder Leugnung der Verbrechen durch die amerikanische Linke bemerkenswert.

Kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs, als die siegreichen alliierten Truppen die deutschen Konzentrationslager entdeckten, schafften sie in manchen Fällen deutsche Bürger aus den umliegenden Städten in die Lager, um sie persönlich mit den Einrichtungen, den Leichenhaufen und den fast bis aufs Skelett abgemagerten Überlebenden zu konfrontieren. Einige der respektablen Bürger wurden sogar gezwungen, die Toten zu begraben. Was wären wohl die Auswirkung auf die amerikanische Psyche, wenn die Gutgläubigen und Leugner gezwungen würden, die Konsequenzen der US-Außenpolitik des letzten halben Jahrhunderts aus nächster Nähe zu betrachten? Wenn all die netten, adretten, gesunden amerikanischen Jungen, die unvorstellbare Massen von Bomben auf Dutzende von Ländern und auf Menschen, von denen sie nichts wußten – als wären es Figuren in einem Video-Spiel – abgeworfen haben, auf die Erde heruntersteigen und das verbrennende Fleisch betrachten und riechen müßten?

Im Allgemeinen ist man heute der Ansicht, daß die unbarmherzig brutale antikommunistische Politik der Reaganregierung mit ihrem Anheizen des Rüstungswettlaufs zum Zusammenbruch und zur Umgestaltung der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten geführt hat. Die Autoren der amerikanischen Geschichtsbücher haben möglicherweise schon damit begonnen, diese Behauptung in Marmor zu meißeln. Die Tories in Großbritannien behaupten, auch Margaret Thatcher und ihre unnachgiebige Politik hätten zu dem Wunder beigetragen. Selbst die Ostdeutschen glaubten dies. Als Ronald Reagan Ostberlin besuchte, jubelten die Menschen ihm zu und dankten ihm »für seinen Beitrag bei der Befreiung des Ostens.« Sogar viele linke Analytiker, besonders jene, die Verschwörungstheorien anhängen, glauben es.

Aber diese Ansicht wird nicht auf der ganzen Welt geteilt, und das ist auch richtig so.

Der langjährige sowjetische Experte für die Vereinigten Staaten, Georgi Arbatow, Chef des Forschungsinstituts für die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada bei der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau, schrieb im Jahre 1992 seine Memoiren. In einer Besprechung des Buches durch Robert Scheer in der *Los Angeles Times* resümierte dieser einen Abschnitt des Buches:

»Arbatow kannte viel zu gut die wirtschaftlichen und politischen Schwächen des sowjetischen Totalitarismus im Vergleich zum Westen. Aus diesen aufrichtigen und nuancierten Memoiren wird deutlich, daß sich die Bewegung für einen Wandel bereits seit dem Tod Stalins unaufhörlich auf den höchsten Ebenen des Machtapparats entwickelt hatte. Arbatow legt nicht nur unwiderlegbare Beweise für die abweichende Meinung vor, daß dieser Wandel auch ohne ausländischen Druck zustande gekommen wäre, er behauptet vielmehr auch nachdrücklich, daß die Aufrüstung des US-Militärs in den Jahren der Reaganregierung diese Entwicklung sogar behindert hat.«²⁵

George F. Kennan stimmt dem zu. Der frühere US-Botschafter in der Sowjetunion und geistige Vater der »Eindämmungspolitik« gegenüber diesem Land, bestätigt dies:

»Die Vorstellung, irgendeine Regierung der Vereinigten Staaten hätte die Macht gehabt, den Verlauf eines ungeheuren politischen Umsturzes in einem anderen großen Land auf der anderen Seite des Globus entscheidend zu beeinflussen, ist schlicht kindisch.«

Er behauptet, daß die extreme Militarisierung der amerikanischen Politik die Betonköpfe in der Sowjetunion gestärkt habe:

»Allgemein gesagt war es eher so, daß der Extremismus des Kalten Krieges den großen Wandel, der die Sowjetunion erfaßte, eher verzögert als beschleunigt hat.«²⁶

Die Ausgaben für den Rüstungswettlauf haben ohne jeden Zweifel den Grundlagen der zivilen Wirtschaft und der Gesellschaft in der Sowjetunion noch größeren Schaden zugefügt, als dies in den Vereinigten Staaten der Fall war. Aber dies war schon 40 Jahre lang so gegangen, bevor Michael Gorbatschow an die Macht kam, und nie gab es auch nur den geringsten Hinweis auf den drohenden Untergang. Alexander Jakowlew, der Vertraute Gorbatschows, antwortete, als er gefragt wurde, ob die gesteigerten Militär-

ausgaben der Reaganregierung und die damit verbundenen Rhetorik vom »Reich des Bösen« die Sowjetunion zu einer versöhnlicheren Haltung bewegen hätten:

»Das hat keine Rolle gespielt. Überhaupt keine! Ich nehme für diese Behauptung die volle Verantwortung auf mich. Gorbatschow und ich waren ganz einfach zu Veränderungen in unserer Politik bereit, unabhängig davon, ob der amerikanische Präsident nun Reagan war oder Kennedy oder vielleicht jemand noch liberaler. Es war klar, daß unsere Militärausgaben unwahrscheinlich hoch waren und wir sie reduzieren mußten.«²⁷

Man kann zwar gut verstehen, daß einige Russen nur zögernd zugeben würden, daß sie zu den revolutionären Veränderungen von ihrem Erzfeind gezwungen worden waren und den Kalten Krieg verloren hatten. Allerdings wird in dieser Frage nicht auf die Ansichten weniger Einzelner angewiesen, seien es Russen oder Amerikaner. Wir brauchen uns nur die geschichtlichen Tatsachen anzusehen.

Von den späten 1940er-Jahren bis etwa Mitte der 1960er-Jahre war es das Ziel der amerikanischen Politik, den Zusammenbruch des Sowjetregimes wie auch einiger osteuropäischer Regimes herbeizuführen. Viele Hunderte von Exilrussen wurden vom CIA organisiert, ausgebildet und ausgerüstet, dann sickerten sie in ihr Heimatland ein, um Spionageringe aufzubauen, den bewaffneten politischen Kampf zu schüren und Morde und Sabotageakte zu verüben: Sie ließen Züge entgleisen, zerstörten Brücken, Waffenfabriken und Kraftwerke und taten noch vieles mehr. Die sowjetischen Behörden, die viele dieser Männer faßten, wußten natürlich ganz genau, wer hinter all diesen Dingen steckte.

Im Vergleich dazu läßt sich die Politik der Reaganregierung quasi als Kapitulation einstufen. Was aber waren die Früchte dieser extrem brutalen antikommunistischen Politik? Wiederholte ernste Konfrontationen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in Berlin, Kuba und anderswo, die sowjetischen Einmärsche in Ungarn und der Tschechoslowakei, die Gründung des Warschauer Paktes (als direkte Antwort auf die Gründung der NATO), keine Glasnost, keine Perestroika, nur umfassender Argwohn, Zynismus und Feindseligkeit auf beiden Seiten. Es stellte sich heraus, daß auch die Russen bloß Menschen waren – sie beantworteten Härte mit Härte. Und die logische Konsequenz: Viele Jahre hindurch bestand eine enge Korrelation zwischen einem guten Verhältnis der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zueinander und der Anzahl der Juden, welche die Sowjetunion verlassen durften.²⁸ Nachgiebigkeit schafft Nachgiebigkeit.

Falls man das Verdienst für die Veränderungen in der Sowjetunion und in Osteuropa – sowohl die positiven als auch die bedenklichen – überhaupt jemandem zuschreiben kann, dann sind dies natürlich Michael Gorbatschow und die Bürgerrechtler, die er inspirierte. Man darf nicht vergessen, daß Reagan schon mehr als vier Jahre und Margaret Thatcher bereits sechs Jahre an der Regierung waren, bevor Gorbatschow an die Macht kam. Aber in diesem Zeitraum geschah nichts wirklich Bedeutsames im Hinblick auf eine Reform der Sowjetunion, trotz Reagans und Thatchers beständiger Heimtücke gegen den kommunistischen Staat.



Es wird oft die Behauptung aufgestellt, im Nachhinein sei es einfach, die amerikanische Besessenheit nach nationaler Sicherheit in der Zeit des Kalten Krieges – mit all ihrer immer größer werdenden Paranoia und ihren Absurditäten, dem Götzen der militärischen Übermacht der NATO, den Frühwarnsystemen und Luftabwehrübungen, den Atomsilos und den U-2-Spionageflugzeugen – ins Lächerliche zu ziehen, aber nach dem Krieg in Europa schienen die Sowjets in der Tat eine ungeheure weltweite Bedrohung zu sein.

Diese Behauptung bricht sofort in sich zusammen, wenn man sich nur eine einzige Frage stellt: Warum hätten die Sowjets in Westeuropa einmarschieren oder die Vereinigten Staaten bombardieren sollen? Sie hätten dadurch doch absolut nichts zu gewinnen ge-

habt, außer der nahezu sicheren Zerstörung ihres Landes, das sie nach den Verwüstungen durch den Weltkrieg gerade mühsam wiederaufbauten.

In den 1980er Jahren, als immer noch niemand wagte, diese Frage zu stellen, hatte diese Besessenheit einen 300 Milliarden Dollar umfassenden Militärhaushalt und das Star-Wars-Programm hervorgebracht.

In der Tat gibt es zahlreiche interne Dokumente aus dem Außenministerium, dem Verteidigungsministerium und der CIA aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, in denen ein politischer Analytiker nach dem anderen seine ernsthafte Skepsis bezüglich der »Sowjetischen Bedrohung« äußert, indem er auf die militärische Schwäche der Russen hinweist und/oder ihre vermeintlich aggressiven Absichten in Frage stellt, während hohe Beamte, einschließlich des Präsidenten, in der Öffentlichkeit eine diametral entgegengesetzte Botschaft verkündeten.²⁹

Der Historiker Roger Morris, ein ehemaliges Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats unter den Präsidenten Johnson und Nixon, hat dieses Phänomen beschrieben:

»Die Architekten der US-Politik müßten ihr Anliegen ›klarer als die Wahrheit‹ machen und ›das kollektive Bewußtsein der höchsten Regierungskreise mit Vorschlagshämmern bearbeiten‹, wie Außenminister Dean Acheson [...] sagt. Und sie tun es. Die neu geschaffene Central Intelligence Agency fangt an, die sowjetischen Militärausgaben systematisch zu übertreiben. Wie durch Zauberhand kommt die sklerotische Wirtschaft der Sowjetunion in Schwung, und ihre Wachstumskurven zeigen auf den Schaubildern der US-Regierung auf einmal steil nach oben. Stalins Armee, deren Fahrzeuge von Pferden gezogen werden – samt ihrer wertlosen Ausrüstung, den vom Krieg zerstörten Straßen und ihrer falschen Kampfmoral – fügt das Pentagon Phantomdivisionen hinzu und versieht die neuen Kräfte als Zugabe mit Invasionsszenarien. Eine spätere Untersuchung der Archive kommt zu der Feststellung, daß die US- Beamten das ›Potential und die Absichten der Sowjets in einem solchen Ausmaß übertrieben, daß es überrascht, daß überhaupt irgend jemand sie ernst nahm.‹ Aber die amerikanische Presse und die amerikanische Bevölkerung – von der Regierung mit düsteren Prophezeiungen gefüttert und der darauf basierenden öffentlichen Angst gesteuert – haben damit kein Problem.«³⁰

Die Verfechter obiger Behauptung bestehen darauf, daß es nichtsdestoweniger viele hochrangige Beamte gab, die schlicht und einfach sowie in gutem Glauben die sowjetischen Signale mißverstanden. Immerhin war die Sowjetunion, insbesondere bis zum Tode Stalins im Jahre 1953, eine hochgradig repressive und abgeschottete Gesellschaft. Hierzu bemerkte der konservative Abgeordnete des britischen Parlaments Enoch Powell im Jahre 1983:

»Das Mißverstehen anderer Nationen ist fast immer absichtlich: Schon der Ausdruck Mißverstehen anderer Nationen ist ein Widerspruch in sich, denn, wenn man ganz bewußt jemanden mißverstehen will, muß man zumindest eine Ahnung von dem haben, was man mißverstehen will, wenn man es nicht sogar tatsächlich versteht [...]. [Das Mißverstehen der UdSSR durch die USA] dient der Aufrechterhaltung eines Mythos – des Mythos nämlich, daß die Vereinigten Staaten ›die letzte und beste Hoffnung der Menschheit‹ seien. Der Kampf zwischen dem Heiligen Georg und dem Drachen ist ein armseliges Schauspiel, wenn man keinen richtigen Drachen hat, und je größer und schuppiger er ist, desto besser, und noch besser ist es, wenn Flammen aus seinem Mund schlagen. Das Mißverstehen Sowjetrußlands ist unerläßlich geworden für das Selbstwertgefühl der amerikanischen Nation: Derjenige, der sie dieses Gefühls berauben will, wird kein Wohlwollen finden, so unwirksam seine Bemühungen auch sein mögen.«³¹

Genausogut könnte man behaupten, man müsse den Glauben der Nazis an die große Gefahr, welche die »Verschwörung des Weltjudentums« darstellte, berücksichtigen, bevor man die Täter des Holocaust verdammt.

Sowohl die Amerikaner als auch die Deutschen glaubten ihre eigene Propaganda oder taten zumindest so. Liest man MEIN KAMPF, so muß man mit Verblüffung feststellen, daß ein bedeutender Teil dessen, was Hitler über die Juden schrieb, sich genauso anhört, wie das, was ein amerikanischer Antikommunist über die Kommunisten schreiben würde. Er beginnt damit, daß die Juden (Kommunisten) böse sind und die Welt beherrschen

wollten, und fährt fort, daß jedes Verhalten, das dem zu widersprechen scheint, bloß eine List ist, um die Menschen zu täuschen und die böartigen Ziele zu erreichen, wobei dieses Verhalten stets Teil einer Verschwörung ist und tatsächlich viele Menschen täuscht. Er schreibt den Juden die große, ja fast mythische Macht zu, Gesellschaften und Volkswirtschaften zu manipulieren. Er beschuldigt die Juden, für die Übel, welche die Industrielle Revolution hervorgebracht hat, beispielsweise Klassengegensätze und Klassenhaß, verantwortlich zu sein. Er würdigt den Kosmopolitismus der Juden und ihren Mangel an Patriotismus herab.

Natürlich gab es auch Kalte Krieger, die nicht daran glaubten, daß der Generalplan des Kremls für die Beherrschung der Welt in so etwas Plumpem wie der Invasion Westeuropas oder der Bombardierung der Vereinigten Staaten bestünde. Der viel subtilere – man könnte sagen teuflisch kluge – Plan war die Unterwanderung [...] der gesamten Dritten Welt [...] von innen [...] Land um Land [...] um endlich die Erste Welt einzukreisen und ihr die Luft abzuschneiden [...] wahrlich eine Verschwörung des Weltkommunismus, »eine Verschwörung«, so sagte Senator Joseph McCarthy, »von solchem Ausmaß, daß sie jedes frühere Unternehmen dieser Art in der Geschichte der Menschheit in den Schatten stellt.«

In diesem Buch geht es vor allem darum, wie die Vereinigten Staaten überall in der Welt intervenierten, um diese Verschwörung zu bekämpfen, wo auch immer und wann auch immer sie ihr häßliches Haupt erhob.

Gab es diese Verschwörung des Weltkommunismus wirklich?

Falls es sie tatsächlich gegeben hätte, warum mußten dann die Kalten Krieger der CIA und anderer Regierungsstellen Zuflucht zu solch unglaublichen Übertreibungen nehmen? Falls sie wirklich und aufrichtig an eine solche teuflische und monolithische Verschwörung des Weltkommunismus geglaubt hätten, warum mußten sie dann so viel erfinden, um die amerikanische Bevölkerung, den Kongreß und die Welt von ihrer bösen Existenz zu überzeugen? Warum mußten sie dann inszenieren, verführen, Beweise manipulieren, manipulierte Geschichten verbreiten und gefälschte Dokumente erfinden? Die folgenden Seiten sind voll von Beispielen der antikommunistischen Sprache der US-Regierung und der Erfindungen der Medien in Hinsicht auf »die sowjetische Bedrohung«, »die chinesische Bedrohung« und »die kubanische Bedrohung«, während man andererseits die ganze Zeit hindurch mit Schauergeschichten auf uns eindrosch: In den 1950er Jahren war es »die Bomberlücke« zwischen den USA und der Sowjetunion und »die Zivilschutzlücke.« Dann kam »die Raketenlücke«, an die sich »die Raketenabwehrsystemlücke« anschloß. In den 1980er Jahren war es dann »die Ausgabenlücke«. Und zum Schluß »die Laserlücke«. Und all diese »Lücken« waren Lügen.

Heute wissen wir, daß die CIA unter Ronald Reagan und William Casey regelmäßig »Einschätzungen der Nachrichtendienste politisierte«, um die antisowjetische Tendenz ihrer Regierung zu stützen, und Berichte – sogar solche ihrer eigenen Analytiker – unterdrückte, die im Gegensatz zu dieser Tendenz standen. Heute wissen wir, daß die CIA und das Pentagon systematisch die wirtschaftliche und militärische Macht der Sowjetunion überbewerteten und das Ausmaß der sowjetischen Atomtests und die Anzahl der »Verletzungen« bestehender Atomteststopp-Verträge aufbauschen, deren Washington dann die Russen beschuldigte.³² Dies alles diente dazu, einen mächtigeren und niederträchtigen Feind zu erschaffen, für einen größeren Verteidigungshaushalt zu sorgen und den Arbeitsstellen der Kalten Krieger Sicherheit und Bedeutung zu geben.



Jetzt haben wir die Zeit nach dem Kalten Krieg, eine Zeit der »Neuen Weltordnung«, und es sieht gut aus für den militärisch-industriellen-nachrichtendienstlichen Komplex und seine weltweiten Komplizen, die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds. Sie haben ihr Nordamerikanisches Freihandelsabkommen und ihre Welthandelsorganisation bekommen. Sie diktieren die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Entwicklung überall in der Dritten Welt und Osteuropa. Moskaus Reaktion auf die Ereignisse in der Welt zählt nicht länger. Der Verhaltenskodex der Vereinten Nationen

für multinationale Unternehmen, über den seit 15 Jahren verhandelt wurde, ist tot. Alles wird dereguliert und privatisiert. Das Kapital durchstreift den Globus mit einer gefräßigen Freiheit, die es seit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg nicht mehr gekannt hat, und wird von nichts und niemandem aufgehalten, ja sogar die Schwerkraft scheint für es außer Kraft gesetzt worden zu sein. Für die Multis ist die Welt ein sicherer Platz geworden.³³

Wird dies für die Masse der Menschen ein besseres Leben mit sich bringen als der Kalte Krieg? Werden die Bedürfnisse der einfachen Leute stärker berücksichtigt werden als bisher, nachdem sie vor Jahrhunderten von der kosmischen Tagesordnung gestrichen wurden? »Aber auf jeden Fall«, sagt das Kapital und wärmt wieder einmal die »Herabriesel«-Theorie auf, das angebliche Naturgesetz, daß den Armen, die sich von den Abfällen an den Tischen der Reichen ernähren müssen, am besten damit gedient ist, wenn man den Reichen größere Mahlzeiten gibt.

Die Handlanger des Kapitals glucksen vergnügt über ihren Martinis über den Tod des Sozialismus. Das Wort wurde aus der höflichen Unterhaltung verbannt. Und sie hoffen, daß niemand bemerkt, daß die Vereinigten Staaten jedes auch noch so unbedeutende sozialistische Experiment im 20. Jahrhundert – ohne jede Ausnahme – zerquetscht, durch einen Umsturz niedergeschlagen, durch eine Invasion beendet, korrumpiert, pervertiert, untergraben oder destabilisiert haben oder ihm auf andere Art das Leben so schwer gemacht haben, so daß es nicht überleben konnte. Keine einzige sozialistische Regierung oder Bewegung – angefangen von der russischen Revolution bis zu den Sandinisten in Nicaragua, vom kommunistischen China bis zur FMLN in El Salvador – keine einzige durfte aufgrund ihrer eigenen Leistungen oder Schwächen aufsteigen oder fallen. Keiner einzigen wurde so viel Sicherheit eingeräumt, daß sie ihre Wachsamkeit gegen die Bedrohung durch den allmächtigen äußeren Feind hätte aufgeben und ihre Überwachung im Inneren ungehindert und vollständig hätte lockern können.

Es ist genauso, als ob die ersten Experimente der Brüder Wright mit Flugapparaten alle deshalb gescheitert wären, weil die Autoindustrie jeden Testflug sabotiert und dann die braven, gottesfürchtigen Menschen in der Welt es sich angesehen hätten, die Konsequenzen bemerkt, weise mit ihren kollektiven Köpfen genickt und feierlich intoniert hätten: Der Mensch wird niemals fliegen.

Anmerkungen zur Einleitung

- 1 **Michael Parenti**, THE ANTI-COMMUNIST IMPULSE, (Random House, New York, 1969) S. 4
- 2 *Washington Post*, 24.10.1965, ein Artikel von Stanley Karnow
- 3 **Winston Churchill**, THE SECOND WORLD WAR, Band 4: The Hinge of Fate (London, 1951), S. 428
- 4 **Winston Churchill**, THE WORLD CRISIS: THE AFTERMATH (London, 1929), S. 235
- 5 D. F. Fleming, »The Western Intervention in the Soviet Union, 1918-1920«, *New World Review* (New York) Herbst 1967; vergleiche auch: **Fleming**, THE COLD WAR AND ITS ORIGINS, 1917-1960, (New York, 1961) S. 16-35
- 6 *Los Angeles Times*, 02.09.1991, S. 1
- 7 **Frederick L. Schuman**, AMERICAN POLICY TOWARD RUSSIA SINCE 1971 (New York, 1928), S. 125
- 8 Ebd., S. 154
- 9 San Francisco Chronicle, 04.10.1978, S. 4
- 10 *New Republic*, 04.08.1920. Eine 42-seitige Analyse von Walter Lippmann und Charles Merz
- 11 *Life*, 29.03.1943, S. 29
- 12 *New York Times*, 24.06.1941. Ein interessanter Bericht darüber, wie US-Beamte sofort nach dem Zweiten Weltkrieg die Grundlagen für den Kalten Krieg legten, findet sich in den beiden ersten Kapiteln von **Blanche Wiesen Cook**, THE DECLASSIFIED EISENHOWER (New York, 1981), eine Untersuchung der bis dahin nicht der Öffentlichkeit zugänglichen Dokumente in der *Eisenhower Library*.
- 13 Dies wurde ausführlich dokumentiert und wäre heute auch »Allgemeinwissen«, gäbe es nicht die beschämenden Verwicklungen. Vgl. z.B. die Dokumente des britischen Kabinetts aus dem Jahr 1939 in ihrer Zusammenfassung im *Manchester Guardian* vom 01.01.1970. Ebenso **Fleming**, THE COLD WAR, S. 49-97
- 14 Berichtet vom früheren französischen Außenminister Christian Pineau in einem für das *Dulles Oral History Project* der *Princeton University* aufgezeichneten Interview, zitiert bei **Roger Morgan**, THE UNITED STATES AND WEST GERMANY, 1945-1973: A STUDY IN ALLIANCE POLITICS (Oxford University Press, London 1974), S. 54. Übersetzung des Autors aus dem Französischen
- 15 **Parenti**, S. 35
- 16 **John Stockwell**, IN SEARCH OF ENEMIES: A CIA STORY (Norton, New York, 1978), S. 101. Der Ausdruck »CIA-Beamter« wird in diesem Buch benutzt, um einen festangestellten Mitarbeiter des Geheimdienstes zu bezeichnen. »CIA-Agent« steht dagegen für eine Person, die zu einem bestimmten Zweck für bestimmte Zeit vom CIA bezahlt wird. Andere der hier zitierten Quellen benutzen das Wort »Agent« bisweilen für beide Kategorien von Personen.
- 17 Ebd., S. 238
- 18 **Kwame Nkrumah**, DARK DAYS IN GHANA, (London, 1968), S. 71-72
- 19 Das vollständige Zitat stammt aus der *New York Times* vom 11.01.1969, Seite 1. Das Zitat innerhalb des Zitats stammt von der *National Commission*.
- 20 *Mother Jones* (San Francisco), April 1981, S. 5
- 21 San Francisco Chronicle, 14.01.1982, S. 2
- 22 **Richard F. Grimmet**, Reported Foreign and Domestic Convert Activities of the United States Central Intellincy Agency: 1950-1974 (Library of Congress, Washington, DC), 18.02.1975

- 23 THE PENTAGON PAPERS (New York Times Edition, 1971), S. XIII
- 24 Rede vor dem World Affairs Council an der University of Pennsylvania am 13. Januar 1950, zitiert in Republican Congressional Committee Newsletter, 20.09.1965
- 25 **Robert Scheer**, *Los Angeles Book Review*, 27.09.1992, Rezension von **Georgi Arbatov**, THE SYSTEM: AN INSIDER'S LIFE IN SOVIET POLITICS (Times Books, New York 1992)
- 26 International Herald Tribune, 29.10.1992, S. 4
- 27 *The New Yorker*, 02.11.1992, S. 6
- 28 *Los Angeles Times*, 02.12.1988: Die Zahl der aus der Sowjetunion ausgewanderten Juden erreichte ihren Höhepunkt im Jahre 1979 mit 51.330 und fiel während der Reagan-Regierung (1981-1989) Mitte der 1980er Jahre auf ungefähr 1000 pro Jahr. Im Jahre 1988 betrug sie 16.572.
- 29 a) **Frank Kofsky**, HARRY S. TRUMAN AND THE WAR SCARE OF 1948: A SUCCESSFUL CAMPAIGN TO DECEIVE THE NATION (St. Martin's Press, New York, 1993), passim, bes. Anhang A. Das Buch birgt von Teilen von Dokumenten, die in den 1940er Jahren von Diplomaten, Geheimdienstleuten und Militäranalysten verfaßt wurden. Die Kriegsangst wurde eingesetzt, um das außenpolitische Programm der Regierung durchzusetzen, eine enorme Aufrüstung durchzusetzen und der nahezu bankrotten Luftfahrtindustrie aus der Patsche zu helfen; b) DECLASSIFIED DOCUMENTS REFERENCE SYSTEM (Arlington, VA): Register, Zusammenfassungen und Dokumente auf Mikrofiche, Bände für einzelne Jahre, nach einzelnen Regierungsbehörden und dem Datum der Freigabe geordnet; c) FOREIGN RELATIONS OF THE UNITED STATES (Department of State, Washington, DC), Bände für einzelne Jahre, interne Dokumente, veröffentlicht zwischen 25 und 35 Jahren nach den Ereignissen.
- 30 *Los Angeles Times*, 29.12.1991, S. M1
- 31 *The Guardian* (London), 10.10.1983, S. 9
- 32 a) Anne H. Cahn, »How We Got Oversold and Overkill«, *Los Angeles Times*, 23.07.1993, beruht auf einer Aussage über eine Untersuchung des Rechnungshofs von Eleanor Chelmsky, der stellvertretenden Präsidentin des Rechnungshofs, am 10.06.1993 vor dem Kongreß; vgl. die entsprechende Dokumentation in der *New York Times*, 28.06.1993, S. 10; b) *Los Angeles Times*, 15.09.1991, S. 1; 26.10.1991; c) *The Guardian* (London), 04.03.1983; 20.01.1984; 03.04.1986; d) **Arthur Macy Cox**, »Why the U.S., Since 1977, Has Been Misperceiving Soviet Military Strength«, *New York Times*, 20.10.1980, S. 19. Cox war früher Beamter im Außenministerium und bei der CIA.
- 33 Zu einer ausführlichen Darstellung dieser Punkte vgl. a) **Walden Bello**, DARK VICTORY: THE UNITED STATES, STRUCTURAL ADJUSTMENT AND GLOBAL POVERTY (Institute for Food and Development Policy, Oakland, CA, 1994), passim; b) *Multinational Monitor* (Washington, DC), Juli-August 1994, ein Sonderheft über die Weltbank; c) **Doug Henwood**, »The U.S. Economy: The Enemy Within«, *Convert Actoin Quarterly*, H. 41, Summer 1992, S. 45-49; d) Joel Beifuss, »The Death of Nations«, *In These Times* (Chicago, 27.06.1994 bis 10.07.1994, S. 12 (zum UNO-Code)

1 China von 1945 bis in die 1960er-Jahre

War Mao Zedong bloß paranoid?

Vier Jahre lang verbargen zahlreiche Amerikaner sowohl in hohen als auch unbedeutenden Stellungen nur mit Mühe ihre Überzeugung, daß der Zweite Weltkrieg »der falsche Krieg gegen den falschen Feind« gewesen sei. Der Kommunismus, das wußten sie, war der einzige wirkliche Feind auf Amerikas historischer Tagesordnung. War Hitler nicht gerade deshalb ignoriert, toleriert, beschwichtigt und unterstützt worden? Damit die Kriegsmaschinerie der Nazis sich nach Osten wenden und den Bolschewismus ein für alle Mal vom Angesicht der Erde auslöschen würde? Es war bloß Pech, das Adolf sich dann als größtenwahnsinnig herausstellte und gegen den Westen wandte.

Aber dieser Krieg war vorbei. Für diese Amerikaner war nun in jedem Winkel der Erde der Tag gekommen. Die Tinte auf dem Kapitulationsvertrag mit Japan war noch nicht ganz trocken, da fingen die Vereinigten Staaten schon an, die japanischen Soldaten, die noch in China standen, Seite an Seite mit amerikanischen Truppen gegen die chinesischen Kommunisten einzusetzen. (Wie wir sehen werden, warteten die USA auf den Philippinen und in Griechenland noch nicht einmal das Ende des Krieges ab, bevor sie den Kampf gegen Japan und Deutschland dem antikommunistischen Kreuzzug unterordneten.)

Die Kommunisten in China hatten während des Krieges eng mit dem amerikanischen Militär zusammengearbeitet, es mit wichtigen Geheimdienstinformationen über die japanischen Besatzungstruppen versorgt und abgeschossene amerikanische Flieger gerettet und sich um sie gekümmert.¹ Aber egal! Generalissimus Chiang Kai-shek würde der Mann Washingtons sein. Er war der Chef dessen, was als chinesische Zentralregierung gelten konnte. Das Amt für Strategische Dienste, das Office for Strategie Services (OSS) (der Vorgänger der CIA) kam zu der Einschätzung, daß der Großteil von Chiangs militärischen Anstrengungen gegen die Kommunisten und nicht gegen die Japaner gerichtet gewesen war. Er hatte außerdem sein Bestes getan, um die Zusammenarbeit zwischen den Roten und den Amerikanern zu verhindern. Nun gab es in seiner Armee japanische Einheiten und seine Verwaltung war voll von Beamten, die mit den Japanern kollaboriert und in deren Marionettenregierung gedient hatten.² Aber egal! Der Generalissimus war so antikommunistisch, wie es nur ging. Und vor allem: Er war der geborene amerikanische Vasall. Seine Truppen würden angemessen ausgebildet und ausgerüstet werden, um die Männer von Mao Zedong und Zhou Enlai zu bekämpfen.

Präsident Truman war ganz offen bei dem, was er als »den Einsatz der Japaner, um die Kommunisten abzuwehren« bezeichnete:

»Eins war uns vollkommen klar: Würden wir den Japanern befehlen, sofort die Waffen niederzulegen und an die Küste zu marschieren, würde das ganze Land den Kommunisten in die Hände fallen. Wir mußten daher den ungewöhnlichen Schritt tun und den Feind als Garnison benutzen, bis wir [Chiangs] nationalchinesische Truppen über eine Luftbrücke nach Südchina bringen und unsere Marineinfanterie schicken könnten, um die Seehäfen zu sichern.«³

Der Einsatz der amerikanischen Marineinfanterie erbrachte rasche und einschneidende Resultate. Zwei Wochen nach dem Ende des Krieges war Peking von kommunistischen Truppen eingekesselt. Nur das Eintreffen der Marineinfanterie in der Stadt hinderte die Roten daran, diese einzunehmen.⁴ Und als Maos Streitkräfte in die Vororte von Schanghai eindrangen, setzten Transportflugzeuge der amerikanischen Armee Chiangs Truppen ab, um die Stadt zu erobern.⁵

Beim Wettlauf darum, die entscheidenden Zentren und Häfen vor den Kommunisten zu erreichen, transportierten die USA zwischen 400.000 und 500.000 nationalistische Sol-

daten mit Schiffen und Flugzeugen über die ungeheuren Weiten Chinas und der Mandchurei zu Orten, die sie anders niemals erreicht hätten.

Als der Bürgerkrieg an Schärfe zunahm, wurden die 50.000 Marineinfanteristen, die Truman geschickt hatte, eingesetzt, um Bahnlinien, Kohlenbergwerke, Häfen, Brücken und andere strategische Einrichtungen zu sichern. Zwangsläufigerweise wurden sie in die Kämpfe hineingezogen und erlitten Dutzende, wenn nicht Hunderte von Todesopfern. Die Kommunisten beschuldigten die US-Truppen, sie hätten von den Roten kontrollierte Gebiete angegriffen, ohne Vorwarnung das Feuer auf sie eröffnet, Offiziere gefangengenommen und Soldaten entwaffnet.⁶ Die Amerikaner ertappten sich dabei, wie sie »unbarmherzig« ein chinesisches Dorf unter Beschuß nahmen, ohne zu wissen, »wie viele unschuldige Menschen dabei abgeschlachtet wurden«, schrieb ein Marineinfanterist seinem Kongreßabgeordneten.⁷

Flugzeuge der Vereinigten Staaten unternahmen regelmäßig Aufklärungsflüge über dem Gebiet der Kommunisten, um die Stellungen ihrer Truppen auszukundschaften. Die Kommunisten behaupteten, amerikanische Flugzeuge hätten häufig ihre Truppen beschossen und bombardiert und einmal sogar ein von den Kommunisten gehaltenes Dorf mit Maschinengewehrfeuer belegt.⁸ In welchem Umfang diese Angriffe von amerikanischen Fliegern verübt wurden, ist nicht bekannt.

Bei einigen der vielen Abstürze von Flugzeugen der Vereinigten Staaten gab es jedoch amerikanische Überlebende. Überraschenderweise retteten die Roten sie nach wie vor, versorgten ihre Wunden und schickten sie an die US-Stützpunkte zurück. Man kann es heute kaum noch verstehen, aber der geheimnisvolle Nimbus und Mythos »America« hatte damals immer noch die Fantasie der Menschen überall auf der Welt im Griff, und chinesische Bauern, ob sie nun als »Kommunisten« etikettiert wurden oder nicht, bildeten davon keine Ausnahme. Während des Krieges hatten die Roten mitgeholfen, eine große Zahl von amerikanischen Fliegern zu retten, und hatten sie durch die japanischen Linien hindurch in Sicherheit gebracht. »Die Kommunisten«, so schrieb die *New York Times*, »verloren keinen einzigen Flieger, der unter ihrem Schutz stand, und nahmen aus Prinzip niemals eine Belohnung für die Rettung eines amerikanischen Piloten an.«⁹

Anfang des Jahres 1946 befanden sich immer noch rund 100.000 amerikanische Soldaten in China, und sie unterstützten nach wie vor Chiang Kai-shek. Die offizielle Erklärung der Vereinigten Staaten für die Anwesenheit ihrer Truppen lautete, sie seien dort, um die Japaner zu entwaffnen und in ihre Heimat zurückzubringen. Auch wenn die Truppen diese Aufgabe schließlich tatsächlich erfüllten, so war sie doch nachrangig gegenüber der politischen Funktion des Militärs, wie Trumans oben zitierte Aussage im Überfluß klar macht.

Die amerikanischen Soldaten in China begannen dagegen zu protestieren, daß sie nicht nach Hause geschickt wurden, eine Klage, die überall auf der Welt von GIs zu hören war, die aus politischen (gewöhnlich antikommunistischen) Absichten in Übersee zurückgehalten wurden. »Auch Sie fragen mich, warum Sie hier sind«, sagte zur Weihnachtszeit des Jahres 1945 ein Leutnant der Marineinfanterie. »Als Offizier erwartet man von mir, daß ich es Ihnen sage, aber du kannst einem Mann nicht erzählen, daß er hier ist, um die Japaner zu entwaffnen, wenn er gemeinsam mit [bewaffneten] Japanern eine Eisenbahnlinie sichert.«¹⁰

Seltsamerweise versuchten die Vereinigten Staaten, im Bürgerkrieg zu vermitteln, und das, obwohl sie ein aktiver und schlagkräftiger Teilnehmer auf einer der beiden Seiten waren. Als Präsident Truman offenbar erkannte, daß es nötig war, sich mit den Kommunisten zu arrangieren, weil sonst ganz China unter ihren Einfluß geraten würde, schickte er im Januar 1946 General George Marshall, der versuchen sollte, einen Waffenstillstand und eine wie auch immer geartete Form von Koalitionsregierung herbeizuführen. Während dem Waffenstillstand, der aber nie ganz eingehalten wurde, zeitweise ein gewisser Erfolg beschieden war, war die Vorstellung von einer Koalitionsregierung zum Scheitern verurteilt, sie war so unmöglich wie eine Hochzeit zwischen dem Zaren und den Bolschewiki. Der Historiker D. F. Fleming trifft den Punkt, wenn er sagt: »Man kann keine sterbende Oligarchie mit einer aufsteigenden Revolution vereinen.«¹¹

Erst 1957 begannen die Vereinigten Staaten damit, einen Teil ihrer Soldaten abzuziehen, der Beistand und die Unterstützung für Chiangs Regierung ging aber noch lange danach in der einen oder anderen Form weiter. Ungefähr zur selben Zeit begannen die Flying Tigers einzugreifen. Diese legendäre amerikanische Fliegerstaffel unter der Führung von General Claire Chennault hatte vor und nach dem Weltkrieg mit den Chinesen gegen die Japaner gekämpft. Nun hatte Chennault, Chiangs ehemaliger Luftwaffenberater, diese Staffel (unter dem Namen Civil Air Transport, CAT) reaktiviert, und ihre Piloten befanden sich schon bald mitten im Kampf. Sie flogen endlose Versorgungseinsätze in unter Belagerung stehende nationalistische Städte und wichen dem kommunistischem Flakfeuer aus, um Nahrungsmittel, Munition und Versorgungsgüter aller Art einzufliegen oder Verwundete zu retten.¹² Offiziell war die CAT nur eine private Fluglinie, welche von der Chiangregierung gechartert worden war, aber noch bevor der Bürgerkrieg zu Ende war, hatte sich die Fluglinie ganz offen mit dem CIA zusammengetan, um die erste Einheit in deren schnell anwachsendem zukünftigen Flugimperium zu bilden, welches am besten unter dem Namen Air America bekannt ist.

Vom Ende des Weltkriegs bis 1949 hatten die Vereinigten Staaten die Nationalisten mit nahezu zwei Milliarden Dollar an Geldmitteln und Militärgütern im Gegenwert von ungefähr einer Milliarde US Dollar unterstützt sowie 39 Divisionen ihrer Armee ausgebildet und ausgerüstet.¹³ Und dennoch brach die Chiangdynastie an allen Fronten total zusammen. Das lag nicht allein am Ansturm der kommunistischen Gegner, sondern an der feindseligen Einstellung des gesamten chinesischen Volkes gegen Chiangs Tyrannei, seine rücksichtslose Grausamkeit und die außergewöhnliche Korruption und Dekadenz seines gesamten bürokratischen und sozialen Systems. Im Gegensatz dazu waren die großen Gebiete unter kommunistischer Verwaltung Modelle der Rechtschaffenheit, des Fortschritts und der Anständigkeit. Ganze Divisionen des Generalissimus gingen zu den Kommunisten über. Die politischen und militärischen Führer Amerikas machten sich keinerlei Illusionen bezüglich des Charakters und der Qualität von Chiangs Herrschaft. Die nationalistischen Streitkräfte, so sagte David Barr, Chef der Militärmission der USA in China, standen unter »dem schlechtesten Kommando auf der ganzen Welt.«¹⁴

Der Generalissimus, seine Spießgesellen und seine Soldaten flohen auf die der chinesischen Küste vorgelagerte Insel Taiwan (Formosa). Sie hatten ihre Ankunft schon zwei Jahre zuvor vorbereitet, indem sie sich die Inselbewohner durch Terror gefügig gemacht hatten – ein Massaker, das mehr als 28.000 Menschen das Leben kostete.¹⁵ Bis zur Flucht der Nationalisten auf die Insel hatte die Regierung der USA niemals angezweifelt, daß Taiwan ein Teil Chinas war. Danach jedoch beschlich die Washingtoner Beamten allmählich Unsicherheit. Die Krise wurde auf bemerkenswert einfache Art gelöst: Die USA kamen mit Chiang überein, daß die richtige Betrachtungsweise der Lage darin bestünde, daß Taiwan nicht zu China gehörte, sondern das Taiwan China war. Und so wurde es von nun an auch genannt.

Der Chinakenner Felix Greene bemerkt: Nach dem Erfolg der Kommunisten »wollten die Amerikaner einfach nicht glauben, daß die Chinesen, so durch und durch korrupt ihre Führung auch war, eine kommunistische Herrschaft vorgezogen hatten.«¹⁶ Es mußte das Werk einer Verschwörung gewesen sein, einer internationalen Verschwörung, die – wer hätte es anders erwartet – von der Sowjetunion gesteuert worden war. Die Beweise dafür waren jedoch bis zur Durchsichtigkeit dünn. Denn seit in den 1920er-Jahren Stalins Überzeugung vom »Sozialismus in einem Land« über Trozki's Internationalismus gesiegt hatte, hatten die Russen es in der Tat eher mit Chiang als mit Mao gehalten und letzteren wiederholt angewiesen, seine Armee aufzulösen und sich Chiangs Regierung anzuschließen.¹⁷ Besonders in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Sowjetunion unter ihrer eigenen Wiederaufbau-Krise litt, kam ihnen die Aussicht, daß sich die bevölkerungsreichste Nation der Welt ins moderne Zeitalter emporschwingen könnte, ganz und gar nicht gelegen. Im Jahre 1947 verkündete General Marshall öffentlich, er wüßte von keinerlei Beweisen dafür, daß die chinesischen Kommunisten von der UdSSR unterstützt würden.¹⁸

Aber in den Vereinigten Staaten tat dies dem Aufstieg einer ganzen Mythologie darüber, wie die USA China »verloren« hatten, keinen Abbruch: Sowjetische Intervention, Kommunisten im Außenministerium, Feiglinge im Weißen Haus, militärische und diplomatische Torheit, kommunistische Gimpel und Mitläufer in den Medien [...] Verrat an allen Ecken und Enden ...

Die Trumanregierung, so sagte Senator Joseph McCarthy mit seinem eigentümlichen Charme, setze sich zusammen aus »Scheinliberalen Hosenscheißern«, welche die »Kommunisten und Homos« beschützten, die »China in die atheistische Sklaverei verkauft« hatten.¹⁹

Aber es ist schwer zu erkennen, was die US-Regierung sonst noch hätte tun können, um Chiangs Untergang zu verhindern, läßt man einmal eine vollständige Invasion des Landes durch große amerikanische Kampfverbände außer Acht. Selbst nach Chiangs Flucht nach Taiwan führten die Vereinigten Staaten immer noch ihre Kampagne von unerbittlichen Angriffen gegen die kommunistische Regierung fort, obwohl Zhou Enlai um Hilfe und Freundschaft gebeten hatte. Der rote Führer konnte dagegen keine praktischen oder ideologischen Hindernisse erkennen.²⁰ Aber statt das Angebot anzunehmen, beteiligten die Vereinigten Staaten sich offenbar wiederholt an Verschwörungen zur Ermordung Zhous.²¹

Viele nationalistische Soldaten hatten während des großen Exodus von 1949 in Nordburma Zuflucht gesucht, sehr zum Mißfallen der burmesischen Regierung. Dort begann der CIA nun, diese staatenlose Armee zu einer Kampftruppe umzugruppieren, und während der frühen 1950er-Jahre wurde eine ganze Reihe von großen und kleinen Einfällen nach China durchgeführt. In einem Fall, im April 1951, überschritten mehrere tausend Soldaten, begleitet von CIA-Beratern und unterstützt von Bombardements durch amerikanische C46 und C47, die Grenze zur chinesischen Provinz Yunnan, wurden aber innerhalb einer Woche von den Kommunisten zurückgetrieben. Die Verluste waren hoch, und auch etliche CIA-Berater verloren ihr Leben. Bei einem anderen Angriff, im Sommer des Jahres, gelangten die Invasoren etwa 100 Kilometer nach China hinein, wo sie, wie verlautete, einen 160 Kilometer breiten Streifen des Staatsgebietes hielten.

Während die Angriffe ohne Unterbrechung weitergingen, baute die CIA das Potenzial der Truppe kontinuierlich aus: Amerikanische Ingenieure trafen ein, um beim Bau und der Erweiterung von Landebahnen in Burma zu helfen, aus Taiwan wurden frische Truppen eingeflogen und unter den burmesischen Bergstämmen wurden weitere Truppen rekrutiert. Fliegerstaffeln des CIA wurden für Nachschubaufgaben hinzugezogen und enorme Mengen an amerikanischen schweren Waffen kamen per Schiff. Ein Großteil der Unterstützung an Männern und Ausrüstung kam über das nahegelegene Thailand.

Die Armee hatte bald eine Stärke von mehr als 10.000 Mann erreicht. Als das Jahr 1952 zu Ende ging, behauptete Taiwan, mehr als 41.000 kommunistische Soldaten seien getötet und mehr als 3000 verwundet worden. Diese Zahlen waren mit großer Wahrscheinlichkeit übertrieben. Aber selbst wenn es nicht so war: Es war klar, daß die Angriffe nicht zu Chiangs triumphaler Rückkehr auf das Festland führen würden, auch wenn dies nicht ihr einziger Zweck war. An der Grenze zu China tobten zwei Kriege: In Korea und in Vietnam. Die Vereinigten Staaten hofften, die Chinesen dazu zwingen zu können, ihre Truppen und militärischen Ressourcen von den Grenzen zu diesen beiden Ländern abzuziehen. Die gerade erst aus der Taufe gehobene Volksrepublik China wurde einer entsetzlichen Prüfung unterworfen.

In der Zeit zwischen ihren Angriffen auf China fanden die Nationalchinesen wiederholt Zeit, mit burmesischen Truppen aneinanderzugeraten, sich dem Banditentum zu widmen und die Opiumbarone des Goldenen Dreiecks zu werden, jenes Landstrichs an den Grenzen von Burma, Laos und Thailand, welcher der größte Opium- und Heroinlieferant der Welt war. Um ihren nationalistischen Vasallen einen Gefallen zu tun, ja vielleicht sogar für Geld und ironischerweise als Deckmantel für deren noch illegalere Aktivitäten flogen die Piloten der CIA den Stoff überall hin, um die Kooperation derjenigen in Thailand sicherzustellen, die für die militärischen Operationen wichtig waren.

Die Nationalchinesen in Burma setzten ihre Störmanöver gegen die Kommunisten bis ins Jahr 1961 fort, und der CIA unterstützte sie auch nach wie vor militärisch, aber ab einem ganz bestimmten Punkt zog sich der Geheimdienst nach und nach aus seiner direkten Beteiligung zurück. Als Reaktion auf wiederholte Protestnoten der burmesischen Regierung an die Vereinigten Staaten und die Vereinten Nationen machte der CIA Druck auf die Nationalchinesen, Burma zu verlassen – da drohte Chiang Kai-shek, die verdeckte Unterstützung seiner dortigen Truppen durch den Geheimdienst aufzudecken. Zu einem früheren Zeitpunkt hatte dieser noch gehofft, die Chinesen dazu provozieren zu können, Burma anzugreifen, um das streng neutrale Land in die Arme des Westens zu treiben.²² Im Januar 1961 taten die Chinesen dies auch, aber zusammen mit burmesischen Truppenverbänden, um den wichtigsten Stützpunkt der Nationalisten einzunehmen und deren burmesisches Abenteuer zu beenden. In der Folge wies Burma amerikanische Hilfsangebote zurück und schloß sich enger an Peking an.²³ Viele der Nationalchinesen blieben nicht lange arbeitslos. Sehr bald verdingten sie sich wieder bei der CIA, diesmal, um mit deren Armee in Laos zu kämpfen.

Burma war nicht der einzige Ausgangspunkt für die von der CIA organisierten Überfälle auf China. Auch etliche Inseln innerhalb der Fünfmilenzone vor der chinesischen Küste, insbesondere Quemoy und Matsu, wurden als Stützpunkte für kurze Angriffe (oft in Bataillonstärke) mit schnellem Rückzug, für gelegentliche Bomberüberfälle und für die Blockade der Häfen auf dem Festland genutzt. Chiang wurde seit etwa 1953 von den USA »brutal unter Druck gesetzt«, seine Truppen auf den Inseln zu verstärken, um der Welt Washingtons neue Politik – daß Chiang Kai-shek nicht mehr nach seiner Pfeife tanzte – demonstrieren zu können.²⁴

Die Chinesen rächten sich wiederholt mit schweren Artillerieangriffen auf Quemoy, und bei einer Gelegenheit töteten sie zwei amerikanische Offiziere. Die Aussicht auf eine Eskalation des Krieges führte später zu einem Sinneswandel der USA, und sie forderte Chiang auf, die Inseln aufzugeben. Aber jetzt weigerte er sich. Man vermutet oft, Chiang hätte geplant, die Vereinigten Staaten in einen Krieg genau wie seinen eigenen zu verwickeln, um seine Rückkehr auf das Festland zu erreichen.²⁵

Viele Einfälle in China wurden von kleineren Kommandogruppen durchgeführt, die von Flugzeugen absprangen, um Spionage zu betreiben und Sabotageakte zu verüben. Im November 1952 wurden zwei CIA-Offiziere, John Downey und Richard Fecteau, die sich darauf eingelassen hatten, diese Kommandos einzufliegen und ihre Ausrüstung abzuwerfen, von den Kommunisten abgeschossen und gefangengenommen. Es dauerte zwei Jahre, bevor Peking die Gefangennahme bekanntgab und die beiden Männer verurteilte. Das amerikanische Außenministerium brach mit Empörung sein eigenes zweijähriges Schweigen und behauptete, die beiden Männer seien zivile Angestellte des amerikanischen Heeresministeriums in Japan gewesen, die wahrscheinlich bei einem Flug von Korea nach Japan die Orientierung verloren hätten.

»Wie sie in die Hand der chinesischen Kommunisten geraten sind, ist den Vereinigten Staaten unbekannt [...] die fortgesetzte unrechtmäßige Haft dieser amerikanischen Bürger liefert erneut den Beweis für die Mißachtung allgemein anerkannter internationaler Gepflogenheiten durch das Regime der chinesischen Kommunisten.«²⁶

Fecteau wurde im Dezember 1971, kurz vor der Reise Präsident Nixons nach China, freigelassen, Downey erst im März 1973, nachdem Nixon öffentlich zugegeben hatte, daß er ein CIA-Agent war.

Durch Pekings Bekanntmachung im Jahre 1954 erfuhr man auch, daß im Januar 1953 elf amerikanische Flieger über China während eines Einsatzes abgeschossen worden waren, dessen Zweck es war, »Spezialagenten in China und der Sowjetunion per Fallschirm abzusetzen.« Diese Leute hatten mehr Glück: Sie wurden schon nach zweieinhalb Jahren freigelassen. Alles in allem hatten die Chinesen nach ihren eigenen Angaben 106 amerikanische und taiwanesischen Agenten getötet, die zwischen 1951 und 1954 über China abgesprungen und in Gefangenschaft geraten waren, und 124 weitere gefangengenommen. Obwohl die CIA nur wenig, wenn überhaupt etwas, als Resultat ihrer

Kommandoeinsätze vorweisen konnte, sie verfolgte, so wird berichtet, das Programm zumindest bis 1960 weiter.²⁷

Weiterhin führte die CIA über China zahlreiche Flüge – mit besonders hochfliegenden U2-Flugzeugen, pilotenlosen »Drohnen« und anderem Fluggerät – zu reinen Spionagezwecken durch. Diese Überflüge begannen etwa Ende der 1950er-Jahre und endeten erst 1971, als Henry Kissinger zum ersten Mal Peking besuchte. Die Einsätze gingen nicht ohne Zwischenfälle vor sich. Etliche U2-Flugzeuge und 19 Drohnen wurden nach chinesischen Angaben zwischen 1964 und 1969 abgeschossen. In Hunderten von Fällen meldete China »ernsthafte Bedenken« wegen der Verletzung seines Luftraums an, und zumindest einmal überflog eine amerikanische Maschine die chinesische Grenze und schoß eine MiG-17 ab.²⁸

Es scheint fast so, daß kein noch so großer Mißerfolg oder Mangel an Ergebnissen die CIA davon abhalten konnte, nach neuen Wegen zu suchen, um die Chinesen in dem Jahrzehnt nach ihrer Revolution zu schikanieren. Tibet war ein weiteres typisches Beispiel. Die Regierung in Peking beanspruchte Tibet als Teil von China, genauso wie es frühere chinesische Regierungen mehr als zweihundert Jahre lang getan hatten, auch wenn viele Tibeter ihr Land nach wie vor als autonom und unabhängig ansahen. Während des Zweiten Weltkriegs hatten die Vereinigten Staaten noch folgenden eindeutigen Standpunkt vertreten:

»Die Regierung der Vereinigten Staaten anerkennt seit langem die Tatsache, daß die chinesische Regierung schon seit langem die Oberhoheit über Tibet beansprucht und daß die chinesische Verfassung Tibet als integralen Bestandteil des Staatsgebiet der Republik China aufführt. Diese Regierung hat zu keinem Zeitpunkt einen dieser Ansprüche in Frage gestellt.«²⁹

Nach der kommunistischen Revolution neigten die Beamten in Washington plötzlich zu einer eher zweideutigen Haltung in dieser Angelegenheit, allerdings hatten die Handlungen der USA in Tibet nichts mit den Feinheiten des Völkerrechts zu tun.

Mitte der 1950er-Jahre begann der CIA damit, tibetische Flüchtlinge und Exilanten in den Nachbarstaaten, etwa in Indien und Nepal, zu rekrutieren. Darunter waren auch Angehörige der Leibgarde des Dalai Lama, oft malerisch die »die furchterregenden Kham-pa-Reiter« genannt, und andere, die sich bereits an Guerillaaktivitäten gegen die Herrschaft Pekings und/oder die tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen, welche die Revolution hervorgebracht hatte (Leibeigenschaft und Sklaverei waren, im wahrsten Sinn des Wortes, in Tibet noch verbreitet), beteiligt hatten. Die Ausgewählten flog man in die Vereinigten Staaten, auf einen ungenutzten Militärstützpunkt hoch oben in den Bergen von Colorado, also in einer Höhe, die ungefähr den Bergen in ihrem Heimatland entsprach. Dort wurden sie, so weit wie möglich vor den Einheimischen versteckt, in allen Raffinessen der paramilitärischen Kriegsführung ausgebildet.

Nach Beendigung der Ausbildung wurde jede tibetanische Gruppe nach Taiwan oder in ein anderes befreundetes asiatisches Land geflogen, danach sickerten sie zurück nach Tibet oder anderswo in China ein, wo sie solche Handlungen begingen wie etwa Sabotage, Verminung von Überlandstraßen, Zerstörung von Nachrichtenwegen und Überfälle auf kleine kommunistische Armeeeinheiten aus dem Hinterhalt. Ihre Aktionen wurden von der Fluglinie des CIA und hier und da von deren Söldnern unterstützt. Im Nordosten von Indien wurden umfangreiche Nachschubbasen aufgebaut.

Die Operation in Colorado wurde bis irgendwann in den 1960er-Jahren fortgeführt. Wie viel Hunderte von Tibetanern die Ausbildungslehrgänge durchlaufen haben, wird wahrscheinlich niemals bekanntwerden. Und auch nachdem das offizielle Ausbildungsprogramm beendet war, finanzierte und unterstützte die CIA ihre exotischen Vasallen weiterhin und nährte ihren hoffnungslosen Traum von der Rückeroberung ihres Heimatlandes.

Als die *New York Times* im Jahre 1961 von der Operation in Colorado Wind bekam, gab sie einer Aufforderung des Pentagon nach, der Sache nicht weiter nachzugehen.³⁰ Die Angelegenheit war deshalb besonders heikel, weil die Operationen des CIA in der

Heimat durch seine Satzung aus dem Jahre 1947 und deren Interpretation durch den Kongreß strikt auf die Sammlung von Informationen beschränkt wurden.

Und es war nicht allein die Besessenheit von China um seiner selbst willen, auch der Koreakrieg schwappte auf das chinesische Staatsgebiet über: Es gab unzählige Bombardements und Schießereien durch amerikanische Flugzeuge, die, wie die Chinesen immer wieder berichteten, Zivilisten das Leben kosteten und ihre Wohnstätten vernichteten. Und dann war da auch noch die bakteriologische Kriegsführung.

Die Chinesen verwandten erheblichen Aufwand auf die Publikation ihrer Behauptung, daß die Vereinigten Staaten, insbesondere während der Monate Januar und März 1952, Unmengen von Bakterien und Krankheitskeime tragenden Insekten über Korea und Nordostchina abgeworfen hätten. China legte die Aussagen von 38 gefangenen amerikanischen Piloten vor, die, so hieß es, die Flugzeuge mit dieser todbringenden Fracht geflogen hätten. Viele von diesen Männern berichteten Einzelheiten über die gesamte Operation: Die Art der Bomben und anderer Behälter, die Arten von Insekten, die Krankheiten, die sie trugen usw. Außerdem wurden Fotografien der angeblichen bakteriologischen Bomben und Insekten veröffentlicht. Im August wurde dann ein »Internationaler Wissenschaftlicher Ausschuß« einberufen, der sich aus Wissenschaftlern aus Schweden, Frankreich, Großbritannien, Italien, Brasilien und der Sowjetunion zusammensetzte. Nachdem er mehr als zwei Monate lang in China Untersuchungen vorgenommen hatte, legte der Ausschuß einen rund 600 Seiten starken Bericht mit vielen Fotos vor, dessen Fazit lautete:

»Die Völker Koreas und Chinas sind in der Tat das Ziel bakteriologischer Waffen gewesen. Diese wurden von Einheiten der Streitkräfte der USA eingesetzt. Sie benutzten zu diesem Zweck eine große Bandbreite verschiedener Methoden, von denen einige Weiterentwicklungen derjenigen zu sein scheinen, welche die Japaner während des Zweiten Weltkriegs eingesetzt hatten.«³¹

Der letzte Hinweis bezieht sich auf die Experimente mit bakteriologischer Kriegsführung, welche die Japaner zwischen 1940 und 1942 in China durchgeführt hatten. Die für dieses Programm verantwortlichen japanischen Wissenschaftler wurden von den Vereinigten Staaten im Jahre 1945 gefangengenommen. Man versprach ihnen, sie nicht wegen ihrer Kriegsverbrechen anzuklagen, wenn sie den amerikanischen Wissenschaftlern am Biologischen Forschungszentrum des Heeres in Fort Detrick in Maryland technische Informationen über ihre Experimente übergäben. Die Chinesen wußten darüber zur Zeit der Untersuchungen des Internationalen Wissenschaftlichen Ausschusses Bescheid.³²

Man sollte allerdings nicht vergessen, daß die Aussagen einiger der amerikanischen Flieger so viele biologische Fachinformation enthielten und so voller kommunistischer Rhetorik waren – »imperialistische, kapitalistische Wall-Street-Kriegstreiber« und Ähnliches –, daß ihre Urheberschaft an diesen Aussagen ernsthaft bezweifelt werden muß. Überdies wurde später auch bekannt, daß die meisten der Flieger erst nach körperlichem Mißhandlungen gestanden hatten.³³

Wenn man allerdings in Betracht zieht, was wir seither über die amerikanische Verstrickung in chemische und biologische Waffen gelernt haben, kann man die Behauptungen der Chinesen nicht so einfach abtun. So berichtete beispielsweise die *New York Times* im Jahre 1970: Als während des Koreakrieges die US-Truppen von chinesischen »Menschenwellen« überrannt wurden, »grub die Armee von den Nazis erbeutete Dokumente über chemische Kriegsführung aus, in denen Sarin beschrieben wurde, ein Nervengas, das so tödlich ist, daß ein Paar Pfund innerhalb von Minuten Tausende von Menschen töten können [...]. Mitte der 1950er-Jahre stellte die Armee Tausende Gallonen von Sarin her.«³⁴

Und während der 1950er- und 1960er-Jahre führten die Armee und die CIA zahlreiche Experimente mit biologischen Wirkstoffen innerhalb der Vereinigten Staaten durch. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Es gibt überzeugende Beweise dafür, daß die CIA im Jahre 1955 in Florida Keuchhusten-Bakterien freisetzte, worauf in jenem Jahr ein steiler Anstieg beim Auftreten dieser Krankheit in dem Staat zu verzeichnen war.³⁵ Das folgen-

de Jahr wurde eine andere giftige Substanz in den Straßen und Tunneln von New York freigesetzt.³⁶

Auch im Kapitel über Kuba werden wir sehen, wie die CIA chemischen und biologischen Krieg gegen Fidel Castros Herrschaft führte.

Im März 1966 sprach Außenminister Dean Rusk vor einem Ausschuß des Kongresses über die amerikanische Chinapolitik. Rusk, so scheint es, war verblüfft darüber, daß »die Führer der chinesischen Kommunisten zeitweise von dem Gedanken besessen zu sein scheinen, daß sie bedroht und eingekreist werden.« Er sprach von der »eingebildeten, ja fast pathologischen Vorstellung« Chinas, »daß die Vereinigten Staaten und andere Länder an seinen Grenzen nach einer Gelegenheit suchen, in Festlandchina einzufallen und das Regime in Peiping [Peking] zu zerstören.« Der Minister fügte hinzu:

»Wie viel von Peipings ›Angst‹ vor den Vereinigten Staaten authentisch ist und wie viel zu politischen Zwecken im Inland künstlich erzeugt wird, wissen nur die Führer der chinesischen Kommunisten selbst. Ich bin jedoch überzeugt, daß ihr Wunsch, unseren Einfluß und unsere Aktivitäten aus dem Westpazifik und aus Südostasien herauszudrängen, nicht in der Angst vor unserer Bedrohung begründet ist.«³⁷

Anmerkungen zu Kapitel 1

- 1 **David Barrett**, DIXIE MISSION: THE UNITED STATES ARMY OBSERVER GROUP IN YENAN, 1944 (Center for Chinese Studies, University of California, Berkeley, 1970), passim; **R. Harris Smith**, OSS: THE SECRET HISTORY OF AMERICA'S FIRST CIA (University of California Press, Berkeley, 1972, S. 262-263); *New York Times*, 09.12.1945, S. 2
- 2 Zu Chiangs Politik während des und nach dem Krieg vgl. **Smith**, S. 259-282; *New York Times*, 19.12.1945, S. 2
- 3 **Harry S. Truman**, MEMOIRES, Bd. 2, YEARS OF TRIAL AND HOPE, 1946-1953 (Hodder & Stoughton, London, 1956), S. 66
- 4 **Smith**, S. 282
- 5 **D. F. Fleming**, THE COLD WAR AND ITS ORIGINS, 1917-1960 (New York, 1961), S. 570
- 6 *New York Times*, September bis Dezember 1945, passim; **Barbara W. Tuchman**, STILWELL AND THE AMERICAN EXPERIENCE IN CHINA 1911-1945 (New York, 1972), S. 666-677
- 7 CONGRESSIONAL RECORD, Appendix, Bd. 92, T. 9. 24.01.1946, S. A225, ein Brief an den Kongreßabgeordneten des Bundesstaates Washington Hugh de Lacy
- 8 *New York Times*, 06.11.1945, S. 1; 19.12.1945, S. 2
- 9 Ebd., 09.12.1945, S. 24; 26.12.1945, S. 5
- 10 Ebd., 26.12.1945, S. 5
- 11 **Fleming**, S. 587
- 12 **Christopher Robbins**, AIR AMERICA (Putnam, New York 1979), S. 46-57; **Victor Marchetti** und **John Marks**, THE CIA AND THE CULT OF INTELLIGENCE (New York, 1975), S. 149
- 13 Hearings held in executive session before the US Senate Foreign Relations Committee during 1949-1950: Economic Assistance to China and Korea, 1949-1950, Aussage von Dean Acheson, S. 23. Im Januar 1974 als Teil der HISTORICAL SERIES veröffentlicht.
- 14 **Tuchman**, S. 676
- 15 Zu näheren Einzelheiten bezüglich der Unterdrückung und der Greuelthaten des Chiang-Regimes gegenüber den Taiwanesen vgl. **Scott Anderson** und **Jon Lee Anderson**, INSIDE THE LEAGUE (New York, 1986), S. 47-49, in dem prominente amerikanische Generäle und ein Beamter des Außenministeriums, der zu dieser Zeit in Taiwan war, zitiert werden. Vgl. auch **Fleming**, S. 578-579. Im Jahre 1992 gab die Regierung von Taiwan zu, ihre Armee habe bei dem Massaker im Jahre 1947 ungefähr 18.000 bis 28.000 eingeborene Taiwanesen getötet (*Los Angeles Times*, 24.02.1992).
- 16 **Felix Greene**, A Curtain of Ignorance: How the American Public Has Been Misinformed about China (Doubleday, Garden City, NY, 1964)
- 17 **Tuchman**, S. 676; **Fleming**, S. 572-574, 577, 584-585; **Milovan Djilas**, CONVERSATIONS WITH STALIN (London, 1962), S. 164; *New York Times*, 07.11.1945, S. 12; 14.11.1945, S. 1; 21.11.1945, S. 2; 28.11.1945, S. 1; 30.11.1945, S. 3; 01.12.1945, S. 34
- 18 *New York Times*, 12.01.1947, S. 44
- 19 **William Manchester**, AMERICAN CAESAR: DOUGLAS MACARTHUR 1880-1964 (London, 1979), S. 535
- 20 FOREIGN RELATIONS OF THE UNITED STATES, 1949, Bd. 8, THE FAR EAST: CHINA (U.S. Government Printing Office, Washington, 1978), passim zwischen S. 357 und 399 sowie 768 und 799-780. Eine Veröffentlichung dieses Bandes in der Reihe des Außenministeriums wurde aus dem Grund zurückgehalten, weil er Berichte über Zhou Enlais Bitte enthielt (*San Francisco Chronicle*, 27.09.1978, S. F1).
- 21 Vgl. das Kapitel über Indonesien 1957-1958 und *The Guardian* (London), 24.08.1985

- 22 *New York Times*, 25.04.1966, S. 20
- 23 Zu Burma vgl. **David Wise** und **Thomas Ross**, *THE INVISIBLE GOVERNMENT* (New York, 1965, Taschenbuchausgabe), S. 138-144; **Joseph Burkholder Smith**, *PORTRAIT OF A COLD WARRIOR* (New York, 1976), S. 77-78; *New York Times*, 28.07.1951; 28.12.1951; 22.02.1952; 08.04.1952; 30.12.1952. Zum Opium vgl. Robbins, S. 84-87
- 24 *Washington Post*, 20.08.1958. Joseph Alsop, ein Kolumnist, war unter General Chennault Staboffizier und hatte gute Beziehungen zu Taiwan. Über die Jahre führe er – wie auch sein Bruder Steward Alsop – die verschiedensten verdeckten Aktionen für die CIA durch (vgl. Carl Bernstein, »The CIA and the Media«, *Rolling Stone*, 20.10.1977)
- 25 Zu Quemoy und Matsu vgl. **Stewart Alsop**, »The Story Behind Quemoy: How We Drifted Close to War«, *Saturday Evening Post*, 13.12.1958; **Andrew Tulley**, *CIA: THE INSIDE STORY* (New York, 1962), S. 162-165; **Fleming**, S. 930-931; **Wise** und **Ross**, S. 116; *New York Times*, 27.04.1966, S. 28
- 26 **Wise** und **Ross**, S. 114
- 27 Zu den Fallschirmspringern vgl. **Wise** und **Ross**, S. 112-115; **Thomas Powers**, *THE MAN WHO KEPT THE SECRETS* (New York, 1979), S. 43-44; *Newsweek*, 26.03.1973
- 28 Zu den Überflügen vgl. **Marchetti** und **Marks**, S. 150, 287; *Washington Post*, 27.05.1966; *New York Times*, 28.03.1969, S. 40
- 29 FOREIGN RELATIONS OF THE UNITED STATES, 1943, CHINA (U.S. Government Printing Office, Washington, 1957), S. 630
- 30 Zu Tibet vgl. **David Wise**, *THE POLITICS OF LYING* (New York, 1973, Taschenbuchausgabe), S. 239-254; **Robbins**, S. 94-101; **Marchetti** und **Marks**, S. 128-131 sowie 97 der Ausgabe von 1983.
- 31 *People's China*, (eine englischsprachige Zeitschrift, Foreign Languages Press, Peking). 17.09.1952, S. 28
- 32 Callum A. MacDonald, *Korea: The War Before Vietnam* (New York, 1986), S. 161-162, zitiert etliche Quellen für diesen bekannten Vorfall.
- 33 Zur bakteriologischen Kriegsführung vgl. *People's China*, 1952, passim ab 16.03.1952
- 34 *New York Times*, 09.08.1970, Section IV, S. 3.
- 35 *Washington Post*, 17.12.1979, S. A18: »die in Florida aufgezeichneten Keuchhustenfälle stiegen sprunghaft von 339 und einem Toten im Jahre 1954 auf 1080 und 12 Tote in 1955.« Die CIA erhielt die Bakterien vom Biologischen Forschungszentrum des Heeres in Fort Detrick in Maryland.
- 36 *San Francisco Chronicle*, 04.12.1979, S. 12. Ein detaillierter Bericht über die Experimente der US-Regierung mit biologischen Krankheitserregern innerhalb der Vereinigten Staaten findet sich bei **Leonard A. Cole**, *CLOUDS OF SECRECY: THE ARMY'S GERM WARFARE TESTS OVER POPULATED AREAS* (Maryland, 1990), passim.
- 37 *Department of State Bulletin*, 02.05.1966

2 Italien von 1947 bis 1948

Freie Wahlen im Hollywoodstil

»Denjenigen, die nicht an die Ideologie der Vereinigte Staaten glauben, wird man nicht gestatten, in den Vereinigte Staaten zu bleiben«, erklärte der amerikanische Justizminister Tom Clark im Januar 1948.¹

Im März beschloß das Justizministerium unter Führung von Clark, daß solche Italiener, die nicht an die Ideologie der Vereinigte Staaten glaubten, nicht in die Staaten auswandern oder gar in diese einreisen dürften.

Dies war nur eine Taktik in einer bemerkenswerten amerikanischen Kampagne, um dafür zu sorgen, daß denjenigen Italienern, die nicht an die Ideologie der Vereinigte Staaten glaubten, nicht gestatten würde, bei der Wahl im Jahre 1948 eine Regierung mit einer abweichenden Ideologie zu bilden.

Zwei Jahre zuvor hatte die Italienische Kommunistische Partei (PCI), eine der größten in der Welt, und die Italienische Sozialistische Partei (PSI) bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung zusammen mehr Stimmen und mehr Sitze gewonnen als die Christdemokraten. Aber die zwei linken Parteien hatten jeweils eigene Kandidaten ins Rennen geschickt und sich daher mit einigen Ministerposten in einer Koalitionsregierung unter einem christdemokratischen Ministerpräsidenten zufriedengeben müssen. Die Ergebnisse waren dennoch deutlich genug, um der Trumanregierung Furcht vor Marx einzuflößen.

Für die am 18.04.1948 angesetzten Wahlen taten sich der PCI und der PSI zusammen, um die Demokratische Volksfront zu bilden, und schon im Februar gewannen sie die Gemeindewahlen in Pescara mit einem um 10 Prozent höheren Anteil als 1946. Die Christdemokraten kamen auf einen erbärmlichen zweiten Platz. Die Aussicht, daß die Linke in Italien eine Regierung unter ihrer Führung bilden könnte, schien bedrohlicher als je zuvor. Jetzt begannen die USA, ihre großen wirtschaftlichen und politischen Geschütze gegen das italienische Volk in Stellung zu bringen. Das ganze gute alte Yankee-Know-how, die ganze Madison-Avenue-Erfahrung in der Kunst, die öffentliche Meinung zu manipulieren, und die gesamte Hollywoodeffekthascherei würde man in diesen »Zielmarkt« drücken.

Dringend notwendige Veränderungen in Italien, wie etwa eine Agrarreform und eine Wirtschaftsreform, deren Ausbleiben ungeheure Extreme von Reichtum und Armut hervorgebracht hatte, hatten nicht die Themen des Tages zu sein. Die Kampflinie würde entlang des Themas »Demokratie« gegen »Kommunismus« (den Begriff »Kapitalismus« überließ man mit Bedacht einer Seite) gezogen werden. Die Tatsache, daß die Kommunisten während des Krieges die einzige wirklich aktive antifaschistische Gruppe in Italien gewesen und unbarmherzig verfolgt worden waren, während die christdemokratische Regierung des Jahres 1948 und andere Wahlgegner auf der Rechten von Kollaborateuren, Monarchisten und unbelehrbaren Faschisten nur so wimmelten [...] auch das würde man natürlich ignorieren, ja man würde die Tatsachen auf den Kopf stellen. Nun ging es nur noch um eins: Eine »Diktatur« der Kommunisten gegen die Liebe zur »Freiheit« bei ihren Gegenspielern – das war von vorneherein klar. Hier ein Beispiel für diese Masche: Eine Gruppe amerikanischer Kongreßabgeordneter besuchte im Sommer 1947 Italien und zog, ohne sich überhaupt mit den Tatsachen abzugeben, das willkürliche Fazit: »Das Land steht unter großem Druck von innen und von außen, nach links zu schwenken und eine totalitärkollektive Staatsordnung einzuführen.«²

Damit überhaupt irgendetwas von diesem ganzen Zeug glaubhaft würde, mußte das ganze Bild in den Rahmen amerikanische Lebensart kontra sowjetische Lebensart gepreßt

und gequetscht werden – ein trügerischer Plan, der auf die Linken wie ein Schock wirken mußte, sahen sie sich als Italiener doch nicht als Russen bzw. Amerikaner.

Im Februar 1948 hatten in der Tschechoslowakei die nichtkommunistischen Minister wegen einer Auseinandersetzung über die Einstellung von Polizisten die Kabinettsitzungen boykottiert, woraufhin die kommunistische Regierung die Koalitionsregierung aufgelöst und allein die Macht übernommen hatte. Der Radiosender Voice of America berichtete immer wieder über dieses Ereignis, um das italienische Volk vor dem Schicksal zu warnen, das es erwarten würde, sollte Italien »kommunistisch werden«. (Das Ereignis wurde auch Jahrzehnte danach von Antikommunisten immer wieder als ein besonders treffendes Beispiel für kommunistische Doppelzüngigkeit benutzt). Allerdings hatten die italienische christdemokratische Regierung und die amerikanische Regierung allem Anschein nach das Jahr zuvor miteinander konspiriert, um auf noch himmelschreiendere Weise die Macht an sich zu reißen.

Als der italienische Ministerpräsident Alcide de Gasperi im Januar 1947 auf Einladung der USA Washington besucht hatte, war es sein wichtigstes Anliegen gewesen, um dringend benötigte finanzielle Unterstützung für sein vom Krieg verwüstetes, bitter armes Land zu bitten. Die amerikanischen Beamten hatten aber wohl eine andere Priorität. Drei Tage nach seiner Rückkehr nach Italien löste de Gasperi völlig unerwartet das Kabinett, dem etliche kommunistische und sozialistische Minister angehörten, auf. Die Presse berichtete, daß viele Italiener glaubten, de Gasperis Vorgehen habe mit seinem Besuch in den Vereinigten Staaten in Zusammenhang gestanden und darauf abgezielt, den linken, vorwiegend kommunistischen Einfluß in der Regierung zu verringern. Nach zwei Wochen umständlicher Verzögerung stellte sich die Bildung einer von de Gasperi angestrebten Mitte- oder Mitte-rechts-Regierung als unmöglich heraus. Auch das neue Kabinett umfaßte Kommunisten und Sozialisten, obwohl die Linke einige Schlüsselpositionen verloren hatte, insbesondere das Außen- und das Finanzministerium.

Von diesem Moment an bis zum Mai, als de Gasperis Vize, Ivan Lombardo, eine Mission nach Washington leitete, um die Bitte um Hilfe zu erneuern, wurden aus Gründen, die nicht recht klar sind, zugesagte Kredite von den Vereinigten Staaten »eingefroren.« Bei mehreren Gelegenheiten äußerte die italienische Linke in dieser Zeit ihren Verdacht, daß die Hilfe zurückgehalten werde, um die Entfernung der Linken aus dem Kabinett durchzusetzen. Die *New York Times* sah sich zu der Bemerkung bewogen: »Einige Beobachter hier glauben, daß ein weiterer Linksruck in Italien die Hilfe verzögern würde.« Wie sich dann herausstellte, entließ de Gasperi an dem Tag, an dem Lombardo in Washington ankam, erneut sein gesamtes Kabinett und schlug vor, ein neues Kabinett zu bilden, das nicht auf linke Minister angewiesen sein würde. Und so kam es dann auch. In den folgenden Monaten floß außergewöhnlich großzügige Finanzhilfe nach Italien, und zusätzlich wurden die Schulden in Höhe von einer Milliarde Dollar, die Italien bei den USA hatte, gestrichen.³

Zu genau derselben Zeit entthob Frankreich, das ebenso sehr stark auf amerikanische Finanzhilfe angewiesen war, alle seine kommunistischen Minister ihrer Ämter. In diesem Fall gab es einen direkten Grund: Die Weigerung der kommunistischen Minister, Premier Ramadier in einer Vertrauensabstimmung über einen Lohnstopp zu unterstützen. Dennoch wurde die Entlassung in Frankreich als »Überraschung« und als »dreist« angesehen, und die Meinung war weit verbreitet, daß amerikanische Kredite dazu benutzt wurden oder dazu benutzt werden würden, Frankreich dazu zu zwingen, sich den USA anzuschließen. Ramadier sagte:

»Mit jedem Kredit, den wir erhalten, verlieren wir etwas von unserer Unabhängigkeit.«⁴

Als der letzte Monat des Wahlkampfes von 1948 begann, erklärte die Wochenzeitschrift *Time* den möglichen Wahlsieg der Linken zum »Rand der Katastrophe.«⁵

»Es war vor allem diese Angst«, schrieb William Colby, der frühere Direktor der CIA, »die zur Schaffung des Office of Policy Coordination führte, welches der CIA überhaupt erst die Möglichkeit zu verdeckten politischen, propagandistischen und paramili-

tärischen Operationen gab.«⁶ Aber, soweit bekannt ist, spielten verdeckte Operationen eine relativ untergeordnete Rolle im Feldzug der Amerikaner, um die italienische Linke zugrunde zu richten. Es war die absolute Offenheit und Schamlosigkeit des Unternehmens, durch welche die ganze Sache eine solche Einmaligkeit und Arroganz – ja Großmäuligkeit – erhielt. Mit dem Glück der Demokratischen Volksfront ging es rapide bergab, angesichts einer furchteinflößenden Mobilisierung von Mitteln wie den folgenden:⁷

☞ Eine massive Briefkampagne von Amerikanern italienischer Herkunft an ihre Verwandten und Freunde in Italien. Die Briefe waren zunächst von Einzelnen mit ihren eigenen Worten oder nach »Beispielbriefen« in Zeitungen formuliert, aber bald kam es zu einer Massenproduktion von fertig formulierten und bereits frankierten vorgedruckten Briefen, Überseetelegrammen, »pädagogischen Rundbriefen« und Plakaten, die nur noch mit Adresse und Unterschrift versehen werden mußten. Und eine Gruppe, die sich »Komitee zur Unterstützung der Demokratie in Italien« nannte, ließ eine halbe Million Bildpostkarten drucken, die das grausame Schicksal illustrieren sollten, welches die Italiener zu erwarten hätten, falls sie sich bei der Wahl für eine »Diktatur« oder eine »ausländische Diktatur« entscheiden würden. Nach Schätzungen wurden insgesamt 10 Millionen Postsendungen geschrieben und von Zeitungen, Radiosendern, Kirchen, der American Legion, wohlhabenden Einzelpersonen usw. versandt. Und Firmen boten in ihren Geschäftsanzeigen an, Briefe per Luftpost nach Italien zu verschicken, selbst wenn man das beworbene Produkt nicht kaufte.

☞ Und all das mit der öffentlich geäußerten Zustimmung des amtierenden Außenministers und der Post, welche spezielle »Freiheitsflüge« einrichtete, um der Versendung der Post nach Italien größere öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen.

☞ Die vorgedruckten Briefe enthielten Botschaften wie:

»Ein kommunistischer Sieg würde Italien ruinieren. Die Vereinigten Staaten würden ihre Hilfe einstellen, und es würde wahrscheinlich einen Weltkrieg geben.«

»Wir flehen Euch an, werft unser schönes Italien nicht dem grausamen und despotischen Kommunismus in die Arme! Amerika hat nichts gegen den Kommunismus in Rußland, aber warum sollte man ihn anderen Völkern, anderen Ländern überstülpen und dadurch die Fackel der Freiheit auslöschen?«

»Falls die Kräfte der wahren Demokratie bei den italienischen Wahlen verlieren, wird die amerikanische Regierung kein Geld mehr nach Italien schicken, und auch wir werden Euch, unseren Verwandten, kein Geld mehr schicken.«

Dies waren noch keineswegs die primitivsten Botschaften. Andere herausgehobene Themen waren: Die Vorherrschaft der Russen über Italien, der Verlust der Religion und der Kirche, der Verlust des Familienlebens sowie der Verlust von Haus und Land. Der alte Zeitungsmann Howard K. Smith sagte damals: »Für einen italienischen Bauern ist ein Telegramm, von wo auch immer, etwas Wunderbares – und ein Telegramm aus dem irdischen Paradies darf man nicht so einfach ignorieren.« Die Briefe, in denen mit der Einstellung von Geschenksendungen gedroht wurde, dürften gleichermaßen einschüchternd gewirkt haben. »Solche Briefe«, schrieb ein christdemokratischer Beamter in einer italienischen Zeitung, »schlugen in süditalienischen und sizilianischen Dörfern wie Blitze ein.« Nach einer Befragung im Jahre 1949 gaben 16 Prozent der Italiener an, sie hätten Verwandte in den Vereinigten Staaten, mit denen sie in Kontakt stünden und dazu kämen noch etliche Freunde.

☞ Das Außenministerium unterstützte die Warnungen in den Briefen durch die Ankündigung: »Falls die Kommunisten gewinnen sollten [...] wird es keine Unterstützung von Seiten der Vereinigten Staaten mehr geben.« Die italienische Linke fühlte sich genötigt, den Wählern regelmäßig zu versichern, daß dies nicht geschehen würde, was wiederum amerikanische Beamte einschließlich des Außenminis-

ters George Marshall dazu brachte, die Drohung zu wiederholen. (Marshall wurde 1953 der Friedensnobelpreis verliehen.)

- ☞ Eine tägliche Folge von speziellen Kurzwellensendungen nach Italien, die vom Außenministerium und prominenten Amerikanern unterstützt wurde. (Das Außenministerium schätzte, daß es 1946 in Italien rund 1.200.000 Rundfunkgeräte gab, die für den Empfang von Kurzwellensendungen geeignet waren.) Der Justizminister ging selbst auf Sendung und versicherte dem italienischen Volk, daß es sich bei der Wahl um eine »Entscheidung zwischen Demokratie und Kommunismus, zwischen Gott und Gottlosigkeit, zwischen Ordnung und Chaos« handele. William Donovan, der während des Krieges Chef des OSS (Vorläufer der CIA) gewesen war, warnte davor, daß »unter einer kommunistischen Diktatur in Italien«, viele der »Industrieanlagen des Landes demontiert und nach Rußland verschifft sowie Millionen von italienischen Arbeitern zur Zwangsarbeit nach Rußland deportiert würden.« Und als ob dies noch nicht ausgereicht hätte, die italienischen Hörer zu beeindrucken, marschierte eine Reihe von zwar unbekanntem, aber leidenschaftlichen osteuropäischen Flüchtlingen vor den Mikrofonen auf, um Horrorgeschichten über das Leben hinter dem »Eisernen Vorhang« zu erzählen.
- ☞ Etliche private Rundfunkstationen übertrugen Sondermessen in amerikanischen katholischen Kirchen, in denen für den Papst in »dieser, seiner kritischsten Stunde« gebetet wurde, nach Italien. Auf einem Sender übermittelten die ganze Woche hindurch Hunderte von Italoamerikanern aus allen Schichten einminütige Botschaften für Italien, die über Kurzwellen übertragen wurden. Der Sender WOV in New York lud italienische Kriegsbräute dazu ein, eine persönliche Botschaft an ihre Familien zu Hause abzuschreiben. Der Sender schickte diese Aufzeichnungen dann per Post nach Italien.
- ☞ Die Rundfunkstation Voice of America vervielfachte ihre Sendungen für Italien und hob darin Nachrichten über amerikanische Hilfe für oder Freundschaftsgesten gegenüber Italien hervor. Ein Himmel voller Stars aus dem Showgeschäft, darunter Frank Sinatra und Gary Cooper, nahm eine Serie von Radiosendungen auf, welche dazu dienen sollten, in Italien Freunde zu gewinnen und die dortige Wahl zu beeinflussen. Fünf Sendungen von italienischen Hausfrauen wurden übertragen, und auch Italoamerikaner, die einen gewissen »linken« Ruf hatten, wurden für die Sache eingespannt. Der Gewerkschaftsführer Luigi Antonini forderte die Italiener auf, »die fünfte Kolonne Moskaus zu zerschmettern«, die auf die »Befehle der grausamen Moskauer Tyrannei hört«, ansonsten würde Italien zu einem »feindlichen totalitären Land.«
- ☞ Um kommunistischen Anschuldigen, den Negern würden in den Vereinigten Staaten Aufstiegsmöglichkeiten vorenthalten, zu entkräften, brachte die Voice of America eine Sendung über ein Negerehepaar, das angeblich sein Glück im Altwarenhandel gemacht und ein Krankenhaus für seine Leute in Oklahoma City gebaut hatte. (Es muß daran erinnert werden, daß im Jahre 1948 die amerikanischen Neger noch nicht einmal den Status von Bürgern zweiter Klasse hatten.)
- ☞ Italienische Radiosender übertrugen eine einstündige Show aus Hollywood, in der Geld für die Waisen von im Krieg gefallenen italienischen Piloten gesammelt wurde. (Darüber, daß dasselbe auch für die Waisen von deutschen Piloten getan worden wäre, gibt es keine Berichte.)
- ☞ Amerikanische Beamte in Italien vertrieben in großem Umfang Heftchen, in denen die Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten gepriesen wurde, und veranstalteten Ausstellungen unter Beziehen niedriger Einkommen. Der US Information Service zeigte eine Ausstellung »Der Arbeiter in Amerika« und setzte in großem Ausmaß Dokumentar- und Spielfilme ein, um den »American Way of Life« zu propagieren. Man schätzt, daß in dem Zeitraum unmittelbar vor der Wahl mehr als fünf Millionen Italiener wöchentlich amerikanische Dokumentarfilme sahen. Der 1939 in Hollywood gedrehte Film *Ninotschka*, in dem das Leben in Rußland verspottet wurde, wurde als besonders effektiver Spielfilm ausgewählt. Er wurde in

Arbeitervierteln gezeigt, und die Kommunisten versuchten verbissen, seine Auf-
führung zu verhindern. Nach der Wahl soll ein kommunistischer Arbeiter gesagt
haben: »Was uns wirklich besiegt hat, war Ninotschka.«

- ☞ Das Justizministerium kündigte an, daß denjenigen Italienern, die der kommunistischen Partei beiträten, der Traum so vieler Italiener, die Auswanderung nach Amerika, verwehrt werden würde. Das Außenministerium entschied, daß keinem Italiener, von dem man wüßte, daß er für die Kommunisten gestimmt hätte, erlaubt würde, das Paradies auf Erden zu betreten. (Ein Telegramm des Ministeriums an einen New Yorker Politiker lautete: »Wenn man für die Kommunisten stimmt, dann bedeutet das nach dem Einwanderungsgesetz, daß man Mitglied der Kommunistischen Partei ist und zwangsläufigerweise nicht in die Vereinigten Staaten hereingelassen wird.«) Es wurde darauf gedrungen, diese Information in Briefen nach Italien besonders hervorzuheben.
- ☞ Präsident Truman beschuldigte die Sowjetunion, ein Komplott zur Unterwerfung Westeuropas zu schmieden, und rief zu umfassender militärischer Ausbildung und Wiedereinführung der Wehrpflicht in den Vereinigten Staaten auf, um eine »drohende kommunistische Machtübernahme und Polizeistaats Herrschaft« zu verhindern. Während dieser Kampagne ankerten häufig amerikanische und britische Kriegsschiffe deutlich sichtbar vor italienischen Häfen. In einer Ausgabe, die in Italien kurz vor der Wahl weit verbreitet und kommentiert wurde, äußerte die Wochenzeitung *Time* zustimmend: »Die Vereinigten Staaten sollten deutlich machen, daß sie, wenn nötig, Waffengewalt einsetzen werden, um Italien davon abzuhalten, kommunistisch zu werden.«⁸
- ☞ Die Vereinigten Staaten und Italien Unterzeichneten einen Zehnjahresvertrag über »Freundschaft, Handel und Seeschifffahrt.« Dies war der erste Vertrag dieser Art, den die USA seit dem Krieg abschlossen, ein Punkt, der in Italien immer wieder hervorgehoben wurde.
- ☞ In Amerika ging ein »Freundschaftszug« auf Tournee, um Geschenke zu sammeln. Dann fuhr er durch Italien und verteilte diese. Der Zug war rot-weiß-blau gestrichen und trug große Schilder, auf denen die Freundschaft der amerikanischen Bürger gegenüber dem italienischen Volk zum Ausdruck gebracht wurde.
- ☞ Die Regierung der Vereinigten Staaten verkündete, sie befürworte eine italienische Treuhänderschaft über einige ihrer früheren Kolonien, wie Äthiopien und Libyen – ein völlig unrealistischer Vorschlag, der in der Nachkriegswelt niemals durchsetzbar gewesen wäre. (Die Sowjetunion machte einen ähnlichen Vorschlag.)
- ☞ Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich manövrierten die Sowjetunion zum dritten Mal in ein Veto gegen einen Antrag für die Aufnahme Italiens in die Vereinten Nationen. (Das erste Mal hatten die Russen ihren Widerstand damit begründet, daß es noch keinen Friedensvertrag mit Italien gab. Nach dessen Abschluß im Jahre 1947 sagten sie, sie würden dem Vorschlag zustimmen, falls auch andere Feinde im Zweiten Weltkrieg, wie Bulgarien, Rumänien und Ungarn, Mitglieder würden.)
- ☞ Die drei Alliierten schlugen der Sowjetunion auch Verhandlungen über eine Rückgabe Triests an Italien vor. Triest, dieser wichtige italienische Hafen an der Adriaküste und der Grenze zu Jugoslawien, war nach den Bedingungen des Friedensvertrages zur »Freien Stadt« erklärt worden. Um den Vertrag zu ändern, wäre die Zustimmung der Sowjetunion nötig gewesen. Der westliche Vorschlag diente nun dazu, die Russen in Zugzwang zu bringen. Da das italienische Volk eine starke gefühlsmäßige Bindung an Triest hatte, wäre eine Zurückweisung des Vorschlags durch die Russen dazu geeignet gewesen, die italienischen Kommunisten in ernsthafte Verlegenheit bringen. Eine Zustimmung der Sowjetunion hingegen würde ihr ihre jugoslawischen Verbündeten entfremden. Die USA drängten die Russen zu einer Reaktion, ab. Diese ließ aber auf sich warten. Vom Standpunkt

der Sowjetunion wäre es am naheliegendsten und sichersten gewesen, die Antwort bis nach den italienischen Wahlen hinauszuzögern. Dennoch entschieden sie sich, ihre Zurückweisung des Vorschlags nur fünf Tage vor der Wahl zu veröffentlichen, und trieben damit einen weiteren Nagel in den Sarg der Demokratischen Volksfront.

- ☞ Ein »Manifest an alle friedens- und freiheitsliebenden Italiener«, in dem sie aufgefordert wurden, den Kommunismus zurückzuweisen, wurde an Ministerpräsident de Gasperi gesandt. Zu seinen Unterzeichnern zählten zwei frühere amerikanische Außenminister, ein früherer stellvertretender Außenminister, ein früherer Justizminister, ein früherer Richter am Obersten Bundesgericht, ein früherer Gouverneur von New York, die frühere Präsidentengattin Eleanor Roosevelt und viele andere prominente Persönlichkeiten. Diese Botschaft wurde, wie sich leicht vermuten läßt, zum passenden Zeitpunkt in Italien veröffentlicht, was besonders deshalb leicht zu bewerkstelligen war, weil geschätzte 82 Prozent der italienischen Zeitungen in den Händen solcher Eigentümer waren, die dem linken Block ablehnend gegenüberstanden.
- ☞ Mehr als 200 amerikanische Gewerkschaftsführer italienischer Herkunft veranstalteten eine Konferenz, die in einem Telegramm endete, das an 23 Tageszeitungen überall in Italien geschickt wurde und in ähnlicher Weise gegen die Roten hetzte. Gleichzeitig überwies der Italian-American Labor Council 50.000 Dollar an antikommunistische Arbeiterorganisationen in Italien. Im Geheimen unterstützte die CIA solche Gewerkschaften schon seit einiger Zeit, um den Einfluß linker Gewerkschaften zurückzudrängen.⁹ Dies war aber ohnehin gängige Praxis und nicht von Wahlerwägungen abhängig. (Als die Kommunisten im Jahre 1945, zunächst in Sizilien, dann in ganz Italien und Südfrankreich, nahe daran waren, die Kontrolle über die Gewerkschaften zu übernehmen, so berichtete ein früherer CIA-Beamter, hätten sich der Geheimdienst und die Mafia zusammengetan, um sich gemeinsam der Flut entgegenzustemmen.)¹⁰
- ☞ Wie die CIA später zugab, überwies sie eine Million Dollar – im Italien des Jahres 1948 eine unvorstellbare Summe – an italienische »Parteien der Mitte.«¹¹ Andere Berichte sprechen sogar von 10 Millionen. Die CIA fälschte auch Dokumente und Briefe, die angeblich vom PCI, der Italienischen Kommunistischen Partei, stammten und dazu dienen sollten, die Partei in ein schlechtes Licht zu rücken und ihre Führer zu diskreditieren. Von der CIA finanzierte Bücher und Zeitschriftenartikel schilderten in anschaulichen Einzelheiten angebliche kommunistische Taten in Osteuropa und der Sowjetunion. Und in Flugblättern wurden das Sexual- und Privatleben von PCI-Kandidaten durchgehechelt und ihnen faschistische und/oder kirchenfeindliche Züge angedichtet.¹²
- ☞ Eine amerikanische Gruppe von vorwiegend italoamerikanischen Musikern reiste nach Rom und gab dort eine Reihe von Konzerten.
- ☞ Einen Monat vor den italienischen Wahlen sah Präsident Truman den richtigen Zeitpunkt gekommen, um der italienischen Regierung 29 Handelsschiffe als »Zeichen der Freundschaft und des Vertrauens in ein demokratisches Italien« zu übergeben. (Dabei handelte es sich um italienische Schiffe, die im Krieg von den Amerikanern erbeutet worden waren, und um andere, welche die erbeuteten und verlorengegangenen ersetzen sollten.)
- ☞ Vier Tage danach bewilligte der Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses eiligst 18,7 Millionen Dollar als zusätzliche »Überbrückungshilfe« für Italien.
- ☞ Zwei Wochen danach übergaben die Vereinigten Staaten Italien 4,3 Millionen Dollar als erste Auszahlung von Löhnen für 60.000 ehemalige italienische Kriegsgefangene in den USA, welche »freiwillig« für die Sache der Alliierten gearbeitet hatten. Das war ein Verstoß gegen den Friedensvertrag, in dem vereinbart worden war, daß die italienische Regierung für Zahlungen dieser Art verantwortlich war.

- ☞ Sechs Tage vor dem Wahltag kündigte das Außenministerium öffentlich an, Italien würde bald 31 Millionen Dollar in Gold als Ersatz für das Gold, das die Nazis geraubt hatten, erhalten. (Die Tatsache, daß nur wenige Jahre zuvor Italien noch ein »Feind« gewesen war und an der Seite der Nazis gekämpft hatte, war jetzt nur noch eine vage Erinnerung.)
- ☞ Zwei Tage später bewilligte die US-Regierung zwei weitere große Schiffsladungen von Nahrungsmitteln für Italien, wovon die eine aus Getreide im Wert von acht Millionen Dollar bestand. Etliche der Hilfsschiffe wurden bei der Ankunft in Italien während des Wahlkampfes unter feierlichen Zeremonien und Ansprachen des amerikanischen Botschafters entladen.
- ☞ Ein in ganz Italien berühmtes Plakat lautete: »Das Brot, das wir essen – 40 Prozent italienisches Mehl – 60 Prozent umsonst von den Amerikanern geschicktes Mehl.« Die Plakate vergaßen allerdings mitzuteilen, ob die Einsparungen den Verbrauchern zugutegekommen oder in den Taschen der Brotfirmen gelandet waren.
- ☞ Vier Tage vor dem Wahltag kündigte die Amerikanische Kommission für die Restaurierung italienischer Denkmäler eine zusätzliche Reihe von Zahlungen an das italienische Kultusministerium an.
- ☞ Der 25. April wurde von den Amerikanischen Sympathisanten für ein freies Italien zum »Tag des freien Italien« erklärt und im ganzen Land mit Festen begangen.
- ☞ Der amerikanische Botschafter James Clement Dunn reiste ununterbrochen durch Italien und wies die Bevölkerung »bei jeder nur möglichen Gelegenheit« darauf hin, »was die amerikanische Hilfe für sie und ihr Land bedeutete.« Beim Löschen der letzten Lebensmittelladung erklärte Dunn, das amerikanische Volk würde Italien vor dem Verhungern, vor dem Chaos und vor der möglichen Beherrschung von außen retten. Seine Ansprachen wurden gewöhnlich in der nichtlinken Presse ausführlich wiedergegeben. Im Gegensatz dazu verbot die italienische Regierung etlichen ihrer Botschafter im Ausland die Heimreise, um für die Demokratische Volksfront Wahlkampf zu machen.

In seiner historischen Rede vom 12. März 1947, die später als »Trumandoktrin«-Rede bekannt wurde, hatte der Präsident verkündet:

»Ich glaube, es muß die Politik der Vereinigten Staaten sein, die freien Völker bei ihrem Widerstand gegen die Versklavung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußeren Zwang zu unterstützen. Und ich glaube auch fest daran, daß wir den freien Völkern dabei helfen müssen, ihr eigenes Schicksal auf ihre eigene Weise zu gestalten.«¹³

Es muß wohl kaum betont werden, wie verlogen diese Verheißung war, aber es gab nur wenige Stimmen in den Vereinigten Staaten, die sich gegen den Kreuzzug der Regierung in Italien erhoben, und sie waren unter dem Gebrüll auch kaum zu hören. Das italoamerikanische Komitee für Freie Wahlen in Italien veranstaltete eine Zusammenkunft, um den Propaganda-Blitzkrieg zu verurteilen. Es erklärte, »Tausende von Amerikanern italienischer Herkunft fühlten sich zutiefst beschämt durch den ununterbrochenen Strom von Hinweisen, Ratschlägen und Druck auf die Italiener, als wären diese unfähig, selbst darüber zu entscheiden, wen sie wählen.«¹⁴

Auch die Progressive Party erhob ihre Stimme und erklärte: »Als Amerikaner lehnen wir die Drohung unserer Regierung ab, den Italienern Nahrungshilfe zu verweigern, wenn die Wahlergebnisse uns nicht gefallen. Hungernde Kinder dürfen nicht ohne Nahrung bleiben, weil ihre Eltern nicht so wählen, wie es ihnen von außen befohlen wird.«¹⁵ Der Präsidentschaftskandidat dieser Partei im Jahre 1948 war Henry Wallace, der frühere Vizepräsident und ein offener Verfechter einer Entspannungspolitik mit der Sowjetunion. Die Geschichte gab uns nicht die Gelegenheit, zu beobachten, was die Reaktion derjenigen, die nichts Falsches dabei sahen, was die Vereinigten Staaten in Italien taten, gewesen wäre, wenn eine ähnliche Kampagne von der Sowjetunion oder der amerikanischen Linken zugunsten von Wallace gestartet worden wäre.

Obwohl einige Italiener damals davon überzeugt gewesen sein müssen, daß Stalin persönlich der Spitzenkandidat der Demokratischen Volksfront war, verdient die tatsächliche Einmischung der Sowjetunion in den Wahlkampf kaum eine Schlagzeile. Die amerikanische Presse erging sich in Vermutungen darüber, daß die Russen erhebliche Geldsummen in die Kassen der Kommunistischen Partei fließen lassen würden. Ein vom italienischen Büro der Presseagentur United Press erstellter Bericht deckte jedoch auf, daß allein die antikommunistischen Parteien siebeneinhalb Mal so viel für alle Formen der Propaganda aufwendeten wie die Demokratische Volksfront.¹⁶ Was die Aktivitäten der Sowjets betrifft, so sagt Howard K. Smith:

»Die Russen versuchten eine Zeitlang, darauf mit einer eher schwachen Geste zu antworten: Einige italienische Kriegsgefangene wurden freigelassen, und eine gewisse Menge an Zeitungsdruckpapier wurde nach Italien geschickt und allen Parteien für ihren Wahlkampf angeboten. Aber es gab nichts, was der ungeheuren Flutwelle hätte Widerstand leisten können. Es gibt Beweise dafür, daß die Russen fanden, die Vorstellung werde langsam zu hart für sie, und daß ihnen Bedenken kamen, was die Reaktion der Amerikaner und Briten auf einen kommunistischen Wahlsieg sein würde. (Rußlands Besorgnis vor einem Konflikt mit dem Westen wurde auch innerhalb eines Monats nach der Wahl in Italien in einem der berühmten Briefe der Kominform an Tito zum Ausdruck gebracht. Darin wurden die Jugoslawen beschuldigt, sie hätten versucht, die Sowjets zu einer Zeit, als »es hätte klar sein müssen, daß [...] die UdSSR nach einem solchen schweren Krieg keinen neuen beginnen könne«, in einen Konflikt mit den Westmächten zu verwickeln.)«¹⁷

Der Beweis, auf den Smith verweist, war die Ablehnung des Vorschlags zu Triest durch die Sowjets. Durch die Wahl des Zeitpunkts, so berichtete die *New York Times*, »veranlaßte das unerwartete Vorgehen einige Beobachter zu der Schlußfolgerung, die Russen hätten die Italienische Kommunistische Partei über Bord geworfen.«¹⁸ Die Parteizeitung tat sich mit der Geschichte ziemlich schwer. Und auch Washington konnte mit der Entscheidung nicht so recht umgehen, unterminierte sie doch die fundamentale Prämisse der Kampagne in Italien, nämlich daß die Italienische Kommunistische Partei und die Sowjetunion in Bezug auf ihre Mittel und Ziele absolut identisch wären und daß man, wenn man das eine kaufte, auch das andere bekäme. Deshalb wurde die Vermutung in die Welt gesetzt, die Ablehnung durch die Sowjets sei möglicherweise nur eine Taktik, um zu demonstrieren, daß die USA ihr Versprechen bezüglich Triests nicht einhalten könnten. Aber die Ankündigung der Sowjetunion war von keinerlei Propagandabotschaft dieser Art begleitet, und die Vermutung würde auch nicht erklären, warum die Russen etliche Wochen – bis kurz vor dem entscheidenden Zeitpunkt – abgewartet hatten, um ihren italienischen Genossen diesen Tiefschlag zu versetzen. Wie man es auch dreht, die Vereinigten Staaten konnten in den Augen der Öffentlichkeit aus dieser Sache jedenfalls nur besser hervorgehen als die Russen.

Als die Broadwayshow der Einmischung in Italien vorbei war, standen die Christdemokraten mit 48 Prozent der Stimmen als klarer Wahlsieger fest. Das linke Wahlbündnis hatte mit einem völlig unerwarteten Ergebnis von 31 Prozent eine Demütigung hinnehmen müssen. Es war ein Kreuzzug gewesen, wie ihn Aneurin Bevan den Tories zugeschrieben hatte: »Alle Kunstgriffe der konservativen Politik im 20. Jahrhundert«, schrieb der Führer der britischen Labourparty, »werden dazu eingesetzt, es den Reichen zu ermöglichen, die Armen davon zu überzeugen, daß sie ihre politische Freiheit dazu nutzen müßten, die Reichen an der Macht zu halten.«

Anmerkungen zu Kapitel 2

- 1 Rede vor dem Cathedral Club of Brooklyn am 15.01.1948. Zitiert bei **David Caute**, *THE GREAT FEAR: THE ANTI-COMMUNIST PURGE UNDER TRUMAN AND EISENHOWER* (Simon and Schuster, New York, 1979), S. 15.
- 2 **Robert T. Holt** und **Robert W. van de Velde**, *STRATEGIE PSYCHOLOGICAL OPERATIONS AND AMERICAN FOREIGN POLICY* (University of Chicago Press, 1960), S. 169.
- 3 Zur Entlassung des Kabinetts: *New York Times*, 21.01.1947, S. 5; 26.01.1947, S. 31; 03.02.1947, S. 1; 05.05.1947, S. 13; 13.05.1947; 14.05.1947; 29.05.1947, S. 3; 02.06.1947, S. 24.
- 4 **New York Times**, 05.05.1947, S. 1; 11.05.1947, Section IV, S. 5; 14. 05.1947, S. 14 und 24; 17.05.1947, S. 8; 18.05.1947, Section IV, S. 4; 20.05.1947, S. 2; **Howard K. Smith**, *THE STATE OF EUROPE* (London, 1950), S. 151 (enthält das Zitat von Ramadier; ein ähnliches Zitat findet sich in der *New York Times* vom 20.05.1947).
- 5 *Time*, 22.05.1948, S. 35.
- 6 **William Colby**, *HONORABLE MEN: MY LIFE IN THE CIA* (New York, 1978), S. 109.
- 7 Falls nicht anderes vermerkt, basieren die Einträge in der folgenden Liste auf: a) *New York Times*, 16.03.1948 bis 18.04.1948, passim; b) **Smith**, S. 198-219; c) **William E. Daugherty** und **Morris Janowitz**, *A PSYCHOLOGICAL WARFARE CASEBOOK* (Johns Hopkins Press, Baltimore, 1958), S. 319-326; d) **Holt** und **van de Velde**, S. 159-205; e) **E. Edda Martinez** und **Edward A. Suchman**, »Letters from America and the 1948 Elections in Italy«, *The Public Opinion Quarterly*, Frühjahr 1950, S. 111-125.
- 8 Zitiert bei **Smith**, S. 202 ohne Angabe zum Erscheinungstag der Originalquelle.
- 9 **Tom Braden**, »I'm Glad the CIA is »Immoral««, *Saturday Evening Post*, 20. Mai 1967. Braden war vorher ein hochrangiger CIA-Beamter.
- 10 **Miles Copeland**, *WITHOUT CLOAK AND DAGGER* (New York, 1974), S. 235-236; auch unter dem Titel *THE REAL SPY WORLD* erschienen.
- 11 CIA-Memorandum an den Ausschuß der Vierzig (Nationaler Sicherheitsrat), dem Sonderausschuß des Repräsentantenhauses (Pike-Ausschuß) während der nichtöffentlichen Anhörungen im Jahre 1975 vorgelegt. Der größte Teil des Ausschußberichts, der dieses Memorandum einschloß, wurde im Februar 1976 heimlich an die Presse weitergegeben und erschien in Buchform als *CIA – THE PIKE REPORT* (Spokesman Books for the Bertrand Russell Peace Foundation, Nottingham, 1977). Das Memorandum findet sich im Buch auf S. 204-205. (Vgl. auch die Anmerkungen zum Kapitel »Der Irak 1972 bis 1975«.)
- 12 **Stephen Goode**, *THE CIA* (Franklin Watts, New York, 1982), S. 45; **William R. Corson**, *THE ARMIES OF IGNORANCE: THE RISE OF THE AMERICAN INTELLIGENCE EMPIRE* (The Dial Press, New York, 1977), S. 298-299. Corson hatte eine lange Laufbahn im militärischen Geheimdienst hinter sich und war der geschäftsführende Sekretär des *Special Group Joint DOD-CIA Committee on Counterinsurgency R&D* des Präsidenten.
- 13 *PUBLIC PAPERS OF THE PRESIDENTS OF THE UNITED STATES: HARRY S. TRUMAN, 1947* (U. S. Government Printing Office, Washington, 1963), S. 178-179.
- 14 *New York Times*, 08.04.1948.
- 15 Ebd., 12.04.1948.
- 16 **Smith**, S. 200.
- 17 Ebd., S. 202.
- 18 *New York Times*, 15.04.1948.

3 Griechenland 1947 bis in die frühen 1950er-Jahre

Von der Wiege der Demokratie zum Vasallenstaat

Jorge Semprún ist ein Spanier, ein Franzose, ein Romanautor, Drehbuchschreiber, ehemaliger Kommunist und ehemaliger Insasse von Buchenwald. Er war, zusammen mit anderen Parteimitgliedern, 1944 in dem berüchtigten Konzentrationslager der Nazis, als er die Nachricht hörte:

»Einige Tage lang sprachen wir von nichts anderem [...] Zunächst hatten wir geglaubt, es wäre eine Lüge. Es mußte ganz einfach so sein. Eine Erfindung der Nazi-propaganda, um die Moral der Menschen zu heben. Wir lauschten den Nachrichtensendungen im deutschen Radio, die von allen Lautsprechern im Lager übertragen wurden, und wir schüttelten die Köpfe. Es war ein Trick, um die Moral des deutschen Volkes zu heben, es mußte ganz einfach einer sein. Aber bald mußten wir uns den Tatsachen stellen. Einige von uns hatten heimlich alliierte Nachrichtensendungen gehört, in denen die Neuigkeiten bestätigt wurden. Es gab keinen Zweifel mehr: Britische Truppen vernichteten tatsächlich den griechischen Widerstand. In Athen wüteten die Kämpfe und die britischen Truppen eroberten die Stadt, Stadtteil um Stadtteil, von den Kämpfern der ELAS zurück. Es war ein ungleicher Kampf: Die ELAS hatte weder Panzer noch Flugzeuge. Aber Radio Moskau schwieg beharrlich, und dieses Schweigen wurde unterschiedlich interpretiert.«¹

Die britische Armee war im Oktober und November 1944 in Griechenland gelandet, kurz nachdem der Großteil der Deutschen geflohen war – ein Rückzug, der zu nicht geringem Teil der ELAS, der Griechischen Volksbefreiungsarmee, zu verdanken war. Ge gründet im Verlauf der Jahre 1941 und 1942 auf Initiative der Griechischen Kommunistischen Partei, umfaßten die ELAS und ihr politischer Arm, die Volksbefreiungsfront (EAM), den gesamten linken Flügel des politischen Spektrums und zählten viele Priester und sogar einige Bischöfe zu ihren Anhängern. Die Partisanen hatten große Gebiete des Landes von den deutschen Invasionstruppen befreit, die im Jahre 1941 die Briten vertrieben hatten.

Die Partisanen der ELAS/EAM konnten rücksichtslos und mit Gewalt gegenüber solchen Griechen vorgehen, die nicht mit ihnen zusammenarbeiteten oder der Kollaboration verdächtig waren. Aber sie lieferten auch ein glänzendes Beispiel dafür, welche Wirkungen ein Weltkrieg freisetzen kann: Die alten, rückständigen und verkrusteten Strukturen Griechenlands wurden beiseite geräumt, und an ihrer Stelle entstanden Gemeinden, die zumindest eine Ähnlichkeit aufwiesen mit solchen, die von den einheimischen Bewohnern geleitet wurden. Es waren rudimentäre Institutionen und Mechanismen, welche die Vorläufer einer neuen griechischen Gesellschaft nach dem Krieg hätten sein können. Auf einmal gab es Bildung, welche vielleicht auf Propaganda ausgerichtet war, aber für die Analphabeten war es dennoch Bildung. Es gab Kampfverbände aus Frauen, und Hausfrauen wurden zum ersten Mal dazu aufgefordert, unabhängig von der Kontrolle durch ihre Ehemännern zu handeln [...] ein Phänomen, welches sich unkontrollierbar ausbreitete, bis die EAM endlich etwa zwei der sieben Millionen Griechen hinter sich hatte.²

Dies war kaum die Gesellschaftsordnung, welche die Magengeschwüre der britischen Reaktionäre, welche Griechenland lange als ihren Privatbesitz betrachtet hatten (wie beispielsweise Winston Churchill), hätten beruhigen können. Der große Mann hatte sich, mit allen Implikationen, die sich daraus ergaben, darauf festgelegt, den griechischen König wieder in seine rechtmäßige Stellung einzusetzen, und das britische Militär in Griechenland verlor keine Zeit, eine Regierung einzusetzen, welche diesem Ziel verpflichtet war. Monarchisten, Kollaborateure, und Konservative aller Schattierungen befanden sich wieder in politischen Machtstellungen, vor allem in der neuen griechischen Armee und Polizei, während Mitglieder der EAM/ELAS sich im Gefängnis wiederfanden oder getötet worden waren.³

In den frühen Tagen des Weltkriegs, als der Sieg über die Nazis das alles beherrschende Ziel der Alliierten war, hatte Churchill die ELAS noch als »jene heldenhaften Partisanen« bezeichnet, und die Unterstützer der ELAS hatten Anfang November die Briten mit einem Spruchband begrüßt, auf dem stand: »Wir grüßen die tapfere englische Armee.«⁴

Den darauf folgenden Monat jedoch brachen Kämpfe aus zwischen der ELAS auf der einen Seite und den britischen Truppen und ihren griechischen Waffenbrüdern, von denen viele im Krieg gegen die ELAS gekämpft und dabei mit den Nazis kollaboriert hatten, während andere bloß unter den Deutschen gedient hatten, auf der anderen. (Der britische Außenminister, Ernest Bevin, gab im August 1946 zu, daß 228 ehemalige Mitglieder der deutschen Sicherheitsbataillone – deren Hauptaufgabe es gewesen war, Juden und griechische Widerstandskämpfer aufzuspüren – aktiven Dienst in der neuen griechischen Armee leisteten.)⁵ Weitere Unterstützung für den Feldzug gegen die ELAS kam von der US-amerikanischen Luftwaffe und Marine, welche mehr als zwei britische Divisionen nach Griechenland transportierten.⁶ Und dies alles, während nach wie vor in Europa der Krieg gegen Deutschland tobte.

Mitte Januar 1945 stimmte die ELAS einem Waffenstillstand zu, der sich in seinem Erscheinungsbild und in seiner Wirkung nicht sehr von einer Kapitulation unterschied. Unter den Historikern ist umstritten, ob die ELAS militärisch besiegt war oder ob die Kommunisten in den Führungsebenen von ELAS und EAM von Stalin angewiesen worden waren, die Waffen niederzulegen. Falls das letztere der Fall gewesen sein sollte, stände dies im Einklang mit dem im Oktober 1944 getroffenen Geheimabkommen zwischen Stalin und Churchill, durch das Osteuropa in Einflußsphären zwischen den beiden Mächten aufgeteilt wurde. In diesem (wie Churchill zugab) zynischen Monopolspiel waren die Briten in Griechenland an Land gegangen. Später schrieb Churchill:

»Stalin hielt sich strikt und gewissenhaft an unser Abkommen vom Oktober, und während all der langen Wochen, in denen wir die Kommunisten in den Straßen von Athen bekämpften, kam niemals ein Wort des Vorwurfs von der Prawda oder der Iswestija.«⁷

Oder – wie Jorge Semprún bemerkte – von Radio Moskau.

In seiner bedeutenden Geschichte des Kalten Krieges betonte Professor D. F. Fleming:

»Griechenland war der erste der befreiten Staaten, der ganz offen und mit Gewalt dazu gezwungen wurde, das politische System der Besatzungsgroßmacht zu übernehmen. Es war Churchill, der zuerst so handelte, und es war Stalin, der seinem Beispiel folgte: In Bulgarien und dann in Rumänien, wenn auch mit weniger Blutvergießen.«⁸

Es folgte eine ganze Reihe von griechischen Regierungen, die ihr Amt unter dem Wohlwollen der Briten und US-Amerikaner ausübten. Es waren total korrupte Regierungen in der modernen griechischen Tradition, die weiterhin die Linken terrorisierten, sie in den berüchtigten Gefangenenlagern auf den Inseln folterten und nahezu nichts unternahmen, um die tägliche Not des vom Krieg zerrissenen griechischen Volkes zu lindern.⁹ »Es gibt nur wenige moderne Parallelen für eine solch schlechte Regierung wie diese«, bemerkte seinerzeit Howard K. Smith, der führende europäische Korrespondent des amerikanischen Senders CBS.¹⁰

Im Herbst des Jahres 1946 trat das Unausweichliche ein: Die Linken gingen in die Berge, um die zweite Phase des Bürgerkriegs einzuleiten. Die Kommunisten hatten ihren Hals aus Stalins Würgegriff befreit, denn ihr bloßes Überleben und alles, an das sie glaubt hatten, standen auf dem Spiel.

Die Briten litten unter den Nöten ihres eigenen Nachkriegs-Wiederaufbaus, und im Februar des Jahres 1947 teilten sie den USA mit, daß sie nicht länger die Last auf sich nehmen könnten, eine starke bewaffnete Macht in Griechenland aufrechtzuerhalten, und ebenso wenig, dem Land beträchtliche militärische und wirtschaftliche Hilfe zu leisten. So kam es, daß die historische Aufgabe, all das zu bewahren, was anständig und gut an der Zivilisation des Westens ist, in die Hände der USA übergang.

Einige Tage danach bestellte das amerikanische Außenministerium den griechischen Geschäftsträger in Washington ein und informierte ihn darüber, daß seine Regierung die USA, um Hilfe zu bitten habe. Dies habe durch ein offizielles Bittschreiben zu erfolgen: Ein Dokument, so stellte sich heraus, das im Wesentlichen vom Außenministerium selbst verfaßt worden war. Der Text des Briefes, so berichtet der Geschäftsträger, »war mit Blick auf die Mentalität des Kongresses entworfen worden [...] Er würde ebenso dazu dienen, die US-Regierung gegen in- und ausländische Vorwürfe zu schützen, daß sie die Initiative dazu ergriffen habe, in einem fremden Staat zu intervenieren, oder daß sie sich von den Briten dazu hätte dazu überreden lassen, eine schlechte Hinterlassenschaft von ihnen zu übernehmen. Die Note würde auch als Grundlage für die Pflege der öffentlichen Meinung dienen, welche zu beachten sei.«¹¹

Im Juli schrieb Außenminister George Marshall in einem Brief an Dwight Griswold, den Chef der American Mission to Aid Greece:

»Es besteht die Möglichkeit, daß Sie und der Botschafter während ihres Aufenthalts in Griechenland zu dem Schluß kommen werden, daß sich durch eine Kabinettsumbildung die Wirksamkeit Ihrer Mission erhöhen läßt. Falls Sie zu einer solchen Schlußfolgerung kommen, besteht die Hoffnung, daß Sie und der Botschafter dazu in der Lage sein werden, eine solche Veränderung indirekt durch dezente Vorschläge zu bewirken, und wenn nicht, dann auf eine solche Art und Weise, daß selbst die politischen Führer der Griechen das Gefühl haben werden, diese Veränderung sei größtenteils aufgrund ihrer eigenen Bemühungen und nicht durch Druck von außen zustande gekommen.«¹²

Der Außenminister gab Griswold, einem Mann, den die *New York Times* kurz darauf den »mächtigsten Mann in Griechenland«¹³ nannte, eine weitere detaillierte Anweisung:

»Im Verlauf Ihrer Arbeit werden Sie und die Mitarbeiter Ihrer Mission von Zeit zu Zeit bemerken, daß bestimmte griechische Beamte – sei es aus Inkompetenz, Nicht-Übereinstimmung mit Ihren Maßnahmen oder verschiedenen anderen Gründen – die Zusammenarbeit, welche erforderlich ist, um die Ziele Ihrer Mission zu erreichen, nicht verstärken. Sie werden es für nötig erachten, diese Beamten zu entfernen.«¹⁴

Diese Kunstgriffe waren jedoch bei Weitem nicht die zynischsten Aspekte der amerikanischen Bemühungen. Die Beamten in Washington wußten sehr gut, daß die Regierung ihres neuen Vasallen so bestechlich war und sich so wenig um die Menschenrechte scherte, daß sogar eingefleischte amerikanische Antikommunisten entsetzt waren. Dazu zählte auch Stewart Alsop. Am 23.02.1947 hatte der bekannte Journalist in einem Telegramm aus Athen berichtet, die meisten griechischen Politiker hätten »keinen größeren Ehrgeiz, als die einträglichen Wonnen einer freien Wirtschaft auf Kosten der Amerikaner zu kosten.«¹⁵ Im gleichen Jahr fanden Mitglieder einer amerikanischen Untersuchungskommission heraus, daß zu einer Zeit, während der geschätzte 75 Prozent der griechischen Kinder an Unterernährung litten, große Bestände von Lebensmittelhilfslieferungen in Lagerhäusern verderben.¹⁶

Es war so schwierig, dieses Bild schönzufärben, daß Präsident Truman in seiner Ansprache an den Kongreß im März 1947, in der er um Hilfe für Griechenland auf der Grundlage der griechischen »Bitte« nachsuchte (der sogenannten »Truman Doktrin-Rede), versuchte, der Kritik zuvorzukommen, indem er zugab, daß die griechische Regierung »nicht vollkommen« wäre und daß »sie ihre Fehler gemacht« hätte. Irgendwie aber – durch eine besondere ideologische Alchemie, die dem Präsidenten bestens vertraut war – wurde das Regime in Athen »demokratisch«, und seine Widersacher wurden zu den bekannten »Terroristen.«¹⁷

Zwar wurde die Sowjetunion in dieser besonderen Rede nicht erwähnt, jedoch kehrte in der amerikanischen Argumentation die nächsten zweieinhalb Jahre unerbittlich folgendes Muster wieder: Die Russen würden die griechische Linke aufwiegeln, noch ein weiteres »freies« Land zu entführen und es durch Fußtritte und Geschrei hinter den Eisernen Vorhang zu ziehen.

Die kommunistischen Nachbarstaaten Bulgarien, Albanien und insbesondere Jugoslawien, die zum Teil durch alte territoriale Ansprüche gegenüber Griechenland motiviert waren, unterstützten die Aufständischen dadurch, daß sie ihnen wichtige Rückzugsgebiete hinter ihren Grenzen einräumten und sie mit militärischen Hilfsgütern (ob in erheblichem oder eher symbolischem Ausmaß, sei dahingestellt) unterstützten. Die UdSSR jedoch, in der Person Josef Stalins, lehnte es unerbittlich ab, die griechischen »Genossen« zu unterstützen. Auf einem Treffen mit jugoslawischen Führern Anfang des Jahres 1948 (einige Monate vor dem Bruch Jugoslawiens mit der Sowjetunion), so beschrieb Milovan Djilas, der zweite in der Hierarchie nach Tito, wandte sich Stalin an den Außenminister Edvard Kardelj und fragte ihn: »Glauben Sie an den Erfolg des Aufstandes in Griechenland?«

»Kardelj antwortete: ›Falls die ausländischen Interventionen nicht zunehmen und keine ernsthaften politische und militärischen Fehler gemacht werden.‹ Ohne auf Kardeljs Meinung einzugehen, fuhr Stalin fort: ›Falls, Falls! Nein, sie haben nicht die geringste Aussicht auf Erfolg. Ja, glaubst Du denn, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten – die Vereinigten Staaten, der mächtigste Staat in der Welt – euch erlauben werden, ihre Nachschubwege im Mittelmeer zu unterbrechen? Blödsinn! Und wir haben keine Marine. Der Aufstand in Griechenland muß so schnell wie möglich beendet werden.«¹⁸

Die ersten größeren Schiffsladungen mit militärischen Hilfsgütern im Rahmen der neuen amerikanischen Operation kamen im Sommer des Jahres 1947 an. (Bereits zu der Zeit, als die Briten noch das Sagen hatten, hatten die Vereinigten Staaten erhebliche Mengen an die griechische Regierung geliefert.) Als das Jahr zu Ende ging, wurde das griechische Militär ausschließlich durch amerikanische Hilfslieferungen unterstützt, bis hin zu den Uniformen und Nahrungsmitteln. Das Kriegsführungspotential des Landes änderte sich nun: Der Umfang der griechischen Truppen wurde kontinuierlich erhöht [...] dazu kamen Kampfbomber, Transportgeschwader, Flugplätze, Napalmbomben, rückstoßfreie Gewehre, Patrouillenschiffe auf See, Nachrichtennetze [...] Docks, Schienenverbindungen, Straßen, Brücken [...] Hunderte von Millionen Dollar an Vorräten und Ausrüstung, die sich, rechnet man die Beträge seit dem Ende des Krieges zusammen, der Milliardengrenze näherten [...] und viele zusätzliche Millionen zur Schaffung von Kampfverbänden einer »Geheimen Reservearmee«, die sich vor allem aus den ehemaligen Mitgliedern der deutschen Sicherheitsbataillone zusammensetzte, von denen schon die Rede war.¹⁹

Die Militärmission der Vereinigten Staaten nahm den unfähigen griechischen Generälen die Aufstellung von Schlachtplänen aus der Hand. Die Mission, so schrieb der beteiligte britische Militärautor Major Edgar O'Ballance, »schlug einen harten Kurs ein und bestand darauf, daß alle ihre Anordnungen ohne Verzögerung und ohne Ausnahme ausgeführt würden.«²⁰ Schließlich befanden sich über 250 amerikanische Offiziere im Land, von denen viele griechischen Divisionen zugeordnet waren, um sicherzustellen, daß alle Anweisungen befolgt würden. Andere waren auf Brigadeniveau tätig, und weitere rund 200 Mitglieder der Luftwaffe und der Marine der Vereinigten Staaten übten ihren aktiven Dienst in Griechenland aus.

Alle militärischen Ausbildungsmethoden und Trainingsprogramme wurden unter amerikanischer Aufsicht »überprüft, auf den neuesten Stand gebracht und gestrafft«²¹ [...] die Mobilität der Infanterieeinheiten wurde erhöht, und sie wurden mit größerer Feuerkraft ausgestattet. Besondere Kommandoeinheiten wurden in Antiguerrillataktik geschult. Dazu kam die Ausbildung in Kriegsführung in den Bergen, zu deren Unterstützung etwa 4.000 Maultiere aus den Vereinigten Staaten nach Griechenland verschifft wurden [...] auf amerikanischen Druck hin wurden ganze Gruppen der Bevölkerung entwurzelt, um die natürlichen Operationsbasen und Rekrutierungsquellen der Partisanen zu zerstören, genau so, wie es 20 Jahre später in Vietnam geschah.

»Sowohl auf dem Boden als auch in der Luft nahm die amerikanische Unterstützung immer mehr zu«, berichtete C. M. Woodhouse, der britische Oberst und Historiker, der Mitte der 1940er Jahre in Griechenland diente, »und die Grenzlinie zwischen Ratschlägen, Aufklärung und Kampfhandlungen war letztlich nur noch theoretisch.«²²

Die griechischen Linken hielten drei entsetzliche Jahre lang durch. Trotz Verlusten von Zehntausenden ihrer Soldaten konnten sie ihre Reihen immer wieder auffüllen, ja sogar die Truppenstärke noch erhöhen. Aber als im Oktober 1949 abzusehen war, daß angesichts einer gewaltig überlegenen Zerstörungsmaschinerie nur noch ein weiterer Verlust von Leben zu erwarten war, boten die Partisanen über ihren Radiosender einen »Waffenstillstand« an. Damit war der Bürgerkrieg zu Ende.

Das Ausmaß der amerikanischen Hegemonie über Griechenland seit dem Jahr 1947 läßt sich kaum übertreiben. Wir haben Marshalls Anweisungen an Griswold kennengelernt und gesehen, wie die Amerikaner die Kriegshandlungen steuerten. Auch viele weitere Beispiele belegen dies wie etwa die folgenden:

Im September 1947 stimmte der stellvertretende Ministerpräsident Konstantinos Tsaldaris einer Kabinettsauflösung und der Einsetzung einer neuen Regierungskoalition zu. Damit hatte Tsaldaris, so die New York Times, sich »dem Verlangen Dwight P. Griswolds [...] des [amerikanischen] Botschafters MacVeagh und auch des Königs unterworfen.«²³ Bevor sich Tsaldaris in dieser Angelegenheit in einer Rede an die griechische Legislative wenden konnte, schritt MacVeagh ein und änderte den Text der Rede.²⁴

Die ganzen folgenden Jahre hindurch kam keiner der zahlreichen Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten ohne Vorgabe, wenn nicht sogar ohne ausdrücklichen Befehl aus Washington zustande.²⁵ Ein Beispiel für einen solchen Befehl ist der Brief, den der amerikanische Botschafter Henry Grady im Jahre 1950 an Ministerpräsident Sophokles Venizelos sandte, in dem er mit der Einstellung der amerikanischen Hilfe drohte, falls Venizelos keine Kabinettsumbildung zustandebringen sollte. Venizelos wurde zum Rücktritt gezwungen.²⁶ Der amerikanische Einfluß wurde auch in Bezug auf andere hohe Stellungen in der griechischen Gesellschaft spürbar. Andreas Papandreou, der später selbst Ministerpräsident werden sollte, schrieb über diese Zeit, »Kabinettsmitglieder und Generäle, die Führer von politischen Parteien und die Mitglieder der Führungsschicht, sie alle bezogen sich ganz offen auf amerikanische Wünsche oder Ansichten, um ihre eigenen Handlungen oder Positionen zu rechtfertigen.«²⁷

Vor einer neuen Razzia auf Regimekritiker im Juli 1947 konsultierten die griechischen Behörden zunächst Botschafter MacVeagh. Der Botschafter teilte ihnen mit, die Regierung der Vereinigten Staaten habe keine Einwände gegen »vorbeugende Maßnahmen, wenn sie für nötig erachtet würden.« Diese Versicherung gab den Griechen grünes Licht, und sie verhafteten 4.000 Menschen in einer Woche.²⁸

Ein Beispiel dafür, was einen griechischen Bürger ins Gefängnis bringen konnte, ist der Fall eines EAM-Mitglieds, das zu einer achtzehnmonatigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, weil es eine Bemerkung veröffentlicht hatte, die als eine Beleidigung Dwight Griswolds angesehen wurde. Der Mann hatte den Amerikaner als »offiziellen Repräsentanten eines ausländischen Staates« bezeichnet.²⁹

»Auf dem Gebiet der Wirtschaft übten« die Vereinigten Staaten »während der frühen Fünfzigerjahre eine fast diktatorische Kontrolle aus. Sie forderten, die Unterschrift des Leiters der amerikanischen Wirtschaftsmission habe auf jedem wichtigen Dokument neben der des griechischen Ministers für Zusammenarbeit zu erscheinen«, wie Andreas Papandreou schrieb.³⁰

In den Jahren zuvor war die amerikanische Lenkung des Wirtschaftslebens vielleicht noch strenger. Ein Memorandum aus Athen vom 17.11.1947, das die amerikanische Mission für die Unterstützung Griechenlands an das Außenministerium sandte, lautete in Auszügen:

»Wir haben praktisch die Herrschaft [...] über den Haushalt des Landes, das Steuerwesen, die Ausgabe von Bargeld, die Preis- und Lohnpolitik sowie die staatliche Wirtschaftsplanung, und darüber hinaus über den Import und den Export, die Ausgabe von ausländischen Zahlungsmitteln sowie die Steuerung des militärischen Wiederaufbaus und die Sozialausgaben.«³¹

Außerdem wurde eine neue Behörde für die innere Sicherheit geschaffen, die nach der CIA benannt und nach ihrem Vorbild organisiert wurde, der KYP. Es dauerte nicht lan-

ge, und der KYP übte all die liebenswerten Tätigkeiten einer Geheimpolizei aus, einschließlich systematischer Folter.

Anfang der 1950er-Jahre war Griechenland zu einem äußerst verlässlichen Verbündeten/Vasallen der Vereinigten Staaten geworden. Es war aus Überzeugung anti-kommunistisch und gut in das System der NATO integriert. Es schickte Truppen nach Korea, um den Anspruch der Vereinigten Staaten, der Krieg dort sei nicht bloß ein amerikanischer Krieg, zu unterstützen.

Man kann mit absoluter Sicherheit sagen, daß Griechenland in bedeutend höherem Maße unabhängig von den Vereinigten Staaten gewesen wäre, wäre die Linke an die Macht gekommen. Griechenland wäre voraussichtlich genau so unabhängig von der Sowjetunion gewesen, der die griechische Linke nichts schuldete. Wie Jugoslawien, das auch keine gemeinsame Grenze mit der UdSSR hatte, wäre Griechenland zwar mit den Russen befreundet, aber unabhängig gewesen.

Als im Jahre 1964 in Griechenland eine Regierung an die Macht kam, die sich der absonderlichen Idee hingab, Griechenland sei ein souveräner Staat, machten die Vereinigten Staaten und ihre griechischen Handlanger – wie wir noch sehen werden – schnell und wirksam Schluß mit dieser Häresie.

Anmerkungen zu Kapitel 3

- 1 **Jorge Semprún**, WHAT A BEAUTIFUL SUNDAY! (Secker & Warburg, London, 1983, Übersetzung aus dem Französischen), S. 26-27. Semprun schrieb die Drehbücher für *Z* und *La Guerre est finie*.
- 2 Ein Zusammenfassung der Literatur über die ELAS und die EAM findet sich bei **Todd Gitlin**, »Counter-Insurgency: Myth and Reality in Greece« in **David Horowitz** (Hrsg.), CONTAINMENT AND REVOLUTION (Boston, 1967), S. 142-147. Vgl. auch **D. F. Fleming**, THE COLD WAR AND ITS ORIGINS, 1917-1960 (New York, 1961), S. 183-185; **Howard K. Smith**, THE STATE OF EUROPE (London, 1950), S. 225-230; **William Hardy McNeill**, THE GREEK DILEMMA: WAR AND AFTERMATH (Lippincott, Philadelphia, 1947), passim.
- 3 Berichte über die durch und durch prinzipienlose Politik der Briten in Griechenland und ihren Umgang mit Kollaborateuren in den Jahren 1944 bis 1946 finden sich bei **Fleming**, S. 174-187; **Smith**, S. 227-131, 234; **Lawrence S. Wittner**, AMERICAN INTERVENTION IN GREECE, 1943-1949 (Columbia University Press, New York, 1982), passim.
- 4 Churchill-Zitat nach **Kati Marton**, THE POLK CONSPIRACY: MURDER AND COVER-UP IN THE CASE OF CBS NEWS CORRESPONDENT GEORGE POLK (New York, 1990), S. 23. Zum Spruchband der EAM vgl. *Hearst Metrotone News*, New York, Film vom 03.11.1944, Kopie im Besitz des Autors.
- 5 PARLIAMENTARY DEBATES, HOUSE OF COMMONS, 16. Oktober 1946, Sp. 887 (Hier wird auf die Rede Bevins vom 10.08.1946 Bezug genommen). Vgl. auch **Christopher Simpson**, BLOWBACK: AMERICA'S RECRUITMENT OF NAZIS AND ITS EFFECTS ON THE COLD WAR (New York, 1988), S. 81.
- 6 **Gitlin**, S. 157; **Wittner**, S. 25.
- 7 **Winston Churchill**, THE SECOND WORLD WAR, Bd. 6, TRIUMPH AND TRAGEDY (London, 1954), S. 198, 255. Weitere Belege für das Nichteingreifen der Sowjets finden sich bei **Wittner**, S. 26-27.
- 8 **Fleming**, S. 182; vgl. auch **Smith**, S. 228.
- 9 Vgl. die in Anm. 2 und 3 genannten Quellen sowie **James Becket**, BARBARISM IN GREECE (New York, 1970), S. 6; **Richard Barnet**, INTERVENTION AND REVOLUTION (London, 1970), S. 99-101; **Edgar O'Ballance**, THE GREEK CIVIL WAR, 1944-1949 (London, 1966), S. 155, 167.
- 10 **Smith**, S. 232. Um einen vollständigen Eindruck davon zu erhalten, wie erbärmlich die griechische Regierung jener Zeit war, vgl. **Marton**, passim. In diesem Buch wird darüber berichtet, wie die griechischen Behörden mit Zustimmung der USA einen Fall konstruier-

ten, um zu beweisen, dass der CBS- Nachrichtenreporter George Polk von den Kommunisten ermordet worden wäre, und nicht von der Regierung deshalb, weil er dabei war, die gravierende Korruption des Ministerpräsidenten aufzudecken.

- 11 **Stephen G. Xydis**, GREECE AND THE GREAT POWERS, 1944-1947 (Institute for Balkan Studies, Thessaloniki, 1963), S. 479 sowie Informationen aus dem Archiv der griechischen Botschaft in Washington.
- 12 *Foreign Relations of the United States*, 1947, Bd. 5 (U. S. Government Printing Office, Washington, 1971), S. 222.
- 13 *New York Times Magazine*, 12.10.1947, S. 10.
- 14 *Foreign Relations*, a. a. O., S. 222-223.
- 15 Zitiert bei **Fleming**, S. 444.
- 16 **Barnet**, S. 109.
- 17 PUBLIC PAPERS OF THE PRESIDENTS OF THE UNITED STATES: HARRY S. TRUMAN, 1947 (U. S. Government Printing Office, Washington, 1963), S. 177.
- 18 **Milovan Djilas**, CONVERSATIONS WITH STALIN (London, 1962), S. 164. Djilas wurde 1962 ins Gefängnis gesteckt, weil er in diesem Buch Staatsgeheimnisse preisgegeben hatte.
- 19 Zu Einzelheiten über die militärischen Anstrengungen der Amerikaner vgl. a) **O'Ballance**, passim; b) **Wittner**, S. 242; c) CIA REPORT TO THE PRESIDENT, März 1948, Anhänge D und F, Declassified Documents Reference System, Band 1977, Dokument 168A; d) Interne Aktennotiz des Heeresministeriums vom 15. Juni 1954, DDRS, Band 1980, Dokument 253C; e) **Simpson**, S. 81-82 (zur Geheimen Reservearmee).
- 20 **O'Ballance**, S. 156.
- 21 Ebd., S. 173.
- 22 **Christopher M. Woodhouse**, THE STRUGGLE FOR GREECE, 1941-1949 (London, 1976), S. 260-261.
- 23 *New York Times*, 28.08.1947, S. 1; 05.09.1947, S. 1.
- 24 *Foreign Relations*, a. a. O., S. 327.
- 25 **John O. Iatrides**, »American Attitudes Toward the Political System of Postwar Greece« in **Theodore A. Coulombis** und **John O. Iatrides** (Hrsg.), GREEK-AMERICAN RELATIONS: A CRITICAL REVIEW (New York, 1980), S. 64-65; **Lawrence Stern**, THE WRONG HORSE: THE POLITICS OF INTERVENTION AND THE FAILURE OF AMERICAN DIPLOMACY (New York Times Books, 1977), S. 16-17.
- 26 **Philip Deane**, I SHOULD HAVE DIED (Atheneum, New York, 1977), S. 102, 103; **Andreas Papandreou**, DEMOCRACY AT GUNPOINT (Doubleday, Garden City, NY, 1970), S. 84-85.
- 27 **Papandreou**, S. 80.
- 28 *New York Times*, 13.07.1947, S. 11.
- 29 Ebd., 11.09.1947, S. 19; 17.10.1947, S. 11.
- 30 **Papandreou**, S. 5.
- 31 Der Absender war Horace Smith von der AMAG. U. S. National Archives, Record Group 59, zitiert bei **Michael M. Amen**, AMERICAN FOREIGN POLICY IN GREECE 1944/1949: ECONOMIC, MILITARY AND INSTITUTIONAL ASPECTS (Peter Lang, Frankfurt a. M., 1978, S. 114-115.

4 Die Philippinen in den 1940er- und 1950er-Jahren:

Die älteste Kolonie Amerikas

»Nacht für Nacht, bis um Mitternacht, ging ich in den Fluren des Weißen Hauses auf und ab. Und ich schäme mich, wenn ich Euch, meine Herren, erzähle, daß ich in mehr als einer Nacht auf die Knie niederfiel und Gott, den Allmächtigen, um Erleuchtung und Rat anflehte. Und dann, spät eines Nachts, erkannte ich plötzlich – fragen Sie mich bitte nicht, wie dies geschah – folgendes: 1. Daß wir sie [die Philippinen] nicht an Spanien zurückgeben könnten – das würde feige und schändlich sein. 2. Daß wir sie nicht an Frankreich oder Deutschland übergeben könnten – unseren Handelskonkurrenten im Fernen Osten –, dann wären wir keine guten Kaufleute und es wäre entehrend. 3. Daß wir sie sich nicht selbst überlassen könnten – sie wären unfähig, sich selbst zu regieren – und es würde dort drüben bald eine schlimmere Anarchie und Mißregierung herrschen als zur Zeit der Spanier. 4. Daß uns nichts übrig bliebe, als sie ganz zu übernehmen, die Philippiner zu erziehen, ihr geistiges Niveau zu heben und sie zu christianisieren sowie mit Gottes Gnade das Beste, was wir für sie, als unseren Mitmenschen, für die Christus gestorben ist, tun können, zu tun.«¹

William McKinley, Präsident der Vereinigten Staaten, 1899

William McKinleys Vorstellung davon, das Beste für die Philippiner zu tun, bestand darin, die Armee der Vereinigten Staaten einzusetzen, um sie zu Zehntausenden zu ermorden, ihre Dörfer niederzubrennen und die Grundlagen für eine wirtschaftliche Ausbeutung zu legen, welche die amerikanischen Staatsmänner und Zeitungen seinerzeit stolz als »Imperialismus« bezeichneten.

Nachdem die Spanier im Jahre 1898 durch eine gemeinsame Anstrengung der Vereinigten Staaten und der Philippiner von den Philippinen verjagt worden waren, stimmte Spanien einer »Abtretung« (das bedeutet: einem Verkauf) der Inseln an die Vereinigten Staaten für 20 Millionen Dollar zu. Aber die Philippiner, die bereits ihre eigene unabhängige Republik ausgerufen hatten, konnten sich nicht dafür erwärmen, wie ein Stück unbewohntes Bauland behandelt zu werden. Also machte sich eine amerikanische Streitmacht von mindestens 50.000 Mann daran, der Bevölkerung eine angemessene Einstellung zu ihrem Status beizubringen.

So kam es zu jener amerikanischen Kolonie, die Amerika am längsten besitzen sollte und die auch ganz offen als Kolonie erkennbar war.

Nahezu ein halbes Jahrhundert später landete die Armee der Vereinigten Staaten abermals auf den Philippinen und fand eine Volksbewegung vor, die erneut gegen einen gemeinsamen Feind kämpfte, dieses Mal gegen die Japaner. Diese Befreiungsbewegung wurde Huk genannt, eine Kurzform von Hukbalahap, welches selbst wieder eine Abkürzung ist, nämlich von *Hukbo ng Bayan Laban sa mga Hapon*, das heißt »Volksarmee gegen die Japaner« in Tagalog, der Muttersprache vieler Philippiner. Während das amerikanische Militär das Jahr 1945 hindurch die Japaner bekämpfte, ergriff es viele Maßnahmen, die darauf abzielten, die Widerstandsarmee zu vernichten. Amerikanische Truppen entwaffneten viele Einheiten der Huk, beseitigten die lokalen Selbstverwaltungen, welche die Huk aufgebaut hatte, und verhafteten viele ihrer hochrangigen Mitglieder wie auch die Führer der Kommunistischen Partei der Philippinen und steckten sie ins Gefängnis. Im Wesentlichen von amerikanischen Offizieren organisierte und geführte Guerillatrupps, welche sich aus amerikanischen und philippinischen Soldaten der sogenannten US Army Forces in the Far East zusammensetzten, führten Polizeiaktionen durch, welche zu einem regelrechten Terrorregime gegen die Huk und verdächtige Sympathisanten führte. Herabsetzende Gerüchte über die Huk wurden verbreitet, um ihre Unterstützung durch die Bauern zu untergraben. Und den Japanern wurde erlaubt, unbehelligt die Kampfverbände der Huk anzugreifen.

Und dies alles, während die Huk in schwere Kämpfe gegen die japanischen Invasoren und ihre philippinischen Kollaborateure verwickelt war und oft genug den amerikanischen Soldaten zu Hilfe kam.²

Bei ihren Kämpfen gegen die Huk griffen die Vereinigten Staaten häufig auf Philippiner zurück, welche mit den Japanern kollaborierten: Grundherren und Großgrundbesitzer sowie viele Polizisten und andere Beamte. In der Nachkriegszeit setzten die USA viele derjenigen, die mit dem Makel der Kollaboration beschmutzt waren, wieder in Macht und Stellung ein – zum großen Abscheu der anderen Philippiner.³

Die Guerillatruppen der Huk hatten sich im Jahre 1942 als Reaktion auf die Besetzung der Inseln durch die Japaner organisiert, und zwar im Wesentlichen auf Initiative der Kommunistischen Partei. Unter den amerikanischen Politikern gab es einige, die automatisch zu der Schlußfolgerung kamen, die Huk könne deshalb nicht anderes sein als ein Werkzeug der »Verschwörung des Weltkommunismus«, gegen die man vorgehen müßte, weil man ganz einfach gegen solche Gruppen vorzugehen hatte. Andere in Washington und Manila, deren Reflexe weniger automatisch, dafür aber umso zynischer waren, erkannten, daß die Huk-Bewegung, sollte ihr wachsender Einfluß nicht aufgehalten werden, zu einer grundlegenden Reform der philippinischen Gesellschaft führen würde.

Das Kernstück des politischen Programms der Huk war eine Landreform, eine dringende Notwendigkeit in dieser weitgehend landwirtschaftlich organisierten Gesellschaft. (Bei manchen Gelegenheiten stimmten die US-Beamten der Idee zwar nach außen hin zu, aber während der 50 Jahre der amerikanischen Besetzung war nichts in dieser Richtung unternommen worden.) Der andere zentrale Programmpunkt der Huk war die Industrialisierung, welche die Vereinigten Staaten lange Zeit hintertrieben hatten, um der amerikanischen Industrie einen regelrechten Spielplatz auf den Philippinen zu bieten. Aus der Sicht der Huk waren solche Veränderungen nichts als ein Vorspiel, um die Inselbewohner von ihrer Rückständigkeit, ihrem Analphabetismus, der drückenden Armut und von den aus der Armut resultierenden Krankheiten wie Tuberkulose und Beriberi zu befreien. »Die kommunistische Huk-balahap-Revolution«, berichtete die *New York Times*, »wird allgemein als ein Resultat der Not und der Unzufriedenheit der Bauern auf Mittelluzon [der Hauptinsel] angesehen.«⁴

In einer Jahre später für die Armee der Vereinigten Staaten durchgeführten Untersuchung klingt diese Einsicht wieder an. Dort wird festgestellt, daß »die Not und die Klagen der Bauern und nicht leninistische Ideen die Haupttriebkraft« der Huk waren.⁵

Nichtsdestoweniger war die Huk-Bewegung unverkennbar eine Bedrohung des neokolonialen Status der Philippinen, der amerikanischen Einflußsphäre und derjenigen philippinischen Interessen, welche vom Status quo profitierten.

Ende des Jahres 1945, also vier Monate nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, waren die Vereinigten Staaten dabei, eine Streitmacht von 50.000 philippinischen Soldaten für den Kalten Krieg auszubilden und auszurüsten.⁶ In einer Zeugenaussage vor einem Ausschuß des Kongresses gab Generalmajor William Arnold von der Armee der Vereinigten Staaten ganz offen zu, dieses Programm sei »für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und keinesfalls wegen außenpolitischer Schwierigkeiten notwendig« gewesen.⁷ Kein einziges der anwesenden Kongreßmitglieder äußerte öffentlich irgendwelche Vorbehalte bezüglich der völkerrechtlichen Angemessenheit einer solchen Außenpolitik.

Andererseits wurden amerikanische Soldaten auf den Philippinen zurückgehalten, und zumindest in einer Infanteriedivision wurde die Gefechtsausbildung wieder aufgenommen. Dies führte zu lautstarken Protesten und Demonstration der GIs, die nichts anders wollten, als nach Hause zu fahren. Die Einführung der Gefechtsausbildung wurde, wie die *New York Times* enthüllte, »von den Soldaten und einigen philippinischen Zeitungen als Vorbereitung auf die Unterdrückung möglicher Erhebungen verärgerter Gruppen von Landpächtern auf den Philippinen interpretiert.« Weiter heißt es in der Meldung, die Soldaten hätten auch eine Menge zu sagen gehabt »über die amerikanischen bewaffne-

ten Interventionen in China und Niederländisch-Indien [dem heutigen Indonesien]«, welche zur gleichen Zeit stattfanden.⁸

In welchem Ausmaß amerikanische Armeeeingeborene nach dem Krieg direkt an der Unterdrückung von regimiekritischen Gruppen auf den Philippinen beteiligt waren, ist nicht bekannt.

Obwohl die Huk den philippinischen und amerikanischen Behörden nicht soweit traute, um freiwillig ihre Waffen abzugeben, war sie bereit, die guten Absichten der Regierung einem Test zu unterwerfen. Sie nahm also als Teil einer »Demokratischen Allianz« von liberalen und sozialistischen Bauernparteien an den allgemeinen Wahlen im April des Jahres 1946 teil. (Die Unabhängigkeit der Philippinen war auf einen Termin vier Monate später festgelegt worden – auf den 04.07.1946, den amerikanischen Nationalfeiertag, um genau zu sein.) Wie sich herausstellte, wurde dem Oberbefehlshaber der Huk, Luis Taruc, und etlichen anderen Mitglieder der Allianz sowie reformorientierten Kandidaten, die einen der Sitze im Kongreß (drei im Senat und sieben im Abgeordnetenhaus) errungen hatten, verweigert, ihre Sitze einzunehmen, unter der fadenscheinigen und erfundenen Begründung, ihre Wähler wären durch Zwang beeinflusst worden. In keinem der Fälle war von der zuständigen Körperschaft, dem Wahlgericht, eine Untersuchung oder Überprüfung der Fälle vorgenommen worden.⁹ (Zwei Jahre danach gestattete man Taruc zeitweilig, seinen Sitz einzunehmen, als er nach Manila kam, um mit der Regierung über einen Waffenstillstand zu verhandeln.)

Der mit der Maßnahme, diesen Kandidaten ihre Sitze im Parlament zu verweigern, verbundene Zweck war gleichermaßen durchsichtig: Die Regierung war so in der Lage, das umstrittenere Gesetz über das Handelsabkommen zwischen den Philippinen und den USA durch den Kongreß zu peitschen. Es wurde mit zwei Stimmen mehr als nötig vom Abgeordnetenhaus angenommen, und ebenso knapp vom Senat. Das Abkommen übertrug den Vereinigten Staaten großzügige Privilegien und Vollmachten in der philippinischen Wirtschaft, einschließlich »gleiche Rechte [...] bei der Erschließung der Bodenschätze des Landes und der Leitung der öffentlichen Versorgungsbetriebe.«¹⁰ Diese »Gleichwertigkeits«-Klausel wurde schließlich auf alle Sektoren der philippinischen Wirtschaft ausgeweitet.¹¹

Dieser Herabwürdigung des Wahlprozesses folgte eine Welle schwerster Brutalitäten gegen die Bauern, die vom Militär, der Polizei und den Schlägerbanden der Grundherren begangen wurden. Luis Taruc zufolge wurden in den auf die Wahl folgenden Monaten ganze Bauerndörfer zerstört, mehr als 500 Bauern und ihre Anführer ermordet und etwa drei Mal so viele ins Gefängnis geworfen, gefoltert, verkrüppelt oder verschleppt. Die Huk und andere Gruppen sahen keine Alternative für sich, als den bewaffneten Kampf wieder aufzunehmen.¹²

Auch die Unabhängigkeit brachte keine wirklichen Veränderungen. Sogar der amerikanische Historiker George E. Taylor, der auch in der Washingtoner Führungsschicht einen völlig unverdächtigen Ruf genoß, mußte in einem Buch, welches deutliche Anzeichen einer Finanzierung durch die CIA erkennen läßt, zugeben, daß die Unabhängigkeit »gekennzeichnet war von freigiebigen Bekenntnissen gegenseitigen guten Willens, von teilweise erfüllten Versprechungen und von einer Wiederherstellung der alten Beziehungen in jeder Hinsicht, außer im Namen [...] . Den Philippinen wurden von den Vereinigten Staaten wiederholt Handelsvergünstigungen abgefordert, aber es gab keine Forderungen, welche zum sozialen und politischen Vorteil der Philippinen gewesen wären.«¹³

In der Zwischenzeit ging das amerikanische Militär dazu über, sich auf den Philippinen festzusetzen. Durch ein Abkommen aus dem Jahr 1947 wurde dem US-Militär Gelände für 23 Militärstützpunkte überlassen. Das Abkommen sollte 99 Jahre gelten. Es legte fest, daß amerikanische Soldaten, welche außerhalb der Militärstützpunkte im Dienst Verbrechen begingen, nur innerhalb der Stützpunkte vor amerikanische Militärgerichte gestellt werden durften.

Die Bedingungen eines gleichzeitig abgeschlossenen militärischen Beistandspaktes verboten es der philippinischen Regierung, irgendwelche Militärgüter, und sei es eine einzige Kugel, von anderen Waffenlieferanten als den der USA zu kaufen, es war nur mit der amerikanischen Erlaubnis genehmigt. Das schloß auch Ausbildung, Wartung und Ersatzteile mit ein und machte das philippinische Militär in höchstem Maße von seinen amerikanischen Partnern abhängig. Und schließlich wurde keinen Ausländern – außer den Amerikanern selbst – gestattet, ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten irgend eine Funktion in der philippinischen Armee auszuüben.¹⁴

Bis Anfang des Jahres 1950 hatten die Vereinigten Staaten den Philippinen Waffen und andere Militärgüter im Wert von über 200 Millionen Dollar geliefert. Das war für die damalige Zeit eine außergewöhnliche Summe, und dabei sind noch nicht einmal die Kosten für den Bau verschiedenster militärischer Einrichtungen mitgerechnet.¹⁵ Die **Joint US Military Advisory Group (JUSMAG)** strukturierte den philippinischen Geheimdienst und das Verteidigungsministerium um, setzte den von ihr selbst ausgewählten Ramon Magsaysay an dessen Spitze und gliederte die philippinische Armee in Gefechtseinheiten von Bataillonsstärke, welche für die Bekämpfung von kriegerischen Aufständen ausgebildet wurden.¹⁶ Die Philippinen mußten als Laborexperiment für diesen ungewöhnlichen Typ von Kampfeinsätzen erhalten. Die Methoden und die Terminologie, wie etwa »Aufspüren-und-Zerstören« und »Befriedung«, wurden später in Vietnam berüchtigt.

Als im September Oberstleutnant Edward G. Lansdale auf den Philippinen ankam, zeigte der Bürgerkrieg alle Anzeichen einer langandauemden Angelegenheit, und es war kein Sieg einer der beiden Seiten in Sicht. Nach außen hin war Lansdale nur ein weiterer der JUSMAG zugeordneter amerikanischer Militärberater, aber in Wirklichkeit war er der Chef der geheimen und paramilitärischen Operationen der CIA in diesem Land. Sein scheinbarer Erfolg auf den Philippinen machte ihn später zu einer anerkannten Autorität auf dem Gebiet der Aufstandsbekämpfung.

In seinen späteren Erinnerungen an diese Zeit seines Lebens berichtet Lansdale von seiner Überraschung, als er von philippinischen zivilen Freunden hörte, wie repressiv die Regierung Quirinos war, daß ihre Greuelthaten ebenso schlimm waren wie diejenigen der Huk (oder die ihr zugeschriebenen), daß die Regierung »von Korruption zerfressen« war (bis hin zum einfachen Polizisten auf der Straße, wie Lansdale selbst beobachten konnte), daß Quirino selbst im Jahr zuvor nur aufgrund von »umfassendem Betrug« gewählt worden war, daß »die Huk recht hatte«, daß sie die »Woge der Zukunft« war und daß Gewalt die einzige Möglichkeit des Volkes war, eine Regierung nach seinen Wünschen zu bekommen. (Die Polizei, so schrieb ein Korrespondent der *Saturday Evening Post*, war eine »uniformierte Bande von Dieben und Vergewaltigern, die mehr gefürchtet wurde als die Banditen [...] und die Armee war kaum besser.«)¹⁷

Aber Lansdale ließ sich davon nicht abschrecken. Er war gekommen, um seinen Job zu machen. Deshalb sagte er sich, wenn die Huk an die Macht käme, würde dies nur zu einer anderen Form von Unrecht durch andere privilegierte Wenige führen, die von einer noch grausameren Macht unterstützt würden. Im nächsten Kapitel lesen wir, daß er sich selbst überredet hatte, er stünde auf der Seite derjenigen, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, »die menschliche Freiheit auf den Philippinen zu verteidigen.«¹⁸

Als früherem Werbemann war Lansdale der Einsatz von Marktforschung, Motivations-techniken, Medien und Täuschung geläufig. Im Jargon der CIA gelten solche Künste als »Psychologische Kriegsführung.« Zu diesem Zweck gründete Lansdale eine Einheit, die er Civil Affairs Office nannte. Deren Aktivitäten basierten auf der Prämisse – die den meisten amerikanischen Offizieren sowohl neu als auch suspekt war –, daß eine populäre Guerillaarmee nicht durch den Einsatz von Militär allein besiegt werden könne.

Lansdales Gruppe untersuchte sorgfältig den Aberglauben der philippinischen Bauern, die im Gebiet der Huk lebten: Ihre Überlieferungen, Tabus und Mythen wurden nach Anhaltspunkten für angemessene Methoden durchgekämmt, um die Bauern von der Unterstützung der Aufständischen abzubringen. Bei einer Operation flogen Lansdales Leute in einem kleinen Flugzeug versteckt durch die Wolkendecke über diese Gebiete und rie-

fen per Lautsprecher auf Tagalog geheimnisvolle Flüche auf jeden Dorfbewohner herab, der es wagte, der Huk Nahrungsmittel und Unterschlupf zu gewähren. Berichten zufolge war die Taktik so erfolgreich, daß einige Huk-Einheiten vor Hunger aufgaben.¹⁹

Eine weitere von Lansdale initiierte »Psychologische Kriegsführungs«-Operation machte sich die abergläubische Furcht vor dem Asuang, einem mythischen Vampir, unter den philippinischen Landbewohnern zu Nutze. Eine von Lansdales Gruppen drang in eine Stadt ein und verbreitete das Gerücht, ein Asuang lebe in den benachbarten Hügeln, wo die Huk einen ihrer Stützpunkte hatte, aus dem die Regierungstruppen sie unbedingt heraushaben wollte. Zwei Nächte später, nachdem das Gerücht genug Zeit gehabt hatte, unter den Unterstützern der Huk in der Stadt zu zirkulieren und in die Berge vorzudringen, legte Lansdales Gruppe den Rebellen auf einem Pfad, den diese benutzten, einen Hinterhalt. Als eine Huk-Patrouille den Hinterhalt passierte, schnappten sich sie Männer der Gruppe geräuschlos den letzten Mann, punktierten seinen Hals nach Vampirart mit zwei Löchern, hielten seinen Körper mit dem Kopf nach unten, bis das Blut herausfloß, und legten die Leiche auf den Pfad. Als die Huk-Leute, die genau so abergläubig waren wie jeder andere Philippiner, den blutlosen Kameraden entdeckten, verließen sie fluchtartig diese Region.²⁰

Lansdale veranstaltete regelmäßig »Kaffeeklatsch«-Sitzungen mit philippinischen Beamten und Offizieren, auf denen – nach Art einer Brainstorming-Sitzung in der Madison Avenue, dem Zentrum der amerikanischen Werbeindustrie – neue Ideen ungehindert hin- und hergewälzt wurden. Daraus entstand das Economic Development Corps, das die Kämpfer der Huk mit einem Programm der Wiederansiedlung auf ihrem eigenen Fleckchen Ackerland, einschließlich Werkzeug, Saatgut usw. ködern sollte. Dieses Unternehmen war in keiner Weise dem Landproblem angemessen, und die Anzahl derer, die darauf reagierten, war sehr bescheiden. Aber es ging ja eigentlich, wie bei anderen Techniken der psychologischen Kriegsführung, vor allem auch darum, dem Feind seine überzeugendsten Argumente zu stehlen.²¹ Weitere von Lansdale entwickelte oder verfeinerte Taktiken waren: die Produktion von Filmen und Radiosendungen, um die Handlungen der Regierung zu erklären und zu rechtfertigen; das Einschleusen von Agenten der Regierung in die Mannschaftsgrade der Huk, um dort Informationen zu verbreiten und Zwietracht zu säen; Versuche, das Verhalten von Regierungssoldaten zu ändern, um ihre Mißhandlung der Menschen in ländlichen Gebieten einzuschränken (die Huk nämlich folgte schon seit langem einem ausdrücklichen Kodex einwandfreien Verhaltens gegenüber den Bauern, mit Strafen gegen diejenigen, die dagegen verstießen), bei anderen Gelegenheiten jedoch erlaubte man den Regierungssoldaten, als Huk-Soldaten verkleidet in den Dörfern Amok zu laufen.²²

Wie Leroy Fletcher Prouty enthüllte, war letzteres eine »auf den Philippinen zu höchster Kunst entwickelte« Technik, bei der Soldaten »im Stil des für seine Massenproduktionen bekannten Regisseurs Cecil B. De Mille auf das unvorbereitete Dorf losgelassen wurden.²³ Prouty, ein pensionierter Oberst der amerikanischen Luftwaffe, war neun Jahre lang der zentrale Verbindungsoffizier zwischen dem Pentagon und der CIA. Er beschrieb auch eine andere Art von Szenario, in dem die Huk mit dem Terroristenpinsel angemalt wurde, um den politischen Charakter der Bewegung zu verdunkeln und ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben:

»Auf den Philippinen wurden im Interesse der Holz- und der Zuckerindustrie Tausende von einfachen, rückständigen Dorfbewohnern gezwungen, die Gebiete, in denen ihre Familien schon seit Jahrhunderten lebten, zu verlassen. Jedermann dürfte klar sein, daß diese armen Leute, wenn sie in andere Landesteile fliehen, ihrerseits die Rechte der dort lebenden Dorfbewohner oder Landbesitzer verletzen. Dies erzeugt gewalttätige Unruhen oder zumindest sporadisches Banditentum, das letzte Mittel, das sterbenden und terrorisierten Menschen zur Verfügung steht. Wenn dann die Regierung in der entfernten Hauptstadt von dem Banditentum und den Unruhen Kenntnis erhält, muß sie eine ungefährliche Erklärung dafür haben. Das letzte, was eine Regionalregierung möchte, wäre, den Menschen zu erzählen, daß die gewaltigen Interessen der Holz- oder Papierindustrie sie aus ihrer angestammten Heimat vertrieben haben. Auf den Philippinen ist es üblich, daß die Regional- oder Lokalregierung zehn Prozent des Gewinns aus allen derartigen Geschäften be-

kommt, und die Politiker der Zentralregierung nochmals weitere zehn Prozent. Deshalb lautet die für sie ungefährliche Erklärung: »Kommunistisch gesteuerter subversiver Aufstand.« Das Wort auf den Philippinen hierfür ist Huk.«²⁴

Der hinterlistigste Teil der CIA-Operation auf den Philippinen war die vollständige Manipulation des politischen Lebens in diesem Land, wobei vor allem die inszenierten Wahlen und die Desinformationskampagnen hervorstechen. Der Höhepunkt dieser Bestrebungen war die Wahl von Ramon Magsaysay, dem kooperativen früheren Verteidigungsminister, zum Präsidenten im Jahr 1953.

Lansdale, so heißt es, »erfand« Magsaysay.²⁵ Seine CIA-Tamorganisationen – wie etwa die Volksbewegung für Freie Wahlen – führten den philippinischen Wahlkampf genauso zügellos, straflos und mit Geld gespickt, wie man es von den Wahlkampforganisationen der Demokraten oder Republikaner in den USA, oder um ein noch treffenderes Beispiel zu geben, von Bürgermeister Daley in Chicago erwarten würde. Sogar die *New York Times* bezeichnete in einem Leitartikel die Philippinen als das »Vorzeigeprojekt der Demokratie in Asien.«²⁶

Einmal versetzte die CIA die Getränke von Magsaysays Gegner, dem amtierenden Präsidenten Elpidio Quirino, vor einer Ansprache mit Drogen, so daß er unzusammenhängendes Zeug redete. Ein anderes Mal, als Magsaysay nicht davon abzubringen war, eine Rede zu halten, die ein Philippiner statt ein Mitarbeiter von Lansdales Mannschaft geschrieben hatte, geriet Lansdale so sehr in Zorn, daß er den Präsidentschaftskandidaten bewußtlos schlug.²⁷

Magsaysay gewann die Wahl, aber die CIA hatte dennoch vorgesorgt und Waffen für einen Staatsstreich eingeschmuggelt, für den Fall, daß ihr Mann verlieren sollte.²⁸

Sobald Magsaysay im Amt war, schrieb die CIA seine Reden, steuerte bis ins letzte seine Außenpolitik und setzte sein Presse-»Vermögen« (bezahlte Herausgeber und Journalisten) ein, um ihn mit einer stets bereitstehenden Gruppe von Claqueuren zu versorgen, welche seine Inlandspolitik und seine Beteiligung an dem von den USA gesteuerten antikommunistischen Kreuzzug in Südostasien unterstützten sowie Zeitungskolumnisten attackierten, die gegen die USA eingestellt waren. Magsaysay war den Vereinigten Staaten dermaßen ergeben, daß er an »Eisenhower schrieb, er würde alles tun, was die Vereinigten Staaten von ihm fordern sollten – sogar dann, wenn sein eigener Außenminister dagegen wäre«, wie Sherman Adams, der Privatsekretär des Präsidenten, enthüllte.²⁹

Eine von der CIA zur Unterstützung von Magsaysay ersonnene Praxis wurde später auch von anderen seiner Außenstellen in Ländern der Dritten Welt aufgegriffen. Dieses besondere Täuschungsmanöver bestand darin, von Presseagenten der CIA für Provinzblätter geschriebene Artikel in einem monatlichen Pressedienst mit Auszügen aus der Provinzpresse wiederzuveröffentlichen. Dieser wurde dann an Kongreßabgeordnete und andere Meinungsmacher in Manila geschickt, um sie darüber zu informieren, »was die Provinzen dachten.«³⁰

Senator Claro M. Recto, Magsaysays politischer Hauptgegner und ein entschiedener Kritiker der amerikanischen Politik auf den Philippinen, wurde einer besonderen Behandlung unterzogen. Die CIA lancierte das Gerücht, er sei ein Agent des kommunistischen China, und stellte Kondompäckchen her, die den Aufdruck trugen »Mit den besten Empfehlungen von Claro M. Recto – dem Freund des Volkes.« Alle Kondome hatten Löcher an den Stellen, wo man sie am allerwenigsten gebrauchen konnte.³¹

Die CIA plante auch die Ermordung Rectos, bis hin zur Herstellung einer Substanz, um ihn zu vergiften. Die Idee wurde jedoch »aus pragmatischen Überlegungen, nicht wegen moralischer Skrupel« fallengelassen.³²

Nachdem Magsaysay im Jahre 1957 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen war, suchte die CIA unter den verschiedensten philippinischen Politikern und Parteien nach neuen Handlangern, und etliche boten sich sogar von selbst an. Zu letzteren zählte auch Diosdado Macapagal, der im Jahre 1961 Präsident werden sollte. Macapagal versorgte die CIA etliche Jahre mit politischen Informationen und forderte schließlich, was

ihm seiner Ansicht nach zustand: massive finanzielle Unterstützung für seinen Wahlkampf. (*Reader's Digest* nannte seine Wahl: »Ohne jeden Zweifel eine Demonstration echter Demokratie.«)³³

Ironischerweise war Macapagal der schärfste Gegner der amerikanischen Einmischung bei der Wahl Magsaysays im Jahr 1953 gewesen und hatte immer wieder folgende Stelle aus einem philippinischen Gesetz zitiert: »Kein Ausländer darf – direkt oder indirekt – einen Kandidaten unterstützen oder in irgendeiner Weise sich an einer Wahl beteiligen oder sie beeinflussen.«³⁴

Und eine noch größere Ironie ist wohl, daß die philippinische Regierung im Jahr 1957 ein Gesetz verabschiedete, das ganz deutlich die Handschrift von Amerikanern trug. Mit diesem Gesetz wurden die Kommunistische Partei und die Huk verboten, und eine der Begründungen hierfür lautete, diese Organisation wollte die Regierung »der Kontrolle und Vorherrschaft einer ausländischen Macht« ausliefern.³⁵

Als das Jahr 1953 begann, waren die Kämpfer der Huk auseinandergetrieben und demoralisiert und stellten nicht länger eine ernsthafte Bedrohung dar. Ihr Tod sollte sich jedoch noch über die nächsten Jahre hinziehen. Es ist schwer zu sagen, inwieweit das Ende der Bewegung auf den Einsatz traditioneller Truppen zurückzuführen ist, auf Lansdales unorthodoxere Methoden oder auf die endgültige Entkräftung der Huk-Kämpfer infolge von Unterernährung und Krankheiten, die durch die Verelendung der Bauernschaft bedingt waren. Schon lange vor dem Ende mangelte es der Huk an Waffen, Munition und angemessener militärischer Ausrüstung, die immer wieder von philippinischen und amerikanischen Behörden erhobene Beschuldigung, die Sowjetunion und China hätten die Huk unterstützt, unglaublich macht.³⁶ Edward Lachica, ein philippinischer Historiker, schrieb:

»Der Krenl unterstützte die kommunistische Bewegung auf den Philippinen zwar mit Worten und pries die Huk als einen Teil des »weltweiten Kampfes gegen die USA«, aber materielle Hilfe bot er ihr nicht an.«³⁷

»Seit der Zerstörung der militärischen Macht der Huk«, bemerkte George Taylor, »ist das gesellschaftliche und politische Programm, das ihren Erfolg ermöglicht hatte, weitgehend auf der Strecke geblieben.«³⁸

Die Festung Amerika jedoch war nun fest in Südostasien etabliert. Die Philippinen würden zur Basis für amerikanische Luft- und Seeangriffe gegen Korea und China, Vietnam und Indonesien werden. Die philippinische Regierung würde Kampftruppen an der Seite der Vereinigten Staaten nach Korea und Vietnam schicken. Und auf den amerikanischen Stützpunkten in diesem Land würden die Technik und Kunst der Bekämpfung von kriegerischen Aufständen an die Truppen der anderen amerikanischen Verbündeten im Pazifik weitergegeben werden.

Anmerkungen zu Kapitel 4

- 1 **Charles S. Olcott**, THE LIFE OF WILLIAM MCKINLEY, Bd. 2 (Boston, 1916), S. 110-111. Aus einer Ansprache vor einer Besuchergruppe der *Methodist Episcopal Church*.
- 2 Zu den Aktionen der USA gegen die Huk während des Zweiten Weltkriegs vgl. a) **D. M. Condit** u. a., CHALLENGE AND RESPONSE IN INTERNAL CONFLICT, Bd. I, THE EXPERIENCE IN ASIA (Center for Research in Social Systems, The American University, Washington, DC, 1968), S. 481, eine Forschungsarbeit für das Heeresministerium; b) **Luis Taruc**, BORN OF THE PEOPLE (New York, 1953, aber bereits im Juni 1949 fertiggestellt), S. 147-162, 186-211, die Autobiographie des Huk-Oberbefehlshabers, der sich 1954 der Regierung ergab; c) **William J. Pomeroy**, AN AMERICAN MADE TRAGEDY (New York, 1974), S. 74-77; Pomeroy, ein Amerikaner, diente während des Krieges auf den Philippinen und stand dort mit Mitgliedern der Huk in Verbindung. Nach dem Krieg kehrte er zurück, um sie zu bekämpfen, bis er im Jahre 1952 gefangengenommen wurde; d) **George E. Taylor**, THE PHILIPPINES AND THE UNITED STATES: PROBLEMS OF PARTNERSHIP (New York, 1964), S. 122 (vgl. unten Anm. 13); e) **Eduardo Lachica**, HUK: PHILIPPINE AGRARIAN SOCIETY IN REVOLT (Manila, 1971), S. 112-113, 116-117; f) PHILIPPINES: A COUNTRY STUDY (Foreign Area Studies, The American University, Washington, DC, 1983-84), S. 43, für das Heeresministerium erarbeitet.
- 3 **Taruc**, Kap. 22; **Pomeroy**, S. 77-78; **Taylor**, S. 116-120.
- 4 *New York Times*, 19.13.1952, S. 13
- 5 *Philippines: A Country Study*, S. 44
- 6 **New York Times**, 05.01.1946, S. 26
- 7 Hearings before the House Committee on Foreign Affairs in executive session, 7. Juni 1946, released in 1977, S. 31. Arnold war stellvertretender Ministerialdirektor der Einsatzabteilung des Generalstabs im Kriegsministerium.
- 8 Zum Protest der amerikanischen Soldaten vgl. *New York Times*, 08.01.1946, S. 3; 11.01.1946, S. 4. Zu weiteren Informationen vgl. **Mary-Alice Waters**, G.I.'S AND THE FIGHT AGAINST WAR (New York, 1967), eine von der Zeitschrift *Young Socialist* veröffentlichte Flugschrift.
- 9 *New York Times*, 20.05.1946, S. 8; 02.06.1946, S. 26; 04.06.1946, S. 22, ein Brief von **Tomas Confessor**, einer bekannten politischen Figur auf den Philippinen, in dem im Detail die Rechtswidrigkeit des Vorgangs, daß den Männern ihre Sitze vorenthalten wurden, behandelt wird; 18.09.1946, S. 4; 19.09.1946, S. 18; **Pomeroy**, S. 20; **Taruc**, S. 214-227; **Lachica**, S. 120-121.
- 10 *New York Times*, 12.03.1947, S. 15 (die Worte sind diejenigen der Times); **Lachica**, S. 121.
- 11 **Pomeroy**, S. 28, erläutert, wie es dazu kam.
- 12 **Taruc**, Kap. 23 und 24; **Pomeroy**, S. 78. Die philippinische Armee berichtete, ihr Einfall in das Gebiet der Huk im Monat nach der Wahl hätte 600 Todesopfer gefordert (*New York Times*, 20.05.1946, S. 8), jedoch wurde in dem Artikel keine Aufschlüsselung zwischen militärischen und zivilen Opfern mitgeliefert; vgl. auch **Lachica**, S. 121.
- 13 **Taylor**, S. 114, 115. Das Buch wurde vom Verlag Praeger für den Rat für Auswärtige Beziehungen, die extrem hochrangige Denkfabrik, zu deren Mitarbeitern und Direktoren seinerzeit Allen Dulles, David Rockefeller und John J. McCloy gehörten, veröffentlicht. Wie sich später herausstellte, veröffentlichte Praeger in den 1960er-Jahren eine ganze Reihe von Büchern, die die CIA bezahlt hatte. Dieses Buch, das in den meisten Belangen recht vernünftig daherkommt, sinkt dort auf ein kindisches und halbhysterisches Niveau ab, wo die Huk oder »der Kommunismus« behandelt werden.
- 14 **Department of State**, TREATIES AND OTHER INTERNATIONAL AGREEMENTS OF THE UNITED STATES OF AMERICA, 1776-1949 (Washington, 1974), S. 84-89; **Pomeroy**, S. 21-23; **Taylor**, S. 129.

- 15 *New York Times*, 01.07.1946: 50 Millionen Dollar; 11.02.1950, S. 6: 163,5 Millionen Dollar im Rahmen des Ankommens vom Jahre 1947.
- 16 **Edward G. Lansdale**, IN THE MIDST OF WARS (New York, 1972), passim; **Stephen Shalom**, »Counter- Insurgency in the Philippines« in **Daniel Schirmer** und **Stephen Shalom** (Hrsg.), THE PHILIPPINE READER (Boston, 1987), S. 112-113.
- 17 **William Worden**, »Robin Hood of the Islands«, *Saturday Evening Post*, 12.01.1952, S. 76.
- 18 **Lansdale**, S. 24-30, 47.
- 19 **Joseph Burkholder Smith**, PORTRAIT OF A COLD WARRIOR (New York, 1976), S. 95 (vgl. Anm. 30 zum Hintergrund von Smith).
- 20 **Lansdale**, S. 72-73.
- 21 Ebd., S. 47-59.
- 22 Ebd., S. 70-71, 81-83, 92-93; **Smith**, S. 106; **Taruc**, S. 68-69. Eine weitere Beschreibung dieses Propagandafeldzugs findet sich bei **Shalom**, S. 115-116.
- 23 **Leroy Fletcher Prouty**, THE SECRET TEAM: THE CIA AND ITS ALLIES IN CONTROL OF THE WORLD (Ballantine Books, New York, 1974, Taschenbuchausgabe), S. 38-39. Prouty war ein pensionierter Oberst der US- Luftwaffe.
- 24 Ebd., S. 102-103.
- 25 S. 95, zitiert hier den CIA-Beamten Paul Lineberger.
- 26 *New York Times*, 16.10.1953, S. 26.
- 27 Interviews des Schriftstellers Thomas Buell mit Ralph Lovett, dem Leiter der CIA-Außenstelle auf den Philippinen in den frühen 1950er-Jahren, und mit Lansdale, zitiert bei **Raymond Bonner**, WALTZING WITH A DICTATOR: THE MARCOSES AND THE MAKING OF AMERICAN POLICY (New York, 1987), S. 39-40. Vgl. auch *New York Times*, 31.03.1997, S. 1.
- 28 **Bonner**, S. 41.
- 29 **Adams**, FIRSHAND REPORT (New York, 1961), S. 123.
- 30 Für eine umfassende Beschreibung der Manipulation des politischen Lebens auf den Philippinen und insbesondere Magsaysays durch die CIA vgl. **Smith**, Kap. 7, 15, 16 und 17. Smith war ein CIA-Beamter, der in den frühen 1950er-Jahren in der Abteilung für den Fernen Osten, zu der auch die Philippinen zählten, arbeitete und mit politischen Angelegenheiten und der psychologischen Kriegsführung befaßt war.
- 31 **Smith**, S. 280.
- 32 Buells mit Lovett (vgl. Anm. 27), zitiert bei **Bonner**, S. 42.
- 33 *Reader's Digest*, April 1963, ein Artikel mit dem Titel »Democracy Triumphs in the Philippines«.
- 34 **Smith**, S. 290.
- 35 House Bill Nr. 6584, Republic Act Nr. 1700, approved 20.06.1957.
- 36 Zustand der Huk vgl. *New York Times*, 03.04.1949, S. 20; 30.06.1950, S. 4.
- 37 **Lachica**, S. 131.
- 38 **Taylor**, S. 192.

5 Korea 1945 bis 1953

War alles so, wie es den Anschein hatte?

Für eine Idee zu sterben, ist ohne jeden Zweifel edel. Aber wie viel edler wäre es, wenn die Menschen für Ideen stürben, die richtig sind?

H. L. Mencken, 1919

Wie kommt es, daß der Koreakrieg nicht dieselben Proteste hervorgerufen hat, wie sie den Vietnamkrieg begleiteten? Alles, was wir an Vietnam lieben und schätzen, hatte seine Vorläufer in Korea: die Unterstützung einer korrupten Tyrannei, die Greuelthaten, die Napalmbomben, der Massenmord an Zivilisten, die verwüsteten Städte und Dörfer, die Nachrichtenmanipulationen, die Sabotage der Friedensgespräche. Aber das amerikanische Volk war davon überzeugt, daß es sich beim Krieg in Korea um einen eindeutigen Fall handelte: Ein Land marschierte ohne Anlaß in eine anderes ein. Es war ein Angriff der bösen Jungs auf die guten Jungs, die von den noch besseren Jungs gerettet wurden. Es gab nicht die historische, politische und moralische Verunsicherung, welche das Dilemma des Vietnamkriegs war. Der Koreakrieg begann nach allgemeiner Sicht mit dem Angriff Nordkoreas auf Südkorea am frühen Morgen des 25.06.1950 – Vietnam hingegen [...] niemand schien zu wissen, wie, oder wann oder warum alles anfing.

Und der Vorwurf des »Imperialismus« stand dem amerikanischen Vorgehen in Korea auch nicht im Wege. Denn schließlich kämpften die Vereinigten Staaten als Teil einer Armee der Vereinten Nationen. Wie hätte man dagegen protestieren können? Und dann war da ja auch noch der Terror von Senator McCarthy gegen Andersdenkende, der die 1950er Jahre beherrschte, was zusätzlich jeden Protest verhinderte.

Es gab natürlich recht unterschiedliche Meinungen darüber, um was es bei dem Krieg überhaupt ging, wie er geführt wurde und sogar über seinen Ausbruch, aber sie gingen alle im Kriegsieber unter.

Kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs besetzten die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten Korea, um die besiegten Japaner zu vertreiben. Entlang des 38. Breitengrades wurde eine Demarkationslinie zwischen den russischen und amerikanischen Truppen errichtet. Damit war in keiner Weise die explizite oder implizite Absicht verbunden, zwei getrennte Staaten zu schaffen, aber der Kalte Krieg warf bereits seine Schatten voraus.

Für beide Mächte war die Vereinigung des Nordens mit dem Süden das vordringliche und erwünschte Ziel. Aber beide wollten auch, daß dies nach dem jeweiligen ideologischen Muster geschehe. So begann, großzügig mit Doppelzüngigkeit angereichert, eine Abfolge von Vorschlägen und Gegenvorschlägen, Anschuldigungen und Gegenanschuldigungen, und es kam in den folgenden Jahren zu keiner Übereinkunft. Obwohl sowohl Moskau als auch Washington wie auch ihre jeweiligen handverlesenen koreanischen Führer die Teilung des Landes nicht immer als unerfreulich empfanden (denn ein halbes Land war immerhin besser als gar keins), so riefen doch die Politiker und Bürger auf beiden Seiten beständig und aufrichtig nach einer Vereinigung auf geordneter Grundlage.

Daß Korea bei Kriegsausbruch nach wie vor ein Land und die Vereinigung weiterhin das Ziel war, unterstrich der Chefdelegierte der USA bei den Vereinten Nationen, Warren Austin, in einer kurz darauf erfolgten Erklärung:

»Die künstliche Grenze, welche Nord- und Südkorea bis heute teilt, hat keinerlei Existenzgrundlage, weder eine juristische noch eine von der Vernunft begründete. Weder die Vereinten Nationen, ihre Kommission für Korea, noch die Republik Korea [Südkorea] erkennen eine solche Li-

nie an. Nun haben die Nordkoreaner durch ihren bewaffneten Angriff auf die Republik Korea die Realität einer solchen Linie überhaupt bestritten.«¹

All die Jahre hindurch waren die beiden Seiten immer wieder über den Breitengrad hinweg aneinander geraten. Was also an jenem schicksalhaften Tag im Juni geschah, könnte man gut als eine Eskalation eines bereits im Gang befindlichen Bürgerkriegs ansehen. Die nordkoreanische Regierung erklärte, daß allein im Jahre 1949 Einheiten der südkoreanischen Armee oder Polizei 2617 bewaffnete Einfälle im Norden verübten, um Mord, Entführungen, Plünderungen und Brandstiftungen zu begehen, mit dem Ziel, soziale Unruhen zu schüren und die Gefechtsfähigkeit der jeweiligen Angreifer zu erhöhen. Einmal, so behauptete die Regierung in Pjöngjang, sollen Tausende von Soldaten an einer einzigen Schlacht beteiligt gewesen sein, bei der es viele Gefallene gab.²

Ein Beamter des amerikanischen Außenministeriums, Sonderbotschafter Philip C. Jessup, beschrieb es in einer Rede vom April 1950 so:

»Es herrscht ein ständiger Kampf zwischen der südkoreanischen Armee und Gruppen, die das Land vom Norden her infiltrieren. Es gibt regelrechte Schlachten, an denen vielleicht ein- oder zweitausend Mann beteiligt sind. Wenn Sie diese Grenzlinie besuchen, so wie ich es tat [...] können Sie Truppenbewegungen, Befestigungen und Kriegsgefangene sehen.«³

Wenn man diesen Kontext berücksichtigt, verliert die Frage, wer am 25.06.1950 den ersten Schuß abgab, schnell an Bedeutung. Nach der nordkoreanischen Version der Ereignisse jedenfalls war ihre Invasion eine Antwort auf ein zweitägiges Bombardement durch Flugzeuge des Südens, am 23. und 24., denen am 25. ein südkoreanischer Überraschungsangriff über die Grenze hinweg auf die im Westen gelegene Stadt Haeju und andere Orte folgte. Der Angriff des Südens wurde am späten Morgen des 25. über das nordkoreanische Radio bekannt gegeben.

Im Gegensatz zu dem seinerzeit allgemein verbreiteten Glauben war keine Gruppe der Vereinten Nationen – weder die UN-Militärbeobachtergruppe vor Ort noch die UN-Kommission für Korea in Seoul – Zeuge des Ausbruchs der Feindseligkeiten bzw. behauptete, deren Zeuge gewesen zu sein. Die Exkursion der Beobachtergruppe zum 28. Breitengrad war bereits am 23.06.1950 zu Ende gegangen. Ihre Aussagen über die Ereignisse beruhen entweder auf Spekulation oder auf Informationen, die sie von der südkoreanischen Regierung oder dem US-Militär erhalten hatte.

Überdies meldete am frühen Morgen des 26.06.1950 das südkoreanische Presseamt, Truppen des Südens hätten in der Tat die nordkoreanische Stadt Haeju erobert. In dieser Meldung wird behauptet, der Angriff hätte erst am selben Morgen stattgefunden, ein Lagebericht des amerikanischen Militärs vom Einbruch der Dunkelheit am 25.06.1950 jedoch besagt, das gesamte südliche Territorium im Westen des Flusses Imjin sei bis zu drei Meilen hinter der Grenze verlorengegangen – außer im Gebiete von Haeju, wo der »Gegenangriff« stattgefunden habe.

Sei es wie es sei, ein solcher militärischer Sieg des Südens läßt sich nur äußerst schwierig in Übereinstimmung bringen mit der offiziellen westlichen Version, die bis heute aufrechterhalten wird, nach der die nordkoreanische Armee in einem verheerenden Angriff nach Süden gestürmt sei, die Herrschaft über alles, was vor ihr lag, übernommen und die südkoreanischen Truppen gezwungen habe, sich weiter nach Süden zurückzuziehen.

In der Folge bestritt die südkoreanische Regierung, daß die Einnahme von Haeju überhaupt stattgefunden habe, und gab die Schuld für die ursprüngliche Meldung anscheinend einem etwas zu großmäuligen Offizier. Nach Darstellung eines Historikers beruhte die angeblich unkorrekte Meldung auf »einem Fehler aufgrund von mangelnder Kommunikation und dem Versuch, den südkoreanische Widerstand dadurch zu stärken, daß man einen Sieg für sich beanspruchte.« Was auch immer wirklich hinter dieser Meldung gesteckt haben mag, es ist klar, daß man den Behauptungen der südkoreanischen Regie-

rung über den Beginn des Krieges nur sehr wenig – wenn überhaupt – Glauben schenken darf.⁴

Es gab in der Tat Berichte in der westlichen Presse über den Angriff auf Haeju, in denen die Meldung der südkoreanischen Regierung nicht erwähnt wurde und die das Ereignis aus unabhängiger Feder bestätigen. Der Londoner *Daily Herald* stellte in seiner Ausgabe vom 26.06.1950 fest:

»Amerikanische Militärbeobachter sagten, die Truppen des Südens hätten einen erfolgreichen entlastenden Gegenangriff in der Nähe der Westküste durchgeführt, wären fünf Meilen auf das Gebiet des Nordens vorgedrungen und hätten die Stadt Haeju erobert.«

Und im Londoner *Guardian* vom selben Tag konnte man lesen:

»Amerikanische Beamte bestätigten, daß die Truppen des Südens Haeju erobert haben.«

Ähnlich berichtete auch die *New York Herald Tribune* am 26.06.1950:

»Südkoreanische Truppen überquerten den 38. Breitengrad, der die Grenze bildet, um die Industriestadt Haeju einzunehmen, die direkt nördlich der Linie liegt. Die Truppen der Republik erbeuteten große Mengen an Ausrüstung.«

Keiner der Berichte gibt genau an, wann der Angriff stattfand.

Am 25.06.1950 befand sich der amerikanische Schriftsteller John Gunther in Japan, um eine Biographie von General Douglas MacArthur zu schreiben. Wie er in dem Buch schildert, hielt er sich als Tourist mit »zwei wichtigen Mitgliedern« der amerikanischen Besatzung in der Stadt Nikko auf, als »einer von ihnen unerwartet zum Telefon gerufen wurde. Er kam zurück und flüsterte: ›Gerade ist eine große Sache durchgekommen. Die Südkoreaner haben Nordkorea angegriffen!‹ Diesen Abend kehrten Gunther und seine Mitreisenden nach Tokio zurück, wo »uns etliche Offiziere am Bahnhof abholten, um uns richtig und weitschweifig zu erzählen, was passiert war [...] es gab keinerlei Zweifel, daß Nordkorea der Aggressor war.« Und der Telefonanruf? Gunther erklärt:

»Die Nachricht wurde möglicherweise bei der Übertragung verstümmelt. Niemand im Hauptquartier wußte in den ersten Stunden besonders viel, und wahrscheinlich waren die Menschen von den offensichtlichen, zersetzenden Lügen des nordkoreanischen Radios hereingelegt worden.«⁵

Das Gesamtbild des amerikanischen militärischen und diplomatischen Personals ist irgendwie nicht stimmig: Alle waren sie praktizierende Antikommunisten und hatten sich dennoch in einer solch wichtigen Angelegenheit von kommunistischen Lügen – noch dazu von so offensichtlichen – hereinlegen lassen?

Das Staatsoberhaupt Südkoreas, Syngman Rhee, hatte oft seinen Wunsch und seine Bereitschaft betont, Korea durch Gewalt zu vereinen. Am 26.06.1950 erinnerte die *New York Times* ihre Leser daran, daß »Dr. Rhee bei etlichen Gelegenheiten darauf hingewiesen hat, daß seine Armee die Offensive übernommen haben würde, wenn Washington sein Einverständnis gegeben hätte.« Die Zeitung bemerkte auch, daß, bevor der Krieg begann, »das kriegerische Gerede seltsamerweise fast ausschließlich von den südkoreanische Staatsoberhäuptern« ausgegangen war.

Rhee hatte unabhängig von der Frage der Vereinigung gute Gründe, einen richtigen Krieg vom Zaun zu brechen. Am 30.05.1950 hatten im Süden Wahlen für die Nationalversammlung stattgefunden, bei denen Rhees Partei einen herben Rückschlag erlitten und die Mehrheit in der Versammlung verloren hatte. Wie unzählige Staatsmänner vor ihm und nach ihm dürfte Rhee sich dafür entschieden haben, die »Kriegskarte« auszuspielen, um die Unterstützung für seine angeschlagene Herrschaft zurückzugewinnen. Ein der amerikanischen Hilfsmissionen in Südkorea zugeordneter Berater für Arbeitsfragen, Stanley Earl, legte im Juli sein Amt nieder und gab dabei seiner Ansicht Ausdruck, daß die südkoreanische Regierung »ein Gewaltregime« sei, welches »sehr wenig dafür tat, den Menschen zu helfen«, und daß »in Südkorea eine Rebellion gegen die

Rhee-Regierung stattgefunden haben würde, wenn die Truppen Nordkoreas nicht einmarschiert wären.«⁶

In seinen Erinnerungen stellt das Sowjetoberhaupt Nikita Chruschtschow klar, daß die Nordkoreaner zeitweise an eine Invasion des Südens gedacht hatten, und er berichtet von der tatsächlichen Invasion an diesem Tag ohne einen Hinweis auf eine Provokation. Auf Grund dessen könnte man diese spezielle Frage nun eigentlich fallen lassen. Allerdings ist Chruschtschows Kapitel über Korea insgesamt sehr oberflächlich. Es ist kein Stück seriöser Geschichtsschreibung, und wollte es auch gar nicht sein. Er selbst stellt es folgendermaßen dar:

»Meine Erinnerungen an den Koreakrieg sind wohl unvermeidlicherweise skizzenhaft.« (Er wurde erst zum Staatsoberhaupt der Sowjetunion, als der Koreakrieg schon vorbei war.) Das entsprechende Kapitel enthält keine Diskussion irgend eines vorangehenden Kampfes über die Grenze hinweg, nichts über Rhees aggressive Ankündigungen und noch nicht einmal etwas über die entscheidende Nichtanwesenheit der Sowjetunion, welche, wie wir sehen werden, es erlaubte, die sogenannte Armee der Vereinten Nationen aufzustellen und in dem Konflikt zu intervenieren. Und darüber hinaus sind seine veröffentlichten Erinnerungen eine bearbeitete Kurzfassung der von ihm besprochenen Tonbänder. Eine vergleichende Untersuchung der russischen Übertragung der Bänder in Schriftform und des auf englisch veröffentlichten Buches macht deutlich, daß einige Erinnerungen Chruschtschows über Korea in der Tat skizzenhaft waren, was allerdings in dem Buch nicht deutlich herauskommt. So traf sich beispielsweise das nordkoreanische Staatsoberhaupt Kim Il-sung mit Stalin, um Kims Wunsch, »Südkorea mit der Spitze eines Bajonettes zu kitzeln«, zu diskutieren. Im Buch steht dann unzweideutig: »Kim fuhr nach Hause und kam dann wieder, als er alles ausgearbeitet hatte.« In der schriftlichen Übertragung jedoch sagt Chruschtschow: »Meiner Meinung nach wurde entweder der Tag seiner Rückkehr festgelegt oder er sollte uns Bescheid sagen, sobald er alle seine Ideen ausgearbeitet hatte. Dann – ich kann mich nicht daran erinnern, an welchem Tag oder in welchem Jahr das war - kam Kim Il-Sung und legte Stalin seinen Plan dar« [Hervorhebung durch den Verf.].⁷

Am 26.06.1950 legten die Vereinigten Staaten dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Resolution vor, in der Nordkorea wegen seiner »grundlosen Aggression« verurteilt wurde. Die Resolution wurde angenommen, trotz einiger Gegenstimmen, daß »dies ein Kampf zwischen den Koreanern« sei und als Bürgerkrieg behandelt werden sollte, und einem Vorschlag des ägyptischen Delegierten, das Wort »grundlos« angesichts der anhaltenden Feindseligkeiten zwischen den beiden Teilen Koreas wegzulassen.⁸ Und auch Jugoslawien machte deutlich, es gebe »nicht genug präzise Informationen, die es dem Rat ermöglichen, die Verantwortung einer Seite zuzuschieben«, und schlug deshalb vor, Nordkorea einzuladen, damit es seine Sicht der Dinge darlegen könne.⁹ Das geschah aber nicht. (Drei Monate später legte der sowjetische Außenminister den Antrag vor, die UNO sollte Vertreter beider Seiten anhören. Auch dieser Antrag wurde – mit 46 zu 6 Stimmen – wegen Nordkoreas »Aggression« niedergestimmt und man beschloß, nur Südkorea einzuladen.)¹⁰

Am 27.06.1950 empfahl der Sicherheitsrat, die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen sollten Südkorea die Unterstützung gewähren, »die nötig sei, um den bewaffneten Angriff zurückzuschlagen.« Präsident Truman hatte bereits die Marine und die Luftwaffe der USA in Marsch gesetzt und damit den Rat vor vollendete Tatsachen gestellt.¹¹ Dies war eine Taktik, welche die USA bis zum Ende des Krieges immer wieder anwenden sollten. Der Rat traf seine historische Entscheidung auf der Grundlage der geringstmöglichen Informationen, welche noch dazu nur von einer der Konfliktparteien stammten und von dieser gefiltert worden waren. Dies war, wie der Journalist I. F. Stone es nannte, »weder ehrenhaft noch klug.«

Man darf nicht vergessen, daß die Vereinten Nationen im Jahre 1950 keineswegs eine neutrale oder ausgewogene Organisation waren. Die große Mehrheit der Mitgliedstaaten bestand aus Ländern, die in großem Ausmaß von den Vereinigten Staaten wirtschaftlich abhängig waren. Es gaben keinen Block der Dritten Welt, welcher Jahre später dafür

sorgte, daß die Politik der UNO sich aus der Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten löste. Nur vier Länder des Ostblocks waren seinerzeit Mitglieder und keines davon im Sicherheitsrat.¹²

Auch UN-Generalsekretär Trygve Lie, ein Norweger, konnte in dieser Kontroverse des Kalten Krieges in keiner Weise als neutral bezeichnet werden. In seinen Memoiren macht er auf bemerkenswerte Weise deutlich, daß er kein objektiver Außenstehender war. Die Kapitel über den Koreakrieg sind reiner reflexartiger Antikommunismus und belegen sein Lavieren in dieser Angelegenheit.¹³ Wie später enthüllt wurde, hatte Lie im Jahre 1949 ein geheimes Abkommen mit dem Außenministerium der Vereinigten Staaten getroffen, nach welchem UNO-Beschäftigte, die nach Ansicht von Washington zweifelhaft politische Neigungen besäßen, entfernt werden sollten.¹⁴

Die Annahme dieser Resolutionen durch den Sicherheitsrat war nur deshalb möglich, weil die Sowjetunion bei den entscheidenden Verhandlungen abwesend war, da sie zu jener Zeit die Vereinten Nationen wegen der Entscheidung, den China zustehenden Sitz statt mit dem der Volksrepublik mit Taiwan zu besetzen, boykottierte. Wären die Sowjets anwesend gewesen, hätten sie ohne jeden Zweifel ihr Veto gegen die Resolution eingelegt. Bis heute stellt ihre Abwesenheit ein schwieriges Problem für diejenigen dar, die darauf bestehen, die Sowjets hätten hinter der nordkoreanischen Invasion gesteckt. Eine der am weitesten verbreiteten Erklärungen hierfür lautet nach einem Memorandum der CIA, die Sowjets wollten »vor allem die USA herausfordern und die Standhaftigkeit des Widerstands der USA gegen die kommunistische Expansion testen.«¹⁵ Solange die Sowjetunion bestand, wurde dieselbe Analyse von politischen Experten in Amerika für jeden, aber auch wirklich jeden Zusammenstoß der Vereinigten Staaten mit linken Bewegungen überall auf der Welt, vor und nach Korea, vorgelegt. Deshalb scheint es, daß dieser Test eine übermäßig lange Zeit dauerte, und man muß sich fragen, warum die Sowjets niemals zu einem Ergebnis kamen.

»Der letzte Schliff«, so schrieb I. F. Stone, »bestand darin, die Streitkräfte der ›Vereinten Nationen‹ MacArthur zu unterstellen, ohne zugleich MacArthur den Vereinten Nationen zu unterstellen. Dies geschah in einer Resolution am 07.07.1950, die gemeinsam von Großbritannien und Frankreich vorgelegt worden war. Gewöhnlich wird davon ausgegangen, dadurch sei ein Oberkommando der Vereinten Nationen errichtet worden. In Wirklichkeit geschah nichts dergleichen.«¹⁶ Die Resolution empfahl, »daß alle Mitgliedsstaaten, welche Truppen und andere Unterstützung bereitstellen, diese Truppen und Unterstützung einem Oberkommando unter Leitung den Vereinigten Staaten unterstellen« [Hervorhebung durch den Verf.], Sie forderte außerdem, »die Vereinigten Staaten sollen den Befehlshaber dieser Truppen benennen.«¹⁷ Dies würde der gefürchtete MacArthur sein.

Das Ganze wurde zu einer militärischen Vorstellung der Amerikaner. Es war zwar Militärpersonal aus 16 anderen Ländern in der einen oder anderen Weise beteiligt, aber es konnte, sieht man einmal von den Südkoreanern ab, kaum einen Zweifel an ihrem wirklichen Status und ihrer tatsächlichen Funktion geben. Als Eisenhower, wie er später in seinen Memoiren schrieb, im Jahre 1954 eine militärische Intervention der USA in Vietnam – auch als Teil einer »Koalition« – in Betracht zog, war ihm vollständig klar, daß die Lasten des Unternehmens von den Vereinigten Staaten getragen würden, daß aber »die symbolischen Truppen, die von anderen Staaten, wie in Korea, bereitgestellt würden, einem Unternehmen, das ansonsten als ein brutales Beispiel von Imperialismus angesehen werden könnte, zu echtem moralischem Ansehen verhelfen würde« [Hervorhebung durch den Verf.].¹⁸

Der Krieg, der wirklich grausam war, wurde angeblich geführt, um das Regime von Syngman Rhee zu verteidigen. Sieht man von den zahlreichen Büchern ab, welche die südkoreanische Regierung veröffentlichen ließ, so läßt sich nur sehr schwer ein freundliches Wort für den Mann finden, den die Vereinigten Staaten im Jahre 1945 nach Jahrzehnten des Exils in Amerika während der japanischen Besatzung nach Korea zurückbrachten. Nach Korea in einem von MacArthurs Flugzeugen eingeflogen, wurde Rhee von der Militärregierung der US-Armee in Korea (US Army Military Government in

Korea, USAMGIK) bald in eine wichtige und einflußreiche Position manövriert. Zu diesem Zweck mußten die amerikanischen Beamten eine provisorische Regierung – die Koreanische Volksrepublik – unterdrücken, die aus einer Vielzahl von durch prominente Koreaner ins Leben gerufenen regionalen Regierungskörperschaften hervorgegangen war und bereits begonnen hatte, Verwaltungsaufgaben wahrzunehmen, wie etwa die Verteilung von Nahrungsmitteln und die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung. Das Angebot dieser Regierung, ihre Dienste den ankommenden Amerikanern zur Verfügung zu stellen, wurde ohne Umschweife abgewiesen.

Der Name »Koreanische Volksrepublik« klang zwar kommunistisch, nichtsdestoweniger schloß sie etliche Konservative ein, ja, man hatte sogar Rhee selbst die Führungsposition des Vorsitzenden angetragen. Rhee und die anderen Konservativen, von denen die meisten zum Zeitpunkt ihrer Wahl noch im Ausland waren, mögen diese Ehre nicht begrüßt haben, da die Koreanische Volksrepublik insgesamt für ihren Geschmack zu links war, was natürlich auch für die höheren Ränge der USAMGIK galt. Aber nach 35 Jahren unter den Japanern hatte jede Gruppe oder Regierung, welche die Auswirkungen des Kolonialismus beseitigen wollte, gewollt oder ungewollt eine linke Note. Es waren die koreanischen Konservativen gewesen, die mit den Japanern kollaboriert hatten, die Linke und andere nationalistische Gruppen dagegen hatten die Japaner bekämpft. Die Zusammensetzung der Regierung spiegelte dies notwendigerweise wider, und sie war allen Berichten zufolge bei weitem populärer als jede andere politische Gruppierung.¹⁹

Was auch immer die politischen Neigungen oder Absichten der Koreanischen Volksrepublik gewesen sein mögen, dadurch, daß die USAMGIK ihr grundsätzlich »Amtsbefugnis, Status oder Form« verweigerte,²⁰ lenkte sie das politische Leben so, als wäre Südkorea ein besiegtter Feind und nicht ein befreundeter Staat, der von einem gemeinsamen Feind befreit worden war und ein Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung hatte.

Daß die Koreanische Volksrepublik zur Seite gedrückt wurde, hatte jedoch noch eine viel weitergehende Bedeutung. John Gunther, wohl kaum ein Radikaler, faßte die Situation folgendermaßen zusammen:

»So wurde die erste – und beste – Gelegenheit vertan, ein vereinigtes Korea zu schaffen.«²¹

Und Alfred Crofts, ein damaliger Mitarbeiter der amerikanischen Militärregierung, schrieb:

»Eine potentiell einende Kraft wurde so zu einer der 54 Splittergruppen im politischen Leben Südkoreas.«²²

Syngman Rhee war der Mann Washingtons. Er war in außergewöhnlichem Maße pro-amerikanisch, streng antikommunistisch und hinreichend lenkbar. In seinem Regime fanden die Großgrundbesitzer, die Kollaborateure, die Reichen und andere konservative Elemente eine politische Heimat. Crofts betonte:

»Vor der Landung der Amerikaner konnte eine politische Rechte, die im Denken der Bevölkerung ja mit der Kolonialherrschaft verbunden war, nicht existieren; aber kurz darauf mußten wir drei verschiedenen konservativen Fraktionen unterstützen.«²³

Die USAMGIK, die sich der Einführung des freien Unternehmertums verschrieben hatte, verkaufte große Mengen des konfiszierten japanischen Eigentums sowie von konfiszierten Häusern, Firmen, industriellen Rohstoffen und anderen Werten. Diejenigen, die sich am ehesten leisten konnten, diese Dinge zu kaufen, waren die Kollaborateure, die unter den Japanern reich geworden waren, und andere Kriegsprofiteure.

»Da die Hälfte des Reichtums des Landes verschleudert wurde, kam es schnell zu einem Niedergang der Moral.«²⁴

Während die Sowjets im Norden eine durchgehende Säuberung unter denjenigen Koreanern durchführten, die mit den Japanern kollaboriert hatten, gestattete es die amerikanische Militärregierung – zur großen Betroffenheit derjenigen Koreaner, die gegen die ja-

panische Besatzung ihres Landes gekämpft hatten – im Süden vielen Kollaborateuren, ja sogar am Anfang selbst Japanern, ihre Verwaltungs- und Machstellungen zu behalten. Sicher spielte dabei in gewissem Ausmaß eine Rolle, daß diese Leute am meisten Erfahrung darin hatten, das öffentliche Leben aufrechtzuerhalten. Man vermutete jedoch auch einen anderen Grund: Man wollte die Koreanische Volksrepublik daran hindern, Macht zu gewinnen.²⁵

Und während der Norden bald eine umfassende und wirksame Landreform durchführte und zumindest offiziell die Gleichberechtigung der Frau einführte, stand das Rhee-Regime diesen Idealen feindlich gegenüber. Zwei Jahre später beschloß es eine Maßnahme zur Landreform, aber diese bezog sich lediglich auf früheres japanisches Eigentum. Ein Gesetz aus dem Jahre 1949, das auch andere Besitztümer einschloß, wurde nicht ausgeführt, und die Willkür der Landeigentümer ging in alter und neuer Form weiter.²⁶

Diese Politik wie auch die Unterdrückung der Koreanischen Volksrepublik und einige zweifelhafte Wahlen riefen die Verbitterung der Bevölkerung über das Regime Rhees (bzw. der USA) hervor. Rhee wehrte sich so entschieden gegen eine ehrliche Wahl, daß dies Anfang des Jahres 1950 selbst den Vereinigten Staaten so peinlich geworden war, daß Beamte in Washington damit drohten, ihre Unterstützung einzustellen, falls keine ehrlichen Wahlen durchgeführt würden und nichts dafür getan würde, die Situation der Bürgerrechte zu verbessern. Anscheinend auf Grund dieses Druckes waren die Wahlen am 30.05.1950 so fair, daß auch »gemäßigte« Elemente daran teilnehmen durften. Wie schon erwähnt, erlitt die Rhee-Regierung eine entscheidende Niederlage.²⁷

Die Verbitterung äußerte sich in zahlreichen Aufständen, einschließlich eines Guerillakrieges in den Bergen, die vom Jahre 1946 bis zum Beginn des Krieges und selbst noch während des Krieges stattfanden. Die Aufstände wurden von der Regierung als »kommunistisch gesteuert« abgetan und entsprechend unterdrückt, aber wie John Gunther bemerkte:

»Es läßt sich mit Bestimmtheit sagen, daß in den Augen von Hodge [dem Oberbefehlshaber der US-Truppen in Korea] und Rhee, besonders in der Anfangszeit, nahezu jeder Koreaner, der kein Rechtsradikaler war, als Kommunist und potentieller Verräter galt.«²⁸

General Hodge erlaubte schließlich den US-Truppen, sich an der Unterdrückung zu beteiligen. Mark Gayn, ein Korrespondent der *Chicago Sun* in Korea, schrieb, die amerikanischen Soldaten »feuerten auf Menschenmengen, nahmen Massenverhaftungen vor, durchkämmten die Hügel nach Verdächtigen und organisierten Truppen von koreanischen Rechten und verschiedenen Zweigen der Polizei für Großbrazzien.«²⁹ Gayn berichtete, einer der politischen Berater von Hodge habe ihm (Gayn) versichert, Rhee wäre kein Faschist:

»Er hinkt dem Faschismus zwei Jahrhunderte hinterher – ein reiner Absolutist.«³⁰

In seiner Beschreibung des Antiguerilla-Feldzuges der Regierung im Jahre 1948 vermerkte der prowestliche Politikwissenschaftler John Kie-Chiang Oh von der Marquette University: »In diesen Feldzügen wurden die Bürgerrechte unzähliger Personen häufig ignoriert. Sehr oft wurden unglückliche Dorfbewohner, die der Unterstützung der Guerilla verdächtigt wurden, ohne Unterschied hingerichtet.«³¹ Als ein Jahr später ein Ausschuß der Nationalversammlung eine Untersuchung der Kollaboration einleitete, ließ Rhee die Versammlung von seiner Polizei überfallen: 22 Menschen wurden verhaftet, von denen nach späteren Erkenntnissen 16 entweder gebrochene Rippen, Schädelverletzungen oder zerstörte Trommelfelle davontrugen.³²

Als im Juni 1950 der Krieg ausbrach, befanden sich nach Schätzungen etwa 14.000 Menschen als politische Gefangene in den südkoreanischen Gefängnissen.³³

Und auf dem Höhepunkt des Krieges im Februar 1951, so berichtet Professor Oh, geschah der »Koch'ang-Zwischenfall« – auch hier ging es wieder um den Verdacht auf Unterstützung der Guerilla –, »bei dem etwa sechshundert – alte wie junge – Männer

und Frauen von einer südkoreanischen Armeeeinheit in einem engen Tal zusammengetrieben und mit Maschinengewehren niedergemäht wurden.«³⁴

Den ganzen Krieg hindurch belegte jede Seite die andere mit einem ununterbrochenen Trommelfeuer von Anklagen, beschuldigte den Feind aller Arten von Barbarei und Greueln sowohl gegen die Truppen als auch gegen Kriegsgefangene und Zivilisten in jedem Teil des Landes (jede Seite besetzte zu irgendeiner Zeit einen Teil des feindlichen Territoriums), und jede Seite versuchte, die andere in einem verbalen Krieg, der mit einer Schärfe geführt wurde, welche derjenigen der Gefechte kaum nachstand, mit Superlativen zu übertrumpfen. In den Vereinigten Staaten führte dies zu einer Fülle von populären Mythen, nicht unähnlich solchen, die aus anderen Kriegen entstehen und in der Heimat weithin unterstützt werden. (Im Vietnamkrieg dagegen wurde der Neigung zur Mythenbildung regelmäßig durch den Widerspruch zahlreicher gebildeter Personen entgegengewirkt, welche sorgfältig die Entstehung des Krieges untersuchten, die Kriegsführung kritisch verfolgten und Untersuchungen veröffentlichten, die in scharfem Widerspruch zu den offiziellen Versionen standen, was schließlich die Massenmedien veranlaßte, das Gleiche zu tun.)

So bestand beispielsweise Übereinstimmung darüber, daß die Brutalität des Krieges in Korea fast ausschließlich den Nordkoreanern anzulasten sei. Der bereits erwähnte »Koch'ang-Zwischenfall« vermag ein entscheidendes Gegenargument gegen diesen Glauben zu liefern. Zu diesem Zwischenfall bemerkte der britische Koreaforscher Jon Halliday:

»Dieser Bericht zeigt nicht bloß das Ausmaß von Gewalt auf Seiten der UNO an, sondern verleiht auch den Anschuldigungen der DVRK [Nordkorea] und der Opposition des Südens über die Greueln und Massenhinrichtungen durch die UNO-Truppen und die Rhee-Regierung während der Besetzung der DVRK im Spätjahr 1950 inhärente Glaubwürdigkeit. Denn wenn schon im Süden Zivilisten bloß wegen des Verdachts der Unterstützung der Guerilla (also nicht, weil sie deren Angehörige gewesen wären) niedergemäht wurden – was dürfte dann erst im Norden los gewesen sein, wo Millionen nicht ohne Grund als Kommunisten oder politisch Militante galten?«³⁵ [Hervorhebung im Original]

Ohs Darstellung ist nur einer aus einer großen Masse von Berichten darüber, wie die Südkoreaner ihr eigenes Volk während des Krieges abschlachteteten. Die *New York Times* berichtete im Dezember 1950 über eine »Welle von Hinrichtungen durch die [südkoreanische] Regierung in Seoul.«³⁶ Rene Cutforth, ein Korrespondent der BBC in Korea, schrieb später über »die Erschießung von Zivilisten, die von der Polizei ohne Gerichtsverfahren bezeichnet wurden. Diese Hinrichtungen fanden, gewöhnlich im Morgengrauen, auf jedem Flecken Ödland statt, auf dem man einen Graben ziehen und eine Reihe von Gefangenen davor aufstellen konnte.«³⁷ Und Gregory Henderson, ein US-Diplomat, der in den 1940er und 1950er Jahren sieben Jahre in Korea Dienst tat, stellte fest, daß von den Streitkräften und der Polizei des Rhee-Regimes während des Krieges im Süden, »wahrscheinlich über 100.000 Menschen ohne jegliche Gerichtsverhandlung getötet wurden.«³⁸ Nach einigen dieser Massaker an Zivilisten im Süden versuchte das Rhee-Regime, diese den Truppen des Nordens in die Schuhe zu schieben.

Die Vereinigten Staaten trugen auf eine ganz besondere Weise direkt zur Brutalität des Krieges bei, indem sie eine Waffe einsetzten, die zwar schon im letzten Stadium des Zweiten Weltkriegs und in Griechenland benutzt worden war, aber dennoch fast allen Beobachtern und Beteiligten des Koreakriegs unbekannt war. Sie hieß Napalm. Hier ein Bericht über ihre Auswirkungen aus der *New York Times*:

»Ein Napalmangriff traf das Dorf vor drei oder vier Tagen, als die Chinesen den Vormarsch aufhielten, und nirgendwo in dem Dorf hat jemand die Toten bestattet, weil niemand übrig ist, der dies tun könnte [...] Im ganzen Dorf und auf den Feldern erwischte es die Bewohner und tötete sie, und diese verharrten exakt in der Haltung, die sie eingenommen hatten, als das Napalm sie traf – ein Mann, der gerade sein Fahrrad besteigen wollte, fünfzig Jungen und Mädchen, die in einem Waisenhaus spielten, eine Hausfrau, die völlig unverletzt schien und eine Seite aus dem Katalog des Versandhauses Sears-Roebuck in der Hand hielt, auf welcher sie ein »Bettjäckchen – korallenfarben« für 2,98 Dollar mit der Bestellnummer

3811294 angestrichen hatte. In diesem kleinen Dorf müssen fast zweihundert Menschen umgekommen sein.«³⁹

Vielleicht haben die Vereinigten Staaten sogar biologische Waffen gegen Nordkorea und China eingesetzt, wie wir dies schon im Kapitel über China diskutiert haben.

Zur selben Zeit, so wird berichtet, hatte sich die CIA die Ermordung einer ganz bestimmten Person vorgenommen: des nordkoreanischen Staatsoberhauptes Kim Il-sung. Washington schickte einen Cherokee-Indianer mit dem Decknamen »Buffalo« zu Hans V. Tofite, einem in Japan stationierten Beamten der CIA, nachdem sich dieser Buffalo bereit erklärt hatte, die Ermordung Kim Il-sungs zu übernehmen. Buffalo war eine erhebliche Summe Geldes zugesagt worden, falls es ihm gelingen sollte, seinen Auftrag auszuführen. Wie wir wissen, schaffte er es nicht, und in der Folgezeit ist nichts weiter über diesen Vorfall bekannt geworden.⁴⁰

In den Vereinigten Staaten war während des Krieges auch die Überzeugung weit verbreitet, die amerikanischen Gefangenen in den nordkoreanischen Lagern stürben auf Grund von Vernachlässigung und Grausamkeiten wie Fliegen. Die Flammen dieser sehr gefühlsbeladenen Angelegenheit wurden durch die Neigung der US-Beamten, die Zahl der Toten zu übertreiben, noch angefacht. Während des Novembers 1951 beispielsweise – also lange vor dem Ende des Krieges – gaben die Verlautbarungen des amerikanischen Militärs die Zahl der toten Kriegsgefangenen mit 5000 bis 8000 an.⁴¹ Eine umfangreiche Studie der US-Armee, die zwei Jahre nach dem Ende des Krieges abgeschlossen wurde, kam zu einer Gesamtzahl von 2730 Toten (von 7190, die in Lagern festgehalten wurden. Eine unbekannte Zahl anderer Gefangener schaffte es nicht bis in die Lager, weil sie auf dem Schlachtfeld erschossen wurden, da sich während des Gefechts niemand um sie kümmern konnte. Dies war gängige Praxis auf beiden Seiten).

Die Studie kommt zu dem Schluß: »Es ist bewiesen, daß die hohe Todesrate nicht primär auf kommunistische Mißhandlungen zurückgeführt werden kann [...] sie dürfte vor allem der Unwissenheit und Gleichgültigkeit der Gefangenen selbst zuzuschreiben sein.«⁴² »Gleichgültigkeit« bezieht sich hier auf die mangelnde Moral und den mangelnden Gemeinschaftsgeist der Soldaten. Auch wenn dies in der Studie nicht erwähnt wird, machten die Nordkoreaner bei etlichen Gelegenheiten darauf aufmerksam, daß viele amerikanische Kriegsgefangene auch infolge der schweren Bombardements auf die Lager umkamen.

Die Studie hat natürlich niemals den Bekanntheitsgrad erlangt wie die Horrorschlagzeilen, die drei Jahre hindurch auf die westliche Welt niedergegangen waren. Auch verschwieg man die Tatsache, daß ein Vielfaches an nordkoreanischen Gefangenen in südkoreanischen und amerikanischen Lagern umgekommen war – Mitte des Krieges stand die offizielle Anzahl bei 6600⁴³ –, obwohl sich in diesen Lagern bedeutend mehr Gefangene als in denen des Nordens befanden.

Die amerikanische Öffentlichkeit war ebenso davon überzeugt – und ist es wahrscheinlich noch immer –, daß die Nordkoreaner und die Chinesen US-Soldaten einer »Gehirnwäsche« unterzogen hätten. Diese Geschichte wurde aufgebracht, um die Tatsache erklären zu können, daß 30 Prozent der amerikanischen Kriegsgefangenen mit dem Feind in der einen oder anderen Weise zusammengearbeitet hätten und »einer von sieben Männern bzw. mehr als 30 Prozent sich der schwerwiegenden Kollaboration schuldig gemacht hätten, indem sie vaterlandsverräterische Traktate verfaßten oder sich verpflichteten, nach dem Krieg für die Kommunisten zu spionieren oder Organisationsarbeit zu betreiben.«⁴⁴ Ein anderer Grund, warum diese Gehirnwäsche Geschichte von Washington in Umlauf gebracht wurde, bestand darin, die Aussagen von zurückkehrenden Gefangenen, welche die offizielle Version des Krieges in Frage stellen würden, von vorneherein unglaubwürdig zu machen.

Nach den Worten Robert J. Liftons, eines Psychiaters an der Yale University, hielt man Gehirnwäsche allgemein für eine »allmächtige, unwiderstehliche, unerklärliche und magische Methode, totale Kontrolle über den Geist des Menschen zu erlangen.«⁴⁵ Obwohl die CIA seit Anfang der 1950er-Jahre entsprechende Experimente durchführte, um

einen solchen Zauber zu entwickeln, besaßen weder sie noch die Nordkoreaner oder die Chinesen ihn jemals. Der Geheimdienst begann seine Experimente zur »Verhaltenssteuerung« bzw. »Bewußtseinssteuerung« mit Testpersonen (wahrscheinlich Menschen, die als Doppelagenten verdächtigt waren) im Juli 1950 in Japan, kurz nach dem Beginn des Koreakrieges, und setzte dabei Drogen und Hypnose ein. Im Oktober scheint die CIA nordkoreanische Kriegsgefangene als Testpersonen benutzt zu haben.⁴⁶ Im Jahre 1975 enthüllte Oberstleutnant Thomas Narut, ein Psychologe der US-Marine, es gehöre zu seiner Arbeit in der Marine, herauszufinden, wie man Soldaten, welche keine natürliche Neigung zum Töten hätten, dazu bringt, dies unter bestimmten Bedingungen doch zu tun. Er sprach von diesen Leuten als »Auftragskiller« und als »Meuchelmörder.« Und, so fügte Narut hinzu, man ließ auch verurteilte Mörder aus Militärgefängnissen frei, um sie zu solchen Meuchelmördern auszubilden.⁴⁷

Gehirnwäsche, so die Studie der Armee, »ist inzwischen ein Schlagwort, das für so viele verschiedene Dinge benutzt wird, daß es keine präzise Bedeutung mehr hat« und »eine präzise Bedeutung ist in diesem Fall unabdingbar.«⁴⁸

»Wie Armeepsychiater herausfinden konnten, wurden die Gefangenen keiner Prozedur ausgesetzt, die man wirklich als Gehirnwäsche bezeichnen könnte. Die Behandlung der Gefangenen durch die Kommunisten erfüllte zwar nirgends die Auflagen der Genfer Konvention, bestand aber tatsächlich kaum aus offener Grausamkeit, vielmehr war es eine in hohem Maße neuartige Mischung aus Nachsicht und Druck. Die Kommunisten setzten nur selten körperliche Folter ein und die Armee hat keinen einzigen nachweisbaren Fall ermitteln können, in dem sie dazu eingesetzt worden wäre, einen Mann zur Kollaboration oder zur Annahme ihrer Überzeugungen zu zwingen.«⁴⁹

Laut dieser Studie wurden allerdings einige amerikanische Flieger von den rund 90, die gefangengenommen worden waren, körperlichen Mißhandlungen ausgesetzt, um Geständnisse über die biologische Kriegsführung zu erzwingen. Das weist entweder auf eine starke Verbitterung der Kommunisten über den Einsatz dieser Waffen hin oder auf die Notwendigkeit, eine Bestätigung einer falschen oder zweifelhaften Behauptung zu erzeugen.

Amerikanische Flieger wurden von ihren Aufsehern auch der politischen Indoktrination unterworfen. Hier die Sicht der US-Armee:

»In den Indoktrinationskursen zeigten die Kommunisten häufig Karten, auf denen unsere Militärstützpunkte überall auf der Welt, von denen natürlich viele den Gefangenen dem Namen nach bekannt waren, genau zu erkennen waren, ›Seht ihr diese Stützpunkte?‹, sagte der Dozent vermutlich, und deutete mit seinem Zeigestock auf die einzelnen Stützpunkte auf der Karte. ›Es sind amerikanische Stützpunkte – voller Kriegsausrüstung. Ihr wißt, daß es amerikanische sind. Und ihr könnt sehen, daß sie Rußland und China wie ein Ring umschließen. Rußland und China haben nicht einen einzigen Stützpunkt außerhalb ihres Territoriums. Es ist also ganz eindeutig, wer hier der Kriegstreiber ist. Würde Amerika diese Stützpunkte besitzen und Millionen dafür ausgeben, um sie aufrechtzuerhalten, wenn es nicht einen Krieg gegen Rußland und China vorbereitete?‹ Dieses Argument schien vielen Gefangenen einsichtig. Gewöhnlich wußten sie nicht, daß diese Stützpunkte nicht den Wunsch der Vereinigten Staaten nach Krieg, sondern nach Frieden ausdrückten, und daß die USA diese Stützpunkte im Rahmen einer Reihe von Verträgen errichtet hatten, um die Aggression der Roten einzudämmen, und nicht, um irgendein Land zu erobern.«⁵⁰

Natürlich hatten die chinesischen Kommunisten dieses Verfahren nicht erfunden. Während des amerikanischen Bürgerkrieges wurden die Kriegsgefangenen sowohl des Südens als auch des Nordens einer Indoktrination ausgesetzt, um sie von den Vorteilen der jeweils anderen Seite zu überzeugen. Und im Zweiten Weltkrieg wurden in den Gefangenenlagern der USA und der Briten »Demokratisierungs-Lehrgänge« für die deutschen Kriegsgefangenen abgehalten, und den Deutschen, die sich umerziehen ließen, wurden Vergünstigungen gewährt. Ja, sogar während des Koreakrieges verkündete die Armee der Vereinigten Staaten stolz, daß sie kommunistische Gefangene in amerikanischen Lagern beibrächten, »was Demokratie bedeutete.«⁵¹

Die vorhergesagte chinesische Aggression ereignete sich vier Monate nach dem Beginn des Krieges in Korea. Die Chinesen traten in den Krieg ein, nachdem amerikanische Flugzeuge wiederholt den chinesischen Luftraum verletzt sowie chinesisches Staatsgebiet beschossen und bombardiert hatten (immer natürlich »irrtümlicherweise«). Wasserkraftwerke auf der koreanischen Seite der Grenze, die für die chinesische Wirtschaft lebensnotwendig waren, waren in Gefahr. Amerikanische oder südkoreanische Truppen an der chinesische Grenze hatten den Fluß Jalu erreicht oder an verschiedenen Stellen kurz davor gestanden.

Man muß sich die Frage gefallen lassen: Wie lange würden die Vereinigten Staaten zögern, in einen Krieg mit Mexiko eintreten, der von einer überseeischen kommunistischen Macht geführt würde? Die texanischen Grenzstädte beschießen und bombardieren, entlang des Rio Grande aufmarschieren und von einem General geführt würde, der damit drohte, die Vereinigten Staaten selbst anzugreifen?

Die Luftstreitmacht der Amerikaner in Korea bot einen furchterregenden Anblick. Wie später auch in Vietnam, feierte sie ihre Einsätze durch den Massenabwurf von Napalm, die Zerstörung von Dörfern, die »im Verdacht der Unterstützung des Feindes standen«, ein Bombardement von Städten, das keine nützlichen Einrichtungen mehr übrig ließ, die Zerstörung von Dämmen und Rückhaltebecken, um die Bewässerungssysteme funktionsunfähig zu machen, die Vernichtung der Reisernten [...] und durch solche ergreifenden Ausdrücke wie »Politik der verbrannten Erde«, »Bombenteppiche« und »Operation KILLER.«⁵²

»All diesen Dörfern könnt ihr auf immer Lebewohl sagen«, rief Hauptmann Everett L. Hundley aus Kansas City nach einem Bombenangriff.⁵³

»Ich würde sagen, die ganze – fast die ganze – koreanische Halbinsel ist entsetzlich verwüstet«, sagte Generalmajor Emmett O'Donnell vor dem Senat aus, als der Krieg gerade ein Jahr alt war. »Alles ist zerstört. Nichts, was auch nur noch irgendwie von Nutzen wäre, steht mehr.«⁵⁴

Und hier die Worte des ehrwürdigen britischen Militärjournals, des BRASSEYS ANNUAL, in seiner Ausgabe von 1951:

»Es ist keine Übertreibung, wenn man feststellt, daß Südkorea als Land nicht mehr existiert. Seine Städte sind zerstört, die Existenzgrundlagen sind vollständig vernichtet und seine Bevölkerung ist zu einer trägen Masse herabgesunken, die von Almosen abhängig und subversiven Einflüssen ausgesetzt ist. Wenn der Krieg zu Ende geht, wird man von den Südkoreanern keine Dankbarkeit erwarten dürfen, aber es bleibt zu hoffen, daß man dann die Lektion gelernt haben wird, daß es schlimmer als nutzlos ist, zu zerstören, um zu befreien. Westeuropa würde ganz sicher eine solche ›Befreiung‹ niemals zulassen.«⁵⁵

Die schlimmste Serie von Bombardements sollte aber erst noch kommen. Sie begann im Sommer des Jahres 1952 und stellte den Versuch Washingtons dar, sich eine bessere Position bei den Verhandlungen mit den Kommunisten zu verschaffen, welche seit einem Jahr im Gange waren, während draußen die Gefechte tobten. Die langwierigen und harten Verhandlungen führten im Westen zu einer weiteren allgemein verbreiteten Überzeugung, nämlich, es wären vor allem die Unnachgiebigkeit, die Doppelzüngigkeit und der Mangel an friedlichen Absichten auf Seiten der Kommunisten, welche die Gespräche so sinnlos erscheinen ließen und den Krieg verlängerten.

Dies ist ein langes und verwickeltes Kapitel in der Geschichte des Koreakrieges, aber man muß nicht sonderlich tief graben, um die kaum zu übersehende Tatsache zu entdecken, daß die Barrieren ebenso von der antikommunistischen Seite errichtet wurden. Syngman Rhee beispielsweise wehrte sich mit solcher Entschiedenheit gegen ein Ergebnis, das in weniger als einem totalen Sieg bestanden hätte, daß sowohl die Truman-Regierung als auch die Eisenhowers Pläne ausarbeiten ließen, um ihn zu stürzen.⁵⁶ Das soll aber nicht heißen, die amerikanischen Unterhändler hätten nicht im besten Glauben verhandelt. Das letzte, wessen sie angeklagt werden wollten, war, den Kommunisten erlaubt zu haben, sie wie Trottel dastehen zu lassen. Infolgedessen können wir im November des Jahre 1951 in der *New York Times* lesen:

»Die ungeschminkte Art und Weise, wie eine anscheinend immer größer werdende Anzahl von ihnen [den amerikanischen Soldaten in Korea] die Situation sieht, ist, daß die Kommunisten beträchtliche Zugeständnisse gemacht haben, wohingegen das Oberkommando der Vereinten Nationen, so wie sie es sehen, immer und immer wieder neue Forderungen aufstellt [...] Die Waffenstillstandsgruppe der Vereinten Nationen vermittelt inzwischen den Eindruck, daß sie jedes Mal ihre Position wechselt, wenn die Kommunisten andeuten, daß sie diese akzeptieren könnten.«⁵⁷

Als die Kommunisten an einem bestimmten Punkt den Vorschlag machten, es sollten eine Waffenruhe und ein Rückzug der Truppen von der Gefechtslinie stattfinden, während die Verhandlungen weitergingen, reagierte das Oberkommando der Vereinten Nationen fast so, als ob es sich bei diesem Vorschlag um einen aggressiven und unaufrichtigen Akt handelte. »Der heutige Standpunkt der Kommunisten«, so die Verlautbarung des Oberkommandos, »war praktisch einer Abkehr von ihrer früheren Position, daß die Feindseligkeiten während der Waffenstillstandsverhandlungen weitergehen sollten.«⁵⁸

Es war einmal eine Zeit, da fand in den Vereinigten Staaten ein großer Bürgerkrieg statt, in welchem der Norden versuchte, das geteilte Land durch bewaffnete Gewalt wiederzuvereinen. Schickte damals Korea oder China oder irgendeine andere auswärtige Macht eine Armee, um Amerikaner abzuschlachten, und bezichtigte Lincoln der Aggression?

Was veranlaßte Amerika, das Risiko eines Krieges in Korea einzugehen? Denn erst ein Jahr zuvor, im Jahre 1949, hatten die Vereinten Nationen (mit amerikanischer Unterstützung) im arabisch-israelischen Kampf in Palästina und im indisch-pakistanischen Krieg um Kaschmir interveniert, um einen Waffenstillstand zu vermitteln, statt eine Armee zu schicken, die einseitig Partei ergriff, und die Kämpfe auszuweiten. Und beide Konflikte waren ihrem Charakter nach viel weniger ein Bürgerkrieg, als es in Korea der Fall war. Hätten sich die USA/UNO in den beiden früheren Fällen genauso verhalten, dann wären auch Palästina und Kaschmir am Ende ein solche »Verbrannte Erde«-Wüste gewesen, wie es das Schicksal Koreas war. Was sie rettete, was dafür sorgte, daß die amerikanischen Truppen draußen blieben, war nichts anderes als das Fehlen einer kommunistischen Konfliktpartei.

Anmerkungen zu Kapitel 5

- 1 *New York Times*, 01.10.1950, S. 3.
- 2 The U. S. Imperialists Started the Korean War (Pyongyang, 1977), S. 109-110.
- 3 Radioansprache vom 13.04.1950, abgedruckt in *The Department of State Bulletin*, 24.04.1950, S. 627.
- 4 Zu einer Darstellung der unmittelbaren Kriegsursachen vgl. a) **Karunakar Gupta**, »How Did the Korean War Begin?«, *The China Quarterly*, Oktober-Dezember 1972, H. 52, S. 699-716; b) »Comment: The Korean War«, *The China Quarterly*, April-Juni 1973, H. 54, S. 354-368 (eine Erwiderung auf Guptas vorgenannten Artikel sowie eine Gegenantwort Guptas); c) *New York Times*, 26.06.1950, S. 1: Südkoreas Bekanntmachung zu Haeju; S. 3: Nordkoreas Bekanntmachung zu Haeju; d) **Glenn D. Paige**, THE KOREAN DECISION (June 24-30, 1950) (New York, 1968), passim, bes. S. 130; e) **I. F. Stone**, THE HIDDEN HISTORY OF THE KOREAN WAR (New York, 1952), Kap. 7 und passim.
- 5 **John Gunther**, THE RIDDLE OF MACARTHUR (London, 1951), S. 151-152.
- 6 *New York Times*, 25.07.1950, S. 4; 30.07.1950, S. 2.
- 7 KHRUSHCHEV REMEMBERS (London, 1971), Kap. 11. Zur vergleichenden Untersuchung der russischen Übertragung der Bänder in Schriftform und des auf englisch veröffentlichten Buches vgl. **John Merrill**, BOOK REVIEWS, *Journal of Korean Studies*, Bd. 3, 1981, S. 181-191.
- 8 **Joseph C. Goulden**, KOREA: THE UNTOLD STORY OF THE WAR (New York, 1982), S. 64.
- 9 *New York Times*, 26.06.1950.
- 10 Ebd., 01.10.1950, S. 4.
- 11 **Goulden**, S. 87-88; **Stone**, S. 75, 77.

- 12 Zu einer ausführlichen Darstellung der Voreingenommenheit der UNO zu jener Zeit vgl. **Jon Halliday**, »The United Nations and Korea«, in **Frank Baldwin** (Hrsg.), *WITHOUT PARALLEL: THE AMERICAN-KOREAN RELATIONSHIP SINCE 1945* (New York, 1974), S. 109-142.
- 13 **Trygve Lie**, *IN THE CAUSE OF PEACE* (New York, 1954), Kap. 18 und 19.
- 14 **Shirley Hazzard**, *COUNTENANCE OF TRUTH: THE UNITED NATIONS AND THE WALDHEIM CASE* (New York, 1990), S. 13-22. In seinem Buch (vgl. Anm. 13) behauptet Lie auf Seite 389, er habe diese Praxis ins Leben gerufen.
- 15 Aktennotiz der CIA vom 28.06.1950, Declassified Documents Reference System, Retrospektiver Sammelband, Dokument 33C.
- 16 **Stone**, S. 77-78.
- 17 Der vollständige Text der Resolution des Sicherheitsrates vom 07.07.1950 findet sich in der *New York Times* vom 08.07.1950, S. 4.
- 18 **Dwight Eisenhower**, *THE WHITE HOUSE YEARS: MANDATE FOR CHANGE, 1953-1956* (New York, 1963), S. 340.
- 19 Zur Darstellung der Nachkriegspolitik in Südkorea vgl. a) **Bruce Cumings**, *THE ORIGINS OF THE KOREAN WAR: LIBERATION AND THE EMERGENCE OF SEPARATE REGIMES, 1945-1947* (Princeton University Press, 1981), passim; b) **E. Grant Meade**, *AMERICAN MILITARY GOVERNMENT IN KOREA* (King's Crown Press, Columbia University, New York, 1951), Kap. 3 bis 5; c) **George M. McCune**, *KOREA TODAY* (Institute of Pacific Relations, New York, 1950), passim und S. 46-50 zur Koreanischen Volksrepublik. Professor McCune arbeitete während des Zweiten Weltkriegs für die US-Regierung über koreanische Fragen; d) **D. F. Fleming**, *THE COLD WAR AND ITS ORIGINS, 1917-1960* (Doubleday, Garden City, NY, 1961), S. 589-597; e) **Alfred Crofts**, »The Case of Korea: Our Falling Ramparts«, *The Nation* (New York), 25.06.1960, S. 544-548. Crofts war seit 1945 Mitglied der amerikanischen Militärregierung in Korea.
- 20 **Crofts**, S. 545.
- 21 **Gunther**, S. 165.
- 22 **Crofts**, S. 545.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd., S. 546.
- 25 Zu den Kollaborateuren vgl. **Cumings**, S. 152-156; **Meade**, S. 61; **McCune**, S. 51 sowie an anderen Stellen dieser Quellen und ebenso bei Fleming und Crofts. Über Japaner und Kollaborateure, die ihre Stellungen zurückerhielten, um die Koreanische Volksrepublik zu bekämpfen vgl. **Cumings**, S. 138-139.
- 26 **McCune**, S. 83-84, 129-139, 201-209.
- 27 Zu den Wahlen von 1946 vgl. **Mark Gayn**, *JAPAN DIARY* (New York, 1948), S. 398; zu den Wahlen von 1948 vgl. **Crofts**, S. 546; **Halliday**, S. 117-122; zu den Wahlen von 1950 und der Warnung der USA vgl. **Fleming**, S. 594. Zur Darstellung der Unterdrückung ehrlicher Wahlen durch Rhee im Jahre 1952 und danach und seiner permanenten tyrannischen Herrschaft vgl. **William J. Lederer**, *A NATION OF SHEEP* (Norton, New York, 1961), Kap. 4.
- 28 **Gunther**, S. 166-167.
- 29 **Gayn**, S. 388.
- 30 Ebd., S. 352.
- 31 **John Kie-Chiang Oh**, *KOREA: DEMOCRACY ON TRIAL* (Cornell University Press, Ithaca, NY, 1968), S. 35.
- 32 *Nation* (New York), 13.08.1949, S. 152.
- 33 **Gunther**, S. 171.
- 34 **Oh**, S. 206. Vgl. auch *New York Times*, 11.04.1951, S. 4 zu einem Bericht über das Massaker an 500 bis 1000 Menschen im März am gleichen Ort, der sich anscheinend auf dasselbe Ereignis bezieht.
- 35 **Jon Halliday**, »The Political Background«, in **Gavan McCormack** und **Mark Seiden** (Hrsg.), *KOREA, NORTH AND SOUTH: THE DEEPENING CRISIS* (New York, 1978), S. 56.

- 36 *New York Times*, 11.04.1951, S. 4.
- 37 **Rene Cutforth**, »On the Korean War«, *The Listener* (London), 11.09.1969, S. 343.
- 38 **Gregory Henderson**, KOREA: THE POLITICS OF THE VORTEX (Harvard University Press, Cambridge, Mass., 1968), S. 167.
- 39 *York Times*, 09.02.1951, **George Barrett**.
- 40 **Cutforth**, S. 471-472. Diese Information entstammt dem Interview Gouldens mit Tofte.
- 41 **New York Times**, 27.11.1951, S. 4.
- 42 **Eugene Kinkead**, WHY THEY COLLABORATED (London, 1960), S. 17, in den USA 1959 in leicht abgeänderter Form unter dem Titel IN EVERY WAR BUT ONE veröffentlicht. Die Untersuchung der Armee ist kein eigenes Buch, sondern ist über eine ganze Reihe von Berichten verstreut. Kinkeads Buch, das in Zusammenarbeit mit der Armee verfaßt wurde, besteht aus einer Zusammenfassung einiger dieser Berichte und Interviews mit vielen Beamten der Regierung und des Militärs, die direkt in die Sache verwickelt oder gut darüber unterrichtet waren. Aus Gründen der Vereinfachung habe ich auf das Buch verwiesen, als handelte es sich um die Untersuchung selbst. – Es ist der Armee hoch anzurechnen, daß viele Ergebnisse der Untersuchung veröffentlicht wurden. Nichtsdestoweniger enthält die Untersuchung einige antikommunistische Behauptungen krudester Art, wie etwa: In China wird das Lügen oft mit der Todesstrafe geahndet [...] Kommunisten leben ihre ganzes Leben lang wie Tiere [...] (S. 190, 193).
- 43 *Keesings Contemporary Archives*, 05.-12.01.1952, S. 11931, eine Meldung aus dem Hauptquartier General Ridgeways vom 31.12.1951.
- 44 **Kinkead**, S. 34.
- 45 **Robert J. Lifton**, Thought Reform and the Psychology of Totalism: A Study of »Brainwashing« in China (London, 1961), S. 4.
- 46 **John Marks**, THE SEARCH FOR THE MANCHURIAN CANDIDATE: THE CIA AND MIND CONTROL (New York, Taschenbuchausgabe, 1988), S. 25. Stützt sich auf CIA-Dokumente.
- 47 *The Sunday Times* (London), 06.07.1975, S. 1. Narut, der zu jener Zeit in einem Krankenhaus der US- Marine in Neapel arbeitete, machte diese Bemerkungen eine Woche zuvor auf einer von der NATO finanzierten Konferenz in Oslo.
- 48 **Kinkead**, S. 31.
- 49 Ebd., S. 17, 34.
- 50 Ebd., S. 105-106.
- 51 Ebd., S. 197.
- 52 Für eine kurze Beschreibung des »Bombenterrors« der Jahre 1952 bis 1953 vgl. **John Gittings**, »Talks, Bombs and Germs: Another Look at the Korean War«, *Journal of Contemporary Asia*, Bd. 5, H. 2, 1975, S. 212-216.
- 53 Ein Kommunique der Luftwaffe vom 02.02.1951, zitiert bei **Stone**, S. 259.
- 54 MILITARY SITUATION IN THE FAR EAST, Hearings Before the Senate Committees on Armed Services and Foreign Relations, 25.06.1951, S. 3075.
- 55 **Louis Heren**, »The Korean Scene«, BRASSEY 'S ANNUAL: THE ARMED FORCES YEAR-BOOK (London), Bd. 62, 1951, S. 110.
- 56 *San Francisco Chronicle*, 15.12.1977, S. 11. Basiert auf Dokumenten, die unter dem Freedom of Information-Gesetz veröffentlicht wurden.
- 57 *New York Times*, 12.11.1951, S. 3.
- 58 Ebd., 14.11.1951, S. 1.

6 Albanien 1949 bis 1953

Der korrekte englische Spion

»Die gleichzeitige Planung und Sabotage dieses unter einem schlechten Stern stehenden Unternehmens war sicher ein harter Test seiner Energie und seines Einfallsreichtums«, schrieb einer der Biographen Kim Philbys.¹ Das besagte Unternehmen war der bereits im Jahre 1949 begonnene heimliche Versuch der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, das prosovjetoische Regime Enver Hoxhas durch von Partisanen ausgehende Aufstände zu stürzen.

Es endete in einer Katastrophe, zum Teil, weil die Russen anscheinend von Philby gewarnt worden waren, jenem korrekten Engländer, der die richtigen Schulen besucht und in die höchsten Ränge des britischen und amerikanischen Geheimdienstes aufstieg, obwohl er schon seit seinem 21. Lebensjahr ein sowjetischer Spion war.

Philby war ein Jahr zuvor nach Washington umgezogen, um dort als Verbindungs-offizier zwischen dem britischen Geheimdienst, dem Secret Intelligence Service (SIS), und der CIA zu fungieren. In dieser Funktion war er Kodirektor der gemeinsamen Einsatzgruppe von CIA und SIS, welche die Operation in Albanien planen sollte. Die Wahl war auf Albanien gefallen, weil es als der verwundbarste und schwächste der sozialistischen Staaten angesehen wurde, keine gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion hatte und isoliert zwischen dem von der USA beherrschten Griechenland und Jugoslawien lag, das als Abtrünniger des Ostblocks galt. Und was noch wichtiger war: Ein erst kürzlich abgeschlossenes Abkommen zwischen der Sowjetunion und Albanien gewährte der Sowjetunion im Gegenzug zu der Albanien erwiesenen Unterstützung das Recht, einen U-Boot-Stützpunkt mit direktem Zugang zum Mittelmeer zu bauen.² Nach den Regeln und der Logik des Kalten-Krieg-Spiels war dies ein Zug, den die Vereinigten Staaten vereiteln mußten.

Die Einsatzgruppe begann ihre Arbeit damit, daß sie in Italien, Griechenland und anderswo verstreut lebende albanische Emigranten rekrutierte. Diese erhielten eine militärische Grundausbildung mit einigen Anteilen an Guerillakriegsführung an speziellen Orten auf der britischen Mittelmeerinsel Malta, in der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland und – zu einem geringeren Ausmaß – in England selbst.³ »Wann auch immer wir irgendwo einen Umsturz durchführen wollen« teilte Frank Wisner, der Chef der Abteilung für Geheimoperationen der CIA, Philby vertraulich mit, »entdecken wir, daß die Briten ganz in der Nähe eine Insel besitzen.«⁴

Innerhalb von dreieinhalb Jahren wurden die Emigranten nach und nach in ihr Heimatland zurückgeschickt: Sie kletterten in die griechischen Berge und schlüpfen von dort über die Grenze, sprangen mit Fallschirmen aus Flugzeugen ab, die von Stützpunkten in Westeuropa aufgestiegen waren, oder drangen von Italien aus übers Meer ein. Amerikanische Flugzeuge und Ballons warfen Propagandaflugblätter ab und ebenso Güter, die in Albanien Mangelware waren, wie Mehl, Chalwa, Nähnadeln und Rasierklingen. Zusammen mit den Gütern wurde ein Begleitschreiben abgeworfen, das sie als ein Geschenk der »Nationalen Befreiungsfront Albaniens« kennzeichnete⁵ – ein weiteres Beispiel für den raffinierten Marketingcharakter, welche die in Amerika geborene und aufgezogene CIA vielen ihrer Operationen verleihen sollte.

Kurz gesagt, bestand der Plan – oder die Hoffnung – darin, daß die Partisanen es schaffen würden, ihre alten Heimatregionen zu erreichen, um dort eine antisowjetische Stimmung zu erzeugen, welche dann in Aufstände münden würde. Sie mußten Propaganda verbreiten, politische, wirtschaftliche und militärische Informationen sammeln, Sabotageakte verüben sowie neue Zellen rekrutieren und diese mit Ausrüstung versehen. Durch einen späteren Zufluß von Männern und Material würden diese Zellen dann zu »Widerstandszentren« werden.⁶

Das für den Kalten Krieg charakteristische Denken ging davon aus, daß die Massen in Osteuropa nur auf einen Zündfunken warteten, um zu einer offenen Revolte für ihre Freiheit überzugehen. Selbst wenn es so gewesen wäre, so wäre es doch ein in hohem Maße suspekter Zündfunke gewesen, denn unter den Partisanen befanden sich viele Personen, welche die Wiedererrichtung der albanischen Monarchie unter dem zu dieser Zeit im Exil lebenden reaktionären König Zogu unterstützten, und wieder andere, die während der Besetzung Italiens im zweiten Weltkrieg mit den italienischen Faschisten und den Nazis kollaboriert hatten.

Um sicherzugehen, gab es in den verschiedenen Emigrantengremien auch Menschen mit republikanischen und demokratischen Neigungen. Papiere des amerikanischen Außenministeriums, die später der Öffentlichkeit zugänglich wurden, enthüllen, daß prominente albanische Kollaborateure die führende Rolle bei der Bildung dieser Gruppen spielten. Dies waren nach Einschätzung des Außenministeriums Individuen mit einem »gewissen dubiosen« politischen Hintergrund, die »früher oder später diese Regierung in Verlegenheit bringen könnten.« Sie durften trotz der Bedenken des Ministeriums aus »Geheimdiensterrwägungen« in die Vereinigten Staaten einreisen. Einer dieser dubiosen Herren war Xhafer Deva, Innenminister unter der italienischen Besetzung, der für die Deportation von (wie es in einem aufgefangenen Bericht der Nazis hieß) »Juden, Kommunisten, Partisanen und verdächtigen Personen« in Vernichtungslager in Polen verantwortlich gewesen war.⁷

Im Namen des von der CIA finanzierten Nationalkomitees für ein Freies Albanien nahm ein starker Untergrundsender seine Radiosendungen in dem Land auf und rief zur Befreiung des Landes von der Sowjetunion auf. Im Frühjahr des Jahres 1951 kamen aus Albanien Berichte über offenen Widerstand und über Aufstände.⁸ Es läßt sich nur schwer sagen, inwieweit diese Ereignisse eine Folge der westlichen Infiltration und Agitation waren. Im Ganzen gesehen hatte diese Kampagne jedoch kaum Erfolge vorzuweisen. Sie wurde durchgehend von logistischen Mißgeschicken heimgesucht, und es war bittere Realität, daß die Masse der Albaner die Emigranten in keiner Weise als Befreier begrüßten, sei es aus Angst vor dem brutalen Hoxha-Regime oder weil sie die stattfindenden gesellschaftlichen Veränderungen unterstützten und dem, was die Emigranten zu bieten hatten, nicht trauten.

Und das Schlimmste war: Die albanischen Behörden schienen fast immer zu wissen, wann und in welchem Teil des Landes die Partisanen eindringen würden. Kim Philby war dabei nicht die einzige Informationsquelle. Die albanischen Gruppen waren mit hoher Wahrscheinlichkeit von Agenten der Regierung unterwandert, und die sorglosen Gespräche, denen sich die zusammengewürfelten Haufen von Emigranten mit Vorliebe hingaben, dürften für das Fiasko mitverantwortlich gewesen sein. Philby bezieht sich auf die Tatsache, daß die Mitglieder der CIA-SIS- Einsatzgruppe die Albaner oft auf die Schippe nahmen, wenn er schreibt:

»Sogar in unseren ernsteren Augenblicken vergaßen wir Angelsachsen nicht, daß unsere Agenten gerade erst von den Bäumen herabgeklettert waren.«⁹

Die Sicherheitsvorkehrungen waren so lax, daß der Korrespondent der *New York Times*, Cyrus L. Sulzberger, ganze Ordner voll von Depeschen aus dem Mittelmeergebiet anlegen konnte, die so deutlich von der Intervention sprachen, daß es kaum nötig war, zwischen den Zeilen zu lesen.¹⁰ (Seine Artikel hatten keine aufreißerischen Schlagzeilen, es gab keine öffentlichen Kommentare dazu aus Washington, keine Reporter stellten Regierungsbeamten irgendwelche peinlichen Fragen kurz: Es war ein »Nichtereignis« für die Amerikaner.)

Trotz eines Fehlschlags nach dem anderen, und obwohl es keinen vernünftigen Grund gab, für die Zukunft etwas anderes zu erwarten, dauerte die Operation bis in den Frühling des Jahres 1953 an, wobei Hunderte von Männern umkamen oder in Gefangenschaft gerieten. Man kann dies nicht bloß mit der Zwangsvorstellung, Stalins Finger abhacken zu wollen, erklären. Berufliches Ansehen und Karrieren waren investiert worden, und es wurde ein sichtbarer Erfolg benötigt, um »Verluste in der Vergangenheit wettzumachen« und »frühere Entscheidungen zu rechtfertigen.«¹¹ Und die Männer, die

man verloren hatte, waren ja schließlich bloß Albaner, die kein einziges Wort sauberes Englisch sprachen und noch nicht einmal richtig aufrecht gehen konnten.

Allerdings bestand die Gefahr, daß sich die Aktion zu einem Konflikt mit der Sowjetunion ausweiten könnte. Die Sowjets schickten in der Tat einige neue Kampfflugzeuge nach Albanien, wahrscheinlich in der Hoffnung, diese könnten die ausländischen Flugzeuge abschießen, welche Propagandamaterial abwarfen.¹² Die Operation mußte ganz einfach Stalin, Hoxha und den ganzen Ostblock an eine andere Intervention des Westens dreißig Jahre zuvor erinnern, und sie erreichte nichts anderes, als diese Männer noch »paranoider« in Bezug auf die Absichten des Westens zu machen und sie zu überzeugen, daß die Schraube der inneren Sicherheit noch stärker angezogen werden mußte. In der Tat erwähnte Hoxha in den folgenden Jahren immer wieder einmal die »Invasion« der Amerikaner und Briten, um seine Isolationspolitik zu rechtfertigen.¹³

In den frühen 1960er-Jahren tat Hoxha dann selbst, was die CIA und der SIS nicht geschafft hatten: Er entzog Albanien dem Einflußbereich der Sowjetunion. Alle prosovjatische Beamten seiner Regierung fielen Säuberungen zum Opfer, und der albanische Führer richtete sein Land nach China aus. Es gab keine militärischen Vergeltungsmaßnahmen durch die UdSSR. Mitte der 1970er-Jahre dann trennte sich Hoxha auch von China.

Anmerkungen zu Kapitel 6

- 1 **Douglas Sutherland**, *THE FOURTH MAN* (London, 1980), S. 88.
- 2 **Thomas Powers**, *The Man Who Kept the Secrets: Richard Helms and the CIA* (New York, 1979), S. 54.
- 3 **Nicholas Bethell**, *The Great Betrayal: The Untold Story of Kim Philby's Biggest Coup* (London, 1984, in New York unter dem Titel *Betrayed* veröffentlicht), passim. Dies ist die detaillierteste Darstellung der Anwerbung, der Ausbildung und des Schicksals der Emigranten. Vgl. auch Bruce Page, David Leitch und Philip Knightly, *The Philby Conspiracy* (New York, 1968), S. 196-203.
- 4 **Kim Philby**, *MY SILENT WAR* (MacGibbon & Kee, London, 1968), S. 117.
- 5 **E. Howard Hunt**, *Undercover: Memoirs of an American Secret Agent* (London, 1975), S. 93.
- 6 Vgl. Anm. 3.
- 7 Zum politischen Hintergrund der Emigranten vgl. *New York Times*, 20.06.1982, S. 22; **Bethell**, passim; **Christopher Simpson**, *BLOWBACK: AMERICA'S RECRUITMENT OF NAZIS AND ITS EFFECTS ON THE COLD WAR* (New York, 1988), S. 123 (zu Xhafer Deva).
- 8 Zum Untergrundsender und zu den Aufständen vgl. *New York Times*, 31.03.1951, S. 5; 09.04.1951, S. 1; 26.09.1951.
- 9 **Philby**, S. 118.
- 10 *New York Times*, 27.03.1950; 09.04.1951, S. 1.
- 11 **Bethell**, S. 183.
- 12 *New York Times*, 09.04.1951, S. 1.
- 13 **Bethell**, S. 200.

7 Osteuropa 1948 bis 1956

Operation Sprengsatz

Jozef Swiatlo tauchte auf einer Pressekonferenz am 28.09.1954 in Washington auf. Swiatlo war Pole, und er war eine sehr wichtige Person in Polen gewesen, ein ganz hohe Person im Ministerium für Staatssicherheit, der Geheimpolizei. Es ging das Gerücht, er sei letzten Dezember während einer Einkaufstour in Westberlin übergelaufen, und nun präsentierte das amerikanische Außenministerium ihn der Welt, um das Geheimnis der Fields, der amerikanischen Staatsbürger, die 1949 verschwunden waren, aufzuklären. Swiatlo enthüllte, daß Noel Field und seine Frau Herta in Ungarn festgenommen worden waren, und daß dem Bruder, Hermann Field, dasselbe Schicksal in Polen durch Swiatlos eigene Hand widerfahren war, alles im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen einen führenden ungarischen Kommunisten. Das Außenministerium hatte den Regierungen von Ungarn und Polen bereits energische Noten überreicht.¹

Es gibt allerdings eine bedeutend längere und unheimlichere Version der Geschichte Jozef Swiatlos. Nach dieser Version versuchte Swiatlo schon im Jahre 1948, also zu einer Zeit, als er bereits seine hohe Stellung im Geheimdienst bekleidete, in Warschau zu den Briten überzulaufen. Aus verschiedenen Gründen übergaben die Briten den Fall den Vereinigten Staaten, und auf Ersuchen von Allen Dulles wurde Swiatlo angewiesen, bis auf weiteres auf seinem Posten auszuharren.

Zu dieser Zeit war Dulles noch nicht Direktor des CIA, er war jedoch ein enger Berater des Geheimdienstes, hatte seine Leute in Schlüsselstellungen und wartete nur darauf, daß Thomas Dewey im November die Präsidentschaftswahlen gewinnen und ihn zum Direktor ernennen würde. (Durch Harry Trumans überraschende Wiederwahl verzögerte sich dies auf Jahre hinaus, allerdings wurde Dulles 1951 stellvertretender Direktor.)

Noel Field, ein ehemaliger Beamter des Außenministeriums im diplomatischen Dienst, war ein langjähriger kommunistischer Mitläufer, wenn nicht gar ein Parteimitglied in den Vereinigten Staaten oder Europa. Während des Zweiten Weltkriegs kreuzten sich seine Wege mit denen von Dulles in der von Spionen aller Art durchsetzten Schweiz. Dulles war ein Mann des Amtes für Strategische Dienste, des Office for Strategie Services (OSS), Field der Bevollmächtigte der Unitarischen Kirche in Boston, der Flüchtlingen aus Ländern, die von den Deutschen besetzt waren, half. Fields Hilfsaktionen galten insbesondere kommunistischen Flüchtlingen, von denen es zahlreiche gab, da die Kommunisten direkt nach den Juden auf den Verfolgungslisten der Nazis standen. Das OSS unterstützte seine Aktionen finanziell, die Kommunisten ihrerseits waren wiederum eine hervorragende Informationsquelle über Ereignisse in Europa, die für Washington und seine Verbündeten von Bedeutung waren.

Gegen Ende des Krieges überredete Field Dulles dazu, einem Vorhaben, amerikanische Agenten in verschiedene europäische Länder einzuschleusen, um den vorrückenden alliierten Truppen den Weg zu ebnen, amerikanische Unterstützung zukommen zu lassen. Die von Field ausgewählten Männer waren erwartungsgemäß alles Kommunisten, und die Rückkehr in einige osteuropäische Länder verhalf ihnen dazu, die Zügel der Macht in die Hand zu bekommen, lang bevor nichtkommunistische Kräfte in der Lage waren, sich neu zu gruppieren und zu organisieren.

Daraus ließe sich schließen, Allen Dulles sei ein Licht aufgegangen. Noch dazu, als das OSS, das Amt für strategische Dienste, auch unter Dulles' Direktorat und der Beteiligung Fields, die Publikation einer Untergrundzeitung in Deutschland finanziert hatte. Es handelte sich um eine antifaschistische, linke Zeitung, das *Neue Deutschland*, welches unmittelbar nach der Befreiung zur offiziellen Zeitung der Kommunistischen Partei avancierte.

Nach dem Krieg dienten diese Ereignisse als Scherze, an welchen sich die Geheimdienste in Ost und West delectieren konnten. Es dauerte nicht lange, bis der Scherz mit aller Wucht auf Field zurückfiel.

Im Jahre 1949, als Field Polen besuchte, wurde er von den polnischen Behörden mit außergewöhnlichem Mißtrauen beobachtet. Man sah in ihm einen Mann, der während des Krieges in einer Stellung gearbeitet hatte, welche leicht eine Fassade für westliche Spionage hätte gewesen sein können, eine Stellung, die ihm regelmäßig Kontakt mit hohen Funktionären aus der Kommunistischen Parteien brachte. Und er hatte noch dazu eng mit Allen Dulles zusammengearbeitet, der schon damals als Meisterspion galt und der Bruder von John Foster Dulles war, der zu den hohen Kreisen in Washington zählte und bereits zur »Befreiung« der Völker des Ostblocks aufrief.

In der Zeit, als Field nach Polen kam, versuchte Jozef Swiatlo gerade, Jakub Berman, einem hohen Parteifunktionär und Staatsbeamten zu diskreditieren. Swiatlo verdächtige und verabscheute ihn. Sein Fehler, den polnischen Präsidenten zu veranlassen, gegen Berman vorzugehen, war angeblich der Grund dafür, daß Swiatlo sich im Jahr darauf absetzte. Noel Field schrieb Berman einen Brief, in dem er ihn darum bat, ihm zu einem Posten in Osteuropa zu verhelfen. Swiatlo bekam Kenntnis von diesem Brief und sah seine Chance, Berman festzunageln.

Aber zunächst mußte man Noel Field als amerikanischen Spion aufbauen. Auf Grund der vorliegenden Hinweise, die in diese Richtung deuteten, würde dies für einen Mann von Swiatlos hoher Stellung und niedrigem Charakter nicht schwer sein. Wenn Field natürlich tatsächlich mit Geheimdienststellen in den USA zusammenarbeitete, konnte Swiatlo ihn nicht gut bloßstellen, da der polnische Geheimdienstoffizier ja inzwischen selbst ein amerikanischer Agent war. Dementsprechend schickte er seine erste Nachricht an die CIA, beschrieb darin seine Pläne mit Berman und Field sowie den Schaden, den dies der Kommunistischen Partei in Polen zufügen könnte. Er schloß mit: »Irgendwelche Bedenken?«

Allen Dulles hatte keine. Seine Reaktion auf Swiatlos Nachricht waren vielmehr Freude und Belustigung. Die Zeit war gekommen, um mit Noel Field abzurechnen. Und was noch wichtiger war: Dulles erkannte, daß Swiatlo dadurch, daß er Noel Field, »den amerikanischen Spion«, als Knüppel benutze, zahllose führende kommunistische Funktionäre im Ostblock erledigen konnte. Diese Aktion könnte den ganzen Block in einen Zustand höchster Paranoia versetzen, und eine Welle von Repression und stalinistischer Tyrannei heraufbeschwören, die schließlich zu Aufständen führen würden. Dulles nannte seinen Plan: Operation Sprengsatz.

So kam es, daß Jozef Swiatlo angewiesen wurde, überall in Osteuropa Spione zu finden. Er würde amerikanische und britische Komplotts aufdecken, ebenso wie »trozkistische« und »titoistische« Verschwörungen. Er würde dem KGB-Chef Lawrentij Berija berichten, daß im Zentrum dieses riesigen Netzes ein Mann namens Noel Haviland Field stand.

Field wurde verhaftet und endete schließlich in einem Gefängnis in Ungarn, genauso wie seine Frau Herta, als sie nach ihm suchte. Und als sein Bruder Hermann versuchte, eine Spur von den beiden zu finden, ereilte ihn dasselbe Schicksal in Polen.

Swiatlo war in einer einzigartigen Position, um die Operation Sprengsatz durchzuführen. Er hatte nicht allein die Amts- und Befehlsgewalt dazu, sondern er hatte auch die Akten über unzählige Mitglieder von kommunistischen Parteien in den Ländern des Ostblocks. Jegliche Verbindung, die sie mit Noel Field gehabt hatten, und alles, was Field getan hatte, konnte so interpretiert werden, daß sich darin die Hand des amerikanischen Geheimdienstes zeigte oder daß es ein Akt tatsächlicher Unterwanderung der sozialistischen Staaten war. Die Sowjets – und besonders Stalin – waren außergewöhnlich an den »Fieldlingen« interessiert. Noel Field hatte nahezu jeden gekannt, der jetzt im Ostblock eine führende Rolle spielte.

Und für den Fall, daß das Ausmaß der Paranoia unter den jungen, noch unsicheren Regierungen in Osteuropa nicht groß genug wäre, würde ein Doppelagent der CIA eine In-

formation von zentraler Bedeutung »bestätigen« oder das richtige Gerücht zum rechten Zeitpunkt austreten, oder der Radiosender der CIA, Radio Free Europe, würde einige verlockende, anscheinend verschlüsselte Nachrichten senden. Oder auf Anweisung der CIA würden »osteuropäische Exilanten« in den Vereinigten Staaten Briefe an führende Kommunisten in ihren Heimatländern schicken, die exakt das kleine Stück an Information oder eine Redewendung enthalten würden, bei der ein Geheimdienstoffizier sofort aufmerksam würde.

Viele der Opfer von Swiatlos Säuberungen waren Menschen, die den Krieg nicht in der Sowjetunion, sondern im Westen überlebt und dort irgendwann Fields Weg gekreuzt hatten. Diese Menschen neigten einem gewissen Nationalkommunismus zu – sie wollten einen größeren Abstand zwischen ihren Ländern und der Sowjetunion schaffen, wie es Tito in Jugoslawien getan hatte – und befürworteten ein liberaleres Regime zu Hause. Dulles wischte das Argument, dies wären Menschen, die man unterstützen und nicht eliminieren sollte, mit einer Handbewegung zur Seite. Er spürte, daß sie dem Westen irgendwann einmal viel gefährlicher werden könnten, denn sollte ihre Form des Kommunismus in Osteuropa Fuß fassen, dann könnte der Kommunismus achtbar und akzeptiert werden. Besonders in Italien und Frankreich, wo die Gefahr bestand, daß die Kommunisten an die Regierung gewählt würden, mußte die schreckliche Fratze des Kommunismus hervorgekehrt werden.

In Hunderten von Prozessen in Osteuropa – »Schauprozessen« wie weniger spektakulären, spielte der Name Noel Field eine wichtige Rolle. Was als Operation Sprengsatz begann, entwickelte schnell ein Eigenleben: Nach der Verhaftung einer hochgestellten Persönlichkeit fielen weitere Personen unter Verdacht, weil sie diese kannten oder von ihr in ihre Ämter berufen worden waren. Oder es war irgendeine andere Verbindung zu einer der verhafteten Personen, die einen unglücklichen Menschen in den Abgrund reißen konnte.

Wie in Polen Jozef Swiatlo, so gab es auch in der Tschechoslowakei einen Mann, der fest in den höheren Rängen des tschechoslowakischen Sicherheitsdienstes verankert war. Dieser Mann, dessen Name unbekannt geblieben ist, war von General Reinhard Gehlen, dem früheren Geheimdienstchef der Nazis, der nach dem Krieg für die CIA arbeitete, rekrutiert worden.

In der Tschechoslowakei war es am schlimmsten. Bis zum Jahre 1951 war die unglaubliche Zahl von 169.000 eingetragenen Mitgliedern der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei verhaftet worden – zehn Prozent der gesamten Mitgliedschaft. Und es waren weitere in Polen, Ungarn, Ostdeutschland und Bulgarien. Hunderte von Ihnen wurden hingerichtet, andere starben im Gefängnis oder wurden wahnsinnig.²

Nachdem Swiatlo im Dezember 1953 übergelaufen war, fanden die osteuropäischen Geheimdienste heraus, daß er die ganze Zeit über für die andere Seite gearbeitet hatte. Vier Wochen nachdem Swiatlo in Washington seine Pressekonferenz abgehalten hatte, kündigte die polnische Regierung an, sie werde Hermann Field freilassen, denn Ermittlungen hätten ergeben, daß die gegen ihn von »einem amerikanischen Agenten und Provokateur«, Jozef Swiatlo, erhobenen Anklagen »unbegründet« gewesen seien.³ Später erhielt Field 50.000 Dollar als Wiedergutmachung für seine Haftzeit, und auch die Genesung in einem Sanatorium wurde bezahlt.⁴

Drei Wochen nach der Freilassung Hermann Fields wurden auch Noel und Herta Field in Ungarn auf freien Fuß gesetzt. Die Regierung in Budapest erklärte, die Anklagen gegen sie seien nicht gerechtfertigt gewesen.⁵ Auch sie wurden entschädigt und beschloßen, in Ungarn zu bleiben.

Sobald Noel Field offiziell für unschuldig erklärt worden war, wurden in Osteuropa auch die Fälle zahlreicher anderer Personen überprüft. Zunächst zögerlich, dann aber in schnellerer Folge wurden immer mehr Häftlinge freigelassen, und im Jahre 1956 saß kaum noch jemand im Gefängnis.

Das ganze auf den Zweiten Weltkrieg folgende Jahrzehnt hindurch schürte die CIA die Flammen der Unzufriedenheit in Osteuropa, nicht nur mit der Operation Sprengsatz,

sondern auch auf vielfältige andere Weise. Radio Free Europe (vgl. das Kapitel über die Sowjetunion), das von der BRD aus gesendet wurde, ließ keinen (schmutzigen) Trick aus. Als der Sender beispielsweise im Januar der Jahres 1952 erfuhr, daß die Tschechoslowakei plante, ihre Währung abzuwerten, warnte sie die Bevölkerung des Landes und förderte damit landesweite Panikkäufe.⁶ Wiesen Cook hat die Kommentare des Senders über verschiedene europäische Kommunisten in ihrer Studie über diese Zeit, THE DECLASSIFIED EISENHOWER, beschrieben. Die Sendungen, schrieb sie

»umfaßten ein breites Spektrum persönlicher Kritik, geschmacklose und verleumderische Anschuldigungen, die von Gerüchten über Brutalitäten und Folter bis hin zu Korruption sowie zu Irrsinn, Perversion und Lasterhaftigkeit reichten. Alles, was man sich nur denken konnte, wurde eingesetzt, um die Kommunisten – ob in England oder Polen – als dumm, würdelos und unbedeutend darzustellen.«⁷

Eine der Stimmen, die häufig über Radio Free Europe über die verhaßten Kommunisten zu vernehmen waren, war niemand anderer als Jozef Swiatlo, dem wegen seines Hangs zur Folter der Beiname »Metzger« gegeben worden war. Man braucht wohl nicht zu betonen, daß der wiedergeborene Menschenfreund weder die Operation Sprengsatz noch seine Doppelrolle dabei erwähnte. Dennoch erschütterten einige seiner Sendebeiträge das polnische Sicherheitssystem so sehr, daß erhebliche Verbesserungen vorgenommen wurden.⁸

Die USA unternahmen alles, was sie konnten, um Probleme und Störungen zu verursachen: Sie unterstützten Oppositionsgruppen in Rumänien,⁹ errichteten einen Untergrundsender in Bulgarien,¹⁰ warfen aus Ballons Propagandamaterial über Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen ab (an einem Tag im August 1951 waren es allein 11.000 Ballons mit 13 Millionen Flugblättern)¹¹ und setzten auch Menschen ab: Vier US-amerikanische Flieger, wahrscheinlich Geheimagenten, landeten in Ungarn.¹²

Im Jahre 1955 konnte man in Fort Bragg in North Carolina Osteuropäer finden, die mit den Green Berets ausgebildet wurden und die Taktik der Guerillakriegsführung erlernten, in der Hoffnung, sie in ihren Heimatländern einsetzen zu können.¹³

Im Jahr darauf wurden Hunderte von Ungarn, Rumänen, Polen und andere von Spezialisten des CIA für den paramilitärischen Kampf in einer Geheimeinrichtung in der BRD ausgebildet.

Als im Oktober 1956 der Aufstand in Ungarn stattfand, wurden diese Männer nach Angaben der CIA nicht eingesetzt, weil sie noch nicht bereit waren.¹⁴ Aber der Geheimdienst schickte seine Agenten zu Einsätzen nach Budapest, wo sie sich den Rebellen anschließen und ihnen bei ihrer Organisation helfen sollten.¹⁵ In der Zwischenzeit ermahnte Radio Free Europe das ungarische Volk, seinen Widerstand fortzusetzen, gab taktische Anweisungen und erweckte den Anschein, als sei amerikanische Unterstützung unterwegs. Sie kam nie.

Es gibt keine Beweise dafür, daß die Operation Sprengsatz zum ungarischen Aufstand oder zu früheren in Polen und Ostdeutschland beigetragen hätte. Nichtsdestoweniger konnte die CIA darauf verweisen, daß sie mit ihrer antikommunistischen Kalten-Kriegs-Propaganda durchaus Punkte gemacht hatte. Denn schließlich hatte es im Osten ja diese Hexenjagden gegeben, auch wenn dabei viele Menschen umgekommen waren.

Anmerkungen zu Kapitel 7

- 1 *New York Times*, 29.09.1954.
- 2 Die Geschichte der Operation Sprengsatz beruht auf dem von **Stewart Steven** verfaßten Buch OPERATION SPLINTER FACTOR (Hodder and Stoughton, London 1974; deutsch: SPRENGSATZ: DIE OPERATION SPLINTER FACTOR DER CIA, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, 1975). Steven, ein altgedienter britischer Journalist und Chefredakteur der *Mail on Sunday* (London), behandelt die Angelegenheit natürlich bedeutend detaillierter, als dies in dieser Zusammenfassung möglich ist. Er vertritt einen überzeugenden Fall, und man muß das ganze Buch lesen, um dies würdigen zu können. Nichtsdestoweniger belegt er seine zentrale Behauptung nicht. Steven gibt an, seine Behauptung, Allen Dulles habe Jozef Swiatlo dazu angestiftet, Noel Field in dieser Weise zu benutzen, beruhe auf persönlichen Gesprächen mit früheren Mitarbeitern der CIA, des britischen Geheimdienstes Secret Intelligence Service und anderen Personen, die in das Komplott verwickelt waren, aber anonym bleiben wollten. – **Flora Lewis**, die Korrespondentin der *Washington Post* und Autorin von RED PAWN: THE STORY OF NOEL FIELD (New York, 1965, im gleichen Jahr in London unter dem Titel THE MAN WHO DISAPPEARED: THE STRANGE HISTORY OF NOEL FIELD erschienen), behauptet in diesem Buch, sie sei selbst bei »einfachen Fragen zu Zeit und Ort« auf eine »amtliche Mauer des Schweigens« gestoßen, als sie die amerikanischen, schweizerischen, französischen, britischen und deutschen Geheimdienste um Informationen bat. Und sie stellte noch nicht einmal Fragen zur Operation Sprengsatz selbst, von der sie gar nichts wußte, sondern nur zu Noel Field, und das ein Jahrzehnt nach dessen Freilassung. Auch die US-Regierung verweigerte ihr ohne jegliche Erklärung rundweg den Zugang zu Jozef Swiatlo. – **Richard Harris Smith**, OSS: THE SECRET HISTORY OF AMERICA'S FIRST CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY (University of California Press, Taschenbuchausgabe, 1972), S. 238, Fußnote, schreibt: »Später kam die Vermutung auf, Fields Verhaftung sei eigentlich Teil eines britischen Komplotts zur Spaltung der osteuropäischen Kommunisten gewesen, wie es in **John Le Carres** Buch DER SPION, DER AUS DER KÄLTE KAM geschildert wird.« – **Thomas Powers**, THE MAN WHO KEPT THE SECRETS: RICHARD HELMS AND THE CIA (Pocket Books, New York, 1979), S. 405-406, vermutet, Stewart Stevens »Hauptprämisse stammte von jemandem im britischen SIS, der Dulles nicht leiden konnte.«
- 3 *New York Times*, 25.10.1954, S. 1.
- 4 Ebd., 19.02.1955, S. 1.
- 5 Ebd., 17.11.1954, S. 1.
- 6 **Blanche W. Cook**, THE DECLASSIFIED EISENHOWER (New York, 1981), S. 129.
- 7 Ebd.
- 8 **Cord Meyer**, FACING REALITY: FROM WORLD FEDERALISM TO THE CIA (New York, 1980, S. 120; **Steven**, S. 208-209; **Lewis**, S. 238 (zur Folter).
- 9 *New York Times*, 23.07.1948, S. 5; **Robert Bishop** und **E. S. Crayfield**, RUSSIA ASTRIDE THE BALKANS (New York, 1948), S. 264-271.
- 10 *New York Times*, 09.04.1951, eine Kolumne von C. Sulzberger.
- 11 **Cook**, S. 130-131; **George Clay**, »Balloons for a Captive Audience«, *The Reporter* (New York), 18.11.1954; **Robert T. Holt** und **Robert W. van de Velde**, STRATEGIC PSYCHOLOGICAL OPERATIONS AND AMERICAN FOREIGN POLICY (University of Chicago Press, 1960), Kap. 7.
- 12 *New York Times*, 24.01.1952, S. 4.
- 13 Ebd., 30.08.1955, S. 1.
- 14 Ebd., 30.11.1976.
- 15 **Stephen Ambrose**, IKE'S SPIES (Doubleday, Garden City, NY, 1981), S. 235, 238.

8 Deutschland in den 1950er-Jahren

Alles von der Jugendkriminalität bis zum Terrorismus

Innerhalb eines Zeitraums von 30 Jahren und zwei Weltkriegen mit Deutschland beklagte die Sowjetunion mehr als 40 Millionen Tote und Verwundete, eine ungeheure Verwüstung des Landes und die Tatsache, daß ihre Städte dem Erdboden gleichgemacht worden waren. Als der Zweite Weltkrieg dem Ende zuging, waren die Russen dem deutschen Volk nicht sonderlich wohlgesonnen. Da sie erst einmal ihr eigenes Land wiederaufbauen mußten, rangierte der Wiederaufbau Deutschlands ganz unten auf ihrer Prioritätenliste.

Die Vereinigten Staaten hingegen gingen aus dem Krieg mit vergleichsweise geringen Verlusten hervor, und ihr Staatsgebiet war vollkommen unversehrt. Sie waren bereit, gewillt und fähig, sich ihrer Hauptpriorität in Europa zu widmen: Dem Aufbau eines antikommunistischen Bollwerks im Westen, insbesondere am strategisch besonders wichtigen Standort Deutschland.

Im Jahre 1945, so schrieb der ehemalige Außenminister Dean Acheson, war es die offizielle Politik der USA »den Deutschen klarzumachen, daß sie dem Leid, daß sie selbst über sich gebracht hatten, nicht entkommen könnten [und die] deutsche Volkswirtschaft zu lenken, um zu verhindern, daß der Lebensstandard höher würde als in den Nachbarstaaten.«¹

»Von Anfang an«, setzt Acheson hinzu, glaubten die US-Beamten in Deutschland nicht, daß dieser Plan »durchführbar sein würde.«²

Acheson führt nicht aus, was hinter dieser Prognose steckte, aber ihre Richtigkeit wurde schon bald deutlich, und zwar aus drei von einander unabhängigen Gründen:

1. **Einflußreiche führende Geschäfts- und Finanzleute in Amerika, von denen einige wichtige Regierungsposten innehatten.** Es bestand ein viel zu großes Interesse – das im allgemeinen auf die Vorkriegszeit zurückging – an einem hochindustrialisierten Deutschland, um zuzulassen, daß das Land so tief sänke, wie es einige amerikanische Politiker als Strafe forderten.
2. **Ein wiederbelebte BRD wurde als unentbehrliches Mittel angesehen, um den sowjetischen Einfluß in der östlichen Besatzungszone des Landes, wenn nicht in ganz Osteuropa, zu bekämpfen.** Die BRD sollte »das Schaufenster der westliche Demokratie« werden – ein sinnlicher, lebendiger Beweis für die Überlegenheit des Kapitalismus über den Sozialismus.
3. Konservative, aber auch einige liberale Kreise Amerikas, in deren Vorstellung eine sowjetische Invasion Westeuropas unmittelbar bevorstand, sahen in der Idee, **der BRD auf industriellem Gebiet die Hände zu binden**, einen Tatbestand, der gefährlich dem nahekam, was sie »weich gegen den Kommunismus« nannten, wenn nicht noch schlimmeren Dingen.³

Auch bei Dwight Eisenhower klingt diese Stimmung an, wenn er schreibt:

»Hätte man gewissen Beamten der Roosevelt-Regierung freie Hand gelassen, ginge es Deutschland jetzt sehr viel schlechter, denn es gab Leute, die verlangten, man solle die Bergwerke im Ruhrgebiet überfluten, die deutschen Fabriken zerstören und aus der Industrienation Deutschland ein Agrarland machen. Auch Harry Dexter White, der später von Justizminister Brownell als einer derjenigen benannt wurde, die tief in einen sowjetischen Spionagering, der innerhalb unseres Regierungsapparates operierte, verstrickt war, schlug genau das vor.«⁴

Somit erlitt also die Entindustrialisierung der BRD dasselbe Schicksal wie die Entmilitarisierung es in einigen Jahre erleiden sollte, denn die Vereinigten Staaten pumpten

massive Wirtschaftshilfe in das Land: vier Milliarden Dollar an Marshallplanhilfe und ein Heer von Wirtschaftsexperten und Fachleuten.

Zur selben Zeit zog die Sowjetunion massive Wirtschaftshilfe aus Ostdeutschland ab. Die Sowjets demontierten ganze Fabriken mit großen Mengen an Ausrüstung und Maschinen sowie Tausende Meilen von Eisenbahnschienen und schafften sie zu sich nach Hause. Wenn man diese Güter zu den zu leistenden Kriegsreparaturen hinzurechnet, kommt man auf Abermilliarden von Dollar.

Obwohl in den frühen 1950er-Jahren die Sozialeinrichtungen, die Beschäftigung und das kulturelle Leben in Ostdeutschland auf gleichem oder sogar noch höherem Niveau waren, hatte die BRD die Nase vorn auf den Wohlstandssektoren mit dem höchsten Sexappeal: Löhne und Gehälter waren höher, die Ernährung war besser, Konsumgüter waren in größerem Umfang erhältlich und die Neonlichter entlang des Kurfürstendamms schmückten die Nacht.

Einige Kalte Krieger in den Vereinigten Staaten jedoch – als wären sie mit dem Erreichten oder damit, so viel dem Zufall zu überlassen, unzufrieden – eröffneten einen ungehobelten Sabotage- und Unterwanderungsfeldzug gegen die DDR, um die Wirtschafts- und Verwaltungsmaschine dort aus dem Gleis zu bringen. Die CIA und andere US-amerikanische Geheimdienste und Militärstellen in der BRD (mit gelegentlicher Hilfe von ihresgleichen im britischen Geheimdienst und bei der westdeutschen Polizei) rekrutierten Aktivistengruppen und Einzelpersonen aus West und Ost, welche sie ausstatteten, ausbildeten und finanzierten. Freiwillige für einen solchen Kreuzzug zu finden, war nicht schwer, denn im Nachkriegsdeutschland lebte der Antikommunismus als das einzige geachtete Überbleibsel des Nationalsozialismus fort.

Die aktivste dieser Gruppen, die den Namen Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit trug, gab zu, daß sie Geld von der Ford Foundation und dem Westberliner Senat erhalten hatte.⁵ Im Anschluß daran veröffentlichte ein Ostberliner Nachrichtenmagazin die Kopie eines Briefes der Ford Foundation, in dem sie einen Zuschuß von 150.000 Dollar an das Nationalkomitee für ein Freies Europa bestätigte, »damit es im Gegenzug die humanitären Aktivitäten der ›Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‹ unterstützen könnte.«⁶ Das Nationalkomitee für ein Freies Europa wiederum war eine Tarnorganisation der CIA, die auch Radio Free Europe betrieb.⁷

Die Vereinigung politischer Ostflüchtlinge und der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen der Sowjetzone waren zwei weitere der anderen an der Kampagne gegenüber der DDR beteiligten Gruppen. Die Aktionen, welche diese Agenten ausführten, deckten das gesamte Spektrum von der Jugendkriminalität bis zum Terrorismus ab – eben alles, was möglich war, damit sie »die Kommunisten schlecht aussehen« ließen. Es kam eine dicke Akte zusammen.⁸

- ☞ Durch Bombenanschläge, Brandstiftung, Kurzschlüsse und andere Methoden zerstörten sie Kraftwerke, Werften, einen Damm, Kanäle, öffentliche Gebäude, Tankstellen, einen Radiosender, Marktstände und öffentliche Verkehrsmittel.
- ☞ Sie brachten Züge zum Entgleisen, wobei etliche Bahnbedienstete ernsthaft verletzt wurden, setzten zwölf Waggons eines Güterzugs in Brand und zerstörten bei anderen die Luftdruckschläuche.
- ☞ Sie sprengten Straßen und Brücken und legten Sprengsätze auf die Bahnlinie Berlin-Moskau. Diese wurden aber rechtzeitig entdeckt – sonst wären Hunderte getötet worden.
- ☞ Sie setzten Spezialsäuren ein, um die Maschinen in lebenswichtigen Fabriken zu beschädigen, streuten Sand in die Turbinen einer Fabrik und brachten sie so zum Stillstand und stahlen Blaupausen und Modelle neuer technischer Entwicklungen.
- ☞ Sie töteten 7.000 Kühe einer Genossenschaftsmolkerei, indem sie den Wachüberzug der Drähte vergifteten, die dazu dienten, das Vieh vom Futtergetreide fernzuhalten.

- ☞ Sie mischten Seife unter Milchpulver, das für ostdeutsche Schulen bestimmt war.
- ☞ Sie besetzten und zerstörten Büros linker Organisationen in Ost- und Westberlin, stahlen die Mitgliederlisten. Sie überfielen und entführten Linke und in machen Fällen töteten sie diese sogar.
- ☞ Sie warfen Stinkbomben, um politische Versammlungen zu sprengen.
- ☞ Sie ließen Ballons steigen, die in der Luft zerplatzten und dabei Tausende von Propagandaflugblättern auf die Ostdeutschen herunterregnen ließen.
- ☞ Einige, die gefaßt werden konnten, waren im Besitz großer Mengen des Giftes Kantharidin, das zur Herstellung von vergifteten Zigaretten dienen sollte, mit denen ostdeutsche Führungspersönlichkeiten umgebracht werden sollten.
- ☞ Sie versuchten, die Weltfestspiele der Jugend in Ostberlin zu sprengen, indem sie gefälschte Einladungen, falsche Zusagen über freie Unterkunft und Verpflegung und falsche Absagen verschickten. Sie attackierten Teilnehmer mit Sprengstoff und Brandbomben und beschädigten ihre Fahrzeuge. Sie setzten eine Holzbrücke über eine wichtige Autobahn, die zum Festivalgelände führte, in Brand.
- ☞ Sie fälschten und verteilten große Mengen an Lebensmittelmarken – zum Beispiel über 55.000 Kilogramm Fleisch –, um Verwirrung, Engpässe und Verbitterung zu schüren.
- ☞ Sie verschickten gefälschte Steuerbescheide und andere offizielle Anordnungen und Dokumente, um Unordnung und Ineffizienz in der Industrie und bei den Gewerkschaften zu fördern.
- ☞ Sie »leisteten« Ostdeutschen, die am 17.06.1953 einen Aufstand inszenierten, »erheblichen Vorschub.« Während und nach dem Aufstand übertrug der amerikanische Radiosender in Westberlin, RIAS (Radio In the American Sector), Hetzsendungen in die DDR, mit denen die Bevölkerung aufgestachelt wurde, sich der Staatsgewalt zu widersetzen. RIAS sendete auch an Zeugen in mindestens einem Strafverfahren in der DDR, das vom Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen der Sowjetzone verfolgt wurde, die Warnung, sie würden von dem Ausschuß auf seine Liste der »angeklagten Personen« gesetzt, falls sie lügen.

Obwohl Hunderte von amerikanischen Agenten von den Behörden der DDR gefaßt und vor Gericht gestellt wurden, verschaffte doch die Leichtigkeit, mit der sie ohne Sprachbarriere zwischen den Sektoren hin- und herwechseln und viele Unternehmen infiltrieren konnten, der CIA Möglichkeiten, die anderweitig in Osteuropa nicht zu finden waren.

Die ganzen 1950er-Jahre hindurch erhoben die Bürger der DDR und die Sowjetunion wiederholt Klage bei den früheren Verbündeten der Sowjetunion im Westen und bei den Vereinten Nationen wegen einzelner Sabotage- und Spionageaktivitäten und forderten die Schließung von Büros in der BRD, welche nach ihrer Kenntnis dafür verantwortlich waren und deren Namen und Adressen sie beibrachten. Schließlich sahen sich die Ostdeutschen gezwungen, die Bedingungen für die Einreise aus dem Westen zu verschärfen.

Der Westen schwächte den Osten auch mit einer gewaltigen Kampagne zur Abwerbung von ostdeutschen Akademikern und Facharbeitern. Dies führte schließlich zu einer ernstesten Arbeitskräfte- und Produktionskrise im Osten und im August 1961 zum Bau der berühmtesten Berliner Mauer.

Während sie Kommandounternahmen gegen die DDR durchführten, waren die amerikanischen Behörden und ihre deutschen Agenten offensichtlich davon überzeugt, daß die Sowjetunion aggressive Pläne gegen sie hatte; vielleicht ein Schulbuchbeispiel einer Projektion. Am 08.10.1952 enthüllte der damalige Ministerpräsident Georg August Zinn im hessischen Landtag, daß die Vereinigten Staaten eine zivile Untergrundarmee in seinem Land geschaffen hatten, die einer russischen Invasion Widerstand leisten sollte.

Diese Partisanentruppe mit einer Mitgliederzahl zwischen 1.000 und 2.000 Mann nannte sich »Technischer Dienst des Bundes Deutscher Jugend.« Diese Jugendorganisation wurde später von der *New York Times* so charakterisiert: »Eine rechtsgerichtete Jugendgruppe, deren Mitglieder häufig wegen extremistischer Aktivitäten vor Gericht gestellt wurden« (eine Anspielung auf die oben geschilderten terroristischen Taktiken). Die Mitglieder des Technischen Dienstes waren jedoch kaum als Jugendliche zu bezeichnen, denn es stellte sich heraus, daß sie alle zwischen 35 und 50 Jahre alt und, wie Zinn sagte, »ehemalige Offiziere der Luftwaffe, des Heeres und der Waffen-SS« waren.

Mehr als ein Jahr lang waren sie in kleinen Gruppen auf einem abgeschiedenen Grundstück im Odenwald und in einer Einrichtung des US-Militärs von Amerikanern im Gebrauch von leichten Infanteriewaffen und in der Handhabung und Anwendung von Sprengmitteln unterwiesen sowie »politisch geschult« worden.

Der »Abwehrdienst« des Technischen Dienstes, so deckte der Ministerpräsident auf, hatte Listen und Karteiblätter über Personen angelegt, welche »kaltgestellt« werden sollten, wenn die sowjetischen Panzer anfangen zu rollen. Diese Unterlagen, welche eine Personalbeschreibung und einen eingehenden politischen Lebenslauf enthielten, betrafen etwa 200 führende Sozialdemokraten (darunter auch Zinn), 15 Kommunisten und etliche andere, die alle als »politisch unzuverlässig« galten und als Gegner der Remilitarisierung der BRD bekannt waren. Anscheinend war bereits die Unterstützung der friedlichen Koexistenz und der Entspannungspolitik gegenüber dem Ostblock ausreichend, damit jemand auf die Todesliste kam, denn auf dem Ausbildungsgelände war ein Mann getötet worden, der beschuldigt worden war, ein »Brückenbauer zwischen dem Osten und dem Westen« zu sein. Dieser Mord war es, der dann die ganze Operation auffliegen ließ.

Die Vereinigten Staaten gestanden ihre Rolle beim Aufbau und der Ausbildung der Partisanenarmee ein, wiesen aber jegliche Beteiligung an den »illegalen, internen und politischen Aktivitäten« der Organisation von sich. Zinn berichtete allerdings, daß die Amerikaner bereits im Mai von der Verschwörung Kenntnis erlangt, die Gruppe jedoch erst im September aufgelöst hatten, als einige Führer der Gruppe festgenommen worden waren. Dem Amerikaner, der die Ausbildungslehrgänge geleitet hatte, waren irgendwann »Durchschläge der Karteiblätter übergeben worden.« Wie es scheint, teilten die US-Behörden den westdeutschen Staatsorganen zu keiner Zeit etwas von diesen Vorgängen mit.

Wie sich herausstellte, wurden die Festgenommenen schnell wieder auf freien Fuß gesetzt und die Vereinigten Staaten verhinderten jede weitere Untersuchung der Angelegenheit in der amerikanischen Besatzungszone. Zinn bemerkte hierzu:

»Die einzige juristische Erklärung für diese Freilassungen ist die Feststellung der Leute in Karlsruhe [Bundesstaatsanwaltschaft], daß sie auf amerikanische Anordnung gehandelt hätten.«⁹

Um das Aufsehen noch zu vergrößern, beschuldigte der Bundesvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei die Vereinigten Staaten der Finanzierung einer Oppositionsgruppe, welche seine Partei unterwandern und zerstören sollte. Erich Ollenhauer, dessen Name auch auf der Liste des Technischen Dienstes gefunden worden war, äußerte die Vermutung, der amerikanische Geheimdienst habe hinter dieser Verschwörung gestanden, auch wenn hochrangige US-Beamte dies entschieden verneinten.¹⁰

Die Enthüllungen über diese Untergrundarmee und ihre Todesliste brachten eine wahre Flut von Spott und Verdächtigungen hervor, welche sich aus den verschiedensten Lagern in der BRD über die Vereinigten Staaten ergoß. Insbesondere die feine Ironie, daß die Amerikaner mit »früheren« Nazis unter einer Decke steckten, entging dem hart gestraften deutschen Volk nicht.

Die Operation in der BRD war, wie man Jahre später feststellte, Teil einer größeren Verschwörung – mit Namen »Operation Gladio« – des CIA und anderer europäischer Geheimdienste, mit ähnlichen Untergrundarmeen überall in Westeuropa. (Vgl. das Kapitel über Westeuropa.)

Anmerkungen zu Kapitel 8

- 1 **Dean Acheson**, *Present at the Creation: My Years in the State Department* (New York, 1969), S. 260.
- 2 Ebd.
- 3 Zu einer detaillierten Darstellung des Scheiterns der Entindustrialisierung vgl. **Richard J. Barnett**, *ALLIES: AMERICA, EUROPE AND JAPAN SINCE THE WAR* (London, 1984), S. 33-39.
- 4 **Dwight Eisenhower**, *THE WHITE HOUSE YEARS: MANDATE FOR CHANGE, 1953-1956* (New York, 1963), S. 79-80.
- 5 *New York Times*, 06.11.1952, S. 3.
- 6 *Democratic German Report*, 13.02.1953. Näheres zu dieser Publikation vgl. Anm. 8.
- 7 **Victor Marchetti** und **John Marks**, *THE CIA AND THE CULT OF INTELLIGENCE* (New York, 1975), S. 147.
- 8 Zum Sabotage- und Unterwanderungsfeldzug vgl. a) *Democratic German Report*, verschiedene Ausgaben von 1952 bis 1957 (im jeweiligen Jahresregister unter »Sabotage«, »Espionage« zu finden). Es handelte sich um ein kleines, vierzehntätig erscheinendes englischsprachiges Nachrichtenmagazin, das von **John Peet**, einem Briten, der früher Chefkorrespondent der Nachrichtenagentur Reuters in Westberlin gewesen war, herausgegeben wurde; b) Die Zeitschrift *Nation's Business* (veröffentlicht von der Handelskammer der Vereinigten Staaten), April 1952, S. 25-27, 68-69, erörtert etliche der benutzten Taktiken; c) **Sanche de Gramont**, *THE SECRET WAR* (New York, 1963), S. 479-480; d) *The New Yorker*, 08.09.1951, ein Artikel über den Untersuchungsausschuss-Freiheitlicher Juristen der Sowjetzone; e) *The Nation* (New York), 24.06.1961, S. 551-552; f) **Andrew Tully**, *CIA: THE INSIDE STORY* (Fawcett, New York, 1962), S. 133-134 (zu den Aktivitäten der CIA beim Aufstand vom 17. Juni in Ostdeutschland); g) *Saturday Evening Post*, 06.11.1954, S. 64. Der Artikel bezieht sich auf das von der CIA unterstützte Entgleisenlassen von Zügen und die Sprengung einer Eisenbahnbrücke in Ostdeutschland sowie die Förderung von Fabriksabotage in nicht näher bezeichneten osteuropäischen Ländern. Der Artikel war Teil einer Serie über die CIA, die in Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst entstand. [Vgl. **Jonathan Kwitny**, *ENDLESS ENEMIES: THE MAKING OF AN UNFRIENDLY WORLD* (New York, 1984), S. 165.]
- 9 Zur Untergrundarmee, zur Todesliste usw. vgl. a) *Newsweek*, 20.10.1952, S. 42; b) *New York Times*, 09.10.1952, S. 8; 10.10.1952, S. 3, unter der bemerkenswerten Schlagzeile: »German Saboteurs Betray U. S. Trust« [Deutsche Saboteure mißbrauchen das Vertrauen der USA]; 12.10.1952, S. 14; c) *Der Spiegel*, 15.10.1952, S. 6-8; d) *Democratic German Report*, 15. und 24.10.1952; 21.11.1952.
- 10 *New York Times*, 14.10.1952, S. 13

9 Der Iran 1953

Für den König der Könige wird gesorgt

»So werden wir also diesen Irren Mossadegh los«, erklärte John Foster Dulles einer Gruppe von hochrangigen Washingtoner Entscheidungsträgern an einem Tag im Juni 1953.¹ Der Außenminister hielt den von Kermit (Kim) Roosevelt von der CIA erstellten Plan für eine Operation zum Sturz des iranischen Ministerpräsidenten in der Hand. Es gab kaum eine Diskussion unter den mächtigen Männern in dem Raum, keine Nachfragen, keine rechtlichen oder ethischen Bedenken. Später schrieb Roosevelt:

»Dies war eine schwere Entscheidung. Sie war mit enormen Risiken verbunden. Sicher, es bedurfte gründlicher Überlegungen und genauester Abwägungen auf der höchsten Ebene, was auf diese Treffen noch nicht geschehen war. Und in der Tat, hätten die Anwesenden offen sprechen können oder den Mut gehabt, sich zu äußern, würde ich mit Sicherheit fast die Hälfte das Unternehmen aus moralischen Gründen abgelehnt haben.«²

Der Blick Roosevelts, eines Enkels von Theodore und entfernten Verwandten von Franklin, den beiden früheren Präsidenten, drückte eher Überraschung als Enttäuschung aus, als er die Elite der für die amerikanische Außenpolitik Zuständigen in ihrer ganzen Erbärmlichkeit betrachtete.

Die ursprüngliche Initiative zur Auslöschung Mossadeghs war von den Briten ausgegangen, da der alte iranische Staatsmann ein Anführer der Gesetzesvorlage für die Verstaatlichung der in britischer Hand befindlichen Anglo-Iranian Oil Company, der einzigen im Iran tätigen Erdölgesellschaft, gewesen war. Im März 1951 wurde das Gesetz über die Verstaatlichung verabschiedet, und Ende April wurde Mossadegh von einer großen Mehrheit im Parlament zum Ministerpräsidenten gewählt. Am 01.05.1951 trat die Verstaatlichung in Kraft. Das iranische Volk, so erklärte Mossadegh, »öffnet eine verborgenen Schatzkammer, die von einem Drachen bewacht wird.«³

Wie der Ministerpräsident vorausgesehen hatte, nahmen die Briten die Verstaatlichung nicht wie gute Verlierer hin, obwohl diese sowohl aus Gründen der wirtschaftlichen Gerechtigkeit als auch des Nationalstolzes einstimmig vom iranischen Parlament und der überwältigenden Mehrheit des iranischen Volkes unterstützt wurde. Die Regierung Mossadeghs versuchte alles, um die Briten zu besänftigen: Sie bot 25 Prozent der Reingewinne aus dem Ölgeschäft als Entschädigung an; sie garantierte die Sicherheit und die Arbeitsstellen der britischen Beschäftigten; und sie war willens, ihr Öl ohne Protest an das Kontrollsystem zu verkaufen, das den Ölmultis so sehr am Herzen lag. Aber die Briten wollten nichts davon wissen. Sie wollten schlicht und einfach ihre Erdölgesellschaft zurück. Und sie forderten den Kopf Mossadeghs. Ein Knecht brüskiert seinen Herrn nicht ungestraft!

Einer Demonstration militärischer Stärke durch die britische Marine folgten eine unbarmherzige internationale Wirtschaftsblockade und ein weltweiter Wirtschaftsboykott sowie ein Einfrieren des iranischen Vermögens im Ausland. Dies brachte die Ölexporte des Irans und seinen Außenhandel faktisch zum Stillstand, trieb das bereits verarmte Land an den Rand der Not und machte die Zahlung jeglicher Entschädigungssummen unmöglich. Nichtsdestoweniger forderten die Briten nach einiger Zeit – inzwischen waren sie bereits darangegangen, Mossadegh auszuschalten – eine Entschädigung, und zwar nicht nur für das Sachvermögen der Anglo-Iranian Oil Company, sondern auch den Gegenwert für die Erschließung der Ölfelder. Dieser Forderung konnte unmöglich entsprochen werden, und in den Augen der iranischen Nationalisten war dies durch die riesigen britischen Profite aus den vorangegangenen Jahrzehnten bereits um ein Mehrfaches abgegolten.

Der britische Versuch zur wirtschaftlichen Strangulation des Iran hätte nicht ohne die aktive Kooperation und Unterstützung durch die Regierungen von Truman und Eisenhower wie auch der amerikanischen Erdölgesellschaften in Gang kommen können. Andererseits, so hielt die Truman-Regierung den Briten vor, könnte der Sturz Mossadeghs den Weg zur sprichwörtlichen Machtergreifung der Kommunisten ebnen.⁴ Als die Briten später aus dem Iran vertrieben wurden, hatten sie jedoch keine andere Alternative, als sich um Unterstützung zum Sturz Mossadeghs an die Vereinigten Staaten zu wenden. Im November 1952 kontaktierte die Churchill-Regierung Roosevelt, den De-facto-Leiter der Abteilung des CIA für den Nahen Osten, der den Briten mitteilte, nach seinem Gefühl gebe es »keine Chance, die Zustimmung der aus dem Amt scheidenden Regierung von Truman und Acheson zu gewinnen.

»Die neue republikanische Regierung könnte ganz anders sein.«⁵

John Foster Dulles war mit Sicherheit anders. Der apokalyptische Antikommunist sah in Mossadegh den Inbegriff all dessen, was er an der Dritten Welt verabscheute: die unmißverständliche Neutralität im Kalten Krieg, die Duldung der Kommunisten und die mangelnde Achtung vor der freien Marktwirtschaft, wie sie in der Verstaatlichung von Erdölgesellschaften zum Ausdruck kam. (Ironischerweise hatte Großbritannien in den Jahren zuvor eine Reihe seiner Schlüsselindustrien verstaatlicht, und die Regierung war der Haupteigner der Anglo-Iranian Oil Company.) Für Leute wie John Foster Dulles war der exzentrische Dr. Mohammed Mossadegh in der Tat ein Verrückter. Und als der Außenminister weiter nachdachte und den außergewöhnlichen Ölreichtum des Iran sowie seine gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion von mehr als 1.600.000 Kilometer in Betracht zog, quälte er sich nicht länger mit der Entscheidung herum, den iranischen Ministerpräsidenten für immer aus dem staatlichen Leben des Landes zu entfernen.

Wie sich herausstellte, war der Sturz Mossadeghs im August des Jahres 1953 viel eher ein amerikanisches als ein britisches Unternehmen. Sechszwanzig Jahre später unternahm Kermit Roosevelt den ungewöhnlichen Schritt, ein Buch darüber zu schreiben, wie er und die CIA die Operation ausführten. Er nannte es COUNTERCOUP, also Gegenputsch, um die Vorstellung durchzusetzen, der Staatsstreich der CIA sei nur deshalb durchgeführt worden, um eine Machtübernahme durch die iranische Kommunistische Partei (die Tudeh-Partei), die hauptsächlich von der Sowjetunion unterstützt wurde, zu verhindern. Roosevelt behauptet also, Mossadegh hätte entfernt werden müssen, um eine Machtübernahme der Kommunisten zu verhindern, während die Truman-Regierung gemeint hatte, Mossadegh sollte an der Macht gehalten werden, um gerade dies zu verhindern.

Es wäre nicht richtig, wenn man sagte, Roosevelt lege wenig Beweismaterial vor, um seine These von einer kommunistischen Gefahr zu stützen. Genauer gesagt, er hatte überhaupt kein Beweismaterial vorlegt. Stattdessen setzte er dem Leser Behauptungen für die These vor, die er immer und immer wiederholte, anscheinend im Glauben, daß eine ausreichende Wiederholung auch den größten Skeptiker überzeugen würde. Wir werden also mit Variationen des Themas wie etwa den folgenden traktiert:

»Die sowjetische Bedrohung [war] in der Tat real, gefährlich und unmittelbar« [...] Mossadegh »hatte eine Allianz geschmiedet« mit der Sowjetunion, um den Schah zu stürzen [...] »die offensichtlich drohende russische Machtergreifung« [...] »das Bündnis zwischen [Mossadegh] und der von Rußland dominierten Tudeh-Partei nahm ein bedrohliches Ausmaß an« [...] Mossadeghs »wachsende Abhängigkeit von der Sowjetunion« [...] »die Hand der Tudeh, und hinter ihr die der Russen, zeigt sich Tag für Tag immer offener« [...] »die russische Unterstützung der Tudeh-Partei und die Unterstützung der Tudeh-Partei für [Mossadegh] wurden immer stärker deutlich« [...] die Sowjetunion war »immer stärker aktiv im Iran. Ihre Kontrolle über die Führer der Tudeh-Partei wurde ständig größer. Sie übte sie wiederholt und, in unseren Augen, mit wohlüberlegter Prahlerei aus.«⁶

Aber anscheinend war keine einzige dieser umstürzlerischen und bedrohlichen Handlungen jemals so offensichtlich, augenfällig oder prahlerisch, um Roosevelt auch nur ein einziges Beispiel zu liefern, das er uns hätte weitergeben können.

Obwohl die Tudeh-Partei mehr oder weniger vertrauensvoll dem wechselhaften Kurs Moskaus gegenüber dem Iran folgte, war die Beziehung der Partei zu Mossadegh in der Realität bedeutend komplexer, als Roosevelt und die anderen Chronisten des Kalten Krieges es wahrhaben wollten. Die Tudeh-Partei hatte sehr gemischte Gefühle gegenüber dem wohlhabenden und exzentrischen Großgrundbesitzer und Ministerpräsidenten, der nichtsdestoweniger gegen den Imperialismus eintrat. Dean Acheson, Trumans Außenminister, beschrieb Mossadegh als einen »im Wesentlichen reichen, reaktionären, feudalen gesinnten Perser«,⁷ also kaum der typische Mitläufer einer kommunistischen Partei.

Von Zeit zu Zeit hatte die Tudeh-Partei Mossadeghs Politik unterstützt. Viel öfter aber hatte sie ihn scharf angegriffen, und einmal, am 15.07.1951, war sogar eine von der Tudeh-Partei getragene Demonstration brutal von Mossadegh unterdrückt worden, wobei es 100 Tote und 500 Verletzte gegeben hatte. Außerdem war der iranische Führer erfolgreich gegen die andauernde sowjetische Besetzung des iranischen Nordens nach dem Zweiten Weltkrieg vorgegangen und hatte im Oktober 1947 das Parlament angeführt, als es einen Regierungsantrag zurückwies, nach dem eine gemeinsame sowjetisch-iranische Erdölgesellschaft für die Ausbeutung der Ölvorkommen im Norden des Landes geschaffen werden sollte.⁸

Und was hätte Mossadegh eigentlich gewinnen können, wenn er etwas von seiner Macht der Tudeh-Partei und/oder der Sowjetunion überlassen hätte? Auch die Vorstellung, die Sowjets hätten tatsächlich gewünscht, die Tudeh-Partei solle die Macht übernehmen, ist nichts anderes als Spekulation. Es gab genauso viel bzw. genauso wenig Beweismaterial, das darauf schließen läßt, daß die Sowjets auch dieses Mal mehr um ihr Verhältnis zum Westen besorgt waren als um das Schicksal einer kleinen lokalen kommunistischen Partei in einem Land außerhalb des Ostblocks.

In einem Geheimdienstbericht des Außenministeriums vom 09.01.1953, also aus den letzten Tagen der Truman-Regierung, wird festgestellt, daß Mossadegh keinerlei Bündnis mit der Tudeh-Partei gesucht hatte, und daß »der Hauptwiderstand gegen die Nationale Front [Mossadeghs Regierungskoalition] aus der Oberschicht auf der einen und von der Tudeh-Partei auf der anderen Seite stammt.«⁹

Die Tudeh-Partei war im Jahre 1949 verboten worden, und Mossadegh hatte das Verbot nicht aufgehoben, auch wenn er der Partei wegen seiner demokratischen Überzeugungen zumindest bis zu einem gewissen Ausmaß gestattete, offen zu agieren. Auch hatte er einige Sympathisanten der Tudeh auf Posten in seinem Regierungsapparat berufen.

Nach den in dem Bericht des Außenministeriums wiedergegebenen Beobachtungen entsprachen viele Ziele der Tudeh-Partei denen der Nationalen Front, aber der Bericht stellt auch klar:

»Ein offener Schritt der Tudeh-Partei zur Übernahme der Macht würde wahrscheinlich Unabhängige und Antikommunisten aller politischen Strömungen einen und in energische Bemühungen münden, die Tudeh-Partei mit Gewalt zu zerstören.«¹⁰

Die Nationale Front war selbst eine Koalition extrem unterschiedlicher politischer und religiöser Elemente, mit dem Einschluß von rechtsextremen Antikommunisten, die nur durch die Achtung vor Mossadeghs persönlichem Charakter und seiner Ehrenhaftigkeit sowie durch nationalistische Gefühle, insbesondere in Bezug auf die Verstaatlichung des Erdöls, zusammengehalten wurde. Im Jahre 1979, als man Kermit Roosevelt zu diesem Bericht des Außenministeriums befragte, antwortete er:

»Ich weiß nicht, was ich davon halten soll. Loy Henderson [der amerikanische Botschafter im Iran im Jahre 1953] dachte, es bestünde die ernsthafte Gefahr, daß Mossadegh den Iran in der Tat einer sowjetischen Vorherrschaft ausliefern würde.«¹¹

Obwohl vor allem er die treibende Kraft hinter dem Staatsstreich war, wollte Roosevelt nun die Schuld einem anderen zuschieben, und zwar einem Mann, der, wie wir im Kapitel über den Nahen Osten sehen werden, zu schwarzseherischen Aussagen über »kommunistische Machtübernahmen« neigte.

Was würde wohl Roosevelt – oder auch jeder andere – mit einer Aussage von John Foster Dulles vor einem Ausschuß des Senats im Juli 1953, als die Operation zur Ausschaltung Mossadeghs bereits im Gange war, angefangen haben. Wie die Presse berichtete, sagte der Außenminister aus, »daß es ›keine wirklichen Belege‹ gab, aus denen man hätte ableiten könnte, der Iran wolle mit der Sowjetunion zusammenarbeiten. Im Großen und Ganzen, so fügte er hinzu, überwiegt die islamische Opposition gegen den Kommunismus, obwohl die iranische Regierung manchmal auf die Unterstützung durch die Tudeh-Partei, welche kommunistisch ist, angewiesen zu sein scheint.«¹²

Der junge Schah von Persien war von Mossadegh und durch die politischen Ereignisse im Iran auf kaum mehr als eine passive Rolle beschränkt worden. Seine Macht war bis zu einem Punkt beschnitten worden, daß er »unfähig zu unabhängigem Handeln« war, stellt der Geheimdienstbericht des Außenministeriums fest. Mossadegh drang darauf, die Kontrolle über die Streitkräfte und größere Entscheidungsgewalt über die Ausgaben des Kaiserhofs zu bekommen, und der unerfahrene und unentschlossene Schah – der »König der Könige« – zögerte wegen dessen Popularität, offen gegen den Ministerpräsidenten Stellung zu beziehen.

Der tatsächliche Ablauf der von Roosevelt angezettelten Ereignisse, die ihren Höhepunkt in der Machtergreifung des Schahs fanden, erscheint im Rückblick ziemlich einfach, ja fast natürlich und hatte in keiner Weise etwas mit Glück zu tun. Der erste Schritt bestand darin, dem Schah zu versichern, daß Eisenhower und Churchill bei seinem Kampf um die Macht mit Mossadegh hinter ihm stünden und gewillt wären, das, was er auch immer an militärischer und politischer Unterstützung brauchen sollte, zur Verfügung zu stellen. Roosevelt wußte nicht wirklich, was Eisenhower in Bezug auf die Operation empfand oder was genau er darüber wußte, und ging deshalb so weit, daß er eine Botschaft des Präsidenten an den Schah fabrizierte, in welcher er ihm seine Unterstützung zum Ausdruck brachte.¹³

Gleichzeit überredet man den Schah dazu, kaiserliche Dekrete zu erlassen, mit denen Mossadegh als Ministerpräsident entlassen und durch einen gewissen Fazlollah Zahedi, einen General, der während des Krieges von den Briten wegen seiner Kollaboration mit den Nazis ins Gefängnis gesteckt worden war, ersetzt wurde.¹⁴ Spät in der Nacht des 14. auf den 15. August 1953 brachte der Emissär des Schahs die kaiserlichen Dekrete zum Haus Mossadeghs, das von Truppen umstellt war. Es überrascht nicht, daß er sehr kühl empfangen wurde und man ihn nicht einließ, damit er den Ministerpräsidenten sprechen konnte. Stattdessen mußte er das Dekret einem Diener übergeben, der eine Empfangsbestätigung für das Stück Papier unterzeichnete, mit welchem sein Herr entlassen werden sollte. Und es überrascht genauso wenig, daß Mossadegh nicht zurücktrat. Der Ministerpräsident, der darauf bestand, daß allein das Parlament das Recht hatte, ihn zu entlassen, erklärte in einer Radioansprache am folgenden Morgen, daß der Schah, von »ausländischen Elementen« ermutigt, einen Staatsstreich versucht hatte. Mossadegh erklärte dann, er sehe sich deshalb gezwungen, selbst die volle Macht zu übernehmen. Er brandmarkte Zahedi als Verräter und versuchte, ihn verhaften zu lassen, aber der General war von Roosevelts Mannschaft versteckt worden.

Der Schah, der befürchtete, alles sei verloren, floh mit seiner Kaiserin über Bagdad nach Rom, nachdem er gerade noch einen Koffer hatte packen können. Roosevelt, der sich davon nicht abschrecken ließ, ging in die Offensive und ordnete die Vervielfältigung des kaiserlichen Dekrets an, um es in der Öffentlichkeit verteilen zu lassen. Außerdem schickte er zwei seiner iranischen Agenten zu wichtigen Militärbefehlshabern, um sie um Unterstützung zu ersuchen. Es scheint, daß dieser ausschlaggebende Schritt bis zur letzten Minute hinausgezögert wurde, ja fast ein nachträglicher Einfall war. In der Tat war einer der beiden Iraner erst am gleichen Tag für diese Sache angeworben worden, und er war es erst, der einen iranischen Oberst, der Panzer und Panzerwagen unter seinem Kommando hatte, zur militärischen Unterstützung gewinnen konnte.¹⁵

Vom 16.08.1953 an fand in der Hauptstadt Teheran eine von der Nationalen Front organisierte Massenkundgebung statt, bei der Mossadegh unterstützt und der Schah und die Vereinigten Staaten angegriffen wurden. Roosevelt nennt die Demonstranten bloß »die

Tudeh-Partei, mit starker russischer Unterstützung.« Auch in diesem Fall kann er keinerlei Belege für seine Behauptung anführen. Die *New York Times* bezeichnete sie als »Tudeh-Partisanen und nationalistische Extremisten«, wobei sich der letztere Ausdruck auf Personen aus einem weiten Spektrum politischer Tendenzen anwenden ließ.¹⁶

Unter den Demonstranten befanden sich auch etliche Personen, die für die CIA arbeiteten. Nach **Richard Cottam**, einem amerikanischen Wissenschaftler und Schriftsteller, von dem es heißt, er sei zur jener Zeit für die CIA in Teheran tätig gewesen, wurden diese Agenten »auf die Straßen« geschickt, »um sich so zu verhalten, als gehörten sie der Tudeh-Partei an. Es waren mehr als bloße Provokateure, es waren Stoßtrupps, die sich aufführten, als seien sie Tudeh-Leute und Steine auf Moscheen und Priester warfen«, um die Tudeh-Partei und damit Mossadegh als religionsfeindlich abzustempeln.¹⁷

Während der Demonstrationen erhob die Tudeh-Partei ihre bekannte Forderung nach Gründung einer demokratischen Republik. Sie appellierten an Mossadegh, eine Volksfront zu bilden und sie selbst mit Waffen auszustatten, damit sie sich gegen den Staatstreue verteidigen könnten, aber der Ministerpräsident weigerte sich.¹⁸ Stattdessen befahl er am 18. August der Polizei und der Armee, die Demonstrationen der Tudeh-Partei zu beenden, was auch unter Einsatz beträchtlicher Gewalt geschah. Nach den Berichten von Roosevelt und Botschafter Henderson unternahm Mossadegh diesen Schritt nach einem Treffen mit Henderson, in welchem der Botschafter darüber geklagt hatte, US-Bürger seien von Seiten der Iraner erheblichen Belästigungen ausgesetzt gewesen. Beide Amerikaner lassen offen, ob es diese Belästigungen tatsächlich gegeben hat oder ob man sie für diese Gelegenheit erfunden hatte. Jedenfalls sagte Henderson zu Mossadegh, er sehe sich gezwungen, alle Amerikaner anzuweisen, den Iran zu verlassen, wenn diese Belästigungen nicht aufhörten. Mossadegh, so Henderson, bat ihn, dies nicht zu tun, weil durch eine Evakuierung der Amerikaner der Anschein erweckt würde, die Regierung sei unfähig, das Land zu regieren, auch wenn der Ministerpräsident andererseits die CIA beschuldigte, hinter den kaiserlichen Dekreten zu stecken.¹⁹ (Die Zeitung der Tudeh-Partei forderte zu dieser Zeit, die Ausweisung der »interventionistischen« amerikanischen Diplomaten.)²⁰

Was auch immer Mossadeghs Motivation gewesen sein mag, sein Handeln stand auch dieses Mal in scharfem Gegensatz zu der Behauptung, er sei mit der Tudeh-Partei verbündet gewesen oder die Partei hätte die Möglichkeit gehabt, nach der Macht zu greifen. Und in der Tat ging die Tudeh-Partei nicht wieder auf die Straße.

Am folgenden Tag, dem 19. August, veranstalteten Roosevelts iranische Agenten einen Marsch durch Teheran. Mit einer Kriegskasse von etwa einer Million Dollar, die in einem Safe in der amerikanischen Botschaft deponiert worden war, hatten die »außergewöhnlich fähigen ›Veranstalter‹«, wie Roosevelt sie nannte, keine Schwierigkeiten, sich einen Mob zusammenzukaufen, wobei sie wahrscheinlich nur einen kleinen Teil der Gelder verbrauchten. (Nach den verschiedenen Berichten über die Rolle der CIA im Iran gab der Geheimdienst zwischen 10.000 und neunzehn Millionen Dollar aus, um Mossadegh zu stürzen. Die größeren Summen beruhen auf Berichten, nach denen die CIA in erheblichem Ausmaß Parlamentsabgeordnete und andere einflußreiche Iraner bestach, um ihre Unterstützung gegen den Ministerpräsident zu gewinnen.)

Schon bald konnte man beobachten, wie eine Reihe von Menschen, die von Zirkusleuten und Sportlern angeführt wurden, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erwecken, aus dem alten Basar kam. Die Marschierer schwenkten Fahnen und riefen »Lang lebe der Schah!« An den Seiten der Marschlinie verteilten Männer iranische Münzen mit dem Porträt des Schahs. Während ihres Marsches erhielten die Demonstranten Zulauf von Menschen, die sich einreihen und in die Sprechchöre einstimmten, zweifellos aus einer Vielzahl von politischen und persönlichen Motiven. Die psychologische Waage hatte sich zu Ungunsten von Mossadegh geneigt.

Entlang des Wegs scherten Menschen aus den Reihen aus und griffen die Büros der mossadeghfreundlichen Zeitungen und politischen Parteien an. Unverzüglich unterbrach eine Stimme Radio Teheran und verkündete: »Die Anordnung des Schahs, Mossadegh

zu entlassen, wurde ausgeführt. Der neue Ministerpräsident, Fazlollah Zahedi, ist jetzt im Amt. Und Seine Kaiserliche Hoheit ist auf dem Heinweg!«

Das war eine Lüge oder, wie Roosevelt vorschlug, eine »Vor-Wahrheit.« Erst dann fuhr er los, um Zahedi aus seinem Versteck zu holen. Unterwegs traf er überraschenderweise auf den Befehlshaber der Luftwaffe, der unter der Masse der Marschierer war. Roosevelt befahl dem Offizier, einen Panzer herbeizuschaffen, um Zahedi in angemessener Manier zu Mossadegh schaffen zu können.²¹

Kermit Roosevelt möchte dem Leser gerne weismachen, damit sei alles vorbei gewesen und man habe jetzt nur noch den Champagner entkorken und in Hochrufe ausbrechen müssen: Mossadegh war geflohen, Zahedi hatte die Macht ergriffen und der Schah war angewiesen worden, zurückzukommen – ein dramatischer, freudiger und friedlicher Triumph des Volkswillens. Unerklärlicherweise vergißt er völlig zu erwähnen, daß an diesem Tag in den Straßen Teherans und vor dem Haus Mossadeghs eine neunstündige Schlacht zwischen Soldaten, die loyal zu dem gewählten Ministerpräsidenten standen, und solchen, die Zahedi und den Schah unterstützten, tobte. Rund 300 Personen wurden getötet und weitere Hunderte verwundet, bevor Mossadegh schließlich besiegt war.²²

Roosevelt vergißt auch völlig den Beitrag der Briten an der ganzen Operation zu erwähnen, was die Leute vom MI6, dem britischen Gegenstück zur CIA, erheblich ärgerte, denn sie machten geltend, auch sie und ebenso Mitarbeiter der Anglo-Iranian Oil Company, örtliche Geschäftsleute und andere Iraner hätten eine Rolle bei den Geschehnissen gespielt. Worin aber genau diese Rolle bestand, darüber wurde Stillschweigen bewahrt.²³

Auch die amerikanische Militärmission im Iran bestand auf ihrem Anteil an der Aktion, wie Generalmajor George C. Stewart später vor dem Kongreß aussagte:

»Nun, als diese Krise eintrat und die Sache kurz vor dem Scheitern stand, verstießen wir gegen unsere normalen Kriterien, und unter anderem versorgten wir unverzüglich die Armee, wie bei einem Notfall, mit Decken, Stiefeln, Uniformen, Generatoren und medizinischen Geräten und Medikamenten, so daß eine Stimmung entstand, in der sie den Schah unterstützen konnten. Die Gewehre, die sie in Händen hielten, die Lastwagen, mit denen sie fuhren, die Panzerwagen, die sie durch die Straßen lenkten, und die Funkanlagen, mit denen sie die Verbindung untereinander aufrechterhalten konnten, all dies wurde vom militärischen Hilfsprogramm bereitgestellt.«²⁴

Der letzte Teil der Aussage des Generals dürfte vermutlich auch für die andere Seite gelten. Kennett Love, ein Reporter der *New York Times*, der sich während der entscheidenden Tage im August in Teheran aufhielt, schrieb:

»Es ist denkbar, daß die Sache an diesem Tag anders ausgegangen wäre, hätte die Tudeh-Partei auf Seiten der Antiroyalisten eingegriffen. Aber aus irgendeinem Grund hielten sie sich vollständig aus dem Konflikt heraus. Meine persönliche Vermutung ist, daß die Tudeh-Partei von der Sowjetbotschaft gestoppt worden war, weil der Kreml im ersten Jahr nach Stalin nicht gewillt war, die Folgen, die mit einem von Kommunisten gesteuerten Regime in Teheran verbunden gewesen wären, auf sich zu nehmen.«

Loves Ansichten, die in einem Dokument enthalten sind, das er im Jahre 1960 verfaßte, könnten gut auf Informationen aus dem CIA basieren. Wie er selbst zugab, stand er in Teheran in engem Kontakt mit dem Geheimdienst und half ihm sogar bei seiner Operation.²⁵

Einige Zeit zuvor hatte die *New York Times* berichtet:

»Nach übereinstimmender Ansicht von unparteiischen Beobachtern in Teheran ist Mossadegh der populärste Politiker im Land.«

Während eines Zeitraums von mehr als 40 Jahren im öffentlichen Leben hatte Mossadegh »sich den Ruf eines aufrichtigen Patrioten erworben.«²⁶

Im Juli hatte der Direktor für iranische Angelegenheiten im Außenministerium bekundet, daß »Mossadegh eine solch unglaubliche Herrschaft über die Volksmassen habe, so daß es sehr schwer sein dürfte, ihn zu entfernen.«²⁷

Einige Tage später füllten sich die Straßen von Teheran mit »mindestens 100.000« Menschen, welche ihre starken antiamerikanischen und gegen den Schah gerichteten Gefühle zum Ausdruck bringen wollten. Auch wenn die Demonstrationen von der Tudeh-Partei veranstaltet worden waren, so übertraf ihre Teilnehmerzahl bei weitem die geschätzte Anhängerzahl der Partei.²⁸

Aber Popularität und unbewaffnete Massen zählten wenig, denn analysiert man die Ereignisse im Nachhinein, so war Teheran Zeuge einer militärischen Machtprobe, die auf beiden Seiten von Soldaten ausgeführt wurde, die gehorsam den Befehlen einer Handvoll Offiziere folgten, von denen einige bei der Wahl der richtigen Seite ihre Karriere und ihre Ambitionen aufs Spiel setzten, während andere stärker ideologisch motiviert waren. Die *New York Times* charakterisierte die plötzliche Wendung von Mossadeghs Glück als »nichts anderes als eine Meuterei gegen Offiziere, die auf der Seite Mossadeghs standen« durch »die niederen Ränge«, die den Schah verehrten, brutal die Demonstration vom Vortag unterdrückt hatten, sich aber weigerten, dasselbe am 19. August zu tun, und sich stattdessen gegen ihre Offiziere wandten.²⁹

Es ist nicht ganz klar, welche Verbindungen zwischen Roosevelt und seinen Agenten auf der einen und den schahtreuen Offizieren auf der anderen Seite schon vor den Ereignissen bestanden. In einem Interview, das Roosevelt etwa zur selben Zeit gab, als er sein Buch veröffentlichte, behauptete er, eine Anzahl von schahtreuen Offizieren hätten zur Zeit, als der Schah nach Rom floh, Zuflucht auf einem CIA-Gelände gefunden, das an die US-Botschaft grenzte.³⁰ Da Roosevelt aber diese ziemlich wichtige und interessante Entwicklung mit keinem Wort in seinem Buch erwähnt, ist diese Aussage wahrscheinlich nichts als eine weitere seiner Behauptungen, die man mit Vorsicht behandeln muß.

Wie dem auch sei, es scheint so, daß die von Roosevelts Mannschaft organisierte Demonstration am 19. August genau die Bestärkung und der Funke waren, auf welche diese Offiziere gewartet hatten. Falls das der Fall sein sollte, so zeigt sich auch hierin, wie viel Roosevelt dem Zufall überlassen hatte.

Welche Schlußfolgerungen lassen sich bezüglich der amerikanischen Absichten beim Sturz Mossadeghs im Lichte aller der fragwürdigen, widersprüchlichen und doppelzüngigen Aussagen, die immer wieder von John Foster Dulles, Kermit Roosevelt, Loy Henderson und anderen amerikanischen Beamten zu hören waren, ziehen? Die Folgen des Staatsstreichs dürften den besten Leitfaden bieten.

Die nächsten 25 Jahre war der Schah von Persien der engste Verbündete der Vereinigten Staaten in der Dritten Welt, und zwar in einem Ausmaß, daß sich der unabhängige und neutrale Mossadegh im Grabe herumgedreht haben dürfte. Der Schah lieferte sein Land im wahrsten Sinn des Wortes den US-Militärs und den amerikanischen Geheimdiensten aus, die es als eine Waffe im Kalten Krieg benutzten, als ein Fenster und Tor zur Sowjetunion: Elektronische Lausch- und Radarstellungen wurden nahe der Grenze zur Sowjetunion errichtet, amerikanische Flugzeuge benutzten den Iran als Stützpunkt für Beobachtungsflüge über die Sowjetunion, Spione wurden über die Grenze eingeschleust, und die iranische Landschaft war von amerikanischen Militäreinrichtungen überzogen. Der Iran wurde als ein lebenswichtiges Glied in der von den Vereinigten Staaten geschmiedeten Kette zur »Eindämmung« der Sowjetunion angesehen. Im September äußerte Dulles in einem Telegramm an den stellvertretenden britischen Außenminister:

»Ich denke, wir werden die gefährlichste Lücke zwischen Europa und Südasien schließen können, wenn wir gemeinsam schnell und effektiv im Iran vorgehen.«³¹

Im Februar 1955 wurde der Iran Mitglied im Bagdad-Pakt, den die Vereinigten Staaten nach den Worten von Dulles gegründet hatten, »um eine starke Bande des Widerstandes gegen die Sowjetunion zu schaffen.«³²

Ein Jahr nach dem Staatsstreich schloß die iranische Regierung einen Vertrag mit einem internationalen Konsortium von Erdölfirmen. Unter den neuen Partnern des Iran waren auch wieder die Briten, die aber die exklusiven Rechte verloren, die sie vorher innegehabt hatten, und nun nur noch mit 40 Prozent beteiligt waren. Weitere 40 Prozent gingen an amerikanische Erdölfirmen, der Rest an andere Länder. Die Briten erhielten allerdings eine außerordentlich großzügige Entschädigung für den Verlust ihres früheren Eigentums.³³

Im Jahre 1958 verließ Kermit Roosevelt die CIA und begann, unverzüglich für die Gulf Oil Company, eine der amerikanischen Erdölfirmen in dem Konsortium, zu arbeiten. Roosevelt wurde Leiter der Abteilung für Verbindungen zur US-Regierung und zu ausländischen Regierungen, und hatte in dieser Stellung die Möglichkeit, mit dem Schah Geschäfte zu machen. Im Jahre 1960 wurde er zum Vizepräsidenten der Gulf Oil Company ernannt. Anschließend gründete Roosevelt eine Beratungsfirma, Downs and Roosevelt, welche Berichten zufolge zwischen 1967 und 1970 pro Jahr 116.000 US-Dollar – Spesen nicht mitgerechnet – von der iranischen Regierung für ihre Dienste erhielt. Ein anderer Kunde, die Northrop Corporation, eine in Los Angeles beheimatete Luft- und Raumfahrtfirma, zahlte Roosevelt 75.000 Dollar im Jahr für seine Hilfe bei Geschäftsabschlüssen im Iran, in Saudi-Arabien und in anderen Ländern.³⁴ (Zu Roosevelts CIA-Verbindungen mit König Saud von Saudi-Arabien vergleiche auch das Kapitel über den Nahen Osten.)

Ein weiteres Mitglied des neuen Konsortium war die Standard Oil Company of New Jersey (jetzt Exxon), ein Kunde von Sullivan and Cromwell, der New Yorker Anwaltskanzlei, bei der John Foster Dulles lange Jahre hindurch Teilhaber war. Auch sein Bruder Allen, der Direktor der CIA, war Mitglied der Kanzlei gewesen.³⁵ Der für mehrere Zeitungen schreibende Kolumnist Jack Anderson berichtete einige Jahre später, daß die Rockefeller-Familie, welche die Standard Oil und die Chase Manhattan Bank kontrollierte, »der CIA dabei half, den Staatsstreich, durch den Mossadegh gestürzt wurde, zu arrangieren.« Anderson führt eine Reihe von Wegen auf, wie der Schah den Rockefeller seine Dankbarkeit erwies. Dazu zählten bedeutende Depots aus seinem persönlichen Vermögen bei der Chase Manhattan Bank und Siedlungen, die eine Firma der Rockefeller-Familie im Iran bauen durfte.³⁶

Die gängige »Schulbuch«-Version dessen, was im Jahre 1953 im Iran stattfand, lautet, die Vereinigten Staaten hätten – unabhängig davon, was man sonst für oder gegen die Operation vorbringen könnte – den Iran vor einer Übernahme der Macht durch die Sowjets/Kommunisten gerettet. Und doch unternahm die Sowjetunion während der zwei Jahre der amerikanischen und britischen Unterwanderung eines ihrer Nachbarländer nichts, das eine solche Prämisse stützen würde. Als die britische Marine die größte Konzentration ihrer Streitmacht seit dem Zweiten Weltkrieg in iranischen Gewässern auffuhr, unternahmen die Sowjets keine aggressiven Schritte. Und auch als Großbritannien harte internationale Sanktionen verhängte, welche den Iran in eine tiefe Wirtschaftskrise stürzten und extrem verwundbar machten, fielen die Ölfelder der bolschewistischen Bedrohung nicht zum Opfer, obwohl ihr »die gesamte Tudeh-Partei« als Agenten »zur Verfügung stand«, wie Roosevelt behauptete.³⁷ Nicht einmal angesichts des Staatsstreichs, der den deutlichen Stempel ausländischer Hände trug, unternahm Moskau keinen bedrohenden Schritt, und auch Mossadegh bat zu keinem Zeitpunkt um russische Hilfe.

Dennoch konnte man ein Jahr danach in einem Leitartikel der *New York Times* lesen: »Moskau verkaufe das Fell des Bären, bevor es ihn hätte, und dachte, Iran würde die nächste ›Volksdemokratie‹.« Gleichzeitig sprach die Zeitung mit überraschender Arroganz folgende Warnung aus:

»Unterentwickelte Länder mit reichen Vorkommen an Bodenschätzen haben jetzt eine Anschauungsstunde über den hohen Preis erhalten, den eines von ihnen zahlen muß, wenn es vor fanatischem Nationalismus durchdrehe.«³⁸

Ein Jahrzehnt später erklärte Allen Dulles feierlich, der Kommunismus hätte »die Kontrolle über den Regierungsapparat« im Iran erlangt.³⁹ Und die Wochenzeitung *Fortune*,

um nur ein Beispiel zu nennen, hielt die Story am Leben, indem sie ein weiteres Jahrzehnt danach schrieb, daß Mossadegh »mit der Kommunistische Partei des Iran, der Tudeh-Partei, ein Komplott geschmiedet hätte, um Schah Mohammed Reza Pahlawi zu stürzen und sich der Sowjetunion anzuschließen.«⁴⁰

Und was war mit dem iranischen Volk? Was brachte ihm die »Rettung vor dem Kommunismus«? Für den überwiegenden Teil der Bevölkerung war das Leben unter dem Schah ein düsteres Gemälde aus bitterer Armut, Polizeiterror und Folter. Tausende wurden im Namen des Kampfes gegen den Kommunismus hingerichtet. Abweichende Meinungen wurden mit amerikanischer Hilfe von der ersten Stunde an von dem neuen Regime unterdrückt. Kennett Love schrieb, daß seiner Überzeugung nach der CIA-Beamte George Carroll, den er persönlich kannte, mit General Farhat Dadsetan, dem neuen Militärgouverneur von Teheran, »in den ersten beiden Wochen des Novembers 1953 an den Vorbereitungen für die höchst effektive Bekämpfung einer potentiell gefährlichen Widerstandsbewegung, die von den Basaris und der Tudeh-Partei ausging«, arbeitete.⁴¹

Der berüchtigte iranische Geheimdienst SAVAK, der unter der Anleitung der CIA und Israels geschaffen wurde,⁴² streckte seine Fangarme über die ganze Welt aus, um iranische Regimekritiker zu bestrafen. Nach Informationen eines ehemaligen Iran spezialisten der CIA bildete dieser den SAVAK in Foltertechniken aus.⁴³ Amnesty International faßte die Situation im Jahre 1976 folgendermaßen zusammen: Der Iran hat »die höchste Rate an Todesurteilen in der Welt, kein rechtsgültiges System ziviler Gerichtsbarkeit und eine Geschichte von Folterungen, die man nicht für möglich halten würde. In keinem Land der Welt werden die Menschenrechte schlimmer verletzt als im Iran.«⁴⁴

Wenn man dann noch das Ausmaß an Korruption hinzurechnet, das »sogar die abgebrühtesten Kenner nahöstlicher Diebereien erschreckte«,⁴⁵ kann man gut verstehen, daß der Schah eine gewaltige Militär- und Polizeimacht, die durch außergewöhnlich hohe amerikanische Hilfsleistungen und Ausbildungsprogramme am Leben gehalten wurde,⁴⁶ brauchte, um den Deckel auf dem Topf zu halten, so lange es ging. Senator Hubert Humphrey sagte, offenbar mit einiger Überraschung:

»Wissen Sie, was der Chef der iranischen Armee zu einem unserer Leute sagte? Er sagte, die Armee sei in guter Verfassung, dank der Hilfe der Vereinigten Staaten – sie wäre nun in der Lage, mit der Zivilbevölkerung fertigzuwerden. Diese Armee soll nicht die Russen bekämpfen. Sie plant, das iranische Volk zu bekämpfen.«⁴⁷

Wo Gewalt nichts ausrichten konnte, griff die CIA zu ihrer zuverlässigsten Waffe: Geld. Um die Unterstützung des Schahs oder zumindest die Abwesenheit von Kritik an seinem Regime zu sichern, ging die CIA dazu über, den iranischen Religionsführern – immer ein unberechenbarer Haufen – Geld zukommen zu lassen. Die Zahlungen an die Ayatollahs und Mullahs begannen im Jahre 1953 und flossen ununterbrochen bis 1977, als US-Präsident Carter sie plötzlich stoppte. Eine »gut informierte Geheimdienstquelle« schätzte, daß die gezahlte Summe sich auf 400 Millionen Dollar im Jahr belief (ca. 10 Mrd. Dollar insg.). Andere meinten, dieser Betrag sei zu hoch gegriffen, was sicherlich der Fall ist. Man glaubt, daß die Einstellung der Zahlungen an die heiligen Männer einer der Faktoren war, die das Ende des Königs der Könige einleiteten.⁴⁸

Anmerkungen zu Kapitel 9

- 1 **Roosevelt**, S. 8.
- 2 Ebd., S. 18-19.
- 3 **Anthony Eden**, *The Memoirs of the Right Honourable Sir Anthony Eden: Full Circle* (London, 1960), S. 194.
- 4 **Dean Acheson**, *PRESENT AT THE CREATION: MY YEARS IN THE STATE DEPARTMENT* (New York, 1969), S. 679-685; Eden, S. 201-202; Nirumand, S. 73-74.
- 5 **Roosevelt**, S. 107
- 6 Ebd., S. II, 2, 3, 91-92, 119, 126, 134, 164.
- 7 Acheson, S. 504.
- 8 Zu den Beziehungen zwischen Mossadegh, der Tudeh-Partei und der Sowjetunion vgl. a) **Manfred Halpern**, »Middle East and North Africa«, in **C. E. Black** und **T. P. Thornton** (Hrsg.), *COMMUNISM AND REVOLUTION* (Princeton University Press, 1964), S. 316-319; b) **Donald N. Wilber**, *IRAN: PAST AND PRESENT* (Princeton University Press, 1955, 3. Aufl.), S. 115. Wilber ist ein Historiker, der nach eigenem Eingeständnis auch CIA-Agent war. In einem späteren Buch behauptete er, die Operation zum Sturz Mossadeghs (bekannt als Operation AJAX) habe in der Hauptsache er geplant, lieferte jedoch keine Belege für diese Behauptung. Er stellt außerdem fest, Roosevelts Buch sei voller sachlicher Fehler. Vgl. **Donald N. Wilber**, *ADVENTURES IN THE MIDDLE EAST: EXCURSIONS AND INCURSIONS* (Darwin Press, Princeton, NJ, 1986), S. 187-188; c) **Nirumand**, a.a.O.; d) **Rubin**, a.a.O.
- 9 Declassified Documents Reference System, Band 1979, Dokument 79E.
- 10 Ebd.
- 11 Ein Interview Roosevelts durch Robert Scheer in *Los Angeles Times* vom 29.03.1979, S. I.
- 12 *New York Times*, 10.07.1953, S. 4.
- 13 **Roosevelt**, S. 168.
- 14 **Fitzroy Maclean**, *EASTERN APPROACHES* (London, 1949), S. 266, 274. Maclean war im Zweiten Weltkrieg britischer Offizier. Er entführte Zahedi (oder Zahidi), um ihn an einer weiteren Zusammenarbeit mit den Deutschen zu hindern.
- 15 Einzelheiten über die letzten Tage der Mossadegh-Regierung finden sich bei **Roosevelt**, Kap. 11 und 12; **Wilber**, *IRAN*, S. 124-127 (der CIA wird hier mit Absicht ausgeklammert, vgl. Anm. 8); Ambrose, Kap. 15 und außerdem in anderen in diesem Teil erwähnten Büchern.
- 16 Zu der Demonstration vgl. **Wilber**, S. 125; **Roosevelt**, S. 179; *New York Times*, 19.08.1953.
- 17 **Brian Lapping**, *END OF EMPIRE* (Granada, London, 1985), S. 220. Das Buch basiert auf einer im Jahre 1985 in Großbritannien ausgestrahlten gleichnamigen Fernsehserie von Granada Television.
- 18 **Halpern**, S. 318; **Wilber**, S. 125.
- 19 Zum Treffen Hendersons mit Mossadegh vgl. **Ambrose**, S. 208-209; ein Interview des Verfassers mit Henderson; **Roosevelt**, S. 183-185.
- 20 *New York Times*, 19.08.1953.
- 21 **Roosevelt**, S. 191-192.
- 22 *New York Times*, 20.08.1953, S. 1: *The Times* (London), 20.08.1953
- 23 **David Leigh**, *The Wilson Plot: How the Spycatchers and Their American Allies Tried to Overthrow the British Government* (New York, 1988), S. 14-15.
- 24 Hearings in 1954 before the House Foreign Affairs Committee on »The Mutual Security Act of 1954«, S. 503, 569-570. Stewart war Direktor des Büros für Militärhilfe im Verteidigungsministerium.
- 25 **Kennett Love**, *THE AMERICAN ROLE IN THE PAHLEVI RESTORATION ON 19 AUGUST 1953* (Pahlevi war der Familienname des Schah). Unveröffentlichtes Manuskript im Allen-Dulles-Archiv an der Universität Princeton. Ein Auszug davon findet sich bei

- Jonathan Kwitny**, *ENDLESS ENEMIES: THE MAKING OF AN UNFRIENDLY WORLD* (New York, 1984), S. 164-177.
- 26 *New York Times*, 18.01.1953, Section IV, S. 8.
- 27 Aussage von Arthur L. Richards, dem Direktor des Büros für griechische, türkische und iranische Angelegenheiten vor dem Auswärtigen Ausschuß des Repräsentantenhauses auf seiner Geheimsitzung am 17.07.1953, freigegeben 1981, S. 148.
- 28 *New York Times*, 21.07.1953.
- 29 Ebd., 23.08.1953, Section IV, S. 1.
- 30 Scheer-Interview (vgl. Anm. 11).
- 31 *The Guardian* (London), 02.01.1984, Dokumente der britischen Regierung aus dem Jahr 1953, freigegeben am 1. Januar 1984.
- 32 »Hearings on the Situation in the Middle East«, Senate Committee on Foreign Relations, 24.02.1956, S. 23.
- 33 **Nirumand**, S. 100-108, erläutert den Vertrag im Detail.
- 34 Zu Roosevelt Laufbahn nach dem Ausscheiden aus der CIA vgl. Scheer-Interview (Anm. 11); **Wise** und **Ross**, S. 116-117; **Kwitny**, S. 183.
- 35 **Robert Engler**, *The Politics of Oil: A Study of Private Power and Democratic Directions* (New York, 1961), S. 310.
- 36 *San Francisco Chronicle*, 26.12.1979.
- 37 **Roosevelt**, S. 145.
- 38 *New York Times*, 06.08.1954.
- 35 **Allen Dulles**, *THE CRAFT OF INTELLIGENCE* (New York, 1965), S. 216.
- 40 *Fortune* (New York), Juni 1975, S. 90.
- 41 **Love**, a.a.O., zitiert bei **Kwitny**, S. 175.
- 42 **Roosevelt**, S. 9.
- 43 **Jesse J. Leaf**, die letzten fünf Jahre vor dem Ende seiner Laufbahn CIA-Chefanalytiker für den Iran, in einem Interview mit **Seymour Hersh** in der *New York Times* vom 07.01.1979.
- 44 **Martin Ennals**, Generalsekretärin von Amnesty International, zitiert in einem Artikel von **Reza Baraheni** in *Matchbox* (einer in New York erscheinenden Zeitschrift von Amnesty), Herbst 1976.
- 45 **Tully**, S. 76.
- 46 Vgl. z.B. **Michael Klare**, *WAR WITHOUT END* (New York, 1972), S. 375, 379, 382. Das Buch basiert auf offiziellen Tabellen der US-Regierung, die die 1950er- und 1960er-Jahre abdecken.
- 47 **Cook**, S. 550.
- 48 *San Francisco Chronicle*, 03.03.1980, S. 15.

10 Guatemala 1953 bis 1954

Und die Welt schaute zu

An wen wendest du dich, wenn dich die Polizei überfällt? Gute Frage.

An wen wendet sich eine arme Bananenrepublik, wenn eine CIA-Armee auf ihr Staatsgebiet vordringt und die Flugzeuge der CIA vom Himmel aus das Land bombardieren?

Die Führer Guatemalas versuchten alles – sie wandten sich an die Vereinten Nationen, die Organisation Amerikanischer Staaten, einzelne andere Staaten, die Weltpresse, ja sogar an die Vereinigten Staaten selbst, in der verzweifelten Hoffnung, alles wäre ein großes Mißverständnis und am Ende würde die Vernunft die Oberhand gewinnen.

Nichts half. Dwight Eisenhower, John Foster Dulles und Allen Dulles hatten beschlossen, daß die rechtmäßig gewählte Regierung von Jacobo Arbenz »kommunistisch« war und deshalb verschwinden mußte. Und sie verschwand – im Juni 1954.

Während der amerikanischen Vorbereitungen zum Sturz der Regierung klagte der guatemaltekeische Außenminister, Guillermo Toriello, die Vereinigten Staaten stufte »jede Erscheinungsform von Verstaatlichungspolitik oder wirtschaftlicher Unabhängigkeit, jeden Wunsch nach gesellschaftlichem Fortschritt, jegliche Wißbegierde und jedes Interesse an fortschrittlichen und freiheitlichen Reformen als »kommunistisch«¹ ein.

Toriello kam der Wahrheit ziemlich nahe, aber die Beamten in Washington hatten noch ausreichend Kontakt zur Realität und zur Weltmeinung, daß ihnen bewußt war, wie unangebracht es wäre, öffentlich gegen Verstaatlichungspolitik, Unabhängigkeit und Reformen aufzutreten. Deshalb behauptete Außenminister Dulles, die Guatemalteken lebten unter einem »kommunistischen Typ von Terrorismus«² [...] Präsident Eisenhower warnte vor »der kommunistischen Diktatur«, die »auf diesem Kontinent zu einem Außenposten zum Schaden aller amerikanischen Völker«³ führen würde. Der US-Botschafter in Guatemala, John Peurifoy, erklärte:

»Wir können nicht erlauben, daß zwischen Texas und dem Panamakanal eine Sowjetrepublik errichtet wird.«⁴

Andere warnten davor, daß Guatemala zu einem Stützpunkt würde, von dem aus die Sowjetunion sogar den Kanal erobern könnte. Die Senatorin Margaret Chase Smith deutete unmißverständlich an, der »ungerechtfertigte Anstieg des Preises von Kaffee«, der aus Guatemala importiert wurde, sei auf die kommunistische Kontrolle des Landes zurückzuführen, und forderte eine Untersuchung,⁵ und so kam es dann.

Der Sowjetunion konnte man nicht verdenken, daß sie reichlich verwirrt war von all diesem Geschwätz, denn sie hatte kaum ein Interesse an Guatemala, lieferte dem Land keinerlei Militärhilfe und unterhielt noch nicht einmal diplomatische Beziehungen zu Guatemala, so daß sie nicht über die Botschaft verfügten, die man normalerweise braucht, um solch ruchlose Pläne in die Tat umzusetzen. (Während dieser Zeit, dem Höhepunkt der »Logik« von Senator Joseph McCarthy und seinen Anhängern, gab es unzweifelhaft zahlreiche Amerikaner, die dachten: »Um so besser können sie uns täuschen!«)

Mit Ausnahme einer Begebenheit hatten die Länder Osteuropas genauso wenig mit Guatemala zu tun wie die Sowjetunion. Einen Monat vor dem Staatsstreich, also lange, nachdem Washington mit den Vorbereitungen dazu begonnen hatte, verkaufte die Tschechoslowakei an Guatemala ein einziges Mal gegen sofortige Bezahlung einige Waffen, etwas, daß die Tschechen zweifellos mit jedem anderen Land getan hätten, das bereit gewesen wäre, den entsprechenden Preis zu zahlen. Wie sich herausstellte, waren die Waffen – mit den Worten der *New York Times* – »wertloser militärischer Plunder.« Die Wochenzeitschrift *Time* ignorierte beflissen den Bericht der Zeitung und zitierte

US-Militärs, welche die Waffen besser bewerteten. Es kann sein, daß weder die *Time* noch die Militärs sich vorstellen konnten, daß ein Mitglied der »Verschwörung des Weltkommunismus« so etwas einem anderen hätte antun können.⁶

Die amerikanischen Propagandamühlen bauschten diese Waffenlieferung gewaltig auf. Was aber nur an wenigen Stellen an die Öffentlichkeit gelangte, war die Tatsache, daß Guatemala Waffen von der Tschechoslowakei kaufen mußte, weil die Vereinigten Staaten sich wegen des reformorientierten Kurses der dortigen Regierung schon seit 1948 geweigert hatten, Waffen zu liefern, und trotz der wiederholten Appelle von Arbenz, das Embargo aufzuheben, Druck auf andere Länder ausgeübt hatten, das Gleiche zu tun.⁷

Wie die Sowjets, so hatte auch Arbenz guten Grund, sich über die amerikanischen Vorwürfe zu wundern. Der guatemaltekische Präsident, der im März 1951, nachdem er mit einer überwältigenden Mehrheit gewählt worden war, sein Amt antrat, hatte keine besonderen Kontakte oder geistige/ideologische Bindungen an die Sowjetunion oder den Rest des Ostblocks. Obwohl amerikanische Politiker und die amerikanische Presse Arbenz oft, sei es ausdrücklich oder in Andeutungen, als Kommunisten bezeichneten, gab es Leute in Washington, die es besser wußten, zumindest in den Augenblicken, in denen sie bereit waren, die Angelegenheit sachlich zu betrachten. Unter der Regierung von Arbenz hatte Guatemala in den Vereinten Nationen bei Themen, die den »Sowjetimperialismus« betrafen, so eng mit den Vereinigten Staaten zusammen gestimmt, daß eine Gruppe des Außenministerium, die den Sturz von Arbenz plante, zu dem Schluß kam, daß eine Propaganda zum Thema des Verhaltens von Guatemala in der UNO »in unserem Fall nicht sonderlich hilfreich sein würde.«⁸ Und ein Analysepapier des Außenministeriums berichtete, daß der guatemaltekische Präsident »nicht nur von den kommunistisch gelenkten Gewerkschaften und dem radikalen Rand von Akademiker- und Intellektuellengruppen, sondern ebenso von vielen antikommunistischen Nationalisten in den Großstädten« unterstützt wurde.⁹

Nichtsdestoweniger brachte Washington wiederholt und unerbittlich sein Mißfallen darüber zum Ausdruck, daß im guatemaltekischen Staatsapparat Kommunisten arbeiteten und sie aktiv am politischen Leben des Landes teilnahmen. Arbenz machte deutlich, daß dies in einer Demokratie selbstverständlich sei, während Washington weiterhin darauf insistierte, daß Arbenz zu tolerant gegenüber solchen Leuten sei – nicht etwa, weil diese etwas getan hatten, das die USA oder die Kultur des Westens wirklich bedroht hätte, sondern bloß weil sie zur Spezies Kommunisten gehörten, die ja für ihre unbeschränkte Fähigkeit zum Verrat bekannt war. Botschafter Peurifoy – ein Diplomat, dessen Anzug sicher Nadelstreifen hatte, dessen Seele jedoch ein grelles Karo war – warnte Arbenz, die Beziehungen zwischen der USA und Guatemala würden angespannt bleiben, so lange auch nur ein einziger Kommunist im Öffentlichen Dienst verbliebe.¹⁰

Das Kernstück von Arbenz' Programm war eine Landreform. Ihre Notwendigkeit kam deutlich in der auch aus anderen unterentwickelten Länder bekannten Statistik zum Ausdruck: In dem nahezu vollständig landwirtschaftlich geprägten Land besaßen 2,2% der Landbesitzer 70% des fruchtbaren Landes, während das Jahreseinkommen eines Landarbeiters 87 US-Dollar betrug. Vor der Revolution im Jahre 1944, durch welche die Diktatur von Jorge Ubico beseitigt wurde, »waren Landarbeiter von Armeeeinheiten zusammengebunden und dann an die Gehöfte im Tiefland geliefert worden, wo sie von den Großgrundbesitzern in Schuldknechtschaft gehalten wurden.«¹¹

Die Enteignung großer nicht genutzter Anbauflächen, die an rund 100.000 landlose Bauern verteilt wurden, die Verbesserung der gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter sowie andere gesellschaftliche Reformen führten dazu, daß Arbenz die Unterstützung der Kommunisten und anderer Linker gewann, was ja auch nicht anders zu erwarten war. Als man Arbenz die Unterstützung durch die Kommunisten vorwarf, forderte er seine Kritiker auf, ihre ehrlichen Absichten dadurch zu beweisen, daß auch sie ihn unterstützten. Das taten sie jedoch nicht und machten so deutlich, was wirklich hinter ihrer Kritik steckte.¹²

Die von den Kommunisten gegründete Partei, die Guatemaltequische Arbeiterpartei, hatte vier Sitze im Kongreß inne und war damit der kleinste Partner in Arbenz' Regierungskoalition, die im Parlament der Jahre 1953 bis 1954 über insgesamt 51 Sitze verfügte.¹³ Die Kommunisten hatten einige Posten unterhalb der Kabinettsebene, aber keiner von ihnen wurde jemals ins Kabinett berufen. Darüber hinaus waren auch in der Verwaltung Kommunisten beschäftigt, besonders im Rahmen der Landreform.¹⁴

Da es nichts gab, was man der guatemaltequischen Linke tatsächlich hätte vorwerfen können, mußten die Beamten in Washington Zuflucht zu semantischen Verdrehungen nehmen. Danach waren die Kommunisten, anders als normale Menschen, nicht beim Staat beschäftigt – sie »infiltrierten« ihn. Die Kommunisten befürworteten nicht ein bestimmtes Programm – sie »beuteten es aus.« Die Kommunisten unterstützten Arbenz nicht – sie »benutzten« ihn. Und was noch schlimmer war, die Kommunisten »steuerten« die Arbeiterbewegung und die Landreform – aber was ist es für ein Typ Mensch, der sich in einem unterentwickelten Land der Förderung des Wohls der Arbeiter und Bauern verschrieben hat? Kein anderer, als der Typ, den man in Washington »Kommunist« nennt.

Der Grundgedanke, der hinter der Benutzung einer solchen Sprache – welche gängiger westlicher Sprachgebrauch während des Kalten Kriegs war – stand, war die Verneinung der Vorstellung, Kommunisten könnten Menschen sein, die sich aufrichtig für gesellschaftliche Veränderungen einsetzten. Amerikanische Beamte verneinten dies untereinander und gegenüber der Welt. Deutlich wird dies beispielsweise an folgendem Ausschnitt aus einem Bericht der CIA über Guatemala, der im Jahre 1952 zur Erbauung des Weißen Hauses und der Geheimdienstgemeinde verfaßt wurde:

»Der politische Erfolg der Kommunisten leitet sich gewöhnlich von der Fähigkeit einzelner Kommunisten und Mitläufer her, sich selbst mit den nationalistischen und gesellschaftlichen Bestrebungen der Revolution des Jahres 1944 zu identifizieren. Auf diese Weise haben sie erfolgreich die Regierung und die regierungstreuen Parteien infiltriert und die Kontrolle über die Gewerkschaften erlangt. [Arbenz] ist im Wesentlichen eine Opportunist, dessen Politik größtenteils auf historischen Zufällen beruht. Die Ausweitung des [kommunistischen] Einflusses wurde durch die Anwendbarkeit marxistischer »Klischees« auf die antikolonialistische und gesellschaftlichen Ziele der guatemaltequischen Revolution erleichtert.«¹⁵

Der erste Plan zum Sturz von Arbenz war eine CIA-Operation, die Präsident Truman im Jahre 1952 befürwortete. Aber kurz vor seiner Durchführung überredete Außenminister Dean Acheson Truman, sie abzublasen.¹⁶ Als jedoch Eisenhower im Januar 1953 Präsident wurde, wurde der Plan wieder aus der Schublade geholt.

Beide Regierungen wurden von der Geschäftsführung der United Fruit Company unter Druck gesetzt, denn ein großer Teil ihrer ausgedehnten und nicht genutzten Ländereien in Guatemala waren von der Arbenz-Regierung als Teil des Landreform- Programms enteignet worden. Das Unternehmen verlangte fast 16 Millionen Dollar für das Land, die Regierung bot 525.000 Dollar, den Wert, den die United Fruit Company in ihrer Steuerklärung selbst genannt hatte.¹⁷

Die United Fruit Company agierte in Guatemala wie ein Staat im Staat. Sie besaß das Telefon- und Telegraphennetz des Landes, verwaltete ihren einzigen wichtigen Atlantikhafen und hatte das Monopol auf die Bananenexporte. Eine Tochtergesellschaft des Unternehmens besaß fast das gesamte Schienennetz des Landes. Der Einfluß der Gesellschaft in der Machtelite Washingtons war gleichermaßen beeindruckend. Auf Geschäfts- und/oder persönlicher Ebene unterhielt sie enge Verbindungen mit den Dulles-Brüdern, etlichen Beamten des Außenministeriums, Kongreßabgeordneten, dem amerikanischen Botschafter bei den Vereinten Nationen und anderen. Anne Whitman, die Frau des Public-Relations-Direktors der Gesellschaft, war die Chefsekretärin von Präsident Eisenhower. Der Staatssekretär im Außenministerium (und frühere Direktor der CIA), Walter Bedell Smith, strebte zur gleichen Zeit, als er den Staatsstreich planen half, den Führungsposten in der United Fruit Company an. Er wurde später in den Vorstand der Gesellschaft berufen.¹⁸

Unter Arbenz baute Guatemala einen Atlantikhafen und eine Autobahn, um mit dem Besitz der United Fruit Company zu konkurrieren. Ebenso errichtete er ein Wasserkraftwerk, um billigere Energie als das von den USA kontrollierte Energiemonopol liefern zu können. Arbenz' Strategie war es, die Macht ausländischer Unternehmen durch direkte Konkurrenz statt durch Verstaatlichung zu beschränken, eine Politik die natürlich an ihre Grenzen stieß, wenn es sich um unbewegliche Güter wie Land handelte. In seiner Antrittsrede sagte Arbenz:

»Ausländisches Kapital wird immer willkommen sein, so lang es sich den lokalen Bedingungen anpaßt, stets an die guatemaltekischen Gesetze hält, sich an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beteiligt und sich strengstens einer Einmischung in das gesellschaftliche und politische Leben des Landes enthält.«¹⁹

Damit ist wohl kaum die Rolle beschrieben, welche die United Fruit Company in Guatemala spielte. Die Gesellschaft hatte – unter vielen anderen Aktivitäten – beharrliche Anstrengungen unternommen, um Arbenz' Reformprogramme zu vereiteln, ihn und seine Regierung in Mißkredit zu bringen und seinen Sturz herbeizuführen.

Arbenz war dementsprechend auf der Hut vor den Multis, und man kann nicht sagen, daß er sie mit offenen Armen in seinem Land willkommen geheißen hätte. Diese Einstellung, seine Enteignung des Landes der United Fruit Company und seine »Duldung der Kommunisten« waren mehr als genug, um ihn in Washington zu einem Gezeichneten werden zu lassen. Die Vereinigten Staaten sahen in all diesen politischen Schritten einen bestimmten Zusammenhang: Der kommunistische Einfluß und nicht irgendeine wirtschaftliche oder soziale Notwendigkeit des guatemaltekischen Lebens war dafür verantwortlich, wie die Regierung amerikanische Unternehmen behandelte.

Im März des Jahres 1953 nahm die CIA Kontakt zu unzufriedenen rechtsgerichteten Offizieren der guatemaltekischen Armee auf und sorgte dafür, daß sie Waffen erhielten. Die United Fruit Company steuerte 64.000 Dollar in barem Geld bei. Im folgenden Monat brachen in mehreren Städten Aufstände aus, die aber schnell von regierungstreuen Truppen niedergeschlagen wurden. Die Aufständischen wurden vor Gericht gestellt und deckten die Rolle der United Fruit Company, aber nicht die der CIA, an der Verschwörung auf.²⁰

Die Eisenhower-Regierung beschloß, beim nächsten Mal ganze Arbeit zu leisten. Der Sturz von Jacobo Arbenz Guzman wurde fast ein Jahr lang mit zynischem Vergnügen sorgfältig und Schritt für Schritt vorbereitet. Kaum eine der wichtigen Unternehmungen der CIA ist so gut dokumentiert wie der Staatsstreich in Guatemala. Nach der Freigabe von bis dato nicht zugänglichen Geheimpapieren hat sich die folgende Geschichte ergeben.²¹

Das Hauptquartier der Operation wurde in Opa Locka in Florida, in den Außenbezirken von Miami, errichtet. Der Diktator von Nicaragua, Anastasio Somoza, stellte sein Land als Einsatzbasis für Luftangriffe zur Verfügung wie auch als Ausbildungsort für Hunderte von guatemaltekischen Flüchtlingen und US- und mittelamerikanischen Söldnern, die dort im Waffengebrauch und Funkverkehr sowie in der feinen Kunst der Sabotage und Zerstörung geschult wurden. Dreißig Flugzeuge wurden für die »Befreiung« abkommandiert und in Nicaragua, Honduras und Panama stationiert, von wo amerikanische Piloten die Einsätze flogen. Panama wurde als Waffenlager vorgesehen, aus dem die Waffen allmählich an die Rebellen verteilt wurden, die sich unter dem Kommando von Oberst Carlos Castillo Armas in Honduras sammelten, um von dort nach Guatemala einzudringen. Auch wurden Waffen, die mit falschen russischen Aufschriften versehen waren, herbeigeschafft, um sie vor der Invasion in Guatemala zu verteilen und so den Behauptungen der USA, es handle sich um eine sowjetische Intervention, größeres Gewicht zu geben. Nicht weniger wichtig als die Waffen waren die in und um Guatemala herum versteckten Radiosender, einer davon sogar in der Botschaft der Vereinigten Staaten.

Man versuchte, die Züge mit den tschechischen Waffen auf dem Weg vom Hafen nach der Hauptstadt Guatemala in die Luft zu sprengen, jedoch machte ein Wolkenbruch die Zünder unbrauchbar, woraufhin eine paramilitärische Einheit der CIA das Feuer auf die

Züge eröffnete, wobei ein guatemaltekischer Soldat getötet und drei verwundet wurden. Dennoch kamen die Züge unversehrt an ihrem Bestimmungsort an.

Nachdem die tschechischen Schiffe in Guatemala angekommen waren, befahl Eisenhower, »verdächtige Schiffe unter ausländischer Flagge auf hoher See außerhalb der guatemaltekischen Gewässer die Ladung zu überprüfen« und sie anzuhalten.²² Der Justiziar des Außenministeriums verfaßte einen Schriftsatz, der mit den unmißverständlichen Worten schloß: »Eine solche Handlung würde eine Verletzung des Völkerrechtes darstellen.« Na und! Mindestens zwei ausländische Schiffe – ein französisches und ein niederländisches – wurden angehalten und durchsucht. Im Jahre 1812 hatten die Vereinigten Staaten genau wegen solcher Handlungen gegen Großbritannien einen Krieg angefangen.

Dem guatemaltekischen Militär ließ man besondere Aufmerksamkeit zukommen. Die USA unterzeichneten in pompösen Zeremonien Beistandsverträge mit Honduras und Nicaragua, beides Länder, die feindlich gegen Arbenz eingestellt waren, und schickte ihnen große Schiffsladungen an Waffen, in der Hoffnung, dies wäre eine ausreichende Drohgebärde, um das guatemaltekische Militär dazu zu bringen, seine Unterstützung für Arbenz aufzugeben. Zusätzlich schickte die US-Marine zwei Unterseeboote von Key West, von denen es lediglich hieß, sie fuhren »nach Süden.« Etliche Tage danach schickte die Luftwaffe mit großem Tamtam drei B-36-Bomber auf einen »Höflichkeitsbesuch« nach Nicaragua.

Die CIA studierte sorgfältig die Unterlagen über die Mitglieder des guatemaltekischen Offizierkorps und bot einigen von ihnen Bestechungsgelder an. Ein Untergrundsender des Geheimdienstes sendete Aufrufe an Militärangehörige und andere Personen, sich der »Befreiungsbewegung« anzuschließen. Der Sender berichtete, Arbenz plane insgeheim, die Truppen aufzulösen oder zu entwaffnen und sie durch eine Volksmiliz zu ersetzen. Flugzeuge der CIA warfen über Guatemala Flugblätter ab, welche dieselbe Nachricht enthielten.

Schließlich sprach auf Drängen von US-Botschafter Peurifoy eine Gruppe hochrangiger Offiziere bei Arbenz vor und forderte ihn auf, alle Kommunisten, die in seinem Regierungsapparat eine Stellung bekleideten, zu entlassen. Der Präsident versicherte ihnen, die Kommunisten stellen keine Gefahr dar, sie hätten keinen entscheidenden Einfluß in der Regierung und es wäre außerdem undemokratisch, sie zu entlassen. Bei einem weiteren Treffen forderten die Offiziere dann, Arbenz solle die Pläne zur Schaffung einer »Volksmiliz« fallenlassen. Irgendwann bot die CIA sogar Arbenz selbst eine große Summe an, die dieser natürlich zurückwies. Das Geld, das auf einer Schweizer Bank deponiert worden war, war Arbenz vermutlich angeboten worden, um ihn zu veranlassen, zurückzutreten, oder es sollte dazu dienen, später zu behaupten, er sei korrupt.

Für alle Fälle wurden auch an der ökonomischen Front Einsatzpläne geschmiedet, wie etwa, Guatemala den Kredithahn im Ausland abzdrehen, seine Ölversorgung zu zerstören und einen Ansturm auf seine Devisenreserven herbeizuführen.²³

Allerdings war es die Propagandafrent, wo der Einfallsreichtum Amerikas sein hellstes Licht erstrahlen ließ. Da die guatemaltekische Regierung ja gestürzt werden sollte, weil sie angeblich kommunistisch war, mußte diese »Tatsache« dem Rest Lateinamerikas eingehämmert werden. Also begann der Propagandadienst der USA (US Information Agency, USIA) damit, ungezeichnete Artikel in ausländischen Zeitungen unterzubringen, in denen einzelne guatemaltekische Beamte als Kommunisten und verschiedene Handlungen der guatemaltekischen Regierung als »kommunistisch beeinflusst« bezeichnet wurden. Allein in den wenigen Wochen vor Arbenz' Sturz verfaßte man mehr als 200 Artikel und platzierte sie in zahlreichen lateinamerikanischen Zeitungen.

Auch setzte man eine Methode ein, die – wie wir sehen werden – später zum Standardrepertoire von CIA und USIA in Lateinamerika und anderweitig gehören sollte. Zeitungsartikel, die in einem Land platziert worden waren, wurden von Zeitungen in anderen Ländern aufgegriffen – sei es als Ergebnis von Schmiergeldzahlungen der CIA oder unwissentlich, weil die Story interessant war. So vervielfältigte sich die potentielle Le-

serschaft, aber das war nicht der einzige Vorteil dieses Verfahrens. Vielmehr konnte man so auch den Eindruck erwecken, es handelte sich um Stellungnahmen der unabhängigen Weltmeinung, und so die amerikanische Urheberschaft vernebeln.

Der USIA verbreitete in Lateinamerika auch mehr als 100.000 Exemplare eines Pamphlets mit dem Titel »Chronologie des Kommunismus in Guatemala« sowie 27.000 Exemplare von antikommunistischen Karikaturen und Plakaten. Außerdem produzierte der amerikanische Propagandadienst drei Filme über Guatemala, deren Inhalt man sich leicht denken kann, sowie amerikafreundliche Wochenschauen, die den Kinos kostenlos zur Verfügung gestellt wurden.

Der Erzbischof von New York, Kardinal Francis Joseph Spellman, ein vom Antikommunismus besessener Würdenträger, ein Mann, der gesellschaftliche Veränderungen mehr fürchtete als Gott, wurde von der CIA aufgesucht. Würden seine Ehrwürden vielleicht einen Kontakt zwischen der CIA und dem Erzbischof von Guatemala, Mariano Rosseil Arellano, herstellen? Aber ja doch, mit Vergnügen! So kam es, daß in den katholischen Kirchen Guatemalas ein Hirtenbrief verlesen wurde, in dem man die Kirchengemeinden darauf aufmerksam machte, daß in dem Land ein Teufel namens Kommunismus sein Unwesen triebe, und die Menschen dazu aufrief, »wie ein Mann gegen diesen Feind von Gott und Vaterland aufzustehen« oder zumindest, sich nicht hinter Arbenz zu stellen. Um den Wert dieses Hirtenwortes begreifen zu können, muß man sich in Erinnerung rufen, daß die Bauernschaft Guatemalas nicht nur extrem religiös war, sondern auch, daß nur wenige dieser Menschen lesen konnten und ihnen deshalb das Wort Gottes nur auf diese Weise zugänglich war. Für diejenigen, die lesen konnten, wurden überall im Land Tausende von Flugblättern mit der Botschaft des Erzbischofs abgeworfen.

Im Mai organisierte die CIA unter einem Decknamen in Mexiko einen »Kongreß gegen die Sowjetintervention in Lateinamerika.« Im gleichen Monat bestellte Somoza in Nicaragua das Diplomatische Korps ein und erzählte den versammelten Diplomaten mit vor Wut zitternder Stimme, seine Polizei hätte eine geheime sowjetische Schiffsladung mit Waffen (in Wirklichkeit eine Fälschung der CIA) in der Nähe der Pazifikküste entdeckt, und versuchte, den Eindruck zu erwecken, die Kommunisten wollten Nicaragua in »ein neues Korea« verwandeln. Einige Wochen später warf ein Flugzeug ohne Hoheitszeichen an der guatemaltekischen Küste per Fallschirm Waffen ab, die russische Aufschriften trugen.

Solche Kost bekamen die Menschen in Lateinamerika über Jahrzehnte hinweg vorgesetzt. Mit solchen Machenschaften brachte man ihnen bei, was »Kommunismus« war.

Ende Januar 1954 schien es, als habe die Operation einen schweren Rückschlag erlitten, denn Fotokopien von Dokumenten der »Befreiungs«-Vorbereitungen fanden ihren Weg in Arbenz' Hände. Einige Tage später veröffentlichten die Zeitungen Guatemalas unter dicken Schlagzeilen Briefe, die von Castillo Armas, Somoza und anderen unterzeichnet waren. Durch diese Dokumente wurden etliche der Vorbereitungs-, Ausbildungs- und Invasionspläne enthüllt, wobei mehrfach die »Regierung des Nordens« als Urheber genannt wurde.²⁴

Das Außenministerium bezeichnete die Anschuldigungen bezüglich der Rolle der USA als »lächerlich und unwahr« und lehnte einen weiteren Kommentar mit der Begründung ab, man wolle ihnen nicht einen Rang zukommen lassen, der ihnen nicht gebühre. Ein Sprecher des Außenministeriums sagte:

»Es gehört zu den politischen Grundsätzen der Vereinigten Staaten, daß sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen. Diese Grundsätze sind wiederholt von der gegenwärtigen Regierung bekräftigt worden.«

Die Wochenzeitschrift *Time* glaubte nicht im Geringsten an die Möglichkeit einer amerikanischen Beteiligung an einer solchen Verschwörung und kam zu dem Schluß, der gesamte Plan trage »die Handschrift Moskaus.«²⁵

Die *New York Times* war nicht ganz so zynisch, aber auch in ihrer Version gab es keinen Hinweis darauf, daß die Geschichte vielleicht wahr sein könnte, und berichtete:

»Lateinamerikanische Beobachter in New York sagten, die ›Verschwörungs-
Beschuldigungen schmeckten nach kommunistischem Einfluß.«

Direkt im Anschluß an diesen Artikel folgte ein weiterer mit der Überschrift:

»Rote Gewerkschaftsbosse kommen zusammen. Der guatemalteckische Gewerkschaftsbund eröffnet seinen Kongreß.«²⁶

Und die CIA fuhr mit ihren Vorbereitung fort, als sei nichts passiert.

Am 18.07.1954 begann dann die Offensive: Flugzeuge warfen über Guatemala Flugblätter ab, in denen Arbenz zum sofortigen Rücktritt aufgefordert wurde und damit gedroht wurde, ansonsten würden etliche Einrichtungen bombardiert. Radiosender der CIA verbreiteten ähnliche Botschaften. Am Nachmittag kamen die Flugzeuge zurück und belegten Häuser in der Nähe von Kasernen mit MG-Feuer, warfen Splitterbomben ab und beschossen den Präsidentenpalast.

Die Luftangriffe wurden die ganze folgende Woche fortgesetzt. Jeden Tag beschossen oder bombardierten die Flugzeuge Häfen, Benzintanks, Munitionsdepots, Kasernen, den internationalen Flughafen, eine Schule und mehrere Städte. Neun Personen, darunter ein drei Jahre altes Kind, wurden Berichten zufolge verwundet. Eine unbekannte Anzahl von Häusern fing in Folge des Abwurfs von Brandbomben Feuer. Während eines Nachtangriffs wurde eine Tonbandaufnahme eines Bombenangriffs über Lautsprecher, die auf dem Gebäude der US-Botschaft angebracht waren, abgespielt, um die Angst der Hauptstadtbewohner zu vergrößern. Als Arbenz über Radio versuchte, die Bevölkerung zu beruhigen, störten Radiotechniker der CIA die Übertragung.

In der Zwischenzeit war die CIA-Armee von Honduras aus nach Guatemala eingedrungen und hatte einige Städte erobert, aber durch den Widerstand der guatemalteckischen Armee wurde ihr Vormarsch schnell aufgehalten. Die Radiosendungen der »Stimme der Befreiung« der CIA malten ein anderes Bild: Die Aufständischen waren überall und sie waren im Vormarsch. Sie waren zahlreich, und während ihres Marsches stießen Freiwillige zu ihnen. Überall gab es Krieg und Erhebung. Fürchterliche Kämpfe fanden statt und die guatemalteckische Armee mußte schwere Niederlagen hinnehmen. Einige der Sendungen wurden über reguläre öffentliche und sogar über Militärsender übertragen, um einige Beamte und Offiziere der Regierung von ihrer Echtheit zu überzeugen. Auf diese Weise war die CIA auch in der Lage, echte Militärnachrichten mit falschen Meldungen zu kontern. Jede nur denkbare Methode der Desinformation wurde eingesetzt und Gerüchte wurden verbreitet. Und es wurden Fallschirme mit Puppen daran überall im Land abgeworfen, um den Eindruck zu erwecken, es fände eine wirklich große Invasion statt.

Das Pressebüro der United Fruit Company verteilte – als Beispiel für die angeblich von der Arbenz-Regierung verübten Greuelthaten – unter Journalisten Aufnahmen von verstümmelten Körpern, die vor einem Massengrab lagen. Die Aufnahmen wurden in vielen Blättern gebracht. Thomas McCann, ein Mitarbeiter des Pressebüros, sagte später aus, er habe keine Ahnung, was wirklich auf den Fotos gewesen wäre:

»Es können Aufnahmen von Opfern auf beiden Seiten gewesen sein – oder sogar von Erdbebenopfern. Das wichtigste war doch, daß man überall glaubte, sie zeigten, was sie zeigen sollten: Opfer des Kommunismus.«²⁷

In ähnlicher Weise berichteten die Beamten in Washington über Verhaftungen aus politischen Gründen und Zensur in Guatemala, ohne drauf einzugehen, daß die Regierung unter Belagerungszustand stand (ganz davon zu schweigen, wer die Belagerer waren), daß fast alle Verhafteten Verschwörer und Saboteure waren oder daß Arbenz und seine Regierung im Großen und Ganzen, was die Menschenrechte betraf, einen außergewöhnlich guten Ruf hatten. Was sich die amerikanische Presse in dieser Affäre leistete, war kaum besser.

Die Bombardements und die vielfältigen Formen der Desinformation dienten hauptsächlich dazu, den Anschein zu erwecken, die militärische Verteidigung zerbröckele und Widerstand sei zwecklos, um dadurch Verwirrung und Spaltung in den guatemalteckischen Streitkräften zu erzeugen und einige Elemente dazu zu bringen, sich gegen Ar-

benz zu wenden. Die psychologische Kriegsführung über das Radio lag in den Händen von E. Howard Hunt, der später durch die Watergateaffäre bekannt wurde, und David Atlee Phillips, ein Neuling in der CIA. Als man Phillips diese Aufgabe anbot, fragte er in aller Unschuld seinen Vorgesetzten, Tracy Barnes:

»Aber Arbenz wurde in freier Wahl zum Präsidenten gewählt. Welches Recht haben wir, jemandem dabei zu helfen, seine Regierung zu stürzen und ihn aus dem Amt zu vertreiben?«

Phillips schrieb später:

»Einen Augenblick lang entdeckte ich in seinem Gesicht ein Aufflackern von Besorgnis, einen Zweifel, die Reaktionen eines empfindsamen Menschen.«

Aber Barnes besann sich schnell und schwenkte auf die herrschende Linie ein, daß die Sowjets in Mittelamerika einen »ein leicht ausbaubaren Brückenkopf« errichten wollten.²⁸

Phillips schaute nie zurück. Als er Mitte der 1970er Jahre aus der CIA ausschied, gründete er die Association of Retired Intelligence Officers, eine Organisation, die ihre Aufgabe darin sah, die Flut unvorteilhafter Publicity, die sich damals über den Geheimdienst ergoß, einzudämmen.

Amerikanische Journalisten, die über die Ereignisse in Guatemala berichteten, zeigten die ganze Zeit über keinerlei Neigung, den Dingen auf den Grund zu gehen oder gar ein gesundes Mißtrauen gegen die Propaganda der Verschwörer. Was die US-Presse verschwieg, war umso offensichtlicher für eine große Zahl von Lateinamerikanern. In mindestens elf Ländern brachen während dieser Woche im Juni erbitterte Proteste gegen die Vereinigten Staaten aus. Die Regierungen Ecuadors, Argentiniens, Uruguays und Chiles verurteilten die amerikanische »Intervention« und »Aggression.« Die Wochenzeitschrift *Life* erwähnte diese Proteste mit der Bemerkung:

»Der Weltkommunismus nutzt die guatemaltekische Vorstellung zu einem Schlag gegen die USA.«

Über die Idee, Washington stünde hinter dem Überfall, spottete die Zeitschrift bloß.²⁹ *Newsweek* berichtete, Beamte in Washington hätten den Sturm der Entrüstung »als Zeichen dafür, wie tief die Roten sich schon in Amerika festgesetzt hätten, interpretiert.«³⁰ In einer vertraulichen Aktennotiz des Außenministeriums aus dieser Zeit wurde jedoch zugegeben, daß ein Großteil der Proteste von nichtkommunistischen und sogar proamerikanischen Gemäßigten ausging.³¹

Am 21. und 22.06.1954 appellierte der guatemaltekische Außenminister Toriello leidenschaftlich an die Vereinten Nationen, bei der Lösung der Krise zu helfen. Der UN-Botschafter der Vereinigten Staaten, Henry Cabot Lodge, versuchte, die Diskussion einer Resolution zur Entsendung eines Untersuchungsausschusses nach Guatemala im Sicherheitsrat zu verhindern, indem er Toriellos Appelle als kommunistische Winkelzüge diffamizierte. Unter starkem Druck von UN-Generalsekretär Dag Hammarskjöld trat der Rat jedoch zusammen. Vor der Abstimmung, während Lodge die kleineren im Rat vertretenen Nationen bearbeitete, fielen Eisenhower und Dulles brutal über diejenigen her, welche die Resolution befürworteten. Der Präsident der Vereinigten Staaten sagte zu seinem Außenminister:

»Die Briten erwarten von uns, daß wir ihnen in Zypern freie Hand lassen. Und dabei wollen sie uns noch nicht einmal bei Guatemala unterstützen! Wir wollen ihnen eine Lektion erteilen.«³²

Und so kam es dann, daß der Resolutionsantrag mit fünf zu vier Stimmen abgewiesen wurde, wobei Frankreich und Großbritannien sich der Stimme enthielten, obwohl ihre Enthaltungen nicht ausschlaggebend waren, denn es wären sieben Stimmen für eine Annahme erforderlich gewesen. Hammarskjöld war so aufgebracht über die amerikanischen Machenschaften, welche seiner Ansicht nach die Stärke der Vereinten Nationen untergruben, daß er vertraulich äußerte, er könnte gezwungen sein, »meine augenblickliche Stellung bei den Vereinten Nationen zu überdenken.«³³

Zur selben Zeit führte die CIA einen Plan aus, einen »Zwischenfall« zu verursachen, und zwar durch den Abwurf einiger harmloser Bomben auf honduranisches Staatsgebiet. Die Regierung von Honduras beschwerte sich daraufhin bei den Vereinten Nationen und der Organisation der Amerikanischen Staaten und behauptete, das Land wäre von guatemaltekischen Flugzeugen angegriffen worden.³⁴

Schließlich stellten einige Offiziere Arbenz ein Ultimatum: Er solle zurücktreten, oder sie würden sich mit den Invasoren einigen. Die CIA und Botschafter Peurifoy hatten einigen Offizieren Geld angeboten, falls sie überlaufen würden. Ein Armeekommandant nahm Berichten zufolge 60.000 Dollar und ergab sich dann mit seinen Truppen. Mit dem Rücken zur Wand machte Arbenz den Versuch, zivile Unterstützer für die Verteidigung der Regierung zu bewaffnen, aber Offiziere verhinderten die Ausgabe von Waffen. Der guatemaltekische Präsident war sich bewußt, daß das Ende nahe war.

In der Zwischenzeit gab die »Stimme der Befreiung« bekannt, zwei große und schwer bewaffnete Marschkolonnen von Invasoren würden sich der Hauptstadt Guatemala nähern. Als die Stunden vergingen, wurde der weitere Vormarsch der sagenhaften Truppen verkündet, obwohl Castillo Armas und seine kleine Gruppe in Wirklichkeit noch immer in der Nähe der honduranischen Grenze festsaßen. Die amerikanische Desinformations- und Gerüchteoffensive ging auch auf anderen Gebieten weiter, und Arbenz, der niemanden hatte, der ihm korrekte Informationen hätte geben können, konnte nicht länger sicher sein, daß an den Radioberichten nicht doch etwas Wahres war.

Man würde nicht zulassen, daß irgendetwas den in so greifbarer Nähe liegenden Sieg bedrohte: Ein britischer Frachter, der in Guatemala angelegt hatte und verdächtigt wurde, Öl für Arbenz' Militärfahrzeuge zu bringen, wurde von einem Flugzeug der CIA bombardiert und versenkt, nachdem man die Mannschaft aufgefordert hatte, das Schiff zu verlassen. Es stellte sich heraus, daß das Schiff nach Guatemala gekommen war, um eine Ladung Kaffee und Baumwolle aufzunehmen.

Ein verzweifelter Außenminister Toriello sprach wiederholt bei Botschafter Peurifoy vor, um die Einstellung der Bombenangriffe zu erreichen, ja er bot sogar neue Verhandlungen über die Entschädigung der United Fruit Company an. In einem langen Telegramm an John Foster Dulles beschrieb der Minister die Luftangriffe auf die Zivilbevölkerung, brachte die Wehrlosigkeit seines Landes gegen die Bombenangriffe zum Ausdruck und appellierte an die Vereinigten Staaten, ihre guten Dienste einzusetzen, um den Angriffen ein Ende zu machen. Es muß eine zutiefst erniedrigende Aufgabe gewesen sein, daß Toriello all dies tat, ohne auch nur einen Hinweis fallen zu lassen, daß die Vereinigten Staaten an der Sache beteiligt waren oder daran hätten beteiligt sein können. Es war nicht so, daß die Appelle zu spät kamen. Sie wären immer zu spät gekommen.

Die Truppen von Castillo Armas hätten die um ein Vielfaches größere guatemaltekische Armee nie besiegen können, doch die Luftangriffe und der Glaube an die Unbesiegbarkeit des Feindes brachten guatemaltekische Offiziere dazu, Arbenz zum Rücktritt zu zwingen. Kein Kommunist – kein einheimischer und kein ausländischer – kam ihm zu Hilfe. Er bat den Anführer der Offiziere, den Stabschef des Heeres, Oberst Carlos Diaz, nur um sein Wort, daß er nicht mit Castillo Armas verhandeln würde, und Diaz, der den Kommandanten der Aufständischen ebenso verachtete wie Arbenz selbst, stimmte bereitwillig zu. Diaz war sich nicht bewußt, daß die Vereinigten Staaten sich nicht mit dem Sturz von Arbenz zufriedengeben würden. Castillo Armas war bereits als neuer Regierungschef ausersehen, und darüber konnte es keine Verhandlungen geben.

Ein Beamter der CIA, Enno Hobbing, der gerade erst in Guatemala angekommen war, um eine neue Verfassung [!] für das neue Regime ausarbeiten zu helfen, erklärte Diaz, er habe einen »großen Fehler gemacht«, als er die Regierung übernahm. »Herr Oberst«, sagte Hobbing, »sie erfüllen schlicht und einfach nicht die Anforderungen der amerikanischen Außenpolitik.«

Peurifoy konfrontierte Diaz sogleich mit der Forderung, er solle direkt mit Castillo Armas verhandeln. Gleichzeitig zeigte der Botschafter dem guatemaltekischen Obersten

eine lange Liste mit den Namen von etlichen führenden Persönlichkeiten und verlangte von Diaz, er solle alle innerhalb von 24 Stunden erschießen lassen.

»Aber warum?« fragte Diaz.

»Weil es Kommunisten sind«, erwiderte Peurifoy.³⁵

Obwohl Diaz nicht mit den Kommunisten sympathisierte, wies er beide Forderungen entschieden zurück und deutete an, der Kampf gegen die Eindringlinge würde weitergehen.³⁶ Peurifoy ging weg, außer sich vor Wut. Er schickte ein einfaches Telegramm an das CIA-Hauptquartier in Florida: »Wir sind betrogen worden. BOMBARDIERT!« Innerhalb von Stunden stieg ein Flugzeug der CIA in Honduras auf, bombardierte einen Militärstützpunkt und zerstörte den Radiosender der Regierung. Oberst Castillo Armas, auf dessen Antikommunismus sich die Vereinigten Staaten verlassen konnten, war bald der neue Führer Guatemalas.

Aber die Propagandavorstellung war noch nicht vorbei. Auf Geheiß der CIA führten Offiziere des neuen guatemalteckischen Regimes ausländische Korrespondenten durch Arbenz' frühere Wohnung, wo sie mit eigenen Augen Räume voller Schulbücher aus der Sowjetunion sehen konnten. Der Korrespondent der *New York Times*, Paul Kennedy, der als ausgesprochener Gegner von Arbenz galt, kam zu dem Schluß, die »Bücher sind nachträglich dort platziert worden«, und zögerte nicht, dies auch zu schreiben.³⁷ Und *Time* erwähnte die Bücher überhaupt nicht, stieß aber irgendwie auf die Meldung, der Pöbel habe Arbenz' Haus geplündert und »Stapel von kommunistischer Propaganda und vier Säcke voller Erde, je einen aus Rußland, China, Sibirien und der Mongolei« gefunden.³⁸ Der Artikel der *Time* machte deutlich, daß man in der Redaktion nun von der Rolle der USA beim Sturz von Arbenz Bescheid wußte (auch wenn sie sicher nicht die ganze Geschichte kannte), aber die Zeitschrift stellte nicht die Frage, inwiefern es korrekt sei, eine demokratisch gewählte Regierung durch Gewalt zu stürzen.

Castillo Armas feierte die Befreiung Guatemalas auf mehrere Weisen. Allein im Juli wurden Tausende unter dem Verdacht kommunistischer Aktivitäten verhaftet. Viele wurden gefoltert oder ermordet. Im August wurde ein Gesetz verabschiedet und ein entsprechender Ausschuß wurde eingesetzt, der jedermann zum Kommunisten erklären konnte, ohne daß dieser ein Gericht dagegen anrufen konnte. Diejenigen, die man zu Kommunisten erklärte, konnten willkürlich für sechs Monate eingesperrt werden und durften kein Radio besitzen oder ein öffentliches Amt bekleiden. Innerhalb von vier Monaten hatte der Ausschuß 72.000 Namen erfaßt. Ein Mitglied des Ausschusses sagte, das Ziel seien 200.000.³⁹ Die weitere Umsetzung der Landreform wurde gestoppt und alle bereits durchgeführten Landenteignungen wurden für ungültig erklärt.⁴⁰ Die United Fruit Company erhielt nicht nur ihr ganzes Land zurück, sondern die Regierung verbot auch noch die Gewerkschaft der Bananenarbeiter. Außerdem wurden sieben Beschäftigte der Gesellschaft, die sich aktiv gewerkschaftlich betätigt hatten, in der Hauptstadt Guatemala unter mysteriösen Umständen ermordet.⁴¹

Auch entrechtete das neue Regime drei Viertel der guatemalteckischen Wähler, indem es Analphabeten aus den Wählerverzeichnissen strich sowie alle Parteien, Gewerkschaften und Bauernorganisationen verbot. Dazu kam die Schließung von Oppositionszeitungen (was Arbenz nie getan hatte) und die Verbrennung »subversiver« Bücher, darunter Victor Hugos *DIE ELENDE*, Dostojewskis Romane und die Werke des guatemalteckischen Nobelpreisträgers Miguel Angel Asturias, eines scharfen Kritikers der United Fruit Company.⁴²

In der Zwischenzeit sorgte sich John Foster Dulles, der von Toriello beschuldigt wurde, er wolle einen »bananernen Vorhang« durch Mittelamerika ziehen,⁴³ daß einige »Kommunisten« ihrer Strafe entgehen könnten. In Telegrammen, die er mit Botschafter Peurifoy wechselte, bestand Dulles darauf, daß das Regime diejenigen Guatemalteken verhaftete, die in ausländischen Botschaften Zuflucht gesucht hatten, und sie »strafbarer Verbrecher« – wie etwa, »ein Agent Moskaus gewesen zu sein« – beschuldigte, um sie daran zu hindern, das Land zu verlassen. Der Außenminister vertrat die Auffassung, Kommunisten solle automatisch das Recht auf Asyl verweigert werden, da sie in eine

internationale Verschwörung verwickelt wären. Sie sollten nur dann das Land verlassen dürfen, darauf bestand er, wenn sie damit einverstanden wären, in die Sowjetunion geschickt zu werden. Aber in diesem einen Fall verweigerte sich Castillo Armas den Wünschen von Dulles, vielleicht weil er sich daran erinnerte, daß ihm – wie auch etlichen seiner Kollegen – schon das eine oder andere Mal in einer Botschaft politisches Asyl gewährt worden war.⁴⁴

Unter denen, die in der argentinischen Botschaft Zuflucht gesucht hatten, war auch ein 25 Jahre alter argentinischer Arzt mit dem Namen Ernesto »Che« Guevara. Guevara, der seit 1953 in Guatemala lebte, hatte versucht, bewaffneten Widerstand gegen die Invasionstruppen zu entfachen, allerdings ohne Erfolg. Guevaras Erfahrung in Guatemala hinterließen einen tiefen Eindruck in seinem politischen Bewußtsein. Seine erste Frau, Hilda Gadea, die er dort kennengelernt hatte, schrieb später:

»Bis zu diesem Zeitpunkt, so sagte er selbst, war er bloß ein Heckenschütze, der vom theoretischen Standpunkt aus das politische Panorama Amerikas kritisierte. Von da an war er überzeugt, daß der Kampf gegen das oligarchische System und den Hauptfeind, den Yankee-Imperialismus, mit Waffen und mit der Unterstützung der Volksmassen geführt werden mußte.«⁴⁵

Im Gefolge des Staatsstreichs beschlagnahmten die Vereinigten Staaten eine große Menge von Dokumenten der guatemaltekischen Regierung, zweifellos in der Hoffnung, endlich die Hand der »Verschwörung des Weltkommunismus« hinter dem Tun von Arbenz beweisen zu können. Falls diese wirklich entdeckt worden sein sollte, so wurde dies nie öffentlich gemacht.

Am 30.06.1954, während der Staub sich immer noch legte, faßte Dulles die Situation in Guatemala in einer Rede zusammen, die ein Monument der die Wirklichkeit in ihr Gegenteil verdrehenden Sprache des Kalten Krieges ist:

»[Die Ereignisse in Guatemala] enthüllen die bösertige Absicht des Kreml, das System der interamerikanischen Beziehungen zu zerstören [...] nachdem sie die Kontrolle über die, wie sie sagen, Massenorganisationen gewonnen hatten, gingen [die Kommunisten] dazu über, die regierungsamtliche Presse und den Radiosender der guatemaltekischen Regierung zu übernehmen. Sie beherrschten das Fürsorgewesen und führten das Programm zur Landreform durch [...] machten dem Parlament Vorschriften und Präsident [...] Arbenz [...] wurde ganz offen von den kommunistischen Anführern beeinflußt [...] Das guatemaltekische Regime hatte die volle Unterstützung Sowjetrußlands [...] [die] Situation wird jetzt von den Guatemalteken selbst in Ordnung gebracht.«⁴⁶

Als man daran ging, die Geschichte umzuschreiben, fand sich in der Rede von Dulles allerdings nichts, das dem entsprochen hätte, was in einem Dokument der CIA vom August 1954, der nur für den inneren Gebrauch bestimmt war, zu lesen war:

»Als die Kommunisten durch äußeren Druck zu dem Versuch gezwungen wurden, Guatemala vollständig zu übernehmen, zwangen sie Arbenz zum Rücktritt (gelöscht). Dann gingen sie dazu über, eine kommunistische Junta unter Oberst Carlos Diaz einzusetzen.«⁴⁷

Und im Oktober erzählte John Peurifoy einem Ausschuß des Kongresses:

»Meine Rolle in Guatemala vor der Revolution war peinlich genau die eines diplomatischen Beobachters. Die Revolution, welche die Regierung von Arbenz stürzte, wurde von denjenigen Menschen in Guatemala organisiert und angezettelt, die sich gegen die Politik und die unbarmherzige Unterdrückung der von den Kommunisten gesteuerten Regierung auflehnten.«⁴⁸

Später sollte auch Dwight Eisenhower in seinen Memoiren über Guatemala schreiben. Der frühere Präsident beschloß, auch nicht den allerkleinsten Hinweis darauf zu geben, daß die Vereinigten Staaten irgendetwas mit der Planung und Anzettelung des Staatsstreiches zu tun hatten, und wies darauf hin, seine Regierung habe nur ganz am Rande etwas mit seiner Durchführung zu tun gehabt.⁴⁹ (Als die Memoiren von Nikita Chruschtschow im Westen veröffentlicht wurden, hielt der Verlag es für angebracht, einen bekannten Kremlkenner mit Anmerkungen zu dem Werk zu beauftragen, in denen dieser auf unbeabsichtigte und absichtliche Auslassungen hinwies.)

So kam es, daß die gebildeten und kultivierten Männer des Außenministeriums, der CIA und der United Fruit Company, die gemütlichen Pfeifenraucher aus Princeton und Harvard sowie von der Wall Street einander schulterklopfend versicherten, daß die bäuerlichen Analphabeten in Guatemala das Land, das sie bekommen hatten, nicht verdienten, daß die dortigen Arbeiter keine Gewerkschaften brauchten und daß Hunger und Folter der nun wirklich nicht hohe Preis seien, den die Menschen in Guatemala bezahlen mußten, wenn sie von der Geißel des Kommunismus befreit werden wollten.

Der Terror, mit dem Castillo Armas das Land überzog, war erst der Anfang. Wie wir sehen werden, sollte er nach kurzer Zeit noch schlimmer werden. Und er dauerte ohne Unterbrechung 40 Jahre lang an.

Im Jahre 1955 berichtete die *New York Times* aus den Vereinten Nationen:

»Die Vereinigten Staaten haben einen Vorstoß unternommen, um einen Absatz aus dem Entwurf für den Vertrag über die Menschenrechte zu kippen, der eine Bedrohung ihrer ausländischen Geschäftsinteressen darstellt.«

Der anstößige Abschnitt behandelte das Recht der Völker auf Selbstbestimmung und die unbeschränkte Hoheit über ihre natürlichen Reichtümer und Rohstoffe. Die Zeitung schrieb:

»Letztendlich heißt dies nichts anderes, als das jedes Land das Recht hat, seine Rohstoffquellen zu verstaatlichen [...]«⁵⁰

Anmerkungen zu Kapitel 10

- 1 **Schlesinger** und **Kinzer**, S. 143-144.
- 2 *New York Times*, 16.06.1954.
- 3 Ebd., 20.05.1954, S. 18.
- 4 *Time*, 11.01.1954.
- 5 *Congressional Record*, 08.02.1954, S. 1475.
- 6 *Time*, 19. 06.1954, S. 34.
- 7 **Cook**, S. 274; **Schlesinger** und **Kinzer**, S. 148.
- 8 **Cook**, S. 234.
- 9 Ebd., S. 240-241.
- 10 **Schlesinger** und **Kinzer**, S. 12.
- 11 **Cook**, S. 242-243. Der Autor zitiert den früheren guatemaltekischen Außenminister Raul Oesegueda.
- 12 **Schlesinger** und **Kinzer**, S. 61.
- 13 *Washington Post*, 15.11.1953, S. 3B.
- 14 **Schlesinger** und **Kinzer**, S. 58-59.
- 15 CIA National Intelligence Estimate, 11.03.1952, S. 1-3, Declassified Documents Reference System, Band 1982, Dokument 6.
- 16 **Immerman**, S. 118-122.
- 17 **Thomas P. McCann**, AN AMERICAN COMPANY: THE TRAGEDY OF UNITED FRUIT (New York, 1976), S. 49. McCann war bei der United Fruit Company beschäftigt gewesen. Nahezu alle Quellen weichen bezüglich des Betrags, den die guatemaltekische Regierung angeboten hatte, voneinander ab. Die Bandbreite reicht von McCanns Zahl bis zu 1.200.000 Dollar.
- 18 **Schlesinger** und **Kinzer**, S. 106-107 und passim; **McCann**, Kap. 4.
- 19 **Schlesinger** und **Kinzer**, S. 52.
- 20 Ebd., S. 102-103.

- 21 Im Wesentlichen nach **Schlesinger** und **Kinzer**, in geringerem Umfang auch nach den anderen am Anfang des Abschnitts genannten sowie den weiter unten einzeln aufgeführten Quellen.
- 22 **Dwight Eisenhower**, *THE WHITE HOUSE YEARS: MANDATE FOR CHANGE, 1953-1956* (New York, 1963), S. 424.
- 23 **Cook**, S. 270-271.
- 24 Ebd., S. 249-252.
- 25 *Time*, 08.02.1954, S. 36.
- 26 *New York Times*, 30.01.1954, S. 1,6.
- 27 **McCann**, S. 60.
- 28 **David Atlee Phillips**, *THE NIGHT WATCH: TWENTY-FIVE YEARS OF PECULIAR SERVICE* (Atheneum, New York, 1977), S. 34-35.
- 29 *Life*, 05.07.1954, S. 8.
- 30 *Newsweek*, 05.07.1954, S. 46.
- 31 Aktennotiz des Außenministeriums vom 23. Juni 1954, zitiert nach **Schlesinger** und **Kinzer**, S. 189.
- 32 **James Hagerty**, Pressesekretär des Weißen Hauses, *TAGEBÜCHER 1954* (Eisenhower Library), 24. Juni 1954, zitiert nach **Schlesinger** und **Kinzer**, S. 181.
- 33 **Brian Urquhart**, *HAMMARSKJOLD* (Knopf, New York, 1972), S. 91-94.
- 34 *New York Times*, 24.06.1954; **Schlesinger** und **Kinzer**, S. 175.
- 35 **Guillermo Toriello**, *LA BATALLA DE GUATEMALA* (Mexico, 1955), S. 189. Der guatemaltekische Außenminister gibt wieder, was er von Oberst Diaz gehört hatte. Zitiert nach **Schlesinger** und **Kinzer**, S. 207.
- 36 **Cook**, S. 285; **Wise** und **Ross**, S. 192-193.
- 37 **Paul Kennedy**, *THE MIDDLE BEAT* (Teachers College Press, Columbia University, New York, 1971), S. 142; **Schlesinger** und **Kinzer**, S. 219-220.
- 38 *Time*, 12.07.1954, S. 31.
- 39 **Wise** und **Ross**, S. 194-195; **John Gerassi**, *THE GREAT FEAR IN LATIN AMERICA* (New York, 1965, überarb. Aufl.), S. 183.
- 40 **Melville**, S. 93.
- 41 **Schlesinger** und **Kinzer**, S. 218-219.
- 42 Ebd., S. 60, 221-222; **Cook**, S. 231; **Gerassi**, S. 183.
- 43 **Wise** und **Ross**, S. 187.
- 44 **Schlesinger** und **Kinzer**, S. 222-223.
- 45 **Hilda Gadea**, *ERNESTO: A MEMOIR OF CHE GUEVARA* (London, 1973, aus dem Spanischen übersetzt), S. 54.
- 46 *New York Times*, 01.07.1954.
- 47 Internes Dokument der CIA vom 16.08.1954, Declassified Documents Reference System, Band 1983, Dokument 32.
- 48 Aussage vor dem Subcommittee on Latin America, House Select Committee on Communist Aggression, 08.10.1954, nach dem Abdruck im Department of State Bulletin vom 8. November 1954, S. 690.
- 49 **Eisenhower**, S. 421-427.
- 50 *New York Times*, 28.10.1955

11 Costa Rica Mitte der 1950er Jahre

Der Versuch, einen Verbündeten zu stürzen Teil 1

Sollte die CIA jemals eine Liebe-Haß-Beziehung unterhalten haben, dann zu Jose Figueres, dem dreimaligen Staatsoberhaupt von Costa Rica.

Auf der einen Seite arbeitete Figueres – nach seinem eigenen Eingeständnis aus dem Jahr 1975 – 30 Jahre lang »auf 20.000 Arten überall in Lateinamerika« für die CIA.¹ Er gab zu: »Ich arbeitete mit der CIA zusammen, als sie versuchte, Trujillo zu stürzen«, den Diktator der Dominikanischen Republik.²

Auf der anderen Seite berichtete Figueres, daß der Geheimdienst zweimal versucht hatte, ihn zu ermorden.³ Er behauptete, auch wenn er damals nicht näher darauf einging, er habe zwei Jahre lang versucht, die Invasion in der Schweinebucht zu verhindern. Dies dürfte der Grund für einen der Mordversuche gewesen sein.

Die CIA versuchte auch, die Regierung von Figueres zu stürzen. Im Jahre 1964 enthüllte die erste bedeutende Denkschrift des Geheimdienstes, *THE INVISIBLE GOVERNMENT*:

»Mitte der 1950er Jahre mischten sich Agenten der CIA tief in die politischen Angelegenheiten Costa Ricas, der stabilsten und demokratischsten Republik Lateinamerikas, ein. Gut unterrichtete Costa Ricaner wußten von der Rolle der CIA. Die CIA hatte vor, den Sturz von Jose (Pepe) Figueres, dem gemäßigten Sozialisten, der im Jahre 1953 in fairen und offenen Wahlen zum Präsidenten gewählt worden war, herbeizuführen.«⁴

In seiner ersten Amtszeit als Präsident blieb Figueres bis 1958 im Amt. Er hatte allerdings schon in den späten 1940er Jahren einer linken Junta vorgestanden.

Das »Haupt-Kümmernis« des Geheimdienstes war es, »daß Figueres ohne Ausnahme – Nichtkommunisten und Kommunisten gleichermaßen – das Recht auf Asyl in Costa Rica gewährte. Der große Zustrom von fragwürdigen Charakteren machte die Überwachungsarbeit des Geheimdienstes komplizierter und zwang ihn, sein Personal aufzustocken.«⁵

Die Probleme der CIA mit Figueres gingen in Wirklichkeit noch etwas tiefer. Costa Rica war ein Zufluchtsort für Hunderte von Flüchtlingen aus verschiedenen lateinamerikanischen rechten Diktaturen, wie etwa der Dominikanischen Republik, Nicaragua und Venezuela, und Figueres unterstützte Gruppen von ihnen in materieller und moralischer Hinsicht bei ihren Plänen, diese Diktaturen zur beseitigen.⁶ Für Figueres ging dies völlig konform mit seinen antitotalitären Glaubensgrundsätzen, die sich gleichermaßen gegen linke wie rechte Diktaturen richteten. Das Problem war, daß die Diktatoren, die zum Sturz ausersehen waren, alle angesehene Mitglieder im antikommunistischen »Freie Welt«-Verein der Vereinigten Staaten waren. Die Einstellung der Vereinigten Staaten gegen Trujillo änderte sich später.) Außerdem hatte Figueres bei einigen Gelegenheiten Kritik an der amerikanischen Politik zum Ausdruck gebracht, die auf der einen Seite diese Diktaturen unterstützte, während sie auf der anderen die Augen vor den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen des Kontinents verschloß.

Die Tatsache, daß Figueres seine antikommunistische Einstellung – wenn auch nicht eine von der »extremen« Art – überzeugend demonstriert hatte und er nicht mehr »Sozialist« war als etwa der amerikanische Senator Hubert Humphrey, hätte leicht diese Überlegungen aufwiegen können. Obwohl Figueres von Zeit zu Zeit gegen ausländische Investitionen wetterte, hatte er sich als Präsident ausgezeichnet mit den Schreckgespenstern Mittelamerikas, den multinationalen Obstkonzernen, arrangiert.⁷

Die CIA unterstützte die politischen Gegner von Figueres⁸ und versuchte außerdem, wie in *THE INVISIBLE GOVERNMENT* berichtet wird,

»in der kommunistischen Partei Costa Ricas Unruhe zu stiften und Figueres mit den Kommunisten in Verbindung zu bringen. Der Versuch, Beweise dafür zu produzieren, daß Figueres während einer Reise nach Mexiko mit führenden Kommunisten in Kontakt gekommen war, war nicht erfolgreich. Mit dem ersten Teil ihrer Strategie – den Kommunisten Ärger zu bereiten – hatten die Agenten der CIA jedoch mehr Glück. Sie konnten einen Brief in eine kommunistische Zeitung einzuschmuggeln. Der Brief, der angeblich von einem führenden costaricanischen Kommunisten stammte, erwähnte seine Gegnerschaft zur Parteilinie in Bezug auf die ungarische Revolution [von 1956]. Die führenden Beamten in der amerikanischen Botschaft, die nicht wußten, daß es sich um eine Fälschung der CIA handelte, hielten eine Dringlichkeitssitzung ab, um seine Bedeutung zu entschlüsseln. Der politische Beamte schickte dann einen langen Geheimbericht nach Washington, in dem er die führenden Politiker warnend auf die Möglichkeit einer alarmierenden Kehrtwende in der Politik der lateinamerikanischen Kommunisten hinwies.«⁹

Im Jahre 1955 führte der Geheimdienst eine Aktion gegen Figueres durch, die eine viel unmittelbarere Bedrohung darstellte. Eine tiefe persönliche und politische Abneigung zwischen Figueres und dem nicaraguanischen Diktator Anastasio Somoza hatte sich bis zur Gewaltanwendung gesteigert: Einen Anschlag auf das Leben von Somoza, der mit Unterstützung von Figueres von Costa Rica aus unternommen worden war, erwiderte Nicaragua mit einer Invasion zu Land und zu Luft. Figueres' Biograph, Charles Ameringer, berichtet folgendes:

»Figueres beschuldigte den amerikanischen Auslandsgeheimdienst, er habe den Schritt Somozas gegen ihn unterstützt. Er behauptete, die CIA fühle sich in der Schuld Somozas wegen dessen Hilfe beim Sturz der Regierung Arbenz. Er behauptete weiter, dieselben Piloten und Flugzeuge (F-47-Maschinen), die am Angriff auf Guatemala teilgenommen hatten, ›kamen dann aus Nicaragua und belegten elf wehrlose Städte auf unserem Staatsgebiet mit Maschinengewehrfeuer.« Laut Figueres flogen Flugzeuge und Piloten der CIA zur gleichen Zeit, als das amerikanische Außenministerium über den Verkauf von Kampfflugzeugen an die Streitkräfte Costa Ricas verhandelte, Einsätze für die Rebellen.«¹⁰

Es ist interessant, daß damals, als nahezu noch nichts über diese zum Himmel schreienden Geheimaktivitäten der CIA bekanntgeworden war, die Tatsache, daß der Geheimdienst auf frischer Tat dabei ertappt worden war, wie er Figueres' Telefone abhörte, der *Washington Post* einen mißbilligenden Leitartikel wert war und auch Senator Mike Mansfield sich zu einer ähnlichen Erklärung auf den Fluren des Senats genötigt sah.¹¹

Erst im Jahre 1970 wurde Jose Figueres erneut Präsident von Costa Rica, und abermals versuchte die CIA – aus nicht vielen anderen Gründen – ihn zu stürzen.

Anmerkungen zu Kapitel 11

- 1 *Los Angeles Times*, 10.03.1975.
- 2 *Miami Herald*, 10.03.1975.
- 3 *Christian Science Monitor*, 11.03.1975. Die Anmerkungen 1 bis 3 beziehen sich all auf dasselbe Fernsehinterview mit Figueres in Mexiko Stadt am 09.03.1975. Vielleicht gab Figueres seine Beziehungen zur CIA in jener Zeit deshalb zu, weil gerade Philip Agees Buch *INSIDE THE COMPANY: CIA DIARY* (New York, 1975, in Großbritannien im Jahre 1974 veröffentlicht) erschienen war, in dem dieser (S. 244) Figueres als »langjähriger Kollaborateur des Geheimdienstes« bezeichnet.
- 4 **David Wise** und **Thomas Ross**, *THE INVISIBLE GOVERNMENT* (New York, 1965, Taschenbuchausgabe), S. 127.
- 5 Ebd., S. 127-128.
- 6 **Charles D. Ameringer**, *DEMOCRACY IN COSTA RICA* (Praeger, New York/Hoover Institution Press, Stanford University, 1982), S. 83-85.
- 7 **John Gerassi**, *THE GREAT FEAR IN LATIN AMERICA* (New York, 1965, überarb. Aufl.), S. 208.
- 8 *Miami Herald*, 13. 02.1971.
- 9 **Wise** und **Ross**, S. 128.
- 10 **Charles D. Ameringer**, *DON PEPE: A POLITICAL BIOGRAPHY OF JOSE FIGUERES OF COSTA RICA* (University of New Mexico Press, 1978), S. 124-125.
- 11 *Washington Post*, 09.01.1953; **Wise** und **Ross**, S. 127.

12 Syrien 1956 bis 1957

Wir kaufen uns eine neue Regierung

»Neutralität«, so erklärte John Foster Dulles im Jahre 1956, »ist immer mehr zu einem überholten Konzept geworden, und es ist – außer vielleicht unter ganz außergewöhnlichen Umständen – ein unmoralisches und kurzsichtiges Konzept.«¹

Die Kurzsichtigkeit der neutralen Regierungen bestand möglicherweise in ihrer Unfähigkeit, sich vorzustellen, daß ihre Neutralitätspolitik den Sturz durch John Foster Dulles nach sich ziehen könnte.

Syrien benahm sich nicht, wie ein Land der Dritten Welt sich nach den Vorstellungen Washingtons zu benehmen hatte. So war es, um nur ein Beispiel zu nennen, der einzige Staat in der Region, der alle Wirtschafts- und Militärhilfe der USA zurückwies. Damaskus hatte kein Interesse an den Folgen, die mit einer solchen Hilfe einhergingen: Die Annahme von Militärhilfe war gewöhnlich mit der Anwesenheit von amerikanischen Militärberatern und Technikern verbunden. Außerdem bestimmte der amerikanische Mutual Security Act aus dem Jahre 1955, daß das Empfängerland sich damit einverstanden erklären mußte, einen Beitrag zur »Verteidigungskraft der freien Welt« zu leisten, und machte es zur erklärten Politik der USA, »die Anstrengungen aller freien Länder zu ermutigen, Privatinitiative und Wettbewerb [d.h. Kapitalismus] zu fördern.«²

Ein anderes Problem mit Syrien war, daß US-Beamte, die unter dem litten, was man als antikommunistische Paranoia bezeichnen könnte und die Opfer ihrer eigenen Propaganda waren, beständig die höchstbedenkliche Schrift an der Wand sahen, auch wenn die Regierung des Landes in den letzten Jahren mehr oder wenig konservativ gewesen war und solche linken Spinnereien wie die Verstaatlichung amerikanischer Firmen unterlassen hatte. Um dies verstehen zu können, muß man einige der vormals als geheim eingestuft und inzwischen freigegebenen Dokumente des Nationalen Sicherheitsrats lesen, die zum Teil auf Berichten beruhen, die er von der amerikanischen Botschaft in Damaskus in den Jahren 1955 und 1956 bekommen hatte. Hier einige Kostproben:

»Falls sich der populäre Linkstrend in Syrien über einen beträchtlichen Zeitraum hinweg fortsetzen sollte, besteht die reale Gefahr, daß Syrien vollständig unter linke Kontrolle gerät, sei es durch einen Staatsstreich oder eine Machtergreifung« [...] »die tiefe antiamerikanische und antiwestliche Einstellung der Syrer wird angeheizt durch das unvermeidliche theatralische Getue der Politiker um das Palästina-Problem« [...] »Vier aufeinanderfolgende kurzlebige Regierungen in Syrien haben fortgesetzte und immer stärker werdende kommunistische Aktivitäten zugelassen« [...] »die Kommunisten unterstützen die linken Banden [in] der Armee« [...] »Teilnahmslosigkeit gegenüber dem Kommunismus auf Seiten der Politiker und Offiziere« ist eine Bedrohung für die Sicherheit [...] »die Sozialistische Partei der Arabischen Wiedergeburt (Baath-Partei)« und »die Syrische Kommunistische Partei sind in der Lage, die Zerstörung der inneren Sicherheit in Syrien herbeizuführen« [...] die Gefahr eines »Staatsstreichs« der Baath-Partei und »die vermehrte kommunistische Durchdringung von Regierung und Armee« [...] »Von allen arabischen Staaten widmet sich Syrien zur Zeit am rückhaltslosesten einer Neutralitätspolitik mit starken antiwestlichen Beiklängen« [...] »Sollte die augenblickliche Tendenz sich fortsetzen, besteht die starke Möglichkeit, daß es zu einem kommunistisch beherrschten Syrien kommt, das den Frieden und die Stabilität der Region bedroht und die Erreichung unserer Ziele im Nahen Osten gefährdet« [...] wir »sollten Überlegungen Priorität einräumen, im Nahen Osten Vorgehensweisen zu entwickeln, die dazu dienen können, die Situation in Syrien zu beeinflussen, und empfehlen besondere Schritte, um die kommunistische Unterwanderung zu bekämpfen.«³

Man muß annehmen, daß die Idee, es gäbe linke bzw. den Kommunisten gleichgültig gegenüberstehende Militärs, für das Denken eines amerikanischen Beamten wahrlich

eine unvereinbare Erscheinung gewesen sein muß. Aber nirgends wird in einem der Dokumente erwähnt, daß Linke bzw. Kommunisten bzw. die Baath-Partei tatsächlich etwas Illegales oder Schlimmes getan hätten, auch wenn die Sprache, die in den Dokumenten benutzt wird, fatal dem ähnelt, was wir im Kapitel über Guatemala schon gehört haben: Diese Menschen schließen sich nicht etwas an, sie »infiltrierten« es, sie »unterwandern«, sie »steuern« und sie sind »opportunistisch.« In Wirklichkeit ist das beschriebene Verhalten das typische Verhalten von Politikern: Sie versuchen, Schlüsselbereiche der Gesellschaft zu beeinflussen und Verbündete zu gewinnen. Aber für die Männer, die verantwortliche Stellungen im Nationalen Sicherheitsrat und im Außenministerium innehatten, waren die böse Absicht und die Gefahr, die von solchen Menschen ausging, so offensichtlich, daß sich diese gar nicht erst zu äußern brauchten.

Es gibt eine Ausnahme, möglicherweise um eine unbehagliche Wahrnehmung wegzuerklären:

»In der Tat scheint die kommunistische Partei nicht das unmittelbare Ziel zu haben, die Macht zu ergreifen. Sie versucht vielmehr, die nationale Einheit zu zerstören, die Unterstützung für die sowjetische Politik gegenüber dem Westen zu verstärken und Spannungen in der arabischen Welt anzuheizen. Sie hat hierbei bereits deutliche Fortschritte gemacht.«⁴

Es gibt keinen Hinweis darauf, was der Autor mit »nationaler Einheit« meinte. Eine linksorientierte oder kommunistisch beherrschte syrische Regierung, folgte der US-Botschafter in Syrien, James Moose, könnte sicherlich die amerikanischen Interessen in der benachbarten Türkei bedrohen, welche dann alle Natostaaten ausmanövrieren könnten, und so weiter und so fort.⁵ Da man sich nicht darauf verlassen konnte, daß die syrische Regierung etwas gegen diese drohende Katastrophe tun würde, war es klar, daß etwas mit der syrischen Regierung geschehen mußte.

Wir fügen die übliche nahöstliche Intrige hinzu: In diesem Fall verschwört sich der Irak mit den Briten, die Regierungen in Syrien und in Nassers Ägypten zu stürzen, die Briten setzen die Amerikaner unter Druck, bei der Verschwörung mitzumachen,⁶ die CIA sucht nach einem Kompromiß: Laßt Nasser, zumindest für den Augenblick, in Ruhe – und wir werden etwas wegen Syrien unternehmen.⁷

Ein unwahrscheinliches Szenario, empörend, aber in der altehrwürdigen Tradition des Nahen Ostens. Die Briten waren alte Hasen in solchen Dingen. Dulles und die Amerikaner, die noch darüber jubelten, wie sie im Iran einen Kaiser gemacht hatten, waren begierig darauf, auch den Rest der Ölregion nach ihren Vorstellungen neu zu ordnen.

Wilbur Crane Eveland war ein Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrats, der hochrangigen ämterübergreifenden Gruppe in Washington, die – in der Theorie – die Geheimaktivitäten der CIA überwacht und steuert. Wegen seines Hintergrundes und seiner Erfahrung im Nahen Osten hatte die CIA gefordert, ihm Eveland für einige Aufträge auszuleihen.

Archibald Roosevelt war, wie sein Cousin Kermit Roosevelt, ein hochrangiger Beamter der CIA. Beide waren Enkel des früheren Präsidenten Theodore Roosevelt. Kermit hatte den Sturz der iranischen Regierung im Jahre 1953 geleitet. Archie hegte die kühne Hoffnung, dasselbe in Syrien zu tun.

Michail Ilian Bey war einmal Außenminister Syriens gewesen. Im Jahre 1956 war er der Führer der konservativen Volkspartei.

Bei einem Treffen dieser drei Männer am 01.07.1956 in Damaskus, so berichtet Eveland in seinen Memoiren, fragte Roosevelt Ilian »was nötig sein würde, um den syrischen Konservativen ausreichend Macht zu geben, damit sie die Kommunisten und ihre linken Sympathisanten eliminieren könnten. Ilian antwortete, indem er Namen und Plätze abhakte: Die Radiosender in Damaskus und Aleppo, einige wenige hochrangige Beamte und genug Geld, um die jetzt noch in ägyptischer und die in saudi-arabischer Hand befindlichen Zeitungen zu kaufen.«

»Roosevelt forschte weiter, ließen sich diese Dinge, so fragte er Ilian, allein mit amerikanischem Geld und Vermögen erledigen, ohne daß ein anderes westliches oder nahöstliches Land einbezogen würde?«

»Ohne Frage«, antwortete Ilian, und nickte ernst.

Am 26.07.1956 verkündete der ägyptische Präsident Gamal Abdul Nasser, sein Land werde den Betrieb des Suezkanals übernehmen. Die Briten und Franzosen reagierten schnell und wutentbrannt. Die Vereinigten Staaten verhielten sich nach außen hin nicht ganz so feindselig, obwohl sie Bedenken äußerten und ägyptische Regierungsgelder in den USA eingefroren wurden. Dieser unerwartete Vorfall behinderte die Pläne der CIA, weil – wie Ilian Eveland voller Verzweiflung erklärte – Nasser jetzt der Held der arabischen Welt war und eine Zusammenarbeit mit einer der Westmächte zum Sturz einer arabischen Regierung politisch nicht zu durchzusetzen war.

Schließlich wurde der Staatsstreich für den 25.10.1956 angesetzt. Die Logistik, wie Ilian sie skizziert hatte, erforderte, daß hochrangige Obristen in der syrischen Armee

»die Kontrolle über Damaskus, Aleppo, Homs und Hama übernehmen. Auch die Grenzübergänge zu Jordanien, dem Irak und dem Libanon würden besetzt werden, um die Grenzen Syriens so lange abzuriegeln, bis die Radiosender verkündet hätten, daß eine neue Regierung unter der Leitung von Oberst Kabbani, der bewaffnete Einheiten an Schlüsselstellungen überall in Damaskus aufmarschieren lassen würde, die Macht übernommen hätte. Sobald die Kontrolle hergestellt sei, würde Ilian die Zivilisten, die er für die Bildung einer neuen Regierung ausgesucht hatte, informieren. Um aber undichte Stellen zu vermeiden, würden diese erst eine Woche vor dem Staatsstreich informiert werden.«

Für diese Operation würde Geld die Hände wechseln müssen. Ilian forderte und erhielt eine halbe Million syrische Pfund (ungefähr 167.000 US-Dollar). Um die Teilnahme der syrischen Verschwörer garantieren zu können, verlangte der Syrer außerdem eine Zusage der höchsten Ebenen der amerikanischen Regierung, daß die USA sowohl den Staatsstreich unterstützen als auch unverzüglich die neue Regierung anerkennen würden. Dieses, so erklärte Ilian, könnte folgendermaßen mitgeteilt werden: Im April 1956 hatte Präsident Eisenhower erklärt, die Vereinigten Staaten würden – allerdings nicht ohne Zustimmung des Kongresses – einem militärischen Angriff im Nahen Osten entgegenreten. Könnte der Präsident, so fragte er sich, diese Erklärung angesichts der Suezkrise an einem vorher festgelegten Datum wiederholen, das man Ilians Kollegen mitteilen würde? Eisenhowers Worte würden dann die Garantie sein, die sie forderten.

Eine zustimmende Antwort auf Ilians Plan aus Washington erreichte Damaskus am folgenden Tag. Man würde eine passende Gelegenheit für die geforderte Erklärung finden müssen, und Außenminister Dulles würde sie abgeben. Es war geplant, daß Dulles zwischen dem 16. und dem 18.10.1956 öffentlich auf Eisenhowers Erklärung Bezug nehmen und damit Ilian die Woche geben würde, die er brauchte, um seine Mannschaft von Zivilisten zusammenzubekommen.

Kurz danach hielt John Foster Dulles eine Pressekonferenz ab. Angesichts der jüngsten israelischen Angriffe auf Jordanien fragte einer der anwesenden Reporter, ob die Vereinigten Staaten Jordanien auf der Grundlage »unserer Erklärung vom 9. April« zu Hilfe kommen würden.

Ja, erwiderte der Außenminister, und wiederholte den Hinweis auf die Erklärung vom April. Das war am 16.10.1956.

Unverzüglich sandte Ilian aus Damaskus eine Nachricht an Eveland in Beirut, in der er den Termin des Staatsstreichs um fünf Tage, auf den 30.10.1956, verschob, denn Oberst Kabbani hatte ihm mitgeteilt, seine Leute seien noch nicht bereit.

Diese Verschiebung war entscheidend. Früh am Morgen des 30.10.1956 erschien ein hochgradig bestürzter Ilian an Evelands Tür, und schrie:

»Letzte Nacht sind die Israelis in Ägypten einmarschiert und befinden sich gerade jetzt auf dem Vormarsch auf den Suezkanal! Wie konnten Sie von uns verlangen, genau dann eine arabische Regierung zu stürzen, wenn Israel einen Krieg gegen ein arabisches Land anfängt?«⁸

In Washington schrillte weiterhin ununterbrochen die Linkstrend-in-Syrien-Glocke. Im Januar 1957, so schrieb Präsident Eisenhower später, reichte der CIA-Direktor Allen Dulles »Berichte ein, nach denen das neue syrische Kabinett linksorientiert sei.«⁹ Zwei Monate später schrieb Dulles in einem »Situationsbericht über Syrien« über eine »zunehmenden Tendenz hin zu einer ausgesprochen linken, sowjetfreundlichen Regierung.« Dulles war beunruhigt über »eine Gruppe von linken Beamten, die zur Sozialistischen Partei der arabischen Wiedergeburt gehörten.«¹⁰ Im selben Monat wurde in einem internen Dokument des Außenministeriums Folgendes ausgeführt:

»Anscheinend wollen die Briten aktiv auf eine Ablösung der gegenwärtigen syrischen Regierung hinwirken, um eine prowestliche Ausrichtung auf Seiten der zukünftigen syrischen Regierung zu gewährleisten. Die Vereinigten Staaten teilen die Sorge der britischen Regierung hinsichtlich der Situation in Syrien.«¹¹

Im Juni 1957 dann hieß es in einem internen Papier des Verteidigungsministeriums, ein »linker Staatsstreich« sei möglich. Dieser würde, so das Papier, gegen »die linke syrische Regierung« gerichtet sein.¹²

So kam es, daß CIA-Beamte in Beirut und Damaskus erneut versuchten, einen Staatsstreich in Syrien zu inszenieren. Diesmal zog Kermit Roosevelt und nicht sein Cousin Archibald die Fäden. Er sorgte dafür, daß ein gewisser Howard (»Rocky«) Stone aus dem Sudan nach Damaskus versetzt wurde, um sicherzugehen, daß die Sache von einem »Profi gedeichselt« würde. Stone war mit zweiunddreißig Jahren wegen seiner Untergrundtätigkeit bereits eine Legende in der CIA. Er galt als der Mann, der Kim Roosevelt vier Jahre zuvor geholfen hatte, die iranische Regierung zu stürzen, auch wenn nicht bekannt geworden ist, worin Stones Beitrag eigentlich genau bestanden hatte.

Als Nutznießer dieser speziellen Verschwörung war Adib Schischakli ausersehen, ein früherer rechter Diktator Syriens, der insgeheim im Libanon lebte. Der frühere Sicherheitschef Schischaklis und augenblickliche syrische Militärattaché in Rom, Oberst Ibrahim Hussein, wurde mit einem von der CIA gefälschten Paß heimlich in den Libanon eingeschleust. Hussein sollte dann im Kofferraum eines amerikanischen Diplomatenfahrzeugs über die syrische Grenze geschmuggelt werden, um die wichtigsten syrischen Agenten der CIA zu treffen und sicherzustellen, daß Schischakli, sobald die syrische Regierung gestürzt worden wäre, zurückkommen würde, um die Regierung zu übernehmen.

Aber der Staatsstreich wurde aufgedeckt, bevor er überhaupt begonnen hatte. Syrische Offiziere, denen man eine führende Rolle bei der Operation zugeordnet hatte, marschierten ins Büro des syrischen Geheimdienstchefs, Oberst Sarradsch, lieferten ihre Schmiergelder ab und machten die CIA-Beamten namhaft, von denen sie das Geld bekommen hatten. Oberstleutnant Robert Molloy, der amerikanische Heeresattaché, Francis Jeton, ein CIA-Beamter, der seine Karriere im Geheimdienst gemacht hatte und offiziell der Vizekonsul der US-Botschaft war, sowie der legendäre Howard Stone, der den Titel eines Legationsrats für politische Angelegenheiten führte, wurden zu *personae non gratae* erklärt und im August 1957 des Landes verwiesen.

Oberstleutnant Molloy sollte Syrien auf stille Weise verlassen. Als sein Auto sich der libanesischen Grenze näherte, drängte er seine syrische Motorradeskorte von der Straße ab und schrie dem gestürzten Fahrer zu, er solle »Oberst Sarradsch und seinen roten Freunden« ausrichten, er, Molloy, würde »mit einer auf den Rücken gebundenen Hand die Scheiße aus ihnen herausprügeln, falls sie jemals wieder seinen Weg kreuzen sollten.«

In der Bekanntmachung, die den Ausweisungsbefehl begleitete, erklärte die syrische Regierung, Stone habe zuerst zur verbotenen Syrischen Sozial-Nationalistischen Partei und dann zu den Offizieren Kontakt aufgenommen. Als die Offiziere die Verschwörung anzeigten, befahl man ihnen, ihre Kontakte mit den Amerikanern nicht abubrechen,

und etwas später trafen sie in den Wohnungen von Angehörigen der US-Botschaft mit Schischakli und Husseinî zusammen. Berichten zufolge erzählte Husseinî den Offizieren, die Vereinigten Staaten wären bereit, einer neuen syrischen Regierung zwischen 300 und 400 Millionen Dollar an Unterstützung zu geben, falls diese mit Israel Frieden schlössen.

Eine erheiternde Nebenbemerkung über die Angelegenheit fiel, als der syrische Verteidigungsminister und der syrische Botschafter in Italien darüber diskutierten, ob Husseinî etwas mit der Verschwörung zu tun gehabt hätte. Der Botschafter wies darauf hin, daß Husseinî seit dem 20.07.1957 nicht in Syrien gewesen wäre und sein Paß keinerlei Hinweis darauf enthielte, daß er Italien seit diesem Zeitpunkt verlassen hätte.

Das amerikanische Außenministerium stufte die syrischen Anschuldigungen als »vollständig erfunden« ein und rächte sich dadurch, daß es den syrischen Botschafter und den syrischen Legationsrat auswies sowie den amerikanischen Botschafter aus Syrien abberief. Bemerkenswerterweise was dies das erste Mal seit 1915, daß die Vereinigten Staaten den Missionschef eines fremden Landes auswiesen.¹³ Im Gefolge der Kontroverse berichtete die *New York Times*:

»Es gibt zahlreiche Theorien darüber, warum die Syrer auf die Vereinigten Staaten einschlugen. Eine davon lautet, sie handelten auf Veranlassung der Sowjetunion. Eine andere, die Regierung habe eine antiamerikanische Spionagestory fabriziert, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den Verhandlungen Syriens mit Moskau abzulenken.«¹⁴

Der Leitartikel derselben Ausgabe erging sich in Spekulationen über andere plausibel klingende Erklärungen.¹⁵ Anscheinend zogen die Redakteure der *New York Times* weder auf den Nachrichtenseiten noch im Leitartikel überhaupt die Möglichkeit in Betracht, daß die syrischen Anschuldigungen zutreffen könnten. Präsident Eisenhower, der in seinen Memoiren auf den Vorfall zu sprechen kam, bestritt die Anschuldigungen nicht. Sein einziger Kommentar zu den Ausweisungen war:

»Die ganze Aktion war von einem Geheimnis umgeben, es bestand jedoch der starke Verdacht, daß die Kommunisten die Herrschaft über die Regierung übernommen hätten. Außerdem lagen uns aktuelle Berichte vor, daß Waffen aus dem Ostblock unterwegs nach Syrien waren.«¹⁶

Die Besessenheit der Vereinigten Staaten über Syriens Neutralismus bzw. »Linksgerichtetheit« gab sich nicht. Fünf Jahre danach, als John F. Kennedy im Weißen Haus saß, traf er sich mit dem britischen Premierminister Macmillan, und die beiden Führer kamen einem Bericht der CIA nach darin überein »die syrischen Streitkräfte zu unterwandern und sich spalterische Elemente, insbesondere im syrischen Heer, heranzuziehen, damit Syrien vom Westen gelenkt werden kann.«¹⁷

Noch Jahrzehnte danach war Washington besorgt, obwohl Syrien immer noch nicht »kommunistisch geworden« war.

Anmerkungen zu Kapitel 12

- 1 *Department of State Bulletin* (Washington), 18.06.1956, S. 999-1000.
- 2 U. S. Mutual Security Act of 1955, Sections 142(a)(4) and 413.
- 3 Declassified Documents Reference System: a) Band 1992: Dokument 2326, 10.05.1955; Nr. 2663, 21.09.1955; Nr. 2973, 09.01.1956; Nr. 2974, 16.01.1956; b) Band 1993: Dokument 2953, 14.12.1955; Nr. 2954, 26.01.1956; H. 2955, 27.01.1956. – Mit Ausnahme von Nr. 2663 tragen alle Dokumente am Kopf des Titelblattes den Eintrag »Operations Coordinating Board«. Dies war ein Gremium des Nationalen Sicherheitsrates, der die verdeckten Aktionen koordinierte.
- 4 Ebd., Band 1993: H. 2953, 14.12.1955, S. 4.
- 5 **Wilbur Crane Eveland**, *ROPES OF SAND: AMERICA'S FAILURE IN THE MIDDLE EAST* (Norton, New York, 1980), S. 122.
- 6 **Patrick Seale**, *THE STRUGGLE FOR SYRIA: A STUDY OF POST-WAR ARAB POLITICS, 1945-1958* (London, 1965), S. 283-306; **Eveland**, S. 135, 169-173.
- 7 **Eveland**, S. 182.
- 8 Zum Staatsstreich von 1956 und den Hintergründen vgl. **Eveland**, Kap. 11 bis 20; *New York Times*, 10.04.1956; 17.10.1956.
- 9 **Dwight D. Eisenhower**, *THE WHITE HOUSE YEARS: WAGING PEACE, 1956-1961* (New York, 1965), S. 196.
- 10 Declassified Documents Reference System, Band 1981, Dokument 26E, 22.03.1957.
- 11 Ebd., Band 1985, Dokument 283, März 1957.
- 12 Ebd., Band 1981, Dokument 471B, 17.06.1957.
- 13 Zum Staatsstreich von 1957 vgl. **Eveland**, S. 253-254; *New York Times*, 14.08.1957, S. 1, 6; 15.08.1957, S. 1,4.
- 14 *New York Times*, 17.08.1957, S. 3.
- 15 Ebd., S. 14.
- 16 **Eisenhower**, S. 196.
- 17 Interne Aktennotiz der CIA (Name des Verfassers gelöscht) vom 18.06.1962, Bericht über Gespräche mit »westlichen Diplomaten« bezüglich des Treffens zwischen Kennedy Macmillan, Declassified Documents Reference System, Band 1975, Dokument 240A.

13 Der Nahe Osten 1957 bis 1958

Die Eisenhower-Doktrin erhebt Anspruch auf einen neuen Hinterhof für Amerika

Am 09.03.1957 nahm der Kongreß der Vereinigten Staaten auf Antrag des Präsidenten eine Resolution an, die unter dem Namen Eisenhower-Doktrin bekannt werden sollte. Es war, wie zuvor die Truman-Doktrin und die Monroe-Doktrin, ein Stück Papier, mit dem die Regierung der Vereinigten Staaten der Regierung der Vereinigten Staaten das bemerkenswerte und beneidenswerte Recht übertrug, in anderen Ländern militärisch zu intervenieren. Mit einem Federstrich wurde der Nahe Osten Europa und der westlichen Hemisphäre als Spielfeld Amerikas zugeschlagen. In der Resolution hieß es:

»Die Vereinigten Staaten betrachten die Bewahrung der Unabhängigkeit und Unversehrtheit der Nationen des Nahen Ostens als lebenswichtig für das nationale Interesse und den Weltfrieden.«

Und dennoch ließ, wie wir gesehen haben, die CIA zu jener Zeit ihre Operation zum Sturz der syrischen Regierung anlaufen.

Der geschäftliche Teil der Resolution war in der lakonischen Erklärung enthalten, daß die Vereinigten Staaten »bereit sind, bewaffnete Streitkräfte einzusetzen, um« jedes Land des Nahen Ostens »zu unterstützen, das Hilfe gegen eine bewaffnete Aggression durch irgendein Land, das vom Weltkommunismus beherrscht wird, erbittet.« Von einer Aggression eines nichtkommunistischen oder antikommunistischen Landes, welche den Weltfrieden bedrohen könnte, war nicht die Rede.

Wilbur Crane Eveland, der seinerzeitige Nahost-Spezialist der CIA, hatte zwei Monate zuvor an einem Treffen im Außenministerium teilgenommen, bei dem die Resolution diskutiert werden sollte. Eveland las den Entwurf, in dem es hieß, »viele, wenn nicht alle« Staaten des Nahen Ostens »sind sich der Gefahr bewußt, die vom Weltkommunismus ausgeht.« Später schrieb er:

»Ich war schockiert. Wer, so fragte ich mich, hatte in dieser Weise darüber entschieden, was die Araber als Gefahr ansahen? Die israelische Armee war gerade in Ägypten einmarschiert und hielt immer noch die Sinaihalbinsel und den Gazastreifen besetzt. Und hätte es nicht die russische Drohung, auf Seiten der Ägypter einzugreifen, gegeben, könnten die britischen, französischen und israelischen Truppen jetzt in Kairo stehen und Nassers schmachvollen Sturz feiern.«¹

Das vereinfachende und polarisierende Weltbild der Eisenhower-Doktrin ignorierte nicht bloß die israelfeindliche Stimmung, sondern auch die in vielen einflußreichen Kreisen des Nahen Ostens weitverbreiteten Strömungen des Nationalismus, Panarabismus, Neutralismus und Sozialismus. Die Leute, welche die Resolution entworfen hatten, sahen nur ein Schlachtfeld des Kalten Krieges, welches jedoch ihre eigene Schöpfung war.

Im April 1957 entließ König Hussein von Jordanien seinen Ministerpräsidenten, Suleiman Nabulsi, inmitten von anscheinend wohlfundierten Gerüchten über einen von Ägypten und Syrien sowie von in Jordanien lebenden Palästinensern unterstützten Staatsstreich gegen den König. Es war der Wendepunkt in einem bereits längere Zeit schwelenden Konflikt zwischen der prowestlichen Politik Husseins und den neutralistischen Neigungen der Regierung Nabulsi. Nabulsi hatte angekündigt, daß Jordanien im Einklang mit seiner neutralistischen Politik engere Beziehungen zur Sowjetunion anbahnen und sowjetische Hilfe annehmen würde, falls diese angeboten würde. Andererseits wies er die amerikanische Hilfe zurück, weil, wie er sagte, die Vereinigten Staaten ihn davon unterrichtet hätten, daß die Wirtschaftshilfe so lange zurückgehalten würde, bis Jordanien »seine Beziehungen zu Ägypten löst« und »der Ansiedlung von palästi-

nensischen Flüchtlingen in Jordanien zustimmt«, eine Beschuldigung, die vom amerikanischen Außenministerium zurückgewiesen wurde. Nabulsi fügte noch hinzu: »Der Kommunismus stellt für die Araber keine Gefahr dar.«

Hussein dagegen warf dem »Weltkommunismus und seinen Anhängern« vor, sie trügen die direkte Verantwortung für »die Versuche, mein Land zu zerstören.« Als man ihn drängte, seine Beschuldigungen zu beweisen, wies er dieses Ansinnen zurück.

Als in etlichen jordanischen Städten Unruhen ausbrachen und ein Bürgerkrieg nicht mehr ausgeschlossen schien, zeigte sich Hussein der Bedrohung seiner Herrschaft gewachsen. Er verhängte das Kriegsrecht, säuberte die Regierung und das Militär von nasserfreundlichen und linken Elementen und verbot alle Oppositionsparteien. In Jordanien kehrte bald wieder ein Zustand relativer Ruhe ein.

Die Vereinigten Staaten jedoch ergriffen die Gelegenheit beim Schopf, daß Hussein den Ausdruck »Weltkommunismus« benutzt hatte, und setzten in aller Eile Verbände der Sechsten Flotte ins östliche Mittelmeer in Marsch – einen Flugzeugträger, zwei Kreuzer und 15 Zerstörer, denen eine Reihe von anderen Kriegsschiffen und ein Bataillon Marininfanteristen folgten. Diese gingen im Libanon an Land, um sich auf eine »mögliche zukünftige Intervention in Jordanien vorzubereiten.«²

Trotz der Tatsache, daß nichts stattgefunden hatte, das auch nur im geringsten einer »bewaffneten Aggression durch ein vom Weltkommunismus gesteuertes Land« glich, forderte das amerikanische Außenministerium den König öffentlich auf, sich auf die Eisenhower-Doktrin zu berufen.³ Aber Hussein, der noch nicht einmal die Demonstration der Stärke verlangt hatte, lehnte ab, wohl wissend, daß solch ein Schritt nur Öl in die Feuer, die bereits im politischen Leben Jordaniens wüteten, gießen würde. Er überlebte ohne sie.

Irgendwann in diesem Jahr begann die CIA damit, König Hussein heimlich jährliche Zahlungen zukommen zu lassen, die sich anfangs auf Millionen von US-Dollar im Jahr beliefen, ein Brauch, der 20 Jahre lang währen sollte. Zusätzlich versorgte der Geheimdienst Hussein mit weiblicher Gesellschaft. Die CIA rechtfertigte diese Zahlungen später mit der Behauptung, Hussein hätte amerikanischen Geheimdiensten erlaubt, frei in seinem Land zu operieren. Hussein seinerseits versorgte die CIA mit Geheiminformationen und gab Teile der an ihn gezahlten Gelder an Regierungsbeamte weiter, die wie er Geheiminformationen lieferten oder mit dem Geheimdienst zusammenarbeiteten.⁴

Einige Monate später sollte Syrien in Washingtons Melodrama vom »Weltkommunismus« die Hauptrolle einnehmen. Die Syrer hatten auf den Gebieten Handel und Wirtschaftshilfe sowie Waffenkäufe und militärische Ausbildung Beziehungen zur Sowjetunion angeknüpft. Die Vereinigten Staaten beschlossen, darin etwas Verdächtiges zu sehen, obwohl die Lage der Dinge, wie wir im vorangegangenen Kapitel sehen konnten, in nicht geringem Ausmaß durch John Foster Dulles selbst herbeigeführt worden war. Die amerikanische Abneigung gegen Syrien steigerte sich noch im August, nachdem die syrische Regierung die vom CIA gesteuerte Verschwörung zu ihrem Sturz entlarvt hatte.

Die Beamten in Washington und die amerikanischen Medien gewöhnten sich schnell daran, Syrien als einen »sowjetischen Satelliten« oder »Quasisatelliten« zu bezeichnen. Dabei handelte es sich keineswegs um eine objektive oder spontane Berichterstattung. Kennett Love, ein Korrespondent der *New York Times*, der in engem Kontakt mit der CIA gestanden hatte (vgl. das Kapitel über den Iran), enthüllte später einiges von dem, was dahinter stand:

»Die US-Botschaft in Syrien duldet stillschweigend falsche Berichte, die durch diplomatische und durch Pressekanäle von Washington und London kamen, nach denen russische Waffen in den syrischen Hafen Latakia strömten, ›nicht mehr als 123 MiG‹ in Syrien angekommen seien und Oberstleutnant Abdel Hamid Saradsch, der Chef des syrischen Geheimdienstes, durch einen von den Kommunisten angezettelten Staatsstreich die Macht übernommen habe. Ich bereiste im November und Dezember [1956] ohne jegliche Behinderung ganz Syrien und fand heraus, daß es in der Tat ›nicht mehr als 123 MiG‹ in Syrien gab. Es gab nämlich überhaupt keine. Und es waren auch schon seit Monaten keine russischen Waffen

mehr ins Land gekommen. Und es hatte keinen Staatsstreich gegeben, auch wenn einige Korrespondenten in Beirut, das gerade einmal zwei Autostunden von Damaskus entfernt ist, ohne die Quelle zu nennen, falsche Berichte schickten, die sie von Botschaftsbesuchern in Damaskus und einem umherstreifenden CIA-Mann, der unter dem Deckmantel eines Beamten des Finanzministerium der USA arbeitete, erhalten hatten. Sarradsch, der ein entschiedener Antikommunist war, hatte gerade erst die tollpatschige Verschwörung von Briten, Amerikanern und Irakern [zum Sturz der syrischen Regierung] aufgedeckt. In Syrien war alles ruhig, aber man war besorgt über Propaganda-Voraussagungen, daß es einen neuen Staatsstreichs oder eine vom Westen unterstützte Invasion geben würde.«⁵

Um diejenigen, die immer noch skeptisch waren, zu überzeugen, sandte Eisenhower einen persönlichen Abgesandten, Loy Henderson, auf eine Reise durch den Nahen Osten. Henderson kam mit dem niemanden überraschenden Ergebnis zurück, »man befürchtet in allen Ländern des Nahen Ostens, daß die Sowjets die Krise in Syrien dazu benutzen könnten, die Regierungen in jedem Land zu stürzen.«⁶ Er machte keine Andeutung darüber, ob die Syrer selbst dachten, in ihrem Land gebe es eine Krise.

Als Indiz, wie künstlich die Krisen waren, die das Weiße Haus meldete, und wie unbegründet die Untergangsszenarien über die Rolle der Sowjetunion waren, genügt ein Blick auf die folgende interne Aktennotiz des Verteidigungsministerium vom Juni 1957, also etwa zwei Monate, bevor Henderson in den Nahen Osten reiste:

»Die UdSSR hat bisher keinerlei Absicht durchblicken lassen, sich direkt in irgendeine der zuvor erwähnten Krisen im Nahen Osten einzumischen, und wir halten es auch für unwahrscheinlich, daß sie sich direkt einmischen würde, um den Erfolg eines linken Staatsstreichs in Syrien sicherzustellen.«⁷

Anfang September, am Tag, nachdem Henderson zurückgekehrt war, kündigten die Vereinigten Staaten ihre Absicht an, erneut die Sechste Flotte ins Mittelmeer zu schicken und auf dem schnellsten Weg Waffen und andere militärische Ausrüstung an Jordanien, den Libanon, den Irak und die Türkei zu liefern. Einige Tage später setzten sie auch Saudi-Arabien noch auf diese Liste. Die Sowjetunion antwortete mit Waffensendungen nach Syrien, Ägypten und dem Jemen.

Die syrische Regierung beschuldigte die USA, sie schicke in einer »offenen Kampfansage« Kriegsschiffe in die Nähe der Küste des Landes, und teilte mit, unbekannte Flugzeuge überflögen seit vier Tagen und vier Nächten ununterbrochen das Gebiet von Latakia, dem Hafen, in dem die sowjetischen Schiffe festmachten.

Syrien behauptete weiterhin, die USA hätten die Türkei »angestiftet«, eine geschätzte Streitmacht von 50.000 Soldaten an der Grenze zu Syrien zu konzentrieren. Über die Erklärung, die türkischen Truppen seien nur zu Manöverzwecken dort, konnten die Syrer bloß lachen. Eisenhower schrieb später, die Truppen hätten sich mit der »Bereitschaft zum Handeln« an der Grenze befunden und die Vereinigten Staaten hätten den Führern der Türkei, des Irak und Jordaniens bereits versichert, sie würden, falls diese »es für nötig hielten, Maßnahmen gegen einen syrischen Angriff zu ergreifen, für die Länder des Nahen Ostens vorgesehene Schiffslieferungen mit Waffen beschleunigen und außerdem Verluste so schnell wie möglich ersetzen.« Der Präsident hatte keine Probleme damit, daß irgendjemand eine solche Handlung nicht als Abwehr des, nach seinen eigenen Worten, »vorhergesagten Angriffs« Syriens ansehen könnte, denn sie würde »ihrem Charakter nach im Wesentlichen defensiv sein« sein [Hervorhebung durch den Verfasser].⁸

Die Rolle der Amerikaner war möglicherweise aktiver, als Eisenhower uns glauben machen wollte. Einer seiner Berater, Emmet John Hughes, beschrieb einmal, wie der Staatssekretär im Außenministerium, Christian Herter, der später den kränkelnden John Foster Dulles als Außenminister ablösen sollte, »umständlich und mit reumütiger Stimme einige [...] ungeschickte heimliche Versuche der Amerikaner aus letzter Zeit kritisierte, türkische Truppen zu einer nicht näher bezeichneten Art von Kampf mit den Syrern anzustiften.«⁹

Bei öffentlichen Äußerungen vermittelte Dulles den Eindruck, die Vereinigten Staaten seien bemüht, irgendwie die Eisenhower-Doktrin ins Spiel zu bringen, vermutlich als eine »Rechtfertigung«, um weitere Schritte gegen Syrien ergreifen zu können. Aber er konnte beim besten Willen nicht erklären, wie dies zu bewerkstelligen wäre. Denn die Syrer würden ganz sicher nicht die in dem entsprechenden Dokument vorgesehene Hilfesuchen aussprechen.

Die einzige Lösung läge darin, daß Syrien ein anderes arabisches Land angriffe, welches dann amerikanische Hilfe erbitten würde. Dies scheint die einzige vernünftige Erklärung zu sein, wenn man sich die rastlosen militärischen und diplomatischen Aktivitäten der USA gegen Syrien ansieht. Eine Untersuchung, die einige Jahre danach für das Pentagon durchgeführt wurde, kam zu dem Schluß, in »der syrischen Krise des Jahres 1957 versuchte Washington anscheinend zu erreichen, daß die Anwendung von Gewalt vom Ziel ausging«. ¹⁰ [Hervorhebung durch den Verfasser. »Das Ziel« bezieht sich auf Syrien.]

Die ganze Zeit hindurch bemühten sich Beamte in Washington abwechselnd, Zeugnisse aus anderen arabischen Ländern dafür beizubringen, daß Syrien tatsächlich eine Art sowjetischer Satellit wäre und eine Bedrohung für die Region darstellte, und der Welt zu versichern, daß die Vereinigten Staaten solche Zeugnisse im Überfluß hätten. Aber sowohl Jordanien als auch der Irak und Saudi-Arabien verneinten, daß sie sich von den Syrern bedroht fühlten. Ägypten, der engste Verbündete Syriens, stimmte dem natürlich zu. Auf dem Höhepunkt der »Krise« verließ König Hussein von Jordanien sein Land, um eine Reise nach Europa anzutreten. Der irakische Ministerpräsident erklärte, sein Land und Syrien befänden sich in »vollem Einvernehmen.« Und König Saud von Saudi-Arabien nannte in einer Botschaft an Eisenhower, daß die USA die Besorgnis wegen Syrien »übertrieben« hätten und bat den Präsidenten um die »erneute Zusicherung, daß die Vereinigten Staaten es unterlassen würden, sich in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten einzumischen.« Saud fugte hinzu, daß »Versuche, das syrische Regime zu stürzen, höchstens dazu führen würden, daß die Syrer dem sowjetischen Einfluß gegenüber zugänglicher würden«, eine Ansicht, die viele Beobachter auf allen Seiten teilten. Zur selben Zeit berichtete die *New York Times*:

»Seit Beginn der Krise wegen Syriens Linksruck herrschte unter seinen arabischen Nachbarn weniger Aufgeregtheit als in den Vereinigten Staaten. Ausländische Diplomaten in der Region, zu denen auch viele amerikanische zählen, meinten, die Aufregung, die in Washington erzeugt würde, stünde in keinerlei Verhältnis zu der Sache selbst.«

Daß Dulles nirgends Unterstützung für die amerikanische These fand, dürfte letzten Endes nicht ohne Einfluß auf ihn geblieben sein, denn als er direkt aufgefordert wurde, »die Beziehung zwischen den sowjetischen Zielen in der Region und der Rolle, die Syrien dabei spielt, zu konkretisieren«, war er nur zu folgender Antwort in der Lage: »Die Situation in Syrien ist nicht klar und ändert sich beständig.« Syrien, so deutete er an, befand sich noch nicht im Griff des Weltkommunismus.

Am nächsten Tag mäßigte auch Syrien, das keinen Wunsch hatte, sich vom Westen zu isolieren, in ähnlicher Weise seinen Ton, indem es erklärte, die amerikanischen Kriegsschiffe seien bereits 15 Meilen außerhalb der Küstengewässer und setzten »ruhig ihren Weg« fort. ¹¹

Es scheint, daß die Vereinigten Staaten in diesem unruhigen Jahr – 1957 – auch an einer Verschwörung beteiligt waren, um Nasser und seinen lästigen Nationalismus zu stürzen, obwohl darüber nur ziemlich skizzenhafte Einzelheiten bekannt sind. Im Januar des Jahres, als König Saud und der irakische Kronprinz Abdul Illah sich in New York bei den Vereinten Nationen aufhielten, machten sich der CIA-Direktor Allen Dulles und einer seines Spitzenbeamten, Kermit Roosevelt, mit dem Angebot an sie heran, die CIA könne heimlich den Sturz des ägyptischen Führers planen und finanzieren, dessen radikale Rhetorik, so primitiv sie auch war, von den königlichen Besuchern als eine Bedrohung der Monarchie an sich angesehen wurde. Nasser und andere Offiziere der ägyptischen Armee hatten im Jahre 1952 König Faruk durch einen Militärputsch zur Abdankung ge-

zwungen. Ironischerweise schrieb man Kermit Roosevelt und der CIA traditionellerweise den Verdienst zu, diesen Staatsstreich irgendwie geplant zu haben. Es ist allerdings in keiner Weise sicher, daß sie daran dann auch wirklich beteiligt waren.¹² Eveland schrieb:

»Abdul Illah bestand darauf, daß an einer Geheimoperation die Briten beteiligt werden müßten, aber die Saudis lehnten dies ab, da ihre Beziehungen zu Großbritannien nicht gut waren. Infolgedessen verfuhr die CIA zweigleisig: Sie vereinbarte mit König Saud, ihn für seine Beteiligung an einem neuen Plan, Nasser zu bekämpfen und dessen Einfluß in Syrien zu beseitigen, mit Geld zu versorgen. Mit demselben Ziel koordinierte die CIA in Beirut eine geheime Arbeitsgruppe aus Bevollmächtigten des britischen, des irakischen, des jordanischen und des libanesischen Geheimdienstes.«¹³

Mitte Frühling stießen wir im Haus von Ghosn Zogby in Beirut erneut auf das Komplott. Zogby war libanesischer Abkunft und leitete das CIA-Büro in Beirut. Er und Kermit Roosevelt, der bei ihm wohnte, veranstalteten etliche Treffen der geheimen Planungsgruppe. Eveland fuhr fort:

»So offenkundig waren ihre ›geheimen‹ Runden mit britischem, irakischem, jordanischem und libanesischem Verbindungspersonal, welche Tag und Nacht ein und aus gingen, so daß der ägyptische Botschafter im Libanon wiederholt darauf wettefte, wann und wo der nächste Staatsreich der USA stattfindend würde.«

Bei einem dieser Treffen informierte der Mann vom britischen Geheimdienst, dem Secret Intelligence Service (SIS), die Runde, man habe Mannschaften ausgesickt, die Nasser ermorden sollten.

Kurz danach erfuhr Eveland von einem CIA-Beamten, John Foster Dulles und sein Bruder Allen hätten Roosevelt angewiesen, mit den Briten zusammenzuarbeiten, um Nasser zu stürzen. Roosevelt sprach von diesem Moment an von einer »Palastrevolution« in Ägypten.¹⁴

Von diesem Zeitpunkt an fischen wir in trüben Gewässern, denn die Ereignisse, die folgten, werfen mehr Fragen als Antworten auf. Angesichts der sechs bereits erwähnten Länder, zu denen sich anscheinend auch noch die Türkei und Israel gesellt hatten, und der Tatsache, daß zwischen deren Regierungen nichts weniger als vollständiges Vertrauen und Liebe zueinander herrschte, schossen die Verschwörungen, Unterverschwörungen und Nebenverschwörungen wie Pilze aus dem Boden. Manchmal glich das Ganze eher einem Schmierentheater, auch wenn manche behaupten würden, so gehe es in der »Diplomatie« des Nahen Ostens nun einmal zu.

Zwischen Juli 1957 und Oktober 1958 verkündeten die ägyptischen und die syrischen Regierungen und Medien die Aufdeckung von mindestens acht verschiedenen Verschwörungen zum Sturz der einen oder anderen Regierung, zur Ermordung Nassers und/oder zur Verhinderung der erwarteten Vereinigung der beiden Länder.

Saudi-Arabien, der Irak und die Vereinigten Staaten wurden am häufigsten als Verschwörer genannt, aber angesichts des verwickelten Intrigengeflechts, das zutage trat, ist es schlechterdings unmöglich, diejenigen Fäden zu identifizieren, welche die USA in der Hand hielten.¹⁵

Es ist typisch für das Possenhafte der ganzen Vorgänge, daß zumindest eine der Verschwörungen zur Ermordung Nassers darauf zurückging, daß die Brüder Dulles eine Bemerkung Eisenhowers, er hoffe »das Problem Nasser könne beseitigt werden« als Aufforderung zu einem Mord auffaßten, während der Präsident, so wird erzählt, bloß an verbesserte Beziehungen zwischen den USA und Ägypten dachte. Als sie ihren Irrtum bemerkten, befahl Außenminister Dulles, die Operation sofort einzustellen.¹⁶ (Drei Jahre danach sollte Allen Dulles erneut eine Bemerkung Eisenhowers als einen Befehl »mißverstehen«, diesmal zur Ermordung Patrice Lumumbas im Kongo.)

Offizielle amerikanische Äußerungen aus dieser Zeit wollten die Welt glauben machen, die Sowjetunion wäre die Graue Eminenz hinter den Unruhen in Jordanien, der »Krise« in Syrien und dem allgemeinen Unfrieden im Nahen Osten, und das sowjetische Ziel

wäre es, die Region zu beherrschen, wohingegen es das einzige Ziel der US-Politik wäre, diesen sowjetischen Vorstoß zurückzuwerfen und die »Unabhängigkeit« der arabischen Staaten zu bewahren. Allerdings forderte die Sowjetunion dreimal während des Jahres 1957 – im Februar, April und September – eine Viermächte-Erklärung (durch die USA, die UdSSR, Großbritannien und Frankreich) zum Verzicht auf Gewalt und Einmischung in die inneren Angelegenheiten der nahöstlichen Länder. In ihrem Aufruf vom Februar hatte die Sowjetunion außerdem Folgendes gefordert: ein Embargo der vier Mächte gegen Schiffslieferungen mit Waffen in die Region, den Rückzug aller ausländischen Truppen, die Auflösung aller ausländischen Stützpunkte und eine Konferenz mit dem Ziel, eine allgemeine Einigung über den Nahen Osten zu erreichen.

Die Strategie der Sowjetunion zielte eindeutig darauf hin, den Nahen Osten zu neutralisieren und damit die seit langem empfundene Bedrohung zu beseitigen, welche die potentiell feindliche Beherrschung der Ölregion zunächst durch Frankreich und Großbritannien und nun durch die Vereinigten Staaten darstellte, welche versuchten, das »Machtvakuum« zu füllen, das durch den Niedergang der zwei europäischen Nationen als Machtfaktoren im Nahen Osten entstand war.

Die Geschichte hat es uns leider nicht gestattet zu sehen, wie ein Naher Osten ohne die Machenschaften der Großmächte ausgesehen hätte, denn weder Frankreich und Großbritannien noch die Vereinigten Staaten waren offen gegenüber dem sowjetischen »Bluff«, wenn es denn ein solcher war. Die *New York Times* faßte die Haltung der drei Westmächte gegenüber den beiden ersten Angeboten folgendermaßen zusammen:

»Sie lehnten die sowjetischen Vorschläge ab, weil sie darin einen Versuch sahen, die Anerkennung eines direkten Mitspracherechts der Sowjetunion in Angelegenheiten des Nahen Osten durchzusetzen. Sie erklärten den Russen, sie sollten sich an die Vereinten Nationen wenden.«

Nach dem Vorschlag vom September 1957 sagte Foster Dulles auf einer Pressekonferenz in Beantwortung einer Frage:

»Die Vereinigten Staaten sind skeptisch gegenüber diesen Vereinbarungen mit der Sowjetunion über ein »Händeweg«. Denn was meinen sie damit? Sie meinen, wir sollen unsere Hände raushalten, während sie ihre Hände unter dem Tisch behalten.«

Dies scheint der einzige offizielle Kommentar zu sein, den die US-Regierung in dieser Angelegenheit zu äußern im Stande war.¹⁷

Es ist vielleicht erhellend sich vorzustellen, wie die Westmächte reagiert hätten, hätte die Sowjetunion eine »Chruschtschow-Doktrin« verkündet, mit der sie sich denselben Handlungsspielraum im Nahen Osten eingeräumt hätte, wie es die Eisenhower-Doktrin auf der anderen Seite tat.

Im Januar 1958 gaben Syrien und Ägypten ihren Plan zur Vereinigung der beiden Länder bekannt, durch den die Vereinigte Arabische Republik (VAR) entstand. Die Initiative für den Zusammenschluß war von Syrien ausgegangen, und sie war in nicht geringem Ausmaß durch seine Furcht vor weiteren amerikanischen Machtdemonstrationen gegen das Land motiviert. Ironischerweise wurde durch die Vereinigungsvereinbarung die kommunistische Partei, die bereits in Ägypten verboten war, auch in Syrien aufgelöst, ein Ziel, das eineinhalb Jahre Geheimaktivitäten der CIA nicht hatten erreichen können.

Zwei Wochen nach der Geburt der VAR, und als direkte Antwort darauf, gründeten der Irak und Jordanien die Arabische Föderation, mit den Vereinigten Staaten in der Rolle der Hebamme. Diese Föderation war nur von kurzer Lebensdauer, denn durch einen blutigen Militärputsch wurde im Irak die Monarchie gestürzt. Das neue Regime rief die Republik aus und beendete umgehend die Verbindung. Im Oval Office, dem Büro des amerikanischen Präsidenten, waren wieder einmal die Trompeten von Armageddon deutlich zu vernehmen. In seinen Memoiren schrieb Eisenhower:

»Diese düstere Wendung der Dinge hätte ohne eine energische Antwort unserer Seite zur vollständigen Beseitigung des westlichen Einflusses im Nahen Osten führen können.«¹⁸

Obwohl der Präsident nicht so primitiv gewesen wäre, seine Besorgnis ums Öl zu erwähnen, wurde seine Angstattacke wahrscheinlich durch die Tatsache herbeigeführt, daß eines der größten Erdölvorkommen auf der Welt nun unter Herrschaft eines Regimes stand, von dem sich herausstellen konnte, daß es kein so gefügiger Verbündeter wie die frühere Regierung und zu unabhängig von Washington war.

Die Zeit für eine bloße Machtdemonstration war vorbei. Am nächsten Tag wurde umgehend die Marineinfanterie zusammen mit der amerikanischen Marine und Luftwaffe losgeschickt – aber nicht in den Irak, sondern in den Libanon.

Von allen arabischen Ländern war der Libanon sicher der engste Verbündete der Vereinigten Staaten. Nur dieses Land hatte überhaupt die Eisenhower-Doktrin mit einigem Enthusiasmus unterstützt und unmißverständlich Verständnis für Washingtons Panik wegen Syrien gezeigt. Um genauer zu sein, es waren der Präsident des Libanon, Kamil Schamun, und der Außenminister, Charles Malik, der an der Harvard-Universität seinen Doktor in Philosophie gemacht hatte, die im Kalten Krieg alles auf die amerikanische Karte setzten. Schamun hatte mehr als genug Gründe, sich den Vereinigten Staaten verpflichtet zu fühlen. Anscheinend hatte die CIA eine Rolle bei seiner Wahl im Jahre 1952 gespielt,¹⁹ und 1957 hatte der Geheimdienst Schamun großzügig mit Geld ausgestattet, um solchen Kandidaten bei der Wahl zur Deputiertenkammer, dem Parlament des Landes, im Juni des Jahres zu helfen, die ihn, und voraussichtlich auch die Politik der USA, unterstützen würden. Insbesondere wurden Gelder zur Bekämpfung – und damit Bestrafung – derjenigen Kandidaten bereitgestellt, die aus Protest gegen die Befolgung der Eisenhower-Doktrin durch Schamun zurückgetreten waren.

Wie üblich bei solchen Operationen, schickte die CIA einen »Wahlfachmann« zusammen mit dem Geld nach Beirut, um bei der Planung zu helfen. Amerikanische Beamte in Washington und im Libanon handelten, so erklärten sie einander, entsprechend der Vermutung, daß auch Ägypten, Syrien und Saudi-Arabien sich mit Geld in den Wahlkampf einmischen würden. Der amerikanische Botschafter im Libanon, Donald Heath, erklärte auch, wie es scheint, ohne ironische Absicht: »Wenn sowohl der Präsident als auch die neue Deputiertenkammer die amerikanischen Grundsätze unterstützten, hätten wir außerdem einen Beweis für das Funktionieren der repräsentativen Demokratie« im Nahen Osten.

Es ist nicht bekannt, inwieweit das amerikanische Geld half oder wie es ausgegeben wurde. Das Resultat war jedoch ein überwältigender Sieg der regierungsnahen Abgeordneten, ein Sieg in solchem Ausmaß, das er beträchtliche Proteste im Libanon auslöste. Unter anderem wurde die Beschuldigung laut, Schamun habe sich ein Parlament geschaffen, in dem er eine Verfassungsänderung durchbringen konnte, die ihm eine ansonsten ausdrücklich verbotene Kandidatur für eine zweite Amtszeit im folgenden Jahr erlauben würde.²⁰

Gegen Ende April 1958 hatten die Spannungen im Libanon den Siedepunkt erreicht. Die übermäßig amerikafreundliche Ausrichtung der Regierung Schamuns und seine Weigerung, den Gerüchten, er strebe eine zweite Amtszeit an, entgegenzutreten, erzürnten sowohl die libanesischen Nationalisten als auch die Verfechter des arabischen Nationalismus, den Nasser im ganzen Nahen Osten förderte. Die Kritiker forderten, die Regierung solle zu einer strikten Neutralitätspolitik zurückkehren, wie sie im Nationalpakt aus dem Jahre 1943, als der Libanon seine Unabhängigkeit von Frankreich erklärte, festgelegt worden war.

Es kam zu einem Ausbruch von gewaltsamen Demonstrationen, Bombenanschlägen und Zusammenstößen mit der Polizei, und als Anfang Mai der Herausgeber einer regierungskritischen Zeitung ermordet wurde, brachen bewaffnete Aufstände in einigen Teilen des Landes aus und die Bibliotheken der Amerikahäuser in Tripolis und Beirut wurden geplündert. Der Libanon steuerte auf einen Bürgerkrieg zu. Eisenhower schrieb:

»Abgesehen von allem anderen war es unsere fest verankerte Überzeugung, daß die Kommunisten grundsätzlich für die Unruhen verantwortlich waren und Präsident Schamun einzig aus einem tiefen Gefühl des Patriotismus heraus handelte.«

Der Präsident machte nicht deutlich, wen oder was er mit »Kommunisten« meinte. Im Nächsten Abschnitt jedoch bezeichnet er – ohne eine weitere Erklärung – die Sowjetunion als den »Unruhestifter« im Nahen Osten. Und auf der folgenden Seite schreibt der alte Soldat: »Wir hatten keinerlei Zweifel« an Schamuns Beschuldigung, daß »Ägypten und Syrien die Revolte angezettelt und die Rebellen bewaffnet hatten.«²¹

Während der Kämpfe verkündigte John Foster Dulles, er habe den »Weltkommunismus« als die Quelle des Konflikts ausgemacht, und zum dritten Mal in diesem Jahr wurde die Sechste Flotte in das östliche Mittelmeer in Marsch gesetzt. Polizeiausrüstung zur Bekämpfung von Ausschreitungen sowie Panzer und andere schwere Waffen wurden in den Libanon eingeflogen.

Bei einer darauffolgenden Pressekonferenz erklärte Dulles, selbst ohne eine Verwicklung des Weltkommunismus in die Sache wäre die Eisenhower-Doktrin anwendbar, da eine ihrer Klauseln bestimmte:

»Die Unabhängigkeit dieser Länder ist lebenswichtig für den Frieden und das nationale Interesse der Vereinigten Staaten.«

»Wenn wir der Ansicht sind, daß unser Friede und unsere Lebensinteressen aus irgendeinem Winkel der Welt bedroht werden, dann ist das mit Sicherheit ein Auftrag zum Handeln«, sagte er.²² Damit hatte einer der Verfasser der Doktrin sich selbst eine Vollmacht erteilt.

Allen Berichten zufolge unterstützten Ägypten und Syrien die Sache der Aufständischen mit Waffen, Männern und Geld. Dazu kamen die Hetzsendungen von Radio Kairo. Allerdings ist das Ausmaß der materiellen Unterstützung schwer festzustellen. Eine Beobachtergruppe der Vereinten Nationen bereiste auf Ersuchen von Außenminister Malik im Juni 1958 den Libanon und berichtete, sie hätte keine stichhaltigen Beweise für eine Einmischung der VAR finden können. Ein zweiter Bericht der UNO vom Juli 1958 bestätigte diesen Befund. Es ist jedoch fraglich, inwieweit diese Berichte verlässlich waren. Denn einerseits ging es um eine heikle Bewertung und zum anderen wurden sie von einer Körperschaft veröffentlicht, die ihre Aufgabe darin sah, einen Kompromiß herbeizuführen.

Ohnehin ging es darum, ob der Konflikt im Libanon ein legitimer, einheimischer Bürgerkrieg war oder das Resultat der Einmischung des sprichwörtlichen »ausländischen Aufwieglers.« Dazu bemerkte der Historiker Richard Barnet:

»Zweifellos spielten die Beobachter die Beteiligung der VAR herunter. Aber im Wesentlichen hatten sie Recht. Auch wenn Nasser versuchte, die politischen Unruhen zu seinen Gunsten auszunützen, war er doch nicht deren Urheber. Der Libanon verfügte nun schon lange genug über geheime Waffenlager und Waffenmärkte, als daß er auf ausländische Waffen für seine inneren Kämpfe angewiesen gewesen wäre. Die Einmischung der Ägypter war weder der Anlaß noch die Hauptstütze der inneren Unruhen. Wieder einmal schob eine Regierung, welche die Regierungsgewalt verloren hatte, die Verantwortung für ihr Versagen auf ausländische Agenten ab.«²³

Präsident Eisenhower gab wieder einmal eine Kostprobe seiner Sprunghaftigkeit, als er schrieb, Nasser würde nun »gleichermaßen erfreut sein über ein zeitweiliges Ende der Kämpfe und er wandte sich an unsere Regierung mit dem Angebot, seinen Einfluß für eine Beendigung der Unruhen einzusetzen.«²⁴

Kamil Schamun hatte die Unabhängigkeit und die Neutralität des Libanon auf dem Altar seines persönlichen Ehrgeizes und der umfassenden amerikanischen Hilfe, die er für seine Unterwerfung unter die Eisenhower-Doktrin erhalten hatte, geopfert. Und die libanesischen Muslime, die den Großteil der Opposition gegen Schamun ausmachten, waren darüber verbittert, daß der christliche Präsident das Land erneut an den Rand der arabischen Welt gerückt hatte, wie schon einmal im Jahre 1956, als er sich geweigert hatte,

die diplomatischen Beziehung zu Frankreich und Großbritannien nach deren Invasion in Ägypten abzubrechen.

In einer aufschlußreichen Bemerkung gegenüber Wilbur Crane Eveland hatte Schamun selbst auf die Bedeutung seiner amerikafreundlichen Haltung hingewiesen. Eveland schrieb: Ende April 1958

»schlug ich vor, er könnte die Spannungen durch die Abgabe einer Erklärung verringern, er würde sich nicht um eine Wiederwahl bewerben. Schamun schnaubte verächtlich und empfahl mir, auf den Kalender zu schauen: Der 23.03.1958 lag schon einen Monat hinter uns, und nach diesem Datum hätte keine Verfassungsänderung, die eine Wiederwahl erlaubt hätte, in rechtsgültiger Weise mehr verabschiedet werden können. Offensichtlich, darauf wies er hin, war die Präsidentschaft nicht das, worum es eigentlich ging – die Abkehr von der Eisenhower-Doktrin war das, was seine Gegner wollten.«²⁵

Aber statt sich von der Doktrin abzuwenden, berief sich Schamun darauf. Obwohl es im Libanon nach wie vor vereinzelt und teilweise sogar heftige Kämpfe gab, war es doch der irakische Staatsstreich vom 14.07.1958, der den Ausschlag dafür gab, daß Schamun das formelle Ersuchen um Militärhilfe stellte und die Vereinigten Staaten diese sofort gewährten. Ein Bericht der CIA über eine Verschwörung gegen König Hussein von Jordanien aus derselben Zeit sorgte dafür, daß sich Washingtons anscheinend nicht zur Ruhe kommendes Gefühl der Dringlichkeit in Bezug auf den Nahen Osten noch weiter verstärkte.

Zu diesem Zeitpunkt hatte Schamun bereits bekanntgegeben, wenn seine Amtszeit im September auslief, würde er sein Amt niederlegen. Nun aber war er besorgt, ob die amerikanischen Truppen ihm helfen würden, bis zu diesem Datum am Leben zu bleiben, und ob sie gegen die Aufständischen vorgehen würden. Denn seit zwei Monaten hatte er aus Angst vor einem Mordanschlag den Präsidentenpalast nicht mehr verlassen, ja er hatte noch nicht einmal gewagt, sich einem Fenster zu nähern. Die Ermordung des Königs und des Ministerpräsidenten des Irak waren nicht dazu angetan, seine Furcht zu verringern.

Die Eisenhower-Doktrin wurde nicht nur trotz der weitverbreiteten Opposition dagegen im Libanon in Gang gesetzt, sondern auch in Mißachtung der Tatsache, daß – sogar nach den zweifelhaften Bestimmungen der Doktrin selbst – die Situation im Libanon sich gar nicht dazu eignete: Man konnte beim besten Willen nicht behaupten, der Libanon wäre das Opfer eines »bewaffneten Angriffs durch irgendein Land, das vom Weltkommunismus beherrscht wird« gewesen. Sollten weitere Beweise dafür nötig sein, so findet man sie bei dem altgedienten Diplomaten Robert Murphy, der von Eisenhower, wenige Tage nach der Landung der US-Truppen, in den Libanon gesandt wurde. Murphy kam zu dem Schluß, so schrieb er später, daß der »Kommunismus keine direkte oder wesentliche Rolle bei dem Aufstand spielte.«²⁶

Eisenhower hatte jedoch kein Problem damit zu schreiben, die amerikanische Regierung »ging im Einklang mit den Bestimmungen der Nahost-Resolution [Eisenhower-Doktrin] vor. Wäre der Konflikt so weit expandiert, daß er von der Resolution nicht mehr gedeckt gewesen wäre, dann hätte ich mir zu gegebener Zeit weitergehende Ermächtigungen vom Kongreß geholt.«²⁷ Anscheinend vertraute der Präsident nicht so sehr darauf, daß John Foster Dulles bereits bestimmt hatte, daß das Mandat der Resolution offen wäre.

Infolgedessen wurden amerikanische Truppen in den Libanon geschickt. Etwa 70 Kriegsschiffe und Hunderte von Flugzeugen nahmen an der Operation teil, von denen viele als Teil der sichtbaren amerikanischen Präsenz in dem Land blieben. Am 25.07.1958 betrug die Zahl der US-Soldaten an Land mindestens 10.600, am 13.08.1958 beliefen sie sich bereits auf 14.000. Das waren mehr Leute, als die gesamte libanesische Armee und Polizei zusammen umfaßten.²⁸ Eisenhower schrieb:

»Bei meiner [Radio-/Fernseh-] Ansprache war ich sorgfältig darauf bedacht gewesen, den Ausdruck ›stationiert im‹ Libanon und nicht ›Invasion‹ zu benutzen.«²⁹

Dies war wohl eine Unterscheidung, die vielen Libanesen entgangen war – hochgestellten Persönlichkeiten ebenso wie einfachen Leuten, Unterstützern der Aufständischen ebenso wie Unterstützern der Regierung, einschließlich den Panzertruppen der Regierung, die bereitstanden, um den Einmarsch der US-Truppen in Beirut zu verhindern. Nur die Vermittlung des amerikanischen Botschafters vor Ort dürfte in letzter Minute einen bewaffneten Zusammenstoß verhindert haben.³⁰

Bei einem Treffen zwischen Robert Murphy und dem libanesischen Oberbefehlshaber, General Faud Schihab, wurde der amerikanische Diplomat nach dem Bericht von Eveland, der hinterher von Murphy unterrichtet worden war, gewarnt. Das libanesisches Volk sei »unruhig, aufgebracht und entschieden der Meinung, Schamun solle zurücktreten und die US-Truppen sollten das Land sofort verlassen. Ansonsten könnte der General die Verantwortung für die Folgen nicht übernehmen. Fünfzehn Jahre lang hätten seine Offiziere nach seinem Befehl gehandelt, nun fürchtete er, sie könnten sich gegen ihn auflehnen und die amerikanischen Truppen angreifen. Murphy hatte geduldig zugehört, so Eveland, und hatte dann

»den General an ein Fenster geführt, von dem aus man das Meer überblicken konnte. Der Abgesandte des Präsidenten deutete auf den riesigen Flugzeugträger Saratoga, der am Horizont vor Anker lag, und erklärte dem General ruhig, daß ein einziges mit Atombomben bewaffnetes Flugzeug Beirut und seine Umgebung vom Angesicht der Erde ausradiieren könnte. Murphy fügte dem rasch hinzu, er sei geschickt worden, um sicherzustellen, daß es nicht nötig sein würde, daß die amerikanischen Truppen auch nur einen Schuß abgaben. Er wäre sich sicher, Schihab würde dafür sorgen, daß es keine Provokationen von libanesischer Seite gäbe. Damit endete die Unterhaltung, wie es schien, und damit hatte der General die ›Macht‹ über seine Truppen ›zurückgewonnen‹.«³¹

Keiner der Beteiligten scheint über das mögliche Schicksal der Tausenden von amerikanischen Militärangehörigen in einem vom Angesicht der Erde ausradierten Beirut nachgedacht zu haben.

In den zwei Wochen nach der amerikanischen Intervention nahmen die Bürgerkriegsauseinandersetzungen im Libanon an Intensität zu. Währenddessen waren CIA-Sender im Nahen Osten damit beschäftigt, Propagandasendungen verdeckten Ursprungs zu übertragen, eine Taktik, die der Geheimdienst häufig anwandte. Im Falle einer Sendung, über den berichtet wurde, war es anscheinend das Ziel, antiamerikanische Gefühle auf die Sowjetunion und andere Ziele umzuleiten. Aber durch die Falschsendung wurden nicht nur die Bewohner des Nahen Ostens getäuscht, denn sie wurde auch von der amerikanischen Presse aufgegriffen und an eine ahnungslose amerikanische Öffentlichkeit weitergegeben. Das Folgende erschien in US-amerikanischen Zeitungen:

BEIRUT, den 23.07.1958 (UPI) – Ein zweiter mysteriöser arabischer Radiosender ging gestern auf Sendung. Er nennt sich »Stimme der Gerechtigkeit« und behauptet, er sende von Syrien aus. Sein hier abgehörtes Programm bestand aus scharfer Kritik an Rußland und dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow. Schon vorher war die »Stimme des Irak« mit Angriffen gegen die irakische Revolutionsregierung auf Sendung gegangen. Die »Stimme der Gerechtigkeit« nannte Chruschtschow den ›Henker von Ungarn‹ und warnte die Menschen im Nahen Osten, sie würden dasselbe Schicksal erleiden wie die Ungarn, falls die Russen im Nahen Osten Fuß fassen sollten.³²

Am 31.07.1958 wählte die Deputiertenkammer anstandslos General Schihab zum Nachfolger von Schamun im Präsidialamt, ein Ereignis, das schon bald die Kämpfe im Libanon abflauen ließ und den Anfang vom Ende des Konflikts markierte, welcher – zieht man eine endgültige Bilanz – wohl eher ein gewalttätiger Protest als ein Bürgerkrieg war. Die Spannung wurde auch dadurch reduziert, daß die USA kurz danach ihre Absicht ankündigten, ein Bataillon Marineinfanterie als Einleitung zu einem vollständigen Rückzugs abzuziehen.

Die letzten amerikanischen Truppen verließen den Libanon Ende Oktober 1958, ohne einen Schuß im Zorn abgegeben zu haben. Was war durch ihre Anwesenheit erreicht

worden? Die Verfasser der Untersuchung des Pentagon, auf die bereits Bezug genommen wurde, kamen zu dem Schluß:

»Eine ausgewogene Bewertung des Verhaltens der USA in der Libanonkrise wird durch den Verdacht erschwert, daß das Ergebnis kaum anders gewesen wäre, wenn die Vereinigten Staaten nichts getan hätten. Sogar Eisenhower drückte in dieser Hinsicht einige Zweifel aus.«³³

Die amerikanische Intervention gegen die neue irakische Regierung war weniger offen. Ein geheimer Plan für eine gemeinsame Invasion der USA und der Türkei im Irak, unter dem Deckname Operation CANNON-BONE, wurde von den Vereinigten Stabschefs der USA kurz nach dem Staatsstreich im Jahre 1958 entworfen. Berichten zufolge zwang nur die sowjetische Drohung, auf Seiten des Iraks einzugreifen, Washington zur Zurückhaltung. Im Jahre 1960 begannen die Vereinigten Staaten jedoch mit der Finanzierung der kurdischen Partisanen im Irak, die für ein gewisses Maß an Autonomie kämpften.³⁴

Gleichzeitig begannen die Iraker unter Brigadegeneral Abd al-Karim Kassem damit, auf die Schaffung einer internationalen Organisation als Gegengewicht gegen die Macht der westlichen Erdölkonzerne hinzuarbeiten. Daraus sollte dann die OPEC entstehen, ein Ereignis, das im Westen nicht gerade mit Freude aufgenommen wurde. Im Februar 1960 forderte die Nahostabteilung der CIA, der Geheimdienst solle einen Weg finden, um Kassem wegen seiner »Förderung von Ostblockinteressen im Irak außer Gefecht zu setzen.« Die Nahostabteilung sagte:

»Wir streben nicht bewußt die dauerhafte Entfernung der Zielperson vom Schauplatz an. Wir werden aber auch nichts dagegen unternehmen, wenn sich diese Komplikation ergeben sollte.«

Wie sich herausstellte, schickte die CIA per Post aus einem asiatischen Land ein mit einem Monogramm versehenes Taschentuch, das mit einer »kampfunfähig machenden Substanz« präpariert war, an Kassem. Falls der irakische Führer es tatsächlich erhalten hat, so hat es ihn sicherlich nicht umgebracht. Das sollte seinen eigenen Landsleuten überlassen bleiben, die ihn drei Jahre später hinrichteten.³⁵

Die Bedeutung der Intervention im Libanon wie auch der Machtdemonstrationen gegenüber Jordanien und Syrien reicht weit über die unmittelbaren Ergebnisse hinaus. In der Zeit vor und nach der Intervention präsentierten Eisenhower, Dulles und andere Beamte in Washington zahlreiche unterschiedliche Rechtfertigungen für die amerikanische Militäration im Libanon:

- ☞ Schutz amerikanischen Lebens;
- ☞ Schutz amerikanischen Eigentums;
- ☞ die Eisenhower-Doktrin mit verschiedenen Auslegungen;
- ☞ die libanesische Souveränität, Unversehrtheit und Unabhängigkeit usw.;
- ☞ nationale Interessen der USA;
- ☞ den Weltfrieden;
- ☞ kollektive Selbstverteidigung;
- ☞ Völkerrecht;
- ☞ Recht und Ordnung;
- ☞ Bekämpfung des »Nassertums«;
- ☞ die Notwendigkeit »irgendetwas zu tun.«³⁶

Als Präsident Eisenhower in seinen Memoiren ein Resümee der Angelegenheit zog, entschied er sich vor allem für eine Begründung, und diese kommt wahrscheinlich auch der Wahrheit am nächsten. Es ging darum, die Welt – und besonders die Sowjetunion und Nasser – wissen zu lassen, daß die Vereinigten Staaten praktisch unbegrenzte militärische Macht besaßen, daß diese mit großer Geschwindigkeit in jeden Winkel der Erde

transportiert werden konnte und daß sie zur Bewältigung jeder Situation, mit der die Vereinigten Staaten, aus welchen Gründen auch immer, unzufrieden waren, eingesetzt werden würde.³⁷

Zum anderen war es eine Botschaft an die Briten und die Franzosen, daß es nur eine westliche Supermacht in der Nachkriegswelt gab und daß ihre Tage als Großmächte im Land des Erdöls vorbei waren.

Anmerkungen zu Kapitel 13

- 1 **Wilbur Crane Eveland**, *ROPES OF SAND: AMERICA'S FAILURE IN THE MIDDLE EAST* (Norton, New York, 1980), S. 240. Was Eveland die »russische Bedrohung« nennt, war wahrscheinlich nicht das, was es zu sein schien. **Kennett Love**, *SUEZ: THE TWICE-FOUGHT WAR* (Longman, London, 1969), S. 615, berichtete später, die CIA habe etliche Berichte über die militärischen Aktivitäten der Russen fabriziert, denen keine Tatsachen entsprachen, um Frankreich und Großbritannien dazu zu bringen, einen Waffenstillstand auszurufen.
- 2 Zu den Ereignissen in Jordanien vgl. *New York Times*, 05.04.1957, S. 1; 25.04.1957, S. 13; 26.04.1957, S. 1. Die Worte in dem Zitat über die »Intervention« sind die der *Times* vom 26.04.1957.
- 3 **Richard Barnet**, *INTERVENTION AND REVOLUTION*, (London, 1972), S. 149.
- 4 *Washington Post*, 18.02.1977.
- 5 **Love**, S. 655.
- 6 **Dwight D. Eisenhower**, *THE WHITE HOUSE YEARS: WAGING PEACE, 1956-1961* (New York, 1965), S. 201.
- 7 Declassified Documents Reference System, Band 1981, Dokument 471B, 17.06.1957.
- 8 **Eisenhower**, S. 198.
- 9 **Emmet John Hughes**, *THE ORDEAL OF POWER* (London, 1963), S. 253-254. Die Bemerkung gegenüber Hughes fiel »einige Monate, nachdem Herter ins Amt gekommen war«, am 22.02.1957.
- 10 **Barry Blechman** und **Stephen Kaplan**, *FORCE WITHOUT WAR: U. S. ARMED FORCES AS A POLITICAL INSTRUMENT* (The Brookings Institution, Washington, 1978), S. 84. Obwohl die Untersuchung auf Bestellung des und in vollständiger Zusammenarbeit mit dem Pentagon durchgeführt wurde, wird der Eindruck erweckt, die zum Ausdruck gebrachten Ansichten seien allein die der Autoren..
- 11 Zu den Ereignissen in Syrien vgl. *New York Times*, 06.09.1957, S. 1, 2; 08.09.1957, S. 3; 10.09., S. 1, 8, 9; 11.09.1957, S. 10; 12.09.1957, S. 1; 13.09.1957, S. 1, 3; **Barnet**, S. 149-151; **Eisenhower**, S. 196-203; **Patrick Seale**, *THE STRUGGLE FOR SYRIA: A STUDY OF POST-WAR ARAB POLITICS, 1945-1958* (London, 1965), S. 303.
- 12 Normalerweise verlief die Sache so, daß die CIA der Beteiligung an einem Staatsstreich beschuldigt wurde, und der Geheimdienst und seine Schreiberlinge dies dann dementierten. In diesem Fall scheint es aber so gewesen zu sein, daß die noch junge CIA es für nötig erachtete, ihr Eigenlob zu singen, und daher dafür sorgte, daß die Behauptung, sie sei die treibende Kraft hinter dem ägyptischen Putsch gewesen, die Runde machte. Jedoch geht mit dieser häufig in der Literatur anzutreffenden Behauptung niemals eine Beschreibung dessen einher, wie das vor sich gegangen sein soll, noch gar eine Erklärung, warum die CIA Faruk entthront und die Armee an seine Stelle hatte sehen wollen. **Miles Copeland**, einer der ersten Beamten des Geheimdienstes und ein großer Bewunderer von Kermit Roosevelt, widmet einen erheblichen Teil seines Buches *THE GAME OF NATIONS* (Weidenfeld & Nicolson, London, 1969) der Verbreitung der Geschichte, aber sein Bericht ist reines Geheimdienst-Kauderwelsch. Im selben Buch behauptet Copeland auch, die CIA habe unter ihrer eigenen Beteiligung einen Staatsstreich in Syrien geleitet. Auch diese Erzählung ist auf Grund der Darstellung nicht glaubhaft. Vielleicht sollte man lieber seinem CIA-Kollegen **Wilbur Crane Eveland** (S. 148) glauben, der schrieb »Ich hatte schon damals Beweise dafür, daß Copeland zur Übertreibung neigt.«
- 13 Zu Saud, Illah und dem Komplott gegen Nasser vgl. **Eveland**, S. 243-244.
- 14 Ebd., S. 246-248.
- 15 Zu den Verschwörungen vgl. a) *New York Times*, 08. und 13. bis 15.08.1957; 21.10.1957; 24. und 28.12.1957; 14.02.1958; 6., 7., 8., 14. und 29.03.1958; 08.10.1958; b) **Eveland**, S. 273; c) **Eisenhower**, S. 263-264; d) *The Times* (London), viele Hinweise zwischen Juli

- 1957 und Oktober 1958. Vgl. den Index der Zeitung unter den Stichworten »Egypt« und »Syria«, und dort jeweils unter »espionage« und »political Situation«.
- 16 **Eveland**, S. 292, Fußnote.
- 17 Zu den Vorschlägen der Sowjets vgl. *New York Times*, 06.09.1957, S. 2; 11.09.1957, S. 10.
- 18 **Eisenhower**, S. 269.
- 19 **David Wise** und **Thomas Ross**, *THE INVISIBLE GOVERNMENT* (New York, 1965, Taschenbuchausgabe), S. 337.
- 20 Zu den Wahlen im Jahre 1957 und ihren Nachwirkungen vgl. **Eveland**, S. 248-253, 256; **Eisenhower**, S. 265; **Barnet**, S. 143-148.
- 21 Eisenhower-Zitate: **Eisenhower**, S. 266-267.
- 22 Zur Pressekonferenz von Dulles am 20.05.1958: *Department of State Bulletin*, 09.06.1958, S. 945.
- 23 **Barnet**, S. 147-148.
- 24 **Eisenhower**, S. 268.
- 25 **Eveland**, S. 276.
- 26 **Robert Murphy**, *DIPLOMAT AMONG WARRIORS* (Pyramid Books, New York, 1965), S. 450.
- 27 **Eisenhower**, S. 273.
- 28 **Murphy**, S. 445,455.
- 29 **Eisenhower**, S. 275.
- 30 **Eveland**, S. 294-295. **Eisenhower**, S. 277, bezieht sich auf ähnliche Situationen.
- 31 **Eveland**, S. 295-296.
- 32 **Wise** und **Ross**, S. 337-338.
Ein Artikel aus der *St. Louis Post Dispatch*, 23.07.1958, zitiert auf S. 338.
- 33 **Blechman** und **Kaplan**, S. 253.
- 34 **Claudia Wright**, *New Statesman* (London), 15.07.1983, S. 20. Sie erklärt nicht, wie die Sowjets Kenntnis von dem Plan erhielten.
- 35 INTERIM REPORT: ALLEGED ASSASSINATION PLOTS INVOLVING FOREIGN LEADERS, The Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities (US Senate), 20.11.1975, S. 181, Fußnote. In dem Bericht heißt es von Kassem, er sei »ein irakischer Oberst«. Vgl. auch **Thomas Powers**, *THE MAN WHO KEPT THE SECRETS: RICHARD HELMS AND THE CIA* (New York, 1979), S. 161, 163 dazu, daß Präsident Eisenhower seine Zustimmung zur Aktion gegen Kassem hätte geben müssen.
- 36 Vgl. z.B. **Eisenhower**, S. 274-275.
- 37 Ebd., S. 290-291.

14 Indonesien 1957 bis 1958

Krieg und Pornographie

»Ich denke, es wird Zeit, daß wir Sukarnos Füße ins Feuer halten«, sagte Frank Wisner, der stellvertretende Direktor der CIA-Planungsabteilung (für verdeckte Operationen), an einem Tag im Herbst 1956.¹ Wisner sprach von dem Mann, der Indonesien seit dessen Unabhängigkeitskampf gegen die Holländer nach dem Zweiten Weltkrieg führte. Einige Monate zuvor, im Mai, hatte Sukarno im US-Kongreß eine leidenschaftliche Rede gehalten, in der er mehr Verständnis für die Probleme und Bedürfnisse der Entwicklungsländer wie des seinen gefordert hatte.²

Die folgende amerikanische Kampagne, um den großpurigen Führer der fünft-bevölkerungsreichsten Nation der Welt abzusetzen, sollte das ganze Spektrum von großangelegten militärischen Manövern bis hin zu schäbigen sexuellen Intrigen umfassen.

Das Jahr zuvor hatte Sukarno die Bandungkonferenz organisiert. Diese galt als Antwort auf den Südostasienpakt (Southeast Asia Treaty Organization, SEATO), die von den USA aus Staaten der Region gebildete politisch-militärische Allianz zum Zweck der »Eindämmung des Kommunismus.« In der indonesischen Stadt Bandung war die Doktrin des Neutralismus als das Glaubensbekenntnis der unterentwickelten Welt ausgerufen worden. Für die Leute des CIA-Büros in Indonesien war diese Konferenz eine Ketzerie, und zwar so sehr, daß sich ihre Gedanken auf Mord als Mittel zur Sabotage dieser Konferenz richteten.

Im Jahre 1975 vernahm der Senatsausschuß zur Untersuchung der CIA-Aktivitäten Zeugenaussagen, wonach im Jahre 1955 in einem ostasiatischen Land stationierte Agenten des Geheimdienstes vorgeschlagen hatten, einen ostasiatischen Führer zu ermorden, »um eine bevorstehende kommunistische (!) Konferenz zu sprengen.«³ (Aller Wahrscheinlichkeit nach war der Führer, von dem die Rede war, entweder Sukarno oder Zhou Enlai aus China.) Allerdings, so der Ausschuß, hatten kühlere Köpfe im CIA-Hauptquartier in Washington die Oberhand behalten und den Vorschlag mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen.

Nichtsdestoweniger stürzte ein Flugzeug mit acht Mitgliedern der chinesischen Delegation, einem Vietnamesen und zwei bei der Bandungkonferenz akkreditierten europäischen Journalisten unter mysteriösen Umständen ab. Die chinesische Regierung behauptete, es habe sich um einen Sabotageakt der USA und Taiwans gehandelt, um einen mißlungenen Versuch, Zhou Enlai zu ermorden. Die gecharterte Air-India-Maschine war am 11.04.1955 in Hongkong gestartet und über dem Südchinesischen Meer abgestürzt. Zhou Enlai sollte planmäßig einen anderen Air-India-Charterflug am nächsten oder übernächsten Tag nehmen. Die chinesische Regierung, die nach ihrer eigenen Darstellung Presseberichte aus der *Times of India* zitierte, behauptete, der Absturz sei durch zwei anscheinend in Hongkong an Bord gebrachte Zeitbomben herbeigeführt worden. Später wurde aus dem Wrack des Flugzeugs ein Zeitzünder geborgen, und die Polizei von Hongkong nannte es einen Fall von »sorgfältig geplantem Massenmord.« Monate danach gab die britische Polizei in Hongkong bekannt, sie suche nach einem Nationalchinesen wegen der Verschwörung, den Absturz herbeizuführen, dieser sei jedoch nach Taiwan geflohen.⁴

Im Jahre 1967 erschien in Indien ein seltsames Büchlein von John Discoe Smith, einem Amerikaner, mit dem Titel I WAS A CIA AGENT IN INDIA [Ich war ein CIA-Agent in Indien]. Es war von der Kommunistische Partei Indiens herausgegeben worden und beruhte auf Artikeln, die Smith für die Literaturnaja Gaseta in Moskau verfaßt hatte, nachdem er sich um das Jahr 1960 herum in die Sowjetunion abgesetzt hatte. Smith, der 1926 in Quincy in Massachusetts geboren war, schrieb, er sei 1955 Fernmeldetechniker und Dechiffrierungsangestellter in der US-Botschaft in Neu-Delhi gewesen und habe

auch Aufgaben für die CIA erledigt. Eine dieser Aufgaben habe darin bestanden, einem Nationalchinesen ein Päckchen zu übergeben. Dieses, so habe er später erfahren, hätte die zwei Zeitbomben enthalten, die dazu benutzt worden waren, die Air-India-Maschine in die Luft zu sprengen. Der Wahrheitsgehalt von Smith' Bericht läßt sich nicht bestätigen, aber seine Beschäftigung an der US-Botschaft in Neu-Delhi von 1954 bis 1959 geht aus dem State Department Biographie Register hervor.⁵

An anderer Stelle berichtet des Senatsausschuß, er habe »einige Beweise für die Beteiligung der CIA an Plänen zur Ermordung von Präsident Sukarno von Indonesien erhalten«, und dafür, daß die Planung bereits so weit fortgeschritten war, daß man nach einem Agenten suchte, den man mit dem Auftrag würde betrauen können.⁶ (Der Ausschuß bemerkte, die bei der CIA mit möglichen Mordanschlägen und den entsprechenden Methoden befaßten Leute seien intern einmal als »Gesundheitsveränderungsausschuß« bekannt gewesen.)

Um die Besorgnis der amerikanischen Verantwortlichen noch zu vergrößern, hatte Sukarno die Sowjetunion und China (allerdings auch das Weiße Haus) besucht, Waffen von osteuropäischen Ländern gekauft (aber erst, nachdem seine Kaufwünsche von den Vereinigten Staaten zurückgewiesen worden waren)⁷ und eine große Menge holländischen Privatbesitzes verstaatlicht. Was aber vielleicht am beunruhigsten von allem war: Die Kommunistische Partei Indonesiens (**Partai Komunis Indonesia, PKI**) hatte beeindruckende Zugewinne bei Wahlen und bei der Organisierung von Gewerkschaftsmitgliedern erzielt und sich damit eine wichtige Rolle in der Koalitionsregierung erworben.

Es war ein vertrautes Dritte-Welt-Szenario, und die Reaktion der verantwortlichen Politiker in Washington war ebenso vertraut. Wieder einmal waren sie unfähig – oder unwillig –, Nationalismus von Prokommunismus zu unterscheiden und Neutralismus von Verruchtheit. Sukarno war kein Kommunist, welche Definition des Wortes man auch zugrundelegen mag. Er war ein indonesischer Nationalist und ein »Sukarnoist«, der die Truppen der PKI 1948, nachdem der Unabhängigkeitskampf gewonnen war, vernichtet hatte.⁸ Er verfolgte vor allem seine eigenen Interessen, wobei er sowohl der PKI als auch der Armee Zugeständnisse machte und die einen gegen die anderen ausspielte. Was den Ausschluß der PKI mit ihren mehr als einer Million Mitgliedern von der Regierung betraf, erklärte Sukarno: »Ich kann und ich werde kein dreibeiniges Pferd reiten.«⁹

Für die Vereinigten Staaten jedoch war Sukarnos Balanceakt zu gefährlich, als daß man ihn den Launen des politischen Prozesses in Indonesien hätte überlassen können. Für Washington spielte es keine Rolle, daß die kommunistische Partei den legalen, friedlichen Weg eingeschlagen hatte oder daß es in Indonesien weder eine »Krise« noch ein »Chaos« gab, Wörter, die man gerne benutzte, um eine Intervention zu rechtfertigen. Es würde dort ganz einfach eine Intervention geben.

Es sollte nicht die erste sein. Im Jahre 1955, während des Wahlkampfes für das nationale Parlament in Indonesien, hatte die CIA der Masjumi-Partei, einer gemäßigte Koalition von muslimischen Organisationen, eine Million Dollar gegeben, mit dem nicht näher beschriebenen Auftrag, Sukarnos Partei, der Nationalen Partei Indonesiens, und der PKI einen Strich durch die Rechnung zu machen. Nach Angaben des ehemaligen CIA-Beamten Joseph Burkholder Smith sah das Projekt »die vollständige Abschreibung der Gelder vor, das heißt, es gab keine Verpflichtung zu einer detaillierten Abrechnung darüber, wie die Mittel verwendet wurden. Ich konnte keinerlei Hinweis darauf finden, was die Masjumi mit der Million Dollar gemacht hatte.«¹⁰

Im Jahre 1957 entschied die CIA, die Situation verlange nach direkteren Aktionen. Indonesische Waffenbrüder zu finden, war nicht schwer, denn es gab schon eine Clique von Armeeeoffizieren und anderen, die aus persönlichem Ehrgeiz und weil sie gegen die einflußreiche Stellung der PKI waren, Sukarno überhaupt – oder zumindest von ihren jeweiligen Inseln – weghaben wollten. (Indonesien ist das größte Inselreich der Welt, bestehend aus rund 3.000 Inseln.)

Die ins Auge gefaßte Militäroperation der CIA war so umfangreich, daß sie der erheblichen Unterstützung des Pentagon bedurfte. Diese konnte für eine politische Aktion nur mit Unterstützung der »Sondergruppe« des Nationalen Sicherheitsrats gewonnen werden (der kleinen Gruppe von hochrangigen Beamten des Rats, die im Namen des Präsidenten handelten, um ihn und das Land zu schützen, indem sie geplante verdeckte Aktionen bewerteten und dafür sorgten, daß die CIA nichts unüberlegt riskierte; die Gruppe hatte zu verschiedenen Zeiten jeweils unterschiedliche Namen: 5412-Ausschuß, 303-Ausschuß, 40-Ausschuß oder Operations Advisory Group).

Die Art und Weise, wie der Geheimdienst vorging, um diese Genehmigung zu bekommen, ist ein Lehrstück dafür, wie die CIA manchmal die amerikanische Außenpolitik bestimmt. Joseph Burkholder Smith, der von Mitte 1956 bis Anfang 1958 in Washington für Indonesien zuständig war, hat diesen Prozeß in seinen Memoiren beschrieben: Statt den Plan in Washington zur Genehmigung vorzulegen, wo

»eine vorzeitige Erwähnung [...] dazu hätte führen können, daß er abgeschossen würde. [...] begannen wir damit, das Außen- und das Verteidigungsministerium mit Geheimdienstinformationen zu füttern, die – das konnte keiner bestreiten – einen nützlichen Beitrag zum Verständnis Indonesiens darstellten. Wenn sie genügend alarmierende Berichte bekommen hatten, wollten wir mit dem Vorschlag kommen, wir sollten den Plan der Obersten, Sukarnos Macht zu beschränken, unterstützen. Dies war eine Vorgehensweise, die zur Grundlage für viele abenteuerliche politische Aktionen der 1960er- und 1970er Jahre wurde. Mit anderen Worten: Es stimmt nicht, daß die CIA sich erst dann in die Angelegenheiten anderer Länder – wie Chile – eingemischt hätte, nachdem es ihm von der Sondergruppe befohlen worden war. In vielen Fällen entwarfen wir die Aktionspläne selbst, nachdem wir genügend Geheiminformationen zusammengetragen hatten, daß wir sie so präsentieren konnten, als würden sie durch die Umstände erzwungen. Unsere Aktion in Indonesien in den Jahren 1957 und 1958 war einer dieser Fälle.« [Hervorhebung im Original]¹¹

Als die Kommunistische Partei bei den Gemeindewahlen im Juli erneut erfolgreich war, war dies

»eine große Hilfe für uns [die CIA], die Ministerialen in Washington davon überzeugen, wie ernst die Lage in Indonesien war. Die einzige Person, die wegen des Siegs der PKI nicht entsetzlich alarmiert war, war Botschafter Allison. Das war alles, was wir brauchten, um John Foster Dulles endgültig davon zu überzeugen, daß er den falschen Mann nach Indonesien geschickt hatte. Die Räder kamen in Gang, um dieses letzte Hindernis, das unserer Operation im Wege stand, zu beseitigen.«¹²

John Allison, so schrieb Smith, der ohnehin kein großer Bewunderer der CIA war, wurde Anfang 1958, nach weniger als einem Jahr auf dem Posten, als Botschafter durch Howard Jones ersetzt, eine Auswahl, die den CIA-Leute in Indonesien »gefiel.«¹³

Am 30.11.1957 wurden mehrere Handgranaten auf Sukarno geworfen, als dieser eine Schule verließ. Er selbst entkam zwar einer Verwundung, aber zehn Menschen wurden getötet und 48 Schulkinder verletzt. Die CIA in Indonesien wußte nicht, wer dafür verantwortlich war. Dennoch brachte sie umgehend das Gerücht in Umlauf, die PKI stecke hinter der Sache »auf Anregung ihrer sowjetischen Verbindungen, um den Eindruck zu erwecken, die Gegner Sukarnos seien wilde und verzweifelte Männer.« Wie sich herausstellte, waren die Schuldigen eine Gruppe von Muslimen, die nichts mit der PKI oder den Verschwörern der CIA unter den Militärs zu tun hatten.¹⁴

Das Thema von Sukarnos angeblich enger Beziehung zu den Kommunisten wurde bei jeder sich bietenden Gelegenheit genutzt. Die CIA hatte beschlossen, aus Berichten Kapital zu schlagen, nach denen sich überall, wo Sukarno während seiner Reise durch die Sowjetunion hinflieg, eine gutaussehende blonde Stewardess an Bord von Sukarnos Flugzeug gewesen war und daß dieselbe Frau mit dem Präsidenten der Sowjetunion, Kliment Woroschilow, nach Indonesien gekommen war. Bei mehreren Gelegenheiten soll sie in der Begleitung Sukarnos gesehen worden sein. Die Idee war, die Sache so hinzustellen, als wäre Sukarno, der als Schürzenjäger bekannt war, durch den Zauber einer Sowjetagentin in die Falle getappt und hätte sich infolge ihres Einflusses oder von Erpressung, oder beidem, der Kontrolle der Sowjets ausgeliefert. Smith schrieb:

»Dies ließ unsere Einbildungskraft in bislang nicht gekannte Höhen schießen. Wir hatten tatsächlich beträchtlichen Erfolg mit dieser Sache. Die Berichte wurden von Zeitungen auf der ganzen Welt gebracht, und als die seriöse britische Zeitschrift für internationale Angelegenheiten, *Round Table*, den indonesischen Aufstand in ihrer Ausgabe vom März 1958 analysierte, führte sie die Tatsache, daß Sukarno von einer Sowjetspionin erpreßt worden war, als einen der Gründe an, die den Aufstand hervorgerufen hatten.«

Anscheinend inspirierte der Erfolg dieser Operation die CIA-Beamten in Washington dazu, das Thema noch weiter auszuschlachten. Es wurden beträchtliche Anstrengungen unternommen, um mit einem Film oder zumindest mit einigen Fotos aufwarten zu können, die angeblich Sukarno und seine russische Freundin bei »ihrer Lieblingstätigkeit« zeigten. Als bei einer sorgfältigen Durchsicht von vorhandenen Pornofilmen (zur Verfügung gestellt vom Polizeipräsidenten von Los Angeles) kein Pärchen aufzutreiben war, das als Sukarno (dunkelhäutig und glatzköpfig) und eine schöne blonde Russin hätte durchgehen können, beschloß die CIA, ihre eigenen Filme zu produzieren, »exakt die Filme, mit denen die Sowjets Sukarno erpreßten.« Der Geheimdienst ließ eine Maske vom Gesicht des indonesischen Präsidenten anfertigen und schickte sie nach Los Angeles, wo die Polizei irgendeinen Pornofilmstar dafür bezahlen sollte, sie während seines großen Auftritts zu tragen. Dieses Projekt erbrachte zumindest einige Fotos, die aber anscheinend nie benutzt wurden.¹⁵

Ein anderes Ergebnis der Erpressungsgeschichte war ein Film, der von Robert Maheu, einem ehemaligen FBI-Agenten und Vertrauten von Howard Hughes, gedreht worden war. In Maheus Film sollte ein Schauspieler, dem Sukarno ähnelte, die Hauptrolle übernehmen. Über das endgültige Schicksal des Films, der den Titel »Glückliche Tage« trug, ist nichts bekannt geworden.¹⁶

In anderen Teilen der Welt und zu anderen Zeiten hatte die CIA mehr Erfolg mit diesen Methoden. Sie produzierte Pornofilme, die Zielpersonen, die von Agentinnen in Unterschulpe des Geheimdienstes gelockt worden waren, beim Sex zeigten. Truman Smith, ein pensionierter Oberst der US-Armee, schrieb im *Reader's Digest* über den KGB und erklärte:

»Es fällt vielen von uns schwer, die von ihm ausgehende Gefahr richtig einzuschätzen, weil seine Methoden so verkommen sind, daß sie die Vorstellungskraft eines normalen Menschen, der sich einen Sinn für richtig und falsch bewahrt hat, überschreiten.«

Eine der KGB-Methoden, die der gute Oberst für so verkommen hielt, war die Herstellung von Sexfilmen für Erpressungszwecke. Er schrieb:

»Menschen, die entartet genug sind, solche Methoden einzusetzen, finden auch an gewalttätigeren Methoden nichts Widerliches.«¹⁷

Sex konnte auch zu Hause für die Förderung der Ziele der amerikanischen Außenpolitik eingesetzt werden. Unter dem Deckmantel des Entwicklungshilfeprogramms der USA, das damals Economic Cooperation Administration hieß, wurden indonesische Polizisten ausgebildet und dann dafür angeworben, Informationen über die Aktivitäten der Sowjetunion, Chinas und der PKI in ihrem Land zu sammeln. Einige der Männer, die als Anwärter für diese Arbeit ausgewählt wurden, schickte man zu einer Spezialausbildung nach Washington, wo sie zugleich für die Anwerbung als Spitzel weichgekocht wurden. Die Polizisten waren – darin Sukarno ähnlich – ausnahmslos alle zwanghaft davon besessen, mit einer weißen Frau zu schlafen. Dementsprechend führte man sie während ihres Aufenthalts in das Rotlichtviertel von Baltimore, in dem sie sich austoben konnten.¹⁸

Die Zustimmung der Sondergruppe zu der politischen Mission war für den November 1957 vorgesehen,¹⁹ und die paramilitärische Maschine der CIA wurde angeworben. Bei diesem Unternehmen kam wie bei anderen der Geheimdienst in den Genuß des weit verstreuten militärischen Imperiums der Vereinigten Staaten. Das Hauptquartier für die Operation wurde mit freundlicher Erlaubnis der Briten im benachbarten Singapur eingerichtet. Auf den Philippinen wurden Ausbildungslager errichtet. Auf verschiedenen Inseln des Pazifischen Ozeans wurden Rollfelder für Bomber und Transportflugzeuge an-

gelegt. In Okinawa und auf den Philippinen wurden Indonesier sowie Philippiner, Taiwanesen, Amerikaner und andere Söldner, sogenannte »Soldiers of Fortune«, zusammen mit großen Massen an Waffen und Ausrüstung versammelt.

Für diese bis heute anspruchsvollste militärische Operation der CIA wurden Zehntausende von Aufständischen von der US-Armee bewaffnet, ausgerüstet und ausgebildet. Unterseeboote der Marine, die vor der Küste von Sumatra, der Hauptinsel Indonesiens, patrouillierten, setzten Truppen zusammen mit Nachschub und Fehmeldeausrüstung an Land. Die US-Luftwaffe richtete eine ansehnliche Lufttransportstreitmacht ein, die viele Tausende von Waffen tief im indonesischen Hinterland abwarf. Und es wurde eine Flotte von 15 B-26-Bombern für den Konflikt bereitgestellt. Die Flugzeuge wurden aber erst »gereinigt«, um sicherzugehen, daß sie »nichtzuordenbar« waren und daß alle über die Luft transportierte Ausrüstung »ableugbar« war.

Der Aufstand brach in den Anfangsmonaten des Jahres 1958 aus, zuerst in einem Teil der indonesischen Inselkette, dann in einem anderen. Flugzeuge der CIA stiegen auf, um Ziele in Indonesien zu bombardieren und zu beschießen und so die Aufständischen zu unterstützen. In Washington wurde der indonesische Militärattaché, Oberst Alex Kawilarung, von der CIA dazu überredet, »überzulaufen«. Er tauchte kurz danach in Indonesien auf, um die Führung über die Truppen der Aufständischen zu übernehmen. Als sich jedoch die Kämpfe in den Frühling hineinzogen, zeigte sich, daß die Aufständischen nicht in der Lage waren, entscheidende Siege zu erringen oder die Offensive zu übernehmen, wenn auch die Bombenangriffe der CIA ihren Tribut forderten. Sukarno behauptete später, an einem Sonntagmorgen im April habe ein Flugzeug ein Schiff im Hafen der Insel Ambon bombardiert, wobei alle, die sich an Bord befanden, getötet worden seien. Auch habe das Flugzeug eine Bombe auf eine Kirche geworfen, die das Gebäude zerstört und jeden, der sich darin befand, getötet hätte. Nach seiner Behauptung hatte es allein bei dieser Aktion 700 Opfer gegeben.

Am 15.05.1958 bombardierte ein Flugzeug der CIA den Marktplatz von Ambon und tötete dabei eine große Anzahl von Zivilisten auf ihrem Weg zum Himmelfahrtsgottesdienst. Die indonesische Regierung mußte Maßnahmen ergreifen, um öffentliche Demonstrationen zu unterdrücken.

Drei Tage danach wurde Allen Lawrence Pope, ein Pilot der CIA, während eines anderen Bombenangriffes auf Ambon abgeschossen und gefangengenommen. Er war dreißig Jahre alt und stammte aus Perrine in Florida. Pope hatte für die Luftwaffe 55 Nacheinsätze über der kommunistischen Linie in Korea geflogen. Später hatte er zwei Monate damit zugebracht, für die CIA durch kommunistisches Flakfeuer zu fliegen, um Nachschub für die Franzosen in Dien Bien Phu abzuwerfen. Nun war seine Glückssträhne zu Ende. Er sollte vier Jahre als Gefangener in Indonesien zubringen, bevor Sukarno ihn auf Bitten von Robert Kennedy freiließ.

Bei seiner Gefangennahme führte Pope eine Reihe von belastenden Dokumenten mit sich, darunter auch solche, aus denen hervorging, daß er ein Pilot der US-Luftwaffe und der Fluglinie der CIA, der CAT, war. Wie alle Männer, die in geheimem Auftrag flogen, hatte Pope – wie sein Flugzeug – eine ausgeklügelte Prozedur durchlaufen, um ihn vor seinem Abflug zu »reinigen.« Anscheinend hatte er jedoch die Papiere an Bord des Flugzeugs schmuggeln können, weil er wußte, daß er, wenn er als »namenloser, staatenloser Zivilist« gefangengenommen würde, dies nichts anderes hieße, als daß er praktisch keinerlei Rechte hätte und Gefahr liefe, nach den international anerkannten Gepflogenheiten als Spion erschossen zu werden. Ein gefangener Angehöriger des US-Militärs dagegen ist, solange er am Leben bleibt, eine wertvolle Ware für die, die ihn gefangengenommen haben.

Als Resultat des Vorfalls erfuhr die indonesische Regierung erhebliche Zugeständnisse von den Vereinigten Staaten. Ob die Indonesier dabei auch versprochen hatten, über Pope Stillschweigen zu bewahren, ist nicht bekannt. Aber am 27.05.1958 wurden der Pilot und seine Dokumente auf einer Pressekonferenz der Weltöffentlichkeit vorgestellt und damit einige der jüngeren Erklärungen von hochrangigen Beamten und Politikern in

Washington widerlegt,²⁰ unter denen vor allem die Erklärung Präsident Eisenhowers zu Indonesien vom 30.04.1958 bemerkenswert ist:

»Unsere Politik ist immer von sorgsam gewahrter Neutralität und korrektem Verhalten geprägt, das heißt, wir ergreifen nicht dort Partei, wo es uns nichts angeht.«²¹

Und am 09.05.1958 war in einem Leitartikel der *New York Times* behauptet worden:

»Es ist bedauerlich, daß hochrangige Beamte der indonesischen Regierung einen Bericht weiterverbreitet haben, wonach die Regierung der Vereinigten Staaten den indonesischen Rebellen Unterstützung gewährt. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ihre Haltung immer und immer wieder deutlich gemacht. Unser Außenminister hat in seiner Erklärung mit Nachdruck betont, daß unser Land nicht von einer strikten Neutralität abweichen wird. Die Vereinigten Staaten sind nicht bereit, einzugreifen, um eine rechtmäßige Regierung zu stürzen. Dies sind die nackten Tatsachen. Jakarta erweist seiner Sache keinen Dienst, wenn es diese ignoriert.«

Nachdem Pope aufgefliegen war und auch die Rebellen im Feld keine Erfolge vorweisen konnten, beschloß die CIA, daß es der Sache nicht länger wert wäre, und begann ihre Unterstützung einzuschränken. Ende Juni 1958 hatten sukarnotreue Truppen der indonesischen Armee erfolgreich die Revolte der rebellierenden Militärs beendet.

Der indonesische Präsident setzte seinen geschickten Balanceakt zwischen den Kommunisten und der Armee bis zum Jahre 1965 fort, als letztere – mit ein wenig Hilfe der CIA – seine Regierung stürzten.

Anmerkungen zu Kapitel 14

- 1 **Joseph Burkholder Smith**, *PORTRAIT OF A COLD WARRIOR* (Putnam, New York, 1976), S. 205.
- 2 *New York Times*, 18.05.1956.
- 3 *SUPPLEMENTARY DETAILED STAFF REPORTS ON FOREIGN AND MILITARY INTELLIGENCE, Book 4, Final Report of The Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities* (U.S. Senate), April 1976, S. 133.
- 4 *New York Times*, 12. und 30.04.1955; 3 und 04.08.1955; 03.09.1955; 22.11.1967, S. 23.
- 5 **John Discoe Smith**, *I WAS A CIA AGENT IN INDIA* (Communist Party of India, New Delhi, 1967), passim; *New York Times*, 25.10.1967, S. 17; 22.11.1967, S. 23; 05.12.1967, S. 12; **Harry Rositzke**, *THE KGB: THE EYES OF RUSSIA* (New York, 1981), S. 164.
- 6 *INTERIM REPORT: ALLEGED ASSASSINATION PLOTS INVOLVING FOREIGN LEADERS*, The Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities (U.S. Senate), 20.11.1975, S. 4, Fußnote.
- 7 **David Wise** und **Thomas Ross**, *THE INVISIBLE GOVERNMENT* (New York, 1965, Taschenbuchausgabe), S. 149-150.
- 8 **Julie Southwood** und **Patrick Flanagan**, *INDONESIA: LAW, PROPAGANDA AND TERROR* (London, 1983), S. 26- 27.
- 9 **Wise** und **Ross**, S. 148.
- 10 **J. B. Smith**, S. 210-211.
- 11 Ebd., S. 228-229.
- 12 Ebd., S. 240.
- 13 Ebd., S. 229, 246.
- 14 Ebd., S. 243.
- 15 Zu den Sex-Erpressungen vgl. ebd., S. 238-240, 248. Was Smiths Kommentar zum Artikel in der Zeitschrift *Round Table* betrifft, so irrt er ein wenig. Der einzige (offensichtliche) Hinweis auf die Frau aus der Sowjetunion findet sich in dem Kommentar auf Seite

- 133: »Für die Neigung des Präsidenten zur Kommunistischen Partei wurden andere, skandalösere Gründe vorgebracht.«
- 16 *New York Times*, 26.01.1976.
- 17 **Truman Smith**, »The Infamous Record of Soviet Espionage«, *Readers Digest*, August 1960
- 18 **J. B. Smith**, S. 220-221.
- 19 Aus einer Mitteilung von Allen Dulles an das Weiße Haus am 07.04.1961. Diese Mitteilung faßt die Hauptgesichtspunkte der US-Intervention zusammen. Declassified Documents Reference System, freigegeben am 18.12.1974.
- 20 Zur Militäroperation und zur Pope-Affäre vgl. a) **Wise und Ross**, S. 145-156; b) CHRISTOPHER ROBBINS, *AIR AMERICA* (Putnam, New York, 1979), S. 88-94; c) **Leroy Fletcher Prouty**, *THE SECRET TEAM: THE CIA AND ITS ALLIES IN CONTROL OF THE WORLD* (Ballantine Books, New York, 1974), S. 155, 308, 363-366; d) *New York Times*, 23.03.1958, S. 2; 19.04.1958; 28.05.1958, S. 9; e) **Sukarno**, *AN AUTOBIOGRAPHY*, nacherzählt von **Cindy Adams** (Hong Kong, 1966, zuerst gedruckt in den USA 1965), S. 267-271. Auch wenn es sich um ein jämmerliches Stück Literatur handelt, ist das Buch lesenswert wegen Sukarnos Ansichten darüber, warum er kein Kommunist war, darüber, wie er als ein Führer der Dritten Welt, der sich nicht anpassen wollte, abgesehen von der Intervention auch sonst wiederholt von der Eisenhower-Regierung brüskiert wurde, und wie amerikanische Sexzeitschriften sich über ihn lustig machten; **J. B. Smith**, S. 246-247. Was den Bombenanschlag auf die Kirche betrifft, scheint ein wenig Verwirrung zu herrschen. Smith behauptet, Pope habe ihn am 18.05.1958 begangen, bevor er niedergeschossen wurde. Entweder er oder die Chronisten haben die Ereignisse im April und im Mai durcheinander gebracht.
- 21 **Wise und Ross**, S. 145.

15 Westeuropa 1950er- und 1960er Jahre

Fronten innerhalb von Fronten innerhalb von Fronten

Auf dem Parteitag der britischen Labourpartei im Jahre 1960 wurde Michael Foot, der künftige Parteiführer und ein Mitglied des linken Flügels, vom damaligen Parteichef Hugh Gaitskell beschuldigt, ein »Mitläufer« zu sein. Foot antwortete mit einer Anspielung auf Ford und andere vom rechten Parteiflügel: »Aber mit wem«, fragte er »laufen die da mit«?¹

Wie sich herausstellte, waren sie schon einige Jahre mit der CIA mitgelaufen. Dessen Mitläufer waren Franzosen, Deutsche, Niederländer, Italiener und eine ganze Heerschar anderer Europäer. Und alle nahmen teil an einer Operation der CIA, um die Herzen und die Köpfe von Liberalen, Sozialdemokraten und allerlei Sozialisten zu gewinnen und sie vor den Klauen des russischen Bären zu bewahren.

Es war ein Unternehmen von großem Maßstab. Zwanzig Jahre lang benutzte der Geheimdienst Dutzende von amerikanischen Stiftungen, wohltätigen Treuhandgesellschaften und ähnlichen Einrichtungen, von denen einige seine eigenen Schöpfungen waren, als Kanäle für Zahlungen an eine ganze Reihe verschiedener Organisationen in den Vereinigten Staaten und im Ausland, von denen viele wiederum andere Gruppen finanzierten. Die beteiligten Institutionen waren so zahlreich, es gab so viele Überschneidungen und Überlappungen, daß es unwahrscheinlich ist, daß irgendjemand bei der CIA das Gesamtbild überblickte, ganz zu schweigen von der Ausübung einer umfassenden Kontrolle oder einer ordentlichen Buchführung. (Vgl. Anhang I für eine Teilkarte der Organisationen.)

Die endgültigen Empfänger dieses Geldflusses waren Parteien, Zeitschriften, Nachrichtenagenturen, Journalistenverbände, Gewerkschaften und andere Arbeitnehmerverbände, Studenten- und Jugendgruppen, Anwaltskammern und andere Unternehmen, die sich bereits der »Freien Welt« verpflichtet fühlten und von denen man vertrauensvoll annehmen konnte, daß sie das Evangelium weiterverbreiten würden, wenn man ihnen nur genug Geld zukommen ließe.

Die wichtigste Tamorganisation der CIA in dieser Zeit war der pompös betitelte Kongreß für die Freiheit der Kultur (Congress for Cultural Freedom, CCF). Im Juni 1950 versammelten sich prominente Schriftsteller und Wissenschaftler aus den Vereinigten Staaten und Europa im Titiana-Palast, einem Theater im amerikanischen Sektor von Berlin, vor einer großen Zuhörerschaft, um eine Organisation ins Leben zu rufen, deren Zweck es war, »Freiheit und Demokratie gegen die neue Tyrannei zu verteidigen, die sich über die Welt ausbreitet.« Der CCF erstreckte sich bald in alle Himmelsrichtungen mit Seminaren, Konferenzen und einem weitgefächerten Programm von politischen und kulturellen Aktivitäten in Westeuropa wie auch in Indien, Australien, Japan, Afrika und anderswo. Er hatte darüber hinaus mehr als 30 Zeitschriften unter seinen finanziellen Fittichen, darunter in Europa:

Socialist Commentary, *Censorship*, *Science and Freedom*, *Minerva*, *Soviet Survey* (or *Survey*), *China Quarterly*, und *Encounter* in Großbritannien; *Preuves*, *Censure Contre les Arts et la Pensée*, *Mundo Nuevo*, und *Cuadernos* in Frankreich (die beiden letzten auf Spanisch; sie waren für Lateinamerika bestimmt); *Perspektiv* in Dänemark, *Argumenten* in Schweden, *Irodalmi Ujsag* in Ungarn, *Der Monat* in Deutschland, *Forum* in Österreich, *Tempo Presente* in Italien und *Vision* in der Schweiz. Außerdem gab es Verbindungen des CCF zu *The New Leader*, *Africa Report*, *East Europe* und *Atlas* in New York.²

Im Allgemeinen handelte es sich bei den Blättern des CCF um gutgeschriebene politische Magazine und Kulturzeitschriften, die, nach den Worten von Ray Cline, einem

ehemaligen stellvertretenden Direktor der CIA, »ohne die Gelder der CIA nicht in der Lage gewesen wären zu überleben.«³

Unter den anderen Organisationen auf dem Mediensektor in Europa, die zu jener Zeit von der CIA subventioniert wurden, befanden sich auch die westdeutsche Presseagentur DENA (die spätere DPA),⁴ der internationale PEN-Club mit Sitz in Paris, einige französische Zeitungen,⁵ die Internationale Journalistenföderation und Forum World Features, eine auf Dokumentationen spezialisierte Presseagentur in London, deren Storys von 140 Zeitungen rund um die Welt angekauft wurden. Allein in den Vereinigten Staaten waren es etwa 30, darunter die *Washington Post* und vier andere der größten Tageszeitungen. Der Church-Ausschuß des US-Senats berichtete, »einige der größten Tageszeitungen der USA« seien darüber informiert gewesen, daß Forum World Features von der »CIA gesteuert« wurde. Auch der *Guardian* und die *Sunday Times* in Großbritannien nutzen den Dienst, der vorher Forum Service geheißen hatte. Im Jahre 1967 war der Nachrichtendienst, laut eines der führenden Schreiber von *Forum*, vielleicht »das Hauptmedienunternehmen der CIA in der Welt« geworden, keine geringe Leistung, wenn man bedenkt, daß die CIA auf ihrem Höhepunkt 29 Prozent der Gelder ihres Haushalts auf Medien und Propaganda verwandte.⁶

Ein anderer wichtiger Empfänger der Wohltaten der CIA war Axel Springer, der westdeutsche Pressezar, der bereits Anfang der 1950er Jahre heimlich sieben Millionen Dollar zum Aufbau seines gewaltigen Medienimperiums erhalten hatte. Bis zu seinem Tod im Jahre 1985 war Springer Besitzer eines der größten Pressekonzerne in Westeuropa und ein Bollwerk prowestlicher und antikommunistischer Geisteshaltung. Der Verleger des Spiegel, Rudolph Augstein, bemerkte einmal:

»Kein einzelner Mensch in Deutschland vor und nach Hitler – vielleicht mit Ausnahme von Bismarck und den beiden Kaisern – hatte jemals soviel Macht wie Springer.«

Seine Beziehungen zur CIA dauerten Berichten zufolge mindestens bis Anfang der 1970er Jahre an.⁷

Der Begründer des amerikanischen Programms, der Chef der CIA-Abteilung für internationale Organisationen, Tom Braden, schrieb später, einen Agenten habe der Geheimdienst im CCF untergebracht, während ein anderer zum Herausgeber der wichtigsten Zeitschrift des CCF, des *Encounter*, wurde.⁸ Vermutlich gab es zumindest einen Agenten oder Beamten der CIA in jeder der vom ihm finanzierten Gruppen. Braden stellte fest:

»Die Agenten konnten [...] den offiziellen Verantwortlichen der Organisationen antikommunistische Programme vorschlagen.«

Er fügt jedoch hinzu, es sei ein Grundsatz gewesen, »die Integrität der Organisationen dadurch zu schützen, daß man von ihnen nicht verlangte, jeden Aspekt der offiziellen amerikanischen Politik zu unterstützen.«⁹

Die Zeitschriften des CCF wandten sich an die nichtmarxistische Linke (*Das Forum* dagegen war konservativ), die im Allgemeinen den Klassenkampf und die Verstaatlichung der Wirtschaft ablehnte. Sie hielten sich an die These vom »Ende der Ideologie« von Daniel Bell, die da lautete: Da niemand dazu aufrufen konnte, für den Kapitalismus zu sterben, ohne das Gesicht zu verlieren, mußte die Idee, für den Sozialismus oder irgend eine andere Ideologie zu sterben, diskreditiert werden. Auf der anderen Seite vertraten die Zeitschriften einen reformierten Kapitalismus, einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz.

Für die Kalten Krieger in Washington, welche die Rechnungen bezahlten, war die Idee eines reformierten Kapitalismus von untergeordnetem Interesse. Was zählte, waren die folgenden Dinge:

- ☞ das Eintreten der Zeitschriften für einen starkes, gut bewaffnetes und vereintes Europa an der Seite der Vereinigten Staaten, das als Bollwerk gegen den Ostblock diente;

- ☞ die Unterstützung des Gemeinsamen Marktes und der NATO;
- ☞ eine kritische Analyse dessen, was als intellektuelle Komponente der Unterwanderung durch den Weltkommunismus angesehen wurde;
- ☞ eine skeptische Haltung gegenüber Abrüstung, Pazifismus und Neutralismus, wie sie in der bekannten Kampagne für Nukleare Abrüstung (Campaign for Nuclear Disarmament, CND) in Großbritannien zum Ausdruck kamen.

Die Kritik an der Außenpolitik der USA fand im Rahmen der im Kalten Krieg üblichen Argumentationen statt. So war es beispielsweise erlaubt zu schreiben: Eine bestimmte amerikanische Intervention ist nicht geeignet, den Kommunismus wirksam zu bekämpfen. Schreiben durfte man dagegen nicht: Interventionen an sich sind falsch, oder: Die Vereinigten Staaten unterstützen die falsche Seite.

»Private« Publikationen wie diese konnten Ansichten verfechten, welche sich offizielle Organe der US-Regierung, wie etwa die *Voice of America* nicht leisten konnten, und trotzdem glaubwürdig bleiben. Das Gleiche galt für die vielen anderen privaten Organisationen, die seinerzeit auf der Lohnliste der CIA standen.

Im Jahre 1960 konnten die CND und andere Gruppen des linken Flügels der Labourpartei den Parteitag für eine Politik der vollständigen und einseitigen atomaren Abrüstung sowie der Neutralität im Kalten Krieg gewinnen. Außerdem wurden zwei Anträge zur Unterstützung der NATO niedergestimmt. Auch wenn die Labourpartei seinerzeit nicht an der Regierung war, hatten diese Aktionen bedeutendes psychologisches und propagandistisches Gewicht. Washington betrachtete diese Wendung der Dinge mit erheblicher Besorgnis, denn solche Stimmungen konnten leicht auf die wichtigsten Parteien anderer Nato-Länder übergreifen.

Der rechte Flügel der Labourpartei, der eine enge, um nicht zu sagen, eine intime, Beziehung zum Kongreß für die Freiheit der Kultur unterhielt, die Zeitschriften *Encounter*, *New Leader* sowie andere »Trümpfe« und Tarnorganisationen der CIA begannen einen Feldzug, um die Abrüstungsresolution rückgängig zu machen. Das zu diesem Zweck gegründete Komitee veröffentlichte einen Spendenaufruf und konnte bald vermelden, es habe viele kleine Spenden erhalten, aber auch eine große Summe von einer Organisation, die anonym bleiben wolle. Das nächste Jahr hindurch war genug Geld vorhanden, um ein ständiges Büro zu unterhalten, einen fest angestellten Vorsitzenden, feste Mitarbeiter und Außendienstmitarbeiter zu bezahlen sowie Reisespesen, Berge von Veröffentlichungen, die an eine lange Verteilerliste von Mitgliedern der Bewegung verschickt wurden, ein regelmäßig erscheinendes Mitteilungsblatt usw. zu finanzieren.

Ihre Gegner konnten mit einem solchen Propagandablitzkrieg nicht Schritt halten. Auf dem Parteitag im Jahre 1961 wurden die Entscheidungen für einseitige Abrüstung und Neutralität mit großer Mehrheit zurückgenommen und die Labourpartei kehrte in die Herde der NATO zurück.¹⁰

Die Befürworter der CIA haben ausnahmslos die verschiedenen Aktivitäten des Geheimdienstes in Westeuropa mit dem Hinweis verteidigt, die Russen hätten sich als erste dort getummelt und man hätte ihnen nicht das Feld überlassen dürfen. Selbst wenn an dieser Behauptung etwas Wahres dran wäre, bleibt es doch eine Tatsache, wie Tom Braden bemerkt hat, daß der amerikanische Versuch sich auf einige Felder erstreckte, »auf denen sie [die Russen] noch nicht einmal mit ihren Operationen begonnen hatten.«¹¹ Braden gibt nicht näher an, welche Felder er damit meint, aber es scheint, daß die Parteien dazugehörten: Die CIA unterhielt Arbeits- und Finanzbeziehungen zu führenden Mitgliedern der westdeutschen Sozialdemokratischen Partei, zwei Parteien in Österreich, den Christdemokraten in Italien, zu den Liberalen und der Labourpartei in Großbritannien¹² sowie wahrscheinlich zu mindestens einer Partei in allen anderen westeuropäischen Ländern, wobei alle diese Parteien so taten, als wären sie von beiden Supermächten unabhängig, etwas, mit dem die kommunistischen Parteien, ob sie nun von der Sowjetunion unterstützt wurden oder nicht, nicht aufwarten konnten.

Auch die Medien sind ein gutes Beispiel. Weder Braden noch, soweit zu sehen ist, irgend jemand sonst hat Beispiele von – prokommunistischen, natofeindlichen usw. – Publikationen oder Nachrichtendiensten in Westeuropa angeführt, die nach außen hin im Kalten Krieg unabhängig zu sein schienen, aber insgeheim von der Sowjetunion finanziert wurden.

Und vor allem sollte man nicht vergessen, daß all die verschiedenen Arten von Unternehmen und Institutionen, wie sie die CIA in Westeuropa finanzierte, von ir auch überall in der Dritten Welt über Jahrzehnte hinweg regelmäßig unterstützt wurden, ohne daß ein russisches Gegenstück in Sicht gewesen wäre. Die zunehmende Stärke der Linken im Europa der Nachkriegszeit war Motivation genug für die CIA, ihre verdeckten Programme zu entwickeln, und es war ein Sachverhalt, der sich aus dem Zweiten Weltkrieg und den wirtschaftlichen Tatsachen des täglichen Lebens herleitete, nicht von der Propaganda oder den Machenschaften der Sowjetunion.

Die Operation Gladio

Die Begründung für diese Operation war die normale Paranoia des Kalten Krieges: Es besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß die Russen ohne jeden Grund eine Invasion beginnen würden. Und wenn sie die westlichen Armeen besiegen und in die Flucht treiben, dann müssen bestimmte Leute zurückbleiben, welche die Russen mit Partisanenkrieg und Sabotage belästigen und Verbindung zu denen halten, die im Ausland sind. Die »Zurückgebliebenen« würden man mit Geldmitteln, Waffen, Fernmeldeeinrichtungen und Ausbildung versehen. Die Planung für dieses verdeckte paramilitärische Netz mit dem Decknamen »Operation Gladio« (das italienische Wort für »Schwert«) begann im Jahre 1949 unter der anfänglichen Beteiligung der Briten, Amerikaner und Belgier. Am Ende umfaßte dieses Netz Verbände in jedem nichtkommunistischen Land Europas – einschließlich der Türkei sowie den neutralen Ländern Schweden und der Schweiz. Lediglich Finnland und Irland scheinen nicht dazugehört zu haben. Die Frage, ob diese Verbände eher den Regierungen der einzelnen Länder oder der NATO unterstanden, ist bis heute unklar geblieben. Wenn man die Sache von einem funktionalen Standpunkt aus betrachtet, dann scheint es jedoch wahrscheinlich, daß die CIA und verschiedene andere Geheimdienste das Sagen hatten.

Allerdings blieben die russischen Invasionen aus, und so diente die Operation, wie sich herausstellte, fast ausschließlich dazu, einheimischen linken Bewegungen politischen Schaden zuzufügen.

Die Operation Gladio fand im Herbst 1990 in Italien ihr Ende, als bei der gerichtlichen Untersuchung eines Autobombenanschlags aus dem Jahre 1972 herauskam, daß der Sprengstoff aus einem der 139 geheimen Waffenlager stammte, die für die Truppen von Gladio in Italien angelegt worden waren. Anschließend enthüllte der Vorsitzende des entsprechenden parlamentarischen Untersuchungsausschusses Folgendes:

»Als Gladio ins Leben gerufen wurde, bestanden die Amerikaner wiederholt darauf, daß die Organisation auch zur Bekämpfung jeder Form von Aufstand eingesetzt würde.«

Der pensionierte griechische General Nikos Kouris erzählte eine ähnliche Geschichte. Er erklärte, die griechische Truppe des Netzes sei im Jahre 1955 mit CIA-Hilfe geschaffen worden, um im Fall einer kommunistischen Bedrohung, sei es von außen oder im eigenen Land, einzugreifen.

»Es gab ehemalige Militärs, Soldaten mit einer Spezialausbildung und auch Zivilisten. Was sie zusammenhielt, war ein gemeinsamer ideologischer Nenner: Rechtsextremismus.«

Wie in Deutschland (vgl. das entsprechende Kapitel), unterhielt auch die Operation in Italien enge Verbindungen zu Terroristen. Ein früherer Gladio-Agent, Roberto Cavallero, ging an die Öffentlichkeit und behauptete, es habe eine direkte Verbindung zwischen Gladio und der Welle von terroristischen Bombenanschlägen in den 1970er- und frühen 1980er Jahre gegeben, bei denen mindesten 300 Menschen ihr Leben verloren. Er sagte,

Gladio hätte ihn und viele andere dazu ausgebildet, »Gruppen aufzubauen, welche im Fall eines Vormarschs der linken Kräfte in unserem Land die Straßen füllen und damit eine Situation von solcher Spannung schaffen sollten, daß ein Eingreifen des Militärs erforderlich würde.« Cavallero bezog sich natürlich auf Zugewinne der kommunistischen Partei bei Wahlen, nicht auf eine Invasion der Sowjetunion.

Die schlimmste terroristische Aktion war der Bombeanschlag im Bahnhof von Bologna im August 1980, der 86 Todesopfer forderte. Der *Observer* in London berichtete später:

»Daß die Bombenanschläge auf die Züge der extremen Linken angelastet wurden, war Teil einer Strategie, um die Wähler davon zu überzeugen, daß das Land sich in einem Zustand höchster Gefahr befände und sie keine Alternative hätten, als bei der Wahl auf die sichere christdemokratische Karte zu setzen. Alle Spuren deuten daraufhin, daß in Wirklichkeit Gladio hinter den Anschlägen steckte.«

Roberto Fiore, einer der Männer, die wegen des Bombenanschlags in Bologna gesucht wurden, lebt sei damals in London, und die britische Regierung hat sich bisher geweigert, ihn auszuliefern. Anscheinend hält der MI6 (das britische Gegenstück zur CIA), dem er wichtige Geheiminformationen geliefert hat, seine schützende Hand über ihn.

Wie es heute scheint, waren auch die den Roten Brigaden zugeschriebene Entführung und Ermordung von Aldo Moro, dem Führer der italienischen Christdemokraten, im Jahre 1978 das Werk von Provokateuren, die in die Organisation eingeschleust worden waren. Noch kurz vor seiner Entführung hatte Moro nämlich angekündigt, er wolle eine Koalitionsregierung mit der kommunistischen Partei eingehen.

Im Jahre 1983 veranstalteten in Belgien Agenten des Gladio und Polizeibeamte eine Serie von scheinbar ziellosen Schießereien in Supermärkten, bei denen es – absichtlich oder unbeabsichtigt – zu einigen Todesopfern kam. Das Ziel der Aktionen war es, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß es in dem Land eine Sicherheitskrise gebe. Ein Jahr danach sprang eine Einheit von amerikanischen Marineinfanteristen über Belgien ab und griff eine Polizeiwache an. Ein belgischer Bürger wurde getötet und einer der Marineinfanteristen verlor ein Auge bei dieser Operation, welche dazu dienen sollte, die örtliche belgische Polizei in einen erhöhten Alarmzustand zu versetzen und der zufriedenen Bevölkerung insgesamt den Eindruck zu vermitteln, das Land stünde am Rand einer roten Revolution. Die bei dieser Aktion verwendeten Gewehre wurden später in Brüssel in ein Haus eingeschmuggelt, das von einer kommunistischen Splittergruppe benutzt wurde.

Bis in die 1990er Jahre hinein tauchten noch große Bestände an Waffen und Sprengstoffen, die für die Operation Gladio gedacht waren, in einigen Mitgliedstaaten auf, und der italienischen Ministerpräsident Giulio Andreotti enthüllte, daß in Italien immer noch mehr als 600 Personen auf der Lohnliste von Gladio standen.¹³

Anmerkungen zu Kapitel 15

- 1 **Richard Fletcher**, »How CIA Money Took the Teeth Out of British Socialism«, in **Philip Agee** und **Louis Wolf**, eds. *DIRTY WORK: THE CIA IN WESTERN EUROPE* (New Jersey, 1978), S. 200
- 2 Zum CCF, seinen Aktivitäten und seinen Veröffentlichungen vgl. a) Eine detaillierte, positiv eingefärbte Darstellung des CCF ist: **Peter Coleman**, *THE LIBERAL CONSPIRACY: THE CONGRESS FOR CULTURAL FREEDOM AND THE STRUGGLE FOR THE MIND OF POSTWAR EUROPE* (New York, 1989), passim. Zu den Zeitschriften des CCF: Kap. 5 und 11, zu den Büchern: Anhang D sowie passim; b) **Russell Warren Howe**, »Asset Unwitting: Covering the World for the CIA«, *MORE* (Zeitschrift der Journalismusschule der Columbia University in New York), Mai 1978, S. 20-27; c) *New York Times*, 26.12.1977, S. 37; 27.04.1966, S. 28; 08.05.1967 und 09.05.1967 und andere Ausgaben des Jahres 1967; d) *Commentary* (New York), September 1967; e) **Fletcher**, S. 188-200. – Weitere CCF-Zeitschriften außerhalb Europas waren: *Thought und Quest in Indien*, *Aportes*, *Cadernos Brasileiros* und *Informes de China* in Lateinamerika, *Black Orpheus* und *Transition* in Afrika, *Horison*, *Social Science Review*, *Jiyu* und *Solidarity* in Asien und *Hiwar* in Beirut.
- 3 **Ray Cline**, *SECRETS, SPIES AND SOLDIERS* (Acropolis Books, Washington, 1976), S. 129.
- 4 *New York Times*, 26.12.1977, S. 37.
- 5 *Washington Post*, 15.05.1967, S. 1.
- 6 Zu Forum World Features vgl. **Howe**. Howe war der Schreiber von *Forum*, der zitiert wurde. Zum CIA-Haushalt: House Committee report, zitiert bei **Howe**, S. 27. Zu einer detaillierten Untersuchung darüber, wie die CIA amerikanische Presseorgane benutzte, vgl. **Carl Bernstein**, »The CIA and the Media«, *Rolling Stone*, 20.10.1977, *New York Times*, 26.12.1977, S. 1 und 37.
- 7 *The Nation* (New York), 19.06.1982, S. 738. Der Artikel berichtet, einige CIA-Beamte seien Anfang der 1950er Jahre der Ansicht gewesen, Springer sei ziemlich liberal, und er sei finanziert worden, um Neonazis und rechtsextremen Elementen in Deutschland entgegenzutreten. Das sollte man nicht für bare Münze nehmen, denn die Politik der amerikanischen Besatzungsmacht dieser Zeit richtete sich – unabhängig von den persönlichen Ansichten einzelner amerikanischer Beamter – hauptsächlich darauf, den Einfluß von Personen und Gruppen links von der Mitte zu unterdrücken: Kommunisten, Linksradikale und Sozialdemokraten gleichermaßen. Zur gleichen Zeit beschäftigten die US-Behörden »frühere« Nazis in allen Bereichen der Verwaltung und des Geheimdienstes (vgl. das Kapitel über Deutschland).
- 8 **Tom Braden**, »I'm Glad the CIA is »Immoral««, *Saturday Evening Post*, 20.05.1967.
- 9 Ebd.
- 10 Zur Labourpartei und zur CND vgl. **Fletcher**, S. 196-197; *The Times* (London), 05.10.1961.
- 11 **Braden**, S. 14.
- 12 Zu den Parteien und zur CIA vgl. a) *New York Times*, 07.01.1976 und 09.01.1976; b) **Jack Anderson** im *San Francisco Chronicle*, 11.11.1981 und 12.11.1981; c) **Coleman**, S. 183-185; d) **Chapman Pincher**, *INSIDE STORY: A DOCUMENTARY OF THE PURSUIT OF POWER* (London, 1979), S. 28.
- 13 Zur Operation Gladio vgl. a) *The Observer* (London), 07.06.1992; b) *The Guardian* (London), 05.12.1990, S. 5, ein Artikel aus Mailand, der das italienische Nachrichtenmagazin *Panorama*, *Agence France Presse* und andere europäische Quellen zitiert; c) *Washington Post*, 14.1.1990, S. A19; d) *Die Welt*, 14.11.1990, S. 7; e) *Los Angeles Times*, 15.11.1990, S. A6.

16 Britisch-Guayana 1953 bis 1964

Die internationale Gewerkschaftsmafia der CIA

Über einen Zeitraum von elf Jahre hinweg scheuten sich zwei der ältesten Demokratien der Welt, nämlich Großbritannien und die Vereinigten Staaten, nicht, einen demokratisch gewählten Präsidenten am Antritt seines Amtes zu hindern.

Dieser Mann war Dr. Cheddi Jagan. Der Enkel von Indern, die als Vertragsarbeiter nach Guayana eingewandert waren, hatte in den Vereinigten Staaten Zahnmedizin studiert und war dann in sein Heimatland Guayana zurückgekehrt. Im Jahre 1953, im Alter von 35 Jahren, wurden er und seine Fortschrittliche Volkspartei (**People's Progressive Party, PPP**) von einer großen Mehrheit gewählt, die Regierung der britischen Kolonie zu bilden. Jagans Sieg beruhte zum Teil darauf, daß die Inder rund 46 Prozent der Bevölkerung ausmachten, die Bürger afrikanischer Abstammung dagegen nur 36 Prozent.

Das Programm, das die PPP in die Tat umsetzte, als sie dann im Amt war, kann man beim besten Willen nicht als revolutionär bezeichnen. Sie förderte ausländische Investitionen im Bergbausektor und versuchte zum anderen, liberale Reformen durchzuführen, wie etwa die Stärkung der Rechte der Gewerkschaften und der Pachtbauern, die Schaffung eines öffentlichen Schulsystems, um die Macht der Kirchen im Bildungswesen zu reduzieren, und die Aufhebung des Verbots der Einfuhr von »unerwünschten« Veröffentlichungen, Filmen und Schallplatten. Die konservative Regierung in Großbritannien jedoch war nicht geneigt, eine solche Politik hinzunehmen, die von einem Mann vertreten wurde, der verdächtigt wie ein Sozialist klang. Die Regierung und die britischen – und ebenso die amerikanischen – Medien starteten eine Kampagne gegen die Jagan-Regierung, indem sie – nach Art von Senator McCarthy, dessen Terror gegen Andersdenkende seinerzeit in den Vereinigten Staaten gerade voll im Gange war – das Schreckgespenst des Kommunismus an die Wand malten und glatte Lügen verbreiteten.

Viereinhalb Monate nach dem Amtsantritt von Jagan warf die Regierung von Winston Churchill ihn raus. Die Briten schickten Marinetruppen und Heeresverbände, setzten die Verfassung außer Kraft und entließen die gesamte guyanische Regierung. Und die Juristen entwarfen einige Papiere, welche die Königin unterzeichnete, und so war alles hübsch legal.¹

»Die Regierung Ihrer Majestät«, sagte der britische Kolonialminister bei einer Parlamentsdebatte, »ist nicht bereit, die Schaffung eines kommunistischen Staates im britischen Commonwealth hinzunehmen.«²

Die amerikanische Haltung gegenüber diesem Schlag ins Gesicht der Demokratie läßt sich aus der Weigerung der US-Regierung erschließen, Jagan die Durchreise zu erlauben, als er versuchte, einen Flug nach London zu buchen, wo er einer Parlamentsdebatte beiwohnen wollte. Laut Jagan wollte ihm die Pan Am noch nicht mal ein Flugticket verkaufen. (Pan Am arbeitete schon lange mit der CIA zusammen, eine Zusammenarbeit, die vom Präsidenten der Luftlinie, Juan Trippe, dem Schwiegersohn von Franklin D. Roosevelts Außenminister Edward R. Stettinius, begonnen worden war).³

Zu jener Zeit hatte die CIA fast schon seinen Fuß in der Tür der britisch-guayanischen Arbeiterbewegung, und zwar durch die »Heirat« des Geheimdienstes mit dem Gewerkschaftsbund der USA, der American Federation of Labor. Einer der ersten Sprößlinge dieser Verbindung war die Interamerikanische Regionale Arbeiterorganisation (**Organización Regional Interamericana de Trabajadores, ORIT**). In den frühen 1950er Jahren war die ORIT dabei behilflich, aus dem führenden Gewerkschaftsbund von Guayana, dem Trades Union Council, einer bislang militanten Arbeiterorganisation, ein Werkzeug des Antikommunismus zu machen. Serafino Romualdi, ein ehemaliger Präsident des

American Institute for Free Labor Development und ein langjähriger Kollaborateur der CIA, schrieb:

»Seit meinem ersten Besuch in Britisch-Guayana im Jahre 1951 tat ich alles, was in meiner Macht stand, um die demokratischen [d.h. antikommunistischen] Gewerkschaften zu stärken, die gegen ihn [Jagan] waren.«⁴

Dies sollte in späteren Jahren schwerwiegende Folgen für Jagan haben.

Im Jahre 1957 gewann Jagan erneut die Wahlen, zu denen er mit einem ähnlichen Programm wie vier Jahre zuvor angetreten war. Dieses Mal hielten die Briten es für schlauer, subtilere Methoden einzusetzen, um ihn zu beseitigen, und brachten die CIA ins Spiel. Es war eine der seltenen Gelegenheiten, bei denen dem Geheimdienst offiziell gestattet wurde, auf britischem Territorium zu operieren. Inoffiziell hat die CIA dies natürlich bei vielen Gelegenheiten getan, sehr zum Mißfallen der britischen Behörden.

Die CIA machte sich sogleich daran, jene Gewerkschaften zu stärken, die bereits Jagans führenden politischen Gegner, Forbes Burnham vom Nationalen Volkskongreß (People's National Congress, PNC), unterstützten. Eine der wichtigsten davon war die Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, die von Schwarzen dominiert war.

Folglich wandte sich die CIA an das Public Services International (PSI) in London, ein internationales Sekretariat der Gewerkschaften der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, das sich als internationales Netzwerk die Aufgabe gestellt hatte, die Erfahrungen der Gewerkschaften in den Industrienationen an die in den Entwicklungsländern weiterzugeben.

Nach einer Untersuchung des PSI durch die *Sunday Times* in London im Jahre 1958 waren »seine Finanzen gering, und seine Aktien standen bei der eigenen Mutterorganisation, dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (International Confederation of Free Trade Unions) [einer Schöpfung der CIA aus dem Jahre 1949 als Gegenspieler zu dem von der Sowjetunion beeinflussten Weltgewerkschaftsbund (World Federation of Trade Unions)], nicht hoch im Kurs. Das PSI benötigte dringend irgendeinen Erfolg. Die Finanzkrise wurde ziemlich schnell durch den größten Partner des PSI in den USA behoben, den Amerikanischen Bund der Landes-, Kreis- und Gemeindebeschäftigten (American Federation of State, County und Municipal Employees, AFSCME).« Deren Boss, Dr. Arnold Zander, teilte dem Direktor des PSI mit, er sei »einkaufen gegangen« und habe einen Spender gefunden.

»Zunächst war die Ausbeute gering – lediglich ein paar tausend Pfund im Jahre 1958. Das Geld war, so hatte es der gütige Spender bestimmt, für Lateinamerika bestimmt. Es wanderte in eine »Rekrutierungskampagne« des PSI in den nördlichen Ländern Lateinamerikas, die ein gewisser William Doherty durchführte, ein Mann, der bereits von früher her Beziehungen zur CIA hatte.«

(Doherty sollte später Geschäftsführer des American Institute for Free Labor Development, der wichtigsten Gewerkschaftsorganisation der CIA in Lateinamerika, werden.)

»Wie es schien, war der Spender erfreut, denn im Jahr darauf, 1959, konnte Zander dem PSI mitteilen, seine Gewerkschaft werde im Namen des PSI eine ständige lateinamerikanische Abteilung eröffnen. Das PSI war entzückt.«

Zander sagte, der Bevollmächtigte des PSI würde William Howard McCabe sein (ein Neuling in Gewerkschaftsdingen bei der CIA). Die *Times* schrieb weiter:

»McCabe, ein stämmiger, rundköpfiger Amerikaner, schien keinerlei Vergangenheit als Gewerkschafter zu haben, aber das PSI mochte ihn. Wenn er zu den Besprechungen kam, verteilte er Feuerzeuge und Fotos von sich, auf denen er Lebensmittelpakete an die Bauern ausgab. Sowohl die Feuerzeuge als auch die Pakete trugen die Aufschrift »Mit den besten Wünschen des PSI.«⁵

Im Jahre 1967 – im Gefolge einer ganzen Reihe von Enthüllungen über die geheimen Finanzierungsgeschäfte der CIA – gab der neue Vorsitzende des AFSCME zu, daß seine Gewerkschaft seit 1964 erhebliche Geldmittel von der CIA auf dem Umweg über eine Stiftung erhalten hatte (vgl. Anhang I). Aufgedeckt wurde auch, daß die Abteilung des AFSCME für internationale Angelegenheiten, die für die Operation in Britisch-Guayana

verantwortlich war, in Wirklichkeit von zwei »Hilfskräften« aus der CIA geleitet wurde.⁶

Die Arbeit der CIA in der Dritten Welt ist üblicherweise von beträchtlichem erzieherischen Aufwand begleitet, dessen grundlegende Prämisse lautet: Alle Probleme der arbeitenden Menschen lassen sich in einem marktwirtschaftlichen System durch das Miteinander der Klassen und Tarifverhandlungen lösen, wie auch durch die Bekämpfung des Kommunismus in Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung und der Regierung, außer natürlich, wenn die Regierung – wie in diesem Fall – selbst »kommunistisch« ist. Die vielversprechendsten Schüler, also solche, in denen man schon die zukünftigen Führer erkennen kann, werden ausgewählt und zur Weiterbildung auf Schulen der CIA in den Vereinigten Staaten geschickt.

Auch konnte die CIA, so die *Sunday Times*, »erhebliche Erfolg dabei erzielen, Politiker dazu zu bringen, sich von Jagans Partei und Regierung abzuwenden. Ihre Technik der Finanzierung von verständnisvollen Personen bestand darin, hochdotierte Versicherungspolice für sie abzuschließen.«⁷

Während des Wahlkampfes im Jahre 1961 wurde das laufende Programm der CIA durch Ad-hoc-Operationen anderer amerikanischer Stellen ergänzt. Der Propagandadienst der USA (US Information Service) unternahm den höchst ungewöhnlichen Schritt, seine Filme, in denen die Übel des Castrismus und des Kommunismus aufgezeigt wurden, auf den Straßen von Britisch-Guayana vorzuführen. Und der Christian Anti-Communist Crusade brachte seine reisende Informationstruppe in das Land und verwandte nach Berichten 76.000 Dollar für eine Wahlpropaganda, welche dem Namen der Organisation alle Ehre machte.⁸ Ein Historiker beschrieb dies als »eine fragwürdige Handlung für eine private Organisation. Und das Außenministerium unternahm nichts, um sie davon abzubringen.«⁹ Allerdings waren auch die Handlungen der offiziellen Vertreter der US-Regierung in Britisch-Guayana nicht weniger fragwürdig.

Trotz der konzertierten Kampagne gegen ihn errang Jagans Partei erneut eine komfortable Mehrheit der Sitze im Parlament, wenn auch nur eine relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Im Oktober wurde Jagan auf eigenen Wunsch hin im Weißen Haus empfangen. Er war gekommen, um über Unterstützung für sein Entwicklungsprogramm zu verhandeln. Präsident Kennedy und seine Berater wollten jedoch zunächst herausfinden, wo Jagan auf dem politischen Spektrum einzuordnen war, bevor sie irgendwelche Hilfe gewähren würden. Nach der Beschreibung von Kennedys Berater, Arthur Schlesinger, der bei dem Treffen anwesend war, taten die Kennedy-Leute dabei seltsamerweise so, als wären sie vollständig unwissend, was die amerikanische Destabilisierungstätigkeit in Britisch-Guayana anging.

Als Jagan seine Hochachtung vor der der britischen Labourpartei, Aneurin Bevan, zum Ausdruck brachte, »antworteten alle gefällig.« Zum Bekenntnis Jagans zum Sozialismus versicherte Kennedy: »Wir führen keinen Kreuzzug gegen die Politik des Vorsitzenden, um die Marktwirtschaft mit Gewalt in Teilen der Welt durchzusetzen, wo es keine Rolle spielt.«

Als Jagan aber – vielleicht etwas naiv – seine Bewunderung für die akademische linke Zeitschrift *Monthly Review* erwähnte, schien er eine ideologische Linie überschritten zu haben, wodurch das Schicksal seines Landes stillschweigend und nachhaltig besiegelt wurde. »Jagan«, schrieb Schlesinger später, »war unbestreitbar irgendeine Art Marxist.«¹⁰

Solange Jagan an der Regierung war, wurde Britisch-Guayana keine Wirtschaftshilfe gewährt, und die Kennedy-Regierung übte Druck auf die Briten aus, das Land vorerst nicht in die Unabhängigkeit zu entlassen, was eigentlich innerhalb der nächsten zwei Jahre vorgesehen war.¹¹ Erst im Jahre 1966, als Jagan nicht länger im Amt war, wurde aus Britisch-Guayana das unabhängige Land Guyana.

Im Februar 1962 half die CIA dabei, gegen Jagan gerichtete Proteste zu organisieren und zu finanzieren, wobei der soeben verkündete neue Haushalt des Landes als Vorwand diente. Die daraus resultierenden Streiks, Aufstände und Brandstiftungen standen absolut in keinem Verhältnis zu dem angeblichen Anlaß. Eine Untersuchungskommission des britischen Commonwealth kam später zu folgendem Schluß (vielleicht zum Leidwesen des britischen Kolonialministeriums, das den Auftrag erteilt hatte):

»Auch wenn die Gewerkschaftsführer lauthals das Gegenteil beteuerten, so gibt es kaum einen Zweifel daran, daß politische Affinitäten und Bestrebungen eine große Rolle bei der Entwicklung ihrer Politik spielten und bei der Formulierung ihrer Programme, Widerstand gegen den Haushalt zu leisten und einen entschiedenen Versuch zur Ablösung der im Amt befindlichen Regierung zu leisten.«¹²

Wie vorher schon bei anderer Gelegenheiten, sorgte auch hier die CIA dafür, daß nord- und lateinamerikanische Gewerkschaften, mit denen sie enge Verbindungen unterhielt, die Streikenden mit Solidaritätsbotschaften und Lebensmitteln unterstützten, um den Anschein eines richtigen Arbeitskampfes zu erwecken. Der Geheimdienst sorgte auch dafür, daß Radiosender, von denen man vorher noch nie etwas gehört hatte, auf Sendung gingen und daß Zeitungen Falschmeldungen über sich nähernde kubanische Kriegsschiffe veröffentlichten.¹³

Das Kernstück des CIA-Programms in Britisch-Guayana war der Generalstreik (so genannt, obwohl er bei weitem nicht von allen unterstützt wurde), der im April 1963 begann. Er dauerte 80 Tage und soll der längste Streik der Geschichte gewesen sein.¹⁴

Dieser Streik wurde, wie bereits der im Jahre 1962, vom Gewerkschaftsbund Trades Union Council (TUC) ausgerufen, der, wie wir gesehen haben, ein angesehenes Mitglied der internationalen Gewerkschaftsmafia der CIA war. Der Vorsitzende des TUC war ein gewisser Richard Ishmael, der zusammen mit anderen guayanischen Gewerkschaftsfunktionären in den USA am American Institute for Free Labor Development der CIA ausgebildet worden war.

Die Streikwochen waren von wiederholten Gewaltakten und Provokationen gekennzeichnet, wozu auch Angriffe auf Jagans Ehefrau und einige seiner Minister gehörten. In einem geheimen Bericht der britischen Polizei konnte man später lesen, das Ishmael selbst Teil einer Gruppe von Terroristen gewesen war, welche während des Streiks Bomben- und Brandanschläge gegen Regierungsgebäude verübt hatten.¹⁵

Die britischen Behörden unternahmen nichts gegen Ishmael und seine Leute, sie nutzten vielmehr die Gelegenheit, um die explosive Situation noch anzuzünden, in der Hoffnung, dies würde zu Jagans Sturz führen.

Wie die *New York Times* später berichtete, gaben derweil CIA-Agenten »örtlichen Gewerkschaftsführern Ratschläge für die Organisation und die Aufrechterhaltung« des Streiks.

»Sie stellten auch Gelder und Lebensmittel für die Streikenden bereit sowie medizinische Versorgung für diejenigen bei den Tumulten verwundeten Arbeiter, welche Anhänger von Forbes Burnham waren. Einmal war ein Agent sogar Mitglied des Verhandlungskomitees der guayanischen Deicharbeitergewerkschaft bei ihren Verhandlungen mit Dr. Jagan.«

Dieser Agent wurde später von Jagan öffentlich angeprangert und für immer des Landes verwiesen.¹⁶ Wahrscheinlich handelte es sich um Gene Meakins, einer der wichtigsten Gewerkschaftsagenten der CIA, der als Berater für Öffentlichkeitsarbeit und als Bildungsfunktionär der TUC tätig gewesen war. Meakins gab eine Wochenzeitung heraus und sendete ein tägliches Radioprogramm. Er war so in der Lage, einen Großteil der gegen Jagan gerichteten Propaganda zu erzeugen.¹⁷ In der Untersuchung der *Sunday Times* heißt es:

»Jagan schien zu denken, daß die Gewerkschaften noch nicht einmal einen Monat durchhalten könnten. Aber McCabe stellte den größten Teil der Streikgelder bereit wie auch weitere Mittel für den Notfonds, für die 15 täglichen Minuten der Streikenden im Radio, für ihre Propaganda und für beträchtliche Reisespesen. Es schien, als würden sich überall auf der Welt die Schwestergewerkschaften zusammenlegen.

Der aus London geschickte Vermittler, Robert Willis, der Generalsekretär der Druckergewerkschaft London Typographical Society, ein Mann, der bekannt war für seine Nachgiebigkeit bei Verhandlungen mit den Zeitungsbossen, war schockiert: »Es wurde mir rasch klar, daß es sich um einen rein politischen Streik handelte«, sagte er. »Jagan gab bei allen Forderungen der Streikenden nach, aber sobald er dies tat, stellten sie neue Forderungen.«¹⁸

Allein die finanzielle Unterstützung des Streiks durch die CIA, die auf dem Umweg über das PSI und andere Gewerkschaftsorganisationen abgewickelt wurde, erreichte den Betrag von mindestens einer Million Dollar.

Ein weiteres Beispiel dafür, welche Vielzahl von Ressourcen die USA aufbieten können, wenn es darum geht, ein bestimmtes Ziel zu erreichen, bieten die amerikanischen Erdölgesellschaften. Die Unternehmen unterstützten die Streikenden dadurch, daß sie die Öllieferungen einstellten und Jagan damit zwangen, sich deswegen an Kuba zu wenden. Während der verbleibenden Jahre im Amt wandte sich Jagan angesichts eines allgemeinen Embargos durch die USA zunehmend dem Ostblock zu. Das lieferte natürlich den Kritikern Jagens in Britisch-Guayana sowie den Vereinigten Staaten und Großbritannien neue Munition. Sie behaupteten, er wäre ein Kommunist und von ihm gingen die Gefahren aus, die nun einmal von Kommunisten ausgingen.

Der Streik wurde hauptsächlich von den Unterstützern Forbes Burnhams unter den Schwarzen und von den Arbeitgebern geführt, die viele von Jagens Gefolgsleuten aussperrten. Dies verschärfte unvermeidlich die Spannungen zwischen den Rassen, die es bereits gab, auch wenn die *Sunday Times* versicherte, »das Verhältnis der Rassen zueinander war eher freundlich, bis der Streik von 1963 das Land spaltete.« Schließlich glitten die Spannungen in ein Blutvergießen ab, welches Hunderte von Toten und Verwundeten und »ein Vermächtnis der Bitterkeit zwischen den Rassen« hinterließ.¹⁹

Jagan war sich – zumindest bis zu einem gewissen Punkt – sicher bewußt, was um ihn herum während des Generalstreiks vorging. Nachdem er vorbei war, stellte er fest:

»Trotz der gegenteiligen Behauptungen einiger ihrer Führer sind die Vereinigten Staaten nicht bereit, die Existenz einer sozialistischen Regierung oder eine Regierung, die durchgreifende und grundlegenden Reformen auf ihre Fahne geschrieben hat, in diesem Teil der Welt hinzunehmen, sogar wenn diese Regierung aus freien Wahlen hervorgegangen ist [...] Es ist allzu deutlich, daß die Vereinigten Staaten nur dann eine demokratische Regierung unterstützen, wenn diese ein System der klassischen Marktwirtschaft befürwortet.«²⁰

In einem Versuch, die Hürde der Zwangsvorstellungen der USA bezüglich der Sowjetunion und »eines weiteren Kubas in der westliche Hemisphäre«, zu überwinden, schlug Jagan vor, Britisch-Guayana solle durch einen Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion »neutralisiert« werden, wie die beiden Mächte dies im Falle von Österreich vereinbart hatten. Aus Washington kam auf diesen Vorschlag keinerlei Reaktion.²¹

Cheddi Jagens Regierung schaffte es trotz aller Provokationen und Demütigungen zu überleben. Als für 1964 Wahlen anberaumt wurden, kehrten die Briten und ihre amerikanischen Vettern wieder zu feinsinnigeren Methoden zurück.

Der britische Kolonialminister, Duncan Sandys, einer der Hauptakteure bei den Jagan betreffenden Abmachungen zwischen den Briten und der CIA, führte den Streik und die allgemeinen Unruhen als Beweis dafür an, daß Jagan das Land nicht führen bzw. nicht die Stabilität garantieren könnte, welche die britische Regierung als Voraussetzung forderte, um Britisch-Guayana in die Unabhängig zu entlassen. (Sandys hatte im Jahre 1948 die »Europäische Bewegung« gegründet, eine von der CIA finanzierte Organisation des Kalten Krieges.)²²

Das war natürlich reine Erfindung. Der für mehrere Zeitungen schreibende amerikanische Kolumnist Drew Pearson stellte in seinem Artikel über das Treffen zwischen Präsident Kennedy und dem britischen Premierminister Macmillan im Sommer 1963 fest:

»Die beiden vereinbarten vor allem, die Briten sollten sich weigern, Guayana wegen eines Generalstreiks gegen den prokommunistischen Ministerpräsidenten Cheddi

Jagan in die Unabhängigkeit zu entlassen. Dieser Streik wurde unter der Hand vom britischen Geheimdienst mit Geldern des amerikanischen Geheimdienstes angezettelt. Er verschaffte London die Ausrede, die es haben wollte.«²³

Die Ausrede diente außerdem zur Rechtfertigung eines Zusatzes zur Verfassung von Britisch-Guayana, wonach ein Verhältniswahlrecht eingeführt wurde – ein System, welches die Garantie dafür bieten würde, daß aus Jagans Mehrheit der Parlamentssitze eine bloße Mehrheit der Stimmen würde. Anschließend gab der von den Briten ernannte Gouverneur von Britisch-Guayana bekannt, er würde sich nicht daran gebunden fühlen, den Führer der stärksten Partei mit der Regierungsbildung zu beauftragen, falls dieser nicht die Mehrheit der Sitze hätte, ein Verfahren, das im schreienden Gegensatz zu dem stand, was selbst in Großbritannien üblich war.

Als im Oktober 1964 die Labourpartei die Konservativen an der Regierung in Großbritannien ablösten, hoffte Jagan darauf, daß die Verschwörung gegen ihn beendet würde, hatten doch etliche hochrangige Führer der Labourpartei öffentlich und auch persönlich gegenüber Jagan ihrer Opposition gegen die hinterhältige und undemokratische Politik ihrer konservativen Gegner Ausdruck gegeben. Innerhalb von wenigen Tagen nach der Regierungsüberenahme machte die Labourpartei diese Hoffnungen zunichte.²⁴

Die Labourpartei »beugte sich den Wünschen der Vereinigten Staaten«, so enthüllte die *New York Times*, und »schloß eine frühe Unabhängigkeit für Britisch-Guayana aus.« Außerdem hielt sie am Verhältniswahlrecht fest. Außenminister Dean Rusk, so wurde berichtet, hatte den neuen britischen Außenminister, Patrick Gordon-Walker, »nicht im Zweifel darüber gelassen, daß die Vereinigten Staaten einem Aufstieg Britisch-Guayanas als eines unabhängigen Staates nach der Art Kubas nicht tatenlos zusehen würden.«²⁵ Bei einer früheren Gelegenheit hatte Rusk Gordon-Walkers konservativen Vorgänger, Lord Home, gedrängt, die Verfassung von Britisch-Guayana wieder auszusetzen und »zu einer direkten Kolonialherrschaft zurückzukehren.«²⁶

Die intensive amerikanische Lobbyarbeit gegen Britisch-Guayana (die eigentliche Umsturzarbeit wollen wir an dieser Stelle außen vor lassen) veranlaßte den konservativen Parlamentsabgeordneten und früheren Kolonialminister Iain Macleod im Unterhaus zu der Bemerkung:

»Es steckt eine Ironie, die wir alle bemerken, in der Tatsache, daß Amerika uns überall auf der Welt zur Befreiung von der Kolonialherrschaft drängt, es sei denn, diese nähert sich seiner eigenen Haustür.«²⁷

Am Tag vor der Wahl vom 07.12.1964 erschien in einer der Zeitungen von Britisch-Guayana ein Brief – ein gefälschter prokommunistischer Brief, eine Methode, welche die CIA bis heute auf der ganzen Welt anwendet. Der Brief war, wie es hieß, von Jagans Ehefrau Janet an Mitglieder der Kommunistischen Partei geschrieben worden, und es hieß darin: »Wir können uns beruhigt zurücklehnen bei dem Gedanken, daß der PNC [Burnhams Partei] nicht fähig sein wird, lange im Amt zu bleiben. Unsere kommunistischen Genossen im Ausland werden uns auch in Zukunft dabei helfen, letzten Endes einen vollständigen Sieg zu erringen.«

Frau Jagan entgegnete umgehend, sie wäre wohl kaum so dumm, einen Brief wie diesen zu schreiben, aber wie immer in solchen Fällen erschien der Widerruf irgendwo im Innern der Zeitung und außerdem zu spät nach der Anschuldigung.²⁸

Wie erwartet, gewann Jagan nur eine relative Mehrheit der Parlamentssitze: 24 von 53. Der Gouverneur betraute daraufhin Forbes Burnham, der nur Zweiter geworden war, mit der Bildung einer neuen Regierung. In dem geheimen Bericht der britischen Polizei, auf den schon verwiesen wurde, war Burnham auch als Terrorist bezeichnet worden, und das Gleiche galt für etliche seiner Minister.

Jagan weigerte sich zurückzutreten. Britische Heerestruppen in der Hauptstadt Georgetown wurden in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Eine Woche später setzte der Gouverneur Ihrer Majestät mit einem Federstrich einen weiteren Zusatz zur Verfassung von Britisch-Guayana in Kraft und schloß damit ein Schlupfloch, das es Jagan gestattet hätte, auf Zeit zu spielen. Er schickte sich schließlich in das Unvermeidliche.²⁹

Bei einer Konferenz in New York im Jahre 1990, bei der auch Cheddi Jagan anwesend war, entschuldigte sich Arthur Schlesinger öffentlich bei diesem. Schlesinger sagte, es sei seine Empfehlung an die Briten gewesen, die zu dem Trick mit dem Verhältniswahlrecht geführt habe. Der frühere Berater Kennedys bekannte:

»Ich fühlte mich absolut elend wegen meiner Rolle dreißig Jahre zuvor. Ich halte es für ein großes Unrecht, was wir Cheddi Jagan angetan haben.«³⁰

Vier Jahre danach, als Jagan erneut Präsident war – er hatte im Jahre 1992 die ersten freien Wahlen des Landes seit seinem Sturz gewonnen – beschloß die Clinton-Regierung, einen neuen Botschafter für Guyana zu ernennen: William Doherty. Jagan war entgeistert und gab seinen Gefühlen in einer Art und Weise Ausdruck, daß Doherty nicht länger in Betracht gezogen wurde.³¹

Als im Jahre 1994 der Zeitpunkt näherkam, daß die US-Regierung unter der 30-Jahres-Vorschrift ihre Dokumente über Britisch-Guayana freigeben sollte, weigerten sich das Außenministerium und die CIA, dies zu tun, wie die *New York Times* berichtete, weil »es nicht der Peinlichkeit wert ist.« Die Zeitung fügte hinzu:

»Noch nicht freigegebene Dokumente beschreiben in ungewöhnlicher Detailgenauigkeit eine direkte Anweisung des Präsidenten, Dr. Jagan abzusetzen, sagten Regierungsbeamte, die mit den Geheimpapieren vertraut sind. Auch wenn viele Präsidenten die CIA angewiesen hätten, ausländische Führer zugrunde zu richten, so seien die Jagan-Papiere ausnahmsweise einmal ein schlagender Beweis, wie sie sagten: Es gäbe einen unmißverständlich geschriebenen Bericht, ohne verschleierte Sprache oder glaubhafte Dementis, über den Befehl eines Präsidenten, einen ausländischen Ministerpräsidenten abzusetzen.«³²

Im Rückblick auf das Ganze sagte Janet Jagan:

»Sie haben einen Fehler begangen, als sie Burnham einsetzten. Am bedauerlichsten dabei ist, daß das Land zurückgeworfen wurde.«

Und so war es tatsächlich: Guyana, ein Land, das 30 Jahre zuvor zu den wohlhabendsten in der Region gezählt hatte, befand sich im Jahre 1994 unter den ärmsten. Sein Hauptexportgut waren jetzt Menschen.³³

Anmerkungen zu Kapitel 16

- 1 Zu den Ereignissen des Jahres 1953 vgl. *The Guardian* (London), 28.12.1984, wegen einer Beschreibung des brutalen Zynismus hinter den Handlungen der Briten, auf der Grundlage von 1984 freigegebenen Dokumenten; vgl. auch *The Times* (London), 07.10.1953 und 10.10.1953; **Cheddi Jagan**, *THE WEST ON TRIAL* (London, 1966), Kap. 7 und 8; »The Ordeal of British Guiana«, *Monthly Review*, (New York). Juli-August 1964, S. 16-19.
- 2 PARLIAMENTARY DEBATES, House of Commons, 22.10.1953, Sp. 2170, Rede von Oliver Lyttleton.
- 3 Zu dem Flugticketvorfall vgl. *New York Times*, 16.10.1953; **Jagan**, S. 149. Zur Pan Am: **Morton Halperin** u. a., *THE LAWLESS STATE* (Penguin Books, New York, 1976), S. 47; **Christopher Robbins**, *AIR AMERICA* (Putnam, New York, 1979), S. 58; *CounterSpy* (Washington), Dezember 1983-Februar 1984, S. 21. Trippe war Angehöriger zweier langjähriger Tarnorganisationen der CIA: Des American Institute for Free Labor Development und der Asia Foundation (früherer Name: National Committee for a Free Asia).
- 4 Zur ORIT vgl. **Jagan**, S. 296-297; **Philip Agee**, *INSIDE THE COMPANY: CIA DIARY* (New York, 1975), vgl. das Register; *SURVEY OF THE ALLIANCE FOR PROGRESS: LABOR POLICIES AND PROGRAMS*, Staff Report of the US Senate Foreign Relations Committee, Subcommittee on American Republics Affairs, 15.06.1968, S. 8-9; **Serafino Romualdi**, *PRESIDENTS AND PEONS: RECOLLECTIONS OF A LABOR AMBASSADOR IN LATIN AMERICA* (New York, 1967), S. 346.
- 5 Zu den Ereignissen der Jahre 1957 bis 1959 vgl. *The Sunday Times* (London), 16.04.1967 und 23.04.1967.

- 6 *New York Times*, 22.02.1967, S. 1, 17.
- 7 *The Sunday Times*, a. a. O.
- 8 **Jagan**, S. 304.
- 9 **Richard Barnet**, INTERVENTION AND REVOLUTION (London, 1972), S. 244.
- 10 **Arthur Schlesinger**, A THOUSAND DAYS: JOHN F. KENNEDY IN THE WHITE HOUSE (Houghton Mifflin, Boston, 1965), S. 774-779.
- 11 *San Francisco Chronicle*, 21.03.1964, S. 27; *New York Times*, 31.10.1964, S. 7; *The Times* (London), 29.06.1963, S. 8.
- 12 **Jagan**, S. 255.
- 13 Zum Streik des Jahres 1962 vgl. *New York Times*, 22.02.1967, S. 17; 30.10.1994, S. 4. Zu den Medien: **Barnet**, S. 245; **Agee**, S. 293-294; **Jagan**, S. 252-269; *The Times* (London), 13.03.1962, S. 10.
- 14 Zum Streik des Jahres 1963, allgemeine Darstellung vgl. **Jagan**, Kap. 13 und 14.
- 15 PARLIAMENTARY DEBATES, House of Commons, 04.05.1966, Sp. 1765-1767. Vgl. auch 29.04.1966, Sp. 1133-1134.
- 16 *New York Times*, 22.02.1967, S. 17.
- 17 **Thomas J. Spinner**, A POLITICAL AND SOCIAL HISTORY OF GUYANA, 1945-1983 (London, 1984), S. 115-116; **Agee**, S. 406; *New York Times*, 04.01.1964, S. 10.
- 18 *The Sunday Times*, a. a. O.
- 19 Ebd.
- 20 *New York Times*, 11.08.1963, S. 28.
- 21 Ebd., 11.09.1963, S. 1.
- 22 *The Sunday Times* (London), 25.05.1975, S. 4.
- 23 *San Francisco Chronicle*, 21.03.1964, S. 27.
- 24 **Jagan**, S. 372-375.
- 25 *New York Times*, 31.10.1964, S. 7.
- 26 *The Times* (London), 29.06.1963, S. 8; die Worte sind diejenigen der *Times*.
- 27 PARLIAMENTARY DEBATES, House of Commons, 27.04.1964, Sp. 109.
- 28 *The Times* (London), 07.12.1964, S. 8.
- 29 Zu den Ereignissen vom Dezember 1964 vgl. *The Times* (London), 04.12.1964 bis 15.12.1964.
- 30 *The Nation*, 04.06.1990, S. 763-764.
- 31 *New York Times*, 30.10.1994, S. 4.
- 32 Ebd., S. 1 und 4.
- 33 Ebd., S. 4.

17 Sowjetunion späte 1940er- bis 1960er Jahre

Alles von Spionageflugzeugen bis zur Veröffentlichung von Büchern

Informationen. Hunderte von jungen Amerikanern und russischen Emigranten gaben ihr Leben, damit die Vereinigten Staaten so viele Informationen wie möglich über die Sowjetunion sammeln konnten, ja, nahezu alle Informationen, die sie nur bekommen konnten über das Land, das Churchill als »ein Rätsel, das in einem Geheimnis in einem Buch mit sieben Siegeln verborgen ist« beschrieben hatte.¹

Es gibt allerdings keinerlei Beweise dafür, daß irgendeine der gesammelten Informationen jemals ein Leben gerettet oder der Welt irgendeinen nützlichen Dienst erwiesen hätte. Heute liegen in Lagerhäusern in den Vereinigten Staaten und in der BRD Tonnen von Ordnern voller Berichte sowie Berge von Computerausdrucken, Tonbändern, Fotografien usw. in Aktenschränken herum und setzten Staub an. Wahrscheinlich ist ein Gutteil des Materials bereits durch den Reißwolf gelaufen und vieles davon ist sicher nie angeschaut worden und wird es auch nie werden.

Seit Ende der 1940er Jahre schickten das US-Militär, die CIA und der Nationale Sicherheitsdienst regelmäßig Flugzeuge entlang der Grenzen der Sowjetunion, um optische, fotografische und elektronische Daten militärischer oder wirtschaftlicher Natur, insbesondere über das Raketen- und Atomwaffenpotential der Sowjets, zu sammeln. Die immer höher entwickelten Flugzeuge und Apparaturen, wie auch die Satelliten, Unterseeboote und elektronischen Lauschanlagen in der Türkei und dem Iran produzierten riesige Mengen von Daten für die Computer der Dienste. Manchmal überflogen die Flugzeuge unbeabsichtigt sowjetisches Territorium. Zu anderen Zeiten taten sie es mit der Absicht, ein bestimmtes Ziel zu fotografieren, Radaranlagen zu aktivieren, damit sie deren Signale auffangen konnten, oder die Reaktion der sowjetischen Bodenabwehr auf Angriffe zu testen. Es war ein gefährliches Spiel von »Mutproben« in der Luft, und bei vielen Gelegenheiten gerieten die Flugzeuge ins Feuer der sowjetischen Flugabwehr oder Abfangjäger.

In den beiden Jahren 1950 und 1951 wurde ein Spionageflugzeug mit einer Besatzung von zehn Personen abgeschossen, wobei es keine Überlebenden gab. Im Jahre 1969 wurde eine Maschine mit 31 Leuten Besatzung über dem Japanischen Meer abgeschossen, dieses Mal von einem nordkoreanischen Kampfflugzeug. In den Jahren dazwischen gab es Dutzende von Luftzwischenfällen zwischen amerikanischen Flugzeugen und kommunistischer Feuerkraft, die durch Hunderte, wenn nicht Tausende von Spionageflügen verursacht wurden. Einige der Spionageflugzeuge schafften es sicher zurück auf ihre Stützpunkte (in der Türkei, dem Iran, in Griechenland, Pakistan, Japan oder Norwegen) zu gelangen, nachdem sie angegriffen oder sogar getroffen worden waren. Andere wurden von den Sowjets abgeschossen und ihre Besatzungsmitglieder kamen ums Leben oder wurden gefangengenommen.

Es gab beträchtliche Verwirrung bezüglich der Anzahl und des Schicksals von US-Piloten, die von den Sowjets in den 1950er- und 1960er Jahren gefangengenommen wurden, nachdem ihre Flugzeuge zur Landung gezwungen oder abgeschossen worden waren. Der russische Präsident Boris Jelzin erklärte im Jahre 1992, in den frühen 1950er Jahren seien neun amerikanische Flugzeuge abgeschossen und zwölf überlebende Amerikaner gefangengesetzt worden, über deren endgültiges Schicksal bis dato nichts bekannt sei. Fünf Monate später teilte Dimitrij Wolkogonow, ein früherer Sowjetgeneral und stellvertretender Vorsitzender einer russisch-amerikanischen Kommission, die das gesamte Fragebündel der vermißten Amerikaner untersuchte, einem Ausschuß des US-Senats mit, während des Kalten Krieges seien 730 Flieger bei Spionageflügen gefangengenommen worden und deren Schicksal sei ebenso unklar.²

Der sensationellste dieser Vorfälle war natürlich der Abschluß einer U-2 am 01.05.1960, die von Francis Gary Powers geflogen wurde. Die extrem hoch fliegenden U-2-Flugzeuge waren entwickelt worden, weil Flugzeuge, die auf normaler Höhe flogen, zu sehr der Gefahr eines Absturzes ausgesetzt waren. Das Verschwinden von Powers und seiner U-2 in den Tiefen der Sowjetunion verstrickte die Regierung der Vereinigten Staaten öffentlich in das Gewirr einer falschen Anfangsgeschichte, auf die Dementis und Nachträge zu Dementis folgten. Als die Russen schließlich Powers und sein Flugzeug der Welt präsentierten, hatte Präsident Eisenhower keine Alternative, als die Wahrheit zuzugeben. Anzüglich fügte er jedoch hinzu, Flüge wie die der U-2 seien »zwar widerlich«, angesichts des russischen »Fetisches von Geheimnistuerei und Verschleierung aber lebensnotwendig.«³ Einer der Berater von Eisenhower, Emmet John Hughes, sollte später bemerken, es habe die Regierung nur sechs Tage gekostet, »eine unwahrscheinliche Lüge in eine unumschränkte Wahrheit zu verwandeln.«⁴

Bei verschiedenen Gelegenheiten beschwerten sich die Vereinigten Staaten bei der Sowjetunion wegen deren Angriffe auf amerikanische Flugzeuge, die sich nicht wirklich über sowjetischem Staatsgebiet, sondern – beispielsweise – über dem Japanischen Meer befanden. Obwohl es sich natürlich um Spionage handelte, scheinen solche Flüge nach dem Völkerrecht tatsächlich zulässig gewesen zu sein.

Die ernsthafteste Nachwirkung der gesamten U-2-Affäre war allerdings, daß dadurch das Gipfeltreffen zwischen Eisenhower und Chruschtschow, das zwei Wochen später in Paris stattfand und auf dem so viel Hoffnung auf Frieden und Entspannung von Menschen auf der ganzen Welt ruhten, zum Scheitern verurteilt war.

War die U-2-Affäre das unglückliche zeitliche Zusammentreffen, das die Geschichte daraus gemacht hat? Oberstleutnant Fletcher Prouty, ein Veteran der US-Luftwaffe, lieferte eine andere Interpretation. Von 1955 bis 1963 diente Prouty als Verbindungsmann zwischen der CIA und dem Pentagon für Angelegenheiten, welche die Unterstützung von »Sonderoperationen« durch das Militär betrafen. In seinem Buch *THE SECRET TEAM* äußert Prouty die Vermutung, der CIA und bestimmte Leute des militärischen Geheimdienstes hätten diesen speziellen Flug der U-2 – den letzten vor dem geplanten Gipfeltreffen – wahrscheinlich sabotiert, um ein Nachlassen des den Kalten Krieg prägenden Spannungen, die ihr ganzer Lebensinhalt waren, zu verhindern.

Die Methode, die dabei benutzt wurde, war, so vermutet Prouty, bemerkenswert simpel. Der Motor der U-2 benötigte die Zufuhr von flüssigem Wasserstoff, um die unglaubliche Flughöhe halten zu können, durch die das Flugzeug außer Reichweite der sowjetischen Luftabwehr und Abfangjäger blieb. Wenn der Wasserstoffbehälter beim Start in der Türkei nur zum Teil mit einer genau berechneten Menge gefüllt würde, wäre es nur eine Sache der Zeit, bis die U-2 über sowjetischem Territorium gezwungen wäre, auf eine niedrigere Flughöhe herunterzugehen. Bis heute ist nicht geklärt, ob das Flugzeug abgeschossen wurde oder ob Powers absprang, um einen Absturz des Flugzeugs herbeizuführen. Die Sowjetunion behauptete jedenfalls, sie habe die U-2 auf ihrer normalen Flughöhe mit einer Rakete abgeschossen, aber dies war vermutlich eine Lüge, die aus vier Jahren vergeblicher Versuche, auch nur eine einzige U-2 vom Himmel zu holen, geboren worden war. Auf jeden Fall waren die Russen in der Lage, der Welt ein teilweise intaktes Spionageflugzeug zusammen mit einem völlig intakten Spionagepiloten mitsamt verschiedenster belastender Papiere und einer ungebrauchten Giftspritze zu präsentieren. Daß auch Ausweispapiere gefunden wurden, war wie Prouty schrieb, kein Versehen: Mit Absicht waren »weder der Pilot noch das Flugzeug für diesen Flug gesäubert worden, wie es bei solchen Flügen Vorschrift war.«⁵

Powers, der auch ein Buch über die Sache schrieb, geht auf den flüssigen Wasserstoff überhaupt nicht ein. Er glaubte, sein Flugzeug sei durch die Stoßwellen eines Beinahezusammenstoßes mit einem sowjetischen Flugzeug beeinträchtigt und gezwungen worden, tiefer zu gehen. Allerdings berichtet er auch, er habe bereits vor dem Beinahezusammenstoß technische Probleme bemerkt.⁶

Wenn man an den Aufruhr denkt, den der Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeuges – von dem die Russen behaupteten, es sei ein Spionageflugzeug – durch die

Sowjetunion im Jahre 1983 verursachte, dann ist erwähnenswert, daß Prouty auch berichtet, die Vereinigten Staaten hätten bei einer Gelegenheit »eine scheinbar saubere nationale Handelsfluglinie« eines nicht näher bezeichneten ausländischen Landes für »Spionageaufnahmen oder andere Geheimaufträge« benutzt.⁷

Für die Russen waren die Spionageflugzeuge mehr als bloß eine Verletzung ihres Luftraumes, und sie wiesen entschieden die von den USA vertretene Auffassung zurück, die Flüge wären bloß eine andere Art von Spionage, das heißt eine »Sammlung von Geheimdienstinformationen, wie sie alle Länder praktizieren.«⁸ (Bis zu jener Zeit gab es keinerlei Hinweise auf sowjetische Flüge über den Vereinigten Staaten.)⁹ Die Russen betrachteten diese Flüge als besondere Provokationen, weil Flugzeuge ein Mittel der Kriegsführung waren und die Flüge daher der Beginn von Feindseligkeiten hätten sein und die Flugzeuge sogar Bomben an Bord gehabt hätten können. Die Russen konnten nicht vergessen, daß die Nazis ihre Invasion der Sowjetunion durch zahlreiche Aufklärungsflüge über ihr Land vorbereitet hatten. Ebenso wenig konnten sie vergessen, daß im April 1958 US-Flugzeuge mit Atombomben an Bord die Arktis Richtung UdSSR überflogen hatten, weil das amerikanische Radar falsche Warnsignale angezeigt hatte. Die Flugzeuge waren erst zurückbefohlen worden, als sie nur noch zwei Flugstunden von der Sowjetunion entfernt waren.¹⁰

Kein amerikanisches Flugzeug warf Bomben auf die Sowjetunion ab, aber viele von ihnen setzten Männer ab, die den Auftrag hatten, feindliche Missionen auszuführen. Die Männer, die vom Himmel fielen, waren Russen, die in den Westen geflohen waren, wo sie vom der CIA und anderen westlichen Geheimdiensten angeworben wurden.

Die führende Emigrantenorganisation war unter dem Namen Bund Russischer Solidaristen oder Volksbund der Schaffenden (Narodno-Trudovoj Sojuz Rossijskich Solidaristov bzw. Nacional'no Trudovoj Sojuz, NTS) bekannt. Sie setzte sich vor allem aus zwei unterschiedlichen Gruppen zusammen: aus den Söhnen solcher Russen, die nach der Oktoberrevolution in den Westen gegangen waren, und aus solchen Russen, die auf Grund der Umstände oder ihrer eigenen Entscheidung am Endes des Zweiten Weltkriegs nach Westeuropa gegangen waren. Mitglieder beider Gruppen hatten während des Krieges mit den Nazis kollaboriert. Obwohl der NTS im Allgemeinen dem rechten Flügel der verschiedenen Emigrantenorganisationen zugerechnet wurde, war seine Kollaboration eher durch antistalinistische als durch nazifreundliche Einstellung motiviert gewesen.

Der Hauptstützpunkt des NTS war in den 1950er Jahren in der BRD, und die CIA war der Hauptgönner, ja bisweilen sogar der einzige Unterstützer der Organisation, z.B. durch eine Schule der CIA in München, die den eindrucksvollen Namen *Institut zur Erforschung der UdSSR* trug. Die Mitglieder des NTS und der CIA wurden in Schulen in Großbritannien und den Vereinigten Staaten umfassend ausgebildet, bevor sie auf sowjetischem Territorium abgesetzt wurden. Wenn die Männer auf ihrer Heimat Erde landeten, waren sie bis in alle Einzelheiten ausgerüstet: angefangen von Waffen bis hin zu zusammenklappbaren Fahrrädern, Taucheranzügen und Gummimatten zum Übersteigen von elektrisch geladenen Stacheldrahtzäunen.

Die Russen wurden zu den verschiedensten Zwecken in ihr Heimatland zurückgebracht: Um Geheiminformationen über militärische und technische Anlagen zu sammeln, um Mordanschläge auszuführen, um Beispiele aktueller Ausweispapiere zu beschaffen, um westlichen Agenten zur Flucht zu verhelfen, um Sabotageakte zu verüben, für die sie ausgebildet worden waren (Züge zum Entgleisen zu bringen und Brücken zu sprengen, Anschläge auf Waffenfabriken und Kraftwerke auszuführen usw.), oder um einen bewaffneten politischen Kampf gegen die Herrschaft der Kommunisten auszulösen, indem sie sich mit Widerstandsbewegungen zusammentaten – ein völlig unrealistisches Ziel, wenn man den kläglichen Zustand solcher Bewegungen bedenkt. Es war aber eins, auf das einige fanatische Mitglieder des NTS schworen.

Man wird wohl nie genau wissen, wie viele Männer der CIA tatsächlich die Sowjetunion auf dem Luftweg wie auch zu Fuß und mit Booten infiltrierten, aber es waren auf jeden Fall viele Hunderte. Was ihr Schicksal betrifft, so veröffentlichte die Sowjetunion im Jahre 1961 ein Buch unter dem Titel **CAUGHT IN THE ACT** (= CIA) [AUF FRISCHER

TAT ERTAPPT], in dem die Namen und weitere Einzelheiten von ungefähr zwei Dutzend Eindringlingen aufgelistet worden waren, von denen die Russen behaupteten, sie hätten sie – oftmals fast sogleich nach ihrer Ankunft – gefaßt. Einige wurden hingerichtet, andere erhielten Gefängnisstrafen. Einer von ihnen hatte angeblich an Massenhinrichtungen von Juden in dem von den Deutschen besetzten Teil der UdSSR teilgenommen. In dem Buch wird versichert, daß noch viele andere gefangengenommen wurden, die nicht im Einzelnen aufgeführt worden waren. Dies mag zwar eine eigennützige Aussage gewesen sein, dennoch war es für die Russen eine ziemlich einfache Angelegenheit, die führenden Kreise der Emigranten in Westeuropa zu infiltrieren und ihre sämtlichen Operationen auszukundschaften.

Die CIA war ganz gewiß nicht naiv, was dies alles betraf. Sie ging soweit, vermutliche Überläufer in München zu foltern, wobei sie die abartigsten Methoden einsetzte. Beispielweise übergoß man die Hoden eines Mannes mit Terpentin, oder man schloß jemanden in einen Raum ein und spielte indonesische Musik in einer taubmachenden Lautstärke ab, bis er durchdrehte.¹¹

Außerdem behaupteten die Russen, einige der Eingeschleusten seien mit besonderen Funkleitstrahlen ausgerüstet gewesen, um Flugzeuge dorthin zu lenken, wo sie weitere Agenten absetzen sollten, welche aber im Kriegsfall ebenso US-Bomber hätten lenken können.

Nachdem sie versucht hatten, ihre Aufträge auszuführen oder einige Informationen beschaffen konnten, gelang es einigen der Emigranten, wieder zurück nach Westeuropa zu kommen. Andere, die mit einem vollständigen Satz der benötigten Papiere ausgestattet worden waren, hatte man angewiesen, sich wieder in die Sowjetgesellschaft einzugliedern und »Agenten vor Ort« zu werden. Wieder andere wurden ein Opfer ihres Gefühls, wieder in der »Heimat« zu sein, und stellten sich den sowjetischen Behörden. Wieder einmal kam der »menschliche Faktor« zum Tragen, der sich durch keine noch so scharfe Ausbildung oder Indoktrination ausschalten läßt.¹²

Keine amerikanische Operation gegen die Sowjetunion wäre ohne die dazugehörige Propaganda vollständig gewesen: Danach ging es darum, über eine Unzahl von Wegen, welche die Kreativität der CIA und ihrer Emigrantengruppen offenbarten, den Heiden das Evangelium zu bringen.

Die Flugzeuge und Ballons wurden mit neu entwickelten Vorrichtungen ausgestattet, um antikommunistische Literatur über der Sowjetunion abzuwerfen. Wenn der Wind richtig stand, wurden unzählige Flugblätter und Broschüren über das Land verstreut, oder man ließ große Mengen an Literatur in wasserdichten Verpackungen flußabwärts treiben.

Sowjetbürger, die in den Westen kamen, stießen auf Schritt und Tritt auf die Leute des NTS, die ihnen Zeitungen und Zeitschriften in russischer und ukrainischer Sprache aufdrängten. Um den Kontakt zu erleichtern, befaßte der NTS sich bisweilen auch mit Schwarzmarktaktivitäten und eröffnete kleine Geschäfte, in denen Russen besonders günstig einkaufen konnten. Von Nordafrika bis Skandinavien machte sich das Netz der CIA an sowjetische Seeleute, Touristen, Beamte, Athleten und sogar an Sowjetsoldaten in der DDR heran, um ihnen die »Wahrheit« aus der Sicht der »Freien Welt« nahezu-bringen, sie nach Informationen auszuholen, sie dazu zu überreden, sich abzusetzen, oder sie als Spione anzuwerben. Um diese Ziele zu erreichen, wurden Hotelzimmer durchsucht, Telefone abgehört und Schmiergelder angeboten oder es wurde mit Erpressung gedroht. Man unternahm auch Versuche, sowjetische Diplomaten zu verführen oder zu provozieren, um ihre Ausweisung zu erreichen und/oder die Sowjetunion in Verlegenheit zu bringen.¹³

Die Propagandaoffensive führte dazu, daß die US-Regierung auch im Verlagsgeschäft tätig wurde. Unter einer Vielzahl von Abmachungen mit amerikanischen und ausländischen Verlegern, Buchvertrieben, Literaturagenten und Autoren produzierten, subventionierten oder förderten die CIA und der Propagandadienst der USA (US Information Agency, USIA) bis zum Jahr 1967 »gut tausend Bücher«, von denen man annahm, daß

sie zu Propagandazwecken geeignet wären.¹⁴ Viele dieser Bücher wurden sowohl in den Vereinigten Staaten als auch im Ausland verkauft. Aus keinem ging hervor, daß die US-Regierung ihre Hand dabei im Spiel hatte. Über einige sagte der USIA:

»Wir steuern die Dinge von der Idee bis zur endgültigen Druckvorlage.«¹⁵

Einige der Bücher wurden erst dann veröffentlicht, manchmal sogar erst dann geschrieben, wenn der USIA oder die CIA zugesagt hatten, eine große Zahl von Exemplaren anzukaufen. Es gibt keine Möglichkeit herauszufinden, welche Auswirkungen dieser finanzielle Anreiz auf einen Verleger oder Autor hinsichtlich der politischen Färbung oder Richtung eines Buchs hatte. In einigen Fällen überließ Washington einem Autor vertrauliche Informationen, um ihm oder ihr bei der Abfassung eines bestimmten Buches behilflich zu sein. Im Jahre 1967 wurde diese Praxis infolge von Enthüllungen über die Inlandsaktivitäten der CIA angeblich in den USA eingestellt, im Ausland hingegen wurde sie fortgesetzt. Ein Senatsausschuß stellte im Jahre 1976 fest, die CIA habe während der vorangegangenen Jahre mit der Veröffentlichung von rund 250 Büchern, meistens in Fremdsprachen, zu tun gehabt.¹⁶ Einige von ihnen wurden höchstwahrscheinlich später in den Vereinigten Staaten nachgedruckt.

Um welche Bücher es sich handelte, wird in den meisten Fällen bis heute unter Verschuß gehalten. Unter denen, die bekannt geworden sind, waren:

- ☞ **Rostow, Walt:** THE DYNAMICS OF SOVIET SOCIETY [Die Dynamik der Sowjetgesellschaft]
- ☞ **Djilas, Milovan:** THE NEW CLASS [Die neue Klasse]
- ☞ **Burton, Robert A.:** CONCISE HISTORY OF THE COMMUNIST PARTY [Eine kurzgefaßte Geschichte der Kommunistischen Partei]
- ☞ **Müller, Kurt:** DIE ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KONZEPTION DES SOWJETBLOCKS UND CHINAS
- ☞ **Gardner, Richard N.:** IN PURSUIT OF WORLD ORDER [Das Streben nach einer Weltordnung]
- ☞ **Griffith, Sam (Generalmajor):** PEKING UND PEOPLE'S WARS [Peking und die Volkskriege]
- ☞ **Ravines, Eudocio:** THE YENAN WAY [Der Weg nach Jenan]
- ☞ **Gonzalez, Valentin:** LA VIE ET LA MORT EN URSS [Leben und Tod in der UdSSR]
- ☞ **Labin, Suzanne:** THE ANTHILL [Der Ameisenhügel]
- ☞ **Atkinson, James David:** THE POLITICS OF STRUGGLE: THE COMMUNIST FRONT UND POLITICAL WARFARE [Die Politik des Kampfes. Die kommunistische Front und die politische Kriegsführung]
- ☞ **Van Chi, Hoang:** FROM COLONIALISM TO COMMUNISM [Vom Kolonialismus zum Kommunismus]
- ☞ **Träger, Frank:** WHY VIETNAM? [Warum Vietnam?]
- ☞ **Mallin, Jay:** TERROR IN VIETNAM

Außerdem finanzierte die CIA die Produktion und den weltweiten Vertrieb der Trickverfilmung von George Orwells *Farm der Tiere*.¹⁷

Das durchschlagkräftigste Eindringen von Propaganda erfolgte allerdings über den Äther. Zahllose Sendeanlagen, enorme Wattleistungen und oftmals Programme rund um die Uhr brachten Radio Liberty und Radio Free Russia in die Sowjetunion, Radio Free Europe und RIAS nach Osteuropa und die Voice of America in alle Winkel der Erde. Mit Ausnahme des letzteren waren alle Sender angeblich Privatfirmen, die offiziell aus »Geschenken« amerikanischer Körperschaften, mit winzigen Geldspenden der amerikanischen Öffentlichkeit und aus anderen privaten Quellen finanziert wurden. In Wirklichkeit aber übernahm die CIA bis 1971 insgeheim nahezu alle Kosten. Als im Jahre 1967

die Rolle, die der Geheimdienst spielte, aufgedeckt wurde (Vermutungen darüber hatten allerdings schon lange zuvor weithin die Runde gemacht), führte dies schließlich dazu, daß der Kongreß einer offenen Finanzierung der Sender durch die Regierung zustimmte.

Die Sender dienten zwar dem Zweck, einige der Lücken der kommunistischen Medien zu füllen und deren Unwahrheiten zu korrigieren, aber sie zeichneten andererseits ein Bild der – östlichen wie der westlichen – Welt, das mit ihren eigenen Auslassungen und Entstellungen durchsetzt war. Ihre Lebensaufgabe bestand darin, alles hervorzuheben, was die kommunistischen Regimes schlecht dastehen ließ. Victor Marchetti, ein ehemaliger leitender Beamter des Geheimdienstes, schrieb:

»Für viele in der CIA bestand der Wert der Radiosender vor allem darin, daß man in Osteuropa Unzufriedenheit säen und dadurch die kommunistischen Regierungen schwächen konnte.«¹⁸

Viele der Russen, die für die verschiedenen Sender arbeiteten, welche sich ausführlich über Freiheit, Demokratie und humanitäre Belange ausließen, wurden später vom Justizministerium der USA als Mitglieder der berüchtigten Einsatzgruppen von der deutschen Wehrmacht identifiziert, die zahlreiche Juden in der Sowjetunion zusammengetrieben und getötet hatten. Einer dieser »Helden« war Stanislaw Stankiewitsch, unter dessen Kommando in Weißrußland ein Massenmord an Juden stattgefunden hatte, bei dem Kleinkinder zusammen mit den Toten lebendig begraben worden waren, wahrscheinlich um Munition zu sparen. Stankiewitsch landete als Mitarbeiter bei Radio Liberty. Außerdem setzte die CIA deutsche Kriegsverbrecher bei einer Vielzahl von Operationen gegen die Sowjetunion ein.¹⁹

Man kann es betrachten, wie man will: Die diversen Programme zur Gewinnung von strategischen Informationen über die Sowjetunion – vor allem durch das Infiltrieren des Landes und die Kontaktaufnahme zu Sowjetbürgen im Westen – waren ein einziges Fiasko. Die gelieferten Informationen waren gewöhnlich banal, widersprüchlich, entstellt oder veraltet, und was noch schlimmer war, sie waren oftmals geschönt, wenn nicht sogar durch und durch erfunden. In der Nachkriegszeit verdienten viele Emigranten in Westeuropa ihren Lebensunterhalt durch das Geschäft mit Informationen, diese waren ihre am besten verkäufliche Ware. Aus einer tatsächlichen oder erfundenen Begegnung mit einem Sowjetbürger konnten sie einen Bericht machen, der oftmals nur aus alltäglichen Fakten mit einem Schuß Politik bestand. Bisweilen wurden bis zu vier Versionen des Berichts produziert, die sich in der Darstellung und dem Umfang der »Tatsachen« unterschieden. Die einzelnen Berichte waren von vier verschiedenen Personen verfaßt worden und wurden unabhängig voneinander an den amerikanischen, britischen, französischen und deutschen Geheimdienst verkauft. Die Version für die Amerikaner enthielt alles, was auch in den drei anderen stand, welche von den anderen Ländern schließlich an die CIA weitergeleitet wurden, ohne die Quellen offenzulegen. Die Analyse aller Berichte verführte die CIA zu der Schlußfolgerung, daß der NTS ihr das vollständigste Bild von allen lieferte und daß alle Informationen übereinstimmten. Der NTS stand gut da, und die Aktenberge wuchsen.²⁰

Durch die Unmengen von Daten, die aus dem Öffnen der Post zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten resultierten – einer Praxis, die bereits in den frühen 1950er Jahren begonnen hatte und zumindest bis in die 1970er Jahre dauerte –, erreichten die russischen Akten der CIA in Washington in der Zwischenzeit gewaltige Ausmaße.²¹ Ein Jurist der US-Post erklärte im Jahre 1979:

»Gäbe es das geheime Postprogramm der nationalen Sicherheitsdienste nicht, könnte dies das FBI daran hindern herauszufinden, ob ein anderes Land einen Krieg gegen uns plant.«²²

Der frühere CIA-Beamte Harry Rositzke, der eng in die antisowjetischen Operationen nach dem Zweiten Weltkrieg eingebunden war, schrieb später, mit der Infiltration der Sowjetunion durch die Emigranten – und dasselbe ließe sich wahrscheinlich auch von den Spionageflugzeugen sagen – sei in den frühen Jahren die Absicht verbunden gewesen, »Frühwarnungen« vor einer sowjetischen Militäroffensive gegen den Westen zu erhalten, vor einer Invasion, welche in den Köpfen der Kalten Krieger in der amerikani-

sche Regierung fortwährend »unmittelbar bevorzustehen« schien. Diese Befürchtung erinnerte an das Alarmgeschrei, das der Oktoberrevolution folgte (vgl. die Einleitung zur Erstausgabe) und ähnlich wie damals florierte, trotz der Tatsache, daß Rußland noch vor kurzem durch einen großen Krieg verwüstet worden war und sich kaum in der Lage befand, ein militärisches Unternehmen von einer solchen Größenordnung durchzuführen. Aber das kümmerte niemand, wie Rositzke schrieb:

»Nach offiziellen Schätzungen konnten die Sowjettruppen innerhalb von wenigen Wochen den Ärmelkanal erreichen. In Washington herrschte der unverrückbare Glaube, daß Stalin einen Krieg plante. Wann würde er kommen?«

Er wies allerdings auch auf Folgendes hin:

»Die bloße Tatsache, daß die mit Funk ausgerüsteten Agenten auf sowjetischem Gebiet keinerlei Frühwarnungen liefern konnten, brachte es mit sich, daß die Kriegsfurcht unter den militärischen Fachleuten auf dem Höhepunkt des Kalten Kriegs zurückging.«²³

Ein Geheimbericht an das National Security Resources Board vom Januar 1951 warnte:

»So wie die Dinge sich im Moment entwickeln, werden die sowjetischen Aggressoren 1953, wenn nicht sogar schon 1952, die vollständige Kontrolle über die Weltlage gewonnen haben.«²⁴

Obwohl Rositzke ein glühender Antikommunist war, war ihm die Realitätsferne eines solchen Denkens bewußt. Er gehörte jedoch, wie er erklärte, mit seiner Position im offiziellen Washington zu einer Minderheit:

»Die sogar schon zu jener Zeit zugänglichen Tatsachen legten die weit größere Wahrscheinlichkeit nahe, daß Moskaus Nachkriegstrategie, einschließlich der Umwandlung Osteuropas in eine Pufferzone gegenüber dem Westen, grundlegend defensiv war. Ich diskutierte diese These mit einigen der CIA-Analytiker, die an der Bewertung der Sowjetunion arbeiteten, und mit einigen Leuten im Pentagon, aber diese Sichtweise war zu jener Zeit nicht beliebt. Nichtsdestoweniger bleibt es eine simple Tatsache, daß weder damals noch in der Zwischenzeit jemals ein Szenario verfaßt wurde, welches hätte erklären können, warum die Russen Westeuropa mit Gewalt erobern oder die Vereinigten Staaten hätten bombardieren sollen. Keine dieser Handlungen hätte erkennbar zu den nationalen Interessen der Sowjetunion beigetragen, vielmehr wäre damit die Gefahr einer Zerstörung des Sowjetstaats verbunden gewesen. Diese grundlegende Frage stellte sich nie, denn das Prisma des Kalten Krieges erzeugte im Bewußtsein der diplomatischen und militärischen Strategen eine eindeutige Welt aus Schwarz und Weiß – Grau gab es dabei nicht.«²⁵

Etliche Jahre mußten vergehen, so betonte Rositzke, bevor Washington klar wurde, daß es keine – frühen oder anderen – Warnmeldungen geben würde. Dies hatte jedoch keine erkennbaren Auswirkungen auf die militärische Aufrüstung der USA oder die Kalte-Kriegs-Propaganda.

Anmerkungen zu Kapitel 17

- 1 Zu den Spionageflugzeugen vgl. a) **James Bamford**, *THE PUZZLE PALACE* (Penguin Books, Harmondsworth, 1983), S. 136-139, 180-185; b) **Leroy Fletcher Prouty**, *THE SECRET TEAM: THE CIA AND ITS ALLIES IN CONTROL OF THE WORLD* (Ballantine Books, New York, 1974), S. 167-172, 187-199, 369-379, 419-429; c) **Sanche de Gramont**, *THE SECRET WAR* (New York, 1963), Kap. 9; d) **Harry Rositzke**, *THE CIA'S SECRET OPERATIONS* (New York, 1977), S. 23; e) *New York Times*, 06.05.1960, S. 7, enthält eine Liste der Ereignisse bis zu diesem Datum.
- 2 Zu Jelzin vgl. *Los Angeles Times*, 13.06.1992. Zu Wolkogonow: ebd., 12.11.1992. Um die Verwirrung vollständig zu machen, berichtete die *New York Times* am 12.11.1992, Wolkogonow habe gesagt, alle 730 Flieger seien, nachdem sie in russischen Gefangenenlagern inhaftiert gewesen waren, »nach Hause geschickt worden«. Alle Versuche des Autors, Wolkogonows exakte Aussage zu lokalisieren, blieben erfolglos. Wie es scheint, wurde diese Aussage nie veröffentlicht.
- 3 *New York Times*, 12.05.1960.

- 4 **Emmet John Hughes**, ORDEAL OF POWER (London, 1963), S. 301.
- 5 **Prouty**, S. 399, 421-424, 427.
- 6 **Francis Gary Powers**, OPERATION OVERFLIGHT (New York, 1970), S. 81 -85, 113 und passim.
- 7 **Prouty**, S. 189.
- 8 **New York Times**, 08.05.1960, S. 29.
- 9 Ebd., 10.05.1960. Der Artikel bezieht sich auf das US-amerikanische Festland. Ob es sowjetische Flüge über Alaska, das 1959 Bundesstaat wurde, gab, wird nicht erwähnt.
- 10 CAUGHT IN THE ACT: FACTS ABOUT U. S. ESPIONAGE AND SUBVERSION AGAINST THE U.S.S.R. (Foreign Languages Publishing House, Moscow, 1963, 2., überarb. Aufl.), S. 95.
- 11 **Thomas Powers**, THE MAN WHO KEPT THE SECRETS: RICHARD HELMS AND THE CIA (New York, 1979), 155, 157.
- 12 Zu Infiltration der Sowjetunion durch Emigranten vgl. a) **De Gramont**, S. 185-189, 480-486; b) **Konstantin Cherezov**, NTS, A SPY RING UNMASKED (Moscow, 1965), passim; der Verfasser arbeitete mehrere Jahre eng mit dem NTS in Westeuropa zusammen, bevor er in die Sowjetunion zurückkehrte; c) **Rositzke**, S. 18-50; d) CAUGHT IN THE ACT, passim; e) **Wilbur Crane Eveland**, ROPES OF SAND: AMERICA'S FAILURE IN THE MIDDLE EAST (New York, 1980, S. 263; f) **Kim Philby**, MY SILENT WAR (MacGibben & Kee, London, 1968), S. 199-202; g) **Victor Marchetti** und **John Marks**, THE CIA AND THE CULT OF INTELLIGENCE (New York, 1975), S. 204-206; h) **Louis Hagen**, THE SECRET WAR FOR EUROPE (London, 1968), S. 163-164; i) *New York Times*, 30.08.1955, S. 1, zur Ausbildung von Osteuropäern in Fort Bragg in Nordkarolina in der Technik des Guerillakriegs; j) *Nation's Business* (veröffentlicht von der Handelskammer der Vereinigten Staaten), April 1952, S. 25-27, 68-69, diskutiert viele der Sabotage- und anderen Akte in der Sowjetunion und Osteuropa.
- 13 **Cherezov**, passim; **de Gramont**, S. 480-486; **Marchetti** und **Marks**, S. 165.
- 14 FOREIGN AND MILITARY INTELLIGENCE, Book 1, Final Report of The Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities (U. S. Senate), April 1976, S. 193.
- 15 *Book Week* (Washington Post), 05.02.1967.
- 16 FOREIGN AND MILITARY INTELLIGENCE, a.a.O., S. 194.
- 17 Zu einer ausführlichen Darstellung über die Bücher von CIA und USIA und der Quelle von diesem und anderen Titeln vgl. Anm. 14 und 15; ebenso *Washington Post*, 28.09.1966; *New York Times*, 22.03.1967 und 22.12.1977; **Peter Coleman**, THE LIBERAL CONSPIRACY: THE CONGRESS FOR CULTURAL FREEDOM AND THE STRUGGLE FOR THE MIND OF POSTWAR EUROPE (New York, 1989), Anhang D und passim; **Alexander Kendrick**, PRIME TIME: THE LIFE OF EDWARD R. MURROW (London, 1970), S. 478; **Marchetti** und **Marks**, S. 180-181; **E. Howard Hunt**, UNDERCOVER: MEMOIRS OF AN AMERICAN SECRET AGENT (London, 1975), S. 70, 132.
- 18 **Marchetti** und **Marks**, S. 174-178; **de Gramont**, S. 486,488-492.
- 19 *Washington Post*, 17.05.1982 und 20.05.1982; 04.11.1982. Zu einer umfassenden Darstellung des Einsatzes von Nazis und ihren Kollaborateuren durch die US-Regierung bei ihrem Feldzug gegen den Kommunismus vgl. **Christopher Simpson**, BLOWBACK: AMERICA'S RECRUITMENT OF NAZIS AND ITS EFFECTS ON THE COLD WAR (New York, 1988), passim, und **John Loftus**, THE BELARUS SECRET (New York, 1982), passim.
- 20 Vgl. Anm. 12.
- 21 HEARINGS BEFORE THE SELECT COMMITTEE TO STUDY GOVERNMENTAL OPERATIONS WITH RESPECT TO INTELLIGENCE ACTIVITIES (U. S. Senate), Bd. 4, 1975; *Washington Post*, 16.01.1975, S. 18; **Rositzke**, S. 62.
- 22 *Washington Post*, 25.04.1979.
- 23 **Rositzke**, S. 21,33,37.
- 24 *San Francisco Chronicle*, 09.10.1978.
- 25 **Rositzke**, S. 15.

18 Italien 1950er- bis 1970er-Jahre

Die Unterstützung der Waisenkinder des Kardinals und der Technikfaschismus

Nach dem facettenreichen Ausstattungsstück, das die Vereinigten Staaten im Jahre 1948 inszeniert hatten, um das Gespenst des Kommunismus, das Italien heimsuchte, zu bannen, ließ sich die CIA am Ort nieder, um eine auf lange Sicht angelegte Operation durchzuführen, die zwar weniger großspurig, dafür aber umso hinterlistiger war. In einer nach der Wahl des Jahres 1953 verfaßten Aktennotiz aus dem Weißen Haus hieß es:

»Bei dieser Wahl bekamen die Wähler weder die Peitsche der russischen Kriegslüsterheit noch das Zuckerbrot der amerikanischen Wirtschaftshilfe deutlich genug zu schmecken.«¹

Das Spiel hieß verdeckte Finanzierung. Victor Marchetti, der ehemalige geschäftsführende Assistent des stellvertretenden Direktors der CIA enthüllte, daß der Geheimdienst in den 1950er-Jahren »etwa 20 bis 30 Millionen Dollar im Jahr, und vielleicht sogar noch mehr, für die Finanzierung seiner Programme in Italien aufwendete.« In den 1960er-Jahren beliefen sich die Ausgaben auf etwa zehn Millionen jährlich.²

Die CIA selbst gab zu, zwischen 1948 und 1968 insgesamt 65.150.000 Dollar an die Christdemokraten und andere Parteien sowie an Gewerkschaften und ein breites Spektrum anderer Organisationen in Italien gezahlt zu haben.³ Sie wandte außerdem eine ungenannte Summe zur Unterstützung von Zeitschriften und Buchverlagen sowie anderen Trägern der Nachrichten- und Meinungsmanipulation auf. So schmuggelten ihre Leute beispielsweise rund um die Welt Meldungen an nichtamerikanische Medien, die ein ungünstiges Licht auf den Kommunismus warfen, und sorgten dann dafür, daß diese Stories in befreundeten italienischen Publikationen nachgedruckt wurden.⁴

Es ist nicht bekannt, wann – oder ob – die CIA aufhörte, antikommunistische Gruppen in Italien zu finanzieren. Aus internen Dokumenten des Geheimdienstes aus dem Jahre 1972 geht hervor, daß in diesem Jahr rund zehn Millionen Dollar an Parteien, parteinahe Organisationen und 21 einzelne Kandidaten bei den Parlamentswahlen flossen.⁵ Bei den Wahlen im Juni 1976 gingen mindestens sechs Millionen Dollar an führende Politiker.⁶ Und in den 1980er Jahren sorgte der damalige CIA-Direktor William Casey dafür, daß Saudi-Arabien zwei Millionen Dollar zahlte, um Zugewinne der Kommunisten bei italienischen Wahlen zu verhindern.⁷

Außerdem gab die größte Erdölgesellschaft der USA, die Exxon Corporation, zu, die Christdemokraten und andere Parteien zwischen 1963 und 1972 mit insgesamt 46 bis 49 Millionen Dollar unterstützt zu haben. Auch die Mobil Oil Corporation trug von 1970 bis 1973 mit durchschnittlich 500.000 Dollar jährlich zum Wahlgelingen in Italien bei. Es gibt keine Unterlagen darüber, daß diese Zahlungen aus der Privatwirtschaft auf Drängen der CIA oder des Außenministeriums zustandekamen. Es erscheint jedoch ziemlich unwahrscheinlich, daß diese Firmen sich völlig aus eigenem Antrieb in so verschwenderischer Weise diesem außergewöhnlichen Nebenjob gewidmet hätten.⁸

Nach Aussagen eines ehemaligen hochrangigen Regierungsbeamten landete ein Großteil des Geldes, das die CIA seit dem zweiten Weltkrieg an italienische Parteien zahlte, »in Villen, in Ferienhäusern und auf Bankkonten der Politiker in der Schweiz.«⁹

In die Wahlen im Jahre 1976 griffen die Amerikaner viel direkter ein, und zwar auf dem Feld der Propaganda. Weil politische Werbung im italienischen Fernsehen nicht erlaubt ist, ließ der US-Botschafter in der Schweiz, Nathaniel Davis, große Blöcke von Sendezeit im Monte Carlo TV kaufen, in denen ein täglicher »Nachrichten«-Kommentar der Redaktion der eng mit der CIA verbundenen Mailänder Tageszeitung *Il Giornale Nuovo* gesendet wurde. Diese Tageszeitung setzte im Mai 1981 auch das Stück internationa-

le Desinformation in die Welt, das unter dem Titel »Die Verschwörung des KGB zur Ermordung des Papstes« bekannt wurde.

Eine andere italienische Zeitung, der *Daily American* in Rom, der über Jahrzehnte hinweg die führende englischsprachige Zeitung des Landes war, war von den 1950er bis zu den 1970er Jahren lange Zeit im Besitz und/oder unter der Leitung der CIA. »Wir hatten die ganze Zeit hindurch mindestens eine Zeitung in jeder ausländischen Hauptstadt«, gab die CIA im Jahre 1977 zu und bezog sich damit auf Zeitungen, die vollständig in ihrem Besitz waren bzw. weitgehend von ihr finanziert wurden oder zumindest so weit unterwandert waren, daß sie Berichte abdruckten, die dem Geheimdienst nützlich waren, und solche, die er für schädlich hielt, unterdrückten.¹⁰

Botschafter Davis sorgte außerdem dafür, daß von der CIA in verschiedenen Zeitungen platzierte Meldungen im Monte Carlo TV und im Schweizer Fernsehen – beides Sender, die in Italien empfangen werden konnten – verlesen wurden. Die Sendungen wurden von Franklin J. Tonnini, einem Angehörigen des diplomatischen Korps der USA, und Michael Ledeen, einem Reporter des *Giornale Nuovo*, in Mailand produziert.¹¹ Ledeen, ein Amerikaner, gehörte später zu den Beratern der Reagan-Regierung und zu den führenden Wissenschaftlern der konservativen Ideenschmiede an der Georgetown University in Washington, des Center for Strategie und International Studies.

Der unerbittliche Kampf gegen die Italienische Kommunistische Partei gebar einige neue Tricks. Einer davon, in den 1950er Jahren, war das geistige Produkt der amerikanischen Botschafterin Clare Booth Luce. Die gefeierte Mrs. Luce (eine Stückeschreiberin und die Frau von Henry Luce, dem Herausgebers der Wochenzeitschrift *Time*) gab bekannt, daß keine Beschaffungsverträge des amerikanischen Verteidigungsministeriums an solche italienischen Firmen vergeben würden, deren Beschäftigte sich dafür entschieden hatten, sich von der kommunistischen Gewerkschaft vertreten zu lassen. Im Fall von Fiat hatte dies einschneidende Folgen: Der Anteil der Kommunisten bei den Gewerkschaftswahlen fiel umgehend von 60 auf 38 Prozent.¹²

Dann gab es auch noch den Fall des Kardinals Giovanni Battista Montini, eines weiteren Nutznießers der Freigiebigkeit der CIA. Die Zahlungen an ihn lassen etwas von dem mechanistischen Denken des Geheimdienstes darüber, warum Menschen zu Radikalen werden, deutlich werden. Wie es scheint, förderte der gute Kardinal in den 1950er- und 1960er Jahren Waisenhäuser in Italien. Victor Marchetti sagt dazu:

»Die Idee, die dahinter stand, war, daß viele junge Menschen nicht eines Tages den Kommunisten in die Hände fallen sollten, wenn sie in die Lage wären, gut dort zu leben, weil solche Einrichtungen angemessen unterstützt würden.«¹³

Der Kardinal war als Monsignore daran beteiligt gewesen, als der Vatikan nach dem zweiten Weltkrieg Nazis außer Landes und in die Freiheit schmuggelte. Seine Verbindungen zu ausländischen Regierungen und Geheimdiensten hatten bereits eine lange Geschichte. Im Jahre 1963 wurde er Papst Paul VI.¹⁴

In einem Interview im Jahre 1954 berichtete Marchetti auch über die Ausbildung von Mitarbeitern des italienischen Staatssicherheitsdiensts durch die CIA:

»Sie werden beispielsweise darin ausgebildet, gegen Unruhen und Studentendemonstrationen vorzugehen, Dossiers anzulegen, die Bankdaten und die Steuererklärungen der Bürger auf ihre Verwendungsmöglichkeiten durchzugehen usw., mit anderen Worten: Die Bevölkerung ihres Landes mit technischen Mitteln zu überwachen. Das heißt für mich Technikfaschismus.«¹⁵

William Colby, der spätere Direktor der CIA, kam im Jahre 1953 als Leiter der dortigen Außenstelle nach Italien und widmete sich die folgenden fünf Jahre seines Lebens der Finanzierung und Beratung von Mitte-Rechts-Organisationen mit dem ausdrücklichen Zweck, das italienische Volk zu veranlassen, sich von den Linken, vor allem von der Kommunistischen Partei abzuwenden, und diese daran zu hindern, bei den Wahlen des Jahres 1958 an die Regierung zu kommen. In seiner Darstellung dieser Zeit rechtfertigt er dieses Programm mit der Begründung, es sei darum gegangen, die »Demokratie« bzw. die »Demokratie der Mitte« zu unterstützen und Italien davor zu bewahren, ein Sa-

tellit der Sowjetunion zu werden. Nach Colbys Wahrnehmung bündelte sich alle Rechtfchaffenheit und Wahrheit in der Mitte des politischen Spektrums und war die Italienische Kommunistische Partei eine extremistische Organisation, die sich zum Ziel gesetzt hatte, die Demokratie zu beseitigen und eine Gesellschaft nach dem Vorbild der Exzesse des stalinistischen Rußland zu schaffen. Er legte keine Beweise für diese Behauptung über die Kommunisten vor, wahrscheinlich, weil sie seiner Ansicht nach – sowohl in den Augen des Lesers als auch in seinen eigenen – offensichtlich war. Und ebenso wenig erklärte er, was denn diese »Demokratie« gewesen sein sollte, welche er so schätzte und welche die Kommunisten angeblich mit aller Gewalt beseitigen wollten.¹⁶

Colby begegnet uns als ein Technokrat, der die Befehle seiner »Seite« ausführte und die offizielle Linie ohne ernsthafte Überprüfung nachbetete. Als Oriana Fallaci, eine italienische Journalistin, ihn im Jahre 1976 interviewte, stellte sie am Ende eines frustrierenden Gesprächs fest: »Wären Sie auf der anderen Seite der Barrikade geboren worden, wären Sie ein lupenreiner Stalinist gewesen.« Colby antwortete darauf: »Ich weise diese Aussage zurück. Aber [...] na ja [...] es hätte sein können. Nein, nein. Das hätte es nicht.«¹⁷

Führende amerikanische Politiker, die sich in den auf Colbys Zeit in Italien folgenden Jahrzehnten mit diesem Land beschäftigten, litten nicht weniger als er unter der Erstarrung der Standpunkte. Colby bemühte sich immerhin, seine liberalen Neigungen hervorzuheben. Diese Leute waren nicht fähig, die Italienische Kommunistische Partei in ihrem einheimischen politischen Kontext wahrzunehmen, für sie war sie nur eine Bedrohung der »nationalen Sicherheit« der Vereinigten Staaten und der NATO. Und das, obwohl die Partei einen revisionistischen Weg eingeschlagen hatte, der Lenin dazu hätte bringen können, sich im Grab umzudrehen. Dieser Weg war gekennzeichnet durch Plakatwände, von denen der »demokratische Übergang zum Sozialismus« und der »nationale Weg zum Sozialismus« verkündet wurden sowie durch die Preisgabe »der Diktatur des Proletariats« und die Verurteilung der sowjetischen Invasion in der Tschechoslowakei. Die Partei betonte ihre »nationale« Rolle als verantwortungsbewußte Opposition, engagierte sich für »die Steigerung der Produktivität«, bekräftigte ihre Unterstützung für das Mehrparteiensystem sowie den Verbleib Italiens im gemeinsamen Markt und in der NATO und ließ sich in ihrer Verdammung jeglicher Formen des Terrorismus von niemandem übertreffen. Wiederholt war sie die führende politische Kraft in den Stadtverwaltungen von Rom, Florenz, Venedig usw., ohne daß sich eine Rückkehr zur Barbarei hätte beobachten lassen. Und nicht zuletzt war sie de facto an der Regierung Italiens beteiligt. Die Sozialistische Partei, die bei den Wahlen von 1948 ein Hauptangriffsziel der Vereinigten Staaten gewesen war, war offizielle Regierungspartei in vielen Regierungen von den 1960er- bis zu den 1990er Jahren.

Unter den Akten des Außenministeriums und der CIA befinden sich zahllose von anonymen Analytikern verfaßte interne Berichte, welche die Ernsthaftigkeit des »Historischen Kompromisses« der Kommunistischen Partei und ihre als »Eurokommunismus« bekannte Entfremdung von der Sowjetunion bezeugen.

Ungeachtet dessen – ja, ungeachtet von allem – verharrte die amerikanische Politik jedoch auf der Stelle und war fixiert auf eine Zeit, die es nicht mehr gab, ja wahrscheinlich nie gegeben hat. Es war eine Politik, die nichts mit Demokratie – welche Definition man auch immer zugrundelegen mag – zu tun hatte, aber dafür umso mehr mit der Überzeugung, daß eine kommunistische Regierung in Italien nicht der höchst geschmeidige Partner im Kalten Krieg gewesen wäre, wie es die vielen aufeinanderfolgenden christdemokratischen Regierungen über Jahrzehnte hinweg waren. Es hätte nicht ausgereicht, daß eine solche Regierung von Moskau unabhängig gewesen wäre. Das Problem mit einer kommunistischen Regierung war, daß sie wahrscheinlich versucht haben würde, dieselbe Haltung auch gegenüber Washington einzunehmen.

Anmerkungen zu Kapitel 18

- 1 Ohne Verfasserangabe, datiert 19.06.1953; abgedruckt in DECLASSIFIED DOCUMENTS REFERENCE SYSTEM, Band 1977, Dokument 137A.
- 2 **Philip Agee** und **Louis Wolf** (Hrsg.), DIRTY WORK: THE CIA IN WESTERN EUROPE (Lyle Stuart, Secaucus, NJ, 1978), S. 168-169 (englische Übersetzung eines Interviews mit Victor Marchetti in *Panorama* (Mailand), 02.05.1974, unter dem Titel »Le mani sull'Italia«.)
- 3 CIA-Memorandum an den Ausschuß der Vierzig (Nationaler Sicherheitsrat), dem Sonderausschuß des Repräsentantenhauses (Pike-Ausschuß) während den nichtöffentlichen Anhörungen im Jahre 1975 vorgelegt. Der größte Teil des Ausschußberichts, der dieses Memorandum einschloß, wurde im Februar 1976 heimlich an die Presse weitergegeben und erschien in Buchform als: CIA - THE PIKE REPORT (Spokesman Books for the Bertrand Russell Peace Foundation, Nottingham, 1977). Das Memorandum findet sich im Buch auf S. 204-205. (Vgl. auch die Anmerkungen zum Kapite »Der Irak 1972 bis 1975«.)
- 4 **Victor Marchetti** und **John D. Marks**, THE CIA AND THE CULT OF INTELLIGENCE (New York, 1975), S. 172;
William Colby, HONORABLE MEN: MY LIFE IN THE CIA (New York, 1978), S. 119.
- 5 CIA - THE PIKE REPORT, S. 193.
- 6 *New York Times*, 07.01.1976, S. 1.
- 7 **Bob Woodward**, VEIL: THE SECRET WARS OF THE CIA, 1981-1987 (New York, 1987), S. 398.
- 8 *New York Times*, 07.01.1976, S. 4.
- 9 Ebd., S. 1.
- 10 Zum CIA-Zitat vgl. *New York Times*, 26.12.1977, S. 37; *Daily American*, 26.12.1977; **Carl Bernstein**, »The CIA and the Media«, *Rolling Stone*, 20.10.1977, S. 59; **Thomas Powers**, THE MAN WHO KEPT THE SECRETS: RICHARD HELMS AND THE CIA (New York, 1979, Taschenbuchausgabe), S. 414. Einer der Besitzer der Zeitung war **Robert Cunningham**, ein Mitarbeiter der CIA von 1956 bis 1964 (vgl. *Washington Post*, 19.09.1985, S. A18).
- 11 **Fred Landis**, »Robert Moss, Arnaud de Borchgrave and Right-Wing Disinformation«, *Covert Action Information Bulletin*, August-September 1980, S. 43.
- 12 **Colby**, S. 124. Colby erwähnt nicht, auf welches Jahr er sich bezieht, aber im Jahre 1955 fiel der Stimmenanteil der Kommunisten bei einer Betriebsratswahl bei Fiat von 63% im Vorjahr auf 39%. Vgl. *New York Times*, 30.03.1955, S. 9. In dem Artikel wird behauptet, die Vorherrschaft der kommunistischen Gewerkschaft habe Fiats Wert für die Verteidigung des Westens erheblich geschmälert und verhindert, daß die Firma entsprechende Auslandsaufträge aus den USA bekam.
- 13 **Agee** und **Wolf**, S. 171.
- 14 **Mark Aarons** und **John Loftus**, UNHOLY TRINITY: THE VATICAN, THE NAZIS AND SOVIET INTELLIGENCE (New York, 1991), passim.
- 15 **Agee** und **Wolf**, S. 171.
- 16 **Colby**, Kap. 4.
- 17 *The Sunday Times* (London), 21.03.1976, S. 34.

19 Vietnam 1950 bis 1973

Der Zirkus der Herzen und Gedanken

Entgegen der offiziellen Behauptungen, die während der 1960er Jahre von Washington verbreitet wurden, die Vereinigten Staaten hätten erst dann und nur deshalb in Vietnam interveniert, weil »Nordvietnam in Südvietnam eingedrungen« wäre, waren die USA bereits seit 1950 tief und dauerhaft in dieses geschundene Land verstrickt.

Der erste und schicksalhafte Schritt war die Entscheidung, im Frühling und im Sommer 1950 große Schiffslieferungen von militärischen Gütern (Panzer, Transportflugzeuge usw.) an die Franzosen in Vietnam zu liefern. Im April hatte Außenminister Dean Acheson französischen Beamten mitgeteilt, die Regierung der Vereinigten Staaten sei gegen Verhandlungen zwischen Frankreich und den vom Norden aus operierenden vietnamesischen Gegnern, der Vietminh¹ (auch Viet Minh oder Viet-Minh geschrieben; der Name ist eine Kurzform von Viet Nam Doc Lap Dong Minh Hoi, Allianz der Vereinigungen für ein unabhängiges Vietnam, einer breitgefächerten nationalistischen Bewegung unter Führung der Kommunisten). Washington stand Frankreichs Bemühungen, die Herrschaft über das Land wiederzugewinnen, das seit 100 Jahre seine Kolonie gewesen war, nicht besonders wohlwollend gegenüber und hatte in dieser Sache bis dahin keinen festen Standpunkt vertreten. Als jedoch im Herbst zuvor die Kommunisten in China an die Macht kamen, gab dies den Ausschlag zugunsten einer Unterstützung der Franzosen. Für die Truman-Regierung war die Aussicht einer weiteren kommunistischen Regierung in Asien nicht hinnehmbar. Zu jener Zeit spielte außerdem auch eine untergeordnete Erwägung eine Rolle, und zwar die Notwendigkeit, ein zögerndes Frankreich dazu zu bringen, den amerikanischen Plan einer Einbeziehung der BRD in ein westeuropäisches Verteidigungsbündnis zu unterstützen.

Während des Zweiten Weltkriegs hatten die Japaner die Franzosen verdrängt. Nach der Niederlage Japans übernahm die Vietminh die Macht im Norden, während die Briten den Süden besetzten, ihn jedoch bald wieder an die Franzosen übergaben. Im September 1945 sagte der französische General Jean Leclerc:

»Ich bin nicht nach Indochina zurückgekommen, um Indochina an die Indochinesen zurückzugeben.«²

Anschließend betonten die Franzosen, sie kämpften für die »freie Welt« gegen den Kommunismus. Diese Behauptung diente vor allem dazu, die Vereinigten Staaten davon zu überzeugen, sie müßten ihre Hilfe für die Franzosen aufstocken.

Hunderte von amerikanischen Bombern, Militärberatern und Technikern folgten den Erste-Hilfe-Schiffsladungen. Die direkte amerikanische Militärhilfe für die Kriegsanstrengungen der Franzosen machte in den folgenden Jahren bis zu einer Milliarde Dollar pro Jahr aus. Bis zum Jahre 1954 hatte die genehmigte Unterstützung den Betrag von 1,4 Milliarden erreicht und machte 78% des französischen Verteidigungsetats aus.³

Die umfangreiche historische Darstellung der Rolle der Amerikaner in Indochina, die das Verteidigungsministerium verfaßte und die später unter dem Namen »Die Pentagonpapiere« bekannt wurden, kam zu dem Schluß, die Entscheidung, Frankreich zu unterstützen, habe die Vereinigten Staaten direkt in das Geschehen in Vietnam verwickelt und die Richtung für die zukünftige amerikanische Politik vorgezeichnet.⁴

Es hätte auch einen anderen Weg gegeben. In den Jahren 1945 und 1946 hatte der Vorsitzende der Vietminh, Ho Chi Minh, mindesten acht Briefe an Präsident Truman und das Außenministerium geschrieben und darin um die Hilfe Amerikas bei der Erringung der vietnamesischen Unabhängigkeit von den Franzosen gebeten. Er schrieb, der Weltfrieden sei durch die französischen Versuche, Indochina zurückzuerobern, gefährdet und er forderte die »Vier Mächte« (USA, UdSSR, China und Großbritannien) dazu auf,

sich einzuschalten und eine gerechte Einigung zu vermitteln sowie die indochinesische Angelegenheit vor die Vereinten Nationen zu bringen.⁵ (Dabei handelte es sich um eine bemerkenswerte Wiederholung der Geschichte. Im Jahre 1919 hatte Ho Chi Minh im Gefolge des Ersten Weltkriegs an den damaligen US-Außenminister Robert Lansing appelliert und um Amerikas Hilfe bei der Durchsetzung der bürgerlichen Grundrechte und einer Verbesserung der Lebensbedingungen für die Bürger der französischen Kolonie Indochina gebeten. Auch diese Bitte war nicht beachtet worden.)⁶

Trotz der Tatsache, daß Ho Chi Minh und seine Anhänger während des gerade zu Ende gegangenen Weltkriegs eng mit dem amerikanischen Amt für Strategische Dienste, dem OSS (dem Vorläufer der CIA) zusammengearbeitet hatten, während die französischen Behörden in Indochina mit den Japanern kollaboriert hatten, beantworteten die Vereinigten Staaten keinen einzigen der Briefe, gaben nicht bekannt, daß sie diese erhalten hatten und ergriffen schließlich für die Franzosen Partei. Im Jahre 1950 bestand die öffentlich geäußerte Begründung für die amerikanische Position zum Teil in der Behauptung, Ho Chi Minh sei kein wirklich »aufrichtiger Nationalist«, sondern vielmehr ein Werkzeug des »Weltkommunismus«, eine Schlußfolgerung, zu der man nur kommen konnte, wenn man sein gesamtes Lebenswerk ignorierte. Denn in Wirklichkeit hatten er und die Vietminh lange Zeit zu den Bewunderern der Vereinigten Staaten gezählt. Ho vertraute den USA mehr als der Sowjetunion und hatte angeblich ein Bild George Washingtons und ein Exemplar der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung auf seinem Tisch. Nach den Aussagen eines früheren OSS-Beamten hatte Ho ihn gebeten, ihm bei der Abfassung der Unabhängigkeitserklärung der Vietminh zu helfen. Die schließlich veröffentlichte Erklärung aus dem Jahre 1945 beginnt mit den vertrauten Sätzen:

»Alle Menschen sind gleich geschaffen. Sie sind von ihrem Schöpfer mit unveräußerlichen Rechten ausgestattet, zu denen Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören.«⁷

Aber es waren die Franzosen, die Amerikas Segen erhalten sollten. Denn Ho Chi Minh war schließlich irgendeine Art von Kommunist.

Die Vereinigten Staaten sahen den französischen Kampf in Vietnam und ihre gleichzeitige Intervention in Korea als zwei Glieder einer Kette an, die die Chinesen »eindämmen« sollte. Washington lehnte rigoros die französischen Verhandlungen über ein Ende des Krieges ab, die dazu führen würden, daß die Vietminh im Norden des Landes an der Macht blieben, und gleichzeitig den Chinesen freie Hand gäbe, sich auf ihre Grenze zu Korea zu konzentrieren. Im Jahre 1952 übten die USA enormen Druck auf Frankreich aus, den Friedensführern der Vietminh nicht nachzukommen, und eine französische Delegation, die sich mit Verhandlungsführern der Vietminh in Burma treffen sollten, wurden eiligst nach Paris zurückgerufen.

Bernard Fall, der bekannte französische Indochinaforscher, glaubte, die abgesagten Verhandlungen »hätten vielleicht zu einem Waffenstillstand auf einer bedeutend annehmbaren Grundlage« für die Franzosen geführt »als diejenige, die zwei Jahre später im Schatten der zusammenbrechenden militärischen Verteidigung noch möglich war.«⁸

Um die Franzosen von Verhandlungen mit der Vietminh abzuhalten, drohten die Vereinigten Staaten anschließend mit der Einstellung ihrer umfangreichen Militär- und Wirtschaftshilfe.⁹ Sie veranlaßten eine französische Zeitung zu der Bemerkung:

»Was das Verdienen von Dollars betrifft, ist der Indochinakrieg Frankreichs Exportartikel Nummer eins geworden.«¹⁰

Im November 1953 half die CAT, die allgegenwärtige Fluglinie der CIA, den Franzosen dabei, 16.000 Mann in den befestigten Stützpunkt Dien Bien Phu, den sie in einem Tal im Norden errichtet hatten, einzufliegen. Als die Garnison später von den Vietminh eingekesselt und von der Außenwelt abgeschnitten wurde, brachten Piloten der CAT mit Transportmaschinen der US-Luftwaffe vom Typ C 119 – oftmals unter dem Feuer der vietnamesischen Luftabwehr – den belagerten französischen Truppen Nachschub in ihr Waterloo.¹¹ Im Jahre 1954 konnte die *New York Times* dann berichten:

»Die französische Luftwaffe ist inzwischen nahezu vollständig mit amerikanischen Flugzeugen ausgerüstet.«¹²

Um die Kriegsbemühungen zu erleichtern, hatten die Vereinigten Staaten außerdem eine Reihe von Flugplätzen, Häfen und Landstraßen in Indochina angelegt, von denen einige später von den amerikanischen Truppen in ihren verschiedenen Kriegen in der Region genutzt wurden.

Im April 1954, als eine Niederlage des französischen Militärs absehbar war und man Verhandlungen in Genf anberaumte, drängte der Nationale Sicherheitsrat Präsident Eisenhower dazu, »Paris davon in Kenntnis zu setzen, daß eine Einwilligung der Franzosen in eine Übernahme Indochinas durch die Kommunisten Auswirkungen auf den Status ihres Landes als eines der Großen Drei haben würde« – und daß die »Hilfe der USA für Frankreich automatisch eingestellt würde.«¹³

Ein Dokument des Sicherheitsrates empfahl, »die USA sollten nichts weniger als einen militärischen Sieg in Indochina akzeptieren« und »aktiv Widerstand gegen jegliche vertragliche Einigung über Indochina in Genf leisten.« Weiterhin hieß es, »die USA sollten erwägen, den Krieg, wenn nötig, ohne französische Teilnahme weiterzuführen.«¹⁴

Die Eisenhower-Regierung hatte einige Zeit lang sehr ernsthaft erwogen, amerikanische Kampftruppen nach Vietnam zu schicken. Wie es scheint, wurde dies nur deshalb unterlassen, weil nicht sicher war, daß der Kongreß dem zustimmen würde, und weil andere Länder sich weigerten, wenigstens eine symbolische Truppe wie in Korea zu schicken, um den Anschein einer rein amerikanischen Operation zu vermeiden.¹⁵ Im Jahre 1954 jammerte Außenminister John Foster Dulles auf einer Kabinettsitzung:

»Wir sind mit der bedauerlichen Tatsache konfrontiert, daß die meisten Länder der Welt nicht mit uns der Ansicht sind, die kommunistische Kontrolle irgendeiner Regierung in irgendeinem Teil der Erde stelle an sich schon eine Gefahr und eine Bedrohung dar.«¹⁶

Im Mai 1954 schickte der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs der USA, Admiral Arthur Radford, ein Memorandum über »Untersuchungen in Bezug auf mögliche Handlungen der USA hinsichtlich Indochinas« an Verteidigungsminister Charles Wilson, in dem es hieß:

»Der Einsatz von Atomwaffen wird erwogen, sollte sich herausstellen, daß eine solches Vorgehen von militärischem Nutzen ist.«¹⁷

General Charles Willoughby, MacArthurs Geheimdienstchef, faßte sich ein wenig poetischer, als er dafür plädierte, Atombomben einzusetzen, »um einen Gürtel von verbrannter Erde über die Zugangsstraßen des Kommunismus zu legen und damit die asiatischen Horden abzuhalten.«¹⁸

Zu diesem Zeitpunkt waren bereits zwei amerikanische Flugzeugträger mit Atomwaffen an Bord in den Golf von Tongking im Norden Vietnams beordert worden,¹⁹ und Dulles soll tatsächlich seinem französischen Kollegen, Georges Bidault, Atombomben zur Rettung von Dien Bien Phu angeboten haben. Bidault sah sich gezwungen, Dulles darauf hinzuweisen, daß der Einsatz von Atombomben in einem Krieg, bei dem sich die gegnerischen Truppen derart nah gegenüberstanden, die französischen Verbände genauso wie die Vietminh vernichten würde.²⁰

In der extrem scheinheiligen Art, für die er bekannt war, warf Dulles China vor, es unterstütze die Vietminh, so als ob die Chinesen keinen Grund gehabt hätten oder nicht das Recht hätten, über einen antikommunistischen militärischen Kreuzzug nur wenige Meilen von ihrer Grenze entfernt alarmiert zu sein. Als die Konferenz in Genf näher rückte, begann eine Propagandagruppe der CIA in Singapur damit, gefälschte Nachrichten in die Welt zu setzen, um die Vorstellung zu nähren, daß »die Chinesen den Vietminh volle bewaffnete Unterstützung geben« würden und die Vietminh mit der »Bewegung des Weltkommunismus« zu »identifizieren« würden. Die CIA glaubte, solche Meldungen würden die nichtkommunistische Seite bei den Genfer Gesprächen stärken.²¹

Joseph Burkholder Smith war ein in Singapur stationierter CIA-Beamter. Sein wertvollster Pressekontakt war ein gewisser Li Huan Li, ein erfahrener örtlicher Journalist. Es ist lehrreich, sich die Methode näher anzusehen, die bei der Herstellung und Verbreitung solcher Zeitungsberichte über die Chinesen eingesetzt wurde. Nachdem Smith und Li sich ihre Geschichte ausgedacht hatten, besuchte Li die regelmäßigen Pressekonferenzen des britischen Hochkommissars in Singapur, Malcolm MacDonald. Auf der Konferenz erwähnte Li den Bericht und fragte dann den Hochkommissar, ob er dazu einen Kommentar abzugeben habe. Wie zu erwarten, hatte MacDonald nichts dazu zu sagen, er bestätigte den Bericht nicht, dementiert ihn aber auch nicht. Das Ergebnis war die folgende Meldung:

Weitere chinisische Hilfsgüter und Truppen auf dem Weg nach Haiphong entdeckt. Auf der heutigen Pressekonferenz des britischen Hochkommissars in Singapur wurden erneut Berichte erwähnt, wonach chinesische Flotten- und Transportschiffe auf dem Weg von Hainan nach Haiphong im Golf von Tongking gesichtet wurden. Nach diesen Berichten ereignete sich der jüngste dieser Fälle vor einer Woche, als ein Geleitzug von zehn Schiffen entdeckt wurde. Darunter befanden sich zwei chinesische Kampfschiffe, was darauf schließen läßt, daß der Geleitzug sowohl aus Truppen als auch aus Nachschubgütern bestand. Hochkommissar Malcolm MacDonald wollte auf diese Berichte nicht näher eingehen.²²

Die Meldung ging am nächsten Morgen über Telegramm hinaus. Bis zum Abend war sie um die ganze Welt gegangen und kam schließlich von Europa nach Asien und damit auch nach Singapur zurück.

Am 20.07.1954 setzte die Genfer Konferenz dem Krieg in Vietnam offiziell ein Ende. Allein die Vereinigten Staaten weigerten sich, die Abschlusserklärung zu unterzeichnen, und das nur aus dem einen Grund, daß sie über das ausgehandelte Abkommen, das alle weiteren militärischen Versuche zur Vernichtung der Vietminh verbot, verärgert waren. Bereits vor dem Ende der Konferenz hatte es hinreichende Anzeichen dafür gegeben, daß die Amerikaner mit dem gesamten Ablauf unzufrieden waren. So hatte beispielsweise zwei Wochen zuvor Präsident Eisenhower auf einer Pressekonferenz erklärt:

»Ich werde mich nicht an einem Vertrag beteiligen, der irgendjemanden zum Sklaven macht. Damit ist alles gesagt.«²³

Allerdings veröffentlichten die USA eine »einseitige Erklärung«, in der sie sich damit einverstanden erklärten, »die Drohung mit oder den Einsatz von Gewalt zu unterlassen, welche« die Abmachungen »stören würden.«²⁴

Buchstabe und Geist der Waffenstillstandserklärung und der Abschlusserklärung sahen ein Vietnam vor, in dem sich nur noch vietnamesische und französische Truppen aufhalten durften und in dem auf jegliche aggressive Handlungen verzichtet würde. Dennoch begannen die Vereinigten Staaten bereits im Juni, als die Konferenz noch tagte, damit, eine paramilitärische Truppe in Vietnam zusammenzustellen. Im August – nur wenige Tage nach dem Ende der Konferenz – war die Mannschaft einsatzbereit. Unter der Führung der CIA-Leuchte Edward Lansdale, der von seinen frischen Erfolgen auf den Philippinen angereist kam, begann ein Feldzug in militärischer und psychologischer Kriegsführung gegen die Vietminh. (Lansdales Taten in Vietnam wurden später in zwei halbfictionalen Werken für die Nachwelt bewahrt: THE UGLY AMERICAN [Der häßliche Amerikaner] und THE QUIET AMERICAN [Der stille Amerikaner].) Die nächsten sechs Monate hindurch führte Lansdales Untergrundtruppe Operationen aus wie die folgenden:

☞ Sie unterstützten die Abwanderung von Vietnamesen aus dem Norden in den Süden durch »eine außergewöhnlich intensive, gut koordinierte und in Bezug auf ihren Zweck sehr erfolgreiche [...] Operation in psychologischer Kriegsführung. Auf strenggläubige Katholiken machten wir Eindruck durch Propagandasprüche und Flugblätter mit solchen Themen wie »Christus ging nach Süden« und »Die Jungfrau Maria verließ den Norden«.²⁵

☞ Sie verbreiteten auch gefälschte Flugblätter, die vermeintlich von den Vietminh stammten, um im Bewußtsein der Menschen im Norden Angst vor dem angebli-

chen Leben unter kommunistischer Herrschaft zu erzeugen. Den Tag darauf verdreifachte sich die Zahl der registrierten Flüchtlinge aus dem Norden in den Süden. Die Abwanderung von Vietnamesen in den Süden während der »Umgruppierungs«-Periode, die dem Genfer Indochina-Abkommen folgte, wurde in den 1960er Jahren, aber auch schon früher, von amerikanischen Beamten oft als Beweis für die Tatsache vorgebracht, daß die Menschen nicht unter dem Kommunismus leben wollten – »Sie stimmten mit den Füßen ab« lautete das Schlagwort. Auch andere »Vietminh«-Flugblätter zielten darauf, Menschen im Süden davon abzuhalten, in den Norden zurückzukehren.

- ☞ Angehörige der paramilitärischen Truppe sickerten in den Norden ein und gaben sich als Personen aus, die dort leben wollten.
- ☞ Sie verunreinigten die Ölvorräte der Busgesellschaft von Hanoi, was zur Zerstörung der Omnibusmotoren führte.
- ☞ Sie »unternahmen erste Schritte zur späteren Sabotage der Eisenbahn. Dies erforderte die Mitwirkung einer technischen Spezialeinheit der CIA aus Japan, die ihren Teil hervorragend erledigte«.
- ☞ Sie zettelten eine Gerüchtekampagne an, um Haß auf die Chinesen zu hervorzurufen. Wie üblich handelten die Gerüchte von Vergewaltigungen.
- ☞ Sie produzierten und vertrieben einen astrologischen Kalender, dessen Vorhersagen sorgfältig auf die Ängste und den Aberglauben der Vietnamesen abgestimmt waren, um das Leben im Norden zu untergraben und die Zukunft des Südens umso verführerischer erscheinen zu lassen.
- ☞ Sie veröffentlichten antikommunistische Artikel und angebliche Nachrichtenmeldungen in Zeitungen und Flugblättern und brachten diese in Umlauf.
- ☞ Sie versuchten – allerdings vergeblich – die größte Druckerei im Norden zu zerstören, weil diese beabsichtigte, in Hanoi zu bleiben und mit den Vietminh Geschäfte zu machen.
- ☞ Durch folgende Maßnahmen legten sie einige der Grundlagen für den zukünftigen Krieg der Amerikaner in Vietnam: Sie schickten einige Vietnamesen zur Guerillaausbildung auf Stützpunkte der USA im pazifischen Raum. Sie bildeten die Truppen des Südens aus, die zusammen mit den Franzosen gekämpft hatten. Sie errichteten etliche Stützpunkte für den militärischen Nachschub auf den Philippinen. Sie schmuggelten große Mengen von Waffen und Militärgütern nach Vietnam, wo diese an geheimen Orten gelagert wurden. Sie stellten Pläne für die »Befriedung der Gebiete der Vietminh und der Andersdenkenden« auf.²⁶

Gleichzeitig begannen die Vereinigten Staaten mit einem Wirtschaftsboykott gegen die Nordvietnamesen und drohten französischen Firmen, die Geschäfte mit dem Norden machten, damit, sie auf eine schwarze Liste zu setzen.

Eine andere Entwicklung dieser Zeit, die tiefgreifende Auswirkungen auf die kommende Tragödie hatte, war die Absetzung der Wahlen, durch die Nord- und Südvietnam wiedervereinigt werden sollten.

Nach den Bestimmungen des Genfer Indochina-Abkommens sollten im Juli 1956 Wahlen unter internationaler Aufsicht stattfinden, und diese sollten durch »am 20.07.1955 beginnende Beratungen« vorbereitet werden. Die Vereinigten Staaten hatten in ihrer einseitigen Erklärung dieses Versprechen bekräftigt:

»Im Falle von Völkern, die zur Zeit gegen ihren Willen geteilt sind, werden wir nicht in unserem Streben nachlassen, ihre Einheit durch freie Wahlen herbeizuführen, welche von den Vereinten Nationen beaufsichtigt werden, um sicherzustellen, daß sie ordnungsgemäß durchgeführt werden.«²⁷

Die Wahlen fanden nie statt. Am 16.07.1955, also vier Tage, bevor die Beratungen beginnen sollten, gab der südvietnamesische Präsident Ngo Dinh Diem eine Erklärung ab, aus der klar hervorging, daß er nicht beabsichtigte, an den Beratungen, geschweige denn

an den Wahlen teilzunehmen.²⁸ Drei Tage danach schickte Nordvietnam eine offizielle Note an Diem mit der Aufforderung, sich an den Gesprächen zu beteiligen, aber Diem blieb bei seiner Haltung. Versuche Frankreichs und Großbritanniens, Diem zu überreden, blieben ohne Erfolg.

Der Grund für Diems Unnachgiebigkeit ist wohlbekannt. Wie Präsident Eisenhower und John Foster Dulles wußte auch Diem, daß Ho Chi Minh der sichere Gewinner jeglicher gesamtvietnamesischer Wahlen sein würde. Ein Lagebericht von CIA-Mitarbeitern vor Ort vom Herbst kam zu dem Schluß, das Regime von Diem (welches sogar Lansdale als »faschistisch« bezeichnete)²⁹ »wäre nahezu mit Sicherheit nicht in der Lage, die Kommunisten bei landesweiten Wahlen zu schlagen.«³⁰ Später sollte Eisenhower in seinen Memoiren schreiben:

»Ich habe niemals mit einer Person, die sich in indochinesischen Angelegenheiten auskannte, gesprochen oder korrespondiert, die nicht der Ansicht zugestimmt hätte, daß vielleicht 80 Prozent der Bevölkerung für den Kommunisten Ho Chi Minh und nicht für Staatschef Bao Dai [den Vorgänger Diems] als Führer des Landes gestimmt hätten, wenn zur Zeit der Kämpfe die Wahlen abgehalten worden wären.«³¹

Die Untersuchung der Pentagonpapiere zitierte »Telegramme des Außenministeriums und Aktennotizen des Nationalen Sicherheitsrats, aus denen hervorgeht, daß die Eisenhower-Regierung die Wahlen so lange wie möglich hinauszuzögern wünschte und ihre Ansicht auch Mr. Diem wissen ließ.«³² Ohne diese Unterstützung hätte sich Diem nicht gegen die Wahlen stellen können. Die Historiker des Pentagon betonen:

»Ohne die Drohung der USA mit einer Intervention hätte Südvietnam noch nicht einmal die Gespräche über die von der Genfer Vereinbarung für 1956 festgesetzten Wahlen ablehnen können, ohne sofort von der Armee der Vietminh überrannt zu werden.«³³

In ihren öffentlichen Erklärungen sprachen Diem und Dulles hingegen nur von ihrer Besorgnis, die Wahlen würden nicht »frei« sein, womit die Tatsache vernebelt werden sollte, daß Ho Chi Minh es nicht nötig hatte, zu Betrug Zuflucht zu nehmen, um die Wahlen zu gewinnen. Auch ignorierten sie die Ankündigung sowohl der Vereinten Nationen als auch der Internationalen Kontrollkommission (die durch das Genfer Indochina-Abkommen in Vietnam eingesetzt worden war), und daß sie bereit waren, die Wahlen zu überwachen.

Was Diem in Wirklichkeit von freien Wahlen hielt, läßt sich leicht erkennen, wenn man sich eine Volksabstimmung anschaut, die er im Oktober 1955 in Südvietnam abhalten ließ, um seinem Regime einen Anschein von Legalität zu geben, und bei der er 98,2 Prozent der Stimmen erhielt. Die Wochenzeitschrift *Life* berichtete später, Diems amerikanische Berater hätten ihm gesagt, ein Stimmenvorsprung von 60 Prozent würde ausreichen und besser aussehen, »aber Diem bestand auf 98 Prozent.«³⁴

Wegen der Absage der Wahlen, der andauernden Teilung des Landes und Diems »Mandat«, seine bedrückende und tyrannische Herrschaft ungehindert fortzusetzen, wurde der Ausbruch von Gewalt in Südvietnam unvermeidlich.

Als hätten sie dies bereits gewußt und sich darauf vorbereitet, schickten die Vereinigten Staaten im Mai 1956 zusätzliche 350 Militärmitarbeiter nach Saigon, ein »Beispiel für die Mißachtung« des Genfer Indochina-Abkommens »durch die USA«, wie die Untersuchung des Pentagon feststellte.³⁵ Kurz danach teilte Dulles einem Kollegen vertraulich mit:

»Jetzt haben wir dort eine klare Grundlage, ohne einen Makel des Kolonialismus. Dienbienphu erweist sich im Nachhinein als Segen.«³⁶

Die spätere Phase

»Wenn du sie erst bei den Eiern hast, werden ihre Herzen und Gedanken schon folgen.«

»Gebt uns eure Herzen und Gedanken, oder wir werden euer gottverdammtes Dorf niederbrennen.«

Das war das Endergebnis von Amerikas antikommunistischer Politik in Vietnam, aber auch ihr Anfang und ihr Zwischenergebnis.

Es gab kaum ernsthafte Versuche, die Herzen und Gedanken des vietnamesischen Volkes zu gewinnen, und noch weniger gab es eine Erfolgchance, denn der Preis des Erfolgs wären gesellschaftliche Veränderung gewesen, wie sie Diem in Vietnam nicht zulassen wollte und wie die Vereinigten Staaten sie nirgendwo auf der Welt zugelassen hätten. Wäre Washington gewillt gewesen, solche Veränderungen – die es immer routinemäßig und abschätzig als »sozialistisch« abtat – zuzulassen, hätte es keine Notwendigkeit gegeben, die Wahlen zu verhindern oder Diem zu unterstützen, und schon gar nicht die Notwendigkeit einer Intervention. Unter diesen Bedingungen konnten die Vereinigten Staaten es auf keine Weise vermeiden, daß das vietnamesische Volk sie als die neuesten imperialistischen Besatzer ansah, die in den Fußstapfen zuerst der Chinesen, dann der Franzosen, dann der Japaner, und dann wieder der Franzosen folgten.

Wir wollen nicht all die entsetzlichen Vorkommnisse, all die Täuschungen, die Zerstörung einer Gesellschaft und das Panorama von Absurditäten und Ironien im Detail aufzählen, jedoch eine Auswahl, eine Bildmontage soll vorgestellt werden, damit wir es nicht vergessen.

- ☞ Für die Männer, welche die Flure der Macht in Washington bevölkerten, wie für die Soldaten im Feld war Indochina – nein, ganz Südostasien – ein einziges, riesiges Schlachtfeld.
- ☞ Südvietnamesische Truppen wurden in Laos und Kambodscha eingesetzt.
- ☞ Thailändische Truppen wurden in Laos, Kambodscha und Südvietnam eingesetzt.
- ☞ Thailand und die Philippinen dienten als Stützpunkte für die Bombardierung der drei Länder in Indochina.
- ☞ Offiziere der Streitkräfte von Südvietnam, Thailand und Taiwan wurden an amerikanischen Schulen auf den Philippinen ausgebildet.
- ☞ Von der CIA unterstützte Truppen fielen von Laos, Burma und Taiwan aus in China ein.
- ☞ Als es eine (groß publizierte) Pause bei der Bombardierung Nordvietnams gab, waren mehr amerikanische Flugzeuge vorhanden, um Laos zu bombardieren.
- ☞ Und so ging es immer weiter.

Von 1955 bis 1959 führte die Michigan State University im Auftrag der US-Regierung ein geheimes Programm zur Ausbildung von südvietnamesischen Polizisten durch. Mit vollem Wissen bestimmter Amtsträger der Universität wurden fünf CIA-Agenten in das Personal des Programms eingeschleust und auf den Gehaltslisten der Universität als deren Angestellte geführt. Nach den Bestimmungen eines Gesetzes aus dem Jahre 1957, das von der Michigan State University entworfen worden war, mußte jeder Vietnameser im Alter von 15 Jahren und darüber sich bei den Meldebehörden registrieren lassen und Ausweispapiere mit sich führen. Jeder, der ohne einen ordnungsgemäßen Ausweis aufgegriffen wurde, galt der Mitgliedschaft in der Nationalen Befreiungsfront, dem Vietcong, als verdächtig und wurde ins Gefängnis geworfen oder erlitt ein noch schlimmeres Schicksal. Bei der Registrierung wurden von jeder Person ein vollständiger Satz von Fingerabdrücken abgenommen und Informationen über ihre politischen Einstellungen erfaßt.³⁷

Als der Volkswiderstand gegen Ngo Dinh Diem ein solches Ausmaß erreichte, daß er eher als eine Belastung denn als ein Aktivposten empfunden wurde, wurde er geopfert. Am 01.11.1963 stürzten ihn einige seiner Generäle und ermordeten dann ihn und seinen Bruder, nachdem diese aufgegeben hatten. Der Putsch, schrieb die Wochenzeitschrift *Time*,

»wurde mit Wissen von Dean Rusk und Averill Harriman im Außenministerium, Robert S. McNamara und Roswell Gilpatrick im Verteidigungsministerium und

dem kürzlich verstorbenen Edward R. Murrow vom Informationsdienst der USA geplant.«³⁸

Offensichtlich hatte Washington die Ermordung der beiden Politiker bei dem Putsch nicht geplant, aber wie General Maxwell Taylor, Präsident Kennedys wichtigster Militärberater, treffend bemerkte:

»Die Durchführung eines Staatsstreichs ist etwas anderes als die Veranstaltung eines Kaffeekränzchens, es ist eine sehr gefährliche Angelegenheit. Deshalb denke ich nicht, daß wir überrascht sein durften, [...] als Diem und sein Bruder ermordet wurden.«³⁹

Donald Duncan war Angehöriger der Green Berets, der Einsatzgruppen der amerikanischen Armee, in Vietnam. Er hat später über seine Ausbildung geschrieben, zu der auch etwas gehörte, das »Gegenmaßnahmen gegen feindliche Verhöre« genannt wurde; dabei ging es angeblich darum, wie von den Kommunisten gefangengenommenen Amerikaner mit Folter umgehen konnten. Übersetzungen eines angeblich sowjetischen Verhörhandbuchs wurden in der Klasse verteilt. Das Handbuch beschrieb im Detail solche Methoden wie den »Airplane Ride« (das Aufhängen an den Daumen), die Kalt-und-Heiß-Wasser-Behandlung und das Einspannen der Hoden eines Mannes in einen Juwelierschraubstock, und der Ausbilder, ein gewissen Feldwebel Lacey, erläuterte einige Abwandlungen dieser Methoden. Dann hatte einer der Schüler eine Frage:

»Feldwebel Lacey, diese Unterrichtseinheit heißt »Gegenmaßnahmen gegen feindliche Verhöre«, aber Sie haben die meiste Zeit damit zugebracht, uns zu erzählen, es gäbe keine Gegenmaßnahmen. Wenn das stimmt, dann ist, wie mir scheint, der einzige Grund dafür, diese [die Foltermethoden] zu unterrichten, der, daß wir lernen, sie anzuwenden. Wollen Sie uns zu verstehen geben, daß wir diese Methoden anwenden sollen?« – Die Klasse lacht, und Lacey schaut auf den Boden, um eine Kunstpause einzulegen. Als er seinen Kopf wieder hebt, hat sein Gesicht einen feierlichen Ausdruck, aber seine tiefliegenden Augen tanzen. »Wir können Ihnen das nicht sagen, Feldwebel Harrison. Die Mothers of America [die Organisation der Frauen, deren Kinder in der Armee dienen, Anm. d. Übersetzers] würden dies nicht billigen.« Angesichts dieses sarkastischen Zynismus brach die ganze Klasse in Lachen aus. »Außerdem«, sagte er mit einem verschwörerischen Augenzwinkern, »werden wir strikt abstreiten, daß irgend etwas in dieser Art gelehrt wird oder beabsichtigt ist.«⁴⁰

An den Schulen der US-Marine in San Diego und Maine hatte der Kurs während der 1960er- und 1970er Jahre einen anderen Namen. Dort lernten die Schüler angeblich etwas über Methoden »des Überlebens, des Entkommens, des Widerstands und der Flucht«, die sie als Kriegsgefangene würden gebrauchen können. In dem Kurs wurde wohl etwas über das Überleben in der Wüste gelernt, wobei die Schüler gezwungen wurden, Eidechsen zu essen, aber die Marineoffiziere und Kadetten wurden ebenso Schlägen, erschütternden Judostößen, »Tigerkäfigen« ausgesetzt – sie mußten 22 lange Stunden vermurmt in einer Kiste von einem halben Kubikmeter mit einer Kaffeekanne für ihre Exkremente verbringen – und einem Folterapparat, der »Wasserbett« genannt wurde, unterworfen. Bei letzterem wurde die Versuchsperson mit dem Kopf nach unten auf einem geneigten Brett festgeschnallt, ein Handtuch wurde über ihr Gesicht gelegt, und dann wurde kaltes Wasser über das Handtuch gegossen. Die Person sollte das Gefühl haben, zu ertrinken, und dabei Erstickungsanfalle bekommen, würgen und Wasser schlucken, gerade so wie es mit Vietcong-Gefangenen in den Tigerkäfigen in Vietnam gemacht wurde.

Ein ehemaliger Schüler, der Marineflieger Leutnant Wendell Richard Young, behauptete, er habe sich während des Kurses das Rückgrat gebrochen und die Schüler seien durch Folter dazu gebracht worden, auf die amerikanische Flagge zu spucken, zu urinieren und zu koten sowie vor den Augen des Wachpersonals zu masturbieren, und einer von ihnen sei sogar zum Sex mit einem Ausbilder gezwungen worden.⁴¹

Das Außenministerium mußte zu Fälschungen Zuflucht nehmen, um die unterschiedlichen Behauptungen über den Charakter des Kriegs und die Gründe für die amerikanischen Militäraktionen zu stützen. Philip Liechty, ein ehemaliger CIA-Beamter, sagte im Jahre 1982 aus, er habe in den frühem 1960er Jahren schriftliche Pläne gesehen,

nach denen vorgesehen war, große Mengen von Waffen aus dem Ostblock zu nehmen, sie auf ein vietnamesisches Schiff zu laden, eine Schlacht vorzutauschen, bei der das Schiff in flachem Wasser versenkt würde, und dann westliche Reporter herbeizuholen, um ihnen die erbeuteten Waffen als Beweis dafür zu präsentieren, daß der Vietcong Hilfe aus dem Ausland erhielt. Das ist genau das, was im Jahre 1965 passierte. In einem Weißbuch des Außenministeriums mit dem Titel AGGRESSION FROM THE NORTH [Angriff aus dem Norden], das Ende Februar 1965 erschien, wird berichtet, ein »verdächtiges Schiff« sei nach einem Angriff südvietnamesischer Truppen am 16.02.1965 vor der Küste von Vietnam »in flachem Wasser« gesunken. Das Schiff hatte angeblich mindestens 100 Tonnen Militärgüter geladen, die »fast ausschließlich aus kommunistischen Ländern stammten, größtenteils aus dem kommunistischen China, der Tschechoslowakei und Nordvietnam.« Im dem Weißbuch heißt es weiter:

»Vertreter der freien Presse besichtigten das gesunkene nordvietnamesische Schiff und prüften seine Ladung.«

Liechty sagte, er habe auch Dokumente gesehen, in denen von einer raffinierten Operation die Rede war. Danach sollten große Mengen von Briefmarken gedruckt werden, auf denen zu sehen war, wie Vietnamesen einen amerikanischen Armeehubschrauber abschossen. Der ehemalige CIA-Beamte erklärte, es habe sich dabei um eine besonders fachmännische Arbeit gehandelt, und allein schon die Tatsache, daß für den Druck der mehrfarbigen Briefmarken große Fachkenntnisse nötig waren, sollte zeigen, daß sie in Nordvietnam hergestellt worden waren, denn der Vietcong habe nicht die entsprechenden Spezialisten gehabt. Liechty behauptete, es seien Briefe auf Vietnamesisch geschrieben und mit dieser Briefmarke darauf in die ganze Welt verschickt worden, »und die CIA habe dafür gesorgt, daß sie in den Besitz von Journalisten gelangten.« Und tatsächlich brachte die Wochenzeitschrift *Life* in ihrer Ausgabe vom 26.02.1965 eine ganzseitige farbige Vergrößerung der Briefmarke auf dem Titelblatt mit der Bildunterschrift »Eine nordvietnamesische Briefmarke.« Dies geschah genau zwei Tage, bevor das Weißbuch des Außenministeriums erschien.

In ihrem Bericht über Liechtys Aussage schreibt die *Washington Post*:

»Die Veröffentlichung des Weißbuchs erwies sich als das entscheidende Ereignis bei der Dokumentation der Tatsache, daß die Kämpfer im Süden von Nordvietnam und anderen kommunistischen Ländern unterstützt wurden, wie auch bei der Vorbereitung der amerikanischen öffentlichen Meinung auf das, was sehr bald folgen sollte: das großangelegte Eingreifen von US-Truppen in die Kämpfe.«⁴²

Die bezeichnendste Fälschung war wohl die Meldung von einem Angriff auf zwei Zerstörer der US-Marine im Golf von Tongking, vor der Küste von Nordvietnam, im August 1964. Präsident Johnson benutzte den Vorfall dazu, eine Resolution des Kongresses herbeizuführen, nach der »alle notwendigen Schritte, einschließlich des Einsatzes der Streitkräfte« unternommen werden sollten, um weitere nordvietnamesische Angriffe zu verhindern. Es war eine Blankoermächtigung dazu, Eskalation auf Eskalation zu häufen. Zwar wurden schon seinerzeit ernste Zweifel geäußert, ob dieser Angriff tatsächlich stattgefunden habe, aber erst mit den Jahren sind Informationen ans Tageslicht gekommen, durch welche die offizielle Geschichte in der Luft zerfetzt wurde.⁴³

Und die vielleicht dümmste Fälschung war der Ausbildungsfilm der US-Armee aus dem Jahre 1966 mit dem Titel »Country Fair«, in dem gezeigt wird, wie die bösen Vietcong auf einer Lichtung im Dschungel Benzin und Seifenstücke erhitzen, um die teuflische kommunistische Erfindung namens Napalm zusammenzubrauen.⁴⁴

Hier die Meinung eines Psychiaters zu der Methode, welche die Johnson-Regierung einsetzte, um das öffentliche Interesse an der Eskalation des Krieges gering zu halten:

»**Erster Schritt:** Außerordentlich beunruhigende Gerüchte über eine Eskalation werden durch eine »undichte Stelle« verbreitet.

Zweiter Schritt: Der Präsident beschwichtigt offiziell und dramatisch die beunruhigten Gemüter durch die Ankündigung eines viel langsameren Eskalationstempos und begleitet diese Ankündigung mit der Versicherung, die Regierung hege friedliche Absichten.

Dritter Schritt: Nach dem allgemeinen Aufatmen wird die ursprünglich durch Gerüchte verbreitete Eskalation Schritt für Schritt durchgeführt.

Die Abfolge von ›undichten Stellen‹, Dementis dieser undichten Stellen und Dementis der Dementis bringt die Menschen völlig durcheinander. Sie bleiben verwirrt, hilflos und apathisch zurück.

Das Endergebnis ist, daß die Menschen sich tief in einen großen Krieg verwickelt finden, ohne fähig zu sein, zu sagen, wie es überhaupt dazu gekommen ist und wann und wie alles angefangen hat.⁴⁵

Der Senator von Ohio, Stephen Young, soll gesagt haben, während einer Reise durch Vietnam sei ihm von der CIA gesagt worden, der Geheimdienst verkleide Menschen als Vietcong und lasse sie dann Greuelthaten, einschließlich Mord und Vergewaltigung, begehen, um die Kommunisten in Mißkredit zu bringen. Nachdem dieser Bericht in Washington für Aufregung gesorgt hatte, sagte Young, er sei falsch zitiert worden, daß die CIA der Urheber dieser Geschichte sei. Der Kongreßabgeordnete Cornelius Gallagher, der Young auf seiner Reise begleitet hatte, deutete an, »er [Young] hat vielleicht mit einem Vietcong, der als CIA-Agent verkleidet war, gesprochen.«⁴⁶

Zitieren wir aus der Rede von Carl Oglesby, dem Vorsitzenden des amerikanischen SDS, der Students for a Democratic Society, während des Marschs auf Washington am 27.11.1965:

»Das ursprüngliche Engagement in Vietnam ging von Präsident Truman, einem Durchschnittsliberalen, aus. Es wurde dann von Präsident Eisenhower, einem gemäßigten Liberalen, unterstützt und schließlich vom verstorbenen Präsidenten Kennedy, einem leidenschaftlichen Liberalen, verstärkt. Und nun schaut euch die Leute an, die jetzt den Krieg organisieren, diejenigen, welche die Karten studieren, die Befehle geben, die Knöpfe drücken und die Toten zählen: Bundy, McNamara, Rusk, Lodge, Goldberg und der Präsident [Johnson] selbst. Sie sind keine moralischen Ungeheuer. Alle sind ehrenhafte Männer. Alle sind Liberale.«⁴⁷

Die Verschwörung des Weltkommunismus in Aktion

Auf dem Höhepunkt der Kämpfe in den Jahre 1966 und 1967 verkaufte die Sowjetunion den Vereinigten Staaten Magnesium – ein Metall, das beim Bau von Flugzeugen unbedingt benötigt wird – im Werte von über 2 Millionen Dollar, als dieses Metall in den Vereinigten Staaten knapp war. Dies geschah zur selben Zeit, als Washington ein Embargo gegen die Belieferung von kommunistischen Ländern mit bestimmten Legierungen dieses Metalls verhängt hatte.⁴⁸ Ungefähr zur selben Zeit verkaufte China, als kein anderes Land den dringenden Bedarf der amerikanischen Militärs befriedigen konnte, den Vereinigten Staaten in Südvietnam etliche tausend Tonnen Stahl, die beim Bau von neuen Luftwaffen- und Armeestützpunkten eingesetzt wurden, und das, obwohl Washington einen Boykott gegen chinesische Waren verhängt hatte. Sogar bei Perücken, die aus Hongkong in die USA importiert wurden, mußte ein Herkunftsnachweis mitgeliefert werden, aus dem hervorging, daß kein chinesisches Haar verwendet worden war. Möglicherweise war der Verkauf von Stahl nur die Spitze des Eisbergs der chinesischen Verkäufe an die Vereinigten Staaten während des Krieges.⁴⁹

Während einer Reise nach China im Januar 1972 traf der Abgesandte des Weißen Hauses mit Ministerpräsident Zhou Enlai zusammen. Jahre danach schrieb Haig:

»Obwohl er seinen Standpunkt zu keinem Zeitpunkt mit so vielen Worten deutlich machte, berichtete ich Präsident Nixon, die Bedeutung dessen, was Zhou zu mir gesagt hätte, sei gewesen: Verliert nicht in Vietnam, zieht euch nicht aus Südostasien zurück!«⁵⁰

Im Jahre 1975 begann ein Untersuchungsausschuß des Senats damit, Behauptungen zu überprüfen, wonach die CIA während des Vietnamkrieges amerikanisches Geld nachgemacht hatte, um Geheimoperationen zu finanzieren.⁵¹

»Zwei Vietcong-Gefangene wurden in einem Flugzeug auf dem Weg nach Saigon verhört. Der erste weigerte sich, auf die Fragen zu antworten, und wurde aus einer Höhe von 1000 Metern aus dem Flugzeug geworfen. Der zweite beantwortete sofort alle Fragen. Aber auch er wurde hinausgeworfen.«

Auch verschiedene Spielarten der Wasserfolter wurden eingesetzt, um die Zungen zu lösen oder auch einfach nur, um Menschen zu quälen.

»Andere Techniken, die gewöhnlich dazu gedacht waren, zuschauende Gefangene zum Reden zu bringen, waren das Herausziehen der Fingernägel oder das Abschneiden von Fingern, Ohren und Geschlechtsteilen anderer Gefangener.«⁵²

Es ist nicht bekannt, ob es sich bei diesen Vietnamesen tatsächlich um Kriegsgefangene handelte, also um Personen, die bei Kampfhandlungen gefangen worden waren, oder ob sie zu den Tausenden von Zivilisten gehörten, die im Rahmen des berüchtigten Phoenix-Programms verhaftet wurden. Phoenix war die unausweichliche Folge der Bekämpfung einer einheimischen Bevölkerung: Man wußte nie, wer ein Freund und wer ein Feind war. Jeder war ein potentieller Informant, Bombenleger oder Mörder. Sicherheitsüberlegungen machten es notwendig, jedermann als einen Feind, als Teil der – wie es die CIA nannte – Vietconginfrastruktur (VCI) zu behandeln, solange nicht das Gegenteil bewiesen war.

Im Jahre 1971 wurde der CIA-Beamte William Colby, der Direktor des Phoenix-Programms, von einem Kongreßabgeordneten gefragt:

»Sind Sie sicher, daß wir einen Angehörigen der VCI von einem loyalen südvietnamesischen Bürger unterscheiden können?«

»Nein, Herr Abgeordneter«, antwortete Colby, »das bin ich nicht.«⁵³

Phoenix war ein gemeinsamer Versuch der Vereinigten Staaten und der Südvietnamesen, diese Infrastruktur zu vernichten. Im Rahmen dieses Programms wurden vietnamesische Bürger verhaftet und ins Gefängnis geworfen, viele wurden in Tigerkäfige eingesperrt, gefoltert und getötet, sei es während der Verhaftung oder danach. Nach Colbys Unterlagen fanden im Zeitraum vom Beginn des Jahres 1968 bis zum Mai 1971 als Ergebnis des Phoenix-Programms 20.587 vermeintliche Vietcongkader den Tod.⁵⁴ Ein ähnliches Programm gab es – unter verschiedenen Namen – bereits seit 1965 und wurde von den Vereinigten Staaten durchgeführt.⁵⁵

Colby behauptet, mehr als 85 Prozent der 20.587 Personen seien tatsächlich während militärischer Kampfhandlungen getötet und erst danach als Angehörige der VCI identifiziert worden.⁵⁶ Es bedarf allerdings großer Naivität zu glauben, man hätte die Zehntausende von Vietcong, die während dieser Zeit im Kampf fielen, Mann um Mann auf den Schlachtfeldern umgedreht, um sie zu identifizieren und ihre Verbindung zur VCI festzustellen.

Die südvietnamesische Regierung behauptete, im Rahmen des Phoenix-Programms seien 40.994 Angehörige der VCI getötet worden.⁵⁷ Die wirkliche Zahl werden wir wahrscheinlich niemals erfahren.

Ein in Vietnam stationierter ehemaliger Offizier des militärischen Geheimdienstes, K. Barton Osborn, beschwor vor einem Ausschuß des Repräsentantenhauses, daß Verdächtige, die im Rahmen von Phoenix festgenommen worden waren, in Hubschraubern verhöört und manchmal hinausgeworfen wurden. Er berichtete auch von Elektroschockfolter und der Einführung eines 15 cm langen Holzstabes ins Ohr, der dann bis ins Gehirn durchgestoßen wurde, bis das Opfer starb.⁵⁸

Osborns Kollege Michael J. Uhl bezeugte, daß die meisten Verdächtigen während großangelegter Razzien gefangen und daß alle festgenommenen Personen als Vietcong eingestuft wurden. Nach Aussagen von Osborn hatte kein einziger derjenigen, die zum Verhör festgehalten worden waren, dieses überlebt.⁵⁹

Arthur Sylvester, der für die Öffentlichkeitsarbeit zuständige Ministerialdirektor im Verteidigungsministerium, war der Mann, der am meisten Verantwortung für »die Verbreitung, die Steuerung und den Umgang mit Kriegsnachrichten aus Vietnam« trug. Eines Tag im Juli des Jahres 1965 sagte Sylvester zu amerikanischen Journalisten, es sei ihre patriotische Pflicht, nur solche Informationen zu verbreiten, welche die Vereinigten Staaten in gutem Licht dastehen ließen. Als einer der Presseleute rief: »Aber Arthur, du erwartest doch sicher nicht von der amerikanischen Presse, daß sie sich zum Handlanger

der Regierung macht«, antwortete Sylvester, »Genau das erwarte ich«, und er fügte hinzu: »Schaut her, wenn ihr glaubt, irgendein amerikanischer Beamter wird euch die Wahrheit erzählen, dann seid ihr bescheuert. Habt ihr das gehört: bescheuert?« Und als der Korrespondent einer New Yorker Zeitung zu einer Frage ansetzte, wurde er von Sylvester mit den Worten unterbrochen: »Aber, aber. Wer interessiert sich in New York schon für Vietnam?«⁶⁰

Unterdessen wurden Hunderte von US-Soldaten in Asien und Europa das Opfer von falschen amerikanischen Autohändlern, die auftauchten, um Anzahlungen auf Autos zu kassieren, welche sie nie lieferten. Ein Kongreßabgeordneter aus Illinois meinte dazu: »Wir können von unseren Soldaten nicht verlangen, daß sie das System der Marktwirtschaft verteidigen, wenn genau dieses System, für dessen Verteidigung sie kämpfen, sie übers Ohr haut.«⁶¹

Am 27.01.1973 Unterzeichneten die Vereinigten Staaten in Paris das »Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam.« Unter den Grundsätzen, zu denen sich die Vereinigten Staaten verpflichteten, befand sich der folgende in Artikel 21:

»In Verfolgung ihrer hergebrachten Politik werden die Vereinigten Staaten zur Heilung der Wunden des Krieges und zum Nachkriegsaufbau in der Demokratischen Republik Vietnam [Nordvietnam] und ganz Indochina beitragen.«

Fünf Tage später, am 01.02.1973, übermittelte Präsident Nixon dem Ministerpräsidenten von Nordvietnam eine Botschaft, in der er dieses Versprechen wiederholte und sogar noch erweiterte. Die beiden ersten Grundsätze der Botschaft des Präsidenten lauteten:

»(1) Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika wird zum Nachkriegsaufbau in Nordvietnam beitragen, ohne irgendwelche politischen Bedingungen zu stellen.

(2) Vorläufige Untersuchungen der Vereinigten Staaten haben ergeben, daß der angemessene Beitrag der Vereinigten Staaten zum Nachkriegsaufbau in die Größenordnung von 3,25 Milliarden Dollar Beihilfe über einen Zeitraum von fünf Jahren fallen wird. Über andere Formen der Hilfe werden zwischen den beiden Parteien noch Vereinbarungen getroffen. Diese Schätzung unterliegt einer möglichen Korrektur und detaillierten Verhandlungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam.«⁶²

Die nächsten zwei Jahrzehnte hindurch sah kein einziger Vietnameser jemals etwas von der Hilfe der Vereinigten Staaten, außer denjenigen, die Vietnam verließen, und denjenigen, die wieder eingeschleust wurden, um Unruhe zu stiften. Zugleich verhängten die USA ein lückenloses Embargo auf Handelsgüter und Hilfslieferungen über das Land, das bis 1994 andauerte.

Gibt es auch unter den ungeborenen Generationen Opfer des Vietnamkrieges? Mehrere zehn Millionen Gallonen von Herbiziden wurden über dem Land freigesetzt. Dazu gehörten große Mengen von Dioxin, das als die giftigste aller von Menschenhand geschaffenen Substanzen bezeichnet wurde. Würden dem Wasserhaushalt von New York 85 Gramm Dioxin zugesetzt, soll dies ausreichen, die gesamte Bevölkerung der Stadt auszulöschen. Untersuchungen in Vietnam seit dem Krieg weisen auf ungewöhnlich hohe Raten an Krebserkrankungen (insbesondere an Leberkrebs), Chromosomenschäden, Geburtsfehlern, dauerhaften Funktionsstörungen der Nerven usw. in denjenigen Gegenden hin, über denen besonders viele Giftstoffe ausgebracht wurden. Andere Opfer waren Amerikaner. Tausende von Vietnamveteranen kämpften über Jahre hinweg um ihre Invalidenrente und machten dabei geltend, sie hätten irreparable Schäden vom bloßen Umgang mit den giftigen Herbiziden davongetragen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg trat in Nürnberg der Internationale Militärgerichtshof zusammen. Der von den siegreichen Alliierten eingesetzte Gerichtshof verurteilte zahlreiche Nazis, die sich darauf beriefen, sie hätten »bloß Befehle befolgt«, zu Gefängnisstrafen oder zum Tode. In der Begründung seines Urteils vom 01.10.1946 erklärte der Internationale Gerichtshof:

»Es ist ja gerade der Wesenskern des Statuts [des Gerichtshofs], daß Einzelpersonen internationale Pflichten haben, die über die nationalen Gehorsamspflichten hinausgehen, die ein Einzelstaat auferlegt hat.«

Während des Vietnamkrieges verweigerten etliche junge Amerikaner den Kriegsdienst mit der Begründung, die Vereinigten Staaten begingen in Vietnam Kriegsverbrechen und sie selbst würden sich nach den Grundsätzen, die in Nürnberg niedergelegt worden waren, der Teilnahme an Kriegsverbrechen schuldig machen, wenn sie an dem Krieg teilnähmen.

Einer der bekanntesten dieser Fälle war der von David Mitchell aus Connecticut. Bei seinem Prozeß im September 1965 lehnte Richter William Timbers seine Verteidigung als »Mumpitz« und »entartete Subversion« ab und erklärte die Grundsätze von Nürnberg für in diesem Fall »irrelevant.« Mitchell wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Der konservative Kolumnist William F. Buckley, der beim besten Willen nicht als Verfechter der Kriegsdienstverweigerung bezeichnet werden kann, bemerkte kurz darauf:

»Ich bin glücklich, daß ich nicht die Arbeit von Richter Timbers zu verrichten hatte. Oh, ich hätte Mr. Mitchell zusammen mit den besten von ihnen schelten können. Aber bei dem Abschnitt in meiner Belehrung, in dem ich Mr. Mitchell erklärte, inwiefern er die Grundsätze von Nürnberg ganz offensichtlich nicht zu seiner Verteidigung heranziehen konnte, hätte ich husten und schnaufen und mich räuspern müssen.«⁶³

Im Jahre 1971 stellte Telford Taylor, der Chefankläger der USA in Nürnberg, nachdrücklich fest, nach den Rechtsgrundsätzen, die in Nürnberg niedergelegt worden waren, könnte man General William Westmoreland und hochrangige Beamte der Johnson-Regierung, wie Robert McNamara und Dean Rusk, der Verübung von Kriegsverbrechen schuldig befinden.⁶⁴ Und dennoch wies jedes amerikanische Gericht und jeder amerikanische Richter, wenn sie mit einer Verteidigung konfrontiert wurden, die sich auf die Urteile in den Nürnberger Prozessen berief, diese ab, ohne die Argumente auch nur ernsthaft in Betracht zu ziehen.

Der Westen darf bis heute den Massenmord der Nazis an den Juden nicht vergessen. Seit 55 Jahren gibt es einen unaufhörlichen Strom von Darstellungen, Erinnerungen und Romanen sowie Filmen, Dokumentationen und Fernsehserien, die in jeder westlichen Sprache aufgeführt und wiederholt werden. Es gibt Museen, Gedenkstätten, Photoausstellungen, Erinnerungsfeiern. Nie wieder! Aber wer vernimmt die Stimme des vietnamesischen Bauern? Wer hat Zugang zu den Schriften der vietnamesischen Intellektuellen? Welches Schicksal hatte die vietnamesische Anne Frank? Und der junge Amerikaner fragt: Wo ist Vietnam?

Anmerkungen zu Kapitel 19

- 1 *Le Monde*, 13.04.1950, zitiert bei **R. E. M. Irving**, *THE FIRST INDOCHINESE WAR* (London, 1975), S. 101.
- 2 Zitiert bei **Hans Askenasy**, *ARE WE ALL NAZIS?* (Lyle Stuart, Secaucus, NJ, 1978), S. 64.
- 3 *New York Times*, 21.03.1954, S. 3; 11.04.1954, Section IV, S. 5. Laut **Bernard Fall**, *THE TWO VIETNAMS* (Praeger, New York, 1967, 2., überarb. Aufl.), S. 472 wurden nur 954 Millionen Dollar von den 1,4 Milliarden zur Zeit des Waffenstillstands ausgegeben.
- 4 *THE PENTAGON PAPERS* (New York Times Edition/Bantam Books, 1971), S. XI.
- 5 Ebd., S. 4, 5, 8, 26.
- 6 *Washington Post*, 14.09.1969, S. A25. Lansing war der Onkel von John Foster und Allen Dulles. Er berief beide in die amerikanische Delegation auf der Versailler Friedenskonferenz in den Jahren 1918 und 1919, wo Ho Chi Minh seinen Appell übergab.
- 7 Zur Zusammenarbeit von Ho Chi Minh und der Vietminh mit dem OSS und ihrer Bewunderung der USA vgl. **Archimedes L. A. Patti**, *WHY VIETNAM? PRELUDE TO AMERICA'S ALBATROSS* (University of California Press, Berkeley, 1980), passim. Patti war der frühere

- OSS-Beamte, an den sich Ho wandte; **Chester Cooper**, THE LOST CRUSADE: THE FULL STORY OF US INVOLVEMENT IN VIETNAM FROM ROOSEVELT TO NIXON (MacGibbon & Kee, London, 1971), S. 22, 25-27, 40. Cooper war ein altgedienter amerikanischer Diplomat im Fernen Osten, der unter Johnson als Assistent für asiatische Angelegenheiten im Weißen Haus diente. Außerdem war er, ohne daß es bekannt gewesen wäre, seine ganze Laufbahn hindurch CIA- Beamter. – Zur Kollaboration der Franzosen mit den Japanern vgl. **Fall**, S. 42-49. – Zu Ho Chi Minh als aufrichtigem Nationalisten vgl. *Department of State Bulletin* (Washington), 13.02.1950, S. 244, **Dean Acheson**; 10.04.1950, **Botschafter Loy Henderson**; 22.05.1950, **Dean Acheson**. – Zu Ho Chi Minhs Schreibtisch vgl. **Blanche W. Cook**, THE DECLASSIFIED EISENHOWER (New York, 1981), S. 184. – Zur Unabhängigkeitserklärung: Der vollständige Text findet sich in **Ho Chi Minh**, SELECTED WORKS, Bd. 3 (Hanoi, 1961), S. 17-21.
- 8 **Fall**, S. 122, 124.
 - 9 THE PENTAGON PAPERS, S. 5; **Fall**, S. 473.
 - 10 **Fall**, S. 473.
 - 11 **Christopher Robbins**, AIR AMERICA (Putnam, New York, 1979), S. 59-60.
 - 12 **New York Times**, 11.04.1954, Section IV, S. 5.
 - 13 *The Pentagon Papers*, S. 11.
 - 14 Ebd., S. 36.
 - 15 Ebd., S. 5, 11; **Dwight Eisenhower**, THE WHITE HOUSE YEARS: MANDATE FOR CHANGE, 1953-1956 (New York, 1963), S. 340-341; **Cooper**, Kap. 4; **Sherman Adams**, FIRSHAND REPORT (New York, 1961), S. 122; Adams war Eisenhowers Stabschef im Weißen Haus.
 - 16 **Adams**, S. 124.
 - 17 THE PENTAGON PAPERS, S. 46.
 - 18 *The Times* (London), 02.06.1954, Zitat aus einem Artikel von Willoughby.
 - 19 **Cooper**, S. 72.
 - 20 **Bernard Fall**, HELL IN A VERY SMALL PLACE: THE SIEGE OF DIEN BIEN PHU (Great Britain, 1967), S. 307; *Parade* (Washington Post), 24.04.1966; **Roscoe Drummond** und **Gaston Coblentz**, DUEL AT THE BRINK (New York, 1960), S. 121-122.
 - 21 **Joseph Burkholder Smith**, PORTRAIT OF A COLD WARRIOR (New York, 1976), S. 172-174.
 - 22 Ebd., S. 173-174.
 - 23 Zu Eisenhower vgl. *Time*, 12.07.1954.
 - 24 Zur Politik der USA gegenüber der Genfer Konferenz vgl. **Cooper**, Kap. 4. Cooper war Mitglied der amerikanischen Konferenzdelegation.
 - 25 **Fall**, THE TWO VIETNAMS, S. 153-154.
 - 26 Zu allen anderen Handlungen vgl. THE PENTAGON PAPERS, Dokument 15: »Lansdale Team's Report on Covert Saigon Mission in 1954 and 1955«, S. 53-66.
 - 27 **C. L. Sulzberger**, *New York Times*, 22.01.1955, S. 10.
 - 28 *New York Times*, 17.07.1955.
 - 29 US Department of Defense, UNITED STATES – VIETNAM RELATIONS, 1945-67 (die regierungsamtliche Ausgabe der PENTAGON-PAPIERE), Book 2, IV, A. 5, Tab. 4, S. 66, zitiert bei **Noam Chomsky** und **Edward Herman**, THE WASHINGTON CONNECTION AND THIRD WORLD FASCISM (Boston, 1979), S. 370.
 - 30 **J. B. Smith**, S. 199.
 - 31 **Eisenhower**, S. 372.
 - 32 THE PENTAGON PAPERS, S. 22.

- 33 Ebd., S. 25
- 34 **Life**, 13.05.1957.
- 35 THE PENTAGON PAPERS, S. 23.
- 36 **Emmet John Hughes**, THE ORDEAL OF POWER (London, 1963), S. 208.
Hughes war einer der Redeschreiber von Präsident Eisenhower.
- 37 **Michael Klare**, WAR WITHOUT END (Random House/Vantage Books, New York, 1972), S. 261-263; **David Wise** und **Thomas B. Ross**, THE ESPIONAGE ESTABLISHMENT (Random House, New York, 1967), S. 152.
- 38 *Time* (European edition), 30.06.1975, S. 32.
- 39 **David Wise**, »Colby of CIA – CIA of Colby«, *New York Times Magazine*, 01.07.1973, S. 9.
- 40 **Donald Duncan**, THE NEW LEGIONS (London, 1967), S. 156-159.
- 41 *Newsweek*, 22.03.1976, S. 28, 31.
- 42 *Washington Post*, 20.03.1982, S. A19.
- 43 An vielen Stellen belegt. Vgl. z.B. *I. F. Stone's Weekly* (Washington), 04.03.1968; »The ›Phantom Battle‹ that Led to War«, *U.S. News & World Report*, 23.07.1984, S. 56-67; **Joseph. C. Goulden**, TRUTH IS THE FIRST CASUALTY: THE GULF OF TONKIN AFFAIR – ILLUSION AND REALITY (Rand McNally, Chicago, 1969), passim.
- 44 *Covert Action Information Bulletin*, H. 10, August-September 1980, S. 43.
- 45 *Washington Post*, 24.03.1967.
- 46 *Chicago Daily News*, 20.10.1965; *Washington Post*, 21.10.1965.
- 47 Ein Kopie der Rede von Oglesby befindet sich im Besitz des Verfassers.
- 48 *Washington Post*, 12.02.1967.
- 49 Ebd., 18.12.1966.
- 50 **Alexander M. Haig**, CAVEAT: REALISM, REAGAN UND FOREIGN POLICY (New York, 1984), S. 202.
- 51 *New York Times*, 28.07.1975, S. 19.
- 52 *New York Herald Tribune*, 25.04.1965, S. 18.
- 53 U.S. ASSISTANCE PROGRAM IN VIETNAM, Hearings before a subcommittee of the House Committee on Government Operations, 19.07.1971, S. 189.
- 54 Ebd., S. 183.
- 55 **Victor Marchetti** und **John Marks**, THE CIA AND THE CULT OF INTELLIGENCE (New York, 1975), S. 236-237.
- 56 **William Colby**, HONORABLE MEN: MY LIFE IN THE CIA (New York, 1978), S. 272, 275-276.
- 57 **Marchetti** und **Marks**, S. 237.
- 58 **Wise**, S. 33.
- 59 *New York Times*, 03.08.1971, S. 10.
- 60 CONGRESSIONAL RECORD, House, 12.05.1966, S. 9977-9978
(Abdruck eines Artikels von Morley Safer von CBS News.)
- 61 *Washington Post*, 25.11.1966.
- 62 U.S. AID TO NORTH VIETNAM, Hearings Before the Subcommittee on Asian and Pacific Affairs, House Committee on International Relations, 19.07.1977, Anhang 2.
- 63 *Atlanta Journal*, 25.09.1965.
- 64 *San Francisco Chronicle*, 09.01.1971. Vgl. auch **Telford Taylor**, NUREMBERG AND VIETNAM: AN AMERICAN TRAGEDY (New York, 1970).

20 Kambodscha 1955 bis 1973

Prinz Sihanouks Balanceakt auf dem Hochseil der Neutralitätspolitik

»John Foster Dulles hatte mich in seiner Eigenschaft als Außenminister aufgesucht und jedes nur mögliche Argument vorgebracht, um mich dazu zu überreden, Kambodscha unter den Schutz des Südostasienpakts zu stellen. Ich lehnte ab [...] nach meiner Auffassung war die SEATO ein aggressives Militärbündnis, das sich gegen Nachbarn richtete, deren Ideologie ich zwar nicht teilte, mit denen Kambodscha jedoch auch keinen Streit hatte. Dies alles hatte ich John Foster, einem säuerlichen Menschen, absolut deutlich gemacht, und dennoch tauchte schon bald sein Bruder [der CIA-Direktor Allen Dulles] mit einer Aktenmappe voller Dokumente auf, die ›beweisen‹ sollten, daß Kambodscha dabei war, einer ›kommunistischen Aggression‹ zum Opfer zu fallen, und daß die einzige Möglichkeit, das Land, die Monarchie und mich selbst zu retten, darin bestand, den Schutz der SEATO zu akzeptieren. Die ›Beweise‹ stimmten nicht mit meinen eigenen Informationen überein, und ich gab Allen Dulles dieselbe Antwort wie seinem Bruder: Kambodscha wollte nicht Mitglied der SEATO werden. Als Neutrale und Buddhisten würden wir uns schon weiterzuhelfen wissen. Der Chef des Geheimdienstes konnte nur noch seine dubiosen Dokumente zusammenpacken und verschwinden.«

Prinz Norodom Sihanouk, in seinen Memoiren¹

Die Besuche der Dullesbrüder im Jahre 1955 waren vermutlich die Eröffnungssalven in einem Feldzug, in dem mit außergewöhnlichen Mitteln versucht wurde, den charismatischen kambodschanischen Prinzen dazu zu zwingen, sein Land nach Westen auszurichten und den Heiligen Krieg gegen den Kommunismus zu unterstützen. Diese Nötigungsversuche dauerten bis zum Jahre 1970, als Sihanouk schließlich durch einen von den Amerikanern unterstützten Staatsstreich gestürzt wurde und die Vereinigten Staaten in Kambodscha einmarschierten.

Im März 1956 – Sihanouk hatte gerade Peking besucht und die SEATO kritisiert – schlossen plötzlich die beiden Länder, von denen Kambodscha umschlossen ist, nämlich Thailand und Südvietnam, die beide extrem von den Vereinigten Staaten abhängig und mit diesen verbündet waren, ihre Grenzen. Dies war ein ernster Schritt, denn der größte Teil des Verkehrs aus Kambodscha ins Ausland wurde zu jener Zeit entlang des Mekong durch Südvietnam oder mit der Eisenbahn durch Thailand abgewickelt.

Durch wiederholte militärische Provokationen nahm die Gefahr für das winzige Königreich weiter zu. Thailändische Truppen drangen auf kambodschanisches Staatsgebiet vor, und von Südvietnam aus starteten von der CIA finanzierte Partisanen ihre Kommandoüberfälle. Auch drangen Flugzeuge, die in den beiden Ländern stationiert waren, tief in den kambodschanischen Luftraum ein.

Für Sihanouk sah es so aus, als wären diese Aktionen Versuche, ihn langsam aber sicher weiczuklopfen und seinen Sturz einzuleiten. Er beschloß, die Flucht nach vorne anzutreten. Auf einer Pressekonferenz griff er die USA an, verteidigte Kambodschas Neutralitätspolitik und gab bekannt, die ganze Angelegenheit würde beim anstehenden nationalen Parteitag seiner Partei auf die Tagesordnung gesetzt. Er deutete auch an, Kambodscha würde sich möglicherweise an den Ostblock um Hilfe wenden.

Angesichts dieser ungewöhnlichen Öffentlichkeitsdiplomatie schienen die Vereinigten Staaten nachzugeben. Das Außenministerium schickte eine Reihe recht versöhnlicher Botschaften, in denen die angekündigte Einstellung eines Teils der Wirtschaftshilfe zurückgenommen wurde und folgendes bemerkenswerte Stück Altruismus zu lesen war:

»Das einzige Ziel der amerikanischen Kambodschapolitik liegt in der Stärkung und Verteidigung der Unabhängigkeit des Landes.«

Zwei Tage, bevor der Parteitag zusammentrat, öffneten Thailand und Südvietnam ihre Grenzen, obwohl die lokalen Zwistigkeiten, welche beide Länder als Begründung für ihre Blockade genannt hatten, in keiner Weise ausgeräumt waren.²

Die gegen Kambodscha gerichteten Maßnahmen erwiesen sich als kontraproduktiv. Sihanouk griff weiterhin die SEATO an, nahm noch dazu Beziehungen zur Sowjetunion und zu Polen auf und akzeptierte außerdem die Hilfe Chinas. Er lobte letzteres mit vielen Worten, weil es Kambodscha als gleichwertigen Partner behandelte und weil es die Hilfe ohne alle die Bedingungen gewährte, welche nach seinem Empfinden mit der Hilfe der Amerikaner verbunden waren.³

Dieses Verhalten darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß Sihanouk ein so aufrechter Neutralitätspolitiker war, wie jemand es mitten im Kalten Krieg in einer solch hochgradig polarisierten Region der Welt nur sein konnte. Bei einer Reihe von Gelegenheiten scheute er nicht davor zurück, China, Nordvietnam oder den Kommunismus zu verurteilen, wenn er das Gefühl hatte, daß die Sicherheit oder die Neutralität Kambodschas bedroht waren. So sagte er einmal:

»Ich sehe sehr wohl den Zusammenbruch eines unabhängigen und neutralen Kambodschas nach dem vollständigen Sieg des Kommunismus in Laos und Süd-vietnam voraus.«⁴

Im Mai 1957 wurde in einem Papier des Nationalen Sicherheitsrats eingeräumt:

»Die Vereinigten Staaten waren bislang nicht in der Lage, dergestalt auf Kambo-dscha einzuwirken, daß es sich eine stabile [d.h. prowestliche] Regierung gibt und sich nicht mit dem Ostblock einläßt.«⁵

Das Jahr darauf überschritten fünf südvietnamesische Bataillone unterstützt von Flugzeugen erneut die kambodschanische Grenze, drangen bis zu einer Tiefe von fast zehn Meilen vor und begannen, neue Grenzmarkierungen zu errichten. Sihanouks erster Impuls war, zu versuchen, die Eindringlinge zurückzutreiben. Aber zu seiner Belustigung wurde er vom amerikanischen Botschafter in Kambodscha, Carl Strom, darauf hingewiesen, die Militärhilfe der USA würde ausschließlich zum Zweck der Verteidigung gegen eine »kommunistische Aggression« gewährt und dürfte keinesfalls gegen einen amerikanischen Verbündeten eingesetzt werden. Falls auch nur eine einzige Kugel auf die Südvietnamesen abgefeuert oder nur ein einziger der von den USA gelieferten LKWs dazu benutzt würde, kambodschanische Truppen zu einer militärischen Konfrontation mit ihnen zu transportieren, würde dies, so warnte der Botschafter, einen Grund für die Einstellung der Hilfe darstellen.⁶

Der Botschafter Strom wurde nach Washington zurückgerufen, wo man ihm erklärte, Prinz Sihanouk müsse endlich verschwinden und man werde die US-Hilfe einstellen, um seinen Sturz zu beschleunigen. Strom meinte jedoch, zu diesem Zeitpunkt sei dies nicht besonders klug, und es gelang ihm, das Außenministerium davon zu überzeugen, vorerst noch abzuwarten.⁷

In seinem akribisch recherchierten Buch SIDESHOW: KISSINGER, NIXON AND THE DESTRUCTION OF KAMBODSCHA [Schattenkrieg. Kissinger, Nixon und die Zerstörung Kambodschas] schrieb William Shawcross:

»Unterlagen des Nationalen Sicherheitsrats aus dieser Zeit, die in den Pentagonpapieren zitiert werden, besagen, daß Washington das thailändische und vietnamesische Vordringen über die Grenze als eine der wichtigsten Waffen bei dem Versuch ansah, Prinz Sihanouk zu einer stärker amerikafreundlichen Politik zu bewegen.«⁸

Zusätzlich zu den thailändischen und südvietnamesischen Truppen standen der CIA noch zwei andere Verbände zur Verfügung, die Khmer Serei und die Khmer Krom, die sich weitgehend aus Kambodschanern zusammensetzten, die in Opposition zu Sihanouks Herrschaft standen und aus den beiden Nachbarstaaten operierten. Die Khmer Serei (»Freie Khmer«) beschrieb Shawcross als die »kambodschanische Organisation, mit der die amerikanischen Beamten den engsten Kontakt hatten.«⁹ Sihanouk verglich sie

einmal mit den »freien« Kubanern, welche die Vereinigten Staaten in Florida unterhielten.¹⁰

Diese Truppen – angeworben, finanziert, bewaffnet und ausgebildet von der CIA und den Green Berets¹¹ – begannen Ende des Jahres 1958 damit, in Kambodscha einzusickern. Dies war Teil einer weitverzweigten Verschwörung, an der unter anderem ein verräterischer kambodschanischer General namens Dap Chhuon beteiligt war, der auf einen bewaffneten Aufstand im Land selbst hinarbeitete. Als optimistischstes Ziel hatte man sich den Sturz Sihanouks gesetzt.

Prinz Sihanouk entdeckte den Plan, zum Teil auf Grund von Berichten der chinesischen und französischen Geheimdienste. Denn die Franzosen waren nicht glücklich darüber, daß die Amerikaner sich in etwas einmischten, was für beinahe ein Jahrhundert ihr Herrschaftsgebiet gewesen war.

Bis zum Februar 1959 waren die Verschwörer gefaßt worden oder geflohen, auch Victor Masao Matsui, ein Mitarbeiter des CIA-Büros in Kambodschas Hauptstadt Phnom Penh, der eiligst das Land verließ, nachdem Sihanouk ihn beschuldigt hatte, an der Verschwörung beteiligt gewesen zu sein. Matsui, ein Amerikaner japanischer Abstammung, hatte als Militärattaché an der Botschaft im Schutz des Außenministeriums operiert.

Laut Sihanouk begann die Intrige im September 1958 auf einem SEATO-Treffen in Thailand und wurde im selben Monat in New York weitergesponnen, als er die Vereinten Nationen besuchte. Während Sihanouk sich einige Tage in Washington aufhielt, traf sich Slat Peou, ein Mitglied seiner Delegation, etliche Male in seinem New Yorker Hotelzimmer mit Amerikanern, was er aber keinem seiner Mitdelegierten gegenüber erwähnte. Wie es der Zufall will, war Slat Peou ein enger Freund von Victor Matsui und der Bruder von General Dap Chhuon. Nachdem die Verschwörung fehlgeschlagen war, wurde Slat Peou wegen Hochverrats hingerichtet.¹² Prinz Sihanouk war betroffen über die beißende Ironie, die in der Tatsache zum Ausdruck kam, daß die CIA gegen ihn in New York ein Komplott geschmiedet hatte, während er in Washington von Präsident Eisenhower mit 21 Salutschüssen geehrt wurde.¹³

Auf ähnliche Weise versicherte Präsident Kennedy einige Jahre darauf Prinz Sihanouk »bei seiner Ehre«, die Vereinigten Staaten seien nicht an der Khmer-Serei-Sache beteiligt gewesen, wogegen Prinz Sihanouk schrieb:

»Ich betrachtete Präsident Kennedy als einen rechtschaffenen Mann, aber wenn es tatsächlich so gewesen sein sollte, wer verkörperte dann die amerikanische Regierung?«¹⁴

Der CIA-Beamte (und spätere Direktor des Dienstes) William Colby, der zur Zeit der Dap-Chhuon-Verschwörung in Vietnam stationiert war, schrieb, der Geheimdienst habe sehr wohl von dieser Verschwörung gewußt und jemanden im Mitarbeiterstab von Dap Chhuon angeworben und ihn mit einem Funkgerät ausgestattet, mit dem er die CIA auf dem Laufenden hielt. Der Geheimdienst wollte auf dem Laufenden gehalten werden, versichert Colby, um »die Thailänder und die Vietnamesen davon abzuhalten«, Prinz Sihanouk zu stürzen. Colby fügt hinzu:

»Unglücklicherweise hatte Sihanouk bei der Niederschlagung des Staatsstreiches unseren Agenten und sein Funkgerät in die Hände bekommen. Und natürlich zog er daraus den Schluß, daß die CIA an der Sache beteiligt war und daß das Gold und die Waffen, die von Bangkok und Saigon für seinen Sturz bereitgestellt worden waren, nur Teil einer viel größeren Verschwörung waren, in der das Funkgerät eine zentrale Rolle gespielt hatte.«¹⁵

Der kambodschanische Prinz bestätigte etliche andere Verschwörungen, die er der CIA anlastete. Dazu gehörte der Versuch, ihn im Jahre 1959 zu ermorden, was allerdings vereitelt wurde, als die Polizei einen nervösen jungen Mann namens Rat Vat aus einer Menge herausholte, die Sihanouk umstanden. Wie sich herausstellte, hatte er eine Handgranate und eine Pistole bei sich. Die Untersuchung ergab, so schreibt Prinz Sihanouk, daß der Mörder von der CIA und den Khmer Serei angestiftet worden war. Sihanouk zitiert noch drei andere Begebenheiten aus dem Jahre 1963. Dies war zum

einen der Versuch, ein Auto, in dem er und der auf Besuch weilende chinesische Staatspräsident, Liu Shaogi, saßen, in die Luft zu sprengen, dann der Versuch, in einer Anzahl von Kisten, die an die US-Botschaft adressiert waren, Waffen nach Kambodscha zu schmuggeln, und schließlich ein teilweise erfolgreiches Unternehmen, das darauf abzielte, durch die Errichtung einer Bank in Phnom Penh die kambodschanische Wirtschaft zu sabotieren und wichtige Mitarbeiter der Regierung zu kaufen.¹⁶

Am 20.11.1963 desselben Jahres – zwei Tage vor der Ermordung John F. Kennedys – beschloß die kambodschanische Nationalversammlung auf Prinz Sihanouks Initiative hin, »jegliche von den Vereinigten Staaten geleistete Hilfe auf militärischem, wirtschaftlichem, technischem und kulturellem Gebiet zu beenden.« Es war möglicherweise das erste Mal, daß ein Land, das amerikanische Hilfe erhielt, diese freiwillig zurückwies. Aber Sihanouk war in dieser Angelegenheit stark gefühlsmäßig engagiert. Über die Jahre hinweg hatte er wiederholt Klage über die amerikanische Hilfe für Kambodscha geführt: Diese korrumpiere die kambodschanischen Beamten und Geschäftsleute, die zum Schluß nur noch »eine Klientel darstellten, welche gehorsam den Forderungen derjenigen, die so freigiebig die ausländischen Gelder verteilten, nachkämen.« Außerdem könnte die Hilfe nicht von staatlichen Einrichtungen, sondern nur von Privatunternehmen genutzt werden, und schließlich, dürfte sie, wie bereits erwähnt, nicht gegen Angriffe von Verbündeten der USA eingesetzt werden.¹⁷

Nachdem die Amerikaner bei der Verfolgung von Nordvietnamesen und Vietcong einige kambodschanische Dörfer nahe der Grenze zu Südvietnam bombardiert hatten, erklärte die kambodschanische Regierung im Oktober 1964:

»Kambodscha wird im Falle einer erneuten Verletzung kambodschanischen Staatsgebiets durch amerikanische Boden-, Luft- oder Seestreitkräfte sofort die diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten abbrechen.«

Und genau dies tat die Regierung im Mai des folgenden Jahres, als amerikanische Flugzeuge mehrere Dörfer bombardierten, wobei Dutzende von Bauern getötet oder verwundet wurden.¹⁸

Das Muster, das die nächsten Jahre, als sich der Krieg in Indochina verschärfte, beherrschte, war folgendes: Truppen der USA, Saigons und der Khmer Serei überfielen wiederholt kambodschanisches Staatsgebiet auf der Suche nach kommunistischen Nachschublinien und Rückzugsgebieten entlang des Ho-Chi-Minh-Pfads. Dazu kamen Bombenangriffe, der Beschuß mit Bordwaffen, der Abwurf von Napalm und das Legen von Landminen, wobei die Anzahl der Opfer unter der kambodschanischen Zivilbevölkerung schwankte. Die kambodschanische Regierung erhob wütende Anklagen, diesen folgte von Zeit zu Zeit eine amerikanische Entschuldigung und Versprechungen, die Angelegenheit zu untersuchen und »Maßnahmen zur Verhinderung einer Wiederholung solcher Vorfälle« zu ergreifen.¹⁹

Es war keineswegs so, daß Prinz Sihanouk über das Eindringen der vietnamesischen Kommunisten nach Kambodscha erfreut gewesen wäre, auch war er weder grundsätzlich die ganze Zeit hindurch dagegen, daß die Amerikaner diese verfolgten, besonders wenn es dabei keine Verluste unter der kambodschanischen Bevölkerung gab. Zumindest bei einer Gelegenheit übermittelte er ihnen Informationen über die Lage von kommunistischen Stützpunkten, welche umgehend von den USA bombardiert wurden. Allerdings verurteilte Prinz Sihanouk danach die Bombardements wie gewohnt über das Radio.²⁰ Als Opportunist, als der er sich oftmals erwiesen hatte, war Sihanouk nichtsdestoweniger in einer Zwickmühle gefangen, und Ende der 1960er Jahre zwang ihn seine mißliche Lage dazu, wieder amerikanische Hilfe anzunehmen und erneut diplomatische Beziehung zu den Vereinigten Staaten aufzunehmen.

Bei aller Leidenschaftlichkeit seiner Persönlichkeit und seiner Politik schützte Sihanouks Balanceakt auf dem Hochseil der Neutralitätspolitik sein Land jedoch erfolgreich vor den schlimmsten Verwüstungen, welche die Erde und die Menschen in Vietnam und Laos heimsuchten. Kambodscha hatte seine eigenen kommunistischen Rebellen, die Roten Khmer, die sicherlich einen großangelegten Bürgerkrieg entfesselt hätten, hätte sich

eine kambodschanische Regierung behaglich im Lager der Amerikaner niedergelassen. Und genau dies geschah später auch, nachdem Prinz Sihanouk gestürzt und durch Lon Nol, der eng mit den Vereinigten Staaten verbunden war, ersetzt wurde.

Ab dem März 1969 veränderte sich die Situation dramatisch. Unter dem neuen amerikanischen Präsidenten Richard Nixon und dem Nationalen Sicherheitsberater Henry Kissinger wurden aus den isolierten und begrenzten Angriffen über die kambodschanische Grenze ununterbrochene großangelegte Bombardements – »Bombenteppiche«, wie es in der beschönigenden Sprache heißt, die den Militärs so sehr am Herzen liegt.

In den nächsten 14 Monaten wurden mehr als 3630 Angriffe mit B-52-Bombern nach Kambodscha hinein geflogen.²¹ Um den Angriffen zu entkommen, verlegten die vietnamesischen Kommunisten ihre Stützpunkte tiefer ins Land hinein. Die B-52-Bomber folgten ihnen natürlich, und die Zahl der damit verbundenen zivilen Opfer nahm zu.

Die Nixon-Regierung spielte geschickt den Charakter und das Ausmaß dieser Bombardements herunter, ja sie ging sogar so weit, militärische Aufzeichnungen zu fälschen. Dadurch hatte sie weitgehend Erfolg dabei, dies alles vor der amerikanischen Öffentlichkeit, der Presse und dem Kongreß geheimzuhalten.²² Erst 1973, mitten in der Watergate-Affäre, wurde langsam das ganze Ausmaß der Geschehnisse erkennbar.

Häufig wurde behauptete, die Vereinigten Staaten hätten jedes Recht der Welt gehabt, Kambodscha anzugreifen, weil das Land von den vietnamesischen Feinden Amerikas als Rückzugsgebiet benutzt wurde. Was dies betrifft, so wies William Shawcross auf Folgendes hin:

»Während des algerischen Unabhängigkeitskrieges bestritten die Vereinigten Staaten das von Frankreich beanspruchte Recht, eine von algerischen Partisanen bewohnte tunesische Ortschaft anzugreifen, und 1964 verurteilte Adlai Stevenson Großbritannien vor der UNO wegen des Überfalls auf eine Stadt im Jemen, die von Aufständischen aus Aden als Stützpunkt benutzt wurde. Sogar Israel wurde wiederholt von den Vereinigten Staaten wegen seiner Angriffe auf feindliche Stützpunkte außerhalb seines Staatsgebietes kritisiert.«²³

Am 18.03.1970 wurde Prinz Sihanouk, der sich gerade auf einer Auslandsreise befand, von Lon Nol und Sirik Matak, zwei seiner wichtigsten Minister, als Staatsoberhaupt abgesetzt. Ob – und wenn ja, in welchem Maße – die Vereinigten Staaten direkt an dem Staatsstreich beteiligt waren, konnte bislang nicht festgestellt werden, aber es gibt Sachverhalte und Zeugenaussagen, die auf eine amerikanische Komplizenschaft hinweisen, wie etwa die folgenden.

☞ Nach Frank Snepp, der zu jener Zeit der führende Analytiker der CIA in Vietnam war, stand der Geheimdienst in den frühen 1970er Jahren sowohl mit Lon Nol als auch mit dem Vorsitzenden der Khmer Serei, Son Ngoc Thanh, die beide als möglicher Ersatz für Sihanouk galten, in Kontakt. Die CIA glaubte, so Snepp, im Falle einer Machtübernahme durch Lon Nol »würde dieser die Vereinigten Staaten mit offenen Armen empfangen und ihnen alle Wünsche erfüllen.«²⁴ (Dies meinte wahrscheinlich eine Blankovollmacht, die Truppen und Rückzugsgebiete der vietnamesischen Kommunisten in Kambodscha zu zerstören, wohingegen Sihanouk in dieser Angelegenheit eine extrem zweideutige Haltung eingenommen hatte.) Wie sich schließlich herausstellte, wurden beide Männer Ministerpräsidenten in der neuen Regierung, die unverzüglich von Washington anerkannt wurde. Die Vereinigten Staaten hätten wahrscheinlich auch auf Sirik Matak zurückgreifen können, einen glühenden Antikommunisten, der in einem Charakterprofil des militärischen Geheimdienstes im Pentagon als »ein Freund des Westens [...] der während der 1950er Jahre eng mit US-Stellen zusammengearbeitet hatte«, bezeichnet wurde.²⁵

☞ Der Enthüllungsjournalist Seymour Hersh behauptet in seiner Kissingerbiographie, daß Sihanouks »baldmöglichster Sturz unter den Aufklärungseinheiten der Green Berets, seit den spätem 1960er Jahren im Innern Kambodschas operierten, höchste Priorität einnahm. Es gibt außerdem unwiderlegbare Beweise dafür, daß Agenten des amerikanischen militärischen Geheimdienstes im Jahre 1969 an Lon

Nol herangetreten waren und den Sturz der Sihanoukregierung gefordert hatten. Sihanouk brachte in seinen Memoiren aus dem Jahre 1973 mit dem Titel *MY WAR WITH THE CIA* [Mein Krieg mit der CIA] ähnliche Vorwürfe vor, die aber seinerzeit nicht ernstgenommen wurden.«²⁶

- ☞ Nach Prom Thos, einem Gegner Sihanouks, der in der neuen Regierung ein Ministeramt erhielt, war es unwichtig, ob Lon Nol vor dem Staatsstreich ausdrückliche Hilfszusagen von amerikanischer Seite gemacht worden waren: »Wir wußten doch alle, daß die Vereinigten Staaten uns helfen würden, denn es waren ja viele Geschichten über vorherige Annäherungsversuche und Angebote der CIA im Umlauf.«²⁷
- ☞ Die engen Verbindungen der CIA zum Kreis der Verschwörer werden beispielsweise durch einen Bericht des Geheimdienstes deutlich, der sechs Tage vor dem Staatsstreich erstellt worden war und den Titel trug »Indications of Possible Coup in Phnom Penh« [Hinweise auf einen möglichen Staatsstreich in Phnom Penh]. In diesem Bericht wird aufgedeckt, daß Sirik Matak und Lon Nol als Teil einer Machtprobe mit Sihanouk und seinen Anhänger für den Tag zuvor antikommunistische Demonstrationen gegen die Botschaften des Vietcong und Nordvietnams in der Hauptstadt geplant hatten und daß die beiden Männer die Armee in Alarmbereitschaft gesetzt hatten, um »sich [...] auf einen Staatsstreich gegen Sihanouk vorzubereiten, falls Sihanouk sich weigern würde, sie zu unterstützen.«²⁸
- ☞ General William Rosson, der Stellvertreter von General Creighton Abrams, dem seinerzeitigen Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Vietnam, hat erklärt, die amerikanischen Kommandeure seien bereits einige Tage zuvor davon informiert worden, daß ein Staatsstreich geplant sei und man die Vereinigten Staaten um Unterstützung gebeten habe.²⁹
- ☞ Roger Morris, der zum Zeitpunkt des Staatsstreichs unter Henry Kissinger beim Nationalen Sicherheitsrat tätig war, berichtete: »Im Weißen Haus war klar, daß das Büro der CIA in Phnom Penh die Verschwörer sehr gut kannte und wahrscheinlich auch in ihre Pläne eingeweiht war, aber nichts unternahm, um Sihanouk zu warnen. Washington dagegen wurde sehr wohl im Voraus von dem Staatsstreich in Kenntnis gesetzt.«³⁰
- ☞ William Shawcross stellt fest: Wäre Sihanouk »[im Anschluß an die antikommunistischen Demonstrationen] schnell und gelassen nach Phnom Penh zurückgekehrt, wäre er sehr wahrscheinlich in der Lage gewesen, die Katastrophe zu verhindern.« Daß er dies nicht tat, dürfte kein Zufall gewesen sein. Frank Snapp hat enthüllt, daß die CIA Sihanouks Mutter, die Königin, davon überzeugte, eine Nachricht an ihren Sohn im Ausland zu schicken, in der sie ihm versicherte, die Lage sei nicht ernst genug, als daß seine Rückkehr gerechtfertigt wäre.³¹

Nachdem Sihanouk und seine verwirrende Neutralitätspolitik nicht länger ein Hindernis darstellten, begannen die Räder der amerikanischen Militärmaschinerie heißzulaufen. Innerhalb weniger Stunden nach dem Staatsstreich wurden amerikanische und südvietnamesische Truppen, die in den Grenzbezirken stationiert waren, angewiesen, Verbindung mit den kambodschanischen Kommandeuren auf der anderen Seite aufzunehmen und Schritte zu einer militärischen Zusammenarbeit zu vereinbaren. Den folgenden Tag zog die kambodschanische Armee ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug und südvietnamesische Artillerie hinzu, als ein Bataillon kambodschanischer Truppen innerhalb von Kambodscha eine Nachschubbasis des Vietcong aushob. Die *New York Times* erklärte:

»Diese Schlacht schien der bislang entschiedenste kambodschanische Versuch zu sein, den Vietcong aus den Grenzgebieten zu vertreiben.«³²

Der Große Kambodschakrieg hatte begonnen. Er sollte fünf schreckliche Jahre lang dauern.

Allerdings hatten es die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten in Saigon und Phnom Penh nun nicht mehr nur mit den Nordvietnamesen und dem Vietcong als Feind zu tun, denn die kambodschanischen Kommunisten – die Roten Khmer – unter Führung von Pol Pot und verschiedene Anhänger von Prinz Sihanouk hatten sich in den Konflikt eingeschaltet.

Am 30.04.1970 begann die erste amerikanische Großoffensive des neuen Krieges. Sie entfesselte einen Proteststurm in den Vereinigten Staaten und erschütterte die Universitäten von einer Küste des Landes bis zur anderen. Die vielleicht außergewöhnlichste Reaktion war der zornige Rücktritt von vier Männern aus Henry Kissingers Mannschaft beim Nationalen Sicherheitsrat, zu denen auch Roger Morris gehörte. (Kissinger bezeichnete die Rücktritte als »die Feigheit des Establishments im Osten.«)³³

Bis Ende Mai waren zahlreiche Dörfer von der US-Luftwaffe in Schutt und Asche gelegt worden, und der lange Zug der kambodschanischen Flüchtlinge hatte seinen Marsch begonnen.

Drei Jahre und mehr als hunderttausend Tonnen Bomben später – am 27.01.1973, um genau zu sein – wurde in Paris ein Abkommen unterzeichnet, mit dem ein Jahrzehnt amerikanischen Krieges in Vietnam zu Ende ging. Die Bombardierung Kambodschas jedoch ging weiter.

Vor dem Abkommen in Paris war die immer wieder vorgetragene offizielle Haltung der Nixon-Regierung gewesen, der einzige Zweck der Bombardements auf Kambodscha sei es, amerikanisches Leben in Vietnam zu schützen. Aber nun beendeten die USA nicht nur die nicht die Bombardierung, sie verstärkten sie vielmehr noch in einem letzten verzweifelten Versuch, die Machtübernahme der Roten Khmer zu verhindern. Im März, April und Mai wurden mehr als doppelt so viel Tonnen Bomben über Kambodscha abgeworfen als das ganze Jahr zuvor. Die traditionelle Wirtschaftsweise der Gesellschaft war verschwunden. Das alte Kambodscha war für immer zerstört.

Unter zunehmendem Druck des Kongresses beendete die Nixon-Regierung schließlich die Bombardierung im August. Mehr als zwei Millionen Kambodschaner waren heimatlos geworden.

Angesichts dieser Anwendung brutaler Gewalt scheint es fast lächerlich, daß die CIA zur selben Zeit die raffinierteste aller psychologischen Taktiken einsetzte. Um Unzufriedenheit mit dem verbannten Sihanouk unter der kambodschanischen Landbevölkerung, die ihn verehrte, zu verbreiten, erstellte ein Toningenieur der CIA unter Einsatz von ausgeklügelter Elektronik eine ausgezeichnete Fälschung der unverwechselbaren Stimme und Redeweise des Prinzen: atemlos, hoch und voller Gekicher. Von einem Untergrundradiosender in Laos aus wurden dann unter Benutzung dieser Stimme Botschaften gesendet, die geschickt so gestaltet waren, daß sie jeden guten Kambodschaner kränkten. In einer der Sendungen forderte »Sihanouk« junge Frauen auf, mit dem tapferen Vietcong zu schlafen und so der Sache einen Dienst zu erweisen.³⁴

Auf einer Abschiedspressekonferenz im September 1973 nannte der amerikanische Botschafter in Kambodscha, Emory Swank, das, was stattgefunden hatte »den sinnlosesten Krieg in Indochina.«³⁵

Der kalifornische Kongreßabgeordnete Pete McClosky fand nach einer Reise durch Kambodscha härtere Worte. Er sah sich veranlaßt zu erklären, daß das, was die Vereinigten Staaten »diesem Land angetan haben, eine größere Sünde ist, als das, was wir jemals irgendeinem anderen Land angetan haben, und das ohne jeden Grund, außer zu unserem eigenen Vorteil im Kampf gegen die Vietnamesen.«³⁶

Am 17.04.1975 zogen die Roten Khmer als Sieger in Phnom Penh ein. Zwei Wochen später fiel Saigon an die Nordvietnamesen und den Vietcong. Es ist unglaublich, aber die Roten Khmer sollten diesem unglückseligen Land noch größeres Elend zufügen. Und um die Ironie noch größer zu machen – oder sie zu vervielfachen –, unterstützten die Vereinigten Staaten die Roten Khmer, die im Anschluß daran von den Vietnamesen geschlagen worden waren, dadurch, daß sie sowohl deren Recht auf den Sitz Kambo-

dschas bei den Vereinten Nationen verteidigten, als auch ihren militärischen Kampf gegen die kambodschanische Regierung und ihre vietnamesischen Verbündeten förderten. Im November 1980 besuchte Ray Cline, der frühere Stellvertretende Direktor der CIA in seiner Eigenschaft als führender außenpolitischer Berater des Präsidentschaftskandidaten Ronald Reagan eine Enklave der Roten Khmer in Kambodscha. Eine Presseerklärung der Rote Khmer fand warme Worte für diesen Besuch.³⁷ Dies stand im Einklang mit der späteren Gegnerschaft der Reagan-Regierung gegen die von Vietnam unterstützte Regierung in Phnom Penh. Diese Politik läßt sich wohl nur mit einem unausrottbaren und unerbittlichen Haß unverbesserlicher Kalter Krieger auf die Vietnamesen erklären.

Anmerkungen zu Kapitel 20

- 1 **Norodom Sihanouk** (in Interviews mit Wilfred Burchett), *MY WAR WITH THE CIA* (London, 1974, überarb. Aufl.), S. 75-76. Der SEATO-Vertrag aus dem Jahre 1954 hatte in der Tat ein Zusatzprotokoll, in dem Kambodscha, Laos und Südvietnam einseitig unter den Schutz des Pakts gestellt wurden. Sihanouk bestätigte später, er habe einen Einbezug Kambodschas zurückgewiesen, obwohl er nach Berichten zu jener Zeit durchaus der Idee zugänglich war, sein Land zum Mitglied eines westlichen Sicherheitssystem in Südostasien zu machen. Jedenfalls gab er kurz danach diese Haltung auf und kehrte zu einer Politik der Neutralität zurück. Vgl. umfassend dazu **Michael Leifer**, *CAMBODIA: THE SEARCH FOR SECURITY* (London, 1967), bes. Kap. 3.
- 2 Zu den Ereignissen des Jahres 1956 vgl. **Sihanouk**, S. 82-66; *New York Times*, 17.03.1956, S. 2; 24.03.1956, S. 3; 20.04.1956, S. 5; 21.04.1956, S. 3.
- 3 **Sihanouk**, S. 94
- 4 *Neak Cheat Niyum [Der Nationalist]* (Phnom Penh), 29.09.1963, zitiert nach **Leifer**, S. 144.
- 5 PENTAGON PAPERS, Bd. 10, S. 1100, zitiert nach **William Shawcross**, *SIDE-SHOW: KISSINGER, NIXON AND THE DESTRUCTION OF CAMBODIA* (New York, 1979, Taschenbuchausgabe), S. 53.
- 6 **Sihanouk**, S. 102-103; *New York Times*, 26.06.1958, S. 1; 25.04.1966, S. 20.
- 7 **Shawcross**, S. 54.
- 8 Ebd.
- 9 Ebd., S. 122.
- 10 *Washington Post*, 02.01.1966, S. E4.
- 11 Zur Verwicklung der USA mit den Khmer Serei und den Khmer Krom vgl. **Charles Simpson**, *INSIDE THE GREEN BERETS – THE FIRST 30 YEARS – A HISTORY OF THE US ARMY SPECIAL FORCES* (London, 1983), S. 114- 115; **Shawcross**, passim; **Sihanouk**, passim.
- 12 Zu den Verschwörungen der Jahre 1958 und 1959 vgl. **Sihanouk**, S. 102-109; *Washington Post*, 07.09.1965, S. 1; **Shawcross**, S. 54-55; *The Observer* (London), 22.02.1959, S. 8.
- 13 **Sihanouk**, S. 125.
- 14 Ebd., S. 124-125.
- 15 **William Colby**, *HONORABLE MEN: MY LIFE IN THE CIA* (New York, 1978), S. 149-150.
- 16 **Sihanouk**, S. 113-115, 118-121.
- 17 Zu den Auswirkungen der US-Hilfe auf Kambodscha vgl. **Sihanouk**, passim, bes. S. 93-96, 133-138; **Shawcross**, S. 58-60; *Washington Post*, 02.01.1966, S. E4.
- 18 **Sihanouk**, S. 139-140.
- 19 Vgl. z.B. *Washington Post*, 04.08.1966 und 15.10.1966.
- 20 **François Ponchaud**, *CAMBODIA YEAR ZERO* (London, 1978, Übersetzung aus dem Französischen), S. 186.

- 21 *San Francisco Chronicle*, 23.07.1973.
- 22 Ebd., 16.07.1973; **Shawcross**, S. 287-290.
- 23 **Shawcross**, S. 148-149.
- 24 Ebd., S. 114-115, basiert auf Interviews von Shawcross mit Snepp.
- 25 Ebd., S. 114.
- 26 **Seymour M. Hersh**, *KISSINGER: THE PRICE OF POWER* (Simon & Schuster/Summit Books, New York, 1983), S. 176. In Kapitel 15 präsentiert Hersh weitere Einzelheiten über die Intrigen zwischen den USA und Lon Nol und anderen, aus denen klar hervorgeht, daß die Amerikaner von dem Staatsstreich im Voraus wußten und ihn unterstützten.
- 27 **Shawcross**, S. 122.
- 28 Ebd., S. 118-119.
- 29 Ebd., S. 120.
- 30 **Roger Morris**, *UNCERTAIN GREATNESS: HENRY KISSINGER AND AMERICAN FOREIGN POLICY* (Quartet Books, London, 1977), S. 173.
- 31 **Shawcross**, S. 119. Snepps Bemerkungen basieren auf einem Interview mit Shawcross.
- 32 *New York Times*, 21.03.1970, S. 1.
- 33 **Morris**, S. 174.
- 34 **Newsweek**, 22.11.1971, S. 37.
- 35 **Shawcross**, S. 400.
- 36 TESTIMONY BEFORE US SENATE FOREIGN RELATIONS COMMITTEE, Hearings on Supplemental Assistance to Cambodia, 24.02.1975, S. 64.
- 37 Zu Unterstützung der Roten Khmer durch die USA vgl. a) **Jack Calhoun**, »U.S. Supports Khmer Rouge«, *Covert Action Information Bulletin*, H. 34, Sommer 1990, S. 37-40; b) **David Munro**, »Cambodia: A Secret War Continues«, *Covert Action Information Bulletin*, H. 40, Frühjahr 1992, S. 52-57; c) *Newsweek*, 10.10.1983, S. 41; d) *Los Angeles Times*, 05.12.1980 (Ray Cline); 27.02.1991 (Eingeständnis der Bush-Regierung einer »taktischen militärischen Zusammenarbeit« zwischen den von den USA unterstützten Kräften und den Roten Khmer.)

21 Laos 1957 bis 1973

Die Geheimarmee

»In den beiden letzten Jahren haben die USA die längste Serie von ununterbrochenen Bombenangriffen in der Geschichte gegen vorwiegend zivile Ziele im Nordosten von Laos ausgeführt [...]. Von thailändischen Stützpunkten und von Flugzeugträgern aus operierend, haben amerikanische Düsenmaschinen nahezu alle Dörfer und Städte im Nordosten zerstört. Unter den Bewohnern hat es schwere Verluste gegeben [...]. Flüchtlinge aus der Ebene der Tonkrüge berichten, sie seien im letzten Jahr fast täglich von amerikanischen Düsenmaschinen bombardiert worden. Nach ihren Angaben haben sie den größten Teil der letzten beiden Jahre in Höhlen oder Erdlöchern zugebracht.«

Far Eastem Economic Review, Hongkong, 1970¹

»[Die Operation in Laos] ist etwas, auf das wir Amerikaner stolz sein können. Es gab dabei nahezu keine amerikanischen Verluste. Ich denke, das, was wir dort für unser Geld bekommen [...] ist höchst kostengünstig, um einmal den alten Ausdruck zu gebrauchen.«

U. Alexis Johnson, Staatssekretär im Außenminister der USA, 1971²

- ☞ Die Vereinigten Staaten führten diese Bombenangriffe durch, weil ihr Bodenkrieg gegen den Pathet Lao gescheitert war.
- ☞ Den Bodenkrieg führten sie, weil der Pathet Lao von Leuten angeführt wurde, die das Außenministerium als »Kommunisten« bezeichnete – wegen sonst nichts!
- ☞ Der Pathet Lao hatte sich (wieder) dem bewaffneten Kampf zugewandt, weil er die Erfahrung gemacht hatte, was es heißt, »innerhalb des Systems zu wirken.«

Im Jahre 1957 hatte der Pathet Lao (»Land Lao«) zwei Ministerposten in einer Koalitionsregierung, der »Regierung der nationalen Einheit«, inne. Es war die Ära von John Foster Dulles, und wenn es irgend etwas gab, das der fanatische Außenminister noch mehr haßte als eine Politik der Neutralität, dann war es eine Koalition mit den Kommunisten. Diese Regierung zeichnete sich durch beides aus. Es konnte kaum einen anderen Grund für eine großangelegte amerikanische Intervention in diesem verarmten Bauermland geben. Der damalige amerikanische Botschafter in Laos, J. Graham Parsons, mußte später zugeben: »Ich kämpfte 16 Monate darum, eine Koalition zu verhindern.«³

Zusätzlich zu seiner Forderung nach einer Aufnahme in die Koalitionsregierung hatte der Pathet Lao auch verlangt, diplomatische Beziehungen zu den Ländern des Ostblocks aufzunehmen und deren Hilfe zu akzeptieren, wie dies bereits bei den Ländern des Westens der Fall war. »Das Einverständnis mit diesen Bedingungen«, sagte Washington, »hätte den Kommunisten ihre bedeutendsten Gewinne in Südostasien seit der Teilung Indochinas verschafft.«⁴ Andere würden sagen, daß die Bedingungen des Pathet Lao ganz einfach das waren, was eine Politik der Neutralität ausmacht.

Im Mai des Jahres 1958 führten der Pathet Lao und andere linke Gruppierungen einen Wahlkampf, der sich vor allem gegen die Korruption und Gleichgültigkeit der Regierung richtete, gewannen dabei 13 von 21 der durch Wahl zu vergebenden Sitze in der Nationalversammlung und kontrollierten schließlich mehr als ein Drittel der neuen Legislative.⁵ Zwei Monate danach jedoch trat Ministerpräsident Souvanna Phouma, ein Mann, der allgemein als Neutralitätspolitiker galt, zurück, um eine neue Regierung ohne Beteiligung des Pathet Lao zu bilden.⁶ (Anschließend behauptete er, er habe sich auf Grund der anhaltenden amerikanischen Gegnerschaft gegen die laotische Neutralität gezwungen gesehen, zurückzutreten. Wie es der Zufall will, wurde ein gewisser Phoui Sannanikone, der von den USA unterstützt wurde, Ministerpräsident der umgebildeten Regierung.)⁷ Im Januar 1959 beschloß dann die nichtlinke Mehrheit in der Nationalver-

sammlung tatsächlich, das Parlament aufzulösen, »um dem Einfluß und der Subversion der Kommunisten entgegenzuwirken.« Die Linke war nun gänzlich von der Regierung ausgeschlossen, und die für Dezember angesetzten Wahlen wurden abgesagt.⁸

Als hätte dies noch nicht ausgereicht, um dem Pathet Lao oder auch allen anderen die Illusionen bezüglich des politischen Prozesses in Laos zu rauben, wurde in den späten 1950er- und den frühen 1960er Jahren das Schauspiel einer ununterbrochenen Folge von Staatsstreich und Gegenstaatsstreich geboten sowie von gerade gestürzten Männern, die wieder in der neuen Regierung auftauchten, und von Regierungen, die von Leuten angeführt wurden, die während des Unabhängigkeitskriegs in Indochinas, als der Pathet Lao gegen die Kolonialherren kämpfte, auf Seiten der Franzosen gestanden hatten.⁹ Es fanden auch Wahlen statt, die von der Regierung manipuliert wurden und bei denen die CIA die Wahlurnen füllte.¹⁰ An einigen Regierungen waren auch Kriegsherren beteiligt, die – während ihre Armeen sich gegenseitig bekämpften – gleichzeitig von verschiedenen »Hauptstädten« aus regierten und ihre Verbündeten und Feinde wechselten, wenn es ihnen gerade genehm war. Viele hundert Millionen US-Dollar strömten in ein winziges Königreich, das zu 99 Prozent ein Agrarland war und dessen Volkswirtschaft stärker auf Naturaltausch als auf Geld basierte. Die Folge dieses Geldstroms waren »Korruption, Ämtermißbrauch, Währungsmanipulation und Verschwendung in unvorstellbarem Ausmaß.«¹¹ Allein die CIA und das Außenministerium konnten es sich als Verdienst anrechnen, in den Jahren 1958, 1959 und 1960 – und vielleicht auch noch in anderen – mindestens je einen Staatsstreich durch Gewalt, Bestechung und andere Druckmittel organisiert zu haben.¹² Roger Hilsman, der während seiner Laufbahn für beide Ämter tätig war, vielleicht zeitweise sogar für beide, ohne daß jemand davon wußte, schrieb:

»Schon allein durch das Zurückhalten der monatlichen Löhnung für die Truppe gelang es den Vereinigten Staaten, die Bedingungen für den Sturz jeder beliebigen Regierung in Laos, deren Politik ihnen nicht paßte, zu schaffen. Wie sich herausstellte, setzten die Vereinigten Staaten tatsächlich diese Waffe zweimal ein, einmal, um die Regierung eines Lao-Vorsitzenden zu Fall zu bringen, und beim anderen Mal, um eine anderen gefügig zu machen.«¹³

Die amerikanischen Machenschaften drehten sich vor allem darum, den von der CIA handverlesenen starken Mann der Rechten, Phoumi Nosavan, an die Macht zu bringen. Dieser hatte Souvanna Phouma und andere Neutralitätspolitikern aus dem Amt gedrängt und die Vorsitzenden des Pathet Lao ins Gefängnis geworfen, darunter auch den Anführer der Bewegung, Souphanouvong (den Halbbruder von Souvanna Phouma und wie dieser ein Prinz der königlichen Familie). Souphanouvong bestand auf der Feststellung, daß weder er noch die Pathet Lao Kommunisten, sondern vielmehr »extreme Nationalisten« waren.¹⁴ Für das Verständnis dieser Aussage kommt es natürlich darauf an, was genau er mit dem Ausdruck »Kommunist« meinte. Das ist nicht klar, aber ebenso wenig ist klar, was das amerikanische Außenministerium meinte, als es ihn als solchen bezeichnete. Die Pathet Lao waren die einzige große Gruppierung im Land, die ernsthaft für gesellschaftliche Veränderungen eintrat, ein Merkmal, das sie natürlich dazu prädestinierte, daß Beamte in Washington ihnen das Etikett »Kommunisten« anhefteten.

Im August 1960 inszenierte Kong Le, ein Offizier, mit seiner Truppeneinheit einen Staatsstreich und setzte eine neutralistische Regierung unter Souvanna Phouma ein, die Hilfe des Pathet Lao hingegen wies er zurück.¹⁵ Als diese Regierung jedoch im Dezember Opfer eines CIA-Staatstreichs wurde, verbündete sich Kong Le mit dem Pathet Lao. Später wieder ersuchte er die Vereinigten Staaten um Hilfe und kämpfte gegen den Pathet Lao. So ging es seinerzeit im laotischen Zirkus zu.

Wie es scheint, hat bisher keine Untersuchung über das Laos jener Zeit es vermocht, das Durcheinander in Bezug darauf, wer genau wen, wann, wie und warum ersetzte, zu entwirren. Im Jahre 1961 bemerkte der Schriftsteller Norman Cousins nach seiner Rückkehr aus Laos:

»Wenn du ein Gefühl dafür bekommen möchtest, was es heißt, das Universum zu entwirren, dann komm nach Laos. Einem solchen Durcheinander kann man seine Achtung einfach nicht verweigern.«¹⁶

Eine Sache allerdings, welche die Vereinigten Staaten eindeutig als Erfolg verbuchen konnte, war ihre Entschlossenheit, Laos vor Kommunismus und Neutralismus zu bewahren. Zu diesem Zweck schuf die CIA ihre inzwischen der Öffentlichkeit bekannte Geheimarmee, ein Unternehmen, daß die US-Armee Mitte der 1950er Jahre mit der Organisation des Bergstammes der Meo – derselben Volksgruppe, die sie auch in Vietnam organisierte – in Gang gesetzt hatte. Über die Jahre kamen andere laotische Völker hinzu, und Mitte der 1960er Jahre erreichte die Truppenstärke mindestens 30.000 Mann, die Hälfte davon mehr oder weniger Berufssoldaten. Dazu kamen viele Tausende aus Thailand und Hunderte von anderen Asiaten: Südvietnamesen, Philippiner, Taiwanesen und Südkoreaner. Bei allen handelte es sich um Männer, die in ihren Heimatländern von ihren amerikanischen Beratern eine Spezialausbildung für andere Kriege erhalten hatten und jetzt erneut eingesetzt wurden. Eine Armee, so sagte die *New York Times*, »die von den Vereinigten Staaten bewaffnet, ausgerüstet, ernährt, bezahlt und – strategisch wie taktisch geführt sowie oftmals zu und wieder aus den Kampfhandlungen transportiert wurde.« Ausgebildet und ergänzt wurde sie von CIA-Leuten und Männern aus jedem Truppenteil des US-Militärs mit ihren vielfachen Spezialkenntnissen sowie den vielen Piloten der Fluglinie der CIA, der Air America. Insgesamt waren rund 2000 Amerikaner in und über Laos im Einsatz, und dazu kamen noch Tausende in anderen Teilen Asiens, die für die logistische Unterstützung zuständig waren. Es war eine Geheimarmee, das heißt, sie wurde vor dem amerikanischen Volk und dem Kongreß geheimgehalten. Angehörige des US-Militärs waren unter verschiedenen Tarnungen tätig: einige als Zivilisten, die zu diesem Zweck »ihren Abschied genommen« hatten und von einem Privatunternehmen angeheuert worden waren, das die CIA ins Leben gerufen hatte; andere arbeiteten als Attachés an der Botschaft; Piloten der CIA standen offiziell beim Amt für Internationale Entwicklung (Agency for International Development, AID) unter Vertrag; von Amerikanern, die in Laos getötet wurden, wurde behauptet, sie wären in Vietnam gestorben¹⁷ und all dies zusätzlich zu den »offiziellen« Streitkräften der Regierung, der königlichen laotischen Armee, die von den Vereinigten Staaten erheblich ausgebaut und vollständig bezahlt wurde.¹⁸

Laos war eine amerikanische Plantage, eine Spielwiese der CIA. Während der 1960er Jahre trieb sich der Geheimdienst nach Belieben nahezu im ganzen Land herum. Er baute eine Landebahn, einen Hangar oder einen Fliegerhorst hier und ein Munitionslager, eine Kaserne oder eine Radarstellung dort.¹⁹ Er siedelte Tausende von Menschen, ganze Dörfer und ganze Stämme um, wenn militärstrategische Bedürfnisse es erforderten. Er rekrutierte Kämpfer »mit Geld und/oder der Androhung von Gewalt und/oder dem Versprechen, ihnen unabhängige Königreiche zu geben – ein Versprechen, das er nie einlösen würde –, und zwang sie dann, weit über den Punkt hinaus, an dem sie aufhören wollten, weiterzukämpfen.«²⁰ In der Zwischenzeit trieben sich die »legendären« Piloten der Air America genauso überall herum, tranken bis zum Umfallen, flogen tollkühne Einsätze und forderten den Tod heraus, alles prima Geschichten, die man den Kumpels zu Hause erzählen konnte, falls man überlebte.²¹

Einige der Geschichten hatten mit Drogen zu tun. Die Piloten transportierten mit ihren Flugzeugen Opium und Heroin nach ganz Indochina, um die persönlichen und unternehmerischen Bedürfnisse der verschiedenen militärischen und politischen Verbündeten der CIA zu erfüllen. Für zahlreiche amerikanische Soldaten in Vietnam endete dies in der Sucht. Die Operation ging keineswegs heimlich vor sich: Das Heroin wurde in einem Labor auf einem Gelände des CIA-Hauptquartiers in Nordlaos verarbeitet. Nach einem Jahrzehnt amerikanischer Militärinterventionen war Südostasien zur Quelle von 70 Prozent des illegalen Opiums der Welt und zum Hauptlieferanten von Rohmaterial für Amerikas boomenden Heroinmarkt geworden.²²

Aber auch um die Herzen und Gedanken der Menschen in Laos, zumindest derjenigen, die lesen konnten, kümmerte man sich. Der USIA, der Propagandadienst der USA, war dort tätig, um eine Wochenzeitung mit einer Auflage von 43.000 Exemplaren zu veröffentlichen, und das in einem Land, in dem die Auflage der größten Zeitung gerade einmal 3300 betrug. Er sorgte außerdem für Wandzeitungen, Filme, den Abwurf von Flugblättern aus Flugzeugen und für Radioprogramme.²³

Angesichts all dessen schaffte der Pathet Lao mehr, als sich bloß zu behaupten. Die CIA war überfordert und im Gegensatz zu dem zusammengewürfelten Haufen von Asiaten, den der Geheimdienst zusammengestellt hatte, hatten die Soldaten des Pathet Lao eine Vorstellung davon, wofür sie kämpften. Der Sowjetunion war – im Gegensatz zur amerikanischen Öffentlichkeit – sehr wohl bewußt, was die Vereinigten Staaten in Laos trieben, und, beunruhigt über die Einsetzung einer proamerikanischen Regierung in dem Land, gab sie einem Kalten-Krieg-Reflex nach und lieferte dem Pathet Lao militärische Hilfsgüter. Diese standen natürlich in keinem Verhältnis zu dem riesigen Aufwand, den die USA veranstalteten.²⁴

Seit den frühen 1960er Jahren halfen ihm auch die Nordvietnamesen. Hanois vorrangiges Interesse in Laos war nicht notwendigerweise die Schaffung eines kommunistischen Staates, sondern die Verhinderung einer in einen Krieg verwickelten Regierung an seinen Grenzen. Im Januar 1961 berichtete die *New York Times*:

»Viele westliche Diplomaten in Vientiane [der Hauptstadt von Laos] meinen, die Kommunisten hätten Laos gerne in Ruhe gelassen, vorausgesetzt, es wäre neutral und außerhalb der Einflußsphäre der Vereinigten Staaten geblieben.«²⁵

Hanoi war nicht allein wegen der politischen und militärischen Operationen der Amerikaner in Laos beunruhigt, sondern auch wegen der Aktionen von Einsatzgruppen der amerikanischen Spezialeinheiten, die nach Nordvietnam eindringen, um Spionage, Sabotage und Mordanschläge zu verüben,²⁶ und wegen der Bombardierung des Landes durch die US-Luftwaffe²⁷ zu einer Zeit, als der Krieg in Südvietnam erst ein Schatten dessen war, was noch kommen sollte. Als später die Kriege in Vietnam und Laos immer stärker ineinandergriffen, wurde Laos Teil des Ho-Chi-Minh-Pfads, des Hauptnachschubwegs von Nord- nach Südvietnam, und die Nordvietnamesen kämpften darum, ihn zu schützen. Ebenso griffen sie amerikanische Radarstellungen in Laos an, auf welche sich die USA bei ihren Bombenagriffen auf Nordvietnam stützte.

Worin genau die Hilfe Nordvietnams für den Pathet Lao vor dieser Zeit bestand und wie umfangreich sie war, läßt sich auf der Grundlage von westlichen Quellen nur schwer entscheiden, denn die dort enthaltenen Aussagen stammten von der laotischen Regierung oder vom amerikanischen Außenministerium. Bei etlichen Gelegenheiten stellten sich die Berichte über eine bestimmte nordvietnamesische Militäroperation in Laos als Fälschungen heraus. William Lederer und Eugene Burdick fassen in ihrem Buch *A NATION OF SHEEP* [Eine Nation von Schafen] eines dieser Nicht-Ereignisse aus dem Sommer des Jahres 1959 folgendermaßen zusammen:

»Man hatte die Menschen in den Vereinigten Staaten glauben gemacht, ausländische kommunistische Truppen wären über die Nordgrenze des Landes nach Laos einmarschiert. Unser Außenminister sprach von einer ernsten Lage, unser Botschafter bei den Vereinten Nationen forderte das Eingreifen der Weltgemeinschaft, unsere Presse brachte Überschriften, welche die Leute erschrecken sollten, und unser höchster Marineoffizier forderte eine bewaffnete Intervention und wurde darin von führenden Kongreßabgeordneten unterstützt. Die ganze Sache war ein Schwindel. Es hatte keine Invasion in Laos stattgefunden. Es schien keinen Zweifel daran zu geben, daß ein Krieg mit Tausenden von Soldaten, Panzern und Flugzeugen sowie Kämpfen zwischen großen Truppenverbänden im Gange war. Unabhängig von der Formulierung der Darstellungen war dies das Bild, das unserem Volk vermittelt wurde.«²⁸

Es war alles bloß ein Trick gewesen, um den Kongreß zu veranlassen, die Hilfe für Laos nicht zu reduzieren, etwas, das dieser nach der Aufdeckung der grassierenden Korruption im Zusammenhang mit dem Hilfsprogramm ernsthaft erwogen hatte.²⁹ Die laotische Regierung und die große Gruppe der Amerikaner in Laos waren – jede Seite aus ihren eigenen Gründen heraus – nicht bereit, die Gans, die goldene Eier legt, so leicht entschlüpfen zu lassen.

Am letzten Tag des Jahres 1960 verkündete die laotische Regierung der Welt, sieben Bataillone der nordvietnamesischen Streitkräfte seien in das Land einmarschiert. Nach allem, was man hörte – und angesichts des nahezu totalen Fehlens von Beweisen – kann man diese Behauptung nicht ernstnehmen.³⁰

Und im Jahre 1962 berichtete Bernard Fall, der bekannte französische Indochinaforscher: Nach einer Schlacht zwischen Regierungstruppen und dem Pathet Lao »behaupteten die laotische – und ein großer Teil der amerikanischen Presse und mit ihr das offizielle Washington – sofort, sie sähen sich einer großangelegten ausländischen Invasion gegenüber«, und dies trotz der Tatsache, daß Oberst Edwin Eider, der amerikanische Kommandeur in der Region, in der die Schlacht stattgefunden hatte, sofort feststellte, es gebe »keinerlei Beweis dafür, daß Chinesen oder [Nord-]Vietnamesen an der Schlacht beteiligt gewesen wären.«³¹

Im Januar 1961, kurz nachdem Kennedy Präsident geworden war, bemühte sich dieser nachhaltig auf diplomatische Wege um die Einsetzung einer Koalitionsregierung in Laos, also genau um das, was die Eisenhower-Regierung und die CIA mit aller Gewalt hatten verhindern wollen. Auch wenn er bisweilen in die übliche Kalte-Kriegs-Rhetorik zurückfiel, wenn er von Laos sprach, war einem Teil von John F. Kennedy durchaus die Absurdität des Kampfes um ein rückständiges Land bewußt, um ein Land, von dem er einmal sagte, es sei nicht »wert, daß die Großmächte ihm Beachtung schenken.«³² Und vom sowjetischen Präsident des ZK der KPdSU Chruschtschow seinerseits wird berichtet, die laotische Frage habe ihn »gelangweilt« und er habe einmal gereizt Kennedys Abgesandten gefragt, warum um alles in der Welt sich Washington so sehr mit dem Land beschäftigte.³³

Schließlich unterzeichneten die Teilnehmer einer internationalen Konferenz in Genf im Juli 1962 ein Abkommen über eine Koalitionsregierung in Laos. Aber für die Gegner in den Bergen und den Ebenen des Landes war dies nicht länger eine realistische Alternative. Die CIA hatte zuviel Zeit, Anstrengung, Material und Emotionen in ihre Geheimarmee investiert, und es war der beste Krieg, den der Geheimdienst überhaupt am Laufen hatte – es war ein großes Abenteuer. Und der Pathet Lao seinerseits war nun viel stärker als einige Jahre zuvor. Er war nicht bereit, noch einmal eine solche verdorbene und verdächtige Ware zu kaufen, auch wenn alle so taten.

Beide Seiten beschuldigten sich einander regelmäßig der Verletzung des Abkommens, und das nicht ohne Grund. Die Nordvietnamesen beispielsweise zogen nicht alle Truppen aus Laos ab, die USA hingegen ließen militärisches Personal jeder Art zurück: sowohl Amerikaner als auch Asiaten, die unter dem Deckmantel des AID und anderer ziviler Einrichtungen im Land blieben, was aber nichtsdestoweniger eine Verletzung des Abkommens darstellte. Und das war noch nicht alles. Christopher Robbins hat in seiner Studie über die Luftlinie Air America festgestellt, daß amerikanische »Militärberater und CIA-Personal über die Grenze nach Thailand gingen, von wo aus sie täglich – wie Pendler – von Air America [nach Laos] eingeflogen wurden, deren Hubschrauberbasis vollständig nach Udorn [in Thailand] verlegt worden war.«³⁴ Air America hatte Anfang der 1970er Jahre nicht weniger als 4000 Beschäftigte in Thailand.³⁵

So kam es, daß sich die Kämpfe – wenn auch bloß sporadisch – weiter hinzogen. Im April 1964 wurde die bestehende Koalitionsregierung von rechten Kreisen gestürzt und der CIA-Mann Phoumi Nosavan wurde Mitglied der rechten Regierung. Diese wurde von dem ewigen politischen Stehaufmännchen Souvanna Phouma angeführt, um ihr ein neutralistisches Feigenblatt zu geben.³⁶ Der Pathet Lao wurde wieder einmal übergangen. Für ihn war es der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Die Kämpfe nahmen erheblich zu, aus den Scharmützeln war jetzt ein Krieg geworden, und der Pathet Lao konnte mit seiner Offensive bald bedeutende Erfolge verzeichnen. Dann begannen die Bombenangriffe der Amerikaner.

Zwischen 1965 und 1973 regneten über zwei Millionen Tonnen Bomben auf die Menschen in Laos hernieder,³⁷ beträchtlich mehr, als die USA während des Zweiten Weltkrieges, wenn auch in einem kürzeren Zeitraum, über Deutschland und Japan zusammen abgeworfen hatten. Die ersten paar Jahre richteten sich die Bombardements vor allem gegen die vom Pathet Lao kontrollierten Provinzen. Fred Branfman, ein ehemaliger amerikanischer Sozialarbeiter in Laos schrieb:

»Dorf um Dorf wurde dem Erdboden gleichgemacht, zahllose Menschen wurden durch Sprengbomben bei lebendigem Leib begraben, durch Napalm und Weißen

Phosphor bei lebendigem Leib verbrannt oder von den Schrotkugeln der Splitterbomben durchlöchert.«³⁸

Ein Bericht des Senats besagte:

»Die Vereinigten Staaten haben einen großangelegten Luftkrieg über Laos unternommen, um die physische und soziale Infrastruktur der vom Pathet Lao gehaltenen Gebiete zu zerstören und die nordvietnamesische Infiltration zu unterbinden. All dies war von einer Politik der Täuschung und Geheimhaltung durchdrungen. Durch solche Dinge wie Flächenbombardements und die Zwangsevakuierung der Bevölkerung aus den vom Feind gehaltenen Gebieten haben wir mitgeholfen, Hunderttausenden von Dorfbewohnern unsägliche Todesqualen zu bereiten.«³⁹

Das amerikanische Militär führte genauestens Buch. Der AID konnte dem Kongreß über die von zivilen Kriegsoptionen erlittenen Verwundungen folgendes berichten:

1. **Art:** Bindegewebeverletzungen: 39%, Offene Brüche: 30%, Amputationen: 12%, Innere Verletzungen des Unterleibs: 10%, Innere Verletzungen des Brustbereichs: 3%, Innere Verletzungen des Schädels: 1%.
2. **Lage:** Beine: 60%, Arme: 15%, Rumpf: 18%, Kopf: 7%.⁴⁰

Für die Menschen in Laos gab es keinen glücklichen Ausweg. Im Oktober 1971 konnte man im Londoner *Guardian* lesen:

»Auch wenn offizielle Stellen in den USA dies vehement bestreiten, so gibt es doch hinreichende Beweise für die Vorwürfe, daß Meo-Dörfer, die versuchen, auf eigene Faust einen Ausweg aus dem Krieg zu finden – und sei es nur dadurch, daß sie neutral bleiben und sich weigern, der CIA ihre 13-Jährigen für ihre Armee zu überlassen –, sofort amerikanische Reislieferungen und Transportmöglichkeiten verweigert werden und sie schließlich von US-Luftwaffe bombardiert werden.«⁴¹

Die embryonale Gesellschaft, welche die USA vernichten wollten – der CIA warf Millionen von Dollars an Falschgeld in der Währung des Pathet Lao ab, um die Wirtschaft in dessen Gebieten zugrunde zu richten – beschrieb Branfman folgendermaßen:⁴²

»Die Herrschaft des Pathet Lao über die Ebene der Tonkrüge, die im Mai 1964 begann, versetzte die Menschen dort in eine nachkoloniale Zeit. Zum ersten Mal lehrte man sie, stolz auf ihr Land und ihr Volk zu sein, statt eine fremde Kultur zu verehren. Der Schulunterricht und die massiven Alphabetisierungskampagnen für Erwachsene fanden auf Laotisch und nicht mehr auf Französisch statt. Und eine behutsame, aber nichtsdestoweniger durchgreifende soziale Revolution wurde eingeleitet: Sie reichte von einer Landreform bis hin zu einer Gleichberechtigung der Frauen.«⁴³

Im Gefolge der Ereignisse in Vietnam kam im Jahre 1973 in Laos ein Waffenstillstand zustande, und es wurde abermals der Versuch einer Koalitionsregierung unternommen. (Diese hielt bis 1975, dann übernahm der Pathet Lao nach erneuten Kämpfen gänzlich die Herrschaft über das Land.) Laos war zu einem Land von Nomaden geworden, ohne Dörfer und ohne Bauerhöfe. Eine ganze Generation war zu Flüchtlingen geworden, Hunderttausende waren tot und viele Hunderttausende dazu waren verkrüppelt. Als die US-Luftwaffe ihren Sender schloß, verabschiedete sie sich mit der Botschaft: »Auf Wiedersehen bis zum nächsten Krieg.«⁴⁴

Und so wurde der schlimmste Albtraum Washingtons Wirklichkeit: Ganz Indochina – Vietnam, Kambodscha und Laos – war an die Kommunisten gefallen, In der Anfangsphase des amerikanischen Engagements in Indochina in den 1950er Jahren hatten John Foster Dulles, Dwight Eisenhower und andere amerikanische Politiker regelmäßig Untergangsszenarien beschworen, die als »Dominotheorie« bekannt geworden sind: Sollte Indochina fallen, so würden auch andere Länder in Asien kippen. Bei einem Anlaß führte Präsident Eisenhower sogar nicht weniger als Taiwan, Australien, Neuseeland, die Philippinen und Indonesien als einige der Länder an, die voraussichtlich zu den »fallenden Dominosteinen« gehören würden.⁴⁵

Solche Warnungen wurden die nächsten zehn Jahre hindurch von aufeinanderfolgenden Regierungen und anderen Unterstützern der US-Politik in Indochina immer wieder als Hauptargument für die Verteidigung dieser Politik vorgebracht. Obwohl sich herausstellte, daß es in der Realität keinerlei Grundlage für diese ominösen Vorhersagen gab, hielt dies die Bürokratie in Washington nicht davon ab, dasselbe Dogma bis in die 1990er Jahre anlässlich nahezu jedes neuen »Unruhefleckchens« auf der Welt zu wiederholen – ein Zeugnis ihres unerschütterlichen Glaubens an die Existenz und die Zusammenarbeit der Kommunistischen Weltverschwörung.

Anmerkungen zu Kapitel 21

- 1 Vientiane (Laos) correspondent, »The Labyrinthine War«, *Far Eastern Economic Review* (Hong Kong), 16.04.1970, S. 73.
- 2 TESTIMONY BEFORE THE US SENATE ARMED SERVICES COMMITTEE, Hearings on Fiscal Year 1972 Authorizations, 22.07.1971, S. 4289.
- 3 TESTIMONY BEFORE THE HOUSE SUBCOMMITTEE ON FOREIGN OPERATIONS AND MONETARY AFFAIRS, Committee on Government Operations, Hearings on US Aid Operations in Laos, Mai-Juni 1959. Vgl. auch *New York Times*, 20.01.1961, S. 2 und *Washington Post*, 10.04.1966 zu Aussagen des laotischen Ministerpräsidenten Souvanna Phouma bezüglich der Gegnerschaft der USA gegenüber einer neutralen bzw. einer Koalitionsregierung.
- 4 *New York Times*, 25.04.1957.
- 5 Ebd., 23.07.1958, S. 2; 25.07.1958, S. 4.
- 6 Ebd., 23.07.1958, S. 2; 25.07.1958, S. 4.
- 7 Ebd., 20.01.1961, S. 2; *Washington Post*, 10.04.1966.
- 8 *New York Times*, 15.01.1959, S. 15.
- 9 **Fred Branfman**, VOICES FROM THE PLAIN OF JARS: LIFE UNDER AN AIR WAR (Harper & Row, New York, 1972), S. 12; *New York Times*, 18.05.1958, Section IV, S. 7.
- 10 *New York Times*, 25.04.1966, S. 20.
- 11 **Arthur Schlesinger**, A THOUSAND DAYS: JOHN F. KENNEDY IN THE WHITE HOUSE (Houghton Mifflin, Boston, 1965), S. 325.
- 12 Zu 1958 vgl. ebd., S. 325-326 (dies bezieht sich auf die bereits behandelten Ereignisse des Jahres 1958 – vgl. Anm. 6 und 7). Zu 1959 vgl. ebd., S. 326; **Branfman**, S. 12. Zu 1960: **Chester Bowles**, PROMISES TO KEEP: MY YEARS IN PUBLIC LIFE, 1941-1969 (New York, 1971), S. 334. Bowles war ein bekannter amerikanischer Diplomat.
- 13 **Roger Hilsman**, TO MOVE A NATION (New York, 1967), S. 111-112.
- 14 *New York Times*, 25.01.1958, S. 6; 25.02.1958, S. 6.
- 15 Ebd., 09.08.1960.
- 16 **Norman Cousins**, »Report from Laos«, *Saturday Review*, 18.02.1961, S. 12.
- 17 Zur Geheimarmee vgl. a) *New York Times*, 26.10.1969, S. 1; b) **Fred Branfman**, »The President's Secret Army«, in **Robert Borosage** and **John Marks** (Hrsg.), THE CIA FILE (New York, 1976), S. 46-78; c) **Christopher Robbins**, AIR AMERICA (Putnam, New York, 1979), Kap. 5 und 8; d) **Leroy Fletcher Prouty**, THE SECRET TEAM: THE CIA AND IT'S ALLIES IN CONTROL OF THE WORLD (Ballantine Books, New York, 1974), S. 190-193, 438; e) **Victor Marchetti** und **John Marks**, THE CIA AND THE CULT OF INTELLIGENCE (New York, 1975), S. 54, 132; f) *San Francisco Chronicle*, 25.07.1973.
- 18 *New York Times*, 18.05.1958, Section IV, S. 7.
- 19 **Robbins**, a.a.O.
- 20 **Branfman**, CIA FILE, S. 65.
- 21 **Robbins**, a.a.O.
- 22 Für eine umfangreiche Übersicht über die Verwicklung der CIA in den Rauschgifthandel von Lateinamerika nach Südostasien und Afghanistan von den 1950er- bis in die 1980er Jahre vgl. a) **Alfred W. McCoy**, THE POLITICS OF HEROIN IN SOUTHEAST ASIA (Harper & Row, New York, 1972), passim – Überarbeitete und aktualisierte Auflage: THE POLITICS OF HEROIN: CIA COMPLICITY IN THE GLOBAL DRUG TRADE (Lawrence Hill, New York, 1991), passim; b) **Henrik Krüger**, THE GREAT HEROIN COUP: DRUGS, INTELLIGENCE UND INTERNATIONAL FASCISM (Boston, 1980, Übersetzung des dänischen Originals von 1976), passim; c) **Christopher Robbins**, AIR AMERICA (Putnam, New York, 1979), S. 128, 225-243; d) **Leslie Cockburn**, OUT OF CONTROL (New York, 1987), passim; e) **Peter Dale**

- Scott** und **Jonathan Marshall**, COCAINE POLITICS: DRUGS, ARMIES AND THE CIA IN CENTRAL AMERICA (University of California Press, Berkeley, 1991), passim; f) Drugs, Law Enforcement and Foreign Policy, a Report of the Senate Committee on Foreign Relations, Subcommittee on Terrorism, Narcotics and International Operations, 1989.
- 23 Für eine umfangreiche Übersicht über die Verwicklung der CIA in den Rauschgifthandel von Lateinamerika nach Südostasien und Afghanistan von den 1950er- bis in die 1980er Jahre vgl. a) **Alfred W. McCoy**, THE POLITICS OF HEROIN IN SOUTHEAST ASIA (Harper & Row, New York, 1972), passim – Überarbeitete und aktualisierte Auflage: THE POLITICS OF HEROIN: CIA COMPLICITY IN THE GLOBAL DRUG TRADE (Lawrence Hill, New York, 1991), passim; b) **Henrik Kruger**, THE GREAT HEROIN COUP: DRUGS, INTELLIGENCE UND INTERNATIONAL FASCISM (Boston, 1980, Übersetzung des dänischen Originals von 1976), passim; c) **Christopher Robbins**, AIR AMERICA (Putnam, New York, 1979), S. 128, 225-243; d) **Leslie Cockburn**, OUT OF CONTROL (New York, 1987), passim; e) **Peter Dale Scott** und **Jonathan Marshall**, COCAINE POLITICS: DRUGS, ARMIES AND THE CIA IN CENTRAL AMERICA (University of California Press, Berkeley, 1991), passim; f) Drugs, Law Enforcement and Foreign Policy, a Report of the Senate Committee on Foreign Relations, Subcommittee on Terrorism, Narcotics and International Operations, 1989.
- 24 *New York Times*, 25.04.1966, S. 20.
- 25 Ebd., 20.01.1961, S. 2.
- 26 **Marchetti** und **Marks**, S. 132; **Branfman**, VOICES, S. 16.
- 27 **Robbins**, S. 116.
- 28 **William Lederer** und **Eugene Burdick**, A NATION OF SHEEP (London, 1961), S. 12-13. Vgl. auch **Bernard Fall**, ANATOMY OF A CRISIS: THE LAOTIAN CRISIS OF 1960-1961 (New York, 1969), Kap. 7.
- 29 **Lederer** und **Burdick**, S. 15-22.
- 30 **Bernard Fall**, STREET WITHOUT JOY: INSURGENCY IN INDOCHINA, 1946-63 (London, 1963, 3., überarb. Aufl.), S. 329; *New York Times*, 03.01.1961, S. 10.
- 31 **Fall**, STREET, S. 332.
- 32 **Schlesinger**, S. 329.
- 33 Ebd., S. 517. Vgl. auch **Andrew Tully**, THE SUPER SPIES (London, 1970), S. 165.
- 34 **Robbins**, S. 115.
- 35 **Prouty**, S. 314.
- 36 *New York Times*, 03.05.1964, S. 1; 07.05.1964, S. 7; 14.05.1964, S. 11.
- 37 *Congressional Record*, 18.07.1973, S. 24520-24522.
- 38 **Branfman**, VOICES, S. 5. Branfman war von 1967 bis 1971 in Laos, zunächst als Bildungsberater des International Voluntary Services, dann als Autor und Forscher.
- 39 REFUGEE AND CIVILIAN WAR CASUALTY PROBLEMS IN INDOCHINA, Staff Report prepared for the US Senate Subcommittee on Refugees, Committee on the Judiciary, 28.09.1970, S. 19 and V.
- 40 Ebd., S. 32.
- 41 *The Guardian* (London), 14.10.1971, S. 4.
- 42 **Robbins**, S. 132.
- 43 **Branfman**, VOICES, S. 15.
- 44 *New York Times*, 23.02.1973, S. 1.
- 45 Ebd., 08.04.1954.

22 Haiti 1959 bis 1963

Die Marineinfanterie landet erneut

»Duvalier hat ein ökonomisches Wunder vollbracht«, bemerkte ein Haitianer über den Diktator seines Landes. »Er hat uns gelehrt, ohne Geld zu leben, ohne Nahrungsmittel zu essen und ohne Leben zu leben.«¹

Und wenn der Woodoozauber von Francis »Papa Doc« Duvalier einmal nicht wirkte, konnte er immer auf die Marineinfanterie der USA zählen, um die Erziehung seines Volkes fortzusetzen.

In der Nacht vom 12. auf den 13.08.1959 landete an der Nordküste von Haiti ein Schiff mit, so wird berichtet, 30 Mann an Bord, darunter Haitianer und Kubaner und vielleicht auch noch andere. Die Männer waren vom rund 80 Kilometer entfernten Kuba aus in See gestochen. Ihr Ziel war es, die tyrannische haitianische Regierung zu stürzen, ein Regime, dessen Geheimpolizei, wie es heißt, mehr Männer hatte als die Armee des Landes.

Sogleich eroberte der mit schweren Waffen ausgerüstete Stoßtrupp einen kleinen Armeeposten und begann damit, die Dorfbewohner für die Sache anzuwerben und zu bewaffnen.² Die Regierung berichtete, ungefähr 200 Personen hätten sich ihnen angeschlossen.³ In einer anscheinend koordinierten Aktion riefen haitianische Flüchtlinge in Venezuela über Radio ihre Landsleute dazu auf, die Invasoren zu unterstützen. Sie schätzten die Anzahl der Gelandeten auf 120, dies scheint jedoch eine Übertreibung gewesen zu sein.⁴

Die erste Reaktion der Duvalier-Regierung war Panik, und die Polizei ging sofort daran, Sympathisanten der Opposition zu verhaften.⁵ An diesem Punkt griff die US-Militärmission in Haiti, die Duvaliers Truppen ausbildete, ein. Die Amerikaner setzten Luft- und Seeaufklärung ein, um die Rebellen ausfindig zu machen. Haitianische Soldaten, begleitet von amerikanischen Marineinfanteristen, wurden per Flugzeug in das Gebiet gebracht und gingen an die Front, um die Invasoren zu bekämpfen.⁶ Zwei weitere Flugzeuge und ein Hubschrauber der US-Marine stießen aus Puerto Rico dazu.⁷

Nach Angaben ihres Kommandeurs, Oberst Robert Debs Heinl, nahmen die amerikanischen Marineinfanteristen an den Kämpfen, die bis zum 22.08.1959 anhielten, teil.⁸ Das Ergebnis war eine vollständige Niederlage der Rebellentruppen.

Die Informationen über die Männer, die aus Kuba gekommen waren, beruhen fast ausschließlich auf Angaben der haitianischen Regierung und der amerikanischen Militärmission. Nach Behauptungen dieser Quellen bestand der Stoßtrupp aus 30 Mann, und bis auf einen oder zwei haitianische Vorsitzende sollen dies alles Kubaner gewesen sein. Nach einem anderen Bericht, auf den sich die *New York Times* berief, befanden sich zehn Haitianer und zwei Venezolaner unter den 30 Invasoren.⁹ Dieses Verhältnis kommt der Wahrheit wahrscheinlich näher, denn es gab eine beträchtliche Anzahl haitianischer Flüchtlinge in Kuba, von denen viele während der gerade zu Ende gegangenen kubanischen Revolution militärische Erfahrung gesammelt hatten. Aus offensichtlichen Gründen der internationalen Politik und des Kampfanreizes waren diese Männer die wahrscheinlichsten Kandidaten für eine Invasion ihres Heimatlandes.

Die Castro-Regierung gab bereitwillig zu, daß der Stoßtrupp aus Kuba kam, verneinte jedoch, von dieser Aktion gewußt oder sie gutgeheißen zu haben. Dieser Behauptung würde man vielleicht keinen Glauben schenken, wäre da nicht die Tatsache, daß die kubanische Küstenwache im April ein ähnliches Unternehmen vereitelt hatte.¹⁰

Die ersten Angehörigen der amerikanischen Militärmission waren im Januar 1959 nach Haiti gekommen, weitgehend als Antwort auf einen anderen Invasionsversuch im Juli des Jahres zuvor, der wahrscheinlich von der Dominikanischen Republik ausging. Un-

beeindruckt von all den Schreckensmeldungen über das haitianische Regime – darunter die, die Oberst Heinl erzählte, nämlich daß sein zwölfjähriger Sohn festgenommen wurde, als er dabei belauscht wurde, wie er beim Anblick einer Gruppe hungriger Bauern Mitleid für diese äußerte –, war Duvalier Washingtons Mann. Letzten Endes konnte man sich darauf verlassen, daß er sein schwarzes Volk, dem gewöhnlich die Ehre zukam, das ärmste Volk Lateinamerikas zu sein, davon abhalten würde, kommunistisch zu werden. Die Anweisungen, die Heinl im Januar von einem Staatssekretär des Außenministeriums erhalten hatte, gab er so wieder:

»Oberst, sie können unsere Ziele in Haiti vor allem dadurch fördern, daß sie Duvalier an der Macht halten, damit er seine gesamte Regierungszeit und, falls alles klappt, vielleicht noch etwas länger im Amt bleiben kann.«¹¹

Als Kennedy im Januar 1961 ins Amt kam, konnte seine Regierung nur wenig mit Papa Doc anfangen und förderte daher seinen Sturz wie auch seine mögliche Ermordung. Nach einer späteren Aussage des CIA-Beamten Walter Elder vor einem Untersuchungsausschuß des Senats stellte der Geheimdienst den haitianischen Regimegegnern Waffen zum Sturz des Diktators zu Verfügung. Elder fügte hinzu, die Ermordung Duvaliers sei zwar nicht in Erwägung gezogen worden, aber die Waffen seien den Regimegegnern überlassen worden, »um ihnen dabei zu helfen, alle Maßnahmen zu ergreifen, welche sie für notwendig erachten würden, um die Regierung abzulösen.« Man sei sich natürlich im Klaren gewesen, so Elder, daß Duvalier im Verlauf seines Sturzes getötet werden könnte.¹²

Als aber Kuba immer mehr zum Schreckgespenst der Vereinigten Staaten und zur totalen Zwangsvorstellung der CIA wurde, änderte sich die Politik Washingtons. Die Mitarbeit Haitis wurde gebraucht, um den Versuch der USA im Jahre 1963, Kuba aus der Organisation Amerikanischer Staaten ausschließen zu lassen, zum Erfolg zu führen. Ab diesem Zeitpunkt erfreute sich Duvalier der vollen diplomatischen und wirtschaftlichen Unterstützung der USA. Als der haitianische Führer am 12.04.1971 starb, war der amerikanische Botschafter Clinton Knox der einzige anwesende Diplomat bei der mitternächtlichen Vereidigung des 19 Jahre alten Jean-Claude »Baby Doc« Duvalier als neuen Präsidenten auf Lebenszeit, und er sollte dieselben wirtschaftliche, politische und militärische Unterstützung erhalten wie zuvor »Papa Doc.« Lediglich dann, wenn das Ausmaß der Unterdrückung zu groß wurde, als daß man es hätte ignorieren könne, war ein leichter Schlucklauf des Protests aus Washington zu vernehmen.¹³

Anmerkungen zu Kapitel 22

- 1 **Robert I. Rotberg** und **Christopher K. Clague**, HAITI: THE POLITICS OF SQUALOR (A Twentieth Century Fund Study, Boston, 1971), S. 244.
- 2 *New York Times*, 15.08.1959 und 16.08.1959; **Robert Debs Heintl** und **Nancy Gordon Heintl**, THE STORY OF THE HAITIAN PEOPLE, 1492-1971 (Boston, 1978), S. 600
- 3 HISPANIC AMERICAN REPORT (Stanford, CA), Oktober 1959, S. 434.
- 4 *New York Times*, 17.08.1959 und 18.08.1959.
- 5 **Heintl**, S. 600; *New York Times*, 15.08.1959.
- 6 **Heintl**, S. 600; **Rotberg**, S. 219.
- 7 *New York Times*, 16.08.1959.
- 8 **Heintl**, S. 600.
- 9 *New York Times*, 16.08.1959.
- 10 **Rotberg** und **Clague**, S. 219.
- 11 **Heintl**, S. 618.
- 12 INTERIM REPORT: ALLEGED ASSASSINATION PLOTS INVOLVING FOREIGN LEADERS, The Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities (US Senate), 20.11.1975, S. 4, Fußnote 1. Der Bericht gibt nicht an, wann dies stattfand, aber die *New York Times* vom 14.11.1993, S. 12, setzt das Ereignis im Jahre 1961 an.
- 13 **Fritz Longchamp** und **Worth Cooley-Prost**, »Hope for Haiti«, *Covert Action Information Bulletin*, 36, Spring 1991, S. 56; **Arthur Schlesinger**, A THOUSAND DAYS: JOHN F. KENNEDY IN THE WHITE HOUSE (Houghton Mifflin, Boston, 1965), S. 782-783; **Heintl**, S. 617.

23 Guatemala 1960

Ein guter Staatsstreich ruft nach einem weiteren

Als John F. Kennedy sich im November 1960 daranmachte, Dwight Eisenhower abzulösen, ging die zwanghafte Priorität der amerikanischen Außenpolitik – eine Invasion auf Kuba – ohne Pause weiter. An den Stränden und in den Dschungeln Guatemalas, Nicaraguas und Floridas wurde die Invasion in der Schweinebucht geprobt.

Am 13. des Monats, also fünf Tage nach Kennedys Sieg, erhoben sich Teile des guatemaltekischen Militärs mit Waffengewalt gegen die Regierung von General Miguel Ydigoras Fuentes und besetzten zwei Militärstützpunkte und die Hafenstadt Puerto Barrios. Berichte über die an dem Aufstand beteiligten Offiziere schwanken zwischen 45 und 120 Personen, wobei die letzte Zahl nahezu die Hälfte des Offizierskorps der guatemaltekischen Armee ausmacht. Die Offiziere kommandierten ungefähr 3000 Mann und damit einen bedeutenden Prozentsatz der Streitkräfte. Wie sich später herausstellte waren ihre Ziele eher nationalistischer als ideologischer Natur. Die Offiziere hatten die Korruption der Ydigoras-Regierung und in der Armee satt und waren insbesondere erzürnt darüber, daß ihr Land von einer ausländischen Macht als Sprungbrett für eine Invasion in Kuba benutzt wurde. Einige der Offiziere bewunderten Fidel Castro wegen seiner nationalistischen Politik. Einer von den regimekritischen Offizieren bezeichnete später den amerikanischen Ausbildungsstützpunkt in Guatemala als »eine schändliche Verletzung unserer nationalen Souveränität. Und warum wurde das erlaubt? Weil die Regierung eine Marionette ist.«¹

Innerhalb weniger Tage wurde die Rebellion erstickt, angeblich völlig allein von der guatemaltekischen Luftwaffe. Einige Jahre später sollte sich ein anderes Bild ergeben.

Die Rebellen waren eine Kraft, mit der man rechnen mußte. Die Leichtigkeit, mit der sie die beiden Garnisonen eingenommen hatten, und die Möglichkeit, daß ihre Meuterei auf andere Stützpunkte überspränge, ließen auf dem Stützpunkt der CIA die Alarmglocken schrillen – einer großen Kaffeeplantage in einem abgelegenen Winkel im Südwesten Guatemalas, wo der Geheimdienst und die US-Luftwaffe die Armee der Exilkubaner ausbildeten, welche den Angriff auf ihr Heimatland ausführen sollten. Die CIA fürchtete mit Recht, daß eine neue Regierung sie, die Kubaner und die ganze Operation aus dem Land jagen würde.

In Washington beorderte Präsident Eisenhower Einheiten der US-Marine und der US-Luftwaffe auf Patrouille an die karibische Küste mit dem Befehl, »zu schießen, falls dies nötig sein sollte«, um eine von »Kommunisten angeführte« Invasion in Guatemala oder Nicaragua zu verhindern.² Obwohl keinerlei Beweise dafür jemals vorgelegt wurden, sahen Eisenhower und Ydigoras hinter dem Aufstand die Hand des Weltkommunismus, insbesondere die Kubas, am Werk.³ Irgendwie war das Ganze eine ungeheure Ironie angesichts der Tatsache, daß einerseits eine Verschwörung der beiden Regierungschefs zu einem Umsturz in Kuba eine der Ursachen für den Aufstand war und daß andererseits die zu diesem Einsatz abkommandierte US-Flotte vom Marinestützpunkt Guantánamo auf Kuba ausgelaufen war, einer amerikanischen Militäreinrichtung, die sich gegen den entschiedensten Widerspruch der kubanischen Regierung in diesem Land befand.

In Guatemala entschloß sich derweil die CIA für eine Lösung dieses Dilemmas, die sowohl verblüffend einfach als auch sofort zur Hand war: Amerikanische und kubanische Piloten stiegen von ihren Ausbildungsflugplätzen auf, bombardierten und beschossen das Hauptquartier der Rebellen außerhalb der Hauptstadt Guatemala und bombardierten die Stadt Puerto Barrios und ihren Flughafen. Die Rebellen waren völlig überrascht und gegen diese Übermacht wehrlos, und so brach ihr Aufstand zusammen.⁴

Zurück auf der Kaffeepflanzung nahm die CIA die Arbeit, bei der sie auf so unverschämte Weise unterbrochen worden war, nämlich die Vorbereitungen für den Sturz der kubanischen Regierung, wieder auf.

In Washington gab es keine Verlautbarungen über diese Bombenangriffe, und auch die amerikanische Presse brachte keinen Bericht darüber.

Selbst in Guatemala dürften die Taten der CIA nicht vielen bekannt gewesen sein, allerdings erfuhr die Öffentlichkeit, Präsident Ydigoras habe Washington um die Hilfe zu Wasser und zu Luft gebeten und sogar den guatemaltekischen Botschafter in Washington angewiesen: »Setzen Sie sich unverzüglich mit [dem Ministerialdirektor für interamerikanische Angelegenheiten im Außenministerium] Thomas Mann in Verbindung, um die Aktion zu koordinieren.«⁵ Angesichts der Notwendigkeit, sich hinterher ein wenig von so viel Yanqui-Protektion zu distanzieren, sah sich der guatemaltekische Präsident zu der Feststellung veranlaßt, Länder wie Guatemala seien im Nachteil, denn »Kuba ist ein Satellit des mächtigen Rußland« – »Wir aber sind kein Satellit der Vereinigten Staaten.«⁶

Die größte Ironie war jedoch, daß einige der regimekritischen Offiziere, die untertauchen mußten, durch ihre Erfahrung noch stärker radikalisiert wurden. Während ihrer Revolte hatten sie das Unterstützungsangebot einiger Bauern abgewiesen – allerdings wäre dies ohnehin eine notwendigerweise sehr begrenzte Unterstützung gewesen –, denn ein Kampf für gesellschaftliche Veränderungen war absolut nicht das, was die Offiziere damals im Sinn hatten. Auf der Flucht aber kamen sie stärker mit den Bauern in Kontakt und sahen sich vom dringenden Bedürfnis der Bauern nach Land und der Suche nach einem Weg aus ihrer bemitleidenswerten Lage heraus konfrontiert.⁷ Im Jahre 1962 stellte sich heraus, daß einige der Offiziere zu Führern einer Guerrillabewegung geworden waren, die den »13. November« in ihrem Namen trug. In ihrem Manifest erklärten die Guerilleros:

»Die Demokratie ist schon lange aus unserem Land verschwunden. Kein Volk kann in einem Land leben, in dem es keine Demokratie gibt. Deshalb wird die Notwendigkeit einer Veränderung in unserem Land immer größer. Wir können nicht länger so weitermachen wie bisher. Wir müssen die Ydigoras-Regierung stürzen und eine Regierung bilden, welche die Menschenrechte vertritt, welche Wege und Mittel sucht, unser Land aus seiner Not zu retten, und welche eine ernsthafte und von Selbstachtung getragene Außenpolitik verfolgt.«⁸

Ein einfacher Gedankengang, der noch einfacher vorgetragen wurde, aber wie wir sehen werden, war es dieser Bewegung vom Schicksal bestimmt, mit den Wünschen der Vereinigten Staaten aneinander zu geraten. Denn wenn Washington – wie im Jahre 1954 – in Guatemala schon en passant eine gewählte Regierung beseitigen konnte, dann konnte eine Guerillaarmee es erst recht nur so weit bewegen wie Wellen einen Felsen oder wie heulende Wölfe den Mond.

Anmerkungen zu Kapitel 23

- 1 **Gott**, S. 70.
- 2 *New York Times*, 18.11.1960.
- 3 Ebd., 15.11.1960 und 19.11.1960.
- 4 **Gott**, S. 71; **Wise und Ross**, S. 33; **Prouty**, S. 46.
- 5 **Gerassi**, S. 185.
- 6 *New York Times*, 19.11.1960.
- 7 **Thomas und Marjorie Melville**, GUATEMALA: THE POLITICS OF LAND OWNERSHIP (New York, 1971), S. 142; **Gott**, S. 76.
- 8 **Gott**, S. 77.

24 Frankreich/Algerien 1960er Jahre

Der Staat, das ist die CIA

Als John F. Kennedy im Januar 1961 das Amt des Präsidenten übernahm, sah er sich einer CIA gegenüber, die sich auf dem Höhepunkt ihrer Macht und Glaubwürdigkeit befand. In den ersten 14 Jahren ihres Bestehens hatte es keine offizielle Untersuchung der Tätigkeit des Geheimdienstes durch den Kongreß gegeben, und es war auch kein »Wachhund«-Ausschuß eingesetzt worden. Vier Untersuchungen der Arbeit der CIA durch unabhängige Arbeitsgruppen während dieser Zeit hatten dafür gesorgt, daß alles, was sich auf verborgene Dinge bezog, so blieb, wie es war. Mit Ausnahme des U2-Zwischenfalls im Jahr zuvor hatten es keine Peinlichkeiten, Skandale oder bekanntgewordene Versagen auf die Titelseiten der Zeitungen geschafft. Das, was ein gewisses Maß an Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erzielt hatte – die Staatsstreiche in Guatemala und Iran –, wurde weitgehend als Erfolgsgeschichte der CIA angesehen. Dementis des Weißen Hauses und willfährige Medien hatten dafür gesorgt, daß das Mißgeschick des Geheimdienstes in Indonesien im Jahre 1958 dem kritischen Blick der Öffentlichkeit entzogen wurde, den es eigentlich verdient gehabt hätte.

Wahrscheinlich hatte die CIA mehr – offizielle wie getarnte – Beamte im Ausland als das Außenministerium, und dazu kamen noch ihre zahllosen bezahlten Agenten. Oftmals war der Leiter einer Außenstelle der CIA schon länger in einem bestimmten Land, hatte mehr Geld zu seiner Verfügung und übte mehr Einfluß aus als der amerikanische Botschafter. Wenn es für ihre Ziele von Nutzen war, umgingen die Beamten des Geheimdienstes schlichtweg den Botschafter und das normale Protokoll, um direkt mit dem Staatsoberhaupt und anderen hohen Beamten des jeweiligen Landes zu verhandeln.

Die CIA besaß eigene militärische Ressourcen, einschließlich ihrer eigenen Luftwaffe. Sie verfügte praktisch über einen eigenen Auswärtigen Dienst mit einer eigenen Außenpolitik, die allerdings stets mit der grundlegenden antikommunistischen Ideologie und den daraus entspringenden Zielsetzungen der amerikanischen Politik zur Zeit des Kalten Krieges konform ging.

Scheinbar ohne Furcht vor Enthüllung oder Verurteilung fühlte sich der Geheimdienst frei, allerlei Experimente nach Art des Dr. Seltsam in Stanley Kubricks gleichnamigen Film durchzuführen, darunter Experimente mit der Steuerung von menschlichen Gedanken und mit allen Arten von biochemischen Waffen, einschließlich der Freisetzung von großen Mengen von Bakterien in den Vereinigten Staaten selbst, was viele Krankheits- und sogar einige Todesfälle verursachte.

Für die Beamten der CIA war alles dies eine sehr aufregende Sache, gerade so, wie wenn erwachsene Männer mit der Spielzeugeisenbahn ihrer Kinder spielen. Sie erkannten nahezu keine Beschränkung ihrer Handlungsfreiheit an. Sie waren wie die Gouverneure der britischen Kolonien, und die ganze Welt war für sie wie ein großes Indien.

Dann kam am 17.04.1961 die Katastrophe in der Schweinebucht in Kuba. Das internationale Nachbeben hatte gerade angefangen, sich zu legen, als der Geheimdienst von neuem in die Schlagzeilen der Weltpresse geriet. Am 22.04.1961 ergriffen vier französische Generäle in Algerien die Macht und versuchten dadurch, die Ablösung des Landes vom französischen Mutterland zu verhindern. Der Putsch, der sich gerade einmal vier Tage halten konnte, richtete sich direkt gegen den französischen Präsidenten Charles de Gaulle, der mit großem Pomp eine Politik verkündet hatte, die »an Stelle eines von Frankreich aus regierten Algeriens zu einem algerischen Algerien« führen sollte.

Am nächsten Tag erklärte die linke italienische Zeitung *Il Paese*:

»Es ist kein Zufall, daß gewisse Kreise in Paris den amerikanischen Geheimdienst unter Allen Dulles der Beteiligung an der Verschwörung der vier ›radikalen‹ Generäle beschuldigen.«¹

Ob *Il Paese* die Originalquelle für diese Behauptung war, ist bis heute ein Geheimnis geblieben. Dulles selbst schrieb später, die italienische Tageszeitung sei »eine der ersten, die sie lanciert hätte« gewesen [Hervorhebung durch den Verfasser]. Nach seiner Meinung war »dieses Gerücht ganz einfach eine kommunistische Manipulation.«²

Die *New York Times* berichtete, schon einen Tag nach dem Putsch seien die Gerüchte in die Welt gesetzt worden,³ ein Bericht, der auch im *Washington Star* nachgedruckt wurde. Dieser fügte noch hinzu, einige der Gerüchte seien »von kleinen Beamten im Elysee-Palast selbst« lanciert worden, die den Reportern »zu verstehen gegeben hätten, die Verschwörung der Generäle sei von extrem antikommunistischen Elementen in der Regierung und den Streitkräften der Vereinigten Staaten unterstützt worden.«⁴

Unabhängig davon, woher die Nachricht auch immer gekommen sein mag, auf jeden Fall verbreitete sie sich in Windeseile um die ganze Welt, und das französische Außenministerium weigerte sich, die Beschuldigung zu dementieren. In einem Leitartikel am 28.04.1961 schrieb *Le Monde*:

»Das Verhalten der Vereinigten Staaten während der jüngsten Krise war nicht besonders geschickt. Es scheint festzustehen, daß amerikanische Agenten Challe [den Anführer des Putschs] mehr oder weniger ermutigt haben. Präsident Kennedy wußte von all dem natürlich nichts.«⁵

Berichte aus den verschiedensten Quellen stimmten darin überein, daß die CIA, falls sie tatsächlich in den Putsch verwickelt war, dafür zwei Gründe hatte: Zum einen die Sorge, daß nach der Unabhängigkeit Algeriens »die Kommunisten« an die Macht kommen würden, also diejenigen in den Reihen der Front de Liberation Nationale (FLN), die seit vielen Jahren in Algerien – in der legendären Schlacht von Algier – gegen die französische Armee gekämpft hatten. Denn es war die FLN, mit der de Gaulle ein Abkommen schließen würde. Und zum anderen die Hoffnung, dieser Putsch würde zum Sturz von de Gaulle führen, was sehr wünschenswert gewesen wäre, denn der französische Präsident stellte ein entscheidendes Hindernis für die Absichten der USA mit der NATO dar. Unter anderem weigerte er sich, französische Truppen einem einheitlichen Oberkommando zu unterstellen, und er lehnte eine ausschließliche Kontrolle der Amerikaner über die Atomwaffen der Allianz ab.

Auf jeden Fall scheinen die aufständischen Offiziere mit der Unterstützung durch militärische und zivile Kreise in Frankreich gerechnet zu haben, um ihre Rebellion auf das Mutterland auszuweiten und de Gaulle zu stürzen. So abwegig dies auch klingen mag, es bleibt eine Tatsache, daß die französische Regierung diese Möglichkeit ernstnahm – der französische Premierminister Michel Debré warnte über das Fernsehen die Nation vor einer bevorstehenden Invasion der Region um Paris durch Fallschirmjäger und rief zum massenhaften Widerstand dagegen auf.⁶

Die Reaktion der amerikanischen Presse auf die Anschuldigungen war unvermeidlicherweise gemischt. Marquis Childs, ein Kolumnist der *Washington Post*, schrieb, die Franzosen seien über den Coup der Generäle so geschockt gewesen, daß sie einen Sündenbock gesucht hätten. Andererseits zitierte er »einen der höchsten Beamten der französischen Regierung« mit den Worten:

»Natürlich hatte eure Regierung – sowohl das Außenministerium als auch euer Präsident – nichts damit zu tun. Aber wenn ihr so viele Hunderte von Agenten in jedem Teil der Welt habt, wäre es ein Wunder, wenn einige davon nichts mit den Generälen in Algier zu tun gehabt hätten.«⁷

Die Wochenzeitschrift *Time* spielte die Meldung herunter, und auch sie kam zu dem Schluß, die Vereinigten Staaten sollten zum Sündenbock gemacht werden und die CIA sei »in letzter Zeit zu einem beliebten Angriffsziel« geworden.⁸ James Reston schrieb in der *New York Times*:

»[Die CIA] war an einer beschämenden Zusammenarbeit mit den antigauillistischen Offizieren beteiligt, die in der letzten Woche den Aufstand in Algier inszenierten. [Die Ereignisse in der Schweinebucht und in Algerien] haben im Weißen Haus das Gefühl verstärkt, daß die CIA die Grenzen eines objektiven Geheimdienstes hinter sich gelassen hat und zu einem Fürsprecher von Personen und Maßnahmen geworden ist, welche die Regierung in Verlegenheit gebracht haben.«⁹

C. L. Sulzberger jedoch, seit dessen Gründung der Mann der CIA bei der *New York Times*, behauptete rundweg:

»Kein Amerikaner in Algerien hatte etwas mit irgendeinem der Anführer des Aufstands zu tun. Kein Konsulatsmitarbeiter hat sich je mit einem der Aufständischen getroffen.«

Einige Tage darauf mußte Außenminister Dean Rusk jedoch zugeben, ein Abgesandter der aufständischen französischen Generäle habe das US-Konsulat in Algier aufgesucht und um Unterstützung gebeten, allerdings habe man ihm kurzerhand eine Absage erteilt.

Sulzberger schrieb, die Affäre sei »ein vorsätzlicher Versuch zur Vergiftung der Beziehungen zwischen Frankreich und Amerika« gewesen. Sie sei von Moskau ausgegangen, jedoch von »anti-amerikanischen französischen Beamten« und »naiven Personen in Washington« begünstigt worden. »Wenn man die Sache gründlich untersucht, findet man heraus, daß alles mit einem Artikel in der Moskauer *Iswestija* vom 25.04.1961 angefangen hat.«¹⁰ Wie wir gesehen haben, war letzteres nicht korrekt.

Walter Lippmann, der große alte Mann unter den amerikanischen Kolumnisten, der kurz vor dem Putsch in Paris mit de Gaulle zusammengetroffen war, schrieb:

»Daß die französische Regierung die CIA nicht wirklich davon freigesprochen hat, die aufständischen Generäle in Algerien ermutigt zu haben, hat seinen Grund darin, daß sie bereits vorher sehr über die CIA verärgert war, weil diese sich in die französische Innenpolitik eingemischt hatte. Die französische Klage, sei sie berechtigt oder nicht, hat etwas mit der jüngsten Beschlüssen des französischen Parlaments über die französischen Atomwaffen zu tun und mit dem angeblichen Versuch von CIA-Agenten, diese Beschlüsse zu verhindern.«¹¹

Newsweek wiederholte die Behauptung, »französische Beamte« seien ursprünglich »die Hauptquelle« der Gerüchte gewesen. Als sie von der amerikanischen Regierung zu einer Stellungnahme aufgefordert wurden, verneinten die Franzosen ihre Urheberschaft an diesen Gerüchten und versuchten, ihre Anschuldigungen abzuschwächen. Einige französische Beamte erklärten schließlich die Angelegenheit für abgeschlossen, die Vorwürfe, die Amerikaner seien an der Sache beteiligt gewesen, nahmen sie allerdings nach wie vor nicht ausdrücklich zurück.¹²

»Sowohl in Paris als auch in Washington sind die Tatsachen inzwischen bekannt, auch wenn man diese niemals öffentlich bestätigen wird. Im privaten Kreis allerdings machen die höchsten Persönlichkeiten der französischen Politik kein Geheimnis daraus. Was sie sagen, ist Folgendes: »Die CIA war direkt an dem Putsch von Algier beteiligt und diese Beteiligung war mit Sicherheit bei der Entscheidung Ex-General Challes, den Putsch in die Wege zu leiten, von großem Gewicht.«¹³

Nicht lange zuvor hatte Challe noch die Stellung des Oberbefehlshabers der NATO für Mitteleuropa bekleidet und in dieser Funktion in ständigem Kontakt mit amerikanischen Offizieren gestanden.¹⁴ Claude Krief schrieb, bestimmte amerikanische Beamte bei der NATO und im Pentagon hätten Challe ermutigt, und der General habe etliche Treffen mit CIA-Beamten gehabt, die zu ihm gesagt hätten: »De Gaulle loszuwerden, ist ein großer Dienst an der Freien Welt.« Laut Krief war Challe trotz seines maßlosen Ehrgeizes sehr vorsichtig und überlegt: »Alle Menschen, die ihn gut kennen, sind zutiefst davon überzeugt, daß er von der CIA zu seinem Vorgehen ermutigt wurde.«

Bei einem Mittagessen im Jahr zuvor war Jacques Soustelle, der ehemalige Generalgouverneur von Algerien, der öffentlich seinen Widerspruch gegen de Gaulles Algerienpolitik bekundet hatte, in Washington mit Beamten der CIA, darunter auch Richard Bissell, dem Leiter der Abteilung für verdeckte Operationen, zusammengetroffen. Soustelle überzeugte die Beamten des Geheimdienstes davon, schrieb Krief, daß Algerien infolge

der Torheit de Gaulles »ein Sowjetstützpunkt« werden würde. Dieses Mittagessen wurde in gewisser Weise zum Dreh- und Angelpunkt der Spekulationen über die Rolle, die die CIA möglicherweise gespielt hatte. Die *New York Times* und andere berichteten, der Geheimdienst habe dieses Essen für Soustelle gegeben.¹⁵ Amerikanische Beamte hingegen bestanden darauf, das Mittagessen sei auf Bitten Sousteiles von einem Mitglied der französischen Botschaft ausgerichtet worden. Dieser Beamte, sagten sie, sei während des gesamten Essens anwesend gewesen, so daß von einer finsternen Verschwörung nicht die Rede sein könne.¹⁶ Sie erklärten jedoch nicht, warum die französische Botschaft ein Mittagessen für einen bekannten und scharfen Kritiker de Gaulles ausgerichtet haben sollte, für einen Mann, den de Gaulle erst zwei Monate zuvor wegen seiner Sympathien für die »Radikalen« aus dem Kabinett geworfen hatte. Und genauso wenig, wenn wir schon dabei sind, konnten sie erklären, warum im protokollversessenen Washington ausgerechnet die CIA daran hätte teilnehmen sollen. Jedenfalls scheint es etwas einfältig zu sein, wenn man unterstellt, dies sei die einzige Gelegenheit gewesen, bei der Soustelle während seines Aufenthalts in den Vereinigten Staaten, der mehr als eine Woche dauerte, mit Leuten von der CIA hätte sprechen können.

Auch einem Geheimtreffen in Madrid wurde in der Kontroverse große Bedeutung zugeschrieben. Krief datiert es auf den 12.04.1961 und beschreibt es als ein Treffen »verschiedener ausländischer Agenten, darunter Mitgliedern der CIA und der Verschwörer von Algier, die den Männern der CIA ihre Pläne enthüllten.« Von den Amerikanern heißt es, sie hätten voller Zorn darüber lamentiert, daß de Gaulles Politik »die NATO lähmt und die Verteidigung Europas unmöglich macht«, und den Generälen versichert, falls sie und ihre Anhänger Erfolg hätten, würde Washington die neue algerische Regierung innerhalb von 48 Stunden anerkennen.

Es ist gut möglich, daß die französische Regierung Beweise für eine Komplizenschaft der CIA hatte. Aber in der widernatürlichen Welt der internationalen Diplomatie muß dies nicht notwendigerweise dazu führen, daß ein solches Wissen auch öffentlich bekanntgemacht wird. Solch ein Schritt hätte zu einer offenen Konfrontation zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten führen können, ein Präzedenzfall, den beide Seiten sicher unbedingt vermeiden wollten. Und außerdem hätte dies die Franzosen in die unangenehme Lage versetzen können, deshalb tatsächlich etwas unternehmen zu müssen. Aber was hätten sie tun können? Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten abbrechen, war keine realistische Alternative, und zu einer militärischen oder wirtschaftlichen Vergeltung waren die Franzosen ohnehin nicht in der Lage. Aber die führenden Politiker in Frankreich waren zu sehr verärgert, um die Sache still und leise unter den Tisch fallen zu lassen. Also wählten sie die Hintertür für ihre Rache, mit all den Unzulänglichkeiten, die sich daraus ergaben. Damit war das scheinheilige Szenario endlich vollständig.

Ähnlich ging es einmal zu, als die Vereinigten Staaten wußten, daß die Russen mindestens ein Jahr lang die Telefongespräche von Beamten der US-Regierung und des Kongresses abhörten, aber nichts verlauten ließen, weil sie aus technischen Gründen nicht fähig waren, dieser Aktion ein Ende zu setzen.¹⁷ Und diesmal ging es um einen »Feind«, nicht um einen Verbündeten.

Zwischen 1958 und Mitte der 1960er Jahre wurden rund 30 ernsthafte Mordanschläge auf Präsident Charles de Gaulle verübt. Dazu kamen noch etliche Mordversuche, die aber nicht besonders weit über das Planungsstadium hinausgelangten.¹⁸ Wie es heißt, stellt dies für ein Staatsoberhaupt einen Weltrekord dar. Bei wenigstens einem Versuch war die CIA möglicherweise an dem Komplott gegen den französischen Präsidenten beteiligt. Mitte der 1960er Jahre führten die Differenzen bezüglich der NATO zwischen de Gaulle und Washington fast zum Bruch. Im Februar 1966 setzte de Gaulle der NATO und den Vereinigten Staaten eine Frist, bis zu der sie ihre Militärstützpunkte entweder französischem Kommando zu unterstellen oder abzubauen hätten.

Im Jahre 1975 brachte die *Chicago Tribune* auf ihrer Titelseite eine Dokumentation, in der unter anderem zu lesen war:

»Führende Kongreßabgeordnete haben von einer Beteiligung der CIA an einer Verschwörung von Gegnern der französischen Regierung zur Ermordung des verstorbenen französischen Präsidenten Charles de Gaulle erfahren. In den letzten beiden Wochen enthüllte ein Vertreter der CIA skizzenhafte Einzelheiten des Plans. Wie er mitteilte, nahmen irgendwann Mitte der 1960er Jahre – wahrscheinlich im Jahre 1965 oder 1966 – Abweichler in de Gaulles Regierungsapparat mit der CIA Kontakt auf und baten diese um Hilfe bei einer Verschwörung, um den französischen Präsidenten zu ermorden. Von welcher Seite die Kontaktaufnahme erfolgte, ist nicht klar. Nach den Worten des CIA-Beamten, der den Kongreß unterrichtete, diskutierte man darüber, wie man de Gaulle am besten ausschalten könnte. Dieser war zu jener Zeit der Johnson-Regierung wegen der Enteignung von amerikanischen Militärstützpunkten auf französischem Boden und seinen Forderungen, die Vereinigten Staaten sollten ihre Truppen aus dem Krieg in Indochina zurückziehen, ein Dorn im Auge. Wie es heißt, wurde deshalb nach Diskussionen zwischen Mitarbeitern der CIA und den französischen Abwechslern folgender Plan entwickelt. Es gibt allerdings keine Beweise dafür, daß die Verschwörung über das Diskussionsstadium hinausgekommen wäre.

Ein mit einem Giftring bewaffneter gedungener Mörder sollte sich unter eine Gruppe von französischen Kriegsveteranen mischen, wenn General de Gaulle einen Empfang für diese geben würde. Der Killer würde spät am Tag auftauchen, wenn man davon ausgehen könnte, daß de Gaulles Hand müde und vielleicht sogar gefühllos vom vielen Händeschütteln sein würde. Der Mörder würde die Hand des Generals in tödlicher Freundschaft ergreifen, und de Gaulle würde den winzigen Stich der Giftnadel nicht bemerken, wenn diese sich in sein Fleisch bohren würde. Der Henker würde davonschlendend und sich in der Menge verloren haben, wenn das Gift anfangen würde, durch de Gaulles Adern zu seinem Herz oder seinem Gehirn zu jagen, je nach dem, welches Gift benützt worden wäre. Wie schnell der Tod eingetreten wäre, wurde nicht gesagt, wenn dieser Punkt zu jener Zeit überhaupt diskutiert wurde.

In dem den Kongreßabgeordneten vorgelegten Plan gibt es keinen Hinweis darauf, welche Rolle die CIA tatsächlich gespielt haben würde, wäre die Verschwörung in die Tat umgesetzt worden.«¹⁹

Bei den an dieser angeblichen Verschwörung beteiligten Abwechslern handelte es sich um verbitterte französische Offiziere und frühere algerische Siedler, die immer noch einen tiefen Groll gegen de Gaulle hegten, weil dieser durch seinen Rückzug aus der nordafrikanischen Kolonie angeblich »die französische Ehre verkauft« hatte.

In der Zeugenaussage des CIA-Mitarbeiters, von der die Zeitung berichtete, gab es keinen Hinweis auf eine Beteiligung von Lyndon B. Johnson, allerdings war bekannt, daß Johnson und de Gaulle einander nicht ausstehen konnten. Der französische Vorsitzende war fest davon überzeugt, daß die Vereinigten Staaten hinter dem Fehlschlag seiner Reise nach Südamerika im Jahre 1964 standen. Er glaubte, die CIA habe ihr Agentennetz in Südamerika dazu benutzt, um zu verhindern, daß große Massen von Menschen de Gaulle zujubelten.²⁰ Es gibt einige Beweise, die darauf hindeuten, daß der General in diesem Punkt keineswegs paranoid war. Im Jahre 1970 sagte Dr. Alfred Stepan, ein Politikwissenschaftler an der Yale University, vor dem Kongreß über seine Erfahrungen in Südamerika im Jahre 1964, der als Journalist für den *Economist* tätig war, aus:

»Als de Gaulle seine Reise durch Lateinamerika antrat, sagten viele der befragten Lateinamerikaner [Beamte mehrerer Botschaften], sie würden von verschiedenen amerikanischen Gruppen unter extremen Druck gesetzt, de Gaulle nicht herzlich zu begrüßen, weil wir Lateinamerika als Teil der Einflußsphäre der Vereinigten Staaten betrachteten.«²¹

Nachdem die Geschichte in der *Chicago Tribune* erschienen war, bestätigte CIA-Direktor William Colby, »Ausländer« seien an den Geheimdienst mit dem Plan einer Verschwörung zur Ermordung de Gaulles herangetreten. Der Geheimdienst habe die Idee entschieden zurückgewiesen, sagte Colby, allerdings wisse er nicht, ob die französische Regierung von dem Komplott unterrichtet worden sei.²² Es ist nicht klar, ob das Ereignis, auf das sich Colby bezog, dasselbe war, über das die *Tribune* berichtet hatte.

Am frühen Abend des 09.11.1970, einem Montag, starb Charles de Gaulle im Alter von 80 Jahren friedlich in seinem Haus, als er sich gerade, in seinem Lehnstuhl sitzend, eine sentimentale Fernsehserie mit dem Namen »Nanou« anschaute.

Anmerkungen zu Kapitel 24

- 1 **Andrew Tully**, CIA: THE INSIDE STORY (New York, 1962), S. 44.
- 2 **Allen Dulles**, THE CRAFT OF INTELLIGENCE (New York, 1965), S. 175.
- 3 *New York Times*, 04.05.1961, S. 10.
- 4 Zitiert bei **Tully**, S. 45, aus einem Artikel von Crosby Noyes im *Washington Star* (Erscheinungstag nicht genannt).
- 5 Zitiert bei **Sanche de Gramont**, THE SECRET WAR (New York, 1963), S. 29-30.
- 6 *New York Times*, 24.04.1961.
- 7 *Washington Post*, 05.05.1961, S. A16.
- 8 *Time*, 12.05.1961, S. 19.
- 9 *New York Times*, 29.04.1961, S. 1, 3.
- 10 Ebd., 01.05.1961, S. 28.
- 11 Zitiert bei de **Gramont**, S. 30-31.
- 12 *Newsweek*, 15.05.1961, S. 50-51.
- 13 *L'Express*/**Claude Krief** nach **Alexander Werth**, »The CIA in Algeria«, *The Nation* (New York), 20.05.1961, S. 433-435.
- 14 *Time*, 12.05.1961, S. 19.
- 15 *New York Times*, 29.04.1961, S. 3.
- 16 Ebd., 02.05.1961, S. 18.
- 17 Ebd., 24.06.1975, S. 11.
- 18 **Christian Plume** und **Pierre Demaret**, TARGET: DE GAULLE (London, 1974, Übersetzung aus dem Französischen), passim.
- 19 *Chicago Tribune*, 15.06.1975, S. 1.
- 20 **David Wise**, THE POLITICS OF LYING (New York, 1973, Taschenbuchausgabe), S. 431.
- 21 MILITARY ASSISTANCE TRAINING, Hearings before the House Committee on Foreign Affairs, Subcommittee on National Security Policy and Scientific Developments, Oktober und Dezember 1970, S. 120.
- 22 *Chicago Tribune*, 20.06.1975, S. 6.

25 Ecuador 1960 bis 1963

Ein Lehrbuch der schmutzigen Tricks

Gäbe es im GUINNESS BOOK OF WORLD RECORDS die Rubrik »Zynismus«, könnte man dafür die CIA vorschlagen, weil sie »linke« Organisationen gründete, die Armut, Krankheit, Analphabetismus, Kapitalismus und die Vereinigten Staaten verdammten, um überzeugte Militante und ihr Geld von legitimen linken Organisationen wegzulocken.

Das winzige Land Ecuador war in den frühen 1960er Jahren – und ist es auch noch heute – eine klassische Bananenrepublik: unterentwickelt und praktisch am unteren Ende der wirtschaftlichen Pyramide in Südamerika. In dieser Gesellschaft erzielte ein Prozent der Bevölkerung ein Einkommen, das dem der Oberschicht in den Vereinigten Staaten entsprach, während zwei Drittel der Menschen ein durchschnittliches Familieneinkommen von etwa 10 US-Dollar im Monat hatten. Diese Menschen standen außerhalb der Geldwirtschaft, waren kaum in die Gesellschaft integriert und nahmen am Leben des Landes nicht teil. Es ist eine der alten Geschichten, welche in Lateinamerika immer wieder zu hören sind.

Im September 1960 kam eine neue Regierung unter José Maria Velasco Ibarra ins Amt. Velasco, der sich auf eine verschwommen linke, populistische Wahlplattform gestützt hatte, hatte einen entscheidenden Wahlsieg errungen. Er war kein Fidel Castro, ja er war noch nicht einmal ein Sozialist. Und trotzdem zog er den Zorn des US-Außenministeriums und der CIA auf sich, weil er ein entschiedener Gegner zweier erklärter Prioritäten der amerikanischen Ecuadornpolitik war. Dabei handelte es sich um den Abbruch der Beziehung zu Kuba und eine härtere Linie bei der Verfolgung von Aktivisten der kommunistischen Partei und der noch weiter links stehenden Gruppen.

In den nächsten drei Jahren überließ die CIA bei der Verfolgung dieser Ziele so wenig wie möglich dem Zufall. Ein regelrechtes Lehrbuch der geheimen Unterwanderungstechniken wurde aufgeschlagen. Nach den Erfahrungen Philip Agee's, eines CIA-Beamten, der zu dieser Zeit in Ecuador stationiert war, konnte man auf den Seiten dieses Buches all die folgenden Dinge finden.¹

Nahezu alle bedeutenden politischen Organisationen – von der äußersten Linken bis zur extremen Rechten – wurden, zumeist auf höchster Ebene, infiltriert. Einer der Gründe für die Unterwanderung der Linken war das Ziel, junge Radikale von der Unterstützung Kubas und vom Antiamerikanismus abzubringen. Die Rechte dagegen wurde infiltriert, um den Prioritäten der CIA entsprechende Aktivitäten zu initiieren und zu koordinieren. Gab es irgendwann einmal keine Organisation, die geeignet schien, ein bestimmtes Erfordernis zu erfüllen, wurde einfach eine solche Organisation gegründet.

Oder es tauchte plötzlich eine bisher unbekannte Gruppe »besorgter Bürger« mit bekannten Persönlichkeiten an der Spitze auf, die eine Reihe von Anzeigen in führenden Zeitungen schalteten, in denen die Unterwanderung der Regierung durch die extreme Linke verurteilt und ein Bruch mit Kuba gefordert wurden. Oder eine der bekannten Persönlichkeiten hielt eine von der CIA verfaßte Rede, und dann lobte der Herausgeber einer Zeitung oder ein bekannter Kolumnist – beides Herren, die auf der Lohnliste der CIA standen – diese Rede.

Einige dieser Tarnorganisationen gab es wirklich, andere waren reine Hirngespinnste. Einmal las der CIA-Beamte, der die nicht existierende »Ecuadorianische Antikommunistische Front« geschaffen hatte, voller Überraschung in seiner Morgenzeitung, es habe sich tatsächlich eine Organisation dieses Namens gegründet. Er änderte den Namen seiner Organisation in »Ecuadorianische Antikommunistische Aktion« um.

Dem Werben um die Arbeiterklasse widmete man besondere Aufmerksamkeit. Eine Buchstabensuppe von Arbeiterorganisationen, von denen einige nichts anderes als ein

Name auf einem Briefbogen waren, wurde geschaffen, verändert und aufgelöst. Und dann wurden wieder neue ins Leben gerufen, alles in einem fieberhaften Versuch, die richtige Kombination zu finden, um mit den bestehenden linksgerichteten Gewerkschaften konkurrieren zu können und ihnen die Führung im Land wegzunehmen. Gewerkschaftsführer wurden dazu eingeladen, völlig kostenlos von der CIA organisierte Kurse in Ecuador oder in den Vereinigten Staaten zu besuchen, wo man ihnen die Gefahren des Kommunismus für die Gewerkschaftsbewegung näherbrachte und potentielle Agenten aussuchte.

Auch diese Bemühungen waren nicht ohne eine gewisse Ironie. Manchmal konkurrierten CIA-Agenten voller Neid um die besten Stellungen in diesen von der CIA geschaffenen Gewerkschaften. Und von Zeit zu Zeit trafen ecuadorianische Organisationen bei »internationalen Konferenzen« auf Tarnorganisationen der CIA aus anderen Ländern, und alle Teilnehmer waren glücklich und zufrieden, weil niemand wußte, wer wer oder was was war.

Wie in den meisten anderen Ländern Lateinamerikas lancierte der Geheimdienst auch in Ecuador erfundene antikommunistische Meldungen in Zeitungen, die zur Zusammenarbeit bereit waren. Diese Meldungen wurden dann von anderen CIA-Außenstellen in Lateinamerika aufgegriffen und von einer CIA-Pressagentur, einem CIA-Radiosender oder von zahllosen Journalisten, die nach Artikeln bezahlt wurden, weiterverbreitet. Außerdem wurden sie auch unwissentlich von anderen Medien, einschließlich solchen in den Vereinigten Staaten, aufgegriffen. In CIA-Büros verfaßte antikommunistische Propaganda und verzerrte Nachrichten – oftmals völlig an den Haaren herbeigezogenes Zeug – erschienen auch in anderen lateinamerikanischen Zeitungen als nicht gekennzeichnete eigene Leitartikel.

In praktisch jeder Dienststelle der ecuadorianischen Regierung fanden sich Männer in hohen wie in niedrigen Stellungen, die mit der CIA für Geld und/oder aus anderen Motiven zusammenarbeiteten. Es gab sogar eine Zeit, da zählten zu den Männern des Geheimdienstes solche im zweiten oder dritten Glied der Machthierarchie des Landes.

Diese Agenten in der Regierung profitierten von Informationen, die die CIA durch Lauschangriffe oder andere Mittel gewonnen hatte. Dies versetzte sie in die Lage, Prestige und Karrierechancen zu gewinnen oder ihre gegenwärtige Stellung in der verworrenen ecuadorianischen Politik zu festigen. Ein hochrangiger Minister mit linken Neigungen hingegen wurde zum Ziel eines unaufhörlichen Hagels von negativer Propaganda aus allen Geschützen des CIA-Arsenals, und gegen ihn inszenierte Demonstrationen verstärkten den Druck auf den Präsidenten, ihn zu entlassen.

Der Postminister und andere Beschäftigte der Post, alles angesehene Mitglieder im Verein derer, die auf der Gehaltsliste der CIA standen, schickten regelmäßig die Post aus Kuba und den Ländern des Ostblocks zur Überprüfung an den Geheimdienst, während Zollbeamte und der Direktor der Ausländerbehörde den Geheimdienst darüber auf dem Laufenden hielten, wer nach Kuba reiste oder aus diesem Land kam. Wenn eine besonders vielversprechende Zielperson aus Kuba zurückkehrte, wurde sie am Flughafen durchsucht und es wurden von der CIA produzierte Dokumente bei ihr »gefunden.« Diese Dokumente, die in der Öffentlichkeit so viel wie möglich bekanntgemacht wurden, enthielten zum Beispiel Anweisungen dazu, »wie man den Haß zwischen den Klassen schürt«, oder eine bestimmte provokative Sprache, die dazu geeignet war, die kommunistische Partei zu spalten. Allgemein gesagt, »bestätigten« die Dokumente die schlimmsten Befürchtungen der Öffentlichkeit über die Pläne der Kommunisten, unter Federführung Kubas oder der Sowjetunion die Macht in Ecuador zu übernehmen, oder sie dienten dazu, einen Zusammenhang mit einem wichtigen ecuadorianischen Linken herzustellen, hinter dessen Kopf der Geheimdienst her war. Ähnliche von CIA-Außenstellen in anderen Ländern Lateinamerika fabrizierte Enthüllungen wurden in Ecuador als Warnung, daß Ecuador als nächstes dran sein könnte, veröffentlicht.

Die Finanzierung eines quasi religiösen Feldzugs konservativer Gruppen gegen Kuba und den »atheistischen Kommunismus« durch den Geheimdienst führte dazu, daß die Machtbasis Präsident Velascos unter den Armen ernsthaft geschwächt wurde, vor allem

unter den Indianern, die fast vollständig für ihn gestimmt hatten, aber noch mehr von ihrer Religion abhängig waren. Als die CIA wissen wollte, wie der Präsident darauf reagiert hatte, brauchte sie sich nur an dessen Leibarzt – und seinen Agenten – Dr. Felipe Ovalle zu wenden. Dieser berichtete, sein Patient leide infolge dieser Aktion unter starkem emotionalen Streß.

CIA-Agenten verübten Bombenanschläge auf Kirchen oder Büros rechtsradikaler Organisationen, wobei sie den Eindruck hinterließen, dies sei das Werk von Linken. Sie marschierten in linken Demonstrationen mit und trugen dabei Plakate oder riefen Parolen mit extrem antimilitaristischem Inhalt, um die Streitkräfte zu einem Staatsstreich zu provozieren.

Der Geheimdienst kam mit seinen schmutzigen Tricks allerdings nicht immer heil davon. Während eines Wahlkampfs beteiligten sich am 19.03.1960 zwei hochrangige Oberste, welche die Hauptverbindungsleute der CIA zur Landespolizei waren, an einem Tumult, mit dem eine Demonstration der Anhänger von Velasco gesprengt werden sollte. Während des Tumults, bei dem fünf Velasco-Anhänger getötet und viele verwundet wurden, befand sich der CIA-Beamte Bob Weatherwax in vorderster Linie der Polizeikräfte und gab diesen Anweisungen. Als Velasco sein Amt übernahm, ließ er die beiden Obersten festnehmen und verwies Weatherwax des Landes.

Die von der CIA unterstützten Handlungen wurden ohne Kenntnis des amerikanischen Botschafters ausgeführt. Als die kubanische Botschaft den Geheimdienst öffentlich der Verwicklung in verschiedenen antikubanischen Handlungen beschuldigte, veröffentlichte der amerikanische Botschafter eine Erklärung, über die »jedermann in der [CIA]-Außenstelle schmunzeln mußte.« Die Erklärung lautete:

»Die einzigen Agenten in Ecuador, die von den Vereinigten Staaten bezahlt werden, sind die Techniker, die von der ecuadorianischen Regierung eingeladen wurden, um einen Beitrag zur Hebung des Lebensstandards des ecuadorianischen Volkes zu leisten.«

Im November 1961 handelte schließlich das Militär. Velasco wurde gezwungen zurückzutreten, und Vizepräsident Carlos Julio Arosemana nahm seine Stelle ein. Zu jener Zeit gab es zwei Hauptkandidaten für den Posten des Vizepräsidenten. Einer war der stellvertretende Senatspräsident, ein CIA-Agent. Der andere war der Rektor der Universidad Central de Ecuador, ein gemäßigter Politiker. Am Tag, als der Kongreß zu seiner Entscheidung zusammentrat, erschien in einer Morgenzeitung eine Meldung, nach der die kommunistische Partei und eine militante linke Jugendorganisation dem Rektor ihre Unterstützung zusicherten. Die Meldung war von einem Kolumnisten der Zeitung, welcher zugleich der Hauptpropagandaagent der CIA-Außenstelle in Quito war, dort platziert worden. Der Rektor wurde dadurch schwer kompromittiert, die Dementis kamen zu spät, und der CIA-Mann gewann. Die CIA erhöhte sein Agentengehalt unverzüglich von 700 auf 1000 Dollar im Monat.

Wie sich bald herausstellte, war Arosemana für die CIA ebenso wenig akzeptabel wie Velasco. Alle Operationen wurden wieder aufgenommen, besonders die Kampagne für den Abbruch der Beziehungen zu Kuba, ein Schritt, den Arosemana standhaft verweigerte. Die Pattsituation wurde schließlich dadurch beendet, daß im März 1962 eine von Oberst Aurelio Naranjo geführte Militärgarnison Arosemana ein Ultimatum von 72 Stunden setzte, die Kubaner nach Hause zu schicken und den linken Arbeitsminister zu feuern. (Es muß wohl nicht gesagt werden, wer Naranjos finanzieller Wohltäter war.) Arosemana gab dem Ultimatum nach und warf auf Geheiß des neuen Kabinetts, das man ihm aufgezwungen hatte, auch gleich die tschechoslowakische und die polnische Delegation hinaus.

In der Außenstelle des CIA in Quito fand eine Siegesfeier statt, bei welcher der Champagner in Strömen floß. Andernorts in Ecuador jedoch waren die Menschen voller Wut über die Machtanmaßung des Militärs und verzweifelt wegen ihrer Lebensumstände. Deshalb griffen sie zu den Waffen. Aber wie schon so oft kam nichts dabei heraus. Es war nur eine kleine Gruppe von Menschen, die schlecht bewaffnet und ausgebildet sowie von Agenten unterwandert war, so daß jeder ihrer Schritte schon im Voraus bekannt

war. Auf der anderen Seite stand ein Bataillon Fallschirmjäger, die von den Vereinigten Staaten hervorragend ausgebildet und bewaffnet worden waren. Das war das, was im Feld geschah. In Presseberichten sah es ganz anders aus: Dort waren aus der kleinen Gruppe plötzlich Hunderte von Menschen geworden, die nicht nur allein bis an die Zähne bewaffnet waren, sondern auch noch mit Waffen von »außerhalb des Landes« (lies: Kuba). Und die ganze Operation war angeblich aufs Sorgfältigste auf dem Parteitag der kommunistischen Partei im Monat zuvor geplant worden.

Am 11.07.1963 wurde der Präsidentenpalast in Quito von Panzern und Truppenverbänden umstellt. Arosemana mußte gehen, und eine Junta zog ein. Als erste Handlung verbot sie den Kommunismus. »Kommunisten« und andere »extreme« Linke wurden zusammengetrieben und ins Gefängnis geworfen. Diese Aktion wurde dadurch erleichtert, daß die CIA der Junta die Daten ihres Verzeichnisses über subversive Elemente zur Verfügung stellte. (Eine solche Liste gab es in vielen Außenstellen des Geheimdienstes. Darin waren nicht nur die Namen der jeweiligen Personen verzeichnet, sondern auch die Namen und Adressen ihrer Verwandten und Freunde sowie die Orte, die sie häufig aufsuchten, also all das, was man brauchte, um die Personen aufzuspüren, wenn die Zeit gekommen war.)

Die Junta setzte die Bürgerrechte außer Kraft, und die für das Jahr 1964 vorgesehenen Wahlen wurden abgesetzt. Noch so eine alte Geschichte, wie sie in Lateinamerika immer wieder zu hören ist.

Und was erfuhr das amerikanische Volk in diesen drei Jahren über dieses Hexengebräu von Geheimaktionen, die angeblich in seinem Namen stattfanden? Sehr wenig, wenn überhaupt etwas, zumindest, wenn man die *New York Times* als Indikator heranzieht. Nicht ein einziges Mal während dieser ganzen Zeit – vor und während des Staatsstreichs – gab es irgendeinen Hinweis in einem Artikel oder einem Kommentar über Ecuador darauf, daß die CIA oder irgendeine andere Regierungsstelle der USA irgendeine Rolle bei irgendeinem Ereignis, das in diesem Land stattgefunden hatte, gespielt hatte. Und selbst heute, da man den Vorteil hat, diese Pressedokumente mit nachträglichem Wissen und nachträglicher Einsicht lesen zu können, und sogar dann, zwischen den Zeilen liest und findet man nichts mehr.

Es gibt nur eine einsame Ausnahme. Nach dem Staatsstreich erschien ganz unten auf Seite 20 eine winzige Meldung, wonach Radio Havanna die Vereinigten Staaten der Anstiftung zu dem Militärputsch beschuldigt hatte.² Die kubanische Regierung hatte schon lange regelmäßig öffentliche Anschuldigungen bezüglich der amerikanischen Aktivitäten in Ecuador erhoben, doch dies war das erste Mal, daß darüber in der *New York Times* etwas zu lesen war. Die Frage drängt sich auf: Warum wurden diese Anschuldigungen einer Berichterstattung oder eines Kommentars, von einer Nachprüfung ganz zu schweigen, für unwert erachtet?

Anmerkungen zu Kapitel 25

- 1 **Philip Agee**, *INSIDE THE COMPANY: CIA DIARY* (New York, 1975), S. 106-316 und passim. Agees Buch machte ihn zum Staatsfeind Nummer 1 der CIA. In einer Besprechung des Buches jedoch erklärte der frühere CIA-Beamte Miles Copeland, der seinen Abscheu über Agees »Verrat« allerdings nicht verbergen kann: »Das Buch ist interessant als authentischer Bericht darüber, wie ein gewöhnlicher amerikanischer oder britischer Geheimdienstbeamter im Ausland arbeitet [...] Als Agentenführer in Quito, Montevideo und Mexiko Stadt hat er Informationen aus erster Hand [...] Alles ist, wie auch der Verlag behauptet, mit »tödlicher Genauigkeit« dargestellt« (*The Spectator*, London, 11.01.1975, S. 40).
- 2 *New York Times*, 14.07.1963, S. 20. Eine knappe und interessante Darstellung der politischen Neigungen von Velasco und Arosemana findet sich bei **John Gerassi**, *THE GREAT FEAR IN LATIN AMERICA* (New York, 1965, überarb. Aufl.), S. 141-148.

26 Der Kongo 1960 bis 1964

Die Ermordung Patrice Lumumbas

Innerhalb von Tagen nach seiner Unabhängigkeit von Belgien am 30.06.1960 wurde das lange Zeit unter dem Namen Belgisch-Kongo und später als Zaire bekannte Land von Unfrieden und Chaos überschwemmt, weil etliche Einzelpersonen, Stämme und politische Gruppen um die Herrschaft oder ihre Unabhängigkeit kämpften. In den Jahren darauf berichtete die Weltpresse über eine Folge von kongolesischen Regierungen, das endlose Durcheinander von Persönlichkeiten und Verschwörungen, fremdartige Ortsnamen wie Stanleyville und Leopoldville, schockierende Geschichten über europäische Geiseln und weiße Söldner und die Brutalität und Gewalt von allen Seiten mit ihren rassistischen Untertönen.

In diese Unordnung wurden die Staaten des Westens gleichsam »wie von selbst« hineingezogen, vor allem Belgien, das seine enormen Investitionen in die Ausbeutung der Bodenschätze schützen wollte, und die Vereinigten Staaten, die ebenso an dem märchenhaften Reichtum interessiert und – wie immer und überall – vom Kampf gegen den »Kommunismus« besessen waren.

Die aufeinanderfolgenden amerikanischen Regierungen von Eisenhower, Kennedy und Johnson, die das Ganze durch die Brille des Kalten Krieges betrachteten, nahmen ein Ost-West-Schlachtfeld wahr. Die CIA-Außenstelle im Kongo telegraphierte im August 1960 nach Washington: »Botschaft und Außenstelle gehen davon aus, daß der Kongo einen klassischen kommunistischen Versuch zu Übernahme der Regierung erlebt.« CIA-Direktor Allen Dulles warnte vor einer »kommunistischen Machtübernahme im Kongo mit verheerenden Konsequenzen für die Interessen der freien Welt.« Gleichzeitig bewilligte Dulles einen Soforthilfefonds von bis zu 100.000 US-Dollar, um die existierende Regierung unter Patrice Lumumba durch eine »prowestliche Gruppe« zu ersetzen.¹

Es ist unklar, welche Kriterien die CIA anlegte, um zu bestimmen, daß Lumumbas Regierung dabei war, kommunistisch zu werden. Wir wissen jedoch, wie die Washington Post zum gleichen Schluß kam:

»Westliche Diplomaten beobachten wie der von dem unberechenbaren Ministerpräsidenten Patrice Lumumba beherrschte Teil [des Kongo] langsam aber sicher in den Ostblock abgleitet. Sieht man einmal von den fieberhaften Aktivitäten der Staaten des Ostblocks hier ab, so ist das Muster der Ereignisse für geschulte Beobachter kommunistischer Politik ganz offensichtlich. Lumumbas überraschender Positionswechsel, seine offene Herausforderung der Vereinten Nationen und seines Generalsekretärs Dag Hammarskjöld sowie seine unaufhörliche Aufwiegelung der weitgehend analphabetischen Kongolesen lassen sich nach Ansicht erfahrener Beobachter nicht anders erklären.«²

Jahre danach erklärte Staatssekretär C. Douglas Dillen einem Untersuchungsausschuß des Senats, dem so genannten Church-Ausschuß, der Nationale Sicherheitsrat und Präsident Eisenhower seien im Jahre 1960 der Meinung gewesen, Lumumba wäre eine »Person, mit der man sich nur sehr schwer, ja vielleicht sogar überhaupt nicht verständigen könne; außerdem sei er eine Gefahr für den Frieden und die Sicherheit in der Welt.«³ Diese Darstellung veranlaßte den Schriftsteller Jonathan Kwitny zu folgender Beobachtung:

»Wie weit war es doch von den Vorstellungen eines barfüßigen Postangestellten im Jahre 1956 entfernt, daß er in nur wenigen Jahren eine Gefahr für den Frieden und die Sicherheit in der Welt darstellen würde! Diese Wahrnehmung scheint verrückt, insbesondere da sie vom Nationalen Sicherheitsrat stammt, der nun wirklich die Macht hat, jedes menschliche Leben innerhalb von Stunden auszulöschen.«⁴

Patrice Lumumba wurde der erste Ministerpräsident des Kongo, nachdem seine Partei die Mehrheit der Stimmen bei den Parlamentswahlen errungen hatte. Er forderte die wirtschaftliche und politische Befreiung des Landes und scheute sich nicht, mit den sozialistischen Ländern Kontakt aufzunehmen. Bei den Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag gelang es ihm sicher, alle anwesenden ausländischen Würdenträger mit seiner Rede zu vergraulen, die in Auszügen lautete:

»Achtzig Jahre Kolonialherrschaft waren unser Los. Wir kannten nichts als anstrengende Arbeit im Austausch für eine Bezahlung, die uns nicht einmal erlaubte, unseren Hunger zu stillen. Wir erfuhren ironische Bemerkungen, Beleidigungen und Schläge, die wir Tag und Nacht ertragen mußten, weil wir ›Neger‹ waren. Wir mußten erfahren, daß für Weiße die Gesetze immer anders waren, als wenn sie auf Neger angewandt wurden. Wir kannten die grauenhaften Leiden derer, die wegen ihrer politischen Ansichten oder ihrer religiösen Überzeugungen verbannt wurden. Wir kannten die großartigen Villen der Weißen in den Städten und die morschen Strohhütten der Neger.«⁵

Man muß sich vergegenwärtigen, daß dies in einer solchen Umgebung im Jahre 1960 eine wahrhaft radikale Rede war.

Am 11.07.1960 erklärte die Provinz Katanga, in der sich der Großteil der Vorkommen des Kongo an Kupfer, Kobalt, Uran, Gold und anderen Bodenschätzen befand, ihre Abspaltung. Belgien hatte, als Hauptbesitzer dieses märchenhaften Reichtums, nie vorgehabt, die wirkliche Herrschaft über das Land aufzugeben, und unterstützte daher nun die Unabhängigkeitsbestrebungen Katangas, weil es den Vorteil erkannte, wenn seine Investitionen in einem kleinen separaten Land angesiedelt waren, das der Zentralregierung in Leopoldville gegenüber weder verantwortlich war noch an diese Steuern bezahlen mußte. Darüber hinaus wurde Katanga von Moïse Tschombe geführt, der bekannt war für seine Gastfreundschaft und den Respekt, den er den Weißen und ihren Investitionen entgegenbrachte.

Die Eisenhower-Regierung unterstützte die belgische Intervention auf Seiten Katangas. Und in der Tat hatte die amerikanische Botschaft bereits vorher eine solche Intervention gefordert. Der Grund für diese Politik war – unabhängig von Washingtons ideologischer Abneigung gegenüber Lumumba – die Tatsache, daß eine ganze Reihe von prominenten Regierungsvertretern in die Bodenschätze Katangas investiert hatten.⁶

Die belgische Intervention, die äußerst gewaltsam war, wurde von der Sowjetunion wie auch von vielen Staaten des afro-asiatischen Blocks scharf verurteilt. Dies veranlaßte den UN-Sicherheitsrat am 14.07.1960 dazu, den Rückzug der belgischen Truppen und ihre Ersetzung durch UN-Soldaten zu beschließen. Die USA waren darüber sehr erfreut, denn die UNO war unter Dag Hammarskjöld sehr eng mit Washington verbündet. Die UN-Beamten, welche die Kongo-Operation leiteten, waren Amerikaner, die eng mit dem Außenministerium zusammenarbeiteten. Die Länder des Ostblocks dagegen waren ausgeschlossen, und seinen Bürgern, die im UNO-Sekretariat arbeiteten, wurden die Telegramme aus dem Kongo vorenthalten. Hammarskjöld selbst war Lumumba gegenüber sehr feindlich eingestellt.⁷

Die UN-Truppe ersetzte die belgischen Truppen in der Provinz Katanga, machte aber keinerlei Anstalten, die Abspaltung zu beenden. Lumumba, der – auf sich allein gestellt – nicht in der Lage war, diesen Aufstand oder einen in einer anderen Provinz niederzuwerfen, hatte an die Vereinten Nationen wie auch an die Vereinigten Staaten appelliert, ihm beim Transport seiner Soldaten zu helfen. Als beide dies verweigerten, wandte er sich an die Sowjetunion um Hilfe, die er auch erhielt.⁸ Allerdings blieb ihm der militärische Erfolg versagt.

Der Kongo war an vielen Stellen in Aufruhr, und mittendrin entließ Präsident Kasawubu am 05.09.1960 unerwartet Ministerpräsident Lumumba – ein Schritt, dessen Legalität äußerst fragwürdig war und der mit amerikanischer Unterstützung unternommen wurde, da Kasawubu »zu Füßen der CIA-Leute saß.«⁹ Später stellte der Church-Ausschuß fest, dieser Schritt habe »trotz der starken Unterstützung Lumumbas durch das kongolesische Parlament« stattgefunden.¹⁰

Nach Aussagen eines hohen CIA-Beamten war es in den frühen 1960er Jahren an der Tagesordnung, daß die CIA »regelmäßig kongolesische Politiker kaufte und verkaufte.«¹¹ Aus diplomatischen Quellen der USA wurde später bestätigt, daß Kasawubu einer der Empfänger des Geldes gewesen war.¹²

Hammarskjöld billigte vor dem UN-Sicherheitsrat öffentlich die Entlassung, und als Lumumba versuchte, seinen Fall dem kongolesischen Volk über das Radio vorzutragen, schlossen UN-Truppen den Radiosender. Als Reaktion darauf erschien Lumumba vor den Mitgliedern der Legislative, und infolge seines wunderbaren Redetalents bestätigten ihn beide Kammern des Parlaments als Ministerpräsidenten. Aber er konnte sich der Früchte seines Sieges nur wenige Tage freuen, denn am 14.09.1960 übernahm der starke Mann der Armee, Joseph Mobutu, in einem von den Vereinigten Staaten gesteuerten Militärputsch die Macht.

Sogar während dieser Zeit, als Lumumba eigentlich nicht an der Macht war, »sahen die CIA und hohe Regierungsangestellte ihn weiterhin als eine Gefahr an« [...] seine »Bebagungen und seine Dynamik scheinen der überwältigende Faktor [dafür zu sein], daß er jedes Mal seine Stellung wiedergewinnt, wenn sie schon halb verloren scheint. Wenn er zu einem Bataillon der kongolesischen Armee zu reden begänne, würde er es wahrscheinlich innerhalb von fünf Minuten völlig in der Hand haben.«¹³

Ende September schickte die CIA einen ihrer Wissenschaftler, Dr. Sidney Gottlieb mit einem »tödlichen biologischen Material« [einem Virus] in den Kongo, das ausdrücklich zur Ermordung Lumumbas hergestellt worden war. Das Virus, das dazu bestimmt war, eine für das Kongobecken typische tödliche Krankheit hervorzurufen, wurde im Diplomatengepäck transportiert.¹⁴

Im Jahre 1975 kam der Church-Ausschuß zu dem Schluß, daß Allen Dulles Lumumbas Ermordung als »ein dringendes und vorrangiges Ziel« (Originalton Dulles) angeordnet hatte.¹⁵ Nach der Anhörung der Zeugenaussagen mehrerer Beamte, die der Meinung waren, der Befehl zur Ermordung des afrikanischen Vorsitzenden sei ursprünglich von Präsident Eisenhower ausgegangen, entschied der Ausschuß, dies sei in der Tat eine »vernünftige Schlußfolgerung.«¹⁶

Allerdings wurde das Virus aufgrund der Entwicklung im Kongo niemals benutzt, denn die CIA-Außenstelle im Kongo war nicht in der Lage, »einen ausreichend zuverlässigen Agenten mit dem richtigen Zugang« zu Lumumba zu finden, bevor die Wirksamkeit des Virus nachließ.¹⁷ Jedenfalls stellte der Church-Ausschuß fest, daß die CIA-Außenstelle in Leopoldville

»weiterhin engen Kontakt zu Kongolesen aufrechterhielt, die ihrem Wunsch nach der Ermordung Lumumbas Ausdruck verliehen. CIA-Beamte bestärkten diese Kongolesen darin und boten ihnen Unterstützung bei ihren Aktionen gegen Lumumba an, allerdings gibt es keinen Beweis dafür, daß diese Hilfe speziell zum Zweck seiner Ermordung zur Verfügung gestellt worden wäre.«¹⁸

Weil er um sein Leben fürchtete, war Lumumba ständig auf der Flucht. Eine Zeitlang schützten ihn die Vereinten Nationen vor Mobutu, denn sie waren durch beträchtlichen internationalen Druck dazu gezwungen worden, etwas auf Distanz zu Washington zu gehen.¹⁹ Aber am 01.12.1960 wurde Lumumba von Mobutus Soldaten gefangengenommen. Ein CIA-Telegramm vom 28.11.1960 deutet darauf hin, daß der Geheimdienst in die Jagd nach dem charismatischen Führer verwickelt war. In dem Telegramm war die Rede davon, daß die CIA-Außenstelle mit der kongolesischen Regierung zusammenarbeite, um die Straßen zu blockieren und die Truppen in Bereitschaft zu setzen und so die mögliche Fluchtrouten Lumumbas zu versperren.²⁰

Die Vereinigten Staaten waren auch in die Machtergreifung durch Mobutu verwickelt, von dem der Autor und CIA-Vertraute Andrew Tully sagte, er sei von der CIA »entdeckt« worden.²¹ Mobutu hielt Lumumba bis zum 17.01.1961 gefangen. An diesem Tag übergab er seinen Gefangenen Moïse Tschombé, dem Regierungschef der Provinz Katanga und Erzfeind von Lumumba. Am gleichen Tag wurde Lumumba ermordet.

Im Jahre 1978 berichtete der frühere Afrikaspezialist der CIA, John Stockwell, in einem Buch, ein hoher CIA-Beamter habe ihm erzählt, er sei mit Lumumbas Leiche im Kofferraum seines Autos herumgefahren »und überlegte, was er damit machen könnte.«²² Was er dann damit machte, ist bis jetzt nicht bekanntgeworden.

Während Lumumbas Haft betrieben US-Diplomaten im Kongo eine Politik des »Bedauerns« wegen seiner Folterung und versuchten, eine »humane Behandlung« für ihn zu bewirken, allerdings taten sie dies bloß wegen »der internationalen Meinung und nicht etwa, weil sie ihn mochten.«²³ Wie diese amerikanischen Beamten befürchtet hatten, wurde Lumumba sofort nach seiner Ermordung, aber auch auf lange Sicht zum Märtyrer und Symbol des Antiimperialismus in ganz Afrika und anderswo in der Dritten Welt. Sogar Mobutu sah sich später gezwungen, seinem Opfer ein Denkmal zu errichten.

Ohne einen eindeutig »kommunistischen« Gegner wie Lumumba war die Kennedy-Regierung, die am 20.01.1961 ins Amt kam, in der Katangafrage sehr gespalten. Obwohl die Vereinigten Staaten im Namen der Stabilität des Kongo schließlich im Sommer die UN-Militäroperation zur Beendigung der Abspaltung der Provinz unterstützten, fand Tschombé offene Unterstützung im US-Kongreß, und die Stimmung unter den Beamten im Außenministerium und im Weißen Haus spiegelte diese gespaltene Stimmung wider. Die unterschiedlichen wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen dieser Beamten scheinen mannigfaltiger und widersprüchlicher gewesen zu sein als unter der Eisenhower-Regierung, und dies kam auch im Fehlen einer einheitlichen Politik zum Ausdruck. Jedenfalls wurde nach Aussagen von Kennedys Berater und Biographen Arthur Schlesinger in beiden Lagern die Ansicht vertreten, man müsse die schädlichen sowjetischen bzw. kommunistischen Pläne im Kongo verhindern.²⁴

Noch deutlicher zeigte sich die politische Zerrissenheit darin, daß Transportflugzeuge der US-Luftwaffe vom Typ C-130 kongolesische Truppen und Nachschub gegen die Rebellen in Katanga flogen, während gleichzeitig die CIA und ihre heimlichen Verbündeten im Pentagon eine Luftflotte aus schweren Transportflugzeugen sowie Söldnereinheiten zusammenstellten, um eben diesen Rebellen zu helfen.²⁵ (Zumindest stellte dies den dritten Fall dar, in dem die CIA in direkter militärischer Opposition gegen einen anderen Zweig der US-Regierung handelte).²⁶

Bei Antoine Gizenga, einem anderen prominenten Linken, der unter Lumumba stellvertretender Ministerpräsident gewesen war, waren sich die Beamten in Washington schon eher einig. Nach dem Bericht des Church-Ausschusses drängte der CIA-Chef im Kongo, Lawrence Devlin, nach der Entlassung Lumumbas »einen wichtigen kongolesischen Führer« (wahrscheinlich Mobutu) dazu, Lumumba, Gizenga und Mulele entweder »festzunehmen« oder eine »dauerhaftere Lösung für sie zu finden.« (Pierre Mulele war ein weiterer enger Vertrauter Lumumbas).²⁷ Tatsächlich wurde Gizenga kurz nach Mobutus Machtübernahme verhaftet, aber ein UNO-Kontingent aus Ghana, dessen Präsident Kwame Nkrumah ein Verbündeter Lumumbas war, griff ein und befreite ihn.²⁸

Im ununterbrochenen »Reise nach Jerusalem«-Spiel der kongolesischen Politik fand sich am 01.08.1961 Gizenga als stellvertretender Ministerpräsident unter einem gewissen Cyrille Adoula wieder. Ende des Monats war Gizenga außerdem noch zum Anführer einer Rebellentruppe geworden, die in der Gegend von Stanleyville ein eigenes Regime errichtet und dies zur legitimen Regierung des gesamten Kongo erklärt hatte. Er sah sich als politischer und geistiger Nachfolger Lumumbas.

Die Sowjetunion glaubte Gizenga möglicherweise, denn sie schickte ihm über den Süden, der nördlich an den Kongo grenzt, offensichtlich Geld und Waffen. Als die CIA erfuhr, daß ein tschechisches Schiff mit einer Waffenladung Richtung Sudan unterwegs war, die als Rote-Kreuz-Pakete für die Flüchtlingshilfe im Kongo getarnt war, setzte der Geheimdienst sein häufigstes Mittel, Bestechung, ein, um einen Kranführer dazu zu bringen, bei der Ankunft des Schiffes eine Kiste herunterfallen zu lassen. An diesem Tag lagen im Hafen plötzlich überall nagelneue sowjetische Kalaschnikows herum. Durch ein ebenso raffiniertes Komplott am Flughafen von Khartum, der Hauptstadt des Sudan, gelang es der CIA, einen kongolesischen Kurier von seinem Koffer mit sowjetischem Geld für den Kongo zu trennen.²⁹

In der Zwischenzeit versuchte das Außenministerium, seinen eigenen Worten nach,

»Adoula dazu zu drängen, Gizenga zu entlassen und ihn zum Rebellen gegen die Zentralregierung zu erklären, damit Polizeimaßnahmen gegen ihn ergriffen werden konnten. Außerdem drängen wir die UNO, militärische Maßnahmen zur Niederschlagung seines Aufstandes zu ergreifen. Wir unternehmen alle möglichen Versuche, um jegliche einheimische und ausländische Unterstützung für Gizenga zu verhindern. Wir haben Sorge dafür getragen, daß diese Hilfe [der USA] über die Zentralregierung lief, um dadurch einen wirtschaftlichen Anreiz zur Unterstützung dieser Regierung zu erzeugen.«³⁰

Die CIA lieferte Geld und Waffen an die Anhänger Adoulas und Mobutus.³¹ Adoula, der enge Verbindungen zur amerikanischen Gewerkschaftsbewegung und zu den CIA-Gewerkschaften hatte (über den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften – vgl. Kapitel 16 über Britisch-Guayana), war in einer Sitzung des Parlaments – während der den Parlamentariern von der CIA und sogar von den Vereinten Nationen Bestechungsgelder zugesteckt wurden – anstelle von Gizenga zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Der folgende CIA-Aktenvermerk nahm offensichtlich darauf Bezug. Dort hieß es:

»Bei diesem bedeutenden Erfolg über Gizenga spielten die UNO und die Vereinigten Staaten, die ihre Aktionen eng aufeinander abstimmten, eine wesentliche Rolle.«³²

Im Januar 1962 vertrieben UNO-Truppen mit entschiedener amerikanischer Unterstützung Gizenga und seine Anhänger aus Stanleyville, und ein Jahr später zwangen sie Tschombé endgültig dazu, die Abspaltung Katangas zu beenden. Diese Maßnahmen liefen unter dem Namen »Vereinigung des Kongo«, als ob irgend jemand anderer als die Kongolesen selbst darüber hätten entscheiden dürfen. Nie zuvor war die UNO in solche Militäraktionen verwickelt gewesen, und der Weltorganisation wurde von vielen Seiten vorgeworfen, sie habe ihre eigene Charta verletzt. Ohnehin dienten diese Aktionen lediglich dazu, die trostlose Prozedur aufeinanderfolgender Anführer, versuchter Staatsstriche, selbständiger Armeen, wechselnder Allianzen und Aufstände für einige Zeit zu verlangsamen.

Einen ironischen und absurden Stempel erhielt die amerikanische Kongo-Politik aufgedrückt, als Allen Dulles (auf Grund der Aktion in der Schweinebucht nun ehemaliger Direktor der CIA) drei Monate nach der erfolgreichen Aktion gegen Gizenga den Fernsehzuschauern mitteilte, daß die Vereinigten Staaten »die Gefahr« eines sowjetischen Engagements »überschätzt« hätten [...] »Es sah aus, als hätten sie einen ernsthaften Versuch zur Machtübernahme in Belgisch-Kongo unternommen, aber das gelang ihnen Gott sei Dank in keiner Weise.«³³

Nichtsdestoweniger ließen die Vereinigten Staaten dem Regime in Leopoldville eine gewaltige Militärhilfe zukommen, denn Mitte des Jahres 1964 war die Rebellion der Erben Lumumbas und Gizengas weiter verbreitet und entschlossener denn je zuvor und der Zusammenbruch der Zentralregierung schien eine realistische Möglichkeit zu sein. Zusätzlich zu den Waffen und Flugzeugen schickte Washington 100 bis 200 Militärangehörige und Techniker zur Unterstützung der Regierungstruppen in den Kongo, und die CIA führte eine paramilitärische Aktion gegen die Aufständischen im Osten des Landes durch.³⁴

Der Regierungschef war nun niemand anderes als Moïse Tschombé, der wegen seiner weithin bekannten Rolle bei der Ermordung Lumumbas und dem Einsatz weißer Söldner – von denen die meisten Südafrikaner und Rhodesier waren – bei seinem Versuch der Abspaltung Katangas »Afrikas unpopulärster Afrikaner« genannt wurde. Tschombé verteidigte den Einsatz der weißen Söldner damit, daß seine Soldaten ohne weiße Offiziere nicht gekämpft hätten.³⁵

Tschombé rief auch jetzt wieder seine eigenen rund 400 bis 500 Söldner zu Hilfe, und die CIA setzte ihre Söldner ein – eine Bande von Amerikanern, Exilkubanern, die schon an der Aktion in der Schweinebucht beteiligt gewesen waren, Rhodesiern und Südafrikanern, die unter Mithilfe der südafrikanischen Regierung rekrutiert worden waren. Ein CIA-Beamter beschrieb die Operation als »Einsatz unserer eigenen Tiere.« Die Piloten

des Geheimdienstes bombardierten und beschossen die Aufständischen aus der Luft, es wurde aber auch berichtet, daß einige der Kubaner entsetzt waren, als sie den Befehl zu wahllosen Angriffen auf Zivilisten erhielten.³⁶ Im Rückblick auf diese Affäre dichtete die *New York Times* im Jahre 1996 der CIA an, sie habe im Kongo »aus dem Stand eine Luftwaffe« geschaffen.³⁷

Als China bei den Vereinigten Staaten wegen des Einsatzes amerikanischer Piloten im Kongo protestierte, leugnete das Außenministerium dies zunächst ausdrücklich, machte aber dann einen öffentlichen Rückzieher, wobei es jedoch darauf beharrte, die Amerikaner flögen »unter Vertrag mit der kongolesischen Regierung.« Nachdem es sich bei »anderen Stellen der [amerikanischen] Regierung« rückversichert hatte, kündigte das Ministerium am nächsten Tag an, die Flüge würden eingestellt, blieb aber dabei, daß die Angelegenheit nur die kongolesische Regierung und einzelne Zivilisten betreffe, die keine amerikanischen Gesetze verletzen.³⁸

Die Kongolesen, gegen die diese Militärmacht in Stellung gebracht worden war, waren eine Koalition aus verschiedensten Kräften. Einige der Anführer hatten einige Zeit in Osteuropa, der Sowjetunion oder China verbracht und erhielten symbolische Waffenhilfe und Ausbildung aus diesen Ländern. Sie waren jedoch genauso wenig unbedingt Kommunisten wie diejenigen Menschen aus der Dritten Welt, die in den Vereinigten Staaten studierten und nachher von diesen umworben wurden, notwendigerweise im Lager des Westens oder des Kapitalismus standen. (Das gilt nicht für Berufsoffiziere, die, anders als Studenten, im Allgemeinen eine besonders homogene Gruppe bilden: konservativ, autoritär und antikommunistisch.)

Der Afrikaforscher M. Crawford Young bemerkte: Unter den Anführern der Koalition waren »die Vernichtung der Regierung [in Leopoldville], eine ernsthafte Wiederherstellung der Macht der Kongolesen über ihr eigenes Schicksal sowie ein unklares Bekenntnis zum Sozialismus die vorherrschenden Themen. Aber im Grunde schien letzteres mehr ein Gedankengerüst und eine Ausdrucksform zu sein als ein geschlossenes Ideengebäude.«³⁹ Die Rebellen hatten kein revolutionäres Programm, welches sie proklamierten oder hätten proklamieren können.

Dazu kamen Strömungen aus verschiedenen esoterischen Kirchen, messianischen Sekten, Hexenkulten und anderen okkulten Riten sowie gewöhnliche Opportunisten. Viele glaubten, die Magie ihrer Zauberdoktoren würde sie gegen Kugeln schützen. Einer ihrer Anführer, Pierre Mulele, war ein Scheinkatholik, der seine Anhänger mit seinem eigenen Urin taufte, um sie gegen Kugeln immun zu machen. Die Aufständischen waren darüber hinaus nach Stammeszugehörigkeiten gespalten und durch Parteienkämpfe geschwächt. Keiner einzelnen Gruppe oder Glaubensrichtung gelang es, die Vorherrschaft zu gewinnen.⁴⁰

»Durch den Erfolg der Rebellen entstand das Bild eines einheitlichen Zieles und einer revolutionären Verheißung«, schrieb Young. »Erst in der darauffolgenden Phase des Zerfalls und der Auflösung« wurden »der drastische Mangel an Zusammenhalt« und die »Verschiedenheit der Ziele und Vorstellungen« in ihrer Ganzheit erkennbar.⁴¹

Zur Frage der Ideologie der Koalition bemerkte die *New York Times*:

»Es gibt Hinweise, daß die meisten Anhänger des Regimes von Stanleyville keine ideologische Festlegung haben, daß sie vielmehr in erster Linie Kongolesen sind, die wegen der Korruption und Verantwortungslosigkeit des Regimes in Leopoldville desillusioniert sind. Die Anführer der Rebellen haben Ratschläge und Geld von den Kommunisten erhalten, aber nur wenige – falls überhaupt welche – von den Rebellen sehen sich als Kommunisten. Es ist sehr wahrscheinlich, daß nur wenige von Karl Marx gehört haben.«⁴²

In dem von der Koalition kontrollierten Gebiet um Stanleyville saßen zwei- bis dreitausend weiße Ausländer durch den Krieg fest. Einer der Rebellenführer, Christopher Gbanye, machte ihre sichere Freilassung von verschiedenen militärischen Zugeständnissen abhängig, in erster Linie von der Einstellung der amerikanischen Bombenangriffe, aber die Verhandlungen erbrachten kein Ergebnis.⁴³

Stattdessen starteten die Vereinigten Staaten und Belgien am 24.11.1964 eine dramatische Rettungsaktion, bei der in der Dämmerung mehr als 500 belgische Fallschirmjäger von amerikanischen Transportflugzeugen in Stanleyville abgesetzt wurden. Ein riesiges Chaos war die Folge, und die Berichte sind widersprüchlich, es scheint jedoch, daß mehr als 2000 Geiseln gerettet wurden. Dies hatte zur Folge, daß die flüchtenden Rebellen mehr als 100 andere massakrierten und mehrere hundert in den Busch verschleppten.

Amerikanische und belgische Beamte bemühten sich entschieden, den rein »humanitären« Zweck dieser Mission zu betonen. Allerdings führten die Befreier gleichzeitig ein militärisches Großmanöver durch, bei dem sie »die strategischen Punkte der Stadt besetzten und ihre Operation mit den vorrückenden Kolonnen von Tschombés Söldnerarmee koordinierten, die schnell auf die Stadt zumarschierten.«⁴⁴ Darüber hinaus töteten die Befreier Dutzende von Rebellen und unternahmen nichts, um Tschombés Truppen davon abzuhalten, nach ihrer Ankunft in Stanleyville in eine »Plünderungs- und Tötungs- Orgie« zu verfallen.⁴⁵

Tschombé erinnerte wohl daran, daß es im Kongo um mehr als einen humanitären Einsatz ging, als er im Rausch des Erfolges dieses Tages offen mit einem Korrespondenten der Londoner *Times* sprach, der berichtete, daß Tschombé »zuversichtlich war, der Fall Stanleyvilles würde der Wirtschaft neuen Aufschwung geben und Investoren ermuntern. Dadurch würde ein großer Entwicklungsplan zusätzliches Gewicht erhalten, der an diesem Morgen gemeinsam mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der BRD angekündigt worden war.«⁴⁶

Der Fall der Rebellenhochburg in Stanleyville markierte den Anfang vom Ende ihrer Bewegung. Im Frühjahr des Jahres 1965 ließ ihr Glück rapide nach, und sogar die Ankunft von etwa 100 kubanischen Revolutionären, zu denen auch Che Guevara gehörte, hatte keine bekanntgewordenen Auswirkungen mehr auf den Gang der Ereignisse. Einige Monate später kehrte Guevara nach Kuba zurück, abgestoßen von dem niedrigen Niveau der revolutionären Begeisterung unter den kongolesischen Guerilleros und der einheimischen Bevölkerung.⁴⁷

Die Schlußmelodie der »Reise nach Jerusalem« ertönte in November, als Joseph Mobutu Tschombé und Kasawubu stürzte. Mobutu, der später den Namen Mobutu Sese Seko annahm, regierte seitdem mit harter diktatorischer Hand.

Letztendlich war es für die Interessen der US-Regierung von geringer Bedeutung, ob die Kräfte, zu deren Niederschlagung sie beigetragen hatte, »kommunistisch« (nach welcher Definition auch immer) waren oder nicht. Die Grundlage für die weitere Arbeit war, daß nun ein Mann über einen mehr oder weniger vereinten Kongo herrschte, der den afrikanischen Abenteuern der CIA und dem westlichen Kapital kooperativer gegenüberstand und dem Ostblock gegenüber weniger zugänglich war als es die Gruppe um Lumumba, Gizenga usw. gewesen wäre. Die CIA verbuchte dies als einen Sieg.

Was die Menschen des Kongo bei dem Ganzen gewonnen haben, ist nicht klar. Unter Mobutu waren Terror und Unterdrückung an der Tagesordnung, und die bürgerlichen Freiheiten und andere Menschenrechte gab es nicht. Das Land ist nach wie vor eines der ärmsten der Welt, und dies trotz seiner riesigen Bodenschätze. Mobutu allerdings gilt als eines der reichsten Staatsoberhäupter der Welt (vgl. Kapitel 42 über Zaire).

Auch William Atwood, der US-Botschafter in Kenia von 1964 bis 1965, der an den Verhandlungen über die Geiseln beteiligt war, sah die Rolle der USA im Kongo in einem positiven Licht. Er beklagte die Verdächtigungen der Afrikaner bezüglich der amerikanischen Motive in dem Land und schrieb:

»Es war schwierig, die Leute davon zu überzeugen, daß wir dem Kongo seit der Unabhängigkeit 420 Millionen Dollar an Hilfgeldern zukommen ließen, nur um ein Chaos zu vermeiden. Sie konnten nicht glauben, daß irgendein Land so uneigennützig sein könnte.«⁴⁸

Atwoods Kommentar ist leichter zu verstehen, wenn man weiß, daß das Wort »Chaos« lange Zeit von amerikanischen Beamten für eine Situation benutzt wurde, in der die

Vereinigten Staaten es nicht schafften, dafür zu sorgen, daß eine ausgesprochen pro-westliche Persönlichkeit an die Macht kam oder an der Macht blieb. Als Präsident Eisenhower beispielsweise im Jahre 1958 Truppen in den Libanon schickte, sah er dies, wie er später schrieb, als einen Schritt an, um »die Neigung zum Chaos zu beenden.«⁴⁹

Anmerkungen zu Kapitel 26

- 1 INTERIM REPORT: ALLEGED ASSASSINATION PLOTS INVOLVING FOREIGN LEADERS, The Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities (US Senate), 20.11.1975, S. 14, und 16.
Im Folgenden ASSASSINATION REPORT.
- 2 *Washington Post*, 28.08.1960, S. A4.
- 3 ASSASSINATION REPORT, S. 58.
- 4 **Jonathan Kwitny**, ENDLESS ENEMIES: THE MAKING OF AN UNFRIENDLY WORLD (New York, 1984), S. 57
- 5 **Alan Merriam**, CONGO: BACKGROUND TO CONFLICT (Northwestern University Press, Evanston, IL, 1961), S. 352-354.
- 6 **David Gibbs**, THE POLITICAL ECONOMY OF THIRD WORLD INTERVENTION: MINES, MONEY AND U.S. POLICY IN THE CONGO CRISIS (University of Chicago Press, 1991), S. 100, über die Einzelheiten dieser Verbindungen und S. 90 über die Aufforderung der US-Botschaft an die Belgier, zu intervenieren.
- 7 Ebd., S. 92-93.
- 8 *New York Times*, 04.09.1960, Section IV, S. 3; **Gibbs**, S. 100.
- 9 **Kwitny**, S. 62-63, 65; **Stephen R. Weissman**, AMERICAN FOREIGN POLICY IN THE CONGO, 1960-1964 (Cornell University Press, Ithaca, 1974), S. 88-95 (Weissman war ein Mitarbeiter des Afrika-Unterausschusses des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses); **Andrew Tully**, CIA: THE INSIDE STORY (Fawcett, New York, 1962, Taschenbuchausgabe), S. 179-180 (zu den Leuten der CIA).
- 10 ASSASSINATION REPORT, S. 16.
- 11 **Victor Marchetti** und **John D. Marks**, THE CIA AND THE CULT OF INTELLIGENCE (Laurel/Dell, New York, 1983), S. 28. Diese Ausgabe enthält mehr Zitate aus den zur Zeit der ersten Auflage noch nicht freigegebenen Passagen. Victor Marchetti war ehemaliger geschäftsführender Assistent des stellvertretenden Direktors der CIA.
- 12 **Stephen R. Weissman**, »CIA Covert Action in Zaire and Angola: Patterns and Consequences«, *Political Science Quarterly*, Sommer 1979, S. 267.
- 13 Zum Staatsstreich: **Kwitny**, S. 66.
Zitate zu Lumumba: ASSASSINATION REPORT, S. 16, 17, 18, 63.
- 14 Ebd., S. 19-30. Gottlieb wird im ASSASSINATION REPORT Joseph Schneider genannt.
- 15 Ebd., S. 13.
- 16 *New York Times*, 22.02.1976, S. 55.
- 17 ASSASSINATION REPORT, S. 30.
- 18 Ebd., S. 18-19.
- 19 **Gibbs**, S. 96-97.
- 20 Ebd., S. 48.
- 21 **Tully**, S. 178. Zu weiteren Einzelheiten der Beziehung zwischen den USA und Mobutu vgl. **Gibbs**, S. 96; **Kwitny**, S. 63, 66-67; **Weissman**, AMERICAN FOREIGN POLICY, S. 94-99, 108-109; **Weissman**, CIA COVERT ACTION, S. 268.
- 22 **John Stockwell**, IN SEARCH OF ENEMIES: A CIA STORY (William Norton, New York, 1978), S. 105; vgl. auch S. 137, 236-237.

- 23 Zu den Telegrammen des US-Botschafters in Leopoldville an das amerikanische Konsulat in Elizabethville am 18.01.1961 und von Elizabethville nach Washington am 20. Januar 1961, Declassified Documents Reference System, Retrospektiver Sammelband, Dokumente 375B und 375E. Beide Telegramme wurden nach Lumumbas Tod abgeschickt, um darauf hinzuweisen, daß diese Beamten des Außenministeriums nicht in die Handlungen der CIA eingeweiht waren.
- 24 **Gibbs**, Kap. 4; **Arthur Schlesinger**, A THOUSAND DAYS: JOHN F. KENNEDY IN THE WHITE HOUSE (Houghton Mifflin, Boston, 1965), S. 576.
- 25 **Leroy Fletcher Prouty**, THE SECRET TEAM: THE CIA AND IT'S ALLIES IN CONTROL OF THE WORLD (Ballantine Books, New York, 1974, Taschenbuchausgabe), S. 26, 129-130, 438.
- 26 Der erste Fall war Costa Rica im Jahre 1955 (vgl. Kapitel 11 in diesem Buch). Der zweite war Burma im Jahre 1970, wenn nicht schon früher, als das US-Militär der burmesischen Luftwaffe dabei half, Schläge gegen die burmesischen Rebellen zu führen und die CIA zugleich den Aufständischen bei ihren Operationen von Laos aus half (*San Francisco Chronicle*, 16.10.1970, S. 22). In Angola während der 1960er- und 1970er-Jahre und in Kuba in den Jahren 1957 und 1958 gab der Geheimdienst Gelder an Aufständische, die versuchten, Regierungen zu stürzen, die von den Vereinigten Staaten Waffen erhielten, um eben diese Rebellen zu unterdrücken (vgl. die entsprechenden Kapitel im vorliegenden Buch).
- 27 ASSASSINATION REPORT, S. 18.
Lawrence Devlin wird im ASSASSINATION REPORT Victor Hedgman genannt.
- 28 **Kwitny**, S. 67.
- 29 *Newsweek*, 22.11.1971, S. 37.
- 30 Mitteilung des Außenministeriums vom 17.11.1961 von Geschäftsführer L. D. Battle an McGeorge Bundy, Sonderassistent des Präsidenten für Fragen der nationalen Sicherheit, Declassified Documents Reference System, Retrospektiver Sammelband, Dokument 383C.
- 31 **Marchetti und Marks**, S. 28.
- 32 **Kwitny**, S. 67-68; **Weissman**, AMERICAN FOREIGN POLICY, S. 105, 205; **Weissman**, CIA COVERT ACTION, S. 270. Das Memorandum der CIA trug den Titel CONGO: UNITED STATES ASSISTANCE TO ADOULA AGAINST GIZENGA, ohne Datumsangabe, aber wahrscheinlich im November 1961 verfaßt, und befindet sich unter den National Security Files in der John F. Kennedy Presidential Library, Boston; zitiert bei **Weissman**, CIA COVERT ACTION.
- 33 CBS Reports, 26.04.1962, »The Hot and Cold Wars of Allen Dulles«, S. 19-20 der Abschrift, zitiert von **Stephen R. Weissman** in »The CIA and U. S. Policy in Zaire and Angola« in **Ellen Ray** u.a. (Hrsg.), DIRTY WORK 2: THE CIA IN AFRICA (New Jersey, 1979), S. 200. Es handelt sich um eine veränderte Fassung von Weissmans oben erwähntem Artikel im *Political Science Quarterly*.
- 34 **William Atwood**, THE REDS AND THE BLACKS (London, 1967), S. 194. Atwood war US-Botschafter in Kenia in den Jahren 1964 und 1965; **Weissman**, CIA COVERT ACTION, S. 271-272; **Weissman**, AMERICAN FOREIGN POLICY, S. 226-230.
- 35 **Atwood**, S. 192.
- 36 Zu den CIA-Söldnern vgl. **David Wise** und **Thomas Ross**, THE ESPIONAGE ESTABLISHMENT (New York, 1967), S. 167; **Stockwell**, S. 187-188; **Marchetti und Marks**, S. 104; **Roger Morris** (ehemaliger Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrats) und **Richard Mauzy**, »Zaire (the Congo): An Exercise in Nation Building« in **Robert Borosage** und **John Marks** (Hrsg.), THE CIA FILE (New York, 1976), S. 35-37.
- 37 *New York Times*, 26.04.1966, S. 1.
- 38 Ebd., 17.06.1964, S. 1, 12; 18.06.1964, S. 1.

- 39 **M. Crawford Young**, »Rebellion and the Congo«, in **Robert Rotberg** (Hrsg.), **REBELLION IN BLACK AFRICA** (Oxford University Press, New York, 1971), S. 230.
- 40 **Young**, S. 227 und passim; **Atwood**, S. 192 (zu den Zauberdoktoren); **Thomas Powers**, **THE MAN WHO KEPT THE SECRETS: RICHARD HELMS AND THE CIA** (New York, 1979), S. 153 (zu Mulele).
- 41 **Young**, S. 209.
- 42 *New York Times*, 15.11.1964, S. 27.
- 43 Ebd., 01.11.1964, S. 12; 03.11.1964, S. 14; **Atwood**, Kap. 16.
- 44 **Richard Barnet**, **INTERVENTION AND REVOLUTION** (London, 1970), S. 250.
- 45 **Atwood**, S. 218.
- 46 *The Times* (London), 25.11.1964.
- 47 **Marchetti** und **Marks**, S. 111.
- 48 **Atwood**, S. 194.
- 49 **Dwight Eisenhower**, **THE WHITE HOUSE YEARS: WAGING PEACE, 1956-1961** (New York, 1965), S. 270.

27 Brasilien 1961 bis 1964

Die wunderbare neue Welt der Todesschwadronen stellt sich vor

Bei einem Treffen im März 1964 kamen führende Mitglieder der US-Botschaft in Brasilien übereinstimmend zu der Auffassung, die Unterstützung Präsident João Goularts für die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reformen in seinem Land sei ein ausgeklügeltes und kaum verschleiertes Mittel, um diktatorische Vollmachten zu erlangen.¹

Der amerikanische Botschafter Lincoln Gordon teilte dem Außenministerium mit, daß Jederzeit mit einem verzweifelten Versuch [Goularts] zur totalitären Machtübernahme zu rechnen sei.«²

Der Generalstabschef des brasilianischen Heeres, General Humberto de Alencar Castelo (oder Castello) Branco übergab der amerikanischen Botschaft ein Memorandum, in welchem er seiner Befürchtung darüber Ausdruck verlieh, daß Goulart versuchen könnte, den Kongreß zu entmachten und eine Diktatur zu errichten.³

Eine Woche nach der Übergabe dieses Memorandums stürzte das brasilianische Militär unter der Führung Castelo Blancos die rechtmäßige Regierung von Präsident Goulart. Dies war der Höhepunkt eines Verschwörungsvorgangs, in den die amerikanische Botschaft von Anfang an eng verwickelt war. Das Militär errichtete in der Folge eine der brutalsten Diktaturen, die jemals in Südamerika existierte und zwei Jahrzehnte dauern sollte.

Was läßt sich daraus schließen? Daß ranghohe und mächtige Personen die Öffentlichkeit belügen, ist ein Gemeinplatz und muß nicht weiter erörtert werden. Aber belügen sie sich auch gegenseitig? Ist ihr Bedürfnis, ihre Untaten zu rationalisieren, so groß, daß sie sich gegenseitig moralisch unterstützen müssen? »Die Menschen benutzen das Denken nur zur Rechtfertigung ihres Unrechts«, schrieb Voltaire, »und die Sprache nur, um ihre Gedanken zu verbergen.«

Das tatsächliche amerikanische Motiv für die Unterstützung des Staatsstreichs war etwas weniger Heldenhaftes als die Bewahrung der Demokratie, es war, wie in solche Fällen üblich, sogar ganz banal. Die amerikanische Gegnerschaft gegen Goulart, der im Jahre 1961 Präsident geworden war, beruhte auf der üblichen Beschwerdeliste:

- ☞ US-Verteidigungsminister Robert McNamara monierte die außenpolitische Neutralität Brasiliens. Der brasilianische Botschafter in Washington, Roberto Campos, antwortete, »Neutralismus« sei ein unangemessener Begriff, und erklärte, »das, worum es gehe, sei das tiefgreifende Verlangen des brasilianischen Volkes, seine eigene Persönlichkeit in der Weltpolitik geltend zu machen.«⁴
- ☞ Den amerikanischen Beamten paßten einige Mitglieder von Goularts Kabinett nicht, und sie sagten das auch klar und deutlich. Botschafter Campos wies darauf hin, es sei »völlig unangebracht«, daß die Vereinigten Staaten »versuchten, die Zusammensetzung des Kabinetts zu beeinflussen.«⁵
- ☞ Justizminister Robert Kennedy traf sich mit Goulart und äußerte seine Besorgnis darüber, daß der brasilianische Präsident es »Kommunisten« erlaubte, in Regierungsämtern tätig zu sein. (Bobby handelte wahrscheinlich nach dem unausrottbaren alten amerikanischen Glauben, wenn man ein oder zwei Kommunisten in seine Wohnung ließe, würden diese das ganze Haus übernehmen und es an Moskau vermachen.) Goulart sah darin allerdings keine Gefahr. Er erwiderte, er habe die Situation unter völliger Kontrolle. Später bemerkte er gegenüber Campos, es den hätte den Anschein gehabt, man wolle ihm sagen, er sei nicht in der Lage, die Personen in seinem Umfeld richtig zu beurteilen.⁶

- ☞ Der amerikanische Militärattaché in Brasilien, Oberst Vernon Walters, berichtete, Goulart zöge die »ultranationalistischen« Offiziere den »amerikafreundlichen« vor. Aus Goularts Sicht war es eher so, daß er diejenigen Offiziere förderte, die seiner Regierung gegenüber am loyalsten zu sein schienen. Er war, wie man ihm kaum verdenken kann, sehr über die von Amerika geförderten Militärputsche beunruhigt und sagte dies auch explizit zu Präsident Kennedy.⁷
- ☞ Goulart erwog, von Polen Hubschrauber zu kaufen, da Washington die Antwort auf sein Ersuchen um den Verkauf amerikanischer Hubschrauber immer weiter hinauszögerte. Botschafter Gordon sagte zu ihm, er »könne nicht erwarten, daß die Vereinigten Staaten dies gerne sähen.«⁸
- ☞ Außerdem verabschiedete die Goulart-Regierung auch ein Gesetz, um die Höhe der Profite einzuschränken, welche die Multinationalen Unternehmen aus dem Land schaffen durften, und sie verstaatlichte eine Niederlassung von ITT. Die dafür in Aussicht gestellte Entschädigung ließ auf Grund von Brasiliens prekärer finanzieller Situation jedoch auf sich warten. Weitere wesentliche Schritte gegen die Interessen amerikanischer Firmen gab es aber nicht.

Untrennbar verbunden mit all diesen Beschwerden, und doch zugleich unabhängig davon, war Washingtons Betroffenheit über Brasiliens »Linksruck«, den kommunistischen bzw. linken Einfluß in den Gewerkschaften, die linke »Unterwanderung«, wohin man auch blickte, den »Antiamerikanismus« unter den Studenten und anderen Gruppen der Gesellschaft (der amerikanische Generalkonsul in São Paulo schlug dem Außenministerium vor, die Vereinigten Staaten sollten »studentische Konkurrenzorganisationen gründen«) die allgemeine Aushöhlung des »Einflusses der USA und der Macht von amerikafreundlichen Personen und Gruppen.«⁹ Man könnte sogar behaupten, die Beamten in Washington hätten das Gefühl gehabt, man liebe sie nicht, gäbe es da nicht die Tatsache, daß der Staatsstreich, wie sie sehr wohl auf Grund der vielen Erfahrungen der Vergangenheit wußten, den Antiamerikanismus in ganz Lateinamerika nur noch verstärken mußte.

Auch Goularts Vorgänger, Jânio da Silva Quadros, hatte Washington schon geärgert. »Warum dürfen die Vereinigten Staaten mit Rußland und seinen Satelliten Handel betreiben, während sie andererseits darauf bestehen, daß Brasilien nur mit den Vereinigten Staaten Handel treibt?«, fragte er und verhandelte weiterhin mit der Sowjetunion und anderen kommunistischen Staaten über die (Wieder-)Aufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen. Mit einem Wort: Er war unabhängig.¹⁰

Zudem war Campos mehr oder weniger ein Konservativer, der entschieden gegen die Gewerkschaften vorging, Bundestruppen zur Niederschlagung von Protesten in die nordöstlichen Hungerregionen schickte und mißliebige Studenten ins Gefängnis werfen ließ.¹¹ Aber der seinerzeitige amerikanische Botschafter, John Moors Cabot, hielt es für angebracht, Brasiliens Teilnahme an einem Treffen »neutraler« (blockfreier) Länder zu kritisieren. »Brasilien ist verschiedene Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten und anderen amerikanischen Ländern eingegangen«, sagte er. »Ich bin sicher, Brasilien wird seine Verpflichtungen nicht vergessen. Es ist verpflichtet. Es ist eine Tatsache. Brasilien kann sich jedoch von seinen Verpflichtungen lösen, falls es das möchte.«¹²

Kurz nachdem er Anfang des Jahres 1961 sein Amt übernommen hatte, erhielt Quadros Besuch von Adolf Berle, dem Berater Präsident Kennedys für lateinamerikanische Fragen und ehemaligen Botschafter in Brasilien. Berle war als Kennedys Sonderbeauftragter gekommen, um Quadros' Unterstützung für die bevorstehende Invasion in der Schweinebucht zu erbitten. Botschafter Cabot war ebenfalls anwesend und berichtete einige Jahre danach dem Autor Peter Bell über das Treffen. Bell schrieb:

»Botschafter Cabot erinnerte sich an eine ›stürmische Unterhaltung«, in deren Verlauf Berle die Bemerkung machte, die Vereinigten Staaten hielten 300 Millionen Dollar für Brasilien bereit, und diese in der Tat ›als Schmiergeld‹ für eine Zusammenarbeit Brasiliens offerierte. Quadros wurde ›sichtbar irritiert‹, als Berle sich weigerte, auch sein drittes ›Nein‹ wahrzunehmen. Am nächsten Tag kam kein ein-

ziger offizieller Vertreter der brasilianischen Regierung zum Flughafen, um den Gesandten zu verabschieden.«¹³

Quadros, der mit einem Rekordergebnis gewählt worden war, wurde – wie Goulart – zum einen der Versuch zur Errichtung einer Diktatur vorgeworfen, weil er energische Anstrengungen unternahm, um Maßnahmen durchzusetzen, die bei der Oligarchie, dem Militär und/oder den Vereinigten Staaten unpopulär waren, und zum anderen, weil er angeblich eine »kommunistenfreundliche« Außenpolitik betrieb. Nach nur siebenmonatiger Amtszeit trat er urplötzlich zurück, wie es hieß, unter dem Druck, wenn nicht gar auf Grund der unverblühten Drohung des Militärs. In seinem Rücktrittsschreiben machte er für seine mißliche Lage »Reaktionäre« und »die Bestrebungen von Gruppen von Personen, von denen einige Ausländer sind [...] die furchtbaren Kräfte, die sich gegen mich erhoben haben«, verantwortlich.¹⁴

Einige Monate später erschien Quadros wieder auf der Bildfläche und hielt eine Rede, in der er Berle, Cabot und den amerikanischen Finanzminister Douglas Dillon bezichtigte, sie hätten zu denen gehört, die zu seinem Sturz beigetragen hätten.¹⁵ (Berle wie auch Cabot hatten für den Sturz von Guatemalas Präsident Arbenz im Jahre 1954 plädiert, dessen Sünden in den Augen Washingtons so ziemlich dieselben waren, deren man Goulart nun beschuldigte).¹⁶ Gleichzeitig kündigte Quadros seine Absicht an, einen »Kreuzzug des Volkes« gegen »die Reaktionäre, die Korrupten und die Kommunisten« zu führen.¹⁷

Als Quadros Vizepräsident wurde Goulart im August 1961 dessen Nachfolger, und dies trotz eines versuchten Staatsstreichs und eines Bürgerkrieges, die beide von Teilen des Militärs, die ihn als einen gefährlichen Radikalen ansahen, durchgeführt wurden, um seine Präsidentschaft zu verhindern. Nur dem Eingreifen loyaler Truppenteile und anderer Anhänger der Verfassung war die Amtsübernahme durch Goulart zu verdanken.¹⁸ Es muß erwähnt werden, daß die Gegnerschaft des Militärs gegen Goulart schon begann, bevor er überhaupt die Möglichkeit hatte, seine angebliche Neigung zur Diktatur zu zeigen. In der Tat hatte das Militär schon im Jahre 1954 seine Abneigung ihm gegenüber demonstriert, als es Präsident Vargas dazu zwang, ihn als Arbeitsminister zu entlassen.¹⁹ Auch die amerikanischen Zweifel an Goulart bestanden schon vor seiner Präsidentschaft. Als Goulart 1960 zum Vizepräsidenten gewählt wurde, »verwandelte sich die Besorgnis im Außenministerium und im Pentagon in Panik«, wie ein amerikanischer Beamter sagte, der in Brasilien seinen Dienst tat.²⁰

Goulart versuchte, Quadros' unabhängige Außenpolitik weiterzuführen. Seine Regierung nahm die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten wieder auf; außerdem enthielt er sich bei einem Treffen der Organisation Amerikanischer Staaten im Dezember 1961 der Stimme, als eine Sondersitzung zur Diskussion des »Kuba-Problems« einberufen werden sollte, und widersprach heftig allen Sanktionen gegen die Castro-Regierung.²¹ Als Goulart einige Monate später vor dem US-Kongreß sprach, betonte er das Recht Brasiliens zu einer eigenständigen Position in einigen Fragen des Kalten Krieges. Er erklärte, Brasilien stehe »zu den demokratischen Prinzipien, welche die Menschen des Westens miteinander verbinden«, sei aber »kein Teil irgendeines politisch-militärischen Blocks.«²²

Wie die meisten anderen US-Medien hatte auch die Wochenzeitschrift *Time* Probleme damit, den Begriff und die Praxis einer Unabhängigkeit unter den amerikanischen Verbündeten zu verstehen. Im November 1961 schrieb das Magazin, Brasiliens Innenpolitik sei »konfus« und das Land sei »auch in der Außenpolitik unsicher. Goulart versucht, das alte Spiel der internationalen Unabhängigkeit von Quadros zu spielen, das heißt, es umwirbt den Osten und bittet gleichzeitig den Westen an.« *Time* kritisierte, daß Goulart um eine Einladung zu einem Besuch in Washington ersucht hatte und am gleichen Tag, an dem er sie erhielt, »dem Außenminister des kommunistischen Polen, Adam Rapacki, den Orden vom Kreuz des Südens verlieh – die gleiche Auszeichnung, die Quadros Kubas marxistischem Vordenker Che Guevara umgehängt hatte.«²³

John Gerassi, der frühere Chefredakteur und Lateinamerika-Korrespondent der *Time*, bemerkte hierzu, jedem ausländischen Würdenträger, der Brasilien besuchte, würde dieser Orden, das Kreuz des Südens, als Teil des Protokolls verliehen. Er fuhr fort:

»Anscheinend denkt die *Time*, jeder Präsident, der uns besucht, müsse deshalb notwendigerweise auch unsere Feinde hassen, und ist ›verwirrt‹, wenn das nicht passiert. Aber natürlich ist die *Time* so wenig mit dem Wort ›unabhängig‹ vertraut, daß eine unabhängige Außenpolitik für sie tatsächlich äußerst verwirrend sein muß. In Südamerika, wo jeder gerne eine unabhängige Außenpolitik machen möchte, aber nur Brasilien gelegentlich den Mut dazu hat, war keiner verwirrt.«²⁴

Goulart, ein millionenschwerer Großgrundbesitzer und Katholik, der ein Medaillon mit der Jungfrau Maria um seinen Hals trug, war genauso wenig Kommunist wie Quadros, und er unterstützte entschieden die Vereinigten Staaten in der »Kuba-Krise« im Oktober 1962. Er brachte gegenüber Botschafter Gordon einen Toast »Auf den Sieg der Yankees« aus,²⁵ vielleicht weil er sich nicht bewußt war, daß die CIA nur drei Wochen zuvor während der Wahlen in den einzelnen Bundesstaaten und für das Bundesparlament in Brasilien großzügig Geld für die Unterstützung der Anti-Goulart-Kandidaten ausgegeben hatte. Der frühere CIA-Beamte Philip Agee hat erklärt, die CIA habe zwischen zwölf und 20 Millionen Dollar für Hunderte von Kandidaten ausgegeben.²⁶ Lincoln Gordon zufolge waren es nicht mehr als fünf Millionen.²⁷

Abgesehen von diesen direkten Zuwendungen für den Wahlkampf griff die CIA auch in seine Tüte mit den schmutzigen Tricks, um den Wahlkampf der linken Kandidaten zu stören.²⁸ Andererseits stellte das Amt für Internationale Entwicklung (Agency for International Development, AID) auf ausdrücklichen Wunsch Präsident Kennedys Geld für Projekte bereit, um ausgewählte Gouverneurs-Kandidaten zu unterstützen.²⁹ (Als Goulart Präsident war, bekam die Bundesregierung keine neue US-Wirtschaftshilfe, wohingegen auf regionaler Ebene Unterstützung auf einer ausgesprochen ideologischen Grundlage verteilt wurde. Als das Militär die Macht übernahm, änderte sich dieses Verhaltensmuster vollständig.)³⁰

Agee erwähnt dann noch, die CIA habe spätestens seit dem Wahlkampf im Jahre 1962 eine unaufhörliche Propagandakampagne gegen Goulart geführt, wozu auch die Finanzierung von Massendemonstrationen in den Städten gehörte, »die zeigten, daß die alten Themen Gott, Vaterland, Familie und Freiheit wirksam wie eh und je« beim Zuhörer einer Regierung waren.³¹

CIA-Geld zur Förderung des Antikommunismus floß auch an eine Kette von rechtsgerichteten Zeitungen, die *Diarias Associadas*, in die Verteilung von fünfzigtausend Büchern mit ähnlicher politischer Ausrichtung an Gymnasiasten und Studenten und in die Gründung von Frauengruppen, in denen für die Mütter Lateinamerikas die Gottlosigkeit des kommunistischen Feindes besonders hervorgehoben wurde. Diese Frauen und andere CIA-Agenten betätigten sich auch als Gerüchtemacher: Sie verbreiten Gerüchte über Schandtaten, die Goulart und seine Kumpane angeblich planten, wie etwa eine Verfassungsänderung, durch die seine Amtszeit verlängert werden konnte, und boshafte Gerede, wonach Goulart ein Hahnrei sei und Frauen schlage.³²

All das, um einen Mann zu stürzen, dem zu Ehren im April 1962 in New York City eine Konfettiparade stattfand, der von Präsident Kennedy herzlich im Weißen Haus empfangen worden war und bei einer gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Kongresses eine Rede gehalten hatte.

Die Konfrontation innerhalb des Militärs, die Goularts Regierungsantritt begleitete, hielt die zu einem Staatsstreich neigenden Offiziere bis zum Jahre 1963 in Schach. Im März dieses Jahres informierte die CIA Washington, jedoch nicht Goulart, von einer Verschwörung konservativer Offiziere.³³ Im Laufe des folgenden Jahres schnürte sich der Knoten. Die brasilianischen Offiziere waren nicht bereit, Goularts Bemühungen um populistische gesellschaftliche Reformen zu tolerieren, obwohl sein Programm behutsam, seine Rhetorik im Allgemeinen mäßigend und auch seine Handlungen dementsprechend waren. (Er selbst hob hervor, daß General Douglas MacArthur nach dem Zweiten Weltkrieg in Japan eine Landreform durchgeführt hatte, die viel radikaler gewesen war, als

alles, was die brasilianische Regierung plante.) Die Militärs waren insbesondere erzürnt über Goularts Unterstützung für eine Schwächung der militärischen Disziplin und seine Versuche, sich eine Gefolgschaft unter den Unteroffizieren zu schaffen.³⁴ Damit war es dem Präsidenten wegen seiner »Paranoia« bezüglich eines Staatsstreiches in der Tat ernst.

Goularts Umwerben der Unteroffiziere und seine Appelle an die Bevölkerung über die Köpfe eines feindseligen Kongresses und der Gouverneure der Bundesstaaten hinweg (etwas, das Präsident Reagan später bei vielen Gelegenheiten tat) waren die Art von Taktik, die seine Feinde als diktatorisch bezeichneten.

Anfang des Jahres 1964, so enthüllte die Wochenzeitschrift *Fortune* nach dem Staatsstreich, schickten einige der militärischen Verschwörer einen Abgesandten aus, »um den US-Botschafter Lincoln Gordon zu fragen, welche Haltung die Vereinigten Staaten einnehmen würden, sollte es zu einem Bürgerkrieg kommen.« Der Emissär »berichtete bei seiner Rückkehr, Gordon sei vorsichtig und diplomatisch gewesen sei, hätte aber den Eindruck erweckt, die [Verschwörer] könnten mit sofortiger Anerkennung und Unterstützung durch die USA rechnen, falls sie achtundvierzig Stunden lang durchhielten.«³⁵

Der wichtigste amerikanische Kontaktmann zu den Verschwörern war Militärattaché Vernon Walters, der nach Brasilien kam, nachdem er davon in Kenntnis gesetzt worden war, daß Präsident Kennedy nichts gegen einen Sturz von João Goulart einzuwenden hätte.³⁶ Walters, der später stellvertretender CIA-Direktor werden sollte, hatte ein enges Verhältnis zu führenden brasilianischen Militärs – besonders zu General Castelo Branco –, das bis zum Zweiten Weltkrieg zurückreichte, als Walters als Übersetzer für das mit den Alliierten in Italien kämpfende brasilianische Expeditionskorps diente. Brasilien war das einzige südamerikanische Land, das Bodentruppen in den Krieg schickte, und es erlaubte den Vereinigten Staaten, riesige Luftwaffenstützpunkte auf seinem Gebiet zu errichten.³⁷ Die Beziehungen zwischen den amerikanischen und brasilianischen Offizieren wurden nach dem Krieg durch die Gründung einer Militärakademie, der Escola Superior de Guerra, in Rio de Janeiro im Jahre 1949 fortgesetzt und weiterentwickelt. Der Lateinamerikahistoriker Thomas E. Skidmore bemerkte:

»Durch die Militärabkommen zwischen den USA und Brasilien in den frühen 1950er Jahren erhielt die amerikanische Armee das ausschließliche Recht zur Hilfe bei der Organisation und der Arbeit der Akademie, die nach dem Vorbild des National War College in Washington aufgebaut war. In Anbetracht der Tatsache, daß die brasilianische Militärakademie zu einem Treffpunkt der führenden militärischen Gegner der populistischen Politiker wurde, wäre es interessant zu untersuchen, inwieweit die streng antikommunistische Ideologie (bestimmter Offiziere) – die an eine Gegnerschaft gegen Politiker überhaupt grenzte – durch ihren häufigen Kontakt mit Offizieren der Vereinigten Staaten verstärkt (oder gezügelt?) wurde.«³⁸

Darüber hinaus gab es das ständige Militärhilfe-Programm der USA, das Botschafter Gordon als das »entscheidende Werkzeug zur Schaffung enger Beziehungen zu den Angehörigen der Streitkräfte« und als »einen sehr wichtigen Faktor bei der Beeinflussung des (brasilianischen) Militärs zugunsten Amerikas« beschrieb.«³⁹ Eine Woche vor dem Staatsstreich übergab Castelo Branco, der sich als Anführer der Verschwörung herausstellte, Walters die Kopie eines Schreibens, das eine Rechtfertigung des Militärputsches darstellte und in dem dieser als eine neue Variante der Sicherung der Verfassung durch die Verhinderung einer Diktatur Goularts bezeichnet wurde.⁴⁰

Für Lincoln Gordon und andere amerikanische Beamte schien ein Bürgerkrieg als Folge eines Putschversuches eine realistische Möglichkeit zu sein. Als sich der geplante Tag näherte, wurden Notfallpläne entwickelt:

☞ Eine große Menge Erdöl sollte nach Brasilien gebracht und den aufständischen Offizieren zur Verfügung gestellt werden, was besonders für den Fall wichtig sein konnte, daß die Anhänger Goularts in der staatlichen Ölarbeitergewerkschaft die Raffinerien zerstören oder besetzen würden.⁴¹

- ☞ Ein Einsatzkommando der US-Marine sollte in die brasilianischen Küstengewässer entsandt werden. Seine Anwesenheit sollte den Gegnern des Staatsstreiches eine klare Botschaft vermitteln.⁴²
- ☞ Zur Deckung ihres Kampfbedarfs wollte man den Truppen von General Branco Waffen und Munition zukommen lassen.⁴³
- ☞ Besorgt darüber, daß der Putschversuch mit einem Generalstreik beantwortet werden könnte, erörterte Washington mit Gordon die Notwendigkeit, »daß die USA enorme Mittel zur Sicherung einer erfolgreichen Machtübernahme bereitstellen müßten.«⁴⁴ Die Verschwörer hatten bereits Wirtschaftshilfe von den USA erbeten, um im Falle ihres Erfolges die Regierung und die Wirtschaft wieder zum Laufen zu bringen, und sie hatten eine überwiegend positive Antwort erhalten.⁴⁵
- ☞ Gleichzeitig wandte sich Gordon an einige Gouverneure der Bundesstaaten, die als Gegner von Goulart bekannt waren, und betonte ihnen gegenüber, es sei nach amerikanischer Auffassung unbedingt nötig, daß das neue Regime Legitimität für sich in Anspruch nehmen könne. Der Botschafter traf sich auch mit dem früheren Präsidenten Juscelino Kubitschek und drängte ihn, eine härtere Haltung gegen Goulart einzunehmen und seinen beträchtlichen Einfluß dazu einzusetzen, »eine große Gruppe im Kongreß auf seine Linie zu bringen und so die Frage der Legitimität zu beeinflussen.«⁴⁶
- ☞ Es gibt Anzeichen dafür, daß von den Notfallmaßnahmen der Amerikaner die Demonstration der Marinepräsenz – die, wie sich herausstellte, einen Flugzeugträger sowie Zerstörer und Lenkraketen umfaßte – die brasilianischen Putschisten am meisten ermutigte und diejenigen, die noch unsicher waren, überzeugte.⁴⁷

Ein anderer Akteur in dem sich entfaltenden Drama war das American Institute for Free Labor Development. Das AIFLD wurde im Jahre 1961 ins Leben gerufen und stand offiziell unter Leitung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes (AFLCIO), wurde aber schon bald fast ausschließlich von der US-Regierung (AID) finanziert und diente in den meisten Ländern Lateinamerikas als bloßes Instrument der CIA. Im Mai des Jahres 1963 gründete das AIFLD in Brasilien das Instituto Cultural Trabalho, welches in den folgenden Jahren Lehrgänge für mehr als 7000 Gewerkschaftsführer und -mitglieder durchführte.⁴⁸ Andere Brasilianer gingen in die USA, um dort an Ausbildungsmaßnahmen teilzunehmen. Der AIFLD-Mitarbeiter William Doherty erklärte, daß einige von ihnen nach ihrer Rückkehr nach Brasilien

»tief in die verdeckten Operationen der Revolution verstrickt waren, schon bevor diese am 01.04.1964 stattfand. Was in Brasilien am 1. April passierte, passierte nicht einfach so – es war geplant – und zwar Monate im Voraus geplant. Viele Gewerkschaftsführer einige waren sogar an unserem Institut ausgebildet worden – waren an der Revolution und dem Sturz der Regierung Goulart beteiligt.«⁴⁹

Doherty verriet keine Details der Rolle, die das AIFLD bei dem Putsch (oder der Revolution, wie er es nannte) spielte, obwohl *Readers's Digest* später berichtete, einer der am AIFLD ausgebildeten Arbeiterführer hätte Lehrgänge für Arbeiter im Nachrichtenwesen eingerichtet, mit dem Ziel, den Kommunismus in der brasilianischen Arbeiterbewegung zu bekämpfen. »Nach jeder Lektion wies er vertraulich die Arbeiter in Schlüsselpositionen auf die bevorstehenden Unruhen hin und drängte sie, unter allen Umständen die Nachrichtenverbindungen aufrechtzuerhalten.«⁵⁰ Richard Martinez, der – nicht wissend, daß sein Arbeitgeber die CIA war – nach Brasilien geschickt wurde, um bei der Post, Telegraph and Telephone Workers International des Geheimdienstes (dem früheren Einsatzgebiet Dohertys) zu arbeiten, enthüllte, seine Mitarbeiter vor Ort in Brasilien hätten während des Putsches die Zentrale der Kommunistischen Partei niedergebrannt.⁵¹

Der Staatsstreich begann am 31.03.1964 mit dem Vormarsch von Truppen und Panzern auf Rio de Janeiro. Den Offizieren gelang es, die Unterstützung einiger Freiwilligeneinheiten zu gewinnen, indem sie ihnen erzählten, sie marschierten nach der Stadt, um sie gegen die Feinde Goularts zu verteidigen. Als jedoch die Soldaten im Hauptstützpunkt der Luftwaffe von dem Vormarsch auf Rio hörten, besetzten sie diesen und nahmen ihre

Offiziere gefangen. Unentschlossenheit und Ängstlichkeit trugen dazu bei, daß die Maßnahmen, die den Gang der Ereignisse hätten aufhalten können, zunichtegemacht wurden. Auch an anderen Orten ergriffen Einheiten, die Goulart ergeben waren, entsprechende Maßnahmen, jedoch auch diese scheiterten.⁵²

Hier und da streikten einzelne Gruppen von Arbeitern. Es kam zu einigen kurzlebigen und machtlosen Demonstrationen, aber sonst tat sich nicht viel. Eine Reihe von Arbeiterführern und Radikalen wurde auf Anordnung einiger Gouverneure der Bundesstaaten verhaftet. Diejenigen, die den Putsch ablehnten, waren nicht auf gewaltsamen Widerstand eingestellt. An einer Universität protestierte eine Gruppe von Studenten – einige stürmten die Treppenstufen einer Armee-Einrichtung, aber die Wachen schossen auf sie und töteten zwei Studenten, so daß diese sich zurückziehen mußten.⁵³

Die meisten Brasilianer rechneten mit der Loyalität des Militärs oder warteten auf einen Aufruf von Goulart. Aber Goulart war nicht bereit, zum Bürgerkrieg aufzurufen. Wie er sagte, wollte er nicht für ein Blutvergießen unter den Brasilianern verantwortlich sein und floh nach Uruguay.⁵⁴

Lincoln Gordon telegrafierte die guten Nachrichten nach Washington, wobei er empfahl, »offene Zurschaustellung von Freude zu vermeiden.« Er beschrieb den Staatsstreich als »einen großen Sieg für die Freie Welt« und fügte eine Bemerkung hinzu, die selbst John Foster Dulles wohl kaum über die Lippen gekommen wäre, nämlich, daß ohne den Putsch vielleicht »alle südamerikanischen Länder für immer für den Westen verloren« gegangen wären. Nach der Siegesparade der Anhänger des Staatsstreiches am 02.04.1964 – ein »Marsch der Familie, mit Gott und für die Freiheit« – teilte Gordon dem Außenministerium mit, es sei bloß »bedauerlich, daß die Teilnahme der Unterschicht am Marsch so gering war.«⁵⁵

Nachdem er zu Ende telegraphiert hatte, wandte der frühere Harvardprofessor sich wieder dem Versuch zu, den brasilianischen Kongreß dazu zu bringen, der neuen Regierung das Siegel der »Legitimität« zu verleihen.⁵⁶

Zwei Jahre später wurde Gordon während der Anhörungen zu seiner Ernennung zum Ministerialdirektor für interamerikanische Angelegenheiten im Außenministerium von einem Senator befragt:

»Ich bin insbesondere besorgt wegen der Rolle, die Sie möglicherweise bei der Ermutigung, Unterstützung oder Herbeiführung dieses Staatsstreiches gespielt haben.«

Daraufhin sagte Lincoln Gordon:

»Die Antwort darauf ist sehr einfach, Senator. Die Bewegung, die Präsident Goulart stürzte, war zu 100 Prozent – nicht zu 99,4 – nein, zu 100 Prozent, eine rein brasilianische Bewegung. Weder die amerikanische Botschaft noch ich selbst haben dabei irgendeine Rolle gespielt.«⁵⁷

Gordons Chef, Dean Rusk, war auch nicht offener. Als er zu den kubanischen Vorwürfen, Amerika stecke hinter dem Putsch, befragt wurde, antwortete der Außenminister: »Nun, darin steckt kein bißchen Wahrheit. Es ist ganz einfach nicht so.«⁵⁸ Die von Justizminister Robert Kennedy gegenüber Gordon geäußerte Sicht der Angelegenheit war hingegen folgende: »Nun, Goulart erhielt, was zu erwarten war. Schade, daß er nicht den Rat beherzigte, den wir ihm gaben, als ich dort war.«⁵⁹ Gordon verband geschickt ein schnelles Reden mit dem Auslassen von entscheidenden Fakten der brasilianischen Politik – seine Zusammenfassung von Goularts Aufstieg und Fall erwähnte in keiner Weise den Versuch des Militärs, seine Regierungsübernahme im Jahre 1961 zu verhindern –, um die anwesenden Senatoren davon zu überzeugen, daß Goulart tatsächlich eine Diktatur errichten wollte.⁶⁰

Je nach Situation wurde entweder »die Rettung Brasiliens vor einer Diktatur« oder »die Rettung Brasiliens vor dem Kommunismus« als Begründung für die Ereignisse im Jahre 1964 vorgeschoben. General Andrew O'Meara, der Chef des amerikanischen Süd-[Lateinamerika]-Kommandos griff auf beides zurück. Er sagte gegenüber einem Ausschuß des Repräsentantenhauses:

»Die Machtübernahme durch die Regierung von Castelo Branco in Brasilien im letzten April rettete dieses Land vor einer drohenden Diktatur, die mit Sicherheit eine Herrschaft der Kommunisten zur Folge gehabt hätte.«⁶¹

Die Rettung-vor-dem-Kommunismus-Position war besonders schwer aufrechtzuerhalten, da die Kommunisten in Brasilien im Grunde nichts taten, worauf die Vereinigten Staaten hätten mit dem Finger zeigen können. Darüber hinaus paßte die Sowjetunion nur schwerlich ins Bild. Anfang 1964 berichtete eine brasilianische Zeitung, der russische Präsident des ZK der KPdSU Chruschtschow habe der Kommunistischen Partei Brasiliens mitgeteilt, die sowjetische Regierung beabsichtige weder, Goulart Finanzhilfe zu gewähren, noch sich wegen dieses Landes mit den Vereinigten Staaten anzulegen.⁶² In seinen Memoiren – wenngleich diese, wie schon oben erwähnt, nicht den Anspruch eines seriösen Geschichtswerkes erhoben – erwähnt Chruschtschow Brasilien nicht einmal in einer Fußnote.

Ein Jahr nach dem Staatsstreich lag das jährliche Handelsvolumen zwischen Brasilien und der UdSSR bei 120 Millionen Dollar und eine brasilianische Delegation sollte in Moskau die Bereitschaft der Sowjets zum Bau einer großen Industrieanlage erkunden.⁶³ Im darauffolgenden Jahr luden die Russen den neuen kommenden Präsidenten, General Costa e Silva, zu einem Besuch in die Sowjetunion ein.⁶⁴

Während der gesamten Dauer der Militärdiktatur, die sich bis in die achtziger Jahre hinein erstreckte, unterhielten Brasilien und der Ostblock weitreichende Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, die jährlich das Volumen von mehreren Milliarden Dollar erreichten und den Bau einer Reihe von Wasserkraftwerken einschlossen. Ähnliche Wirtschaftsbeziehungen existierten zwischen dem Ostblock und der argentinischen Militärdiktatur von 1976 bis 1983, die so eng waren, daß, als 1982 der sowjetische Vorsitzende Breschnew starb, die argentinische Regierung einen nationalen Trauertag anordnete.⁶⁵

Nur dadurch, daß man derartige Tatsachen ignorierte, gelang es der antikommunistischen Propagandamaschine der Vereinigten Staaten während des Kalten Krieges, eine Kommunistische Weltverschwörung an die Wand zu malen und zu behaupten, der Staatsstreich in Brasilien hätte das Land vor dem Kommunismus gerettet. Will man ein typisches Beispiel für diese Propaganda kennenlernen, sollte man den Artikel »Das Land, das sich selbst rettete« lesen, welcher im *Reader's Digest* einige Monate nach dem Putsch erschien. Die zahllosen Lügen über die Ereignisse in Brasilien, mit denen die Zeitschrift ihre Millionen Leser fütterte, trugen zweifellos dazu bei, die amerikanische Öffentlichkeit auf den großen antikommunistischen Kreuzzug in Vietnam vorzubereiten, der gerade in Schwung kam. Der Artikel begann:

»Nur ganz selten hat ein wichtiges Land so nahe am Rand des Verderbens gestanden und sich dennoch davor gerettet, wie Brasilien bei seinem jüngsten Triumph über die rote Unterwanderung. Der kommunistische Versuch zur Übernahme der Macht – gekennzeichnet durch Propaganda, Unterwanderung und Terror – war deutlich erkennbar. Die totale Unterwerfung stand bevor – doch dann sagten die Menschen: Nein!«⁶⁶

Diese Art von Unabhängigkeit, wie sie die brasilianische Militärregierung bei ihren Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion an den Tag legte, konnte Washington bei einer konservativen Regierung tolerieren, ja sogar die gelegentliche Verstaatlichung amerikanischen Eigentums, solange es sicher sein konnte, daß diese Regierung die Linke daheim unterdrückte und bei den wichtigen antikommunistischen Feldzügen des Kalten Krieges im Ausland mithalf. Im Jahre 1965 entsandte Brasilien 1100 Soldaten zur Unterstützung der US-Invasion in der Dominikanischen Republik und war damit das einzige lateinamerikanische Land, das mehr als nur eine symbolische Streitmacht schickte. Und in den Jahren 1971 und 1973 halfen das Militär und der Geheimdienst Brasiliens den Vereinigten Staaten dabei, die Regierungen von Bolivien und Chile zu stürzen.

Die Vereinigten Staaten ruhten sich nicht auf ihren Lorbeeren aus. Das CIA-Hauptquartier setzte eine die ganze Hemisphäre umfassende Propaganda in Gang, wie sie nur ihrem weitverzweigten Presse-Apparat möglich war, um die neue brasilianische Regierung zu unterstützen und Goulart zu diskreditieren.⁶⁷ Da Dean Rusk darüber besorgt

war, daß Goulart – weil er noch nicht zurückgetreten war – in Uruguay so empfangen werden könnte, als sei er immer noch der Präsident Brasiliens, telegraphierte er an die amerikanische Botschaft in Montevideo:

»Es wäre nützlich, wenn Sie den entsprechenden Beamten im Vertrauen klar machen könnten, daß Goulart trotz seiner gegenteiligen Behauptungen sein Amt niedergelegt hat.«⁶⁸

Gleichzeitig setzte die CIA-Außenstelle in Uruguay ein Programm zur Überwachung von Exilbrasilianern, die vor der Militärregierung geflohen waren, in Gang, um zu verhindern, daß sie eine Widerstandsbewegung in ihrer Heimat ins Leben riefen. Es war eine einfache Sache für die CIA, seinen (bezahlten) Freund, den Chef des uruguayischen Geheimdienstes, darum zu bitten, seine Offiziere vor den Wohnungen von Goulart und anderen wichtigen Brasilianern zu postieren. Die Offiziere führten Buch über alle Besucher, während sie sich gegenüber den Flüchtlingen als Personenschutz ausgaben, wenn es auch unwahrscheinlich ist, daß diese die Geschichte glaubten.⁶⁹

In den ersten Tagen nach dem Putsch wurden »mehrere Tausend« Brasilianer festgenommen, alles »Kommunisten und als Kommunisten verdächtige Personen.«⁷⁰ AIFLD-Absolventen wurden von der neuen Regierung unverzüglich dazu eingesetzt, die Gewerkschaften zu säubern.⁷¹ Obwohl Botschafter Gordon dem Außenministerium vor dem Staatsstreich versichert hatte, daß die Armee »schnell zur verfassungsmäßigen Ordnung zurückkehren und die Macht in zivile Hände legen würde«,⁷² war dies nicht der Fall. Innerhalb von wenigen Tagen übernahm General Castelo Branco die Präsidentschaft und in den nächsten Jahren entwickelte sein Regime alle Kennzeichen einer Militärdiktatur, die Lateinamerika so liebte: Das Parlament wurde aufgelöst, die politische Opposition wurde praktisch abgeschafft, das Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit wurde für »politische Verbrechen« suspendiert, die Kritik am Präsidenten wurde per Gesetz verboten und die Gewerkschaften wurden von Handlangern der Regierung übernommen. Den zunehmenden Protesten begegnete man, indem die Polizei und das Militär in die Menge schossen, das systematische »Verschwinden« als eine neue Form der Unterdrückung in Lateinamerika trat hier zum ersten Mal auf, die Häuser der Landbevölkerung wurden niedergebrannt, Priester wurden mißhandelt. Die Regierung nannte ihr Programm: die »moralische Wiedergeburt« Brasiliens. Und dann gab es natürlich auch noch Folter und Todesschwadronen – beides größtenteils Taten der Polizei und des Militärs, die von den Vereinigten Staaten abgesegnet wurden.⁷³

In den Kapiteln über Guatemala und Uruguay werden wir sehen, wie das Amt für Staatsicherheit der Vereinigten Staaten (Office of Public Safety, OPS), die CIA und das AID sich zusammaten, um die technische Ausbildung, die Ausrüstung und die Indoktrination zu liefern, durch welche die Gräueltaten in diesen Ländern unterstützt wurden. Nicht weniger geschah auch im Falle von Brasilien. Dan Mitrione vom OPS, dem wir in seiner ganzen Pracht in Uruguay begegnen werden, begann seine Karriere in den 1960er Jahren in Brasilien. Bis zum Jahre 1969 hatte das OPS eine Polizeitruppe für ganz Brasilien aufgebaut und über 100.000 Polizisten im Land ausgebildet. Dazu kamen 523 Polizisten, die eine Zusatzausbildung in den Vereinigten Staaten erhielten.⁷⁴ Etwa ein Drittel der Zeit verbrachten die Auszubildenden an den Polizeiakademien mit Lektionen, die der »kommunistischen Bedrohung« und der Notwendigkeit ihrer Bekämpfung gewidmet waren.⁷⁵ Die »Bombenschule« und Techniken zur Unterdrückung von Unruhen waren andere wichtige Aspekte ihrer Ausbildung.

»Die Foltermaßnahmen reichen von einfachen, aber brutalen Stockhieben bis hin zu Elektroschocks. Oft ist die Folter aber raffinierter: Das Ende eines Schilfrohrs wird in den After eines nackten Mannes eingeführt, der mit dem Kopf nach unten am *pau de arara* [Papageienstange] aufgehängt ist, und ein mit Benzin getränktes Stück Baumwolle wird am anderen Ende des Rohrs angezündet. Schwangere Frauen wurden gezwungen, bei der Folterung ihrer Ehemänner zuzuschauen. Andere Ehefrauen wurden nackt neben ihre Männer gehängt und es wurden ihnen Elektroschocks in ihre Geschlechtsteile gejagt, während die Folterer sie in extrem obszöner Weise beschimpften. Kinder wurden vor den Augen ihrer Eltern gefoltert und umgekehrt. Zumindest von einem Kind, dem drei Monate alten Säugling von Virgilio Gomes da Silva, wird berichtet, daß es unter der Polizeifolter starb. Die

Dauer der Foltersitzungen hängt von der Widerstandsfähigkeit der Opfer ab, in einem Fall ging sie ununterbrochen über mehrere Tage.«

*Amnesty International*⁷⁶

»Richter Agamemnon Duarte bezeugte, daß die CCC [Kommandos für die Jagd auf Kommunisten, eine von der Polizei bewaffnete und unterstützte Todesschwadron] und die CIA in die Ermordung des Priesters Henrique Neto verwickelt waren. Er gestand, daß [...] der amerikanische Geheimdienst (CIA) hinter den CCC stand.«

*Jornal do Brasil*⁷⁷

Der Stabschef des brasilianischen Heeres, General Breno Borges Forte, sagte im Jahre 1973 auf der Zehnten Konferenz der Amerikanischen Heeresverbände:

»Der Feind läßt sich nicht genau bestimmen. Er paßt sich jeder Umgebung an und setzt alle Mittel – zulässige wie unzulässige – ein, um seine Ziele zu erreichen. Er tarnt sich als Priester, Student oder Bauer, als Verteidiger der Demokratie oder fortschrittlicher Intellektueller, als fromme Seele oder extremistischer Protestler. Er geht auf die Felder der Bauern und in die Schulen, in die Fabriken und in die Kirchen, in die Universitäten und in die Ämter. Je nach Notwendigkeit kommt er in einer Uniform oder in Zivilkleidung daher. Zusammenfassend läßt sich sagen, er wird jede Rolle annehmen, die er für angemessen hält, um zu täuschen, zu lügen und die Gutgläubigkeit der Menschen des Westens zu auszunutzen.«⁷⁸

Im Jahre 1970 besuchte ein Untersuchungsausschuß des amerikanischen Kongresses Brasilien. Er faßte die Aussagen der dortigen amerikanischen Militärberater folgendermaßen zusammen:

»Sie gehen überhaupt nicht auf die autoritären Gesichtspunkte des Regimes ein, vielmehr heben sie die Versicherungen der brasilianischen Militärs hervor, sie glaubten an das Ideal der repräsentativen Demokratie und unterstützen diese und sie würden die Regierung an Zivilisten übergeben, wenn das ohne Opfer auf den Gebieten der Sicherheit und Entwicklung möglich wäre. Deshalb betonen sie die anhaltende Bedeutung des militärischen Ausbildungsprogramms als Mittel, um amerikanischen Einfluß auszuüben und die gegenwärtige amerikafreundliche Haltung der brasilianischen Streitkräfte aufrechtzuerhalten. Mögliche Nachteile, die sich für die Interessen der Vereinigten Staaten durch diese enge Identifizierung mit einem autoritären Regime ergeben könnten, werden als nicht sonderlich wichtig angesehen.«⁷⁹

Die CIA schläft nie. Eine Anmerkung: Die *New York Times* berichtete im Jahre 1966:

»Als die CIA letztes Jahr erfuhr, ein junger Brasilianer, der mit einem Stipendium an der Lumumba-Universität in Moskau studierte, sei im Jahre 1963 angeblich bei einem Autounfall getötet worden, zog sie eine massive Öffentlichkeitskampagne auf, um andere südamerikanische Familien davon abzubringen, ihre jungen Leute in die Sowjetunion zu schicken.«⁸⁰

Anmerkungen zu Kapitel 27

- 1 **Phyllis R. Parker**, BRAZIL AND THE QUIET INTERVENTION, 1964 (University of Texas Press, Austin, 1979), S. 64. Dieses Buch beruht in großen Teilen auf freigegebenen Dokumenten in der John F. Kennedy Presidential Library und der Lyndon B. Johnson Presidential Library. Diese Informationen reicherte der Autor mit Interviews der Schlüsselfiguren der hier diskutierten Ereignisse an.
- 2 Ebd., S. 67.
- 3 Ebd., S. 65.
- 4 Ebd., S. 20 (Washington im April 1962).
- 5 Ebd., S. 30-31, 34.
- 6 Ebd., S. 31 (Treffen in Brasilien am 17.12.1962).
- 7 Ebd., S. 45, 21 (Bericht von Walters an das Pentagon vom 06.08.1963).
- 8 Ebd., S. 41-42.
- 9 Ebd., S. 44 und passim.
- 10 **John Gerassi**, THE GREAT FEAR IN LATIN AMERICA (New York, 1965, überarb. Aufl.), S. 83.
- 11 Ebd., S. 82.
- 12 *New York Times*, 12.07.1961, S. 13.
- 13 **Peter Bell**, »Brazilian-American Relations« in **Riordan Roett** (Hrsg.), BRAZIL IN THE SIXTIES (Vanderbilt University Press, Nashville, 1972), S. 81 (Beils Interview mit Cabot am 15.01.1970 in Washington).
- 14 **Gerassi**, S. 84.
- 15 *New York Times*, 16.03.1962, S. 7.
- 16 **Stephen Schlesinger** und **Stephen Kinzer**, BITTER FRUIT: THE UNTOLD STORY OF THE AMERICAN COUP IN GUATEMALA (Doubleday, Garden City, NY, 1982), S. 103-104, 108.
- 17 *New York Times*, 16.03.1962, S. 7.
- 18 **Gerassi**, S. 84-88.
- 19 **Thomas E. Skidmore**, POLITICS IN BRAZIL, 1930-1964: AN EXPERIMENT IN DEMOCRACY (Oxford University Press, New York, 1967), S. 130; **Gerassi**, S. 80-81.
- 20 **Jan Knippers Black**, UNITED STATES PENETRATION OF BRAZIL (University of Pennsylvania Press, Philadelphia, 1977), S. 40. Die von Black zitierten Worte stammen aus einem Interview mit Oberstleutnant Edward L. King, einem Mitglied der gemeinsamen Verteidigungskommission der USA und Brasiliens in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre. Vgl. auch **Bell**, S. 83, bezüglich der Zweifel der USA an Goulart seit Beginn seiner Präsidentschaft.
- 21 **Arthur Schlesinger**, A THOUSAND DAYS: JOHN F. KENNEDY IN THE WHITE HOUSE (Houghton Mifflin, Boston, 1965), S. 780-782; *New York Times*, 05.12.1961, S. 11.
- 22 *New York Times*, 05.04.1962, S. 3.
- 23 *Time*, 03.11.1961, S. 29.
- 24 **Gerassi**, S. 83, 88.
- 25 **Parker**, S. 29, ein Interview mit Gordon vom 19.01.1976.
- 26 **Philip Agee**, INSIDE THE COMPANY: CIA DIARY (New York, 1975), S. 321.
- 27 **Parker**, S. 27.
- 28 **A. J. Langguth**, HIDDEN TERRORS (Pantheon Books, New York, 1978), S. 92. Langguth arbeitete früher bei der *New York Times* und war im Jahre 1965 Bürochef der Zeitung in Saigon.

- 29 **Parker**, S. 26, eine Mitteilung Präsident Kennedys an den AID-Chef Fowler Hamilton vom 05.02.1962.
- 30 Ebd., S. 87-97.
- 31 **Agee**, S. 362.
- 32 **Langguth**, S. 77, 89-90,92, 108.
- 33 **Parker**, S. 40.
- 34 Zum wichtigsten Ereignis/Beispiel hiervon vgl. die Geschichte der Matrosenmeuterei bei **Skidmore**, S. 296-297.
- 35 **Philip Siekman**, »When Executives Turned Revolutionaries«, *Fortune* (New York), September 1964, S. 214.
- 36 **Parker**, S. 63, ein Interview mit Walters.
- 37 **Langguth**, S. 61-62, 98; *Washington Post*, 05.02.1968, S. 1.
- 38 **Skidmore**, S. 330; vgl. auch James Kohl und John Litt, *Urban Guerrilla Warfare in Latin America* (The MIT Press, Cambridge, Mass., 1974), S. 39, zur detaillierteren Darstellung der stark amerikafreundlichen und antilinken Ausrichtung der Akademie.
- 39 **Parker**, S. 98, Telegramm ans Außenministerium vom 04.03.1964. Zur ausführlichen Darstellung der engen Beziehungen zwischen den Offizieren der amerikanischen und der brasilianischen Armee und der vermutlichen Beeinflussung der letzteren entsprechend der amerikafreundlichen und antikommunistischen Linie der USA vgl. a) **Langguth**, S. 94-96, 162-170; b) **Black**, Kap. 9 und 10; c) **Michael Klare**, *WAR WITHOUT END* (New York, 1972), Kap. 10; d) **Alfred Stepan**, *THE MILITARY IN POLITICS: CHANGING PATTERNS IN BRAZIL* (Princeton University Press, 1971, eine Untersuchung der RAND Corporation), S. 123- 133.
- 40 **Parker**, S. 65.
- 41 Ebd., S. 68.
- 42 Ebd., S. 68-69.
- 43 Ebd., S. 74.
- 44 Ebd., S. 75, ein Fernschreiben Washingtons an die US-Botschaft in Brasilien vom 31.03.1964.
- 45 Ebd., S. 68.
- 46 Ebd., S. 74, 77.
- 47 Ebd., S. 72, 75-76. Vgl. auch die Aussage des von der Junta verbannten früheren brasilianischen Armeeobersten Pedro Paulo de Baruna über die Wirkung der Marinestreitkräfte auf das Denken Castelo Brancos in Warner Poelchau (Hrsg.), *White Paper, Whitewash* (New York, 1981), S. 51.
- 48 *Survey of the Alliance for Progress: Labor Policies and Programs*, STAFF REPORT OF THE US SENATE FOREIGN RELATIONS COMMITTEE, Subcommittee on American Republics Affairs, 15.07.1968, S. 53. Der Hintergrund des AIFLD wird auf früheren Seiten dieses Berichts dargestellt. Vgl. auch **Black**, Kap. 6.
- 49 US SENATE REPORT, a.a.O., S. 14 (Zitate aus einer Radiosendung, an der Doherty mitwirkte).
- 50 **Eugene Methvin**, »Labor's New Weapon for Democracy«, *Reader's Digest*, Oktober 1966, S. 28.
- 51 **Poelchau**, S. 47-51.
- 52 **Langguth**, S. 110, 113; *Washington Post*, 02.04.1964, S. 23.
- 53 **Langguth**, S. 112-113.
- 54 Ebd., S. 113; **Washington Post**, 03.04.1964, S. 17.

- 55 Zu Gordons Telegrammen vgl. **Parker**, S. 81-83.
- 56 Ebd., S. 83.
- 57 Hearing on the Nomination of Lincoln Gordon to be Assistant Secretary of State for Inter-American Affairs, US Senate Foreign Relations Committee, 07.02.1966, S. 44-45.
- 58 *The Department of State Bulletin*, 20.04.1964 (Pressekonferenz vom 03.04.1964).
- 59 **Langguth**, S. 116, aus Langguths Interview mit Gordon.
- 60 Senate Hearing, a.a.O.
- 61 FOREIGN ASSISTANCE ACT OF 1965, Hearings before the House Foreign Affairs Committee, 25.02.1965, S. 346.
- 62 **Langguth**, S. 113, zitiert den *Brazil Herald* vom 06.03.1964, S. 4.
- 63 *New York Times*, 11.07.1965, S. 13.
- 64 Ebd., 25.11.1966, S. 4.
- 65 Marc Edelman, »The Other Super Power: The Soviet Union and Latin America 1917-1987«, NACLA REPORT ON THE AMERICAS (North American Congress on Latin America, New York), Januar-Februar 1987, S. 32-34; zum Trauertag: S. 29, Zitat aus dem Foreign Broadcast Information Service (FBIS-LAM) des CIA vom 15.11.1982.
- 66 *Reader's Digest*, November 1964, S. 135-158.
- 67 **Agee**, S. 364.
- 68 **Parker**, S. 85-86.
- 69 **Agee**, S. 364-365.
- 70 *New York Times*, 06.04.1964, S. 1.
- 71 *Reader's Digest*, Oktober, 1966, a.a.O.
- 72 **Parker**, S. 59.
- 73 Zu den Repressionsmaßnahmen der Branco-Regierung und der Beziehung zu Washington: a) **Penny Lemoux**, CRY OF THE PEOPLE: THE STRUGGLE FOR HUMAN RIGHTS IN LATIN AMERICA – THE CATHOLIC CHURCH IN CONFLICT WITH U.S. POLICY (Penguin Books, London, 1982), S. 166-175, 313-332 und passim; b) **Langguth**, Kap. 4, 5, 7 und passim; c) TORTURE AND OPPRESSION IN BRAZIL, Hearing before the Subcommittee on International Organizations and Movements of the House Committee on Foreign Affairs, 11.12.1974, enthält Aussagen von und über Folteropfer und Nachdrucke von Artikeln in der US-Presse; d) **Noam Chomsky** und **Edward Herman**, THE WASHINGTON CONNECTION AND THIRD WORLD FASCISM (Boston, 1979), vgl. das Register.
- 74 Agency for International Development (AID), PROGRAM AND PROJECT DATA PRESENTATION TO THE CONGRESS FOR FISCAL YEAR 1971, S. 26.
- 75 **Langguth**, S. 94; **Poelchau**, S. 65, ein Interview mit Langguth.
- 76 **Amnesty International**, REPORT ON ALLEGATIONS OF TORTURE IN BRAZIL (London, 1974), S. 40.
- 77 *Jornal do Brazil*, 25.05.1972, zitiert in **Amnesty Intemational**, a.a.O., S. 49.
- 78 **Lawrence Weschler**, A MIRACLE, A UNIVERSE: SETTLING ACCOUNTS WITH TORTURERS (Penguin Books, New York, 1991), S. 122.
- 79 SPECIAL STUDY MISSION TO LATIN AMERICA ON MILITARY ASSISTANCE TRAINING, House Committee on Foreign Affairs Report, 1970.
- 80 *New York Times*, 27.04.1966, S. 28.

28 Peru 1960 bis 1965

Fort Bragg zieht in den Dschungel

Ein CIA-Traum wurde wahr. Ein Kommandounternehmen von kubanischen Castro-Gegnern gegen die kubanische Botschaft in Lima erbrachte den schriftlichen Nachweis, daß Kuba in Peru »Hunderttausende« von Dollars an Propagandageldern ausgegeben hatte, um eine positive Einstellung gegenüber der kubanischen Revolution aufzubauen und kommunistische Aktivitäten im Land zu fördern.

Das war keiner der gewöhnlichen, für den Kalten Krieg typischen Vorwürfe, denn die Dokumente gaben alle möglichen Details und Namen preis – diejenigen, die das schmutzige Geld empfingen, Menschen in den Gewerkschaften, den Universitäten und der Politik, sowie Menschen, die heimlich Kuba besucht hatten, wobei alle ihre Ausgaben übernommen worden waren.¹ Und was allem die Krone aufsetzte, dies waren alles Menschen, welche die CIA als Feinde ansah.

Es gab nur ein einziges Problem dabei, aber es war kein wirkliches Problem: Einige der Dokumente waren Fälschungen. Gewiß, der Einbruch hatte stattgefunden, und zwar genau am 08.11.1960. Und man hatte auch tatsächlich mit vorgehaltener Waffe Dokumente an sich gebracht. Aber die am stärksten belastenden Dokumente, die einen Monat später zusammen mit den echten vorgelegt wurden, waren von den Experten des technischen Dienstes der CIA fabriziert worden.²

Für die Propaganda war dies ein Glücksfall. Über die Geschichte wurde in den Medien Lateinamerikas und der Vereinigten Staaten groß und breit berichtet, und diese Berichte waren von entrüsteten antikommunistischen Artikeln und Kommentaren begleitet. Das *Wall Street Journal* wurde zur Veröffentlichung eines außergewöhnlich langen und leicht hysterischen Artikels veranlaßt, der ganz offensichtlich auf Informationen aus Washington beruhte, die in auffallender Weise unhinterfragt blieben. In diesem Artikel wurde warnend darauf hingewiesen, daß »Unmengen von Geheimdienstdaten aus den 20 Ländern, die sich von Mexiko bis nach Argentinien erstrecken, Zeugnis von einem wachsenden kommunistischen Vordringen auf dieser Seite der Erde ablegen.«³

Sicher, die Kubaner bestanden darauf, diese Dokumente seien nicht echt, aber das war ja nicht anders zu erwarten. Die Angelegenheit hatte das Ziel, die Auslandsbeziehungen Castros für gewisse Zeit zu überschatten.

Das schönste Resultat für die CIA bestand darin, daß nur wenige Tage nach diesem Ereignis die peruanische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Kuba abbrach. Dies stellte, wie auch in den meisten anderen CIA-Außenstellen in Lateinamerika, für den Geheimdienst in Lima die absolute Priorität dar und hatte außerdem zur Folge, daß die kubanische Nachrichtenagentur *Prensa Latina* nicht mehr weiter in Peru arbeiten durfte. Die peruanischen Behörden kamen jetzt zu der Erkenntnis, die Meldungen der Nachrichtenagentur seien »von Moskau gesteuert.«⁴

Eine Woche später warf der Vorfall noch ein willkommeneres Abfallprodukt ab. Die peruanische Regierung verabschiedete ein Gesetz, auf Grund dessen es einfacher wurde, Mitglieder der Kommunistischen Partei zu verhaften, allerdings wurde dieses ein Jahr danach wieder außer Kraft gesetzt. Während ihrer Beratungen hörte das peruanische Parlament die beeidigte Aussage eines gewissen Francisco Ramos Montejo, der sich kurz zuvor aus der kubanischen Botschaft abgesetzt hatte und bei dem Überfall anwesend gewesen war. Dieser »bestätigte«, alle Dokumente seien echt. Ramos, der jetzt in Miami lebt und für die CIA arbeitet, erklärte auch, es habe detaillierte Pläne zur Ermordung peruanischer Beamter und zum Sturz der Regierung gegeben und es seien – vermutlich für diese Ziele – Waffen aus Bolivien und Ecuador nach Peru geschmuggelt worden.⁵

Mit solchem Zeug wird der Kampf um die Herzen und die Gedanken der Lateinamerikaner geführt.

Die politische Geschichte Perus war die klassische lateinamerikanische Geschichte: Eine Oligarchie wird durch einen Militärputsch gestürzt, danach regiert eine andere Oligarchie. Gelegentlich wird dies unterbrochen durch einen Aufstand und sporadische Gewaltausbrüche der vergessenen Unterschichten, welche die Oben daran erinnern wollen, daß sie noch am Leben sind, wenn auch nur mit Mühe und Not. Der Journalist und Lateinamerikakenner John Gerassi beschrieb die Situation der Unterschichten in Peru in den frühen 1960er Jahren folgendermaßen:

»In der Hauptstadt Lima, deren von kunstvollen Holzbalkonen eingefasste Kolonialvillen sie zu einer der schönsten Städte der Welt machen, lebt die Hälfte der 1,3 Millionen Bewohner in von Ratten verseuchten Slums. Einer davon namens El Monton ist rund um den, auf dem und in den Müllplatz der Stadt hinein gebaut. Als ich diesen Slum einmal besuchte, sah ich dort nackte Kinder – einige von ihnen noch zu jung, um schon laufen zu können – mit Schweinen um ein paar Essensabfälle kämpfen, die dort zufällig von den Müllmännern abgeladen worden waren. [Die Bauern] kauten Kokablätter, aus denen man Kokain herstellt, um ihre Hungerschmerzen abzutöten, und pro Person gab es durchschnittlich nur 500 Kalorien am Tag. Wo Gras wächst, ißt es der peruanische Andenindianer – ebenso wie die Schafe, die er tötet, wenn diese so hungrig werden, daß sie anfangen, anderen Schafen die Wolle herunterzureißen, um diese zu fressen. Die Tagelöhner, die auf dem Land der Weißen arbeiten, erhalten im Schnitt einen Sol (vier US-Cent) pro Tag und arbeiten vom Sonnenaufgang bis zum Sonnenuntergang.«⁶

Zu dieser Zeit organisierte eine von Hugo Blanco geführte Bewegung die Bauern in Gewerkschaften und führte Streiks und Landbesetzungen durch. Was die Bewegung tat, konnte man wohl kaum als Guerillakrieg bezeichnen, da sie weitgehend unbewaffnet war und mit ihren bloßen Händen die Landbesetzer verteidigte. Sie wurde ohne Mühe und brutal von Polizei und Armee niedergeschlagen, anscheinend ohne wesentliche amerikanische Unterstützung, sieht man einmal von der »normalen« Bewaffnung und Ausbildung dieser Kräfte ab.

Allerdings waren in den Jahren bis 1965 verschiedene Guerillagruppen an den Osthängen der Anden entstanden, denen klar war, daß die bloße Organisation der Bauern absolut nicht ausreichend – andere würden sagen: selbstmörderisch – war. Von der kubanischen Revolution inspiriert und von ihren sozialen Errungenschaften beeindruckt sowie teilweise von Kubanern ausgebildet, trafen diese Söhne des Bürgertums im Mai zusammen, um eine einheitliche Strategie auszuarbeiten. Der Guerillakrieg setzte im darauffolgenden Monat ein. Doch bis zum Jahresende hatte eine gemeinsame peruanisch-amerikanische Antiguerillaoperation drei Rebellengruppen das Rückgrat gebrochen, bei zweien davon war dies innerhalb von zwei Monaten gelungen. Im folgenden Jahr reduzierten sich die Aktionen der Guerilleros, die am Leben geblieben waren und weiter aktiv blieben, auf aussichtslose und kraftlose Scharmützel.⁷

Die Rolle der CIA bei dieser definitiv militärischen Säuberungsaktion beschrieb einer seiner früheren hochrangigen Mitarbeiter folgendermaßen:

»Die Green Berets waren an der einzigen großangelegten Intervention der CIA in Lateinamerika in der Zeit nach der Schweinebucht beteiligt. Dies geschah Mitte der 1960er Jahre, als die CIA heimlich die peruanische Regierung unterstützte, die zu dieser Zeit von Guerillaaktionen in den entlegenen Ostregionen des Landes heimgesucht wurde. Unfähig, mit der Aufstandsbewegung fertigzuwerden, bat Lima die US-Regierung um Hilfe, und diese ließ sie ihr auch insgeheim prompt zukommen.

Die CIA finanzierte in der unruhigen peruanischen Dschungelregion den Bau von etwas, das ein sachkundiger Beobachter als »ein Fort Bragg im Kleinen« beschrieb: Es war komplett mit einem Kasino, Unterrichtsräumen, Verwaltungsgebäuden, Fallschirmspringertürmen, Landemöglichkeiten für Amphibienfahrzeuge und allen anderen Einrichtungen für paramilitärische Operationen ausgestattet. Hubschrauber wurden – als offizielle Militärhilfe getarnt – geliefert, und die CIA flog Waffen und andere Kampfgeräte ein. Die Ausbildung wurde von Mitarbeitern der Abteilung für besondere Operationen der CIA und von Ausbildern der Green Berets durchgeführt, welche die Armee ausgeliehen hatte.«⁸

Im Februar 1966 faßte Verteidigungsminister Robert McNamara diese Maßnahmen in einer Senatsanhörung wie folgt zusammen:

»In Peru kann die Regierung bereits große Fortschritte gegen die Guerillagruppen verzeichnen, und die von den USA ausgebildeten peruanischen Heeres- und Luftwaffeneinheiten haben eine herausragende Rolle bei diesem Feldzug gegen die Guerilla gespielt.«⁹

Typischer- und ironischerweise war diese Ausbildung dadurch gekennzeichnet, daß sie den peruanischen Offizieren in erster Linie die Motivation zum Kampf gegen die Aufständischen einimpfte. Der amerikanische Militärforscher Michael Klare hat auf Folgendes hingewiesen:

»Viele lateinamerikanische Offiziere wollten lieber Eliteeinheiten, wie Düsenjägerstaffeln, Marineflottillen oder Panzerbrigaden, kommandieren, anstatt sich mit der Guerilla in langen, unspektakulären Dschungelkämpfen herumzuschlagen. Daher sind die US-Ausbildungsprogramme darauf ausgerichtet, die Bedeutung der Antiguerillaoperationen hervorzuheben und dadurch zu erkennen zu geben, daß die Vereinigten Staaten diejenigen Offiziere belohnen werden, die sich bei dieser Art von Krieg auszeichnen.«¹⁰

In welchem Ausmaß sich amerikanische Militärangehörige direkt an den Kämpfen beteiligten, ist nicht bekannt. Allerdings errichteten sie ihr Hauptquartier mitten im Kampfgebiet, in dem Dorf Mazanari, und im September 1965 berichtete die *New York Times*, daß »zumindest ein Antiguerillaexperte der US-Armee bei der Planung und Durchführung des Angriffes geholfen haben soll«, mit dem die peruanische Regierung ihren Hauptschlag gegen die Guerilla einleitete.¹¹

Zur gleichen Zeit wurden in den Städten die Anhänger der Guerilleros zusammengetrieben, wobei man auf Erkenntnisse der CIA zurückgriff, und zwar auf die Liste der »subversiven Elemente«, die von den Außenstellen des Geheimdienstes auf der ganzen Welt für solche Gelegenheiten gesammelt werden.¹² Die CIA ist in der Regel bei der Sammlung solcher Informationen in einer weit besseren Position als die jeweilige Gastregierung, da sie größere Erfahrung auf diesem Gebiet, die entsprechenden Geldmittel zur Anwerbung von Informanten, die Abhörausrüstung und die größere Motivation mitbringt.

Als sich dies ereignete, hatten der Vietnamkrieg und die militanten Proteste dagegen bereits die Titelseiten der amerikanischen Zeitungen erobert, und der vereinzelte Artikel der *New York Times* über Peru geriet sofort in Vergessenheit. Und dabei war das Ziel, das Amerika in Peru verfolgte, dasselbe wie in Vietnam: die Niederschlagung einer Bewegung für eine durchgreifende Landreform und der sich daraus unvermeidlicherweise ergebenden gesellschaftlichen und politischen Veränderungen. Und auch die Methoden waren ähnlich: das Niederbrennen der Hütten und Dörfer der Landbevölkerung, um diese für ihre Unterstützung der Partisanen zu bestrafen, die Entlaubung der Landschaft, um die Verstecke der Partisanen auszurauchern, die Bombenteppiche aus Napalm und Sprengbomben und sogar das Abwerfen von Gefangenen aus Hubschraubern.¹³

Der wesentliche und für die peruanischen Aufständischen verhängnisvolle Unterschied bestand in der Tatsache, daß sie nur wenige indianische Bauern in ihren Reihen hatten, da diese Bevölkerungsgruppe wenig revolutionäres Bewußtsein und noch weniger Mut besaß. Vier Jahrhunderte der Entmenschlichung hatten sie fast jeder Hoffnung und jedes Gefühls für das Recht auf Widerstand beraubt, und wenn sich dieses Gefühl – wie unter Hugo Blanco – einmal auch nur schwach regte, stieß es frontal mit der Staatsgewalt zusammen.

In der Dritten Welt war es genauso üblich wie aberwitzig, daß die meisten Soldaten, welche zur Bekämpfung der Bauern eingesetzt wurden, selbst bäuerlicher Herkunft waren. Es zeugt vom extremen Zynismus der peruanischen und amerikanischen Militärbehörden, daß man diese Soldaten weit von ihrer Heimatregion entfernt stationierte, um ihren Widerstand in dem Augenblick, wenn man die Schießbefehle gab, zu schwächen.¹⁴

Aber all dies funktionierte. Es funktionierte so gut, daß mehr als ein Jahrzehnt vergehen mußte, bevor in Peru wieder verzweifelte Menschen nach den Waffen griffen.

Anmerkungen zu Kapitel 28

- 1 *New York Times*, 22.12.1960, S. 3.
- 2 **Philip Agee**, *INSIDE THE COMPANY: CIA DIARY* (New York, 1975), S. 145-146.
- 3 *Wall Street Journal*, 05.01.1961, S. 1.
- 4 *New York Times*, 28.12.1960, S. 5.
- 5 Ebd., 06.01.1961 und 07.01.1961; **Agee**, S. 146. Agee nennt Ramos nicht beim Namen, aber es scheint klar zu sein, das er denselben Mann meint.
- 6 **John Gerassi**, *THE GREAT FEAR IN LATIN AMERICA* (New York, 1965, überarb. Aufl.), S. 20 und 129 – Erste Ausgabe unter dem Titel *THE GREAT FEAR* (New York, 1963).
- 7 Zum Hintergrund, zur Ideologie und zum Schicksal der verschiedenen revolutionären Bewegungen in Peru zu dieser Zeit vgl. **Richard Gott**, *RURAL GUERRILLAS IN LATIN AMERICA* (Penguin Books, Harmondsworth, 1973, überarb. Aufl.), S. 363-463; **James Petras** und **Maurice Zeitlin** (Hrsg.), *LATIN AMERICA: REFORM OR REVOLUTION?* (Fawcett, New York, 1968), S. 343-350; *New York Times*, 30.08.1966, S. 1.
- 8 **Victor Marchetti** und **John Marks**, *THE CIA AND THE CULT OF INTELLIGENCE* (New York, 1975), S. 137.
- 9 Hearings before the Committee on Armed Services and the Subcommittee on Department of Defense of the Committee on Appropriations (US Senate), 23.02.1966, S. 38.
- 10 **Michael Klare**, *WAR WITHOUT END* (Random House/Vantage Books, New York, 1972), S. 297-298.
- 11 *New York Times*, 12.09.1965, S. 32.
- 12 **Agee**, S. 440. Vgl. auch S. 267-269, 427.
- 13 **Gott**, a.a.O.; **Petras**, S. 349; **Norman Gail**, »The Legacy of Che Guevara«, *Commentary* (New York), 12.1967, S. 39.
- 14 **Petras**, S. 349.

29 Die Dominikanische Republik 1960 bis 1966

Die Rettung der Demokratie durch die Abschaffung der Demokratie

In der Nacht zum 30.05.1961 wurde Generalissimo Rafael Trujillo, ein Massenmörder, Folterer par Excellence und absoluter Diktator, auf einer Fernstraße in den Außenbezirken der Hauptstadt Ciudad Trujillo erschossen.

Die Ermordung löste in den fünf darauffolgenden Jahren eine Kette von Ereignissen aus, die sich durch eine andauernde und besonders grausame Intervention der Vereinigten Staaten in die inneren Angelegenheiten der Dominikanischen Republik auszeichnet, wie sie in Lateinamerika seit der Hochzeit der amerikanischen Kanonenbootdiplomatie nicht mehr zu beobachten war.

Die Vereinigten Staaten waren als Komplize an der Ermordung des Mannes beteiligt, dem sie selbst bei der Machtergreifung und bei der Aufrechterhaltung dieser Macht über 30 Jahre hinweg geholfen hatten. Es war einer der wenigen Fälle, in denen die US-Regierung einen rechten Despoten stürzte, aber natürlich war auch hier der Antikommunismus die treibende Kraft.

Wie viel Abscheu einzelne amerikanische Politiker über die Jahre hinweg auch gegenüber Trujillos unglaublichen Menschenrechtsverletzungen empfunden haben mögen, seine eifrige Anhängerschaft an die amerikanische Politik, seine Unterdrückung der Linken und infolge davon die starke Unterstützung, derer er sich im Kongreß – wo Trujillos Geld kein Fremdling war – und in anderen einflußreichen Kreisen in Washington erfreute, reichten aus, damit alle Regierungen der Vereinigten Staaten die Augen verschlossen.

Als im Januar 1959 die Regierung von Fulgencio Batista im nahen Kuba von den Truppen Fidel Castros abgesetzt wurde, sah sich Washington zu einer Überprüfung seiner Politik veranlaßt. Dieses historische Ereignis schien daraufhinzuweisen, daß die Unterstützung rechtsgerichteter Regierungen nicht länger das beste Mittel sei, um das Aufkommen revolutionärer Bewegungen in Lateinamerika einzudämmen, sondern daß sie dieses vielmehr forderte. Und in der Tat unternahm im Juni eine Gruppe von Exildominikanern von Kuba aus eine Invasion in ihr Heimatland. Obwohl die Invasion ein kompletter Fehlschlag war, mußte dies die amerikanische Besorgnis darüber, wer sich im »Amerikanischen See« tummelte, verstärken.

»Batista ist für Castro das, was Trujillo für [...] ist«, war die implizite Annahme, und Washington wollte sichergehen, daß es dabei war, wenn die Lücke ausgefüllt würde«, wie das Problem in einer Analyse formuliert wurde. »Daher suchte Washington nach einem Weg, um Trujillo loszuwerden und gleichzeitig für einen verantwortungsbewußten Nachfolger zu sorgen.«¹ Ironischerweise war Batista in Trujillos Dominikanische Republik geflohen.

Die Entscheidung, Trujillo zu stürzen, nahm Anfang 1960 immer mehr Gestalt an, als die Vereinigten Staaten versuchten, in ihrer Hemisphäre eine Opposition gegen die Regierung von Castro auf die Beine zu stellen. Durch diese Politik verstärkte sich der bekannte Vorwurf, die Vereinigten Staaten würden nur linke Regierungen bekämpfen, aber niemals rechtsgerichtete, wie tyrannisch letztere auch seien. Die enge Beziehung zu Trujillo, der weithin als Washingtons »Schützling« angesehen wurde, erwies sich immer mehr als peinlich. Die Umstände waren derart, daß Präsident Eisenhower sich zu folgender Feststellung veranlaßt sah: »Die amerikanische Öffentlichkeit wird ganz sicher nicht bereit sein, Castro zu verurteilen, solange wir nichts gegen Trujillo unternehmen.«² (Das offensichtliche Vertrauen des Präsidenten in die Unabhängigkeit des Bewußtseins der Amerikaner war wohl etwas übertrieben, denn Washington unterstützte

rechtsgerichtete Diktaturen in Guatemala, Nicaragua, Haiti und in anderen Ländern sowohl vor als auch nach der Ermordung Trujillos, und dennoch schloß sich die amerikanische Öffentlichkeit bereitwillig der Verurteilung Castros an.)

Bereits im Jahre 1958 hatte der damalige Chef der CIA-Außenstelle in der Dominikanischen Republik, Lear Reed, zusammen mit einigen Dominikanern ein Komplott zur Ermordung Trujillos geschmiedet, das jedoch niemals in Gang kam.³ Worin die Motivation des Geheimdienstes dabei bestand und ob Reed auf eigene Faust oder mit Zustimmung Vorgesetzter Stellen in Washington handelte, ist nicht bekannt. Jedenfalls erwog im Februar 1960 die Sondergruppe des Nationalen Sicherheitsrats in Washington ein Programm zur verdeckten Hilfe für dominikanische Trujillo-Gegner.⁴ Zwei Monate später genehmigte Eisenhower einen Krisenplan, der, sollte sich die Situation weiter verschlechterte, unter anderem vorsah, »die Vereinigten Staaten würden in dem Moment politische Aktivitäten zur Entfernung Trujillos aus der Dominikanischen Republik unternehmen, sobald ein passendes Nachfolgeregime dazu bewogen werden kann, unter der Zusicherung politischer, wirtschaftlicher, und – falls nötig – militärischer Unterstützung von seiten der USA die Macht zu übernehmen.«⁵

Anscheinend in Unkenntnis der Ereignisse um ihn herum, machte Trujillo weiterhin seinem Ruf als Verbrecher alle Ehre. Im Juni jagten seine Handlanger ein Auto mit dem venezolanischen Präsidenten Romulo Betancourt in die Luft, der ein entschiedener Kritiker des dominikanischen Diktators war. Daraufhin geriet Washington erneut unter den Druck verschiedener demokratischerer Staaten des karibischen Raumes, etwas gegen Trujillo zu unternehmen. Betancourt, der das Attentat überlebte, erklärte gegenüber US-Außenminister Christian Herter: »Wenn ihr ihn nicht ausschaltet, werden wir einmarschieren.«⁶

Ein ganzes Jahr hindurch spielten die Regimekritiker und verschiedene amerikanische Beamte Mantel-und-Degen-Spiele: Es gab Treffen in New York und Washington, in Ciudad Trujillo und in Venezuela. In der Dominikanischen Republik lebende Amerikaner wurden für die Sache angeworben, und es wurden zu verschiedenen Zeitpunkten Pläne zum Sturz Trujillos vom Außenministerium, der CIA und den Regimekritikern geschmiedet, einige davon mit Zustimmung der Sondergruppe. In Venezuela wurde ein Ausbildungslager für Exildominikaner errichtet, die aus den USA und aus Puerto Rico dorthin geflogen wurden. Die Regimekritiker erbaten wiederholt Waffen, von Gewehren bis zu ferngesteuerten Sprengvorrichtungen, zu dem offen ausgesprochenen Zweck, Trujillo und andere wichtige Mitglieder seines Regimes zu ermorden. Verschiedene dieser Gesuche wurden vom Außenministerium oder der CIA gebilligt. Hohe Kreise in Washington versicherten die Regimekritiker beständig und wiederholt ihrer Unterstützung, doch letzten Endes wurde kein einziger der ehrgeizigen Pläne in die Tat umgesetzt (die tatsächliche Ermordung war im Wesentlichen eine improvisierte Zufallssache). Insgesamt übergab man den Gegnern Trujillos nur drei Pistolen und drei Karabiner, und es ist unklar, ob überhaupt eine dieser Waffen bei dem Mord benutzt wurde.⁷

Letzten Endes bestand die wichtigste Hilfe der Vereinigten Staaten für die Regimekritiker darin, daß der »Koloß aus dem Norden« nicht militärisch intervenieren würde, um die Ermordung zu verhindern, und sie danach unterstützen würde, falls sie eine »passende« Regierung bilden würden. In Lateinamerika ist dies praktisch eine unabdingbare Voraussetzung für ein solches Unternehmen, insbesondere in der Dominikanischen Republik, wo die amerikanischen Marineinfanteristen schon viermal im zwanzigsten Jahrhundert gelandet waren. Bei der letzten dieser Intervention entstand eine zentrale dominikanische Nationalgarde, deren Kommando die USA dem von ihr ausgebildeten jungen Offizier Rafael Trujillo übergaben.

Die Kluft zwischen den Worten und den Taten der amerikanischen Regierung, was die Ermordung betrifft, scheint die Folge einer wachsenden Unsicherheit Washingtons in Bezug darauf gewesen zu sein, was nach Trujillos Abgang tatsächlich passieren würde – würde vielleicht eine castrofreundliche Regierung aus dem Chaos hervorgehen? Ein nachgeordneter Gesichtspunkt bestand vielleicht in einem Zögern, an einem politischen

Mord mitzuwirken, und das sowohl aus politischen Erwägungen als auch aus dem Wunsch heraus, »eine weitere Befleckung« der »moralischen Haltung der USA in den Augen der Welt« zu vermeiden, wie es ein Beamter des Außenministeriums ausdrückte.⁸ Das war insbesondere die ausdrückliche Meinung Präsident Kennedys und anderer Mitglieder seiner Regierung, die im Januar 1961 ins Amt gekommen war. Allerdings ließ sie selbst später mehrere Mordversuche auf Castro verüben.

Der fürchterliche Fehlschlag der Invasion in der Schweinebucht im April dämpfte die Begeisterung der Washingtoner Beamten für karibische Abenteuer (außer für den Rachezug gegen Kuba) noch mehr und veranlaßte sie dazu, eine Verschiebung der Ermordung zu verlangen. Die Verschwörer waren aber längst nicht mehr zur Umkehr zu bewegen.

Die Dominikaner, welche die Fäden zogen, waren – wie auch ihre Mitverschwörer – keineswegs Revolutionäre. Sie kamen aus den Reihen der konservativen, privilegierten Schichten der dominikanischen Gesellschaft und wurden in erster Linie von einer starken Abscheu vor Trujillo zusammengehalten. Es war sozusagen eine persönliche Blutrache – jeder von ihnen oder irgend jemand aus ihrer näheren Umgebung war von Trujillo zutiefst erniedrigt, wenn nicht gar gefoltert oder ermordet worden.

Ihre Vorstellung davon, was auf die Ausschaltung Trujillos folgen sollte, war nur zur Hälfte ausgereift, und selbst diese fiel komplett in sich zusammen. Es kam schließlich so, daß am Tag nach der Ermordung Trujillos sein Sohn Rafael (»Ramfis«) von seinem Playboyleben in Paris zurück nach Hause eilte, um die Regierungsgewalt zu übernehmen. Wenig hatte sich geändert, sowohl für die Dominikanische Republik als auch für Washington. Die Kennedy-Regierung war nach wie vor mit den gleichen ideologischen Fragen konfrontiert, die ihr schon vor der Ermordung ebenso viel Kopfzerbrechen bereitet hatten wie davor der Eisenhower-Regierung. Diese lauteten: Was ist das beste Mittel zur Vermeidung von linksgerichteten Regierungen, die eine radikale gesellschaftliche Veränderung anstreben? Die bekannte eiserne Faust der rechten Diktatur oder eine demokratische Gesellschaft, die in der Lage ist, viele der berechtigten Forderungen der Bevölkerung zu erfüllen? Würde zuviel Demokratie die Tür zu noch weitergehenden und unzulässigen Forderungen aufstoßen und der Linken eine legale Plattform bieten, so daß sie die Öffentlichkeit beeinflussen (»hinters Licht führen«, würde Washington es nennen) könnte? Und falls man eine Diktatur unterstützen müßte, wie würden die liberalen amerikanischen Führer das der Welt und ihren eigenen Bürgern beibringen?

John F. Kennedy und seine Männer aus Harvard behandelten solche politischen Fragen etwas nachdenklicher, als es amerikanische Politiker gemeinhin tun, ja man könnte sagen, daß sie sich sogar den Kopf über solche Fragen zerbrachen. Aber letztendlich unterschied sich ihre Lateinamerikapolitik kaum von jener der konservativen republikanischen Regierungen. Ein Führer, der »Ordnung« mit einer demokratischen Fassade verband, der die Linke unterdrückte, ohne dabei offenkundig brutal zu sein, kurz gesagt, ein antikommunistischer Liberaler, schien den Vereinigten Staaten immer noch der sicherste Verbündete zu sein.

»Es gibt drei Möglichkeiten mit absteigender Präferenz«, sagte Kennedy, »ein anständiges demokratisches Regime, eine Fortsetzung des Trujillo-Regimes oder ein Regime nach Castros Art. Wir sollten auf das erste hinwirken, aber wir können das zweite nicht verwerfen, solange wir nicht sicher sind, daß wir das dritte verhindern können.«⁹

Rafael Trujillo junior war sicherlich nicht die Idealbesetzung. Er trug das unauslöschliche Stigma seines Namens und seiner Herkunft, und er richtete in den folgenden sechs Monaten ein Blutbad der Rache an.¹⁰ Aber anders als seinen Vater in seinen letzten Jahren konnte Washington Ramfis dazu bringen, ein paar Scheinreformen durchzuführen, und beide Seiten hätten sich wohl damit zufrieden gegeben, immer so weiter zu machen, hätten sich nicht viele Bürger der Dominikanischen Republik durch den Gang der Ereignisse aufs Äußerste betrogen gefühlt. Ihre Freude über die Ermordung war angesichts der Tatsache, daß alles so weiter ging wie bisher, in Verbitterung umgeschlagen.

Der Unmut griff auf die Straßen über. Im Oktober kam es täglich zu Protestaktionen, die mit Panzern niedergeschlagen wurden, und Studenten wurden von den Regierungstruppen erschossen. Die Vereinigten Staaten schalteten sich ein, denn die Lage auf den Straßen und in hohen Kreisen der Regierung war schon chaotisch genug. Washington fürchtete, es könnte zu der sprichwörtlichen (und anscheinend magischen) »kommunistischen Machtergreifung« kommen, obwohl in Wirklichkeit die Linke in der Dominikanischen Republik seit den Jahren der Diktatur völlig unbedeutend war.

Amerikanische Diplomaten trafen sich in der Hauptstadt mit dem Trujillo-Clan und führenden dominikanischen Militärs und erklärten ihnen offen, nötigenfalls werde US-Militär eingesetzt, um bis zur Abhaltung von Wahlen eine provisorische Regierung unter Joaquin Balaguer einzusetzen. Balaguer war seit Jahrzehnten eng mit der Familie Trujillo verbunden und diente unter Trujillo zurzeit von dessen Ermordung als Präsident, was er auch unter Ramfis blieb, aber von ihm drohte nicht die Gefahr, daß er die Gewalt Herrschaft fortsetzen würde. Kennedy drückte es folgendermaßen aus:

»Balaguer ist unser einziges Mittel. Die antikommunistischen Liberalen sind nicht stark genug. Wir müssen unseren Einfluß benutzen, um Balaguer auf den Weg zur Demokratie zu führen.«¹¹

Wie sehr sich John F. Kennedy der Demokratie wirklich verpflichtet fühlte, werden wir in Kürze sehen.

Um dafür zu sorgen, daß die Dominikaner die Botschaft verstanden, erschien am 19.11.1961 ein Einsatzkommando der US-Marine von acht Schiffen mit 1800 Marineinfanteristen an Bord vor der dominikanischen Küste ankerte, gerade noch außerhalb der Dreimeilenzone, war aber deutlich von Ciudad Trujillo aus zu erkennen. Rundfunksendungen in spanischer Sprache von diesen Schiffen aus kündigten an, die Marineinfanteristen seien zur Landung bereit. Währenddessen flogen amerikanische Düsenjäger über die Küste. Der Brigadegeneral Pedro Rodriguez Echevarría, eine Schlüsselfigur im Militär, wurde von den Vereinigten Staaten dazu gebracht, alle eventuellen Putschpläne fallenzulassen und das amerikanische Vorgehen zu unterstützen. Rodriguez ordnete dann – ob aus eigener Initiative, ist unklar – die Bombardierung des außerhalb der Hauptstadt liegenden Luftwaffenstützpunktes an, auf dem die Anhänger Trujillos ihre Truppen konzentriert hatten. Für die nächsten beiden Tage kehrte Ramfis zu den Vergnügungstempeln Europas zurück, während andere prominente Trujillo-Anhänger das Land verließen, um das gute Leben in Florida zu genießen.¹²

Als sich dann jedoch herausstellte, daß Balaguer ein Haupthindernis für den Beginn des Demokratisierungsprozesses sein würde und er zu erkennen gab, daß er seine Regierung nicht als eine Übergangsregierung ansah, setzten ihn, der bereits unter dem Druck der Opposition im Lande stand, auch die Vereinigten Staaten unter Druck und zwangen ihn, nach nur zweimonatiger Amtszeit zurückzutreten. Danach drehte sich Washington erneut um 180 Grad und verwarnte ernsthaft General Rodriguez, drohte dominikanischen Führern mit einer Einstellung nahezu der gesamten Hilfe, falls sie einen Putsch unterstützen sollten, und setzte eine weitere Machtdemonstration der Marine in Gang, um anderen Offizieren dabei zu helfen, eine Machtübernahme des Generals zu verhindern.¹³

Obwohl dann ein siebenköpfiger »Staatsrat« die Regierungsgeschäfte übernahm, behandelten die USA die Dominikanische Republik weiterhin als ihr persönliches Experimentierfeld für die Verhinderung des Kommunismus. Der amerikanische Botschafter, John Bartlow Martin, drängte den Rat dazu, die Aktivitäten der Linken einzudämmen. Aus eigenem Antrieb drängte Martin auf die Anwendung von »Methoden, wie sie einst von der Chicagoer Polizei angewandt wurden«: Schikanierung Verdächtiger durch wiederholte Festnahmen, nächtliche Razzien in ihren Wohnungen, Schläge usw.¹⁴

Als Straßenunruhen ausbrachen, ließ US-Justizminister Robert Kennedy spezielle Ausrüstung für die Unterdrückung von Straßenkämpfen nach Santo Domingo (dies war der ursprüngliche Name der Hauptstadt, der ihr jetzt wieder zurückgegeben wurde) schicken. Mit der Ausrüstung trafen zwei spanischsprechende Kriminalbeamte ein, die ihre dominikanischen Kollegen in der Kunst der Unterdrückung von Aufständen unterwei-

sen sollten, die sie in den mexikanischen Wohnvierteln im Osten von Los Angeles erworben hatten. Nach wenigen Wochen konnte Botschafter Martin berichten, es sei dem Rat gelungen, »die Straßen zurückzugewinnen, und dies sei nahezu das alleinige Verdienst dieser beiden Kriminalbeamten.«¹⁵

Diese Einheit zur Unterdrückung von Straßenkämpfen wurde ein fester Bestandteil der Polizei von Santo Domingo. Bekannt als Cascos Blancos (Weißhelme), wurden sie der Bevölkerung aufs Äußerste verhaßt. Kurz danach führte das US-Militär ein Langzeitprogramm durch mit dem Ziel, die Armee des Landes in eine wirksame Antiguerrillaorganisation umzuwandeln, obwohl Guerilleros in diesem Land der Karibik genauso selten waren wie Mitglieder der Familie Trujillo.¹⁶

Schließlich wurden im Dezember 1962 unter Bedingungen, die den beiden Hauptkandidaten weitgehend von Botschafter Martin diktiert wurden, Wahlen abgehalten. Sein Ziel war es, in der Dominikanischen Republik einige nach amerikanischer Meinung unabdingbare Wesenszüge eines lebendigen und demokratischen Wahlsystems zu etablieren, aber Martins Vorschriften waren ein äußerst herablassender Eingriff in die Angelegenheiten eines angeblich souveränen Landes. Seine Anweisungen gingen soweit, daß er vorschrieb, was der Verlierer in der Rede zum Eingeständnis seiner Niederlage sagen sollte.

Außerdem sorgten die Vereinigten Staaten und der Rat mit Hilfe eines »Notstandsgesetzes« für die Deportation von etwa 125 Trujillo-Anhängern und »Castrokommunisten« in die Vereinigten Staaten, welche sie nicht vor dem Ende der Wahlen verlassen durften, um »die Stabilität aufrechtzuerhalten, die für die Wahlen notwendig ist.«¹⁷

Der Sieger – und damit der erste mehr oder weniger demokratisch gewählte Präsident der Dominikanischen Republik seit 1924 – war der Schriftsteller Juan Bosch, der zur Zeit des Trujillo-Regimes viele Jahre im Exil verbracht hatte. Hier hatte man nun endlich Kennedys liberalen Antikommunisten und Nichtmilitär, der auch noch von einer ausreichenden Mehrheit legal gewählt worden war. Boschs Regierung war das langgesuchte »demokratische Vorzeigeprojekt«, das Fidel Castro Lügen strafen würde. Ihm wurde eine prächtige Behandlung in Washington zuteil, kurz bevor er im Februar das Amt übernahm.

Bosch glaubte an seine Überzeugungen. Er verkündete eine Landreform einschließlich der dafür nötigen Verstaatlichung privaten Landes, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, eine maßvolle Verstaatlichung von Unternehmen, ein ehrgeiziges Projekt öffentlicher Arbeiten, das mehr den Bedürfnissen der Massen als irgendwelchen Interessensgruppen dienen sollte, und eine Beschränkung der Einfuhr von Luxusgütern. Andererseits begünstigte er die Anreize für Privatunternehmen und war offen für ausländische Investitionen, solange sie das Land nicht übermäßig ausbeuteten – insgesamt waren dies die normalen Bestandteile des Programms eines jeden linksliberalen Präsidenten der Dritten Welt, der es mit gesellschaftlichen Veränderungen ernst meinte. Genau so ernst war es ihm mit den sogenannten bürgerlichen Freiheiten: Kommunisten oder solche Personen, die als solche bezeichnet wurden, wie auch jeder andere Bürger, durften nicht verfolgt werden, solange sie nichts wirklich Ungesetzliches taten.

Eine Reihe von amerikanischen Beamten und Kongreßabgeordneten äußerten ihr Unbehagen über Boschs Pläne wie auch über seine unabhängige Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten. Landreform und Verstaatlichung sind immer heikle Themen in Washington, sie sind das Material, aus dem der »schleichende Sozialismus« entsteht. In verschiedenen Kreisen der US-Presse wurde Bosch als Roter beschimpft und mit Castro gleichgesetzt, ebenso wie die Dominikanische Republik mit Kuba. Castro seinerseits brandmarkte Bosch als »Marionette der Yankees«. Ein Teil der Pressekritik war unverkennbar manipuliert und wies typische Anzeichen der üblichen CIA-Kampagnen auf.¹⁸

Sowohl in den USA als auch in der Dominikanischen Republik waren die am häufigsten geäußerten Vorwürfe gegenüber Bosch solche, die regelmäßig gegenüber lateinamerikanischen Präsidenten benutzt wurden, die nicht energisch genug die Linke unterdrücken (vgl. Arbenz in Guatemala und Goulart in Brasilien): Bosch erlaube es den »Kommu-

nisten«, das Land und die Regierung zu unterwandern, und er trete der »kommunistischen Subversion« – gemeint war damit der Kampf der Menschen um die ihnen lange vorenthaltenen Rechte – nicht entgegen. Ein Reporter der *Miami News* schrieb:

»Die kommunistische Unterwanderung der Dominikanischen Republik schreitet mit ungeheurer Schnelligkeit und Effizienz voran.«

Aber er konnte keinen einzigen Kommunisten in Boschs Regierung namhaft machen. Zufällig handelte es sich bei dem Reporter um Hai Hendrix, einen »Geheimagenten« der CIA in den 1960er Jahren.¹⁹

Die CIA leistete einen weiteren Beitrag zur Stimmung gegen Bosch. Botschafter Martin berichtete, daß die CIA »Gerüchten [über Kommunisten in der Dominikanischen Republik] weitaus mehr Glauben schenkte, als ich selbst das getan hätte [...] Durch einen Bericht über eine völlig unwahrscheinliche castristische bzw. kommunistische Verschwörung ließen sich diese Gerüchte eher als »möglicherweise wahr« denn als Unsinn hinstellen.«²⁰

John F. Kennedy war ebenso verbittert über Bosch, zum Teil wegen seiner Weigerung, hart gegen Radikale durchzugreifen. Einmal sagte der Präsident zu Botschafter Martin:

»Ich frage mich, ob nicht der Tag kommen könnte, an dem er [Bosch] gerne einige Linke loswerden möchte. Sagen Sie ihm, wir respektieren sein Urteil, wir sind ganz auf seiner Seite, aber der Zeitpunkt könnte kommen, an dem er 30 bis 50 Leute deportieren möchte und es besser wäre, sie zu deportieren als sie weitermachen zu lassen. Ich nehme an, daß er sie bei etwas ertappen muß.«²¹

Als die Vereinigten Staaten der Dominikanischen Republik keine weitere Wirtschaftshilfe mehr gewährten und allgemein den Eindruck verbreiteten, Juan Bosch sei ein gescheitertes Unternehmen, konnten sich rechte dominikanische Militärs nur in ihrem Wunsch bestätigt fühlen, sich des Präsidenten und seiner Politik zu entledigen. Sam Halper, der frühere Chef des Karibikbüros der Wochenzeitschrift *Time* berichtete später, der Militärputsch, durch den Bosch gestürzt wurde, habe »in dem Moment« begonnen, »als sie einen Wink vom Pentagon erhielten.«²²

Im Juli 1963 legte eine Gruppe von Offizieren Bosch offiziell eine Grundsatzerklärung vor, die sie mit einem Ultimatum verbanden: Ihre Loyalität gegenüber seiner Regierung sei gebunden an seine Einführung einer strikt antikommunistischen Politik. Bosch reagierte mit einer Fernsehansprache über die unpolitische Rolle des Militärs in einer demokratischen Gesellschaft, was für diese Militärs nach 31 Jahren Trujillo-Herrschaft sicher ein Buch mit sieben Siegeln war.

Der bedrängte Präsident konnte erkennen, daß seiner Regierung ein vorzeitiges Ende drohte. Seine Fernsehansprache glich einer Abschiedsrede. Washingtons Nichteingreifen zu seinen Gunsten verstärkte nur noch die Zeichen an der Wand. Tatsächlich argwöhnten Bosch und seine Mitarbeiter, daß das US-Militär und die CIA bereits mit den dominikanischen Offizieren konspirierten. Eine Reihe amerikanischer Offiziere hatte bereits alle diplomatischen Höflichkeiten beiseite gelassen und ihren Vorbehalte gegenüber Boschs Politik derart laut Ausdruck gegeben, daß er sie hören mußte.²³

Eine Woche vor dem unvermeidlichen Putsch schaltete der von CIA/AIFLD geschaffene Gewerkschaftsbund der Dominikanischen Republik, CONATRAL, mit dem Ziel, Boschs Unterstützung in der Arbeiterbewegung zu unterminieren, eine Anzeige in einer führenden Zeitung, welche die Menschen dazu aufrief, der Armee bei der Verteidigung gegen den Kommunismus zu vertrauen.²⁴

Das Ende kam im September 1963, knapp sieben Monate nach Boschs Regierungsantritt. Er hatte keine Zeit, etwas Sinnvolles in dieser hoffnungslos korrupten Gesellschaft zu vollenden, bevor die Militärstiefel marschierten, wie sie es immer in Lateinamerika taten.

Die Vereinigten Staaten, die einen Militärputsch in Lateinamerika mit einem finsternen Blick verhindern können, stellten sich den dominikanischen Offizieren in keiner Weise in den Weg. Diesmal würde es – obwohl Bosch darum bat – keine amerikanische

Machtdemonstration geben, »solange keine kommunistische Machtübernahme drohe«, sagte das Außenministerium.²⁵

»Die Demokratie«, schrieb die Wochenzeitschrift *Newsweek*, »wurde vor dem Kommunismus gerettet, indem man die Demokratie abschaffte.«²⁶

In Washington gab es das übliche Bedauern über den Tod der Demokratie, und dem neuen Regime wurde vorschriftsmäßig die Anerkennung verweigert. Aber zwei Monate später, als eine deutliche Opposition gegenüber der doch wieder repressiven Diktatur spürbar wurde, schrie die Junta »kommunistisch«, wurde sofort von den Vereinigten Staaten anerkannt und erhielt alle anderen Vergünstigungen, die einem braven Mitglied der »Freien Welt« zustehen.²⁷

Neunzehn Monate später brach in der Dominikanischen Republik eine Revolution aus, die versprach, die Macht unter Mithilfe einer seiner Politik ergebenden militärisch-zivilen Streitmacht wieder in die Hände des verbannten Bosch zu legen. Aber zum fünften Mal in diesem Jahrhundert landeten die amerikanischen Marineinfanteristen und setzten diesen Hoffnungen ein unverhofftes Ende.

Früh am Morgen des 24.04.1965, einem Samstag, erklärte ein Gruppe junger Offiziere aus den mittleren Rängen zusammen mit zivilen Bosch-Partisanen den Aufstand gegen die Regierung. Die »Konstitutionalisten«, wie sie sich selbst nannten, erhielten bald Unterstützung durch andere Offiziere und deren Einheiten. Angespornt durch ekstatische Radioaufrufe, drängten Tausende Dominikaner unter »Viva Bosch«-Rufen in die Straßen und griffen sich die Waffen, die ihnen die rebellierenden Militäreinheiten aushändigten.

Sie besetzten den Fernsehsender, und aus diesem war dann zwei Tage lang ein »Potpourri aus Politikern, Soldaten, Frauen, Kindern, Abenteurern und Strolchen« zu vernehmen, »und jeder, der wollte, brüllte gegen den Status quo an.«²⁸

Die Teilnehmer an dem Aufstand kamen aus völlig unterschiedlichen Kreisen: Nicht alle sympathisierten mit Bosch oder den gesellschaftlichen Reformen, manche standen sogar rechts und hatten ihre eigenen unterschiedlichen Motive. Aber der Antrieb kam eindeutig von den Konstitutionalisten, und daher wurde der Aufstand vom Rest des Militärs und der US-Botschaft voller Schreck als eine Bewegung zur Wiedereinsetzung Boschs mit all ihren Implikationen angesehen.

Philip Geyelin vom *Wall Street Journal* (und früher bei der CIA), der Zugang zu den offiziellen Telegrammen der Botschaft und zu den Hauptfiguren des Dramas hatte, schrieb:

»Der Bericht enthüllt, daß es vom Beginn der Erhebung an eine konzertierte Bemühung der US-Regierung, wenn nicht gar einen formellen Beschluß gab, die Rebellienbewegung mit allen Mitteln und um jeden Preis mattzusetzen. Bis zum Sonntag, dem 25.04.1965 hatte die Botschaft in Santo Domingo sich klar auf die Seite der ›loyalistischen‹ Militärintrige und gegen das ursprüngliche Ziel der Rebellion, die Rückkehr von Juan Bosch, gestellt. Die Wiedereinsetzung der Bosch-Regierung sei ›gegen die US-Interessen‹, riet die Botschaft. Aber die Verhinderung von Bosch könne weiteres Blutvergießen bedeuten, gab die Botschaft zu. Nichtsdestoweniger wies sie Washington darauf hin, daß die Militärattachés der Botschaft den ›loyalistischen‹ Führern grünes Licht gegeben hätten, ›alles mögliche‹ zu tun, um die angebliche Gefahr einer ›kommunistischen Machtübernahme‹ zu verhindern.«²⁹

Die Attachés und der US-Konsul machten Überraschungsbesuche bei einigen unentschlossenen dominikanischen Militärkommandanten, um sie, offensichtlich mit erkennbarem Erfolg, davon zu überzeugen, die Regierung zu unterstützen.³⁰

In den Straßen von Santo Domingo war ein blutiger Bürgerkrieg ausgebrochen. In den ersten Tagen schwankte das Kampfesglück hin und her. In der Nacht vom 28.04.1965 jedoch waren das Militär und die Polizei in Santo Domingo zusammengebrochen und die Konstitutionalisten bereiteten den Angriff auf San Isidro, die letzte und wichtigste Militärbastion im Umkreis von zehn Meilen, vor.³¹

»Die Generäle in San Isidro waren entmutigt, einige weinten, und einer schrie hysterisch ›Rückzug‹«, telegrafierte der amerikanische Botschafter W. Tepley Bennett am frühen Abend des 28.04.1965 nach Washington. (Wie wir sehen werden, übertrieb Bennett entsetzlich, aber das dominikanische Militär war ganz sicher isoliert und demoralisiert.) Bennett ergänzte in diesem oder in einem anderen Telegramm, daß, sollten nicht sofort US-Truppen landen, Amerikaner ihr Leben verlieren und »castroartige Elemente« siegen würden.³²

Innerhalb weniger Stunden wurden die ersten 500 Marineinfanteristen von Schiffen, die nur wenige Meilen vor der Küste lagen, mit Hubschraubern an Land gebracht. Zwei Tage später befanden sich schon über 4000 im Land. Auf dem Höhepunkt hatten über 23.000 Soldaten von Marine und Armee in dem belagerten Land Stellung bezogen, und Tausende weitere standen auf 35 Schiffen, die vor der Küste ankerten, bereit.

Der amerikanische Einsatz war eine eindeutige Verletzung verschiedener internationaler Abkommen, einschließlich der Charta der Organisation Amerikanischer Staaten, die Eingriffe, seien sie »direkt oder indirekt und unerheblich aus welchem Grund, in die internen Angelegenheiten anderer Staaten« untersagte.

Während des gesamten Verlaufes der US-Besatzung wollten die Amerikaner mit ihren Verlautbarungen der Welt weismachen, ihre Armee befinde sich in »neutraler« Funktion in der Dominikanischen Republik, nämlich um das Leben von Amerikanern und anderen Ausländern zu schützen, einen Waffenstillstand herbeizuführen, freie Wahlen sicherzustellen usw. Wie wir jedoch gesehen haben, hatten die Vereinigten Staaten sich schon am Beginn der Feindseligkeiten auf eine Seite geschlagen. Das blieb auch weiterhin so. Am Morgen nach der Landung der ersten Marineinfanteristen wurde Botschafter Bennett vom Außenministerium darüber informiert, US-Offiziere sollten eingesetzt werden, um »San Isidro bei der Aufstellung von Einsatzplänen zur Einnahme der Rebellenhochburg im Stadtzentrum zu unterstützen.«³³

Innerhalb weniger Tage bildeten amerikanische Truppen einen bewaffneten Korridor quer durch das Zentrum von Santo Domingo, um die Stellungen der Konstitutionalisten zu teilen und ihren Haupttrupp dadurch vom Zugang zum Rest des Landes abzuschneiden, daß man sie in einem kleinen Bereich der Innenstadt mit dem Rücken zum Meer einschnürte. Die Offensive der Rebellen gegen San Isidro war so abgewendet. Dies war das Ende ihrer Revolution.

Die amerikanische Armee kam dem dominikanischen Militär auf verschiedene Weise zu Hilfe, indem sie Ausrüstung, Nahrungsmittel und sogar die Löhnung zur Verfügung stellte, aber das direkte militärische Eingreifen war entscheidend. Bei einer Gelegenheit teilte sich das Meer der amerikanischen Truppen, damit das dominikanische Militär hindurchmarschieren und brutal das nördliche Rebellengebiet angreifen und säubern konnte, während die Hauptstreitmacht der Rebellenarmee hilflos hinter den amerikanischen Linien im Süden blockiert war. Dieser »überwältigende Sieg«, so berichtete die *New York Times*, kam »deutlich sichtbar unter Mithilfe amerikanischer Truppen« zustande. Auch andere amerikanische Journalisten berichteten, amerikanische Truppen hätten an den Kämpfen teilgenommen, wohingegen amerikanische Regierungsbeamte dies voller Zorn ableugneten.³⁴

Die Rebellen waren nur noch in der Lage, amerikanische Soldaten aus dem Hinterhalt anzugreifen, wofür sie aber einen hohen Preis zahlen mußten. Die US-Armee sprengte ein Gebäude im Zentrum von Santo Domingo, aus dem Heckenschützen feuerten, und beim Einmarsch in ein Gebiet der Konstitutionalisten, wiederum unter dem Feuer von Heckenschützen, töteten sie 67 Rebellen und Zuschauer. Amerikanische Fallschirmtruppen wurden dabei beobachtet, wie sie auf zurückweichende Rebellen schossen, und es wurde berichtet, daß der Justiz- und Polizeiminister der Konstitutionalisten »von amerikanischem Maschinengewehrfeuer getötet wurde, als er mit einer Gruppe seiner Soldaten in der Stadtmitte den leeren Präsidentenpalast erobern wollte.«³⁵

Auch wenn die Johnson-Regierung diese Aktivitäten nicht völlig leugnete, so behauptete sie doch, die Soldaten verstießen entweder gegen Befehle oder es handele sich um »individuelle Unbesonnenheiten« bzw. »vereinzelte Ereignisse.«

Zu einem bestimmten Zeitpunkt erschien eine verdeckt operierende Gruppe von Green Berets auf dem Plan, um die Sicherheit der amerikanischen Bürger zu gewährleisten. Aber als sie entdeckten, daß manche Amerikaner den Rebellen halfen, »gingen sie dazu über, diese zu bespitzeln anstatt sie zu schützen.«³⁶

Die Green Berets fanden auch noch genug Zeit, um den Grundstein für die Ermordung eines Hauptanführers der Rebellen, Oberst Francisco Caamaño, zu legen. Der Anschlag wurde im letzten Moment wegen des überhöhten Risikos abgeblasen.³⁷

Eine weitere Gruppe von amerikanischen Besuchern bestand aus einigen Führungskleuten der National Student Association, die angeblich in die Dominikanische Republik gekommen waren, um sich mit ihren dominikanischen Kommilitonen über Bildungsfragen auszutauschen, in Wirklichkeit aber auf Geheiß der CIA, um Informationen über einheimische Studenten zu sammeln. Dies geschah zwei Jahre vor dem Plan einer lange Jahre währenden Verbindung zwischen der CIA und dieser bedeutenden Studentenorganisation.³⁸

Während dieser Zeit zielte die Propaganda der US-Regierung darauf ab, die Menschen in den Vereinigten Staaten, in der Dominikanischen Republik und in der übrigen Welt davon zu überzeugen, daß »Kommunisten« die Konstitutionalisten dominierten und daß sie die Bewegung zu übernehmen drohten oder – mit den sich daraus ergebenden schrecklichen Konsequenzen für alle Betroffenen – bereits übernommen hätten.

Gelegentlich veröffentlichte die Johnson-Regierung Listen von »Kommunisten und Castristen« in den Reihen der Rebellen. Diese Listen enthielten 53 oder 58 oder 77 Namen und wurden zu einer Cause célèbre, aber auch zum Gespött der Medien. Abgesehen von der lächerlich geringen Anzahl (bei einer Rebellion von mehreren zehntausend Menschen mit zahllosen Anführern) befand sich eine ganze Reihe dieser Personen, wie sich herausstellte, im Gefängnis oder außer Landes.

Die amerikanische Botschaft in Santo Domingo versicherte Reportern, sie würden, sollten sie die Hauptquartiere der Rebellen besuchen, die genannten Kommunisten leibhaftig antreffen. Die Presseleute taten dies, konnten aber keine Kommunisten finden (woraan man auch immer solche erkennen mag). Hernach gaben die Beamten der Regierung als Grund dafür, daß die Presseleute so wenige Beweise für kommunistische Aktivitäten vorfanden, an, die Landung der amerikanischen Soldaten habe die Roten so erschrocken, daß sie untergetaucht wären.

Schließlich gestanden amerikanische Beamte ihre Zweifel ein, ob die Kommunisten wirklich die Kontrolle über die Konstitutionalisten gewonnen hatten, obwohl Präsident Johnson die CIA und das FBI zur intensiven Suche nach Beweisen dafür gedrängt hatte. (In einem CIA-Telegramm nach Washington vom 25.04.1965 hieß es, die Kommunistische Partei [Partido Socialista Dominicano] habe »nichts von dem Putschversuch mitbekommen.«)³⁹

Der zu dieser Zeit in Uruguay stationierte frühere CIA-Beamte Philip Agee schrieb später, »Achtundfünfzig geschulte Kommunisten« seien zur neuen Losung seiner Außenstelle geworden. Die richtige Antwort darauf war: »Zehntausend Marineinfanteristen.«⁴⁰

Die Botschaft, insbesondere Botschafter Bennett, verbreitete »einen reißenden Strom hysterischer Gerüchte, Greuelmärchen und Panikberichte«⁴¹ über die Rebellen, die an die Horrorgeschichten über die Bolschewisten erinnerten, welche die amerikanischen Presseberichte nach der russischen Revolution beherrscht hatten: Plünderung von Botschaften, »Massenhinrichtungen im Stile Castros,« Rebellenaufmärsche mit den aufgespießten Köpfen ihrer Opfer.

Präsident Johnson erwähnte öffentlich die »Greuelthaten«, aber keine dieser Geschichten konnte je bewiesen werden, kein Mensch konnte jemals einen dieser enthaupteten Do-

minikaner ausmachen, und amerikanische Beamte prangerten später mit einmaliger Chuzpe die Presse wegen der Veröffentlichung solcher unbewiesener Gerüchte an.⁴²

In der Zwischenzeit führten die CIA, der Geheimdienst des Verteidigungsministeriums (Defense Intelligence Agency) und der Propagandadienst der USA (US Information Agency, USIA) eine eigene intensive Propagandakampagne in der Dominikanischen Republik durch, um der amerikanischen Position Glaubwürdigkeit zu verleihen und die diese ablehnenden dominikanischen Gruppen zu diskreditieren. Experten für psychologische Kriegsführung kamen, um ihr Handwerk auszuüben, geheime Rundfunksender und Zeitungen wurden etabliert, Rebellsender gestört und Flugblätter im Landesinneren abgeworfen. Die USIA unterstützte unter der Hand auch die Veröffentlichung von regierungsfreundlichen Materialien, die zum Vertrieb in den Vereinigten Staaten gedacht waren.⁴³

Infolge all der wilden Beschuldigungen und der häufig widersprüchlichen Aussagen amerikanischer Beamter fand der Ausdruck »Glaubwürdigkeitslücke« seinen Weg in die amerikanische Umgangssprache und bald verfolgte er Präsident Johnson und seine Regierung auf Schritt und Tritt.⁴⁴

Der Historiker Richard Barnet beobachtete einen anderen interessanten Gesichtspunkt der amerikanischen Propagandabemühungen:

»Zur Rechtfertigung der Intervention, die wegen ihrer Grausamkeit und der Lügen zu ihrer Rechtfertigung heftigen Widerstand unter den traditionellen Freunden der Vereinigten Staaten hervorgerufen hatte, startete [Washington] einen Frontalangriff auf den Begriff der Nichteinmischung, das rhetorische Fundament der Lateinamerikapolitik, dem in zahlreichen Abkommen, Erklärungen und Ansprachen zum Pan-Amerika-Tag gehuldigt wurde. Der Staatssekretär im Außenministerium, Thomas Mann, erklärte gegenüber Zeitungskorrespondenten, die Statuten der OAS und der UNO seien nach »Vorstellungen des 19. Jahrhunderts« gestaltet. Averell Harriman bemerkte in Montevideo, das Prinzip der Nichteinmischung sei allmählich »überholt«. Mit 315 zu 52 Stimmen verabschiedete das Repräsentantenhaus eine Resolution zur Legitimierung der einseitigen Gewaltanwendung im Ausland durch jedes Land, das sich vom »Weltkommunismus direkt oder indirekt bedroht sieht«. Der Präsident [erklärte in einer Ansprache]: »Die entscheidende Tatsache ist, daß alte Begriffe und alte Etiketten weitgehend überholt sind. In der heutigen Welt, wo die Feinde der Freiheit von *nationalen Befreiungskriegen* reden, hat die alte Unterscheidung zwischen *Bürgerkrieg* und *Krieg zwischen den Nationen* bereits viel von ihrer Bedeutung eingebüßt. Der Moment der Entscheidung muß zum Moment des Handelns werden.«

»Das Wesen der Johnson-Doktrin«, schrieb Barnet, »besteht in einem praktisch unbegrenzten Anspruch auf das Recht zur bewaffneten Intervention in Bürgerkriegen.«⁴⁵

Die letzten amerikanischen Truppen verließen die Dominikanische Republik erst im September 1966. In der Zwischenzeit gab es eine Reihe von aufeinanderfolgenden Feuerpausen, gebrochenen Waffenruhen und sich dahinschleppenden Verhandlungen unter verschiedenen Übergangsregierungen.

Im Juni 1966 wurden Wahlen abgehalten, bei denen Joaquin Balaguer Juan Bosch mit einem überraschend großen Vorsprung besiegte. Dies war jedoch keine Überraschung. Fünf lange Jahre hatten die Menschen in der Dominikanischen Republik unter einer Wolke von Chaos und Gewalt gelebt. Diese Erfahrung hatte in ihnen eine tiefe Sehnsucht nach einer Rückkehr zur »Normalität«, zur Ordnung hervorgerufen, zu einem Zustand ohne ausländische Einmischung, in den Straßen patrouillierenden Soldaten, Ausgangssperren, Tränengas und Blutvergießen. Angesichts der sichtbaren Anwesenheit der US-Armee und der bekannten amerikanischen Abneigung gegen Bosch, der allgegenwärtigen amerikanischen Propaganda, die ständig die Angst vor der Roten Gefahr beschwor und die Konstitutionalisten und damit Bosch mit dem Kommunismus in Verbindung brachte, dem personell und ideologisch immer noch stark von den Anhängern Trujillos dominierten dominikanischen Militär, hätte ein Sieg Boschs in den Augen der meisten Wähler die Gefahr mit sich gebracht, daß all die Schrecken erneut auf sie herunterregneten. Bosch, der einige Monate vor der Wahl zurückgetreten war, fürchtete so

sehr um seine persönliche Sicherheit, daß er während des Wahlkampfes nicht ein einziges Mal seine Wohnung verließ.

Joaquin Belaguer blieb die nächsten 12 Jahre im Amt und regierte im prachtvollen lateinamerikanischen Stil: Die Reichen wurden reicher und die Armen bekamen Kinder, hungrige Kinder. Demokratie blieb ein Fremdwort, die Polizei und das Militär entführten, folterten und ermordeten ständig Regierungsgegner und terrorisierten Gewerkschaftsfunktionäre ⁴⁶

Aber der Mann war als Mensch kein Monster wie Trujillo. Es herrschten vergleichsweise Ruhe und Frieden. Es schwebte keine »kommunistische Bedrohung« über dem Land. Ausländische Investitionen wurden gefordert, und amerikanische Firmen investierten große Summen. Es gab Stabilität und Ordnung. Und die Regierenden in den Vereinigten Staaten schauten es sich an und waren zufrieden. Vielleicht waren einige zu der Einsicht gekommen, daß die antikommunistische liberale Regierung ein unerreichbares Ideal war. Denn jede Bewegung, die eine wahrhaftige Demokratie und gesellschaftliche Reformen anstrebte, würde unweigerlich Individuen anziehen, welche die Vereinigten Staaten ausnahmslos als »Kommunisten« bezeichnen würden, und dann würden die Vereinigten Staaten sich veranlaßt fühlen, die Bewegung zu diskreditieren, zu untergraben und schließlich zu stürzen. Ein Catch 22.

Anmerkungen zu Kapitel 29

- 1 **Jerome Slater**, »The Dominican Republic, 1961-1966« in **Barry Blechman** und **Stephen Kaplan**, FORCE WITHOUT WAR: U.S. ARMED FORCES AS A POLITICAL INSTRUMENT (The Brookings Institution, Washington, 1978), S. 290-291. Obwohl die Untersuchung auf Bestellung des und in vollständiger Zusammenarbeit mit dem Pentagon durchgeführt wurde, wird der Eindruck erweckt, die zum Ausdruck gebrachten Ansichten seien allein die der Autoren.
- 2 **Bernard Diederich**, TRUJILLO: THE DEATH OF THE GOAT (London, 1978), S. 43.
- 3 Ebd., S. 48-49; *New York Times*, 23.06.1975, S. 17. Man versteht diesen Artikel besser, wenn man weiß, dass Lear Reed mit »Oberst«, seinem Dienstgrad im Zweiten Weltkrieg, angeredet wird (vgl. Diederich, S. 49).
- 4 INTERIM REPORT: ALLEGED ASSASSINATION PLOTS INVOLVING FOREIGN LEADERS, The Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities (US Senate), 20.11.1975, S. 192. Im Folgenden 'Assassination Report'.
- 5 Ebd.
- 6 **Diederich**, S. 44.
- 7 ASSASSINATION REPORT, S. 191-215, passim; **Diederich**, passim, bes. S. 40-56.
- 8 ASSASSINATION REPORT, S. 210.
- 9 **Arthur M. Schlesinger**, A THOUSAND DAYS: JOHN F. KENNEDY IN THE WHITE HOUSE (Houghton Mifflin, Boston, 1965), S. 769.
- 10 **Diederich**, S. 170-249, Zusammenfassung auf S. 265.
- 11 **Schlesinger**, S. 661.
- 12 Zu den Ereignissen nach dem Mord im Jahre 1961 vgl. **Slater**, S. 294-297; **Diederich**, S. 220-251.
- 13 **Slater**, S. 298; *New York Times*, 20.01.1962, S. 4.
- 14 **John Bartlow Martin**, OVERTAKEN BY EVENTS: THE DOMINICAN CRISIS FROM THE FALL OF TRUJILLO TO THE CIVIL WAR (New York, 1966), S. 100.
- 15 Ebd., S. 122.
- 16 *New York Times*, 09.06.1962, S. 10.
- 17 Zur Verwicklung der USA in die Wahlen vgl. **Martin**, S. 227-229, 347-348.
- 18 **Martin**, S. 455-456; **Richard Barnett**, INTERVENTION AND REVOLUTION (London, 1972), S. 168.
- 19 Zitat aus den *Miami News* in *Newsweek*, 07.10.1963, S. 64. Zu Hendrix vgl. **Carl Bernstein**, »The CIA and the Media«, ROLLING STONE, 20.10.1977, S. 59; **Thomas Powers**, THE MAN WHO KEPT THE SECRETS: RICHARD HELMS AND THE CIA (Pocket Books, New York, 1979), S. 461.
- 20 **Martin**, S. 451.
- 21 Ebd., S. 477-478.
- 22 **Sam Halper**, »The Dominican Upheaval«, *The New Leader* (New York), 10.05.1965, S. 4.
- 23 **Martin**, S. 481-490; *New York Times*, 17.07.1963, S. 10.
- 24 Zum CONATRAL vgl. Survey of the Alliance for Progress: Labor Policies and Programs, STAFF REPORT OF THE U.S. SENATE FOREIGN RELATIONS COMMITTEE, Subcommittee on American Republics Affairs, 15.07.1968, S. 18; **Jan Kippers Black**, THE DOMINICAN REPUBLIC: POLITICS AND DEVELOPMENT IN AN UNSOVEREIGN STATE (Boston, 1986), S. 35, 96, 117; **Bamet**, S. 170-171.
- 25 **Martin**, S. 570.

- 26 **Newsweek**, 07.10.1963, S. 64-65.
- 27 *New York Times*, 14.12.1963, S. 12.
- 28 *Washington Post*, 27.06.1965, S. E2.
- 29 *Wall Street Journal*, 25.06.1965, S. 8.
- 30 **Slater**, S. 308; **Tad Szulc**, DOMINICAN DIARY (New York, 1965), S. 32. Szulc war während dieser Zeit Korrespondent der *New York Times* in der Dominikanischen Republik.
- 31 **Slater**, S. 307.
- 32 **Martin**, S. 656-657; *New York Times*, 1.05.1965; **Slater**, S. 309; *Wall Street Journal*, 25.06.1965, S. 8.
- 33 **Martin**, S. 658.
- 34 **Washington Post**, 27.06.1965, S. E5; **Slater**, S. 322-323; *New York Times*, 20.05.1965.
- 35 *New York Times*, 20.05.1965; **Slater**, S. 325.
- 36 *New York Times Magazine*, 14.07.1982, S. 20.
- 37 Ebd.
- 38 *New York Times*, 25.02.1967.
- 39 Zu den Kommunisten unter den Rebellen vgl. *Washington Post*, 27.06.1965, S. E4. Zum Telegramm der CIA vgl. Declassified Documents Reference System, Band 1977, Dokument 14G.
- 40 **Philip Agee**, INSIDE THE COMPANY: CIA DIARY (New York, 1975), S. 421.
- 41 **Barnet**, S. 175-176.
- 42 Ebd.; **Szulc**, S. 71-73; *Washington Post*, 27.06.1965, S. E4.
- 43 **Slater**, S. 321; *New York Times*, 22.03.1967.
- 44 **David Wise**, THE POLITICS OF LYING (New York, 1973, Taschenbuchausgabe), S. 32.
- 45 **Barnet**, S. 178-179.
- 46 Vgl. z. B. *Wall Street Journal*, 07.09.1971, »In Dominican Republic, Political Murders Rise and So Does Poverty« sowie verschiedene REPORTS ON TORTURE und ANNUAL REPORTS von Amnesty International während der 1970er-Jahre.

30 Kuba 1959 bis 1980er Jahre

Die unverzeihbare Revolution

Die Existenz einer nur 90 Meilen entfernten revolutionären sozialistischen Regierung mit zunehmenden Bindungen an die Sowjetunion, so behauptete die Regierung der Vereinigten Staaten, dürfe keine Supermacht mit Selbstachtung hinnehmen, und so unternahm sie im Jahre 1961 eine Invasion Kubas.

Aber weniger als 50 Meilen von der Sowjetunion entfernt lag Pakistan, ein enger Verbündeter der Vereinigten Staaten und seit 1955 Mitglied des Südostasienpakts, der von den USA geschaffenen antikommunistischen Allianz. Direkt an der Grenze zur Sowjetunion lag der Iran, ein noch engerer Verbündeter der Vereinigten Staaten, mit seinen elektronischen Horchposten und seiner Luftüberwachung, von dem aus amerikanische Agenten auf russisches Gebiet eingeschleust wurden. Und neben dem Iran, ebenso an die Sowjetunion angrenzend, lag die Türkei, die seit 1951 Mitglied der NATO, des Todfeindes der Russen war.

Während der »kubanischen Raketenkrise« im Jahre 1962 informierte Washington, sichtlich in einem Zustand der Panik, die Welt darüber, die Russen würden »Offensiv«-Raketen in Kuba aufstellen. Die USA errichteten sofort eine »Blockade« gegen die Insel: In einer Machtdemonstration der Seestreitkräfte in der Karibik sollten alle Schiffe auf dem Weg nach Kuba aufgebracht und durchsucht werden. Jedes Schiff, auf dem militärische Ladung gefunden würde, sollte zur Umkehr gezwungen werden.

Ihrerseits aber hatten die Vereinigten Staaten Raketen- und Flugzeugstützpunkte in der Türkei und Raketen in anderen westeuropäischen Ländern, die auf die Sowjetunion gerichtet waren. Der russische Präsident des ZK der KPdSU Nikita Chruschtschow schrieb später:

»Die Amerikaner hatten unser Land mit Militärstützpunkten umzingelt und bedrohten uns mit Atomwaffen. Jetzt erfuhren sie einmal, wie es ist, wenn feindliche Raketen auf einen gerichtet sind. Wir taten nichts anderes, als ihnen ein wenig von ihrer eigenen Medizin zu verabreichen. Im Grunde hatten die Amerikaner keine moralische oder juristische Auseinandersetzung mit uns. Wir hatten den Kubanern nicht mehr gegeben als die Amerikaner ihren Verbündeten gegeben hatten. Wir hatten die gleichen Rechte und Chancen wie die Amerikaner. Unser Verhalten auf der internationalen Bühne war von denselben Regeln und Einschränkungen bestimmt wie das der Amerikaner.«¹

Keiner sollte, wie es Chruschtschow aber offensichtlich tat, die Regeln des Washingtoner Handelns mißverstehen, erklärte die Wochenzeitschrift *Time* sogleich und stellte fest:

»Auf kommunistischer Seite hatte diese Gleichsetzung [sie nahm damit Bezug auf Chruschtschows Angebot, die beiden Mächte sollten zur gleichen Zeit die Raketen und Bomber aus Kuba und der Türkei abziehen] offensichtlich taktische Motive. Von Seiten der Neutralisten und Pazifisten [die Chruschtschows Angebot begrüßten] war es ein Verrat auf Grund von geistiger und moralischer Verwirrung.«

Die Verwirrung lag offensichtlich darin, daß nicht zu erkennen war, wer denn nun die guten und wer die schlechten Buben waren, denn »der Zweck der US-Stützpunkte [in der Türkei] war nicht die Erpressung Rußlands, sondern die Stärkung des Verteidigungssystems der NATO, und die Türkei begrüßte die Stützpunkte als Beitrag zu ihrer eigenen Verteidigung.« Kuba, das nur ein Jahr vorher eine Invasion erlebt hatte, konnte anscheinend eine solche Besorgnis nicht hegen. *Time* fuhr mit der Predigt fort:

»Abgesehen von diesen Unterschieden zwischen den beiden Fällen gibt es noch einen gewaltigen moralischen Unterschied zwischen den amerikanischen und russischen Absichten. Amerikanische und russische Stützpunkte gleichzusetzen, be-

deutet letztendlich, amerikanische und russische Motive gleichzusetzen. Die US-Stützpunkte, wie die in der Türkei, haben zur Aufrechterhaltung des Friedens seit dem Zweiten Weltkrieg beigetragen, während die russischen Stützpunkte in Kuba den Frieden bedrohten. Die Russen verbanden mit ihren Stützpunkten die Absicht, Eroberung und Vorherrschaft zu fördern, während die amerikanischen zur Sicherung der Freiheit gebaut wurden. Dieser Unterschied hätte allen klar sein müssen.«²

Genauso eindeutig war das Recht der Vereinigten Staaten, einen Militärstützpunkt auf kubanischem Boden aufrechtzuerhalten: die so genannte Guantánamo Naval Base, ein kolonialistisches Überbleibsel direkt vor der Nase des kubanischen Volkes, das die USA bis zum heutigen Tage trotz der vehementen Proteste der Castro-Regierung nicht zu räumen bereit sind.

Im Lexikon der amerikanischen Politiker gibt es neben guten und schlechten Stützpunkten und Raketen auch gute und schlechte Revolutionen. Die amerikanische und französische Revolution waren gut. Die kubanische Revolution ist schlecht. Sie muß schlecht sein, weil so viele Menschen als Folge davon Kuba verlassen haben.

Aber mindestens 100.000 Menschen verließen die englischen Kolonien in Amerika während und nach der amerikanischen Revolution. Diese Tories konnten die – tatsächlichen wie befürchteten – politischen und gesellschaftlichen Veränderungen nicht akzeptieren, die mit allen Revolutionen, die diese Bezeichnung verdienen, einhergehen. Vor allem ging es darum, daß diejenigen, auf die man als minderwertig hinuntergeschaut hatte, ihren Platz nicht mehr kannten. (Oder wie es der Außenminister der USA nach der russischen Revolution ausdrückte: Die Bolschewisten wollten »die ungebildete und unfähige Masse der Menschheit zu Herren der Erde machen.«)³

Die Tories flohen nach Neuschottland und Großbritannien und verbreiteten dort Geschichten über die gottlosen, liederlichen und barbarischen amerikanischen Revolutionäre. Denjenigen, die blieben und sich weigerten, einen Treueeid auf die Regierungen der neuen Staaten abzuleisten, wurden die Bürgerrechte aberkannt. Viele wurden ins Gefängnis geworfen, ermordet oder ins Exil getrieben. Nach dem amerikanischen Bürgerkrieg flohen weitere Tausende, die erneut über die gesellschaftlichen Umbrüche beunruhigt waren, nach Südamerika oder in andere Länder. Um wieviel mehr war ein solcher Exodus nach der kubanischen Revolution zu erwarten – einer wirklichen Revolution der Gesellschaft, die tiefgreifendere Veränderungen mit sich brachte, als die Amerikaner sie je erlebt hatten? Wieviele mehr würden die Vereinigten Staaten verlassen haben, läge in einer Entfernung von 90 Meilen die reichste Nation der Welt, die sie begrüßen und ihnen alle Arten von Unterstützungen und Belohnungen verspräche?

Nach der kubanischen Revolution im Jahre 1959 erfuhren wir, daß es auch gute und böse Entführungen gibt. Bei verschiedenen Gelegenheiten wurden kubanische Flugzeuge und Schiffe in die Vereinigten Staaten entführt, aber sie wurden nicht nach Kuba zurückgebracht und die Entführer wurden nicht bestraft. Stattdessen wurden einige der Flugzeuge und Schiffe als Kompensation für die Nichtbezahlung von Schulden, die amerikanische Firmen gegen die kubanische Regierung geltend machten, von den US-Behörden beschlagnahmt.⁴ Aber dann gab es auch die schlechten Entführungen – Flugzeuge, die gezwungen wurden, aus den Vereinigten Staaten nach Kuba zu fliegen. Als allmählich mehr in diese als in die andere Richtung entführt wurden, war Washington gezwungen, seine Politik zu überdenken.

Es scheint, als gäbe es auch gute und böse Terroristen. Als Israel im Jahre 1985 das PLO-Hauptquartier in Tunis bombardierte, zollte Ronald Reagan dieser Aktion Beifall. Der Präsident versicherte, Nationen hätten das Recht, Vergeltung für terroristische Angriffe zu üben, »solange sie sich die verantwortlichen Leute vornähmen.«⁵

Hätte dagegen Kuba eines der Hauptquartiere der Castrogegner unter den Exilkubanern in Miami oder New Jersey bombardiert, hätte Ronald Reagan sicherlich einen Krieg angefangen, obwohl die Castro-Regierung schon seit 25 Jahren das Opfer einer ungewöhnlichen Serie von terroristischen Attentaten war, die in Kuba, in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern von den Exilkubanern und ihren CIA-Beratern begangen

wurden. (Wir wollen gar nicht einmal darüber diskutieren, welche Folgen eine kubanische Bombardierung des CIA-Hauptquartiers gehabt hätte.)

Die Bombardierung und der Beschuß Kubas durch in den USA stationierte Flugzeuge begannen im Oktober 1959, wenn nicht schon früher.⁶ Anfang des Jahres 1960 gab es etliche Luftangriffe mit Brandbomben auf kubanische Zuckerrohrfelder und Zuckermühlen, an denen auch amerikanische Piloten teilnahmen – mindestens drei von ihnen starben beim Absturz ihrer Maschinen, während zwei weitere gefangengenommen wurden. Das Außenministerium gab zwar zu, ein Flugzeug, bei dessen Absturz zwei Amerikaner starben, sei in Florida gestartet, beharrte jedoch darauf, dies sei gegen den Wunsch der US-Regierung geschehen.⁷

Im März explodierte ein französischer Frachter, der Munition aus Belgien löschte, in Havanna, wobei 75 Menschen starben und 200 verletzt wurden, von denen einige anschließend starben. Die Vereinigten Staaten bestritten Kubas Sabotagevorwurf, gaben aber zu, daß sie die Lieferung hatten verhindern wollen.⁸

Und so ging es weiter und erreichte seinen Höhepunkt im April des darauffolgenden Jahres mit der berüchtigten CIA-gesteuerten Invasion in der Schweinebucht in Kuba. Mehr als 100 Exilkubaner starben bei dem Angriff und rund 1200 weitere wurden von den Kubanern gefangengenommen. Später wurde aufgedeckt, daß auch vier für die CIA fliegende amerikanische Piloten ihr Leben verloren hatten.⁹

Beim Angriff in der Schweinebucht hatte man sich völlig darauf verlassen, daß sich das kubanische Volk erheben und die Invasoren unterstützen würde,¹⁰ was jedoch nicht geschah. Führung und Ränge der Exilantentruppen waren durchsetzt mit früheren Anhängern und Henkersknechten von Fulgencio Batista, dem von Castro gestürzten Diktator, und ihre Rückkehr wäre unter keinen Umständen vom kubanischen Volk willkommen geheißen worden.

Trotz der Tatsache, daß die Kennedy-Regierung äußerst verärgert über die vollständige Niederlage war, startete sie – in der Tat sogar wegen dieser Niederlage – fast sofort eine Reihe kleinerer Angriffe auf Kuba. Während der 1960er Jahre war die Karibikinsel das Ziel unzähliger See- und Luftkommandounternehmen von Exilkubanern, manchmal in Begleitung ihrer CIA-Aufseher, die Schäden an Ö raffinerien, Chemiefabriken und Eisenbahnbrücken sowie Zuckerrohrfeldern, Zuckermühlen und Zuckersilos verursachten. Spione, Saboteure und gedungene Mörder wurden ins Land geschleust. Alles wurde unternommen, was der kubanischen Wirtschaft Schaden zufügen, die Unzufriedenheit fördern oder die Revolution in schlechtem Licht hätte erscheinen lassen können. Dabei verloren Mitglieder der Miliztruppen und andere Menschen ihr Leben. Es gab Raubüberfälle auf kubanische Fischerboote und Handelsschiffe, den Beschuß sowjetischer Schiffe, die in Kuba angelegt hatten, einen Angriff auf ein sowjetisches Armeelager, bei dem Berichten zufolge zwölf Soldaten verwundet wurden [...] den Beschuß eines Hotels und eines Theaters mit Granaten von der See aus, weil man dort die Anwesenheit von Russen und Osteuropäern vermutete ...¹¹

Diese Handlungen wurden nicht immer auf direkte Anweisung der CIA oder mit deren Wissen ausgeführt, aber der Geheimdienst konnte wohl kaum den »böartigen Einzelgänger« vorschieben. Er hatte in Miami ein Einsatzzentrum aufgebaut, das man getrost als Staat in der Stadt bezeichnen konnte – über und außerhalb der amerikanischen Gesetze stehend, von internationalen Gesetzen ganz zu schweigen, mit einem Personal von mehreren hundert Amerikanern, die noch weit mehr kubanische Agenten bei den oben genannten Aktionen anführten, und einem Budget von mehr als 50 Millionen Dollar pro Jahr. Außerdem hatten sie mit der örtlichen Presse vereinbart, die Operationen in Florida geheimzuhalten, es sei denn, die CIA wollte, daß etwas an die Öffentlichkeit gelangte.¹²

Artikel 18 der amerikanischen Verfassung erklärt eine »Heeres- oder Flottenexpedition oder -Unternehmung« zum Verbrechen, wenn sie gegen ein Land gerichtet ist, mit dem die Vereinigten Staaten sich nicht (offiziell) im Kriegszustand befinden. Obwohl die US-Behörden hier und da einen geplanten Anschlag von Exilkubanern verhinderten oder ein Schiff beschlagnahmten – manchmal nur, weil die Küstenwache oder andere

Behörden nicht richtig eingeweiht worden waren – wurde keiner der Exilkubaner nach diesem Gesetz bestraft. Dieses war zu erwarten, da Justizminister Robert Kennedy nach dem Überfall in der Schweinebucht erklärt hatte, diese Invasion sei keine Militärexpedition gewesen.¹³

Mit den Kommandounternahmen ging ein vollständiges amerikanisches Handels- und Kreditembargo einher, das bis heute andauert und durch das die kubanische Wirtschaft und damit der Lebensstandard der Gesellschaft außergewöhnlich angeschlagen sind. Das Embargo wurde so unnachgiebig durchgesetzt, daß, als Kuba im Oktober 1963 von einem Hurrikan stark in Mitleidenschaft gezogen wurde und der New Yorker Verein Casa Cuba, der eine große Menge Kleidung gesammelt hatte, diesem von den Vereinigten Staaten die Exportgenehmigung für die Hilfesendung verweigert wurde, da eine solche Lieferung »entgegen der nationalen Interessen« sei.¹⁴

Darüber hinaus wurde auf andere Länder Druck ausgeübt, sich dem Embargo anzuschließen, und es wurden Sabotageakte gegen für Kuba bestimmte Waren verübt: Maschinen wurden zerstört, Schmieröl wurde mit Chemikalien versetzt, um den Verschleiß von Dieselmotoren zu beschleunigen, ein Fabrikant in der BRD wurde bestochen, um Kugellager zu fertigen, die exzentrisch waren, und ein anderer, um das Gleiche mit symmetrischen Zahnradgetrieben zu machen. »Man redet von einer Menge Geld«, sagte ein in die Sabotageakte verwickelter CIA-Beamter, »wenn man einen Hersteller um so etwas bittet, weil dieser dann seine ganzen Preßwerkzeuge umstellen muß. Und er wird mit Sicherheit Angst vor den Auswirkungen auf seine zukünftigen Geschäfte haben. Man muß ihm wohl mehrere hunderttausend Dollar oder sogar mehr dafür bezahlen.«¹⁵

Ein Hersteller, der sich über das Embargo hinwegsetzte, war die British Leyland Company, die im Jahre 1964 eine große Anzahl von Bussen nach Kuba verkaufte. Wiederholt vorgebrachte Kritik und Proteste amerikanischer Beamter und Kongreßabgeordneter konnten die Lieferung der Busse nicht verhindern. Im Oktober kollidierte dann auf der Themse ein ostdeutsches Frachtschiff, das weitere 42 Busse nach Kuba transportieren sollte, in dichtem Nebel mit einem japanischen Schiff. Das japanische Schiff konnte die Fahrt fortsetzen, aber das Frachtschiff lief auf Grund. Laut British Leyland mußten die Busse »abgeschrieben« werden. In den führenden britischen Zeitungen sprach man bloß von einem Unfall.¹⁶ In der *New York Times* wurde der Vorfall nicht einmal erwähnt. Ein Jahrzehnt verging, bevor der amerikanische Kolumnist Jack Anderson enthüllte, daß die Kollision von der CIA mit Unterstützung des britischen Geheimdienstes organisiert worden war.¹⁷ Anschließend erklärte ein CIA-Beamter, er stünde der Kollisionsgeschichte skeptisch gegenüber, und er gab zu, »wir haben tatsächlich den Transport von Leyland-Bussen von England nach Kuba sabotiert und dies war eine äußerst sensible Angelegenheit.«¹⁸

Mit Sicherheit noch sensibler war der Einsatz chemischer und biologischer Waffen gegen Kuba durch die Vereinigten Staaten. Es handelt sich um eine bemerkenswert dicke Akte.

Im August 1962 fuhr ein britischer Frachter unter sowjetischer Flagge, dessen Schiffschraube durch ein Riff beschädigt worden war, zur Reparatur in den Hafen von San Juan in Puerto Rico ein. Er war mit 80.000 Säcken kubanischen Zuckers auf dem Weg in die Sowjetunion. Das Schiff kam ins Trockendock und 14.135 Säcke mit Zucker wurden in ein Lagerhaus geschafft, um die Reparatur zu erleichtern. Dort wurde der Zucker von CIA-Agenten mit einer Substanz verseucht, die zwar nachgewiesenermaßen harmlos war, den Zucker jedoch ungenießbar machte. Als Präsident Kennedy von der Operation erfuhr, wurde er wütend, weil sie auf US-Territorium stattgefunden hatte und im Falle einer Entdeckung der Sowjetunion einen Propagandatriumph bescheren und gleichzeitig einen furchtbaren Präzedenzfall für chemische Sabotage im Kalten Krieg liefern könnte. Er befahl, der Zucker solle den Russen nicht zurückgegeben werden, allerdings ist der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden, welche Erklärung man ihnen dafür gab.¹⁹ Derartige Unternehmungen wurden aber offensichtlich nicht eingestellt. Der CIA-Beamte, der an der Steuerung der weltweiten Sabotageakte beteiligt war, gab später zu:

»Eine große Menge des Zuckers, der aus Kuba exportiert wurde, haben wir mit den verschiedensten Fremdstoffen verseucht.«²⁰

Im gleichen Jahr erhielt ein kanadischer Agraringenieur, der als Berater der kubanischen Regierung tätig war, 5000 Dollar von »einem Mitarbeiter des militärischen Geheimdienstes der USA«, damit er kubanische Truthähne mit einem Virus infizierte, das die gefährliche Newcastle-Krankheit hervorruft. Daraufhin starben Truthähne. Der Ingenieur behauptete später, obwohl er auf dieser Truthahnfarm gewesen wäre, hätte er das Virus nicht verabreicht, sondern nur das Geld eingesteckt. Die Truthähne seien infolge von Vernachlässigung und anderen nicht mit dem Virus zusammenhängenden Ursachen eingegangen. Das war vielleicht bloß eine eigennützige Behauptung. Denn die *Washington Post* berichtete:

»Geheimdienstberichten zufolge glauben die Kubaner – und manche Amerikaner –, die Truthähne seien infolge von Sabotage gestorben.«²¹

Die Autoren **Warren Hinckle** und **William Turner** berichten unter Zitierung eines Teilnehmers an dem Projekt in ihrem Buch über Kuba:

»In den Jahren 1969 und 1970 entwickelte die CIA futuristische Technologien zur Wetterbeeinflussung, um die kubanischen Zuckerplantagen zu verwüsten und die Wirtschaft des Landes zu untergraben. Flugzeuge aus dem China Lake Naval Weapons Center in der kalifornischen Wüste, in dem Hochtechnologien entwickelt wurden, überflogen die Insel und impften die Regenwolken mit Kristallen, was einerseits zu sintflutartigen Regenfällen über nicht landwirtschaftlich genutzten Gebieten führte und andererseits die Zuckerrohrfelder ausdörren ließ, weil kein Regen fiel. In manchen Gegenden kam es infolge der Wolkenbrüche sogar zu tödlichen Sturzfluten.«²²

Nach Aussagen von Beteiligten übergab die CIA im Jahre 1971 Exilkubanern auch ein Virus, das die afrikanische Schweinepest verursacht. Der Ausbruch der Krankheit in Kuba erzwang sechs Wochen später die Notschlachtung von 500.000 Schweinen, um eine landesweiten Tierseuche zu verhindern. Dieser erstmalige Ausbruch der Krankheit in der westlichen Hemisphäre wurde von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen als »das alarmierendste Ereignis« des Jahres bezeichnet.²³

Zehn Jahre später waren wohl Menschen die Zielobjekte, als eine Denguefieber-Epidemie Kuba befiel. Übertragen durch blutsaugende Insekten, in der Regel Moskitos, ruft die Krankheit heftige Grippe-symptome und lähmungsartige Knochenschmerzen hervor. Zwischen Mai und Oktober 1981 wurden in Kuba mehr als 300.000 Fälle mit 158 Todesopfern, darunter 101 Kindern unter 15 Jahren, gezählt.²⁴ Inzwischen freigegebene Dokumente belegen, daß die US-Armee in den Jahren 1956 und 1958 in Georgia und Florida speziell gezüchtete Moskitos ausschwärmen ließ, um zu erkunden, ob krankheitsübertragende Insekten als Mittel der biologischen Kriegsführung benutzt werden könnten. Die für die Tests gezüchteten Moskitos waren vom Typ *Aedes Aegypti* (Gelbfiebermücke), die Denguefieber und andere Krankheiten überträgt.²⁵ Im Jahre 1967 berichtete die bekannte naturwissenschaftliche Zeitschrift *Science*: Am Zentrum der US-Regierung in Fort Detrick in Maryland gehörte Denguefieber zu denjenigen »Krankheiten, die zumindest Gegenstand bedeutender Forschungen sind und zu denjenigen gehören, die als mögliche Erreger im Rahmen der biologischen Kriegsführung angesehen werden.«²⁶ Im Jahre 1984 sagte dann ein Exilkubaner, der in New York vor Gericht stand, aus, daß Ende des Jahres 1980 ein Schiff von Florida nach Kuba unterwegs war mit

»dem Auftrag, einige Krankheitserreger zu transportieren, um diese nach Kuba einzuschleusen, wo sie gegen die Sowjets und die kubanische Volkswirtschaft eingesetzt werden sollten, um etwas, das chemischer Krieg genannt wurde, anzufangen, der später zu Resultaten führte, die nicht das waren, was wir erwartet hatten, denn wir hatten gedacht, sie sollten gegen die sowjetischen Streitkräfte eingesetzt werden, aber sie wurden gegen unser eigenes Volk eingesetzt, und damit waren wir nicht einverstanden.«²⁷

Aus der Aussage geht nicht genau hervor, ob der Kubaner dachte, die Krankheitserreger seien in der Lage, ihre Tätigkeit auf die Russen zu beschränken, oder ob er von denen irregeführt worden war, die hinter der Operation standen.

Das ganze Ausmaß der chemischen und biologischen Kriegsführung der Amerikaner gegen Kuba wird wohl nie bekannt werden. Im Laufe der Jahre machte die Castro-Regierung in der Tat die Vereinigten Staaten für eine ganze Anzahl von anderen Krankheiten und Epidemien verantwortlich, die verschiedene Tiere und Nutzpflanzen befielen.²⁸ Und im Jahre 1977 enthüllten freigegebene CIA-Dokumente, daß der Geheimdienst »ein geheimes Forschungsprogramm zur Kriegsführung gegen Nutzpflanzen durchführte, das sich während der 1960er Jahre gegen eine ganze Anzahl von Ländern auf der Welt richtete.«²⁹

Es passierte hin und wieder, daß die Vereinigten Staaten es für notwendig erachteten, anderen Ländern gewisse Kenntnisse in der chemischen und biologischen Kriegsführung zu überlassen. Bis zum Jahre 1969 hatten rund 550 Studenten aus 36 Ländern eine Ausbildung an der Chemieschule der US-Armee in Fort McClellan in Alabama absolviert. Der Unterricht in der chemischen und biologischen Kriegsführung fand unter dem Titel der »Verteidigung« gegen solche Waffen statt – also genau so, wie, wie wir oben gesehen haben, während des Vietnamkrieges Folter unterrichtet wurde. Und wie in dem Kapitel über Uruguay näher beschrieben werden wird, wurde in diesem Land die Herstellung von Bomben unter dem Deckmantel der Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge gelehrt.³⁰

Der Einfallsreichtum, der in die chemische und biologische Kriegsführung gegen Kuba investiert wurde, kam besonders deutlich in den mehreren Dutzend Plänen zu Ermordung oder Demütigung Fidel Castros zum Ausdruck. Die von der CIA oder von Exilkubanern unter der Mitarbeit von amerikanischen Mafiosi ausgeheckten Pläne reichten von der Vergiftung von Castros Zigarren und Speisen bis hin zu einer Chemikalie, durch die seine Kopf- und Barthaare ausfallen sollten, sowie zur Verabreichung von LSD, kurz bevor er in der Öffentlichkeit eine Rede hielt. Natürlich gab es auch die konventionelleren Angriffe mit Schußwaffen und Bomben. Dazu gehörte der Versuch, während einer Rede Castros Bomben auf ein Baseballstadion abzuwerfen, jedoch wurden der eingesetzte B-26-Bomber durch kubanisches Flakfeuer vertrieben, bevor er das Stadion erreicht hatte.³¹ Es ist nur der Kombination von solchen kubanischen Sicherheitsmaßnahmen, Angaben von Informanten, Inkompetenz und Glück zu verdanken, daß der Bärtige bis heute am Leben geblieben ist.

Auch auf Castros Bruder Raul und auf Che Guevara wurden Anschläge verübt. Letzterer war das Ziel einer Panzerfaust, die im Dezember 1964 auf das Gebäude der Vereinten Nationen in New York abgefeuert wurde.³² Etliche Gruppen von Exilkubanern verübten über Jahrzehnte hinweg in den Vereinigten Staaten regelmäßig Gewalttaten, ohne daß sie belangt worden wären. Eine dieser Gruppen, die unter dem Namen Omega 7 lief und ihr Hauptquartier in Union City in New Jersey hatte, wurde im Jahre 1980 vom FBI als »die gefährlichste Terroristenorganisation in den Vereinigten Staaten« bezeichnet.³³ Die Angriffe auf Kuba selbst ließen Ende der 1960er Jahre allmählich nach, wahrscheinlich auf Grund des Ausbleibens zufriedenstellender Ergebnisse und weil die Kriegshelden langsam älter wurden. Die Exilkubaner wandten sich daher Zielen in den Vereinigten Staaten selbst und in anderen Ländern der Erde zu.

Während des folgenden Jahrzehnts, in dem die CIA unaufhörlich Geld in die Gemeinde der Exilkubaner pumpte, fanden mehr als 100 ernste »Zwischenfälle« in den Vereinigten Staaten statt, für die Omega 7 und andere Gruppen die Verantwortung übernahmen. (Innerhalb der Gemeinde wird keine deutliche Linie zwischen terroristischen und nicht-terroristischen Gruppen gezogen. Viele Personen gehören Gruppen beider Ausrichtung an, die unter ständig neuen Namen operieren.) Wiederholt wurden Bombenanschläge auf die sowjetische UN-Mission, auf die sowjetische Botschaft in Washington, auf die Automobile der Sowjetdiplomaten, auf ein sowjetisches Schiff, das in New Jersey angelegt hatte, und auf Büros der sowjetischen Fluglinie Aeroflot verübt, bei denen zahlreiche Russen verletzt wurden. Weiterhin gab es mehrere Bombenanschläge auf die kuba-

nische UN-Mission und die Interessenvertretung des Landes in Washington sowie viele Anschläge auf kubanische Diplomaten, wobei mindestens einer von ihnen ermordet wurde. In New York wurde im Jahre 1976 kurz vor dem Beginn einer Feier zu Ehren der kubanischen Revolution in der Musikakademie eine Bombe entdeckt, und auf das Lincoln Center wurde zwei Jahre danach ein Bombenanschlag verübt, nachdem das kubanische Staatsballett dort aufgetreten war.³⁴

Das brutalste Verbrechen in dieser Zeit war die Sprengung eines Flugzeugs der Cubana kurz nach seinem Start in Barbados am 06.10.1976, bei der 73 Menschen umkamen, unter anderem auch die gesamte Mannschaft des kubanischen Fechtmeisters. Aus CIA-Dokumenten, die später publik wurden, geht hervor, daß ein im Ausland stationierter CIA-Beamter am 22.06.1976 einen Bericht an das Hauptquartier des Geheimdienstes telegraphiert hatte, wonach er erfahren hatte, daß eine Gruppe von Exilkubanern plane, ein Passagierflugzeug der Cubana zwischen Panama und Havanna in die Luft zu jagen. Der Führer der Gruppe war ein Kinderarzt namens Orlando Bosch. Nachdem das Flugzeug im Oktober ins Meer gestürzt war, übernahmen Bosch und seine Gruppe die Verantwortung für das Attentat. Das Telegramm macht deutlich, daß die CIA die Mittel zur Durchdringung von Boschs Organisation hatte, jedoch gibt es keine Hinweise darauf, daß der Geheimdienst Bosch und seine Gruppe wegen der Pläne einer besonderen Überwachung unterzogen oder gar Havanna gewarnt hätte.³⁵

Im Jahre 1983 – Orlando Bosch saß zu dieser Zeit wegen der Planung des Bombenanschlags in Venezuela im Gefängnis – proklamierte der Stadtrat von Miami einen »Doktor-Orlando-Bosch-Tag.«³⁶ Im Jahre 1968 war Bosch in Miami wegen eines Panzerfaust-Angriffs auf ein polnisches Schiff verurteilt worden.

Auch bestimmte Exilkubaner wurden Opfer der Angriffe. Diejenigen, die aus welchem Grund auch immer nach Kuba reisten oder öffentlich, wie behutsam auch immer, eine Annäherung an das Heimatland vorschlugen, wurden Opfer von Bombenanschlägen und Angriffen mit Schußwaffen in Florida und New Jersey. Amerikanische Gruppen, welche die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen oder eine Beendigung des Embargos forderten, waren ähnlichen Angriffen ausgesetzt, und genauso Reisebüros, die Fahrten nach Kuba vermittelten, und eine Arzneifirma in New Jersey, die Medikamente auf die Insel schickte. Abweichende Meinungen in Miami wurden auf wirksame Weise mundtot gemacht, während die Polizei, die Stadtverwaltung und die Medien wegschauten oder die Einschüchterungskampagnen der Exilantengruppen sogar öffentlich unterstützten.³⁷ In Miami und anderswo setzt die CIA – offensichtlich um Agenten Castros zu enttarnen – bis heute Flüchtlinge dazu ein, ihre Landsleute zu bespitzeln und Akten über sie anzulegen, ebenso wie über Amerikaner, die mit den entsprechenden Personen in Verbindung stehen.³⁸

Obwohl es schon immer (neben den normal extremistischen Randgruppen) extrem extremistische Randgruppen in der Gemeinde der Exilkubaner gab, die behaupteten, Washington habe Verrat an ihrer Sache begangen, gab es lange Jahre hindurch doch nur selten einmal eine Verhaftung und Verurteilung eines Flüchtlings wegen der terroristischen Anschläge in den Vereinigten Staaten, ja es geschah so selten, daß die Flüchtlinge nur vermuten können, Washington sei in dieser Hinsicht noch nicht einmal mit halbem Herzen bei der Sache. Die Gruppen der Exilkubaner und ihre führenden Leute sind den Behörden sehr wohl bekannt, denn die Castrogegner scheuen das Licht der Öffentlichkeit keineswegs. Zumindest bis in die frühen 1980er Jahre hinein übten sie ganz offen in Südflorida und Südkalifornien, und in der Presse waren Bilder davon zu sehen, wie sie stolz mit ihren Waffen umhermarschierten.³⁹ Hätte die CIA gewollt, so hätte sie auf Grund ihrer vielfachen Kontakte und Informanten unter den Flüchtlingen viele der Lücken beim FBI und der Polizei füllen können. Im Jahre 1980 berichtete die New Yorker Zeitschrift *The Village Voice* in einem mit vielen Einzelheiten gespickten Artikel:

»Es gelang uns, aus New Yorker Polizeibeamten zwei Geschichten herauszubekommen. »Wissen Sie, es ist schon komisch«, sagte einer vorsichtig, »es gab da ein oder zwei Dinge [...] nun, lassen Sie es mich mal so sagen: Man kommt in einem Fall an einen bestimmten Punkt, und plötzlich wird einem alles klar. Der Fall ist abgeschlossen. Man bittet die CIA um Hilfe, und sie sagen, sie haben kein Interesse. Die

Botschaft dahinter ist wohl jedem klar.< Ein anderer Ermittlungsbeamter erzählte, er sei vor einigen Jahren mit einem Rauschgiftfall beschäftigt gewesen, in den auch Exilkubaner verwickelt waren, und Abhörprotokolle von Telefongesprächen hätten gezeigt, daß immer wieder eine bestimmte Nummer in Miami angerufen wurde. Er habe die Nummer nachverfolgt, und sie habe einer Firma namens Zodiac gehört, »welche, wie sich herausstellte, ein Tarnunternehmen der CIA war.< Er stellte seine Ermittlungen ein.«⁴⁰

Im Jahre 1961 enthüllte die Kennedy-Regierung mit viel Tamtam ihr Prunkstück: das Programm *Bündnis für den Fortschritt* (Alliance for Progress). Konzipiert als direkte Antwort auf das Kuba Castros, sollte es zeigen, daß in Lateinamerika echte gesellschaftliche Veränderungen auch ohne Revolutionen oder Sozialismus möglich wären, so Kennedy:

»Wenn die Menschen in Lateinamerika nur die Alternative zwischen dem Status quo und dem Kommunismus haben, werden sie sich unweigerlich für den Kommunismus entscheiden.«⁴¹

Das mit vielen Milliarden ausgestattete Bündnis setzte sich eine ganze Reihe von anspruchsvollen Zielen, die, so hoffte man, bis Ende des Jahrzehnts verwirklicht sein würden. Dazu gehörten wirtschaftliches Wachstum, eine gleichmäßigere Verteilung des Volkseinkommens, der Rückgang der Arbeitslosigkeit, eine Landreform, Bildung, Wohnungsbau, Gesundheitsfürsorge usw. Im Jahre 1970 führte der Twentieth Century Fund aus New York – dessen Mitarbeiterverzeichnis sich wie ein Who's Who der höchsten Regierungs- und Industriekreise las – eine Untersuchung durch, um herauszufinden, wie nahe das Programm seinen Zielen gekommen war. Eine der Schlußfolgerungen lautete, Kuba, das nicht zu den Empfängerländern der Milliarden gehörte,

»ist den Zielen des Bündnisses näher gekommen als jedes Mitgliedsland des Bündnisses. Im Bildungswesen und bei der Gesundheitsfürsorge hat kein lateinamerikanisches Land anspruchsvollere und die ganze Bevölkerung einbeziehende Anstrengungen unternommen als Kuba. Die kubanische Planwirtschaft hat bei der Integration der ländlichen und städtischen Gebiete – durch eine nationale Politik zur Umverteilung der Einkommen – mehr erreicht als die Marktwirtschaften der anderen lateinamerikanischen Länder.«⁴²

Auch die kubanische Landreform, so hatte man erkannt, war umfassender als jede andere eines lateinamerikanischen Landes, allerdings warnten die Verfasser davor, die momentanen Ergebnisse einfach in die Zukunft zu projizieren.⁴³

Diese und andere wirtschaftliche Errungenschaften wurden trotz des US-Embargos und der außergewöhnlichen Menge an Ressourcen und Arbeit, die Kuba angesichts des drohenden Riesen im Norden gezwungenermaßen in Verteidigungs- und Sicherheitsmaßnahmen investierte, erzielt. Zudem – auch wenn dies nicht zu den erklärten Zielen des Bündnisses gehört hatte – gab es ein Gebiet von grundsätzlicher Bedeutung, auf dem sich Kuba von seinen lateinamerikanischen Nachbarn abhob: Es gab keine Heerscharen von Verschwundenen, keine Todesschwadronen und keine systematische und alltägliche Folter.

Kuba war zu dem geworden, wovor sich Washington in der Dritten Welt immer gefürchtet hatte: Ein Vorbild.

Abgesehen vom militärischen und wirtschaftlichen Krieg führen die Vereinigten Staaten bis heute auch einen unerbittlichen Propagandakrieg gegen Kuba. Beispiele dafür, wie so etwas in anderen Ländern aussieht, lassen sich in anderen Kapiteln dieses Buches nachlesen. Zusätzlich zu seinem riesigen journalistischen Imperium im Ausland unterhält die CIA seit Jahrzehnten auch eine Fabrik für die Erzeugung von castrofeindlichen Presseartikeln in den Vereinigten Staaten. Der Geheimdienst finanziert nach Berichten seit Jahren solche Zeitungen wie: *Avance*, *El Mundo*, *El Prensa Libre*, *Bohemia* und *El Diario de Las America* in Miami. Dazu kommt noch AIP, eine Nachrichtenagentur für Radiosender, welche Programme produziert, die über 100 kleinen Sendern in ganz Lateinamerika kostenlos überlassen werden. Auch zwei als Privatunternehmen getarnte Firmen der CIA in New York, Foreign Publications Inc. und Editors Press Service, sind Teil dieses Propagandanetzes.⁴⁴

War es wirklich unvermeidlich, daß die Vereinigten Staaten versuchen würden, die kubanische Regierung zu stürzen? Hätten die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern einen anderen Weg einschlagen können? Wenn man sich die Liste der endlosen amerikanischen Feindseligkeiten selbst gegen die gemäßigten linken Regierungen ansieht, besteht kaum Ursache dazu zu glauben, daß man bei Kubas Revolutionsregierung eine Ausnahme gemacht haben würde. Nicht alle Beamten in Washington waren jedoch von Anfang an der kubanischen Revolution gegenüber feindlich eingestellt. Es gab sogar einige, die vorsichtiger Zustimmung oder einem gewissen Optimismus Ausdruck gaben. Diese Haltung basierte offensichtlich auf der Einschätzung, das, was in Kuba stattgefunden hatte, sei nichts anderes als ein weiterer jener lateinamerikanischen Regierungswechsel, wie sie seit über einem Jahrhundert mit eintöniger Regelmäßigkeit stattfanden und bei denen sich zwar die Namen und die Gesichter ändern, die Unterwürfigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten aber bleibt.

Dann zeigte sich aber, daß Castro aus anderem Holz geschnitzt war. In der Karibik herrschte jetzt ein anderer Ton. Castro begann sehr bald, unverblümt seine Kritik an den Vereinigten Staaten zu äußern. Er verwies voller Verbitterung auf die 60 Jahre der amerikanischen Herrschaft über Kuba. Er sprach davon, wie am Ende dieser 60 Jahre die Masse der Kubaner völlig verarmt dastand und wie die Vereinigten Staaten die Zuckerquote als Drohmittel benutzten. Er äußerte sich über die nicht hinnehmbare Existenz des Stützpunkts in Guantánamo, und er machte gegenüber Washington klar und deutlich, daß Kuba eine Politik der Unabhängigkeit und der Neutralität im Kalten Krieg verfolgen würde. Gerade und vor allem deswegen hatten ja Castro und Che Guevara ihre erfolgversprechenden bürgerlichen Karrieren als Jurist und Arzt aufgegeben, um die Revolution anzuführen. Kompromisse waren in ihrem Lebensplan nicht vorgesehen, aber auch Washington war nicht bereit, sich mit solchen Männern und einer solchen Regierung abzufinden.

Auf einem Treffen des Nationalen Sicherheitsrats am 10.03.1959 wurde unter anderem darüber diskutiert, »eine andere Regierung in Kuba an die Macht zu bringen.«⁴⁵ Als dies geschah, hatte Castro noch keinen Zipfel amerikanischen Besitzes verstaatlicht. Nachdem er sich im Monat darauf mit Castro in Washington getroffen hatte, schrieb Vizepräsident Richard Nixon einen Aktenvermerk, in dem er erklärte, er sei davon überzeugt, daß Castro »entweder unglaublich naiv in Bezug auf den Kommunismus ist oder unter der Fuchtel der Kommunisten steht« und daß man den kubanischen Führer dementsprechend behandeln müsse. Später schrieb Nixon, zu dieser Zeit sei er mit dieser seiner Meinung innerhalb der Eisenhower-Regierung noch in der Minderheit gewesen.⁴⁶ Doch schon vor Ablauf eines Jahres hatte der Direktor der CIA, Allen Dulles, beschlossen, daß eine Invasion in Kuba notwendig sei. Im März 1960 wurde diese von Präsident Eisenhower gutgeheißen.⁴⁷ Dann kam das Embargo, und Castro hatte keine Alternative, als sich mehr und mehr an die Sowjetunion anzulehnen. Dadurch fühlten sich die Beamten in Washington in ihrer Einschätzung bestätigt, daß Castro in der Tat ein Kommunist war. Einige behaupteten sogar, er sei schon die ganze Zeit ein verkappter Roter gewesen.

In diesem Zusammenhang dürfte es nicht uninteressant sein, daraufhinzuweisen, daß die Kommunistische Partei Kubas (Partido Comunista de Cuba) lange Zeit Batista unterstützt hatte, Ministerposten in seinem Kabinett innehatte und Castro und seine Anhänger in keiner Weise unterstützt hatte, bevor sie an die Macht kamen.⁴⁸ Und um das Ausmaß der Ironie voll zu machen, hatte die CIA in den Jahren 1957 und 1958 Castros Bewegung finanziell unterstützt und dies, obwohl die USA Batista weiterhin mit Waffen zur Bekämpfung der Rebellen unterstützten. Wieder einmal ein schönes Beispiel dafür, wie sich der Geheimdienst nach allen Seiten absichert.⁴⁹

Hätte Castro am Anfang seinen Ton gemäßigt und sich an die üblichen diplomatischen Spitzfindigkeiten gehalten, ohne jedoch seine Politik der Selbstbestimmung und des Sozialismus aufzugeben, die er für Kuba als das Beste erachtete (bzw. für unvermeidlich, wenn man bestimmte Veränderungen in die Tat umsetzen wollte), hätte sich der Tag der Abrechnung bloß verschoben, und dies auch nicht für lange Zeit. Jacobo Arbenz in Guatemala, Mossadegh im Iran, Cheddi Jagan in Britisch-Guayana und andere Führer

der Dritten Welt hatten ihren eingeschlagenen Weg verlassen, um Washington nicht unnötig zu provozieren, und waren bedeutend weniger radikal in Bezug auf ihre Programme und ihre Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten gewesen als Castro – es hatte nichts genutzt: Auf alle war die Axt der CIA niedergesaut.

Im Jahre 1996 wurde bekannt, daß im August 1961, also vier Monate nach der Invasion in der Schweinebucht, Che Guevara und Präsident Kennedys Sonderberater Richard Goodwin bei einem internationalen Treffen in Uruguay zusammengekommen waren. Guevara hatte eine Botschaft für Kennedy: Kuba sei bereit, auf jegliches politische Bündnis mit dem Ostblock zu verzichten, für beschlagnahmten amerikanischen Besitz auf dem Handelswege Entschädigung zu leisten und darüber nachzudenken, seine Unterstützung für linke Befreiungsbewegungen in anderen Ländern einzuschränken. Im Gegenzug sollten die USA alle Feindseligkeiten gegenüber Kuba einstellen. Bei seiner Rückkehr nach Washington riet Goodwin dem Präsidenten, den wirtschaftlichen Druck auf Kuba »ohne großes Aufsehen zu verstärken.« Im November gab Kennedy seine Zustimmung zur Operation Mongoose.⁵⁰

Anmerkungen zu Kapitel 30

- 1 KHRUSHCHEV REMEMBERS (London, 1971), S. 494, 496.
- 2 *Time*, 02.11.1962.
- 3 Zitiert bei **William Appleman Williams**, »American Intervention in Russia: 1917-1920« in **David Horowitz** (Hrsg.), *CONTAINMENT AND REVOLUTION* (Boston, 1967). Aus einem Brief von Außenminister Robert Lansing, dem Onkel von John Foster und Allen Dulles, an Präsident Wilson
- 4 *FACTS ON FILE, CUBA, THE U.S. AND RUSSIA, 1960-1963* (New York, 1964), S. 56-58.
- 5 *International Herald Tribune* (Paris), 02.10.1985, S. 1.
- 6 *New York Times*, 23.10.1959, S. 1.
- 7 *FACTS ON FILE*, S. 7-8; *New York Times*, 19.02.1960 und 20.02.1960; 22.03.1960.
- 8 *New York Times*, 05.03.1960 und 06.03.1960.
- 9 **David Wise**, »Colby of CIA – CIA of Colby«, *New York Times Magazine*, 01.07.1973, S. 9.
- 10 Ein Bericht über die von Präsident Kennedy nach der Invasion angeordnete Untersuchung ergab: »Die Planer sagten aus, es sei niemals beabsichtigt gewesen, Castro durch die Invasion selbst zu stürzen. Man hatte die Hoffnung, ein anfänglicher Erfolg würde einen Aufstand Tausender von kubanischen Castrogegnern hervorrufen. Die Schiffe der Invasionsflotte hatten 15,000 Waffen an Bord, die an die erwarteten Freiwilligen verteilt werden sollten« (vgl. *U.S. News & World Report*, 13.08.1979, S. 82). Einige CIA-Beamte, darunter Allen Dulles, verneinten später, man habe einen Aufstand erwartet, dies dürfte jedoch nur ein Versuch gewesen sein, ihre ideologische Verwirrung darüber zu kaschieren, daß Menschen, die unter einer »kommunistischen Tyrannei« lebten, dem Ruf »Der Freien Welt« nicht folgten.
- 11 Zu den Angriffen auf Kuba vgl. a) **Taylor Branch** und **George Crile**, »The Kennedy Vendetta«, *Harper's* (New York), August 1975, S. 49-63; b) *FACTS ON FILE*, passim; c) *New York Times*, 26.08.1962, S. 1; 21.03.1963, S. 3; *Washington Post*, 01.06.1966; 30.09.1966 sowie viele weitere Artikel in den beiden Zeitungen während der 1960er-Jahre; d) **Warren Hinckle** und **William W. Turner**, *THE FISH IS RED: THE STORY OF THE SECRET WAR AGAINST CASTRO* (Harper & Row, New York, 1981), passim.
- 12 **Branch** und **Crile**, S. 49-63. In dem Artikel wird behauptet, 300 Amerikaner seien an der Operation beteiligt gewesen, jedoch in der Sendung »CBS Reports: The CIA's Secret Army«, ausgestrahlt am 10.06.1977 und geschrieben von Bill Moyers und demselben George Crile, stellte der frühere CIA-Beamte Ray Cline klar, dass zwischen 600 und 700 amerikanische Stabsoffiziere dort waren.

- 13 *New York Times*, 26.08.1962, S. 1.
- 14 **John Gerassi**, THE GREAT FEAR IN LATIN AMERICA (New York, 1965, überarb. Aufl.), S. 278.
- 15 **Branch und Crile**, S. 52.
- 16 *The Times* (London), 08.01.1964 und 10.01.1964; 12.05.1964, S. 10; 21.06.1964, S. 10; 28.10.1964 und 29.10.1964; *The Guardian* (London), 28.10.1964 und 29.10.1964.
- 17 *Washington Post*, 14.02.1975, S. C31. Anderson behauptete in seinem Artikel, es seien nur 24 Busse beteiligt gewesen und diese seien in England von den Wasserschäden befreit und gefahren worden.
- 18 **Branch und Crile**, S. 52.
- 19 *New York Times*, 28.04.1966, S. 1.
- 20 **Branch und Crile**, S. 52.
- 21 *Washington Post*, 21.03.1977, S. A18.
- 22 **Hinckle und Turner**, S. 293, basiert auf ihrem Interview mit einem Teilnehmer in Ridgecrest in Kalifornien am 27.09.1975.
- 23 *San Francisco Chronicle*, 10.01.1977.
- 24 **Bill Schaap**, »The 1981 Cuba Dengue Epidemie«, *Covert Action Information Bulletin*, H. 17, Summer 1982, S. 28-31.
- 25 *San Francisco Chronicle*, 29.10.1980, S. 15.
- 26 *Science* (American Association for the Advancement of Science, Washington), 13.01.1967, S. 176.
- 27 *Covert Action Information Bulletin*, H. 22, Fall 1984, S. 35; The trial of Eduardo Victor Arocena Perez, Federal District Court for the Southern District of New York, transcript of 10.09.1984, S. 2187- 2189.
- 28 Vgl. z.B. *San Francisco Chronicle*, 27.07.1981.
- 29 *Washington Post*, 16.09.1977, S. A2.
- 30 Ebd., 25.10.1969, eine Kolumne von Jack Anderson.
- 31 Berichte über die Mordversuche finden sich an vielen Stellen. Vgl. Interim Report: Alleged Assassination Plots Involving Foreign Leaders, The Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities (US Senate), 20.11.1975, S. 71-180, zu einer detaillierten, wenn auch nicht vollständigen Darstellung. Zum versuchten Bombenanschlag auf das Stadion vgl. *New York Times*, 22.11.1964, S. 26.
- 32 *New York Times*, 12.12.1964, S. 1.
- 33 Ebd., 03.03.1980, S. 1.
- 34 Zu den Angriffen der Terroristen in den Vereinigten Staaten vgl. a) **Jeff Stein**, »Inside Omega 7«, *Village Voice* (New York), 10.03.1980; b) *New York Times*, 13.09.1980, S. 24; 03.03.1980, S. 1; c) **John Dinges** und **Saul Landau**, Assassination on Embassy Row (London, 1981), S. 251-252, Fußnote (auch zu Angriffen auf kubanische Ziele in anderen Ländern); d) *Covert Action Information Bulletin*, H. 6, 10.1979, S. 8-9.
- 35 Zum Anschlag auf das Flugzeug vgl. a) *Washington Post*, 01.11.1986, S. A1, A18; b) **Jonathan Kwitny**, THE CRIMES OF PATRIOTS (New York, 1987), S. 379; c) **William Schaap**, »New Spate of Terrorism: Key Leaders Unleashed«, *Covert Action Information Bulletin*, H. 11, Dezember 1980, S. 4-8; d) **Dinges** und **Landau**, S. 245-246; e) Rede von Fidel Castro am 15.10.1976, abgedruckt in Toward Improved U.S.-Cuba Relations, House Committee on International Relations, Anhang A, 23.05.1977. – Zu den CIA-Dokumenten: Unter denen, die im Jahre 1993 vom Geheimdienst freigegeben, an das Nationalarchiv geschickt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden vgl. den Bericht in *The Nation* (New York), 29.11.1993, S. 657.

- 36 Dangerous Dialogue: Attacks on Freedom of Expression in Miami 's Cuban Exile Community (Americas Watch/The Fund for Free Expression, New York und Washington, August 1992), S. 26.
- 37 Ebd., passim. Vgl. auch »Terrorism in Miami: Suppressing Free Speech«, *CounterSpy* (Washington), Bd. 8, H. 3, März-Mai 1984, S. 26-50; *Village Voice*, a.a.O.; *Covert Action Information Bulletin*, H. 6,10.1979, S. 8-9.
- 38 *New York Times*, 04.01.1975, S. 8.
- 39 *San Francisco Chronicle*, 12.01.1982, S. 14; *Parade* (Washington Post), 15.03.1981, S. 5.
- 40 *Village Voice*, a.a.O.
- 41 **Jerome Levinson** und **Juan de Onis**, THE ALLIANCE THAT LOST ITS WAY: A CRITICAL REPORT ON THE ALLIANCE FOR PROGRESS (A Twentieth Century Fund Study, Chicago, 1970), S. 56.
- 42 Ebd., S. 309. Die Liste mit den Zielen des Bündnisses findet sich auf den Seiten 352-355.
- 43 Ebd., S. 226-227.
- 44 *New York Times*, 26.12.1977, S. 37. Vgl. auch **Philip Agee**, INSIDE THE COMPANY: CIA DIARY (New York, 1975), S. 380, zum Editors Press Service.
- 45 **Tad Szulc**, FIDEL, A CRITICAL PORTRAIT (New York, 1986), S. 480-481
- 46 **Richard Nixon**, SIX CRISES (New York, 1962, Taschenbuchausgabe), S. 416-417
- 47 **Victor Marchetti** und **John Marks**, THE CIA AND THE CULT OF INTELLIGENCE (New York, 1975), S. 289.
- 48 **Marc Edelman**, »The Other Super Power: The Soviet Union and Latin America 1917-1987«, NACLA REPORT ON THE AMERICAS (North American Congress on Latin America, New York), Januar-Februar 1987, S. 16; Szulc, vgl. das Register.
- 49 **Szulc**, S. 427-428.
- 50 *Miami Herold*, 29.04.1996, S. 1

31 Indonesien 1965

Die Liquidation Präsident Sukarnos und weiterer 500.000

»Mit machetenähnlichen Messern, so genannten Parangs, bewaffnet, krochen Banden von Moslems bei Nacht in die Häuser von Kommunisten und töteten ganze Familien. Reisende berichten von Bächen und Flüssen, die mit Leichen im wahrsten Sinne des Wortes verstopft waren. Der Verkehr auf den Flüssen war an einigen Stellen ernsthaft behindert.«

Time, Dezember 1965¹

»Nahezu 100 Kommunisten oder vermeintliche Kommunisten wurden im Botanischen Garten der Stadt zusammengetrieben und mit Maschinengewehren niedergemäht. Der Kopf, der früher dem Schuldirektor, einem Mitglied der PKI [Kommunistische Partei Indonesiens], gehört hatte, steckte auf einer Stange und wurde vor seinen früheren Schülern, die man eigens zu diesem Zweck zusammengeholt hatte, zur Schau gestellt.«

New York Times, Mai 1966²

Die Gesamtzahl der Indonesier, die man nach einem fehlgeschlagenen Staatsstreich über Jahre hinweg ermordete, beträgt nach Schätzungen zwischen 500.000 und einer Million.³

In den frühen Morgenstunden des 01.10.1965 setzte ein kleiner Trupp jüngerer Offiziere sechs Generäle ab und tötete sie. Im Anschluß daran besetzen sie zentrale Punkte in der Hauptstadt Jakarta. Über den Rundfunk gaben sie bekannt, ihre Aktion diene dazu, den Putsch eines »Rates der Generäle« zu verhindern, der für den Tag des Heeres, den 05.10.1965, geplant gewesen sei. Der Putsch, so sagten sie, sei von der CIA finanziert worden und habe darauf abgezielt, Präsident Sukarno von der Macht zu verdrängen. Gegen Abend jedoch wurden die aufständischen Offiziere in Jakarta von der Armee unter General Suharto überwältigt, in anderen Städten hielten Gruppen der Armee, welche die Rebellen unterstützten, aber noch ein bis zwei Tage durch.⁴

Suharto – ein Mann, der sowohl den niederländischen Kolonialherren als auch der japanischen Besatzungsarmee gedient hatte⁵ – und seine Kollegen behaupteten, die große und einflußreiche PKI stünde hinter dem »Umsturzversuch« der jüngeren Offiziere und hinter den Kommunisten stünde wiederum China. Die siegreichen Streitkräfte ergriffen die Zügel der Regierung, schränkten die Kompetenzen Sukarnos ein (binnen kurzem war er auf eine bloße Galionsfigur reduziert) und richteten ein Blutbad an, um ein für alle Mal die PKI auszuschalten, die Sukarno viele Jahre hindurch an der Macht des Landes beteiligt hatte. Endlich ergab sich eine Gelegenheit, das langersehnte Vorgehen zu rechtfertigen.

Man ermunterte antikommunistische Organisationen und Einzelpersonen, vor allem Moslems, sich an der Ermordung aller Personen zu beteiligen, die man der Sympathie mit der PKI verdächtigte. Auch viele Indonesier chinesischer Herkunft fielen den wahn sinnigen Fanatikern zum Opfer. Zum Teil wurden die Menschen auch dadurch auf gehetzt, daß man ihnen im Fernsehen und in der Presse Fotografien der bereits verwes ten Körper der getöteten Generäle zeigte. Man erklärte der Öffentlichkeit, die Männer seien kastriert und ihre Augen seien von kommunistischen Frauen aus ihren Höhlen gerissen worden. (Später beging die Armee den Fehler, die Ergebnisse einer amtlichen Autopsie in einigen Gerichtsprozessen als Beweis zuzulassen. Auf Grund der außerordentlich detaillierten Berichte über die Verwundungen stellte sich heraus, daß die Körper nur Schußwunden und Prellungen aufwiesen, aber keine Spuren von Kastration, und daß auch die Augen nicht entfernt worden waren.)⁶

Das, was nun folgte, nannte die *New York Times* »einen der grausamsten politischen Massenmorde der modernen Geschichte.«⁷ Die Gewalttätigkeit, schrieb die Wochen-

zeitschrift *Life*, »hatte nicht nur Züge von Fanatismus, sondern auch von Blutgier an sich, und manchmal schien sogar ein böser Zauber die Mörder befallen zu haben.«⁸

Fünfundzwanzig Jahre später enthüllten amerikanische Diplomaten, daß sie systematisch umfangreiche Listen von »kommunistischen« Funktionären – von den höchsten Rängen bis hinunter zum Dorfkader – angelegt und rund 5000 Namen an die indonesische Armee weitergegeben hatten, die dann auf diese Menschen Jagd machte und sie tötete. Die Amerikaner strichen dann auf ihren Listen diejenigen durch, die getötet oder gefangengenommen worden waren. Robert Martens, ein früherer Mitarbeiter der politischen Abteilung der US-Botschaft in Jakarta, berichtete im Jahre 1990:

»Für die Armee war dies eine große Hilfe. Sie tötete wahrscheinlich viele Menschen, und ich habe wahrscheinlich eine Menge Blut an den Händen, aber das ist nicht weiter schlimm. Es gibt nun einmal Zeiten, da muß man im entscheidenden Moment hart zuschlagen.«

Marshall Green, der zur Zeit des Staatsstreichs US-Botschafter in Indonesien war, sagte:

»Ich weiß, daß wir viel mehr Informationen [über die PKI] hatten, als die Indonesier selbst. Martens erzählte mir bei verschiedenen Gelegenheiten, daß [...] die Regierung nur schlecht über den Aufbau der Kommunistischen Partei informiert war, und er ließ durchblicken, daß seine Informationen die der Regierung bei Weitem übertrafen.«

Howard Federspiel, der damalige Indonesienexperte in der Abteilung des Außenministeriums für die Aufarbeitung von Geheimdienstberichten (Bureau of Intelligence und Research), sagte:

»So lange es sich um Kommunisten handelte, kümmerte es niemanden, daß sie abgeschlachtet wurden. Niemand regte sich sonderlich darüber auf.«

Der ehemalige Leiter der CIA-Außenstelle in Indonesien, Joseph Lazarsky, und der frühere Diplomat Edward Masters, der Chef von Martens, bestätigten, daß CIA-Beamte mit ihren Todeslisten zu dem Massaker beigetragen hatten, im CIA-Hauptquartier in Langley dagegen verneinte man kategorisch jegliche Beteiligung.⁹

Für die gut organisierte nationale PKI bedeutete das Massaker ein grauenhaftes Ende. Aber die grundlegenden Fragen zu den Ereignissen des Jahres 1965 sind damit nicht erledigt. Diese lauten:

Gab es wirklich einen Rat der Generäle, der geplant hatte, innerhalb von Tagen die Regierung zu übernehmen? Ein halbamtlicher Bericht über die Angelegenheit, der im Jahre 1968 in Indonesien veröffentlicht wurde, verneinte die Existenz eines solchen Rates.¹⁰ Allerdings wird in einer Studie, die im selben Jahr von der CIA verfaßt und veröffentlicht wurde, bestätigt, daß es tatsächlich einen solchen Rat gab, allerdings sei dessen einziges Ziel gewesen, nach einem Weg zu suchen, um sich vor einem angeblichen Plan Sukarnos, die Armee zu zerschlagen, zu schützen.¹¹

Inwiefern und inwieweit war – wenn überhaupt – die PKI in den angeblichen Staatsstreich verwickelt? Kannten einige Parteimitglieder den Plan der jüngeren Offiziere schon im Voraus und unterstützten sie diese moralisch, oder spielten sie eine aktivere Rolle? In dem halbamtlichen Bericht wird festgestellt, das Ziel der PKI sei es nicht gewesen, selbst die politische Macht zu übernehmen, sondern »die Armee daran zu hindern, die Partei nach dem Tode Sukarnos zu zerschlagen.«¹² (Sukarno hatte im August einen Nierenanfall erlitten, sich aber schnell wieder davon erholt. Übrigens ist auch seine Rolle in der Angelegenheit bis heute mysteriös geblieben.) Die Studie der CIA kommt zu einem ähnlichen Schluß: »Inzwischen scheint sicher, daß der Staatsstreich in Indonesien nicht zum Sturz Sukarnos und/oder der bestehenden Regierung führen sollte. Im Wesentlichen handelte es sich um eine Säuberung unter den Führungsrängen der Armee.«¹³

Welche Rolle spielte – wenn überhaupt – die CIA? Wurde der versuchte Staatsstreich von einem *Agent provocateur* angezettelt, der die Geschichte vom Rat der Generäle und ihrem bevorstehenden Putsch verbreitet hatte? (Die Ermordung, ja noch nicht einmal die Absetzung der sechs Generäle war vorhersehbar – nur drei von ihnen wurden tatsächlich

getötet, während sie sich ihrer Absetzung widersetzen.)¹⁴ Wurde die Beteiligung der PKI ins Spiel gebracht, damit man einen Vorwand für ihre Zerschlagung hatte? In der Tat gab es Hinweise auf einen *Agent provocateur*, einen gewissen Kamarusaman bin Ahmed Mubaidah, auch bekannt als »Sjam.« Nach den späteren Aussagen einiger der festgenommenen Offiziere war es dieser Sjam, der die Idee eines feindlichen »Rates der Generäle« und die Notwendigkeit, ihm entgegenzuwirken, besonders vertrat. Bei den Gerichtsverhandlungen und in der Studie der CIA wurde der Versuch unternommen, die Sache so darzustellen, als sei Sjam im Auftrag des PKI-Führers Aidit tätig geworden. Vielleicht unternahm die CIA den einmaligen Schritt, ein solches Buch zu veröffentlichen, nur, um diese Prämisse in die Welt zu setzen, das heißt die Verantwortung für den Staatsstreich der PKI zuzuschreiben und damit die folgenden Greuel zu »rechtfertigen.«

Aber vielleicht arbeitete Sjam auch für die CIA und/oder die Generäle. Anscheinend war er ein Vertrauter und Gehilfe Aidits, und er könnte sehr wohl den Führer der PKI zu der Verschwörung überredet haben und nicht andersherum. Sjam hatte eine bunte politische und irgendwie mysteriöse Vergangenheit, und seine Aussage bei einer der Gerichtsverhandlungen, in der er als Angeklagter auftrat, zielte darauf ab, Aidit als alleinigen Anführer des Staatsstreichs hinzustellen.¹⁵

Die CIA war seit Mitte der 1950er Jahre (vgl. Kapitel 15 über Indonesien 1957 bis 1958) eng in die politischen Angelegenheiten Indonesiens verwickelt, und hatte zweifellos die PKI und noch mehr das Militär auf verschiedenen Ebenen unterwandert. Daher befand sie sich in einer guten Position, um Desinformationen zu verbreiten und die Ideen für bestimmte Aktionen einzuflüstern, ob nun durch Sjam oder andere.

Das Verlangen der US-Regierung, Sukarno – einen Anführer der blockfreien und anti-imperialistischen Bewegung der Dritten Welt und Beschützer der PKI – loszuwerden, war nach dem Scheitern des vom Geheimdienst unterstützten Aufstands des Militärs im Jahre 1958 nicht verschwunden. Unter den verschiedenen Berichten aus den frühen 1960er Jahren, aus denen ein anhaltendes Interesse an diesem Ziel hervorgeht, ist eine CIA-Aktennotiz vom Juni 1962 besonders aufschlußreich. Der Verfasser der Aktennotiz, dessen Name entfernt wurde, berichtete über die Eindrücke, die er in Gesprächen mit »westlichen Diplomaten« bezüglich eines kürzlich stattgefundenen Treffens zwischen Präsident Kennedy und dem britischen Premierminister Macmillan erhalten hatte. Die beiden Führer waren übereingekommen, so die Aktennotiz, einen Versuch zur Isolation Sukarnos in Asien und Afrika zu unternehmen:

»Sie beschlossen, Präsident Sukarno zu liquidieren, sobald sich die Gelegenheit dazu ergäbe. Mir [dem CIA-Beamten] ist nicht klar, ob das Wort ›liquidieren‹ Mord oder Umsturz bedeutet.«¹⁶

Was es auch immer bedeutet haben mag, Sukarno jedenfalls war jetzt international als ein Dorn im Auge praktisch ausgeschaltet. Und was noch wichtiger war, die PKI, welche die größte kommunistische Partei der Welt außerhalb des Ostblocks und Chinas gewesen war, war dezimiert und ihre zerstreuten Überreste waren in den Untergrund getrieben worden. Für die Vereinigten Staaten und die neue Militärjunta hätte das Ganze nicht besser kommen können, wenn es geplant gewesen wäre.

Selbst wenn die Generäle ihren eigenen vermeintlichen Sturz geplant hätten, so belegen die Beweise doch ganz deutlich, daß die Vereinigten Staaten vor, während und nach dem 30.09.1965 und 01.10.1965 eng in die Ereignisse verwickelt waren. Ein Gesichtspunkt in dieser Beweiskette ist das enge Verhältnis zwischen den Führungskräften des amerikanischen und des indonesischen Militärs, das die Vereinigten Staaten über viele Jahre hinweg gepflegt hatten. Wie sein ehemaliger Berater Arthur Schlesinger schrieb, war Präsident Kennedy »darum bemüht, die antikommunistischen Kräfte, insbesondere die Armee, zu stärken, um zu verhindern, daß die mächtige Kommunistische Partei Indonesiens das Land übernehmen würde, sollte Sukarno etwas zustoßen.«¹⁷

Roger Hilsman, der während seiner Laufbahn für die CIA und das Außenministerium tätig war, erwähnte, daß bis zum Jahr 1963

»ein Drittel des indonesischen Generalstabs und nahezu die Hälfte des Offizierskorps auf irgendeine Art von den Amerikanern ausgebildet worden waren. Infolgedessen kannten sich die amerikanischen und die indonesischen Militärs ziemlich gut. Es bestanden Bindungen der persönlichen Achtung und teilweise sogar der Zuneigung.«¹⁸

Diese Beobachtung wird durch Berichte des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses unterstützt:

»Zur Zeit des versuchten kommunistischen Staatsstreichs und des Gegenstaatsstreichs [!] des Militärs im Oktober 1965 hatten bereits 1200 indonesische Offiziere, einschließlich führender Persönlichkeiten der Streitkräfte, eine Ausbildung in den Vereinigten Staaten absolviert. Als Folge davon gab es eine Reihe von Freundschaften und Kontakten zwischen den führenden indonesischen und amerikanischen Militärs, insbesondere zwischen den Angehörigen der beiden Heere. In der Zeit nach dem Staatsstreich, als die politische Lage noch instabil war, waren die Vereinigten Staaten unter Einsatz dieser Kommunikationskanäle in der Lage, die antikommunistischen Streitkräfte mit moralischer und symbolischer materieller Unterstützung zu versorgen.¹⁹ Wenn ein gewöhnlicher Auszubildender des Militärhilfeprogramms nach Hause zurückkehrt, wird er einige amerikanische Bekannte und eine gute Meinung von den Vereinigten Staaten haben. Dadurch ergeben sich einige wertvolle Kommunikationsmöglichkeiten für die Zukunft, wie dies in Indonesien während und unmittelbar nach dem von den Kommunisten unterstützten versuchten Staatsstreich im Oktober 1965 der Fall war.«²⁰

Die CIA, schrieb die *New York Times*, hatte angeblich »solche Erfolge bei der Unterwanderung der Spitzen von Regierung und Armee in Indonesien erzielt, daß die Vereinigten Staaten zögerten, die verdeckten Operationen der CIA im Jahre 1964 und 1965 durch einen Rückzug ihrer Hilfs- und Informationsprogramme zu zerstören. Was in Washington nach außen hin als eine Duldung der Beleidigungen und Provokationen Präsident Sukarnos dargestellt wurde, war in viel größerem Ausmaß der Wunsch, die Tarnorganisationen der CIA so lange wie möglich im Geschäft zu belassen.«²¹

Und schließlich haben wir auch noch die Aussage von Verteidigungsminister Robert McNamara vor einem Ausschuß des Senats aus dem Jahre 1966:

Senator Sparkman: »Als seinerzeit Indonesien ziemlichen Staub aufwirbelte und wir wegen der Fortsetzung unserer Militärhilfe ziemlich stark kritisiert wurden, konnten wir nicht sagen, wozu diese Militärhilfe diente. Ist das heute auch noch ein Geheimnis?«

McNamara: »Im Rückblick denke ich, daß diese Hilfe sehr wohl begründet war.«

Sparkman: »Sie denken, sie hat sich ausgezahlt?«

McNamara: »Ja, das denke ich, Sir.«²²

Es gibt noch weitere Aussagen, die in Hinsicht auf eine amerikanische Beteiligung einschlägig sind. Der frühere US-Botschafter Marshall Green sagte im Jahre 1973 bei einer Rede in Australien, wo er damals Botschafter war:

»Ich erinnere mich, daß es in Indonesien im Jahre 1965 auf Messers Schneide stand. Ich kann mich auch daran erinnern, daß man in diesem Land behauptete, Indonesien würde nicht kommunistisch. Als aber Sukarno in seiner Rede vom 17. August ankündigte, Indonesien würde innerhalb eines Jahres kommunistisch, war ich nahezu sicher. Was wir taten, mußten wir tun, und Sie können froh sein, daß wir es getan haben, denn sonst sähe Asien heute anders aus.«²³

James Reston schrieb im Jahre 1966 in der *New York Times*:

»Washington gibt sich große Mühe, keinen Verdienst an diesem Übergang [von Sukarno zu Suharto] in Anspruch zu nehmen [...] aber das bedeutet nicht, daß Washington nichts damit zu tun hatte. Zwischen den antikommunistischen Streitkräften in diesem Land und zumindest einem hochrangigen Beamten in Washington gab es vor und während dem indonesischen Massaker erheblich mehr Kontakte, als im Allgemeinen angenommen wird. General Suhartos Truppen, die zeitweise knapp an Nahrungsmitteln und Munition waren, erhielten Unterstützung von hier auf dem Umweg über verschiedene dritte Länder, und es darf bezweifelt werden, daß der Staatsstreich [durch Suharto] jemals auch nur versucht worden wäre, hätte es

nicht die amerikanische Demonstration der Stärke in Vietnam gegeben, und ebenso darf bezweifelt werden, daß der Staatsstreich erfolgreich gewesen wäre, hätten die Putschisten nicht von hier aus verdeckte Hilfe erhalten.«²⁴

Neville Maxwell ein bekannter Wissenschaftler am Institut für Commonwealthforschung der Universität Oxford berichtete:

»Vor einigen Jahren untersuchte ich in Pakistan die diplomatischen Hintergründe des Konfliktes zwischen Indien und Pakistan im Jahre 1965. Im dortigen Außenministerium erhielt ich Zugang zu einem Brief an den seinerzeitigen Außenminister Bhutto von einem seiner Botschafter in Europa (ich glaube von J. A. Rahim in Paris), in dem dieser eine Unterhaltung mit einem niederländischen Geheimdienstbeamten bei der NATO wiedergab. Laut meinen Notizen aus diesem Brief hatte der Beamte gegenüber dem pakistanischen Diplomaten die Bemerkung fallen lassen, Indonesien ›ist soweit, wie ein fauler Apfel in den Schoß des Westens zu fallen‹. Westliche Geheimdienste, so der Beamte weiter, würden einen ›voreiligen kommunistischen Staatsstreich‹ organisieren, der ›zum Scheitern verurteilt sein wird, aber der Armee einen legitimen und willkommenen Vorwand liefern würde, die Kommunisten zu vernichten und Sukarno zu einem Gefangenen des Wohlwollens der Armee zu machen.‹ Der Bericht des Botschafters datierte vom Dezember 1964.«²⁵

Man darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen, daß Indonesien eine Kolonie der Niederländer gewesen war und diese immer noch besondere Beziehungen zu dem Land unterhielten.

»Die ›Neue Ordnung‹, die General Suharto dem indonesischen Volk für fast drei Jahrzehnte aufzwang, ist bemerkenswert. Die Regierung führte das Land wie die Gangster der 1930er Jahre in Chicago ein Schutzgeldunternehmen. Die Gefängnisse quellen vor politischen Gefangenen über. Folter ist an der Tagesordnung.²⁶ Todesschwadronen treiben ohne Behinderung ihr Unwesen und töten nicht nur ›Subversive‹, sondern auch ›verdächtige Kriminelle‹ zu Tausenden.«²⁷

»Ein Armeeeoffizier [in der Provinz Aceh] gibt einen einzigen Schuß in die Luft ab, und dann müssen alle jungen Männer zu einem zentralen Platz laufen, bevor der Soldat einen zweiten Schuß abgibt. Jeder, der zu spät kommt oder sein Haus nicht verläßt, wird auf der Stelle erschossen.«²⁸

Osttimor 1975: Und nochmals weitere 200.000 Tote

Im Jahre 1975 besetzte Indonesien die ehemalige portugiesische Kolonie Osttimor, das am östlichen Ende des indonesischen Inselreiches liegt und seine Unabhängigkeit von Portugal erklärte, nachdem dieses seine Herrschaft über die Kolonie beendet hatte. Es war der Beginn eines Massakers, das bis in die 1990er Jahre andauern sollte. Bis zum Jahre 1989, so schätzt Amnesty International, hatten indonesische Truppen, die das Ziel verfolgten, Osttimor mit Gewalt zu annektieren, 200.000 Menschen aus einer Gesamtbevölkerung von 600.000 bis 700.000 ermordet.²⁹ Die Grausamkeiten standen in ihrem Ausmaß in keiner Weise denen nach, die an der PKI in Indonesien verübt worden waren.

Die Invasion vom 07.12.1975 – von der die *New York Times* schrieb: »Nach jeder Definition, die man zugrundelegen kann, hat sich Indonesien der unverhüllten Aggression schuldig gemacht«³⁰ – begann nur wenige Tage, nachdem US-Präsident Gerald Ford und Außenminister Henry Kissinger nach einem Treffen mit Präsident Suharto Indonesien verlassen hatten. Der Kolumnist Jack Anderson berichtete später:

»Am 03.12.1975 traf in Washington ein Geheimdienstbericht ein, in dem es hieß: ›Hochrangige Regierungsmitglieder sind zu dem Schluß gekommen, daß es für Indonesien nur eine Möglichkeit zur Lösung der Osttimor-Frage gibt, nämlich eine unverblühte Offensive gegen die Fretilin [die führende osttimoresische Befreiungsbewegung].‹ Allerdings war es von zentraler Bedeutung, die Vereinigten Staaten zu neutralisieren. Denn die indonesische Armee stützte sich vor allem auf Waffen aus den USA, die nach unseren Gesetzen nicht für einen Angriff auf ein anderes Land eingesetzt werden durften. Es traf sich daher, daß Präsident Gerald Ford sich zu einem Staatsbesuch in Indonesien angesagt hatte. Ein Geheimdienstbericht warnte davor, Suharto würde das Thema Osttimor zur Sprache bringen und ›versuchen,

die USA zu einer verständnisvollen Haltung zu bewegen«. Suharto hatte damit Erfolg, und dies wurde auch von Ford bestätigt. Die Vereinigten Staaten hatten in Vietnam eine verheerende Schlappe erlitten, und Indonesien war zum wichtigsten amerikanischen Verbündeten in der Region avanciert. Aus ihrem nationalen Interesse heraus mußten die USA, so schloß Ford, »auf Seiten Indonesiens stehen«. Ford gab am 06.12.1975 sein stillschweigendes Einverständnis [...] Fünf Tage nach der Invasion verurteilten die Vereinten Nationen die Invasion als einen Akt internationaler Aggression. Die Vereinigten Staaten enthielten sich der Stimme. So dann versuchte der US-Delegierte hinter den Kulissen, Beschlüsse der UNO zu verhindern, die darauf abzielten, Indonesien zur Aufgabe seiner Eroberung zu zwingen.«³¹

Die ganzen 1970er- und 1980er Jahre hindurch unterstützten Beamte des US-Außenministeriums (anders als die Vereinten Nationen und die Europäischen Gemeinschaften) in Erklärungen an die Presse und in Aussagen vor dem Kongreß Indonesiens Anspruch auf Osttimor und spielten den Massenmord in unglaublichem Maße herunter. In der Zwischenzeit wurden dem indonesischen Militär wie gehabt die allgegenwärtigen amerikanischen Militärberater, die Ausbildung, die Waffen, die Kampfhubschrauber und alle für eine wirksame und moderne Bekämpfung von kriegerischen Aufständen unverzichtbaren Mittel in großen Mengen zur Verfügung gestellt. Das war aber noch nicht alles, denn die Fretilin berichtete, bei einigen Gelegenheiten hätten amerikanische Militärberater die Kämpfe geleitet und teilweise sogar selbst daran teilgenommen.³²

Anmerkungen zu Kapitel 31

- 1 Time, 17.12.1965.
- 2 *New York Times Magazine*, 08.05.1966, S. 89.
- 3 Diese Anzahl wird im allgemeinen als richtig angesehen. Vgl. z.B. verschiedene Berichte von Amnesty International über Indonesien aus den 1970er-Jahren.
- 4 **Rex Mortimer**, *INDONESIAN COMMUNISM UNDER SUKARNO: IDEOLOGY AND POLITICS, 1959-1965* (Cornell University Press, Ithaca and London, 1974), S. 413-417; *INDONESIA – 1965: THE COUP THAT BACKFIRED* (CIA Research Study, Washington, Dezember 1968), S. 21. Im Folgenden »CIA Study«.
- 5 **Mark Seiden** (Hrsg.), *REMAKING ASIA: ESSAYS ON THE AMERICAN USES OF POWER* (New York, 1974), S. 47- 48.
- 6 **Noam Chomsky** und **Edward Herman**, *THE WASHINGTON CONNECTION AND THIRD WORLD FASCISM* (Boston, 1979), S. 207.
- 7 *New York Times*, 12.03.1966, S. 6.
- 8 *Life*, 11.07.1966.
- 9 Zur Liste des CIA vgl. **Kathy Kadane**, *San Francisco Examiner*, 20.05.1990. Vgl. auch *Covert Action Information Bulletin*, H. 35, Herbst 1990, S. 59, zu Auszügen aus den Interviews, die Kadane mit den amerikanischen Diplomaten führte.
- 10 **Nugroho Notosusanto** und **Ismail Saleh**, *THE COUP ATTEMPT OF THE »SEPTEMBER 30 MOVEMENT« IN INDONESIA* (Jakarta, 1968), zitiert bei **Mortimer**, S. 419, der dazu anmerkt, »beide Autoren waren eng mit der indonesischen Armee liiert«.
- 11 CIA STUDY, S. 199.
- 12 **Notosusanto** und **Saleh**, S. 9, zitiert bei **Mortimer**, S. 419.
- 13 CIA STUDY, aus dem Vorwort.
- 14 Ebd., S. 3-4; **Mortimer**, S. 414.
- 15 Zur Darstellung der Rolle Sjams: a) CIA STUDY, S. 23, 28, 100, 112, 117 und passim; b) **Mortimer**, S. 418-440, passim; c) **W. F. Wertheim**, »Suharto and the Untung Coup – The Missing Link«, *Journal of Contemporary Asia*, Winter 1970, S. 53-54; d) **Selden**, S. 48; e) **Julie Southwood** und **Patrick Flanagan**, *INDONESIA: LAW, PROPAGANDA AND TERROR* (London, 1983), S. 9.

- 16 Aktennotiz der CIA vom 18.06.1962, Declassified Documents Reference System, Band 1975, Dokument 240A.
- 17 **Arthur Schlesinger**, A THOUSAND DAYS: JOHN F. KENNEDY IN THE WHITE HOUSE (Houghton Mifflin, Boston, 1965), S. 533.
- 18 **Roger Hilsman**, TO MOVE A NATION (New York, 1967), S. 377.
- 19 MILITARY ASSISTANCE TRAINING IN EAST AND SOUTHEAST ASIA, a Staff Report for the Subcommittee on National Security Policy and Scientific Developments of the House Committee on *Foreign Affairs*, 16.02.1971, S. 18.
- 20 Ebd., 02.04.1971, S. 13.
- 21 *New York Times*, 27.04.1966, S. 28.
- 22 HEARINGS ON FOREIGN ASSISTANCE, 1966, before the Senate Committee on Foreign Relations, 11.05.1966, S. 693.
- 23 Zitate von Green zu diesem Thema finden sich in zahlreichen Büchern und Zeitschriften, wobei es gewisse Abweichungen im Wortlaut gibt, da Green in Australien in mehreren Reden zu diesem Punkt Stellung nahm. Einige Quellen zitieren bloß »Was wir taten, mußten wir tun«, in anderen ist das Zitat vollständiger. Hier habe ich Zitate aus folgenden Büchern zu einem zusammengefasst: a) **Denis Freney**, THE CLA'S AUSTRALIAN CONNECTION (Australia, 1977), S. 17, zitiert eine Rede, die Green 1973 vor dem Australian Institute for International Affairs hielt; b) **Peter Britton**, »Indonesia's Neo-colonial Armed Forces«, *Bulletin of Concerned Asian Scholars*, Juli-September 1975.
- 24 *New York Times*, 19.06.1966, S. 12E.
- 25 *Journal of Contemporary Asia*, Bd. 9, H. 2, 1979, S. 252.
- 26 **Chomsky** und **Herman**, S. 208-217.
- 27 *The Guardian* (London), 12.12.1983.
- 28 *Los Angeles Times*, 15.06.1991, S. 10.
- 29 Ebd., 13.10.1989, S. A6.
- 30 *New York Times*, 13.12.1975, S. 26, Leitartikel.
- 31 *San Francisco Chronicle*, 09.11.1979, S. 61.
- 32 Eine umfassendere Darstellung dieser Angelegenheiten findet sich bei **Chomsky** und **Herman**, S. 129-204; **Denis Freney**, »US-Australian Role in East Timor Genocide«, *CounterSpy* (Washington), Bd. 4, H. 2, Frühjahr 1980, S. 10-21.

32 Ghana 1966

Kwame Nkrumah tanzt aus der Reihe

Im Oktober des Jahres 1965 veröffentlichte Kwame Nkrumah, der Präsident von Ghana, sein später sehr berühmtes Buch *NEO-COLONIALISM – THE LAST STAGE OF IMPERIALISM* [Der Neokolonialismus – Das letzte Stadium des Imperialismus], das er den »lebenden und toten Freiheitskämpfern Afrikas« widmete. Im diesem Buch beschuldigte Nkrumah die CIA, sie stünde hinter zahlreichen Rückschlägen in der Dritten Welt und Osteuropa. Später schrieb er:

»Die amerikanische Regierung sandte mir eine Protestnote und verweigerte Ghana umgehend 35 Millionen Dollar an ›Hilfe‹«¹

Vier Monate später wurde er durch einen von der CIA unterstützten Militärputsch gestürzt.

Um keinen falschen Eindruck zu erwecken: Die Putschisten – Mitglieder der ghanaischen Streitkräfte und Polizei – hatten natürlich auch ihre eigenen Absichten. Sie befürchteten, ein argwöhnischer Nkrumah, der sich gerade eine Privatarmee schuf, werde sie ihrer Macht berauben, zudem waren sie stark an einer Förderung ihrer Laufbahn und ihres Status interessiert. Innerhalb von Tagen, ja teilweise sogar Stunden nach dem Putsch im Februar 1966 waren aus Majoren Oberste und aus Obersten Generäle geworden. Die ganze Episode erinnerte irgendwie an die Keystone Kops.

Kwame Nkrumah hatte sich als Student in den Vereinigten Staaten während der Großen Depression in Harlem herumgetrieben, in der U-Bahn geschlafen und sich bei den Suppenküchen von Father Divine angestellt. Später jubelte man ihm als »hellstem Stern Afrikas« zu. Er war der Anführer sowohl der Forderung nach einer antiimperialistischen, panafrikanischen Organisation als auch einer internationalen Bewegung derjenigen Länder, die sich im Kalten Krieg keinem der Blöcke anschlossen. Auf jeden Fall glaubte Nkrumah an eine eigentümliche Form von Einmannherrschaft und dachte, der Sozialismus ließe sich von oben per Erlass einführen. Und obwohl er sich entschieden gegen den Neokolonialismus aussprach, konnte er letzten Endes nicht verhindern, daß Ghana unter die Macht der multinationalen Konzerne geriet. Als er versuchte, die Abhängigkeit seines Landes vom Westen durch eine Stärkung der militärischen und wirtschaftlichen Bindungen an die Sowjetunion, China und die DDR zu verringern, hatte er selbst sein Schicksal besiegelt.

Die Vereinigten Staaten wollten, daß er verschwand. Großbritannien, die ehemalige Kolonialmacht in Ghana, als das Land noch Goldküste hieß, wollte, daß er verschwand. Und Frankreich und die BRD wollten, daß er verschwand. Diejenigen Ghanaer, die den Putsch ausführten, konnten ganz sicher sein, daß ein Schritt gegen Nkrumah von den Westmächten unterstützt werden würde.

Zur Zeit des Staatsstreichs behauptete die sowjetische Presse, die CIA sei an der Sache beteiligt, und im Jahre 1972 berichtete der *Daily Telegraph*, die konservative Londoner Zeitung:

»Im Jahre 1965 hatte die CIA-Außenstelle in Accra [der Hauptstadt Ghanas] rund zwei Dutzend aktive Mitarbeiter, die unter Präsident Nkrumahs heimlichen Feinden freigiebig Geld verteilten.«

Im Februar 1966 dann, so der Bericht weiter, hatte die CIA ihre Pläne zum Sturz von Nkrumahs Regime fertig:

»Die geduldige und emsige Arbeit der CIA-Außenstelle in Accra wurde reich belohnt.«²

In den Vereinigten Staaten wurde die Geschichte jedoch erst Jahre danach bekannt. Der frühere CIA-Beamte John Stockwell, der den größten Teil seiner Laufbahn in Afrika verbracht hatte, veröffentlichte ein Buch, in dem er die Komplizenschaft des Geheimdienstes aufdeckte. Kurz danach bestätigte die *New York Times* unter Berufung auf »Geheimdienstquellen aus erster Hand«, das die CIA die abtrünnigen ghanaischen Armeeoffiziere beraten und unterstützt hatte.

Stockwell enthüllte, daß die CIA-Außenstelle in Accra »eine großzügiges Budget erhalten hatte und in engem Kontakt mit den Verschwörern stand, als der Putsch ausgebrütet wurde. Die Verwicklung der Außenstelle war so stark, daß sie die Sicherstellung von einigen geheimen sowjetischen Militärgütern durch die Vereinigten Staaten koordinieren konnte, als der Staatsstreich stattfand.«³

Die CIA-Außenstelle hatte darüber hinaus dem Hauptquartier in Washington vorgeschlagen, eine kleine Truppe von paramilitärischen Experten, Mitglieder der Abteilung für besondere Operationen des Geheimdienstes, sollte im Augenblick des Staatsstreichs mit geschwärtzten Gesichtern bereitstehen, die chinesische Botschaft stürmen, jedermann dort töten, die geheimen Unterlagen stehlen und dann das Gebäude in die Luft jagen, um zu vertuschen, was geschehen war.⁴ Stockwell schrieb dazu:

»Dieser Vorschlag wurde abgelehnt, aber im CIA-Hauptquartier zollte man nach dem Putsch, bei dem acht sowjetische Berater getötet wurden, der Außenstelle in Accra volle, wenn auch bloß inoffizielle Anerkennung.«⁵

Die Sowjetunion verneinte kategorisch, daß einer ihrer Berater getötet wurde.

Andere Geheimdienstquellen, die sich zur Zeit des Putschs in Ghana aufhielten, stimmten Stockwells Ansicht zu, daß die CIA die volle Verantwortung für den Sturz Nkrumahs trage. Sie aber hielten die Rolle des Geheimdienstes für entscheidend, und zumindest einige Beamte in Washington waren offensichtlich derselben Ansicht, denn der Leiter der CIA-Außenstelle in Accra, Howard T. Bane, wurde umgehend befördert.⁶ Eine der Quellen der *New York Times* sagte:

»Als er Erfolg hatte, wußte jedermann in der Afrikaabteilung Bescheid. Hätte er hingegen versagt, wäre er versetzt und die Beteiligung der CIA wäre unter den Tisch gekehrt worden.«

Allerdings war Bane aufgebracht, weil die hohen Tiere der CIA ihm nicht erlaubt hatten, die chinesische Botschaft – zu jener Zeit die einzige in Afrika – zu überfallen. »Sie hatten nicht dem Mumm dazu«, erzählte er später einem Kollegen.⁷

Nach dem Putsch bezahlte die CIA dem neuen ghanaischen Regime »mindestens 100.000 Dollar« für das beschlagnahmte sowjetische Material, wozu auch ein Feuerzeug gehörte, das zugleich als Kamera benutzt werden konnte.⁸

Die ghanaischen Führer wiesen schon bald eine große Anzahl von Russen, Chinesen und Ostdeutschen aus. Praktisch die gesamte staatliche Industrie wurde zu Privatbesitz. Innerhalb kürzester Zeit öffneten sich die Hilfskanäle, die zuvor verstopft worden waren, weit, und Kredite, Lebensmittel und Entwicklungsprojekte aus den Vereinigten Staaten, den europäischen Mächten und dem Internationalen Währungsfonds ergossen sich über das Land. Washington beispielsweise sicherte drei Wochen nach dem Putsch als Antwort auf eine Bitte Ghanas beträchtliche Lebensmittellieferungen zu. Eine Bitte Nkrumahs um Lebensmittel war vier Monate zuvor dagegen abgelehnt worden.⁹ Einen Monat nach seiner Beseitigung war der Weltpreis von Kakao – dem wirtschaftlichen Lebensnerv Ghanas – um 14 Prozent gestiegen.¹⁰

Das Zögern der CIA, die Aktion in der chinesischen Botschaft zu genehmigen, rührte vielleicht daher, daß der Nationale Sicherheitsrat die Genehmigung für eine Beteiligung an dem Staatsstreich ausdrücklich abgelehnt hatte. Es war, wie wir schon gesehen haben, nicht das erste Mal, daß die CIA die amerikanische Außenpolitik in die eigenen Hände nahm. Solche Anlässe verlangen, daß man so wenig wie möglich schriftlich festhält oder daß die Berichte nicht in den offiziellen Akten der CIA auftauchen, wodurch sie gegen die Freigabe von Akten unter dem Freedom of Information-Gesetz oder Un-

tersuchungen des Kongresses geschützt sind. Technisch gesehen, gibt es die Berichte nicht und sie können ganz legal zu jeder Zeit vernichtet werden. Das war auch im Fall des ghanaischen Putsches der Fall und könnte erklären, warum nicht mehr Einzelheiten über die Rolle der CIA bekanntgeworden sind.

Die Ereignisse in der Sicht der amerikanischen Rechten

Nach John Barron, dem ständigen KGB-Experten des *Reader's Digest*, wurde Nkrumah nur von einheimischen Aufständischen gestürzt, und bei den einzigen Ausländern, die im Spiel waren, handelte es sich um elf KGB-Offiziere, die man in Nkrumahs Hauptquartier fand und kurzerhand hinrichtete. Die Sowjetunion ließ kein Wort darüber verlauten, schrieb Barron, denn sie wollte nicht »daß die Welt erführe, daß KGB-Offiziere im ghanaischen Präsidentenpalast saßen und das Land regierten.« Barron bringt keinerlei Beweise bei, um seine Behauptung, der KGB habe das Land regiert, zu stützen, und ebensowenig erklärt er, warum die neue Regierung diese höchst interessante »Tatsache« nicht publik machte.

Außerdem schreibt er noch über »die Massen von Geheimakten der Nkrumah-Regierung«, die entdeckt und dann geprüft und analysiert wurden. Die Akten enthüllten, schrieb er, daß »der KGB Ghana in einen großen Unterwanderungsstützpunkt verwandelt hatte, von dem aus die Sowjetunion den ganzen afrikanischen Kontinent unterwerfen wollte.« Aus Gründen, die vielleicht Barron allein weiß, gelingt es ihm nicht, dem Leser auch nur ein einziges Zitat aus der Masse von Geheimdokumenten vorzulegen, um seine Behauptungen zu stützen.¹¹

Anmerkungen zu Kapitel 32

- 1 **Kwame Nkrumah**, DARK DAYS IN GHANA (London, 1968), S. 96.
- 2 **E. H. Cookridge**, »The Africa Dossier«, *The Daily Telegraph Magazine* (London), 21.01.1972, Teil 2 einer dreiteiligen Artikelfolge über die CIA.
- 3 **John Stockwell**, IN SEARCH OF ENEMIES: A CIA STORY (William Norton, New York, 1978), S. 201, Fußnote.
- 4 Ebd.; *New York Times*, 09.05.1978, ein Artikel von Seymour Hersh.
- 5 **Stockwell**, S. 201, Fußnote. Nach einem anderen Bericht – **Seymour Freidin** und **George Bailey**, THE EXPERTS (Macmillan, New York, 1968), S. 210 – wurden 25 Russen, die Nkrumahs Palastgarde bildeten, erschossen, als sie versuchten, sich zu ergeben.
- 6 *New York Times*, a.a.O.
- 7 Ebd.
- 8 Ebd.
- 9 *Washington Post*, 17.03.1966.
- 10 **Nkrumah**, S. 97-102, zur staatlichen Industrie und zum Kakaopreis.
- 11 **John Barron**, KGB: THE SECRET WORK OF SOVIET SECRET AGENTS (Bantam Books, New York, 1981 Taschenbuchausgabe bei Reader's Digest Press, 1974), S. 342.

33 Uruguay 1964 bis 1970

Folter – so amerikanisch wie Apfeltorte

»Der präzise Schmerz, an der präzisen Stelle, in der präzisen Menge, für den gewünschten Effekt.«¹

Die Worte eines Ausbilders in der Kunst der Folter. Die Worte von Dan Mitrione, dem Kopf der Office of Public Safety (OPS)-Mission in Montevideo. Offiziell war das OPS eine Abteilung der Agency for International Development (Agentur für Internationale Entwicklung), aber der Direktor der OPS in Washington, Byron Engle, war ein alter CIA-Mann. Seine Organisation unterhielt eine enge Arbeitsbeziehung zur CIA, und die Funktionäre der Agentur operierten oft im Ausland unter dem Deckmantel der OPS-Mission, obwohl Mitrione keiner von ihnen war.²

Die OPS-Mission hatte formell seit 1965 in Uruguay operiert und die Polizei mit der Ausrüstung, den Waffen und der notwendigen Schulung ausgestattet. Vier Jahre später, als Mitrione ankam, hatten die Uruguayer ein besonderes Bedürfnis nach den Diensten der OPS-Mission. Das Land befand sich mitten in einem lang anhaltenden wirtschaftlichen Niedergang, wobei sein einstmals verkündeter Wohlstand und seine Demokratie schnell auf die Ebene seiner südamerikanischen Nachbarn herabsank. Arbeiterstreiks, Studentendemonstrationen und militante Straßengewalt waren im vergangenen Jahr normale Ereignisse geworden. Höchst ärgerlich für die uruguayischen Behörden gab es da jene Revolutionäre, die sich selbst Tupamaros nannten. Als die vielleicht klügsten, finstigsten und hochentwickeltesten Stadtguerillas, die die Welt je gesehen hat, hatten sie ein sicheres Gespür dafür, mit gräßlichen Aktionen die Fantasie der Öffentlichkeit zu bewegen und mit ihrer Robin-Hood-Philosophie Sympathisanten zu gewinnen. Ihre Mitglieder und geheimen Anhänger besaßen Schlüsselpositionen in der Regierung, in Banken, Universitäten und Berufsverbänden sowie in Militär und Polizei. Im Jahre 1970 schrieb die *New York Times*:

»Anders als andere lateinamerikanische Guerilla-Gruppen vermeiden die Tupamaros normalerweise Blutvergießen, wenn möglich. Sie versuchen stattdessen, die Regierung in Verlegenheit zu bringen und allgemeine Unordnung zu stiften.«³

Eine bevorzugte Taktik bestand darin, die Aktenschränke einer privaten Gesellschaft zu plündern, um Korruption und Betrug an höchster Stelle offenzulegen, oder eine prominente Persönlichkeit zu entführen und sie vor ein »Volksgericht« zu stellen. Es war etwas eigenwillig, einen öffentlichen Schurken, dessen Taten ohne Einspruch seitens der Gesetzgebung, der Gerichte und der Presse durchgingen, auszuwählen, ihn einem informierten und kompromißlosen Verhör zu unterwerfen und die Ergebnisse des höchst interessanten Gesprächs dann zu veröffentlichen. Einmal plünderten sie einen exklusiven, hochklassigen Nachtclub und kritzelten ihren vielleicht denkwürdigsten Slogan an die Wände: »O Bailan Todos O No Baila Nadie ... Entweder jeder tanzt oder keiner tanzt.«

Dan Mitrione führte die Praxis des Folterns politischer Gefangener in Uruguay nicht ein. Sie wurde seit mindestens den frühen 60er Jahren von Zeit zu Zeit von der Polizei praktiziert. Jedoch erklärte der frühere uruguayische Chef der Geheimpolizei, Alejandro Otero, in einem überraschenden Interview, welches er 1970 einer führenden brasilianischen Zeitung gab, daß die amerikanischen Berater, und insbesondere Mitrione, »die Folter eher als Routinemaßnahme eingeführt hatten. Um Schmerzen zu verursachen, hatten sie wissenschaftliche Untersuchungen durchgeführt und dazu eine Psychologie entworfen, um Verzweiflung hervorzurufen, wie z.B. im Nebenraum ein Tonband laufen zu lassen, auf dem Frauen und Kinder schrien und dem Gefangenen mitzuteilen, daß es seine Familie sei, die gefoltert würde.«⁴ Otero weiter:

»Die gewalttätigen Methoden, die von nun an verwendet wurden, bewirkten eine Steigerung der Aktivitäten der Tupamaros. Bis dahin wollten sie Gewalt nur als letztes Mittel anwenden.«⁵

Das Zeitungsinterview machte die amerikanischen Regierungsbeamten in Südamerika und Washington fassungslos. Byron Engle versuchte später, es zu verharmlosen, indem er behauptete:

»Die drei brasilianischen Reporter in Montevideo sagten aus, die Geschichte zu den Akten gelegt zu haben. Wir fanden später heraus, daß es von jemandem in der Setzerei beim *Jornal do Brasil* in die Zeitung hineingeschmuggelt wurde.«⁶

Otero war ein williger Agent der CIA, ein Schüler an seiner Internationalen Polizeidienstschule in Washington und viele Jahre lang ein Empfänger seines Geldes, aber er war kein Folterknecht. Was ihn schließlich dazu brachte, offen zu sprechen, war die Folterung einer Sympathisantin der Tupamaros, gleichzeitig aber auch eine seiner Freundinnen. Als sie ihm sagte, daß Mitrione ihrer Folterung beiwohnte und zusah, beschwerte Otero sich bei ihm über diesen speziellen Vorfall, sowie über seine allgemeinen Methoden, Informationen herauszupressen. Das einzige Ergebnis dieser Begegnung war Otero's Degradierung.⁷

William Cantrell war ein »Operationsoffizier« der CIA, der in Montevideo stationiert war, vorgeblich als Mitglied der OPS-Mission. Mitte der 60er Jahre war er behilflich, eine Abteilung für Information und Nachrichten (**D**e**p**artment of **I**nformation and **I**ntelligence, DII) einzurichten und sie mit Kapital und Ausrüstung zu versehen.⁸ Einiges von der Ausrüstung, neu eingeführt von der Technical Service Division (Abteilung für technische Dienste) der CIA, diente der Folter, denn dieses war eine der Aufgaben, die von der DII durchgeführt wurden.⁹

Der ehemalige *New York Times*-Korrespondent A. J. Langguth erfuhr:

»Einer der Ausrüstungsgegenstände, die für nützlich befunden wurden, war ein Draht, der so dünn war, daß er im Mund zwischen die Zähne gesteckt werden konnte, und indem man ihn gegen das Zahnfleisch drückte, erhöhte sich die elektrische Ladung. Und es war das Diplomatengepäck, über das Mitrione einiges von der Ausrüstung bekam, die er für Verhöre brauchte, einschließlich dieser feinen Drähte.«¹⁰

Die Dinge wurden zu Mitrione's Zeit so schlimm, daß der Senat von Uruguay angerufen wurde, eine Untersuchung durchzuführen. Nach einer fünfmonatigen Studie kam die Kommission einstimmig zu dem Ergebnis, daß Folter in Uruguay eine »normale, häufige und gängige Methode« geworden war, mit der Tupamaros und andere behandelt wurden. Unter den Arten von Folter, auf die der Kommissionsbericht Bezug nahm, gehörten Elektroschocks auf die Genitalien, elektrische Nadeln unter den Fingernägeln, Verbrennen mit Zigaretten, das langsame Zusammendrücken der Hoden, tägliche Verwendung von psychologischer Folter, »schwängere Frauen wurden verschiedenen Brutalitäten und unmenschlicher Behandlung unterzogen, gewisse Frauen wurden mit ihren ganz kleinen Kindern ins Gefängnis gesteckt und der gleichen Behandlung unterworfen.«¹¹

Am Ende begann die DII, als Deckmantel für die *Escuadrón de la Muerte* (Todeschwadron) zu fungieren, die sich, wie auch sonst in Lateinamerika, vor allem aus Polizeibeamten zusammensetzte, die die Häuser von mutmaßlichen Tupamaro-Sympathisanten bombardierten und beschossen und in Morde und Entführungen verwickelt waren. Die Todesschwadron bekam einiges von ihrem speziellen explosiven Material von der Technical Services Division, und allem Anschein nach wurden einige der Fertigkeiten, die von ihren Mitgliedern verwendet wurden, bei der Ausbildung in den Vereinigten Staaten erworben.¹² Zwischen 1969 und 1973 gingen mindestens 16 uruguayische Polizeibeamte durch einen achtwöchigen Kurs in den CIA/OPS-Schulen in Washington und Los Fresnos, Texas, über das Entwerfen, Konstruieren und Verwenden von Bomben und Zündvorrichtungen.¹³ Die offizielle Erklärung der OPS-Mission für diese Kurse lautete, daß Polizisten ein solches Training benötigten, um mit von Terroristen gelegten Bomben umzugehen. Es gab jedoch keine Unterweisung im Zerstören von Bomben, sondern nur darin, wie man sie macht; überdies, bei mindestens einer Gelegenheit, über

die berichtet wurde, waren die Schüler keine Polizisten, sondern Mitglieder einer privaten rechtsgerichteten Organisation aus Chile (siehe das anschließende Kapitel 34 über Chile). Ein anderer Teil des Lehrplanes, der sich auch als von Nutzen für die Todeschwadron erwiesen haben dürfte, war der Unterricht über Mordwaffen – »ein Gespräch über verschiedene Waffen, die vom Mörder verwendet werden könnten« so sagte es die OPS-Mission.¹⁴

Ausrüstung und Training dieser Art kamen zu dem hinzu, was normalerweise von der OPS-Mission geliefert wurde: Schutzhelme, transparente Schilde, Tränengas, Gasmasken, Kommunikationsgeräte, Fahrzeuge, Schlagstöcke und andere Utensilien, um Menschenmengen auseinanderzutreiben. Die Lieferung dieser branchenüblichen Werkzeuge nahm 1968 zu, als das öffentliche Durcheinander den Siedepunkt erreichte und 1970 war etwa 1000 uruguayischen Polizisten amerikanisches Training in Aufstands-Kontroll-Techniken erteilt worden.¹⁵

Dan Mitrione hatte im Keller seines Hauses in Montevideo einen schalldichten Raum eingerichtet. In diesem Raum versammelte er ausgewählte uruguayische Polizeibeamte zum Beobachten einer Demonstration von Foltertechniken. Ein weiterer Beobachter war Manuel Hevia Cosculluela, ein Kubaner, der bei der CIA diente und mit Mitrione zusammenarbeitete. Hevia schrieb später, daß der Kurs mit einer Beschreibung der menschlichen Anatomie und des Nervensystems begann ...

Bald wurde es unschön. Als Subjekte für das erste Testen nahmen sie Bettler, in Uruguay bekannt als Bichicomés, aus den Außenbezirken von Montevideo, sowie eine Frau, anscheinend aus der Grenzregion mit Brasilien. Es gab kein Verhör, nur eine Demonstration der Wirkung unterschiedlicher elektrischer Spannungen auf die verschiedenen Teile des menschlichen Körpers, sowie das Demonstrieren der Verwendung einer Droge, die zu Erbrechen führte – ich weiß nicht weshalb und wofür – und einer anderen chemischen Substanz. Alle vier starben.¹⁶

In seinem Buch schreibt Hevia nicht speziell, wie groß Mitriones Anteil an all dem war, aber er sagte später öffentlich, daß der Chef der OPS-Mission »persönlich vier Bettler mit Elektroschocks zu Tode folterte.«¹⁷

Bei einer anderen Gelegenheit saß Hevia mit Mitrione im Haus des letzteren, und bei ein paar Gläsern erklärte der Amerikaner dem Kubaner seine Verhörphilosophie. Mitrione betrachtete es als eine Kunst. Zuerst sollte da eine Zermürbungsphase sein, mit den üblichen Schlägen und Beleidigungen. Der Sinn ist es, den Gefangenen zu demütigen, ihm seine Hilflosigkeit begreiflich zu machen, ihn von der Realität abzuschneiden. Keine Fragen, nur Schläge und Beleidigungen. Dann nur Schläge in Stille.

Erst danach, sagte Mitrione, kommt das Verhör. Hier sollte kein anderer Schmerz als der, der durch das Instrument, das gerade verwendet wird, produziert werden. Sein Motto:

»Der präzise Schmerz, an der präzisen Stelle, in der präzisen Menge, für den gewünschten Effekt.«

»Während der Sitzung hast Du das Subjekt davon abzuhalten, jegliche Lebenshoffnung zu verlieren, weil das zu hartnäckigem Widerstand führen kann. Du mußt ihm immer ein wenig Hoffnung lassen ... ein fernes Licht.«

»Wenn Du bekommst, was Du willst – und ich bekomme es immer, dann kann es gut sein, die Sitzung ein wenig zu verlängern, um eine weitere Zermürbungstaktik anzuwenden. Nicht, um jetzt Informationen herauszuziehen, sondern nur als eine politische Maßnahme, um eine gesunde Angst davor zu erzeugen, sich auf subversive Aktivitäten einzulassen.«

Der Amerikaner strich heraus, daß man nach der Gefangennahme als erstes den körperlichen Zustand und die Widerstandsfähigkeit der betroffenen Person mittels einer medizinischen Untersuchung zu bestimmen habe:

»Ein verfrühter Tod bedeutet ein Versagen des Technikers ... Es ist wichtig, im voraus zu wissen, ob wir uns den Luxus des Todes des Subjekts erlauben können.«¹⁸

Nicht lange nach diesem Gespräch verschwand Manuel Hevia aus Montevideo und tauchte in Havanna auf. Er war die ganze Zeit ein kubanischer Agent – ein Doppelagent – gewesen.

Etwa ein halbes Jahr später, am 31.07.1970, um exakt zu sein, wurde Dan Mitrione von den Tupamaros entführt. Sie folterten ihn nicht. Sie verlangten die Freilassung von etwa 150 Gefangenen im Austausch für ihn. Mit dem entschiedenen Rückhalt der Nixonadministration lehnte die uruguayische Regierung ab. Am 10.08.1970 wurde Mitriones Leichnam auf dem Rücksitz eines gestohlenen Wagens gefunden. Er wurde an seinem 50. Tag als Gefangener 50 Jahre alt.

Zurück in Mitriones Heimatstadt Richmond, Indiana, wohnten der Außenminister William Rogers und Präsident Nixon's Schwiegersohn David Eisenhower der Beerdigung Mitriones, des ehemaligen Polizeichefs der Stadt, bei. Frank Sinatra und Jerry Lewis kamen in die Stadt, um eine Benefiz-Schow für Mitriones Familie auf die Bühne zu bringen.

Und der Sprecher des Weißen Hauses, Ron Ziegler, sagte feierlich, daß »Herrn Mitriones hingebungsvoller Dienst an die Sache des friedlichen Fortschritts in einer ordentlichen Welt ein Beispiel für freie Männer überall bleiben wird.«¹⁹

»Ein perfekter Mann«, sagte seine Witwe.

»Ein großer Menschenfreund«, sagte seine Tochter Linda.²⁰

Das Eintreten des Militärs in den eskalierenden Konflikt markierte den Anfang vom Ende der Tupamaros. Ende 1972 fiel der Vorhang für ihr Guerilla-Theater. Sechs Monate später war das Militär im Amt, der Kongreß wurde aufgelöst und alles, was nicht verboten war, war zwingend. In den nächsten 11 Jahren wetteiferte Uruguay heftig um die Ehre, Südamerikas repressivste Diktatur zu sein. Es hatte weltweit die größte Anzahl an politischen Gefangenen pro Kopf. Und, wie jede Menschenrechtsorganisation und jeder ehemalige Gefangene bezeugen konnte, wurde ein jeder von ihnen gefoltert. »Folter«, sagte ein engagierter Priester, »war Routine und automatisch.«²¹

Niemand tanzte in Uruguay.

1981, bei der 14. amerikanischen Militärkonferenz, legte die uruguayische Armee ein Papier vor, in dem sie Umsturz definierte als »eine Handlung, gewalttätig oder nicht, mit politischen Zielen auf allen Ebenen menschlicher Aktivitäten innerhalb der Binnenstruktur eines Staates.«²²

Der systemkritische uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano faßte die Ära der Diktatur seines Landes so zusammen:

»Die Menschen waren im Gefängnis, so daß die Preise frei sein konnten.«²³

Der Film »State of Siege« kam 1972 heraus. Er stellte Mitrione und die Tupamaros in den Mittelpunkt und beschreibt einen uruguayischen Polizeibeamten, der eine Schulung in einer geheimen Bombenschule in den Vereinigten Staaten erhält. Eine angesetzte erste Vorführung des Films bei dem mit Bundesgeldem finanzierten John F. Kennedy Arts Center in Washington wurde abgesagt. Es gab eine wachsende Kritik seitens der Öffentlichkeit und des Kongresses an dieser dunklen Seite der amerikanischen Außenpolitik. Mitte der 70er Jahre verfügte der Kongreß einige Gesetze, die das gesamte Public Safety Programm (Programm für öffentliche Sicherheit) abschaffte. Zu seiner Zeit hatte das OPS-Training mehr als eine Million Polizisten in der Dritten Welt geschult. Zehntausend von ihnen erhielten ein fortgeschrittenes Training in den Vereinigten Staaten. Ausrüstungsgegenstände in Höhe von schätzungsweise 150 Millionen Dollar wurden Polizeikräften im Ausland zur Verfügung gestellt.²⁴ Nun sollte der »Export von Unterdrückung« enden.

Das stand auf dem Papier. Die Realität scheint ein wenig anders zu sein.

Die Drug Enforcement Administration (DEA, Behörde für den Kampf gegen Drogen) fing weitgehend dort an, wo die OPS-Mission aufgehört hatte. Die Drogenagentur war

ideal für die Aufgabe geeignet, da ihre Agenten schon überall in Lateinamerika und sonst im Ausland für routinemäßige Verbindungen mit ausländischen Polizeikräften aufmarschiert waren. Die DEA gab 1975 zu, daß 53 »ehemalige« Angestellte der CIA nun zu ihrem Personal gehörten und daß es eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Agenturen gab. Im folgenden Jahr berichtete das General Accounting Office (auf Anfrage des Kongresses zuständig für die Überprüfung von Regierungs-Operationen), daß die DEA-Agenten in viele derselben Aktivitäten verwickelt waren, wie sie die OPS-Mission ausgeübt hatte.

Hinzu kam, daß ein Teil der Schulungen für ausländische Polizisten den FBI-Schulen in Washington und Quantico, Virginia, übertragen wurde. Das Verteidigungsministerium lieferte weiterhin polizeimäßige Ausrüstung an Militäreinheiten, die zu internen Sicherheitsoperationen eingesetzt wurden; und amerikanische Waffenhersteller machten Riesengeschäfte, indem sie Regierungen in der Dritten Welt Waffen und Training lieferten. In einigen Ländern wurde der Kontakt zwischen diesen Gesellschaften und ausländischen Gesetzesvollzugsbeamten durch die US-Botschaft oder die Militärmission gefordert. Der größte unter den Waffenherstellern, Smith and Wesson, betrieb seine eigene Akademie in Springfield, Massachusetts, die amerikanische und ausländische »öffentliche- und Betriebs-Sicherheitskräfte mit Expertentraining in Aufstandskontrolle« belieferten.²⁵

Sagte doch der argentinische Minister Jose Lopez Rega bei der Unterzeichnung eines US-argentinischen Antidrogenabkommens 1974:

»Wir hoffen, den Drogenhandel in Argentinien ausradieren zu können. Wir haben Guerillas nach Angriffen gefangengenommen, die hochgradig unter Drogen standen. Die Guerillas sind die Hauptdrogenkonsumenten in Argentinien. Daher wird diese Anti-Drogen-Kampagne automatisch auch eine Anti-Guerilla-Kampagne sein.«²⁶

Und 1981 erklärte ein ehemaliger uruguayischer Nachrichtendienstoffizier, daß US-Handbücher dazu benutzt wurden, dem Militär seines Landes Foltertechniken zu vermitteln. Er sagte, daß die meisten Offiziere, die ihn schulten, Kurse, die die Vereinigten Staaten in Panama veranstaltet hatten, besuchten. Unter anderen Kleinigkeiten listeten die Handbücher 35 Nervenpunkte auf, wo Elektroden angesetzt werden können.²⁷

Nachdem er Ecuador verlassen hatte, war Philip Agee von März 1964 bis August 1966 in Uruguay stationiert. Sein Anteil an den CIA-Aktivitäten in Montevideo ist eine weitere Bestätigung für die Menge an internationalem Schaden, die man für Geld haben kann. Unter den mannigfaltigen schmutzigen Tricks, die ungestraft von Agee und seinen Agenturkohorten abgezogen wurden, stellt das folgende ein interessantes Muster dar:²⁸

Einer politisch linken lateinamerikanischen Studentenkonferenz in Montevideo wurde durch eine in Umlauf gebrachte Lüge unterstellt, nichts anderes zu sein als eine Kreatur der Sowjetunion – geschaffen, finanziert und gesteuert von Moskau. Von der CIA verfaßte Leitartikel zu diesem Thema erschienen in führenden Zeitungen, zu denen die Agentur täglich Zutritt hatte. Es folgte die Veröffentlichung eines gefälschten Briefes eines Studentenführers, der dem sowjetischen Kulturattaché für seinen Beistand dankte. Die Schlagzeile einer Zeitung verkündete: »Dokumente für den Bruch mit Rußland« – was tatsächlich der Hauptgrund für die Operation war.

Ein maßloser Aufwand an Zeit, Energie und Kreativität wurde – mit mäßigem Erfolg – auf Intrigen verwendet, die darauf abzielten, zur Ausweisung einer Auswahl von Russen, Ostdeutschen, Nordkoreanern, Tschechen und Kubanern vom uruguayischen Boden zu ermutigen, wenn nicht zum Abbruch der Beziehungen mit diesen Ländern. Zusätzlich zum Platzen verunglimpfender Medienpropaganda versuchte die CIA, belastende Informationen zu bekommen, indem sie Post und diplomatische Telegramme von und zu diesen Ländern las, Botschaftstelefone anzapfte und sich mit diverser Verwandten und heimlichen Einschleichen beschäftigte. Der Dienst bereitete dann »nachrichtendienstliche« Berichte vor, die genügend Tatsacheninformationen enthielten, um plausibel zu sein, die dann ganz unschuldig in die Hände von einflußreichen Beamten gelangten, bis hoch zum und einschließlich des Präsidenten der Republik.

Antikommunistische Indoktrination zweitrangiger Studenten wurde durch Finanzierung spezieller Schulorganisationen und Publikationen gefördert.

Ein Volkskongreß, der ein Heer von gesellschaftlichen Gruppen, Arbeitsorganisationen, Studenten, Regierungsarbeitern usw., Kommunisten wie Nichtkommunisten zusammenbrachte, störte die CIA wegen seines Potenzials für ein vereinigt Wahlbündnis, das zu Wahlzwecken gebildet worden war. Dementsprechend wurden Artikel und Leitartikel geschaffen, die den Kongreß als klassische kommunistische Übernahme- und Betrugstaktik attackierten und Nichtkommunisten dazu aufriefen, von einer Teilnahme Abstand zu nehmen. Ein falsches Flugblatt wurde in Umlauf gebracht, in dem der Kongreß das uruguayische Volk dazu aufrief, einen aufständischen Streik mit sofortiger Besetzung der betroffenen Fabriken in Angriff zu nehmen. Tausende Flugblätter mit ärgerlichen Dementis der Kongreßorganisatoren wurden verteilt, aber – wie üblich in solchen Fällen – war der Schaden schon da.

Die uruguayische kommunistische Partei plante, Gastgeber einer internationalen Solidaritätskonferenz zu werden. Die CIA brauchte sich nur an ihren (bezahlten) Freund, den Innenminister zu wenden, und die Konferenz war verboten. Als sie nach Chile verlegt wurde, vollführte der CIA-Standort in Santiago den gleichen Zaubertrick.

Uruguay war zu dieser Zeit ein Zufluchtsort für politische Exilanten aus repressiven Regimes wie Brasilien, Argentinien, Bolivien und Paraguay. Die CIA sammelte durch Überwachung und Infiltration der Exilanten-Gemeinden regelmäßig Informationen über Aktivitäten, Verbände usw. von Exilanten, um sie zu CIA-Standorten in den Heimatländern der Exilanten zu senden, von wo aus sie mit Wahrscheinlichkeit an ihre Regierungen weitergereicht wurden, die wissen wollten, was diese Störenfriede machten und nicht zögerten, sie über die Grenzen hinweg zu verfolgen und zu vernichten.

Das Beobachten und Aufreiben von kommunistischen diplomatischen Missionen durch die CIA, wie oben beschrieben, war ständige Praktik des Dienstes überall auf der Welt. Der kalte Krieg forderte, den Kommunisten das Leben so schwer wie möglich zu machen.

Nachwort: 1998 sagte Eladio Moll, ein uruguayischer Konteradmiral der Marine und ehemaliger Chef des Nachrichtendienstes, der als Zeuge vor der uruguayischen Abgeordnetenkammer aussagte, daß während des »schmutzigen Krieges« in Uruguay (1972-1983) von den Vereinigten Staaten Befehle kamen, verhaftete Mitglieder der Tupamaros zu töten, nachdem sie verhört worden waren.

»Die Richtschnur seitens der USA war, daß, was mit den gefangenen Guerillas zu tun war, Informationen zu erhalten, und daß sie es hinterher nicht mehr verdienen, zu leben.«²⁹

Anmerkungen zu Kapitel 33

- 1 **Manuel Hevia Cosculluela**, PASAPORTE 11333: OCHO ANOS CON LA CIA (Havana, 1978), S. 286.
- 2 **A. J. Langguth**, HIDDEN TERRORS (New York, 1978), S. 48-49, 51 und passim. Langguth arbeitete früher bei der *New York Times* und war im Jahre 1965 Bürochef der Zeitung in Saigon.
- 3 *New York Times*, 01.08.1970.
- 4 **Langguth**, S. 285-287; *New York Times*, 15.08.1970.
- 5 **Alain Labrousse**, THE TUPAMAROS: URBAN GUERRILLAS IN URUGUAY (Penguin Books, London, 1973, Übersetzung der französischen Ausgabe von 1970), S. 103.
- 6 **Langguth**, S. 289.
- 7 **Langguth**, S. 232-233, 253-254; **Philip Agee**, INSIDE THE COMPANY: CIA DIARY (New York, 1975), wegen Oteros Beziehung zur CIA vgl. das Register.

- 8 **Carlos Wilson**, THE TUPAMAROS: THE UNMENTIONABLES (Boston, 1974), S. 106-107; **Langguth**, S. 236. **Agee**, S. 478, bestätigt die Identität Cantrells.
- 9 **Langguth**, S. 252.
- 10 Interview mit Langguth in dem Film »On Company Business« (Regie: Allan Francovich), zitiert bei **Warner Poelchau** (Hrsg.), WHITE PAPER, WHITEWASH (New York, 1981), S. 66.
- 11 Auszüge aus dem Bericht über die Folter-Anhörung des Senats, ein dem Drehbuch beige-fühtes Dokument, in STATE OF SIEGE (Ballantine Books, New York, 1973), S. 194-196. Vgl. auch »Death of a Policeman: Unanswered Questions About a Tragedy«, *Commonweal* (katholische Zweiwochenzeitschrift, New York), 18.09.1970, S. 457; **Langguth**, S. 249.
- 12 Zur Todesschwadron und der TSD vgl. **Langguth**, S. 245-246, 253.
- 13 **Michael Klare** und **Nancy Stein**, »Police Terrorism in Latin America«, NACLA'S LATIN AMERICA AND EMPIRE REPORT (North American Congress on Latin America, New York), Januar 1974, S. 19-23, basiert auf einem Dokument des Außenministeriums, das die Autoren im Jahre 1973 von Senator James Abourezk erhielten; vgl. auch **Jack Anderson**, *Washington Post*, 08.10.1973, S. C33; **Langguth**, S. 242-243.
- 14 **Klare** und **Stein**, S. 19.
- 15 *New York Times*, 25.09.1968, 01.08.1970; **Langguth**, S. 241.
- 16 **Hevia**, S. 284, aus dem Spanischen übersetzt. Vgl. auch andere Auszüge aus Hevia bei **Langguth**, S. 311-313.
- 17 *New York Times*, 05.08.1978, S. 3.
- 18 Zu Mitriones Philosophie vgl. **Hevia**, S. 286-287.
- 19 **Poelchau**, S. 68.
- 20 **Langguth**, S. 305.
- 21 *The Guardian* (London), 19.10.1984.
- 22 **Lawrence Weschler**, A MIRACLE, A UNIVERSE: SETTLING ACCOUNTS WITH TORTURERS (Pantheon Books, New York, 1991), S. 121.
- 23 Ebd., S. 147, von Galeano gegenüber Weschler geäußert.
- 24 **Nancy Stein** und **Michael Klare**, »Merchants of Repression«, NACLA'S LATIN AMERICA AND EMPIRE REPORT (North American Congress on Latin America, New York), Juli-August 1976, S. 31.
- 25 Zu DEA, Waffenfabrikanten usw. Vgl. **Stein** und **Klare**, S. 31-32; *New York Times*, 23.01.1975, S. 38; 26.01.1975, S. 42; **Langguth**, S. 301.
- 26 Argentine Commission for Human Rights, Washington, DC: »U. S. Narcotics Enforcement Assistance to Latin America«, Bericht vom 10.03.1977, bezieht sich auf eine Pressekonferenz im Mai 1974 in Argentinien.
- 27 *San Francisco Chronicle*, 02.11.1981.
- 28 **Agee**, S. 325-494, passim.
- 29 *Cable News Network en Espanol*, 23.07.1998; *El Diario-La Prensa* (New York), 24.07.1998; darin (eine Tagenszeitung aus Buenos Aires), 22.07.1998, S. 45.

34 Chile 1964 bis 1973

Hammer und Sichel auf die Stirn deiner Kinder gestempelt

Als Salvador Allende, ein überzeugter Marxist, 1958 um knapp 3% die chilenische Präsidentschaft verfehlte, entschieden die Vereinigten Staaten, daß die nächste Wahl im Jahr 1964 nicht den Händen der Vorsehung – oder Demokratie – überlassen werden konnte.

Washington meinte das sehr ernst. Zu Beginn der Kennedyregierung 1961 wurde aus hochrangigen Beamten des State-Department, der CIA und des Weißen Hauses ein Wahlausschuß gebildet. In Santiago wurde ein Parallelgremium durch die Botschaft und die CIA aufgestellt.¹

Ein Nachrichtenoffizier, der zu dieser Zeit dort strategisch platziert war, sagte:

»Die Intervention der US-Regierung in Chile 1964 war laut und nahezu obszön. Wir verschifften Leute nach beiden Seiten, hauptsächlich State Department, aber auch CIA, mit allen Arten von Deckmänteln.«

Alles in allem wurden 100 amerikanische Geheimpolizisten für die Operation eingesetzt.²

Ein Untersuchungsausschuß des Senats enthüllte, daß sie Jahre im voraus begannen, den Unterbau für die Wahlen vorzubereiten, »indem sie operationelle Beziehungen zu politischen Schlüsselparteien anknüpften, Propaganda trieben und organisatorische Mechanismen schufen, die in der Lage waren, Schlüsselsektoren der Bevölkerung zu beeinflussen.« Sie gründeten Projekte, »um Anti-Kommunisten unter Kleinbauern, Slumbewohnern, organisierten Arbeitern, Studenten, den Medien usw. zu schulen und zu organisieren.«³

Nachdem sie Gelder zu verschiedenen nicht-linken Parteien kanalisiert hatten, benannte das Wahlteam Eduardo Frei, den Kandidaten der christlich demokratischen Partei, einen Mann des Zentrums, als denjenigen, der am ehesten Allendes Aufstieg zur Macht verhindern konnte. Die CIA übernahm mehr als die Hälfte der gesamten Wahlkampfkosten der Partei⁴ – einer der Gründe, warum die umfassende Wahlkampfoperation die Staatskasse der USA um geschätzte 20 Mio. Dollar reduzierte⁵ –, viel mehr pro Wähler als das, was für die Johnson und Goldwater-Kampagnen zusammengenommen im gleichen Jahr in den Vereinigten Staaten ausgegeben wurde. Die Propaganda beanspruchte den Großteil der Ausgaben. Der Senatsuntersuchungsausschuß beschrieb es folgendermaßen:

Zusätzlich zur Unterstützung für politische Parteien zog die CIA eine massive anti-kommunistische Propaganda-Kampagne auf. Es wurde umfassend Gebrauch von Presse, Radio, Film, Pamphleten, Postern, Prospekten, direkten Anschreiben, Papierwimpeln und Wandmalereien gemacht. Es war eine »Angst-Kampagne«, die sich in hohem Maße auf Bilder von Sowjetpanzern und kubanischen Exekutionskommandos stützte und sich speziell an Frauen richtete. Hunderttausende von Kopien des antikommunistischen Hirtenbriefs von Papst Pius XI wurden von christlich-demokratischen Organisationen verteilt. Sie trugen die Bezeichnung »Privat von Bürgern ohne politische Zugehörigkeit gedruckt, um ihre Inhalte noch breiter unter die Leute zu bringen.« »Desinformation« und »Schwarze Propaganda« – Material, das den Anschein erweckte, aus anderen Quellen zu stammen, wie z.B. der chilenischen kommunistischen Partei, – wurden auch verwendet.⁶

Die »Angstkampagne« nutzte die Tatsache aus, daß Frauen in Chile, wie auch sonst in Lateinamerika, traditionell religiöser sind als Männer und daher »geeigneter«, durch das Gespenst des »gottlosen, atheistischen Kommunismus« alarmiert zu werden. Ein Radiospot brachte das Geräusch eines Maschinengewehres, gefolgt von dem Schrei einer Frau: »Sie haben mein Kind getötet – die Kommunisten.« Der Sprecher fügte dann mit

erregter Stimme hinzu: »Kommunismus bietet nur Blut und Schmerzen. Damit dies nicht in Chile passiert, müssen wir Eduardo Frei zum Präsidenten wählen.«⁷

Andere Schreckensszenarien konzentrierten sich auf Warnungen vor russischer Herrschaft, daß die Linke alles wegnehmen würde, was nahe, lieb und heilig war. Der Bericht fährt fort:

Die Propagandakampagne war enorm. Während der ersten Woche intensiver Propagandaaktivität (die dritte Woche im Juni 1964) stellte eine CIA-finanzierte Propagandagruppe zwanzig Radiospots pro Tag in Santiago und auf 44 Stationen in der Provinz zusammen; 12-minütige Rundfunknachrichten fünfmal täglich auf drei Sendestationen in Santiago und 24 in der Provinz; tausende Cartoons und viele bezahlte Zeitungsanzeigen. Gegen Ende Juni 1964 produzierte die Gruppe täglich 24 Nachrichtensendungen in Santiago und den Provinzen, 26 wöchentliche Sendungen mit »Kommentaren« und verteilte täglich 3000 Poster.⁸

Ein Poster, das unter den Tausenden erschien, zeigte Kinder, denen Hammer und Sichel auf die Stirn gestempelt waren.⁹

Zeitungsartikel aus Lateinamerika, die die politische Linie der CIA-Kampagne unterstützten, wurden gesammelt und in Chile neu gedruckt. Zweifelsohne waren viele dieser Artikel in erster Linie von CIA-Stationen in speziellen Ländern geschrieben worden. Es gab auch Bestätigungen von Frei, die von berühmten Persönlichkeiten im Ausland erbeten wurden, Anzeigen wie eine »Botschaft der venezolanischen Frauen«,¹⁰ und eine bisige antikommunistische Radiosendung von Juanita Castro, der Schwester von Fidel, die auf einer von der CIA organisierten Tour in Südamerika war:

»Wenn die Roten in Chile gewinnen, wird keine Art von religiöser Aktivität möglich sein [...] Chilenische Mutter, ich weiß, Du wirst es nicht erlauben, daß Deine Kinder von Dir genommen und in den Ostblock geschickt werden, wie es der Fall in Kuba ist!«¹¹

Der Ausschuß offenbarte des Weiteren:

Zusätzlich zum Kauf von einzeltem Propagandamaterial finanzierte die CIA-Niederlassung chilenische Medien, die den Vereinigten Staaten gegenüber freundlich gestimmt waren. Anstatt individuelle Gegenstände zu platzieren, unterstützte die CIA freundliche Medienabnehmer – oder gründete sie sogar – die bei Nichtvorhandensein der Unterstützung der Agentur nicht existiert haben dürften. Von 1953 bis einschließlich 1970 finanzierte die Niederlassung telegraphische Nachrichtendienste, Magazine, die für intellektuelle Kreise geschrieben wurden, und ein rechtsgerichtetes Wochenblatt.¹²

Ein Veteran der Kampagne aus dem Außenministerium erinnert sich, daß das Layout einer dieser finanzierten Zeitungen »großartig war. Die Fotografien waren superb. Es war ein Madison-Square-Produkt, bei weitem über den Standards chilenischer Publikationen.«¹³

Das gleiche konnte auch über die Wahlpropaganda selbst gesagt werden. Neben laufenden eigenen politischen Aktionsprojekten in ausgewählten wichtigen Wahlbezirken leitete die CIA die Kampagne der Christlich-Demokraten nach Vorgaben im amerikanischen Stil, mit Registrierung von Wählern, Propagandafahrten und professionellen Managementfirmen, die Meinungsumfragen machten.¹⁴ Um dies alles noch zu übertreffen, verlangten sie nach einem Klingler – einem Wahlspezialisten aus dem Stab dieses herausragenden Kenners und Hüters freier Wahlen, Bürgermeister Richard Daley aus Chicago.¹⁵ Es kann lediglich darüber spekuliert werden, was die Funktion von Daleys Vertreter in Chile war.

Durchgeführt wurden verschiedene von der CIA begründete bodenständige Programme von Roger Vekemans, einem belgischen Jesuitenpriester, der 1957 in Chile ankam und ein Netzwerk von sozialen Hilfsorganisationen ins Leben rief, zu denen eine bis zu 100 Angestellten beschäftigte und ein Jahresbudget von 30 Mio. Dollar verzeichnete. Nach seiner eigenen Erklärung 1963 bekam Vekemans von der CIA 5 Mio. Dollar sowie einen entsprechenden Betrag von der AID, um die Ressourcen seiner Organisation bei der Unterstützung der Christlichen Demokraten und Eduardo Frei, mit dem Vekemans

enge Beziehungen unterhielt, zu führen.¹⁶ Die Programme des Jesuiten dienten dem klassischen Zweck, revolutionären Eifer entlang sicherer reformistischer Wege zu kanalisieren. Kirchenleute, die für die CIA in der Dritten Welt arbeiteten, sind typischerweise für das Sammeln von Informationen über die Aktivitäten und die Haltung einzelner Bauern und Arbeiter herangezogen worden, für das Aufspüren von Störenfriedern, das Rekrutieren entsprechender Agenten, die Predigt des Evangeliums des Antikommunismus, das Handeln als Geldkanäle und dienten als religiöser »Deckmantel« für verschiedene Operationen der Agentur. Vekemans war ein extremer Antikommunist und Frontsoldat im Kampf der Christlichen Demokraten und der katholischen Kirche gegen die »Theologie der Befreiung«, die damals unter den liberaleren Kirchenleuten in Lateinamerika an Schwung gewann und die zum historischen Dialog zwischen dem Christentum und dem Marxismus führte.¹⁷

Die Operation wirkte. Sie wirkte jenseits aller Erwartungen. Frei bekam 56% der Stimmen im Gegensatz zu Allendes 39%. Das Senatskomitee notierte, die CIA habe die »antikommunistische Angstkampagne als die am effektivsten unternommene Aktivität« betrachtet.¹⁸ Im Besonderen war damit die Taktik gemeint, die sich an chilenische Frauen richtete. Es stellte sich heraus, daß Allende mit 67.000 Stimmen der männlichen Wähler vor Frei lag (in Chile wählen Männer und Frauen getrennt), aber unter den Frauen führte Frei mit 469.000 Stimmen. Dies ist als ein Beispiel für die bemerkenswerte Leichtigkeit anzusehen, mit der die Meinungen der Volksmassen in allen Gesellschaften manipuliert werden können.

Was macht Salvador Allende denn aus, was all diese fieberhafte Aktivität rechtfertigen würde? Welche Bedrohung stellte dieser Mann dar, gegen den die großen technischen und wirtschaftlichen Ressourcen der mächtigsten Nation der Welt so intensiv ins Feld geführt wurden? Allendes politisches Programm zielte laut Senatskomiteebericht darauf ab, »das Einkommen neu zu verteilen (2% der Bevölkerung bekam 46% des Einkommens) und die chilenische Wirtschaft umzustrukturieren, angefangen bei der Verstaatlichung der wichtigsten Industrien, speziell der Kupfergesellschaften, weitgehende Agrarreformen weiterzuentwickeln und die Beziehungen mit sozialistischen und kommunistischen Ländern auszudehnen.«¹⁹

Von einem Mann, der einem solchen Programm verpflichtet war, konnten die amerikanischen Politikmacher erwarten, daß er sein Land entlang eines Weges führte, der unabhängig war von den Prioritäten der Außenpolitik der USA und der multinationalen Konzerne. (Seine spätere Amtszeit als Präsident bestätigte auch seine Unabhängigkeit von jedem anderen Land.)

Die CIA arbeitet kontinuierlich und beharrlich. Zwischen den Präsidentschaftswahlen 1964 und 1970 gingen viele der Programme, die entworfen waren, um eine anti-linker Mentalität in verschiedenen Teilen der Bevölkerung zu fördern, weiter; viel von der Propaganda und den Wahlpropagandamechanismen blieb bestehen, um Kandidaten der Kongreßwahlen 1965 und 1969 zu unterstützen; in letztgenannter Wahl wurde einer sozialistischen Splitterpartei finanzielle Unterstützung gegeben, um Stimmen von Allendes Sozialistischer Partei anzuziehen. Das raubte, wie berichtet wird, der Partei mindestens sieben Sitze im Kongreß.²⁰

Das Senatskomitee beschrieb einige der anderen einzigartigen, von der CIA während dieser Periode unternommenen verdeckten Projekte:

- ☞ Den Kommunisten die Kontrolle über chilenische universitäre Studentenorganisationen abtrotzen.
- ☞ Eine Frauengruppe unterstützen, die im politischen und intellektuellen Leben aktiv ist.
- ☞ Bekämpfen der von Kommunisten beherrschten Central Unica de Trabajadores Chilenos (CUTCh) und unterstützen von demokratischen (d.h. antikommunistischen) Arbeitergruppen.

☞ Ausnutzen einer Aktionsfrontgruppe, um den kommunistischen Einfluß innerhalb kultureller und intellektueller Kreise zu bekämpfen.²¹

Als die CIA 1968 damit beschäftigt war, von der chilenischen kommunistischen Partei beherrschte Gewerkschaften zu unterwandern, hatte ein US-Senatskomitee geschlußfolgert, daß die lateinamerikanische Gewerkschaftsbewegung weitgehend ihre revolutionäre Haltung aufgegeben hatte:

»Sogar die kommunistisch beherrschten Gewerkschaften, speziell die, die der Moskauer Linie folgen, akzeptieren jetzt generell den friedlichen Weg als gangbare Alternative.«²²

»Ich sehe nicht, warum wir danebenstehen müssen und zusehen wie ein Land wegen der Unverantwortlichkeit seines eigenen Volkes kommunistisch wird.«²³

So sprach Henry Kissinger, der wichtigste Berater des Präsidenten der Vereinigten Staaten, über Angelegenheiten der nationalen Sicherheit. Am 27.06.1970 fand eine Versammlung beim Komitee 40 des Nationalen Sicherheitsrates statt. Das Volk, das Kissinger der drohenden Unverantwortlichkeit verdächtigte, war das chilenische, von dem er fürchtete, daß es schließlich Salvador Allende zu seinem Präsidenten wählen könnte.

Die Vereinigten Staaten standen nicht untätig daneben. Bei dieser Versammlung wurde die Zustimmung zu einer Erhöhung um 300.000 Dollar für eine anti-Allende »Vereitelungs«-Operation gegeben, die schon in Planung war. Die CIA richtete ihre schwere Desinformationsartillerie auf die chilenische Wählerschaft und feuerte Bomben ab, die zu verstehen gaben: »Ein Allende-Sieg bedeutet Gewalttätigkeit und stalinistische Repression.«²⁴ Schmutzige Propaganda wurde benutzt um Allendes Koalition zu unterminieren und unterstützt, indem Meinungsverschiedenheiten zwischen der Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Partei, den Hauptmitgliedern der Koalition, und der Kommunistischen Partei und der CUTCh gesät wurden.²⁵

Nichtsdestotrotz gewann Allende am 04.09.1970 eine Mehrheit der Stimmen. Am 24.10.1970 trat der chilenische Kongreß zusammen, um entweder ihn oder den zweiten Sieger, Jorge Alessandri von der konservativen Nationalen Partei, zu wählen. Aus Traditionsgründen konnte Allende sicher sein, Präsident zu werden.

Den Vereinigten Staaten blieben sieben Wochen, um ihn daran zu hindern, das Amt zu übernehmen. Am 15.09.1970 traf sich Präsident Nixon mit Kissinger, dem Direktor der CIA Richard Helms und dem Justizminister John Mitchell. Helms handschriftliche Notizen über das Treffen sind berühmt geworden:

»Die Chancen stehen vielleicht 1:10, aber retten Sie Chile! ... nicht besorgt um die enthaltenen Risiken ... 10.000.000 Dollar verfügbar, mehr wenn nötig ... bringen Sie die Wirtschaft zum Schreien ...«²⁶

Die Gelder wurden vom Komitee 40 freigegeben, um chilenische Kongreßabgeordnete für sich einzunehmen, damit sie für Alessandri stimmen,²⁷ doch dies wurde schnell als nicht machbar aufgegeben. Unter dem intensiven Druck von Richard Nixon konzentrierten sich die amerikanischen Anstrengungen darauf, das chilenische Militär dazu zu bringen, einen Staatsstreich zu inszenieren und dann die Abstimmung des Kongresses gänzlich zu annullieren.²⁸ Zur selben Zeit machten Nixon und Kissinger der CIA klar, daß eine Ermordung von Allende nicht unwillkommen wäre. Auf einem Optionen-Papier des Weißen Hauses sind verschiedene Arten, wie dieses Vorhaben ausgeführt werden könnte, diskutiert worden.²⁹

Eine frische Propaganda-Kampagne wurde in Chile initiiert, um dem Militär unter anderem die Katastrophe zu verdeutlichen, unter der die Nation mit Allende als Präsident zu leiden hätte. Zusätzlich zu den häufig erwähnten kommunistischen Horrorgeschichten wurde bekanntgegeben, daß es eine Streichung amerikanischen und anderen ausländischen Beistandes geben würde. Dies wurde begleitet von Gerüchten über die Nationalisierungen auch von kleinen Geschäften und über einen wirtschaftlichen Zusammenbruch. Die Kampagne beeinflusste die chilenische Wirtschaft tatsächlich ungünstig und eine große Finanzpanik folgte.³⁰

Die chilenischen Militäroffiziere waren gewarnt worden, daß die amerikanische Militärhilfe aufhören würde, sobald Allende ein Amt bekleidete.³¹

Während dieser Interimsperiode entstanden gemäß der CIA über 700 Artikel, Sendungen, Leitartikel und ähnliche Dinge in Lateinamerika und den europäischen Medien als direkte Folge der Aktivitäten der Agentur. Dies geschah jenseits der »realen« Medienstorys, die von den Etablierten inspiriert waren. Darüber hinaus kamen aus mindestens 10 verschiedenen Ländern Journalisten, die von der CIA bezahlt wurden, um ihr Material mit Vor-Ort-Glaubwürdigkeit wertvoller zu machen.³²

Der folgende Ausschnitt eines CIA-Telegramms bietet einen gewissen Hinweis auf den Umfang solcher Medienoperationen:

Sao Paulo, Tegucigalpa, Buenos Aires, Lima, Montevideo, Bogota berichten über fortgesetzte Wiederholungen des Materials zum Thema Chile. Die Gegenstände sind auch in der *New York Times* und der *Washington Post* ausgeführt. Propaganda-Aktivitäten schaffen weiterhin eine gute Abdeckung der Entwicklungen in Chile entsprechend unserer Themenführung.³³

Die CIA gab auch »Insider«-Briefings an amerikanische Journalisten über die Situation in Chile. Ein solches Briefing, das der *Time* gegeben wurde, klärte das Magazin auf, was Allendes Absichten bezüglich Unterstützung von Gewalttätigkeit und Zerstörung von Chiles freier Presse anbetraf. Dies, so beobachtete der Senatsbericht, »führte zu einem Wechsel in der grundsätzlichen Stoßrichtung« der *Time*-Story.³⁴

Als Allende die führende konservative Zeitung *El Mercurio* (von der CIA besonders mit Geldern ausgestattet) kritisierte, organisierte die CIA »Unterstützungstelegramme und Proteste von ausländischen Zeitungen, einen Protest eines internationalen Presseverbandes und eine Berichterstattung über den Protest des Verbandes durch die Weltpresse.«³⁵

Ein vom Hauptquartier der CIA am 19.10.1970 nach Santiago gesendetes Telegramm brachte die Besorgnis zum Ausdruck, daß der Staatsstreich

noch keinen Vorwand oder Rechtfertigung hatte, den er anbieten könnte, um ihn in Chile oder Lateinamerika akzeptabel zu machen. Es würde deshalb notwendig erscheinen, einen Grund zu schaffen, um das zu stützen, was wahrscheinlich die Forderung (des Militärs) nach einem Staatsstreich wäre, um Chile vor dem Kommunismus zu retten.

Einer der Vorschläge des Hauptquartiers war die Erfindung von:

Feststehenden nachrichtendienstlichen Informationen, daß die Kubaner planten, alle Nachrichtendienste nach sowjetischem bzw. kubanischem Muster anzuerkennen, und so die Struktur eines Polizeistaates zu schaffen [...] Mit entsprechendem militärischem Kontakt kann bestimmt werden, wie ein nachrichtendienstlicher Bericht »entdeckt« wird, der sogar während von den Carabineros (der Polizei) geplanten Angriffen platziert werden kann.³⁶

Unterdessen befand sich die CIA in aktiven Beratungen mit verschiedenen chilenischen Militäroffizieren, die für den Vorschlag eines Staatsstreiches empfänglich waren. (Die Schwierigkeit, solche Offiziere zu finden wurde von der CIA als ein Problem beschrieben, »die apolitische, verfassungsorientierte Trägheit des chilenischen Militärs zu überwinden.«)³⁷ Es wurde ihnen versichert, daß die Vereinigten Staaten ihnen volle Unterstützung bis fast hin zu militärischer Einmischung geben würden. Das unmittelbare Hindernis, dem die Offiziere gegenüberstanden, war die entschlossene Opposition des Chefkommandeurs der Armee, Rene Schneider, der darauf bestand, daß das verfassungsmäßige Verfahren befolgt werden sollte. Er würde »entfernt« werden müssen.

Am frühen Morgen des 22.10.1970 übergab die CIA »sterilisierte« Maschinengewehre und Munition an einige der Verschwörer. (Vorher schon hatten sie Tränengas übergeben.) Am selben Tag wurde Schneider bei einer versuchten Entführung auf seinem Weg zur Arbeit tödlich verletzt. Die CIA-Niederlassung in Santiago berichtete dem Hauptquartier, daß der General mit derselben Art von Waffen erschossen wurde wie diejenigen Personen, die an die militärischen Verschwörer geliefert worden waren, obwohl die

Agentur später vor dem Senat behauptete, daß die in Frage stehenden Mörder nicht dieselben waren, denen sie die Waffen übergeben hatten.³⁸

Der Mord wirkte sich nicht positiv auf die Ziele der Verschwörer aus. Er diente nur dazu, daß die Armee sich noch enger um die Fahne des Konstitutionalismus zusammenscharte und die Frist lief ab. Zwei Tage später wurde Salvador Allende vom chilenischen Kongreß bestätigt. Am 03.11.1970 trat er sein Amt als Präsident an.

Die Bühne war frei für den Zusammenprall von zwei Experimenten. Eines war Allendes »sozialistisches« Experiment und zielte darauf ab, Chile aus dem Sumpf von Unterentwicklung und Abhängigkeit herauszuziehen und die Armen aus der Beraubung. Das andere war, wie der CIA-Direktor William Colby später sagte, ein »Prototyp oder Labor-experiment, um die Techniken schwerer finanzieller Investitionen in einer Anstrengung, eine Regierung zu diskreditieren und unterzukriegen, zu testen. Obwohl es wenige individuelle Dinge in diesem Experiment gab, die für die CIA einzigartig waren, war es in der Gesamtsumme vielleicht die vielfältigste Intervention, die je von den Vereinigten Staaten unternommen wurde. Im Prozeß brachte es ein neues Wort in die Sprache: Destabilisierung.³⁹

»Nicht einer Schraubenmutter oder einem Bolzen wird es erlaubt sein, Chile unter Allende zu erreichen«, warnte der damalige Botschafter Edward Korry vor der Bestätigung.⁴⁰ Die chilenische Wirtschaft, die so immens von den Vereinigten Staaten abhing, war der weiche Unterbauch des Landes, der schnell zerstampft werden konnte. In den nächsten drei Jahren verringerten sich die neuen Beistandsprogramme der US-Regierung für Chile bis nahezu zum Verschwinden; gleichermaßen die Darlehen von der US Export-Import Bank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank, in der die Vereinigten Staaten genügend Anteile für ein Veto hielten. Die Weltbank erteilte Chile über die Jahre 1971-1973 keine neuen Darlehen. Der finanzielle Beistand der US-Regierung oder die Bürgschaften für amerikanische private Investitionen in Chile wurden scharf zurückgestutzt und den amerikanischen Geschäftsleuten wurde versprochen, die ökonomische Schlinge zuzuziehen.⁴¹

Dieser Boykott zog unter anderem viele gebrauchsunfähige Busse und Taxis in Chile nach sich, was am Mangel an Ersatzteilen lag und es gab entsprechende Schwierigkeiten in der Kupfer-, Stahl-, Elektrizitäts- und Erdölindustrie. Amerikanische Lieferanten lehnten es ab, notwendige Teile zu verkaufen – trotz Chiles Angebot, bar im Voraus zu bezahlen.⁴²

Der Multinationale Konzern ITT, dem man nicht zu sagen brauchte, was zu tun sei, stellte in einem Memorandum 1970 fest:

»Eine realistischere Hoffnung unter den Menschen, die Allende blockieren wollen, ist, daß eine sich schnell verschlechternde Wirtschaft eine Welle von Gewalt in Gang bringen wird, die zu einem militärischen Staatsstreich führt.«⁴³

Als das Verschwinden wirtschaftlicher Hilfe nahe war und sich ihre Warnung nicht bewahrheitete, steigerten die Vereinigten Staaten ihre Militärhilfe an Chile 1972 und 1973 sowie die Schulung von chilenischem Militärpersonal in den Vereinigten Staaten und Panama.⁴⁴ Es widerstrebte der Allende-Regierung, nun in der Klemme, diesen »Beistand« abzulehnen, aus Angst, sich ihre Militärführer zum Gegner zu machen.

Vielleicht erzeugte nichts mehr Unzufriedenheit in der Bevölkerung als die Kürzungen, die kleinen täglichen Widrigkeiten, wenn jemand beispielsweise nicht sein Lieblingessen bekommen konnte, oder Mehl oder Öl zum Kochen, oder Toilettenpapier, Bettlaken oder Seife, oder das eine Teil, das er brauchte um seinen Fernsehapparat oder den Wagen zum Laufen zu bringen. Oder, das schlimmste von allem, wenn ein Nikotinsüchtiger keine Zigarette bekommen konnte. Ein Teil der Verknappung ist damit zu begründen, daß Chile eine Übergangsgesellschaft war: diverse wechselnde Bestimmungen bezüglich des Staatseigentums, Experimente in der Kontrolle von Arbeitern usw. Aber dies war ein geringeres Problem im Vergleich zum Schwinden der Hilfe und den Praktiken der allgegenwärtigen amerikanischen Gesellschaften. Genauso wirksam waren die

Streiks in Chile, die für ihre Verlängerung schwer auf finanzielle Unterstützung der CIA bauten.⁴⁵

Im Oktober 1972 zum Beispiel führte eine Gesellschaft von privaten Lastwageneigentümern eine Arbeitseinstellung ein, die darauf abzielte, den Fluß von Nahrungsmitteln und anderen wichtigen Artikeln zu unterbrechen, wobei sie in ihr Embargo selbst Zeitungen mit einbezogen, die die Regierung unterstützten (Feinheit stand in diesem ultra-polarierten Land nicht auf der Tagesordnung). Gleich darauf folgten Schließungen von Kaufhäusern, wobei zahllose Kleinbürger ihren kleinen Beitrag dazu leisteten, die Schrauben der öffentlichen Unbequemlichkeit anzuziehen – und wenn sie offen waren, hielten viele bestimmte Güter zurück, wie Zigaretten, um sie auf dem Schwarzmarkt an diejenigen zu verkaufen, die sich die höheren Preise leisten konnten. Dann stellten die meisten privaten Busunternehmen das Fahren ein. Darüber hinaus verschiedene Arbeiter und Büroangestellte, die weitgehend aus Antipathie gegen die Regierung in den Ausstand traten, mit oder ohne Hilfe der CIA. Ein Großteil dieser Kampagne zielte darauf ab, die Geduld der Öffentlichkeit zu strapazieren, indem sie sie davon überzeugte, daß »Sozialismus in Chile nicht funktionieren kann.« Jedoch hatte es vor der Allende-Regierung schlimmere Verknappungen für die meisten Leute gegeben – Verknappung von Nahrungsmitteln, Wohnungen, Gesundheitsvorsorge und Bildung zum Beispiel. Mindestens die Hälfte der Bevölkerung hatte unter Unterernährung gelitten. Allende, der Arzt war, erklärte sein Programm mit kostenloser Milch, indem er hervorhob, daß »es heute in Chile über 600.000 geistig zurückgebliebene Kinder gibt, weil sie in den ersten acht Monaten ihres Lebens nicht angemessen ernährt wurden, da sie nicht die notwendigen Proteine bekamen.«⁴⁶

Finanzielle Hilfe war nicht das einzige, was die CIA in die Streikszene hineinbrachte. Mehr als 100 Mitglieder der chilenischen Berufsverbände und der Gilden der Arbeitgeber waren Absolventen der Schule, die vom amerikanischen Institut für freie Arbeitsentwicklung (Institut for Free Labour Development) in Front Royal, Virginia, betrieben wurde – »das kleine Anti-Rot-Schulhaus.« AIFLD, die wichtigste lateinamerikanische Arbeitsorganisation der CIA, wohnte im Mai 1971 auch der Bildung eines neuen Berufsverbandes bei: des Verbandes der chilenischen Berufstätigen. Die Arbeitsspezialisten der AIFLD hatten mehr als ein Jahrzehnt Erfahrung in der Kunst, wirtschaftliche Tumulte zu schüren (oder Arbeiter untätig sein zu lassen, wenn die Situation es erforderte).⁴⁷

Die Propagandahändler der CIA hatten einen großen Tag bei all der Unordnung und der Knappheit und verschlimmerten beides, indem sie Hamsterkäufe veranlaßten. Alle Techniken, die ganze Mediendurchdringung, die handlichen Organisationen, die jedem Zweck dienen sollten und die 1964 und 1970 so effizient benutzt worden waren, wurden durch die im Grunde genommen unbegrenzte Lizenz gefördert, die der Presse erteilt worden war: Schlagzeilen und Storys, die Gerüchte ausstreuten – von Verstaatlichungen bis hin zu schlechtem Fleisch und untrinkbarem Wasser – »Wirtschaftliches Chaos!«, »Chile am Rand des Verderbens!« in den größten Druckbuchstaben, die man jemals in einer Zeitung zu sehen erwarten konnte. Das Gespenst eines Bürgerkrieges heraufbeschwörend, wenn nicht geradezu danach rufend, buchstäblich alarmierende Storys, die irgendwo sonst in der Welt als aufrührerisch gebrandmarkt worden wären. Die schlimmsten Londoner Revolverblätter oder der *National Enquirer* der Vereinigten Staaten erscheinen daneben vergleichsweise so nüchtern wie eine zahnärztliche Fachzeitschrift.⁴⁸

Als Antwort darauf schloß die Regierung bei einigen Gelegenheiten kurz eine Zeitung oder eine Zeitschrift, links sowie auch rechts, wegen Gefährdung der Sicherheit.⁴⁹

Die routinemäßige Unterstützung der Agentur für die politische Opposition wurde ausgeweitet, um die rechtsextreme Organisation Patria y Libertad einzubeziehen, welche die CIA, wie berichtet wurde, zu bilden half, und deren Mitglieder sie in Schulen in Bolivien und Los Fresnos, Texas, in Guerilla-Kriegsführung und Bomben-Techniken ausbildete. Patria y Libertad marschierte vereint, in voller Aufruhr-Ausrüstung, war wie-

derholt in gewalttätige Aktionen und Provokationen verwickelt, und ihre Publikationen riefen offen nach einem militärischen Staatsstreich.⁵⁰

Die CIA war darin engagiert, das Militär für die gleichen Zwecke einzunehmen. Die Ausrüstung zu liefern bedeutete die übliche Präsenz von US-Ausbildern und die Gelegenheit für Amerikaner, eng mit den Chilenen zusammenzuarbeiten. Seit 1969 hatte die Agentur »nachrichtendienstliche Aktivposten« in allen Zweigen der bewaffneten chilenischen Dienste etabliert, und »Offiziere auf Kommandoebene, Stabs- und Kompanieoffiziere, Generalstabsoffiziere im Ruhestand und rekrutierte Männer einbezogen.« Unter Verwendung seiner üblichen Mischung aus realen und erfundenen Informationen, zusammen mit gefälschten Dokumenten, bemühte sich die CIA, die Offiziere »in Alarmbereitschaft« zu halten. Eine Methode war es, sie davon zu überzeugen, daß die Polizeiuntersuchungseinheit mit Allendes Zustimmung in Abstimmung mit dem kubanischen Nachrichtendienst daran arbeitete, Informationen zu sammeln, die für das Oberkommando der Armee von Nachteil waren.⁵¹

Zeitungen in Santiago, die von der CIA unterstützt wurden, besonders *El Mercurio*, konzentrierten sich oft darauf, das Militär zu beeinflussen. Sie behaupteten, daß kommunistische Verschwörungen die bewaffneten Dienste auflösen oder zerstreuen sollten, sowjetische Pläne, eine U-Boot-Basis in Chile zu etablieren, in Nord-Korea eine Trainingsbasis aufzustellen, und so weiter. Die Blätter verursachten in den Rängen Haß gegen die Regierung, und in einigen Fällen wurden ganze Kolumnen veröffentlicht, die dazu dienten, die Meinung eines einzigen Offiziers zu ändern, in einem Fall sogar diejenige der Frau eines Offiziers.⁵²

Die Agentur ließ einer Anzahl von Büchern und anderen Arten von Publikationen in Chile finanzielle Unterstützung zukommen. Eine Publikation war ein kurzlebiger anti-Regierungs-Newsletter, der sich an das Militär richtete.⁵³ Später machte die CIA Gebrauch von einem wöchentlich erscheinenden Humor- und Politmagazin, *SEPA*, das an die gleiche Zielgruppe gerichtet war. Das Titelblatt der Ausgabe vom 20.03.1973 hatte die Schlagzeile: »Robert Moss. Ein englisches Rezept für Chile – Militärische Kontrolle.« Moss wurde von dem Magazin als britischer Soziologe bezeichnet. Eine treffendere Beschreibung wäre es gewesen, daß er ein mit bekannten CIA-Medien-Fronten zusammenarbeitender »Nachrichten«-Spezialist war. Eine von ihnen, *Forum World Features of London* (siehe Kapitel 15 über Westeuropa), veröffentlichte Moss' Buch, *CHILE'S MARXISTISCHES EXPERIMENT*, 1973, das von der Junta weit in Umlauf gebracht wurde, um ihren Staatsstreich zu rechtfertigen.⁵⁴

Moss arbeitete mit einem von der CIA finanzierten Think-Tank in Santiago zusammen, der unter dem äußerst harmlosen Namen Institut für allgemeine Studien (*Institute of General Studies*) lief. Das IGS führte unter anderen Aktivitäten Seminare für chilenische Militäroffiziere durch, in denen in technischen, apolitischen Begriffen erklärt wurde, warum Allende ein Desaster für die Wirtschaft war und warum ein *laissez-faire*-System eine Lösung für Chiles Krankheiten bietet. Es gibt keine Möglichkeit zu messen, in welchem Maße solche Lesungen zukünftige Aktionen des Militärs beeinflussten, obwohl die Junta nach dem Coup verschiedene IGS-Leute in höchste Regierungsposten berief.⁵⁵

Die CIA-Niederlassung in Santiago sammelte zwischenzeitlich die operationellen Nachrichten, die im Falle eines Staatsstreiches notwendig waren: »Verhaftungslisten, zivile Schlüsselinstallationen und Personal, das Schutz brauchte, Schlüssel-Regierungsinstallationen, die übernommen werden müssen, Pläne für die Unsicherheit der Regierung, die im Falle eines militärischen Aufstandes umgesetzt werden würden.«⁵⁶ Die CIA behauptete später, daß diese Information niemals an das chilenische Militär weitergegeben wurde, eine Behauptung, die mit der Realität nicht übereinzustimmen scheint. Es sollte in diesem Zusammenhang angemerkt werden, daß in den Tagen, die dem Putsch unmittelbar folgten, das chilenische Militär direkt zu den Residenzen vieler Amerikaner und anderer Ausländer ging, die in Santiago lebten, und die mit der Regierung Allendes sympathisierten.⁵⁷

Die Pläne für die Unsicherheit der Regierung wurden vermutlich von der Agentur durch die Infiltration der verschiedenen Parteien erlangt, die Allendes Unidad Popular (UP)-

Koalition ausmachten. CIA-Agenten auf den oberen Ebenen von Allendes Sozialistischer Partei wurden »bezahlt, um Fehler bei der Arbeit zu machen.«⁵⁸ In Washington war Einbruchsdiebstahl die beliebteste Taktik der Agentur, um an Dokumente zu gelangen. Papiere wurden aus den Wohnungen von verschiedenen Angestellten der chilenischen Botschaft entwendet; und in die Botschaft selbst, die für einige Zeit verwandt war, wurde im Mai 1972 von einigen derselben Männer eingebrochen, die im darauf folgenden Monat den Watergate-Einbruch inszenierten.⁵⁹

Im März 1973 gewann die UP etwa 44% der Stimmen bei den Wahlen zum Kongreß, im Gegensatz zu den etwa 36% von 1970. Es wurde gesagt, daß dies der größte Zuwachs war, den eine regierende Partei jemals in Chile bekommen habe, nachdem sie mehr als zwei Jahre an der Macht war. Die Oppositionsparteien hatten öffentlich ihren Optimismus darüber ausgedrückt, daß sie 2/3 der Sitze im Kongreß bekommen würden und so fähig sein würden, Allende zur Verantwortung zu ziehen. Nun standen sie drei weiteren Jahren unter ihm gegenüber, mit der Aussicht, trotz ihrer besten und hochgradigen Bemühungen unfähig zu sein, seine Popularität zu schmälern.

Während des Frühjahrs und des Sommers eskalierte der Destabilisierungsprozeß. Es gab eine ganze Serie von Demonstrationen und Streiks, darunter sogar ein längerer der Lastwagenfahrer. *Time Magazin* berichtete:

»Während der größte Teil des Landes mit kleinen Rationen überlebte, schienen die Lastwagenfahrer für ein längeres Durchhalten ungewöhnlich gut ausgerüstet.«

Ein Reporter fragte eine Gruppe von Lastwagenfahrern, die kampierten und bei einem üppigen Gemeinschaftsmahl mit Steak, Gemüse, Wein und Empanadas zu Mittag aßen, woher das Geld dafür kam. »Von der CIA«, sagten sie lachend.⁶⁰

Es gab täglich ausreichend Sabotage und Gewalttätigkeiten, einschließlich Mord. Im Juni 1973 wurde vom Militär und Patria y Libertad ein mißlungener Angriff auf den Präsidentenpalast durchgeführt.

Im September 1973 gewann das Militär die Oberhand. Das Untersuchungskomitee des Senats sagte:

»Es ist klar, die CIA bekam von der Gruppe, die den Staatsstreich am 11. September 1973 erfolgreich durchführte, in den Monaten Juni, Juli, August und September 1973 nachrichtendienstliche Berichte über die Planung des Staatsstreiches.«⁶¹

Die amerikanische Rolle an diesem Schicksalstag war eine von Substanz und Schatten. Der Staatsstreich begann am pazifischen Küstenhafen Valparaiso mit der Entsendung von chilenischen Marinetruppen nach Santiago, während US-Marineschiffe vor der Küste präsent waren, vorgeblich, um an gemeinsamen Marinemanövern mit der chilenischen Marine teilzunehmen. Die amerikanischen Schiffe hielten sich außerhalb der chilenischen Gewässer, blieben aber in Alarmbereitschaft. Ein US WB-575-Flugzeug – ein Luftlande-Kommunikations-Kontrollsystem – geflogen von US-Air-Force-Piloten, erschien am chilenischen Himmel. Zur selben Zeit landeten 32 amerikanische Aufklärungsflugzeuge und Düsenjäger auf der US-Luftbasis in Mendoza, Argentinien, nicht weit von der chilenischen Grenze.⁶²

In Valparaiso, als sich US-Militäroffiziere mit ihren chilenischen Kollegen trafen, kam ein junger Amerikaner, Charles Horman, der in Santiago lebte und durch den Coup in Valparaiso gestrandet war, zufällig ins Gespräch mit einigen Amerikanern, Zivilisten wie Soldaten. Ein Marineingenieur außer Dienst erzählte ihm: »Wir kamen runter, um einen Job zu machen, und er ist gemacht.« Ein oder zwei amerikanische Militärangehörige gaben ihm ein paar Anhaltspunkte, die sie nicht hätten verraten dürfen. Ein paar Tage später wurde Horman in seiner Residenz in Santiago festgenommen. Sie wußten, wo sie ihn finden würden. Er wurde nie wieder gesehen.⁶³

So geschah es, daß sie das Land für eine Woche von der Außenwelt abschnitten, während die Panzer rollten und die Soldaten Tore niederrissen; die Stadien hallten vom Klang der Exekutionen wieder und die Leichen stapelten sich entlang der Straßen und schwammen auf dem Fluß; die Folterzentren eröffneten ihr Geschäft; die subversiven

Bücher wurden in öffentliche Feuer geworfen; Soldaten schnitten die Hosenbeine von Frauen auf und schrieten: »In Chile tragen die Frauen Kleider!«; die Armen kehrten zu ihrem natürlichen Stand zurück; und die Männer von Welt in Washington und in den Hallen der internationalen Finanz öffneten ihre Scheckbücher.

Ein Jahr später sah sich Präsident Gerald Ford veranlaßt zu erklären, daß das, was die Vereinigten Staaten in Chile getan hatten »im besten Interesse des Volkes in Chile und sicherlich in unserem besten Interesse war.«⁶⁴ Die Bemerkung hätte mit einer Prise Schnupftabak hervorgehoben werden können.

Was die Vereinigten Staaten in Chile getan hatten, dachte Gerald Ford – oder so sagte er – »war bei der Erhaltung oppositioneller Zeitungen und elektronischer Medien zu helfen und dabei zu sein und oppositionelle politische Parteien zu erhalten.«⁶⁵ Die anwesenden Reporter waren nett oder unterwürfig, jedenfalls klug genug um Ford nicht zu fragen, was er vom Chile der Junta hielt, bei dem eine Opposition jeglicher Art, in jeder Form, in jedem Medium verboten war.

Es war natürlich *de rigueur* (unerläßlich), einigen anderen Staatsbeamten und Kongreßabgeordneten mitzuteilen, was die Vereinigten Staaten wirklich in Chile getan hatten, geschehen ist, nämlich die sowjetische Bedrohung in der westlichen Hemisphäre zurückzuschlagen. Aber das Verhalten der Sowjetunion gegenüber der Allende-Regierung stimmte nicht einfach mit einer solchen Hypothese überein; die Sprache der nachrichtendienstlichen Berichte der USA bestätigt dies: »Sowjetische Vorschläge an Allende, charakterisiert durch Vorsicht und Zurückhaltung«; »Sowjets wünschen« andere Verpflichtungen gegenüber Kuba »zu vermeiden«; Russen »empfehlen Allende, seine Beziehungen mit den Vereinigten Staaten in Ordnung zu bringen [...] die Belastungen zwischen den beiden Ländern zu mindern.«⁶⁶

Eine CIA-Studie vom 07.09.1970, drei Tage nach Allendes Wahlsieg, schlußfolgerte:

1. Die USA haben keine wesentlichen nationalen Interessen in Chile. Es würde jedoch fühlbare wirtschaftliche Verluste geben.
2. Das internationale militärische Machtgleichgewicht würde durch eine Allende-Regierung nicht wesentlich verändert werden.
3. Ein Sieg von Allende würde jedoch beträchtliche politische und psychologische Kosten verursachen:
 - a. Der Zusammenhalt der Hemisphäre würde durch die Herausforderung, die eine Allende-Regierung der OAS (Organisation der amerikanischen Staaten) stellen würde, und durch die Reaktionen, die sie in anderen Ländern hervorrufen würde, bedroht [...]
 - b. Ein Sieg von Allende würde ein endgültiges psychologisches Hemmnis für die USA bedeuten und einen endgültigen psychologischen Vorteil für die marxistische Idee.

Die »fühlbaren wirtschaftlichen Verluste« bezogen sich wahrscheinlich auf die erwartete Verstaatlichung der Kupferminengesellschaften. Diese geschah tatsächlich, ohne daß von der Unidad Popular, die kalkulierte, daß aufgrund von »exzessiven Profiten« über viele Jahre hinweg in Wirklichkeit die Gesellschaften Chile Geld schuldeten, eine Kompensation an die Gesellschaften gezahlt wurde.

»Die Reaktionen, die sie in anderen Ländern hervorrufen würde.« Was kann das anderes bedeuten, als daß die Leute in anderen Ländern dazu inspiriert würden, ihre eigene sozialistische Lösung für die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die sich bei ihnen häuften, zu finden? Allendes Chile könnte sich so als das Gespenst herausstellen, das die Korridore im amtlichen Washington heimsuchte: ein erfolgreiches Beispiel für eine Alternative zum kapitalistischen Modell.

Washington kennt in der Dritten Welt keine Ketzerei außer Unabhängigkeit. Im Falle von Salvador Allende trat die Unabhängigkeit in einem besonders provokativen Kostüm auf – in Gestalt eines verfassungsmäßig gewählten Marxisten, der weiterhin die Verfas-

sung anerkannte. Das konnte nicht sein. Es erschütterte das eigentliche Fundament, auf das der antikommunistische Turm gebaut ist: die Doktrin, über Jahrzehnte gründlich kultiviert, daß »Kommunisten« nur durch Gewalt und Enttäuschung die Macht übernehmen können, daß sie diese Macht nur durch Terrorisierung und Gehirnwäsche der Bevölkerung erhalten können. Es konnte nur eine Sache geben, die schlimmer war als ein Marxist an der Macht – ein gewählter Marxist an der Macht.

Anmerkungen zu Kapitel 34

- 1 COVERT ACTION IN CHILE, 1963-1973, a Staff Report of The Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities (US Senate), 18.12.1975, S. 16. Im Folgenden SENATE REPORT.
- 2 *Washington Post*, 06.04.1973.
- 3 SENATE REPORT, S. 14, 18.
- 4 Ebd., S. 9.
- 5 *Washington Post*, 06.04.1973.
- 6 SENATE REPORT, S. 15.
- 7 **Paul E. Sigmund**, THE OVERTHROW OF ALLENDE AND THE POLITICS OF CHILE, 1964-1976 (University of Pittsburgh Press, 1977), S. 297.
- 8 SENATE REPORT, S. 15-16.
- 9 **Sigmund**, S. 34.
- 10 Zur ausländischen Propaganda vgl. SENATE REPORT, S. 16.
- 11 **Sigmund**, S. 35; **Philip Agee**, INSIDE THE COMPANY: CIA DIARY (New York, 1975), S. 387; **Miles Wolpin**, CUBAN FOREIGN POLICY AND CHILEAN POLITICS (Lexington, Mass., 1972), S. 88, 176.
- 12 SENATE REPORT, S. 8.
- 13 *Washington Post*, 06.04.1973.
- 14 SENATE REPORT, S. 9, 16; **Wolpin**, S. 175, 372.
- 15 **David Wise**, THE POLITICS OF LYING (New York, 1973, Taschenbuchausgabe), S. 167-168.
- 16 *Time* (European edition), 11.04.1975, S. 47.
- 17 **Penny Lemoux**, CRY OF THE PEOPLE: THE STRUGGLE FOR HUMAN RIGHTS IN LATIN AMERICA – THE CATHOLIC CHURCH IN CONFLICT WITH U.S. POLICY (Penguin Books, London, 1982), S. 25-29, 289-292.
- 18 SENATE REPORT, S. 16.
- 19 Ebd., S. 5.
- 20 Ebd., S. 18.
- 21 Ebd., S. 9.
- 22 SURVEY OF THE ALLIANCE FOR PROGRESS: LABOR POLICICS AND PROGRAMS, Staff Report of the US Senate Foreign Relations Committee, Subcommittee on American Republics Affairs, 15.07.1968, S. 3.
- 23 *Newsweek*, 23.09.1974, S. 51-52, eine der Stellen, an denen die inzwischen berühmt gewordenene Bemerkung zu finden ist.
- 24 SENATE REPORT, S. 21.
- 25 Ebd., S. 21-22.
- 26 INTERIM REPORT: ALLEGED ASSASSINATION PLOTS INVOLVING FOREIGN LEADERS, The Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities (US Senate), 20.11.1975, S. 227. Im Folgenden ASSASSINATION REPORT.

- 27 SENATE REPORT, S. 24.
- 28 ASSASSINATION REPORT, *passim*; SENATE REPORT, S. 23.
- 29 **Seymour Hersh**, *KISSINGER: THE PRICE OF POWER* (Simon & Schuster/Summit Books, New York, 1983), S. 259, 274, 292.
- 30 SENATE REPORT, S. 23, 25; **Hersh**, S. 273.
- 31 SENATE REPORT, S. 26, 37.
- 32 Ebd., S. 24, 25.
- 33 Foreign and Military Intelligence, Book 1, FINAL REPORT OF THE SELECT COMMITTEE TO STUDY GOVERNMENTAL OPERATIONS WITH RESPECT TO INTELLIGENCE ACTIVITIES (US Senate), April 1976, S. 200.
- 34 *Washington Post*, 05.01.1978; Senate Report, S. 25.
- 35 SENATE REPORT, S. 24.
- 36 ASSASSINATION REPORT, S. 234.
- 37 Ebd., S. 240.
- 38 Ebd., 226, 245, 252 und *passim*. Zu einer ausführlichen Beschreibung der Zeit zwischen dem 04.09.1970 und dem 24.10.1970 vgl. **Hersh**, Kap. 21 und 22.
- 39 Zu William Colbys geheimer Aussage vor einem Kongreßausschuß am April 1974 vgl. *The Sunday Times* (London), 27.10.1974, S. 15. Zu einer Wiedergabe von Colbys Aussage vgl. *New York Times*, 08.09.1974, S. 1.
- 40 SENATE REPORT, S. 33.
- 41 Nahezu alle Bücher über Chile unter der Regierung Allende behandeln Einzelheiten des Wirtschaftsboykotts. Vgl. z.B. **Edward Boorstein**, *ALLENDE'S CHILE: AN INSIDE VIEW* (New York, 1977); **James F. Petras** und **Morris H. Morley**, *HOW ALLENDE FELL: A STUDY IN US-CHILEAN RELATIONS* (Spokesman Books, Nottingham, 1974).
- 42 **Adam Schesch** und **Patricia Garrett**, »The Case of Chile« in **Howard Frazier** (Hrsg.), *UNCLOAKING THE CIA* (The Free Press/Macmillan, New York, 1978), S. 38; SENATE REPORT, S. 32-33.
- 43 *The Sunday Times* (London), 27.10.1974, S. 16.
- 44 **Schesch** und **Garrett**, S. 48; SENATE REPORT, S. 37-38.
- 45 *Time*, 30.09.1974; SENATE REPORT, S. 31; *New York Times*, 21.09.1974, S. 12.
- 46 **John Dinges** und **Saul Landau**, *ASSASSINATION ON EMBASSY ROW* (London, 1981), S. 43.
- 47 Zum AIFLD vgl. **Fred Hirsch**, *AN ANALYSIS OF OUR AFL-CIO ROLE IN LATIN AMERICA* (San Jose, CA, 1974), *passim*, zu Chile, S. 30-42; *NACLA'S LATIN AMERICA AND EMPIRE REPORT* (North American Congress on Latin America, New York), Oktober 1973, S. 11; *The Sunday Times* (London), 27.10.1974, S. 15, 16; **Hortensia Bussi de Allende**, »The Facts About Chile« in **Frazier**, a.a.O., S. 60.
Hortensia Bussi de Allende war die Witwe Salvador Allendes.
- 48 Eigene Beobachtungen des Verfasser in Chile zwischen August 1972 und April 1973.
- 49 Eine der Publikationen war *Punto Final*, ein vom linken Flügel von Allendes eigener Sozialistischen Partei herausgegebene Zeitschrift, die verboten wurde, als im Gefolge eines mißlungen Militärputschs im Juni 1973 der Notstand ausgerufen wurde.
- 50 SENATE REPORT, S. 31; **Hortensia Bussi de Allende**, a.a.O., S. 60, 63.
Die Bombenschule in Los Fresnos wurde in Kapitel 33 über Uruguay beschrieben.
- 51 SENATE REPORT, S. 36-38.
- 52 **Ellen Ray** und **Bill Schaap**, »Massive Destabilization in Jamaica«, *Covert Action Information Bulletin*, August-September 1980, S. 8; **Fred Landis**, »Robert Moss, Arnaud de Borchgrave and Rightwing Disinformation« in ebd., S. 42. Landis war Berater des Senatsausschusses, aus dem die in diesem Kapitel zitierten Berichte hervorgingen.

- 53 **Landis**, S. 42; SENATE REPORT, S. 39.
- 54 *The Guardian* (London), 20.12.1976, S. 9; **Landis**, S. 37-44.
- 55 **Landis**, S. 38-39; SENATE REPORT, S. 30, bezieht sich auf »eine oppositionelle Forschungsorganisation«; *Daily Mail* (London), 22.12.1976, S. 6.
- 56 SENATE REPORT, S. 38.
- 57 Nach verschiedenen veröffentlichten Berichte sowie aus persönlicher Bekanntschaft des Verfassers mit vielen Amerikanern und Ausländern, die sich während des Putschs in Santiago befanden.
- 58 *Time*, 30.09.1974.
- 59 **Victor Marchetti** und **John Marks**, THE CIA AND THE CULT OF INTELLIGENCE (New York, 1975), S. 43; **Dinges** und **Landau**, S. 50; **Hersh**, S. 333.
- 60 *Time*, 24.09.1973, S. 46.
- 61 SENATE REPORT, S. 39.
- 62 **Hortensia Bussi de Allende**, a.a.O., S. 64. Sie ergänzt, die Piloten der WB-575 seien die Majore V. Duenas und T. Schull gewesen.
- 63 **Thomas Hauser**, THE EXECUTION OF CHARLES HORMAN (New York, 1978), Kap. 9 und 10, das Buch, auf dem der Film »Vermißt« von Constantin Costa-Gavras basiert.
- 64 *New York Times*, 17.09.1974, S. 22.
- 65 Ebd.
- 66 SENATE REPORT, S. 47; *Washington Post*, 21.10.1973, S. C1.

35 Griechenland 1964-1974

»Ficken Sie doch Ihr Parlament und Ihre Verfassung«, sagte der Präsident der Vereinigten Staaten

»Es ist die beste verdammte Regierung seit Perikles«, erklärte der amerikanische Zwei-Sterne-General.¹ (Die Nachrichten erwähnten nicht, ob er auf einer dicken, fetten Zigarette kaute.)

Die Regierung, von der der gute General so begeistert war, war die der Junta der Obristen, die im April 1967 mit einem Militärputsch an die Macht kam, unmittelbar gefolgt vom traditionellen Kriegsrecht, Zensur, Festnahmen, Schlägen, Folter und Tötungen, deren Opfer sich im ersten Monat auf insgesamt etwa 8000 beliefen. Dies wurde begleitet von der ebenfalls traditionellen Erklärung, daß dies alles getan wurde, um die Nation vor einer »kommunistischen Übernahme« zu bewahren. Korrupte und subversive Einflüsse auf das Leben der Griechen mußten bekämpft werden. Dazu gehörten Miniröcke, lange Haare und ausländische Zeitungen. Kirchenbesuche wurden für junge Leute zwingend.²

Die Repression war so brutal und umfassend in ihrer Umsetzung, daß Dänemark, Norwegen, Schweden und die Niederlande im September 1967 vor die Europäische Kommission für Menschenrechte traten, um Griechenland wegen Verletzung der meisten Konventionen der Kommission anzuklagen. Bevor das Jahr endete, hatte Amnesty International Repräsentanten nach Griechenland gesandt, um über die Situation Nachforschungen anzustellen. Von dort wurde berichtet, daß »Folter als planmäßige Praktik von der Sicherheitspolizei und der Militärpolizei durchgeführt wird.«³

Der Staatsstreich fand zwei Tage vor Beginn der Kampagne für die nationalen Wahlen statt. Es handelte sich um Wahlen, die es als gewiß erscheinen ließen, daß der erfahrene liberale Führer George Papandreou durch sie wieder zum Premierminister ernannt werden würde. Papandreou wurde im Februar 1964 mit der einzigen aufrichtigen Mehrheit in der Geschichte der modernen griechischen Wahlen gewählt. Die üblichen erfolgreichen Verschwörungen, die darauf abzielten, ihn aus dem Amt zu entfernen, hatten unmittelbar begonnen. Es war eine gemeinsame Anstrengung vom Königshof, des griechischen Militärs und des in Griechenland stationierten amerikanischen Militärs und der CIA.

Philip Deane (der Schriftstellernamenname von Gerassimos Gigantes) ist ein Grieche, ehemaliger UN-Beamter, der in dieser Zeit sowohl für König Konstantin als auch als Gesandter der Papandreou-Regierung in Washington arbeitete. Er hat einen ganz persönlichen Bericht über die Verschlagenheit und die Grobheit dieser Verschwörung zur Unterminderung der Regierung und Vergrößerung der Stellung der Militärischen Putschisten geschrieben, und über die rohe Gewalt, die vom CIA in diesem Land ausgeübt wurde.⁴ Wir haben vorher gesehen, wie Griechenland in hohem Maße als ein Stück Eigentum betrachtet wurde, das Washingtons Wünsche erfüllen sollte. Eine Geschichte, die von Deane erzählt wird, illustriert, wie diese Haltung sich nur wenig veränderte und somit die Unsicherheit von Papandreous Position begründet: Bei einer der immerwährenden Dispute zwischen Griechenland und der Türkei über Zypern, die nun auch die NATO erreichte, berief Präsident Johnson den griechischen Botschafter zu sich, um ihm Washingtons »Lösung« zu erklären. Der Botschafter protestierte, daß sie sowohl für das griechische Parlament unakzeptabel wäre als auch gegen die griechische Verfassung gerichtet sei, worauf der Präsident der Vereinigten Staaten antwortete:

»Dann hören Sie mir zu, Herr Botschafter, ficken Sie doch Ihr Parlament und ihre Verfassung! Amerika ist ein Elefant. Zypern ist ein Floh. Wenn diese beiden Flöhe weiterhin den Elefanten jucken, dann könnten sie sehr gut von dem Rüssel des Elefanten geschlagen werden, ziemlich gut geschlagen [...] Wir zahlen viele gute

amerikanische Dollars an die Griechen, Herr Botschafter. Wenn Ihr Premierminister mir einen Vortrag über Demokratie, Parlament und Verfassungen hält, dann werden er, sein Parlament und seine Verfassung wohl nicht sehr lange bestehen bleiben.«⁵

Im Juli 1965 wurde George Papandreou schließlich durch das königliche Hoheitsrecht aus dem Amt manövriert. Der König bildete eine Koalition aus Abgeordneten der Zentrumsunion (Papandreous Partei), die sich losgesagt hatten, und Rechten, die hinter den Kulissen warteten, um eine neue Regierung zu bilden. Später ist von einem Beamten des Außenministeriums offenbart worden, daß der Niederlassungsleiter der CIA in Athen, John Maury, »1965 zugunsten des Palastes arbeitete. Er half König Konstantin, Abgeordnete der Zentrumsunion zu kaufen, so daß die Regierung von Georges Papandreou kippte.«⁶

Danach regierten nahezu zwei Jahre lang verschiedene kurzlebige Kabinette, bis es nicht mehr länger möglich war, zu verhindern, daß die von der Verfassung vorgeschriebenen Wahlen abgehalten wurden.

Was den Gegnern von Georges Papandreou am meisten Sorgen bereitete, war sein Sohn. Andreas Papandreou, der Chef der wirtschaftlichen Fakultät an der University of California in Berkely und Minister im Kabinett seines Vater war, war ausersehen für eine führende Rolle in der neuen Regierung. Aber er war keineswegs der Radikale mit großen Augen. In den Vereinigten Staaten war Andreas Anhänger von im Kern moderaten Liberalen wie Adlai Stevenson und Hubert Humphrey.⁷ Seine wirtschaftlichen Ansichten, schrieb der *Washington-Post*-Kolumnist Marquis Child, »waren die des amerikanischen New Deals.«⁸

Aber Andreas Papandreou verbarg nicht seinen Wunsch, Griechenland aus dem Kalten Krieg herauszunehmen. Er hinterfragte öffentlich, ob es weise wäre, daß das Land in der NATO oder zumindest als Satellit der Vereinigten Staaten verbleiben würde. Er tendierte zur Aufnahme von Beziehungen mit der Sowjetunion und anderen kommunistischen Ländern an der griechischen Grenze. Er argumentierte, daß die aufgeblähten amerikanischen Militär- und Geheimdienst-Teams in Griechenland die Handlungsfreiheit der Nation kompromittierten. Und er betrachtete die griechische Armee als eine Bedrohung für die Demokratie. Er wollte sie von ihren diktatorischsten und royalistischsten ranghöchsten Offizieren säubern. Andreas Papandreou bellte lauter, als er biß, wie seine spätere Präsidentschaft weitgehend demonstrieren sollte.⁹ (Er zog zum Beispiel Griechenland nicht aus der NATO oder US-Basen aus Griechenland heraus). Die Philosophie in Lyndon Johnsons Washington lautete: Wenn Du Dich nicht ohne Fragen zu stellen für uns einsetzt, bist Du unser Feind. Johnson hatte den Eindruck, daß Andreas, der ein naturalisierter US-Bürger geworden war, »Amerika verraten« hatte. Lyndon B. Johnson sagte:

»Wir haben dem Hurensohn die amerikanische Staatsbürgerschaft verliehen, nicht wahr? Er war ein Amerikaner, mit allen Rechten und Privilegien. Und er hatte der Fahne Treue geschworen. Und dann gab er seine amerikanische Staatsbürgerschaft auf. Er ging zurück, um einfach nur Grieche zu sein. Du kannst keinem Mann trauen, der seinen Treueschwur auf die Fahne dieser Vereinigten Staaten bricht.«¹⁰

Was sollen wir also mit der Tatsache anfangen, daß von Andreas Papandreou später berichtet wurde, daß er in den frühen 60er Jahren mit der CIA zusammengearbeitet hatte. Er kritisierte die Veröffentlichung des Berichts, aber er dementierte den Vorwurf nicht.¹¹ Wenn es tatsächlich stimmen würde, so wäre das zu dieser Zeit nicht unvereinbar damit gewesen, politisch ein Liberaler zu sein. Es war nur unvereinbar, wie er später lernte, mit seiner Verpflichtung gegenüber einem von der Außenpolitik der USA unabhängigen Griechenland.

Was den älteren Papandreou anbetraf, so waren seine antikommunistischen Beglaubigungsschreiben, die auf seine Rolle als von den Briten eingesetzten Premierminister während des Bürgerkrieges gegen die Linke 1944-1945 zurückgingen, einwandfrei. Aber auch ihn beschäftigte die Frage der Unabhängigkeit von der westlichen Supermacht. Er lehnte es ab, sich unter Johnsons Druck zu verbiegen, um mit der Türkei

einen Kompromiß über Zypern zu schließen. Er nahm eine Einladung nach Moskau an, und als seine Regierung sagte, daß sie sowjetische Hilfe zur Vorbereitung für einen möglichen Krieg mit der Türkei akzeptieren würde, verlangte die US-Botschaft eine Erklärung. Darüber hinaus begann Papandreou versuchsweise damit, die alten Wunden des Bürgerkrieges zu heilen, gewisse zivile Freiheiten wieder einzuführen und einige von den Personen in Griechenland wieder zuzulassen, die in der Zeit des Bürgerkrieges gegen die Regierung gekämpft hatten.¹²

Als Andreas Papandreou 1964 sein Ministeramt antrat, war er schockiert zu entdecken, was für jeden technisch-industriellen Staat in der Welt zum Standard wurde: ein wildgewordener Nachrichtendienst, eine Schattenregierung mit einer Macht jenseits der Kontrolle der ernannten Führer der Nation. Das, so dachte Papandreou, war verantwortlich für viele der Hindernisse, die der Regierung entgegenstanden, wenn diese versuchte, ihre Politik durchzusetzen.¹³

Der griechische Nachrichtendienst KYP wurde, wie wir gesehen haben, im Verlaufe des Bürgerkrieges vom OSS bzw. von der CIA gegründet, wobei Hunderte seiner Offiziere eine Schulung in den Vereinigten Staaten erhielten. Einer dieser Männer, George Papadopoulos, war der Führer der Junta, die 1967 die Macht ergriff. Andreas Papandreou fand heraus, daß die KYP routinemäßig Gespräche der Minister abhörte und die Daten an die CIA weitergab. (Viele westliche Nachrichtendienste haben die CIA lange mit Informationen über ihre eigene Regierung und Bürger versorgt, und die CIA hatte bei Gelegenheit das gleiche umgekehrt gemacht. Der Charakter vieler dieser Informationen war dergestalt, daß, wenn ein normaler Bürger diese an eine fremde Macht weitergegeben hätte, er wegen Verrates angeklagt werden konnte.)

Infolge dieser Entdeckung entließ der jüngere Papandreou zwei Top-KYP-Männer und ersetzte sie durch verlässliche Offiziere. Der neue Direktor bekam die Anweisung, das Kabinett vor einer Überwachung zu schützen. »Er kam zurück«, erinnert sich Papandreou, »um sich zu entschuldigen, daß er dies nicht tun könne. Die ganze Ausrüstung war amerikanisch, kontrolliert von der CIA oder von Griechen unter CIA-Aufsicht. Es gab keine Art der Unterscheidung zwischen den beiden Diensten. Sie ahmten Tätigkeiten in einer Beziehung von Ebenbildern nach. Tatsächlich waren sie eine einzige Agentur.«¹⁴

Andreas Papandreous Befehl, das Verwanzen des Kabinetts abzustellen, veranlaßte den stellvertretenden Missionschef der US-Botschaft, Norbert Anshutz, ihn zu besuchen. Anshutz, der mit der CIA in Verbindung stand, verlangte, daß Papandreou den Befehl zurücknimmt. Andreas verlangte, daß der Amerikaner sein Büro verläßt, was er tat, aber nicht ohne davor zu warnen, daß »das Konsequenzen haben würde.«¹⁵

Papandreou veranlaßte dann, daß das Haus und die Büros des neuen stellvertretenden Direktors der KYP vollständig auf elektronische Geräte durchsucht wurden. »Nicht sehr viel später«, sagt Andreas, »entdeckten wir, daß er einfach nur eine Menge neuer Wanzen angebracht hatte. Sieh einer an, da hatten wir uns einen anderen amerikanischen bezahlten Geheimpolizisten als unsere Nummer Zwei ins Haus geholt.«¹⁶

Andreas bemühte sich, den Geldfluß vom CIA zur KYP, der nicht über ein griechisches Ministerium lief, zu stoppen. Dieser Versuch scheiterte zwar, aber es gelang ihm, den Mann zu versetzen, der einige Jahre lang als Verbindungsmann zwischen den beiden Agenturen arbeitete. Diese Person war George Papadopoulos. Die Veränderung in seiner Stellung scheint jedoch nicht viel mehr als eine Formalität gewesen zu sein, denn die Organisation nahm immer noch Befehle von ihm entgegen. Sogar danach bekamen Politiker der Opposition, die vor dem Putsch um das Gehör (oder die Börse) von James Potts, dem (stellvertretenden) CIA-Chef in Athen, baten, oft gesagt: Sehen Sie, George – das ist mein Junge!«¹⁷

Marquis Childs berichtet, daß Mitte Februar 1967 im Weißen Haus ein Treffen stattfand, um CIA-Berichte zu besprechen, die »keinen Zweifel daran ließen, daß ein Militärputsch in Vorbereitung war. Es hätte kaum ein Geheimnis sein können. Seit 1947 haben die griechische Armee und die amerikanische Militärhilfsgruppe in Athen, die sich

auf mehrere Hundert beliefen, als Teil desselben Teams zusammengearbeitet. Die schwerwiegende Frage war, ob durch irgendeine subtile politische Intervention den Putsch abgewendet werden könnte« und so die parlamentarische Regierung erhalten bleiben konnte. Es wurde entschieden, daß es keine alternativen Handlungsmöglichkeiten gab. Nach den Aussagen eines anwesenden, sich erinnernden, höherrangigen Zivilisten, schloß Walt Rostow, der Berater des Präsidenten für Fragen der nationalen Sicherheit, die Sitzung mit diesen Worten:

»Ich hoffe, Sie verstehen, meine Herren, daß das, was wir hier beschlossen haben oder eher zu beschließen versäumten, den weiteren Verlauf der Ereignisse in Griechenland unvermeidlich macht.«¹⁸

Eine CIA-Aufzeichnung, datiert auf den 23.01.1967, bezeichnete besonders die Papadopoulos-Gruppe als eine den Staatsstreich planende Organisation und beschrieb offensichtlich das, was in der Februar-Sitzung besprochen wurde.¹⁹

Von dem Klüngel der fünf Offiziere, die im April die Macht übernahmen, waren, wie berichtet wird, vier eng mit dem amerikanischen Militär oder der CIA in Griechenland verbunden. Der fünfte Mann kam dazu wegen der Panzereinheiten, die er befehligte.²⁰ George Papadopoulos tauchte als *de-facto*-Führer auf und nahm später im Jahr den Titel des Premierministers an.

Das Schlagwort unter den alten Herren in der US-Militärmission in Griechenland war, daß Papadopoulos »der erste CIA-Agent war, der Premier in einem europäischen Land wurde.« Charles Foley berichtete im Londoner *The Observer*:

»Viele Griechen betrachten das als die schlichte Wahrheit.«²¹

Zur Zeit des Putsches stand Papadopoulos seit etwa 15 Jahren auf der Gehaltsliste der CIA.²² Einer der Gründe für das Gelingen ihrer Ehe mag Kolonel Papadopoulos Zweite-Weltkriegs-Akte gewesen sein. Als die Deutschen in Griechenland einfielen, diente Papadopoulos als Hauptmann in den Sicherheits-Bataillonen der Nazis, deren Hauptaufgabe darin bestand, die griechischen Widerstandskämpfer niederzuschlagen.²³ Er glaubte, so wird gesagt, fest an Hitlers »Neue Ordnung.« Seine spätere Akte trug in der Zeit, als er an der Macht war, wenig dazu bei, Zweifel an dieser Behauptung aufkommen zu lassen. Foley schreibt, daß, als er gegenüber einem amerikanischen Militärberater, den er auf einer Party in Athen traf, den Pro-Deutschen Hintergrund des Führers der Junta erwähnte und der Amerikaner daraufhin andeutete, daß dies mit Papadopoulos' Unterwürfigkeit unter US-Wünsche im Zusammenhang stünde:

»George ist von großem Nutzen, weil es in Washington Dokumente gibt, die er nicht gerne entdeckt sehen würde.«²⁴

Foley erzählt, daß unter Papadopoulos:

»intensive offizielle Propaganda den Kommunismus als den einzigen Feind beschrieb, den Griechenland jemals gehabt hatte und die deutsche Besetzung insoweit verharmloste, daß Greuelthaten der Nazis als von den Kommunisten provoziert angesehen wurden. Das Umschreiben der Geschichte zeigt die Sorge des Diktators, daß seine Rolle während des Zweiten Weltkrieges ans Licht kommen könnte.«²⁵

Im Rahmen dieser Geschichtsklitterung wurden aus Mitgliedern des Sicherheitsbataillons »Helden des Widerstandes.«²⁶

Es war jedoch Folter, die den siebenjährigen griechischen Alptraum unauslöschlich prägte. James Becket, ein amerikanischer Rechtsanwalt, der von Amnesty International nach Griechenland geschickt wurde, schrieb im Dezember 1969, daß »eine herkömmliche Schätzung« die Anzahl der gefolterten Menschen »bei nicht weniger als 2000 ansetzen würde.«²⁷ Es war eine abstoßende Aufgabe für Becket, mit einigen der Opfer zu sprechen:

»Die Menschen wurden gnadenlos gefoltert, einfach nur, weil sie im Besitz eines Flugblattes waren, das das Regime kritisiert. Brutalität und Grausamkeit auf einer Seite, Frustration und Hilflosigkeit auf der anderen. Sie wurden gefoltert und es konnte nichts geändert werden. Es war wie einem Freund zuzuhören, der Krebs

hat. Welchen Trost, welchen weisen Rat kann jemand geben, dem es selbst gut geht? Folter mag vielleicht nur eine kurze Zeit dauern, aber die Person wird niemals wieder dieselbe sein.«²⁸

Becket berichtete, daß einige Folterer Gefangenen gesagt hatten, daß einiges von ihrer Ausrüstung als US-Militärhilfe gekommen war: eine spezielle »dicke weiße Doppelkabelpeitsche war so ein Ausrüstungsgegenstand; ein anderer war eine Kopfschraube, bekannt als »eiserner Kranz«, die um Kopf oder Ohren nach und nach fester gezogen wurde.²⁹

Die Delegation von Amnesty beschrieb eine Anzahl anderer Foltermethoden, die häufig benutzt wurden. Unter ihnen waren:

- a) Die Sohlen der Füße mit einem Stock oder einem Rohr zu schlagen. Nach vier Monaten waren die Sohlen eines Gefangenen mit einem dicken Narbengewebe bedeckt. Ein anderer wurde durch gebrochene Knochen verkrüppelt.
- b) Zahlreiche Vorfälle von sexuell orientierter Folter: Finger oder einen Gegenstand in die Vagina stoßen, drehen und brutal wieder herausreißen; das gleiche mit dem Anus. Oder ein Schlauch wird in den Anus gesteckt und Wasser unter sehr hohem Druck hineingetrieben.
- c) Knebeltechniken: die Kehle wird so ergriffen, daß die Luftröhre abgeschnitten wird, oder ein filziger Lumpen wird in die Kehle hineingedrückt, oft in Urin getränkt, manchmal mit Exkrementen.
- d) Ausreißen von Haar aus dem Kopf und aus der Schamregion.
- e) Springen auf den Magen.
- f) Fuß- und Fingernägel herausziehen³⁰

Das waren nicht die schlimmsten. Das schlimmste ist, was man in den vielen individuellen Aussagen liest. Aber diese sind einfach zu lang, um hier wiederholt zu werden.³¹

Die Antwort der Junta auf den ersten Amnesty-Bericht bestand darin, zu erklären, daß die Beschuldigungen vom »Internationalen Kommunismus« ausgingen – und Public-Relations-Firmen in New York und London anzuheuern, ihr Image aufzupolieren.³²

1969 befand die Europäische Menschenrechtskommission Griechenland wegen Folter, Mord und anderen Verletzungen für schuldig. Aus diesen Gründen und besonders wegen der Abschaffung der parlamentarischen Demokratie durch die Junta traf der Europarat – ein beratendes Gremium von zu jener Zeit 18 europäischen Staaten, das unter die Kommission fällt – Vorbereitungen, Griechenland auszuschließen. Der Rat wies kategorisch Griechenlands Behauptung zurück, daß die Gefahr einer kommunistischen Übernahme bestanden hätte. Amnesty International berichtete später, daß die Vereinigten Staaten, obwohl nicht Teil des Rates, aktiv diplomatischen Druck auf Mitgliedsstaaten ausübten, gegen den Ausschluß zu stimmen. Nichtsdestotrotz berichtete die *New York Times*, während der Rat beriet, daß »das Außenministerium heute sagte, daß die Vereinigten Staaten es entschieden vermieden hatten, irgendeine Position bezüglich des Verbleibens von Griechenland im Europäischen Rat einzunehmen.« Die europäischen Mitglieder, sagte Amnesty, glaubten, daß nur die Vereinigten Staaten die Macht hatten, Veränderungen in Griechenland herbeizuführen, dennoch entschieden sie sich nur, die Junta zu verteidigen.³³

Zum spezifischen Thema der Folter schlußfolgerte der Amnesty-Bericht, daß:

es die amerikanische Politik zur Folterfrage, so wie sie in offiziellen Stellungnahmen und offiziellen Aussagen ausgedrückt wurde, war, diese wo möglich zu dementieren oder sie herunterzuspielen, wo ein Dementi nicht möglich war. Diese Politik war das Ergebnis der generellen Unterstützung für das Militärregime.³⁴

Als die Angelegenheiten durchsickerten, ging Griechenland hinaus, bevor der Rat den Ausschluß endgültig beschließen konnte.

In einer zunehmend feindselig gewordenen Welt war die Unterstützung der machtvollsten Nation der Welt unbedingte Voraussetzung für die griechische Junta. So sagte der amerikanische Botschafter in Griechenland, Henry Tasca, »Das ist die antikommunistischste Gruppe, die es gibt. Es gibt einfach keinen Platz wie Griechenland, der solche Einrichtungen anbietet, mit einem Rückhalt der Art von Regierung, wie Sie sie hier haben.« (»Sie«, nicht »Wir«, bemerkte der Reporter, »war die einzige Ausrede.«)³⁵

Die Einrichtungen, auf die der Botschafter sich bezog, waren Dutzende von US-Militäreinrichtungen, von Atomraketenbasen bis hin zu Hauptkommunikations-Standorten, in denen Zehntausende amerikanische Serviceleute untergebracht waren. Die Vereinigten Staaten belieferten umgekehrt die Junta weitgehend mit Militärgütern – trotz eines offiziellen Kongreßembargos – sowie mit Polizeiausrüstung, die von den griechischen Behörden gebraucht wurden, um ihre rigide Kontrolle aufrechtzuerhalten.

In einem Versuch, das Embargo formell zu beenden, bat die Nixon-Regierung Papadopoulos, eine Geste hin zu einer verfassungsmäßigen Regierung zu machen, auf die das Weiße Haus dann hinweisen könnte. Der griechische Premierminister mußte überzeugt werden, sagte ein geheimes Dokument des Weißen Hauses, daß die Administration jede solcher Gesten »für bare Münze nehmen würde und sie vorbehaltlos annehmen« werde.³⁶

US-Vizepräsident Spiro Agnew, auf Besuch im Land seiner Vorfahren, sah sich dazu veranlaßt, die »Leistungen« der griechischen Regierung und ihre konstante Zusammenarbeit mit den US-Bedürfnissen und -wünschen« zu rühmen.³⁷ Eine der befriedigten Bedürfnisse, die Agnew im Sinn gehabt haben mag, war der Beitrag von 549.000 Dollar, den die Junta zur Nixon-Agnew Wahlkampagne geleistet hatte. Abseits von irgendwelchen anderen Betrachtungen wurde gemutmaßt, daß dies Geld war, welches der Junta von der CIA gegeben wurde und seinen Weg zurück nach Washington fand. Eine Untersuchung des Senats zu dieser Frage wurde auf direktes Verlangen von Henry Kissinger plötzlich eingestellt.

Vielleicht fängt nichts besser die Mystik der Bindung ein, die die Griechen zu ihren amerikanischen Wächtern hatten, als die Geschichte, die über Chefinspektor Basil Lambrou, einem von Athens wohlbekannten Folterern, erzählt wurde:

Hunderte von Gefangenen haben die kleine Ansprache angehört, die Inspektor Basil Lambrou gehalten hat, der hinter seinem Pult sitzt, das das rote, weiße und blaue Händedruck-Symbol amerikanischer Hilfe entrollt. Er versucht, dem Gefangenen die absolute Nutzlosigkeit von Widerstand zu zeigen: »Ihr macht Euch lächerlich, wenn Ihr denkt, daß Ihr irgendetwas tun könnt. Die Welt ist zweigeteilt. Es gibt die Kommunisten auf jener Seite und auf dieser Seite die Freie Welt. Die Russen und die Amerikaner, sonst niemand. Was sind wir? Amerikaner. Hinter mir steht die Regierung, hinter der Regierung steht die NATO, hinter der NATO steht die USA. Ihr könnt nicht gegen uns kämpfen, wir sind Amerikaner.«³⁸

Amnesty International fugt hinzu, daß einige Folterer ihren Opfern Dinge sagten wie:

»Die Menschenrechtskommission kann Dir jetzt nicht helfen [...] Das Rote Kreuz kann nichts für Dich tun [...] Sag ihnen allen, das wird nichts Gutes bringen, Ihr seid hilflos.«

»Von Anfang an hatten die Folterer gesagt«, so sagte Amnesty International, »daß die Vereinigten Staaten sie unterstützten, und das war es, was zählte.«³⁹

Im November 1973 endete ein Streit im engsten Kreis der Griechen in der Entfernung von Papadopoulos und seiner Ersetzung durch Kolonel Demetrios Ioannidis, dem Kommandeur der Militärpolizei, einem Folterer, Absolvent der amerikanischen Schulung in anti-subversiven Techniken, einem Vertrauten der CIA.⁴⁰ Ioannidis ernannte einen greco-Amerikaner, A. Androutopoulos, zum Premierminister, der als offizieller Angestellter der CIA nach dem Zweiten Weltkrieg nach Griechenland kam, eine Tatsache, deren sich Herr Androutopoulos oft rühmte.⁴¹

Acht Monate später stürzte das Ioannidis-Regime die Regierung von Zypern. Es war eine fatale Fehlkalkulation. Die Türkei fiel in Zypern ein und führte in Athen als Ergeb-

nis dazu, daß das Militär einer zivilen Regierung Platz machte. Der griechische Alptraum fand ein Ende.

Vieles von der Geschichte der amerikanischen Komplizenschaft beim Putsch 1967 und seiner Nachwehen dürfte niemals bekannt werden. Innerhalb der Prozesse 1975 gegen die Junta-Mitglieder und Folterer bezogen sich viele Zeugen auf die Rolle der Amerikaner. Dies mag der Grund dafür gewesen sein, daß eine separate Untersuchung dieses Aspekts vom griechischen Berufungsgericht angesetzt wurde.⁴² Aber es scheint, daß keine Information, die sich aus dieser Untersuchung ergab – wenn sie tatsächlich stattfand – je bekanntgegeben wurde. Philip Deane wurde, als er für einige Monate nach Griechenland zurückkehrte, nachdem die zivile Regierung an die Macht kam, mitgeteilt, daß »um der Erhaltung von guten Beziehungen mit den USA willen der Beweis für die Komplizenschaft der USA nicht vollständig öffentlich gemacht werden würde«⁴³

Andreas Papandreou wurde während des Putsches verhaftet und für acht Monate im Gefängnis festgehalten. Kurz nach seiner Freilassung besuchten er und seine Frau Margaret den amerikanischen Botschafter Phillips Talbot in Athen. Papandreou erzählte das Folgende:

Ich fragte Talbot, ob Amerika in der Nacht des Putsches hätte intervenieren können, um den Tod der Demokratie in Griechenland zu verhindern. Er dementierte, daß sie irgend etwas daran hätten machen können. Dann stellte Margaret eine kritische Frage: Was, wenn der Staatsstreich ein kommunistischer oder linker Staatsstreich gewesen wäre? Talbot antwortete ohne Zögern. Dann natürlich hätten sie interveniert und sie hätten den Putsch zermalmt.⁴⁴

Anmerkungen zu Kapitel 35

- 1 *The Observer* (London), 01.07.1973, ein Artikel von **Charles Foley**.
- 2 Zu den Handlungen der Junta vgl. **James Becket**, BARBARISM IN CREECE (New York, 1970), S. 1; **Bernard Nossiter**, »Saving Greece from the Greeks«, NEW REPUBLIC (Washington), 20.05.1967, S. 10; *The Nation* (New York), 22.05.1967, S. 644.
- 3 **Becket**, S. 90 (aus dem Bericht von Amnesty International vom 27.01.1968).
- 4 **Philip Deane**, I SHOULD HAVE DIED (Atheneum, New York, 1977), S. 92-124. Dies beruht auf Gesprächen mit Griechen und Amerikanern, die in die Verschwörung verwickelt waren oder ihr nahestanden, und auf Zitaten aus den Aussagen von Juntamitgliedern und Folterern bei ihren Prozessen im Jahre 1975.
- 5 Ebd., S. 113-114.
- 6 *New York Times*, 02.08.1974, S. 3; vgl. auch *Newsweek*, 12.08.1974, S. 36, dazu, wie die CIA vor dem Staatsstreich Politiker und Stimmen in Griechenland kaufte.
- 7 **Stephen Rousseas**, »The Deadlock in Greece«, *The Nation* (New York), 27.03.1967, S. 392.
- 8 *Washington Post*, 15.05.1967, S. A18.
- 9 Zu den politischen Ansichten Andreas Papandreous vgl. **Nossiter**, S. 9; **Deane**, S. 116; **Lawrence Stern**, THE WRONG HORSE: THE POLITICS OF INTERVENTION AND THE FAILURE OF AMERICAN DIPLOMACY (New York Times Books, 1977), S. 20-30.
- 10 **Deane**, S. 116-117.
- 11 *New York Times*, 02.08.1974, S. 3; 03.08.1974, S. 4.
- 12 Zu George Papandreou vgl. **Rousseas**, S. 390-391; **Nossiter**, S. 9; **Deane**, S. 115.
- 13 *The Observer*, a.a.O.
- 14 Ebd.; vgl. auch **Deane**, S. 96 zum Abhören von Ministern.
- 15 **Deane**, S. 96, nennt Andreas Papandreou als Quelle. **Julius Mader**, WHO'S WHO IN CIA (Selbstverlag, [Ost-]Berlin, 1968), S. 34, behauptet, Anschuetz habe während des Zwei-

ten Weltkriegs im militärischen Geheimdienst der US-Armee gedient und sei 1950 in die CIA eingetreten. Allerdings ist dieses Buch nicht immer zuverlässig.

- 16 *The Observer*, a.a.O.
- 17 Ebd.; **Deane**, S. 96; **Becket**, S. 13.
- 18 *Washington Post*, 15.05.1967, S. A18.
- 19 **Stern**, S. 42-43.
- 20 *The Observer*, a.a.O.
- 21 Ebd.
- 22 *New York Times*, 02.08.1974, S. 1; **Deane**, S. 96.
- 23 *The Observer*, a.a.O.; **Deane**, S. 126.
- 24 *The Observer*, a.a.O.
- 25 Ebd.
- 26 **Becket**, S. 8.
- 27 Ebd., S. 10.
- 28 Ebd., S. XI.
- 29 Ebd., S. 15.
- 30 Ebd., S. 91.
- 31 Vgl. z.B. **Becket**, S. 18-85; **Deane**, S. 128-133; **Amnesty International**, TORTURE IN GREECE: THE FIRST TORTURERS' TRIAL IN 1975 (London, 1977), passim.
- 32 **Becket**, S. 4 und 115.
- 33 **Amnesty International**, REPORT ON TORTURE (London, 1973), S. 93-94. Vgl. auch **Deane**, S. 119 zum betrügerischen Charakter der Behauptungen der Junta über eine kommunistische Bedrohung vor dem Staatsstreich. Zur Erklärung des Außenministeriums vgl. *New York Times*, 11.12.1969.
- 34 REPORT ON TORTURE, a.a.O., S. 77, S. 88, 89, 95, 98, zu ausgewählten Beispielen dessen, worauf sich Amnesty bezog.
- 35 *The Observer*, a.a.O.
- 36 **Seymour Hersh**, KISSINGER: THE PRICE OF POWER (Simon & Schuster/Summit Books, New York, 1983), S. 140.
- 37 *The Observer*, a.a.O.
- 38 **Becket**, S. 16; vgl. auch S. 127.
- 39 REPORT ON TORTURE, a.a.O., S. 96.
- 40 **Deane**, S. 134; *New York Times*, 02.08.1974, S. 1.
- 41 **Deane**, S. 134,
- 42 *New York Times*, 07.09.1975, S. 6.
- 43 **Deane**, S. 125.
- 44 **Andreas Papandreou**, DEMOCRACY AT GUNPOINT: THE GREEK FRONT (New York, 1970), S. 294.

36 Bolivien 1964 bis 1975

Che Guevara im Land des coup d'état zur Strecke bringen

Victor Paz Estenssoro wurde, als er wieder einmal durch einen neuen Militärputsch entmachtet wurde, vor eine Wahl gestellt. »Er könnte«, so sagte ihm einer seiner Offiziere, »entweder zum Friedhof oder zum Flughafen gebracht werden.« Der Präsident entschied sich, nach Lima und ins Exil zu fliegen.*

* Die Darstellung der Ereignisse, die zum Staatsstreich des Jahres 1964 führten, stützt sich vor allem auf folgende Quellen: a) **Cole Blasier**, »The United States and the Revolution« in **James M. Malloy** und **Richard Thorn** (Hrsg.), *BEYOND THE REVOLUTION: BOLIVIA SINCE 1952* (University of Pittsburgh Press, 1971), S. 90-105; b) **James Dunkerley**, *REBELLION IN THE VEINS: POLITICAL STRUGGLE IN BOLIVIA 1952-1982* (London, 1984), S. 112-119; c) **Lawrence Whitehead**, *THE UNITED STATES AND BOLIVIA: A CASE OF NEO-COLONIALISM* (London, 1969), S. 11-25; d) **Christopher Mitchell**, *THE LEGACY OF POPULISM IN BOLIVIA: FROM THE MNR TO MILITARY RULE* (New York, 1977), Kap. 5; e) **William H. Brill**, *MILITARY INTERVENTION IN BOLIVIA: THE OVERTHROW OF PAZ ESTENSSORO AND THE MNR* (Washington, 1967), S. 18-47.

Der Mann, der den Putsch im November 1964 anführte und Paz ersetzte, war niemand anderes als sein Vize-Präsident, General René Barrientos Ortuno. In 139 Jahren seit der Unabhängigkeit von Spanien war dies der 185. Regierungswechsel. Die wenigsten davon als Ergebnis von Wahlen, die Mehrheit dagegen durch Militärputsche.¹

Paz wurde trotz der Unterstützung durch den amerikanischen Botschafter, Douglas Henderson, des Amtes enthoben, weil zufällig sowohl die CIA als auch das Pentagon den Präsidenten aus dem Amt entfernen wollten. Barrientos, der ehemalige Kommandant der Luftstreitkräfte, hatte eine enge Beziehung mit den beiden Institutionen aufgebaut, vor allem durch die Person von Oberst Edward Fox, seinem »Flugausbilder und Trinkkumpan«, die auf die Tage der Militärausbildung des Bolivianers in den Vereinigten Staaten zurückgingen. Im Jahre 1964 fand Fox sich in der bolivianischen Hauptstadt La Paz wieder und arbeitete mit der CIA zusammen, obwohl er offiziell als Militärattaché geführt wurde.²

Es überrascht nicht, daß Kuba einer der wunden Punkte zwischen dem amerikanischen Colonel und dem bolivianischen Präsident war. Paz hatte sich der amerikanischen Politik direkt entgegengestellt, indem er gegen Kubas Ausschluß aus der Organisation der Amerikanischen Staaten 1962 stimmte, indem er es ablehnte, sich zwei Jahre später den OAS-Sanktionen gegen die Castro-Regierung anzuschließen und indem er dagegen war, die diplomatischen Beziehungen zu Havanna abubrechen. Erst im August 1964, als sich die bolivianisch-amerikanischen Beziehungen »gerade kurz vor einem offenen Streit«³ befanden, brach Paz schließlich mit der *bête noire* (wörtlich: »Schwarzes Tier«, d.h. dem Feindbild, Anm. d. Übers.) der Vereinigten Staaten. Ein Leitartikel der *New York Times* beobachtete:

»Es ging darum, sich entweder anzupassen oder eine Kürzung der Entwicklungshilfe der Vereinigten Staaten zu riskieren.«⁴

Die Versuche der bolivianischen Regierung, Wirtschaftshilfe und Investitionen von anderen Ländern als den Vereinigten Staaten anzuziehen – wie der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Jugoslawien – war eine weitere Quelle für Reibereien zwischen den beiden Ländern. Auch hier fügten sich die Bolivianer schließlich.⁵

Obwohl Fox und Botschafter Henderson über die Frage, ob Paz im Amt bleiben sollte, gespalten waren – tief gespalten, so wurde gesagt –⁶ waren beide unruhig wegen der politischen und wirtschaftlichen Macht, die die Zinn-Minenarbeiter und ihr Führer Juan Lechín ausübten, der ehemalige Vize-Präsident, der ein offener Kandidat für Paz' Job war. Die Minenarbeiter kontrollierten ihre eigene Region des Landes. Sie hatten ihre eigene Radiostation und ihre eigene bewaffnete Miliz, sie opponierten intensiv gegen das Militär, und sie wurden als eine möglicherweise radikalere Kraft als der Präsident ange-

sehen. Ein lebhafter viermonatiger Streik in den Minen Mitte 1963, der Krisenausmaße annahm, könnte nur dazu gedient haben, die Alarmglocken in der amerikanischen Botschaft lauter klingeln zu lassen. Der Minenminister unter Paz, René Zavaleta Mercado, schrieb später, daß »über eineinhalb Jahre lang die amerikanische Botschaft, in der Form von Mr. Henderson, mit nahezu wöchentlicher Regelmäßigkeit darauf drängte, daß die Armee in die Bergbauregionen geschickt werden sollte, und drohte, daß andernfalls (ein amerikanisches Finanzprogramm für die Minen) aufgehoben würde.«⁷

Paz erkannte die Herausforderung an seine eigene Rolle, vor die er von den Minenarbeitern und Lechín gestellt wurde, aber der wahrscheinliche politische Schaden, der aus einer bewaffneten Intervention folgen würde, war mehr, als er zu riskieren willens war.

Die bloße Existenz einer Armee, die gegen die Bergarbeiter eingesetzt werden sollte, ist den amerikanischen Anstrengungen zu verdanken, die dazu beitrugen, die erschütterten bolivianischen Streitkräfte wieder aufzubauen. 1952 ist das Seltene geschehen – eine bewaffnete Volksrevolte hatte das Militär geschlagen, die Oligarchie beseitigt, die Zinnminen verstaatlicht, Landreformen durchgeführt und eine neue Regierung unter dem **Movimiento Nacionalista Revolucionario** (Nationalistische Revolutionsbewegung) gebildet. Die MNR reduzierte das Militär auf eine kleine, machtlose Streitmacht mit schlechtem Ruf und forderte gleichzeitig »Volksmilizen.« Jahrzehnte von Staatsstreichen und anderen Mißbräuchen hatten innerhalb der bolivianischen Bevölkerung ein starkes anti-militärisches Gefühl wachsen lassen. Trotz der Bitten gewisser Teile der Linken wurden die traditionellen Streitkräfte jedoch nicht vollends zerschlagen. Das sollte sich als fataler Irrtum für die MNR und die gerade erst flügge gewordenen demokratischen Institutionen des Landes herausstellen.

Vor allem, um als Gegengewicht gegen die Stärke der Milizen zu dienen und wegen des amerikanischen Drucks hatten sowohl Paz als auch sein Vorgänger, wenn auch widerwillig, die langsame aber sichere Verjüngung des Militärs erlaubt. Unter US-Führung wurde die bolivianische Armee die erste in Lateinamerika, die ein »ziviles Aktions«-Programm startete, mit dem Bauen von Straßen, Schulen usw., ersonnen, um ihr Image in der Bevölkerung aufzupolieren. Kurz nach dem Putsch schrieb die *New York Times*:

»Kein Land in der westlichen Hemisphäre ist abhängiger von der Hilfe Washingtons, und nirgendwo haben die Vereinigten Staaten eine intensivere Rolle beim Schaffen von Fakten gespielt.«⁸

Washington benutzte seine machtvollen wirtschaftlichen Hebel, um eine deutlich günstigere Regierungspolitik dem Militär gegenüber durchzuführen – eine, die es den USA erlaubte, die Streitkräfte zu »professionalisieren.« Mehr Geld folgte, mehr Rekruten, neue Ausrüstung. Ausgesuchte Offiziere wurden zur Ausbildung in die Vereinigten Staaten geschickt, politische Indoktrinationskurse für Offiziere, die von MNR-Anhängern und -Akademikern gegeben wurden, durften fallengelassen werden und wurden ersetzt durch Indoktrination an der *US School of the Americas* in der Panamakanalzone. 1964 hatten etwa 1200 bolivianische Offiziere und Männer eine Ausbildung entweder in den Vereinigten Staaten oder in Panama genossen, einschließlich 20 von den 23 hochrangigsten Armeeeoffizieren. Das Militär ist einen langen Weg gegangen, um seine vorherige Größe und Effizienz, sein Prestige und seine Unabhängigkeit wiederzugewinnen.⁹

Die *Washington Post* beobachtete 1968:

»Die School of the Americas zählt so viele wichtige lateinamerikanische Offiziere wie alte Herren [...] daß sie in ganz Lateinamerika bekannt ist als die »escuela de golpes« oder Schule des Staatstreiches.«¹⁰

Ob die amerikanische Motivation, das Militär wiederzubeleben, von einem Wunsch nach einer eventuellen militärischen Übernahme herrührte, ist unmöglich zu sagen. Zumindest bezeugt es ein grundsätzliches Mißtrauen gegenüber der bolivianischen Revolution mit ihrem Potential an wirklicher Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten. Das Pentagon hat das Militär von Lateinamerika lange als seinen natürlichen Partner gesehen, den eigentlichen »Nationenbauer.« Diese Überzeugung wurde von Oberst Tru-

man F. Cook von der Amerikanischen Militärmission in Bolivien im Vorwort zu einem Pamphlet über die Verwendung der Armee bei zivilen Aktionsprogrammen auseinanderklamüsert. In dem Pamphlet, veröffentlicht in Bolivien 1964 und verfaßt vom bolivianischen Oberstleutnant Julio Sanjines, einem Vertrauten des Pentagon und CIA-Offiziers, schrieb Cook:

»Die militärische Organisation ist vielleicht die einzige Institution, die ausgestattet ist mit der Organisation, Befehlen, Disziplin und selbstaufopfernder Haltung gegenüber Zielen für das allgemeine Wohl [...] Sollten politische und wirtschaftliche Institutionen versagen, dann gibt es eine reale Möglichkeit: das Einschreiten des Militärs gegen Bestechung und Korruption in der Regierung [...] (Es ist) naiv anzunehmen, daß sie nicht zur Macht in einem klassischen Sinne gelangen könnten.«¹¹

Außerdem ist unklar, zu welchem Zeitpunkt General Barrientos und seine Mitverschwörer tatsächlich entschieden, Paz zu entfernen. Was sicher ist:

1. Der Aufstieg des Generals zum Amt des Vizepräsidenten war ein hochgradig wichtiger Prozeß.
2. Die Rolle, die von der CIA und dem Pentagon gespielt wurde, damit Barrientos das Amt bekam, war eine unerläßliche Bedingung.

Paz entschied sich bei der Zusammenkunft der MNR im Januar 1964 gegen Barrientos, der seine Kandidatur bekannt gemacht hatte, und wählte einen Zivilisten, Federico Fortun, zu seinem Laufburschen. Barrientos zeigte sich als schlechter Verlierer. Er erklärte öffentlich, daß die Nominierung ein Fehler war, fuhr fort zu agieren und nötigte schließlich den Präsidenten, ihn zu bitten, als Chef der Luftstreitkräfte zurückzutreten. Für den Rücktritt gab man dem General eine Woche Zeit.¹² Einige Tage später jedoch begann sich ein Szenarium zu entfalten, das Barrientos vom Rande des Abgrundes zurückriß.

Am Abend des 25.01.1964 versuchte man vermutlich, Barrientos zu erschießen. Einige Berichte sahen den General dem Tode nahe, andere »nur verwundet.« In jedem Falle erscheint es ziemlich widersinnig, daß er mit einem Militärfahrzeug an den Flughafen gefahren wurde und dann mit einem US-Air-Force-Flugzeug in ein amerikanisches Krankenhaus in der Panama-Region – 2000 Meilen entfernt – geflogen wurde. Kein bolivianischer Arzt untersuchte Barrientos jemals.¹³

In den folgenden Tagen, als Barrientos noch im Krankenhaus war und angeblich einer »langen Operation« unterzogen wurde, wurde er von der Presse in Bolivien als nationaler Held gerühmt. Das war besonders im *El Diario* der Fall, einer einflußreichen, konservativen und streng Paz-feindlichen Zeitung. Nach der späteren Aussage eines Mitgliedes von Barrientos' neuem Kabinett arbeiteten einige der Mitarbeiter der Zeitung mit der CIA zusammen. Darüber hinaus war eines der Vorstandsmitglieder von *El Diario* der bereits erwähnte Oberstleutnant Sanjines – ein Absolvent von West Point, Angestellter der US-Botschaft, der am Allianz-für-den-Fortschritt-Programmen arbeitete. Nach dem Putsch wurde er zum Wirtschaftsminister ernannt, später zum Botschafter in Washington.¹⁴

Die Berichterstattung durch die Presse schloß die Story ein, daß Barrientos' Leben nur deshalb erhalten blieb, weil die Kugel gegen die silbernen Flügel der US-Air-Force prallte, die er auf der Uniform trug. Dies wurde als »Silberkugel«-Affaire bezeichnet, was große Sympathie für den mutigen General erzeugte. Darüber hinaus, notiert ein Historiker von Bolivien, ließen der Kommandant der Armee und die Opposition

»öffentlich durchblicken, das Paz' Polizei für den angeblichen Angriff verantwortlich gewesen war. Hoher Druck wurde auch von anderen hohen Offizieren auf Paz ausgeübt, um sowohl ihn selbst als auch Barrientos zu unterstützen, indem der General verspätet mit auf die Kandidatenliste aufgenommen wurde. Und Paz hatte den Eindruck, daß er nicht ablehnen konnte.«¹⁵

Zehn Tage nach dem mysteriösen Vorfall ließ der Präsident Fortun fallen, ersetzte ihn durch Barrientos und wandte sich der Wiederwahl zu.

Barrientos selbst räumte später ein, daß er ohne die »Silberkugel« (oder »magische Kugel«, wie andere es nannten) niemals Vize-Präsident geworden wäre.¹⁶ Seine acht Mo-

nate als Kandidat und als Vize-Präsident im Amt dienten umgekehrt dazu, all die losen Enden zusammenzubinden, die für das Militär erforderlich waren, um aus 12 Jahren der politischen Wildnis zurückzukehren und ihren Staatsstreich mit einem Mindestmaß an Widerstand zu inszenieren, tatsächlich mit einem gewissen Maß an Unterstützung.

Barrientos' Machtposition lieferte der Armee eine eigene Legitimität, und der General benutzte seine Plattform regelmäßig, um sich für die Streitkräfte einzusetzen und sie gegen den tiefsitzenden Antimilitarismus zu verteidigen. Er kritisierte heftig die Milizen, rief zu ihrer Auflösung auf und ergriff den anomalen Schritt, die Regierung zu unterminieren, deren Vizepräsident er war (oder ist), indem er öffentlich dem Präsidenten und der MNR – besonders wenn sie das Militär kritisierten – heftige Vorwürfe machte und indem er regierungsfeindlichen Gruppen Unterstützung gewährte. Diese Taktiken dienten dazu, die Schwäche des Präsidenten aufzuzeigen und es gelang, viele der Offiziere des Militärs auf Barrientos' Seite zu ziehen, die daran gezweifelt hatten, ob es weise oder sicher war, die politische Arena wieder zu betreten und sich über ihre eigene politische Stärke nicht im klaren waren.¹⁷

Paz Estenssoro war »wiedergewählt« worden, weil die Opposition – die unter anderem unfaire Wahlverfahren kritisierte – entschieden hatte, sich der Stimme zu enthalten. Er mußte mit dem Chaos und der Komplexität der bolivianischen Politik klarkommen. Weitverbreitete Unzufriedenheit, resultierend aus langwährendem Groll und genährt durch das Aufeinanderprallen von persönlichen Ambitionen, brach in einer Serie von Streiks, Demonstrationen und gewalttätigen Konfrontationen aus, wobei Barrientos sein Gewicht den abweichenden Elementen lieh, den belagerten Präsidenten angriff und die Rolle des Verteidigers der Ordnung auf sich nahm.¹⁸ Im Oktober 1964 zog der Vizepräsident sich in seine Heimatstadt zurück und erklärte sich zum Rebell.

Diese Periode des öffentlichen Chaos und der Regierungskrisen mag das Timing des Staatsstreiches beschleunigt haben, wobei sie gleichzeitig einige noch widerstrebende Offiziere, die von der ständigen zivilen Kriegsführung angewidert waren, überzeugte. Als das Militär schließlich Anfang November 1964 gegen Paz aufbrach, war dies verschiedenen Teilen der Bevölkerung nicht unwillkommen.

Drei Jahre später berichtete der alte Lateinamerikakorrespondent der *Washington Post*, John Goshko, daß Paz »immer noch darauf besteht, daß Fox hinter seiner Amtsenthebung stand. Unter Bolivianern mit einem politischen Bewußtsein ist es schwierig, jemanden zu finden, der anderer Meinung ist.«¹⁹

René Barrientos fuhr eine unnachgiebige harte Linie gegen die Zinnminenarbeiter. Er erlegte ihnen eine außerordentliche Lohnkürzung in Höhe von 50% auf. Juan Lechín, der Chef der Minenarbeiter und andere Gewerkschafts- und MNR-Führer wurden ins Exil geschickt und ein wichtiger Arbeitnehmerverband wurde verbannt. Alle bolivianischen Gewerkschaften wurden angewiesen, sich unter Leitlinien zu reorganisieren, die entworfen wurden, um eine apolitische Arbeiterbewegung zu schaffen.

Dann schritt die Armee ein. Wiederholte Invasionen und Besetzungen der Minencamps über einen gewissen Zeitraum waren notwendig um die ultramilitanten Minenarbeiter zu befrieden. Die Kämpfe waren blutig, 70 Minenarbeiter verloren allein bei einem einzigen Angriff ihr Leben – unter dem Namen La Noche de San Juan ist dieser bekannt geworden.²⁰ Die Revolution von 1952 war zu Ende.

Die Vereinigten Staaten waren kein neutraler Beobachter. Im Februar 1966 sagte Verteidigungsminister Robert McNamara, als er die regelmäßige »Bewertung der internationalen Situation« seiner Abteilung präsentierte, einem Kongreß-Komitee: Gewalttätigkeiten in den Minenregionen und in den Städten von Bolivien tauchen weiterhin vereinzelt auf und wir stehen diesem Land bei, die Schulung und das Ausrüsten seiner Streitkräfte zu verbessern.«²¹

Dies war alles, was der Verteidigungsminister über Bolivien zu berichten hatte – ein Routinebericht, routiniert geschrieben von irgendeinem gesichtslosen Pentagon-Forscher, routiniert geliefert von dem Technokrat *par excellence*, so als wäre das amerika-

nische Handeln das natürlichste und unschuldigste der Welt – so natürlich wie die amerikanischen finanziellen Beiträge an Barrientos.

Antonio Arguedas, Minister des Inneren unter Barrientos, enthüllte später, daß die CIA 1966 dem bolivianischen Führer 600.000 Dollar zahlte, als er entschied, eine Wahl abzuhalten. Verschiedene rechtsgerichtete Parteien bekamen geringere Summen. Arguedas, ein zugelassener Agent der CIA, der 1968 der Welt Che Guevaras Tagebuch gab und behauptete, daß ihm die Agentur zu nahe getreten war, offenbarte auch, daß die Gulf Oil Corp. 200.000 Dollar für Barrientos' Kampagne stiftete sowie einen Helikopter für seine Touren um die Provinzen. Gulf gab später zu, daß sie auf Empfehlung der CIA in der Zeit von 1966-1969 bolivianischen Beamten, hauptsächlich Barrientos, insgesamt 460.000 Dollar an »politischen Beiträgen« gezahlt hatten, obwohl die Gesellschaft wenig Anstoß gebraucht haben dürfte, denn der bolivianische Präsident hatte die Wirtschaft in einem höheren Grad den multinationalen Unternehmen zugänglich gemacht als seine Vorgänger, wobei er Gulf speziell großzügige Konzessionen erteilt hatte.²²

In den zwei Jahren, die dem Verschwinden Che Guevaras aus der Öffentlichkeit Anfang 1965 folgten, hatten Gerüchte ihn zu unterschiedlichen Zeiten in der Dominikanischen Republik, Venezuela, Kolumbien, Peru, Chile, Guatemala, dem Kongo (was zutraf), in China, Vietnam und sogar New York platziert, »immer beim Planen einer Revolution mit einer bedrohlichen und unbekanntem Bande von Desperados.«²³ Es wurde auch berichtet, daß er verrückt geworden und irgendwo in einer Anstalt eingesperrt sei, oder daß er von seinem ehemaligen Waffenbruder Fidel Castro eingesperrt oder exekutiert worden sei, weil er Castros Autorität herausgefordert habe. Letztere Geschichten oder andere wie sie können gut CIA-Machwerk gewesen sein. Die Agentur, immer einfallreich, hatte bereits im Herbst 1965 begonnen, ungünstige Pressespekulationen über Guevaras Verschwinden zu schaffen, in der Hoffnung, daß er wieder auftauchen würde, um den Geschichten ein Ende zu bereiten.²⁴

Als Anfang 1967 Beweise in die CIA-Hauptquartiere zurückzutreiben begannen, daß Che eine Gruppe von Guerilleros in den südlichen Bergen von Bolivien anführte, gab es einen verständlichen Skeptizismus unter einigen Beamten der Agentur. Nichtsdestotrotz, besessen wie die CIA davon war, den legendären Guerillero ausfindig zu machen, wurde eine mehrphasige Operation in Gang gesetzt. Im April kamen erste amerikanische Militärlieferungen in Bolivien an, die geeignet waren, Guerilla-Streitkräfte zu bekämpfen: leichte Waffen, Kommunikationsausrüstung, Helikopter usw. Am Ende des Monats wurde eine Einheit von Green Berets von Fort Gulick in der Panama-Kanal-Zone nach Bolivien verschickt, um an ein handverlesenes Bataillon von bolivianischen Rangern, die wenig oder gar keine Erfahrung in der Realität hatten, Soforttraining in Anti-Aufstands-Taktiken zu erteilen. Den Green Berets stand ein Team von Experten in Kommunikation, nachrichtendienstlicher Tätigkeit und Erkennungsarbeit zur Verfügung, und kurz darauf Luftaufnahmen, die von annähernd 23.500 Quadratmeilen von Südbolivien aufgenommen worden waren. Bei dieser Unternehmung wurde Gebrauch von einem Infrarot-Ortungssystem gemacht, empfindlich eher für Wärmestrahlung als für sichtbares Licht, und das als solches bei Nacht und an wolkigen Tagen verwendet werden konnte. Die Infrarotkameras waren fähig, Ziele auszumachen, die weniger als einen Grad Temperaturdifferenz von ihrem Hintergrund hatten, und so Lagerfeuer, Fahrzeuge und sogar Menschen erfassen konnten. So jedenfalls war der feste Glaube der Technokraten. Die Guerilleros machten gelegentlich Feuer und benutzten selten Fahrzeuge.²⁵

In La Paz informierte die CIA-Niederlassung Innenminister Arguedas, daß sie ihm einige »Ausbilder« schicken würde, deren Anwesenheit, wie gesagt wurde, wegen der Ineffizienz der bolivianischen Nachrichtendienste erforderlich war. Einige Tage später trafen gemäß Arguedas vier Exilkubaner ein und traten ihre »Ausbilder«-Positionen in seinem Ministerium an. Einer von ihnen ging dazu über, zwei Häuser für die Vernehmung zu errichten, wohin Bolivianer, die verdächtigt wurden, den Guerilleros zu helfen, zum Verhör gebracht wurden. Als Arguedas davon und von dem Zurückgreifen der Kubaner

auf Folter in einigen Fällen erfuhr, war er wütend und verlangte von der CIA, dieser Operation ein Ende zu setzen.²⁶

Andere kubanische CIA-Agenten wurden dem militärischen Oberkommando zugeteilt und in die Gegend der Guerillakämpfe geschickt, um detaillierte Informationen von Gefangenen und Landarbeitern zu sammeln. Diese Art der Untersuchung trug wahrscheinlich mehr dazu bei, den flüchtigen Guevara zu lokalisieren, als es das CIA-Sortiment an technischen Wundern tat, obwohl letztendlich der Wert der Rolle der Agentur nicht genau festgestellt werden kann. Was jedoch klar ist, ist, daß es sich um einen Fall von Overkill handelte.

Ches Guerilla-Bewegung stellte niemals eine ernsthafte Bedrohung dar. Sie waren maximal 50 Männer und eine Frau, am Ende reduzierte sich die Anzahl der Rebellen um die Hälfte. Sie waren zu diesem Zeitpunkt lediglich fähig, kleine Auseinandersetzungen mit der Armee zu führen. Die Linke in Bolivien ignorierte sie weitgehend und »sie schwammen kaum wie ein Fisch im Wasser.«

»Die Einwohner dieser Region«, schrieb Che in seinem Tagebuch, »sind so undurchdringlich wie Felsen. Du sprichst mit ihnen, aber in der Tiefe ihrer Augen kannst Du sehen, daß sie Dir nicht glauben.« Wie im Kongo hatte es dieser Mann, der die Sozialrevolution zu seinem Leben gemacht hatte, nicht geschafft, die Bauern für sich zu gewinnen. »Du kannst Menschen nur begeistern«, sagte Alexander Herzen vor einem Jahrhundert in Rußland, »indem Du ihre Träume klarer träumst, als sie selbst sie träumen können.«

Am 08.10.1967 wurde Che Guevara gefangengenommen. Am nächsten Tag befahl die bolivianische Regierung kaltblütig seine Hinrichtung, um ihn davon abzuhalten, das Objekt einer weltweiten Solidaritätskampagne zu werden – trotz des lauten Widerspruchs der CIA-Männer im Lande, die die Hoffnung hatten, daß Guevara schließlich offen über seine diversen Guerilla-Abenteuer sprechen würde.

Nach dem Tod von René Barrientos im April 1969 (Absturz im Helikopter von Gulf) kehrten Boliviens Staatsmänner bald zu ihrem gewöhnlichen politischen Chaos zurück. Zunächst blieb der Vize-Präsident, der Barrientos folgte, nur fünf Monate, bevor er durch General Alfredo Ovando Candia entfernt wurde.

Ovandos lange zurückgehaltenen nationalen Gefühle zeigten sich. In seinem ersten Monat verstaatlichte er die Gulf Oil Corporation. Die vorherrschende Haltung gegenüber den multinationalen, sprich bolivianischen Führern, war, daß Gulf »sich selbst als eine Schattenregierung mit großer Macht über ein armes Land eingesetzt hatte.«²⁷

Die Verstaatlichung setzte Bolivien, wie die *New York Times* es im Dezember 1967 ausdrückte, dem »Zorn der Vereinigten Staaten« aus.

Seit der Beschlagnahme hatten die Vereinigten Staaten, die jahrelang die Hauptstütze für Boliviens Wirtschaft gewesen waren, darauf hingewiesen, daß es keine weitere Hilfe geben würde [...] Washington ist nicht von Boliviens Angebot beeindruckt gewesen, Gulf für das Eigentum zu kompensieren, das auf 140 Mio. Dollar veranschlagt wird, etwa 50% mehr als Boliviens Jahresbudget [...] Zwei Minister des bolivianischen Kabinetts, die diese Woche interviewt wurden, sagten nach dem Interview, daß die Vereinigten Staaten und Argentinien sich bewußt waren – so wie die meisten gebildeten Leute in dieser Hauptstadt sich bewußt waren – daß gut finanzierte Gruppen planten, das neue bolivianische Regime zu stürzen.²⁸

Eine Entsendung des *Inter Press Service* (einer großen lateinamerikanischen Presseagentur) aus La Paz folgte, die berichtete, daß die Vereinigten Staaten planten, die Ovando-Regierung durch wirtschaftliche Strangulation in die Knie zu zwingen.²⁹ Dann, zwei Tage später, alarmierte die Regierung die Öffentlichkeit über eine Konspiration »die von der CIA in enger Zusammenarbeit mit Gulf Oil und einigen bolivianischen Rechten organisiert wurde.«³⁰

Auf welches Feuer all dieser Rauch hinwies, ist nicht bekannt. Ovando, der viele Jahre lang durch die Korridore der bolivianischen Machtstrukturen gewandert ist – er war es gewesen, der Paz mit der Wahl zwischen Flughafen und Friedhof konfrontiert hatte –,

waren die CIA-Intrigen in seinem Land nicht fremd, und er dürfte das helle Rampenlicht der Werbung als das einzige Mittel gesehen haben, seinem Sturz zuvorzukommen. Dies würde auch erklären, warum es sich die Regierung im Januar 1970 zur Hauptaufgabe machte, wie üblich anzukündigen: daß sie das CIA-Büro in La Paz mit Radioübertragung und Wanzenausrüstung entdeckt hatte.³¹ Im gleichen Monat trat Ovando auch für eine Annäherung an Kuba ein und es sah so aus als wären er und die CIA auf Kollisionskurs.

Aber dann kam jemand zu Ovando mit einem Angebot, das er nicht ablehnen konnte. Der Präsident orientierte sich politisch kontinuierlich nach rechts. Das zeigte sich in der gewaltsamen Unterdrückung verschiedener Studentendemonstrationen gegen die USA durch die Polizei. Von Kuba hörte man nichts mehr. Ovando entfernte General Juan Jose Torres als Kommandeur der Streitkräfte, einen Mann, der in großen Teilen der bolivianischen Linken hoch angesehen war.³² Im September waren die Dinge so weit vorgeschritten, daß Beamte des State Department öffentlich ihre Besorgnis über einen sich vertiefenden Riß zwischen der Regierung Ovandos und ihren ehemaligen Verbündeten der Linken ausdrückten. Sie befürchteten, daß die Situation zu einer »kommunistischen« Regierung führen könnte.³³

Unter welchem Namen auch immer, es gab tatsächlich einen aktuellen politischen Konflikt in Bolivien. Zwei Wochen später mündete der Machtkampf in einer militärischen Revolte. General Ovando war raus. General Torres war drinnen. Ovando war ein Jahr geblieben.

Juan José Torres' zehn Monate im Amt riefen das Urbild des lateinamerikanischen politischen Dramas hervor. Im ersten Akt tat Torres all die Dinge, die Washingtons Beamte rot sehen lassen: er machte Freundschafts-Vorschläge an Allendes Chile und Castros Kuba, knüpfte wirtschaftliche Bande mit der Sowjetunion, verstaatlichte Zinnminen, die amerikanischen Interessengemeinschaften gehörten (und die dazu führten, daß die Vereinigten Staaten damit drohten, große Mengen ihrer Zinnlager auf den Weltmarkt zu verlagern, um die internationalen Preise zu drücken), wies die Friedenskorps aus und schloß die Inter-American Regional Labor Organization (ORIT, ein wichtiger Träger für CIA-Arbeits-Operationen in Lateinamerika). Darüberhinaus frönte Torres zuweilen marxistischer Rhetorik, indem er von der Macht der Arbeiter und Landarbeiter und ähnlichen Dingen sprach.³⁴

Der zweite Akt brachte einen Hugo Banzer auf die Bühne, einen bolivianischen Oberst mit einer weitreichenden Verbindung zum amerikanischen Militärestablishment. Auch er ist an der »Escuela de Golpes« in Panama gewesen. Später fand eine weitere militärische Schulung in Fort Hood in Texas statt, schließlich eine Postierung in Washington als bolivianischer Militärattaché. Außerdem bekam er von der Regierung der Vereinigten Staaten noch den Orden für militärische Verdienste (Order of Military Merit) verliehen. Von Banzer wird auch berichtet, daß er einer der Nutznießer der Freigiebigkeit von Gulf Oil war, als er in Barrientos Kabinett diente.

Im Januar 1971 führte Oberst Banzer einen Putschversuch an, der zu nichts anderem führte als zu seinem eigenen Exil in Argentinien. Die CIA in La Paz hatte von Banzers Plan mindestens zwei Wochen vorher gewußt und hatte Washington davon benachrichtigt.³⁵ Über die nächsten sechs Wochen, als Banzer und seine Militärkohorten fleißig ihren nächsten Versuch, Torres zu entfernen, planten, überschritt Banzer regelmäßig die argentinische Grenze nach Bolivien, wo er in engem Kontakt zu US-Major Robert Lundin stand, einem Ausbilder an der bolivianischen Luftstreitkräfte-Schule in Santa Cruz.³⁶

Der dritte Akt bzw. der Staatsstreich, der gelang, fand im August statt, ein paar Tage, nachdem Torres ein Abkommen mit der Sowjetunion über eine große Ausweitung der bolivianischen Eisenindustrie angekündigt hatte,³⁷ und ein paar Tage, bevor er sich mit Salvador Allende treffen sollte, um die diplomatischen Beziehungen zu Chile wieder aufzunehmen.

Als die Verschwörer die militärische Kontrolle über Santa Cruz erlangt hatten, bewirkte ein Zusammenbruch ihres Funkkommunikationssystems, daß die Umsetzung des Vorhabens, andere bolivianische Militäreinheiten auf ihre Seite zu ziehen, verzögert wurde. In diesem Moment sprang Major Lundin in die Bresche, indem er den Rebellen das US-Air-Force-Funksystem zur Verfügung stellte.³⁸

Wie wichtig diese Hilfe für den Erfolg des Staatsstreiches war, der sich später als sehr blutig herausstellen sollte, oder was Lundins Rolle sonst war, ist nicht klar. Eine Woche später berichtete der *San Francisco Chronicle*:

»Obwohl es offiziell dementiert wurde, ist den Rebellionsstrategen großzügig CIA-Geld, Schulung und Ausbildung gegeben worden, die die Absetzung von Boliviens linkem Präsidenten Juan José Torres geschickt lenkten.«³⁹

Schließlich zeigt sich, daß die militärisch-politische Koalition, die die Macht übernommen hatte, so weit rechts stand, daß eine ihrer Mitgliedsparteien sich selbst mit der gebräuchlichen faschistischen Bezeichnung »Falange« bezeichnete und daß Banzer sofort ankündigte, daß seine Regierung sehr enge Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufrechterhalten, Bemühungen, die Beziehungen zu Kuba und Chile wiederherzustellen, aufgeben, der Trend zu Verstaatlichungen gestoppt, eine nahezu abgeschlossene Verstaatlichung annulliert, die Regierung private ausländische Investitionen willkommen heißen würde, und alle Schulen für mindestens vier Monate geschlossen sein würden, weil sie Brutstätten der »politischen subversiven Agitation« waren, »die von Anarchisten veranlaßt wurden, die sich der neuen verfassungsmäßigen Ordnung entgegenstellen.«⁴⁰ Bald darauf befahl die Regierung der gesamten sowjetischen Botschaft, das Land zu verlassen, und Banzer nahm schließlich einen ausländischen Kredit auf, um Gulf Oil eine stark angestiegene Kompensation zu zahlen.

Zur selben Zeit wurde die altehrwürdige Szene, die allgemein als »Terrorregime« bekannt ist, aufgeführt: Innerhalb der ersten zwei Jahre des neuen Regimes wurden mehr als 2000 Personen aus politischen Gründen verhaftet, ohne einen Prozeß zu bekommen, »alle die fundamentalen Rechte, die die Menschenrechte verteidigen, wurden regelmäßig verletzt«, Folter wurde »bei Verhören gegen Gefangene ständig angewandt. Diese wurden geschlagen, vergewaltigt und gezwungen, sich simulierten Hinrichtungen zu unterziehen [...] aufgehängt für Stunden mit hinter ihrem Rücken gefesselten Händen.«⁴¹

1975 hatten katholische religiöse Gruppen und der Klerus die gefährliche Bürde auf sich genommen, offen für die Verteidigung der Menschenrechte in Bolivien einzutreten. Die Banzer-Regierung antwortete mit einer kalkulierten und systematischen Kampagne, um die Kirche zu spalten, ihre progressiven Mitglieder zu isolieren, sie aufzureiben und zu zensieren und sie als Kommunisten zu verleumden. Ausländische Priester und Nonnen, die den Hauptteil des Klerus des Landes ausmachten, waren für Verhaftung und Deportation besonders anfällig. Einer von ihnen, ein amerikanischer Missionar aus Iowa, Vater Raymond Herman, wurde ermordet aufgefunden.

Die CIA, so ist berichtet worden, assistierte der bolivianischen Regierung bei diesen Bemühungen, indem sie »vollständige Informationen über gewisse Priester lieferte – persönliche Daten, Studien, Freunde, Adressen, Schriften, Kontakte im Ausland usw.« Die Agentur war mit ihrem internationalen Datennetzwerk besonders wertvoll bezüglich des ausländischen Klerus.⁴²

»Ich werde die Verfassung beachten«, sagte Banzer, »wann immer sie militärischen Verfügungen nicht widerspricht.«⁴³

»Seit der Formulierung der derzeitigen bolivianischen Regierung im August 1971«, sagte ein Bericht des Büros des US-Hauptrechnungsprüfers, »ist es Ziel des U.S.-Militärbeistandes gewesen, für Stabilität und Sicherheit zu sorgen. Um zu diesem Ziel beizutragen, liefern die Vereinigten Staaten Material und Schulung um geeignete gegenaufständische Streitkräfte zu fördern.«⁴⁴

1978 wurde Hugo Banzer in einem neuerlichen bolivianischen Staatsstreich aus dem Amt entfernt. Der neue starke Mann Boliviens, der ehemalige Air-Force General Juan

Pereda Asbun, verkündete, so wie Banzer es verkündet hatte, daß er die Nation vor dem »Internationalen Kommunismus« retten würde.⁴⁵

Anmerkungen zu Kapitel 36

- 1 **Cornelius H. Zondag**, »Bolivia's 1952 Revolution« in **Jerry R. Ladman** (Hrsg.), MODERN-DAY BOLIVIA (Arizona State University, 1982), S. 37.
- 2 *Washington Post*, 05.02.1968. Fox wurde von Antonio Arguedas, dem Innenminister unter Barrientos, als CIA-Mitarbeiter bezeichnet. Dies wurde in **Victor Marchetti** und **John Marks**, THE CIA AND THE CULT OF INTELLIGENCE (New York, 1975), S. 144 erwähnt, aber von der CIA im Originalmanuskript zensiert (vgl. auch Anm. 22 unten.)
- 3 *New York Times*, 09.08.1964, S. 10.
- 4 Ebd., 24.08.1964, S. 26.
- 5 **Blasier**, S. 89-90; **Whitehead**, S. 14; **Dunkerley**, S. 106.
- 6 **Blasier**, S. 97-98; **Dunkerley**, S. 113; **Whitehead**, S. 16; *Washington Post*, 05.02.1968.
- 7 Zur Stärke der Bergarbeiter und zum Zitat Zavaletas: **Whitehead**, S. 24-25. Henderson war zur Zeit des Staatsreichs erst ein Jahr Botschafter, demnach könnte sich Zavaleta auch auf Hendersons Vorgänger bezogen haben.
- 8 *New York Times*, 22.11.1964, S. 26.
- 9 Zum Ausbau der Streitkräfte durch die USA vgl. **Dunkerley**, S. 114; **Blasier**, S. 93-95; **Whitehead**, S. 24; **Richard Harris**, DEATH OF A REVOLUTIONÄR: CHE GUEVARA'S LAST MISSION (New York, 1970). S. 172.
- 10 *Washington Post*, 05.02.1968.
- 11 **Blasier**, S. 98.
- 12 **Mitchell**, S. 94; **Dunkerley**, S. 116-117.
- 13 Zu dem Schußwechsel und seinen Folgen, die zur Ersetzung von Fortin durch Barrientos führten, vgl. **Dunkerley**, S. 117; **Mitchell**, S. 94-95.
- 14 Zu *El Diario* und Sanjinés vgl. **Dunkerley**, S. 113-114; **Blasier**, S. 95; **Whitehead**, S. 15 (zitiert das Kabinettsmitglied Antonio Arguedas).
- 15 **Mitchell**, S. 95.
- 16 **Brill**, S. 28.
- 17 Ebd., S. 27-29, 36-38.
- 18 Ebd., S. 37.
- 19 *Washington Post*, 05.02.1968.
- 20 **Mitchell**, S. 100-101.
- 21 Hearings before the Committee on Armed Services and the Subcommittee on Department of Defense of the Committee on Appropriations (US Senate), 23.02.1966, S. 39.
- 22 *Washington Post*, 17.05.1975; *New York Times*, 17.05.1975 bis 18.05.1975. Arguedas enthüllte auch etliche andere Einzelheiten über die Aktivitäten der CIA in Bolivien und seine eigene seltsame Verbindung zum Geheimdienst (vgl. **Harris**, Kap. 14); *Intercontinental Press* (eine Wochenzeitschrift aus New York), 23.09.1968, Mitschrift einer Pressekonferenz von Arguedas.
- 23 **Norman Gall**, »The Legacy of Che Guevara«, *Commentary* (New York), Dezember 1967, S. 35.
- 24 **Philip Agee**, INSIDE THE COMPANY: CIA DIARY (New York, 1975), S. 438.
- 25 Zu den Operationen des Militärs gegen Guevara vgl. **Michael Klare**, WAR WITHOUT END (Random House, New York, 1972), S. 173-174, 177-179; **Marchetti und Marks**, S. 138-145; **Harris**, S. 172-178.

- 26 **Harris**, S. 185-186. Vgl. Anm. 22.
- 27 *New York Times*, 14.12.1969, S. 22.
- 28 Ebd.
- 29 Bericht des *Inter Press Service* vom 18.12.1969, zitiert bei **Gregorio Selser**, *LA CIA EN BOLIVIA* (Buenos Aires, 1970), S. 5.
- 30 Bericht von *Associated Press* aus La Paz, abgedruckt in *La Nación* (die führende Zeitung in Buenos Aires), 21.12.1969, S. 4.
- 31 *New York Times*, 24.01.1970, S. 9.
- 32 Ebd., 20.07.1970, S. 9.
- 33 Ebd., 23.09.1970, S. 13.
- 34 Zur Politik von Torres vgl. **Latin American Bureau**, *BOLIVIA AND COUP D'ETAT* (London, 1980), S. 36-38; **Dunkerley**, S. 180, 186.
- 35 *San Francisco Chronicle*, 30.08.1971.
- 36 *Washington Post*, 29.08.1971.
- 37 **Dunkerley**, S. 197.
- 38 **Dunkerley**, S. 200; *Washington Post*, 29.08.1971.
- 39 *San Francisco Chronicle*, 01.09.1971, Bericht aus Mexiko Stadt mit Zitaten aus »gut unterrichteten Quellen am Ort«.
- 40 Zu den Behauptungen Banzers nach dem Staatsstreich vgl. *Washington Post*, 25.08.1971; *New York Times*, 25.08.1971; *Los Angeles Times*, 24.08.1971, 25.08.1971.
- 41 *New York Times*, 30.12.1973.
- 42 **Penny Lernoux**, *CRY OF THE PEOPLE: THE STRUGGLE FOR HUMAN RIGHTS IN LATIN AMERICA – THE CATHOLIC CHURCH IN CONFLICT WITH U.S. POLICY* (Penguin Books, London, 1982), S. 142-145.
- 43 *The Guardian* (London), 15.07.1985, S. 6.
- 44 *Bolivia – An Assessment of U.S. Policies and Programs: Report to the Congress by the Comptroller General of the United States*, 30.01.1975, S. 29.
- 45 *New York Times*, 28.07.1978, ein Artikel von **Max Holland**.

37 Guatemala 1962 bis 1980

Eine wenig beachtete »Endlösung«¹

Indios erzählen schreckliche Geschichten von Überfällen auf Dörfer, in denen ihre Häuser verbrannt, Männer gefoltert, Frauen vergewaltigt und eine ohnehin nicht ausreichende Ernte vernichtet wurde. Es ist Guatemalas Endlösung für Aufstände: nur das Abschlichten der Indios wird verhindern, daß sie sich einem Massenaufstand anschließen.

Dieser Zeitungsartikel erschien 1983.² Sehr ähnliche Geschichten sind in der Weltpresse seit 1966 viele Male aufgetaucht, da Guatemalas »Endlösung« um einiges länger dauerte als die häufiger publizierte der Nazis.

Es wäre schwierig, die Not der hauptsächlich indianischen Landbevölkerung und armen Städter von Guatemala zu übertreiben, die drei Viertel der Bevölkerung dieses schönen Landes ausmachen, an dem amerikanischen Touristen so Gefallen finden. Die Einzelheiten über ihre Existenz, die man aus der Literatur dieser Zeit herleiten kann, zeichnen eine Karikatur menschlichen Lebens. In einem Klima, wo alles wächst, können nur wenige dem Schmerz des Hungers oder der zunehmenden Unterernährung entfliehen. Fast die Hälfte der Kinder stirbt, bevor sie fünf Jahre alt wird. Die Haupt-Todesursache in dem Land ist Magen-Darm-Katarrh. Hochgiftige Pestizide, die unterschiedslos von Flugzeugen verstreut werden, manchmal direkt auf die Köpfe von Landarbeitern, hinterlassen eine Spur von Vergiftung und Tod. Öffentliche Gesundheitsdienste in ländlichen Gegenden sind faktisch nicht existent. Das gleiche gilt für öffentliche Erziehung – nahezu vollständiger Analphabetismus. Ein paar hundert Familien besitzen fast alles bebaubare Land. Tausende von Familien leben ohne Grund und Boden, ohne Arbeit, zusammengedrängt in Gemeinden aus Papp- oder Wellblechhäusern, ohne fließendes Wasser oder Elektrizität. Ein Meer aus Schlamm ergießt sich während der Regenzeit, Bad und Toilette müssen sie mit dem Tierreich teilen. Männer auf Kaffeeplantagen, die 20 oder 50 Cent am Tag verdienen und die unter Bedingungen leben, die sehr an Konzentrationslager erinnern, werden von anderen Guatemalteken mehr als Lasttiere denn als Menschen angesehen. »Grundbesitz zu verkaufen« – so ist in der Anzeige zu lesen, »mit 200 Hektar und 300 Indios.« Dies ist es also, was von den alten Mayas übriggeblieben ist, die der amerikanische Archäologe Sylvanus Morley als das glänzendste Eingeborenenvolk auf dem Planet bezeichnet hatte.³

Das schlimmste sollte erst noch kommen.

Wir haben gesehen, wie 1954 Guatemalas letzte Reformregierung, das legal gewählte Regime von Jacobo Arbenz, von den Vereinigten Staaten gestürzt wurde. 1960 entschieden sich national gesinnte guatemalteckische Militäreinheiten, die Tür ein wenig für Veränderungen zu öffnen. Die CIA schlug diese Bewegung umgehend nieder. Es dauerte nicht lange, bis die über einen großen Zeitraum angestaute Unzufriedenheit in einem verzweifelten Vorstoß für Linderung suchte und sich Bahn brach – dieses Mal in Form einer Guerilla-Bewegung – nur um von einer amerikanisch-guatemalteckischen Operation zurückgeworfen zu werden, die in ihrer Barbarei an die spanischen Konquistadoren erinnerte.

In den frühen 60er Jahren fand die Guerillabewegung, angeführt von verschiedenen prominenten Militäroffizieren aus dem fehlgeschlagenen Aufstand von 1960, langsam ihren Weg: sie organisierten Unterstützung für die Bevölkerung auf dem Lande, griffen einen Außenposten der Armee an, um an Waffen zu kommen, inszenierten eine Entführung oder einen Bankraub, um Geld aufzutreiben und versuchten, direkte bewaffnete Zusammenstöße mit dem guatemalteckischen Militär zu vermeiden.

Die Rekrutierung unter der Landbevölkerung war schmerzlich langsam und schwierig. Menschen, die vom täglichen Kampf ums Überleben ausgezehrt sind, haben wenig üb-

rig, aus dem sie Mut schöpfen könnten. Menschen, die so unterdrückt sind, glauben selten, daß sie das Recht haben, Widerstand zu leisten. Noch weniger können sie Gedanken an Erfolg fassen. Als inbrünstige Katholiken neigen sie dazu zu glauben, daß ihre Not eine Strafe Gottes für das Sündigen ist.

Einige der Führer liebäugelten mit der kommunistischen Partei bzw. trotzkistischen Ideen und Gruppen und fielen den üblichen Spaltungen und Streitereien zum Opfer. Letzten Endes beherrschte keine Ideologie oder Gefühl die Bewegung mehr als eine Verpflichtung für das dringend notwendige Programm einer Landreform, die durch den Staatsstreich 1954 verhindert wurde, der schlichte Wunsch nach einer gerechteren Gesellschaft und ein nationalistischer Stolz gegenüber den Vereinigten Staaten. Der *New York Times*-Korrespondent Alan Howard schrieb, nachdem er den Guerilla-Führer Luis Turcios interviewt hatte:

»Obwohl er sich plötzlich in einer Position politischer Führerschaft wiederfindet, ist Turcios im wesentlichen ein Soldat, der für einen neuen Ehrenkodex kämpft. Wenn er ein Alter Ego hat, dann wäre es nicht Lenin oder Mao oder gar Castro, deren Werke er gelesen hat und bewundert, sondern Augusto Sandino, der nicaraguanische General, der gegen die U.S.-Marine kämpfte, die während der Coolidge und Hoover-Regierung nach Nicaragua geschickt worden war.«⁴

Im März 1962 gingen Tausende von Demonstranten aus Protest gegen die Wirtschaftspolitik, die tiefverwurzelte Korruption und den Wahlbetrug der Regierung von General Miguel Ydigoras Fuentes auf die Straße. Initiiert von Studenten, bekamen die Demonstrationen bald Unterstützung von Arbeiter- und Landarbeitergruppen. Polizei und Streitkräfte brachen den Protesten schließlich das Genick, nicht aber bevor eine Reihe von gewalttätigen Konfrontationen und ein Generalstreik stattgefunden hatte.

Die ständig in Guatemala stationierte amerikanische Militärmission erkannte darin – wie in der aufkeimenden Guerilla-Bewegung – nur eine allgegenwärtige »kommunistische Bedrohung.« Die USA versorgte die guatemalteckische Armee mit Militärausrüstung. Gleichzeitig begannen amerikanische Ausbilder, das guatemalteckische Militär, das weder besonders besorgt noch aggressiv war, aufzuhetzen, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Im Mai richteten die Vereinigten Staaten eine Basis ein, die speziell für eine Anti-Aufstands-Schulung konzipiert war. (Das Pentagon zieht den Ausdruck »Anti-Aufstand« dem Begriff »Konterrevolutionär« wegen der ungeschickten Assoziation von letzterem vor.) Aufgestellt in der Nordost-Provinz Izabal, die, zusammen mit der angrenzenden Provinz Zacapa, die Gegend mit der größten Unterstützung für die Guerilla bildete, wurde die Einrichtung von einem Team von US Special Forces (Green Berets) puertoricanischer und mexikanischer Herkunft geleitet, um die nordamerikanische Präsenz weniger offensichtlich zu machen. Die Besatzung der Basis wurde durch 15 guatemalteckische Offiziere erweitert, die an der US School of the Americas in Fort Gulick in der Panama-Kanal-Zone in Anti-Aufstand geschult wurde.⁵

Die amerikanische Anti-Aufstands-Strategie ist üblicherweise auf einer Zuckerbrot-und-Peitsche-Philosophie aufgebaut. Dementsprechend wurde, während das guatemalteckische Militär in Techniken von Hinterhalt, Fallenstellen, Dschungel-Überlebenstraining und Suchen-und-Zerstören-Kriegsführung unterwiesen und mit Flugzeug- und Pilotentraining versorgt wurde, in der nordöstlichen Region ein Programm von »ziviler Aktion« begonnen: einige Brunnen wurden ausgehoben, Medikamente verteilt, Schulesen geliefert usw., sowie auch Versprechen für andere Wohltaten gemacht, alles darauf abzielend, ein wenig von dem Guerilla-Getöse zu nehmen und die Motivation der Landbevölkerung, den Guerillas Unterstützung zu leisten, zu reduzieren mit dem zusätzlichen Vorteil, es dem amerikanischen Personal zu erlauben, das Guerilla-Territorium unter einem nichtmilitärischen Deckmantel zu erkunden. Die Landreform, die wichtigste Aufgabe im ländlichen Guatemala, stand nicht auf der Tagesordnung.

Als die Dinge Gestalt annehmen sollten, stellte sich der Versuch, »das Herz und die Seele der Landbevölkerung in Guatemala zu gewinnen«, als ebenso vergeblich heraus, wie er es in Süd-Ost-Asien gewesen war. Als all die akademischen Papiere über »Sozialsystemtechnik« ausgereizt waren und alle Anti-Aufstands-Studien der RAND

Corporation und der anderen Think-Tanks besprochen und ausgeführt waren, griff man auf Terror zurück: unverfälschter, zuverlässiger Terror. Guerilleros, Landarbeiter, Studenten, Arbeiterführer und Berufstätige wurden ins Gefängnis gesteckt oder zu Hunderten getötet, um den Forderungen nach Reformen, obgleich nur vorübergehend, Einhalt zu gebieten.⁶

Aber das Schlimmste sollte noch kommen.

Im März 1963 wurde General Ydigoras, der 1958 für eine Legislaturperiode von sechs Jahren gewählt worden war, in einem Staatsstreich von Oberst Enrique Peralta Azurdia gestürzt. Die erfahrene Lateinamerikakorrespondentin Georgie Anne Geyer berichtete später, daß »hochrangige Quellen innerhalb der Kennedy-Regierung offenbarten, daß die USA den Putsch von 1963 anfachten und unterstützten. Bereits aufgrund verschiedener Vorfälle in Washington in Mißgunst geraten, besiegelte Ydigoras anscheinend sein Schicksal, indem er Juan Jose Arevalo, der vor Arbenz eine Reformregierung geführt hatte und noch eine starke Gefolgschaft hatte, die Rückkehr nach Guatemala erlaubte. Ydigoras plante 1964 zurückzutreten und so die Tür für Wahlen offenzulassen. Wie die guatemaltekische Armee glaubte auch Washington einschließlich Präsident Kennedy persönlich, daß eine freie Wahl Arevalo wieder in einer Regierung an die Macht bringen würde, die die gleiche Art von Reformen und unabhängiger Außenpolitik durchführen würde, die die Vereinigten Staaten dazu veranlaßt hatten, Arbenz zu stürzen.⁷ Arevalo war der Autor eines Buches mit dem Titel *THE SHARK AND THE SARDINES*, in welchem er den USA vorwirft, sie wollten Lateinamerika beherrschen. Aber er klagte auch Castro als »eine Gefahr und Bedrohung für den Kontinent an.«⁸

Der Ton der Peralta-Regierung wurde von einer seiner ersten Amtshandlungen charakterisiert: die Ermordung von acht politischen- und Gewerkschaftsführern, die von felsenbeladenen Lastern überfahren wurden.⁹ So repressiv und brutal wie Peralta auch war, hatten die US-Militärausbilder in den drei Jahren, in denen er an der Macht war, den Eindruck, daß die Regierung und die guatemaltekische Armee die Bedrohung, die die Guerillas darstellten, noch nicht hinreichend einschätzten und der Welt unkonventioneller Kriegsführung und den systematischen Methoden, die man brauchte, um die Guerillas zu bezwingen, noch fremd waren. Trotz amerikanischen Drängens ging die Armee selten in die Berge zum Kämpfen.

Darüberhinaus stellte sich Peralta als so etwas wie ein Nationalist heraus, der den exzessiven Einfluß der Vereinigten Staaten in Guatemala übelnahm, besonders in seinem eigenen Bereich, dem Militär. Er lehnte beharrlich amerikanische Angebote ab, daß Truppen von Green Berets, die in Guerilla-Kriegsführung trainiert waren, die Rebellen bekämpften, und zog es vor, sich auf seine eigenen Männer zu verlassen. Er schränkte die Anzahl von guatemaltekischen Offizieren, denen es erlaubt war, im Ausland an amerikanischen Trainingsprogrammen teilzunehmen, ein.

So kam es, daß die Vereinigten Staaten bei den Wahlen, die im März 1966 abgehalten wurden, einen Zivilisten klar bevorzugten und unterstützten: Julio Cesar Mendez Montenegro. Mendez gewann, was in Guatemala als Wahl durchgeht, und gewährte den Amerikanern freie Hand, für die sie fast die Geduld verloren hatten. Er diente den Vereinigten Staaten in einer anderen wichtigen Funktion: als Zivilist mit wirklich liberalen Zeugnissen, die von der Johnson-Regierung als Antwort auf Menschenrechtskritiken zuhause vorgewiesen werden konnten.

Jedoch, was auch immer für ein soziales Bewußtsein Julio Cesar Mendez tief im Inneren gehegt haben mag, war er weitgehend ein Gefangener der guatemaltekischen Armee. Seine Regierung übertraf die von Peralta bei weitem an Grausamkeit. Außerdem traute die Armee diesem ehemaligen Rechtsprofessoren nicht – in der politischen Atmosphäre von Guatemala betrachteten ihn einige Soldaten als Kommunisten und bei mindestens zwei Gelegenheiten mußten die Vereinigten Staaten intervenieren, um einen Putschversuch gegen ihn zu vereiteln.

Innerhalb von Tagen, nachdem Mendez im Juli sein Amt angetreten hatte, kam US Oberst John D. Webber in Guatemala an, um das Kommando der amerikanischen Militärmision zu übernehmen. Das *Time-Magazin* beschrieb später seine Rolle:

Webber weitete sofort das Anti-Aufstands-Training innerhalb der 5000-Mann starken guatemaltekischen Armee aus, brachte US-Jeeps, Laster, Kommunikationsausrüstung und Helikopter herein, um der Armee mehr Feuerkraft und Beweglichkeit zu geben, und hauchte dem Zivile-Aktion-Programm neues Leben ein. Gegen Ende 1966 war die Armee fähig, einen großen Feldzug gegen die Guerilla-Hochburgen zu starten [...] Um im Feldzug zu helfen, heuerte die Armee auch lokale Trupps von »zivilen Mitarbeitern« an, denen die Erlaubnis erteilt wurde, Landarbeiter, die sie als Guerillas oder »potentielle« Guerillas ansahen, zu töten, und bewaffnete sie. Es gab diejenigen, die an der Weisheit zweifelten, im gewaltgeneigten Guatemala solche Maßnahmen zu befürworten, aber Webber gehörte nicht dazu. »So ist dieses Land«, sagte er. »Die Kommunisten nutzen alles was sie haben, einschließlich Terror. Und dem muß man begegnen.«¹⁰

Letzteres war für den Gebrauch zuhause. Es gab niemals irgendeinen Vergleich zwischen den beiden Seiten, was Menge und Grausamkeit ihres Terrors anbetraf, sowie auch die Wahl der Ziele; mit wenigen Ausnahmen griff die Linke nur legitime politische und militärische Feinde an, klare und schuldige Symbole ihres Feindes; und sie folterten nicht, noch nahmen sie Rache an den Familien ihrer Feinde.

Zwei der Opfer waren John Webber selbst und der US-Marineattaché, ermordet im Januar 1968. Ein Bulletin, das später von einer Guerilla-Gruppe herausgegeben wurde, sagte, daß die Ermordungen »die Yankee-Offiziere zur Rechenschaft gezogen hätten, die der guatemaltekischen Armee für ihren Krieg gegen das Volk Taktiken lehrten.«¹¹

Amnesty International schätzte, daß in der Periode von Oktober 1966 bis März 1968 zwischen 3000 und 8000 Guatemalteken von der Polizei, dem Militär, rechtsgerichteten »Todesschwadronen« – oft die Polizei oder das Militär in zivil, die Greuelthaten ausführten, die zu blutig waren als daß die Regierung sich hätte zu ihnen bekennen können – und von zusammengestellten Gruppen ziviler antikommunistischer Selbsthilfegruppen getötet wurden. 1972 wurde die Zahl ihrer Opfer auf 13.000 geschätzt. Vier Jahre später überstieg die Gesamtzahl der Ermordeten oder spurlos Verschwundenen die 20.000.

Jeder, der versuchte eine Gewerkschaft oder eine andere Organisation zu gründen, um das Los der Landarbeiter zu verbessern oder einfach im Verdacht stand, die Guerilleros zu unterstützen, erlitt dieses Schicksal. Unbekannte bewaffnete Männer brachen in ihre Häuser ein und verschleppten sie an unbekannte Orte. Ihre gefolterten, verstümmelten oder verbrannten Leichen wurden in Massengräbern aufgefunden oder in Plastiksäcken in einem See oder Fluß schwimmend, oder neben der Straße liegend, die Hände auf dem Rücken gefesselt. Man fand Leichen, die von Flugzeugen in den Pazifik fallengelassen wurden. In der Gualán-Gegend, so wurde gesagt, fischte niemand mehr. Zu viele Leichen wurden in den Netzen gefangen – enthauptete Leichen oder kastrierte. Oder Nadeln steckten in ihren Augen. Ein Dorf ist zusammengetrieben worden, verdächtigt, die Guerilleros mit Männern, Nahrungsmitteln oder Informationen zu versorgen. Alle erwachsenen Männer sind ihren Familien entrissen worden; sie sollten sie niemals wiedersehen. Oder alle wurden massakriert und das Dorf dann mit Bulldozern dem Erdboden gleichgemacht worden, um die Spuren zu verdecken. Selten waren die Opfer wirklich Mitglieder einer Guerillatruppe.

Eine Foltermethode bestand darin, eine mit Insektizid gefüllte Kapuze über den Kopf des Opfers zu ziehen. Es gab auch Elektroschocks – im Genitalbereich sind diese am effizientesten. In jenen Tagen wurde von diesen Methoden Gebrauch gemacht, indem militärische Feldtelefone benutzt wurden, die an kleine Generatoren angeschlossen waren. Die Vereinigten Staaten lieferten die Ausrüstung und die Instruktionen zur Verwendung in verschiedenen Ländern, einschließlich Süd-Vietnam, wo die großangelegte Anti-Aufstands-Operation neue Methoden und Geräte erzeugte, um Informationen aus unkooperativen Gefangenen herauszubekommen. Einige dieser Techniken fanden ihren Weg nach Südamerika.¹²

Die Green Berets lehrten ihre guatemaltekischen Schülern verschiedene Methoden der »Vernehmung.« Dies beschränkte sich aber nicht nur auf die Theorie im Klassenzimmer. Über ihre Präsenz auf dem Lande wurde häufig berichtet. Sie begleiteten guatemaltekische Soldaten zu ihren Kämpfen. Die Trennlinie zwischen der Rolle des Ausbilders und derjenigen eines Kämpfers erweist sich als unscharf.

Thomas und Majorie Melville, amerikanische katholische Missionare in Guatemala von Mitte der 50er Jahre bis Ende 1967, haben geschrieben, daß Oberst Webber »kein Geheimnis aus der Tatsache machte, daß es seine Idee war und auf seine Veranlassung geschah, daß die Technik des Anti-Terrors von der guatemaltekischen Armee in den Gegenden Zacapa und Izabal eingeführt wurden.«¹³ Die Melvilles schrieben auch von Major Bernard Westfall aus Iowa City, der:

im September 1967 bei einem Absturz eines guatemaltekischen Air-Force-Jets, den er alleine flog, ums Leben kam. Die offiziellen Mitteilungen besagten, daß der US-Flieger das Flugzeug »testete.« Die Aussage könnte wahr sein, aber es war auch wahr, daß es ein allgemeines und öffentliches Geheimnis auf Guatemalas La Aurora Airbase war, daß der Major oft guatemaltekische Flugzeuge bei Beschießungs- und Bombardierungs-Touren gegen Guerillalager in den nordöstlichen Territorien »testete.«¹⁴

Die Vereinigten Staaten modifizierten für die Verwendung gegen Guerillas in Guatemala F-51(D)-Jäger. Nach dem Umbau sind die Flugzeuge fähig, für fünf Stunden über einer begrenzten Gegend zu patrouillieren, ausgerüstet mit sechs Kaliber-50-Maschinengewehren und Flügelbefestigungen für Bomben, Napalm und 5-Inch Boden-Luft-Raketen.¹⁵ Das Napalm fällt auf Dörfer, auf kostbares Getreide, auf Menschen. Amerikanische Piloten starten in Panama, werfen Ladungen von Napalm auf Ziele ab, die verdächtigt werden, Zufluchtsorte für Guerilleros zu sein und kehren nach Panama zurück.¹⁶ Das Napalm explodiert wie Feuerwerk und eine große Menge von leuchtendem rotem Rauch breitet sich über das Land aus und entzündet alles, was ihm im Weg steht. Zedern und Kiefern werden bis auf die Wurzeln niedergebrannt, Tiere geröstet, die Erde versengt. Die Guerilleros werden diesen Ort nicht länger als Allerheiligstes haben, noch werden sie oder jemand anderes Nahrungsmittel dort anpflanzen. Vietnam ist das beste Beispiel für diese Art der verbrannten Erde.

In Vietnam wurden sie die »Freifeuerzonen« genannt, in Guatemala »zonas libres.« »Weite Gebiete des Landes sind für verboten erklärt und dann schweren Bombardements unterzogen worden. Aufklärungsflugzeuge, die fortgeschrittene Fotografiertechniken verwenden, fliegen über verdächtigtes Guerillaland und Düsenjäger, die in bestimmte Gegenden abkommandiert sind, können innerhalb Minuten herbeigerufen werden, um alles zu töten, was sich am Boden bewegt.«¹⁷

»Die Burschen vom Militär, die das machen, sind wie Massenmörder. Wenn Jeffrey Dahmer in Guatemala gewesen wäre, dann wäre er jetzt General.«

In Guatemala City beschossen rechtsgerichtete Terroristen am hellen Tag Menschen und Häuser mit Maschinengewehren. Journalisten, Juristen, Studenten, Lehrer, Gewerkschafter, Mitglieder oppositioneller Parteien, jeder, der half oder Sympathie für die Sache der Rebellen ausdrückte, jeder mit einer Zugehörigkeit zu einer vagen linken politischen Vereinigung oder einer moderaten Kritik an der Regierungspolitik, Verwandte der Opfer, schuldig, weil verwandt, allgemeine Kriminelle, eliminiert, um die Gesellschaft zu säubern, aus dem Gefängnis geholt und erschossen. »Sehe einen Kommunisten, töte einen Kommunisten« lautet der Slogan der neuen antikommunistischen Organisation. Ein Informant mit einer Kapuze über dem Gesicht begleitet die Polizei eine Straße in der Stadt entlang oder auf dem Lande und deutet Menschen aus: wer leben soll und wer sterben soll. »Dieser da ist ein Hurensohn«; »Jener da ...« Männer werden tot aufgefunden mit ausgestochenen Augen, ihre Hoden in ihrem Mund, ohne Hände oder Zungen, Frauen mit abgeschnittenen Brüsten. Es gibt selten einen Zeugen für eine Tötung, selbst wenn Menschen mitten am Tag aus ihren Häusern gezerrt und auf der Straße hingerichtet werden. Ein Verwandter wird eher das Exil wählen als die Sache zu den Behörden zu bringen. Die Regierung schließt sich den Familien bei der Trauer um die Opfer an.¹⁸

Eine der Todesschwadronen, Mano Blanca (Weiße Hand), schickte eine Todeswarnung an einen Studentenführer. Der ehemalige amerikanische Maryknoll-Priester Blase Bonpane schrieb:

Ich ging allein, den Kopf der Mano Blanca zu besuchen und fragte ihn, warum er diesen Jungen töten würde. Zuerst dementierte er, den Brief geschickt zu haben, aber nach einem kurzen Gespräch mit ihm und seinem ersten Assistenten sagte der Helfer: »Nun, ich weiß, daß er ein Kommunist ist und so werden wir ihn töten.«

»Woher weißt Du das?« fragte ich.

Er sagte: »Ich weiß, daß er ein Kommunist ist, weil ich ihn sagen gehört habe, er würde sein Leben für die Armen geben.«¹⁹

Mano Blanca verteilte in Wohnvierteln Flugblätter, die vorschlugen, daß die Türen von Linksgerichteten mit einem schwarzen Kreuz gekennzeichnet werden sollten.²⁰

Im November 1967, als der amerikanische Botschafter John Gordon Mein die guatemaltekischen Streitkräfte mit neuen gepanzerten Fahrzeugen, Granatwerfern, Trainings- und Funkausrüstung und einigen düsenbetriebenen HU-1B-Helikoptern bekanntmachte, sagte er öffentlich:

Diese Artikel, speziell die Helikopter, sind in diesen Zeiten nicht leicht zu bekommen, da sie von unseren Streitkräften für die Verteidigung der Sache der Freiheit in anderen Teilen der Welt (d.h. Südostasien) verwendet werden. Aber die Freiheit muß verteidigt werden, wo immer sie bedroht wird, und genau das wird sie zur Zeit in Guatemala.²¹

Im August 1968 erschoss eine junge Französin, Michele Kirk, sich selbst, als die Polizei in ihr Zimmer kam, um »Vernehmungen« durchzuführen. In ihren Notizblock hatte Michele geschrieben:

»Es ist schwierig, die Worte zu finden, um den Zustand an Fäulnis auszudrücken, der in Guatemala herrscht und den permanenten Terror, unter dem die Einwohner leben. Jeden Tag werden Leichen aus dem Fluß Montgua gezogen, durchsiebt von Kugeln und teilweise von Fischen zerfressen. Jeden Tag werden Männer mitten auf der Straße von unidentifizierbaren Leuten in Autos entführt, die stark bewaffnet sind – ohne Eingreifen der Polizeipatrouillen.«²²

Die US-Agentur für internationale Entwicklung (Agency for International Development, AID), ihr Amt für öffentliche Sicherheit (Office for Public Safety, OPS) und die Allianz für Fortschritt (Alliance for Progress) waren alle da, um eine helfende Hand zu reichen. Diese Organisationen mit ihren beruhigenden Namen trugen alle zu einem Programm bei, um die guatemaltekischen nationalen Polizeikräfte stark zu vergrößern und sie zu einem professionalisierten Verband zu entwickeln, geschult, städtischer Unordnung entgegenzuwirken. Ranghohe Polizeibeamte und Techniker wurden zur Schulung in die Interamerikanische Polizeiakademie nach Panama geschickt, die 1964 durch die Internationale Polizeischule in Washington ersetzt wurde, zu einer Bundesschule in Los Fresnos, Texas (wo man sie lehrte, wie man eine Vielzahl von explosiven Vorrichtungen konstruiert und benutzt – siehe Kapitel über Uruguay) und in andere Bildungseinrichtungen, wobei ihre Ausbilder oft CIA-Offiziere waren, die unter dem Deckmantel der OPS operierten. Dies war auch der Fall bei POS-Beamten, die in Guatemala stationiert waren, um örtliche Polizeikommandos zu schulen und gewöhnliche Polizisten im Lande auszubilden. Zuweilen nahmen diese amerikanischen Offiziere direkt an der Befragung politischer Gefangener und an Lügendetektortests teil und begleiteten die Polizei auf Antidrogenpatrouillen.

Zusätzlich wurden die Polizeikräfte von Guatemala City komplett mit Funkpatrouillenwagen und einem Funkkommunikationsnetzwerk beliefert. Für den Bau einer nationalen Polizeiakademie wurde Geld bereitgestellt wie auch zum Bezahlen von Gehältern, Uniformen, Waffen und Aufstands-Kontrollausrüstung.

Der Klebstoff, der dieses Paket zusammenhielt, war der Standard-OPS-Unterricht, der demjenigen entsprach, der dem Militär erteilt wurde. In diesem Unterricht wurde die Einsicht mitgeteilt, daß »Kommunisten«, vor allem die kubanischen, hinter all der Unruhe in Guatemala standen. Die Studenten wurden weiterhin angewiesen, »keine Politik

zu machen«, was bedeutet, jedes US-freundliche Regime, das gerade zufällig an der Macht ist, zu unterstützen.

Zum Standard gehörte auch die Empfehlung, ein »Minimum an Gewalt« zu benutzen und gute Gemeindebeziehungen zu kultivieren. Aber das Benehmen von Polizei und Militär in der Praxis war davon so weit entfernt, daß die fortgesetzte Einbeziehung der Amerikaner in diese Streitkräfte über eine Periode von Jahrzehnten diese Empfehlung quasi als eine Selbstbedienungs-Äußerung für die Aufzeichnungen erscheinen läßt. Die vertraute bürokratische Maxime lautete: Halt Deinen Arsch bedeckt!²³

Gemäß der AID hatte 1970 über 30.000 guatemaltekisches Polizeipersonal eine OPS-Schulung allein in Guatemala erhalten, eine der größten OPS-Programme in Lateinamerika.²⁴ John Gilligan, Direktor der AID während der Carter-Regierung, enthüllte:

»Zu einem bestimmten Zeitpunkt waren viele AID-Feldbüros von oben bis unten von CIA-Leuten infiltriert. Die Idee war, Geheimpolizisten in jede Art von Aktivität einzubinden, die wir im Ausland hatten, Regierung, Freiwillige, Ordensleute, alle.«²⁵

Ende 1968 hatte die Anti-Aufstands-Kampagne nahezu die Guerilla-Bewegung ausgelöscht, indem sie die Fähigkeit der Rebellen, offen und gelegentlich in ländlichen Gegenden zu operieren, so wie sie es gewohnt waren, durchkreuzten und durch schieres Terrorisieren der Dorfbewohner die Guerilleros von ihren Unterstützungsbasen auf dem Lande isolierten.

Es war ein ungleicher Kampf. Nach Pentagon-Standards war es ein »begrenzter« Krieg aufgrund der Abwesenheit einer breiten und offenen US-Streitmacht. Gleichzeitig hatte dies den amerikanischen Medien und der Öffentlichkeit die Illusion verschafft, daß ihr Land nicht darin verwickelt war. Ein Beobachter notierte:

»Im Lexikon der Konterrevolutionäre sind diese Kriege jedoch nur in ihren Konsequenzen für die intervenierende Macht »begrenzt.« Für die Menschen und das Land, das angegriffen wird, sind sie total.«²⁶

Erst 1976 erhob sich eine andere ernstzunehmende Guerilla-Bewegung mit dem Namen *guatemaltekische Armee der Armen* (EGP). Zwischenzeitlich machten andere ihrer Frustration durch Kriegsführung in der Stadt vor den Augen der Gewalttätigkeit der Regierung Luft, die 1970/71 unter dem »Ausnahmestand«, den der Präsident, Oberst Carlos Arana Osorio verfügt hatte, einen neuen Höhepunkt erreichte. Arana, der dem US-Militär nahestand, seit er als guatemaltekischer Militärattaché in Washington und anschließend als Kommandeur der Anti-Aufstands-Operation in Zapaca (wo seine Hingabe an seine Arbeit ihm den Titel »Der Schlächter von Zapaca« einbrachte) diente, verordnete sich selbst faktisch unbegrenzte Macht, Opposition jeglicher Art zu unterdrücken.²⁷

Amnesty International sagte später, daß guatemaltekische Quellen, einschließlich des Komitees der Verwandten verschwundener Personen, offenbarten, daß über 7000 Personen in diesen zwei Jahren verschwanden oder tot aufgefunden wurden. *Le Monde* berichtete 1971:

»Ausländische Diplomaten in Guatemala City glauben, daß für jeden politischen Mord von linksgerichteten Revolutionären 15 Morde durch rechtsgerichtete Fanatiker begangen werden.«²⁸

Während einer Sperrstunde, die so drakonisch war, daß, wie berichtet wird, sogar Ambulanzen, Ärzte und Feuerwehr nicht ausrücken durften, da amerikanische Polizeiwagen und Grüne Minna Tag und Nacht auf den Straßen patrouillierten und amerikanische Helikopter über den Köpfen schwirrten, hielten es die Vereinigten Staaten für angebracht, weiteren technischen Beistand und Ausrüstung zu liefern.²⁹

»Als Antwort auf eine Frage (von einem Ermittlungsbeamten des Kongresses 1971), was er als seine Arbeit ansehe, antwortete ein Mitglied der US-Militärgruppe (MILGP) in Guatemala augenblicklich, daß es seine Aufgabe sei, die guatemaltekischen Streitkräfte so effizient wie möglich zu machen. Auf die nächste Frage, inwiefern dies im Interesse der Vereinigten Staaten sei, folgte ein langes Schweigen,

während er über einen Punkt nachdachte, der ihm offensichtlich noch nie in den Sinn gekommen war.«³⁰

Was die unglücklichen Menschen auf Guatemalas Erde anbetraf, so hatten diese das große Erdbeben von 1976 zu erdulden, welches über 20.000 Menschenleben forderte, weitgehend das der Armen, deren Häuser als erste einstürzten. Einem amerikanischen Kirchenhilfswerkmitarbeiter, der ankam, um den Opfern zu helfen, ist diese Geschichte erzählt worden: Er war geschockt von ihrer Erscheinung und ihren Lebensumständen. Dann wurde er daüber informiert, daß er sich nicht im Erdbebengebiet befand, sondern, daß das, was er sah, Normalzustand war.³¹

Die *New York Times* berichtete 1977:

»Der Grad an Verstreuung von Pestiziden ist der höchste in der Welt, und wenig Beachtung wird den Menschen geschenkt, die neben den Baumwollfeldern leben.«

Pro Tag werden in der Saison 30 oder 40 Menschen wegen Pestizid-Vergiftung behandelt, der Tod kann innerhalb von Stunden eintreten oder die Vergifteten erleiden eine länger dauernde Leber-Fehlfunktion. Die Mengen an DDT in der Muttermilch in Guatemala sind die höchsten in der westlichen Welt. Ein Baumwollpflanzler erklärte:

»Es ist ganz einfach: Mehr Insektizide bedeuten mehr Baumwolle, weniger Insekten bedeuten höhere Profite.«

Bei einem Angriff zerstörten Guerilleros 22 Getreide-Sprüh-Flugzeuge. Die Flugzeuge wurden schnell ersetzt.³² Alle Pestizide sind in der Monsanto Chemical Company von St. Louis und Guatemala City hergestellt worden.

Als Antwort auf die Verletzung der Menschenrechte in Guatemala und anderen Ländern wurden während der Carter-Präsidentschaft verschiedene Gesetze im Kongreß mit dem Ziel, die militärische und wirtschaftliche Hilfe für diese Nationen zu kürzen, verabschiedet. In den vorangegangenen Jahren wurde vergleichbaren Verboten bezüglich Hilfe für Guatemala Gesetzeskraft verliehen. Die Effizienz dieser Gesetze kann an ihrer Zahl ermessen werden. Ein wirkliches Embargo wurde niemals durchgesetzt. Mit heimlicher Unterstützung der USA lieferte Israel militärische Ausrüstung und Waffen an Guatemala.³³

Es wurde berichtet, das zur Tarnung ein großer Teil der Schulung von Guatemalas Sicherheitskräften an geheime Orte in Chile und Argentinien verlegt wurde.³⁴ Zeugenaussage einer Indio-Frau:

»Mein Name ist Rigoberta Menchú Tum. Ich bin eine Vertreterin der Revolutionären Christen [...] Am 09.12.1979 wurde mein 16 Jahre alter Bruder Patrocino gefangengenommen und einige Tage lang gefoltert und dann mit 20 anderen jungen Männern auf den Platz in Chajul gebracht. Ein Offizier von (Präsident) Lucas Garcias Armee von Mördern befahl den Gefangenen, in einer Reihe aufzumarschieren. Dann begann er, die Einwohner des Dorfes, die gezwungen wurden, aus ihren Häusern zu kommen und dem Ereignis beizuwohnen, zu beleidigen und zu bedrohen. Ich war mit meiner Mutter da und wir sahen Patrocino. Ihm war die Zunge heraus- und seine Zehen abgeschnitten worden. Der Schakal von einem Offizier hielt eine Rede. Jedes Mal, wenn er eine Pause einlegte, schlugen die Soldaten die indianischen Gefangenen.

Als er seine großspurige Rede beendet hatte, waren die Körper meines Bruders und der anderen Gefangenen geschwollen, blutig, nicht widerzuerkennen. Es war monströs, aber sie waren noch am Leben.

Sie wurden zu Boden geworfen und mit Benzin übergossen. Die Soldaten legten mit Fackeln Feuer an die verdrehten Körper und der Hauptmann lachte wie eine Hyäne und zwang die Einwohner von Chajul, zuzusehen. Das war ihr Ziel – daß sie erschreckt werden und Zeugen werden für die Bestrafung, die den ›Guerilleros‹ zuteil wurde.«³⁵

1992 wurde Rigoberta Menchú Tum der Friedensnobelpreis verliehen.

Fred Sherwood – CIA-Pilot während des Sturzes der Arbenz-Regierung 1954, der sich in Guatemala niederließ und Präsident der amerikanischen Handelskammer wurde – machte im September 1980 in Guatemala folgende Zeugenaussage:

»Warum sollten wir wegen der Todesschwadronen besorgt sein? Die verdrängen die Kommunisten, unsere Feinde. Zur Hölle, ich würde ein paar Patronen nehmen, wenn ich könnte, und jeder andere würde das auch [...] Warum sollten wir sie kritisieren? Die Todesschwadronen – Ich bin dafür [...] Scheiße! Das ist keine Frage, wir können nicht warten, bis Reagan gewählt wird. Wir hoffen, daß Carter richtig schnell in den Ozean fällt [...] Wir alle glauben, daß er (Reagan) unser Retter ist.«³⁶

Die Bewegung für nationale Befreiung (Movement for National Liberation, MLN) war eine prominente politische Partei im Arana-Regime. Ein Auszug aus einer Radiosendung 1980 vom Chef der Partei, Mario Sandoval Alarcon:

»Ich gebe zu, daß das MLN die Partei der organisierten Gewalt ist. Organisierte Gewalt ist Stärke, genauso wie organisierte Farbe Szenerie und organisiertes Geräusch Harmonie ist. Es ist nichts falsch an organisierter Gewalt, sie ist Stärke und die MLN ist eine starke Partei.«³⁷

Der Gewerkschafter und Kolumnist Jack Anderson berichtete:

»Mario Sandoval Alarcon und der ehemalige Präsident Arana (Der Schlächter von Zapaca) verbrachten die Woche der Amtseinssetzung des amerikanischen Präsidenten, indem sie sich unter die Stars des engsten Kreises um Reagan mischten.«

Sandoval, der beim Sturz von Arbenz eng mit der CIA zusammengearbeitet hatte, gab bekannt, daß er sogar schon vor der Wahl den Verteidigungs- und außenpolitischen Berater von Reagan getroffen hatte. Rechtsgerichtete guatemaltekische Führer waren begeistert von Reagans Sieg. Sie freuten sich auf eine Wiederaufnahme des Ein-Herz-und-Eine-Seele-Verhältnisses zwischen amerikanischen und guatemaltekischen Sicherheitsteams und Geschäftsleuten, welches, bevor Carter sein Amt angetreten hatte, geherrscht hatte.³⁸

Bevor dies stattfinden konnte, mußte die Reagan-Administration jedoch die Haltung des Kongresses gegenüber dieser Sache namens Menschenrechte abmildern. Im März 1981, zwei Monate nach Reagans Amtseinführung, sagte der Außenminister Alexander Haig einem Kongreßkomitee, daß es eine sowjetische »Hitliste für die letztendliche Übernahme Mittelamerikas gab.« Es war eine »Vier-Phasen-Operation«, deren erster Teil die »Inbesitznahme von Nicaragua« gewesen war. »Das nächste«, warnte Haig, »ist El Salvador, auf das Honduras und Guatemala folgen sollen.«³⁹

Das war die Art von nachrichtendienstlicher Information, von der man erwarten würde, daß sie auf ein abgefangenes geheimes Dokument oder eine undichte Stelle beim KGB zurückzuführen sei. Aber weder wurde eines von diesen gefunden oder erwähnt, noch erdreistete sich irgendeiner der versammelten Kongreßabgeordneten, die Angelegenheit zu erörtern.

Zwei Monate später sah sich General Vernon Walters, der ehemalige stellvertretende Direktor der CIA, der als Haigs Sondergesandter auf einem Besuch in Guatemala war, dazu veranlaßt, zu erklären, daß die Vereinigten Staaten hofften, der Regierung von Guatemala zu helfen, »Frieden und Freiheit« zu verteidigen.⁴⁰

In dieser Zeit massakrierten guatemaltekische Sicherheitskräfte, offizielle und inoffizielle, mindestens 2000 Landarbeiter (begleitet von dem üblichen Syndrom von Folter, Verstümmelung und Enthauptung), zerstörten verschiedene Dörfer, ermordeten 76 Beamte der oppositionellen christdemokratischen Partei, Scharen von Gewerkschaftern und mindestens sechs katholische Priester.⁴¹

Am 19.08.1981 besetzten unbekannte bewaffnete Banditen die Stadt San Miguel Acatan, zwangen den Bürgermeister, ihnen eine Liste von all denen zu geben, die Geld zum Erbau einer Schule beigetragen hatten, nahmen 15 aus der Liste heraus (einschließlich drei der Kinder des Bürgermeisters), ließen sie ihr eigenes Grab graben und erschossen sie.⁴²

Im Dezember schließlich wandte sich Ronald Reagan gegen die Repression der Regierung. Er klagte Polen an, durch »brutale Gewalt Freiheitsgefühle zu unterdrücken [...]

Unsere Regierung und die unserer Verbündeten haben die moralische Ablehnung gegen die Polizeistaatstaktiken von Polens Unterdrückung ausgesprochen.«⁴³

Unter Verwendung der Lücken in der Gesetzgebung des Kongresses, real wie auch nachlässig interpretiert, durchbrach die Reagan-Administration in den ersten zwei Jahren das Embargo: 3,1 Mio. Dollar für Jeeps und Laster, 4 Mio. Dollar für Helikopter-Ersatzteile, 6,3 Mio. Dollar andere militärische Lieferungen.⁴⁴ Diese waren unter den öffentlich angekündigten Verschiffungen von Hilfen; darüber, was verdeckt durchsickerte, kann nur im Lichte gewisser Enthüllungen spekuliert werden: Jack Anderson offenbarte im August 1981, daß die Vereinigten Staaten Exilkubaner einsetzte, um Sicherheitskräfte in Guatemala zu schulen. In dieser Operation, schrieb Anderson, hatte die CIA »eine geheime Schulung in den feineren Details der Ermordung« arrangiert.⁴⁵ Im folgenden Jahr wurde berichtet, daß die Green Berets die guatemaltekischen Armeeeoffiziere über zwei Jahre lang in den Einzelheiten der Kriegsführung geschult hatten.⁴⁶ »Und 1983 erfuhren wir, daß in den vorangegangenen zwei Jahren die Anzahl der guatemaltekischen Luftwaffen-Helikopter-Flotten tatsächlich von 8 auf 27 angestiegen ist, daß diese alle aus amerikanischer Produktion sind und daß guatemaltekische Offiziere wieder an der US School of the Americas in Panama geschult wurden.«⁴⁷

Im März 1982 brachte ein Putsch General Efraim Ríos Montt, einen »wiedergeborenen Christen«, an die Macht. Einen Monat später kündigte die Reagan-Regierung an, daß sie Anzeichen für eine Verbesserung der Menschenrechtslage in dem Land erkennt und nahm dies zum Anlaß, eine Verschiffung von Militärhilfe zu rechtfertigen.⁴⁸ Am 01.07.1982 kündigte Ríos Montt einen Ausnahmezustand an. Er sollte mehr als acht Monate andauern. In den ersten sechs Regierungsmonaten Montts wurden 2600 Indios und Landarbeiter massakriert, während in den 17 Monaten seiner Amtszeit mehr als 400 Dörfer brutal von der Landkarte gewischt wurden.⁴⁹ Im Dezember 1982 sah sich Ronald Reagan – selbst ein Christ – das persönlich an. Nachdem er Ríos Montt getroffen hatte, erklärte Reagan, in Anspielung auf die Behauptungen von extensiven Übergriffen auf Menschenrechte, daß man dem guatemaltekischen Führer »übel mitspielte.«⁵⁰

Es folgt eine Äußerung der Guatemaltekischen Armee für die Armen aus dem Jahre 1981 (zu welcher Zeit der Tribut der Menschen, die seit 1954 von der Regierung ermordet wurden, mindestens die 60.000-Marke erreichte, und die Söhne von einstigen Mitgliedern der Todesschwadronen nun die Söhne der von ihren Vätern getöteten Indios umbrachten):

Die guatemaltekische Revolution erreicht ihr drittes Jahrzehnt. Seit die Regierung von Jacobo Arbenz 1954 gestürzt wurde, hat die Mehrheit des guatemaltekischen Volkes immer nach einem Weg gesucht, das Land dahin zu bringen, die gleichen Probleme zu lösen, die damals präsent waren und über die Zeit nur schlimmer geworden sind.

Die Konterrevolution, die von der US-Regierung in Bewegung gesetzt wurde und von denjenigen einheimischen Sektoren, die sich verpflichtet fühlen, jedes einzelne ihrer Privilegien zu erhalten, zerstreute und desorganisierte die Kräfte des Volkes und der Demokratie. Jedoch löste sie keines von den Problemen, die die Forderungen nach wirtschaftlicher, sozialer und politischer Veränderung zuerst aufgeworfen hatten. Diese Forderungen sind im letzten Vierteljahrhundert immer und immer wieder erhoben worden, durch jegliches Mittel, das zu der Zeit angebracht erschien, und haben jedes Mal die gleiche repressive Antwort wie 1954 erhalten.⁵¹

Statement von Vater Thomas Melville, 1968:

Zu der Schlußfolgerung gekommen, daß der derzeitige Zustand von Gewalt, zusammengesetzt aus Unterernährung, Ignoranz, Krankheit und Hunger einer großen Mehrheit der guatemaltekischen Bevölkerung die direkte Folge eines kapitalistischen Systems ist, das die wehrlosen Indios dazu zwingt, sich mit dem mächtigen und gut bewaffneten Landbesitzer zu messen, haben mein Bruder (Vater Arthur Melville) und ich beschlossen, keine Helfershelfer des Massenmordes zu sein, den dieses System erzeugt.

Wir haben begonnen, die Indios zu lehren, daß niemand ihre Rechte verteidigen wird, wenn sie sich nicht selbst verteidigen. Wenn die Regierung und die Oligarchie Waffen verwenden, um sie weiterhin in ihrer Lage der Not zu lassen, dann haben sie die Verpflichtung, zu den Waffen zu greifen und ihr gottgegebenes Recht, Men-

schen zu sein, zu verteidigen.

Wir sind angeklagt worden, Kommunisten zu sein, zusammen mit den Menschen, die uns zugehört haben, und wir wurden von unseren religiösen Vorgesetzten und dem US-Botschafter (John Gordon Mein) gebeten, das Land zu verlassen. Das haben wir getan.

Aber ich sage hier, daß ich nur dann ein Kommunist bin, wenn Christus ein Kommunist war. Ich tat, was ich tat und werde es weiterhin tun wegen der Lehren Christi und nicht wegen Marx und Lenin. Und ich sage hier auch, daß wir sehr viel mehr sind, als die Hierarchie und die US-Regierung denken.

Wenn der Kampf offener ausbricht, dann laßt die Welt wissen, daß wir es nicht für Rußland tun, nicht für China, noch für irgendein anderes Land, sondern für Guatemala. Unsere Antwort auf die derzeitige Situation ist nicht so, weil wir Marx oder Lenin gelesen haben, sondern weil wir das Neue Testament gelesen haben.⁵²

Postskript, ein kleines Muster:

1988 Guatemala erleide weiterhin den schlimmsten Rekord an Übergriffen auf die Menschenrechte in Lateinamerika, sagte der Council on Hemispheric Affairs in seinem Jahresbericht über Menschenrechte in der westlichen Hemisphäre.⁵³

1990 Guatemalteckische Soldaten auf dem Luftwaffenstützpunkt in Santiago Atitlán eröffneten das Feuer auf unbewaffnete Städter, die weiße Fahnen trugen, und töteten dabei 14 und verwundeten 24 Menschen. Die Menschen waren mit ihrem Bürgermeister gekommen, um mit dem Militärkommandeur über wiederholte Belästigungen seitens der Soldaten zu sprechen.⁵⁴

1990 »Die Vereinigten Staaten, denen nachgesagt wird, sie seien desillusioniert wegen der fortdauernden Korruption in der Regierung von Präsident Vinico Cereco Arevalo, wenden sich, wie berichtet wird, an das guatemalteckische Militär, um wirtschaftliche und politische Stabilität zu fördern [...] obwohl dem Militär Übergriffe auf die Menschenrechte vorgeworfen werden und vermutet wird, daß dieses in den Drogenhandel verstrickt ist.«⁵⁵

Dies wurde im Mai 1990 berichtet. Im Juni 1990 wurde ein prominenter amerikanischer Geschäftsmann, der in Guatemala lebt, Michael DeVine, vom guatemalteckischen Militär entführt und beinahe enthauptet, nachdem er anscheinend über den Drogenhandel des Militärs und andere Schmuggelaktivitäten gestolpert war. Die Bush-Administration kürzte die Militärhilfe für Guatemala in einer Show öffentlichen Zorns über die Tötung, erlaubte aber der CIA, wie wir später erfuhren, der Militärregierung Millionen von Dollar bereitzustellen, um den Verlust auszugleichen. Die jährlichen Zahlungen von 5-7 Mio. Dollar wurden anscheinend bis in die Clinton-Regierung fortgesetzt.

1992 Im März wurde der guatemalteckische Guerillaführer Efraín Bámaca Velásquez gefangengenommen und verschwand. Über die nächsten drei Jahre führte seine amerikanische Frau, die Rechtsanwältin Jennifer Harbury, eine leidenschaftliche internationale Kampagne durch – einschließlich öffentlichem Fastens in Guatemala City (bis fast zum Tode) und in Washington – um die guatemalteckische und die amerikanische Regierung für Informationen über das Schicksal ihres Mannes unter Druck zu setzen. Beide Regierungen beharrten darauf, nichts zu wissen. Schließlich, im März 1995, offenbarte der Abgeordnete Robert Torricelli vom House Intelligence Committee, daß Bámaca im gleichen Jahr, in dem er entführt wurde, gefoltert und hingerichtet wurde und daß er, wie DeVine, auf Befehl von Oberst Julio Roberto Alpiéz ermordet wurde, der für einige Jahre auf der Gehaltsliste der CIA stand (wodurch Alpiéz ein weiterer berühmter Absolvent der School of the Americas in Fort Benning wurde). Die Ereignisse um diese Fälle waren der CIA schon früh bekannt und den Beamten im Außenministerium und im Nationalen Sicherheitsrat zumindest einige Monate vor der Enthüllung. Torricellis Ankündigung veranlaßte verschiedene andere Amerikaner, mit Geschichten von Mord, Vergewaltigung und Folter ihrer selbst oder der Verwandtschaft seitens des guatemalteckischen Militärs herauszurücken. Schwester Dianna Ortiz, eine Nonne, erzählte wie sie 1989 entführt wurde, mit Zigaretten verbrannt, wiederholt vergewaltigt und in eine Grube voller Leichen und Ratten herabgelassen wurde.

Ein hellhäutiger Mann, der mit amerikanischem Akzent sprach, schien die Aufsicht zu haben, sagte sie.⁵⁶

Anmerkungen zu Kapitel 37

- 1 Die Einzelheiten der Ereignisse und Sachverhalte, auf die sich dieses Kapitel bis zum Jahre 1968 bezieht, entstammen vor allem den folgenden Quellen: a) **Thomas und Marjorie Melville**, GUATEMALA – ANOTHER VIETNAM? (Penguin, Harmondsworth, 1971), Kap. 9 bis 16, besonders zur Lage der Armen und den Aktivitäten der USA in Guatemala. – Im gleichen Jahr in leicht veränderter Form in den Vereinigten Staaten unter dem Titel GUATEMALA: THE POLITICS OF LAND OWNERSHIP veröffentlicht; b) **Eduardo Galeano**, GUATEMALA, OCCUPIED COUNTRY (Mexico, 1967; Englische Übersetzung: New York, 1969), passim; zur Politik der Guerrilleros und dem Charakter des rechtsradikalen Terrors; Galeano war ein uruguayischer Journalist, der einige Zeit bei den Guerrilleros verbrachte; c) **Susanne Jonas und David Tobis** (Hrsg.), GUATEMALA (North American Congress on Latin America, Berkeley, CA, 1974), passim; besonders das Kapitel »The Vietnamization of Guatemala: U.S. Counter-insurgency Programs« von **Howard Sharckman** auf S. 193-203; d) **Amnesty International**, GUATEMALA (London, 1976), passim, zu Statistiken über die Terroropfer. Andere Berichte von AI über Guatemala aus den 1970er Jahren enthalten vergleichbare Informationen; e) **Richard Gott**, RURAL GUERRILLAS IN LATIN AMERICA (Penguin Books, Harmondsworth, 1973, überarb. Aufl.), Kap. 2 bis 8 zur Politik der Guerrilleros.
- 2 *The Guardian* (London), 22.12.1983, S. 5.
- 3 Die Zitate zur Not der Armen sind aus den hier zitierten Quellen montiert.
- 4 *New York Times Magazine*, 26.06.1966, S. 8.
- 5 Zum Stützpunkt der USA für die Bekämpfung von Aufständen vgl. *El Imparcial* (eine konservative Zeitung in Guatemala Stadt), 17.05.1962 und 4. Januar 1963, zitiert bei **Melville**, S. 163-164.
- 6 **Stephen Schlesinger und Stephen Kinzer**, BITTER FRUIT: THE UNTOLD STORY OF THE AMERICAN COUP IN GUATEMALA (New York, 1982), S. 242.
- 7 Zu Georgie Anne Geyer vgl. *Miami Herald*, 24.12.1966. Vgl. auch *New York Herald Tribune*, 07.04.1963, Section 2, S. 1, ein Artikel von **Bert Quint; Schlesinger und Kinzer**, S. 236-244.
- 8 **Galeano**, S. 55.
- 9 Ebd., S. 55-56.
- 10 *Time*, 26.01.1968, S. 23.
- 11 Ebd.
- 12 Die Angaben zu den Grausamkeiten und zur Folter sind aus den hier zitierten Quellen zusammengestellt. Vgl. auch **A. J. Langguth**, HIDDEN TERRORS (New York, 1978), S. 139, 193, über die Verwicklung der USA in den Einsatz von Feldtelefonen zum Zwecke der Folter in Brasilien.
- 13 **Melville**, S. 292.
- 14 Ebd., S. 291.
- 15 *Washington Post*, 21.01.1968, S. A4, eine Aussage von Reverend Blase Bonpane, einem Priester der amerikanischen Maryknoll-Missionare in Guatemala zu jener Zeit.
- 16 Die Ereignisse in Panama wurden im September 1967 vom guatemalteckischen Vizepräsidenten Clemente Marroquin Rojas in einem Interview mit der internationalen Presseagentur *Inter Press Service* (IPS) aufgedeckt, abgedruckt in *Latin America* (einer Wochenzeitung aus London), 15.09.1967, S. 159. **Eduardo Galeano**, S. 70, berichtet über ein persönliches Gespräch mit Marroquin Rojas, in dem der Vizepräsident dieselbe Geschichte erzählte. Marroquin Rojas war zwar ein glühender Antikommunist, aber anscheinend wi-

- derstrebte ihm die lässige Art, mit der die amerikanischen Flugzeuge die guatemaltekische Souveränität verletzen.
- 17 **Norman Diamond**, »Why They Shoot Americans«, *The Nation* (New York), 05.02.1968. Der Titel des Artikels bezieht sich auf die Erschießung John Webbers.
 - 18 Das Eröffnungszitat stammt von **Clyde Snow**, einem forensischen Anthropologen; vgl. *Covert Action Quarterly*, H. 48, Frühjahr 1994, S. 32. Die Angaben zum rechtsradikalen Terror sind aus den hier zitierten Quellen zusammengestellt.
 - 19 *Washington Post*, 04.02.1968, S. B1. Der historische Dialog in Lateinamerika zwischen Christentum und Marxismus begann in den 1970er Jahren und läßt sich vor allem auf Priester und Nonnen wie Bonpane und die Melvilles und ihre Erfahrungen in den 1950er- und 1960er Jahren zurückverfolgen.
 - 20 **Galeano**, S. 63.
 - 21 *El Imparcial* (Guatemala Stadt), 10.11.1967, zitiert bei **Melville**, S. 289.
 - 22 **Richard Gott**, im Vorwort zum Buch der Melvilles, S. 8.
 - 23 Zum AID, zum OPS und zum Bündnis für den Fortschritt vgl. a) »Guatemala and the Dominican Republic«, a Staff Memorandum prepared for the US Senate Subcommittee on Western Hemisphere Affairs, *Committee on Foreign Relations*, 30.12.1971, S. 6; b) **Jonas und Tobis**, S. 199-200; c) **Galeano**, S. 72-73; d) **Michael Klare**, *WAR WITHOUT END* (Random House, New York, 1972), S. 241-269, zum Lehrplan und zur Philosophie des OPS; e) **Langguth**, S. 242-243 und passim, zu den Praktiken des OPS, einschließlich seiner Mitwirkung an Foltermaßnahmen; der Autor beschränkt seine Untersuchung vor allem auf Brasilien und Uruguay, sie läßt sich jedoch auch auf Guatemala anwenden; f) *CounterSpy* (Washington), November 1980 bis Januar 1981, S. 54-55, eine Liste von nahezu 300 guatemaltekischen Polizeioffizieren, die zwischen 1963 und 1974 in den USA ausgebildet wurden; g) **Michael Klare** und **Nancy Stein**, »Police Terrorism in Latin America«, *NACLA'S LATIN AMERICA AND EMPIRE REPORT* (North American Congress on Latin America, New York), Januar 1974, S. 19-23, basiert auf einem Dokument des Außenministeriums, das die Autoren im Jahre 1973 von Senator James Abourezk erhielten; h) **Jack Anderson**, *Washington Post*, 08.10.1973, S. C33.
 - 24 Die Zahl des AID wird zitiert bei **Jenny Pearce**, *UNDER THE EAGLE: U. S. INTERVENTION IN CENTRAL AMERICA AND THE CARIBBEAN* (Latin American Bureau, London, 1982, aktualisierte Ausg.), S. 67.
 - 25 **George Cotter**, »Spies, Strings and Missionaries«, *The Christian Century* (Chicago), 25.03.1981, S. 321.
 - 26 **Eqbal Ahmad**, »The Theory and Fallacies of Counter-insurgency«, *The Nation* (New York), 02.08.1972, S. 73.
 - 27 Zu den Beziehungen Aranas zum US-Militär vgl. **Joseph Goulden**, »A Real Good Relationship«, *The Nation* (New York), 01.06.1970, S. 646; **Norman Gall**, »Guatemalan Slaughter«, *New York Review of Books*, 20.05.1971, S. 13-17.
 - 28 *Le Monde Weekly* (English edition), 17.02.1971, S. 3.
 - 29 *New York Times*, 27.12.1970, S. 2; *New York Times Magazine*, 13.06.1971, S. 72.
 - 30 US SENATE STAFF MEMORANDUM, a.a.O.
 - 31 *New York Times*, 18.02.1976.
 - 32 Ebd., 09.11.1977, S. 2.
 - 33 **Jonathan Marshall**, **Peter Dale Scott** und **Jane Hunter**, *THE IRAN-CONTRA CONNECTION: SECRET TEAMS AND COVERT OPERATIONS IN THE REAGAN ERA* (South End Press, Boston, 1987), Kap. 5, passim; *The Guardian* (London), 09.12.1983; *CounterSpy*, a.a.O., S. 53, zitiert Elias Barahona y Barahona, den früheren Pressesekretär des guatemaltekischen Innenministeriums, der die Regierung im Auftrag der EGP infiltriert hatte.
 - 34 *CounterSpy*, a.a.O. (Barahona), S. 53.

- 35 **Pearce**, S. 278. Später wurde ein Buch mit dem Bericht von Menchû über ihr Leben veröffentlicht, in dem sie über viele weitere Greuelthaten des guatemaltekischen Militär berichtet; vgl. **Elisabeth Burgos-Debray** (Hrsg.), I ... RIGOBERTA MENCHÛ: AN INDIAN WOMAN IN GUATEMALA (London, 1984, Übersetzung aus dem Spanischen).
- 36 **Pearce**, S. 176. Zu Sherwoods Rolle im Jahre 1954 vgl. **Schlesinger** und **Kinzer**, S. 116, 122, 128. Seine Aussage ist zum Teil zitiert bei **Penny Lernoux**, IN BANKS WE TRUST (Doubleday, Garden City, NY, 1984), S. 238, nach der Sendung CBS News Special vom 20.03.1982: »Update: Central America in Revolt«.
- 37 *Washington Post*, 22.02.1981, S. C7, eine Kolumne von Jack Anderson. Anderson bezieht sich auf einen »offiziellen Sprecher« des MLN, dessen Identität als Sandoval von anderer Seite bestätigt wurde; vgl. z. B. *The Guardian* (London), 02.03.1984.
- 38 *Washington Post*, ebd. Zu den wichtigsten Verbindungen zwischen den amerikanischen Konservativen und der guatemaltekischen Machtelite vgl. den Bericht des Council on Hemispheric Affairs (Washington) von **Alan Naim** im Jahre 1981.
- 39 *New York Times*, 19.03.1981, S. 10.
- 40 *Washington Post*, 14.05.1981, S. A16.
- 41 Ebd.; *New York Times*, 18.05.1981, S. 18; Bericht des Washingtoner Büros für Lateinamerika, einer geachteten Menschenrechtsgruppe, die mit der Menschenrechtsabteilung des Außenministeriums zusammenarbeitete, vom 04.09.1981.
- 42 Bericht des Washingtoner Büros für Lateinamerika, a.a.O. Vermutlich stand hinter diesem Vorfall die traditionelle Angst der Rechten vor der Bildung der Armen.
- 43 *New York Times*, 28.12.1981.
- 44 Ebd., 21.06.1981; 25.04.1982; *The Guardian* (London), 10.01.1983.
- 45 *San Francisco Chronicle*, 27.08.1981, S. 57.
- 46 *Washington Post*, 21.10.1982, S. A1.
- 47 *The Guardian* (London), 10.01.1983; 17.05.1983.
- 48 *New York Times*, 25.04.1982, S. 1.
- 49 Ebd., 12.10.1982, S. 3, zu den Todesfällen, zitiert Amnesty International; *Los Angeles Times*, 20.07.1994; S. 11, zu den Dörfern, zitiert »Menschenrechtsorganisationen«. Zu den grauenvollen Einzelheiten bezüglich der Todesschwadronen, des spurlosen Verschwindens von Menschen und der Folter in Guatemala während der frühen 1980er Jahre vgl. GUATEMALA: A GOVERNMENT PROGRAM OF POLITICAL MURDER (Amnesty International, London, 1981) und MASSIVE EXTRAJUDICIAL EXECUTIONS IN RURAL AREAS UNDER THE GOVERNMENT OF GENERAL EFRAIN RIOS MONTT (Amnesty International, London, 1982).
- 50 *New York Times*, 06.12.1982, S. 14.
- 51 *Contemporary Marxism* (San Francisco), H. 3, Summer 1981.
- 52 *The National Catholic Reporter* (eine Wochenzeitung aus Kansas City, Missouri), 31.01.1968.
- 53 *Los Angeles Times*, 25.12.1988.
- 54 Erschien am 02.12.1990; ein Bericht von Witness for Peace, Washington, einer religiösen Menschenrechtsorganisation, die sich mit Mittelamerika befaßt, vom Sommer des Jahres 1991.
- 55 *Los Angeles Times*, 07.05.1990.
- 56 Zu den Fällen DeVine und Bamaca vgl. *New York Times*, 23.03.1995, S. 1; 24.03.1995, S. 3; 30.03.1995, S. 1; *Los Angeles Times*, 23.03.1995, S. 7; 24.03.1995, S. 4; 31.03.1995, S. 4; 02.04.1995, S. M2; *Time*, 10.04.1995, S. 43.

38 Costa Rica 1970 bis 1971

Der Versuch, einen Verbündeten zu stürzen Teil 2

Jose Figueres, dreimaliger Regierungschef von Costa Rica, war eigentlich kein Ziel für eine Destabilisierung durch die Vereinigten Staaten. Er war ein ehrlicher Freund Nord-Amerikas, sprach fließend Englisch, wurde am MIT ausgebildet, war Dozent an der Harvard und anderen Universitäten, war eng verbunden mit intellektuellen Kreisen in den USA, besonders unter Kennedy-Anhängern, und bekam eine Ehrenmitgliedschaft in der Americans for Democratic Action zugestanden. Auf Figueres verwies man üblicherweise als auf einen »herausragenden Freund« der Vereinigten Staaten. Er wurde lange mit einer Vielzahl von Aktivitäten der CIA in Lateinamerika in Verbindung gebracht. Und als ob das noch nicht genug wäre, waren beide Ehefrauen von Figueras US-Amerikanerinnen.

Dennoch versuchte die CIA, ihn während seiner Amtszeit in den 50er Jahren zu stürzen. Die CIA versuchte zweimal, den Mann zu ermorden (siehe Kapitel 11 über Costa Rica Mitte 50er Jahre) und probierte in den 70er Jahren möglicherweise erneut, ihn zu stürzen.

Für liberale amerikanische politische Persönlichkeiten war Figueres der Inbegriff des »Liberalen Demokraten«, die Art von Staatsmann, über den sie gerne nachdachten und von dem sie hofften, daß die Welt dachte, daß er der natürliche Partner für die US-Außenpolitik sei, geeigneter als die Militärdiktatoren, die ständig als Verbündete zerplatzten.

Für US-amerikanische Konservative war Figueres fragwürdig, denn wenn dieser nicht in Wirklichkeit selbst ein Kommunist war, so schätzte er nicht hinreichend die Natur und den Grad der Internationalen Kommunistischen Verschwörung ein und gestand dementsprechend den Kommunisten zu viel Handlungsspielraum zu.

Im Mai 1970 wurde Figueres wieder zum Präsidenten gewählt. Er schlug vor, zum Ostblock Brücken zu bauen. Als erstes zentralamerikanisches Land nahm Costa Rica diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion und Osteuropa auf. In den Augen der nordamerikanischen Konservativen bewahrheitete diese Politik ihre Einschätzung Figueres' als Verbündeter der Sowjetunion. Diese Überzeugung wurde dadurch gestützt, daß er, nachdem er im Mai 1970 wieder Präsident wurde, begann, zum Ostblock »Brücken zu bauen«, wobei Costa Rica das erste zentralamerikanische Land wurde, das diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion und Osteuropa aufnahm. Vorsichtig erklärte Figueres:

»Diese diplomatische Anerkennung erschüttert in keiner Weise unsere Loyalität zu den Vereinigten Staaten oder zur demokratischen Sache. Die Menschen sind überall müde vom Kalten Krieg. Rußland kontrolliert halb Europa, und wir wollen die Russen dazu bringen, Kaffee (Costa Ricas Hauptexportartikel) statt Tee zu trinken.«¹

In den vorangegangenen zwei Jahren hatte die Sowjetunion von Costa Rica Kaffee im Wert von 10 Mio. Dollar bezogen, eine »wirtschaftliche Offensive«, die, wie berichtet wird, die Beamten der Vereinigten Staaten störte.«²

Earl (Ted) Williamson, offiziell bekannt als Erster Sekretär der US-Botschaft in San Jose, aber in Wirklichkeit CIA-Chef des Standortes, ist gehört worden, wie er auf einer Party erklärte, daß die Figueres-Regierung sich nicht lange weiter würde halten können. Er widersprach offen den Brückenbau-Bemühungen des Präsidenten.

Williamsons Kommentare gingen zurück an die Beamten von Costa Rica, wie auch Berichte über seine engen Verbindungen mit Figueres konservativen politischen Gegnern und indiskrete Bemerkungen, die von seiner kubanischen Frau bezüglich des vorgebliebenen Weges des Landes Richtung Kommunismus gemacht wurden. Williamson, der in

Kuba vor der Revolution diente und die Nichte eines wohlhabenden Zuckerbarons geheiratet hatte, wurde auch wegen der Beschlagnahmung und Verbrennung marxistischer Literatur getadelt, die über den Flughafen von Costa Rica gekommen war. Er wurde wegen seiner Einmischung in das »Technische Beistandsprogramm für Sicherheit« der CIA getadelt.

Im Herbst 1970 fühlte sich die Regierung von Costa Rica dazu veranlaßt, über den Costa Rica Desk im Außenministerium in Washington einen formlosen Vorschlag zu machen, daß Williamson abgelöst werden solle. Die Anfrage wurde ignoriert.

Dann, am 17.12.1970, berichtete ein Fischer, daß er ein mysteriöses Schiff gesehen hatte, das »lange hölzerne Kästen« an einem entlegenen Strand in Costa Rica entladen hatte. Das Schiff wurde als *Waltham* identifiziert und die Regierung von Costa Rica erhielt später die Information, daß das Schiff in der »Kaufmännischen Sektion des Außenministeriums« registriert sei. Dies wurde niemals überprüft. Jedoch besaß die US-Handelsabteilung zu jener Zeit ein 455-Fuß-Schiff mit Namen *Waltham Victory*.

Es wurde zuerst berichtet, daß die Kästen Waffen enthielten. Nachträglich wurde eine Geschichte in Umlauf gesetzt, daß es Schmuggelwhisky war, der ankam.

Der *Miami Herald*, der als erster diese Geschichte kundtat, kommentierte, daß »die Schmuggelstory vermutlich vorgeschoben wurde, um Gerüchte über einen Putsch gegen die Regierung zu zerstreuen.«

Amerikafreundlich wie er war, hatte Figueres wahrscheinlich Angst, die gesamte Kontroverse hochzuspielen, die für ihn ziemlich peinlich gewesen sein muß. Drei Kongreßmitglieder seiner Partei jedoch, unbelastet von solchen Loyalitätskonflikten, gaben eine Erklärung ab, in der sie die CIA anklagten, in die Schiffsbewegungen sowie in das Abladen von Waffen verwickelt zu sein.

Anfang Januar 1971 befürchtete die Regierung von Costa Rica ernsthaft einen Aufstand. Sie bat erneut die Nixon-Regierung, Williamson zurückzurufen. Nicht lange zuvor hatte er öffentlich vorausgesagt, daß die Figueres-Regierung keine weiteren zwei Wochen überleben würde.

Die Guardia Civil, Costa Ricas einzige bewaffnete Streitmacht, wurde alarmiert und Pläne entworfen, um Figueres aus der Hauptstadt zu einem Versteck in den Bergen zu bringen. Auf Figueres Bitte hin lieferte die Regierung von Panama verdeckt über 100 halbautomatische Gewehre nach Costa Rica.

Während dieser gesamten Periode wurde von der amerikanischen Botschaft in San Jose berichtet, daß sie tief gespalten zwischen Liberalen und Konservativen war. Die vielleicht konservativste Person, zusammen mit Williamson, war Botschafter Walter Ploeser mit einer langen Geschichte ultra-antikommunistischer Aktivitäten. Ploeser verteidigte Williamson heftig, und man sagte über diesen, daß er keine Anstrengungen unternahm, die öffentlichen Ausfälle des CIA-Beamten gegen Figueres zu zügeln. Zur selben Zeit feuerte Ploeser den Direktor des USA AID Programms in Costa Rica, Lawrence Harrison, der für Figueres war. Die beiden Männer gerieten, wie berichtet wird, wegen Prioritäten aneinander, wobei Ploeser eine Aufstockung des militärischen Beistandes wünschte – obwohl Costa Rica scheinbar wenig Verwendung dafür hatte – und eine Reduzierung amerikanischer Wirtschaftshilfe für das Land.

Offizielle Telegramme, die Washington aus Ploesers Botschaft erreichten, beschrieben die Situation in Costa Rica als »gefährlich.« Figueres wurde beschuldigt, den Westen aufzugeben und sich dem Osten zuzuwenden, finanzielle Hilfe von den Kommunisten für seine Kampagne akzeptiert zu haben und Kommunisten zu gestatten, seine Regierung zu infiltrieren.³

Im Februar wurde Williamson schließlich von Washington zurückgerufen. Beamte von Costa Rica hofften und erwarteten, daß Ploeser ebenso ersetzt werden würde, sobald dies mit dem gebräuchlichen diplomatischen Gesichtswahren vereinbar war. Ploeser befand sich noch ein volles Jahr auf seinem Posten, bevor er »aus persönlichen Gründen« sein Amt niederlegte.

Die Ankündigung von Williamsons Amtsniederlegung wurde möglicherweise schneller verbreitet, da einige Tage vorher das House Subcommittee on Inter-American Affairs eine Einsatzbesprechung gehalten hatte, um einen Einblick in die Angelegenheit zu bekommen. Nachdem das Komitee die Zeugenaussagen zweier Beamter des Außenministeriums zur Kenntnis genommen hatte, kündigte es an, daß alles ein großes Mißverständnis gewesen sei. Dieses sei durch »Konflikte zwischen Persönlichkeiten« innerhalb der Botschaft zustande gekommen, die »Auswirkungen« außerhalb ihrer Mauern hatten, sowie durch »übereifrige Aktionen« von einigen US-Beamten, die ungenannt blieben, sowie auch durch alles andere, das bei der Lagebesprechung hinter verschlossenen Türen gehört wurde.⁴

Am selben Tag stand in einem Leitartikel des *Miami Herald*:

»Was hinreichend klar ist [...] ist die Macht und der Einfluß der Botschaft der Vereinigten Staaten in einem so kleinen Land wie Costa Rica. Eine solche Botschaft, die sich gegen die Regierung richtet, kann in der Lage sein, die Opposition zu stärken sowie möglicherweise Bemühungen in die Wege zu leiten, die Regierung zu stürzen. Das fordert beinahe offene Antipathie heraus.«⁵

Anmerkungen zu Kapitel 38

- 1 *New York Times*, 11. Februar 1971.
- 2 Ebd. Der Ausdruck »Wirtschaftsoffensive« wurde anscheinend von der Zeitung geprägt.
- 3 Die wichtigsten Quellen für die gesamte Geschichte sind der *Miami Herald*, 07.02.1971 und die *Los Angeles Times*, 28.02.1971; vgl. auch den *Miami Herald*, 09.02.1971, 10.02.1971, 11.02.1971, 13.02.1971.
- 4 *New York Times*, 11.02.1971; *Miami Herald*, 11.02.1971.
- 5 *Miami Herald*, 10.02.1971.

39 Irak 1972 bis 1975

Verdeckte Aktion sollte nicht mit Missionsarbeit verwechselt werden¹

Bis in das Land des alten Mesopotamiens reichte der lange Arm der CIA. Die Kurden der Zagros- und Taurusgebirge, gerade seit einigen Jahrzehnten dem Nomadenleben entflohen, kamen auf die Kundenkartei der Agentur.

Im Mai 1972 reisten Richard Nixon und sein nationaler Berater für Sicherheitsangelegenheiten, Henry Kissinger, in die Sowjetunion, um ihre russischen Amtskollegen zu treffen. Danach sagte Kissinger auf einer Pressekonferenz in Moskau, daß die beiden Nationen übereingekommen waren, die Spannungen im Mittleren Osten aufzuheben. »Solch eine Beilegung würde auch zu einer Entspannung beim Rüstungswettlauf in der Gegend beitragen [...] Von unserer Seite her gesprochen«, fügte er hinzu, »kann ich sagen, daß wir versuchen werden, diese Prinzipien in dem Geist durchzusetzen, in dem sie verkündet wurden.«²

Kissinger und Nixon wurden von diesem Geist vielleicht 24 Stunden bewegt. Auf ihrem Weg nach Hause hielten sie in Teheran an, um ihren Freund, den Schah des Iran, zu besuchen. Es schien, als seien Iran und Irak erneut in ihre endlose Fehde verwickelt – einem Grenzstreit oder Ähnlichem.

Der Schah bat seinen Freund Richard um einen kleinen Gefallen. Könnte dieser für eine Bewaffnung der Kurden im Irak, die für ihre Autonomie kämpften, sorgen? Könnte er zu einer Schwächung der irakischen Ressourcen und Ablenkung vom Iran beitragen?³

Richard Milhous sagte zwei Wochen vor dem Einbruch ins Watergate-Hotel, daß er alles für seinen Freund und loyalen Verbündeten tun werde.

Der Schah war begrenzt fähig, die Kurden selbst zu bewaffnen und tat dies tatsächlich bis zu einem gewissen Grade, doch die Kurden trauten ihm nicht. Sie vertrauten den Vereinigten Staaten und wollten von diesen bewaffnet werden. Einige Jahre später formulierte das Kongreßkomitee, das unter dem Namen *Pike Komitee* bekannt ist und das verschiedene CIA-Operationen untersuchte, folgendes:

»Die USA handelten tatsächlich als Garant dafür, daß die Kurden nicht alle vom Schah fallengelassen wurden.«⁴

Kurz darauf griff die CIA auf seine Warenhäuser und auf eine Reihe sowjetischer und chinesischer Handfeuerwaffen und Flinten zu, so daß Millionen Schuß von Munition auf ihrem Weg zu den kurdischen Rebellen waren. Der kommunistische Ursprung der Waffen galt als Standardmittel, um die »plausible Leugnung« abzusichern. Letzten Endes war die Militärhilfe etwa 16 Mio. Dollar wert.

Die Kurden sind eine besondere Volksgruppe. Sie sind Moslems, allerdings – anders als die meisten anderen Iraker – keine Araber. Sie sind vor allem in der Türkei, im Iran, Irak und in Syrien anzutreffen. Jahrzehnte lang waren die irakischen Kurden engagiert in periodisch wiederkehrenden Kriegen gegen die Regierung zur Verfolgung des Ziels der »Autonomie.« Dieses Konzept, das von ihnen nicht gerade verständlich definiert wurde, enthielt lediglich die klare Aussage, daß sie es bisher nicht vermochten, einen unabhängigen Staat zu gründen.

Die politische Geschichte der irakischen Kurden in ihrer jüngeren Vergangenheit war ein verwirrendes Stück Flickwerk. Zehn Jahre früher standen sie in enger Verbindung mit der irakischen kommunistischen Partei, so daß diese unter den Kurden Zuflucht suchte, als die regierende Baath-Partei begann, die Kommunisten zu verfolgen. Der kurdische Führer Mustafa Al-Barzani, ein Mann in seinen Siebzigern, hatte einige Jahre in der Sowjetunion verbracht und sprach russisch. Jetzt – im Jahr 1972 – waren die Kom-

munisten Verbündete der Baathisten bei dem Versuch, den »imperialistischen Agenten Barzani« zu unterdrücken. Die kurdische Propaganda betonte die sowjetische militärische Unterstützung der irakischen Regierung, einschließlich der Behauptung, daß Russen Bombeneinsätze gegen die Kurden flogen. Gleichzeitig bezeichneten sich die Kurden selbst als »Sozialdemokraten« europäischer Art und gingen so weit, die Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationalen zu beantragen.⁵ Nichtsdestotrotz sagte Barzani häufig, daß er keiner anderen großen Macht als den Vereinigten Staaten traue und behauptete, daß die Kurden bei Erfolg seiner Sache »bereit wären, der 51. Staat zu werden.«⁶ Und über all das hinaus wünschten sie, eine moslemische Gesellschaft zu errichten.

Im Oktober 1973, als der Überraschungsangriff auf Israel am Jom Kippur stattfand und Irak als Verbündeter von Ägypten und Syrien agierte, waren die Kurden willens, auf Israels Vorschlag hin einen Großangriff zu starten, der sehr vorteilhaft für ihre eigene Sache hätte sein können, sowie auch einigen Druck von Israel hätte nehmen können, indem die irakische Armee behindert würde. Aber Kissinger lehnte es ab, daß sich die Kurden in Bewegung setzen. Am 16.10.1973 veranlaßte er die CIA, ein Telegramm mit folgendem Text zu schicken:

»Wir wiederholen nicht [...] sehen es nicht als ratsam an, die offensiven militärischen Aktionen zu unternehmen, die Israel Ihnen vorgeschlagen hat.«

Die Kurden gehorchten.⁷

Der Pike-Bericht betrachtete diesen Vorfall als Beispiel für die offensichtliche »Kein-Gewinn«-Politik der Vereinigten Staaten und des Irans. Das Komitee sagte:

Die zunehmend schlechter werdende Position der Kurden spiegelte die Tatsache wieder, daß keine der Nationen, die ihnen halfen, ernsthaft wünschte, daß sie ihr Ziel eines autonomen Staates verwirklichen. Ein CIA-Memo vom 22.03.1974 legt die Position Irans und der Vereinigten Staaten klar fest: »Wir würden denken, daß Iran nicht mit Wohlwollen auf das Errichten einer endgültig autonomen Regierung blicken würde. Der Iran – wie auch wir selbst – haben einen Vorteil in der Pattsituation gesehen [...] durch die der Irak durch die Ablehnung der Kurden, (ihre) Halbautonomie preiszugeben, wesentlich geschwächt wird. Weder der Iran noch wir selbst wünschen die Angelegenheit in der einen oder anderen Weise gelöst zu sehen.«⁸ »Diese Politik wurde unseren Klienten nicht mitgeteilt, die dazu ermutigt wurden, weiterzukämpfen. Selbst im Zusammenhang mit einer verdeckten Aktion war das unsrige ein zynisches Unternehmen.«⁹

Nach dem Tag, auf den sich das CIA-Memo bezog, dem 23.03.1974, kam der sowjetische Verteidigungsminister Andrej Grechko, der sich mit Barzani befreundet hatte, als letzterer in der Sowjetunion lebte, im Irak an, um der Regierung zu helfen, zu einer Verständigung mit den Kurden zu gelangen. Auf Empfehlung des Iran und der Vereinigten Staaten lehnte es Barzani jedoch ab, zu irgendwelchen Ergebnissen zu kommen.¹⁰ Vorher im gleichen Monat hatte die irakische Regierung tatsächlich ein Gesetz durchgebracht, das den Kurden eine begrenzte Autonomie anbot, doch das hatten sie auch zurückgewiesen, ob auf Aufforderung ihrer »Verbündeten« hin oder nicht.

Das Kongreßkomitee deckte auf, daß »die CIA schon frühzeitig Informationen hatte, die nahelegten, daß der Schah die Kurden in dem Moment aufgeben würde, in dem er mit dem Irak zu einer Einigung über die Grenzstreitigkeiten kommen würde.« Dokumente der CIA charakterisieren die Sicht des Schahs auf die Kurden als »eine Karte, die bei seinem Streit mit dem Irak ausgespielt werden kann.« Und ein CIA-Memo charakterisiert die Kurden als ein einzigartig nützliches Instrument, um Iraks Möglichkeiten in internationalem Abenteuerertum zu schwächen.«¹¹

Letzteres dürfte eine Anspielung darauf gewesen sein, daß der Irak im April 1972 einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag mit der Sowjetunion unterzeichnet hatte, unter dem er Militärhilfe bekam und der Sowjetischen Marine gewisse Hafenprivilegien zugestand. Im Juni 1974 hatte dann der an Öl reiche Irak das Konsortium, das dem Westen gehörte, verstaatlicht. Die Iraq Petroleum Company (23,75% US-amerikanisch), welche

von den Sowjets gutgeheißen wurde, trug zum Abschluß eines Handels- und Wirtschaftsvertrages zwischen den beiden Ländern bei.¹²

Es war wohl Öl, das Iran und Irak zusammenbrachte. 1973 wollte der Schah Irans Position bei der Organisation der erdölexportierenden Länder (OPEC) stärken. Sehr wichtig bei der Überzeugung des Iraks und anderer Länder war Irans Bereitschaft, die lästigen Kurden zu hintergehen.¹³ Keines dieser Länder wollte, daß seine eigenen Minoritäten irgendwie Geschmack an einem Erfolg bekamen.

Erst im März 1975 war der Schah bereit, seinen Zug zu machen. Dann überschlugen sich die Ereignisse. Der Schah traf sich mit dem Vize-Präsidenten des Irak und schnitt, in einem Ankommen festgelegt, alle Hilfslieferungen an die Kurden ab, einschließlich des amerikanischen Teils. Am nächsten Tag starteten die Iraker den größten Angriff, den sie jemals vollzogen hatten. Einige Tage später schickten die verduzteten Kurden eine verzweifelte Botschaft an die CIA:

»Es herrscht Verwirrung und Bestürzung in unserem Volk und unseren Streitkräften. Schicksal unseres Volkes in nie dagewesener Gefahr. Komplette Zerstörung schwebt über unseren Köpfen. Keine Erklärung für all dies. Wir appellieren an Sie und die USG (United States Government; Regierung der Vereinigten Staaten) entsprechend ihrer Versprechen zu intervenieren [...]«¹⁴

Am selben Tag appellierten die Kurden ebenso an Kissinger:

»Eure Exzellenz, nachdem wir immer an die friedliche Lösung von Streitigkeiten einschließlich derer zwischen Iran und Irak geglaubt haben, sind wir erfreut zu sehen, daß ihre beiden Länder zu einem Abkommen gelangt sind [...] Jedoch bluten unsere Herzen, wenn wir sehen, daß die Zerschlagung unseres hilflosen Volkes ein unmittelbares Nebenprodukt ihres Abkommens ist [...] Unsere Bewegung und unsere Menschen werden in einer unglaublichen Weise vernichtet, unter allgemeinem Schweigen. Wir meinen, Eure Exzellenz, daß die Vereinigten Staaten eine politische und moralische Verantwortung gegenüber unserem Volk haben, das sich der Politik Ihres Landes verschrieben hat.«¹⁵

Die unglücklichen Kurden bekamen keine Antwort auf ihre dringende Bitte, weder von der CIA noch von Henry Kissinger. Am Ende des Monats waren ihre Kräfte dezimiert. Einige hundert kurdische Führer wurden hingerichtet.

Als Schlußfolgerung notierte der Pike-Bericht:

Über 200.000 Flüchtlingen gelang es, in den Iran zu entkommen. Einmal dort angekommen, boten jedoch weder die Vereinigten Staaten noch Iran angemessene humanitäre Hilfe an. Tatsächlich ging der Iran später dazu über, gewaltsam über 40.000 der Flüchtlinge zurückzubringen, und die Regierung der Vereinigten Staaten lehnte es ab, auch nur einen einzigen Flüchtling auf dem Wege des politischen Asyls zuzulassen, obwohl sie sich für eine solche Zulassung eigneten.¹⁶

Als Henry Kissinger vom Stab des Pike-Komitees über die Rolle der Vereinigten Staaten in diesem Melodrama befragt wurde, antwortete er mit seiner heute berühmten Bemerkung:

»Verdeckte Aktion sollte nicht mit Missionsarbeit verwechselt werden.«¹⁷

Anmerkungen zu Kapitel 39

- 1 Die hauptsächliche Informationsquelle für dieses Kapitel ist der »Staff Report of the Select Committee on Intelligence, US House of Representatives, based on hearings held during 1975«. Die Veröffentlichung dieses Berichts wurde vom Repräsentantenhaus unterdrückt, damit das Weiße Haus ihn zensieren konnte. Allerdings wurden Teile des unzensierten Berichts, der als PIKE REPORT (nach dem Vorsitzenden des Ausschusses, dem Republikaner Otis G. Pike) bekannt wurde, an die Presse weitergegeben, insbesondere an die *Village Voice* in New York, die etliches daraus in ihren Ausgaben vom 16.02.1976 und 23.02.1976 veröffentlichte. Die erste und wahrscheinlich einzige Veröffentlichung dieses Materials in Buchform erschien in England unter dem Titel CIA – THE PIKE REPORT (Spokesman Books for the Bertrand Russell Peace Foundation, Nottingham, 1977), im Folgenden PIKE REPORT. Im vorliegenden Kapitel wird aus diesem Buch (S. 56, 195-198 und 211-217) zitiert. In dem Bericht werden die Kurden als »die ethnische Gruppe«, der Iran bzw. der Schah als »unser Verbündeter«, der Irak als »der Feind unseres Verbündeten« und Israel als »eine andere Regierung« bezeichnet. Hier hingegen werden die richtigen Namen benutzt.
- 2 **Seymour Hersh**, THE PRICE OF POWER: KISSINGER IN THE NIXON WHITE HOUSE (Summit Books/Simon & Schuster, New York, 1983), S. 542, Fußnote.
- 3 *New York Times*, 05.02.1976, S. 31, eine Kolumne von **William Safire**.
- 4 PIKE REPORT, S. 196.
- 5 Zum politischen Hintergrund der Kurden vgl. *The Times* (London), 26.11.1974 bis 28.11.1974.
- 6 PIKE REPORT, S. 212.
- 7 Ebd., S. 197, 214-215.
- 8 Ebd., S. 214.
- 9 Ebd., S. 197.
- 10 *New York Times*, 12.02.1976, S. 31, eine Kolumne von **William Safire**.
- 11 PIKE REPORT, S. 214.
- 12 *New York Times*, 02.06.1972, S. 1; 03.06.1972, S. 1; 08.06.1972, S. 69.
- 13 Ebd., 05.02.1976, S. 31, eine Kolumne von **William Safire**.
- 14 PIKE REPORT, S. 198,215.
- 15 Ebd., S. 215-216.
- 16 Ebd., S. 217.
- 17 *New York Times*, 12.02.1976, S. 31, eine Kolumne von **William Safire**; PIKE REPORT, S. 198 (Kissinger wird als »hoher US-Beamter« bezeichnet).

40 Australien 1973 bis 1975

Wieder scheitert eine freie Wahl

Wenn der Führer eines kommunistischen Landes durch das Politbüro aus dem Amt entfernt wurde, dann war dies in der westlichen Vorstellung die Bestätigung für die totalitäre oder bestenfalls willkürliche Natur des kommunistischen Systems.

Wie sollen wir also mit der Tatsache umgehen, daß 1975 Edward Gough Whitlam, der legal gewählte Premierminister von Australien, kurz und knapp vom nicht gewählten »Generalgouverneur« entlassen wurde?

Whitlam trat sein Amt als Vorsitzender der ersten Labourregierung in Australien seit 23 Jahren im Dezember 1972 an. In aller Eile machte er sich daran, den Oppositionsparteien die Richtigkeit ihrer Prophezeiung zu beweisen, daß Labour an der Macht »unverantwortlich und gefährlich«¹ wäre – für wen, war natürlich immer die Frage.

Der Krieg in Vietnam war ein aktuelles Beispiel. Australisches Militärpersonal, das unter dem Kommando der Vereinigten Staaten diente, wurde nach Hause gerufen, die Einberufung von Soldaten gestoppt und junge Männer, die wegen Kriegsdienstverweigerung im Gefängnis saßen, freigelassen.² Darüber hinaus erkannte die Whitlam-Regierung Nordvietnam an. Verschiedene seiner Minister klagten öffentlich das Bombardement von Hanoi durch die Amerikaner an und riefen zu Versammlungen auf, um sie zurückzuweisen. Protestierende Dockarbeiter fühlten sich dazu inspiriert, der amerikanischen Schifffahrt einen zeitweisen Boykott aufzuerlegen, obwohl Whitlam dagegen opponierte.³

Die Verurteilung von Präsident Nixon und seiner Administration, der sich Labour-Minister freiwillig zur Verfügung stellten, war höchst undiplomatisch: »Korrupt« [...] »Verrückte« [...] »Massenmörder« [...] waren einige der Beinamen, die Washington entgegengeschrien wurden. Von amerikanischen Beamten wurde berichtet, sie seien »schockiert und zornig.«⁴

Die Überseeabteilung des australischen Nachrichtendienstes (ASIS), so stellte sich heraus, arbeitete mit der CIA in Chile gegen die Allende-Regierung zusammen. Whitlam befahl Anfang 1973 eine sofortige Einstellung der Operation, obwohl ASIS, wie berichtet wird, zur Zeit des Sturzes von Allende noch mit der Agentur kooperierte.⁵

Die Labourregierung folgte nicht den Theorien der Geheimdienste. Whitlam ließ gleich wissen, daß er es nicht wünschte, die Mitglieder seines Stabes den üblichen Sicherheitskontrollen zu unterziehen, weil er sie kannte und ihnen vertraute. Die Australian Security and Intelligence Organisation (ASIO) war überrascht von diesem unorthodoxem Verhalten und informierte ihre Kollegen von der CIA in Australien. Telegramme gingen nach Washington. Nicht lange darauf informierte ein politischer Beamter an der amerikanischen Botschaft Richard Hall, einen von Whitlams Beratern: »Ihr Premierminister hat gerade eine seiner Optionen abgeschnitten.« Hall nahm die Bemerkung als Drohung, nachrichtendienstliche Informationen zu unterdrücken.⁶ Whitlam beugte sich dem Druck der CIA und der ASIO und stimmte kurz darauf den Sicherheitskontrollen zu.

Die neue Regierung setzte auch der Diskriminierung von Immigranten, denen die Einbürgerung verweigert wurde, weil sie gegen Militärjuntas in Gegenden wie Griechenland und Chile opponiert hatten, ein Ende.⁷ Höchst außergewöhnlich und alarmierend für die Sicherheitsprofis war das Verhalten des Justizministers, der eines Tages im Mai 1973 unangekündigt mit der Polizei im ASIO-Hauptquartier auftauchte und gewisse Aktenordner wegtransportierte, weil er mutmaßte, daß ihm der Nachrichtendienst gewisse Informationen vorenthielt. Sehr wahrscheinlich hatte ASIO Zugriff zu gewissen Informationen ihrer eigenen Regierung – so wie jeder andere Nachrichtendienst ihn be-

sitzt. Der Unterschied war hier wieder, daß die Labourregierung es ablehnte, solch einen Stand der Dinge als normal zu akzeptieren.

Ein paar Jahre später nach Whitlams Ausscheiden beklagte sich James Angleton, der 1973 ein hoher CIA-Beamter und direkt mit nachrichtendienstlichen Beziehungen zu Australien befaßt gewesen war, gegenüber einem australischen Fernsehinterviewer darüber, daß der »Justizminister hereinkommt, hereinstürzt. Wir waren sehr besorgt wegen der Unverletzlichkeit dieser Information, die Quellen, Methoden und Menschenleben kompromittieren konnte. Die CIA erwägt ernstlich, die nachrichtendienstlichen Beziehungen zu Australien abzubrechen.«⁸

Als Konsequenz von Whitlams unkonventioneller Art, eine Regierung zu führen, begann die CIA, sich wegen der Sicherheit und des weiteren Funktionierens seiner vielen militärischen und nachrichtendienstlichen Einrichtungen in Australien Sorgen zu machen. Nach den Standards des Geheimdienstes war es eine hochgradig wichtige Einrichtung, in der tausende Personen beschäftigt waren – ein wesentlicher Teil des Frühwarnsystems, eine Schlüsselstation fürs Aufspüren im globalen Spionagesatellitensystem der Vereinigten Staaten, mit extrem hochentwickeltem Fotografieren und Beobachten von Aktivitäten innerhalb der Sowjetunion, eine Kommunikationsstation der US-Marine, die sich mit atombetriebenen U-Booten beschäftigte, ein riesiges elektronisches Kontrollzentrum, das von der US National Security Agency (NSA) eingerichtet wurde, um Botschaften abzufangen, Stimme, Telex usw., die nach Australien und seiner Pazifikregion hineinkamen und aus ihr herausgingen, was Belauschen von allem und jedem bedeutete.⁹

Das meiste davon wurde in den späten 60er Jahren gebaut und unter solcher Geheimhaltung betrieben, daß nicht einmal hochrangige Mitglieder des australischen Außenministeriums darüber unterrichtet worden waren, was genau in diesen Gebäuden in Australiens weiten offenen Räumen vor sich ging. Die Verbindung zur CIA wurde niemals offen zugegeben.

Nachdem die Labourpartei die Macht übernommen hatte, äußerten einige ihrer Mitglieder starke Kritik an den geheimen Einrichtungen. Sie verlangten zunehmend eine offizielle Erklärung über ihr Vorhandensein und traten zuweilen sogar für ihre Entfernung ein. Dies geschah nicht, da es die Führer der Whitlam-Regierung trotz ihrer teilweisen radikalen Haltung nicht wagten, sich in politisches Niemandsland zu stürzen, indem sie die Bande zum Westen lösten. Sie sprachen bei passender Gelegenheit von Neutralität und Blockfreiheit, aber sie waren willens, sich auf Unabhängigkeit zu einigen, was alles war, was die Papandreous wollten, bevor sie in Griechenland ihres Amtes enthoben wurden, einem anderen Sitz des amerikanischen elektronischen Staates im Staate, in dem der Nachrichtendienst des Gastgebers und der Verteidigungsapparat typischerweise mehr Loyalität gegenüber ihren amerikanischen Amtskollegen zeigen als gegenüber ihrer eigenen »aktuellen Regierung.«

1976 kam eine Untersuchung der Australian Royal Commission on Intelligence and Security (Königliche Australische Kommission zu Nachrichtendienst und Sicherheit) zu dem Schluß, daß Mitglieder der ASIO viele Jahre lang die CIA mit möglicherweise schädigenden Informationen über prominente australische Politiker und Regierungsbeamte versorgt hatten. Die Informationen reichten, wie berichtet wird, von Beschuldigungen wegen subversiver Tendenzen bis zu Details über persönliche geringfügige Sünden.¹⁰

Darüberhinaus erfuhr man später, daß außer Chile auch der australische Nachrichtendienst US-Operationen in Vietnam, Kambodscha und Indonesien unterstützte.¹¹

Die Whitlam-Regierung zeigte ihre Unabhängigkeit bei jeder Gelegenheit. 1973 enthüllte Whitlam die Existenz einer australischen Verteidigungs-Nachrichtenorganisationseinheit in Singapur – ein weiteres Spielzeug des Kalten Krieges von CIA und ASIO, das den militärischen und zivilen Funkverkehr in Asien beobachtete. (Die DSD ist vergleichbar mit der amerikanischen NSA und den britischen GCHQ). Später schloß der australische Premierminister die Einheit, obwohl er einen Teil davon in Australien wieder einrichtete. Seine Regierung drückte auch ihr Mißfallen über US-Pläne aus, die

Insel Diego Garcia im Indischen Ozean als weiteren militärischen, nachrichtendienstlichen und nuklearen Außenposten auszubauen.¹² Im Februar 1975 stimmte die Konferenz der Arbeiterpartei dafür, der provisorischen revolutionären Regierung von Vietnam (dem Vietkong) ein Büro in Australien einzurichten. Das war vor dem Fall von Saigon.

Joan Coxsedg, ein Mitglied der Labourpartei des Parlaments im Bundesstaat Victoria, schreibt:

»Ende 1974 wurde nahezu jede Bewegung der Whitlam-Regierung oder einzelner Labor-Parlamentarier, sei es nun eine regionale Entscheidung, die Ernennung eines Mitarbeiters, ein Auslandstelegramm, ein Telex, ein Anruf oder ein vertraulicher Brief gewesen, innerhalb kurzer Zeit zum Eigentum der Nachrichtenmedien. Es gab eine unvergleichliche Kampagne von persönlichen Anschuldigungen, Hinweise auf Inkompetenz, Zwistigkeiten, Korruption und persönliche Skandale innerhalb der Ränge der Regierung.«¹³

Im Herbst 1975 wurde der Siedepunkt erreicht. Whitlam entließ die Vorsitzenden sowohl der ASIO als auch der ASIS bei verschiedenen Vorfällen, letztere, weil seine Agentur der CIA heimlich bei verdeckten Aktivitäten im in der Nähe befindlichen Osttimor beigestanden hatte.¹⁴ Anfang November wurde in der Presse enthüllt, daß ein ehemaliger CIA-Offizier, Richard Lee Stallings, Gelder an J. Douglas Anthony, den Führer der National Country Party, eine der beiden wichtigsten Oppositionsparteien, geleitet hatte. Es wurde berichtet, daß

- a) Stallings ein enger Freund und ehemaliger Pächter Anthonys war,
- b) die geheimen Einrichtungen im Hinterland tatsächlich Schöpfungen der CIA waren
- c) Stallings der wichtigste Kopf vieler dieser Operationen war.¹⁵

Ein Jahr früher hatte ein australischer politischer Journalist, Ray Aitchison, ein Buch mit dem Titel LOOKING AT THE LIBERALS (Ein Blick auf die Liberalen) (die liberale Partei, die andere wichtige Oppositionspartei, in Wirklichkeit ziemlich konservativ) veröffentlicht, in dem er behauptet, daß die CIA der Opposition bei ihrem erfolglosen Versuch, bei den Parlamentswahlen im Mai 1974 die Arbeiterpartei zu schlagen, unbegrenzt Gelder anbot.¹⁶ Daraufhin berichtete eine Zeitung aus Sydney, daß die Liberalen seit den späten 60er Jahren auf der Empfängerseite standen und zitierte die Bemerkungen des ehemaligen CIA-Offiziers Victor Marchetti, der bestätigte, daß die CIA die beiden wichtigsten Oppositionsparteien mit Geld versorgt hatte.¹⁷

Whitlam wiederholte öffentlich die Anschuldigungen gegen Stallings und bestand auf einer Untersuchung der Einrichtungen, um endlich ihre wirkliche Natur und ihr Ziel zu kennzeichnen. (Ob irgendetwas davon Teil eines Waffensystems war, war eine Frage, die die Regierung ernsthaft interessierte.) Zur gleichen Zeit verlangte er eine Liste aller CIA-Mitarbeiter in Australien.

Der australische militärische Nachrichtendienstkomplex scheint in hektische Aktivitäten versetzt gewesen zu sein. Am 06.11.1975 traf sich der Chef der Verteidigungsabteilung, wie berichtet wird, mit dem Generalgouverneur, Sir John Kerr, und erklärte anschließend öffentlich:

»Das ist das größte Risiko für die Sicherheit der Nation, das es je gegeben hat.«¹⁸

Am 08.11.1975 hatte ein anderer hochrangiger Verteidigungsbeamter ein Meeting mit Kerr, in dem er den Generalgouverneur über Behauptungen der CIA unterrichtete, daß Whitlam die Sicherheit der amerikanischen Basen in Australien gefährdete.¹⁹ Am selben Tag informierte die CIA in Washington die ASIO-Niederlassung, daß alle nachrichtendienstlichen Verbindungen mit Australien abgeschnitten werden würden, wenn es nicht eine befriedigende Erklärung für Herrn Whitlams Benehmen geben würde.²⁰ Die Agentur hatte bereits ihre Vorbehalte darüber ausgedrückt, nachrichtendienstliche Informationen an gewisse Minister der Regierung weiterzugeben.²¹

Wäre dies ein Land der Dritten Welt gewesen, dann hätte die CIA wahrscheinlich schon die Regierung zum Kofferpacken geschickt.

Am 09.11.1975 wurde Kerr beim Defence Signals Directorate zu einer weiteren Lagebesprechung empfangen.²² Am darauffolgenden Tag schickte die ASIO-Niederlassung auf Bitten der CIA ein Telex an ihr Hauptquartier in Australien, in dem sie ausführte:

»Die CIA kann nicht erkennen, inwiefern dieser Dialog, der sich ständig auf die CIA bezieht, zu etwas anderem führen kann, als diese Einrichtungen zu schließen.«²³

Zusätzlich zu Stallings waren die Namen seiner Nachfolger (hochrangige CIA-Beamte) und der Chef der CIA-Niederlassung in Canberra in der Presse aufgetaucht.

Kerr, der mit der Welt des Spuks vertraut war und regelmäßig Aktenmaterial sah, war sich höchstwahrscheinlich des ASIO-Telexes und des CIA-Ultimatums bewußt.²⁴ Am 11.11.1975 entließ er Whitlam als Premierminister, löste beide Häuser des Parlaments auf und setzte Malcolm Fraser, den Führer der Liberalen Partei, ein, einer Übergangsregierung vorzusitzen bis neue Wahlen am 13.12.1975 abgehalten werden konnten. In den Stunden zwischen der Ernennung von Fraser und der Auflösung des Parlaments setzte die Labour-Mehrheit im Abgeordnetenhaus ein Mißtrauensvotum gegen Fraser durch, eine Rechtshandlung, die den Generalgouverneur verpflichtete, den liberalen Führer umgekehrt wieder zu entlassen. Kerr beschloß, das Manöver, welches ein trickreicher Schachzug war, zu ignorieren, obwohl seine Entlassung Whitlams nicht weniger ein Winkelzug war.

Am 15.10.1975 hatte der von der Opposition kontrollierte Senat es abgelehnt, über eine neue Budgetzuweisung abzustimmen (in Australien »Supply«, Beschaffung genannt), um die Regierung dazu zu zwingen, das Parlament aufzulösen und neue Wahlen abzuhalten. Sie hofften so, wieder an Macht zu gewinnen. Obwohl die Verfassung dem Senat das technische Recht gibt, sich einer Zustimmung zum Budget vorzuenthalten, wurde dies selten buchstäblich interpretiert, so wie in den Vereinigten Staaten. Rechtssprechung war von größerer Bedeutung. In Australiens 75jähriger Geschichte als Föderation hatte der Senat niemals dieses Recht gegen die Bundesregierung ausgeübt. Nur Tage vorher hatten acht führende Rechtsprofessoren öffentlich eine solche Aktion für verfassungsmäßig bedenklich erklärt. Die Taktik der Opposition war so zumindest strittig.

Als Whitlam es ablehnte, das Parlament aufzulösen und versuchte, ohne das Budget zu regieren, baute sich im Verlauf von mehreren Wochen stetig eine verfassungsmäßige und finanzielle Krise auf. Dann beschwor Kerr eine Macht herauf, so archaisch und so fraglich wie die vom Senat ausgeübte. Es war das erste Mal, daß ein Generalgouverneur einen Bundespremierminister entlassen hatte. Das ist vorher nur einmal auf Staatsebene geschehen.²⁵

Die Melboumer Zeitung *The Age* (die, so sagte die *New York Times*, »generell für eine der verantwortlichsten Zeitungen der Nation gehalten wurde«),²⁶ schrieb, daß Kerrs Handeln »ein Sieg des engen Legalismus über den gesunden Menschenverstand und das Gefühl des Volkes war.« Sie fügte hinzu:

Indem er die Regierung zur Strecke brachte, weil der Senat ihr die Beschaffung verweigerte, handelte Sir John Kerr zumindest gegen den Geist der australischen Verfassung. Seit 1901 ist es steter Brauch gewesen, daß der Senat keine Budgets ablehnen sollte [...] Sir John hat einen erschreckenden Präzedenzfall geschaffen – daß ein feindseliger Senat eine Regierung absetzen kann, wann immer er ihr die Beschaffung verweigert. (Kerr) hat einem verfassungsmäßigen Relikt Leben eingehaucht – dem Recht von Königen und Königinnen, einseitig Regierungen zu ernennen.²⁷

Das Amt des Generalgouverneurs war traditionell nur das einer repräsentativen Galionsfigur der Königin von England gewesen. Kerrs Entscheidung jedoch erscheint als ein bewußter politischer Akt. Er gab Whitlam weder eine Warnung noch ein Ultimatum, bevor er ihn entließ, keine Gelegenheit, die Auflösung des Parlaments zu beantragen, was es ihm erlaubt hätte, im Amt zu bleiben. Man muß Kerrs Konfrontationen mit Whitlam betrachten, um zu würdigen, wie er den Premierminister dazu brachte, aus dem Büro des Generalgouverneurs zu stolzieren ohne die Auflösung zu beantragen. Kerr behauptet, daß er sich dagegen entschied, Whitlam ein Ultimatum zu stellen, weil er befürchtete, daß der Premierminister hinausgehen würde und anschließend die Königin um seine

Ablösung als Generalgouverneur bitten würde.²⁸ Aber das erklärt nicht, warum er Whitlam kein Ultimatum stellte, auf das sofort geantwortet werden mußte.

Kerr war zumindest in der Theorie von der Königin ernannt worden. Ironischerweise hatte sie dies auf Withlams Empfehlung hin getan, die er entgegen den Wünschen des linken Flügels seiner Partei gegeben hatte. Kerrs Handeln trug zu Whitlams Ruf als schlechter Kenner von Charakteren, als ein leicht zu täuschender Mann bei.

Sicherlich gab es Warnzeichen, da John Kerr einige Jahre in vorderster Front eng in CIA-Angelegenheiten verwickelt war. In den 50er Jahren trat er der australischen Gesellschaft für kulturelle Freiheit bei, einer Organisation, die vom CIA-Kongreß für kulturelle Freiheit ins Leben gerufen wurde (siehe Kapitel 15 über Westeuropa). Kerr wurde 1957 Mitglied des Vorstandes der Organisation und schrieb auch für ihr Magazin *Quadrant*. Ein Artikel 1960 trug den Titel: »Der Kampf gegen den Kommunismus in den Gewerkschaften.« Dabei handelte es sich um ein Programm und eine Taktik bezüglich derjenigen, denen die CIA überall in der Welt gleichbleibend eine hohe Priorität eingeräumt hat.

1966 half Kerr, Lawasia (oder Law Asia) zu gründen, eine Organisation von Juristen in Fernost, gegründet von der Asia Foundation. Die Stiftung war über ein Jahrzehnt lang die herausragendste CIA-Front, mit Büros und Repräsentanten in allen großen Hauptstädten Asiens. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben, so hat Victor Marchetti geschrieben, war es, in ganz Asien ein negatives Bild von Kontinentalchina, Nordvietnam und Nordkorea zu verbreiten.²⁹ Kerr wurde Lawasias erster Präsident und blieb dies bis 1970. Er beschreibt die Organisation als »eine nichtkommunistische Gruppe von asiatischen Juristen«, die die Asia Foundation unterstützte, weil »die Rechtsregel etwas Gutes, ein starker Juristenstand etwas Gutes und das Gespräch zwischen Juristen etwas Gutes ist.«³⁰

»Es hatte etwas von einer Feier« in der CIA, als Whitlam von Kerr entlassen wurde, berichtete Christopher Boyce – ein Amerikaner, der zu der Zeit für TRW Systems, Inc., Los Angeles, in einem Fernmeldezentrum für chiffrierte Schreiben arbeitete, das das CIA-Hauptquartier in Virginia mit dem Satellitenüberwachungssystem der Agentur in Australien verband. In dieser Position war Boyce in die Telex-Verbindungen zwischen den beiden Stationen eingeweiht. Die CIA, sagte er, bezog sich auf Kerr als »Unser Mann.«³¹

Boyce offenbarte auch, daß die CIA australische Gewerkschaften infiltriert, die »Führung manipuliert« und »ihre Streiks unterdrückt« hatte, insbesondere diejenigen, die Bahnlinien und Flughäfen mit einbezogen. Letzteres geschah, wie berichtet wird, weil die Streiks Lieferungen von Ausrüstungen für die Einrichtungen der Agentur behinderten.³²

Whitlam verlor die angesetzten Wahlen.

Eine andere CIA-Operation in Australien verdient Erwähnung. Es ist die Nugan Hand Merchand Bank of Sydney, welche wahrhaftig eine CIA-Bank ist. 1973 gegründet von dem Australier Frank Nugan und dem Amerikaner Michael Hand, der vormals bei den Green Berets in Vietnam und bei der CIA-Airline Air America war, hatte die Bank über die nächsten paar Jahre ein phänomenales Wachstum zu verzeichnen. Es wurden Zweigniederlassungen in Saudi Arabien, Hamburg, Malaysia, Thailand, Hong Kong, Singapur, den Philippinen, Argentinien, Chile, Hawaii, Washington und Annapolis, Maryland gegründet, die von Männern mit einem Wissenshintergrund von CIA, OSS, Green Berets und vergleichbaren Bankgebieten, geführt wurden. Der ehemalige CIA-Direktor William Colby war einer der Rechtsanwälte der Bank.

Der Nugan Bank gelang es, die Bandbreite der normalen Bankdienstleistungen auszuweiten. Unter den Aktivitäten, in die sie, wie berichtet wird, verwickelt war, gab es:

- ☞ Drogenhandel,
- ☞ internationale Waffengeschäfte,
- ☞ Verbindungen zum organisierten Verbrechen,

- ☞ Geldwäschen für Präsident Suharto von Indonesien,
- ☞ nicht näher dargelegte Dienstleistungen für Präsident Marcos und Ehefrau in den Philippinen,
- ☞ Beistand für die Familie des Schahs im Iran, Geld aus dem Land zu schaffen,
- ☞ CIA-Gelder in pro-amerikanische politische Parteien und Operationen in Europa zu leiten,
- ☞ über eine der vielen mit der Bank assoziierten Gesellschaften 2,4 Mio. Dollar zur australischen Liberalen Partei zu transferieren,
- ☞ der Versuch, einen australischen Staatsminister, der organisiertes Verbrechen untersuchte, zu erpressen (die CIA eröffnete ein schweizerisches Bankkonto auf seinen Namen und drohte, die Information durchsickern zu lassen)
- ☞ und eine Unzahl anderer gesellschaftlich wirksamer Projekte.

Zusätzlich sind verschiedene mysteriöse Todesfälle mit der Bank in Verbindung gebracht worden, einschließlich der eines ranghöchsten CIA-Offiziers in Maryland. Und am 27.01.1980 wurde Frank Nugan selbst in seinem Wagen erschossen aufgefunden. Im Juni 1980 verschwand Michael Hand spurlos. Die Nugan Hand Merchant Bank brach schließlich mit etwa 50 Mio. Dollar Schulden zusammen.³³

Anmerkungen zu Kapitel 40

- 1 **Henry S. Albinski**, AUSTRALIAN EXTERNAL POLICY UNDER LABOR (University of Queensland Press, St. Lucia, 1977), S. 126.
- 2 **Joan Coxsedg**e, **Ken Coldicutt** und **Gerry Harant**, ROOTED IN SECRECY: THE CLANDESTINE ELEMENT IN AUSTRALIAN POLITICS (Committee for the Abolition of Political Police, Balwyn North, Vic., 1982), S. 21.
- 3 **Albinski**, S. 125.
- 4 Ebd.
- 5 **Coxsedg**e u.a., S. 24; **Seymour Hersh**, THE PRICE OF POWER: KISSINGER IN THE NIXON WHITE HOUSE (Summit Books/Simon & Schuster, New York, 1983), S. 295.
- 6 **Richard Hall**, THE SECRET STATE (Cassell Australia, Stanmore, N. S. W., 1978), S. 2.
- 7 **Coxsedg**e u.a., S. 25-26.
- 8 **Denis Freney**, THE CIA'S AUSTRALIAN CONNECTION (Sydney, 1977), S. 75-80, zum Text des Interviews. In diesem Buch werden viele der in diesem Kapitel geschilderten Begebenheiten behandelt.
- 9 **Desmond Ball**, A SUITABLE PIECE OF REAL ESTATE: AMERICAN INSTALLATIONS IN AUSTRALIA (Sydney, 1980), passim.
- 10 *The National Times* (eine Wochenzeitung in Sydney), 06.05.1983 bis 12.05.1983, S. 3.
- 11 **Jim Jose**, »The Whitlam Years: Illusion and Reality« in **Pat Flanagan** (Hrsg.), BIG BROTHER OR DEMOCRACY? (Spokesman Books, Nottingham, 1981), S. 50; **Albinski**, S. 11; **Ball**, passim.
- 12 **Albinski**, S. 9, 241, 254-256.
- 13 **Coxsedg**e u.a., S. 26.
- 14 **Jose**, S. 50.
- 15 *The Australian Financial Review* (ein Tageszeitung in Sydney), 04.11.1975, S. 1; 05.11.1975, S. 4. **James Bamford** identifiziert in seinem Buch über den Nationalen Sicherheitsdienst, THE PUZZLE PALACE (New York, 1982), S. 205, Stalling als einen Beamten des NSA, nicht der CIA.
- 16 *New York Times*, 24.09.1974, S. 2.

- 17 Ebd., 05.05.1977, zitiert die *Sydney Sun* vom 04.05.1977.
- 18 **Coxsedge** u.a., S. 35.
- 19 *The Australian Financial Review*, 28.04.1977, S. 1; **Jose**, S. 51, ergänzt, der Beamte, Dr. Farrands, habe die Anschuldigung zwar zurückgewiesen, jedoch zugegeben, Kerr im Oktober besucht zu haben, allerdings habe er sich geweigert, den Charakter des Treffens zu erläutern.
- 20 *The Australian Financial Review*, 28.04.1977, S. 1
- 21 **Albinski**, S. 169.
- 22 **Coxsedge** u.a., S. 96.
- 23 **Freney**, S. 30-31, zum vollständigen Text des Telegramms.
- 24 **Coxsedge** u.a., S. 35; **Freney**, S. 33; *Village Voice* (New York), 01.07.1981 bis 07.07.1981.
- 25 Zur Diskussion der politischen und juristischen Fragen bezüglich der Haushaltskrise und der Entlassung Whitlams durch Kerr vgl. a) **Coxsedge** u.a., a.a.O.; **Freney**, a.a.O.; **Flanagan**, a.a.O.; b) **John Kerr**, MATTERS FOR JUDGMENT: AN AUTOBIOGRAPHY (New York, 1979), Kap. 20 bis 22; c) **Russel Ward**, THE HISTORY OF AUSTRALIA: THE TWENTIETH CENTURY, 1901-1975 (London, 1978), S. 398-419; d) *New York Times*, 12.11.1975, 14.11.1975.
- 26 *New York Times*, 14.11.1975, S. 7.
- 27 *The Age*, 12.11.1975, S. 3 und 9.
- 28 **Kerr**, Kap. 20 bis 22.
- 29 **Victor Marchetti** und **John Marks**, THE CIA AND THE CULT OF INTELLIGENCE (New York, 1975), S. 178; eine Beschreibung der Asia Foundation findet sich auf S. 178-179.
- 30 Zu Kerr in der Association for Cultural Freedom und Lawasia vgl. **Kerr**, S. 172-186 und die meisten der oben erwähnten australischen Bücher; Quadrant. Spring 1960, S. 27-38.
- 31 *San Francisco Chronicle*, 24.05.1982. Boyce ist Gegenstand des Buches und des Films »Der Falke und der Schneemann« von Robert Lindsey.
- 32 *New York Times*, 28.04.1977, S. 18; *The Guardian* (London), 29.04.1977, S. 7.
- 33 Zur Nugan Hand Bank vgl. a) *The Sunday Times* (London), 31.08.1980, S. 2; b) *New York Times*, 01.11.1982, S. 31; c) *Village Voice*, 01.07.1981 bis 07.07.1981; d) *CounterSpy* (Washington, DC), November 1980 bis Januar 1981, S. 30-33; e) **Jonathan Kwitny**, THE CRIMES OF PATRIOTS: A TRUE TALE OF DOPE, DIRTY MONEY AND THE CIA (New York, 1987), passim.

41 Angola 1975 bis in die 80er Jahre

Das Pokerspiel der Großmächte

Frühjahr 1975. Saigon ist gerade gefallen. Die letzten Amerikaner rennen um ihr Leben. Der Streit um Watergate hängt in den Vereinigten Staaten schwer in der Luft. Das Pike-Komitee des Abgeordnetenhauses untersucht verdeckte Auslandsaktivitäten der CIA. Auf Senatsseite tut das Church-Komitee das gleiche. Und die Rockefeller-Kommission hat die Untersuchung der einheimischen Aktivitäten der Agentur in Angriff genommen. Die Morgenzeitungen enthüllen Missetaten von CIA und FBI.

Die CIA und ihre einflußreichen Unterstützer warnen, daß das Crescendo an Enthüllungen den Geheimdienst davon abhalten könnte, seine Aufgaben zu erfüllen, die für die nationale Sicherheit notwendig sind.

Im CIA-Hauptquartier in Langley, Virginia, bereitet man sich eifrig auf das nächste geheime Abenteuer vor: Angola.

Um eine militärische Operation in solch einem Moment durchzuführen, müssen die Gründe – wie man sich vorstellen kann – sowohl zwingend als auch dringend gewesen sein. In der langen Geschichte amerikanischer Interventionen wäre es jedoch schwierig, eine Operation zu finden, die für die Vereinigten Staaten oder die betroffenen ausländischen Menschen sinnloser oder bei der weniger zu gewinnen gewesen wäre als bei dieser Aktion.

Der Ursprung unserer Geschichte geht zurück zum Beginn der 60er Jahre, als zwei politische Bewegungen sich der portugiesischen Kolonialregierung mit Gewalt zu widersetzen begannen: die MPLA (**M**ovimento **P**opular de **L**ibertação de **A**ngola – Partido do Trabalho, geführt von Agostinho Neto, und die FNLA (**F**rente **N**acional da **L**ibertação de **A**ngola), geführt von Holden Roberto. (Letztere Gruppe war in ihren frühen Jahren unter anderen Namen (**U**nião das **P**opulações do **N**orte de **A**ngola {UPNA} bekannt, es wird hier aber zur Vereinfachung nur unter FNLA auf sie Bezug genommen.)

Die Vereinigten Staaten, normalerweise nicht im Business »Befreiungs«-Bewegungen zu unterstützen, beschlossen, da Portugal wahrscheinlich unfähig sein würde, seine Kolonie für immer zu halten, daß es sich als vorteilhaft erweisen könnte, Kontakte mit einem möglichen Nachfolgeregime herzustellen. Aus Gründen, die sich im Nebel der Geschichte verloren haben, entschieden die Vereinigten Staaten oder jemand in der CIA, daß Roberto ihr Mann wäre. Um 1960 oder 1961 stand auch er auf der Gehaltsliste der CIA.¹

Zur gleichen Zeit sowie während der folgenden Jahre versorgte Washington seinen NATO-Verbündeten, die Salazar-Diktatur in Lissabon, mit Militärhilfe und Anti-Aufstands-Schulung, die erforderlich war, um die Rebellion zu unterdrücken. John Marcum, ein amerikanischer Wissenschaftler, der in den frühen 60er Jahren 800 Meilen durch Angola in die FNLA Guerillalager wanderte, schrieb:

Im Januar 1962 konnten unabhängige Beobachter sehen, wie portugiesische Flugzeuge afrikanische Dörfer bombardierten und beschossen, die verkohlten Reste von Städten wie Mbanza, M'Pangu und M'Pangala besuchen und die Daten von 750 Napalmbombenhüllen aufnehmen, von denen die Portugiesen nicht einmal die Etiketten entfernt hatten, die mit »Eigentum der US-Air-Force« gekennzeichnet waren.²

Die Sowjetunion, die auch Roberto einige Unterstützung gegeben hatte, schloß stattdessen 1964 Neto in die Arme und argumentierte, daß Roberto dem diskreditierten Moise Tschombé im Kongo geholfen und seine eigenen Guerillaoperationen unter dem Druck von Washington eingeschränkt hatte.³ Kurz darauf trat die Bewegung UNITA (União

Nacional para a Independência Total de Angola) in Erscheinung. China nahm am großen Pokerspiel der Großmächte teil und unterstützte die UNITA und die FNLA.

Obwohl die MPLA in ihren linksgerichteten Überzeugungen etwas authentischer gewesen sein mag als die FNLA oder UNITA, gab es wenig, das einer ideologischen Unterscheidung der drei Gruppen dienen könnte. Wenn die Presse irgendeine Unterscheidung zwischen ihnen machte, bezog sie sich vorwiegend auf die MPLA als »marxistisch.« Dies war allerdings eine schlechte Definition – wenn es überhaupt eine war – und wurde in den Medien ständig wiederholt. Jede der Gruppen sprach von Sozialismus und bediente sich marxistischer Rhetorik, wenn die Situation es erforderte, und beugte die Knie vor anderen Göttern, wenn dies nicht der Fall war. In den 60er Jahren war jede von ihnen absolut willens, Unterstützung von irgend einem anderen Land anzunehmen, das damit einverstanden war, sie ohne allzu exzessive Bedingungen zu gewähren. Neto zum Beispiel ging im Dezember 1962 nach Washington, um seinen Fall der amerikanischen Regierung und der Presse vorzulegen und um zu betonen, daß es ein Trugschluß sei, die MPLA als kommunistisch zu kategorisieren. Während der folgenden zwei Jahre erbat sich Roberto Hilfe von der Sowjetunion, Kuba, China, Algerien und Nassers Ägypten. Später trat Jonas Savimbi, der Führer der UNITA, an die gleichen Länder heran (vielleicht mit Ausnahme der Sowjetunion) sowie an Nordvietnam und akzeptierte von Nordkorea militärische Schulungen für seine Männer.

Jede Gruppe setzte sich vornehmlich aus den Mitgliedern eines bestimmten Stammes zusammen und versuchte, die Hilfe oder Anerkennung, die den anderen entgegengebracht wurde, zu vereiteln. Alle von ihnen litten unter internen Widersprüchen und verbrachten sehr viel Zeit damit, jede andere zu bekämpfen, wie sie die portugiesische Armee bekämpften. Sie waren nicht der Vietkong.⁴

Der Autor Jonathan Quitney stellte fest, daß die drei Stämme eine lange Tradition des Gegeneinander-Kämpfens hatten.

Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entdeckten Dr. Henry Kissinger und andere Politikwissenschaftler den wahren Grund für die Kämpfe der Mbundu, der Ovimbundu und des Kongo in den letzten 500 Jahren: Die Mbundu waren »Marxisten« und die Ovimbundu und der Kongo »prowestlich.«⁵

Daß die Verbündetenwahl der CIA weitgehend willkürlich war, wird weiterhin unterstrichen durch ein Telegramm des Außenministeriums an seine afrikanischen Botschaften, welches aussagte: US-Politik ist nicht, wiederhole – nicht, die MPLA zu entmutigen. Es soll sich mehr Richtung Westen bewegt und nicht zwischen diesen beiden Bewegungen gewählt werden.«⁶

Selbst 1975, als der Chef der CIA, William Colby, von einem Kongreßkomitee gefragt wurde, was die Unterschiede zwischen den drei kämpfenden Gruppen waren, antwortete er:

»Sie waren alle unabhängig. Sie waren alle für Schwarzafrika. Sie waren alle für eine unklare Art von Sozialsystem, wissen Sie, ohne wirklich viel Artikulation, aber einer Art von ›Laßt uns nicht von den kapitalistischen Nationen ausgebeutet werden.«

Und als er gefragt wurde, warum die Chinesen der FNLA oder UNITA Rückhalt gaben, sagte er:

»Weil die Sowjets der MPLA Rückhalt geben. Das ist die einfachste Antwort.«

»Das klingt so«, sagte der Kongreßabgeordnete Aspin, »als wäre es das, warum wir das tun.«

»So ist es«, antwortete Colby.⁷

Nichtsdestotrotz stellte das Komitee in seinem späteren Bericht fest, daß angesichts Colbys Äußerung »die ausdrückliche Opposition der USA angesichts der MPLA konfus ist.«⁸

Schließlich ist es aufschlußreich zu wissen, daß alle drei Gruppen von den Portugiesen als Kommunisten und Terroristen gebrandmarkt wurden.

Vor April 1974, als ein Staatsstreich in Portugal die Diktatur stürzte, war die Hilfe, die den angolanischen Widerstandsbewegungen von ihren verschiedenen ausländischen Gönnern gegeben wurde, sporadisch und unbedeutend, im Wesentlichen eine Angelegenheit der Gönner, um noch die Hände im Spiel zu behalten. Der Staatsstreich jedoch erhöhte alle Einsätze, da die neue portugiesische Regierung bald ihre Bereitschaft erklärte, ihren afrikanischen Kolonien Unabhängigkeit zu gewähren.

In einem Abkommen, das am 15.01.1975 bekanntgemacht wurde, bildeten die drei Bewegungen eine Übergangsregierung mit dem Ziel von Wahlen, die im Oktober abgehalten werden sollten und mit formaler Unabhängigkeit, die im folgenden Monat erklärt werden sollte.

Seit 1969 hatte Roberto ein Pauschalhonorar in Höhe von 10.000 Dollar jährlich von der CIA bekommen.⁹ Am 22.01.1975 genehmigte das Forty-Komitee des Nationalen Sicherheitsrates in Washington der CIA, Roberto und der FNLA 300.000 Dollar für »verschiedene politische Aktivitäten, die sich auf nichtmilitärische Ziele beschränken, zu übergeben.«¹⁰ Solche Gelder sind unabhängig von der Zuwendungen für militärische Verwendung.

Im März 1975 griff die FNLA, historisch die kämpferischste der Gruppen, das MPLA-Hauptquartier an und schoß später 51 unbewaffnete junge MPLA-Rekruten nieder.¹¹ Diese Vorfälle waren der Anlaß für einen Bürgerkrieg, wobei sich die UNITA gegen die MPLA der FNLA anschloß. Die angesetzten Wahlen würden niemals stattfinden.

Auch im März 1975 kam, wie berichtet wird, die erste große Schiffsladung mit Waffen für die MPLA aus der Sowjetunion an.¹² Die parlamentarische Untersuchungskommission sagte, daß »spätere Vorfälle nahegelegt hätten, daß diese Infusion von US-Hilfe (die 300.000 Dollar) – beispiellos und massiv in der unterentwickelten Kolonie – die Sowjets beängstigt haben mag, so daß sie ihre Leute von der MPLA bewaffnet haben.«¹³

Die Sowjets können ebenso durch die Tatsache beeinflußt gewesen sein, daß China im September 1974, nur einen Monat nach dem Staatsstreich in Portugal, ein riesiges Waffenpaket an die FNLA geschickt und über 100 Militärausbilder ins benachbarte Zaire gesandt hatte, um Robertos Soldaten zu schulen.¹⁴

Die CIA führte ihre erste große Waffenverschiffung an die FLNA im Juli 1975 durch. So ließen die Vereinigten Staaten – wie die Russen und die Chinesen – der einen Seite des angolanischen Bürgerkrieges auf einer sehr viel höheren Ebene Hilfe zukommen, als während des Kampfes gegen die portugiesische Kolonisation.

Die Vereinigten Staaten waren in den Bürgerkrieg bis zu einem gewissen Grad direkt verwickelt. Zusätzlich zum Schulen angolanischer Kampfeinheiten flog US-Personal zwischen Zaire und Angola Aufklärungs- und Versorgungseinsätze.¹⁵ Die CIA gab über eine Millionen Dollar für ein ehrgeiziges Söldnerprogramm aus.¹⁶ Die US-Presse berichtete, daß viele amerikanische Söldner in Angola gegen die MPLA kämpften – es war von »einer Menge« bis »300« die Rede – und daß viele andere in den Vereinigten Staaten rekrutiert und geschult wurden, um sich ihnen anzuschließen. Aber John Stockwell, der Chef der Angola-Sondereinheit der CIA, bezifferte die Anzahl der amerikanischen Söldner, die derzeit in Angola Dienst taten, auf nur 24.¹⁷ Holden Roberto nutzte mit dem stillschweigenden Einverständnis der CIA das Geld, um viele andere Söldner zu rekrutieren – über 100 Briten, Franzosen und Portugiesen.¹⁸ Der Geheimdienst finanzierte auch direkt die Bewaffnung britischer Söldner.¹⁹ (Unter den Söldnern befand sich auch der wohlbekannte englische Psychopath George Cullen, der 14 seiner Glücksritter-Kameraden in einer Reihe aufstellen ließ und sie alle erschöß, weil sie versehentlich die falsche Seite angegriffen hatten.)²⁰

Später informierte Außenminister Henry Kissinger den Senat, daß »die CIA« in die Rekrutierung von Söldnern in Angola »nicht verwickelt ist.«²¹

Es waren viel mehr als 100 CIA-Beamte und amerikanische Militärausbilder, die in Angola, Zaire, Sambia und Südafrika herumrannten und halfen, die militärischen Operationen zu leiten und ihre Propagandatätigkeiten zu stärken.²² Durch angeworbene Journa-

listen, die die wichtigsten Nachrichtenstationen repräsentierten, war die Agentur fähig, in der internationalen Medienberichterstattung Falschmeldungen über sowjetische Ausbilder in Angola zu platzieren. Eine CIA-Story, die der Presse durch die UNITA angekündigt wurde, beinhaltete, daß 20 Russen und 35 Kubaner gefangengenommen worden waren. Ein anderer Bericht betraf die angeblichen Vergewaltigungen, die von kubanischen Soldaten in Angola verübt worden seien. Dabei fanden ihre Gefangennahme, ihr Prozeß und ihre Hinrichtung Erwähnung. Eine Ergänzung bildeten die Fotos von der Tötung der Kubaner, die die jungen Frauen angeblich vergewaltigt hatten.²³

Beide Geschichten wurden sowohl in der amerikanischen und der britischen Presse als auch in anderen Pressen weit verbreitet. Einige der großen Zeitungen wie die *New York Times*, die *Washington Post* und *The Guardian* aus London waren vorsichtig genug hervorzuheben, daß die einzige Informationsquelle die UNITA war und daß ihre Artikel nicht versuchten, den Berichten eine gewisse Glaubwürdigkeit beizumessen.²⁴ Aber dies konnte natürlich nicht verhindern, daß sich die Saat des Glaubens in den Köpfen von Lesern festsetzte, die schon daran gewöhnt waren, das schlimmste von den Kommunisten zu glauben.

Die Desinformationskampagne fand ebenso auch innerhalb der Vereinigten Staaten statt. FNLA-Delegierte kamen im September 1975 nach New York, um bei der UN und mithilfe der Presse um Unterstützung zu werben. Sie versuchten, Abzüge eines »Weißes Papieres« über den angolanischen Konflikt zu verteilen, die vom CIA-Hauptquartier vorbereitet und so bearbeitet waren, daß sie aussahen, als wären sie französisch und in Zaire produziert worden.²⁵ John Stockwell beschrieb das Papier manchmal als »falsch in einem Maße, daß es schon drollig war« und ein anderes Mal als »einfach nicht akkurat.«²⁶

Später gingen Vertreter der UNITA nach Washington und lieferten Mitgliedern des Kongresses, des Außenministeriums, des Weißen Hauses und der Medien mündliche Berichte über die Situation in Angola. Diese waren das Produkt von Lagebesprechungen, die sie von ihren CIA-Offizieren erhalten hatten.²⁷

Im Januar 1976 saß William Colby vor dem Untersuchungskomitee des Senats und versicherte den Senatoren feierlich:

»Wir haben besondere Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um sicherzustellen, daß unsere Operationen sich aufs Ausland konzentrieren und nicht auf die Vereinigten Staaten, um die Meinung des amerikanischen Volkes über die Dinge vom Standpunkt der CIA aus zu beeinflussen.«²⁸

Es gab faktisch keinen wichtigen Aspekt der angolanischen Intervention, die Colby, Kissinger und andere hohe Beamte dem Kongreß und den Medien nicht falsch darstellten.

Die Umstände begünstigten niemals einen militärischen Sieg der von den USA unterstützten Kräfte in Angola. Die MPLA war im Vergleich zu den anderen drei Gruppen die organisierteste und am besten geführte und kontrollierte schon früh die Hauptstadt Luanda, die nahezu die gesamte Regierungsmaschinerie beherbergte. Aus offensichtlich keinem anderen Grund als dem Groll gegen die Sowjetunion waren die Vereinigten Staaten nicht willens, eine Verhandlungslösung zu gestatten. Als Savimbi von der UNITA im September 1975 Kundschafter zur MPLA schickte, um eine friedliche Lösung zu besprechen, wurde er von der CIA ermahnt. Ähnliches geschah im folgenden Monat, als eine MPLA-Delegation nach Washington ging, um wieder einmal ihre potentielle Freundlichkeit zu den Vereinigten Staaten auszudrücken. Ihnen wurde ein kühler Empfang bereitet und sie wurden nur von einem Beamten niedrigen Ranges aus dem Außenministerium begrüßt.²⁹

Im November 1975 kamen zwei Vertreter der MPLA nach Washington, um die Freigabe von zwei Boeing Jets zu erbitten, für die ihre Regierung bezahlt hatte, deren Export das Außenministerium aber nicht gestattete. John Stockwell erzählt die ungewöhnliche Entwicklung, daß die Männer von der MPLA von Bob Temmons, der bis vor kurzem der Chef der CIA-Niederlassung in Luanda gewesen war, sowie vom Präsident von Boeing begleitet wurden. Während die beiden Angolaner und der Mann von Boeing

beim Außenministerium nachsuchten, ließ der CIA-Mann das Hauptquartier der Agentur wissen, daß er gekommen war, die Sicht des US-Generalkonsuls in Luanda zu teilen, »daß die MPLA die qualifizierteste Organisation war, das Land zu verwalten, daß sie nicht nachweislich den Vereinigten Staaten feindlich gegenüberstand und daß die Vereinigten Staaten so schnell wie möglich Frieden mit ihr schließen sollten.«

Die Antwort des Außenministeriums an die MPLA war einfach: der Preis für eine amerikanische Zusammenarbeit jeglicher Art mit der angolanischen Regierung war: sowjetischer Einfluß raus, US-Einfluß rein.³⁰

Früher oder später neigten nahezu zwei Dutzend Länder – sowohl im Osten als auch im Westen – dazu, in den Konflikt einzugreifen. Die wichtigsten unter ihnen waren die Vereinigten Staaten, China, Südafrika und Zaire auf der Seite der FNLA bzw. der UNITA, und die Sowjetunion, Kuba, die Republik Kongo und die Katanga-Truppen (Rebellen in Zaire), die die MPLA unterstützten. Südafrikanische Streitkräfte arbeiteten mit den Vereinigten Staaten in Angola zusammen. Damit verloren die USA und ihre angolanischen Verbündeten einen großen Teil an Sympathie anderer Länder, insbesondere in Afrika. Jedoch war die Beteiligung Südafrikas am Krieg direkt von den Vereinigten Staaten erbeten worden.³¹ In scharfem Kontrast zu erklärter amerikanischer Politik hatten die CIA und die Nationale Sicherheitsagentur seit den 60er Jahren mit Pretorias Nachrichtendienst zusammengearbeitet und führen in Hinblick auf Angola fort, dies zu tun. Einer der wichtigsten Brennpunkte der geheimen Informationen, die von der USA aus Südafrika erreichten, war der Afrikanische Nationalkongreß, die führende Antipartheidorganisation, die verbannt worden und im Exil war.³² 1962 verhaftete die südafrikanische Polizei den ANC-Führer Nelson Mandela aufgrund von Informationen hinsichtlich seines Aufenthaltsortes und seiner Tarnung, die ihr vom CIA-Offizier Donald Rickard verschafft wurden. Mandela verbrachte fast 28 Jahre im Gefängnis.³³

1977 verbot die Carter-Regierung das Teilen von geheimen Informationen mit Südafrika, doch dies wurde von den amerikanischen Nachrichtendiensten weitgehend ignoriert. Zwei Jahre früher hatte die CIA einen verdeckten Apparat eingerichtet, durch den Waffen an die Südafrikaner geliefert wurden. Diese Praxis – unter Verletzung des Rechts der USA – wurde bis mindestens 1978 fortgesetzt und ein Teil der Waffen sehr wahrscheinlich in Angola eingesetzt.³⁴ Umgekehrt half Südafrika, amerikanische Militärhilfe von Zaire nach Angola zu überführen.³⁵

Aus Fairneß gegenüber der CIA muß hervorgehoben werden, daß ihre Leute nicht vollkommen außer Acht ließen, was Südafrika repräsentierte. Die Agentur war sehr vorsichtig, was den Einsatz ihrer schwarzen Offiziere im Angola-Programm betraf.³⁶

Die Einstellung der Hilfe für die FNLA bzw. die UNITA durch den Kongreß im Januar 1976 schwächte diese Organisation. Die Kongreßabgeordneten kannten noch nicht die volle Wahrheit über die amerikanische Operation, doch war genug der öffentlichen Pantomime gezeigt worden, um sie zornig darüber zu stimmen, wie Kissinger, Colby und Co. ihnen ins Gesicht gelogen hatten. Die Konsequenz stellte eine der seltenen Gelegenheiten in modernen Zeiten dar, in denen der US-Kongreß einen direkten und entscheidenden Einfluß auf amerikanische Außenpolitik nehmen konnte. Dadurch wurde ein weiteres Vietnam vermieden, für das Henry Kissinger und die CIA verantwortlich waren.³⁷

Die kubanische Präsenz in Angola war in erster Linie eine direkte Antwort auf südafrikanische Angriffe auf die MPLA. Wayne Smith, Direktor des Amtes für kubanische Angelegenheiten im Außenministerium von 1977 bis 1979, hat geschrieben, daß »im August und Oktober 1975 südafrikanische Truppen in Angola mit vollem Wissen der USA einfielen. Vor dieser Intervention waren keine kubanischen Truppen in Angola.«³⁸

Savimbi erwog zu dieser Zeit wieder, mit der MPLA zu einer Verständigung zu gelangen. Die Antwort aus Washington war: Kämpft weiter! Kissinger persönlich versprach der UNITA eine fortlaufende Unterstützung, wenn sie ihren Widerstand aufrechterhielten, wobei er ganz genau wußte, daß es keine Unterstützung mehr zu leisten gab. Während der zwei Wochen, in denen Savimbi auf seine Antwort wartete, verlor er 600 Män-

ner auf einem einzigen Schlachtfeld.³⁹ Jedoch hatte der Außenminister unglaublicherweise weniger als zwei Wochen zuvor gesagt:

»Wir opponieren nicht mit der MPLA als solche [...] Wir können mit jeder der Gruppen in Angola leben.«⁴⁰

Der Mann war vollständig besessen davon, sowjetischen Bewegungen überall auf der Erde entgegenzutreten – bedeutenden oder trivialen, realen oder vorgestellten. Er fühlte sich möglicherweise in diesem Fall besonders getrieben, denn er schrieb später:

»Bei Angola war es das erste Mal, daß die Sowjets sich militärisch über lange Distanz bewegten, um ein Regime ihrer Wahl durchzusetzen.«⁴¹

Auch wenn es nicht mit den Lehren der Akademiker über Außenpolitik übereinstimmt, so ist die folgende Erklärung immer noch plausibler als alle anderen bezüglich der Politik in Angola. Das heißt: Es wurde gehandelt, um Sese Seko Mobutu zu gefallen, dem Chef von Zaire, dem wichtigsten Verbündeten bzw. Klienten der USA in Afrika, wenn nicht in der Dritten Welt.⁴² (Zaire war das Zuhause für die größte CIA-Niederlassung in Afrika.) Mobutu wünschte eine angolansische Regierung, die er beeinflussen konnte, vornehmlich um zu verhindern, daß Angola als Zufluchtsort von seinen Erzfeinden genutzt werden konnte, den Rebellen aus der Katanga-Provinz in Zaire. Dementsprechend schickte der Führer von Zaire seine von den USA ausgerüsteten Streitkräfte in den Kampf nach Angola, auf der Seite der FNLA, denn Holden Roberto stand zufällig in Beziehung zu ihm, obwohl Roberto und die FNLA sich sonst wenig für ihn interessierten. Professor Gerald Bender, eine führende amerikanische Autorität für Angola, sagte:

»Obwohl die Vereinigten Staaten die FNLA in Angola 17 Jahre lang unterstützt hatten, ist es faktisch unmöglich, einen amerikanischen Beamten, Gelehrten oder Journalisten zu finden, der mit dieser Partei vertraut ist und der über ihre Organisation oder Führerschaft positiv aussagen wird. Nach einer Debatte mit einem hochrangigen Beamten des Außenministeriums gegen Ende des angolansischen Bürgerkrieges fragte ich ihn, warum die Vereinigten Staaten jemals auf die FNLA gewettet haben. Er antwortete: ›Ich will verdammt sein, wenn ich das weiß. Ich habe niemals einen einzigen Bericht oder ein Memo gesehen, die vermuten lassen, daß die FNLA irgendeine Organisation hat – solide Führer oder eine Ideologie – auf die wir zählen können.‹ Selbst ausländische Führer, die Holden Roberto unterstützt haben – so wie General Mobutu – stimmen dieser Feststellung zu. Als er von einem US-Senator, der auf Besuch war, gefragt wurde, ob er denke, daß Roberto einen guten Führer für Angola abgeben würde, antwortete Mobutu: ›Zur Hölle, nein!‹«⁴³

Kissinger selbst sagte dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, daß die Förderung der Stabilität einer der vordringlichen Gründe für die amerikanische Politik in Angola war.⁴⁴ Selbst wenn dies eine von Kissingers seltenen ehrlichen Bemerkungen über die Situation in Angola gewesen wäre und eine stichhaltige Rechtfertigung für eine ernsthafte Intervention in einen Bürgerkrieg in einem Drittland sein könnte, fordert diese Äußerung Verständnis heraus. Im Juni 1975 jedoch, einen Monat bevor die Vereinigten Staaten ihr erstes großes Waffenpaket an die FNLA verschifften, hatte Mobutu die USA angeklagt, seinen Sturz und seine Ermordung zu planen, woraufhin er den amerikanischen Botschafter auswies (siehe das folgende Kapitel 42 über Zaire).

Der Außenminister, der niemals verlegen um eine an sein jeweiliges Publikum angepaßte unterhaltsame Bemerkung war, sagte auch israelischen Beamten, daß das Versäumnis, die Russen in Angola zu stoppen »arabische Länder – so wie Syrien – dazu ermutigen könnte, Risiken einzugehen, die zu einem neuen Angriff auf Israel führen könnten – mit Unterstützung der Russen.«⁴⁵

Der amerikanische Botschafter der Vereinten Nationen, Daniel Moynihan, schürte kaum die Diskussion, als er erklärte, daß bei einem Nicht-Einschreiten der Vereinigten Staaten »die Kommunisten Angola übernehmen und dabei beträchtlich die Ölschiffahrtsstraßen vom Persischen Golf nach Europa kontrollieren würden. Sie werden neben Brasilien sein. Sie werden ein großes Stück Afrika haben und die Welt wird in den Nachwehen anders sein, wenn es ihnen gelingt.«⁴⁶ Ein wahrhaft abstrakter Gedankengang und ein

weiteres Beispiel dafür, was die Gewöhnung an den Kalten Krieg bei ansonsten intelligenten und gebildeten Menschen bewirken konnte.

Mit nur einer Änderung bei Ortsnamen sind vergleichbare geopolitische Dominotheorien herausgestellt worden, um auf diese Weise vielen amerikanischen Interventionen einen Anstrich von Rationalität zu geben. In diesem Fall – wie in den anderen Fällen, in denen die »Kommunisten« gewannen – war nichts derartiges die Folge. Jonathan Kwitney hat geschrieben:

»Bei allem Respekt für Kissinger muß man wirklich nach der geistigen Gesundheit von jemandem fragen, der über die Kontrolle von fernen Kaffeefeldern auf eine alte Stammesfehde blickt und darin eine sowjetische Bedrohung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten sieht.«⁴⁷

Als die MPLA an der Macht war, wurde sie durch die gleichen einheimischen und internationalen Institutionen eingeschränkt, denen auch die FNLA oder die UNITA gegenübergestanden hätten. Dementsprechend entmutigte sie die gewerkschaftliche Militanz, ging streng mit Streiks um, ermahnte die Arbeiter, mehr zu produzieren, trat in Handelsverträge mit verschiedenen multinationalen Unternehmen ein und brachte nicht Hammer und Sichel über dem Präsidentenpalast an.⁴⁸ Die MPLA drängte Gulf Oil Co., ihre Suche nach Öl in der Provinz Cabinda fortzusetzen und garantierte die Sicherheit der Angestellten der amerikanischen Gesellschaften, als die Kämpfe noch im Gange waren. Gulf Oil war vollkommen zugänglich für dieses Angebot, aber die CIA und das Außenministerium machten Druck auf die Gesellschaft, die Zahlung ihrer Lizenzgebühren an die MPLA einzustellen und gefährdeten so die gesamte Öl-Unternehmung in einer Art, in der es die »marxistische« Regierung niemals tat. Ein Aspekt dieses Drucks war eine Drohung Kissingers, eine Untersuchung über internationale Bestechung seitens dieses Unternehmens zu eröffnen. Gulf machte einen Kompromiß, indem sie ihre Zahlungen auf ein eingefrorenes Bankkonto stellte, bis der Bürgerkrieg etwa ein paar Monate später zu einem Ende kam, zu welchem Zeitpunkt die Zahlungen an die MPLA wieder aufgenommen wurden.⁴⁹

Entgegen einer überkommenen Vorstellung trat Kuba nicht als Stellvertreter der Sowjets in den angolanischen Krieg ein. John Stockwell hielt fest, daß die CIA nach dem Krieg »verfahren hat, daß Kuba nicht von der Sowjetunion zum Eingreifen bewegt wurde«, sondern daß »die kubanischen Führer sich aus eigenen ideologischen Gründen genötigt sahen, zu intervenieren.«⁵⁰ 1977 schrieb das New Yorker Magazin *African Report*, daß die Kubaner die pragmatische Einstellung (des MPLA-Führers Neto) zu westlichen Investitionen und seine Versuche, eine Außenpolitik der Blockfreiheit aufrechtzuerhalten, unterstützt haben.« Das Magazin berichtete auch, daß am 27.05.1977 die angolanische Regierung verkündet hatte, daß sie, unterstützt von kubanischen Truppen, eine Rebellion einer Gruppe der MPLA niedergeschlagen hatte. Deren Führer behaupteten, sowjetische Unterstützung erhalten zu haben.⁵¹

Es schien, als käme der Bürgerkrieg in Angola 1976 nicht wirklich zu einem Ende, denn die bewaffneten Auseinandersetzungen zogen sich hin. Zeitweise wurde heftig und ohne Unterbrechung gekämpft. An und ab gab es Kampfpausen.

1984 enthüllte ein vertrauliches Memorandum, das aus Zaire herausgeschmuggelt wurde, daß die Vereinigten Staaten und Südafrika sich im November 1983 getroffen hatten, um die Destabilisierung der angolanischen Regierung zu besprechen. Pläne wurden ausgearbeitet, mehr Militärhilfe an die UNITA zu liefern (die FNLA war nun erloschen) und Diskussionen wurden abgehalten über Wege, eine Reihe von Taktiken umzusetzen:

- ☞ Die regierungsfeindlichen Bewegungen zu vereinigen,
- ☞ die Gefühle der Menschen gegen die Regierung anzustacheln,
- ☞ Fabriken und Transportsysteme zu sabotieren,
- ☞ strategische Punkte einzunehmen,
- ☞ angolanisch-sowjetische Projekte zu zerbrechen,

- ☞ die Beziehungen zwischen der Regierung, der Sowjetunion und Kuba zu unterminieren,
- ☞ Druck auf Kuba auszuüben, seine Truppen zurückzuziehen,
- ☞ Uneinigkeit in den Rängen der MPLA-Führung zu säen,
- ☞ Agenten in die angolansische Armee zu infiltrieren und
- ☞ Druck auszuüben, um den Fluß ausländischer Investitionen in Angola zu hemmen.

Die Vereinigten Staaten brandmarkten das Dokument als Fälschung, aber der Vertreter der UNITA in Washington bestätigte nicht, daß das Treffen stattgefunden hatte, noch dementierte er es. Er sagte jedoch, daß die UNITA »regelmäßig Kontakte mit US-Beamten auf allen Ebenen hatte.«

Gemäß dem Memorandum war es das Ziel der Operation, einen Teil der angolansischen Führung zu zwingen, mit der UNITA zu verhandeln. Dies war es, was Washington Jahre zuvor erfolgreich verhindert hatte.⁵²

Ein Monat nach dem US-Südafrikanischen Treffen, über das berichtet wurde, tadelte der UN-Sicherheitsrat Südafrika wegen seiner militärischen Operationen in Angola und unterschrieb Luandas Recht auf Reparationen. Nur die Vereinigten Staaten unterstützten nicht die Resolution, indem sie sich enthielten.⁵³

Nach einer dreijährigen Schlacht mit dem Kongreß im August 1985 erreichte die Reagan-Regierung eine Aufhebung des Verbotes von 1976 bezüglich der Militärhilfe seitens der USA für Rebellenstreitkräfte in Angola. Militärischer Beistand floß offen wie auch verdeckt an die MPLA. Im Januar 1987 verkündete Washington, daß man die Rebellen mit Stinger-Raketen und anderer Anti-Flugzeug-Bewaffnung versorge. Drei Monate zuvor hatte Jonas Savimbi vor dem Europaparlament in Straßburg (Frankreich) gesprochen und für Unterstützung geworben. Infolge dieses Gesprächs jedoch kritisierte das Plenum des Parlaments die amerikanische Unterstützung für den Guerillaführer und brachte eine Resolution durch, die die UNITA als eine »Terrororganisation, die Südafrika unterstützt« beschrieb.⁵⁴

Im September 1992 wurden schließlich Wahlen abgehalten. Als jedoch offensichtlich wurde, daß die MPLA in einem Entscheidungskampf der Gewinner sein würde – in einer Abstimmung, welche die UN als frei und fair bestätigte – lehnte Savimbi es ab, das Ergebnis zu akzeptieren. Er beendete einen Jahre währenden Waffenstillstand und lancierte eine der größten, am längsten anhaltenden Angriffe der UNITA in diesem Krieg – immer noch unterstützt von Südafrika und in den letzten Jahren von amerikanischen »privaten« Luftfahrtgesellschaften und »Beistands«-Organisationen mit interessanten Werdegängen wie zum Beispiel früherer Kontakte zu den nicaraguanischen Contras.⁵⁵

Im Mai 1993 erkannte Washington schließlich die angolansische Regierung an. Im Januar, gerade bevor Clinton die Regierung übernahm, hatte ein hochrangiger Beamter des Außenministeriums erklärt:

»Die UNITA ist genau wie die Roten Khmer: Wahlen und Verhandlungen sind gerade eben eine weitere Methode, einen Krieg auszufechten. Macht ist alles.«⁵⁶

Zu dieser Zeit hatte der Krieg mehr als 300.000 Leben gefordert und zu weitverbreitem Hunger geführt und zudem durch die unzähligen Landminen die höchste Amputiertenrate der Welt hervorgerufen. Der Tod von Savimbi im Februar 2002 schien ein Hoffnungsstrahl für die Zukunft zu sein.

Anmerkungen zu Kapitel 41

- 1 *New York Times*, 25.09.1975; 19.12.1975.
- 2 **John A. Marcum**, THE ANGOLAN REVOLUTION, Bd. 1, 1950-1962 (MIT Press, Cambridge, Mass., 1969), S. 229-230.
- 3 *New York Times*, 17.12.1964, S. 14.
- 4 Zu den Unterschieden der drei Gruppen vgl. a) **Jonathan Kwitny**, ENDLESS ENEMIES: THE MAKING OF AN UNFRIENDLY WORLD (New York, 1984), Kap. 9; b) **Marcum**, Bd. 2, 1962-1976 (1978), S. 14-15, 132, 172 und passim; c) **Basil Davidson**, IN THE EYE OF THE STORM: ANGOLA'S PEOPLE (London, 1972), passim; d) **Ernest Harsch** und **Tony Thomas**, ANGOLA: THE HIDDEN HISTORY OF WASHINGTON'S WAR (New York, 1976), passim. Zu den Appellen Robertos und Savimbis an die Weltgemeinschaft vgl. auch *New York Times*, 04.01.1964, S. 15; **Kwitny**, S. 136; Declassified Documents Reference System, Band 1977, Dokument 210D (Telegramm der US-Botschaft im Kongo an das Außenministerium vom 17.07.1964).
- 5 **Kwitny**, S. 132-133.
- 6 *State Department Circular* 92, 16.07.1963, zitiert bei **Marcum**, Bd. 2, S. 16.
- 7 Anhörungen vor dem Sonderausschuß des Repräsentantenhauses zu Geheimdienstfragen (Pike-Ausschuß) veröffentlicht in CIA – THE PIKE REPORT (Spokesman Books for the Bertrand Russell Peace Foundation, Nottingham, 1977), S. 218. Im Folgenden PIKE REPORT.
- 8 Ebd., S. 201.
- 9 *New York Times*, 25.09.1975; 19.12.1975.
- 10 PIKE REPORT, S. 199. Die Worte in den Zitaten sind die des Pike-Ausschusses, das Datum stammt aus **John Stockwell**, IN SEARCH OF ENEMIES: A CIA STORY (William Norton, New York, 1978), S. 67. Stockwell war ein Beamter der CIA und Chef der Einsatzgruppe des Geheimdienstes in Angola.
- 11 **Stockwell**, S. 67-68; **Marcum**, Bd. 2, S. 257-258.
- 12 *New York Times*, 25.09.1975.
- 13 PIKE REPORT, S. 199.
- 14 **Stockwell**, S. 67.
- 15 *New York Times*, 12.12.1975; **Harsch** und **Thomas**, S. 100, zitiert CBS-TV News vom 17.12.1975 und **Senator John Tunney**, 06.01.1976.
- 16 *New York Times*, 16.07.1978, S. 1.
- 17 Interview des Verfassers mit Stockwell.
- 18 **Stockwell**, S. 223-224. Vgl. auch **Harsch** und **Thomas**, S. 99-100.
- 19 **Chapman Pincher**, INSIDE STORY: A DOCUMENTARY OF THE PURSUIT OF POWER (London, 1978), S. 20.
- 20 **Stockwell**, S. 225.
- 21 *New York Times*, 16.07.1978, bezieht sich auf Kissingers Behauptung vom 29.01.1976.
- 22 **Stockwell**, S. 162, 177-178 sowie Interview des Verfassers mit Stockwell.
- 23 Ebd., S. 194-195.
- 24 Die Geschichte über die Gefangennahme der Russen und Kubaner erschien am 22.11.1975 in der Presse, die Vergewaltigungsstory am 12.03.1976.
- 25 **Stockwell**, S. 196.
- 26 *San Francisco Chronicle*, 09.05.1978.
- 27 **Stockwell**, S. 196-198.
- 28 Foreign and Military Intelligence, Book 1, Final Report of the Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities (US Senate), 26.04.1976, S. 129.
- 29 **Stockwell**, S. 193.

- 30 Ebd., S. 205-206 (»Bob Temmons« ist wahrscheinlich ein Pseudonym); nach Kriegsende überließ das Außenministerium Angola die Flugzeuge.
- 31 *Newsweek* (International Edition), 17.05.1976, S. 23, vom südafrikanischen Ministerpräsidenten Balthazar Johannes Vorster stillschweigend eingeräumt.
- 32 *New York Times*, 16.07.1978, S. 1; 23.07.1986, S. 1; **Stockwell**, S. 208, 218; **Stephen Talbot**, »The CIA and BOSS: Thick as Thieves« in **Ellen Ray** u.a. (Hrsg.), *DIRTY WORK 2: THE CIA IN AFRICA* (Lyle Stuart, Secaucus, NJ, 1979), S. 266-275 (BOSS – Bureau of State Security – ist der südafrikanische Staatssicherheitsdienst); **Bob Woodward**, *VEIL: THE SECRET WARS OF THE CIA 1981-1987* (New York, 1987), S. 269.
- 33 *The Guardian* (London), 15.08.1986; *The Times* (London), 04.08.1986, S. 10.
- 34 *New York Times*, 25.03.1982, S. 7, zitiert einen Bericht des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses.
- 35 **Stockwell**, S. 209.
- 36 Ebd., S. 75.
- 37 **Stockwell**, S. 216-217, erklärt, wie es dazu kam.
- 38 **Wayne S. Smith**, »Dateline Havana: Myopic Diplomacy«, *Foreign Policy* (Washington, DC), Herbst 1982, S. 170. Vgl. auch *New York Times*, 31.03.2002, S. 4.
- 39 **Stockwell**, S. 234-235.
- 40 *New York Times*, 24.12.1975, S. 7.
- 41 **Henry Kissinger**, *AMERICAN FOREIGN POLICY* (New York, 1977, 3. Aufl.), S. 317.
- 42 Vgl. z. B. *New York Times*, 25.09.1975.
- 43 Hearings before the Subcommittee on Africa of the House Committee on International Relations, 25.05.1978, S. 7.
- 44 PIKE REPORT, S. 200.
- 45 *New York Times*, 09.01.1976, S. 3.
- 46 *Washington Post*, 18.12.1975, S. A23.
- 47 **Kwitny**, S. 148.
- 48 **Harsch und Thomas**, S. 82-91; *New York Times*, 08.02.1981, Section IV, S. 5.
- 49 **Stockwell**, S. 203-204, 241 sowie Interview des Verfassers mit Stockwell.
- 50 **Stockwell**, S. 172; vgl. auch *New York Times*, 31.05.2002, S. 4.
- 51 **Galen Hull**, »Internationalizing the Shaba Conflict«, *Africa Report* (New York), Juli-August 1977, S. 9. Zur ausführlichen Darstellung einer möglichen sowjetischen Verwicklung in den Aufstand und die russische Haltung zu Angola vgl. **Jonathan, Steele**, »Soviet Relations with Angola and Mozambique« in **Robert Cassen** (Hrsg.), *SOVIET INTERESTS IN THE THIRD WORLD* (Sage for the Royal Institute of International Affairs, London, 1985), S. 290; vgl. auch *New York Times*, 31.03.2002, S. 4.
- 52 *The Observer* (London), 22.01.1984.
- 53 *The Guardian* (London), 21.12.1983.
- 54 *The Times* (London), 23.10.1986, S. 8.
Das Abstimmungsergebnis im Europäischen Parlament betrug 152 zu 150 Stimmen.
- 55 *The Guardian* (London), 25.06.1990, S. 10; **Sharon Beaulaurier**, »Profiteers Fuel War in Angola«, *Covert Action Quarterly*, H. 45, Sommer 1993, S. 61-65.
- 56 *New York Times*, 17.01.1993, Section IV, S. 5.

42 Zaire 1975 bis 1978

Mobutu und die CIA – eine Ehe, die im Himmel geschlossen wurde

1975 hatte Präsident Mobutu Sese Seko (geb. Joseph Mobutu), der starke Mann in Zaire (früher Kongo), der von der CIA als einer ihrer »Erfolge« in Afrika angesehen wurde, 10 lange Jahre über seine unglücklichen, verarmten Untertanen regiert. Im Verlauf der Zeit häufte Mobutu mit einem Riecher für Korruption, die die besten Männer betrifft, die dieses Jahrhundert zu bieten hat, ein Vermögen an, das schätzungsweise bis in die Billionen Dollar ging. Dieses lag auf den üblichen Banken in der Schweiz, Paris und New York, während der größte Teil der Bevölkerung unter starker Unterernährung litt.¹

Es kann gesagt werden, daß seiner Korruption nur seine Grausamkeit gleichkam. Mobutu, so hat ein Zaire-Beobachter geschrieben,

regiert durch Erlaß mit einer grotesken Erregbarkeit, die selbst seine ehemaligen (CIA) Berufsoffiziere zu erschrecken scheint. Einer erinnerte sich, daß Mobutu im Juni 1971 zwangsweise die gesamten Studenten der Lovanium-Universität² für die Streitkräfte rekrutiert hatte. »Er wurde von einigen Studentendemonstrationen hinausgeworfen«, erinnert sich der Beamte. Mobutu ließ sich schließlich erweichen, doch zehn Studenten wurden wegen des Verbrechens »öffentlicher Beleidigung« gegen den Staatschef zu lebenslanger Haft verurteilt [...] Eine nachrichtendienstliche Quelle erinnert sich wie Mobutu einmal kam und forderte, daß entweder Zaire mit Hilfe der CIA oder die Agentur alleine eine Invasion gegen »diese Bastarde jenseits des Flusses« in der Republik Kongo (Brazzaville) unternehmen solle. Diese Forderung ist möglicherweise abgelehnt worden. »Er ist ein richtig wilder Mann«, sagte ein ehemaliger Beamter, »und wir haben ganz schön Probleme gehabt, ihn zu zügeln.«³

Dies dürfte nicht an einem Mangel an Versuchen gelegen haben. Im Juni 1975 verkündete Mobutu, daß er den Versuch eines Staatsstreiches aufgedeckt und unterdrückt hatte, der auf seine »physische Eliminierung« abzielte. Er gab einer unbekanntenen »großen ausländischen Macht« und Bürgern aus Zaire die Schuld, die »durstig nach Geld« waren (Zitat). Die Beschuldigungen erschienen in einer von der Regierung kontrollierten Zeitung in Form eines Briefes von Mobutu, mit einem begleitenden Leitartikel, der offen andeutete, daß die große ausländische Macht die Vereinigten Staaten waren. Ein paar Tage später behaupteten Zeitungen in Zaire, daß die CIA-Stammesdissidenten und schwarze Amerikaner für einen Putsch gegen Mobutu, der für den 20.09.1975 geplant war, organisiert hatten. Es ist nicht klar, welche Beziehung dieser Behauptung vorausging.

Mobutu erklärte, daß die »Imperialisten« über seinen Abbruch der Beziehungen zu Israel, seine Verstaatlichung vieler Unternehmen, die sich in ausländischen Händen befanden, und die »ernsthafte und gegenseitige« Freundschaft, die sich zwischen Zaire, China und Nordkorea entwickelte, verstimmt waren. Verschiedene hochrangige Militäroffiziere in Zaire sowie andere Militäreinheiten und Zivilisten, deren Reihen, wie berichtet wird, die meisten der einheimischen CIA-Agenten in Zaire mit einschlossen, wurden verhaftet. Die Regierung kündigte an, daß einer der festgenommenen Offiziere vier Monate zuvor von einer US-Militärschule zurückgekehrt war, ein weiterer bis zwei Wochen davor Militärattaché in Washington gewesen war und ein dritter kürzlich von Studien in Fort Bragg in North Carolina zurückgekehrt war, wo er einen Bericht als Klassenarbeit darüber, »Wie man einen Staatsstreich gegen die Regierung von Zaire plant und ausführt«, vorbereitet hatte. Letzteres ist nicht so lächerlich, wie es klingen mag. Von solchen »hypothetischen« Übungen ist auch vorher schon CIA-Schulen von früheren Schülern berichtet worden, obwohl nicht der Name eines wirklichen Landes benutzt wurde, unter dem Deckmantel der Lerneinheit, wie ein Staatsstreichsversuch

unterdrückt wird – so wie Foltermethoden in Vietnam unter dem Deckmantel der »Gegenmaßnahmen gegen feindliche Verhöre« gelehrt wurden; vergleichbar, wie wir gesehen haben, dem Lehren von Bombardierungstechniken und chemischer bzw. biologischer Kriegsführung).

Es wird vermutet, daß sieben der Verhafteten aufgrund des Staatsstreiches zum Tode verurteilt wurden (einschließlich einiger der CIA-Agenten). Sieben Männer wurden freigesprochen und 27 andere zu einer Gefängnishaft verurteilt. Amerikaner sind nicht als Verschwörer genannt worden, aber dem US-Botschafter Deane R. Hinton wurde befohlen, das Land zu verlassen, und Zaire berief seinen Botschafter aus Washington zurück.

Das Außenministerium bestritt die Vorwürfe und verlangte von der Regierung von Zaire, Beweise vorzubringen, was letztere nicht tat. Außenminister Kissinger verkündete, daß die Beschuldigungen auf »völlig falschen Informationen« beruhten, »die in die Hände von Zaire fielen« und »wahrscheinlich das Ergebnis von Fälschungen waren.« Es ist schwierig, Kissingers Behauptung zu bewerten, insofern als die Regierung von Zaire keinerlei Dokumente öffentlich erwähnt hatte.⁴

Mobutu mag tatsächlich von gefälschten Dokumenten getäuscht worden sein oder er hat als Schurke, der er nun einmal war, aus einer Mücke einen Elefanten gemacht. Es wurde angedeutet, daß das Ganze ein Vorwand war, um gewisse zairianische Militäroffiziere loszuwerden, oder daß er nach einem Sündenbock für heimische Probleme suchte.

Auf der anderen Seite wäre es nicht das erste Mal gewesen, daß die CIA in einen Putsch verwickelt war, um einen angeblichen Verbündeten der Vereinigten Staaten zu eliminieren – Trujillo, Figueres und Diem sind passende Beispiele dafür. Mobutu war zu dieser Zeit aus persönlichen Gründen auf der Seite der CIA-gestützten Streitkräfte tief in den Bürgerkrieg in Angola verstrickt. Zaire diente als unabdingbare rückwärtige Basis und Trainings- und Versorgungspunkt und zairianische Truppen waren in die Kämpfe verwickelt. Die Agentur war gewiß sehr besorgt gewesen, daß der Chef dieses lebenswichtigen Kriegsverbündeten ein so sprunghafter, unberechenbarer und unkontrollierbarer Mann wie Mobutu Sese Seko war. »Mobutu schließt Zaire ziemlich gut ab, wissen Sie«, kommentierte ein hochrangiger CIA-Offizier, als er kurz nach seinen Beschuldigungen gegen die Vereinigten Staaten von einem Gespräch mit dem Führer von Zaire nach Washington zurückkehrte. »Er hat einfach nur keine Vorstellung davon, wie man ein Land führt.«⁵

Darüberhinaus – obwohl chinesische und nordkoreanische Militärausbilder in Zaire Streitkräfte trainierten, die auf der gleichen Seite wie die Vereinigten Staaten in der allgemeinen angolanischen Schlägerei kämpften – war es die einfache Doktrin des Lebens im Kalten Krieg, daß ein Alliiertes der Amerikaner keine Dinge tut wie chinesische und nordkoreanische Militärausbilder in sein Land einzuladen. Und der »Wilde Mann« von Zaire hatte zweimal die Beziehungen zur Sowjetunion abgebrochen und sie zweimal wiederaufgenommen. Man konnte nicht sagen, welcher Laune er als nächstes nachgeben würde.

Ein Beispiel hierfür war auch die Sache mit dem ausgewiesenen amerikanischen Botschafter. Deane Roesch Hinton war keiner der üblichen Karrierediplomaten des Auswärtigen Dienstes. Er hatte seit den 50er Jahren eng mit der CIA zusammengearbeitet und widmete sich außerdiplomatischen Operationen. Von 1967-1969 hatte Hinton⁶ unter dem Deckmantel der Agentur für Internationale Zusammenarbeit (AID) in Guatemala und die folgenden zwei Jahre in Chile (gegen Allende) eine Rolle in CIA-Operationen gespielt. Er diente dann in einem Subkomitee des Nationalen Sicherheitsrates, bis er 1974 seinen Posten in Zaire bezog.⁷

Nach dem Getöse um den angeblichen Staatsstreich taten sowohl die CIA als auch Mobutu so, als wäre nichts Außergewöhnliches geschehen, obwohl die Agentur einen Appell wegen der Freiheit ihrer Agenten, die in der Todeszelle saßen (Ausgang unbekannt), an den Präsidenten von Zaire richtete und gegenüber Mobutus üblicher Mißliebigkeit und impulsivem Benehmen bemerkenswert nachsichtig zu sein schien. Im Oktober bat Mobutu die CIA, ihm zu helfen, Cabinda – eine Provinz Angolas, die vom

Rest Angolas durch einen schmalen Streifen zairianischen Territoriums abgeschnitten war – zu annektieren. Mobutu hatte bereits ein Auge auf die Provinz geworfen, als er 1965 an die Macht gekommen war. Seine Gier nach ihr wurde einige Jahre später noch größer, als Öl vor der Küste von Cabinda gefunden wurde. Die CIA flog sofort ein Waffenpaket für eintausend Mann zur Verwendung durch die zairischen Truppen ein, die in Cabinda einmarschierten, obwohl er zu dieser Zeit geschäftig in den angolanischen Bürgerkrieg verwickelt war. Beamte der Agentur halfen, diese nahezu zufällige Invasion einer souveränen Nation zu koordinieren, doch die Operation erwies sich als seltsam erfolglos.⁸

Sechs Monate später – im April 1976 – gab die CIA Mobutu nahezu 1,4 Mio. Dollar, um sie an die US-gestützten angolanischen Streitkräfte zu verteilen, deren tausende Flüchtlinge verzweifelt und hungrig in Zaire waren. Mobutu steckte sich das Geld einfach selbst in die Tasche. Die Agentur war sich dieser Möglichkeit bewußt gewesen, als sie ihm das Geld lieferte – mit den Worten des CIA-Afrikaspezialisten John Stockwell ausgedrückt: »Sie argumentierten, daß es ihn besänftigen würde, ihn dahin bringen würde, keine Rache an der CIA zu nehmen.« Stockwell fügte folgende Beobachtung hinzu:

»Es ist ein interessantes Paradox, daß die Sicherheits- und Austauschkommission seit 1971 gegen verschiedene große US-Gesellschaften wegen der Verwendung von Schmiergeldern zur Vereinfachung ihrer ausländischen Operationen ermittelt und das Justizministerium sie verfolgt hat. Gleichzeitig verteilt die US-Regierung über die CIA jedes Jahr zehntausende Dollar an barem Schmiergeld. Schmiergeld ist eine Standard-Operationstechnik der US-Regierung über die CIA, dennoch ist es ein krimineller Angriff auf das US-Business.«⁹

Das gleiche kann von Mord gesagt werden. Einige Monate früher – im Januar 1976 – hat das Justizministerium geschlußfolgert, daß es für die Verfolgung von CIA-Beamten, die in Verschwörungen zwecks Ermordung verschiedener Staatsoberhäupter verwickelt waren, einschließlich Patrice Lumumba im Kongo Gründe gibt.¹⁰

Während einer Pause im angolanischen Krieg im März 1977 überschritten Mitglieder der Lunda- (oder Balunda-) Sippe von Zaire, die im Exil in Angola gewesen waren und mit ihrer Sippenverwandtschaft auf der Seite der MPLA gekämpft hatten, die Grenze, fielen in Zaire ein und nahmen ihren eigenen Bürgerkrieg wieder auf. Die Eindringlinge, deren Zahl sich auf mindestens 2000 belief, setzten sich weitgehend aus ehemaligen Bewohnern der Katanga-Provinz (jetzt Schaba) zusammen, die in den frühen 60er Jahren infolge des Scheiterns ihrer abtrünnigen Bewegung aus dem Kongo geflohen waren (siehe Kapitel 26 über den Kongo).

Mobutu erbat dringend Hilfe von Zaires traditionellen Lieferanten – Belgien, Frankreich und den Vereinigten Staaten –, um diese Bedrohung für seine Kontrolle der an Mineralien reichen Schaba-Provinz, die mit 70% des Außenhandels von Zaire profitierte, niederzuschlagen. Die Vereinigten Staaten antworteten umgehend mit etwa 2 Mio. Dollar Militärhilfe, die innerhalb eines Monats bis auf einen Wert von 15 Mio. Dollar anstieg, während Belgien und Frankreich große Mengen an Waffen und Munition schickten, sowie letztere 14 Mirage-Düsenbomber.

Jimmy Carter war weniger als zwei Monate im Amt, als der zairianische Konflikt ausbrach, und es widerstrebte ihm, seine Regierung tief in ein ausländisches Abenteuer zu verstricken, dessen letztendliche Verpflichtungen nicht voraussehbar waren. Das Eingreifen in Angola war gerade kurz vorher unter scharfer Kritik des Kongresses beendet worden. Im Vergleich dazu und zu anderen amerikanischen Interventionen stellte Carters Handeln eine ziemlich milde Antwort dar – mild genug, um Washington seine Politik als eine der »Nicht-Intervention« zu verkaufen und in Wirklichkeit die Tatsache zu verschleiern, daß man in einem Bürgerkrieg aktiv Partei ergriff.

Die Regierung betonte, daß ihre Hilfe vollkommen eine der »nicht-tödlichen« Art war (sie umfaßte ein militärisches Transportflugzeug, Ersatzteile, Treibstoff, Fernsprechausrüstung, Fallschirme usw.). Weiter hob sie hervor, daß die Hilfe das Ende von Krediten darstellte, die bereits vom Kongreß für Zaire genehmigt waren – als ob die Regierung der Vereinigten Staaten deswegen in der Angelegenheit keine andere Wahl gehabt hätte

– und daß sie ein Ersuchen Zaires um weiteren Beistand abgelehnt hatte. Präsident Carter bestand bei mehr als einer Gelegenheit darauf, daß die Zaire-Krise ein afrikanisches Problem sei, das am besten von Afrikanern gelöst werden könne. Er sah jedoch anscheinend weder einen Widerspruch in seiner eigenen Politik zu dieser Behauptung, noch übte er irgendwelche Kritik an Frankreich und Belgien oder an China, das Mobutu eine substantielle Menge an militärischer Ausrüstung schickte.

Carter dementierte die Vermutung, daß die US-Hilfe für Zaire Teil eines abgestimmten Einsatzes mit Frankreich, Belgien, Marokko, Ägypten und dem Sudan war. Zur gleichen Zeit charakterisierte das Außenministerium die amerikanische Politik als eine »weder-helfen-noch-hindern-Position« gegenüber Zaire. Jedoch hatten die Vereinigten Staaten nur ein paar Tage zuvor ihre stillschweigende Genehmigung zu Marokkos Entscheidung gegeben, 1500 Leute ihrer von Amerika bewaffneten Truppen zu schicken, um Mobutus Sache zu helfen, während versichert wurde, daß »Marokko sowohl vom Gesetz her als auch durch bilaterales Abkommen, Washingtons Erlaubnis im Voraus bekommen müßte, wenn seine Armee amerikanische Waffen außerhalb Marokkos verwendete.«¹¹ Ob sich die zairischen Rebellen durch die amerikanische »Nicht-tödliche, nicht-helfen-noch-hindern, Nichtinterventions-Politik« ausgeschlossen fühlten, wurde nicht berichtet.¹²

Mitte April 1977 brachte *Newsday* eine Geschichte, welche die CIA-Bemühungen, einige hundert Söldner in den Vereinigten Staaten und Großbritannien zu rekrutieren, heimlich unterstützte, um an der Seite von Zaires bekanntermaßen ineffizienter Armee zu dienen. David Bufkin, ein 38 Jahre alter Kalifornier, der selbst, wie berichtet wird, ein erfahrener Söldner war und andere Amerikaner für Angola rekrutiert hatte, sagte, daß amerikanische »Glücksritter« innerhalb einer Woche nach Zaire reisen würden, um gegen die Rebellen zu kämpfen. Bufkin hatte per Inserat nach ehemaligen Militäreinheiten mit Kampferfahrung für diesen besonderen Einsatz gesucht.

Der *New Yorker Times* war zu entnehmen, daß die CIA »starke Verbindungen« zu Bufkin hatte und dem Justizministerium gesagt hatte, daß er bei keiner Untersuchung gegen den Kalifornier kooperieren würde. (Es ist in den Vereinigten Staaten eine strafbare Handlung, einen amerikanischen Bürger zum Dienst in ausländischen Streitkräften zu rekrutieren oder für einen solchen Dienst auf eine Liste zu setzen.)

»Diplomaten in Washington«, berichtete die *New York Times*, »sagten, sie hätten erfahren, daß Präsident Mobutu Sese Seko einige Wochen zuvor angedeutet hatte, daß Zaire Söldner rekrutieren müßte, um die Invasion zurückzuschlagen.« Sie fügte hinzu, daß die Hilfe von Frankreich, Belgien, Marokko, den Vereinigten Staaten und anderen Mobutu möglicherweise dazu gebracht haben könnte, die Idee aufzugeben.

Bufkin bestritt, daß er von der CIA finanziert wurde. Er behauptete, daß seine finanzielle Hilfe »von Afrika kommt, und das ist alles, was ich Ihnen sagen kann.«¹³ (Dies würde natürlich nicht ausschließen, daß die CIA über Zaire Geld an Bufkin leitete.) Einige Monate später enthüllte der Glücksritter, daß er mit der CIA zusammengearbeitet hatte, ohne zu spezifizieren wann und wo, sowie mit der koreanischen CIA, wobei er über letztere ein wenig ins Detail ging.¹⁴ Welche Rolle die Söldner in Zaire wirklich gespielt hatten, kam nicht ans Licht.

Es wurde berichtet, daß die erfahreneren Rebellen in den ersten Monaten des 80-tägigen Krieges die Oberhand behielten und die Fortdauer von Mobutus Herrschaft unsicher war. Aber das wiederholte Bringen von Männern und Lieferungen nach Zaire durch mindestens acht westliche und afrikanische Nationen stellte sich als zu viel für die Männer vom Lunda-Stamm heraus. Ende Mai war ihre Offensive zerschlagen und sie waren gezwungen, sich wieder nach Angola zurückzuziehen.

Obwohl die Lunda in einen Kampf um Stammesautonomie engagiert waren, von der Art wie sie infolge der Unabhängigkeit in einem afrikanischen Land nach dem anderen ausbrachen, wußte Mobutu, daß es die Kalter-Krieg-antikommunistische-Karte war, die er ausspielen mußte, wenn er größere militärische Unterstützung provozieren wollte – insbesondere von den Vereinigten Staaten. Dementsprechend begann Zaire, regelmäßige

Anklagen gegen Kuba herauszugeben, das immer noch ein großes militärisches Kontingent in Angola stationiert hatte.

Kuba hatte die Rebellen geschult und bewaffnet, so lautete der Vorwurf. Dies war bis zu einem gewissen Maße wahr, aber es war nicht notwendig geschehen, um in Zaire einzufallen. Einige Kreise der internationalen Linken kleideten die Lunda in ein revolutionäres Gewand, aber die Inspiration dafür hatte mehr damit zu tun, daß durch Mobutu, die Vereinigten Staaten, Frankreich und dergleichen den Rebellen entgegengetreten würden, als mit irgendwelchen revolutionären Tugenden, die sie an den Tag legten. Im Gegenteil – sie wurden ursprünglich von weißen Söldnern ausgebildet und von belgischen und anderen westlichen Interessen bei ihrem Versuch der Lossagung in Katanga unterstützt. Nachdem sie nach Angola geflohen waren, dienten sie umgekehrt aufgrund ihrer Rückkehr in »das Allerheiligste« in der portugiesischen Kolonialarmee, um die schwarzen nationalistischen Guerillas der MPLA niederzuwerfen. Dann – während des darauffolgenden Bürgerkrieges in Angola – schalteten sie um, um an der Seite der MPLA und der Kubaner zu kämpfen.¹⁵

Kuba führte die Rebellen. Kubanische, russische und portugiesische Truppen kämpften mit ihnen – so insistierte die Regierung von Zaire.

Die Invasion »hätte nicht stattfinden können – und sie könnte nicht weitergehen – ohne die materielle Unterstützung oder die Zustimmung der Sowjetunion – ob nun kubanische Truppen anwesend sind oder nicht«, verkündete der (nun ehemalige) Außenminister Henry Kissinger in einem ausgesuchten Beispiel von Knierflex-antikommunistischem-Wunschdenken – ohne jeglichen Beweis.¹⁶

Und so geschah es. Zur Ehre der Carter-Regierung sei gesagt, daß sie der Versuchung widerstand, alle die unbegründeten und manchmal dümmlichen Beschuldigungen anzunehmen, wobei sie bei verschiedenen Gelegenheiten sagte, daß es keinen Beweis für die Beteiligung von Kuba gäbe und daß die Vereinigten Staaten den Konflikt nicht als eine Konfrontation zwischen der Sowjetunion und dem Westen sähen. Ein zunehmend launischer Mobutu ließ sich schließlich hinreißen zu erklären, daß wenn die Vereinigten Staaten tatsächlich angesichts der kommunistischen Gefahr »kapituliert« hätten, sie dieses dann klar verkünden sollten.¹⁷

Warum haben dann also die Vereinigten Staaten überhaupt interveniert?

Am Tag nach der ersten Verschiffung von Militärhilfe drückte Washington seine Besorgnis über den möglichen »Verlust« für amerikanische Bergbauinteressen in Zaire aus. Jedoch gab es nicht notwendig eine logische Verbindung zwischen einer Einnahme der Schaba-Provinz durch die Lunda oder sogar dem Sturz Mobutus und einer Bedrohung für ausländische Investitionen und Darlehen. Die Carter-Regierung bot keine Überprüfung ihrer Politik an. Ganz gleich, wer die Minen kontrollierte, man würde versuchen, das Kupfer, das Kobalt und die anderen Materialien zu verkaufen. 1960 bestand die Bewegung der Abtrünnigen den gleichen Lunda-Streitkräfte in der damals Katanga genannten Provinz, die sowohl von Washington als auch von Belgien unterstützt wurden. Warum Belgien sich ihnen nun entgegenstellte, wurde nicht klar, abgesehen davon, daß die Sabotage der Rebellen – verbunden mit Stromausfall – die Wasserpumpen der Minen angehalten hatte, was zu einer weitreichenden Flutung geführt hatte.

Im benachbarten Angola arbeitete, wie wir gesehen haben, die »marxistische« MPLA, als sie die Kontrolle über die ölfreiche Cabinda-Provinz übernahm, ganz business-as-usual-mäßig mit der Gulf Oil Company zusammen. Die Regierung von Zaire auf der anderen Seite übernahm 1974 die meisten kleinen Firmen und Pflanzungen, ohne die Eigentümer auszuzahlen, und teilte die Verluste unter politischen Führern auf, die gegenüber Mobutu loyal waren. Dieses Verhalten lag ziemlich jenseits von dem, was die MPLA tat.¹⁸

Die ausgedrückte Besorgnis über die US-Investitionen dürfte nicht mehr als eine Art der »Wegwerf-Bemerkungen gewesen sein, die oft von Washingtoner Beamten vorgebracht wurden, um ein besonderes Einmischen im Ausland für die amerikanische Öffentlichkeit vernünftiger klingen zu lassen (höchst ironisch in diesem Fall im Lichte traditionel-

ler marxistischer Analyse), während der Regierung die Zeit gegeben wird zu entscheiden, was sie wirklich zu erreichen versucht. Es wurde keine weitere Anspielung auf amerikanische Investitionen gemacht.

Die amerikanische Intervention scheint in diesem Fall nur wenig mehr gewesen zu sein als eine hochentwickelte Kalter-Krieg-Reflex-Handlung, ausgelöst durch eine Invasion, die ihren Ursprung in einem Land hatte, das als Mitglied des Sowjet-Lagers eingeordnet wurde und gegen ein Land, das sich anscheinend im amerikanischen oder westlichen Lager befand. Daraus resultierende Entwicklungen oder deren Fehlen mögen weitere Gedanken in der Regierung inspiriert haben, die ein Dilemma produzierten, das kurz und bündig von einer Beobachtung in einem *New York Times* Leitartikel einen Monat nach Kriegsbeginn zusammengefaßt wurde:

»Der Wille zu einer Intervention scheint groß, aber es gibt keinen Grund dafür.«¹⁹

Die *Washington Post* hatte schon früher vergleichbare Zweifel ausgedrückt. In einem Leitartikel mit dem Titel »Warum Zaire?« schrieb die Zeitung, daß es »eine hochgradig dubiose Haltung der Vereinigten Staaten« war, ihre Einmischung in die Finsternis von Zaire in der Art, wie sie es getan haben zu vertiefen.« Präsident Carter, fügte sie hinzu, »hat weder die Unsicherheiten oder Risiken erklärt, die eine solch abrupte amerikanische Antwort erfordern, noch die Risiken einer Verzögerung.«²⁰

In seinem zweiten Jahr im Weißen Haus hatte Jimmy Carter es geschafft, das unglückliche Image eines »unentschlossenen« Mannes zu bekommen, eines Präsidenten, der erst noch die sprichwörtlichen wahren Qualitäten der Führung beweisen mußte. Seine moderate Antwort auf die Ereignisse in Zaire im vorangegangenen Jahr hatte zu seinem Ruf beigetragen, besonders unter den antikommunistischen Hardlinern in den Vereinigten Staaten und unter einigen der europäischen und afrikanischen Ländern, die Mobutu zu Hilfe gekommen waren.

So kam es, daß Mitte Mai 1978, als die Lunda wieder Angola verließen und in ihre Heimatprovinz in Zaire einfielen, die Carter-Regierung aufs Neue in den Konflikt hineingezogen wurde, aus Gründen, die nicht zwingender waren als im Jahr zuvor. »Besonders beim Treffen der Chefs von NATO-Regierungen in Washington in 11 Tagen ist es notwendig, entschlossen zu handeln.« Das war der Tenor, mit dem die *New York Times* die Haltung der »hohen Regierungsbeamten« beschrieb.²¹

Innerhalb von Tagen hatten die Vereinigten Staaten einige Millionen Dollar mehr an »nicht tödlicher« Militärhilfe für Mobutu geschickt (der vom Außenministerium nur drei Monate vorher unter einem Präsidenten, der Menschenrechte vertrat, wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilt worden war), während eine Flotte von 18 amerikanischen Militärtransportflugzeugen begann, belgische und französische Truppen für einen Rettungseinsatz für (weiße) Ausländer, die durch den Krieg in der Falle saßen, nach Zaire zu senden. Im Verlauf der Evakuierung der Ausländer spielten die französischen Truppen einen deutlich aktiveren Part im Krieg gegen die Rebellen und bescherten ihnen einen ernsthaften militärischen Rückschlag.

Dementsprechend wurde die amerikanische Luftbrücke ausgeweitet, um marokkanische Streitkräfte in die Schaba-Provinz zu bringen, anschließend um Armee-Einheiten von Senegal und Gabun und französische Truppen aus der Region zu transportieren, da diese durch afrikanische Streitkräfte ersetzt wurden.²²

Die Kämpfe in Schaba waren dieses Mal in weniger als einem Monat vorbei. Bei dieser Beendigung berichtete die *New York Times*, daß »Diskussionen mit Beamten in den letzten Tagen nicht eine einzige zusammenhaltende Erklärung« für die amerikanische Politik in Zaire gebracht haben.²³

Die *Times* legte offensichtlich nicht zu viel Gewicht auf die von der Regierung vorgebrachten Erklärungen. Es gab einige von diesen – zusätzlich zu denen, die den Rettungseinsatz und die Notwendigkeit, entschieden zu handeln zum Thema hatten. Der Präsident hatte beispielsweise etwas entdeckt, das er, wie es scheint, im Jahr zuvor noch nicht bemerkt hatte, nämlich daß Zaire zu helfen »in den nationalen Sicherheitsinteres-

sen der Vereinigten Staaten lag.«²⁴ Wie üblich bei so hochgradig wichtigen Erklärungen hielt man es nicht für nötig zu erklären, was allgemeinverständlich nun wirklich gemeint war.

Regierungsbeamte erklärten auch »Besorgnis wegen der territorialen Integrität aller Länder in Afrika oder auch woanders« zu haben.²⁵ Diese wunderbare Platitüde schaffte es nicht nur, die vorangegangenen 80 Jahre amerikanischer Außenpolitik in Frage zu stellen – einschließlich der gerade zurückliegenden Intervention in Angola – sondern war belanglos im Zusammenhang mit einem Bürgerkrieg.

Verschiedene afrikanische Regierungen, die während dieser zwei Jahre Mobutu zu Hilfe kamen, drückten ebenso Achtung für die territoriale Integrität afrikanischer Staaten aus. Doch was diese Staaten beunruhigend fanden war, daß ein Sieg für die Schaba-Rebellen die Stammesdissidenten innerhalb ihrer eigenen verletzlichen Grenzen ermutigen könnten²⁶ – ein anderer Grund, der von der Regierung angeführt wurde, war der Glaube, daß Kuba und die Sowjetunion letzten Endes irgendwie verantwortlich waren. (Mobutu fügte noch Algerien und Libyen hinzu.)

Zusätzliche Belege, um diese Beschuldigungen zu untermauern kamen von denjenigen, die im Jahr zuvor ebenfalls Beweise angeführt hatten. Carter war verpflichtet, die Anklage auf Schuld durch Unterlassung zu erheben. Am 25.05.1978 erklärte er, daß Kuba »offensichtlich nichts tat« um die Invasion aufzuhalten. Es kam dann später ans Licht, daß Castro die US-Regierung eine Woche zuvor informiert hatte, daß er von den Plänen der Rebellen, in Schaba einzufallen, erfahren hatte und erfolglos versuchte, dies zu stoppen. Regierungsbeamte hatten – sichtlich in Verlegenheit – keine andere Wahl, als zu antworten, daß sie ihm nicht geglaubt hatten.

»Es ist keine Halb-Lüge«, kommentierte Fidel Castro auf Beschuldigungen wegen kubanischer Verstrickung, »Es ist eine absolute, totale, komplette Lüge.«

Zwei Tage später erwiderte der Präsident: »Castro hätte viel mehr tun können, wenn er wirklich die Invasion hätte stoppen wollen. Er hätte mit den Katangesen selbst verhandeln können. Er hätte sicherlich kubanische Truppen an der Grenze einsetzen können.«²⁷

In der Schlußszene dieser beschwingten Komödie erklärte Mobutu, daß er kubanische Gefangene hätte, die bei den Kämpfen gefangenengenommen worden waren – der lang erwartete Beweis für die kubanische Verstrickung. Aber als die amerikanische Botschaft in Zaire der Sache nachging, fand sie nichts, was die Behauptung beweisen konnte. »Lassen Sie es uns nachsichtig einen Fehler nennen.«, sagte ein Beamter.«²⁸

Anmerkungen zu Kapitel 42

- 1 Zum Schicksal Mobutus vgl. *New York Times*, 03.06.1978, ein Artikel von **Michael Kaufman**; *The Nation* (New York), 26.02.1983, S. 230. Zu Unterernährung vgl. WORLD BANK REPORT, 1975, zitiert in *Africa Today* (Denver, Col.), Oktober-Dezember 1978, S. 7.
- 2 Präsident Joseph Mobutu fand einen neuen Weg, aufsässige Studenten zu zähmen: Er steckt sie in seine Armee. Kongo-Präsident General Mobutu rekrutierte für seine als disziplinos und gewalttätig verrufene 50.000-Mann-Armee 2889 »moralisch und physisch verkommene Subjekte« – die Studenten der Lovanium-Universität von Kinshasa. Die Jungakademiker – unter ihnen 34 Mädchen – sollen bei der vorwiegend aus Analphabeten bestehenden Truppe »Disziplin und Bürgersinn« lernen. Sie können in zwei Barras-Jahren höchstens Gefreite werden, entschied Ex-Feldwebel Mobutu. Der Präsident zwang die Studiker vom Campus zum Kommiß, weil sie nicht nur höhere Stipendien und Reformen an der Hochschule forderten, sondern angeblich auch das Regime des 40jährigen Diktators stürzen wollten. Mobutu: »Bei 21 verhafteten Studenten haben wir Bücher über Mao, Lenin und Marx gefunden.« *Der Spiegel*, 19.07.1971.
- 3 **Roger Morris** (ehemaliger Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrates) und **Richard Mauzy**, »Zaire (the Congo): An Exercise in Nation Building« in **Robert Borosage** und **John Marks** (Hrsg.), *THE CIA FILE* (New York, 1976), S. 36-37.
Eine detaillierte Beschreibung von Mobutus Korruption und Grausamkeit findet sich bei

Jonathan Kwitny, ENDLESS ENEMIES: THE MAKING OF AN UNFRIENDLY WORLD (Penguin Books, New York, 1986), S. 86-91.

- 4 Zu den Staatsstreich-Beschuldigungen und den dazugehörigen Ereignissen vgl. *New York Times*, 18.06.1975 bis 23.06.1975; 02.09.1975, S. 21; **John Stockwell**, IN SEARCH OF ENEMIES: A CIA STORY (William Norton, New York, 1978), S. 44.
- 5 **Stockwell**, S. 96, zitiert den CIA-Beamten Bill Avery.
- 6 Zu einem Charakterprofil Hintons vgl. NACLA'S LATIN AMERICA AND EMPIRE REPORT (North American Congress on Latin America, New York), Oktober 1973, S. 14-15.
- 7 **Stockwell**, S. 169.
- 8 Ebd., S. 164.
- 9 Ebd., S. 246 und Fußnote.
- 10 *New York Times*, 21.01.1976, S. 1.
- 11 Ebd., 09.04.1977. Die zitierten Worte sind die der Zeitung.
- 12 Zu den Ereignissen des Jahres 1977 insgesamt vgl. *New York Times*, 16.03.1977 bis 03.05.1977, passim; **Galen Hull**, »Internationalizing the Shaba Conflict«, AFRICA REPORT (New York), Juli-August 1977, S. 4-9.
- 13 Zu Bufkin und den Söldnern vgl. *Newsday* (Long Island, NY), 17.04.1977; *New York Times*, 17.04.1977, 18.04.1977, 20.04.1977.
- 14 *New York Times*, 08.08.1977.
- 15 Zum Hintergrund der Lunda bzw. Balunda (»Ba« ist das Pluralpräfix der Menschenklasse in bestimmten Bantusprachen) vgl. **Gerald Bender**, »Zaire: Is There Any Rationale for U.S. Intervention?«, *Los Angeles Times*, 27.03.1977, Section VII, S. 2; **Hull**, a.a.O.; **Kwitny**, Kap. 2; **Stockwell**, S. 151.
- 16 *New York Times*, 06.04.1977.
- 17 Zu Mobutu vgl. ebd., 13.04.1977.
- 18 Zur Beschlangahme der Firmen vgl. **Bender**, a.a.O.
- 19 *New York Times*, 13.04.1977.
- 20 *Washington Post*, 16.03.1977.
- 21 *New York Times*, 20.05.1978.
- 22 Zu den militärischen Ereignissen des Jahres 1978 vgl. *New York Times*, 15.05.1978 bis 24.06.1978, passim; *Washington Post*, 21.05.1978, S. 14.
- 23 *New York Times*, 23.05.1978.
- 24 Ebd., 19.05.1978.
- 25 Ebd., 20.05.1978. Die Worte sind diejenigen der *New York Times*.
- 26 Vgl. z.B. *New York Times*, 10.04.1977.
- 27 Zu Carter und Castro vgl. ebd., 11.06.1978, 13.06.1978, 15.06.1978.
- 28 Ebd., 24.06.1978.

43 Jamaika 1976 bis 1980

Kissingers Ultimatum

»Ich kann Ihnen mein Ehrenwort geben«, sagte Henry Kissinger zum jamaikanischen Premierminister Michael Manley, »daß momentan keine Maßnahme geplant ist, die verdeckte Aktionen gegen die jamaikanische Regierung einbezieht.«¹

Manley schrieb, daß zu dem Zeitpunkt »vergleichbare Versicherungen, die bezüglich Chile gegeben wurden, ein wenig unheilverkündend in meinem Kopf aufblitzten.«² (Kissinger hatte 1971 dem chilenischen Botschafter in Washington sein Ehrenwort für die amerikanische Nichteinmischung gegeben, zu einer Zeit, als die US-Regierung – und Kissinger im besonderen – aktiv den Sturz der chilenischen Regierung planten. Als der Botschafter Andeutungen der Presse zu verdeckten amerikanischen Aktionen gegen sein Land erwähnte, antwortete Kissinger: »Absolut absurd und ohne Grundlage«).³

Michael Manley wußte auch aus erster Hand, daß amerikanische Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Jamaika nicht selbstverständlich war. Während der Wahlkampagne 1972 hatte der amerikanische Botschafter in Jamaika, Vincent de Roulet, Manley versprochen, daß die Vereinigten Staaten nicht in die Wahlen eingreifen würden, wenn die Verstaatlichung der in ausländischem Eigentum befindlichen Bauxitindustrie kein Wahlkampfthema für Manley sein würde. De Roulet fürchtete, daß wenn Manley dies täte, er die oppositionelle Jamaica Labour Party verpflichten würde, mit Manley's Partei um die öffentliche Unterstützung zu dieser Frage wettzueifern. Nach De Roulet stimmte Manley zu und beide Seiten hielten ihr Versprechen.⁴

Außenminister Henry Kissinger kam im Dezember 1975 auf Jamaika an, um Manley vorzuschlagen, seine Politik zu ändern, denn ansonsten müßte das US-jamaikanische Verhältnis »überprüft« werden.⁵ Kissinger sprach das Thema von Jamaikas Anfrage nach einem Handelsdarlehen von 100 Mio. Dollar an. »Er sagte, sie blicken darauf«, schrieb Manley später »und ließ den Kommentar einen Moment im Raum hängen. Ich hatte das Gefühl, daß er mir eine Botschaft sandte.«⁶

Der jamaikanische Premierminister – ein Absolvent der London School of Economics und Sohn von Norman Manley, der Jamaika 1962 in die Unabhängigkeit von den Briten geführt hatte, zog sich Washingtons Mißfallen zu, seit er 1972 das Amt übernommen hatte – und zwar durch folgendes Verhalten:

- ☞ Solidarität mit dem MPLA-Regime in Angola, das die Vereinigten Staaten genau zum Zeitpunkt des Kissinger-Manley-Treffens zu kippen versuchten, ein Thema, das eine der Obsessionen des Außenministers war und das er während des Gesprächs ansprach.
- ☞ Diplomatische Beziehungen zu Kuba und zur Sowjetunion anzuknüpfen und enge Bande mit der Castro-Regierung aufrechtzuerhalten – obwohl »nicht enger«, sagte Manley, »als [...] mit Mexiko und Venezuela.«⁷
- ☞ Für eine Form von demokratischem Sozialismus einzutreten, wobei aber gleichzeitig eine entschieden gemischte Wirtschaft aufrechterhalten wurde, die nichts Radikaleres beinhaltete als das, was in vielen Ländern Westeuropas in Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Mindestlohn und sozialen Diensten zu finden war. Manleys Partei, die People's National Party, deren Slogan »Sozialismus ist Liebe« lautete, gehörte zur Sozialistischen Internationalen, wie es auch in modernen Zeiten bei regierenden Parteien in Österreich, Großbritannien, Westdeutschland und Schweden der Fall war.
- ☞ Sich gegen die transnationalen Aluminiumgesellschaften, hauptsächlich amerikanische, durchzusetzen, die auf der Insel operierten, weil diese reich an Bauxit ist,

dem Rohmaterial für Aluminium. Die jamaikanische Regierung hatte eine Produktionsabgabe erhoben, um einen signifikanten Anstieg der Zahlungen der Gesellschaften an sie zu erwirken – was seit langem als überfällig angesehen wurde – und hatte dann andere Bauxit-produzierende Länder in der Dritten Welt davon überzeugt, das gleiche zu tun. Die Regierung beabsichtigte auch, 51% der ausländischen Bauxit-Minen-Operationen zu kaufen und plante zusammen mit Venezuela und Mexiko einen internationalen Aluminiumverarbeitungs-komplex außerhalb des multinationalen Systems zu bauen.⁸

Manley wurde sowohl von Washington als auch von der jamaikanischen Linken unter Druck gesetzt. »Jeder will, daß ich entweder ein Kapitalist oder ein Kommunist bin«, sagte er einmal. »Warum können sie mich nicht einfach in Ruhe lassen? [...] Ich bin immer ein demokratischer Sozialist gewesen und das ist es, was ich in Jamaika will.«⁹ Er sah bei den multinationalen Gesellschaften eine vergleichbare Neigung und erklärte, »daß sie an zwei Dinge gewöhnt worden waren. Das eine ist der Bettler des neokolonialen Syndroms. Das andere ist der Revolutionär, der mit Waffengewalt versucht, sich vom Neokolonialismus zu befreien. Hier haben sie es mit keinem von beiden zu tun. Dies war ein Teil unserer Suche nach dem dritten Weg.«¹⁰

Der jamaikanische Premierminister richtete sich nicht nach der Linie aus, die Kissinger gezogen hatte. Fünf Tage, nachdem der Außenminister abgereist war, informierte Manley ihn, daß »Jamaika entschieden hatte, die Präsenz der kubanischen Armee zu unterstützen, weil wir zufrieden waren, daß sie da waren – wegen der südafrikanischen Invasion [...] Ich habe niemals wieder ein weiteres Wort über das Hundert-Millionen-Dollar-Handelsdarlehen gehört.«¹¹

Während der Zeit des Kissingerbesuches, waren gewisse Destabilisierungsoperationen bereits gestartet worden – besonders auf dem Gebiet der Propaganda –, vornehmlich danach, Beginn des Wahljahres 1976, eskalierten verdeckte Aktionen. Im Januar 1976, einige Wochen, nachdem Kissinger nicht mehr dort war, wurde die Anzahl der Leute in der US-Botschaft in Kingston um sieben erhöht. Manley notierte:

»Außerdem verringerte sich die gesamte Hilfe für Jamaika faktisch auf null. Die Pipelines wurden plötzlich verstopft. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde immer kleiner, während die Botschaft immer größer wurde.«¹²

Die Enthüllungsreporter Ernest Volkmann und John Cummings, die 1977 im *Penthouse Magazin* schrieben und »verschiedene hochrangige amerikanische nachrichtendienstliche Quellen« zitierten, sagten, daß das Destabilisierungsprogramm, das vom Chef der CIA-Niederlassung in Jamaika (Norman Descoteaux) aufgezogen wurde, die folgenden Elemente enthielt:

Verdeckte Verschiffung von Waffen und anderer Ausrüstung an Kräfte der Opposition

Die Politik in Jamaika war lange mit gewalttätigen Taktiken gewürzt worden, aber dies intensivierte sich nun sowohl in Häufigkeit als auch in Tödlichkeit und in der Verwendung von Brandstiftung, Bombardierung und Mord.

»Die CIA dachte schnell daran, die Gewalttätigkeiten zu organisieren und auszuweiten: Man begann, Schiffsladungen von Gewehren und technisch hochwertiger Fernmelde-ausrüstung auf die Insel zu schmuggeln. Bei einer Schiffsladung, die von Manleys Sicherheitsdiensten abgefangen wurde, gab es allein 500 Maschinenpistolen.«¹³

Einige Exilkubaner der mobilen CIA-Armee betraten die Bühne. Einer war Luis Posada Carriles, ein ehemaliger Offizier der Geheimpolizei des kubanischen Diktators Batista, jetzt ein von der CIA ausgebildeter Sprengstoffexperte, der 1976 in den Bombenanschlag auf das im Flug befindliche Cubana Airlines Flugzeug verwickelt war, der 73 Menschen tötete. Posada war, wie berichtet wird, am Schauplatz von mehr als einem der Bombenattentate in Jamaika gesehen worden.¹⁴ Die Gewalt, über die geschickt berichtet wurde, war ein Schlag gegen Jamaikas lebenswichtiges Tourismus-Geschäft. Die aus-

ländischen Touristen blieben in Massen weg, zwangen viele Hotels zu schließen und machten Tausende von Menschen arbeitslos.

Intensive Arbeiterunruhen

Eine Welle von Streiks der Transport-, Elektro- und Telefonarbeiter erschütterte die Insel, teilweise provoziert von Absolventen des amerikanischen Instituts für freie Arbeitsentwicklung (American Institute for Free Labour Development), der wichtigsten Arbeitsorganisation der CIA in Lateinamerika.¹⁵

Wirtschaftliche Destabilisierung

Zusätzlich zur Kürzung der US-Darlehen und der Beschneidung von Hilfe litt die zerbrechliche jamaikanische Wirtschaft unter den Aktionen der Aluminiumgesellschaften. Als Vergeltungsmaßnahme für die Bauxit-Produktionsabgabe, die im Mai 1974 Gesetz wurde und mit der stillschweigenden Ermutigung durch Washington, fuhren die Gesellschaften systematisch die Produktion herunter, was Jamaika in unterschiedlicher Weise schadete.¹⁶ Im August 1975 schloß die amerikanische Firma Revere Copper and Brass Company ihre Aluminiumraffinerie nach nur vier Jahren Betrieb und sagte, daß diese unwirtschaftlich sei.¹⁷ Im Januar 1976 kündigte die Gesellschaft an, daß sie die jamaikanische Regierung wegen der Abgabe verklage. Ob das in Verbindung mit diesen Aktionen irgendein unterschwelliges Destabilisierungsmotiv war, ist nicht bekannt. Bei einer Ladung Mehl, die auf einem deutschen Schiff, der Heidelberg, nach Jamaika gebracht wurde, entdeckt man, daß sie mit dem Gift Parathion kontaminiert war, einem Insektizid, das seit vielen Jahren von Jamaika verbannt war. Viel von dem Mehl war bereits verkauft worden, was dazu führte, daß 17 Menschen im Dezember 1975 und Januar 1976 daran starben.¹⁸ Später in dem Jahr im Oktober kam eine große Schiffsladung Reis von Costa Rica an Bord des Schiffes City of Bochum, um eine Reisknappheit zu mildern, unter der die Jamaikaner monatelang gelitten hatten. Auch diese, so stellte sich heraus, war mit Parathion kontaminiert und mußte vernichtet werden.¹⁹ Die beiden Vorfälle erinnerten an die Kontaminierung von Zucker, die von der CIA gegen Kuba durchgeführt wurde (siehe dort).

Verdeckte finanzielle Unterstützung für die Opposition

Dies war vor allem der konservativen Jamaica Labor Party (JLP) zuzuschreiben. Im Juni 1976 kündigten jamaikanische Sicherheitskräfte die Aufdeckung einer Verschwörung zum Sturz der Regierung auf, in die führende Mitglieder der JLP verwickelt waren. Bei einem anderen festgenommenen Mitglied der Partei wurde entdeckt, daß er in einer Mineralwasser-Abfüllanlage, die er besaß, Molotov-Cocktails produzierte. Es ist jedoch kein Beweis für eine CIA-Verstrickung in die Verschwörung offenbar geworden.²⁰

Mobilisierung der Mittelklasse in von der CIA geschaffenen regierungsfeindlichen Organisationen, um medienwirksame Demonstrationen zu veranstalten

Gruppen mit Namen wie »Stille Mehrheit« und »Christliche Frauen werben für die Wahrheit« wurden gebildet, wobei letztere diejenigen angriffen, die die Vereinigten Staaten und die CIA kritisierten. In einem Fall brachte die Gruppe das Beispiel des berühmten und verehrten amerikanischen Arztes Tom Dooley vor, der sieben Hospitäler für die Armen in Südostasien gegründet hatte. Die christlichen Frauen konnten damals nicht gewußt haben, daß Dr. Dooley ein intelligenter aktiver CIA-Mitarbeiter in Indochina war.²¹ Es gab auch einen Versuch, durch einen neu gebildeten »Nationalen Frauenrat«, das Topf-und-Pfannen-Szenario, das in Chile so gut funktioniert hatte, neu aufzuführen, doch dies blieb ohne Erfolg.²² (Es umfaßte Frauen, zumeist die der Oberklasse und ihrer Hausangestellten, die bei einem Straßenmarsch auf Töpfe und Pfannen schlugen, um die Unfähigkeit der Regierung zu zeigen, für genug Essen für ihre Familien zu sorgen.)

Infiltrierung der Sicherheitsdienste und Streikkräfte, um sie gegen die Regierung einzunehmen

»Mit großzügigen Schmiergeldern machte die CIA viel Sicherheitspersonal zu bezahlten Informanten der Agentur.« Mehrere Soldaten waren Teil des Plans, Manley im Juli 1976 zu ermorden. Dieser war einer von mindestens drei Versuchen, in die »die CIA direkt verwickelt war.« Für einen weiteren Mordversuch im September 1976 wurden Exilkubaner eingesetzt. Beim dritten wandte man sich an jamaikanische bewaffnete Banditen, um den Job zu machen. Dieser dritte Versuch fand im Dezember 1976 statt – eine letzte Verzweiflungstat in der Wahnacht. Alle drei Versuche mißlangen, es wurde nicht einmal ein Schuß abgefeuert und Manley gewann leicht die Wiederwahl.²³

Während der Kampagne wurde der CIA-Offizier James Holt angeklagt, einen Planersonnen zu haben, um das Militär gegen Manleys People's National Party aufzuhetzen. Gemäß der Anklage war ein Band von einem Umzug der PNP-Jugend mit einer Mitteilung verklebt, das den Anschein erweckte, von Fidel Castro zu stammen, und das junge Menschen dazu drängte, den bewaffneten Kampf gegen die Polizei und die Armee aufzunehmen. Das Band sollte in die Hände des Militärs fallen und Widerstand hervorrufen.²⁴

Angriffe der Presse gegen die Regierung wurden auf einer Ebene durchgeführt, die nur leicht über der von Holts angeblichem Band lag. Dies war besonders der Fall beim *Daily Gleaner*, dessen Kampagne der des *El Mercurio* in Chile vor dem Fall von Allende sehr ähnlich war. Man kann daher getrost davon ausgehen, daß sie dementsprechend von der CIA finanziert wurde. Beide Zeitungen hatten enge Verbindungen zur *Inter-American Press Association* (IAPA) in Miami, wobei das geschäftsführende Vorstandsmitglied des *Gleaner*, Oliver Clark, 1976 zum Direktor des Verbandes gewählt wurde. Die IAPA – obwohl nicht formell eine CIA-Front-Organisation – hatte Zahlungen von der Agentur erhalten und war seit den 50er Jahren ein verlässlicher und wertvoller Presse-Aktivposten für die CIA.²⁵

Der *Gleaner* legte die Betonung auf die allgegenwärtige kubanische Bedrohung und darauf, in welchem hohem Maße Manley ein Gefangener Castros und des KGB sei. Ein sich wiederholendes Thema, das seinen Widerhall in der amerikanischen Presse fand, war die Präsenz kubanischer Truppen in Jamaika – eine blanke Lüge und etwas, das man auf der kleinen Insel unmöglich hätte verbergen können.

Ebenso kamen Propagandafachleute aus den Vereinigten Staaten. Evangelisten und Glaubensheiler eilten herbei, um ihre Zelte aufzuschlagen und der hochgradig religiösen Bevölkerung gegen den Kommunismus und die Regierung zu predigen²⁶ – im Stile der *Christian Anti-Communist Crusade in British Guyana* während der Kampagne der CIA gegen die Regierung von Cheddi Jagan (siehe dort).

Als Henry Kissinger seinen Posten verlassen mußte und die weniger interventionistische Carter-Regierung im Januar 1977 das Amt übernahm, wurde die amerikanische Politik gegenüber Jamaika gemäßigt: die wirtschaftlichen Pipelines wurden bis zu einem gewissen Grade entpfropft und die CIA verminderte ihre Aktivitäten ohne die Dringlichkeit einer bevorstehenden Wahl.

Es kann jedoch nicht gesagt werden, daß die Beamtenschaft in Washington es gelernt hatte, Manleys Wunsch »Laßt mich einfach sein« zu respektieren. Der Pulitzer-Preisträger Les Payne berichtete im *Newsday* im Februar 1980, daß »die Carter-Regierung weiterhin entschlossen ist, den sozialistischen Premierminister des Landes aus dem Amt zu entfernen, wenn er nicht seine pro-kubanische Politik aufgibt.« In einem früheren Artikel zitierte Payne eine Quelle des Außenministeriums:

»Wenn Manley innerhalb einer 6-monatigen Testphase Anzeichen zeigt, seine Position zu überdenken, dann werden wir eine sanftere Linie einschlagen. Wenn nicht, dann werden wir weiterhin eine harte Linie verfolgen.«²⁷

Im *Gleaner* gab es kein Nachlassen der Verleumdungen gegen Manley und seine Regierung. Die Zeitung druckte zahlreiche Artikel aus aller Welt ab, die die Standardthemen

und Syntax der CIA hatten und unbelegte Behauptungen, für die die Pressegelder der Agentur gezahlt werden. Der *Gleaner* ermutigte offen zur Unzuverlässigkeit und Meuterei in den Sicherheitskräften sowie zum Sturz der Regierung. Das Folgende, aus einer Kolumne von John Heame im Juni 1980, ist nicht sehr ungewöhnlich:

»In vielen anderen Ländern hätte jemand mit einer disziplinierten Streitmacht hinter sich schon seit langem die Regierung beseitigt [...] In den meisten Dritte-Welt-Ländern wären unter anderem unsere Minister, Außenminister, Parteiführer und Chefs von gesetzlichen Vorständen nun im erzwungenen Exil oder in Massengräbern begraben.«²⁸

Durchweg beklagten der *Gleaner* und andere Anti-Manley-Zeitungen die Bedrohung für die Pressefreiheit durch die Regierung – anscheinend unter der Prämisse, daß das das einzige ist, was man von einer »kommunistischen« Regierung erwarten kann – und fuhr fort, frei zu drucken, was in anderen Ländern zur Verhaftung wegen Verschwörung geführt hätte.

Manley wurde bei der Wiederwahl im Oktober 1980 geschlagen, hauptsächlich wegen der fortgesetzten Verschlechterung des Lebensstandards der Massen der Bevölkerung. Während er die Bedeutung dieses Faktors anerkannte, schrieb der ehemalige Premierminister seine Niederlage auch der »Propaganda und fein kalkulierten Gewalt« zu, wobei letztere durch seine gesamte zweite Amtsdauer hindurch angehalten hatte und im Wahljahr besonders schwer war, als 800 Menschen bei den politischen Gewalttätigkeiten ihr Leben verloren.

Manley schrieb, daß »wenn es nicht einen überwältigenden und allgemein akzeptierten Beweis gibt, der die Schuld für die Gewalt einer Partei geben kann, dann muß man annehmen, daß es darum ging, die an der Macht befindliche Regierung zu schädigen, da es die Regierung ist, auf die die Leute wegen ihrer persönlichen Sicherheit blicken.«²⁹ Er fügte hinzu:

»Das jamaikanische Establishment hatte Erfolg mit der Destabilisierung. Es wußte, wie man Fakten verwenden und Fiktion erzeugen muß, um einen maximalen Effekt zu erzielen. Wir wissen nicht, was der Part war, den die CIA im letzten Jahr gespielt hat. Aber da war es auch ohne Bedeutung, weil der *Gleaner* und die JLP eindeutig meisterliches Niveau erreicht hatten.«³⁰

Anmerkungen zu Kapitel 43

- 1 **Ernest Volkman** und **John Cummings**, »Murder as Usual«, *Penthouse* (New York), Dezember 1977, S. 114, zitiert einen Teilnehmer des Treffens der beiden Männer. Volkman war früher Korrespondent von *Newsday* in Jamaica.
- 2 **Michael Manley**, JAMAICA: STRUGGLE IN THE PERIPHERY (London, 1982), S. 116.
- 3 **John Dinges** und **Saul Landau**, ASSASSINATION ON EMBASSY ROW (London, 1981), S. 44.
- 4 Zur Aussage de Roulets vor dem US-Senat vgl. Multinational Corporations and United States Foreign Policy, Hearings before the Subcommittee on Multinational Corporations of the Committee on Foreign Relations, 19.07.1973, S. 117-118. Ein Beamter des Außenministeriums, der zur selben Zeit aussagte, war deutlich verlegen angesichts von de Roulets Enthüllung und versuchte schnell, die Geschichte herunterzuspielen.
- 5 **Volkman und Cummings**, S. 114.
- 6 **Manley**, S. 116.
- 7 Ebd., S. 136.
- 8 Ebd., S. 98-103.
- 9 *New York Times*, 01.10.1979, S. 2.
- 10 **Manley**, S. 101.
- 11 Ebd., S. 116-117.

- 12 Ebd., S. 117.
- 13 **Volkman und Cummings**, S. 182.
- 14 Ebd., S. 183. Zu Posada und dem Bombenanschlag auf das Flugzeug vgl. Kapitel 30 über Kuba.
- 15 **Ellen Ray**, »CIA and Local Gunmen Plan Jamaican Coup«, *CounterSpy* (Washington), Bd. 3, H. 2, Dezember 1976, S. 39; **Volkman und Cummings**, S. 182.
- 16 **Volkman und Cummings**, S. 182; **Manley**, S. 103.
- 17 *New York Times*, 17.06.1976, S. 29.
- 18 **Manley**, S. 228.
- 19 **Ray**, S. 38, 40; **Manley**, S. 229, 236; *New York Times*, 30.01.1976.
- 20 **Ray**, S. 41, **Volkman und Cummings**, S. 183.
- 21 **Ray**, S. 41; *Washington Post*, 05.07.1979.
- 22 **Volkman und Cummings**, S. 182; **Ray**, S. 41.
- 23 Zu den Mordversuchen vgl. **Volkman und Cummings**, S. 112, 183, 188, 190.
- 24 **Ray**, S. 40.
- 25 **Fred Landis**, »The CIA and the Media: LAPA and the Jamaica Daily Gleaner«, *Covert Action Information Bulletin*, Dezember 1979 bis Januar 1980, S. 10-12; **Manley**, S. 231; **Fred Landis**, »CIA Media Operations in Chile, Jamaica and Nicaragua«, *Covert Action Information Bulletin*, H. 16, März 1982, S. 32-43; **Carl Bernstein**, »The CIA and the Media«, *Rolling Stone*, 20.10.1977, S. 64.
- 26 **Ray**, S. 41.
- 27 *Newsday* (Long Island, NY), 28.02.1980, zitiert bei **Ellen Ray und Bill Schaap**, »Massive Destabilization in Jamaica«, *Covert Action Information Bulletin*, August-September 1980, S. 14, das Datum des vorherigen Artikels wird nicht genannt.
- 28 *Daily Gleaner* (Kingston, Jamaica), 01.06.1980, S. 10; vgl. auch **Landis**, CIA MEDIA OPERATIONS.
- 29 **Manley**, S. 193-194.
- 30 Ebd., S. 199-200.

44 Seychellen 1979 bis 1981

Ein anderes Gebiet von großer strategischer Bedeutung

Mr. Michael Hoare war 1981 ein älterer Buchhalter, der in Durban (Südafrika) ein relativ ruhiges Leben führte. Daneben gab es aber auch noch eine andere Seite in seinem Leben. Darin war er »Mad Mike« Hoare, ein Söldnerveteran. Er hatte für die CIA und für die Regierung in Südafrika an verschiedenen »Brennpunkten« der Welt gekämpft, einschließlich des Kongos in den 60er Jahren. Im Alter von 62 Jahren führte er 1981 für seine beiden alten Arbeitgeber eine Söldnerinvasion auf den Seychellen an.

Die Seychellen sind ein Land, das aus einer Anzahl von Inseln im Indischen Ozean besteht, sich etwa 800 Meilen vor der Küste Kenias befindet und eine Einwohnerzahl von etwa 62.000 Menschen hat. Die ehemalige britische Kronkolonie ist auch der Sitz einer US-Air-Force-Einrichtung. Offiziell wird sie als eine Satellitenaufspürstation bezeichnet und ist Teil eines Gebietes, das für die Vereinigten Staaten von großer strategischer Bedeutung ist. Dies sollte im Lichte der Tatsache gesehen werden, daß es eine mühsame Aufgabe wäre, ein Gebiet auf der Erde zu lokalisieren, das Washingtoner Politikmacher nicht zur einen oder anderen Zeit als von großer strategischer Bedeutung ansehen.

Nachdem France-Albert René, ein Sozialist, 1977 in einem Staatsstreich die Macht übernahm, entzog er Südafrika die Landrechte. Die Vereinigten Staaten mußten ihre ganze Macht an wirtschaftlicher und politischer Überzeugung einsetzen, um ihre Basis in diesem Land zu behalten. Darüberhinaus würde der Pachtvertrag über die Einrichtung 1990 auslaufen, und Washington mit seinen Sorgen um die langfristigen »Nationalen Sicherheits«-Bedürfnisse sowie um die laufenden Problempunkte befürchtete, daß er nicht erneuert werden könnte. Die Vereinigten Staaten waren auch besorgt über die – wie sie es bezeichneten – wachsende Freundschaft zwischen den Seychellen und der Sowjetunion. Diese Befürchtung gab es anscheinend so häufig in Washington wie Gebiete von großer strategischer Bedeutung.

René verfolgte eine Politik der Blockfreiheit, ein Konzept, das nicht die Freundschaft mit einer der beiden Supermächte ausschloß. Er befürwortete auch, den Indischen Ozean in eine atomwaffenfreie Zone ohne ausländische Militärbasen zu verwandeln, einschließlich – idealerweise – denjenigen in seinem eigenen Land. Der Präsident der Seychellen stand amerikanischen Bemühungen, die in britischem Besitz befindliche Insel Diego Garcia im Indischen Ozean zu einem großen Luft- und Seestützpunkt auszubauen, besonders kritisch gegenüber.¹

1979 wurde der Plan, in die Seychellen einzufallen und René zu stürzen, vereitelt, als er von seiner Regierung entdeckt wurde, bevor die Söldner Durban verlassen konnten. Eine offizielle Untersuchung der Sache durch die Regierung der Seychellen kam zu dem Schluß, daß die Vereinigten Staaten und Frankreich direkt zusammen mit den Auführern darin verwickelt waren, daß der amerikanische Botschafter in Kenia in Kontakt mit Anhängern von James Mancham, dem Mann, der von René abgesetzt worden war, gestanden hatte, und daß der US-Geschäftsträger auf den Seychellen der Verbindungsmann in der Verschwörung war.² Mehrere der 120 Amerikaner, die auf dem US-Stützpunkt angestellt waren, wurden des Landes verwiesen.³

Zwei Jahre später, im November 1981, reiste ein Invasionstrupp von mehr als 40 Mann, die vorgaben, Mitglieder eines Rugby-Klubs zu sein, von Südafrika nach Swasiland, von wo aus sie an Bord eines regulären kommerziellen Fluges der Royal Swazi Airlines zu den Seychellen flogen. Es scheint, als wäre der Angriff nicht für die Ankunft, sondern für einige Zeit später geplant gewesen, nachdem die Glücksritter sich eingerichtet hatten. Aber einige der Waffen, die in ihrem Gepäck versteckt waren, wurden bei der Ankunft entdeckt und eine Schlacht brach auf dem Flughafen aus. Die Mächtegern-Invasoren waren gezwungen, ein Flugzeug der Air India zurück nach Durban zu entfüh-

ren, obwohl sieben aus ihren Reihen nicht so glücklich waren – sie wurden gefangengenommen und auf den Seychellen festgehalten.⁴ Aber Mad Mike Hoare hatte eine weitere geheime Zwischenlandung überlebt.

Ein paar Tage nach diesem Debakel zitierte die *Sunday Tribune*, die in Durban herausgegeben wird, wo der Plan für die Invasion ausgebrütet wurde, »verlässliche und ausländische Quellen« für die Behauptung, daß die CIA das Aufstellen und das Ausrüsten des Invasionstrupps finanziert hatte. Die konservative Zeitung erklärte:

»Trotz eines knappen Dementis in einem Satz durch die US-Regierung gestern betonten separate Söldnerquellen in Südafrika, daß die Bezahlung für die Operation ihren Ursprung in der CIA hatte.«

Zur gleichen Zeit machte die *Sunday Tribune* die Komplizenschaft ihrer eigenen Regierung deutlich – ein Akt, für den verschiedene südafrikanische Verleger von den Behörden vehement verfolgt wurden.⁵

1982 wurden Hoare und 44 andere Männer in Südafrika wegen Flugzeugentführung vor Gericht gestellt. Fünf Wochen zuvor waren alle außer fünf von ihnen mit einer »Die-Guten-Alten-Jungs«-Handbewegung von der Regierung freigelassen worden, aber diplomatische Proteste der westlichen Nationen, einschließlich der Vereinigten Staaten, die darauf hinwiesen, daß Südafrika formell einer Anti-Flugzeugentführungserklärung von 1978 beigetreten war, führten zu einer Revidierung der vorherigen Entscheidung.

23 der Männer waren Südafrikaner und die meisten von ihnen, so stellte sich heraus, waren Reservisten in Eliteeinheiten der südafrikanischen Verteidigungsstreitkräfte (**South African Defence Force**). Der Chef der Sicherheitspolizei sagte, daß die Männer zuerst nicht angeklagt worden seien, weil sie dazu verleitet worden waren, zu glauben, daß sie sich in einem offiziellen Einsatz befinden würden. Wer sie verleitet hatte oder warum, wurde nicht berichtet. Das Bild, das sich aus dem Prozeß ergab, war, daß die Regierung sich zumindest des Plans sehr bewußt – und hilfsbereit war. Hoare wies vor dem Flug auf die Seychellen eine Rechnung vor, die den Anschein erweckte, vom Militär zu sein und die die Lieferung von Waffen und Munition zu seinem Haus beurkundete. Dies wurde offensichtlich von der Anklage nicht bestritten. Die Regierung beantragte auch, daß die Aussagen einiger Angeklagter über ihre Verstrickung in Armeeaktivitäten 1981 nicht gehört werden sollten, weil sie die Staatssicherheit gefährden könnten.

Hoare sagte weiterhin aus, daß er jemanden von der CIA in Pretoria getroffen und ihn über die Pläne des Staatsstreichs informiert hatte. Die Vereinigten Staaten waren interessiert, sagte der Glücksritter, aber er beschrieb die Haltung des CIA-Mannes als »extrem schüchtern.« Hoare deutete nicht an, daß die Vereinigten Staaten eine aktive Rolle gespielt hatten. Im Kreuzverhör jedoch gab er zu, seinem Trupp gesagt zu haben, daß die CIA dem Plan zugestimmt habe.⁶

Motivation scheint kein Thema gewesen zu sein, das beim Prozeß aufgeworfen wurde. Von den Söldnern wurde der Putschversuch vermutlich aufgrund von Geld unternommen. Von den zwei Regierungen, die in die Angelegenheit verstrickt waren, hatten die Vereinigten Staaten ein sehr viel größeres Interesse als Südafrika, die René-Regierung zu kippen, was sie anscheinend bereits vorher versucht hatten. Aber dazu brauchte es in diesem Teil der Welt die Hilfe von Südafrika. Wie wir gesehen haben, hatte das Establishment der US-Nachrichtendienste seit den 60er Jahren mit Pretorias Nachrichtendiensten zusammengearbeitet und setzte dies bis Mitte der 70er in Hinblick auf Angola fort. Die Umstände zeigen, daß diese Beziehung unter der Reagan-Regierung fortgesetzt oder erneuert wurde.

Es scheint, daß Mad Mike Hoare zum Sündenbock gemacht wurde, denn er wurde ins Gefängnis gesteckt – eine Aktion, die er einen »Betrug« nannte und die er der Tatsache zuschrieb, daß die Regierung als unschuldige Partei erscheinen wollte, die die internationale Justiz verteidigt. Er wurde erst 1985 wieder entlassen. Fast alle seine Mitverschwörer wurden im November 1982 freigelassen, nachdem sie nur vier Monate im Gefängnis verbracht hatten.⁷

Am 15.12.1981 beschloß der UN-Sicherheitsrat, eine Kommission auf die Seychellen zu entsenden, um die Invasion zu untersuchen. Obwohl die Vereinigten Staaten für den Vorschlag stimmten, deutete die amerikanische Botschafterin Jeane Kirkpatrick an, daß die Kommission zu schicken bedeuten würde, daß man annimmt, daß die »Seychellen-Affäre keine reine interne Angelegenheit darstellte« und »der Situation Nachteile brachte.« Selbst nach den Standards von Kirkpatrick's berühmter Kalter-Krieg-verschlimmert-Logik war dies eine bemerkenswerte Äußerung, wenn man bedenkt, daß die Südafrikaner etwa die Hälfte des Invasionstrupps ausmachten, wobei die anderen aus Großbritannien, Rhodesien, den USA, Deutschland, Australien und aus anderen Ländern kamen. Die Anzahl der Dissidenten von den Seychellen in ihren Reihen tendierte zu Null.⁸

Es scheint, als sei irgend jemand immer noch entschlossen gewesen, die René-Regierung nicht an der Macht zu lassen. Im Dezember 1983 teilte Südafrika mit, daß fünf Männer festgenommen worden waren, weil sie versucht hatten, Söldner für einen weiteren Plan, in die Seychellen einzufallen, anzuwerben.⁹

Anmerkungen zu Kapitel 44

- 1 Zu René und den Beziehungen zwischen USA und den Seychellen vgl. *Sunday Tribune* (Durban, Südafrika), 29.11.1981, S. 1 und 52 (zwei verschiedene Artikel); **Ellen Ray**, »Seychelles Beats Back Mercenaries«, *Covert Action Information Bulletin*, H. 16, März 1982, S. 4-10.
- 2 *Sunday Tribune*, a.a.O., S. 52.
- 3 *Covert Action Information Bulletin*, a.a.O., S. 5.
- 4 *Sunday Tribune*, a.a.O., S. 1; *Covert Action Information Bulletin*, a.a.O., S. 4-10.
- 5 Ebd.; *New York Times*, 06.11.1982, S. 4 (zur Verfolgung der Herausgeber).
- 6 *New York Times*, 10.05.1982, S. 2; *The Guardian* (London), 19.08.1982, S. 13.
- 7 Zum Prozeß und seinen Nachwirkungen vgl. *New York Times*, 06.01.1982, S. 9; 01.04.1982, S. 5; 04.05.1982, S. 10; 10.05.1982, S. 2; 17.06.1982, S. 12; 30.07.1982, S. 6; 28.11.1982, S. (London), 14.06.1986.
- 8 CAIB, ebd., S. 10.
- 9 *The Guardian* (London), 03.12.1983.

45 Grenada 1979 bis 1984

Lügen – eine der wenigen Wachstumsindustrien in Washington

Was kann über eine Invasion gesagt werden, die durch eine Nation von 240 Mio. Menschen gegen eine von 110.000 durchgeführt wird? Und wenn die Besatzer militärisch bzw. wirtschaftlich die mächtigsten der Welt sind und das Ziel ihrer Aggression darin besteht, eine unterentwickelte Insel kleiner Dörfer, 1.500 Meilen entfernt, 133 Quadratmeilen groß, dessen wichtigste Exporte Kakao, Muskatnuß und Bananen sind, anzugreifen?

Die Regierung der Vereinigten Staaten hatte eine Menge darüber zu sagen. Drei Tage nach der Invasion trat der zweite Pressesekretär für Auswärtige Angelegenheiten des Weißen Hauses zurück. Er begründete es damit, daß die Inkongruenz seiner Äußerung mit der tatsächlichen Lage »seiner persönlichen Glaubwürdigkeit« schadete.¹

Eine der größten Unwahrheiten über die Invasion vom Dienstag, den 25.10.1983, bestand darin, daß die Vereinigten Staaten in einem dringenden Gesuch durch die Organisation der Ostkaribischen Staaten (OECS), die sechs Länder umfaßte und der sich Barbados und Jamaika angeschlossen hatten, gebeten wurden, zu intervenieren. Diese Länder fürchteten angeblich eine Aggression durch das neue ultralinke Regime in Grenada, das den sozialistischen Führer Maurice Bishop abgesetzt hatte. Bishop wurde am 12.10.1983 aus der regierenden Partei ausgeschlossen, am nächsten Tag unter Hausarrest gestellt und am 19.10.1983 ermordet.

Selbst wenn die Ängste berechtigt wären, würde es ein im internationalen Recht neues Prinzip darstellen – nämlich daß der Staat A den Staat B bittet, im Staat C zu intervenieren, obwohl keine Aggression des Staates C gegen den Staat A vorliegt. In Washington machten die Juristen des Außenministeriums Überstunden und beriefen sich schließlich auf Teile des OECS-Paktes über gegenseitigen Beistand, der Charta der OAS, und der Charta der Vereinigten Nationen als juristische Grundlagen für das US-amerikanische Vorgehen. Diese Dokumente gaben jedoch – auch bei extensiver Auslegung – nichts derartiges her. Darüber hinaus verlangt Artikel 6 des OECS-Paktes von allen Mitgliedern, den Entscheidungen der Behörde der Organisation (den Regierungschefs) zuzustimmen. Grenada, ein Mitglied, stimmte nicht zu. Es war nicht einmal bei dem Treffen vertreten, obwohl US-Beamte anwesend waren, um die Richtung der Gespräche zu steuern.²

Als die Dinge später ans Licht kamen, sagte Tom Adams, der Premierminister von Barbados, daß die Vereinigten Staaten am 15.10.1983 wegen einer militärischen Intervention an ihn herangetreten wären. Das Außenministerium lehnte es ab auszusagen, als es über Adams Äußerung befragt wurde.³ Dann behaupteten »Quellen, die dem jamaikanischen Premierminister Edward Seaga nahestanden«, daß das Ersuchen der karibischen Nationen »durch ein Angebot der Vereinigten Staaten ausgelöst wurde.« – »Schicken Sie eine Aufforderung und wir werden antworten« war die Botschaft, die von Washington übermittelt wurde.⁴ Darüberhinaus sagte der US-Botschafter in Frankreich, Evan Galbraith, im französischen Fernsehen, daß die Reagan-Regierung die Invasion für die vorangegangenen zwei Wochen geplant hatte.⁵ Nimmt man Galbraith beim Wort, dann heißt das, daß die Invasion lange vor dem vermeintlichen Ersuchen der karibischen Länder geplant wurde – wahrscheinlich sogar lange vor dem Sturz Bishops. Im Übrigen war die CIA in die innerparteilichen Fehden seiner Partei verwickelt. Tatsächlich wurde enthüllt, daß die Regierung von Eugenia Charles, dem Premierminister von Dominica, das der OECS vorstand, kurze Zeit vor der Invasion konspiratives CIA-Geld »für eine geheime Unterstützungsoperation« erhalten hat.⁶

Zur gleichen Zeit stimmten die Vereinigten Staaten der Behauptung der OECS zu – wenn sie sie nicht tatsächlich selbst erfanden –, daß der Generalgouverneur von Grenada, Paul Scoon, auch einen dringenden Appell für eine militärische Intervention an die Organisation gesandt hatte. Abgesehen von der höchst strittigen Frage, ob Scoon, der von der britischen Königin ernannt worden war, aufgrund dieser weitgehend zeremoniellen, symbolischen Position – ein Relikt aus den Tagen des Empire – das verfassungsmäßige Recht hatte, eine solche folgenschwere Entscheidung bezüglich eines unabhängigen Grenada zu fällen, blieb das Mysterium, wie und wann er dieses Ersuchen geschickt hatte beziehungsweise ob er es überhaupt geschickt hatte. Am 31.10.1983 berichtete die Londoner Presse, daß der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe »betonte, daß kein Ersuchen von Sir Paul Scoon für eine Intervention vorlag.« Premierministerin Thatcher bestätigte dies unzweideutig. »Scoon«, sagte Sir Geoffrey, »ist letzten Montag – am Tag vor der Invasion – mit einem britischen Diplomaten zusammengetroffen und äußerte einen solchen Wunsch nicht.«⁷ Am gleichen Tag (in einem anderen Bericht ist es am Sonntag) sprach Scoon telefonisch mit dem Commonwealth-Sekretariat in London und mit dem Buckingham Palast, erwähnte aber auch hier die Intervention nicht.⁸

Als er später von der BBC interviewt wurde, sagte Scoon selbst, daß eine Invasion »das letzte« war, was er wollte.⁹

Nachdem die Invasion auf dem Weg war, unterzeichnete Scoon an Bord der USS-Guam schließlich ein Blatt Papier, das die ganze Operation legalisierte.¹⁰

Eine weitere Rechtfertigung, die die Vereinigten Staaten für ihre Aktion anführten – was Präsident Reagan als »von vordringlicher Bedeutung« bezeichnete –, war das Gebot, viele Hunderte von Amerikanern von der Insel zu evakuieren, hauptsächlich Studenten des St. George's Medical College, die sich vermutlich wegen des neuen Regimes und des Chaos um seine Machtübernahme in einer gefährlichen Situation befanden.

Um diese Behauptung zu widerlegen muß man nicht nach Beweisen suchen. Die Lügen sind nämlich zu eindeutig.

Zwei Angehörige der US-Botschaft in Barbados, Ken Kurze und Linda Flor, berichteten über das Wochenende vor der Invasion, daß »die US-Studenten in Grenada größtenteils nicht willens waren, abzureisen oder evakuiert zu werden. Sie waren zu eifrig mit ihren Studien beschäftigt.«¹¹ Weiterhin berichtete die Londoner Presse, daß drei US-Diplomaten gleichzeitig Grenada besuchten. Sie unterstützten jeden US-Amerikaner, der die Insel kurzfristig mit einem regulären Flug verlassen wollte. Das bestätigt die Interventionsabsichten.¹²

Das Weiße Haus räumte ein, daß Grenada den Vereinigten Staaten zwei Tage vor der Invasion »eine Gelegenheit, die amerikanischen Bürger zu evakuieren« angeboten hatte. »Aber Beamte sagten, die Reagan-Regierung mißtraue dem Angebot.« Das komme daher, sagten sie, daß die Regierung von Grenada versprochen hatte, daß der Flughafen am Montag für Evakuierungsflüge offen sein würde, doch stattdessen geschlossen war.¹³ Erst später gab das Weiße Haus zu, daß tatsächlich vier Charterflüge am Montag den Flughafen verlassen hatten.¹⁴

Einige von denen, die am Montag abflogen, waren amerikanische Medizinstudenten. Der Rektor der medizinischen Schule, Dr. Charles Modica, der auf Visite in New York war, erklärte am Tag der Invasion, daß er in Verbindung mit Amateurfunkern am College stand. »Ich denke, die Information des Präsidenten ist ganz falsch«, sagte er, »weil einige der US-Amerikaner gestern anfangen auszugehen.«¹⁵

Die Regierung von Grenada gab die Order heraus, daß die US-amerikanischen Studenten von der Armee mit größter Rücksichtnahme zu behandeln seien. Ihnen wurden Fahrzeuge und Eskorten besorgt, um sie zwischen ihren beiden Camps hin- und herzubefördern.¹⁶

Die kubanische Regierung gab Dokumente frei, die zeigten, daß sie die Vereinigten Staaten am 22.10.1983 davon benachrichtigten, daß kein US-Amerikaner oder anderer

ausländischer Bürger in Gefahr war, und sagte, daß sie bereit wäre, an der Lösung von Problemen ohne Gewalt oder Intervention mitzuarbeiten.« Sie bekam bis zum Beginn der Invasion keine Antwort.¹⁷ Am 23.10.1983 sandten die Kubaner eine Botschaft an die Führer Grenadas und schlugen vor, daß die Gegend um die medizinische Schule entmilitarisiert werden sollte, um zu vermeiden, den Vereinigten Staaten ein Alibi für die Invasion zu liefern: »Der Vorwand, ihre Bürger zu evakuieren.«¹⁸

Von Journalisten gefragt, ob es irgendwelche konkreten Informationen über Bedrohungen für US-Amerikaner in Grenada gab, antwortete der Sprecher des Weißen Hauses: »Nichts, wovon ich wüßte.«¹⁹

Nachdem sie den geringen Widerstand der Soldaten aus Grenada und von kubanischen Bauarbeitern besiegt hatten, entdeckten die US-Streitkräfte diverse andere Dinge, mit denen sie ihren Einmarsch rechtfertigen konnten: »Sie fanden«, sagte Ronald Reagan, »einen kompletten Stützpunkt mit Waffen und Fernsprechausrüstung, der klar werden läßt, daß eine kubanische Besetzung der Insel geplant war.« Ein Lager »enthielt Waffen und Munition bis fast zur Decke gestapelt, genug um tausende Terroristen zu versorgen.« – »Grenada«, erklärte der Präsident, »war eine sowjetisch-kubanische Kolonie, bereitgestellt als große Militärbastion, um Terror zu verbreiten und die Demokratie zu unterminieren, aber wir sind dem gerade noch rechtzeitig zuvorgekommen.«²⁰

Dokumente, die vom amerikanischen Militär entdeckt wurden, zeigten angeblich, daß »die Kubaner planten, ihre eigene Regierung in Grenada einzusetzen – später mußte der CIA-Direktor William Casey zugeben, daß die Dokumente »kein richtiger Fund waren« – und es wurde etwas entdeckt, was »ein Terroristen-Schulungszentrum gewesen zu sein schien.«²¹ Darüberhinaus wurden Raketenlager in Grenada gebaut. Es seien 1100 Kubaner auf der Insel, so wurde bekanntgegeben, fast alles Berufssoldaten. Bald stieg ihre Zahl auf 1600.²²

Das US-Grenada-Kuba-Szenario, das in Washington arrangiert wurde, war damals in etwa vergleichbar mit einem Szenario, daß die Sowjetunion in Großbritannien einfällt und verkündet, sie hätte eine amerikanische Übernahme verhindert, weil sie dort 30.000 US-Soldaten, über 100 amerikanische Militärstützpunkte, ein riesiges Arsenal von Atomwaffen und »genug Waffen um Millionen von Terroristen zu versorgen« entdeckt hat. Der sowjetische Präsident hätte dann erklären können, daß »wir dem gerade noch rechtzeitig zuvorgekommen sind.«

Dabei wären die sowjetischen Entdeckungen real gewesen. Es stellte sich heraus, daß die US-amerikanischen Behauptungen vollkommen an den Haaren herbeigezogen waren. Das gilt für alle Informationen, mit denen sie die Medien versorgten, um ihre Invasion zu rechtfertigen. Ein Korrespondent des *Guardian* aus London berichtete, daß in dem Lager »welches die meisten der Waffen enthielt, nur fünf Mörser zu sehen waren, eine Flinte ohne Rückstoß, ein vierläufiges Flakgeschütz aus sowjetischer Fertigung und zwei Korea-Veteranen: Britische Bren-Gewehre als Ausstellungsstücke.«²³ Die *New York Times* berichtete – ohne näher ins Detail zu gehen – über bedeutsame Vorräte an sowjetischen Waffen, aber auch über eine Anzahl antiquierter Gewehre, einschließlich Flinten, die in den 1870er Jahren hergestellt wurden.«²⁴ Jahre später wurde offenbar, daß ein nachrichtendienstlicher Bericht der USA vom 30.10.1983 geschlußfolgert hatte, daß »die versteckten Vorräte an Waffen auf Grenada für die Armee und die Milizen waren. Außerdem waren diese nicht ausreichend, um den Sturz von Regierungen auf den benachbarten Inseln herbeizuführen.«²⁵

Zutreffender jedoch ist die Tatsache, daß die Regierung von Grenada über vier Jahre von den Vereinigten Staaten mit Destabilisierung bedroht worden war. Die Führer des Landes wußten, daß sie die Verteidigung des Landes vorzubereiten hatten. Sie waren Menschen, die viel über die neuere Geschichte gelesen hatten.

Die kubanische Regierung kündigte an, daß sich 784 ihrer Leute in Grenada aufhielten und gab alle ihre Berufe genau an: 636 waren Bauarbeiter – die meisten befanden sich in den Vierzigern und Fünfzigern (eine Beobachtung, die von verschiedenen amerikanischen und britischen Journalisten gemacht wurde) – die übrigen, darunter 44 Frauen,

waren Ärzte, Zahnärzte, öffentliche Gesundheitsarbeiter, Lehrer und andere, außerdem 42 Personen, die zum Militärpersonal gezählt werden konnten. Demzufolge ignorierten die Vereinigten Staaten die kubanischen Zahlen.²⁶

Der Welt wurde weisgemacht, daß es eine große kubanische Militärpräsenz mit der drohenden Kontrolle des Landes gab. Jedoch waren die Kubaner in Grenada unfähig, auch nur Maurice Bishop und seine Regierung zu retten, die Castro stark unterstützt hatte. Die kubanische Regierung hatte unverblümt ihre Abneigung gegenüber dem Militärischen Revolutionsrat (Military Revolutionary Council, MRC) ausgedrückt, der Bishop stürzte. Vor der US-Invasion hatte Castro Bishops Tod als »ernsten Fehler« der Extremisten gerügt²⁷ und später auf sie als »Pol Pot Gruppe« Bezug genommen.²⁸ Er lehnte ein Gesuch des MRC um mehr Truppen ab, als die amerikanische Invasion unmittelbar bevorzustehen schien. Dem MRC wurde mitgeteilt, daß sein Gesuch nach allem, was geschehen war, »unmöglich und undenkbar« sei.²⁹

Die Russen hatten auf der anderen Seite ihre Unterstützung für den MRC und seinen Putsch angedeutet, obwohl die sowjetischen Interessen in Grenada nicht gerade groß waren. Kuba stellte eine karibische Bürde und ein potientes Pulverfaß für Moskau dar. Die Sowjetunion verurteilte die amerikanische Invasion und verglich sie mit »einem wagemutigen Kavallerie-Angriff von bis an die Zähne bewaffneten weißen Siedlern auf ein Dorf von Röthäuten.«³⁰ Dies war jedoch der notwendige Preis im Kalten Krieg. Das Fehlen wirklichen Interesses seitens der sowjetischen Führer bezüglich der Invasion und dem Schicksal von Grenada wurde sechs Monate später deutlich, als sie ankündigten, daß die UdSSR nicht an den Olympischen Spielen in Los Angeles teilnehmen würde. Grenada fand in ihren Ausführungen keinerlei Erwähnung, obwohl die Umstände dies geradezu provozierten. Vier Jahre zuvor hatten die Vereinigten Staaten die sowjetische Invasion von Afghanistan als alleinigen Grund dafür genannt, daß sie die Olympischen Spiele in Moskau boykottierten.

Schließlich kam die Frage auf, warum Kuba oder die Sowjetunion Grenada als Sprungbrett in Lateinamerika gebraucht hätten, da es Kuba selbst schon gab – militärisch und politisch sicherer und stabiler als Grenada.

Nach der Invasion, dem Sturz der Regierung von Grenada und nachdem die US-Streitkräfte Hunderte von Menschen getötet oder verwundet hatten »geben Beamte der Reagan-Regierung zu«, so berichtete die *New York Times*, »daß sie beim Versuch, öffentliche Unterstützung für die Invasion von Grenada zu bekommen, die Glaubwürdigkeit der Regierung geschädigt haben könnten, indem sie ausführliche Beschuldigungen bezüglich des sowjetischen und kubanischen Einflusses auf die Insel ohne handfeste Beweise vorgebracht hatten.« Die Beamten baten darum, daß die Öffentlichkeit »ihr Urteil zurückhält, bis alle Informationen vorliegen.«³¹

Das New Jewel Movement (NJM) unter Maurice Bishop hatte im März 1979 die Macht übernommen, indem es, unter Beifall der Öffentlichkeit, Eric Gairy absetzte, eine unberechenbare Persönlichkeit, die zunehmend auf Mord zurückgriff, um ihr Regime aufrechtzuerhalten. Nachdem dies geschehen war, hatte Bishop, ein in London ausgebildeter Jurist, sich mit der weitaus schwierigeren Aufgabe zu beschäftigen, mit der ein sozialistischer Revolutionär an der Macht konfrontiert wird: ein unterentwickeltes Land dazu zu bekommen, sich selbst aus dem Elend zu befreien, ohne dazu die Mittel zu besitzen.

Sie hatten bei den Grundlagen anzufangen: Jobs, neue Schulen, Lehrerausbildung, Alphabetisierung von Erwachsenen, Sozialdienste, sauberes Wasser. Die NJM ließ die Privatwirtschaft unberührt, richtete aber kostenlose Gesundheitsbetreuung, kostenlose Milch für kleine Kinder, Landwirtschaftsgenossenschaften und Ähnliches ein.

Nicholas Brathwaite, der Vorsitzende der von den USA genehmigten Übergangsregierung, die der Invasion folgte, und seine Kollegen, so berichtete *The Guardian*, »lobten bereitwillig (die NJM) dafür, daß sie den Grenadiner Bewußtsein, Selbstvertrauen und nationalen Stolz gegeben hatte und gab zu, daß es ein schwieriger Akt ist, dem zu folgen.«³²

Auch die Weltbank bewertete die Regierung von Grenada gut. 1980 lobte die Bank das vernünftige Steuermanagement und schrieb zwei Jahre später, daß »die Ziele der Regierung auf die kritischen Entwicklungsthemen zentriert sind und die vielversprechendsten Bereiche der Entwicklung des Landes berühren.«³³

Die NJM hielt keine Wahlen ab. Bishop erklärte diese Entscheidung bei einer Gelegenheit folgendermaßen:

»Es gibt diejenigen (einige davon sind unsere Freunde), die glauben, daß man keine Demokratie haben kann, außer wenn es eine Situation gibt, wo es alle fünf Jahre oder wenigstens für fünf Sekunden in diesen fünf Jahren, einem Volk erlaubt ist, ein »X« neben den Namen eines Kandidaten zu setzen und für diese fünf Sekunden in diesen fünf Jahren und für den Rest der Zeit Demokraten zu werden. In vier Jahren und 364 Tagen soll dahin zurückgekehrt werden, daß sie ein Nicht-Volk sind ohne das Recht, ihrer Regierung irgend etwas zu sagen, ohne irgendein Recht, das das Führen des Landes mit einbezieht.«³⁴

Statt des traditionellen Systems behauptete die NJM, daß sich Demokratie in Grenada durch zahlreiche Massenorganisationen und dezentralisierte Strukturen manifestiere, die von einer großen Anzahl von Bürgern unterstützt wurden. Wie gut diese Form der Demokratie auch immer funktioniert haben mag oder hätte, wenn sie nicht unterbrochen worden wäre, sie erzeugte unvermeidlich auch Verstimmung. Man erwartete von den Leuten, daß sie Versammlung nach Versammlung besuchten. Sie unterlagen verschiedenen Arten von Druck, um sich den Forderungen der Revolution anzupassen. Kurz darauf offenbarten die Führer der naheliegenden karibischen Staaten, besonders Tom Adams aus Barbados und Eugenia Charles von der Dominikanischen Republik, die die wichtigsten Verfechter der Invasion waren, ihre Feindseligkeit gegenüber der Regierung von Grenada. Bishop glaubte, daß dies von der Angst vor der Begeisterung ihrer eigenen Völker für Grenada herrührte, einer Begeisterung, so sagte er, die sich bei jedem öffentlichen Erscheinen der Führer Grenadas in der Region zeigte.³⁵ Charles wurde von den Leuten der Reagan-Regierung als leidenschaftlich pro-amerikanisch betrachtet, eine »karibische Jeane Kirkpatrick«, die »die britische Premierministerin Margaret Thatcher wie ein Kätzchen erscheinen ließ.«³⁶

Die Vereinigten Staaten nahmen ihre Position als Gegner fast sofort ein. Washington erkannte instinktiv, daß sich die neuen Führer von Grenada bezüglich der amerikanischen Obsession, Kuba unter Quarantäne zu setzen, nicht leicht fügen würden. Tatsächlich könnte sich Grenada selbst als das lange gefürchtete Tier herausstellen – »ein weiteres Kuba.« Weniger als einen Monat, nachdem Bishop an die Macht gekommen war, ließ ihm der amerikanische Botschafter eine Nachricht zukommen:

»Obwohl meine Regierung Ihre Besorgnis über Behauptungen eines möglichen Gegen-Putsches erkennt, glaubt sie auch, daß es nicht im besten Interesse von Grenada wäre, Beistand von einem Land wie Kuba zu suchen, um einem solchen Angriff zuvorzukommen. Wir würden jegliche Neigung seitens Grenada, die auf eine Entwicklung von engeren Verbindungen mit Kuba abzielt, mit Mißfallen betrachten.«³⁷

Der Gegen-Putsch, auf den der Botschafter anspielte, war Bishops Befürchtung, wie auch daß Eric Gairy, welcher sich im Exil in den Vereinigten Staaten befand, eine Söldnerarmee zusammenstellen würde, um die Insel zu überfallen. Die NJM befürchtete eine CIA-Destabilisierungsoperation sogar noch mehr, doch wußte sie nicht, an wen sonst als an »ein Land so wie Kuba« sie sich wegen Hilfe wenden sollte.

Bevor das Jahr 1979 zu Ende ging, hatte Grenada in seiner UN-Gesandtschaft verborgene Mikrofone entdeckt,³⁸ Repräsentanten der US-Regierung hatten Reisebüros in den Vereinigten Staaten besucht und Horrorgeschichten verbreitet, um den Tourismus zu den sonnigen Stränden der Insel, der wichtigsten Einnahmequelle der Insel, zu schädigen.³⁹

In den nächsten vier Jahren versuchte Washington, Grenada auf einige andere Arten, in denen man erfahren war, aufzureiben, stärker dann ab 1981 unter Ronald Reagan als zuvor unter Präsident Carter. Die Vereinigten Staaten intrigierten aggressiv im Internationalen Währungsfonds und verschiedenen anderen internationalen Finanzorganisationen mit dem Versuch, Darlehen für Grenada zu blockieren, jedoch blieb übermäßiger Erfolg

aus. Der IMF – International Monetary Fund, andere Schreibweise des IWF – beispielsweise stimmte einem Darlehen für Grenada zu – »trotz hartem Widerstand der Reagan-Regierung«, einer Opposition, die vorgeblich auf »wirtschaftlichen Gründen« beruhte.⁴⁰

Im Sommer 1981 entwickelte die CIA Pläne, »Grenada wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bereiten, in der Hoffnung, die politische Kontrolle von Premierminister Bishop zu unterminieren.« Die Operation wurde, wie berichtet wird, wegen Einwänden des Geheimdienstkomitees des Senats zur Seite geschoben. Ein Mitglied des Komitees jedoch bemerkte:

»Wenn sie etwas tun werden [...] Ich bin nicht sicher, daß sie uns das erzählen würden. Ich denke, daß sie warten würden, bis alles vorbei ist.«⁴¹

Der Hauptstoß der amerikanischen Kampagne gegen Grenada kam in Form von Propaganda, deren Thema war, daß Grenada ein voll bezahltes Mitglied des sowjetisch-kubanisch-nicaraguanischen Terrornetzwerkes sei, das einen Dolch an die Kehle Amerikas hielt. Grenada in eine solche Verbindung zu setzen, konnte dazu dienen, den Tourismus weiter zu entmutigen, sowie eine Invasion zu rechtfertigen.

Die Propagierung dieses allgemeinen Themas wurde durch spezifische Anklagen punktuell ergänzt, die schlicht betrügerisch waren. Eine frühe Ente war, daß eine sowjetische U-Boot-Basis an der Südküste der Insel gebaut wurde. Diesem Bericht wurde allgemeine Gültigkeit zugeschrieben – bis 1983 ein Korrespondent der *Washington Post* die angenommene Stelle besuchte und hervorhob, daß vermutlich keine U-Boot-Basis in einer Gegend gebaut werden könne, wo das Meer so seicht war.⁴²

Im Februar 1983 kündigte ein Beamter der US-Verteidigungsabteilung – offensichtlich mit einem ehrlichen Gesicht – an, daß die Sowjetunion Angriffshelikopter, Tragflächen-Torpedoboote und MiG-Überschalljäger nach Grenada verschifft hatte.⁴³ Wo diese mächtige Armada verblieben ist, ist seither ein Mysterium.

Die Beschuldigung, die die größte Medienwirkung erreichte, war die Ente, daß der neue Flughafen, der in Grenada gebaut wurde, als Militäreinrichtung für die Russen und die Kubaner gedacht war. Grenada bestand darauf, daß er nur der Förderung des Tourismus diene, seiner einzigen Wachstumsindustrie. Im März 1983 erzählte Präsident Reagan einem amerikanischen Fernsehpublikum, daß der Flugplatz eine 10.000 Fuß Start- und Landebahn haben würde, aber daß Grenada nicht einmal eine Luftwaffe besitze. Für wen ist das gedacht? Der schnelle Aufbau von Grenadas Militärpotential ist mit keinerlei vorstellbarer Bedrohung verbunden. Die sowjetisch-kubanische Militarisierung von Grenada kann nur als eine Machtprojektion in die Region gesehen werden.⁴⁴

Der Präsident zeigte Luftaufnahmen vom Bauplatz – es gab regelmäßig Spionageflüge über die Insel – so als wollte er etwas Verborgenes und heimliches an der Operation andeuten, während der Platz in Wirklichkeit zugänglich für die Öffentlichkeit war.

Es gibt eine Überfülle an Beweisen, die Reagans Analyse in Frage stellen: Mindestens fünf andere karibische Inseln, einschließlich Barbados, hatten ähnlich große oder größere Flugfelder, besaßen jedoch keine Luftwaffe.⁴⁵ Das Erbauen des Flugfeldes wurde von der Weltbank ermutigt, die mit Grenada auch über die Errichtung von neuen Touristenhotels sprach.⁴⁶ Die Erdarbeiten wurden durch die Layne Dredging Co. aus Florida durchgeführt und das Fernsprechesystem von Plessey, einem britischen Multi, installiert. Die Kubaner stellten Arbeitskräfte und Maschinen.⁴⁷ Plessey wies die US-Anschuldigungen zurück: »Der Flughafen wurde entsprechend rein ziviler Baubeschreibungen gebaut«, sagte sie und listete eine Anzahl technischer Charakteristiken eines militärischen Flughafens bzw. Stützpunktes auf, die der neue Flughafen nicht haben würde.⁴⁸

Weiterhin hatte die EU Geld zum Bau beigetragen, wie ein EU-Sprecher sagte:

»Aus unserer Sicht ist der Flughafen für den Tourismus. Wir stehen zu unserer Verpflichtung.«⁴⁹

Der Flughafenbau wurde noch von weiteren Dutzend Nationen unterstützt, einschließlich Kanada, Mexiko und Venezuela. Die Vereinigten Staaten hatten eine Bitte um Bei-

stand abgelehnt und stattdessen Druck ausgeübt, um eine internationale Finanzierung zu verhindern.⁵⁰

Nach der Invasion stellten die USA den Flughafen fertig. Einer der Subunternehmer:

»Die Entscheidung ist gefällt worden, ihn vom Militär für das Militär fertigbauen zu lassen. Die Ausrüstung für diesen Zweck ist bereits zum Standort gebracht worden.«⁵¹

Soweit bekannt, haben die Vereinigten Staaten den Flughafen bisher noch nicht für militärische Zwecke verwendet.

Es gab auch verschiedene Fälle, in denen die Presse der Opposition in Grenada völlig haltlose Artikel der oben erwähnten Art zukommen ließ, sowie schädliche Gerüchte über die einheimische Wirtschaft förderte. In einem Fall von 1979 druckte eine Zeitung in Grenada einen Bericht des westdeutschen Magazins *Bunte* ab. Dieser hatte zum Inhalt, daß große Militär- und Raketenbasen in Grenada gebaut würden, was auf einer kleinen Insel unmöglich zu verbergen wäre, aber es war eine Lüge, die man sich aus den Fingern gesaugt hatte.⁵² Die Taktik des Abdruckens ausländischer Artikel wird, wie wir gesehen haben, oft von der CIA genutzt. Für die NJM-Mitglieder war es ein klares Signal, daß die Agentur angekommen war, was tatsächlich dazu führte, daß die Regierung unabhängige Zeitungen schloß. Das Land, das fühlten sie, war einfach zu verletzlich, sogar mehr als Chile und Jamaika, wo die gleiche CIA-Taktik angewandt worden war.

Genauso verhielt es sich auch mit den politischen Gefangenen; die meisten von ihnen waren Mitglieder von Gairys Geheimpolizei.⁵³ Die Regierung hatte Angst davor, einige von ihnen freizulassen, da sie befürchtete, daß diese in einer Gairy- und/oder einer CIA-Söldnerarmee landen oder sich in Aktionen engagieren wie dem Umzug beim Bombenanschlag 1980, der offensichtlich dazu diente, die gesamte NJM-Führung mit einem Schlag auszuschalten, doch stattdessen die Leben von drei jungen Frauen kostete.

Was die Invasion selbst anbetraf, befanden sich 2000 amerikanische Marines und Fallschirmjäger am ersten Tag, dem 25.10.1983, zum Wochenende 7000 auf der Insel, weitere in Wartestellung auf dem Meer. Flugzeuge bombardierten überall und zerstörten alle Arten von Strukturen, einschließlich eines psychiatrischen Krankenhauses, und beschossen Positionen der Volksrevolutionsarmee mit Maschinengewehren. »Ist die Volksrevolutionsarmee auf unserer Seite oder auf der ihren?«, fragt der junge Marine.⁵⁴ Das Heim des kubanischen Botschafters ist von amerikanischen Soldaten beschädigt und geplündert worden und auf einer Wand stand »AA«, Symbol der 82. Luftlandedivision, daneben die Botschaft: »Friß Scheiße, kommunistisches Reisigbündel.«⁵⁵ Gefangengenommene Kubaner sind als Geiseln mißbraucht worden. Ihnen wurde befohlen, vor amerikanischen Jeeps zu gehen, als diese auf kubanische Positionen vorrückten – eine Verletzung der Genfer Abkommen.⁵⁶ Kubanischen Gefangenen wurden Versprechungen aller Art gemacht, sagte Castro, um sie in die Vereinigten Staaten zu locken, doch niemand fiel darauf herein.⁵⁷ »Ich will den Kommunismus aus dieser kleinen Insel hinausficken«, sagt ein Marine, »und ihn genau nach Moskau zurückficken.«⁵⁸ »Großbritannien kündigte an, daß man einen Zerstörer schicken würde, um bei der Rettung zu helfen«, sagte die amerikanische Radiostation dem Volk von Grenada am ersten Morgen – keine Halbwahrheit sondern eine komplette Lüge. Grenadiner, die die Sendung hörten, sagten, daß sie eine mächtige Ermutigung war, die Besetzung zu akzeptieren.⁵⁹ Die Kämpfe waren nach einer Woche vorbei, 135 Amerikaner wurden getötet oder verwundet, 84 Kubaner und ungefähr 400 Grenadiner.

Das Land war erobert, doch das Herz und die Seele des Volkes blieben zurück. Am Anfang erging sich die Invasionsradiostation in feurigen Angriffen auf Bishop – er hatte Grenada in die Gefangenschaft geführt, sagte der Sprecher.⁶⁰ Aber dann erfuhren die Amerikaner offenkundig, daß dies ein taktischer Irrtum war, daß Bishop immer noch enorm populär war, denn einige Zeit danach wurde die Kritik an seinem Regime üblicherweise mehr indirekt geübt und ohne ihn zu nennen.

Nicht lange und das Psychologische Operationsbataillon der US-Armee kreuzte in einem Hubschrauber über der Insel und bot den Grenadiner via Lautsprecher eine große

Portion anti-kubanischer Kost an: die Kubaner haben diejenigen unterstützt, die Bishop getötet hatten, Grenada war eine Schachfigur der Kubaner, Castro bzw. der Kommunismus war immer noch eine Bedrohung und so weiter. Plakate wurden angefertigt, die angeblich konfiszierte kubanische Waffen zeigten mit dem Slogan: »Sind das die Werkzeuge, die Flughäfen bauen?« Andere Plakate brachten die MRC-Führer mit Moskau in Verbindung.⁶¹

Im März 1984 konnte ein Londoner Journalist auf Besuch berichten:

»Die Insel ist weiterhin sichtbar unter amerikanischer Besetzung. Jeeps patrouillieren ständig. Helikopter fliegen über die Strände. Bewaffnete Militärpolizei beobachtet die Dorfbewohner und besucht ständig die Cafés. CIA-Männer überwachen die Sicherheit und das Gerichtsgebäude. Die einzige Zeitung der Stadt schüttet wöchentlich beißenden Spott über die Jahre der revolutionären Regierung aus, ›dieser grausigen Periode in unserer Geschichte.‹ Der Druck ist schwer in einer kleinen Gemeinde.«⁶²

Im Juni erfuhren wir, daß Schulen, die nach den »Helden der Revolution« benannt worden waren, ihre alten Namen zurückbekommen hatten – obwohl nicht ohne Proteste der Schüler. Der US-Informationsdienst zeigte den Schulkindern einen Film mit dem Titel: »Grenada: Rückkehr zur Freiheit.«⁶³

Die Invasion wurde in Lateinamerika nahezu einmütig verurteilt, wobei nur die Militärdiktaturen in Chile, Guatemala und Uruguay sie unterstützten. Die Vereinten Nationen mißbilligten sie mehrheitlich. Darauf antwortete Präsident Reagan:

»Einhundert Nationen in der UN haben uns nicht zugestimmt in nahezu allem, was ihnen vorgelegt wurde und wo wir einbezogen sind – und es hat mich überhaupt nicht beim Frühstück gestört.«⁶⁴

Eines der Übel kommunistischer Staaten ist, so wurde uns immer erzählt, daß sie die Meinung der Welt völlig außer Acht lassen.

Die größte Ironie war jedoch, daß die meisten Leute in Grenada die Invasion willkommen hießen. Zusätzlich zur konservativen Mehrheit, die wußte, daß das »sozialistische« Experiment nun endgültig zu Ende gebracht wurde, war da die größere Anzahl derer, die überglücklich waren, die Mörder ihres geliebten Maurice Bishop die Strafe tragen zu sehen, die ihnen gebührte. Trotz aller Feindseligkeit und Lügen, die über vier Jahre von Washington über Bishop gebracht wurden, schien es den Insulanern nicht in den Sinn zu kommen, daß die Invasion nichts damit zu tun hatte, seinen Tod zu rächen und daß die Vereinigten Staaten den Vorfall bloß als einen angemessenen Vorwand für eine Aktion benutzt hatten, die auszuführen sie sich schon lange Zeit gewünscht hatten.

Wenn der durchschnittliche Grenadier so einigermaßen naiv wirkt, mit einem kurzen politischen Gedächtnis, müssen wir auch den durchschnittlichen US-Amerikaner betrachten, der lebhaft die Invasion bejubelte, alles glaubte, was Ronald Reagan über die Lippen kam (als wäre dies die erste US-Invasion in der Geschichte) und bis zu diesem Tag gedrängt wurde, eine einzige Unwahrheit, die mit der gesamten Angelegenheit in Verbindung gebracht wird, herzusagen. Der Präsident selbst schien den Vorfall später komplett verdrängt zu haben. Im März 1986, als er zu der Möglichkeit einer amerikanischen Invasion von Nicaragua befragt wurde, antwortete er:

»Sie sehen auf ein Individuum, das das letzte in der Welt wäre, das jemals amerikanische Truppen nach Lateinamerika schicken würde, weil die Erinnerung an den großen Koloß im Norden von Lateinamerika so weit verbreitet ist. Wir würden alle unsere Freunde verlieren, wenn wir irgend etwas in der Art täten.«⁶⁵

Am vierten Tag der Invasion hielt Reagan eine Rede, die es schaffte, dem Chauvinismus einen schlechten Namen zu geben. Dem Präsidenten gelang es, die Invasion in Grenada mit dem Abschub eines koreanischen Linienflugzeugs durch die Sowjetunion in Verbindung zu bringen, der Tötung von US-Soldaten im Libanon und der Geiselnahme von Amerikanern im Iran. Kurz gesagt: die Invasion symbolisierte das Ende für diese Reihe von Demütigungen für die Vereinigten Staaten. Selbst Vietnam wurde gerächt. Um der amerikanischen Renaissance zu gedenken, wurden etwa 7000 US-Soldaten zu

Helden der Republik ernannt und mit Orden ausgezeichnet. (Viele hatten nichts anderes getan, als auf Schiffen nahe der Insel zu sitzen.) Amerika hatte seine Mannhaftigkeit wiedererlangt, indem es auf einen Floh getreten war.

Nachwort:

Ende 1984 wurde der ehemalige Premier Herbert Blaize zum Premierminister gewählt, wobei seine Partei 14 der 15 Parlamentssitze erlangte. Blaize, der im Sog der Invasion an die Vereinigten Staaten ausgerufen hatte: »Wir sagen aus tiefstem Herzen Danke,«⁶⁶ war von der Reagan-Regierung favorisiert worden.⁶⁷ Der Kandidat, der den einzigen Sitz der Opposition gewonnen hatte, verkündete, daß er ihn wegen dem, was er »Stimm-Montage und Eingreifen in die Wahl durch externe Streitkräfte« nannte, nicht annehmen würde.⁶⁸

Ein Jahr später berichtete der in Washington beheimatete Council of Hemispheric Affairs über Grenada als Teil seines Jahresüberblicks über den Mißbrauch von Menschenrechten:

Verläßlichen Berichten ist zu entnehmen, daß Gefangene geschlagen werden, ihnen medizinischer Beistand verweigert wird und daß sie für lange Zeitabschnitte eingeschlossen sind, ohne ihre Rechtsanwälte sehen zu können. Die neue US-geschulte Polizei des Landes hat sich einen Ruf von Brutalität, willkürlicher Verhaftung und Amtsmißbrauch erworben.

Der Bericht fügte hinzu, daß ein Zuwiderhandelnder Musiksender geschlossen worden war und daß USA-geschulte Anti-Aufstands-Streitkräfte die Bürgerrechte beschnitten.⁶⁹

In den späten 1980er Jahren begann die Regierung, viele Bücher zu konfiszieren, die aus dem Ausland kamen, einschließlich Graham Greenes UNSER MANN IN HAVANNA und Nelson Mandelas Reden. Im April 1989 gab sie eine Liste mit mehr als 60 Büchern heraus, die zu importieren verboten waren.⁷⁰

Vier Monate später suspendierte Premierminister Blaize das Parlament, um einem drohenden Mißtrauensvotum zuvorzukommen, das aus dem resultierte, was seine Kritiker als »einen zunehmend autoritären Stil« bezeichneten.⁷¹

Anmerkungen zu Kapitel 45

- 1 *New York Times*, 01.11.1983. Les Janka war derjenige, von dem sich bei einer Sicherheitsüberprüfung durch das FBI herausstellte, daß er kein Gewissen hatte.
- 2 Zur US-Präsenz vgl. **Hugh O'Shaughnessy**, GRENADA: REVOLUTION, INVASION AND AFTERMATH (London, 1984), S. 156. O'Shaughnessy war der Lateinamerika-Korrespondent des *Observer* und davor der *Financial Times*; im Jahre 1983 erhielt er einen British Press Award für seine Behandlung der Invasion in Grenada. Zu den einschlägigen Abschnitten des OECS-Vertrags vgl. **William C. Gilmore**, THE GRENADA INTERVENTION: ANALYSIS AND DOCUMENTATION (London, 1984), Teil 2, »The Grenada Intervention in International Law« sowie Anhang 2.
- 3 *The Guardian* (London), 28.10.1983.
- 4 *The Observer* (London), 30.10.1983 (Artikel von **Hugh O'Shaughnessy**, vgl. Anm. 2). Vgl. auch **Bob Woodward**, VEIL: THE SECRET WARS OF THE CIA 1981-1987 (New York, 1987), S. 290.
- 5 **O'Shaughnessy**, S. 153.
- 6 **Woodward**, S. 290.
- 7 *The Guardian*, 31.10.1983.
- 8 *The Observer*, 30.10.1983.
- 9 *The Guardian*, 01.11.1983.
- 10 *The Guardian*, 28.10.1983 und 29.10.1983; *The Observer*, 30.10.1983.
- 11 *O'Shaughnessy*, S. 165.
- 12 *The Guardian*, 26.10.1983.
- 13 *New York Times*, 27.10.1983.
- 14 **O'Shaughnessy**, S. 205.
- 15 *The Guardian*, 26.10.1983.
- 16 **O'Shaughnessy**, S. 160.
- 17 *The Guardian*, 27.10.1983
- 18 Ebd., 28.10.1983.
- 19 *New York Times*, 27.10.1983.
- 20 Ebd., 28.10.1983.
- 21 *The Guardian*, 29.10.1983. Zu Casey vgl. **Woodward**, S. 294.
- 22 **O'Shaughnessy**, S. 204.
- 23 *The Guardian*, 31.10.1983.
- 24 *New York Times*, 01.11.1983.
- 25 **Woodward**, S. 299, das Zitat wird hier frei wiedergegeben.
- 26 **O'Shaughnessy**, S. 15, 16, 204.
- 27 *The Observer*, 23.10.1983.
- 28 Aus einer Rede Fidel Castros am 14.11.1983 in Havanna, abgedruckt in *The Guardian*, 19.11.1983, S. 8.
- 29 *The Guardian*, 27.10.1983.
- 30 Ebd., 01.11.1983.
- 31 *New York Times*, 01.11.1983.
- 32 *The Guardian*, 12.06.1984.
- 33 **O'Shaughnessy**, S. 87, 95.
- 34 Ebd., S. 85.
- 35 *The Guardian*, 04.11.1983.
- 36 **Woodward**, S. 290.
- 37 Zitiert von **Bishop** in seiner Ansprache vom 13.04.1979, in **Chris Searle** (Hrsg.), IN NOBODY'S BACKYARD: MAURICE BISHOP'S SPEECHES 1979-1983 (London, 1984).
- 38 *New York Times*, 20.08.1979, S. 4.

- 39 **Chris Searle**, GRENADA, THE STRUGGLE AGAINST DESTABILIZATION (London, 1983), S. 56. Dies erschien auch als Nachricht in den US-Medien und ich habe es selbst gesehen oder gehört, konnte aber bisher keine Quelle dafür ausmachen.
- 40 *New York Times*, 27.08.1983.
- 41 *Washington Post*, 27.02.1983, S. 1.
- 42 **O'Shaughnessy**, S. 192. Der Korrespondent war **Ed Cody**.
- 43 *Washington Post*, 27.02.1983, S. 1.
- 44 *New York Times*, 26.03.1983.
- 45 *The Nation* (New York), 16.04.1983, S. 467, enthält eine Tabelle, in der die verschiedenen Flugplätze verglichen werden.
- 46 **O'Shaughnessy**, S. 90.
- 47 *The Nation* (New York), 16.04.1983, S. 467; **O'Shaughnessy**, S. 89.
- 48 *The Guardian*, 31.10.1983, 02.11.1983.
- 49 Ebd., 02.05.1983.
- 50 *Wall Street Journal*, 29.04.1981; *The Guardian*, 02.05.1983.
- 51 *The Guardian*, 11.11.1983.
- 52 *New York Times*, 20.08.1979, S. 4.
- 53 Ebd.
- 54 *The Observer*, 30.10.1983, S. 9.
- 55 *The Guardian*, 25.11.1983.
- 56 Ebd., 27.10.1983, laut dem kubanischen Botschafter in London.
- 57 Aus einer Rede Fidel Castros am 14.11.1983 (vgl. Anm. 28).
- 58 *The Observer*, 30.10.1983, S. 9.
- 59 *The Guardian*, 16.11.1983.
- 60 *The Observer*, 30.10.1983.
- 61 **O'Shaughnessy**, S. 208; *The Guardian*, 16.11.1983, 19.12.1983.
- 62 *The Guardian*, 05.03.1984.
- 63 Ebd., 12.06.1984.
- 64 *New York Times*, 04.11.1983, S. 16.
- 65 Ebd., 22.03.1986.
- 66 *New York Times*, 15.04.1984, S. 10.
- 67 Ebd., 04.12.1984.
- 68 Ebd., 10.12.1984, S. 3.
- 69 *The Guardian* (London), 03.01.1986. Die Reagan-Regierung bezeichnete den COHA als links, allerdings wurden auch Kuba, Nicaragua und die Guerilleros des Leuchtenden Pfads in Peru in demselben Jahresbericht wegen ihrer Verletzung der Menschenrechte kritisiert.
- 70 »Importation of Publications (Prohibition) Order«, Statutory Rules and Orders, Government of Grenada, Nr. 6 vom 11.04.1989.
- 71 *Los Angeles Times*, 25.08.1989.

46 Marokko 1983

Ein häßliches Video

Die Regierung von Marokko hatte im Januar 1983 die traurige Pflicht, den »schmerzlichen Tod« von General Ahmed Dlimi, einem Vertrauten von König Hassan seit mehr als 20 Jahren und Kommandant der südlichen Streitkräfte der marokkanische Armee, mitzuteilen, der bei einem Autounfall starb.

Als der Korrespondent von *Le Monde* die Kühnheit besaß anzudeuten, daß Dlimis Tod vielleicht kein Unfall war, wurde er kurzerhand des Landes verwiesen.¹

Im März 1983 sagte dann Ahmed Rami, ein marokkanischer Politikwissenschaftler, der in Schweden im Exil lebte, unmißverständlich, daß Dlimi von Hassan und seinen Sicherheitsleuten ermordet worden sei und daß die CIA tief mit drinstecke.²

Ahmed Rami war Leutnant in der marokkanischen Armee und ein Führer des *Le Mouvement des Officiers libres* (Bewegung der freien Offiziere, Anm. d. Übers.), der Untergrundbewegung von Armeeeoffizieren, die sich dem Sturz des Königs und der Monarchie widmete, sowie der persönlichen Korruption des Königs und seiner »Verbrechen gegen die Menschenrechte.« Rami lebte im Ausland, denn in Marokko war er wegen seines Anteils an einem mißlungenen Versuch, 1972 ein Flugzeug, in dem sich Hassan befand, abzuschießen, zum Tode verurteilt worden.

Die anders gesinnten Offiziere unterstützten die Errichtung einer »Demokratischen Islamischen Arabischen Republik von Marokko« und die Verhandlung einer Beilegung im ruinösen Krieg mit den Polisario-Guerillas in der Westsahara, ein Krieg in dem die US-Militärhilfe und -Personal, wie berichtet wird, Marokko dazu befähigten, einen *status quo* aufrechtzuerhalten.³

Ahmed Dlimi war, während er als rechte Hand des Königs diente, heimlich mit den Officiers Libres in Verbindung gebracht worden. Als er ins Ausland ging, traf er sich mit Rami und 1982 besprachen die beiden Männer Pläne für einen Putschversuch im Juli des folgenden Jahres. Rami:

»Ohne daß wir jedoch davon wußten, ermittelte die CIA gegen ihn Dlimi. Als die CIA König Hassan im Januar 1983 ein Dossier aushändigte, enthielt dieses einen Videofilm über mein Treffen mit General Dlimi im letzten Dezember in Stockholm. Das war genug, um Dlimi zu eliminieren.«⁴

Marokko, sagte die *New York Times*, war der engste und nützlichste Verbündete der Vereinigten Staaten in der arabischen Welt geworden.«⁵ Hassan hatte sein Schicksal klar an die Reagan-Regierung gebunden. Allein 1981 wurde er von Verteidigungsminister Caspar Weinberger und Außenminister Alexander Haig sowie dem stellvertretenden Direktor der CIA, dem Vorsitzenden des Komitees für Auslandsbeziehungen des Senats und einer Unzahl anderer hochrangiger Beamter aus Washington besucht. Der stellvertretende Verteidigungsminister kam mit einem Team von 23 Militärausbildern und Experten an. Man berichtete, daß mehr als 100 Amerikaner mit den marokkanischen Streitkräften zusammenarbeiteten.⁶

In den vorangegangenen Jahren hatte Hassan umfassend bei den US-Plänen in Afrika kooperiert. Sowohl 1977 als auch 1980 schickte er marokkanische Truppen nach Zaire, um dort die amerikanischen Aktionen zu unterstützen. Seit Mitte der 70er Jahre hatte er den UNITA-Streitkräften in Angola zusammen mit den Vereinigten Staaten und Südafrika bei ihrem fortgesetzten Versuch, die MPLA-Regierung zu stürzen, geholfen. Gleichzeitig hatte König Hassan es der CIA erlaubt, eine Niederlassung in Marokko aufzubauen, wo sie wahrscheinlich eine der Schlüsselposten der Agentur in Afrika war.⁷

Auf diese und andere wichtige Arten hatte sich Hassan die Dankbarkeit und die Protektion der Vereinigten Staaten verdient. So kam es, daß die CIA dem König das Doppelleben von Dlimi enthüllte. Darüberhinaus hatte Dlimi, wie berichtet wird, verfochten, daß Marokko eher Hilfe von Frankreich, der ehemaligen Kolonialmacht, als von den Vereinigten Staaten erhalte. Die CIA sah dies als eine Bedrohung für die amerikanische Position im Land und bestand darauf, daß Hassan sich seiner Vertrauten, die engere Beziehungen zu Frankreich befürworteten, entledige.⁸

Am 23.01.1983 um sieben Uhr abends, so sagt Ahmed Rami, wurde Dlimi zum Palast in Marrakesch gerufen. Dort eskortierten ihn zehn Sicherheitsleute zu einem Vernehmungssaal im Untergeschoß. Um ein Uhr morgens kamen »zwei amerikanische Offiziere« mit dem König und gingen für einige Stunden in den Vernehmungssaal. Dlimi wurde gefoltert und um fünf Uhr morgens erschossen. Seine Leiche wurde später in seinem Wagen platziert, der in einem Vorort der Stadt in die Luft gesprengt wurde. Niemandem – nicht einmal seiner Familie – wurde es erlaubt, seine Leiche zu sehen.⁹

Anmerkungen zu Kapitel 46

- 1 *The Nation* (New York), 26.03.1983, S. 356.
- 2 Interview in *Africa Now* (London), März 1983, S. 14-18.
- 3 **Claudia Wright**, »Showdown in the Sahara«, *Inquiry* (Washington), 12.04.1982, S. 24; *New York Times*, 01.02.1983, S. 3.
- 4 *Africa Now*, a.a.O., S. 14.
- 5 *New York Times*, 01.02.1983, S. 3.
- 6 **Wright**, S. 24.
- 7 Ebd., S. 24-25.
- 8 *Africa Now*, a.a.O., S. 14-15.
- 9 Ebd., S. 14.

47 Surinam 1982 bis 1984

Aufs Neue das kubanische Schreckgespenst

Es war sicherlich unüblich, daß der Direktor der CIA den Kongreß im Voraus über einen Plan, eine ausländische Regierung zu stürzen, informierte. Präsident Reagan, so sagte William Casey den nachrichtendienstlichen Komitees von Parlament und Senat im Dezember 1982, hatte der CIA die Genehmigung erteilt, den Führer Oberst Desi Bouterse von Surinam zu stürzen. Der Plan verlangte, wie berichtet wird, die Bildung einer paramilitärischen Streitkraft aus dem Exil, um in Surinam einzufallen, weil Bouterse, der 1980 die Macht in einem Militärputsch übernommen hatte, das kleine südamerikanische Land in den sprichwörtlichen und gefürchteten »kubanischen Orbit« führte.¹

Die Mitglieder des Kongreßkomitees – »obwohl nicht grundsätzlich der Idee, eine ausländische Regierung versuchen zu stürzen, abgeneigt«² – erhoben Einwände gegen den Vorschlag aufgrund der Tatsache, daß es keinen Beweis dafür gab, daß Kuba die Regierung in Surinam manipulierte oder militärisch in diesem Land Fuß faßte.«³

Da rationale Argumente dieser Art niemals einen allzu tiefen Eindruck auf Ronald Reagans Meinung machten oder die CIA exzessiv durchdrangen, gab es keinen Grund zu glauben, daß dies das Ende der Geschichte sei.

Oder auch nur der Anfang. Zwei Monate früher – im Oktober 1982 – hatte das Bouterse-Regime gedroht, zwei US-Diplomaten auszuweisen, die es anklagte, die konservativen Gewerkschaften des Landes ermutigt und eine Schlüsselrolle bei der Organisation von Anti-Regierungsdemonstrationen und Streiks gespielt zu haben, die darauf abzielten, die Regierung zur Strecke zu bringen.⁴ Am 08.12.1982 verkündete dann Surinam, daß ein Putschversuch gegen die Regierung unternommen worden war. Viele Verschwörer wurden verhaftet, einige von ihnen endeten »auf der Flucht erschossen« – in Wirklichkeit ein beschönigender Ausdruck für ihre Exekution. Bouterse behauptete, daß die festgenommenen Männer mit der CIA konspiriert hatten.⁵ Einer von denen, die ihr Leben verloren, war der konservative Gewerkschaftsführer Cyril Daal, der früher im Jahr 1982 geholfen hatte, Anti-Regierungsdemonstrationen zu organisieren und dem man nachsagte, er habe über seinen Moederbond-Gewerkschaftsverband Verbindungen zum allgegenwärtigen American Institute for Free Labour Development (AIFLD) der CIA.⁶

Im darauffolgenden Monat wurden die beiden US-Diplomaten tatsächlich aufgefordert, wegen ihrer »destabilisierenden Aktivitäten« das Land zu verlassen.⁷

Im Juli 1983 verdichtete sich der Plan. Die *New York Times* berichtete, daß eine Invasion Surinams, die für den ersten des Monats von in Florida stationierten Söldnern geplant war, abgeblasen wurde, nachdem die Pläne dafür von der Internationalen Sicherheitsagentur der Niederlande entdeckt wurden, der ehemaligen Kolonialmacht in Surinam, die noch als Niederländisch Guyana bekannt war. Die Invasionstruppe wäre, wie berichtet wurde, aus etwa 300 Mann zusammengesetzt gewesen – die Hälfte davon Staatsangehörige der USA und Südamerikaner, die anderen Surinamesen –, die von Florida zur surinamischen Hauptstadt Paramaribo am Nordende von Südamerika geflogen werden sollten. Die Invasoren sollten dann durch surinamische Exilanten aus den Niederlanden aufgestockt werden. Es war diese zuletzt genannte Gruppe, die von den Holländer infiltriert wurden und diese so von den Plänen erfahren hatten.⁸

Wie es bezüglich amerikanischer Ziele in Lateinamerika üblich geworden war, fanden Geschichten über die Präsenz einer großen Anzahl kubanischer Soldaten in Surinam ihren Weg in die internationale Medienlandschaft. Entsprechend ihrer Gegenstücke auf Jamaika und Grenada blieben diese Krieger mythische Gestalten.

Im Frühling 1983 trat Surinam in ein Abkommen mit der benachbarten rechtsgerichteten Regierung von Brasilien ein, die wirtschaftliche und militärische Hilfe sowie militärische Ausbildung lieferte. Nach der Logik der Reagan-Regierung wäre Surinam dann im »Brasilianischen Orbit« gewesen. Die schlichte Wahrheit war, daß Surinam wie andere Entwicklungsländer willens waren, Hilfe von überall her anzunehmen. Und tatsächlich hatte Brasilien, das offen zugab, daß es sein Ziel war, »Surinam vor Kuba zu retten«, den Schritt auf Veranlassung von Washington hin unternommen.⁹

Als diese Dinge herauskamen, wies Bouterse im Oktober nahezu alle kubanischen Ausbilder und alles an Botschaftspersonal, einschließlich des Botschafters, aus und hob alle Abkommen mit Havanna auf. Die Ausweisung wurde an dem Tag, als die Vereinigten Staaten in Grenada einfielen, bekanntgegeben und beeinflusst von Bouterse's Glauben, daß Kuba einen Part beim Sturz von Maurice Bishop gespielt hatte und daß ihm ein vergleichbares Schicksal, wenn nicht eine vergleichbare Invasion, bestimmt war.¹⁰ Dieser Glaube über Kuba hatte, wie wir gesehen haben, keine Beziehung zur Wahrheit und kann von den Vereinigten Staaten bestärkt worden sein. Das *Newsweek-Magazin* berichtete später, daß »US-Diplomaten in der Hauptstadt Paramaribo dafür gesorgt hatten, Bouterse über Beweise auf dem Laufenden zu halten, daß Kuba beim Staatsstreich auf Grenada geholfen habe. Den Rest überließ man seinem gut vorbereiteten Verfolgungswahn.«¹¹

Desi Bouterse ließ allen Berichten nach als Führer und als Mensch sehr zu wünschen übrig. Lange vor den Vorfällen im Oktober wurde berichtet, daß Kuba und Grenada privat »irritiert«, ja sogar ärgerlich waren über den Schaden, der durch das, was sie als unreife Revolutionäre sahen, die eine verfrühte Revolution anführten, dem Image der Linken in der Region zugefügt wurde.¹² Obwohl Bouterse gelernt hatte, sozialistische und anti-imperialistische Klischees nachzuplappern, schienen seine Prinzipien woanders zu liegen. Mit den Worten eines Diplomaten in Surinam gesprochen:

»Bouterse ist ein Chamäleon. Sein erstes Interesse ist sein eigenes persönliches Überleben. Sein zweites ist sein Überleben als der Mann im Amt.«¹³

Bouterse wurde zuweilen beschuldigt, als Vorwand Verschwörungen gegen ihn zu behaupten, um einige von denen loszuwerden, die sich seinem Regime entgegenstellten. (Einige andere Putschversuche wurden zusätzlich zu dem oben erwähnten im Dezember 1982 behauptet).

In der Zeit von Dezember 1983 bis Januar 1984 wurde Surinam durch tausende von streikenden Arbeitern erschüttert, die gegen Steuererhöhungen und steile Preisanstiege protestierten und zur Entlassung von Premierminister Errol Alibux aufriefen. Ernstzunehmende Sabotageakte an Strom- und Wasserlieferungen wurden durchgeführt. Bouterse gab nach, indem er Alibux abzog und die Preiserhöhungen rückgängig machte, aber er stimmte nicht der Forderung zu, daß das Militär die Macht an die Zivilisten zurückgeben solle.¹⁴ Obwohl das Szenario an CIA-Aktivitäten in Britisch Guyana, Jamaika und in anderen Regionen erinnerte, sowie an dasjenige, das Grundlage der Anklage der Regierung von Surinam an die Vereinigten Staaten im Oktober 1982 war, gibt es keine Berichte, daß die CIA in dieser Periode ihre Hände im Spiel hatte. Jedoch wurde 1985 offenbart, daß das National Endowment for Democracy (Nationale Stiftung für Demokratie), das vom Kongreß finanziert wird, um ausländische Organisationen zu unterstützen, die mit den Zielen amerikanischer Außenpolitik einverstanden sind, in der Periode von 1983 bis 1985 Gelder für Organisationen in Surinam gegeben hatte.¹⁵

Anmerkungen zu Kapitel 47

- 1 *Miami Herald*, 01.06.1983.
- 2 *New York Times*, 01.06.1983, S. 13.
- 3 *Miami Herald*, 01.06.1983.
- 4 *The Guardian* (London), 01.11.1982, 07.01.1983; *New York Times*, 07.01.1983, S. 5.
- 5 *New York Times*, 12.12.1982, S. 4; 30.11.1983.
- 6 **Tom Barry** u. a., *THE OTHER SIDE OF PARADISE: FOREIGN CONTROL IN THE CARIBBEAN* (Grove Press, New York, 1984), S. 361, zitiert *Soberania* (Managua, Nikaragua), Februar-März 1983.
- 7 *New York Times*, 07.01.1983, S. 5.
- 8 Ebd., 19.07.1983.
- 9 *Miami Herald*, 02.06.1983; **Barry**, a.a.O., S. 361-362, zitiert *Latin America Weekly Report* (London), 09.06.1983.
- 10 *New York Times*, 27.10.1983, S. 4; 31.10.1983, S. 10; *Miami Herald*, 29.11.1983; *Washington Post*, 05.11.1983.
- 11 *Newsweek*, 07.11.1983, S. 78.
- 12 *The Guardian* (London), 22.02.1983, S. 7.
- 13 *Miami Herald*, 29.11.1983.
- 14 *The Guardian* (London), 11.01.1984 und 13.01.1984.
- 15 Ebd., 28.11.1985; *Washington Post*, 28.11.1985, S. 50.

48 Libyen 1981 bis 1989

Ronald Reagan findet einen Ebenbürtigen

Die großen Massen des Volkes neigen im tiefsten ihres Herzens eher dazu, korumpiert als bewußt und absichtlich böse zu sein [...] deswegen – aus der Sicht der primitiven Einfachheit ihrer Seele – werden sie leichter ein Opfer einer großen Lüge als einer kleinen, da sie selbst in kleinen Dingen lügen und sich für Lügen schämen würden, die zu groß sind.¹

Adolf Hitler

»Unser Beweis ist direkt, er ist präzise, er ist unwiderlegbar,« verkündete der Präsident der Vereinigten Staaten. Er erklärte, daß der amerikanische Bombenangriff auf Libyen am 14.04.1986 eine Vergeltungsmaßnahme für das libysche Bombenattentat neun Tage vorher auf einen Westberliner Nachtclub war, der viel von amerikanischen Soldaten besucht wurde und wobei zwei Soldaten und ein Zivilist getötet und viele andere verletzt wurden.²

In Wirklichkeit wurde der Welt die Schuld Libyens für dieses Bombenattentat niemals direkt oder präzise präsentiert, aber davon wurde keine große Notiz genommen. Denn ein Jahrzehnt lang ist der amerikanischen Öffentlichkeit erzählt worden, daß der libysche Führer Muammar Al-Gaddafi hinter einem terroristischen Akt nach dem anderen in jedem Teil der Welt stand. Ein paar Tage vor dem amerikanischen Angriff hatte Präsident Reagan auf ihn als den »tollwütigen Hund des Mittleren Ostens« Bezug genommen. Dies war bloß ein weiteres Beispiel. Es paßte alles.

Die Bomben, die über Libyen abgeworfen wurden, nahmen, wie berichtet wird, 40 bis 100 Menschen das Leben, außer einem alles Zivilisten, und verwundeten weitere hundert. Die französische Botschaft, die sich in einem Wohnviertel befand, wurde zerstört. Unter den Toten waren Gaddafis junge adoptierte Tochter und eine Teenagerin aus London, die auf Besuch war. Alle anderen sieben Kinder Gaddafis sowie seine Frau wurden ins Krankenhaus eingeliefert und litten unter Schock und verschiedenen Verletzungen.³

Es wurde von den Vereinigten Staaten nicht behauptet, daß irgendwelche der getöteten oder verwundeten Leute irgendeine Verbindung zu dem Bombenattentat in Berlin hatten. Wie die Terroristen aus dem mittleren Osten, die Handgranaten auf einen El-Al-Flugkartenschalter warfen, um Israelis zu töten – einfach deshalb, weil sie Israelis waren – und diejenigen, die eine Bombe in den Pan-Am-Flug 103 platzierten, um Amerikaner zu töten – einfach deshalb weil sie Amerikaner waren – war die Bombardierung von Libyen ein Versuch, Libyer zu töten – einfach weil sie Libyer waren. Nach dem Luftangriff verkündete der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speaks:

»Es ist unsere Hoffnung, daß diese Aktion libysche Angriffe gegen unschuldige Zivilisten in Zukunft vorwegnehmen und entmutigen wird.«⁴

Der Libyer, den die Vereinigten Staaten am meisten zu töten wünschten, war natürlich Gaddafi. Die Bombardierung war ein Mordversuch. Ein »gut informierter Air-Force-Nachrichtenoffizier«, der von der *New York Times* zitiert wurde, sagte:

»Es besteht kein Zweifel, daß sie nach Gaddafi suchten. Es war in dieser Weise instruiert. Die würden ihn töten.«⁵

Das ist es, was Du mit einem tollwütigen Hund zu machen hast!

Dementsprechend telegrafierte zwei von Gaddafis Kindern eine Klage in die Vereinigten Staaten, um Präsident Reagan davon abzuhalten, weitere »Mordversuche« an ihrer Familie zu lancieren. Der Inhalt der Klage, die vor Gericht abgewiesen wurde, war, daß Reagan und andere hohe Beamte, indem sie die Angriffe anordneten, eine Durchführungsverordnung, die versuchte Morde an den Führern ausländischer Regierungen ver-

bietet, verletzt hatten.⁶ Eine andere Klage, die nach Washington telegraphiert wurde, war zugunsten der 65 Menschen, die durch das Bombardement getötet oder verletzt wurden.⁷ Mittlerweile verlieh die US Navy 158 Orden an die Piloten, die 500-Pfund- und 1000-Pfund-Bomben im Dunkel der Nacht auf schlafende Menschen fallen ließen.⁸

Die Idee, Gaddafis Familie zum Ziel zu machen, entsprang der CIA, die behauptete, daß in der Kultur der Beduinen Gaddafi als Führer Macht verlieren würde, wenn er sein Heim nicht verteidigen könnte:

»Wenn Du wirklich an Gaddafis Haus herankommst – und weiter an seine Familie – dann hast Du eine wichtige Verbindung mit den Menschen in Begriffen von Loyalität zerstört.«⁹

Um sicher zu sein, daß das libysche Volk die Botschaft verstand, sagte die *Voice of America* ihnen nach der Bombardierung wiederholt Dinge wie »Oberst Gaddafi ist eure tragische Bürde«, und solange ihr seinen Befehlen gehorcht, »die Konsequenzen akzeptieren« müßt.¹⁰

Die Behauptung des Präsidenten gründete sich auf das erwähnte Abfangen von Gesprächen zwischen der libyschen Hauptstadt Tripolis und der libyschen Botschaft in Ostberlin. Reagan erklärte, daß Libyen am 25.03.1986 der Botschaft befahl »einen terroristischen Anschlag gegen die Amerikaner zu führen, um eine Höchstzahl an Todesopfern zu bewirken.« Dann alarmierte die Botschaft Tripoli am 04.04.1986, daß der Anschlag am nächsten Tag ausgeführt werden würde, daß »Tripoli glücklich sein wird, wenn Sie morgen die Schlagzeilen lesen« und daß nach dem Anschlag die Botschaft berichtete, daß die Aktion erfolgreich gewesen war und nicht mit ihr in Verbindung gebracht werden konnte.¹¹

Dies sind bestenfalls Interpretationen und Umschreibungen. Die kompletten, unveröffentlichten, ungesäuberten, buchstäblichen Texte der relevanten Gespräche wurden nicht publik gemacht. Sie wurden durch die **National Security Agency** abgefangen und mit Hilfe des deutschen BND (**Bundesnachrichtendienstes**), der Jahre zuvor den libyschen Code geknackt hatte, decodiert. Nachdem die Decodierung vervollständigt war, so berichtete *Der Spiegel*, Deutschlands führendes Nachrichtenmagazin, war immer noch nicht klar, was die Telegramme wirklich sagten. Es gab verschiedene Versionen. Darüber hinaus kamen NSA und BND zu unterschiedlichen Schlußfolgerungen über die Bedeutungen der Botschaften, »aber diese Differenzen wurden aus politischen Gründen schnell beiseite geschoben.« Deutsche Sicherheitsbeamte, die darauf bestanden, daß Libyen nicht der einzige Brennpunkt der Untersuchungen sein sollte, und die vor einer »verfrühten Anklage« warnten, observierten auch rivalisierende Gruppen von Disco-Wettbewerbern und Drogenhändlern. Im Januar 1987 sagte ein hochrangiger Beamter dem Enthüllungs-Reporter Seymour Hersh, daß die deutsche Regierung weiterhin »sehr kritisch und skeptisch« gegenüber der amerikanischen Position sei, die Libyen mit dem Bombenattentat in Verbindung brachte. Und am Ende des folgenden Jahres kündigte Deutschland an, daß die Untersuchung beendet sei.¹²

Hersh berichtete:

»Einige Beamte des Weißen Hauses hatten unmittelbar Zweifel, daß der Fall gegen Libyen ausgeräumt war. Vielmehr war die Discothek als Treffpunkt für schwarze Soldaten bekannt. Bis dahin suchten die Libyer weder Schwarze noch andere Minderheiten als Ziel eines Anschlages aus.«¹³

Wie in vielen anderen Fällen, die wir gesehen haben, wurde die offizielle Position des offiziellen Washington – oft genug wiedergegeben – offizielle Wahrheit. Drei Jahre nach dem Vorfall konnte die Zeitschrift *Time* als feststehende Tatsache angeben, daß »von Libyen unterstützte Terroristen eine Disco in Westberlin bombten« und damit das amerikanische »Vergeltungs«-Bombardement provozierten.¹⁴

Viel von Washingtons geheimer Planung für die libysche Operation fand zur gleichen Zeit statt wie die geheimen Gespräche und der Waffenhandel mit Iran. So verfolgte die Reagan-Regierung die Eliminierung einer Quelle von Terrorismus im Mittleren Osten, während sie eine andere bewaffnete. Darüberhinaus bezogen die beiden Einsätze einige

derselben Nationalen Sicherheitsleute mit ein, auffallenderweise John Poindexter und Oliver North.

Obwohl die Carter-Regierung keinerlei offene militärische Angriffe gegen Libyen durchführte, war sie möglicherweise in eine sehr ernste verdeckte Aktion verwickelt. Am 27.06.1980 wurde ein italienisches Passagierflugzeug über dem Mittelmeer von einer Rakete zerstört, wobei 81 Menschen ums Leben kamen. Zur gleichen Zeit flog ein libysches Flugzeug, in dem Gaddafi hätte sitzen können, in der Nähe. Italienische Fluglotsen listeten es als Flug »VIP 56« auf und zeigten an, daß Spitzenbeamte an Bord waren. 1988 berichtete das italienische Staatsfernsehen, daß das Flugzeug versehentlich durch eine Rakete, die einem NATO-Staat gehörte, möglicherweise Italien, abgeschossen worden war. Ein Jahr später offenbarte ein Bericht des italienischen Verteidigungsministeriums, daß es wahrscheinlich eine Sidewinder-Luft-Rakete war, die benutzt worden war – eine Waffe, die von der NATO verwendet wurde. Die italienische Presse begann zu spekulieren, daß der Plan, den libyschen Führer zu ermorden, mißlang und stattdessen das italienische Flugzeug durch eine NATO-Macht abgeschossen worden war. (Zur Zeit des Unglücks hatte Gaddafi angedeutet, daß die Vereinigten Staaten dafür verantwortlich sind.) Die USA und Frankreich – Libyens Hauptfeinde – gaben Dementis aus, sowie die NATO selbst, doch das italienische Militär machte sich große Mühe, Informationen über den Fall zurückzuhalten. Nichtsdestotrotz gab ein Luftwaffenoffizier zu, das Radarband dieses Abends zerstört zu haben. Eine zivile Untersuchung deutete an, daß viel Luftwaffenpersonal überzeugt war zu lügen oder den Vorfall zu »vergessen.«

Ronald Reagan und seine sehr idealistisch veranlagten Genossen übernahmen das Amt im Januar 1981, verpflichtet zu einem massiven Transfer von Wohlstand von den Armen zu den Reichen. Der Weg, mit dem sie so geschickt dieses Ziel erreichten, wurde durch eine enorme Vergrößerung im Militärbudget gepflastert, was soviel bedeutet wie Wohlstand für die Reichen, für die Freunde aus der Verteidigungsindustrie und Geschäftspartner – ehemalige, gegenwärtige und zukünftige. Aber für den militärisch-industriellen-nachrichtendienstlichen Komplex – um diesen der amerikanischen Öffentlichkeit und dem Kongreß zu verkaufen – brauchte man eine frische Lieferung an Kriegen, bewaffneten Konflikten, Aufständen, Gegen-Aufständen oder Gerüchten über »Bedrohungen« derselben – und Feinde, gegen die man verteidigt werden mußte – idealerweise vom Typ Ungeheuer.

Gaddafi war ein Designer-Ungeheuer: Ein wendiger, unberechenbarer, superüberheblicher Dritte-Welt-Führer, der auf der neuntgrößten Ölreserve der Welt saß, ein Mann mit tiefsitzenden panislamischen, panarabischen, antiimperialistischen und antizionistischen Überzeugungen, ein kulturloser Prahlhans, der revolutionäre Rhetorik in den Mund nahm, die so jugendlich war, daß er gleichzeitig als Schreckgespenst oder Possenreißer dienen konnte, ein Mann, der genügend wirkliche terroristische Akte durchführte oder unterstützte, so daß eine jegliche Übertreibung geglaubt werden würde.¹⁵

Es gab Elemente einer bitteren persönlichen Fehde zwischen den beiden Männern. Ronald Reagan – ein Mann, der mit Luftangriffen spielte, als würde er Filmszenen inszenieren – hatte entschieden, sich an einen Mann zu halten, der wie er selbst ein Gefangener der Ideologie war und seine Marke in den Weltmedien mit einer Spur von dogmatischen Beobachtungen und Aktionen sowie flachen, dummen Bemerkungen hinterlassen hatte. Alle großen Propheten der modernen Zeiten, sagte Gaddafi, sind aus der Wüste gekommen und waren ungebildet: »Mohammed, Jesus und ich selbst.«¹⁶ Der libysche Führer jedoch hatte ein soziales Gewissen – nicht gerade eine Qualität, von der man wußte, daß sie ein Teil von Ronald Reagans Persönlichkeit war. »Sie sehen hier weder Armut noch Hunger. Grundbedürfnissen wird in einem höheren Maße begegnet als in irgendeinem anderen arabischen Land«, berichtete *Newsweek* 1981 über Libyen.¹⁷

Gaddafis Hauptverbrechen in Reagans Augen war nicht, daß er terroristische Gruppen unterstützte, sondern daß er die falschen terroristischen Gruppen unterstützte, was so viel heißt, daß Gaddafi nicht die gleichen Terroristen wie Washington unterstützte – so wie die nicaraguanischen Contras: UNITA in Angola, Exilkubaner in Miami, die Regie-

rungen von El Salvador und Guatemala und das US-Militär in Grenada. Die eine Terroristenbande, die die beiden Männer gemeinsam unterstützten, waren die Mujahedin in Afghanistan.

Einige der kriegerischen amerikanischen Operationen gegen Gaddafi – wirklich oder bedrohlich – und Beschuldigungen eines libyschen Terrorismus – wirklich oder erfunden – waren zeitlich so abgestimmt, daß sie amerikanische chauvinistische Einstellungen forderten, wenn der Kongreß das Militärbudget debattierte oder Hilfe für Reagans Lieblingsterroristen, diejenigen, die er Freiheitskämpfer nannte, bereithielt. Die Bombardierung Libyens am 14.04.1986 beispielsweise geschah einen Tag, bevor das Parlament eine neue Runde von Debatten über Hilfe für die Gegner eröffnete. Als er dann am 15.04.1986 aussagte, sagte Reagan: »Ich möchte das Parlament, das diese Woche abstimmt, daran erinnern, daß dieser Erzterrorist Gaddafi 400 Mio. Dollar und ein Arsenal an Waffen und Ausbildern nach Nicaragua geschickt hat.«¹⁸

Kurze Zeit, nachdem er das Amt übernommen hatte, kündigte Reagan die Einsetzung einer speziellen Gruppe an, um »das libysche Problem« zu untersuchen. Das Außenministerium schien zwei Denkschulen zu haben: Diplomatischer Druck auf Gaddafi oder eine mehr auf Konfrontation abzielende Sicht. »Niemand«, so betonte ein Beamter, »befürwortet es, nett zu ihm zu sein.«¹⁹

Bald wurde ein Meisterplan von der CIA aufgestellt, den *Newsweek* im August 1981 vorstellte: Ein großangelegtes, mehrphasiges und kostenintensives Projekt, das darauf abzielte, das libysche Regime zu stürzen und zu erreichen, was die CIA Gaddafis »ultimative« Entfernung aus der Macht nannte. Der Plan nahm Bezug auf ein »Desinformations«-Programm, das entworfen war, Gaddafi und seine Regierung in Verlegenheit zu bringen. Eine Gegen-Regierung wurde ins Leben gerufen, um seinen Anspruch auf nationale Führerschaft herauszufordern. Außerdem ist eine eskalierende paramilitärische Kampagne von Guerilla-Operationen in kleinem Maßstab initiiert worden.²⁰

Die Eskalation fand sofort statt. Am 19.08.1981 überflogen amerikanische Flugzeuge Gaddafis »Todeslinie«, die 120-Meilengrenze, die Libyen im Golf von Sydra (Große Syrte, Anm. d. Übers.) beanspruchte, und schossen zwei libysche Jets ab. Die Vereinigten Staaten wie der größte Teil der restlichen Welt, die diese Zone als internationale Gewässer betrachteten,²¹ wählten die Gegend für ihre militärischen Zwecke wohlüberlegt. Wie erwartet sprang Libyen auf den Köder an – zumindest gemäß Washington, das behauptete, daß die libyschen Flugzeuge zuerst gefeuert hätten.

Ein wutschäumender Gaddafi klagte die USA des »internationalen Terrorismus« an und drohte, wie berichtet wird, in einem Telefongespräch mit dem Führer von Äthiopien, Reagan zu ermorden.²² Ein Beamter, der unter Reagan in einer nationalen Sicherheitsposition diente, antwortete, daß »das einzige, was mit Gaddafi zu tun sei, ihn zu töten war. Der gehört tot.«²³

Bald berichteten die US-Medien von einem Sperrfeuer an Todesdrohungen Gaddafis gegen das Leben von Reagan und anderen hochrangigen Beamten. Im Oktober erschien ein Bericht, der zum Inhalt hatte, daß der amerikanische Botschafter in Italien hastig aus dem Land geflogen wurde, nachdem italienische Behörden eine libysche Verschwörung aufdeckten, die zu seinem Tod führen sollte. Diese ist jedoch »im Keime erstickt worden, als die italienische Polizei zehn verdächtige libysche Anschlag-Männer des Landes verwies.« Einige amerikanische Beamte in Washington und Rom bestritten die Geschichte, während eine andere Regierungsquelle sie bestätigte.²⁴

Ein Monat später wurde über einen Mordversuch an einem amerikanischen Diplomaten in Paris berichtet – sieben Schüsse wurden auf Christian Chapman abgefeuert, doch er entkam unverletzt. Am selben Tag deutete Außenminister Alexander Haig – der von Gaddafi als dem Schutzpatron des Terrors sprach – an, daß Libyen hinter dem Anschlag stand, obwohl er zugab, daß er »keine andere Information« hatte, die Libyen direkt einbezog. Chapman habe allerdings kürzlich einige Drohungen erhalten, sagte die französische Regierung, deren einige nach Tripolis zurückverfolgt wurden.²⁵ Eine Analyse der

New York Times über den Vorfall kam jedoch zu dem Schluß, daß »etwas enthalten sein könnte, das weniger war als ein organisierter Mordversuch.«²⁶

Im späten November gab die Regierung bekannt, daß einige Terroristen, die in Libyen geschult wurden, mit Plänen, Präsident Reagan oder andere Beamte zu ermorden, in die Vereinigten Staaten gekommen waren. Dies veranlaßte eine riesige landesweite Suche nach dem »libyschen Anschlagstrupp« und nach Amerikanern, an die sie sich wegen Beistand wenden konnten, einschließlich der Weathermen (eine der führenden amerikanischen Dissidentengruppen der 60er Jahre – Anm. d. Übers.). Später hatte der berühmte internationale Terrorist »Carlos« seine Finger ins Spiel gebracht. Die Regierung sagte, daß sie von Informanten Beschreibungen aus erster Hand über Ausbildung und Pläne der Terroristen bekommen hatte. Jeden Tag tauchten neue ominöse Details in den Medien auf, die auf die Mitteilung bezüglich der Einführung in eine Regierungs-Desinformationskampagne gegen Libyen im August keinerlei Bezug nahmen.²⁷ »Wir haben den Beweis«, sagte Reagan zu Nachrichtenleuten, »und er (Gaddafi) weiß es.« Reporter drängten das Weiße Haus, die Beweise publik zu machen, doch dieser Wunsch wurde ihnen verwehrt. Einigen Beamten jedoch, einschließlich einiger hochrangiger FBI-Beamte, wurde nachgesagt, daß sie den Berichten skeptisch gegenüberstanden.²⁸

Der freie Journalist Jack Anderson beschrieb, was für eine unverlässliche Gruppe die Überbringer dieser Anschlagstrupps-Informationen war und fügte hinzu, daß einige von ihnen bekannt dafür waren, daß sie Verbindungen zum israelischen Nachrichtendienst hatten, »der wohl seine eigenen Gründe hatte, einen US-Libyschen Riß zu fördern«, da es eine tiefe und gegenseitige Feindseligkeit zwischen Israel und Gaddafi gab.²⁹

Mitte 1981 war eine Sonderkommission unter William Clark, dem stellvertretenden Außenminister, aufgestellt worden, um in die ganze Gaddafi-Thematik hineinzusehen. Jahre später berichtete Seymour Hersh:

»Dieses Thema (der libysche Anschlagstrupp) blieb mir im Halse stecken«, erinnert sich ein beteiligter Beamter. »Wir kamen mit dieser großen terroristischen Bedrohung für die US-Regierung heraus. Die ganze Angelegenheit war eine komplette Eigenfabrikation.« [...] Ein Beamter der Sonderkommission schlußfolgerte, daß der CIA-Direktor William Casey tatsächlich dabei war, eine Operation innerhalb der amerikanischen Regierung durchzuführen: »Er fütterte das [nachrichtendienstliche] System mit Desinformation, so daß diese als separate, unabhängige Berichte wahrgenommen« und von den Agenturen anderer Regierungen ernstgenommen wurde.³⁰

Wie sich herausstellte, waren die meisten der vorgeblichen Mörder Libanesen, die Gaddafi haßten und die Reagan geholfen hatten, um die Freilassung von US-Geiseln in Beirut zu verhandeln.³¹

Auch wenn einige der berichteten Drohungen an Gaddafi Desinformationen waren, so gab es doch reale Pläne des Westens, ihn zu töten. Eine französische Verschwörung von 1981, bei der die Kooperation der USA diskutiert wurde, mußte abgesagt werden, als der französische Präsident Giscard bei der Wahl unerwartet eine Niederlage erlitt.³² 1984 gab die CIA hochsensible nachrichtendienstliche Informationen weiter, einschließlich Satellitenfotos und abgefangener Fernverbindungen, wobei der französische Geheimdienst ihnen bei mindestens zwei wichtigen, aber erfolglosen Operationen half, Gaddafi – den die Franzosen als Bedrohung für das, was sie für ihre Interessen in Afrika hielten, wahrnahmen – zu ermorden oder zu stürzen. Eine der Operationen führte zu einer offenen Schlacht in Libyen zwischen Exilanten und Gaddafigetrenen.³³

1985 ging das Außenministerium bis zum Äußersten, um einen vom Weißen Haus unterstützten Plan für eine gemeinsame US-ägyptische Land- und Luftinvasion von Libyen abzuwehren. Außenminister George Shultz nannte den Plan »verrückt«, während seine Ministerkollegen die rücksichtslosen Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrates als »diese Verrückten im Weißen Haus« bezeichneten.³⁴

An Weihnachten jenes Jahres, nachdem Bombenanschläge auf die Flughäfen von Rom und Wien etwa 20 Menschen töteten, einschließlich fünf Amerikanern, wurden alle üb-

lichen Verdächtigen schnellstmöglich angeklagt, wobei Iran und die palästinensische Splittergruppe des ruchlosen Abu Nidal die Liste anführten.³⁵ Die Reagan-Regierung fügte bald Gaddafi hinzu und verkündete, daß die CIA eine enge Libyenverbindung gefunden hatte. Doch alles, was sie hatten, war die Vermutung, daß die tunesischen Pässe von drei Terroristen in Libyen ausgestellt worden sind. Innerhalb von wenigen Tagen erklärte Reagan, daß es »unwiderlegbare« Beweise für Gaddafis Rolle bei den Bombenanschlägen auf die Flughäfen gab, obwohl er wußte, daß dies nicht der Wahrheit entsprach. Zur gleichen Zeit wurden neue wirtschaftliche Sanktionen gegen Libyen verkündet »um wirtschaftliche Sanktionen aus dem Weg zu räumen, so daß wir das nächste Mal mehr tun können.«³⁶ Das nächste Mal war im März 1986. Jets der US-Marine überflogen wieder Gaddafis »Todeslinie« und forderten Vergeltungsmaßnahmen heraus. Als keine erfolgten, kehrten sie an den nächsten zwei Tagen zurück, griffen zweimal eine libysche Flakstellung an und zerstörten drei oder vier Schiffe. Washington behauptete, daß Libyen am zweiten Tag zuerst verschiedene Raketen auf die amerikanischen Flugzeuge abgeschossen hatte.

Kurz darauf wurde jemand aus einer Gruppe britischer Elektronikingenieure, die zu der Zeit in Libyen arbeiteten, von der *Sunday Times* aus London interviewt. Der Ingenieur sagte, daß er während der zwei Tage der Kämpfe die Radarschirme beobachtet hatte und sah, wie amerikanische Kriegsflugzeuge nicht nur die 12-Meilen-Zone der libyschen Territorialgewässer überflogen, sondern ebenso libysches Land durchkreuzten:

»Ich beobachtete, wie sich die Flugzeuge acht Meilen dem libyschen Luftraum annäherten. Ich glaube nicht, daß die Libyer irgendeine Wahl hatten, als zurückzuschlagen. Meiner Meinung nach waren sie abgeneigt, dies zu tun.«³⁷

Infolge des ersten amerikanischen Angriffs auf Libyen im März sprach Gaddafi am Telefon mit König Fahd von Saudi Arabien, der dementsprechend US-Beamten sagte, daß der libysche Führer tief verletzt sei von der Gewalt, die gegen ihn entfesselt wurde. Der König beschrieb Gaddafi als »verständnislos und desorientiert«, eine Beschreibung, die der anderer Berichte ähnelte, die in den 80er Jahren erschienen und die von einem depressiven Gaddafi sprachen, der nicht zu verstehen schien, was die Vereinigten Staaten an ihm störte. Vor und nach den Vorfällen vom März unternahm er ein halbes Dutzend Versuche über Dritte, um den Dialog mit Washington zu eröffnen, doch die Beamten der Reagan-Regierung wiesen alle zurück. Den möglichen europäischen und arabischen Vermittlern, einschließlich König Fahd, wurde klar gesagt, daß die Vereinigten Staaten weder an »einem direkten noch einem indirekten Dialog« mit Gaddafi interessiert waren.³⁸

So sah die offizielle Politik aus – das Gesicht zur Öffentlichkeit gewandt. Es gab jedoch Berichte darüber, daß das Weiße Haus insgeheim mit dem libyschen Führer verhandelte. In welchem Ausmaß es das tat, ist jedoch nicht bekannt. Der einzige sichere Kontakt war ein Besuch des US-Botschafters im Vatikan, William Wilson, bei Gaddafi im November 1985 in Libyen. Das Treffen wurde vom offiziellen Washington als nicht genehmigt verleugnet und Wilson verlor seinen Posten, als es enthüllt wurde.³⁹

Zu der Zeit der Reagan-Regierung erhöhten die Vereinigten Staaten den Militärbeistand zu Libyens direkten Nachbarn und führten militärische Übungen mit Ägypten durch, die dazu dienten, Gaddafi zu provozieren. Sie richteten verschiedene Formen von wirtschaftlichen Sanktionen gegen Libyen ein, mit variierenden Graden an Ineffizienz. Sie versuchten, libysche Oppositionsgruppen im Exil zu vereinen und gaben ihnen finanzielle Unterstützung und Ermutigung. Die gleichen diversen Anti-Gaddafi-Aktionen, welche die Ermordung nicht ausschlossen, unternahmen sie bei den Regierungen von Ägypten und Frankreich. Es sollte angemerkt werden, daß Frankreich – Haupt-»Anti-Terrorismus«-Partner der Vereinigten Staaten – 1985 mit Vorsatz das Greenpeace-Schiff *Rainbow Warrior* versenkte und dabei einen Greenpeace-Fotografen tötete. Dies geschah mit ausdrücklicher Genehmigung des französischen Präsidenten Francis Mitterrand.⁴⁰

Desinformation war ein üblicher Teil des Prozesses: Verwendung der ausländischen und amerikanischen Presse, um fiktive neue libysche terroristische Pläne zu publizieren und um – mit jedem neuen terroristischen Akt, der in der westlichen Welt geschah – anzu-

kündigen, daß Libyen verantwortlich sein »könnte.« Gaddafi sollte glauben gemacht werden, daß wichtige vertraute Helfer nicht loyal waren, daß sich das libysche Militär und seine russischen Militärausbilder gegen ihn verschworen, daß seine Truppen *en masse* desertierten oder daß ein neuer US-Militärschlag geplant war, ein Prozeß, von dem sie hofften, daß er den Mann zu »irrationalen« Aktionen drängen würde. Sein unmittelbar bevorstehender Sturz wurde so regelmäßig vorausgesagt wie der von Castro.⁴¹ Eine Operation bezog Seerobben-Kommandos der Marine mit ein, die an libyschen Stränden landeten und verräterische Zeichen der Invasionen hinterließen – wie Streichholzschachteln und israelische Zigarettenstummel – um die Libyer nervös zu machen, was eine immer paranoidere Gestalt annahm.⁴²

Ein Memo vom August 1986 von John Poindexter, dem nationalen Sicherheitsberater des Präsidenten, das einiges von dem Desinformationsprogramm auseinandernahm, erwähnt selbst, daß Gaddafi zu der Zeit an der terroristischen Front »ruhig« war.⁴³ Kurz darauf gab ein wichtiger Beamter der Reagan-Regierung amerikanischen Reportern gegenüber zu, daß, wenn man diese dringend um »handfeste Beweise« für die Beschuldigungen gegen Libyen ersuche, sie keine vorweisen könnten. »Es würde so aussehen als würden wir wieder blinden Alarm schlagen.«⁴⁴ Als Antwort auf das Poindexter-Memo – dessen Enthüllung zu einem kleinen Skandal führte – trat der hochrangige Sprecher des Außenministeriums, Bernhard Kalb, aus Protest zurück, weil er »besorgt um den Glauben an Amerika war [...] amerikanische Glaubwürdigkeit und alles, was Amerika verletzt.«⁴⁵

Das Thema beschäftigte sogar die Briten, deren Beamte die nachrichtendienstlichen Analysen als »wild inakkurat« beschrieben. Sie sagten, die Analysen seien an die Briten weitergegeben worden in einer »vorsätzlichen Bemühung, zu täuschen.«⁴⁶

Zur gleichen Zeit – im Lichte neuer Berichte der US-Nachrichten über mögliche weitere Schläge gegen Libyen als Vergeltungsmaßnahmen für terroristische Akte, die durch das Poindexter-Memo hervorgerufen wurden, die vorgeblich von Gaddafis Regime geplant waren – rief Libyens tatsächlicher Premierminister die Vereinigten Staaten dazu auf, Details über die behaupteten Aktionen zu liefern, so daß Libyen »voll kooperieren, solche Angriffe abwenden und die Individuen festnehmen und vor Gericht stellen« könne. Er sagte, daß seine Anfrage, die durch diplomatische Kanäle nach Washington geschickt wurde, unbeantwortet blieb.⁴⁷ Am nächsten Tag forderte Gaddafi in einer Rede in Libyen die Vereinigten Staaten dazu auf, Bankauszüge vorzulegen, die zeigten, daß Libyen Terrorismus finanzierte.⁴⁸

»Die Hälfte der Geschichten, die man über die Iren erzählt, sind Lügen«, beobachtete ein Sohn von Erin einst. Die regelmäßige Verwendung von Desinformation gegen Gaddafi und Libyen durch die Vereinigten Staaten verdüsterte das historische Bild so sehr, daß es in den meisten Fällen äußerst schwierig war, Fakt von Fiktion zu unterscheiden, libysche Moral, Zeichen des Rückhalts oder einfache Versprechen an eine revolutionäre Bewegung von großer, entscheidender Unterstützung. Die Tatsache, daß die Reagan-Regierung das Bedürfnis hatte, Desinformationskampagnen gegen Libyen zu unternehmen, zeigt einen Mangel an rauchenden Gewehren.

Am 01.09.1969 hatte Hauptmann Muammar Al-Gaddafi eine Gruppe von Offizierskollegen in einen unblutigen Sturz der Monarchie geführt und die Arabische Republik Libyen gegründet. Trotz seiner »Unruhestiftung« in alle Richtungen hatte er einst das Wohlwollen des Westens – wobei die USA während seiner zwei ersten Jahre drei ernste Verschwörungen gegen sein Regime durchkreuzte⁴⁹ – aufgrund seines scharfen Antikommunismus, der ursprünglich von daher rührte, daß er den dem Marxismus innewohnenden Atheismus für bare Münze nahm und ihn als unvereinbar und im Streit mit seinem islamischen Glauben sah. Aber dies hielt ihn nicht davon ab zu versuchen, in der libyschen Gesellschaft revolutionäre soziale und wirtschaftliche Veränderungen einzurichten, die andere marxistisch nannten. Dies – das Engagement für die Erhöhung des Ölpreises und das Waffenabkommen mit der Sowjetunion – möge den Anfang vom Ende der Toleranz des Westens gegenüber seinen ausländischen Abenteuern bedeutet haben.⁵⁰

In den 70er und 80er Jahren wurde Gaddafi angeklagt, seine großen Öleinnahmen dafür zu verwenden, mit Geldern, Waffen, Schulung, Büros, Zufluchtsorten, Diplomatie und allgemeiner Verschwörung eine große Bandbreite von terroristischen Organisationen zu unterstützen, besonders bestimmte palästinensische Gruppen und muslimische Dissidenten- und Minderheitenbewegungen in verschiedenen Teilen des Mittleren Ostens, Afrika und Asien sowie die IRA und baskische und korsische Separatisten in Europa – verschiedene Gruppen, die im Kampf gegen das Apartheitsregime in Südafrika engagiert waren: Noriega in Panama, oppositionelle Gruppen in Costa Rica, St. Lucia, Jamaica, Dominica, und Frankreichs karibischen Kolonien Guadelupe, Französisch Guyana, und Martinique, die japanische Rote Armee, die italienischen Roten Brigaden und die deutsche Bader-Meinhof-Gruppe. Die Liste ist endlos.

Es wurde auch behauptet, daß Libyen hinter dem Anschlag auf Papst Johannes Paul, der Ermordung des ägyptischen Präsidenten Anwar Sadat, Verminen des Suez-Kanals, den Versuch, die US-Botschaft in Kairo zu sprengen, verschiedene Flugzeugentführungen, der Bombenexplosion einer amerikanischen Linienmaschine über Griechenland und dem Sprengen einer Synagoge in Istanbul stand oder zumindest damit verbunden war, und dem Versuch, die Regierung des Tschad, Liberia, des Sudan und anderen afrikanischen Ländern zu destabilisieren. Gaddafi solle angeblich Drogen genommen haben, war ein großer Frauenheld, war bisexuell, zog Frauenkleider an, schminkte sich, trug einen Teddybären mit sich herum und hatte epileptische Anfälle.⁵¹

Eher belegt ist, daß Gaddafi einige Jahre lang ehemalige CIA-Angestellte in seinen Dienst aufnahm, namentlich Edwin Wilson und Frank Terpil, damit diese ihm Flugzeuge und Piloten liefern konnten, Mechaniker und Green-Beret-Ausbilder, alle Art von hochentwickelter Bewaffnung, Ausrüstung und Sprengstoff und ihm dabei helfen konnten, paramilitärische Schulungscamps in Libyen aufzustellen.⁵²

Amnesty International schlußfolgerte 1987, daß Libyen seit 1980 im Ausland Angriffe auf mindestens 37 Anti-Gaddafi-Dissidenten durchgeführt hatte, wobei 25 getötet wurden.⁵³

Im Januar 1989 warf das Außenministerium Gaddafi vor, daß Libyen »radikale Individuen und Gruppen, deren Aktivitäten lokale Probleme« in Thailand, den Philippinen, Indonesien, Japan und Neukaledonien »verschärfen«, finanzierte und schulte. Ein paar Monate früher hatte die CIA Libyen beschuldigt, die größte Fabrik für Giftgas in der Welt zu bauen.⁵⁴ Im März 1990 brach in der in Frage stehenden Fabrik ein Feuer aus und brannte sie bis auf die Grundmauern nieder. Bush versicherte der Welt sofort und persönlich, daß die Vereinigten Staaten »absolut nichts« mit dem Feuer zu tun hatten. Eine Woche früher war der Sprecher des Weißen Hauses gefragt worden, ob die USA möglicherweise einen Militärschlag unternehmen würden, um die Fabrik zu zerstören. »Wir schließen nichts aus«, war die Antwort.⁵⁵

Und in Chicago wurden die Mitglieder einer Straßengang ...

... Ende 1987 für schuldig befunden, terroristische Aktivitäten geplant zu haben. US-Staatsanwälte behaupteten, daß die Gang erwartete, 2,5 Mio. Dollar von Libyen für Mordversuche an amerikanischen Politikern und für Angriffe auf US-Flugzeuge und Regierungsanlagen zu bekommen.⁵⁶

Derart berichtete es die *Los Angeles Times*, und es klang so, als ob der seltsame, starke Mann Libyens wieder dahinterstand. In Wirklichkeit war »Mord« nicht eine der Beschuldigungen und keinerlei Beweise wurden beim Prozeß vorgelegt, daß Libyen irgend etwas zu tun hatte mit der Verursachung oder Ermutigung dieser Handlungen oder mit der Zahlung oder dem Versprechen von irgendwelchem Geld. Die Mitglieder der El-Rukn-Gang, einer moslemischen Sekte, und bis zum äußersten naiv, hatten sich mit libyschen Vertretern in New York, Panama und Libyen getroffen und pathetisch versucht, sie mit ihrer Tapferkeit und Loyalität zu Gaddafi zu beeindrucken. Sie waren inspiriert vom Nation-of-Islam-Führer Louis Farrakhan, der den Eindruck erweckte, im Besitz eines libyschen Versprechens von 5 Mio. Dollar zu sein. Wenn El Rukn ein Versprechen über 2,5 Mio. Dollar erhielt – und wir haben nur ihr Wort dafür –, dann würde es so scheinen, daß beide Versprechen nichts mehr als Gaddafis revolutionäre Zügellosigkeit

waren. Auch die IRA behauptete, daß sie keinerlei Geld von Libyen bekommen hatte, was in einem Gegensatz zu Gaddafis Aussage steht.⁵⁷ Die Mitglieder der Bande wurden der Verschwörung gegen den Staat beschuldigt. Ein Gericht folgte der Anklage. Es verordnete sie zu außergewöhnlich langen Strafen. Es zog fragliche Regierungsinformanten hinzu. Das Ganze zeigt das Ausmaß der Feindseligkeit gegenüber Libyen, die dem amerikanischen Volk ein Jahrzehnt lang eingepflegt wurde.

Es war vielleicht ein Maß für die Feindseligkeit gegenüber Libyen, die dem amerikanischen Volk ein Jahrzehnt lang eingepflegt worden war, daß die Mitglieder der Bande – durch die Hinzuziehung eines fraglichen Informanten durch die Regierung und durch in-die-Falle-laufen-lassens – von einer Jury wegen der Beschuldigungen der Verschwörung durch den Staat für schuldig befunden wurden und zu außergewöhnlich langen Strafen verurteilt wurden. Es war, wie berichtet wird, das allererste Mal, daß US-Bürger wegen Terrorismus verurteilt wurden.⁵⁸

Es ist wie ein zweitklassiger Gruselfilm. Ein Dutzend Mal erhebt es sich von den Toten und torkelt auf die Zuschauer zu, ein Dutzend Mal wird es in Streifen geschnitten, wankt zurück und bricht in einen Haufen zusammen und ein Dutzend Mal steht es wieder auf und schlurft langsam vorwärts. Aber es ist nicht der Geist der Mumie und es sucht nicht den Oberlauf des Nils heim. Es ist die Vorstellung, daß der libysche Führer, Oberst Muammar Gaddafi, verantwortlich für jeden terroristischen Akt in der ganzen Welt ist, und es sucht die Seiten der westlichen Presse heim und die Bildschirme der westlichen Fernsehgeräte.⁵⁹

Pan Am Flug 103

Am 21.12.1988 explodierte der Pan-Am-Flug 103 über Lockerbie (Schottland), wobei 270 Menschen starben, über die Hälfte von ihnen Amerikaner. Fünf Monate später verkündete das Außenministerium, daß die CIA »überzeugt« war, daß die Schurken, die die Bombe gelegt hatten, Mitglieder der Volksfront für die Befreiung Palästinas-Generalkommando (PFLP-GC) waren, geführt von Ahmed Jibril, stationiert in Syrien und initiiert vom Iran, um den amerikanischen Abschluß eines iranischen Linienflugzeuges zu rächen.⁶⁰ Obwohl wenig getan werden konnte, um Jibril und seine Kohorten festzunehmen, blieb dies das offizielle, sichere und oft wiederholte Urteil der US-Regierung, obwohl Syrien und Iran als Schlüssel für die Freilassung von westlichen Geiseln gesehen wurden, die im Libanon festgehalten wurden. 1990 dann geschah etwas Seltsames. Die Vereinigten Staaten bereiteten sich darauf vor, gegen den Irak in den Krieg zu ziehen, als plötzlich einer ihrer Verbündeten auftauchte und Truppen in den Jihad gegen Saddam Hussein nach Saudi Arabien entsendete – niemand anderes als der Terroristen-Zufluchtsort Syrien. Und nach wessen Kooperation im Krieg agierte Washington? Nach dem bösen Iran. Das würde nicht ausreichen. Im frühen Oktober 1990 erklärten amerikanische Beamte, daß neuerdings entdeckte Beweise anzeigten, daß libysche Geheimagenten die Bombe zusammengesetzt und gelegt haben könnten. Aber dies, so beeilten sie sich hervorzuheben, wusch Iran, Syrien und die PFLP-GC nicht von der Komplizenschaft rein.⁶¹

Nach dem Krieg initiierte man bis zum 14.11.1991 einen Prozeß gegen Libyen. Zwei Mitarbeiter des libyschen Nachrichtendienstes wurden in Abwesenheit als Täter erklärt. Der Chef der Kriminalabteilung des Justizministeriums behauptete am gleichen Tag, daß es weder einen Beweis für Verbindungen von Syrien noch vom Iran zu dem Bombenattentat gab »und er fegte Andeutungen weg, daß die Schlußfolgerung von dem Wunsch der Vereinigten Staaten nach verbesserten Beziehungen mit Syrien beeinflusst seien.«⁶² Innerhalb der nächsten 20 Tage wurden die verbliebenen amerikanischen Geiseln, die noch im Libanon zurückgehalten wurden, befreit, zusammen mit der prominentesten Geisel, dem Briten Terry Waite.

Die Beweise gegen die beiden Libyer waren zwei Metallstücke von der Größe von Fingernägeln, angeblich von elektronischen Zeitzündern. Man muß den detaillierten Bericht lesen, auf dem der Prozeß gegen Libyen beruht, um seine volle Brüchigkeit zu würdigen.⁶³ Darüberhinaus präsentierte im Dezember 1993 eine Sendung der BBC, »Stille über Lockerbie«, neue Untersuchungsergebnisse, die bedeutende Zweifel an dem

Prozeß gegen Libyen aufkommen ließen und anzeigten, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten Libyen berührt haben könnten, um den Verdacht von Syrien und Iran abzulenken. Die wichtigste neue Information war, daß der schweizerische Hersteller der elektronischen Zeitzünder seine ehemalige Darstellung, die Libyen als den einzigen Abnehmer solcher Geräte nannte, änderte. Er erinnerte sich jetzt, daß er auch einige der Geräte nach Ostdeutschland verkauft hatte. Es gab enge Verbindungen zwischen der ostdeutschen Geheimpolizei und der PFLP-GC und anderen arabischen Terroristengruppen. Noch bezeichnender war, daß ein Ingenieur der schweizerischen Gesellschaft erklärte, daß er den Lockerbie-Untersuchungsbeamten Ende 1990 von der ostdeutschen Verbindung erzählt hatte, was bedeutet, daß die internationalen Untersuchungsbeamten wußten, daß ihre Beschuldigung gegen Libyen ein großes, wenn nicht fatales Loch hatte, entweder bevor die Beschuldigung im Oktober öffentlich gemacht wurde oder kurz danach.⁶⁴ »Kein deutscher Richter könnte mit den vorliegenden Beweisen die beiden Verdächtigen ins Gefängnis bringen«, erklärte Volker Rath, der deutsche Regierungsstaatsanwalt und Lockerbie-Spezialist 1994.⁶⁵

Nachwort: 2003 akzeptierte die libysche Regierung die »Verantwortung« für das Bombenattentat 1988 – ohne eine wirkliche Rolle bei dem Vorfall zuzugeben – in der Hoffnung, die US- und UN-Sanktionen zu beenden. Libyen stimmte dem zu, weil 2001 ein Libyer bei einem Prozeß in Den Haag für schuldig befunden wurde, die Bombe gelegt zu haben. Dieser Prozeß jedoch wurde in hohem Maße als Farce betrachtet.⁶⁶

Der neue Gaddafi?

Es könnte sein, daß der oft depressive Muammar al-Gaddafi schließlich zu verstehen begann, was die Vereinigten Staaten und andere Regierungen gegen ihn hatten – und seinen Weg jenseits des Wortschwall und der Desinformation fand. In der zweiten Hälfte von 1988 schien er erwachsen zu werden, richtete eine Reihe progressiver Veränderungen in der libyschen Gesellschaft ein, vergrößerte zivile Freiheiten, entließ Hunderte von politischen Gefangenen, hob Beschränkungen für Arbeit im Ausland auf und lockerte die Wirtschaft (»alle Libyer sind aufgefordert, Bürger zu werden.«). Zur gleichen Zeit schloß er Frieden oder verbesserte die Beziehungen mit einigen afrikanischen Nachbarn.⁶⁷

Aber als das Jahr 1989 begann und Washington sich darauf vorbereitete, sich von Ronald Reagan auf George Bush umzustellen, nahmen die Vereinigten Staaten dies zum Anlaß, in Libyens Hinterhof ein paar »militärische Übungen« durchzuführen und zwei weitere libysche Flugzeuge abzuschießen. Die Vereinigten Staaten hielten es in dieser besonderen Zeit für ratsam, ihren bis dahin detailliertesten Bericht über die Verstrickung Libyens in den internationalen Terrorismus herauszugeben – »ein Versuch, den internationalen Druck auf Libyen aufrechtzuerhalten«, schrieb die *Los Angeles Times*.⁶⁸

Nichtsdestotrotz fuhr Gaddafi fort, sein neues Image zu pflegen. Er kündigte an, daß er beschlossen hatte, den Fluß an Geldern zu ausländischen Gruppen abzuschneiden oder zu beschneiden, und er sagte verschiedenen palästinensischen Gruppen, daß sie nicht länger Gelder direkt von seiner Regierung bekämen und ihre Büros in Libyen schließen müßten. Er gab auch zu, daß Libyen terroristischen Gruppen Geld gegeben hatte, sagte jedoch, daß dies nicht länger so bliebe – »als wir entdeckten, daß diese Gruppen der arabischen Sache mehr Schaden als Nutzen zufügten, verwehrten wir ihnen unsere Hilfe komplett und zogen unsere Unterstützung zurück« – und fügte hinzu, daß er keinerlei Konfrontation mit Washington wünsche.⁶⁹

Die Vereinigten Staaten zeigten sich von alledem nicht beeindruckt. Sie mögen begriffen haben, daß sie nichts zu gewinnen haben, wenn sie in ihrem Kreuzzug gegen Gaddafi nachließen, aber sie hatten einen Feind zu verlieren.

Anmerkungen zu Kapitel 48

- 1 **Adolf Hitler**, MEIN KAMPF (Houghton Mifflin, Boston, 1971; Übersetzung des deutschen Originals aus dem Jahre 1925), Bd. 1, S. 231.
- 2 *New York Times*, 15.04.1986.
- 3 **Seymour Hersh**, »Target Qaddafi«, *The New York Times Magazine*, 22.02.1987, S. 22.
- 4 *New York Times*, 15.04.1986, S. 11.
- 5 **Hersh**, S. 20. Ein Pilot der Luftwaffe bestätigte dies. Vgl. auch *The Guardian* (London), 19.04.1986.
- 6 *San Francisco Chronicle*, 06.10.1987.
- 7 Ebd., 16.04.1987, S. 15.
- 8 *The Guardian* (London), 24.02.1987.
- 9 **Hersh**, S. 20.
- 10 *The Guardian* (London), 09.05.1986, S. 11; vgl. auch *New York Times*, 15.04.1986, S. 11.
- 11 *New York Times*, 15.04.1986, S. 11. In diesem Artikel wird eine Mitschrift von Reagans Ansprache und eine von Larry Speakes zitiert; **Bob Woodward**, VEIL: THE SECRET WARS OF THE CIA 1981-1987 (New York, 1987), S. 444-445.
- 12 *Der Spiegel*, 21.04.1986, S. 20; *Los Angeles Times*, 11.01.1988 bis 13.01.1988; *New York Times*, 22.12.1988, S. 14; **Hersh**, S. 74. Im Dezember 1992 beschuldigten offizielle Stellen in Deutschland einen Palästinenser des Bombenanschlags.
- 13 **Hersh**, S. 74.
- 14 *Time*, 16.01.1989, S. 20.
- 15 *The Times* (London), 02.10.1989, S. 10; 28.09.1989, S. 9; *LA Weekly* (Los Angeles), 27.10.1989, S. 10; Leitartikel von **Alexander Cockburn**; *Los Angeles Times*, 02.11.1988; *Washington Post*, 02.09.1999 und 26.09.1999.
- 16 *Los Angeles Times*, 24.11.1988, S. 16.
- 17 *Newsweek*, 20.07.1981, S. 42, zitiert einen westlichen Botschafter in Tripolis.
- 18 *New York Times*, 16.04.1986, S. 1 und 20.
- 19 *Washington Post*, 21.03.1981, S. A3.
- 20 *Newsweek*, 03.08.1981, S. 19.
- 21 Zu dieser Frage vgl. *Boston Globe*, 25.03.1986, S. 7.
- 22 *Washington Post*, 13.10.1981, S. D17, ein Artikel von **Jack Anderson**.
- 23 **Hersh**, S. 24.
- 24 *Newsweek*, 19.10.1981, S. 43; *New York Times*, 25.10.1981; 26.10.1981, S. 4.
- 25 *Time*, 23.11.1981.
- 26 *New York Times*, 13.11.1981, S. 3.
- 27 Ebd., 04.12.1981, S. 1.
- 28 Ebd., 08.12.1981, S. 7.
- 29 *San Francisco Chronicle*, 07.01.1982, ein Artikel von **Jack Anderson**.
- 30 **Hersh**, S. 24 und 26.
- 31 **Duncan Campbell** und **Patrick Forbes**, »Tale of Anti-Reagan Hit Team Was »Fraud««, *New Statesman* (London), 16.08.1985, S. 6; *San Francisco Chronicle*, 13.01.1989, S. E5, ein Artikel von **Jack Anderson**.
- 32 **Time**, 23.11.1981, S. 40.

- 33 **Hersh**, S. 48.
- 34 *Washington Post*, 20.02.1987, S. 1.
- 35 *The Guardian* (London), 30.12.1985 und 31.12.1985.
- 36 *San Francisco Chronicle*, 13.07.1987, eine Kolumne von **Jack Anderson**; **Hersh**, S. 48, 71.
- 37 *The Sunday Times* (London), 06.04.1986, S. 12.)
- 38 *The Guardian* (London), 03.04.1986
- 39 Zu einer zusammenfassenden Darstellung des Ereignisses vgl. *New York Times*, 19.12.1986, S. 1 und 20.12.1986, S. 6. Die Reagan-Regierung gab Wilsons Tat im März zu, und dieser trat unter Druck im Mai zurück. Das wäre schon früher geschehen, wäre er nicht ein enger Freund Reagans gewesen.
- 40 *The Guardian* (London), 30.08.1986.
- 41 Vgl. z.B. *Wall Street Journal*, 25.08.1986, S. 1 wegen eines Berichts über Gaddafis Pläne für neue Terrorangriffe gegen die USA und die Pläne der USA, Libyen anzugreifen, sowie *Washington Post*, 02.10.1986, wo berichtet wird, daß die Informationen im Artikel des *Wall Street Journal*, der von vielen US-Medien aufgegriffen worden war, Teil eines Desinformationsprogramms waren.
Vgl. auch *Washington Post*, 27.08.1986, S. 1 und 05.10.1986, S. 1.
- 42 *The Guardian* (London), 18.09.1987, zitiert *The Montgomery Journal* (wahrscheinlich eine Zeitung dieses Namens in Montgomery in Alabama).
- 43 *Washington Post*, 02.10.1986, S. 1.
- 44 *New York Times*, 27.08.1986, S. 7.
- 45 *The Guardian* (London), 09.10.1986.
- 46 Ebd., 13.10.1986, zitiert eine Meldung im *Sunday Telegraph* (London) vom 12.10.1986
- 47 *Washington Post*, 31.08.1986, S. A25.
- 48 *Wall Street Journal*, 02.09.1986, S. 31.
- 49 **Patrick Seale** und **Maureen McConville**, *THE HILTON ASSIGNMENT* (London, 1973), S. 176-177 und passim; *New York Times*, 03.10.1971, S. 26.
- 50 Vgl. **Jonathan Bearman**, *Qadhafi's Libya* (Zed Books, London, 1986), zu einer detaillierten Darstellung von Gaddafis ideologischer Entwicklung und seines Programms zu gesellschaftlichen Revolution in Libyen.
- 51 Zu Gaddafis angeblichen Terrorhandlungen und seiner Überempfindlichkeit vgl. z.B. **John K. Cooley**, »The Libyan Menace«, *Foreign Policy* (Washington), Frühjahr 1981, S. 75-77; **David Blundy** und **Andrew Lycett**, *QADDAFI AND THE LIBYAN REVOLUTION* (Little, Brown & Co., Boston, 1987), Kap. 6 und S. 21; ebenso viele der hier zitierten Zeitungsartikel, darunter den in der *Los Angeles Times*, 19.01.1989.
- 52 **Peter Maas**, *MANHUNT: THE INCREDIBLE PURSUIT OF A C. I. A. AGENT TURNED TERRORIST* (Random House, New York, 1986), passim.
- 53 *San Francisco Chronicle*, 18.07.1987.
- 54 *Los Angeles Times*, 26.10.1988, 19.01.1989.
- 55 *New York Times*, 15.03.1990, S. 1.
- 56 *Los Angeles Times*, 19.01.1989.
- 57 *New York Times*, 06.07.1972, S. 2. Im gleichen Artikel wird behauptet, die Black Muslims in Chikago (die Gruppe von Farrakhan) hätten eine Anleihe – keine Spende – von drei Millionen Dollar zum Bau einer Moschee erhalten. Es ist aber nicht sicher, daß sie das Geld tatsächlich bekommen haben. Vgl. **Blundy und Lycett**, S. 80 zu der Skepsis der britischen Sicherheitskräfte in Bezug darauf, ob die IRA viel Geld, wenn überhaupt welches, von Gaddafi bekommen hat.

- 58 *Chicago Tribune*: 03.04.1987, 08.10.1987, 15.10.1987, 28.10.1987, 30.10.1987, 19.11.1987, 25.1987.
- 59 **Bill Schaap**, *Covert Action Information Bulletin*, H. 30. Summer 1988, S. 76.
- 60 *Washington Post*, 11.05.1989, S. I.
- 61 *Los Angeles Times*, 10.10.1990, S. 1.
- 62 Ebd., 15.11.1991, S. 25.
- 63 **Mark Perry**, ECLIPSE: THE LAST DAYS OF THE CIA (William Morrow & Co., New York, 1992), S. 335-348. Trotz des Titels sympathisiert der Autor mit der CIA und übernimmt die offizielle Version bezüglich der Schuld der Libyer, auch wenn das weder für ihn selbst noch für den Leser leicht ist.
- 64 *Der Spiegel*, 18.04.1994, S. 92-97; *The Sunday Times* (London), 19.12.1993, S. 2; *The Times* (London), 20.12.1993, S. 11; *Los Angeles Times*, 20.12.1993.
- 65 *Der Spiegel*, 18.04.1994, S. 93.
- 66 Vgl. den Aufsatz **William Blums** unter <http://members.aol.com/bblum6/panam.htm>.
<http://web.archive.org/web/19991011231048/http://members.aol.com/bblum6/panam.htm>
- 67 *Los Angeles Times*, 24.11.1988, S. 1.
- 68 Ebd., 19.01.1989.
- 69 Ebd., 04.09.1989; 26.10.1989, zitiert ein Interview in der ägyptischen Zeitschrift *Al Mussawar*. Aus dem Artikel geht nicht hervor, ob Gaddafi selbst irgendeine dieser Gruppen als »Terroristen« bezeichnete.

49 Nicaragua 1978 bis 1990

Destabilisierung in Zeitlupe

Ich habe den aussagekräftigsten Beweis, daß Waffen und Munition in großer Menge bei verschiedenen Gelegenheiten zu den Revolutionären in Nicaragua geschickt wurden [...] Ich bin sicher, daß es nicht der Wunsch der Vereinigten Staaten ist, sich in die inneren Angelegenheiten Nicaraguas oder irgendeiner anderen mittelamerikanischen Republik einzumischen. Nichtsdestotrotz muß gesagt werden, daß wir gegenwärtig ein sehr eindeutiges und besonderes Interesse an der Aufrechterhaltung der Ordnung und an einer guten Regierung [...] haben. Die Vereinigten Staaten kommen daher nicht umhin, mit tiefer Besorgnis jede ernsthafte Bedrohung der Stabilität und der verfassungsmäßigen Regierung in Nicaragua zu betrachten, die zur Anarchie tendiert und amerikanischen Interessen bedroht, besonders, wenn ein solcher Stand der Dinge äußeren Einflüssen oder irgendwelchen ausländischen Mächten zuzuordnen ist oder von ihnen herbeigeführt wird.¹

Auf diese Art und Weise sprach Präsident Calvin Coolidge 1927 zum Kongreß der Vereinigten Staaten. Die Revolutionäre, vor denen er warnte, waren jene Sympathisanten der Liberalen Partei (einer von ihnen war Augusto Cesar Sandino), die gegen die Regierung der Konservativen Partei die Waffen ergriffen, da sie behaupteten, daß diese sich illegal im Amt befand. Die ausländische Macht, die man beschuldigte, die Liberalen zu bewaffnen, war die mexikanische Regierung, die die Coolidge-Regierung als »von bolschewistischen Ideen durchdrungen« ansah. Die amerikanischen Interessen, von denen man dachte, daß sie bedroht wären, waren die übliche Geschäftsinteressen, die in jenen Tagen offener zur Schau gestellt wurden als später. So kam es tatsächlich dazu, daß die Besatzung der Marine zum zwölften Mal in weniger als einem dreiviertel Jahrhundert in Nicaragua landete.

In den 80er Jahren war es die revolutionäre nicaraguanische Regierung der Sandinisten, die die Regierung von Ronald Reagan (der Coolidge als seinen politischen Schutzheiligen beschrieb) alarmierte. Die ausländische Macht, die heftig getadelt wurde, die Sandinisten zu bewaffnen, war die Sowjetunion mit ihren bolschewistischen Ideen. Die Konterrevolutionäre, die als »Contras« bekannt wurden, waren Washingtons Marinebesatzung. Was amerikanische »Interessen« anbetraf, so war zur »Rationalität« des wirtschaftlichen Imperialismus ein Wunsch nach politischer Vorherrschaft hinzugekommen, der ans Krankhafte grenzte.

Als das amerikanische Militär Nicaragua 1933 zum letzten Mal verließ, hatte es ein Souvenir zurückgelassen, durch welche das nicaraguanische Volk sie erkennen konnte: die Nationalgarde, die unter die Führung eines Anastasio Somoza gestellt wurde (gerade so wie die Vereinigten Staaten 1924 Trujillo für das Volk der Dominikanischen Republik zurückgelassen hatten). Drei Jahre später übernahm Somoza die Präsidentschaft und etablierte mit der unerläßlichen Hilfe der Nationalgarde eine Familiendynastie, die die nächsten 43 Jahre über Nicaragua herrschen würde – ähnlich einem privaten Staat. Während die Nationalgarde, die ständig von den Vereinigten Staaten unterstützt wurde, ihre Zeit mit Kriegsrecht, Vergewaltigung, Folter, Mord an Oppositionellen und Massakern an Landarbeitern zubrachte, sowie mit der weniger gewalttätigen Verfolgung von Geschäften wie Raub, Erpressung, Schmuggel, dem Betreiben von Bordellen und anderen Regierungsämtern beschäftigt war, erhob der Somoza-Clan die Forderung nach dem Löwenanteil auf Nicaraguas Land und Geschäftstätigkeit. Als Anastasio Somoza II von den Sandinisten im Juli 1979 gestürzt wurde, floh er ins Exil und ließ ein Land zurück, in dem zwei Drittel der Bevölkerung weniger als 300 Dollar im Jahr verdienten. Bei seiner Ankunft in Miami gab Somoza zu, 100 Mio. Dollar wert zu sein. Ein nachrichtendienstlicher Bericht der USA jedoch schätzte sein Vermögen auf 900 Mio. Dollar.²

Die neuen nicaraguanischen Führer hatten Glück, daß sie an die Macht kamen, als Jimmy Carter im Weißen Haus saß. Das gab ihnen eineinhalb Jahre relative Atempause, um

die ersten Schritte ihrer geplanten Konstruktion einer besseren Gesellschaft zu beginnen, bevor die unerbittliche Feindseligkeit der Reagan-Regierung über sie kam – was nicht bedeuten soll, daß Carter den Sieg der Sandinisten willkommen hieß.

Als sich Somoza 1978 dem Untergang näherte, genehmigte Carter verdeckte CIA-Unterstützung für die Presse und Gewerkschaften in Nicaragua bei einem Versuch, »moderate« Alternativen zu den Sandinisten zu schaffen.³ Zum gleichen Zweck verhandelten amerikanische Diplomaten mit nicht-linksgerichteten nicaraguanischen Somoza-Oppositionellen. Washingtons Vorstellung von »Moderat« bedeutete die Einbeziehung von Somozas politischer Partei in die zukünftige Regierung und »die korrupte Struktur des Somoza-Apparates praktisch intakt zu lassen«, einschließlich der Nationalgarde, obgleich in einer reorganisierten Form.⁴ Tatsächlich sagte zu eben dieser Zeit der Chef des US-Südkommandos in Lateinamerika, Generalleutnant Dennis McAuliffe, bezüglich Somoza, daß er, obwohl er abdanken müßte, die Vereinigten Staaten »keine Absicht hatten, eine gesellschaftliche Veränderung zu erlauben, die zu einer Zerschlagung der Nationalgarde führen würde.«⁵ Dies war eine Auffassung, die bemerkenswert unsensibel gegenüber der tiefen Abscheu war, die von der großen Mehrheit des nicaraguanischen Volkes gegenüber der Garde empfunden wurde.

Die Vereinigten Staaten versuchten darüber hinaus ohne Erfolg, die Organisation der Amerikanischen Staaten OAS zu überzeugen, »Friedenstruppen« zu entsenden,⁶ einen Verband, der dem militärischen Vorrücken der Aufständischen nur im Wege gestanden haben könnte. Im benachbarten Costa Rica fand es der amerikanische Botschafter angebracht, sich bei der Regierung zu beklagen, daß Kuba ein Zentrum eingerichtet hatte, um seine militärische Unterstützung für die Sandinisten zu überwachen, was dazu führte, daß die Kubaner gezwungen waren, ihr Hauptquartier in ihr Konsulat zu verlegen.⁷

Nachdem die Sandinisten die Macht übernommen hatten, genehmigte Carter, der CIA finanzielle und andere Hilfe an ihre Opponenten.⁸ Zur gleichen Zeit drängte Washington die Sandinisten, bestimmte Männer in ihre neue Regierung aufzunehmen.⁹ Diese Politik hatte wenig Erfolg. Die Carter-Regierung lehnte es nicht ab, Nicaragua Hilfe zu geben. Ronald Reagan verwies später darauf und sagte:

»Kann irgend jemand an der Freigebigkeit und dem guten Glauben des amerikanischen Volkes zweifeln?«

Was der Präsident versäumte zu erklären:

- a) Nahezu alles von der Hilfe war an die Nichtregierungsorganisationen und den privaten Sektor, einschließlich dem Amerikanischen Institut für die Entwicklung für Freie Arbeit, der langjährigen CIA-Front, gegangen. (1981 berührte der stellvertretende Justizminister, als er vor dem Obersten Gerichtshof sprach, unbedacht die Verbindung zwischen AIFLD und CIA. Als dies von der Presse aufgegriffen wurde, sagte er nicht sehr überzeugend, daß er hypothetisch gesprochen hätte.)¹⁰
- b) Die vordringliche Motivation für die Hilfe war, die Männer der sogenannten moderaten Opposition zu stärken und den Einfluß der sozialistischen Länder in Nicaragua zu schwächen.
- c) Alle Militärhilfe wurde zurückgehalten trotz wiederholter Gesuche der nicaraguanischen Regierung wegen der Notwendigkeit für und dem Recht auf solche Hilfe¹¹ – die besiegten Nationalgardisten und andere Anhänger Somozas waren letztendlich nicht verschwunden. Sie hatten sich als »Contras« neu formiert und behielten von da an die Vorrangstellung in der Führung dieser Streitmacht.

Im Januar 1981 übernahm Ronald Reagan das Amt unter einem republikanischen Parteiprogramm, das behauptete »die Übernahme von Nicaragua durch die marxistischen Sandinisten zu bedauern.« Der Präsident ging schnell dazu über, faktisch alle Formen von Beistand für die Sandinisten einzustellen – die Eröffnungssalve für seinen Krieg gegen ihre Revolution. Der amerikanische Wal fühlte sich wieder einmal von einem Fischlein in der Karibik bedroht.

Es sind viele Maßnahmen unternommen worden: Nicaragua wurde von US-Regierungsprogrammen ausgeschlossen, die amerikanischen Investitionen und Handel fördern, Zuckerimporte von Nicaragua wurden drastisch um 90% zurückgefahren, und ohne übermäßige Sensibilität, aber mit beträchtlichem Erfolg, drängte Washington den Internationalen Währungsfond (IWF), die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB), die Weltbank und die EU, Darlehen für Nicaragua zurückzuhalten.¹² Der Direktor der IDB, Herr Kevin O'Sullivan, offenbarte später, daß die USA sich 1983 einem Darlehen zur Hilfe von nicaraguanischen Fischern entgegengestellt hatten mit der Begründung, daß das Land für ihre Boote keinen adäquaten Treibstoff habe. Eine Woche später, strich O'Sullivan heraus, »jagten Saboteure ein großes nicaraguanisches Treibstoffdepot im Hafen von Corinto in die Luft«,¹³ eine Aktion, die von einer amerikanischen nachrichtendienstlichen Quelle als »komplette CIA-Operation« beschrieben wurde.¹⁴

Washington bot jedoch 5,1 Mio. Dollar zur Unterstützung von privaten Organisationen und für die Römisch-Katholische Kirche in Nicaragua an. Dieses Angebot wurde von der Regierung zurückgewiesen, weil, wie sie sagte, »Anhörungen des Kongresses der USA offenbarten, daß die (Hilfs-)Abkommen politisch motiviert und dazu bestimmt sind, den Widerstand zu fördern und die revolutionäre Regierung zu destabilisieren.«¹⁵ Nicaragua hatte schon Mitglieder von verschiedenen vorherigen Empfänger-Organisationen wie der Moravian Church und der Oberste Rat der Privatunternehmen (COSEP) wegen Verstrickung in bewaffnete Verschwörungen gegen die Regierung festgenommen.¹⁶

Die Reagan-Regierung ließ sich nicht abschrecken. Kardinal Miguel Obando und die Katholische Kirche in Nicaragua erhielten von der CIA bis 1985 Hunderttausende Dollar an verdeckter Hilfe. Nachdem die offizielle Hilfe der US-Regierung durch den Kongreß gestoppt wurde, erhielten sie finanzielle Unterstützung – vorbei am Kongreß – durch die Operationen von Oliver North. Ein Zweck, dem Obando, wie berichtet wird, das Geld zuführte, war »religiöse Unterweisung«, um »die marxistisch-leninistische Politik der Sandinisten zu durchkreuzen.«¹⁷

Als Teil einer gemeinsamen Anstrengung, die nicaraguanische Wirtschaft des Öls zu berauben, wurden verschiedene Angriffe auf Treibstofflager durchgeführt. Contra- bzw. CIA-Operationen, die von Honduras ausgingen, sprengten auch Ölpipelines in die Luft, verminten die Gewässer von Öl-Entladehäfen und drohten, jeglichen herannahenden Öltanker zu sprengen. Mindestens sieben ausländische Schiffe wurden von den Minen beschädigt, einschließlich eines sowjetischen Tankers, bei dem, wie berichtet wird, fünf Crewmitglieder schwer verletzt wurden. Nicaraguas Häfen waren im Belagerungszustand: Mörserbeschuß von Hochgeschwindigkeits-Motorbarkassen, Luftbombardements und Raketen- und Maschinengewehrangriffe wurden durchgeführt, um Nicaraguas Exporte zu blockieren sowie das Land von Importen auszuhungern, indem ausländische Schiffe vertrieben wurde.¹⁸

Im Oktober 1983 kündigte Esso an, daß seine Tanker nicht länger Rohöl von Mexiko, dem führenden Lieferanten des Landes, nach Nicaragua fahren würden. Zu diesem Zeitpunkt besaß Nicaragua einen Lagerbestand an Öl für 10 Tage.¹⁹

Die Landwirtschaft war ein anderes vorrangiges Ziel. Angriffe von Gegnern führten zu großen Getreide-Schäden und demolierten Tabak-Trockenscheunen, Getreidesilos, Bewässerungsprojekte, Bauernhäuser und Maschinen. Brücken und Lastwagen wurden zerstört, um zu verhindern, daß Erzeugnisse transportiert werden können. Zahlreiche staatliche Bauernhöfe und Landwirtschaftsgenossenschaften wurden handlungsunfähig gemacht und das Ernten wurde verhindert. Andere, noch unversehrte Landgüter wurden wegen der Gefahr aufgegeben.²⁰

Im Oktober 1982 kündigte die Standard Fruit Company an, daß sie den gesamten Bananenbetrieb in Nicaragua und die Vermarktung des Obstes in den Vereinigten Staaten einstellen würde. Der amerikanische multinationale Konzern entließ – nachdem er sich ein Jahrhundert lang in dem Land bereichert hatte und unter Verletzung eines Vertrages mit der Regierung, der bis 1985 lief – etwa 4000 Arbeiter und ließ annäherungsweise 6

Mio. Kisten Bananen, die noch zu ernten waren und die weder transportiert werden konnten noch einen Markt hatten, verrotten.²¹

Nicaraguas Fischerei-Industrie litt nicht nur unter dem Mangel an Treibstoff für ihre Boote. Die Fischereiflotte wurde durch Minen und Angriffe dezimiert, ihre Trawler waren unbrauchbar durch den Mangel an Ersatzteilen aufgrund der Kreditblockade der USA. Das Land verlor Millionen Dollar aufgrund verminderter Schrimps-Ausfuhren.²²

Es war ein amerikanischer Krieg gegen Nicaragua. Die Contras hatten ihre eigenen unterschiedlichen Gründe, die sandinistische Regierung stürzen zu wollen. Sie brauchten von den Vereinigten Staaten nicht angestachelt zu werden. Aber bevor das US-Militär zu Tausenden in Honduras ankam und die amerikanische Festung errichtete, waren die Gegner fast ausschließlich in Angriffs- und Rückzugs-Raubüberfällen an der Grenze engagiert, Angriffe in kleinem Maßstab auf Grenzpatrouillen und Bauern, Angriffe auf Patrouillenboote und Ähnliches. Hier wurden ein paar Leute getötet, dort ein Gebäude niedergebrannt.²³ In einem solchen Krieg gab es keine Zukunft für die Gegner einer viel größeren Streitmacht. 1982 begannen dann die amerikanischen großen Geschütze einzutreffen, zusammen mit der Luftstreitmacht, den Landstreifen, den Piers, den Radarstationen, den Fernmeldezentren, die unter dem Deckmantel wiederholter gemeinsamer US-honduranischer Militärübungen gebaut wurden,²⁴ während Tausende von Contras in Florida und Kalifornien geschult wurden.²⁵

US- und »honduranische« Spionageflugzeuge, üblicherweise von Amerikanern geflogen, begannen reguläre Flüge nach Nicaragua hinein, um Bombardierungs- und Sabotageziele zu fotografieren, sandinistische Militärmanöver und Ausrüstung ausfindig zu machen, gelegte Minen aufzuspüren, militärisches Fernmeldewesen zu belauschen und das Terrain zu kartographieren. Elektronische Überwachungsschiffe vor der Küste von Nicaragua nahmen an der Verwanzung einer Nation teil.²⁶ Ein ehemaliger CIA-Analyst sagte:

»Unser Nachrichtendienst in Nicaragua ist so gut, daß wir die Toiletten in Managua spülen hören können.«²⁷

Zwischenzeitlich flogen amerikanische Piloten verschiedene Arten von Kampfeinsätzen gegen nicaraguanische Truppen und beförderten Lieferungen für Contras innerhalb des nicaraguanischen Territoriums. Mehrere Piloten wurden in ihren Maschinen abgeschossen und getötet.²⁸ Manche flogen in ziviler Kleidung, nachdem ihnen gesagt worden war, daß sie vom Pentagon verleugnet würden, wenn sie gefangengenommen werden.²⁹ Einige Contras sagten amerikanischen Kongreßabgeordneten, daß ihnen befohlen wurde, die Verantwortung für einen Bombenangriff zu übernehmen, der von der CIA organisiert und von Söldnern der Agentur geflogen wurde.³⁰ Auch honduranische Truppen wurden von der USA für blutige Angriffs- und Rückzugsoperationen nach Nicaragua hinein geschult.³¹ Wie in El Salvador wird das ganze Ausmaß amerikanischer Verstrickung in die Kämpfe niemals bekannt werden.

Die Brutalität der Contras brachte ihnen weite Bekanntheit ein. Sie zerstörten regelmäßig Gesundheitszentren, Schulen, landwirtschaftliche Genossenschaften und Gemeindezentren – Symbole des sandinistischen Sozialprogramms in ländlichen Gegenden. Menschen, die bei diesen Angriffen gefangengenommen wurden, wurden oft auf die grausigsten Arten gefoltert und getötet. Ein Beispiel, über das vom Londoner *The Guardian* berichtet wurde, ist ausreichend. In den Worten eines Überlebenden eines Angriffs in der Provinz Jinotega, die an Honduras grenzt:

»Rosa wurden die Brüste abgeschnitten. Dann schnitten sie in ihre Brust und nahmen ihr Herz heraus. Den Männern wurden die Arme gebrochen, die Hoden abgeschnitten und die Augen ausgestochen. Sie wurden getötet, indem ihnen die Kehle aufgeschlitzt und die Zunge durch den Schlitz gezogen wurde.«³²

Americas Watch, die Menschenrechtsorganisation, schlußfolgerte, »daß sich die Contras systemtisch gewalttätigem Mißbrauch widmeten [...] so allgemein, daß man sagen kann, daß es ihr hauptsächliches Mittel ist, Krieg zu führen.«

Im November 1984 gab die nicaraguanische Regierung bekannt, daß die Contras seit 1981 910 Staatsbeamte ermordet und 8000 Zivilisten getötet hatten.³³

Die Analogie ist unvermeidbar: Wäre Nicaragua Israel gewesen und der Gegner die PLO, dann hätten die Sandinisten schon lange vorher einen Bomben-Blitzangriff über die Basen in Honduras geflogen und sie vollständig ausgelöscht. Die Vereinigten Staaten hätten stillschweigend die Aktion gebilligt, die Sowjetunion sie verurteilt, aber nichts Zusätzliches unternommen, der Rest der Welt hätte die Augenbrauen hochgezogen und ansonsten wäre nichts weiter geschehen.

Nachdem in der Weltpresse über viele Greuelthaten der Contras berichtet worden war, wurde im Oktober 1984 aufgedeckt, daß die CIA für ihre Klientel ein Schulungshandbuch fertiggestellt hatte, das unter anderem zur Anwendung von Gewalt gegen Zivilisten ermutigte. In der Folge des Aufruhrs im Kongreß, der durch die Enthüllung hervorgerufen wurde, war das Außenministerium gezwungen, die terroristischen Aktivitäten öffentlich zu verurteilen. Nachrichtendienstliche Komitees des Kongresses wurden von der CIA, von gegenwärtigen und ehemaligen Führern der Gegner und von anderen Zeugen informiert, daß die Gegner tatsächlich »unbewaffnete Zivilisten, einschließlich Kinder, vergewaltigten, folterten und töteten« und daß »Gruppen von Zivilisten, einschließlich Frauen und Kinder, verbrannt, zerstückelt, geblendet und geköpft wurden.«³⁴ Diese Taten wurden von denselben Rebellen verübt, die Ronald Reagan mit seiner seltsamen Bildersprache »Freiheitskämpfer« und »moralisches Gegenstück zu unseren Gründungsvätern« nannte. (Die Rebellen in El Salvador waren nach des Präsidenten wohlüberlegter Meinung »Mörder und Terroristen.«)³⁵

Das CIA-Handbuch mit dem Titel PSYCHOLOGISCHE OPERATIONEN IN DER GUERRILLA-KRIEGSFÜHRUNG gibt Ratschläge für solchen Handlungen wie politischem Mord, Erpressung gewöhnlicher Bürger, Gewalttätigkeit des Straßenmobs, Entführung und Sprengen öffentlicher Gebäude. Wenn man in eine Stadt kommt, so sagte es, »soll man ein öffentliches Tribunal einrichten«, wo die Contras Sandinisten und ihre Sympathisanten »beschämen, lächerlich machen und demütigen«, indem sie Schlachtrufe und Spott über sie ergießen. »Wenn es nötig sein sollte, auf einen Bürger zu feuern, der versuchen würde, die Stadt zu verlassen,« sollen die Contra-Guerillas erklären, daß er ein Feind des Volkes wäre, der die Sandinisten alarmierte, die dann »Vergeltungsakte wie Vergewaltigungen, Plünderungen, Zerstörungen, Gefangennahmen und dergleichen durchführen würden.«

Den Contras wurde der Rat erteilt, den Menschen zu erklären, daß »unser Kampf nicht gegen die Staatsbürger gerichtet ist, sondern eher gegen die russischen Imperialisten.« Dies wird »die Sympathie der Landarbeiter wecken und sie werden sich uns sofort anschließen.« (Mao hätte es nicht besser sagen können.) Arbeitern sollte gesagt werden, daß »der Staat Fabriken schließen wird« und Ärzte informiert, daß »sie durch kubanische Krankenpfleger ersetzt werden.«

Wenn die Bevölkerung das Licht sieht und beginnt, gegen die Regierung aufzustehen, »sollten professionelle Kriminelle angeheuert werden, um selektive Jobs durchzuführen« wie »die Demonstranten zu einer Konfrontation mit den Behörden zu bringen, um Aufstände und Schießereien herbeizuführen, die zum Tode von einem oder mehreren Menschen führen, damit ein Märtyrer für die Sache entstand.« Andere Leute werden »mit Schlägern, Eisenstangen, Plakaten und wenn möglich kleinen Feuerwaffen bewaffnet, die sie versteckt bei sich tragen.« Noch weitere »Schocktruppen«, ausgerüstet mit Messern, Rasierern, Ketten, Schlägern und Knüppeln« werden »leicht hinter den unschuldigen und leichtgläubigen Teilnehmern marschieren«, wenn der Aufstand fortschreitet.

Schließlich informiert eine Sektion, die sich »Selektive Verwendung von Gewalt für propagandistische Zwecke« nennt, den Contra-Schüler, daß »es möglich ist, sorgfältig ausgesuchte und geplante Ziele zu neutralisieren – wie Richter von Gerichten, Polizei- und Staatssicherheitsbeamte« und andere.³⁶

Das ganze Handbuch liest sich so, wie es der westlichen Welt immer gelehrt worden ist, daß es die Art wäre, wie Kommunisten planen und indoktrinieren. Es erwies sich als äußerst peinlich für die Reagan-Regierung – nicht zuletzt, weil es unzweideutig den offiziellen Ballon zum Platzen brachte, der herumflog und die Botschaft trug, daß die Vereinigten Staaten nicht den Sturz der sandinistischen Regierung verfolgte. Doch zu diesem späten Zeitpunkt würde ein jeder, der noch glaubte, daß dies weit genug von der Realität entfernt war, es weiterhin glauben.

Beamte des Weißen Hauses und Präsident Reagan machten sich Knoten in ihre Zungen, als sie versuchten, das Handbuch zu leugnen: Das veröffentlichte Handbuch war nur ein erster Abzug, der nicht der war, der verteilt wurde, sagten sie fälschlicherweise. Das Wort »neutralisieren« bedeute nicht zu »ermorden«, nur »aus dem Amt entfernen.« Der Autor des Handbuchs war nur ein niederrangiger, unverantwortlicher »Freiberufler.«³⁷

Kurz darauf konnte man das Handbuch mit geringfügigen Änderungen wieder verteilt in Honduras finden, herausgegeben scheinbar von einer privaten amerikanischen Organisation, dem Soldier of Fortune-(Glücksritter)-Magazin.³⁸

Die CIA dürfte versucht haben, ihre Schüler mit Anschauungsmaterial zu versorgen – nach Art der Mafia. Im Juni 1983 verwies die nicaraguanische Regierung drei US-Botschaftsbeamte des Landes. Von einem wurde berichtet, er sei der Chef der CIA-Niederlassung in Managua gewesen. Sie wurden beschuldigt, ein Teil des Destabilisierungsnetzwerks der Agentur zu sein, das unter anderem versuchte, den Außenminister Miguel d'Escoto zu ermorden. Die geplante Mordwaffe war eine Flasche mit Benediktiner-Likör, die Thalium enthielt, ein Gift, das im menschlichen Körper kaum nachzuweisen ist. In einer Pressekonferenz präsentierte die Regierung Beweise, die Kopien von abgefangenen CIA-Botschaften einschlossen sowie Fotos und Videobänder von amerikanischen Diplomaten, die sich mit nicaraguanischen Beamten trafen, die vorgaben, die Verschwörung zu unterstützen.³⁹

Von der nicaraguanischen Regierung wurde zwei Monate später ein weiterer Plan, d'Escoto (der auch römisch-katholischer Priester ist) sowie andere sandinistische Beamte zu töten, vorgebracht. Ein CIA-Agent namens Mike Tock wurde beschuldigt, hinter dieser besonderen Verschwörung zu stehen.⁴⁰

Im folgenden Juni entsandte die CIA einen Teilnehmer zufolge einen gegnerischen Stoßtrupp von Honduras nach Managua, um alle neuen Kommandanten des Sandinistischen Nationaldirektoriums mit einem Schlag zu beseitigen, indem das Gebäude, in dem sie sich versammeln, gesprengt wurde. Der Trupp schaffte es bis Managua, doch der Sprengstoff kam nicht an und die Verschwörung wurde verhindert.⁴¹

Der Herr und der Kampf für Freiheit haben etwas gemeinsam: Beide gehen seltsame Wege. Wenn das Guerilla-Handbuch der CIA noch nicht als ein ausgefallenes Werkzeug der Freiheit angesehen werden würde, so doch sicherlich das Comic-Buch der Agentur. Betitelt mit HANDBUCH DES FREIHEITSKÄMPFERS wurde das 16-Seiten-Büchlein vermutlich an Contra-Streitkräfte geliefert, um es unter der nicaraguanischen Bevölkerung zu verteilen. Seine 40 Illustrationen zeigten dem Leser, wie er oder sie »Nicaragua von Unterdrückung und Elend« durch »eine Reihe von nützlichen Sabotage-Techniken« befreien könnte. Darunter waren: Toiletten mit Schwämmen verstopfen, Stromleitungen herunterreißen, Schmutz in Benzintanks füllen, Nägel auf Landstraßen und Autobahnen legen, die Polsterung von Fahrzeugen aufschneiden und durchlöchern, Bäume über Autobahnen schlagen, telefonieren, um falsche Hotelreservierungen zu machen und falschen Alarm wegen Feuer und Verbrechen zu schlagen, Lebensmittel von der Regierung stehlen und horten, Licht an- und Wasserhähne offenlassen, Post aus den Briefkästen stehlen, spät zur Arbeit gehen, sich krank melden, Kurzschlüsse in der Elektrizität erzeugen, Glühbirnen zerbrechen, Bücher aufschlitzen, Gerüchte austreuen und Überwacher und Beamte über das Telefon bedrohen.⁴²

Mindestens bis Mitte der 80er Jahre war die wichtigste offizielle Erklärung für die amerikanische Kriegsführung gegen die sandinistische Regierung – zumindest die Erklärung, die am häufigsten vorgebracht wurde –, daß eine bedeutende Menge an Militär-

lieferungen von Nicaragua an die salvadorianischen Rebellen gebracht wurde. (Die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten gleichzeitig die salvadorianische Regierung schwer bewaffnete und daß die salvadorianische Regierung den Gegnern beistand, fand keinen Eingang in Washingtons Gleichung.) Wir werden im Kapitel 54 über El Salvador sehen, wie sehr es Washington für diese Beschuldigung an Beweisen fehlte. Was auch immer für organisierte Lieferoperationen existiert haben, sie scheinen Anfang 1981 geendet zu haben. Im Januar jenen Jahres verkündete ein Minister des salvadorianischen Kabinetts, daß Nicaragua es nicht länger erlaube, sein Territorium für Schiffsladungen von Waffen zu benutzen.⁴³ Ein paar Wochen später drängte die sandinistische Regierung, alarmiert von der Aufhebung der Wirtschaftshilfe der USA, die salvadorianische Guerilla, eine politische Lösung zu suchen.⁴⁴ (Vergleichbare Gesuche wurden von den Sandinisten in den folgenden Jahren eingereicht.)⁴⁵ Im März wurde in einem Meeting von Direktor William Casey und anderen im CIA-Hauptquartier die Aussetzung der Lieferoperation bestätigt.⁴⁶

David MacMichael, der von 1981 bis 1983 der CIA diente, war ein Analyst militärischer und politischer Entwicklungen in Zentralamerika. Er wohnte einem internen Geheimdienstmeeting bei, das abgehalten wurde, um CIA-Pläne, die eine Unterstützung der Contras beabsichtigten, zu besprechen. Von diesem Treffen notierte er:

»Obwohl es das erklärte Ziel war, zu untersagen, daß Waffen nach El Salvador hineinkamen, gab es kaum irgendwelche Diskussionen wegen des Waffenhandels [...] Ich konnte diesen Mangel erst Monate später verstehen, als ich bemerkte – wie jeder sonst – daß das Verbot von Waffen niemals ein ernsthaftes Ziel gewesen war.«

Der ehemalige CIA-Mann sagte, daß er Zugang zu den sensibelsten Nachrichten über Nicaragua gehabt hatte, einschließlich Waffenverschiffungen nach El Salvador, aufgrund deren er schlußfolgerte, daß »die Regierung und die CIA systematisch die Verstrickung Nicaraguas in die Waffenlieferungen an die salvadorianischen Guerillas falsch dargestellt hatten, um (ihre) Bemühungen, die nicaraguanische Regierung zu stürzen, zu rechtfertigen.«⁴⁷ Für einen Mann, der zehn Jahre als Offizier im US-Marine-Corps verbrachte und vier Jahre als Anti-Aufstands-Experte in Südostasien arbeitete – zusätzlich zu seinem Dienst bei der CIA – kam David MacMichael in seiner politischen Anschauung bezüglich die US-Außenpolitik in Lateinamerika zu höchst verwunderlichen Erkenntnissen.

Wir haben die Kontrolle und wollen sie nicht verlieren. Die Ideologie des Antikommunismus liefert immer die Begründung, obwohl das geradezu pathologisch ist. Dann haben Sie eine ganze Generation von Leuten, die in einem außenpolitischen Establishment großgezogen worden sind und sich auf diese Region spezialisiert haben, und die seit 25 Jahren am Morgen aufgestanden sind und gesagt haben: »Heute kriegen wir diesen Bastard Castro.«⁴⁸

Das Versäumnis der Vereinigten Staaten, große nicaraguanische Spuren auf der salvadorianischen Landschaft zu hinterlassen, brachte den allgegenwärtigen Oliver North offensichtlich dazu, zu versuchen, einige künstliche Fußspuren in den Boden zu setzen. 1988 sagte José Blandón, ein ehemaliger enger Berater von Panamas Verteidigungschef und De-facto-Herrscher General Manuel Noriega, daß North 1986 eine geheime Operation in Gang gebracht hatte, die Panama dazu veranlaßte, eine große Schiffsladung an Waffen und Fahrzeugen aus dem Ostblock zu arrangieren, die in El Salvador abgefangen und fälschlicherweise mit den Sandinisten in Verbindung gebracht werden konnten. Die Anstrengung entlud sich im Juni, als das Schiff, das die Militärgüter transportierte, zwei Tage nachdem die *New York Times* einen Artikel über die illegalen Aktivitäten von Noriega veröffentlicht hatte, von Beamten von Panama beschlagnahmt wurde.⁴⁹

Washingtons zweite Erklärung, die für ihre Politik vorgebracht wurde, schien diejenige zu sein, welche aussagte, daß Nicaragua eine militärische Bedrohung für andere mittelamerikanische Länder sei – nicht einfach nur für die Stützpunkte in Honduras, die eine tägliche, kalkulierte Provokation waren – sondern für Honduras selbst und andere Staaten in der Nähe. Man konnte auf nicht viel zurückgreifen, denn Nicaragua hatte faktisch keine Luftstreitmacht – und es wäre selbstmörderisch gewesen, irgend jemanden anzugreifen ohne eigene Luftabwehr –, noch weniger eine Marine, und ihre Panzer wa-

ren nachweislich ungeeignet für das Terrain von Honduras.⁵⁰ Außerdem hatten die Sandinisten keinen triftigen Grund für eine Invasion. Es ist fraglich, ob die Männer vom Außenministerium die Geschichte selbst glaubten – mehr als es die angeblichen benachbarten Ziele taten. Bei der Konferenz für Journalisten in Costa Rica 1985 sagte der costa-ricanische Minister für Information, Armando Vargas, freudig: »Niemand hier erwartet ernsthaft, daß Nicaragua uns überfällt.« – »Und auch in Honduras tut das niemand,« sagte Manuel Gamero, der Hauptherausgeber von *Tiempo*, einer der führenden Zeitungen des Landes.⁵¹

An anderen Tagen wurden uns weitere Gründe genannt, warum die Sandinisten in die Schranken verwiesen werden mußten. Dies könnte beabsichtigt gewesen sein, um den Panamakanal zu schützen oder »die freie Verwendung der Seestraßen im karibischen Bassin und dem Golf von Mexiko.« (Die Gefahr für die Seewege ist von Washington in den letzten 40 Jahren für jede Ecke auf dem Globus genannt worden, doch kein einziges Mal hat sie Gestalt angenommen.) Es kann aber auch die Bedrohung durch ein »anderes Kuba« oder ihre Folgeerscheinungen, »ein sowjetischer Brückenkopf« in der Region, gewesen sein. Diese Warnungen kamen zusammen mit Bildern – eine Ausstellung von Luftaufnahmen von Nicaragua, die »Militärbaracken im kubanischen Stil« zeigten, ein Gelände für Leibesübungen im sowjetischen Stil mit Stangen für Klimmzüge und andere Arten von Ausrüstung, die der Stärkung von Kräften dienten. Außerdem war auch eine Aschenbahn abgebildet und – das verdammenswerteste von allem – eine sandinistische Garnison, die die rechteckige Standardanordnung hat, wie wir sie in Kuba gesehen haben.«⁵² Überlaßt es diesen listigen Castro-Anhängern, ein rechteckiges Gebäude zu ersinnen!

»Das strategische Ziel ist ein einfaches«, behauptete Patrick Buchanan, Reagans Direktor für Fernmeldewesen. »Wer braucht Mittelamerika mehr – der Westen oder der Warschauer Pakt?«⁵³

Fidel Castro hatte keinerlei Zweifel. Bei mindestens zwei Gelegenheiten drückte er in gewählten Worten seine Frustration und seinen Ärger über die Sowjetunion aus, denn diese half Nicaragua nicht hinreichend. Außerdem registrierte er wenig begeistert das, was er als Rußlands schwache und unentschiedene Antwort auf den amerikanischen Druck auf die sandinistische Regierung sah, selbst angesichts eines russischen Schiffs, das von CIA-Minen beschädigt wurde. Der kubanische Führer versäumte es, der Beisetzung des sowjetischen Führers Tschernenko im März 1985 beizuwohnen und unterschrieb nicht im Kondolenzbuch in der sowjetischen Botschaft in Havanna, offensichtlich um sein Mißfallen gegenüber der sowjetischen Politik zum Ausdruck zu bringen. Ein sowjetischer Diplomat antwortete:

»Es ist selbstverständlich unsere Priorität, die Beziehungen mit unseren Gegnern zu verbessern. Wir müssen nach einem Gleichgewicht mit den USA suchen, so werden wir natürlich (den Kubanern) sagen: Beruhigt Euch, wir sind nicht daran interessiert, die Situation in Angola und Nicaragua zu verschärfen.«⁵⁴

»In den Think-Tanks und den akademischen Instituten in Moskau, wo die sowjetische Politik gegenüber Mittelamerika diskutiert und debattiert wird [...]«, berichtete der Londoner *Guardian*, wird die Betonung auf Dialog und Verhandlung gelegt. Und wenn die Sowjetunion in einem mit den Vereinigten Staaten übereinstimmt, so darin, daß es »keine weiteren Kubas« geben sollte, eine Anspielung auf die schwere wirtschaftliche und politische Bürde, die Kuba über die Jahre Moskau auferlegt hatte.⁵⁵

Oliver North hatte auch nicht den geringsten Zweifel darüber, wer Mittelamerika mehr wollte. Der Oberstleutnant sagte zu einem der privaten amerikanischen Contra-Geldgeber:

»Rußland würde sich uns niemals entgegenstellen, um Nicaragua zu retten.«⁵⁶

Noch war Polen im Zweifel. Die Mitglieder des Warschauer Paktes verkauften Waffen an die Contras, so wie es das kommunistische China tat.⁵⁷

1987 bot der sowjetische Führer Gorbatschow an, die sowjetische Militärhilfe an Nicaragua einzustellen, wenn die Vereinigten Staaten ihre militärische Unterstützung für die

Contras aufgeben. Reagan bestätigte, daß Gorbatschow dieses Thema bei ihm aufgeworfen habe. Doch es gibt keinen Hinweis dafür, daß der Präsident dem in irgendeiner Art gefolgt wäre.⁵⁸

Im Januar 1983 begann die sogenannte Contadora-Gruppe, zusammengesetzt aus Mexiko, Panama, Kolumbien und Venezuela, sich regelmäßig zu treffen, um die unruhigen Gewässer in Mittelamerika zu beruhigen. Unter Ablehnung der Vorstellung, daß die Konflikte in der Region als Teil einer Ost-West-Konfrontation gesehen werden sollten oder könnten, konferierten sie mit allen beteiligten Nationen, einschließlich den Vereinigten Staaten. Die komplexen und langwierigen Diskussionen riefen schließlich einen 21-Punkte-Vertrag ins Leben, der sich mit den strittigsten Themen auseinandersetzte: Bürgerkrieg, Intervention, Wahlen und Menschenrechten. Washington, selbst kein Unterzeichner des Abkommens, doch offensichtlich unerlässlich für die Durchführung des Vertrags, drängte Managua zu unterschreiben, teilweise für den heimischen Gebrauch – Unterstützung des Kongresses für die Nicaragua-Politik und die Präsidentschaftswahlen 1984 – und teilweise, um fähig zu sein, Nicaragua zu verhöhnen. Washington sagte, daß dieser Vertrag das Land zu einer Demokratie machen und ihren »Revolutionsexport« aufhalten würde.

Sehr zur Überraschung Washingtons verkündete Nicaragua dann am 07.09.1984 seine Absicht, den Vertrag zu unterzeichnen. Bis zu diesem Moment hatten die Vereinigten Staaten nicht öffentlich die Bestimmungen des Vertrages kritisiert, doch nun fing Washington gleich an, erwähnte Bestimmungen zu bemängeln und nach Veränderungen zu verlangen. Das Außenministerium erklärte, daß die Contadora-Gruppe »nicht sagen will, daß dies (Vertragsdokument) das Ende des Prozesses sei«, aber ein hochrangiger Diplomat einer der Contadora-Länder bestand darauf, daß »jeder es von Anfang an als endgültiges Dokument behandelt hatte«, so wie es die US-Repräsentanten getan hatten.⁵⁹

Was Washington an dem Vertrag alarmiert hatte, waren seine Bestimmungen über die Entfernung aller ausländischen Militärstützpunkte aus allen Ländern, Restriktionen für ausländisches Militärpersonal und militärische Übungen und ein Verbot der Hilfe für aufständische Streitkräfte, die eine Regierung zu stürzen suchen. Es war genug, um eine interventionistische Macht aus dem Geschäft zu bringen.

Die Vereinigten Staaten lehnten es ab, das Abkommen abzusegnen. Der Abgeordnete Michael Barnes, Vorsitzender des Westliche-Hemisphäre-Subkomitees für ausländische Angelegenheiten im Parlament, kommentierte:

»Die Einwände der Regierung gegen den Vertrag bekräftigen meinen Glauben, das sie niemals irgendein wirkliches Interesse an einer verhandelten Beilegung gehabt hat.«⁶⁰

Nach der Ankündigung von Managua gaben Beamte des Außenministeriums zu, daß sie besorgt waren, daß Barnes »die Bemühungen der Regierung untergraben könnte, die Sandinisten als die wichtigste Quelle von Spannungen in Mittelamerika darzustellen.« Einige Beamte argumentierten, daß einer Reise, die vom sandinistischen Führer Daniel Ortega nach Los Angeles geplant war, »nicht zugestimmt werden sollte, unter anderem um Herrn Ortega und die Sandinisten dafür zu bestrafen, daß sie den Contadora-Friedensvorschlag akzeptiert hatten.«⁶¹ Nicaraguas Wille, den Vertrag zu unterzeichnen, wurde als »eine Propaganda-List« etikettiert.⁶²

Einen Monat später konnte ein internes Papier des Nationalen Sicherheitsrates verzeichnen, daß die Vereinigten Staaten durch intensive Lobby-Anstrengungen die Annahme des Vertrages, so wie er geschrieben war, »wirksam blockiert« hatten.⁶³ Während der folgenden drei Jahre suchte die Reagan-Regierung erfolgreich, die Friedensgespräche unter der Contadora-Gruppe zu durchkreuzen, denn die Gespräche verkomplizierten die Versuche der Regierung, im Kongreß Geld für die Contras zu bekommen. Außerdem wirkten sie gegen ihr Hauptziel, nämlich die nicaraguanische Regierung zu stürzen.⁶⁴

Der Nationale Sicherheitsberater John Poindexter ließ den starken Mann in Panama, General Manuel Noriega, wissen, daß die Vereinigten Staaten Panamas Rolle im Conta-

dora-Prozeß nicht schätzten und schlugen vor, daß Noriega zurücktreten solle. Als Noriega ablehnte, kürzten die USA 40 Mio. Dollar Wirtschaftshilfe. Im Juni 1986 dann unterrichteten Washingtoner Beamte amerikanische Journalisten über Noriegas Verstrickung in Drogenhandel und Geldwäsche. So wurde ein CIA-Klient von gutem Ruf in den Vereinigten Staaten plötzlich zum Öffentlichen Feind Nr. 1. (Ähnlich ging es im Jahre 1985 vor sich, als der honduranische Präsident Roberto Suazo Schiffsladungen mit Hilfslieferungen an die Contras behinderte und die USA ein Hilfspaket nach Honduras blockierten und einigen Schmutz über Suazo durchsickern ließen.)

Im Februar 1986 drohten die USA Mexiko – dem aktivsten Mitglied der Contadora-Gruppe zusammen mit Panama – wenn es im Kongreß für den Contadora-Prozeß werben würde, die Regierung in den bevorstehenden Wahlen ihre Unterstützung der oppositionellen Nationalen Aktionspartei (PAN) geben würde. Der überzeugte Contragate-Aktivist Carl Channel sagte später Vertretern der PAN, daß Reagan ihnen helfen würde, wenn sie den Contras helfen (Anm.: Contragate/Irangible ist der Name der amerikanischen Medien für einen Skandal – trotz Verbotes des Kongresses, die Contras zu finanzieren, Unterstützer und Möglichkeiten zu finden, Gelder für sie zu sammeln – nicht immer legal). In einem äußerst ungewöhnlichen Schritt traten Regierungsbeamte im Mai vor den Kongreß, um die mexikanische Regierung wegen Korruption, Drogenhandel und wirtschaftlichem Mißmanagement zu denunzieren.⁶⁵

Im August 1987 wurde ein »Mittelamerikanischer Friedensvertrag«, der von Präsident Oskar Arias von Costa Rica als Nachfolger des erfolglosen Contadora-Prozesses entworfen wurde, von El Salvador, Honduras, Guatemala, Nicaragua und Costa Rica unterzeichnet. Seine Hauptbestimmungen betreffs ausländischer Militärinterventionen waren denen in den verschiedenen Contadora-Versionen ähnlich.

Die Reagan-Regierung jedoch hatte ihr Herz immer noch an den militärischen Sieg verschenkt. Gemäß ehemaligen Beamten wollten einige in der Regierung das Scheitern der Friedensgespräche, die unter dem Arias-Plan einberufen wurden, sehen.⁶⁶ Der Krieg in Nicaragua ging weiter.

Das von der Reagan-Regierung am meisten vorgebrachte Argument, seine Ablehnung zu erklären, ein Contadora-Abkommen 1983 und 1984 zu akzeptieren, war, daß Nicaragua nicht vorbereitet wäre, eine wirklich freie Wahl, wie sie in dem Vertrag verlangt wurde, abzuhalten. Washington etikettierte die Wahl, die im November 1984 stattfand und die die Sandinisten mit einem 2:1-Vorsprung gewannen, als »Fälschung.«

Anscheinend können nach den (fehlerhaften) Standards von westlichen Wahlen die nicaraguanischen Wahlen nicht sehr fehlerhaft sein. Für die Standards von Lateinamerika waren sie ein wahrhaftes Muster an Demokratie. Die Tatsache, daß in Zusammenhang mit den Wahlen von keinen Toten berichtet wurde, machte sie ziemlich einmalig für Lateinamerika. Durch das Auftauchen von kleinen Parteien auf den Stimmzetteln in jedem Departement (Staat) der Nation unterschied sie sich von der typischen Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten.

Die Wahl stand allen Parteien und Kandidaten offen. Es wurde von keinem Betrug bei den Wahlgängen berichtet. Sie wurde, wie erzählt wird, von 400 Ausländern aus 40 verschiedenen Ländern beobachtet. Am Wahltag konnte die *Washington Post* berichten:

»Selbst US-Diplomaten hier erkennen an, daß die Sandinisten den Ausdruck eines weiten Spektrums von politischen Sichtweisen erlaubt haben, einschließlich einiger, die der Regierung ziemlich kritisch gegenüberstanden. Die Sandinisten entlasteten die einzige Oppositionszeitung, La Prensa, zu Beginn der Kampagne von Zensur. Die staatlichen Fernseh- und Radiosender haben – obwohl begrenzt – den kleinen, aber lautstarken Oppositionsparteien Sendezeit gegeben, ihre Sache vorzutragen.«⁶⁷

Washingtons Kritik an der Wahl konzentrierte sich auf den Boykott dieser Wahlen durch die Demokratische Koordinationsallianz (DCA), eine bedeutende Koalition von Oppositionsgruppen, denen Arturo Jose Cruz vorsah. Cruz und seine Anhänger wurden oftmals durch Ansammlungen von Menschen vertrieben, wenn sie öffentlich auftraten.

Bei verschiedenen Gelegenheiten wurden Cruz und seine Anhänger körperlich von Menschenmengen aufgerieben, wenn sie in der Öffentlichkeit auftraten, und bei mindestens einer Gelegenheit wurde berichtet, daß viele der Protestierer in Regierungsfahrzeugen in die Stadt gebracht worden waren. Ob die Sandinisten bewußt beabsichtigten, Cruz aufzureiben oder ihn entmutigen wollten, als Kandidat aufzutreten, ist nicht klar. Offensichtlich ist, daß die Regierung viel mehr zu verlieren als zu gewinnen hatte, wenn sie die DCA aus dem Wahlgang fernhielt. Auf alle Fälle scheint eine Beschränkung seiner Aktivitäten kurzlebig gewesen zu sein und war kein Stolperstein für Cruz Kandidatur. Der von der DCA am beharrlichsten vorgebrachte Einwand bestand darin, daß für die Kampagne nicht genügend Zeit eingeplant gewesen war.

Die Chronologie der Vorfälle ist wie folgt: Das Wahldatum des 04.11.1984 wurde am 21.02.1984 verkündet. Im Mai 1984 wurde die Registrierung von Parteien und Kandidaten für den 25.07.1984 festgesetzt. Zu dieser Zeit waren sieben Parteien registriert: Die Sandinisten, drei Parteien, die man als links von ihnen ansehen konnte, und drei rechts von ihnen.⁶⁸ Die DCA lehnte es ab, sich registrieren zu lassen, und Cruz kündigte an, daß er nicht als Kandidat auftreten werde, wenn die Regierung nicht einen Dialog mit den Contras eröffnen würde. Als ob die Contras dies einige Zeit heftig verlangt hätten, nur um von der Regierung zurückgewiesen zu werden. Die DCA ließ diese Forderung drei Wochen später fallen und sagte, daß die Contras ihnen gesagt hätten, sie würden sich mit jedem Vertrag zufriedengeben, der zwischen der Partei und der Regierung zustande kommt.⁶⁹ Das Versäumnis, sich registrieren zu lassen – das sollte erwähnt werden – existierte bereits, bevor irgendein besonderes Bedrängen stattgefunden hatte.

Cruz behauptete zu dieser Zeit, daß die Bevölkerung über fünf Jahre von der Regierung so sehr indoktriniert worden sei, daß die Opposition keine Chance mehr hätte⁷⁰ – eine Beschuldigung, die mit Gültigkeit von einer Opposition jeden Landes der Welt aufgestellt werden konnte.

Am Tag der Registrierung trafen sich verschiedene Helfer von Cruz mit der Regierung und baten um eine Verlängerung der Frist für die Registrierung⁷¹ – ein Schritt, der vielleicht einen Riß in den DCA-Reihen anzeigte. Die Sandinisten lehnten zunächst ab, verkündeten dann aber am 22.09.1984, daß die Registrierung bis zum 01.10.1984 verlängert werden würde. Die DCA versäumte es erneut, sich registrieren zu lassen und sagte, daß der Wahltermin von November 1984 auf Januar 1985 verlegt werden müsse.⁷² Die Sandinisten hatten den Verdacht – und sprachen ihn offen aus –, daß die DCA wußte, daß sie in jedem Fall verlieren würde und daß sie sich auf Geheiß der Vereinigten Staaten von der Wahl fernhielt, um den gesamten Prozeß in Frage zu stellen. Im August 1984 hatten einige von Cruz Hintermännern tatsächlich gesagt, daß sie hofften, »die Wahlen zu diskreditieren und die Sandinisten zu zwingen, politische Zugeständnisse zu machen.« – »Was wir wirklich brauchen«, erklärten sie, »ist Arturo im Gefängnis.«⁷³

Ein unmißverständliches Zeichen, daß die CIA bei den Wahlen ihre Hand im Spiel hatte, waren die ganzseitigen Anzeigen, die im August 1984 in Zeitungen in Venezuela, Costa Rica und Panama erschienen. Gezeichnet von einer fingierten Organisation namens »Freunde von Thomas Borge«, versuchten die Anzeigen, die sandinistische Führung zu spalten, indem sie Borges Kandidatur mehr als die von Daniel Ortega, der bereits als sandinistischer Kandidat gewählt war, förderten. »Weder Ortega noch Cruz!« proklamierten die Anzeigen.⁷⁴

Als Entlohnung für ihre Teilnahme an der Wahl stellte die DCA ständig einen Antrag nach dem anderen bezüglich der Wahlverfahren. Am 21.09.1984 berichtete die *New York Times*, daß die Opposition gesagt hatte, die Sandinisten hätten substantielle Zugeständnisse gemacht und daß der einzige Hauptvorschlag, der noch blieb, darin bestand, die Wahlen auf Januar 1985 zu verlegen. Dies wäre wichtig, sagte die DCA, weil die Kampagne nicht ernsthaft hätte begonnen werden können, bevor man sich auf bestimmte Dinge geeinigt habe. Die Position der Regierung war, daß sie der Verlegung nur dann zustimmen würde – zum einen ein großes Zugeständnis und zum anderen auch Umstände –, wenn die DCA eine Waffenruhe mit den Contras arrangieren würde. Die Partei antwortete, daß sie nicht die Macht hätte, derartiges zu tun. Die Verhandlungen gingen

mit vielen verwirrenden und widersprüchlichen Berichten, die aus den Gesprächen rührten, den ganzen Oktober 1984 hindurch weiter, bis schließlich die Zeit ablief.

Die Vereinigten Staaten hätten sicherlich eine Waffenruhe arrangieren können, wenn sie interessiert gewesen wären, die Verpflichtung der Sandinisten auf das zu prüfen, was Washington eine freie Wahl nennen würde. Daß die USA ein solches Interesse hatten, ist fraglich im Lichte dessen, was die *New York Times* zwei Wochen vor der Wahl offenbarte:

»Die Reagan-Regierung kritisiert öffentlich die Wahl am 4. November in Nicaragua als ›Farce‹, hat aber gemäß einem hochrangigen Regierungsbeamten gleichzeitig hinter verschlossenen Türen gegen die Teilnahme des führenden Oppositionskandidaten argumentiert, aus Angst, daß seine Beteiligung den Wahlprozeß legitimieren könnte. Als sich die amerikanische Politik seit Mai 1984 gegen die Wahl bildete, wollte die Regierung entweder, daß der Kandidat der Opposition, Arturo Jose Cruz, nicht in das Rennen eintritt, oder, wenn er es tue, sich vor der Wahl zurückziehe und behaupte, daß die Bedingungen unfair sind, sagten die Beamten. ›Die Regierung zog niemals ernsthaft in Erwägung, Cruz im Rennen zu lassen‹, sagte ein Beamter ›weil die Sandinisten dann behaupten konnten, daß die Wahlen legitim waren, was es den Vereinigten Staaten wesentlich schwieriger gemacht hätte, sich der Regierung von Nicaragua entgegenzustellen.«

Verschiedene Regierungsbeamte, die mit den Aktivitäten der Regierung in Nicaragua vertraut sind, und die Central Intelligence Agency (CIA) hatten mit einigen von Cruz Anhängern zusammengearbeitet, um sicherzustellen, daß sie gegen jedes mögliche Abkommen für seine Teilnahme an der Wahl Einspruch erheben würden.⁷⁵

Wenige Tage vor der Wahl behaupteten einige der an der Wahl beteiligten rechtsgerichteten Parteien, daß US-Diplomaten sie gedrängt hätten, aus dem Rennen auszuscheiden.⁷⁶ Eine von ihnen, die Unabhängige Liberale Partei, hatte bereits angekündigt, daß sie nicht mehr am Wettbewerb teilnahm.

Nachdem sie den Plan der Regierung, die Glaubwürdigkeit der Wahl zu sabotieren, entblößt hatte – einen Plan, der sich auf Arturo Cruz konzentrierte –, und nachdem sie das obengesagte über Parteien, die gedrängt wurden, bei der Wahl nicht anzutreten, berichtet hatte, veröffentlichte die *New York Times* nach den Wahlen unerklärlicherweise einen Leitartikel, der unter anderem sagte:

»Nur die Naiven glauben, daß die Wahl am Sonntag in Nicaragua demokratisch und ein legitimierender Beweis für die Popularität der Sandinisten war [...] Die Sandinisten machten es einfach, ihre Wahl als Fälschung abzulehnen. Ihr entscheidender Akt war, die Verhandlungen mit Antonio Cruz abzubrechen, einem Demokraten der Opposition, dessen Kandidatur einen glaubwürdigeren Wettbewerb erzeugt hätte. [...] Die Opposition [...] war schließlich auf vier kleine linksgerichtete Gruppen und Gruppen von zwei traditionellen Parteien zusammengeschrumpft. So und nach fünf Jahren unangefochtener Macht scheinen die Sandinisten weniger als zwei Drittel der Stimmen gewonnen zu haben.«⁷⁷

Der amerikanische Botschafter in Costa Rica verglich Nicaragua unter den Sandinisten mit »einem verseuchten Stück Fleisch«, das »Insekten« anzieht.⁷⁸ Präsident Reagan nannte das Land ein »totalitäres Verlies«⁷⁹ und bestand auf der Ansicht, daß das Volk von Nicaragua mehr unterdrückt wurde als Schwarze in Südafrika.⁸⁰

Mitglieder der Kissinger-Kommission für Mittelamerika wiesen darauf hin, daß Nicaragua unter den Sandinisten so schlecht oder schlechter war als Nicaragua unter Somoza. Henry Kissinger glaubte, daß es so schlecht oder schlechter als Nazideutschland war.⁸¹ Reagan stimmte dem zu – er verglich die Lage der Contras mit Großbritanniens Stellung gegen Deutschland im zweiten Weltkrieg.⁸²

»Mittelamerika«, vermerkte Wayne Smith, ein ehemaliger Chef der US-Interessen-Sektion in Havanna, »übt jetzt auf die amerikanische Außenpolitik den gleichen Einfluß aus wie der Vollmond auf Werwölfe.«⁸³

So allesverschlingend und unnachgiebig war der Haß, daß Kissinger verlangte, daß der amerikanische Botschafter in Nicaragua abgezogen wird – bloß weil er berichtet hatte,

daß die sandinistische Regierung »recht gute Leistungen in solchen Bereichen wie Erziehung erbringt.«⁸⁴ In den Nachwehen der schrecklichen Verwüstung in Nicaragua, die der Hurrican Joan im Oktober 1988 mit sich brachte, lehnte es die Reagan-Regierung ab, Hilfe zu schicken oder privaten amerikanischen Organisationen zu helfen, dies zu tun.

So eifrig war das Außenministerium dabei, die Sandinisten in internationale Parias zu verwandeln, daß es der Welt ohne irgendwelche Beweise sagte, daß Nicaragua Drogen exportiere, daß es antisemitisch sei und daß es brasilianische Guerillas schule.⁸⁵ Als die CIA aufgrund der behaupteten sandinistischen Drogen-Verbindung bedrängt wurde, nahm sie von der Behauptung der Regierung Abstand.⁸⁶

Außenminister Alexander Haig nahm Bezug auf ein Foto von brennenden Leichen und erklärte es zu einem Beispiel für die »abscheulichen völkervernichtenden Aktionen, die von der nicaraguanischen Regierung gegen die Miskito-Indios unternommen wurden. Wir erfuhren später, daß das Foto von 1978 stammte – aus Somozas Zeit.⁸⁷

Abscheu von dieser Größenordnung mußte institutionalisiert werden. So kam es, daß 1983 ein Büro für öffentliche Diplomatie (**Office of Public Diplomacy**) eingerichtet wurde, nominell im Außenministerium, aber als Waffe des Nationalen Sicherheitsrates operierend. Das OPD wurde von einem US-Beamten charakterisiert als »eine riesige psychologische Operation von der Art, die das Militär durchführt, um die Bevölkerung in einem nicht anerkannten oder feindlichen Territorium zu beeinflussen.«⁸⁸ Nur daß in diesem Falle das amerikanische Volk die Bevölkerung war. Der stellvertretende Direktor des OPD, Oberst Daniel Jacobowitz, ein militärischer »psychologische-Operationen«-Spezialist, beschrieb die Medien-Kampagne in einem »vertraulich-hochsensiblen« Strategiepapier im März 1985:

»Durchgehendes Thema: Die Nicaraguanischen Freiheitskämpfer (NFF – Nicaraguan Freedom Fighters) sind Kämpfer für die Freiheit in amerikanischer Tradition, FSLN (Sandinisten) sind böse.«⁸⁹

Aus dem OPD-Desinformationsfließband, immer aktiv dank dem Einfallsreichtum von Oliver North, kamen Berichte über Nicaragua, das angeblich chemische Waffen kaufe, Mitglied in einer »Iran-Nicaragua«-Verbindung (nicht zu verwechseln mit der realen US- bzw. Oliver-North-Iran-Verbindung, von der wir später erfuhren) sei. Außerdem waren das sandinistische Massaker an 50 politischen Gefangenen, eine »sowjetische MIGs in Nicaragua«-Ente sowie einige andere irreführende Behauptungen Inhalt dieser Berichte.⁹⁰

Meinungsäußerungen und »Nachrichten«-Berichte, von OPD-Mitarbeitern oder Subunternehmern vorbereitet, wurden in Hauptmedienanstalten unter die Signatur von Contraführern oder scheinbar unabhängigen Wissenschaftlern gesetzt. Diese Berichte erweckten den Eindruck, eine unabhängige Bestätigung für Behauptungen des Weißen Hauses zu liefern, während andere Materialien an Tausende von Universitätsbibliotheken, Fachbereiche, Leitartikler und religiöse Organisationen geliefert worden sind. Öffentlichkeitsarbeitsexperten aus dem privaten Sektor, Lobbygruppen und Think Tanks wurden ebenfalls dieser Sache verpflichtet und bezahlten hohe Steuergelder, um die OPD-Notizbücher zu fördern. Nach eigener Feststellung der OPD veränderte ihre Arbeit die öffentliche Meinung und die Einstellung des Kongresses nachhaltig, was unter anderem dazu führte, daß man dort im Juni 1986 die Genehmigung von 100 Mio. Dollar für Contra-Hilfe gewann.

In einer rationalen Untersuchung wäre es angebracht herauszufinden, was die Sandinisten getan hatten, um es den Vereinigten Staaten unmöglich zu machen, friedlich mit ihnen zu leben. David MacMichael beobachtete, daß es keinen *casus belli* (Rechtfertigung für den Krieg; Anm. d. Übers.) zwischen den zwei Ländern gab:

»Es gibt keine Beispiele für US-Bürger, die dort getötet worden wären. Ohne angemessenes Verfahren und Kompensation ist kein US-Eigentum enteignet worden. Diese Leute sind so rückständig, daß sie sich nicht einmal damit auseinandergesetzt haben, irgendwelche amerikanischen Priester oder Nonnen zu töten. Heute

kann das jedes halbwegs respektable Land in der Welt tun, aber die Sandinisten scheinen damit nicht klarzukommen.«⁹¹

Was die Vereinigten Staaten der nicaraguanischen Revolution antaten ist offensichtlicher.

Die nicaraguanische Gesellschaft zu verändern, selbst wenn man dies ungestört tun könnte, wäre in jedem Fall mühselig gewesen. Die Sandinisten erbten ein Land von erdrückender Armut – in fast jeder Hinsicht rückständig. Es gab, wie berichtet wird, nur zwei Aufzüge in Nicaragua. Nicaragua litt unter einer Auslandsschuld von 1,6 Billion Dollar, die man entschied einzulösen – mit der Ausnahme von Geld, das man Israel und Argentinien für Waffenlieferungen an Somoza schuldete.⁹²

Dann erfolgten die negativen amerikanischen Reaktionen auf den Außenhandel und den Kredit, auf Industrie und Landwirtschaft und ein Krieg, der die Regierung dazu zwang, einen zunehmenden Teil seines nationalen Budgets und eine ungewöhnliche Menge seiner Arbeitskräfte der Kriegsführung und der Sicherheit zu opfern. 1980 war die Hälfte des nationalen Haushalts der Gesundheit und Erziehung zugeteilt worden. Die Militärausgaben machten etwa 18% aus.⁹³ 1987 verschlangen die militärischen Anstrengungen mehr als die Hälfte des Haushalts, Gesundheit und Erziehung hingegen weniger als 20%.

Was eine Steigerung des Ganzen darstellte: Das Kapital zog nach der Revolution weitgehend ab. Die Mittelklasse verließ das Land. Die, die noch da blieben, verübten Sabotage,⁹⁴ welche in einer Gesellschaft, in der der größte Teil des Geschäftslebens und der landwirtschaftlichen Betriebe noch in privaten Händen war, leicht durchzuführen war. Die nicaraguanische Gesellschaft glich einem Chaos: Eine Spur der Ineffizienzen und Kürzungen aller Art war auszumachen. Taxis, Busse und Maschinen, die wegen des Mangels an amerikanischen Ersatzteilen kaum funktionierten, das Versäumnis, den großen Erwartungen der Bevölkerung zu entsprechen, gemildert nur teilweise durch den Fortschritt in der Agrarreform, dem Gesundheitswesen, Kenntnis des Lesens und Schreibens und anderer Sozialprogramme. Viele, die für die Revolution empfänglich gewesen waren, drifteten weg – manche in den Protest und die Opposition.

Ein Mensch wird aus einer Vielzahl von ideologischen oder persönlichen Gründen von einer sozialen Revolution abgeschreckt oder zu ihr hingezogen. Alle müssen mit Vorsicht gehandhabt werden. Der prominenteste Abtrünnige der Sandinisten, Eden Pastora, erklärte unter (halb zusammenhängenden) politischen Äußerungen:

»Sie (die Sandinisten) greifen mich wegen meines Erfolgs bei Frauen an, aus Eifersucht, weil sie alle absonderlich sind und ich es mit ihren Frauen treiben kann.«⁹⁵

»Wenige US-Beamte glauben jetzt, daß die Contras die Sandinisten bald hinaustreiben können« berichtete der *Boston Globe* im Februar 1986. »Regierungsbeamte sagten, sie seien zufrieden zu sehen, wie die Contras die Sandinisten schwächen, indem sie sie zwingen, die knappen Ressourcen für den Krieg und nicht für die sozialen Programme zu verwenden.«⁹⁶

Vierzig Jahre antikommunistischer Indoktrination unter Somoza und amerikanischem kulturellem Einfluß hatten auch ihre Spuren hinterlassen. Ein Anhänger der Regierung drückte es so aus:

»Sag einem nicaraguanischen Fabrikarbeiter, daß wir ein System aufbauen, in dem die Arbeiter die Produktionsmittel kontrollieren, in dem das Einkommen zum Nutzen des Proletariats verteilt wird, und er wird sagen »Ja – das ist es, was wir wollen.« Nenn es Sozialismus, und er wird Dir sagen, daß er kein bißchen davon will. Sag einem Landarbeiter – bei dem das Problem der politischen Erziehung noch akuter ist –, daß es bei der Revolution allein darum gehe, die Macht der großen Latifundistas (Großgrundbesitzer) zu zerstören, daß die Agrarreform und die Alphabetisierungskampagne die Landarbeiterschaft in politische Entscheidungen mit einbeziehen wird, und er wird enthusiastisch sein, er wird anerkennen, daß dies richtig und gerecht ist. Erwähne das Wort Kommunismus und er wird eine Meile rennen.«⁹⁷

Angesichts der Meinungsverschiedenheiten zeigten sich die Sandinisten oft unfähig, ernste und gültige Kritik von der Absicht, zu destabilisieren, unterscheiden zu können. Einige Gegner wurden aufgerieben und ins Gefängnis gebracht, bürgerliche Freiheiten wurden beschnitten – doch nie in drakonischer Weise. Um hohe oder niedrige Posten zu bekommen, wurde es zunehmend wichtiger, plakative Loyalität an der Revolution zu demonstrieren. Dies war interessanterweise genau das, was in Washington zur gleichen Zeit stattfand, als die ultra-ideologische Reagan-Regierung die Bürokratie mit eingefleischten konservativen Loyalisten vollstopfte.

In späteren Enthüllungen wurde jedoch festgestellt, daß die Sandinisten nicht einfach paranoid waren. Im September 1988 offenbarte der Sprecher des Abgeordnetenhauses der USA, Jim Wright – wobei er »klare Zeugenaussagen von CIA-Leuten« zitierte –, daß die Agentur Leute in Nicaragua dazu benutzt hatte, regierungsfeindliche Umzüge und Proteste zu organisieren und zu fördern – in der Hoffnung, ein schnelles Eingreifen oder eine andere Überreaktion der Regierung zu provozieren, die, abgesehen davon, daß sie die Sandinisten schlecht aussehen ließ, »dazu kalkuliert war, zum Abbruch der Friedensgespräche zu führen«, die die Reagan-Regierung öffentlich unterstützte.⁹⁸

Die Stilllegung der prominenten Oppositionszeitung *La Prensa* wurde bei verschiedenen Gelegenheiten auch von zivilen Bürgerrechtlern scharf kritisiert. Diese Politik warf jedoch eine wichtige historische Frage auf: Erlaubte die US-Regierung im Zweiten Weltkrieg die Publikation von pro-deutschen oder pro-japanischen Zeitungen in den Vereinigten Staaten? Hat irgendeine Regierung, die sich im Kriegszustand befand – besonders in einem Krieg ums nackte Überleben, ausgekämpft auf dem eigenen Boden – es dem Feind erlaubt, zu Hause frei zu veröffentlichen oder zu senden, unter anderem unbegrenzt abweichende Auffassungen? Während des amerikanischen Bürgerkrieges hat Lincoln das *habeas corpus* außer Kraft gesetzt und Sympathisanten des Feindes ohne Prozeß in Armeegefangnisse gesteckt.

La Prensa repräsentierte tatsächlich den Feind. Zu verschiedenen Zeiten der 80er Jahre war Pedro Joaquin Chamorro Junior einer der Hauptherausgeber der Zeitung. Er war teilweise zur gleichen Zeit Mitglied des Direktoriums einer Contra-Fallschirm-Gruppe, The Nicaragua Resistance of Washington D.C.⁹⁹ Chamorro begab sich auf Vortragsreisen in die Vereinigten Staaten, um für die Unterstützung der Contras zu werben.

Die Zeitung wurde auch vom Feind, verdeckt durch die CIA seit 1979, und von Mio. Dollar vom National Endowment für Democracy (NED, Nationale Stiftung für Demokratie) in Washington und verschiedenen »privaten« amerikanischen Gruppen ab 1984 finanziert.¹⁰⁰ Die NED bezieht ihr Geld vom Kongreß und wurde 1983 in den Nachwehen all der negativen Offenbarungen über die CIA in den 70er Jahren ins Leben gerufen. Es ist ihre *raison d'être* (Daseinsberechtigung), das offen zu tun, was die CIA seit Jahrzehnten verdeckt getan hatte – durch Finanzierung politischer Parteien, Gewerkschaften, Publizisten, Zeitungen und dergleichen den politischen Prozeß in einem Ziel-land zu manipulieren. Die Absicht dabei ist, das Stigma, das mit den verdeckten Aktivitäten der CIA in Verbindung gebracht wird, zu eliminieren.¹⁰¹ Allen Weinstein, der half, die Gesetzgebung, die die NED etablierte, zu entwerfen, und auch das Center for Democracy (Zentrum für Demokratie) begründete, einen der Vermittler für die Finanzierung der NED, sagte darüber 1991:

»Viel von dem, was wir heute tun, wurde vor 25 Jahren verdeckt von der CIA gemacht.«¹⁰²

Die NED nennt das, was sie tut, Demokratie – wie dies die CIA bereits zuvor tat. Die Regierungen, gegen die sich diese Finanzierung richtet, nennen die »Demokratie« der NED Destabilisierung.

Jedenfalls gab es immer noch verdeckte Finanzierung. Sowohl die CIA als auch Oliver Norths mannigfaltige Operationen führten den antisandinistischen Politikern und anderen Mitgliedern der internen Opposition, einschließlich – wie wir gesehen haben – der Katholischen Kirche große Summen von Geld zu.¹⁰³

In einer Periode, in der Militärhilfe für die Contras vom Kongreß verboten war, lieferte Norths Netzwerk große Mengen von Waffen für die Rebellen von Manzer al-Kasser, einem Mann, dessen Strafregister ihn als »Terrorist!« ganz oben auf der Seite etikettiert. Kasser war als Freund derer bekannt, denen nachgesagt wird, sie seien für die Weihnachtsmassaker 1985 in den Flughäfen von Rom und Wien, die Entführung der Achille Lauro und für andere bekannte Anschläge verantwortlich.¹⁰⁴

Ein anderer Moralapostel, der für die Sache rekrutiert wurde, war die Regierung von Südafrika, die 200.000 Pfund an militärischer Ausrüstung an den Contra-Führer Eden Pastora sendete.¹⁰⁵

Zu der Zeit, als der Krieg in Nicaragua 1988-1989 einer versuchsweisen Lösung nahe war, hatte die Obsession der Reagan-Regierung bezüglich der Sandinisten sowohl die offiziellen als auch die inoffiziellen Gruppen dazu inspiriert, zu Taktiken wie den folgenden zu greifen, um einen stetigen Fluß von Geldern, Bewaffnung und anderer Hilfe für die Contras aufrechtzuerhalten:

- ☞ Geschäfte mit anderen nahöstlichen und mittelamerikanischen Terroristen,
- ☞ häufiger Drogenschmuggel in einer Vielzahl von einfallsreichen Arten,
- ☞ Geldwäsche,
- ☞ Unterschlagung von Geldern der US-Regierung,
- ☞ Meineid,
- ☞ Behinderung der Justiz,
- ☞ Einbrüche in die Büros amerikanischer Abweichler,
- ☞ verdeckte Propaganda, um heimische politische Feinde zu schlagen,
- ☞ Verletzung des Neutralitätsgesetzes,
- ☞ illegales Schreddern von Regierungsdokumenten,
- ☞ Pläne, die Verfassung im Falle weitgefächerter interner abweichender Meinung von der Regierungspolitik außer Kraft zu setzen
- ☞ und vieles mehr – beispielsweise offenbart in dem Phänomen, das bekannt ist als Iran/Contra-Affäre.

All das ist unternommen worden, um eine Bande von Vergewaltigern, Folterern und Mördern, die als Contras bekannt sind, zu unterstützen.¹⁰⁶

Am 25.02.1990 wurden die Sandinisten in den nationalen Wahlen von einer Koalition von politischen Parteien, die unter dem Namen Nationale Oppositionsunion (UNO) lief, geschlagen. Präsident George Bush nannte es »einen Sieg der Demokratie.« Senator Robert Dole erklärte, daß »Das Endergebnis ein Beweis für die Politik Reagans ist.«¹⁰⁷ Elliot Abrams, ehemaliger Beamter des Außenministeriums und führendes Licht der Iran-Contra-Affäre, sagte:

»Wenn die Geschichte geschrieben ist, dann werden die Contras Volkshelden sein.«¹⁰⁸

Die entgegengesetzte Analyse der Wahl war, daß zehn Jahre an allumfassendem Krieg das nicaraguanische Volk zermürbt hatte. Es hatte Angst, daß, solange die Sandinisten an der Macht blieben, die Contras und die Vereinigten Staaten in ihrer Kampagne sie zu stürzen niemals nachlassen würden. Das Volk stimmte für den Frieden (so wie das Volk der Dominikanischen Republik 1966 für den US-unterstützten Kandidaten gestimmt hatte, um weiteren amerikanischen militärischen Interventionen zuvorzukommen).

»Wir können keinen weiteren Krieg mehr ertragen. Alles was wir gehabt haben, ist Krieg, Krieg, Krieg, Krieg«, sagte Samuel Reina, ein Fahrer von Jimmy Carters Wahlbeobachtungsteam in Juigalpa. In manchen Familien »ist ein Sohn von den Sandinisten eingezogen worden und ein anderer hat sich den Contras angeschlossen. Der Krieg hat die Familien auseinandergerissen.«¹⁰⁹

Die US-Invasion und Bombardierung von Panama mit all dem Tod und der Zerstörung zwei Wochen zuvor hätten das Engagement von Hardcore-Sandinisten, dem »yanqui imperialismo« zu widerstehen, nur intensiviert. Sie konnten als Warnsignal für den breiten Block von unentschiedenen Wählern angesehen werden.

Die Nicaraguaner votierten auch – so hofften sie – für eine Erleichterung der bedrückenden Armut, fünf Jahre vollständigem US-amerikanischen Embargos, sowie für ein Ende des Krieges, der auf ihren Schultern gelastet hatte. Paul Reichler, ein US-Jurist, der zu jener Zeit die nicaraguanische Regierung in Washington repräsentierte, kommentierte:

»Was die Menschen auch immer für einen revolutionären Eifer gehabt haben mögen, alles wurde ihnen vom Krieg und von der Unmöglichkeit, ihren Kindern den Magen zu stopfen, ausgetrieben.«¹¹⁰

Aqui no se rinde nadie. Zehn Jahre lang hatte das Volk von Nicaragua diesen Slogan geschrien – Hier gibt niemand auf. Doch im Februar 1990 taten sie genau dies. (Dieses Verhalten erinnert an das Volk von Chile, das »Das vereinte Volk wird niemals geschlagen werden« gesungen hatte, bevor es der amerikanischen Macht erlag.)

Die Vereinigten Staaten hatten mehr als Krieg und Embargo zu ihrer Verfügung, um den Sieger der Wahlen zu bestimmen. Die Nationale Stiftung für Demokratie gab – direkt und indirekt – mehr als 11 Mio. Dollar für die Wahlkampagne in Nicaragua aus.¹¹¹ Dies ist vergleichbar damit, daß ein fremdes Land 700 Mio. Dollar in eine amerikanische Wahl fließen läßt. Außerdem kommen weitere Millionen Dollar hinzu, die vom Kongreß zur Verfügung gestellt wurden, um »die Wahlinfrastruktur zu unterstützen« und eine unbekannte Anzahl an Millionen, die von der CIA verdeckt herumreicht wurden.

Als Resultat einer Kontroverse 1984 – als NED-Gelder dafür verwendet wurden, einem panamaischen Präsidentschaftskandidaten, der von Noriega und der CIA unterstützt wurde, zu helfen – erließ der Kongreß ein Gesetz, das es verbot, NED-Gelder dafür zu verwenden »die Kampagnen für Kandidaten für ein öffentliches Amt zu finanzieren.« Man konnte sich leicht vorstellen, daß der Wortlaut eines solchen Verbotes auf unterschiedliche Weise umgangen werden konnte. Die NED stellte zuerst Millionen zur Verfügung, um bei der Organisation der Nationalen Oppositionsunion zu helfen und um die Parteien und Organisationen aufzubauen, die die Koalition bildeten und unterstützten. Eine Vielzahl anderer ziviler Organisationen, die von Aktivisten der Nationalen Oppositionsunion geführt wurden, erhielten finanzielle Mittel. Dann bekamen eine Vielzahl anderer ziviler Organisationen, Arbeitsgruppen, Medien, Frauenvereine usw. – die von Aktivisten der Nationalen Oppositionsunion geführt wurden, Hilfe für alle Arten von »nicht-Anhänger-« und »nicht-Demokratie«-Programmen, für Erziehung von Wählern, Registrierung von Wählern, berufliche Befähigung und so weiter. Die Nationale Oppositionsunion selbst erhielt eine Vielzahl an Unterstützung. (Der Abgeordnete Silvio Conte von Massachusetts betonte, daß die 1,3 Mio. Dollar, die für Fahrzeuge beantragt wurden, dazu verwendet werden, 2.241 Wagen für einen Monat zu 20 Dollar pro Tag anzumieten.) Die Nationale Oppositionsunion war die einzige politische Partei, die US-Hilfe bekam, obwohl sogar acht andere Oppositionsparteien Kandidaten vorschickten. Darüberhinaus fuhren die USA fort, die Contras zu finanzieren, von denen sich einige in ländlichen Gegenden für die Nationale Oppositionsunion engagierten.¹¹²

Die Kritiker der amerikanischen Politik in Nicaragua bezeichneten die erfolgreiche US-Intervention in der Dritten Welt als »eine Blaupause.« Ein Analyst des Pentagon stimmte zu: »Das kommt direkt in die Lehrbücher.«¹¹³

Anmerkungen zu Kapitel 49

- 1 *New York Times*, 11.01.1927, S. 2.
- 2 Ebd., 22.07.1979, Section III, S. 1.
- 3 *Newsweek*, 08.11.1982, S. 44.
- 4 **Shirley Christian**, NICARAGUA: REVOLUTION IN THE FAMILY (Random House, New York, 1985), S. 73-74; zu einer Darstellung des Diskussionsprozesses vgl. Kap. 5; vgl. auch **Bernard Diederich**, SOMOZA (Junction Books, London, 1982), Kap. 14.
- 5 **Christian**, S. 82.
- 6 **George Black**, TRIUMPH OF THE PEOPLE: THE SANDINISTA REVOLUTION IN NICARAGUA (London, 1981), S. 176.
- 7 **Christian**, S. 81.
- 8 **Bob Woodward**, VEIL: THE SECRET WARS OF THE CIA 1981-1987 (New York, 1987), S. 113.
- 9 **Black**, S. 177.
- 10 *New York Times*, 15.01.1981, S. 10.
- 11 Zur Hilfe der Carter-Regierung vgl. **Christian**, S. 143-144; **Jeff McConnell**, »Counterrevolution in Nicaragua: The U.S. Connection«, *CounterSpy* (Washington, DC), Bd. 6, H. 3, Mai-Juni 1982, S. 11-23, besonders die Hilfe für private Organisationen.
- 12 Zu den wirtschaftlichen Maßnahmen vgl. *The Times* (London), 01.10.1984; *The Guardian* (London), 01.07.1983, 30.05.1984, 08.03.1985, 01.05.1985; *New York Times*, 11.10.1984.
- 13 *The Guardian* (London), 24.05.1985, 14.06.1985.
- 14 *International Herald Tribune*, 18.04.1984; vgl. auch *Time*, 31.08.1987, S. 14.
- 15 *San Francisco Chronicle*, 04.08.1982.
- 16 **Holly Sklar**, WASHINGTON'S WAR ON NICARAGUA (Boston, 1988), S. 46-48, 66; **McConnell**, S. 15, 21.
- 17 *Newsweek*, 15.06.1987, S. 27-28.
- 18 *The Guardian* (London), 08.10.1983 und 13.10.1983; 09.03.1984 und 22.03.1984; 09.04.1984.
- 19 Ebd., 17.10.1983.
- 20 Ebd., 18.05.1983, 06.06.1983, 30.05.1984.
- 21 *Barricada International* (eine englischsprachige Wochenzeitung der Sandinisten in Managua), 08.11.1982, S. 12.
- 22 *The Guardian* (London), 30.05.1984.
- 23 BITTER WITNESS: NICARAGUANS AND THE »COVERT WAR«, A CHRONOLOGY AND SEVERAL NARRATIVES (Witness for Peace Documentation Project, Santa Cruz, CA, 1984), S. 7-16, 18-22 (eine Chronologie der Ereignisse von Januar 1981 bis Juni 1982).
- 24 *The Guardian* (London), 12.05.1984; *Covert Action Information Bulletin*, H. 22, Herbst 1984, S. 25-29; *Los Angeles Times*, 17.03.1988.
- 25 **Eddie Adams**, »How Latin Guerrillas Train on Our Soil«, *Parade Magazine* (*Washington Post*), 15.03.1981, S. 5 ff.; *New York Times*, 17.03.1981; die Ausbildung in den USA begann im Jahre 1980.
- 26 *San Francisco Chronicle*, 08.06.1982; *The Guardian* (London), 04.04.1983 und 09.04.1983, 27.04.1984.
- 27 **David MacMichael** in einer Dokumentation in der Fernsehsendung »Diverse Reports« auf Channel 4, London, 30.10.1985, S. 2 der Abschrift.
- 28 *New York Times*, 29.08.1984, S. 10; 04.09.1984, S. 1; *Washington Post*, 19.01.1984 bis 22.01.1984 (zum Abschluß eines von einem US-Amerikaner geflogenen Hubschraubers in Nicaragua und dem Versuch der Vertuschung dieses Vorfalls); *International Herald Tribune*, 14.12.1984; *The Guardian* (London), 06.10.1983 und 07.10.1983, 07.09.1984, 10.10.1986; *Miami Herald*, 26.07.1987; *Time*, 31.08.1987, S. 14.

- 29 *New York Times*, 17.12.1984; *The Guardian* (London), 18.12.1984. Beide Artikel basieren auf einer Meldung in der *Detroit Free Press* vom 16.12.1984.
- 30 *The Guardian* (London), 04.05.1984; *San Francisco Chronicle*, 27.07.1987.
- 31 *San Francisco Examiner*, 22.11.1987, ein Artikel von **Seymour Hersh**.
- 32 *The Guardian* (London), 15.11.1984. Die Berichte über die Greuelthaten der Contras sind zahlreich; vgl. z.B. BITTER WITNESS, a.a.O., passim. Zur Klage des Center for Constitutional Rights und der National Lawyers Guild gegen die US-Regierung vgl. die Auszüge daraus bei **Peter Rosset** und **John Vandermeer** (Hrsg.), *THE NICARAGUA READER: DOCUMENTS OF A REVOLUTION UNDER FIRE* (New York, 1983), S. 228-236; *The New Yorker*, 25.03.1985, im Teil »Talk of the Town«; *New York Times*, 10.03.1985, Section IV, S. 23, eine Kolumne von Anthony Lewis; Reed Brody, *Contra Terror in Nicaragua* (Boston, 1985), passim.
- 33 *The Guardian* (London), 15.11.1984.
- 34 *New York Times*, 27.12.1984, S. 1.
- 35 *The Guardian* (London), 03.06.1983.
- 36 *New York Times*, 17.10.1984, S. 1 und 12.
- 37 Ebd., 20.10.1984 und 24.10.1984.
- 38 *The Guardian* (London), 25.01.1985.
- 39 Ebd., 07.06.1983; *New York Times*, 07.06.1983.
- 40 *Covert Action Information Bulletin*, H. 20, Winter 1984, S. 39.
- 41 Sendung »World in Action« auf ITV, London, vom 24.03.1986, eine Fernsehokumentation über Nicaragua, in der ein Interview mit einem Mitglied des Mordkommandos gezeigt wurde. Teil 2, S. 12-13 der Abschrift.
- 42 *New York Times*, 19.10.1984, S. 8; *Covert Action Information Bulletin*, H. 22, Herbst 1984, S. 28.
- 43 *New York Times*, 19.01.1981, S. 11.
- 44 Ebd., 12.02.1981, S. II.
- 45 *The Guardian* (London), 23.07.1983.
- 46 **Bob Woodward**, *VEIL: THE SECRET WARS OF THE CIA 1981-1987* (New York, 1987), S. 120.
- 47 *New York Times*, 11.06.1984, S. B6.
- 48 *The Guardian* (London), 09.01.1985.
- 49 *New York Times*, 04.02.1988, S. 1 und 12.
- 50 Statement of Lt. Col. John H. Buchanan, USMC, ret., before the House Subcommittee on Inter-American Affairs, Committee on Foreign Affairs, 21.09.1982, abgedruckt bei **Rosset und Vandermeer**, S. 48-57.
- 51 *The Guardian* (London), 30.03.1985.
- 52 *New York Times*, 10.03.1982, S. 16.
- 53 *The Guardian* (London), 12.03.1986.
- 54 Ebd., 25.03.1985, 24.02.1986, dort das Zitat.
- 55 Ebd., 28.04.1983. Vgl. auch *New York Times*, 01.10.1987, S. 6, zu einem ähnlichen Bericht über die Haltung der Sowjetunion.
- 56 *Washington Post*, 22.05.1987, S. A18.
- 57 *New York Times*, 02.05.1987.
- 58 *Los Angeles Times*, 16.12.1987 und 18.12.1987.
- 59 *Washington Post*, 03.10.1984, S. A24, 06.11.1984, S. A1.
- 60 *New York Times*, 03.10.1984, S. 3.
- 61 Ebd., 24.09.1984, S. 12.
- 62 *Washington Post*, 02.10.1984, S. A12.
- 63 Ebd., 06.11.1984, S. A1.

- 64 Vgl. **Sklar**, Kap. 13, zu einer detaillierten Darstellung der Rolle der USA bei der Behinderung der langwierigen Contadora-Verhandlungen und der anschließenden Verhandlungen des Central American Peace Accord.
- 65 Zu Panama, Honduras und Mexiko vgl. *Miami Herald*, 10.05.1987; *New York Times*, 18.05.1987.
- 66 *New York Times*, 25.09.1988, S. 15.
- 67 *Washington Post*, 04.11.1984, S. A1. Zu einem ähnlichen Bericht vgl. auch *New York Times*, 04.11.1984.
- 68 *New York Times*, 05.11.1984.
- 69 Ebd., 26.07.1984, S. 5; 16.08.1984.
- 70 Ebd., 29.06.1984, Section IV, S. 2.
- 71 Ebd., 26.07.1984, S. 5.
- 72 Ebd., 24.09.1984.
- 73 Ebd., 23.08.1984, S. 10.
- 74 *Covert Action Information Bulletin*, H. 22, Herbst 1984, S. 27, enthält einen Abdruck der Anzeige.
- 75 *New York Times*, 21.10.1984, S. 12.
- 76 Ebd., 31.10.1984, S. 1.
- 77 Ebd., 07.11.1984, S. 26.
- 78 Ebd., 05.10.1984, S. 3.
- 79 Ebd., 19.07.1984, S. 6.
- 80 *The Guardian* (London), 13.08.1986.
- 81 *International Herald Tribune*, 22.01.1984. Beide Zuschreibungen stammen aus einem Brief Eugene Stockwells, der vor der Kommission nach einem gemeinsamen Besuch Nicaraguas mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen aussagte.
- 82 *The Guardian* (London), 15.03.1986.
- 83 *Covert Action Information Bulletin*. H. 20, Winter 1984, S. 25.
- 84 *New York Times*, 31.12.1983, S. 9. Der amerikanische Botschafter, Anthony Quainton, wurde im Mai 1984 ersetzt, es kann jedoch nicht festgestellt werden, ob Kissinger dahintersteckte.
- 85 *The Guardian* (London), 21.03.1986.
- 86 *San Francisco Chronicle*, 03.06.1987, eine Kolumne von **Jack Anderson**.
- 87 *New York Times*, 03.03.1982, S. 5. Das Foto wurde zuerst in der konservativen französischen Zeitung *Le Figaro* abgedruckt, die »ihren Fehler« zugab, nachdem andere französische Medien es entlarvt hatten. Wie es scheint, hat Haig seine Behauptung bisher nicht öffentlich zurückgenommen.
- 88 *Miami Herald*, 19.07.1987, S. 18A.
- 89 **Peter Kornbluh**, »Propaganda and Public Diplomacy: Selling Reagan's Nicaragua Policy«, *Extra!* (die Zeitschrift von Fairness and Accuracy in Reporting, FAIR, New York), Sommer 1989, S. 20.
- 90 *Miami Herald*, 21.12.1986, S. 30A; **Kornbluh**, a.a.O., S. 20-22; *Extra!* (FAIR, New York), Juni 1987, S. 3, Oktober-November 1987, S. 4.
- 91 **Kornbluh**, a.a.O., S. 20-22; *Extra!* (FAIR, New York), Oktober-November 1987, S. 4, zitiert als Beispiel den Gastkommentar von Professor John Guilmartin (»Nicaragua is Armed for Trouble«) im *Wall Street Journal* vom 11.03.1985.
- 92 *The Guardian* (London), 09.01.1985.
- 93 **Black**, S. 218.
- 94 Ebd., S. 215, 332, 356, bringt etliche Beispiele für die Wirtschaftssabotage.
- 95 *The Guardian* (London), 13.07.1985, S. 7.
- 96 *Boston Globe*, 09.02.1986, S. A20.
- 97 **Black**, S. 306.

- 98 *New York Times*, 21.09.1988, S. 6; 22.09.1988, S. 15; 23.09.1988, S. 5; 25.09.1988, S. 15.
- 99 *In These Times* (Chikagoer Wochenzeitung), 21.10.1987 bis 27.10.1987, zitiert eine Sprecherin des nicaruanischen Widerstandes.
- 100 **William I. Robinson**, *A FAUSTIAN BARGAIN: U.S. INTERVENTION IN THE NICARAGUAN ELECTIONS AND AMERICAN FOREIGN POLICY IN THE POST-COLD WAR ERA* (Westview Press, Boulder, CO, 1992), S. 79-81; *San Francisco Chronicle*, 13.10.1987; **Jacqueline Sharkey**, »Anatomy of an Election: How U.S. Money Affected the Outcome in Nicaragua,« *Common Cause Magazine* (Washington, DC), Mai-Juni 1990, S. 24.
- 101 *New York Times*, 01.06.1986; **Robinson**, passim.
- 102 *Washington Post*, 22.09.1991, S. C4. Die Zeitung fügt hinzu, daß die NED »ganz offen das tat, was einstmals unaussprechlich geheim war«.
- 103 *Los Angeles Times*, 23.09.1988, S. 24; *New York Times*, 21.09.1988, S. 6.
- 104 *San Francisco Chronicle*, 20.04.1987; *Los Angeles Times*, 31.12.1987.
- 105 *New York Times*, 20.08.1987, S. 1, basiert auf einem Geheimdienstbericht vom Februar 1985.
- 106 Zum Iran-Contra-Themenkomplex vgl. a) FINAL REPORT OF THE INDEPENDENT COUNSEL FOR IRAN/CONTRA MATTERS (Washington, DC, 1993), Bd. 1 und 2, passim; b) The National Security Archive, THE CHRONOLOGY (New York, 1987), passim; c) **Jonathan Marshall, Peter Dale Scott und Jane Hunter**, THE IRAN-CONTRA CONNECTION (Boston, 1987), passim; d) **Jonathan Kwitny**, THE CRIMES OF PATRIOTS: A TRUE TALE OF DOPE, DIRTY MONEY AND THE CIA (New York, 1987), vgl. das Register; e) **Sklar**, vgl. das Register.
- 107 Zu Bush und Dole vgl. **Sharkey**, S. 22-23.
- 108 Zu Abrams vgl. *LA Weekly* (Los Angeles), 09.09.1990 bis 15.09.1990, S. 12.
- 109 **Sharkey**, S. 22.
- 110 *LA Weekly*, a.a.O.
- 111 National Endowment for Democracy (Washington, DC), ANNUAL REPORT, 1989 und 1990.
- 112 Die Manipulation der Wahl durch Washington war eine weitverzweigte und komplexe Operation. Zu vielen Details, die hier nicht wiedergeben werden können, vgl. **Robinson**, passim; **Sharkey**, passim; *LA Weekly*, a.a.O.
- 113 **Sharkey**, S. 23.

50 Panama 1969 bis 1991

Wir hintergehen unseren Drogenlieferanten

Das Wohn-Barrio (-viertel) in Panama-City nannte man El Chorillo. 20.000 Menschen lebten dort. Die Invasion im Dezember 1989 – ein 10 Stunden langer heftiger Sturm – machte 15.000 Menschen obdachlos. Marcia McFarland und ihre zwei Töchter schliefen, als der Sturm auf das nahegelegene Militärbauwerk begann. Sie führte sie aus dem Haus, als eine Schrapnellscherbe einen Teil ihres Schenkels zertrümmerte und nahezu den ganzen Fuß ihrer zweijährigen Tochter abriß. Es tauchten Artillerie-Granaten und Raketen, Panzer, Maschinengewehre und Flammenwerfer auf. Dann sind Bodentruppen gesichtet worden – »die Yanqui-Soldaten mit angemalten Gesichtern, die alle schrien und wie Indianer aussahen.« Man konnte Menschen sehen, die in brennenden Behausungen verbrannten, aus den Fenstern sprangen, in Panik durch die Straßen rannten, im Kreuzfeuer niedergemäht und von Panzern zerquetscht wurden. Außerdem lagen überall menschliche Leichenteile herum. Heriberto Pitti arbeitete für Eastern Airlines. Als die US-Truppen den Flughafen angriffen, sprangen Pitti, Pablo Diaz und ein weiterer Kollege in einen Eastern Pickup und rasten aus dem Hangar heraus. Sieben Salven wurden durch die Windschutzscheibe des Lasters geschossen, die alle drei Männer töteten. Pitti hinterließ eine Witwe und drei Töchter, Diaz eine Witwe und 12 Kinder.¹

Die offizielle Leichenzählung beläuft sich auf etwas mehr als fünfhundert panamaische Tote. Zumindest ist diese Zahl das, was die Regierungen der USA und von Panama zu geben. Andere Quellen – mit nicht weniger Beweisen – bestehen darauf, daß Tausende starben. Ihre Zahl wird durch Massengräber verdunkelt. Nach diesen Quellen wurden ungefähr 3000 verwundet. 23 Amerikaner seien tot, 324 verwundet.

Frage eines Reporters: »War es das wirklich wert, Menschen dafür in den Tod zu schicken? Um Noriega zu kriegen?«

George Bush: »[...] jedes menschliche Leben ist kostbar und dennoch muß ich antworten: Ja, dass ist es wert gewesen.«²

»Geboren, um zu informieren« wäre eine passende Aufschrift auf einem von Manuel Antonio Noriega getragenen T-Shirt gewesen. In seinen jüngeren Tagen – in den 50er und 60er Jahren – leitete er bereits Informationen an den einen oder anderen US-Nachrichtendienst weiter – über Kollegen in einer sozialistischen Partei, der er angehörte, und über linke Studenten in seiner peruanischen Militärschule.³

Noriega verfolgte eine militärische Karriere und geriet dabei an den richtigen Mentor, den General der Nationalgarde Omar Torrijos. Bei zwei Gelegenheiten mußte der General intervenieren, um den unbarmherzigen Noriega vor Vergewaltigungsbeschuldigungen zu retten. Im Oktober 1968 übernahm Torrijos in einem Staatsstreich die Macht in Panama. Er war nach lateinamerikanischen Standards kein sehr brutaler Diktator. Er war ebenso ein liberaler Reformist, der auf die exzessive Macht Nordamerikas in Mittelamerika achtgab.

Im Dezember 1969 versuchten konservative Militäroffiziere erfolglos, Torrijos zu stürzen, und behaupteten, die Regierung bewege sich auf eine prokommunistische Diktatur zu. Nur Stunden bevor der Putschversuch begann, hatte sich einer der Hauptverschwörer mit einem US-Beamten getroffen. Nach dem Putsch entkamen derselbe Verschwörer und andere aus einem Hochsicherheitsgefängnis in einer hochintelligent organisierten Kommandooperation und tauchten in der US-geführten Panama-Kanalzone auf, bevor sie ins Exil nach Miami gingen.⁴

Noriega, der während des Putsches seine Loyalität zu Torrijos bewiesen hatte, wurde bald dazu befördert, die nachrichtendienstliche Einheit der Nationalgarde zu befehlen. Er war jetzt an der richtigen Stelle, um alle Arten von Schaden anzurichten und seinen Ruf als Mörder zu steigern.

Bereits 1971 hatte das Büro für Narkotika und gefährliche Drogen (Vorgänger der **Drug Enhancement Administration**) »handfeste Beweise« für Noriegas schwere Verstrickung in den Drogenhandel – »für eine Anklage ausreichend.« Aber die damit verbundenen gesetzlichen und diplomatischen Hindernisse waren beträchtlich, und Noriega war bereits zu wertvoll für die CIA. Präsident Nixon jedoch wollte ihn »entfernt« sehen. Unter den Optionen, die zu diesem Zweck diskutiert wurden, war Mord. Dies führte dazu, daß man ein Mitglied der berüchtigten »Plumbers«-Einheit nach Mexiko schickte, um dort auf weitere Anweisungen zu warten, um nach Panama zu gehen und die Exekution durchzuführen. Aber der zukünftige Mörder kam nicht weiter.⁵

Bei den Watergate-Anhörungen 1973 bezeugte der ehemalige Rechtsanwalt des Weißen Hauses, John Dean, daß das Weiße Haus E. Howard Hunt, den »ehemaligen« CIA-Offizier und Watergate-Einbrecher, verpflichtet hatte, Omar Torrijos wegen seines unkooperativen Handelns bei den Verhandlungen um den Panama-Kanal und der Rolle seiner Regierung beim Drogenhandel zu ermorden.⁶ Da Hunt der oben erwähnte »Plumber« gewesen sein könnte und Dean sagte, daß Hunt sein Team in Mexiko hatte bevor der Einsatz abgebrochen wurde, gibt es möglicherweise an dieser Stelle Verwirrung.

Zwischenzeitlich fand Kleingeld der US-Regierung (hauptsächlich das der CIA und des Pentagon) seinen Weg auf Manuel Noriegas Bankkonten. Mit Ausnahme von Präsident Carters Regierungszeit (1977-1981)⁷ gingen die Zahlungen an Noriega weiter bis 1986. Das schloß die Periode ein, in der George Bush der Direktor des CIA war (1976) und der panamaische Nachrichtendienstchef – wie berichtet wird – mehr als 100.000 Dollar pro Jahr bekam.⁸

Es wurde viel in die andere Richtung geblickt. Während der Panamakanalverhandlungen im Oktober 1976 gingen drei Bomben unter in der Kanalzone geparkten Wagen hoch. Amerikanische Beamte glaubten, daß die Attentate ein Ausdruck von Nationalismus waren und von Noriegas Nationalgarde ausgeführt wurden.⁹ Im Dezember jedoch traf sich Bush mit dem Panamaer in Washington und schenkte ihm eine Rundreise mit der CIA. Noriega verbrachte diese Zeit in Washington als Hausgast von Bushs stellvertretendem Direktor, dem berüchtigten Vernon Walters.¹⁰

Als Omar Torrijos bei einem Luftzusammenstoß 1981 starb, wurde Noriega Teil einer regierenden Militärjunta. 1987 erklärte Oberst Robert Diaz Herrera, der ein Cousin von Torrijos und einer der Mitglieder der Junta gewesen war, daß Torrijos durch eine Bombe, die an Bord seines Flugzeuges gelegt worden war, gestorben sei. Diaz nannte Noriega, die CIA, den US-General Wallace Nutting, der zu der Zeit des Luftzusammenstoßes der Chef des U.S. Southern Commands in Panama war, und andere als Teil der Verschwörung.¹¹

Im August 1983 hatte Noriega sich in die Position des Kommandanten der Nationalgarde manövriert (deren Namen er bald in Panama-Verteidigungsstreitkräfte änderte). Er war faktisch Staatschef und sein Wert für die amerikanischen Zahlmeister stieg entsprechend an.

Sechs Monate früher hatte das Permanente Subkomitee für Untersuchung des Senats berichtet, daß »Zeugen in Panama es als allgemein bekannt ansehen, daß die (National-) Garde Verbindungen zu verschiedenen Händlern für Drogen, Waffen und anderen Arten von Schmuggel habe – und von ihnen Zahlungen erhalte.«¹²

Im November jedoch wurde Noriega in Washington mit dem roten Teppich empfangen, charakterisiert durch Luxus und Treffen mit Beamten des Weißen Hauses, des Außenministeriums und des Pentagon, und genoß ein vierstündiges Essen mit dem CIA-Direktor William Casey. Casey, wahrscheinlich Noriegas größter Unterstützer in Washington, traf sich in den 80er Jahren mindestens sechsmal in Washington und Panama mit dem starken Mann Panamas.¹³

Noriega verdiente sich Washingtons Geld und Toleranz über die Jahre durch das Leisten vielfältiger Dienste wie das Überbringen von Informationen über eine Reihe regionaler Angelegenheiten, einschließlich seiner Treffen mit Fidel Castro und Daniel Ortega. Außerdem erhielt er diese Bezahlung, weil er dem Schah von Iran im Dezember 1979 Zu-

flucht gewährte, weil er den Vereinigten Staaten erlaubte, Horchposten in Panama einzurichten, mit denen sie sensible Fernverbindungen in ganz Mittelamerika und darüber hinaus beobachteten und weil er der amerikanischen Kriegsführung gegen die Rebellen in El Salvador und gegen die Regierung von Nicaragua half. In letzterem Konflikt erleichterte Noriega den Fluß von Geld und Waffen zu den Contras, erlaubte es den USA, in klarer Verletzung der Kanalverträge Spionageflugzeuge in Panama zu stationieren, gab den USA die Erlaubnis, die Contras in Panama zu schulen – es ist nicht sicher, daß dies tatsächlich stattfand – und lieferte Informationen und direkte Hilfe für die amerikanische Sabotagekampagne innerhalb Nicaraguas.¹⁴

Aber welche Informationen, so fragten sich amerikanische Beamte, gab derselbe Manuel Antonio Noriega an Fidel Castro und Daniel Ortega über die Vereinigten Staaten weiter? Washington wußte bereits, daß er Kuba half, das amerikanische Wirtschaftsembargo zu umgehen und daß er zu verschiedenen Zeiten in seiner Karriere geholfen hatte, Waffen für die Sandinisten und für die Guerillas in El Salvador und Kolumbien zu bekommen, sowie Hochtechnologie nach Osteuropa zu transferieren.

Am 12.06.1986 brachte die *New York Times* einen Titelbericht, die viele von Noriegas zweifelhaften Aktivitäten aufzählte, einschließlich seiner Drogenhandel- und Geldwäscheoperationen und dem Mord an einem politischen Gegner. Es war der detaillierteste und vernichtendste Bericht über Noriega, der je in den US-Medien erschien.

Noriega nahm an – wahrscheinlich zu Unrecht – daß der Artikel den Segen des Weißen Hauses hatte. Und obwohl die Reagan-Regierung ihm versicherte, daß er über den Bericht nicht allzu besorgt sein müßte, fühlte sich der Panamaer bedroht.¹⁵

Im August schlug Noriega Oliver North durch einen Mittelsmann vor, daß er im Gegenzug für ein Versprechen von Washington, zu helfen, sein Image aufzupolieren und eine Verpflichtung, den Bann der US-Regierung auf militärische Verkäufe an die Panamaischen Verteidigungstreitkräfte – auferlegt aufgrund des Artikels der Times – aufzuheben, die sandinistische Führung ermorden würde. North lehnte offensichtlich das Angebot ab, wobei er in einem schriftlichen Memo notierte, daß eine Durchführungsverordnung die amerikanische Teilnahme an Morden verbot.¹⁶ Wie wir jedoch gesehen haben, war die CIA in Nicaragua nicht lange zuvor in genau derselben Unternehmung engagiert.

Im darauffolgenden Monat trafen sich North und Noriega in London, um den Beitrag des letzteren zur nicaraguanischen Sabotagekampagne zu besprechen. Dafür arrangierte North, daß eine amerikanische Gesellschaft für Öffentlichkeitsarbeit daran arbeitete, Panamas und Noriegas Image zu verbessern.¹⁷

Noriegas Hauptzeiten in Drogenhandel und Geldwäsche scheinen die frühen 70er und 80er Jahre gewesen zu sein, wobei letztere Periode das Medellín-Kartell in Kolumbien umfaßt. Zu anderen Zeiten setzte er das Gesetz gegen solche Aktivitäten aus Gründen, die seinem opportunistischen Selbst bestens bekannt waren, in Kraft. Auf seinen Befehl wurden Schiffe unter panamaischer Flagge in internationalen Gewässern gesucht, flüchtige Drogenhändler zum Prozeß in die Vereinigten Staaten geschickt und panamaische Bankgesetze übertreten – alles auf Geheiß amerikanischer Behörden.¹⁸

Noriegas amerikanische Schirmherren waren erfreut. Zu verschiedenen Zeiten bekam er warmherzige Lobesbriefe vom Außenministerium, dem US Southern Command in Panama, Justizminister William French Smith, CIA-Direktor William Webster und mehreren DEA-Beamten. Noch 1987, mehr als ein Jahr, nachdem die *New York Times* seine Drogen-Verstrickung in einem Titelbericht enthüllt hatte, lobte der Chef der DEA, John Lawn, Noriegas »persönliches Engagement« bei der Aufdeckung eines großen Geldwäschefalls.¹⁹ Im selben Jahr arbeiteten hohe US-Gesetzesvollzugsbeamte, einschließlich Lawn, neben Noriega bei einem Treffen von Interpol und gaben ihm sogar Ratschläge darüber, wie man ein besseres Image in der Öffentlichkeit bekomme.²⁰

Schließlich ging sein Glück zu Ende. Ein paar begeisterte DEA-Agenten und US-Rechtsanwälte mit bescheidenem Profil gaben 1985 einen Anstoß, was schließlich im Februar 1988 zu einer Anklage Noriegas wegen Bundes-Drogenvorwürfen in Florida

fürte. In der Zwischenzeit brach der Iran-Contra-Skandal aus, gefolgt von Kongreß-Anhörungen. Dies machte es für Noriegas prominente Verteidiger in der Regierung ebenso wie für Oliver North und William Casey zunehmend unangenehm, an den Fäden des Gesetzes zu ziehen. Im November 1986 dann wurde North von seinen Pflichten entbunden. Im darauffolgenden Mai starb Casey. Im Juni brachte der Senat eine Resolution durch, die Noriegas umgehende Entfernung verlangte. Sie übergang stillschweigend die Einwände der Regierung.

Ironischerweise scheint es, daß Noriega tatsächlich anständig geworden war. Mit einer Ausnahme – einem Drogen-für-Waffen-Deal im März 1986 – geschahen alle Verbrechen, für die er 1988 angeklagt wurde, im Juni 1984 oder früher. Die DEA war tief gespalten: Auf der einen Seite standen diejenigen, die gegen ihn als Verbrecher ermittelten, und auf der anderen Seite jene, die auf die Authentizität seiner Zusammenarbeit mit ihrer Agentur schworen.²¹

»Die Yankees,« sagte Noriega, kurz bevor sie einmarschierten, »scheinen das Produkt (Drogen) zu lieben und sind dann fassungslos über die Lateinamerikaner, so als ob wir sie irgendwie verführen würden.«²²

So kam es, daß sich die Reagan-Regierung mit einer Anklageschrift in den Händen wiederfand. Die Situation verlangte nach einer Aufkündigung der Beziehungen. George Bush, der 1988 für die Präsidentschaft Wahlkampf führte, sagte wiederholt, daß er von keinen aussagekräftigen Beweisen dafür wußte, daß der panamesische Führer in Drogengeschäfte verstrickt, war bis er angeklagt wurde.²³ (Er dementierte auch zuerst, gab aber später zu, daß er sich mit Noriega getroffen habe, als er 1976 CIA-Direktor war.)²⁴ Es sollte angemerkt werden, daß Bush der Chef der Sondereinheit für Drogen in der Reagan-Administration gewesen war.

Es wäre sicherlich besser für alle Betroffenen gewesen, wenn Noriega zurückgetreten wäre. Dementsprechend bot die Reagan-Regierung an, die Anklage fallen zu lassen, wenn er sein Amt niederlegen und ins Exil gehen würde. Man isolierte ihn diplomatisch und unternahm eine Kampagne von strengen und facettenreichen wirtschaftlichen Sanktionen gegen Panama: Doch Noriega ließ sich nicht beeinflussen, obwohl die Sanktionen tatsächlich zu dem führten, was die *New York Times* als »eine wachsende wirtschaftliche Depression und den Zusammenbruch Tausender von Geschäften« beschrieb.²⁵

Im Sommer 1988 entwarfen die Vereinigten Staaten einen verdeckten Plan für eine Gruppe von anders gesinnten panamaischen Offizieren, Noriega ohne Gewalt aus dem Amt zu entfernen. Im Falle des Scheiterns verlangte der Vorschlag nach der Unterstützung einer Militäraktion der Rebellenstreitmacht, die sich aus einem panamaischen Militäroffizier und seinen Gefolgsleuten zusammensetzte, die im Exil in Miami waren und auf der Gehaltsliste der CIA standen.

Das Nachrichtendienst-Komitee des Senats lehnte den Plan mit der Begründung ab, daß er zur illegalen Ermordung Noriegas führen könnte.²⁶

Die Präsidentschaftswahlen in Panama waren für Mai 1989 festgesetzt. Die Vereinigten Staaten erwarteten, daß sie für Noriegas Kandidaten schon gewonnen waren – so wie es der Fall in der vorangegangenen Wahl 1984 gewesen war. Dementsprechend stellte die CIA mehr als 10 Mio. Dollar Hilfe für die Opposition bereit, sowie heimliche Radio- und Fernsehsendungen.²⁷ Noriega enttäuschte seine Kritiker nicht. Als die Stimmzählung anzeigte, daß sein Kandidat schwer verlieren würde, setzte er dem gesamten Prozeß ein Ende und erlaubte seinen Schlägern, die Oppositionskandidaten und ihre Anhänger zu verdreschen.

Washington drückte seine moralische Entrüstung über den Wahlbetrug aus. Doch dies sollte im Lichte dessen gesehen werden, was fünf Jahre vorher durchgesickert war. In jener Wahl wurde Noriegas Mann, Nicolás Barletta, zum Sieger erklärt, wobei die Schlußzählung zehn Tage nach der Wahl verkündet wurde. Die Opposition schrie »Betrug« und demonstrierte wochenlang, doch das Wahlergebnis blieb unangefochten. Die CIA, so kam heraus, hatte zusammen mit dem Medellín-Kokain-Kartell geholfen, Bar-

lettas Kampagne zu finanzieren.²⁸ Nach seinem Sieg wurde Barletta von Präsident Reagan im Oval Office willkommen geheißen, Außenminister George Shultz wohnte der Amtseinsetzung bei und alles ging mit rechten Dingen zu. Mittlerweile untersuchte ein politischer Beamter in der amerikanischen Botschaft in Panama peinlich genau riesige Stapel von Wahldokumenten und Berichten. Seine Schlußfolgerung war endgültig: Es hatte unerhörten Betrug gegeben. Barletta war mit mindestens 4000 Stimmen geschlagen worden.

Die Hauptsorge des US-Botschafters bestand darin, daß der Bericht die Presse nicht erreichen könnte. Kein amerikanischer Beamter drängte Panama zu einer Nachzählung. Der Bericht der politischen Beamten liegt irgendwo in einem Aktenordner in den Räumlichkeiten des Außenministeriums.²⁹

Am 03.10.1989 versuchten Mitglieder der Panamanian Defence Forces (PDF, panamesische Streitkräfte) einen sehr kurzlebigen Militärputsch gegen Noriega. Als sie US-Beamte in Panama im Voraus von ihrem Plan in Kenntnis setzten, verloren sie nicht den Mut, diesen in die Tat umzusetzen. Während der Ausführung bekamen sie allerdings faktisch überhaupt keine Hilfe, obwohl sie Noriega für mindestens zwei Stunden festhielten und willens waren, ihn dem US-Militär zu übergeben.

Die Gründe, die später zu unterschiedlichen Zeitpunkten von der Bush-Regierung vorgebracht wurden, um das Fehlen amerikanischer Unterstützung zu erklären, waren: Wir wußten nicht, was vor sich ging. Wir dachten nicht, daß die Rebellen Noriega in ihrer Gewalt hatten. Sie mögen ihn festgehalten haben, aber sie wollten ihn nicht an uns ausliefern. Der US-Militärkommandeur in Panama hatte nicht die Genehmigung, Noriega zu fassen (später erfuhren wir, daß er sie hatte). Die Rebellen entsprachen politisch nicht unserer Gesinnung. Unsere Hände waren durch Nachrichtendienstkomitees des Kongresses gebunden. Außerdem hatten wir den Verdacht, daß die ganze Sache eine List war, um die US-Regierung zu provozieren und in Verlegenheit zu bringen.³⁰

Das US-Militär in Panama versäumte es, die Straße zu blockieren, die von loyale Streitkräfte benutzt wurden, um Noriega zu retten. Die US-Regierung sagte später, daß es zu der Zeit, zu der sie sich der Truppenbewegung sicher war, schon zu spät war. Jedoch fuhr ein Konvoy von Lastwagen mit loyalen Personen an der amerikanischen Botschaft selbst vorbei. Darüber hinaus waren einige Hubschrauber der Vereinigten Staaten in der Luft (wie berichtet wird ein ganzes Dutzend), die die Entwicklung beobachteten.³¹

In einigen Berichten steht, daß die Rebellen willens waren, Noriega dem US-Militär nur dann zu übergeben, wenn die Amerikaner kommen würden und ihn ergriffen, um es so erscheinen zu lassen, daß er gegen den Willen seiner panamaischen Entführer festgehalten wurde. Doch die Regierung hat auch dies dementiert.³²

Zu einem Zeitpunkt berichtete die amerikanische Botschaft dem Außenministerium und der CIA in Washington, daß die Rebellen Noriega übergeben wollten und daß die CIA ging, um Mitglieder der Nachrichtendienstkomitees zu unterrichten. Regierungsbeamte sagten später, daß die Botschaft dessen, was das US-Militär gesagt hatte, mißverstanden wurde, weil Telefonverbindungen in Panama zu der Zeit sehr schlecht waren.³³

Lehnte die Bush-Regierung während des Putschversuches im Oktober Noriega als »Gabe« ab, weil sie entschlossen war, ihre Invasion durchzusetzen? Die Umstände zeigen eine negative Antwort auf diese Frage an: Am 12.10.1989 trafen sich US-Beamte im Außenministerium mit Noriegas Rechtsanwalt, um erneut den friedlichen Verzicht des Panamaers auf sein Amt auszuhandeln. Das Treffen hatte keine Folgen.³⁴

Nachdem die US-Invasion am 20.12.1989 um 1 Uhr morgens begann, ereignete sich ein anderer Vorfall, der weiterhin die Frage aufwirft, ob die Festnahme von Noriega die einzige – oder gar die Hauptsorge – des Weißen Hauses war.

Ein europäischer Diplomat in Panama, der einen wichtigen Verbündeten der USA repräsentierte, behauptete, daß er weniger als drei Stunden, nachdem die Invasion begann, mit dem US-Militär telefonierte, um sie zu informieren, daß Noriega zwei Häuser entfernt in der Wohnung der Großmutter seiner Geliebten war. Das Militär jedoch beachte-

te die Information nicht. Der Diplomat sagte später, daß er wegen Noriegas Aufenthaltsort »100% sicher« war. »Aber als ich anrief, sagte SouthCom (das Southern Command der USA), sie hätten andere Prioritäten.« Der Diplomat war Noriega und seiner Geliebten, die vor kurzem in das eigene Appartementhaus des Diplomaten gezogen war, mehrmals begegnet. Andere Bewohner der zwei Wohngebäude bestätigten die Behauptung des Diplomaten über Noriegas Anwesenheit. Weder Beamte des Southern Command noch die amerikanische Botschaft haben auf Anfragen zu der Sache Antworten gegeben.³⁵

Lehnten die USA es ab, Noriega in den ersten Stunden der Invasion festzunehmen, weil sie entschlossen waren, zuerst seinen Machtstützpunkt, die PDF, lahmzulegen und einen großen militärischen Erfolg für sich zu verbuchen, der es George Bush ermöglichen würde, sein schwaches Image, das ihn plagte, aufzupolieren? Mußten militärische Kräfte eingesetzt werden, um die Notwendigkeit einer großen kampfbereiten Streitmacht selbst in Abwesenheit einer »sowjetischen Bedrohung« zu illustrieren – gerade einige Wochen nach dem Fall der Berliner Mauer? Oder ging es darum, eine klare Botschaft an das Volk von Nicaragua zu senden, das in zwei Monaten wählen würde?

Als George Bush und Verteidigungsminister Dick Cheney gefragt wurden, warum sie nach der vorherigen ausdrücklichen Ablehnung eines Krieges gegen Panama nun eine 180-Grad-Wende gemacht hatten, bezogen sich beide auf den gleichen Vorfall in der Nacht vom 16.12.1989 auf den 17.12.1989.³⁶

Nach Aussagen des Verteidigungsministeriums verirrt sich amerikanische Soldaten – unbewaffnet und in Zivilkleidung – und fuhren unwissend bei einer Straßensperre der PDF vor, wo sie gewaltsam gestoppt wurden. Als sie davonfuhren, schoß man auf sie. Dabei wurde eine Person getötet und eine andere verwundet. Zur gleichen Zeit wurden ein amerikanischer Marineoffizier und seine Frau, die Zeugen dieser Szene wurden, von der PDF ziemlich grob behandelt.³⁷

Ein Jahr später berichtete die *Los Angeles Times*, daß der Vorfall nicht der von Washington dargestellte unprovokierte Gewaltakt der PDF war. Stattdessen handelte es sich um einen Schritt nach einem Muster aggressivem Verhalten einer kleinen Gruppe von US-Truppen, die oft die Geduld und Reaktion von panamaischen Streitkräften testeten – besonders an Straßensperren, die sie »herausforderten«, indem sie vorfuhren und es dann ablehnten, anzuhalten oder plötzlich flohen. Die Amerikaner hatten sich nicht verfahren und waren bewaffnet. Sie fuhren bei einer sehr schwierigen Straßensperre vor und als sie von der PDF aufgefordert wurden, den Wagen zu verlassen, zeigten alle Amerikaner den Stinkefinger, schrien eine Obszönität und fuhren davon. Die Panamaer eröffneten daraufhin das Feuer.³⁸

Was diesem Bericht Glaubwürdigkeit verleiht ist – ungewöhnlich genug – ein aufgezeichnetes Telefongespräch eines jungen Marine-Wachmanns in der amerikanischen Botschaft, der am nächsten Morgen mit seiner Mutter in den Vereinigten Staaten sprach:

»Die vier Amerikaner waren in einer verbotenen Zone aufgrund der Tatsache, daß sie dort nicht sein dürften. Die ganze Welt weiß das. Sie brachten alles in Unordnung. Wenn die Vereinigten Staaten irgendwo eine Barrikade aufstellen würden und jemand handelte in der gleichen Weise, dann würden wir auch anfangen zu schießen.«³⁹

Es hatte auch andere Provokationen gegeben. Monate vor dem Vorfall hatten die Vereinigten Staaten in Panama militärische Stärke gezeigt. US-Truppen – ausgerüstet mit starken Feuerwaffen – reisten in sich schnell bewegendem Konvoys, eskortiert von gepanzerten Fahrzeugen, und sahen alle Welt so an, als planten sie, jemanden anzugreifen. Mitglieder der US-Marine seilten sich von Helikoptern ab, um die Notevakuierung der Botschaft zu proben. Panamaische Militärlager wurden umzingelt und an ihren Toren gerüttelt – unter Beleidigungen durch US-Soldaten. In einer Episode führten mehr als 1000 US-Militärangehörige eine Übung durch, die eine Probe für eine Entführung zu sein schien, wobei Hubschrauber und Jets niedrig über Noriegas Haus flogen und amerikanische Angreifer am in der Nähe befindlichen Ufer lauerten.⁴⁰

Im späten September 1989 wurde General Max Thurman zum neuen Oberbefehlshaber des Southern Command ernannt. Er wurde von Admiral William Crowe, dem Vorsitzenden der Versammelten Stabschefs, davon unterrichtet, daß die Wahrscheinlichkeit sehr hoch sei, daß Bush in Panama in naher Zukunft eine breitangelegte Militäraktion durchführen würde. »Wir werden gehen, (aber) ich kann Ihnen nicht sagen, wann.«⁴¹

Nach der Invasion sagte die Mutter eines der gefallenen Soldaten, daß ihr Sohn sie am 14.12.1989 angerufen hatte, um mitzuteilen, daß er in einen gefährlichen Einsatz gehe. »Er rief an, um sich zu verabschieden [...] und daß (er) vielleicht nicht wieder nach Hause zurückkomme.« Dies ereignete sich vor dem Vorfall an der Straßensperre. Ein weiterer Soldat, der nach der Invasion mit Reportern sprach, sagte, daß die Soldaten davon in Kenntnis gesetzt waren – »vielleicht vier oder fünf Tage bevor Sie es taten.« Als ein Reporter fragte, wann das war, hinderte ein Armeeeoffizier den Soldaten daran zu antworten.⁴²

Nach diesem Beweis scheint es so, daß der Krieg geplant worden war, bevor der amerikanische Soldat erschossen wurde.

Zwei Tage nach dem Vorfall verließ ein amerikanischer Leutnant, der dienstfrei hatte, eine Wäscherei, als ein panamaischer Polizei- oder Armee-Offizier auf ihn zutrat. Der Amerikaner schoß und verwundete den Panamaer zweimal. »Der US-Soldat fühlte sich bedroht«, behauptete die Bush-Regierung, wobei sie zugab, daß ihre vorherige Aussage, der Panamaer habe eine Pistole gezogen, falsch war.⁴³ Es wird nicht berichtet, daß Panama infolge dieses Vorfalls in die Vereinigten Staaten einmarschierte.

So kam es, daß eine Supermacht eine der kleinsten Armeen der Hemisphäre zermalmte. Es war das siebte Mal, daß die Vereinigten Staaten in Panama eingefallen waren, seit sie 1903 die Provinz von Kolumbien abtrennten, um den Kanal zu bauen (siehe Anhang I). Der neue Vorsitzende der Versammelten Stabschefs, General Colin Powell, erklärte zu der Zeit der Invasion:

»Wir müssen ein Schild an unsere Tür hängen, das sagt: ›Supermacht lebt hier.«⁴⁴

Die Supermacht mußte allerdings noch einen angemessenen Respekt gegenüber den Meinungen der Menschheit zeigen. Dementsprechend berieten sich die führenden Juristen des Justizministeriums, des Außenministeriums und des Verteidigungsministeriums und kamen gemeinsam zu der Schlußfolgerung, daß die Invasion der souveränen Nation Panama, die Entführung ihres Führers und sein Strafprozeß in den Vereinigten Staaten alle legal und sauber wären.

Die Invasion wurde »Operation gerechte Sache« genannt, vielleicht aufgrund von Handlungen wie den folgenden, die vom amerikanischen Militär durchgeführt wurden:

- ☞ Hunderte von zivilen Anhängern von Noriega wurden ausgesucht und verhaftet, obwohl gegen sie keine amerikanischen oder panamaischen Anklagen vorlagen. Es wurde in Häuser eingebrochen, um einige der Individuen zu verhaften.
- ☞ Ambulanzen wurden zum Anhalten gezwungen, als sie Patienten mit blitzendem Blaulicht und Sirenen zum Krankenhaus transportierten, um sie nach loyalen Noriegaanhängern zu durchsuchen, die als Patienten verkleidet sein konnten.
- ☞ Beim Gehen durch geschäftige Straßen feuerten sie ohne Warnung in die Luft.
- ☞ Eine Sperrstunde wurde auferlegt und durchgesetzt.
- ☞ Für Reporter wurden durch Noriegas Haus und Büro Führungen organisiert, um in allen persönlichen Belangen des Mannes herumzusehen und -zuschnüffeln, von seinen Fotos bis zu seiner Unterwäsche. Alles von seinen sexuellen Praktiken bis zu seinem religiösen Glauben wurde veröffentlicht und lächerlich gemacht.
- ☞ In Gefängnisse wurde eingebrochen und Gefangene wurden befreit. Der von den USA eingesetzte Kommandant der neuen Panamanian Public Force tadelte die außergewöhnliche Welle von Verbrechen und Gewalt, die Panama nach der Invasion traf. Diese sei seiner Ansicht nach auf Hunderte von gefährlichen Kriminellen zu-

rückzuführen, die von den USA frei gelassen wurden. Er erklärte, daß die Quote an Angriffen, Morden und anderen Verbrechen »viel schlimmer« als unter dem Noriega-Regime sei.

- ☞ Menschen mit angemalten Gesichtern und Maschinengewehren feuerten in die Luft und griffen das Haus des nicaraguanischen Botschafters an. Der Botschafter wurde zu Boden geworfen. Er und sieben andere Leute wurden mit der Waffe in Schach gehalten, während US-Soldaten das Haus plünderten und Waffen, 3000 Dollar Bargeld und persönliche Sachen konfiszierten. »Das Geld wurde niemals zurückgegeben«, sagte der Botschafter.
- ☞ Die Botschaft des Vatikan, in der Noriega Zuflucht gesucht hatte, wurde umstellt und man dröhnte mehrere Tage lang über Lautsprecher die Ohren der gesamten Nachbarschaft mit ohrenbetäubender Rock'n'Roll-Musik zu. US-Soldaten sangen neben der Vatikan-Botschaft eine Parodie von Woody Guthries altem Lied: »Dies Land ist mein Land, das Land ist mein Land, hier ist kein Land, das nicht mein Land ist.«⁴⁵

»Viele Panamaer hießen die US-Intervention ursprünglich willkommen«, berichtete die *Los Angeles Times*. »Aber als die Kämpfe am Samstag den vierten Tag weitergingen, ließen einige Berichte aus Panama vermuten, daß auch Verärgerung über die US-Präsenz weit verbreitet war. [...] »Das Volk von Panama fühlt sich stärker bedroht, seit die Amerikaner eingetroffen sind, als zu der Zeit, als Noriega noch die Macht hatte«, sagte ein (amerikanischer) Regierungsbeamter.«⁴⁶

Am ersten Jahrestag der Invasion konnten sich die Panamaer nicht darauf einigen, ob der Tag als Feiertag oder als Trauertag bezeichnet werden sollte. So deklarierte Präsident Endara einen Nationalen Tag des Nachdenkens.⁴⁷

»Von Mexiko bis Argentinien verdammen lateinamerikanische Regierungen heute allesamt die Anwendung von Gewalt durch die Vereinigten Staaten gegen General Manuel Antonio Noriega von Panama.«

News Report, 20.12.1989⁴⁸

»Ich schätze die Untersützung, die wir bekommen haben – eine starke Unterstützung vom Kongreß der Vereinigten Staaten und von unseren lateinamerikanischen Nachbarn.«

George Bush, 21.12.1989⁴⁹

Die Organisation der Amerikanischen Staaten stimmte mit einem Votum von 20 zu 1 einer Resolution zu, »die militärische Intervention in Panama tief zu bedauern« – wobei die eine Stimme die der Vereinigten Staaten war.

»Wir sind schwer beleidigt«, sagte der Sprecher des Außenministeriums Richard Boucher. »Die O.A.S.« erklärte er, »hat eine historische Chance verpaßt, ihre traditionelle engstirnige Sorge bezüglich der Nichteinmischung von außen aufzugeben.«⁵⁰

Nachwort:

1990 waren die Vereinigten Staaten behilflich, ein hochgradig geheimes Nachrichtenbüro mit dem Namen »Rat für öffentliche Sicherheit und Nationale Verteidigung« aufzustellen. Die neue Agentur wurde von einem Mann geleitet, der zweimal als hochrangiger Minister in Noriegas Marionettenregierung diente. Ein Regierungsbeamter sagte, daß die CIA bei der Schulung des Personals der neuen Agentur mitwirke und daß weitere Unterstützung von einer Polizeischulungsmission des US-Justizministeriums in Panama erfolgen würde.

Wie berichtet wird, war es eine der Missionen der Agentur, Informationen über »Unruhestifter« zu sammeln, einschließlich von Persönlichkeiten der Opposition, die Massendemonstrationen organisierten. Ein anderes Ziel war die neu organisierte Nationale Polizei, die aus Mitgliedern von Noriegas alter Armee gebildet wurde. »Wir werden die Polizei beobachten«, sagte ein Beamter. »Wir können nicht zulassen, daß das Ungeheuer wieder aufersteht.« Diese Aussage ließ die Frage offen, wer denn die neue Agentur

beobachten würde.⁵¹ Zur gleichen Zeit richtete die 4. Psychologische Operationstruppe der US-Armee eine Hotline für die Öffentlichkeit ein, um Noriega-Helfer, Kriminelle, Subversive und Anti-US-Kämpfer zu denunzieren, die dann von amerikanischen Truppen verhaftet und in Internierungslager gesteckt wurden.⁵²

Als Präsident Guillermo Endara im Dezember 1990 einer Militärrebellion gegenüberstand, die niederzuschlagen er unfähig war, forderte er US-Truppen dazu auf, einzugreifen und den Aufstand zu unterdrücken.⁵³ Endara legte ein Jahr zuvor den Diensteid als Präsident auf einer US-Militärbasis in Panama während der Invasion ab. Die offizielle Pentagon-Studie der Besetzung Panamas verzeichnet, daß die ursprünglichen Pläne für die Zeit nach der Invasion eine vollständige US-Militärregierung vorsahen – mit dem Chef des Southern Command als Panamas tatsächlichem Herrscher. In letzter Minute wurde die Entscheidung getroffen, Endara als Präsident einzusetzen, aber seine Regierung war, wie die Studie ausdrückte, »nur eine Fassade.«⁵⁴

Die Vereinigten Staaten konfiszierten Tausende von Boxen an Dokumenten der Noriega-Regierung und lehnten es ab, sie an panamaische Ermittlungsbeamte auszuhändigen. »Die Vereinigten Staaten schützten Räuber und Diebe und behindern die Justiz«, beklagte der Chefankläger. »Wir sind die Eigentümer der Dokumente. Wenn ich meine Aufgabe erfüllen soll, dann muß ich die Dokumente sehen.«⁵⁵

Panamaische Geschäftsleute berichteten, daß sie 700 Mio. Dollar durch die Plünderungen und Tumulte, die der Invasion folgten, verloren, wovon nur sehr wenig von den Versicherungen abgedeckt wurde. Ein Jahr nach der Invasion belief sich die Arbeitslosigkeit auf mehr als 25%. Schäden durch die Invasion, Plünderungen und die US-Sanktionen von 1989-1989 hatten die panamaische Wirtschaft um 30% schrumpfen lassen.⁵⁶

Es stellte sich heraus, daß der neue Präsident, einer von zwei Vize-Präsidenten und der Justizminister alle Verbindung zum Drogenhandel und zur Geldwäsche besaßen.⁵⁷

Im Frühjahr 1991 wurde berichtet, daß kolumbianische Drogenkartelle und Mitarbeiter von Noriega Panama erneut in ein Umschlagszentrum für Narkotika verwandelt hatten. Es gab auch bei weitem mehr Kokain-Produktionsanlagen als jemals unter Noriega existierten. Der Gebrauch von Drogen war, wie berichtet wird, immer üblicher geworden. Die neuen Drogenhandel- und Geldwäscheaktivitäten wurden hauptsächlich von Kollegen der Beamten des Kabinetts – besonders in den Büros des Präsidenten und des Justizministers – veranlaßt. Als amerikanische Beamte den Panamaern sagten, daß der Rechtsberater des Außenministeriums Julio Berrios wegen Geldwäsche unter US-Untersuchung stand, unternahmen die Panamaer nichts. Dementsprechend wurde Berrios zu Panamas Delegation für die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über den Vertrag zum Beenden der Geldwäsche bestellt.⁵⁸

Washington bestand darauf, daß Panama seine gepriesenen Bankgeheimnisgesetze änderte, um die USA dabei zu unterstützen, verdächtige Gesetzesbrecher zu verfolgen – vor allem Wäscher von Drogengeld. Panamas Justizminister wies darauf hin, daß die Vereinigten Staaten verlangten, daß Panama Handlungen verfolgen solle, die sich als Verbrechen in den USA und nicht in Panama offenbarten. »Wir können nicht das gesamte Rechtssystem wegen einer Sache (den Drogen) ändern«, argumentierte er.

Nach vielen amerikanischen Drohungen, Hilfe zu kürzen, unterzeichnete Panama im April 1991 einen Vertrag, der US-Behörden teilweise Zugang zu panamaischen Bankaufzeichnungen gewährte und das Recht verschaffte, Individuen zu verfolgen, die illegale Drogenprofite einzahlten. Ausländische Banken jedoch – besonders kolumbianische – fanden Wege, die neuen Gesetze zu umgehen und widmeten sich bald wieder dem Geldwäschebusiness.⁵⁹

Ein amerikanischer Kampfhubschrauber beschuß Personen auf der Straße, die er als Feinde zu erkennen meinte. Ernesto Cubilla hielt sich in seiner Küche auf. Mehrere Schüsse durchschlugen sein Dach. Sein Sohn stürzte herein und fand ihn ausgestreckt auf dem Boden. Er verlor eine Lunge und eine Niere und wurde an der Leber geschädigt.⁶⁰

»Frauen und Kinder gingen natürlich zum Fenster und sahen hinaus, als sie die Kämpfe hörten«, sagte Roberte Troncoso, Präsident des Panamaischen Komitees für Menschenrechte, »und die nervösen amerikanischen Soldaten schossen auf sie.«⁶¹

Ein paar Stunden vor der Invasion, während die Details festgelegt wurden, sang George Bush, der eine leuchtend rote und grüne Weihnachtskrawatte trug und seine Enkelin hielt, bei einer Weihnachtsfeier im Weißen Haus Weihnachtslieder.⁶² Zwei Tage später erklärte er, daß »sein Herz bei den Familien derer ist, die in Panama gestorben sind.«⁶³

Einer von Bushs Beratern sagte, daß der Präsident den Eindruck habe, daß Noriega »ihm eine lange Nase macht.«⁶⁴

Anmerkungen zu Kapitel 50

- 1 Zusammengestellt aus: 1) **Francisco Goldman**, »What Price Panama? A Visit to a Barrio Destroyed by U.S. Forces«, *Harper's Magazine* (New York), September 1990; 2) *Los Angeles Times*, 01.04.1990, ein Gastartikel von **David und John Kiyonaga**, zwei Rechtsanwälten, die mehr als 100 Opfer der Invasion in Panama vertraten; 3) eine Rede von Olga Mejia, der Vorsitzenden der Nationalen Menschenrechtskommission Panamas, im Rathaus von New York am 05.04.1990, in Auszügen abgedruckt in *Covert Action Information Bulletin*, H. 34, Sommer 1990, S. 13.
- 2 *New York Times*, 22.12.1989, S. 16.
- 3 **Johng Dinges**, OUR MAN IN PANAMA (New York 1991, überarb. Auflage), S. 33; *New York Times*, 28.09.1988.
- 4 Dinges, S. 52. **William John Jordan**, der US-Botschafter in Panama zwischen 1974 und 1978, schrieb in seinem Buch PANAMA ODYSSEY (University of Texas Press, Austin, 1984), S. 144, er sei nahezu sicher, daß Geheimagenten der USA den Verschwörern ihr stillschweigendes Einverständnis zum Staatsstreich gegeben hätten.
- 5 »The Noriega Connection«, ein Dokumentarfilm in »Frontline« (PBS) am 30.01.1990, zitiert den ans Amt für Betäubungsmittel und Gefährliche Drogen ausgeliehenen früheren CIA-Beamten John Bacon und andere nicht genannte Untersuchungsbeamte der CIA und des FBI. Vgl. auch den Artikel von **Joe Conason** und **John Kelly** in *Village Voice* (New York) vom 11.10.1988, sowie **Dinges**, S. 63-64, zur Diskussion über die Ermordung Noriegas in dem genannten Amt während der Nixon-Regierung, die auf Dokumenten des Justizministeriums und des US-Senats basierten.
- 6 *Newsweek*, 18.06.1973, S. 22.
- 7 *New York Times*, 02.10.1988, S. 25.
- 8 **Frederick Kempe**, »The Noriega Files«, *Newsweek*, 15.01.1990, S. 21; »The Noriega Connection«, a.a.O. Beim Prozeß gegen Noriega in Miami im Jahre 1991 behauptete die Anklage, Noriega habe über die Jahre hinweg insgesamt nur 160.000 Dollar von der CIA und eine ähnliche Summe von der US-Armee erhalten. Allerdings versuchte die Anklage die Behauptung von Noriegas Verteidigern zu widerlegen, die Millionen von Dollars, die ihr Mandant besaß, stammten nicht aus dem Rauschgifthandel, sondern aus Zahlungen der US-Regierung.
- 9 **Dinges**, S. 85-86; *Los Angeles Times*, 16.01.1990, S. 15.
- 10 **Dinges**, S. 88-90.
- 11 » *San Francisco Chronicle*, 11.06.1987.
- 12 **Dinges**, S. 158.
- 13 **Dinges**, S. 160, 234, 241; *Newsweek*, 15.01.1990, S. 23; *Los Angeles Times*, 16.01.1990, S. 15 (sie trafen sich mindestens sechs Mal).
- 14 Zu Sabotage vgl. *Newsweek*, 15.01.1990, S. 22.
- 15 Zu den unterschiedlichen Ansichten von **Seymour Hersh**, der Quelle des Artikels, vgl. **Dinges**, S. 243-244, *Newsweek*, 22.06.1987, S. 37 und **Kevin Buckley**, PANAMA, THE WHOLE STORY (New York, 1991), S. 53-57.
- 16 **Dinges**, S. 253, zitiert auch Oliver Norths Prozeßvereinbarung auf S. 97-99, 101 und 106; vgl. auch *Los Angeles Times*, 16.01.1990, S. 14-15.
- 17 **Dinges**, S. 253-254, zitiert ein Formular des Foreign Agents Registration Act, das von einem Angestellten der PR-Firma unterzeichnet war, sowie dessen Aussage vom Iran-Contra-Ausschuß.
- 18 **Dinges**, S. 258.
- 19 Zu William French Smith vgl. **Dinges**, S. 27. Zu Lawn vgl. *Los Angeles Times*, 16.01.1990, S. 14; letztere berichtet auch, in einem Schreiben vom März 1984 habe sich

- der seinerzeitige Leiter des DEA, Francis Mullen, bei Noriega für ein Foto mit Autogramm bedankt und ihm geschrieben, er habe »es rahmen lassen und voller Stolz sichtbar in meinem Büro aufgestellt.«
- 20 *Los Angeles Times*, 04.01.1990, S. A12.
- 21 **Dinges**, 295-296.
- 22 **Saul Landau**, »General Middleman«, *Mother Jones*, Februar-März 1990, S. 17.
- 23 *New York Times*, 08.05.1988, S. 1. Im selben Artikel wird berichtet, Edward Everett Briggs, der frühere US-Botschafter in Panama, habe Bush im Jahre 1985 von Noriegas Verwicklung in den Drogenhandel unterrichtet.
- 24 *Los Angeles Times*, 16.01.1990, S. 15; *Newsweek*, 15.01.1990, S. 19. Zusätzlich zu seinem Treffen mit Noriega in seiner Zeit als CIA-Direktor traf Bush ihn auch als Vizepräsident im Dezember 1983 in Panama.
- 25 *New York Times*, 19.02.1989, S. 15.
- 26 *New York Times*, 24.04.1989, S. 1, 11. Die Geheimdienstausschüsse des Kongresses haben offiziell nicht die Macht, verdeckte Operationen zu beenden. Allerdings müssen sie im Voraus davon unterrichtet werden, und in sehr seltenen Fällen kann ihre vereinte Opposition die Regierung von ihrem Tun abbringen. In der Praxis befaßte sich die CIA vor dem Ende des Kalten Krieges natürlich ständig mit verdeckten Operationen, und daher gelangten nur die wirklich ersten Fälle (und das auch nur in den letzten Jahren) den Geheimdienstausschüssen zur Kenntnis. – Im Oktober 1989 erließ Präsident Bush, möglicherweise als Reaktion auf die Zurückweisung des Kongresses und in Vorwegnahme der bevorstehende Invasion in Panama, einer neue Verordnung, durch welche Operationen erlaubt wurden, bei deren Durchführung es zum Tod eines ausländischen politischen Führers kommen könnte, so lange es sich dabei nicht um vorsätzlichen Mord handelte. Vgl. *Los Angeles Times*, 14.10.1989, S. 1.
- 27 U. S. NEWS & WORLD REPORT, 01.05.1989, S. 40; *Los Angeles Times*, 23.04.1989, S. 1.
- 28 *Los Angeles Times*, 21.03.1992, S. A2.
- 29 **Dinges**, S. 187-189, 195-200, 369-372 (Auszüge des Berichts).
- 30 **Buckley**, S. 197-218; *New York Times*, 08.10.1989, S. 16; *Washington Post*, 05.10.1989, S. 1; 06.10.1989, S. 36; 08.10.1989, S. 1.
- 31 *New York Times*, 06.10.1989, S. 10; 08.10.1989, S. 16; *Washington Post*, 07.10.1989, S. 1, 16; 12.10.1989, S. 35. Zu den Hubschraubern vgl. *Los Angeles Times*, 04.10.1989.
- 32 In der Sendung »Nightline« auf ABC-TV am 04.10.1989 wurde berichtet, die Rebellen hätten zwar nicht die Auslieferung Noriegas angeboten, sie hätten aber die amerikanischen Truppen gebeten, mit Hubschraubern zu kommen und sich ihn zu holen. Das wurde vom Pentagon dementiert. Vgl. *New York Times*, 05.10.1989, S. 14.
- 33 *New York Times*, 06.10.1989, S. 10; 08.10.1989, S. 16.
- 34 *Washington Post*, 21.12.1989, S. 37.
- 35 *Los Angeles Times*, 06.01.1990, S. 18. Die *Washington Post* vom 23.12.1989 beichtete auf Seite 1, in den Stunden vor der Invasion hätten US-Truppen in seinen vielen bekannten Verstecken, wozu auch die Wohnung seiner Geliebten gehörte – die sich im gleichen Haus befand wie die des Diplomaten – nach Noriega gesucht, die Wohnung der Großmutter der Geliebten wurde jedoch nicht erwähnt.
- 36 *New York Times*, 21.12.1989 (zu Cheney), 22.12.1989, S. 16 (zu Bush).
- 37 *New York Times*, 18.12.1989, S. 8.
- 38 *Los Angeles Times*, 22.12.1990, zitiert drei zivile und militärische amerikanische Quellen, welche die Tatsachen unabhängig voneinander bestätigten. Man beachte, daß die Regierung die Behauptung, das amerikanische Ehepaar sei mißhandelt worden, nicht beweisen konnte.

- 39 **Buckley**, S. 228-229. Die Abschrift des Gesprächs des Marineinfanteristen befand sich im Bericht des *U.S. Army's Joint Debriefing Center*.
- 40 **Buckley**, S. 187, 191; **Timothy Harding**, »Why Are We In Panama?«, *LA Weekly* (Los Angeles), 29.12.1989 bis 04.01.1990, S. 16.
- 41 **Buckley**, S. 193, zitiert die *Washington Post*, National Weekly Edition, 22.01.1990 bis 28.01.1990.
- 42 *New York Times*, 24.12.1989, S. 9. Die Schlagzeile dieser Meldung auf Seite 1 lautete: »U. S. Invasion: Many Weeks of Rehearsals«. Eine frühere Ausgabe der *Times* an diesem Tag hatte stattdessen die folgende Schlagzeile: »U. S. Drafted Invasion Plan Weeks Ago«.
- 43 *New York Times*, 19.12.1989, S. 12.
- 44 *Washington Post*, 21.12.1989, S. 36.
- 45 Zusammengestellt aus: *Los Angeles Times*, 24.12.1989, 26.12.1989, 27.12.1989, 30.12.1989, 31.12.1989; 02.01.1990, 04.01.1990, 08.01.1990, 25.01.1990; *Washington Post*, 31.12.1989, S. 1.
- 46 *Los Angeles Times*, 24.12.1989, S. 1 und 6.
- 47 Ebd., 21.12.1990, Leitartikel.
- 48 Zwar mit dem 20.12.1989 datiert, jedoch erst in der *New York Times* vom 21.12.1989, S. 24, erschienen.
- 49 *New York Times*, 22.12.1989, S. 16.
- 50 *Los Angeles Times*, 23.12.1989.
- 51 Ebd., 23.12.1990.
- 52 **Alan Naim**, »The Eagle is Landing«, *The Nation* (New York), 03.10.1994, S. 347.
- 53 *New York Times*, 06.12.1990, S. 1; **Dinges**, S. XXVII.
- 54 *The Nation*, a.a.O., S. 346.
- 55 *Los Angeles Times*, 23.06.1990.
- 56 *New York Times*, 22.12.1990, S. 26, Leitartikel; *Los Angeles Times*, 29.12.1989, 01.02.1990.
- 57 *Extra!* (die Zeitschrift von Fairness and Accuracy in Reporting, FAIR, New York), Januar-Februar 1990, S. 5.
- 58 *Los Angeles Times*, 28.04.1991.
- 59 Ebd., 01.02.1990, S. A8; 27.12.1990, S. A15; 20.04.1991; 28.04.1991, S. A6. Einen früheren Vertrag vom August 1990 hatte die panamesische Regierung abgelehnt.
- 60 **Kiyonaga** (*Los Angeles Times*), a.a.O.
- 61 *Los Angeles Times*, 27.10.1990.
- 62 *New York Times*, 24.12.1989, S. 9.
- 63 Ebd., 22.12.1989, S. 17.
- 64 Ebd., 24.12.1989, S. 9.

51 Bulgarien 1990/Albanien 1991

Kommunisten lehren, worum es in der Demokratie geht

Für amerikanische antikommunistische kalte Krieger und für bulgarische antikommunistische kalte Krieger hätte es nicht vielversprechender aussehen können.

Der Kalte Krieg war vorbei. Die Kräfte der westlichen Zivilisation, Kapitalismus und Güte hatten gewonnen. Die Sowjetunion war kurz davor, auseinanderzufallen. Die kommunistische Partei in Bulgarien fiel in Ungnade. Ihr diktatorischer Führer für 35 Jahre wurde wegen Machtmißbrauchs verfolgt. Die Partei hatte ihren Namen geändert, aber das würde niemanden zum Narren halten. Und das Land hielt seine erste Mehrparteiwahl seit 45 Jahren ab.

Die Kommunisten gewannen die Wahl.

Für die Antikommunisten war der Schmerz unerträglich. Sicherlich war ein monströser kosmischer Fehler gemacht worden, ein Fehler, dem es nicht erlaubt sein würde, zu bestehen. Er sollte nicht und er würde nicht.

Washington hatte früh sein Interesse zum Ausdruck gebracht. Außenminister James Baker wurde der hochrangigste amerikanische Beamte, der Bulgarien seit dem Zweiten Weltkrieg besuchte. Sein offizieller Arbeitsplan sagte, daß er in Bulgarien war, um »sich mit Führern der Opposition zu treffen, sowie mit Regierungsbeamten.« – »Üblicherweise«, so notierte die *New York Times*, »wird es andersherum aufgelistet.« Baker war schwer beschäftigt bei seinen Gesprächen mit der Opposition über politische Strategien und wie man eine Wahl organisiert. Er hielt auch eine Ansprache bei einem Straßenumzug, der von Oppositionsgruppen organisiert wurde, wobei er die Menge lobte und ermutigte. Auf dem Bulgarien-Profil des Außenministeriums, das an Reporter, die mit Baker reisten, ausgehändigt wurde, stand unter der Überschrift »Regierungsform« geschrieben: »Im Übergang.«¹

Im Mai 1990, drei Wochen vor dem Tag der Wahlen, brach wegen der Behauptungen des Führers der wichtigsten Oppositionsgruppe ein Tumult aus. Petar Beron, Sekretär der Union der Demokratischen Kräfte (UDK), einer Koalition aus 16 Parteien und Bewegungen, sagte, daß bei den Besuchen der UDK in Europa und den Vereinigten Staaten viele Politiker zugesagt hatten, daß sie einem sozialistischen Bulgarien keinen Beistand leisten würden. Dies würde gelten, selbst wenn die Bulgarische Sozialistische Partei – die neu benannte Kommunistische Partei – die Wahlen fair gewinnen würde. Beron sagte, daß:

»... westliche Führer bleibende Kontakte mit Regierungen wünschen, die Demokratien und Wirtschaften im westlichen Stil aufbauen. Der britische Außenminister, Douglas Hurd, war besonders unnachgiebig. Er sagte, er entwerfe eine Erklärung, mit der er vor die Europäische Gemeinschaft gehen würde, um den restlichen sozialistischen Regierungen in Osteuropa die Hilfe zu verweigern.«²

Zwischenzeitlich ließ die Amerikanische Stiftung für Demokratie, Washingtons speziell erschaffenes Double für die CIA (siehe Kapitel 49 über Nicaragua) – in diesem Falle hauptsächlich mit Geldern von der Agentur für Internationale Entwicklung – zwei Millionen Dollar nach Bulgarien hineinfließen, um den Ausgang der Wahl zu beeinflussen, einen Prozeß, den die Nationale Stiftung für Demokratie »Demokratie fördern« nennt. Dies ist so, als würde eine fremde Macht mehr als 50 Mio. Dollar in eine amerikanische Wahlkampagne einspritzen. Ein wichtiger Empfänger dieser Freigebigkeit war die Zeitung der oppositionellen Union der Demokratischen Kräfte, *Demokratia*, die Zeitungspapier im Wert von 233.000 Dollar erhielt »um es zu erlauben, für die Zeit bis zu den nationalen Wahlen ihre Auflage und ihre Verbreitung zu vergrößern.«³ Die UDK selbst bekam weitere 615.000 Dollar an amerikanischen Steuerzahlergeldern für »Infrastruk-

turunterstützung und Parteischulung« ... »materielle und technische Unterstützung« ... und »Nach-Wahl-Beistand für das Parteaufbauprogramm der UDK.«⁴

Die Vereinigten Staaten machten wenig Anstalten, ihre Parteinahme zu verbergen. Am 09.06.1990, dem Tag vor dem Wahltag, erschien der US-Botschafter in Bulgarien, Sol Polansky, auf der Rednertribüne eines UDK-Umzugs. Polansky, dessen frühe Regierungskarriere nachrichtendienstliche Forschung miteinbezog, war ein Mann, der mehr als eine beiläufige Bekanntschaft mit der CIA gehabt hatte. Darüber hinaus hatte das Außenministerium einige Tage zuvor den ungewöhnlichen Schritt ergriffen, öffentlich die bulgarische Regierung wegen der ungerechten Verteilung der Ressourcen an Nachrichtenstationen zu kritisieren, speziell Zeitungspapier für oppositionelle Zeitungen, als gäbe es dies nicht auch in den Vereinigten Staaten und jedem anderen Land in der Welt. Die bulgarische Regierung antwortete, daß die Opposition Zeitungspapier bekommen hatte und Zugang zu Rundfunkstationen, entsprechend der Absprache zwischen den Parteien, und fügte hinzu, daß viele der Vorteile der Sozialistischen Partei, besonders ihre finanziellen Reserven, aus der Zahl von einer Million Mitgliedern der Partei resultierten, etwa ein Neuntel der bulgarischen Bevölkerung. Die Regierung hatte weiterhin die Druckerei zum Veröffentlichen der UDK-Zeitung gestellt und der Oppositionskoalition das Gebäude gegeben, von dem aus sie ihre Operationen leiten konnte.⁵

Die Führung der Sozialisten angesichts der zerbröckelnden Wirtschaft machte die UDK perplex, aber die Bulgarische Sozialistische Partei bezog das meiste ihrer Unterstützung von Pensionären, Landarbeitern und der industriellen Arbeiterschaft, die zusammen einiges über die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung repräsentierten.⁶ Diese Gruppen hatten die Neigung, die BSP mit Stabilität zu assoziieren. Die Partei schlug Kapital daraus, indem sie auf die katastrophalen Ergebnisse – besonders die Arbeitslosigkeit und die Inflation – der »Schocktherapie« freien Unternehmens in Rußland hinwies.⁷ Obwohl die drei wichtigsten Parteien alle beabsichtigten, sich auf eine Marktwirtschaft hinzubewegen, bestanden die Sozialisten darauf, daß die Veränderungen vorsichtig kontrolliert sein müßten. Wie dies in der Praxis aussehen würde, wenn die BSP im Amt wäre und in einer extrem kapitalistischen Welt leben müßte, konnte nicht vorhergesagt werden. Es war jedoch sicher, daß es keine Möglichkeit gab, daß eine Partei, die sich »Sozialistisch« nannte, Mädchenname »Kommunistisch«, und die sich kürzlich mit der Sowjetunion vermählt hatte, das Vertrauen und die Unterstützung des Westens gewinnen konnte.

Wie sich nach dem zweiten Wahlgang herausstellte, hatten die Sozialisten etwa 47% der Stimmen und 211 Sitze in dem 400-Sitze-Parlament (der Großen Nationalversammlung) gewonnen, gegen die 36% und 144 Sitze der UDK. Unmittelbar nach dem ersten Wahlgang ging die Opposition auf die Straße mit Beschuldigungen wegen Betrug und rief »Sozialistische Mafia!« und »Wir werden nicht für die Roten arbeiten!« Die europäischen Wahlbeobachter waren jedoch gegenteiliger Ansicht. »Die Resultate ... werden den Willen des Volkes widerspiegeln«, sagte der Leiter der britischen Beobachterdelegation. »Wenn ich eine Wahl manipulieren wollte, dann wäre es einfacher, dies in England zu tun als in Bulgarien.«

»Wenn die Opposition die Ergebnisse als manipuliert brandmarkt, dann entspricht das nicht dem, was wir gesehen haben«, erklärte ein Delegierter des Europarates.

Ein weiterer westlicher Beobachter wies die Behauptungen der Opposition als »Saure Trauben« zurück.⁸

»Oberfaul« war der Ausdruck, den ein englisches Parlamentsmitglied wählte, um Behauptungen von ernster Fälschung zu beschreiben. Er behauptete, daß »das Durchführen der Abstimmung extrem fair war. Es gab nur ganz kleine Vorfälle, die übertrieben wurden.«

»Die Opposition scheint eine ziemlich schlechte Verliererin zu sein«, schlußfolgerte ein westlicher Diplomat.⁹

Diese Meinung wurde von vielen hundert Beobachtern, Diplomaten und Parlamentariern aus Westeuropa geteilt. Nichtsdestotrotz waren die meisten amerikanischen Beob-

achter nicht sehr glücklich. Sie behaupteten, daß Furcht und Einschüchterung das Wahlergebnis beeinflussten, da »das Vermächtnis von 45 Jahren totalitärer Herrschaft« »psychologischen« Druck auf die bulgarischen Wähler erzeugt hätte. »Jenseits der Aufzeichnungen habe ich echte Probleme damit«, sagte einer der Amerikaner. Gefragt, ob der Bericht seines Teams so kritisch gewesen wäre, wenn die Opposition gewonnen hätte, antwortete er: »Das ist eine gute Frage.«¹⁰

Mitglieder der britischen parlamentarischen Beobachtergruppe taten das gegenüber den Reportern damit ab, daß das Abstimmen durch Einschüchterung und andere Übeltaten verfälscht war. Die meisten Klagen waren entweder »nichtssagend« oder unmöglich nachzuweisen, so sagten sie. »Als wir fragten, wo denn Einschüchterungen stattgefunden hatten, dann war es immer das nächste Dorf«, sagte Lord Tordoff.¹¹

Vor der Wahl hatte der sozialistische Premierminister Lukanow für eine Koalition mit Oppositionsparteien für den Fall plädiert, daß seine Bulgarische Sozialistische Partei die Wahl gewinnen würde. »Die neue Regierung«, sagte er, »braucht das breiteste mögliche Maß an öffentlicher Unterstützung, wenn wir die notwendigen Veränderungen durchbringen wollen.«¹² Nun siegreich, wiederholte er den Ruf nach einer Koalition. Aber die UDK wies das Angebot zurück.¹³ Es gab jedoch Elemente innerhalb der BSP, die sich ebenfalls einer Koalition entgegenstellten.

Die Opposition lehnte es ab, das Ergebnis der Wahl zu akzeptieren. Sie befand sich mit der Regierung im Krieg. Straßendemonstrationen wurden zu täglichen Vorkommnissen, als UDK-Anhänger, unterstützt von einer großen Anzahl von Studenten, Barrikaden bauten und den Verkehr blockierten und Studenten eine Welle von Streiks und Sit-Ins vom Zaune brachen. Viele der Studenten handelten als ein Teil des Verbandes von Unabhängigen Studentenvereinigungen, die vor der Wahl gebildet worden waren. Der Vorsitzende der Studentengruppe, Aptanas Kirchow, behauptete, daß die Organisation Belege für Wahlmißbräuche hätte, die baldigst publik gemacht würden, was aber niemals geschah.¹⁴

Die Studentenbewegungen befanden sich unter den Empfängern von Geldern der Nationalen Stiftung für Demokratie. Sie erhielten 100.000 Dollar, »für die Infrastruktur des Verbandes der Unabhängigen Studentengesellschaften Bulgariens, um ihren Einflußbereich in Vorbereitung für die Nationalwahlen zu verbessern.« Die Studenten bekamen Faxgeräte, Video- und Kopierausrüstung, Lautsprecher, Druckausrüstung und Drucktechniken zu Niedrigpreisen«, sowie die Hilfe von verschiedenen polnischen Ausbildern, amerikanischen Rechtsberatern und anderen Experten – das beste, was Geld der Nationalen Stiftung für Demokratie kaufen kann.¹⁵

Der erste Sieg der Protestbewegung kam am 06.07.1990, weniger als ein Monat nach der Wahl, als Präsident Mladenow gezwungen war, nach einer Woche Proteste – einschließlich eines Hungerstreiks vor dem Parlament – wegen seines Handelns bei einer Anti-Regierungs-Demonstration im vorangegangenen Dezember zurückzutreten. Sein Rücktritt erfolgte, nachdem die UDK ein Videoband freigegeben hatte, das Mladenow zeigte, wie er zu seinen Kollegen sprach und zu sagen schien: »Sollten wir nicht die Panzer hereinbringen?« Ein UDK-Beamter sagte über den Rücktritt: »Wir sind ziemlich glücklich über all das. Es hat die Sozialisten ins Chaos gestürzt.«¹⁶

Die Demonstrationen, die Proteste und die Agitation gingen im Juli täglich weiter. Eine »Stadt der Freiheit«, die aus mehr als 60 Zelten bestand, wurde im Zentrum von Sofia aufgestellt, besetzt von Leuten, die sagten, daß sie dort bleiben würden, bis alle hochrangigen bulgarischen Politiker, die unter dem alten kommunistischen Regime gedient hatten, entfernt wären. Als ihnen verweigert wurde, was sie als angemessenen Zugang zu den Medien betrachteten, fügten die Protestierenden den Rücktritt des Chefs des bulgarischen Fernsehens zu ihren Forderungen hinzu.¹⁷ Einmal wurde ein riesiger Scheiterhaufen auf der Straße errichtet, in dem Texte der kommunistischen Zeit verbrannt wurden, sowie auch Parteiprogramme und Flaggen.¹⁸

Der nächste Kopf, der rollen würde, war der des Innenministers, Atanas Smerdjiew, der bei einer Kontroverse darüber, inwieweit die Befragung des vorherigen Diktators Todor

Schiwkow öffentlich oder hinter verschlossenen Türen stattfinden sollte, zurücktrat. Das bulgarische Volk hatte tatsächlich eine Menge, wogegen es protestiert konnte, vor allem gegen einen rapide abnehmenden Lebensstandard und gegen eine Regierung ohne Präsidenten, die gelähmt und unfähig schien, die verzweifelt benötigten Reformen durchzuführen. Aber die Frage, die von einigen Mitgliedern des Parlaments gestellt wurde – als Tausende von feindseligen Demonstranten während der Smerdjiew-Affäre das Parlamentsgebäude umzingelten – war: »Werden wir uns das von der Straße diktieren lassen?« – »Das Problem ist«, sagte Premierminister Lukanow, »ob das Parlament eine souveräne Körperschaft ist, oder ob wir gezwungen sein werden, Entscheidungen unter Druck zu fällen.« Sein Wagen wurde angegriffen, als er das Gebäude verließ.¹⁹ Schließlich wurde am 01.08.1990 der Chef der UDK, Schelyu Schelew, ohne Gegenstimmen vom Parlament als neuer Präsident gewählt.

Ein paar Wochen später wurde einer anderen Forderung der Demonstranten entsprochen. Die Regierung begann, kommunistische Symbole wie rote Sterne und Hammer und Sichel von Gebäuden in Sofia zu entfernen. Jedoch wurde zwei Tage später am Hauptquartier der Sozialistischen Partei Feuer gelegt, als 10.000 Menschen um es herumschwärmten. Viele von ihnen brachen in das Gebäude ein und plünderten es, bevor es als ausgeweidete und verkohlte Muschel endete.²⁰

Die Protestbewegung in Bulgarien begann sich anzufühlen und zu schmecken wie der Generalstreik in Britisch Guyana zum Kippen von Cheddi Jagan 1962 und die Kampagne zum Unterminieren von Salvador Allende in Chile in den frühen 70er Jahren – beides Operationen der CIA – wo, sobald einer Forderung entsprochen wurde, neue aufgestellt wurden und so die Regierung faktisch in den Belagerungszustand versetzt wird in der Hoffnung, daß sie überreagiert, und normales Regieren unmöglich wird. In Bulgarien demonstrierten Frauen, indem sie auf Töpfe und Pfannen schlugen, um auf das Fehlen von Nahrungsmitteln in den Läden hinzuweisen,²¹ gerade so, wie Frauen es in Chile in dramatischer Form durchführten, und ebenso in Jamaica und Nicaragua, wo die CIA auch Anti-Regierungs-Demonstrationen finanziert hatte. In Britisch-Guyana war der Christliche Antikommunistische Kreuzzug von den USA heruntergekommen, um das Evangelium und Geld zu verbreiten, und vergleichbare Gruppen hatten einen Laden in Jamaica aufgemacht. Im August trafen sich in Bulgarien Repräsentanten der Freien Kongreßstiftung (Free Congress Foundation), einer amerikanischen rechtsgerichteten Organisation mit viel Geld und viel antikommunistischer und religiöser Ideologie, mit etwa einem Drittel der Mitglieder der Opposition im Parlament und Präsident Schelews politischem Chefberater. Schelew selbst besuchte das Washingtoner Büro der Freien Kongreßstiftung im darauffolgenden Monat. Die Freie Kongreßstiftung, die zuweilen Geld von der Nationalen Stiftung für Demokratie bekam – hatte 1989 und 1990 die Sowjetunion und die meisten osteuropäischen Staaten besucht, und dabei gutes altes amerikanisches Know-How in Wahl- und politischen Techniken und für das Gestalten öffentlicher Politik weitergegeben, sowie Seminare über den vielfältigen Zauber freien Unternehmertums. Es ist nicht bekannt, ob irgend jemand von den Studenten sich der Tatsache bewußt war, daß einer der wichtigsten Leiter des osteuropäischen Programms der Freien Kongreßstiftung, Lazio Pasztor, ein Mann mit echten Nazi-Ansichten war.²² Im Oktober hatte eine Gruppe von amerikanischen Finanzexperten und Wirtschaftsfachleuten unter der Schirmherrschaft der amerikanischen Handelskammer einen detaillierten Plan ausgearbeitet, um Bulgarien in eine freie angebotsorientierte Marktwirtschaft zu verwandeln. Ein konkreter Zeitplan für die Durchführung vervollständigte den Plan. Präsident Schelew sagte, daß er zuversichtlich sei, daß die bulgarische Regierung faktisch alle Empfehlungen akzeptieren würde, obwohl die BSP eine Mehrheit im Parlament hatte. »Sie werden begierig sein, voranzukommen,« sagte er, »weil sonst die Regierung fallen wird.«²³

Zeugen und die Polizei behaupteten, daß Konstantin Trenchew, ein erbitterter Antikommunist, der eine hochrangige Persönlichkeit in der UDK und der Führer der unabhängigen Gewerkschaft Prodkrepa war, eine Gruppe Hardliner unter den Studenten dazu aufgerufen hatte, bei dem Feuer das BSP-Gebäude zu stürmen. Er hatte auch zur Auflösung des Parlaments und der Herrschaft des Präsidenten aufgerufen, »gleichbedeutend mit ei-

nem Staatsstreich«, erklärte die Sozialistische Partei. Trenchew ging in den Untergrund.²⁴

Trenchevs Podkrepa-Gewerkschaft wurde auch von der Nationalen Stiftung für Demokratie finanziert – 327.000 Dollar waren zugeteilt worden »um Material und technische Unterstützung für Bulgariens unabhängige Gewerkschaft Podkrepa zu beschaffen« und »um Podkrepa zu helfen, eine Kampagne für Wählerbildung für die örtlichen Wahlen zu organisieren.« Es gab Computer und Faxgeräte und es gab Ausbilder, um der Gewerkschaft zu helfen »organisiert zu werden und an Stärke zu gewinnen«, gemäß Podkrepas Vizepräsident. Den Beistand hatte die Podkrepa über das Freie Gewerkschaftsinstitut erreicht,²⁵ aufgestellt von der AFLCIO 1977 als Nachfolger des Freien Gewerkschaftskomitees, das in den 40er Jahren gebildet worden war, um linksgerichtete Gewerkschaften in Europa zu bekämpfen. Sowohl das Freie Gewerkschaftskomitee als auch das Freie Gewerkschaftsinstitut hatten lange eine enge Beziehung mit der CIA gehabt.²⁶

In der ersten Novemberwoche 1990 besetzten einige hundert Studenten wieder die Sofia-Universität und verlangten nun die Verfolgung, nicht bloß die Entfernung, von führenden Persönlichkeiten des ehemaligen kommunistischen Regimes, sowie die Nationalisierung des Vermögens der Sozialistischen Partei. Die Rolle des Premierministers war fragwürdig. Lukanow hatte gedroht, zurückzutreten, wenn er nicht die Unterstützung der Opposition im Parlament für sein wirtschaftliches Reformprogramm bekomme. Die UDK auf der anderen Seite verlangte nun, daß es ihr erlaubt sei, eine neue Regierungskoalition zu beherrschen, das Amt des Premierministers und die meisten Schlüsselgeschäftsbereiche zu besetzen. Obwohl offen für eine Koalition, würden die BSP nicht zustimmen, die Position des Premierministers zu übergeben. Die anderen Kabinettsposten waren jedoch frei für Verhandlungen.²⁷

Die Bewegung zum Kippen Lukanows beschleunigte sich. Tausende marschierten und verlangten nach seinem Rücktritt. Universitätsstudenten machten Umzüge, Sit-Ins, Streiks und Protestfasten und verlangten nun die Veröffentlichung der Namen aller ehemaliger Informanten der Geheimpolizei an der Universität. Sie erklärten ihr komplettes Mißtrauen gegenüber der Fähigkeit der Regierung, Bulgariens politischer und wirtschaftlicher Krise Herr zu werden und verlangten »ein Ende der Ein-Parteien-Herrschaft«, ein seltsames Ersuchen im Lichte von Lukanows Wunsch, eine Koalitionsregierung zu bilden.²⁸ Im Juni hatte der Londoner *The Guardian* Lukanow als »Bulgariens beeindruckenden Premierminister ... ein geschickter Politiker« beschrieben, der »Geschäftsführern, Bankern und konservativen westlichen Politikern gefällt.«²⁹

Am 23.11.1990 überlebte Lukanow (gerade eben so) ein Mißtrauensvotum, das dazu führte, daß die UDK aus dem Parlament stürmte und verkündete, daß sie für eine »Undefinierte Periode« nicht zurückkehren würde.« Drei Tage später leitete die Podkrepa-Gewerkschaftsorganisation einen »Generalstreik« in die Wege, der nicht von der Mehrheit der Arbeiter der Nation unterstützt wurde.³⁰

Zwischenzeitlich gingen die Studentenproteste weiter, obwohl einigen ihrer Forderungen bereits teilweise entsprochen worden war. Die Sozialistische Partei hatte zugestimmt, dem Staat 57% ihres Vermögens zurückzuerstatten, entsprechend den Subventionen, die sie unter dem vorherigen Regime aus dem Staatshaushalt erhalten hatte. Und der ehemalige Parteiführer, Todor Schiwkow, stand bereits vor Gericht.

Einige Oppositionsführer waren nicht glücklich mit der anscheinend maßlosen Studentenprotestbewegung. Der UDK-Führer Petar Beron drängte, daß – da Bulgarien sich auf der Straße zur parlamentarischen Demokratie eingeschiff hat – die Studenten der Demokratie eine Chance geben und nicht auf Sit-Ins zurückgreifen sollten. Und ein Parlamentsmitglied der UDK fügte hinzu, daß »die Sozialisten die politische Arena auf legale Weise verlassen sollten. Sie sollten nicht durch Revolution dazu gezwungen werden, es zu tun.« Studentenfürer wiesen diese Bemerkungen eigenwillig zurück.³¹

Das Ende für Andrei Lukanow kam am 29.11.1990, als der Streik auf Mitglieder der Medien übersprang und Tausende von Ärzten, Krankenschwestern und Lehrern Demonstrationen inszenierten. Er kündigte an, daß es »zwecklos sei, im Amt zu bleiben«,

da sein vorgeschlagenes Wirtschaftsprogramm nicht die breite Unterstützung, um die er gebeten hatte, bekommen hatte. Eine Übergangskoalition würde aufgestellt werden, die zu neuen allgemeinen Wahlen führen würde.³²

Durch die Periode von Protest und Tumult hindurch führen die Vereinigten Staaten fort, verschiedene Oppositionsgruppen finanziellen Beistand zu gewähren; sie »gaben Rat-schläge, wie Druck auf gewählte Führer ausgeübt wird.« Der Vizepräsident der Podkrepa-Gewerkschaft sagte unter Bezugnahme auf amerikanische Diplomaten: »Sie wollten uns helfen, und sie haben geholfen mit Rat und Strategie.« Diese Solidarität ließ die Hoffnung auf zukünftige amerikanische Hilfe wachsen. Konstantin Trenchew, der Chef der Podkrepa, nun anscheinend wieder aus dem Untergrund heraus, bestätigte, daß den Oppositionsaktivisten mehr US-Beistand zugesichert werden würde, wenn sie es schafften, den ehemaligen Kommunisten die Macht abzuringen.³³

Diese Hoffnungen mögen mit Naivität so viel zu tun gehabt haben wie mit der amerikanischen Unterstützung für die UDK. Die Gleichung der bulgarischen Intellektuellen lautet 1990: Wenn die kommunistische Regierung schlecht war, muß alles schlecht gewesen sein; wenn alles schlecht gewesen war, muß ihr Hauptfeind vollkommen gut gewesen sein. Sie glaubten so Dinge wie: Amerikanische Regierungsführer könnten nicht im Amt bleiben, wenn sie die Leute anlügen, und daß Berichte über Obdachlosigkeit und die Abwesenheit einer Nationalen Gesundheitsversicherung in den Vereinigten Staaten lediglich »kommunistische Propaganda« waren.

Jedoch sagte der neue amerikanische Botschafter, H. Kenneth Hill, daß Washingtoner Beamte bulgarischen Politikern klagemacht hatten, daß zukünftige Hilfe von demokratischen Reformen und der Entwicklung eines Planes für den wirtschaftlichen Aufschwung abhingen, der für westliche Geber akzeptabel wäre, zu den gleichen Bedingungen, wie sie für ganz Osteuropa niedergelegt wurden.

Die bulgarischen Sozialisten, die Washingtons Engagement nicht bezweifelten, den Kapitalismus zu exportieren, beklagten, daß die Vereinigten Staaten zuweilen demokratische Prinzipien verletzt hatten, indem sie gegen die Führung, die das bulgarische Volk gewählt hatte, arbeiteten. Ein reformgeneigter Beamter der sozialistischen Regierung behauptete, daß die Amerikaner auf den Sieg seiner Partei reagiert hätten, als würde sie ein Versagen der US-Politik darstellen. »Die Leute der US-Regierung sind nicht die saubersten moralischen Verfechter der Demokratie hier gewesen«, sagte er. »Was zu Hause nicht getan werden darf, damit kann man in diesem dunklen rückständigen Balkanstaat durchkommen.«³⁴

In den Jahren seither dürfte das bulgarische Volk, insbesondere die Studenten, etwas gelernt haben, da das Land durch das nun vertraute Muster von frei ansteigenden Preisen, dem Ausrangieren von Subventionen auf Grundgüter und Gegenstände, Kürzungen aller Art und Forderungen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, die Gürtel noch enger zu schnallen, gegangen ist. Politisch herrschte Chaos. Die UDK kam bei den nächsten Wahlen an die Macht (die BSP wurde ganz knapp zweite), verlor aber wegen der versagenden Wirtschaft ein Vertrauensvotum im Parlament, sah ihr gesamtes Kabinett zurücktreten, dann den Vizepräsidenten, der warnte, daß sich die Nation auf eine Diktatur zubewegte. Schließlich, im Juli 1993, hinderten Demonstranten den Präsidenten einen Monat lang daran, in sein Büro zu gehen und verlangten seinen Rücktritt.

1994 konnten wir in der *Los Angeles Times* von ihrem antikommunistischsten Auslandskorrespondenten lesen:

Die Lebensumstände sind in der Reform-Ära so viel schlechter, daß die Bulgaren zärtlich auf die »guten alten Tage« des Kommunismus zurückblicken, als die Hand des Staates die persönliche Freiheit erdrückte, aber sicherstellte, daß die Menschen ein Heim, Beschäftigung und genug zu essen hatten.³⁵

Aber für Washingtons Politikmacher war das wichtige – die ideologische Grundlinie – daß der Bulgarischen Sozialistischen Partei nicht die Chance gegeben werden konnte und gegeben werden würde, zu beweisen, daß eine demokratische, sozialistisch orien-

tierte gemischte Wirtschaft in Osteuropa gelingen könnte, während das kapitalistische Modell ringsherum versagte.

Noch würde dies offensichtlich im nahegelegenen Albanien erlaubt sein. Am 31.03.1991 gewann dort eine kommunistische Regierung bei den Wahlen eine überwältigende Zustimmung. Dies wurde unmittelbar gefolgt von zwei Monaten ausgedehnter Unruhe, einschließlich Straßendemonstrationen und einem Generalstreik, der drei Wochen dauerte, und der schließlich im Juni 1991 zum Kollaps des neuen Regimes führte.³⁶ Die Nationale Stiftung für Demokratie war dort auch gewesen und hatte der Arbeiterbewegung 80.000 Dollar gegeben und 23.000 Dollar »um Schulung und zivile Bildungsprogramme zu unterstützen.«³⁷

Anmerkungen zu Kapitel 51

- 1 *New York Times*, 11.02.1990, S. 20.
- 2 *The Guardian* (London), 21.05.1990, S. 6.
- 3 National Endowment for Democracy, Washington, DC, ANNUAL REPORT, 1990 (01.10.1989 bis 30.09.1990), S. 23-24. Die Gelder der NED umfaßten auch 111.000 Dollar für eine internationale Gruppe von Wahlbeobachtern.
- 4 *Los Angeles Times*, 03.12.1990, S. 13.
- 5 *New York Times*, 06.06.1990, S. 10; 11. Februar 1990, S. 20.
- 6 *The Guardian* (London), 09.06.1990, S. 6.
- 7 **Luan Troxel**, »Socialist Persistence in the Bulgarian Elections of 1990-1991«, *East European Quarterly*, Januar 1993, S. 412-414.
- 8 *Los Angeles Times*, 12.06.1990.
- 9 *The Guardian* (London), 12.06.1990, S. 7.
- 10 *Los Angeles Times*, 12.06.1990; *The Times* (London), 12.06.1990, S. 15; *The Guardian* (London), 12.06.1990, S. 7.
- 11 *The Times* (London), 20.06.1990, S. 10.
- 12 *The Guardian* (London), 28.05.1990, S. 6.
- 13 *The Times* (London), 20.06.1990, S. 10.
- 14 *The Times Higher Education Supplement* (London), 29.06.1990, S.U.
- 15 NED ANNUAL REPORT, 1990, a.a.O., S. 6-7, 23.
- 16 *The Times* (London), 07.07.1990, S. 11.
- 17 *The Times Higher Education Supplement* (London), 13.07.1990, S. 9.
- 18 *The Guardian* (London), 12.07.1990, S. 10; *The Times* (London), 20.07.1990, S. 10.
- 19 *The Times* (London), 28.07.1990, S. 8; 30.07.1990, S. 6.
- 20 Ebd., 27.08.1990, S. 8.
- 21 *The Times Higher Education Supplement* (London), 14.12.1990, S. 8.
- 22 **Russ Bellant** und **Louis Wolf**, »The Free Congress Foundation Goes East«, *Covert Action Information Bulletin*, Herbst 1990, H. 35, S. 29-32, basiert im Wesentlichen auf Veröffentlichungen der Free Congress Foundation.
- 23 *New York Times*, 09.10.1990, S. 20.
- 24 *The Guardian* (London), 29.08.1990 und 30.08.1990, jeweils S. 8.
- 25 NED ANNUAL REPORT, 1990, a.a.O., S. 23; *Los Angeles Times*, 03.12.1990, S. 13.
- 26 **Howard Frazier** (Hrsg.), UNCLE SAM'S SECRETS (The Free Press/Macmillan, New York, 1978), S. 241- 248.
- 27 *The Guardian* (London), 07.11.1990, S. 10.
- 28 *The Times Higher Education Supplement* (London), 16.11.1990, S.U.
- 29 *The Guardian* (London), 09.06.1990, S. 6.
- 30 *The Times* (London), 24.11.1990, S. 10; 27.11.1990, S. 16.
- 31 *The Times Higher Education Supplement* (London), 30.11.1990, S. 8.
- 32 *The Guardian* (London), 30.11.1990, S. 9; *The Times* (London), 30.11.1990, S. 10.
- 33 *Los Angeles Times*, 03.12.1990, S. 13.
- 34 Ebd.
- 35 Ebd., 06.02.1994, ein Artikel von **Carol J. Williams**.
- 36 Ebd., 13.06.1991, S. 14.
- 37 National Endowment for Democracy, Washington, DC, ANNUAL REPORT, 1991 (01.10.1990 bis 30.09.1991. S. 42.

52 Irak 1990 bis 1991

Wüsten-Holocaust

»Das ist der eine Teil, den ich nicht sehen wollte«, sagte ein 20 Jahre alter Soldat. »Alle die Obdachlosen, all die Verfolgung. Als wir durch das Flüchtlingslager kamen, Mann, das war was, das hätte ich nicht gebraucht.«

»Es ist wirklich traurig«, sagte der Sergeant. »Da kommen kleine Kinder herauf und sehen mein Gewehr und fangen an zu weinen. Das zerreißt mich richtig.«

»In der Nacht tötest Du und rollst dann weiter«, sagte ein anderer GI. »Du hältst nicht an. Du mußt nicht irgendetwas sehen. Erst am nächsten Morgen sagte uns die Nachhut, daß die Verwüstung vollkommen war. Wir hatten die gesamte Division getötet.«¹

Während viele andere Nationen in modernen Zeiten ihren Opfern Auge in Auge großes Leid zufügten, haben es sich die US-Amerikaner zur Regel gemacht, sich auf Distanz zu halten, während sie einige der größten Schrecken des Zeitalters verbreiteten: Atombomben auf das Volk von Japan, mit flächendeckenden Bombardements Korea wieder in die Steinzeit zurückbringen, die Vietnamesen mit Napalm und Pestiziden in den Abgrund stürzen, drei Jahrzehnte Lateinamerikaner mit den Werkzeugen und Methoden der Folter zu versorgen, dann ihre Augen abzuwenden, ihre Ohren vor den Schreien zu verschließen und alles zu dementieren ... und nun, 177 Millionen Pfund an Bomben auf das Volk des Irak fallen zu lassen, im konzentriertesten Luftangriff der Weltgeschichte.

Was hat die Vereinigten Staaten geritten, diese mitleidslose Verwüstung mehr als 40 Tage und Nächte lang gegen eine der fortgeschrittensten und erleuchtetsten Nationen des mittleren Ostens und seine alte und moderne Hauptstadt durchzuführen?

Wir befinden uns in der ersten Hälfte des Jahres 1990. Der Abriß der Berliner Mauer wird durchgeführt. Die Euphorie über das Ende des Kalten Krieges und der Optimismus über den Beginn einer neuen Zeit des Friedens und des Wohlstandes sind schwer zurückzuhalten. Die Bush-Regierung steht unter Druck, das ungeheure Militärbudget zu beschneiden und eine »Friedensdividende« einzurichten. Aber George Bush, Chefkommandeur der bewaffneten Streitkräfte, ehemaliger texanischer Ölmann, und ehemaliger Direktor der CIA, wollte den vielen Busenfreunden im militärisch-industriellen-nachrichtendienstlichen Komplex nicht den Rücken zuwenden. Er zieht gegen diejenigen los, die »naiv den Muskel aus unserer Verteidigungsstellung schneiden« würden, und besteht darauf, daß wir eine Haltung der Vorsicht gegenüber den Reformen in der UdSSR an den Tag legen müssen.«² Im Februar wird berichtet, daß »die Regierung und der Kongreß die bitterste und am heftigsten ausgefochtene Verteidigungshaushaltschlacht der jüngeren Geschichte erwarten« und im Juni, daß zwischen dem Kongreß und dem Pentagon »die Spannungen eskaliert sind« »da der Kongreß sich darauf vorbereitet, eine der entscheidendsten Verteidigungshaushalte in den letzten zwei Jahrzehnten zu beraten.«³ Einen Monat später beschließt ein Subkomitee des Senats für die Bewaffneten Streitkräfte, die militärischen Arbeitskräfte um nahezu das dreifache mehr zu beschneiden als von der Bush-Regierung empfohlen [...] »Die Größe und Stoßrichtung der Schnitte zeigt, daß Präsident Bush seine Schlacht darüber, wie man die Kürzungen in den Militärausgaben handhabt, verliert.«⁴

Zur gleichen Zeit stürzte seine Popularität ab: Von einer Zustimmung von 80% im Januar – als er wegen seiner Invasion von Panama im vorigen Monat auf einer Welle öffentlicher Unterstützung ritt – auf 73% im Februar, herunter auf Mitte 60% in Mai und Juni, 63% am 11. Juli, 60% zwei Monate später.⁵

George Herbert Walker Bush brauchte etwas Dramatisches, um positiv in die Schlagzeilen und die Öffentlichkeit zu kommen und um den Kongreß davon zu überzeugen, daß

ein starkes Militär so sehr wie immer benötigt wurde, weil es immer noch eine beängstigende und gefährliche Welt da draußen gab.

Obwohl die offizielle Washingtoner Version der Vorfälle der Besetzung des benachbarten Kuwait durch den Irak als willkürliche und ungerechtfertigte Aggression präsentierte, war Kuwait in Wirklichkeit unter osmanischer Herrschaft bis zum Ersten Weltkrieg ein Distrikt des Irak gewesen. Als Hebel gegenüber dem ölreichen Irak, etablierte das britische Kolonialbüro das kleine Kuwait als separate territoriale Existenz, wobei es den größten Teil des irakischen Zugangs zum Persischen Golf abschnitt. 1961 wurde Kuwait »unabhängig«, weil Großbritannien es dazu erklärte. Der Irak zog Truppen an der Grenze zusammen und gab klein bei, als die Briten ihre eigenen Streitkräfte losschickten. Nachfolgende irakische Regimes akzeptierten niemals die Legitimität dieser Grenzbeziehungen, machten ähnliche Bedrohungen in den 70er Jahren, drangen sogar 1976 eine halbe Meile in Kuwait ein, aber Bagdad war auch offen für einen Kompromiß mit Kuwait, bei dem der Irak den Zugang zu seinen ehemaligen Inseln im Golf bekommen würde.⁶

Der laufende Konflikt hatte seine Ursprünge in dem brutalen Krieg 1980-1988 zwischen Irak und Iran. Der Irak behauptete, daß Kuwait Öl im Wert von 2,4 Billionen Dollar vom Rumaila-Ölfeld stahl, während der Irak in die militärische Auseinandersetzung mit dem Iran verwickelt war. Dieses Ölfeld verlief unter der vage definierten irakisch-kuwaitischen Grenze und wurde in seiner Gesamtheit vom Irak beansprucht. Der Irak behauptete weiter, daß Kuwait militärische und andere Strukturen auf irakischem Territorium erbaut hätte und, das schlimmste von allem, daß unmittelbar, nachdem der Krieg endete, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate begannen, die Produktionsquoten auszuweiten, die von der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) festgelegt waren, den Ölmarkt überfluteten und die Preise drückten. Der Irak hatte wegen des langen Krieges keinen Cent und war tief verschuldet. Der irakische Präsident Saddam Hussein erklärte, daß diese Politik eine zunehmende Bedrohung für sein Land sei – »wirtschaftlicher Krieg« nannte er es und strich heraus, daß der Irak 1 Billion Dollar in einem Jahr wegen des gesunkenen Ölpreises verlor.⁷ Neben Kompensationen für diese Verluste bestand Hussein auf den Besitz der beiden Golfinseln, die Iraks Zugang zum Golf blockierten, sowie auf unumstrittenes Eigentum am Rumaila-Ölfeld.

In der zweiten Hälfte des Juli 1990, nachdem Kuwait weiterhin Iraks finanzielle und territoriale Forderungen respektlos mißachtet und das Ersuchen der OPEC ignoriert hatte, sich an die festgelegten Quoten zu halten, begann der Irak, große Truppenverbände an der kuwaitischen Grenze zusammenzuziehen

Die Reaktion der einzigen verbliebenen Supermacht und des selbsternannten globalen Polizisten auf dieses Geschehen wurde Gegenstand intensiver Analysen und Kontroversen, nachdem der Irak dann tatsächlich einmarschierte. Hatte Washington dem Irak grünes Licht zur Invasion gegeben? Gab es, zumindest, die Abwesenheit eines warnenden roten Lichtes? Vorfälle wie der folgende nähren die Kontroverse:

19.07.1990: Verteidigungsminister Dick Cheney sagte, es gäbe noch eine Verpflichtung seitens der USA aus der Zeit des Krieges zwischen dem Iran und dem Irak, Kuwait zu Hilfe zu kommen, wenn es angegriffen würde. Darauf bestand auch Paul Wolfowitz, Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium, bei einem privaten Frühstück mit arabischen Botschaftern. (Ironischerweise war Kuwait irakischer Verbündeter in diesem Krieg und befürchtete einen Angriff des Iran.) Später wurde Cheneys Bemerkung von seinem eigenen Sprecher, Pete Williams, heruntergespielt, der erklärte, daß der Minister mit »einer gewissen Oberflächlichkeit« gesprochen hatte. Cheney wurde dann vom Weißen Haus gesagt: »Sie verpflichten uns zu einem Krieg, den wir nicht wünschen.« Von nun ab gab es zum Irak nur noch Äußerungen seitens des Außenministeriums.⁸

24.07.1990: Die Sprecherin des Außenministeriums, Margaret Tutweiler, antwortete auf eine Frage: »Wir haben weder einen Verteidigungsvertrag mit Kuwait, noch gibt es eine besondere Verteidigungs- oder Sicherheitsverpflichtung gegenüber Kuwait.« Gefragt, ob die Vereinigten Staaten Kuwait zu Hilfe käme, wenn es angegriffen würde, sagte sie: »Wir haben eine starke Verpflichtung, die individuelle und kollektive Selbstverteidi-

gung unserer Freunde im Golf zu unterstützen, mit denen wir tiefe und langanhaltende Beziehungen haben« – eine Äußerung, die, wie einige kuwaitische Beamte privat sagten, sehr dünn war.⁹

24.07.1990: Die USA inszenierten eine unvorhergesehene und seltene Militärübung mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und der gleiche Pete Williams verkündete dann: »Wir bleiben stark verpflichtet, die individuelle und kollektive Selbstverteidigung unserer Freunde im Golf zu unterstützen, mit denen wir tiefe und langanhaltende Beziehungen haben.« Und das Weiße Haus erklärte: »Wir sind besorgt über den Truppenaufbau der Iraker. Wir bitten, daß alle Parteien sich große Mühe geben, Gewalt zu vermeiden.«¹⁰

25.07.1990: Saddam Hussein wurde persönlich von der US-Botschafterin im Irak, April Glaspie, in einer heute berühmten Bemerkung, gesagt: »Wir haben keine Meinung zu den arabisch-arabischen Konflikten, wie Ihre Grenzstreitigkeiten mit Kuwait.« Aber sie fuhr dann fort, dem irakischen Führer zu sagen, daß sie über seinen massiven Truppenaufmarsch an der kuwaitischen Grenze besorgt war im Zusammenhang damit, daß seine Regierung die kuwaitischen Aktionen als »militärischer Aggression ähnlich« gebrandmarkt hatte.¹¹

25.07.1990: John Kelly, stellvertretender Außenminister für nahöstliche und südasiatische Angelegenheiten, verhinderte eine geplante Sendung von Voice of America, die den Irak mit denselben Worten entsprechend der Parteirichtlinie, die von Tutweiler und Williams verwendet wurden, gewarnt hätte.¹² Hussein mag von diesem Vorfall nichts gewußt haben, obgleich er im April persönlich von dem sich auf Besuch befindlichen Mitglied des Senats Robert Dole, der als Vertreter des Präsidenten sprach, beruhigt wurde, daß die Bush-Regierung sich von einer Sendung von Voice of America distanzierte, die sich kritisch zu Iraks Übergriffen auf Menschenrechte äußerte und sich auch einem Schritt des Kongresses für wirtschaftliche Sanktionen gegen den Irak entgegenstellte.¹³

27.07.1990: Das Parlament und der Senat stimmten ein jeder dafür, dem Irak wegen seiner Menschenrechtsverletzungen wirtschaftliche Sanktionen aufzuerlegen. Jedoch wiederholte die Bush-Regierung sofort ihre Opposition zu der Maßnahme.¹⁴

28.07.1990: Bush sandte eine persönliche Botschaft an Hussein (offensichtlich, nachdem er Glaspies Bericht über ihr Treffen mit dem irakischen Führer bekommen hatte) und warnte ihn vor der Anwendung von Gewalt, ohne sich direkt auf Kuwait zu beziehen.¹⁵

31.07.1990: Kelly sagte dem Kongreß: »Wir haben kein Verteidigungs-Vertragsverhältnis mit irgendeinem Golfstaat. Das ist klar Wir haben es historisch vermieden, eine Position zu Grenzstreitigkeiten oder zu internationalen OPEC-Entscheidungen einzunehmen.«

Der Abgeordnete Lee Hamilton fragte, ob es korrekt sei zu sagen, daß, wenn Irak »über die Grenze nach Kuwait eindringt« die Vereinigten Staaten »keinerlei vertragliche Verpflichtung haben, die uns dazu verpflichten würde, US-Streitkräften dort einzusetzen.«

»Das ist korrekt«, antwortete Kelly.¹⁶

Am nächsten Tag (Washingtoner Zeit) drangen irakische Truppen, geführt von Panzern, nach Kuwait ein. Die Vereinigten Staaten protestierten sofort dagegen.

Ungeachtet offizieller Äußerungen scheint es, daß die Vereinigten Staaten tatsächlich eine offizielle Position zu den irakisch-kuwaitischen Grenzstreitigkeiten hatten. Nach der Invasion war eines der Dokumente, die die Iraker in einem kuwaitischen nachrichtendienstlichen Aktenordner fanden, ein Memorandum betreffs eines Treffens im November 1989 zwischen dem Kopf der kuwaitischen Staatssicherheit und dem CIA-Direktor William Webster, das das Folgende beinhaltete:

Wir kamen mit der amerikanischen Seite überein, daß es wichtig war, aus der sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation im Irak Vorteil zu ziehen, um Druck auf die Regierung dieses Landes auszuüben, um unsere gemeinsame Grenze zu skizzieren. Die Zentrale Nachrichtendienstliche Agentur (CIA) gab uns ihre Sicht

von angemessenen Druckmitteln, und sagte, daß eine breite Zusammenarbeit zwischen uns initiiert werden würde, unter der Voraussetzung, daß solche Aktivitäten auf hoher Ebene abgestimmt werden.

Die CIA nannte das Dokument eine »totale Fälschung.« Jedoch, wie die *Los Angeles Times* herausstrich:

»Das Memo ist keine offensichtliche Fälschung, besonders deswegen weil wenn es irakische Beamte selbst geschrieben hätten, dann hätten sie es nahezu sicher weitaus schädigender für die Glaubwürdigkeit der USA und Kuwait gemacht.«¹⁷

Es war offensichtlich authentisch und schädigend genug für den kuwaitischen Außenminister – er brach zusammen, als er von seinem irakischen Amtskollegen bei einem arabischen Gipfeltreffen Mitte August damit konfrontiert wurde.¹⁸

Als der irakische Botschafter in Washington gefragt wurde, warum das Dokument dem Bekenntnis von US-Botschafterin Glaspie zur Neutralität in dieser Frage zu widersprechen schien, antwortete er, daß ihre Bemerkung »ein wesentlicher Bestandteil der Provokation« war.¹⁹

War der Irak von den Vereinigten Staaten und Kuwait angestachelt worden? War Saddam zu seiner Invasion provoziert worden – mit der Erwartung der Verschwörer vielleicht, daß es nicht über die Grenzregion hinausgehen würde –, so daß er auf die Größe zurechtgestutzt werden konnte, die die beiden Länder wollten?

Im Februar 1990 hielt Hussein vor dem arabischen Gipfel eine Rede, die sicherlich eine solche Verschwörung veranlaßt oder ihr Auftrieb gegeben haben könnte. In ihr verurteilte er die ständige amerikanische Militärpräsenz in den Gewässern des Persischen Golfes und warnte, daß »wenn die Völker des Golfes und der Rest der Araber zusammen mit ihnen versäumen, auf der Hut zu sein, wird die arabische Golfregion vom amerikanischen Willen regiert werden.« Weiterhin, daß die USA die Produktion, Verteilung und den Preis des Öls diktieren würde, »alles auf der Basis einer Einstellung, die einzig und allein mit US-Interessen zu tun hat und in der auf die Interessen der anderen keine Rücksicht genommen wird.«²⁰ Wenn wir untersuchen, ob es eine Verschwörung gegen den Irak und Saddam Hussein gegeben hat, müssen wir folgendes, zusätzlich zu den oben erwähnten Hinweisen, in Betracht ziehen:

Der Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsorganisation Yasser Arafat behauptete, daß Washington die Chance für eine friedliche Lösung der Differenzen zwischen Kuwait und Irak bei einem arabischen Gipfel im Mai durchkreuzte, nachdem Saddam angeboten hatte, eine gegenseitig akzeptable Grenze mit Kuwait auszuhandeln. »Die USA haben Kuwait ermutigt, keinerlei Kompromiß anzubieten«, sagte Arafat, »was bedeutete, daß es keine verhandelte Lösung, um die Golfkrise zu verhindern, geben konnte.« Kuwait, sagte er, wurde dahin geführt zu glauben, daß es sich stattdessen auf die Macht der US-Waffen verlassen konnte.²¹

Ähnlich offenbarte König Hussein von Jordanien, daß gerade vor der irakischen Invasion der kuwaitische Außenminister sagte: »Wir werden auf (Irak) nicht eingehen ... wenn sie es nicht mögen, laßt sie unser Territorium besetzen ... wir bringen dann die Amerikaner herein.« Und daß der kuwaitische Emir seinen Militäroffizieren gesagt hatte, daß es im Falle einer Invasion ihre Pflicht war, die Iraker für 24 Stunden aufzuhalten. Bis dahin »würden amerikanische und ausländische Streitkräfte in Kuwait landen und sie hinauswerfen.« König Hussein brachte die Meinung zum Ausdruck, daß es das arabische Verständnis war, daß Saddam zum Einmarsch angestachelt wurde. Dabei geriet der Irak in den Fallstrick, der für ihn vorbereitet war.²²

Der Emir lehnte es ab, in die finanziellen Forderungen des Irak einzuwilligen, und bot Bagdad statt dessen eine Halbe Million Dollar an, was einer Beleidigung gleichkam. Ein Vermerk von ihm an seinen Premierminister vor der Invasion spricht von der Unterstützung für seine Politik seitens Ägyptens, Washingtons und Londons. »Sei standfest in Deinen Gesprächen«, schreibt der Emir. Wir sind stärker als sie (die Iraker) denken.«²³

Nach dem Krieg gab der kuwaitische Minister für Öl und Finanzen zu:

»Aber wir wußten, daß die Vereinigten Staaten es nicht zulassen würden, daß wir überrannt werden. Ich habe zu viel Zeit in Washington verbracht, um diesen Fehler zu begehen, und empfangen einen ständigen Strom von Besuchern hier. Die amerikanische Politik war klar. Nur Saddam verstand es nicht.«²⁴

Aber wir haben vielleicht ausreichende Gründe kennengelernt, warum Saddam nicht verstehen konnte.

Der irakische Außenminister Tarik Aziz erklärte, daß das jähe Abfallen des Preises etwas war, das die Kuwaiter – mit ihren großen Investment-Holdings im Westen – sich leicht leisten konnten, was aber die Öleinkommen, die für ein bargeldhungriges Bagdad wesentlich waren, abschnitt. »Es war unvorstellbar«, sagte Aziz, daß Kuwait es riskieren konnte, sich in einer Verschwörung dieser Größenordnung gegen ein großes, starkes Land, so wie der Irak, zu engagieren, wenn es nicht von einer Großmacht unterstützt und geschützt wurde. Und diese Macht waren die Vereinigten Staaten von Amerika.«²⁵ Es gibt tatsächlich keinen öffentlichen Hinweis dafür, daß die Vereinigten Staaten, trotz ihrer sehr engen finanziellen Bindungen, versuchten, Kuwait davon zu überzeugen, irgendwelche ihrer provokativen Aktionen gegen den Irak einzustellen.

Und weder Washington noch Kuwait schienen schrecklich besorgt darum zu sein, eine Invasion zu verhindern. In der Woche, die dem irakischen Angriff voranging, sagten Experten der Nachrichtendienste der Bush-Regierung mit zunehmender Dringlichkeit, daß eine Invasion in zumindest einen Teil von Kuwait wahrscheinlich war. Diese Prognosen »scheinen nur wenig Reaktion in den Regierungsagenturen hervorgerufen zu haben.«²⁶ In dieser Zeit wurde Bush persönlich unterrichtet und ihm wurde dasselbe vom CIA-Direktor William Webster gesagt, der dem Präsidenten Satellitenfotos von den nahe der kuwaitischen Grenze zusammengezogenen irakischen Truppen zeigte. Bush zeigte, wie berichtet wird, wenig Interesse.²⁷ Am 01.08.1990 schritt der nationale nachrichtendienstliche Offizier für Warnung der CIA in die Büros der Mittelostmannschaft des Nationalen Sicherheitsrates und verkündete: »Dies ist Eure letzte Warnung.« Irak, sagte er, würde in Kuwait am Ende des Tages einmarschieren, was sie taten. Auch dies führte nicht zu geschäftiger Betriebsamkeit.²⁸ Schließlich schickte ein im Irak stationierter kuwaitischer Diplomat vor der Invasion viele Berichte zurück an seine eigene Regierung, die vor einer irakischen Invasion warnten. Diese wurden ebenso ignoriert. Seine letzte Warnung hatte das exakte Datum (kuwaitische Zeit) vom 02.08.1990 angegeben. Nach dem Krieg, als der Diplomat eine Pressekonferenz in Kuwait hielt, um das Ignorieren seiner Warnungen durch seine Regierung zu besprechen, wurde er durch einen Minister der Regierung und verschiedene Armeeeoffiziere unterbrochen.²⁹

Im Juli 1990, während alle diese Warnungen scheinbar ignoriert wurden, betrieb das Pentagon eifrig sein computergestütztes command past exercise (CPX), initiiert Ende 1989, speziell um mögliche Antworten auf »die irakische Bedrohung« zu untersuchen – die, im neuen Kriegsplan 1002-90, »die sowjetische Bedrohung« ersetzt hatte – eine Übung, die sich mit einer irakischen Invasion Kuwaits oder Saudi Arabiens oder beider auseinandersetzte.³⁰ Bei einer Kriegsspielübung beim Seekriegs-College in Newport, R.I., wurden die Teilnehmer auch gebeten, die effektivste amerikanische Antwort auf eine hypothetische Invasion Kuwaits durch Irak zu bestimmen,³¹ während auf dem Shaw-Luftstützpunkt in South Carolina ein anderes »Spiel«, das Identifizieren von Bombenzielen im Irak mit einschloß.³²

Und über Mai 1990 und Juni 1990 waren das Pentagon, der Kongreß und Verteidigungs-Subunternehmer intensiv vom Zentrum für Strategische und Internationale Studien der Georgetown-Universität über eine Studie über künftige und konventionelle Kriegsführung unterrichtet worden, die zu dem Schluß kam, daß der Krieg, der am wahrscheinlichsten ausbrechen und eine amerikanische militärische Antwort erfordern würde, der zwischen Irak und Kuwait oder Saudi Arabien war.³³

Eine weitere Person, die etwas gewußt zu haben schien, war George Shultz, der unter Reagan Außenminister war und dann zur Bechtel Corp. zurückging, dem multinationalen Baugiganten. Im Frühjahr 1990 überzeugte Shultz die Gesellschaft, sich aus einem petrochemischen Projekt im Irak zurückzuziehen. »Ich sagte, irgendetwas im Irak ist da-

bei, ziemlich schief- und hochzugehen, und wenn Bechtel da wäre, würden sie mit hochgehen. So sagte ich ihnen, sie sollen rausgehen.«³⁴ Schließlich gab es folgende Ent- hüllung in der *Washington Post*:

Seit der Invasion haben hoch eingeordnete US-Nachrichtendienstfeststellungen be- stimmt, daß Saddam US-Äußerungen über Neutralität [...] für ein grünes Licht der Bush-Regierung zu einer Invasion genommen hat. Ein hochrangiger irakischer Mi- litärbeamter ... hat der Agentur (CIA) gesagt, daß Saddam durch die darauffolgen- de kriegerische Reaktion ziemlich überrascht zu sein schien.³⁵

Auf der anderen Seite haben wir die Äußerung des irakischen Außenministers Aziz, der beim Treffen von Glaspi und Hussein zugegen war:

»Sie gab kein grünes Licht, und sie erwähnte kein rotes Licht, weil die Frage unse- rer Präsenz in Kuwait nicht aufgeworfen wurde [...] Und wir haben es nicht als grü- nes Licht verstanden, [...] daß, wenn wir militärisch in Kuwait intervenieren wür- den, die Amerikaner nicht reagieren würden. Das war nicht wahr. Wir erwarteten einen amerikanischen Angriff am Morgen des 02.08.1990.«³⁶

Aber man muß skeptisch bezüglich einer so beiläufigen Haltung gegenüber einem ame- rikanischen Angriff sein. Und diese Bemerkungen, die in Wirklichkeit dementieren, daß Irak für dumm verkauft wurde, müssen im Lichte der sturen Ablehnung der irakischen Regierung, einige Zeit lang den Schaden, der dem Land durch die US-Bombardierung zugefügt wurde, zuzugeben, und die Anzahl ihrer Verluste herunterzuspielen, betrachtet werden.

Die Position der Bush-Regierung war es, daß die arabischen Nachbarn des Irak, beson- ders Ägypten, Saudi Arabien und Jordanien, die Vereinigten Staaten schon immer ge- drängt hatten, nichts zu sagen und zu tun, was Saddam provozieren könnte. Darüberhin- aus erwartete niemand von Hussein, wie Botschafterin Gaspie betonte, »ganz« Kuwait zu nehmen, höchstens die Teile, die er bereits forderte: Die Inseln und das Ölfeld.

Aber natürlich hatte der Irak seit einem Jahrhundert »ganz« Kuwait gefordert.

Die Invasion

Als der Irak einmarschierte, war die Zeit für Verwirrspiele vorbei. Nach was auch im- mer für gewundenen Plänen, wenn überhaupt, George Bush operiert haben mag, er zog jetzt den vollen Vorteil aus der Gelegenheit, die sich ihm eröffnete. Innerhalb von Stun- den, wenn nicht Minuten nach Überschreitung der Grenzen begannen die Vereinigten Staaten mit der Mobilisierung. Das Weiße Haus verurteilte Iraks Aktion als »schreiende Anwendung militärischer Aggression«, verlangte den sofortigen und bedingungslosen Rückzug aller irakischen Streitkräfte«, und verkündete, daß es »alle Optionen in Be- tracht zieht«; während George Bush erklärte, daß die Invasion »die Notwendigkeit un- terstreicht, langsam dazu überzugehen, die US-Verteidigungsstreitkräfte umzustruktu- rieren.«³⁷

Bevor 24 Stunden vergangen waren, war eine amerikanische Marinesondereinheit, bela- den mit Kampfflugzeugen und Bombern, auf dem Weg zum Persischen Golf. Bush ver- suchte, die Führer der Welt für eine kollektive Aktion gegen den Irak zu rekrutieren. Der Handel mit dem Irak war unter Embargo gestellt worden, alle irakischen und ku- waitischen Vermögen wurden eingefroren. Der Senat hatte »Bemühungen, die Produkti- on des B-2 Tarnkappenbombers zu stoppen oder einzufrieren, entscheidend geschlagen, nachdem Befürworter sich der irakischen Invasion Kuwaits bemächtigt hatten, um ihre Sache für die vom Radar nicht auszumachende Waffe zu untermauern«; der Angriff, sagten sie, »zeigt die fortdauernde Gefahr von Kriegen und die Notwendigkeit für fort- geschrittene Waffen.« [...] Senator Dole sagte: »Wenn wir Saddam Hussein brauchten, um uns einen Weckruf zu geben, dann können wir ihm zumindest dafür danken.«³⁸

»Einen Tag, nachdem Iraks Invasion in Kuwait benutzt worden war, den High-Tech B-2 Bomber zu retten, beschworen Senatoren am Freitag die Krise wieder, um das Einmotten von zwei Kriegsschiffsveteranen aus den Zweiten Weltkrieg zu verhin- dern.«³⁹

Innerhalb von Tagen wurden Tausende von US-amerikanischen Truppen und gepanzerten Brigaden in Saudi Arabien stationiert. Das Ganze erhielt den Namen Operation Wüstenschild. Eine erhöhte Wertschätzung für seine militärische Notwendigkeiten war die vorherrschende Tagesordnung in den USA ...

Weniger als ein Jahr nach den Veränderungen in Osteuropa und der Sowjetunion, die die Verteidigungsindustrie unter der Bedrohung dramatischer Schnitte ins Wanken gebracht hatte, sagen Beamte und Analysten, daß die Krise im Persischen Golf der Rüstungsindustrie ein kleines Fünkchen Hoffnung gegeben haben. »Wenn der Irak nicht den Rückzug antritt und die Dinge unsauber werden, dann wird das gut für die Industrie sein. Sie werden weniger Rhetorik von Washington über die Friedensdividende hören«, sagte Michael Lauer, ein Analyst von Kidder, Peabod & Co. in New York.

»Die möglichen Nutznießer« der Krise, fügte die *Washington Post* hinzu, »decken das Spektrum der Unternehmen in der Verteidigungsindustrie ab.«⁴⁰

Im September fühlte sich James Webb, ehemaliger Vize-Verteidigungsminister und Minister der Marine in der Reagan-Regierung dazu angeregt, festzustellen:

»Der Präsident solle sich bewußt sein, daß während sich die meisten Amerikaner sehr bemühen, ihn zu unterstützen, eine Stimmung von Zynismus gerade von Ihm ausgeht. Viele behaupten, daß die Aufstellung wenig mehr ist als ein »Budgettraining des Pentagon«, geplant, um der Beschneidung einer Armee, die auf der Suche nach einer Mission ist, zuvorzukommen, nun da die Stützpunkte in der NATO zu verschwinden beginnen.«⁴¹

Bemerkenswerterweise war von noch einem anderen zynischen ehemaligen Vize-Verteidigungsminister zu hören. Lawrence Korb schrieb, daß der Aufmarsch von Truppen in Saudi Arabien »mehr von kommenden Haushaltsdebatten auf dem Hügel des Kapitol getrieben zu sein scheint, als von einer möglichen Schlacht gegen Saddam Hussein.«⁴²

Aber kann irgendetwas zu zynisch für einen Kongreßabgeordneten sein, der sich an seine Wiederwahl heranpirscht? Anfang Oktober konnten wir lesen:

Der politische Hintergrund des Aufmarsches des US-Militärs in Saudi-Arabien spielte eine bezeichnende Rolle beim Begrenzen der Einschnitte bei der Verteidigung in der Haushaltsvereinbarung vom Sonntag, der den »freien Fall« der Militärausgaben aufhielt, den einige Analysten vor zwei Monaten vorhergesagt hatten, sagten Haushaltsberater. Strategen des Capitolhügels sagten, daß die Operation Wüstenturm eine erhebliche Veränderung beim politischen Klima der Verhandlungen herstellte und Gesetzgeber bezwangen, die tiefe Schnitte in der Verteidigung befürwortet hatten. Der Verteidigungshaushaltskompromiß ... hielt nicht nur die Finanzierung für die Operation Wüstenschild intakt, sondern sparte auch viel von den Geldern, die jedes Jahr ausgegeben wurden, um sich gegen einen großen sowjetischen Angriff auf Westeuropa vorzubereiten.⁴³

Zwischenzeitlich hatte sich die Zustimmung zu George Bush erholt. Die erste Erhebung, die im August nach dem US-Engagement im Golf durchgeführt wurde, zeigte einen Sprung von 60% Ende Juli hoch auf 74%. Jedoch scheint es, daß die amerikanische Öffentlichkeit den Ausbruch eines regelmäßigen Patriotismus braucht, um die Begeisterung für den Mann, der im Weißen Haus sitzt, aufrechtzuerhalten, denn Mitte Oktober, aufgrund der extremen Verwirrung Bushs darüber, warum die USA im Persischen Golf waren, ging die Quote auf 56% zurück – seit Bushs erstem Monat im Amt war sie nie niedriger und sie blieb nahe an diesem Level bis zum nächsten patriotischen Invasions-Schwung im Januar, wie wir sehen werden.⁴⁴

Vorspiel zum Krieg

Während der Irak in Kuwait plündernd herumging und es zur 19. irakischen Provinz machte, bauten die Vereinigten Staaten ihre militärische Präsenz in Saudi Arabien und den umgebenden Gewässern auf und schmiedeten – unter Verwendung von ein wenig Zwang und den spektakulärsten Schmiergeldzahlungen der Geschichte – eine »Koalition«, um die von den USA geförderten Resolutionen der Vereinigten Nationen und die kommenden Kriegsanstrengungen in einer Vielzahl von Arten zu unterstützen: ein Fei-

genblatt von »multinationaler« Achtbarkeit, wie Washington sie in Korea, Grenada und Afghanistan geschaffen hatte, für das, was im Wesentlichen eine amerikanische Mission, ein amerikanischer Krieg war. Ägypten wurde viele Billionen Dollar an Schulden erlassen, während Syrien, China, die Türkei, die Sowjetunion und andere Länder militärische und wirtschaftliche Hilfe und Darlehen von Weltbank und Internationalem Währungsfond bekamen, Sanktionen aufgehoben oder andere Nebeneinkünfte gegeben wurden, nicht nur von den USA, sondern, unter Druck von Washington, von Deutschland, Japan und Saudi Arabien. Als zusätzliche Retusche hörte die Bush-Regierung auf, die Menschenrechtsaufzeichnungen irgendeines Mitgliedes der Koalition zu kritisieren.⁴⁵

Aber Washington und die Medien waren unglücklich damit, daß Deutschland nicht begeistert auf den Festzug aufsprang. Die Deutschen, die erst gestern als Faschisten in Gummistiefeln, die durch Polen marschierten, verurteilt wurden, bezeichnete man nun als »Feiglinge«, weil sie in großen Demonstrationen für den Frieden marschierten.

Washington drückte ein Dutzend Resolutionen durch den Sicherheitsrat, die den Irak verurteilten, strenge Wirtschaftssanktionen auferlegten und bekam die »Erlaubnis«, Krieg zu führen. Nur Kuba und der Jemen stimmten gegen sie alle. Als der jemenitische Delegierte für sein negatives Votum zur Haupt-»Verwendung von Gewalt«-Resolution am 29.11.1990 einen gewissen Applaus bekam, sagte US-Außenminister Baker, der den Vorsitz hatte, zu seiner Delegation: »Ich hoffe, er hat den Applaus genossen, denn dies wird sich als teuerste Stimme herausstellen, die er je abgegeben hat.« Die Botschaft wurde an die Jemeniten weitergegeben und innerhalb von Tagen erfuhr die kleine Nation des Mittleren Ostens eine scharfe Kürzung an US-Hilfe.⁴⁶

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Javier Perez de Cuellar, gab zu, daß »es kein Krieg der Vereinten Nationen war. General Schwarzkopf (der Kommandant der alliierten Streitkräfte) trug keinen blauen Helm.«⁴⁷ Die amerikanische Kontrolle der Vereinten Nationen veranlaßte den britischen politischen Kommentator Edward Pearce zu schreiben, daß die UN funktioniert wie ein mittelalterliches englisches Parlament: Es wird konsultiert, ihm werden zeremonielle Höflichkeit bezeugt, aber sich der göttlichen Privilegien bewußt, murmelt es und gibt seine Einwilligung.«⁴⁸

Das große Thema in den Vereinigten Staaten wurde bald: Wie lange sollten wir warten, bis die Sanktionen wirken, bevor wir auf direkte militärische Gewalt zurückgreifen? Die Regierung und ihre Anhänger bestanden darauf, daß sie Hussein jede Chance gaben, einen friedlichen Weg aus dem Loch zu finden, daß er sich selbst gegraben hatte und bei dem er sein Gesicht nicht verlieren würde. Aber die Tatsache blieb, daß jedes Mal, wenn Präsident Bush dem irakischen Führer irgendeine Art von Angebot machte, es von einer tiefen Beleidigung durchzogen war und niemals im Geringsten zugestand, daß es irgendeine Stichhaltigkeit für Iraks geäußerten Groll gab.⁴⁹ Tatsächlich hatte Bush die irakische Invasion als »ohne Provokation« charakterisiert.⁵⁰ Die Rhetorik des Präsidenten wurde zunehmend schärfer und übertrieben. Er zog sie auf eine persönliche Ebene, dämonisierte Saddam, wie er es mit Noriega, wie Reagan es mit Gaddafi getan hatte, so als hätten diese Ausländer keinen Stolz oder Verstand, wie ihn Amerikaner haben. Es ist so, wie die *Los Angeles Times* es sah:

Kurz nach der Invasion des Irak ... verglich Bush die Aggression des Irak vorsichtig mit der deutschen Aggression gegen Polen, die in den Zweiten Weltkrieg führte. Aber er machte vor einem persönlichen Vergleich zwischen dem irakischen Präsidenten Saddam Hussein mit Adolf Hitler halt. Damit war letzten Monat Schluß, als Bush Hussein nicht nur mit Hitler verglich, sondern auch mit Kriegsgerichten im Nürnberger Stil drohte. Dann, letzte Woche, ging Bush weiter und behauptete mit wenigen Worten, daß der irakische Führer schlimmer als Hitler sei, weil die Deutschen niemals US-Bürger als »menschliche Schutzschilde« auf militärischem Gelände festhielten.

Nach dieser Trivialisierung des Holocaust fuhr Bush fort zu warnen, daß jegliches Akzeptieren von unkontrollierter Aggression »morgen Weltkrieg bedeuten könnte.« Einer seiner eigenen Beamten meinte: »Der muß seine Rhetorik mal in den Griff bekommen.«⁵¹

Saddam Hussein merkte bald, daß er durch die komplette Besetzung Kuwaits einen Bissen gemacht hatte, den er kaum schlucken konnte. Anfang August und nochmals im Oktober zeigte er seine Bereitschaft, im Gegenzug zur alleinigen Kontrolle des Rumaila Ölfeldes, garantiertem Zugang zum Persischen Golf, den Aufhebungen der Sanktionen und einer Lösung des Ölpreis/-Produktionsproblems, die irakischen Streitkräfte aus dem Land abzuziehen.⁵² Er begann auch, einige der vielen Ausländer freizulassen, die das Mißgeschick gehabt hatten, zur falschen Zeit im Irak oder in Kuwait gewesen zu sein. Mitte Dezember 1990 wurde der letzte von ihnen freigelassen. Zu Beginn dieses Monats begann der Irak, eine neue irakisch-kuwaitische Grenze zu entwerfen, was einen Verzicht auf die Forderung darauf bedeutet haben könnte, daß Kuwait ein Teil von Irak sei, obwohl die Bedeutung nicht klar war.⁵³ Und Anfang Januar 1991 wurde, wie wir sehen werden, über sein stärkstes Friedenszeichen berichtet.

Die Bush-Regierung entschied sich, auf keinen dieser Schritte in positiver Weise zu reagieren. Nach Saddams Angebot im August 1990 dementierte das Außenministerium »kategorisch«, daß es jemals gemacht worden war. Dann bestätigte das Weiße Haus es.⁵⁴ Eine spätere Zusammenfassung der Angelegenheit durch den Kongreß sagte:

Die Iraker glaubten offensichtlich, daß sie, nachdem sie in Kuwait einmarschiert waren, die Aufmerksamkeit aller bekommen würden, Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Situation aushandeln und dann abhauen [...] eine diplomatische Situation, die für die Interessen der Vereinigten Staaten befriedigend gewesen wäre, hätte seit den frühesten Tagen der Invasion möglich sein können.

Die Bush-Regierung, sagte das Papier des Kongresses, wollte vermeiden, daß es so aussehen könnte, als ob die Invasion belohnt würde. Aber ein Armeeeoffizier im Ruhestand, der bei den Gesprächen im August 1990 als Mittelsmann gedient hatte, schlußfolgerte später, daß das Friedensangebot »bereits gegen die Linie der US-amerikanischen Politik ging.«⁵⁵

Hätten die Vereinigten Staaten an einem bestimmten Punkt beim amerikanischen Militäraufmarsch dem Frieden noch eine Chance geben können, selbst wenn sie es gekonnt hätten? Der ehemalige Stellvertretende Verteidigungsminister Lawrence Korb beobachtete im späten November, daß alle Komponenten des Verteidigungsestablishments darauf drängten, zur Tat zu schreiten, ihren Wert zu beweisen, zu beweisen, daß es noch eine Notwendigkeit für sie gab, ihre fortgesetzte Finanzierung abzusichern ...

Mitte Januar ... werden die Vereinigten Staaten über 400.000 Truppen (es stellte sich heraus, daß es über 500.000 wurden) aus allen fünf Waffengattungen (ja, sogar die Küstenwache ist dort) im Golf haben. Das sind etwa 100.000 mehr Truppen, als wir in Europa irgendwann während des Kalten Krieges hatten. Die Armee wird tatsächlich acht Bodendivisionen in Saudi Arabien haben, zweimal so viel wie sie in Europa hatte [...] Zwei Drittel der gesamten Kampfkraft des Marinekorps (werden dort sein) [...] Die Marine wird sechs ihrer 14 Flugzeugträgerkampfverbände, zwei ihrer vier Schlachtschiffe und einen ihrer zwei Amphibienverbände auffahren [...] Die Luftwaffe hat bereits neun Jäger von ihren 24 aktiven taktischen Flügeln [...] sowie Bomber [...] Selbst die Reserve war zum Entsenden vorgesehen. Die Lobby der Reserve gibt zu, daß ihre zukünftige Finanzierung gefährdet sein könnte, wenn ihre Einheiten nicht mit einbezogen werden [...] Gerade so, wie jeder Dienst in den Aufmarsch einbezogen werden will, will nicht jeder ein Stück des wirklichen Einsatzes?

Und würde das militärische Oberkommando fähig sein, dem Druck jeder Waffengattung zu widerstehen, so fragte sich Korb. Dem der Marine, die einige ihrer Träger in die engen und gefährlichen Gewässer des Golfes bewegt hatte, einfach nur, um näher an den Kampfhandlungen dran zu sein? Den der Marines, die die fortdauernde Lebensfähigkeit von Amphibien-Kriegsführung zu demonstrieren wünschen, indem sie einen Angriff auf die Küste inszenieren? Und konnte sich die Armee zurücklehnen, während die Luftwaffe siegte?⁵⁶ (Sie konnte nicht und das verlängerte den Krieg.)

Das US-Militär und Präsident Bush würden ihre massive Macht-Show haben, ihre realen super-High-Tech-Kriegsspiele, und keinen Signalen vom Irak oder irgendwelchen Friedensaktivisten würde es erlaubt sein, das zu verderben. Das *Fortune Magazine* faßte

später die Zeit, bevor der Krieg begann, in eine scharfsinnigen Siegeshymne auf Bushs Standhaftigkeit so zusammen:

Der Präsident und seine Männer machten Überstunden, um selbständige Friedensaktivisten in der Arabischen Welt, Frankreich und der Sowjetunion, die drohten, Saddam einen Weg aus der Schachtel, die Bush baute, zu bereiten, und bei dem er sein Gesicht wahren konnte, zu zermalmen. Immer und immer wieder wiederholte Bush das Mantra: Keine Verhandlungen, kein Handel, kein Wahren des Gesichts, keine Belohnungen, und besonders, keine Koppelung an eine palästinensische Friedenskonferenz (ein Punkt, der vom Irak bei verschiedenen Gelegenheiten vorgebracht wurde).⁵⁷

Am 29.11.1990 genehmigte der UN-Sicherheitsrat die Anwendung von »allen notwendigen Mitteln«, um den Irak zu zwingen, Kuwait zu räumen, wenn er dies nicht bis zum 15.01.1991 getan hat. Über Weihnachten, so haben wir erfahren, studierte George Bush eifrig jede einzelne der 82 Seiten von Amnesty Internationals qualvollem Bericht über irakische Festnahmen, Vergewaltigungen und Folterungen in Kuwait. Nach dem Uralub sagte er seinen Mitarbeitern, daß sein Gewissen rein sei: »Es ist schwarz und weiß, Gut gegen Böse. Der Mann muß gestoppt werden.«⁵⁸ Es wird nicht berichtet, ob Bush jemals irgendeinen von Amnesty Internationals vielen Berichten aus der Zeit über die ebenso widerwärtigen Verletzungen der Menschenrechte und des menschlichen Geistes gelesen hat, die von Washingtons Verbündeten in Guatemala, El Salvador, Afghanistan, Angola und Nicaragua begangen wurden. Wenn er es getan hat, dann hatte die Lektüre offensichtlich wenig Wirkung, denn er fuhr fort, diese Mächte zu unterstützen. Amnesty hatte auch seit mehr als einem Jahrzehnt über die extreme Brutalität des Irak berichtet und hatte nur ein paar Monate vor der Invasion im August vor dem Senat über diese Mißbräuche ausgesagt, aber nichts von alledem hatte George Bush mit ehrlicher Empörung erfüllt.

Als sich die Frist vom 15.01.1991 näherte, hielt die Welt den Atem an. War es möglich, daß in 5 ½ Monaten kein Weg gefunden werden konnte zu verhindern, dieser traurigen Welt einen weiteren schrecklichen Krieg aufzuerlegen? Am 11.01.1991 sagten arabische Diplomaten bei der UNO, daß sie Berichte aus Algerien, Jordanien und dem Jemen bekommen hatten, alle mit engen Beziehungen zum Irak, daß Saddam kurz nach dem 15.01.1991 eine Initiative plante, die seine Bereitschaft zeigen würde, im Gegenzug für internationale Garantien, daß der Irak nicht angegriffen würde, für die Durchführung einer internationalen Konferenz, um palästinensische Beschwerden anzusprechen und für Verhandlungen über Streitigkeiten zwischen dem Irak und Kuwait, sich »im Prinzip« aus Kuwait zurückzuziehen. Der irakische Führer, so sagten die Diplomaten, wollte bis einen oder zwei Tage, nachdem die Frist abgelaufen war, warten, um zu zeigen, daß er nicht eingeschüchtert worden war.

Für die Vereinigten Staaten, mit einer halben Million Truppen, die in Saudi-Arabien zur Schlacht bereitstanden, war das unakzeptabel. Saddam Hussein wird »am 15.01.1991 um Mitternacht den Abgrund überschreiten«, sagte Außenminister Baker, »und kann nicht erwarten, sich selbst zu retten, indem er anbietet, sich nach dieser Zeit aus Kuwait zurückzuziehen.«⁵⁹

Die unzähligen Erklärungen von George Bush

»Es wird sich negativ auf unsere Arbeitsplätze, unsere Lebensweise, unsere Freiheit und die Freiheit von uns freundlich gesonnenen Ländern auswirken, wenn die weltweit größten Ölreserven in die Hände dieses einen Mannes, Saddam Hussein, fallen.«⁶⁰

Diese Worte richtete George Herbert Walker Bush an das amerikanische Volk. Theodore Draper kommentierte sie folgendermaßen:

»Diese Gründe waren banal und unglaublich. Daß Bush die »Arbeitsplätze« an erster Stelle nannte, zeigt, daß er, wie auf nationalen Wahlkampfveranstaltungen üblich, primär an den Geldbeutel der Wähler appellierte. Dies war zumindest ein haarsträubender Grund, um am anderen Ende der Welt in den Krieg zu ziehen, falls dieser stattfinden sollte.«⁶¹

Vor dem Krieg, im Krieg und nach dem Krieg hat niemand wirklich verstanden, warum Bush am Persischen Golf eingegriffen und schließlich die Vereinigten Staaten in den Krieg geführt hatte. Kongreßabgeordnete, Journalisten, Redakteure und einfache Bürger fragten den Präsidenten unaufhörlich, flehten ihn teilweise an, seine Motivation klar und eindeutig zu begründen, ohne seine Stellungnahme der vorherigen Woche zu widerlegen. Für Wirtschaftswissenschaftler und die intellektuelle Elite galt es als unprofessionell, ihre Unsicherheit einzugestehen, woraufhin zahlreiche, widersprüchliche Artikel veröffentlicht wurden.

Die gegebene Situation veranlaßte das *Wall Street Journal*, ein Treffen mit »Wählern« zu organisieren, um die Lage zu diskutieren. »Die momentanen Ereignisse verwirren sie und sie fordern eine bessere Berichterstattung.«, schrieb die Zeitung über die Teilnehmer. »Und die Vorstellung, daß Bush seine Meinung anscheinend jeden Tag ändert, erschüttert sie.« Ein Teilnehmer sagte:

»Bisher sind seine Erklärungen mit einer Top Ten Liste für »Gründe, um dabei zu sein« aus der Fernsehshow von David Letterman zu vergleichen. Jede Woche gibt es einen neuen Grund.«⁶²

Da der Persische Golf Schauplatz des Geschehens war, drängte sich unweigerlich die Frage auf, ob das flüssige Gold ein wichtiger, wenn nicht sogar der Grund schlechthin für den Konflikt war. Diese Theorie kann jedoch aufgrund der heutigen Fakten nicht aufrechterhalten werden. Die Versorgung stellte kein Problem dar – das Ministerium für Energie bestätigte, daß keine Ölknappheit drohe und Saudi Arabien und weitere Länder ihre Ölproduktion erhöhten, um mit dem Irak und Kuwait zu konkurrieren. Das aus dem Irak und Kuwait importierte Öl machte ohnehin zusammen nur fünf Prozent des amerikanischen Verbrauchs aus. Es gab weltweit, von Mexiko bis Rußland, ausreichend Ölressourcen als auch eine große Anzahl unberührter Ressourcen in Amerika, die es ermöglichten, mehr Öl zu produzieren. Dies zeigt, wie schwierig es für jeden einzelnen Ölproduzenten war, sei es Saddam Hussein oder ein anderer, den Markt zu kontrollieren oder zu dominieren. Wobei sich hier wiederum die Frage stellt: Was würde ein Land mit all dem Öl machen? Es trinken? Im Dezember wurde berichtet, daß, »die OPEC seit der Mitte des Jahres hohe Quoten in der Ölförderung erzielt, und falls die Versorgung nicht durch einen Krieg im Nahen Osten unterbrochen wird, ist mit einem Ölüberfluß und einer starken Senkung des Ölpreises zu rechnen.«⁶³

Was den Ölpreis angeht, stellt sich die Frage, ob George Bush und James Baker – beide verwurzelt in der Ölindustrie – und die auf einen Boom wartenden amerikanischen Östaaten daran interessiert waren, daß der Ölpreis stieg oder sank? Man könnte beide Hypothesen belegen. Im Januar 1990 drängten die Vereinigten Staaten Saddam Hussein, zu versuchen, den Ölpreis der OPEC unter der Hand auf 25 Dollar pro Barrel zu erhöhen.⁶⁴ Und wie leicht fiel es doch den Vereinigten Staaten, den Ölpreis selbst in chaotischen Zeiten zu kontrollieren. Der Ölpreis unterliegt oftmals starken Schwankungen. Trotz des Krieges zwischen dem Irak und dem Iran, der die Ölproduktion beider Länder bremste, fiel der Ölpreis pro Barrel beispielsweise von ca. 30 Dollar auf weniger als 10 Dollar.

Diese Darlegung der unmittelbaren Situation berücksichtigt allerdings nicht »die Faszination des Öls«, die in beachtlichem Maße und seit jeher die Meinung amerikanischer Politiker beeinflußt. Falls Bush auf der Suche nach einem »Konflikt« war, mittels dessen er dem Kongreß die dauerhafte Gefährdung der Welt, in der wir leben, einschärfen konnte, war die Beteiligung an einem Konflikt zwischen zwei bedeutenden Öl produzierenden Ländern zweifellos geeigneter als ein Einschreiten, wenn Bolivien Paraguay angriff oder Ghana die Elfenbeinküste besetzte.

Die Anspielung des Präsidenten auf die Lebensweise der Amerikaner – den American Way of Life und die Freiheit eines jeden Einzelnen – zeigt, welche essentielle Bedeutung er und andere Politiker offen dem Öl zuschrieben. (Welche Meinung diese Männer in den einzelnen Fällen tatsächlich vertraten, kam nicht an die Öffentlichkeit.) Zu Beginn dieses Jahres berichtete William Webster, Leiter der CIA, dem Kongreß, daß das Öl »weiterhin die Interessen der Vereinigten Staaten entscheidend beeinflussen wird«,

da, »die westliche Welt« innerhalb des nächsten Jahrzehnts, »immer mehr auf das Öl aus der Region am Persischen Golf angewiesen sein wird.« General Schwarzkopf, der sich sein Leben lang mit dem Nahen Osten beschäftigt hat, bestätigte, daß:

»... die westliche Welt vom Öl aus dem Nahen Osten lebt. Der Nahe Osten beliefert uns mit Energie, und da diese Region 70 Prozent der nachgewiesenen Ölquellen der Freien Welt verwaltet, wird sie uns auch dann noch versorgen, wenn die restlichen Ölreserven weltweit verbraucht sind [...] Schätzungen zufolge werden die Vereinigten Staaten innerhalb der nächsten 20 bis 40 Jahre ihre wirtschaftlich verfügbaren Ölressourcen verbraucht haben, während die Ressourcen in der Region am Persischen Golf nachgewiesenermaßen noch für mindestens 100 Jahre reichen werden.«⁶⁵

Tatsächlich waren es zu diesem Zeitpunkt 69%, und seitdem die Sowjetunion zur »Freien Welt« gehört, sind es sogar noch weniger.⁶⁶ Erwähnenswert ist, daß die Vorhersage des angesehenen Generals spekulativ ist, und daß der Begriff »wirtschaftlich verfügbar« darauf verweist, daß die Förderung der nationalen Ölressourcen der Vereinigten Staaten weitaus teurer ist als die der Ölressourcen in der Golfregion. Dies wirkt sich jedoch lediglich auf den Gewinn aus und stellt kein Problem der Ölversorgung dar. Abgesehen hiervon muß das große Potential der erneuerbaren Energien berücksichtigt werden.

Zu diesem Zeitpunkt bezogen die Vereinigten Staaten 11% ihres Öls aus der Golfregion. Während eine Gefährdung dieser Ressourcen in den Vereinigten Staaten offensichtlich Panik auslöste, kümmerte dies Japan und Europa, die 62% beziehungsweise 27% von dort bezogen, kaum – mit der Ausnahme von Margaret Thatcher, die allerdings bereits bei der bloßen Erwähnung von Saddam Hussein und dem Irak, einer ehemaligen britischen Kolonie, vor Wut schäumte.⁶⁷ Deutschland bezog ungefähr 35% aus der Golfregion, doch die Vereinigten Staaten setzten Deutschland und Japan unter Druck, damit sie den Krieg unterstützten. Beide Länder standen den Vereinigten Staaten vielleicht sogar mißtrauisch gegenüber, da sie sie dabei unterstützten, das Öl der Golfregion stärker zu kontrollieren.

Die Faszination der Vereinigten Staaten für Öl begründet eine seit langem praktizierte Politik, die Noam Chomsky, (einer der bedeutendsten politischen Intellektuellen in den Vereinigten Staaten), folgendermaßen erklärt:

»Seit den 1940ern gehört es zu den obersten Maximen der amerikanischen Außenpolitik, daß die enormen und nicht gleichgeschalteten Ölressourcen der Golfregion effektiv von den Vereinigten Staaten und ihren Auftraggebern gesteuert werden. Somit soll vor allem vermieden werden, daß unabhängige, regionale Kräfte die Verwaltung der Öl-Förderung und den Ölpreis nachhaltig beeinflussen.«⁶⁸

Dies erforderte nicht immer den Einsatz von Gewalt. Als die OPEC 1973 unter dem Vorsitz von Saudi Arabien mit beträchtlichen Ölpreissteigerungen und einem Öl-Boykott versuchte, die Vereinigten Staaten zu zwingen, Israel dazu bewegen, sich aus den vor kurzem besetzten Gebieten zurückzuziehen, führte dies weder zu einem Einmarsch der Vereinigten Staaten, noch wurde dieser angedroht. Intensive diplomatische Verhandlungen in dieser Angelegenheit führten zu einer Lösung, ohne daß ein einziger Schuß fiel. Es ist möglich, daß der Vietnamkrieg, aufgrund dessen in Washington immer noch eine angespannte Atmosphäre herrschte, in Verbindung mit der Regierung von Nixon, die kurz davor war, an der Watergate-Affäre zu zerbrechen, die OPEC Staaten vor einem gewaltsamen Konflikt bewahrte.

Bush wies frühzeitig darauf hin, daß der Einmarsch des Irak in Saudi Arabien schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für die Vereinigten Staaten bedeuteten – die nie eintraten – und prophezeite sogar noch Schlimmeres, falls der Irak in Saudi Arabien die Macht ergreifen werde. Die Erklärung, daß Saudi Arabien gefährdet sei, fand kein Gehör. Ein kurzer Blick auf die Landkarte macht deutlich, daß der Irak es niemals auf Saudi Arabien abgesehen hatte. Der Irak und Saudi Arabien grenzen über weite Strecken direkt aneinander. Die Iraker mußten nicht zuerst Kuwait erobern, um in Saudi Arabien einzumarschieren, und selbst wenn es geplant gewesen wäre, hätten sie, wie General Colin Powell später einräumte,⁶⁹ nach der Übernahme Kuwaits drei Wochen Zeit gehabt, nahezu widerstandslos in Saudi Arabien einzumarschieren. Vertreter der Regie-

rung Bush gaben tatsächlich zu, daß weder die CIA noch die Geheimdienstbehörde des Verteidigungsministeriums es für wahrscheinlich hielten, daß der Irak in Saudi Arabien einmarschieren werde.⁷⁰ Saudi Arabien kam ebenfalls nicht auf diese Idee, bis der amerikanische Verteidigungsminister Cheney am 05.08.1990 nach Riad flog, um König Fahd persönlich mitzuteilen, daß Saudi Arabien möglicherweise bedroht und zu seiner Verteidigung unbedingt auf amerikanische Truppen angewiesen sei.⁷¹

George Bush distanzierte sich von der Theorie, daß der wahre Grund des Krieges das Öl sei, als Kritiker ihm vorwarfen, daß er nur versuche, die Interessen der Ölindustrie zu schützen. Im Oktober wurde eine seiner Ansprachen durch Zurufe einiger Anwesender gestört: »Herr Präsident, ziehen sie unsere Truppen aus Saudi Arabien ab! Kein Blut für Öl!« George Bush antwortete – nachdem die Zwischenrufenden hinausgebracht worden waren – »Wissen Sie, manche Leute hören einfach nicht zu. In diesem Konflikt geht es nicht um Öl. Es geht um das rücksichtslose, aggressive Vorgehen, das [wir] nicht dulden werden.« Einen Monat später, wenn nicht sogar schon früher, brachte der Präsident das Öl wieder ins Spiel, als er erklärte, die wirtschaftliche Sicherheit der Vereinigten Staaten sei von stabilen Verhältnissen in Saudi Arabien abhängig. Kurz darauf richtete sich seine Aufmerksamkeit wieder auf den »verheerenden Schaden, der tagtäglich« der amerikanischen als auch der globalen Wirtschaft durch die Zerstörung der Öl-Märkte zugefügt werde.⁷²

Es ist durchaus bemerkenswert und erfordert ein gewisses Maß an Verdrängung, wenn eine Regierung, die die meisten militärischen Eingriffe weltweit vorzuweisen hat – seien sie rücksichtslos oder anderer Natur – und ein Mann, der vor weniger als einem Jahr, brutal Panama besetzte, dem Irak rücksichtsloses Vorgehen vorwirft. Hinzu kommt, daß sowohl Syrien als auch Israel in den Libanon einmarschiert waren und immer noch große Teile des Landes besetzten. Israel bombardierte Beirut gnadenlos, ohne daß die USA einen Krieg androhten. Saddam Hussein fragte sich vielleicht, wann die Vereinigten Staaten die Spielregeln geändert hatten, als er sich an sie wandte:

»Sie reden von einem aggressiven Vorgehen des Irak ... als der Irak im Krieg gegen den Iran aggressiv vorgegangen ist, warum haben Sie dies damals nicht kritisiert?«⁷³

Im schwerwiegenden Konflikt zwischen dem Irak und Ayatollah Khomeini hatten die Vereinigten Staaten durchaus mehr als nur Gespräche mit Bagdad veranlaßt. Die Vereinigten Staaten schlugen sich auf die Seite des Iraks, der im Vergleich zu den schiitischen Extremisten als das kleinere Übel galt, und unterstützten ihn mit Waffen, Militärtraining, hochentwickelten Technologien und Satellitenaufnahmen. Außerdem flössen Dollarbeträge in Millionenhöhe an den bedürftigen Saddam Hussein, der großzügig von Kuwait und Saudi Arabien unterstützt wurde, da diese befürchteten, daß die im Iran vorherrschende antimonarchistische Einstellung sich in ihren eigenen Königreichen verbreiten könne. Tatsächlich gibt es Beweise, daß die Vereinigten Staaten den Irak ermutigten, den Iran anzugreifen und den Krieg zu entfachen.⁷⁴ Als die Vereinigten Staaten Saddam Hussein unterstützten, war er mit Sicherheit derselbe abscheuliche, totalitäre, grausame Verbrecher, dessen unmoralisches Verhalten die Vereinigten Staaten später entschieden verurteilen sollten. Gleichermäßen wurde der Einmarsch des Irak von den Vereinten Nationen nicht verurteilt. Sie erhoben weder Sanktionen noch stellten sie Forderungen, und zwar ohne daß die Vereinigten Staaten hierzu den Anstoß gaben.

Obwohl die Vereinigten Staaten Waffenlieferungen an beide Kriegsparteien offiziell untersagten, belieferten sie sowohl den Irak als auch den Iran insgeheim mit Waffen. Der Ayatollah, das zweite schwarze Schaf der Region, wurde im Krieg von den Vereinigten Staaten mit Waffen und irakischen Militärgeheimnissen versorgt, um somit beiden Ländern die besten Möglichkeiten zu bieten, sich gegenseitig zu zerstören und ihren Aufstieg zu mächtigen Staaten im Nahen Osten zu unterbinden.

Somit war nicht nur der Irak – der Feind –, sondern waren auch Saudi Arabien und Kuwait – zwei »verbündete« Staaten – in den Konflikt involviert. Auch wenn die Vereinigten Staaten kein großes Geheimnis daraus machten, daß die Moralvorstellungen der beiden Länder fragwürdig seien, bekannten sich die Vereinigten Staaten offiziell seit jeher

dazu, Saudi Arabien zu verteidigen und Kuwait zu befreien. Und Saudi Arabien und Kuwait waren berüchtigt. In Saudi Arabien gab es keine Religionsfreiheit, Menschen wurden ohne rechtliche Grundlage festgenommen und Folter war eine gängige Methode.⁷⁵ Frauen wurden diskriminiert und systematisch unterdrückt, ausländische Arbeitskräfte behandelte man wie Sklaven, Ehebrecher wurden gesteinigt und Dieben wurden die Hände abgeschlagen. Amerikanische Geistliche, die in Saudi Arabien arbeiteten, wurden aufgefordert, sämtliche Kreuze zu entfernen, den Davidstern von ihren Uniformen zu trennen und sich selbst als »moralische Referenten« zu bezeichnen.⁷⁶

Merkwürdigerweise verfolgte Kuwait eine extrem anti-amerikanische Politik.⁷⁷ Auch wenn die kuwaitische Gesellschaft aufgeklärter war als die saudiarabische (wenn auch lange nicht so aufgeklärt wie die irakische), wurde Kuwait, eine elitäre Oligarchie, von einer einzigen Familie regiert, die 1986 das Parlament abgesetzt hatte. Es gab keine politischen Parteien, und Kritik am herrschenden Emir war untersagt. Nur 20 Prozent der Bevölkerung besaßen politische Rechte. Nachdem die Diktatoren in Kuwait rechtmäßig wieder an die Macht gelangten, wurden ausländische Arbeitskräfte, die zahlenmäßig einen Großteil der Bevölkerung ausmachten, äußerst brutal behandelt; u.a. wurden sie monatelang ohne Anklage oder Prozeß festgehalten. Dutzende von ihnen wurden von Todesschwadronen hingerichtet. Amnesty International zufolge war die »Folter von politischen Häftlingen Routine und weit verbreitet« und mindestens 80 Prozent der politischen Häftlinge »verschwanden« während ihrer Haft. Trotz tausender stationierter amerikanischer Soldaten wurden Menschen verfolgt, und zwar primär diejenigen, die der Zusammenarbeit mit Irakern beschuldigt wurden – auch wenn den meisten keine andere Wahl blieb – und die Anhänger einer neu entstehenden demokratischen Bewegung waren. Außerdem wurden ca. 400 Iraker zur Rückkehr in den Irak gezwungen, obwohl diese befürchteten, daß sie dort verfolgt oder hingerichtet werden würden.⁷⁸

Die Elite der Region zeigte nicht viel Dankbarkeit für all das, was Amerika George Bush zufolge für sie tun werde. Ein Vertreter der Golfregion sagte: »Glauben Sie, ich schicke meine Söhne im Teenager-Alter für Kuwait in den Tod?« Amüsiert fügte er hinzu: »Dafür haben wir doch unsere weißen Sklaven aus Amerika.« Ein saudi-arabischer Lehrer sah es so: »Nun gehören auch die amerikanischen Soldaten zu unseren ausländischen Arbeitskräften. Pakistaner fahren Taxi und nun sind die Amerikaner hier, um uns zu verteidigen.« Die fehlende Dankbarkeit der Staatsmänner am Golf erklärte ein Diplomat aus dem Jemen: »Einige der Staatsoberhäupter am Golf fühlen sich einfach nicht dazu verpflichtet sich gegenüber den Menschen, die sie zum Kämpfen engagiert hatten, dankbar zu zeigen.«⁷⁹ Es gab nichts, was in der arabischen Bevölkerung so verurteilt wurde wie die Morde von Ausländern an Muslimen oder Arabern und der Einsatz ausländischer Militäreinheiten auf arabischem Boden. Es weckte Erinnerungen an die Herrschaft der westlichen, weißen Kolonialherren.

Bush warnte auch davor, daß vom Irak eine nukleare Bedrohung ausgehe, was eine Tatsache war. Doch eine nukleare Bedrohung ging auch von den Vereinigten Staaten, Frankreich, Israel und jedem anderen Staat, der bereits über Nuklearwaffen verfügte, aus. Amerikanischen, britischen und israelischen Experten zufolge würde es allerdings fünf bis zehn Jahre dauern, bis der Irak die Voraussetzungen habe, um Atomwaffen zu bauen und einzusetzen.⁸⁰ Es ist unwahrscheinlich, daß der Präsident glaubte, daß diese Gefahr tatsächlich vom Irak ausgehe. Vielmehr kam seine Warnung just nachdem eine Umfrage ergeben hatte, daß die Mehrheit der amerikanischen Bürger der Meinung sei, daß der Krieg im Irak am ehesten damit zu rechtfertigen sei, den Irak davon abzuhalten, Atomwaffen zu erwerben.⁸¹

Ein Aspekt, der von Bush nicht als ein Argument für ein Eingreifen genannt wurde, der jedoch wahrscheinlich eine wichtige Rolle spielte, bestand darin, daß dem Pentagon viel daran gelegen war, mit den Golfstaaten ein Abkommen über eine dauerhafte Militärpräsenz der Vereinigten Staaten zu treffen oder bereits bestehende auszubauen. Anscheinend verfolgten die Vereinigten Staaten diesen Kurs erfolgreich.⁸² General Schwarzkopf hatte dem Kongreß zu einem früherem Zeitpunkt berichtet, daß die »Präsenz der Vereinigten Staaten« in der Golfregion neben der Sicherheitspolitik und hiermit verbundenen

Maßnahmen eine der drei Säulen der militärischen Strategie bilde – deren erfolgreiche Umsetzung den so wichtigen »Zugang«, der als Euphemismus für Einfluß und Macht interpretiert werden kann, verspreche.⁸³ Nach dem Krieg wurde die Existenz eines Netzwerkes militärischer Kommunikationsstützpunkte enthüllt. Der Aufbau des fast 200 Milliarden US-Dollar teuren Projektes, das Saudi Arabien finanzierte und unter höchster Geheimhaltung von den Vereinigten Staaten durchgeführt wurde, dauerte 10 Jahre. Die Tatsache, daß die Nutzung des Netzwerkes im Golfkrieg unentbehrlich war, erklärt vielleicht, warum Bush es so eilig hatte Saudi Arabien zu verteidigen, obwohl Saudi Arabien nicht bedroht wurde.⁸⁴

»Haltet mich auf, bevor ich wieder morde!«

Josef Stalin ging ins Priesterseminar [...] Adolf Hitler war Vegetarier und Nichtraucher [...] Während Menschen in Europa massenweise im Bombenhagel der Luftwaffe starben, hing im Büro von Herman Göring, Oberbefehlshaber der Luftwaffe, ein Schild mit der Aufschrift: »Derjenige, der Tiere quält, verletzt die Gefühle des deutschen Volkes.« [...] Elie Wiesel nannte es die bedeutendste Enthüllung nach dem Krieg, daß Adolf Eichmann kultiviert und belesen war und Geige spielte [...] Charles Manson war ein überzeugter Gegner von Tierversuchen [...]

Nachdem er die Bombardierung Panamas angeordnet hatte, erklärte George Bush, daß er »in Gedanken bei den Familien derjenigen sei, die in Panama umgekommen sind.« Und als man ihn fragte, »Hat es sich wirklich gelohnt für die Ergreifung Noriegas, Menschen in den Tod zu schicken?«, antwortete er, »jedes Menschenleben ist kostbar, nichtsdestotrotz lautet meine Antwort, ja, es hat sich gelohnt.«

Zum Irak erklärte Bush: »Die Menschen fragen mich: Wie viele Menschenleben? Wie viele Leben wird es kosten? Jedes einzelne ist kostbar.«⁸⁵

Kurz bevor Bush im Januar den Befehl zum Krieg gegen den Irak gab, lief ihm im Gebet eine Träne über die Wange. Später erklärte er: »Wie viele andere, die zu verantworten haben, die Kinder anderer in den Krieg zu schicken, glaube ich, daß wir im Gebet verstehen, daß es darauf ankommt, wie Gott die Dinge sehen würde.«⁸⁶

Man kann sich vorstellen, daß Gott George Bush nach den irakischen Kindern fragen würde. Und nach den Erwachsenen. Und vielleicht würde Gott in gereiztem Ton und auf ganz und gar nicht göttliche Weise antworten: »Dann hör doch endlich auf, all diese kostbaren Leben wegzuwerfen!«

Panzer bewegten sich entlang der Schützengräben und feuerten auf die irakischen Soldaten. Die Panzer zogen Pflüge, mittels derer die irakischen Soldaten zusätzlich mit Sand beworfen wurden, hinter sich her. Tausende wurden unter den Sandmengen begraben, ganz gleich ob tot, verwundet oder lebendig.⁸⁷

US-amerikanische Truppen feuerten auf irakische Soldaten, als diese bereits die weiße Fahne schwenkten, um zu erkennen zu geben, daß sie sich ergeben hätten. Der verantwortliche Befehlshaber der Marine wurde nicht zur Rechenschaft gezogen.⁸⁸

Zwei aktive Atomreaktoren wurden im Irak durch Bomben zerstört. Es war das erste Mal überhaupt, daß aktive Reaktoren bombardiert wurden, und dies hätte leicht zu einem gefährlichen Präzedenzfall führen können. Nur etwa einen Monat zuvor hatten die Vereinten Nationen, unter deren Mandat die Vereinigten Staaten angeblich agierten, erneut eine Resolution zum »Angriffsverbot von nuklearen Anlagen« im Nahen Osten verabschiedet.⁸⁹ Chemische Waffen, Anlagen zur Herstellung dieser Waffen und mutmaßliche Biowaffenanlagen waren ebenfalls Ziele der amerikanischen Bomben. General Schwarzkopf erklärte, daß sie sehr bedacht die Waffen zur Zerstörung dieser Anlagen als auch der nuklearen Anlagen ausgewählt hätten, und zwar erst »nachdem eine große Anzahl renommierter Wissenschaftler sie ausführlich beraten hatte« und sie sich zu »99,9 Prozent« sicher gewesen seien, daß die Gefahr einer »Verseuchung nicht bestehe.«⁹⁰ Europäische Wissenschaftler und Umweltschützer fanden hingegen Spuren von chemischen Substanzen, die auf die amerikanischen Bomben zurückzuführen wa-

ren. Im Niederschlag wurden chemische Substanzen festgestellt und giftige Gase waren freigesetzt worden. Zahlreiche Zivilisten starben an den Folgen der Luftangriffe.⁹¹

Einer Meldung zufolge, die offensichtlich der Irak-Propaganda zuzuschreiben war und großes Aufsehen bei der amerikanischen Regierung als auch den Medien erregte, sei eine der bombardierten Biowaffenanlagen tatsächlich eine Fabrik für Babynahrung gewesen.⁹²

Die Vereinigten Staaten setzten außerdem große Mengen von mit Uran angereicherten Granaten und Raketen ein, die tonnenweise radioaktiven und giftigen Schutt in Kuwait und im Irak hinterließen.

Die britische Atomenergiebehörde warnte in einem Sicherheitsbericht im April 1991:

»Wenn angereichertes Uran in die Nahrungskette oder in den Trinkwasserkreislauf gelangt, kann dies gesundheitliche Schäden verursachen.«

Das Einatmen von Uran 238, das zur Waffenherstellung genutzt wird, kann Krebs oder einen Gen-Defekt auslösen. Uran enthält wie Blei chemische Giftstoffe. Das Einatmen von Uran führt zu einer schweren Metallvergiftung oder einer Schädigung der Nieren oder Lunge oder ist genverändernd. Es ist höchstwahrscheinlich, daß die irakischen Soldaten, die während der Angriffe in ihren Bunkern ausharrten, durch radioaktive Staubwolken vergiftet wurden.⁹³

Die Zivilbevölkerung litt massiv unter den erbarmungslosen Bombardierungen. Die Menschenrechtsorganisation Middle East Watch berichtete von mehreren Vorfällen bei denen Privathäuser, belebte Marktplätze, Brücken, auf denen sich Menschen und Privatfahrzeuge befanden und in einem Fall eine zentrale, belebte Busstation, bombardiert wurden. Dies geschah in der Regel am helllichten Tage, ohne daß sich Regierungsgebäude, militärische Ziele oder auch nur eine Luftabwehrrakete in Sicht befanden.⁹⁴

Am 12.02.1991 verkündete das Pentagon, daß »nahezu alle militärischen Anlagen zerstört oder kampfunfähig sind.«⁹⁵ Nichtsdestotrotz wurde am nächsten Tag ein ziviler Luftschutzbunker gezielt bombardiert. 1500 Menschen, unter ihnen eine große Anzahl von Frauen und Kindern, starben. In den zwei verbleibenden Wochen des Krieges wurden tagtäglich unterschiedliche Regionen im Irak bombardiert. Laut eines Artikels der britischen Zeitung *The Guardian* vom 18.02.1991 fand in dieser Zeit auch »einer der heftigsten Angriffe der Koalitionstruppen auf das Zentrum von Bagdad« statt.⁹⁶ Welche Gründe gab es für die Bombardierungen nach dem 12.02.1991?

Die Vereinigten Staaten erklärten, daß sie angenommen haben, daß es sich um einen Bunker für VIPs – was ursprünglich auch der Fall gewesen war – handelte und behaupteten, daß er auch als militärisches Kommunikationszentrum genutzt wurde. Doch die Anwohner des Stadtviertels beharrten darauf, daß die Frauen und Kinder, die täglich in den Bunker strömten, registriert hätten werden müssen, da die Region kontinuierlich von Luftpatrouillen überwacht wurde.⁹⁷ Westliche Berichterstatter erklärten, daß es keine Anzeichen einer militärischen Benutzung gegeben habe.⁹⁸

Ein in Jordanien tätiger amerikanischer Journalist, der unzensiertes Filmmaterial über die Katastrophe sah, das nie in den Vereinigten Staaten ausgestrahlt wurde, berichtete:

»Es waren die Bilder eines unglaublichen Gemetzels. Fast alle Leichen waren verkohlt, einige waren einer solch großen Hitze ausgesetzt, daß die toten Körper samt Knochen verbrannt waren. Die Bergungsarbeiter brachen weinend zusammen und ließen die Leichen zu Boden fallen, einige übergaben sich aufgrund des Gestanks der noch schwelenden Leichen.«⁹⁹

Der Kommentar zur Bombardierung des Bunkers von Marlin Fitzwater, Sprecher des Weißen Hauses, lautete: Er war »ein militärisches Ziel. Wir wissen nicht, warum sich dort Zivilisten aufhielten, aber wir wissen, daß Saddam Hussein nicht unsere Wertvorstellungen teilt, was die Unantastbarkeit des Lebens betrifft.«¹⁰⁰ Nachdem die Bombardierungen auf Kritik stießen, erklärte George Bush: »Ich Sorge mich um das Leid unschuldiger Menschen.«¹⁰¹

Der von Terror und Schrecken gezeichnete Alltag der irakischen Bevölkerung wurde durch den Zusammenbruch der Elektrizitätsversorgung um ein Vielfaches erschwert. Die Stromversorgung war für ein fortschrittliches Land wie den Irak unentbehrlich, um lebenswichtige Maßnahmen wie zum Beispiel die Wasser- und Abwasserversorgung, den Betrieb von Krankenhäusern und medizinischen Laboren und die landwirtschaftliche Produktion aufrecht zu erhalten. Die durch die Bombardierungen verursachten Schäden und das Embargo der Vereinigten Staaten und Vereinten Nationen führten dazu, daß die Stromversorgung auf drei bzw. vier Prozent und die Wasserversorgung auf fünf Prozent des Vorkriegsstandard sank. Die Ölproduktion war unerheblich, die Lebensmittelversorgung in einem verheerenden Zustand und das Abwassersystem zusammengebrochen. Häuser wurden mit ungeklärtem Wasser überflutet und ein Großteil der Bevölkerung litt unter Magendarmentzündung und an Unterernährung.¹⁰²

Zwei Monate nach Kriegsende besuchte ein Team des Public Health Instituts der Harvard Universität Gesundheitseinrichtungen in verschiedenen irakischen Städten. Die konservativen Untersuchungen des Teams ergaben, daß »mindestens 170.000 Kinder im Alter bis zu fünf Jahren innerhalb des nächsten Jahres an den Spätfolgen der Zerstörung der Strom- und Treibstoffversorgung und von Transportwegen sterben würden« und daß »ein drastischer Anstieg der Todesrate der restlichen Bevölkerung auch wahrscheinlich ist. Krankheiten, die durch über das Trinkwasser aufgenommene Krankheitserreger verursacht werden und Unterernährung werden die primäre Todesursache sein.«¹⁰³ Ein Mitglied des Harvard Teams, das später noch einmal den Irak mit einer Forschungsgruppe besuchte, erklärte vor dem Kongreß, daß »Kinder in Straßen spielen, in denen sich Abwässer sammeln. Zwei weltweit renommierte Kinderpsychologen erklärten, daß die Kinder im Irak »in einem Maß traumatisiert sind, das bisher nie zuvor bei Kriegskindern festgestellt worden ist.«¹⁰⁴

Obwohl amerikanische Regierungsvertreter wiederholt erklärten, daß sie durch den Einsatz von »intelligenten Bomben«, lasergesteuerten Bomben und »chirurgischen Angriffen« die größtmögliche Vorsorge trafen, um ausschließlich militärische Ziele zu treffen, ist mittlerweile bekannt, daß dies nicht viel mehr als eine Lektion in Propaganda war. Hierzu zählte auch, daß die Opfer und das Leid der irakischen Bevölkerung als »Kollateralschäden« bezeichnet wurden. Nach dem Krieg räumte das Pentagon ein, daß zivile Einrichtungen häufig aus politischen Gründen bombardiert worden wären.¹⁰⁵ Ausführliche von der amerikanischen Regierung in Auftrag gegebene Kriegsstudien über den Zweiten Weltkrieg kamen zu dem Schluß, daß »die Angst vor Krankheiten und erschwerte Lebensbedingungen aufgrund fehlender sanitärer Einrichtungen unweigerlich zu einer Demoralisierung der Zivilbevölkerung führten«, und daß es »bewiesenermaßen und bezeichnenderweise« einen Zusammenhang zwischen der Zerstörung öffentlicher Einrichtungen und der Bereitschaft der deutschen Bevölkerung, sich bedingungslos zu ergeben, gegeben habe.¹⁰⁶

Im Irak gab es noch einen anderen Grund: Verzweifelte Bürger sollten zu Aufständen ermutigt werden und dazu gebracht werden, Saddam Hussein zu stürzen. Die Aussage eines Strategen der US Air Force lautete:

»Stürzt diesen Kerl und wir werden euch beim Wiederaufbau tatkräftig unterstützen. Wir werden Saddam Hussein oder sein Regime nicht tolerieren. Kümmert euch um Saddam Hussein, dann sorgen wir dafür, daß die Stromversorgung läuft.«¹⁰⁷

Diejenigen, die nach Jordanien flüchteten, um den Bombardierungen im Irak zu entgehen, wurden auf einer Straße zwischen Bagdad und der jordanischen Grenze aus der Luft angegriffen. Busse, Taxen und Privatfahrzeuge wurden wiederholt gnadenlos mit Raketen, Streubomben und Maschinengewehren beschossen. Da diese Angriffe in der Regel am helllichten Tag und in der offenen Wüste stattfanden, handelte es sich offensichtlich um Zivilisten, die ihr Gepäck auf den Dächern ihrer Fahrzeuge transportierten. Weder Militärfahrzeuge noch militärische Anlagen befanden sich in unmittelbarer Nähe. Die angreifenden Flugzeuge flogen sehr tief. Busse verbrannten samt Insassen, und wenn die Menschen die Fahrzeuge verließen, um sich in Sicherheit zu bringen, zo-

gen die Flieger im Tiefflug über sie her und feuerten auf sie. Ein jordanischer Taxifahrer schrie einen amerikanischen Reporter an:

»Ihr bringt uns um! Ihr schießt auf uns, sobald wir uns bewegen! Sobald sie ein Auto oder einen Lastwagen sehen, schießen sie vom Himmel herunter und jagen uns. Es ist ihnen egal, wer wir sind oder was wir sind. Sie schießen einfach!«

Sein Aufschrei wurde von hunderten Flüchtlingen wiederholt. Das amerikanische Militär nahm wohl an, das alle Fahrzeuge, auch die, in denen sich Familien befanden, Kraftstoff für militärische Zwecke oder sonstige Kriegsgüter, unter Umständen Scud Raketen, transportierten. Selbst der Transport von Kraftstoff für den Eigenverbrauch verletzte das Embargo.¹⁰⁸

Kurz vor Ende des Krieges, als die hungrigen, verletzten, kranken, erschöpften, ziellosen, demoralisierten Soldaten der irakischen Armee, die selten ihren Kampfeswillen bewiesen hatten, in zerfetzten Kleidern und teilweise barfuß Kuwait verließen und in Richtung Basra im Süden Iraks zogen, versuchte Saddam Hussein noch einen winzigen Rest seiner Ehre zu retten und erklärte, daß seine Armee sich aufgrund »besonderer Gegebenheiten« zurückzog. Doch selbst dies konnte George Bush ihm nicht zugestehen. »Saddam Husseins letzte Rede ist empörend«, lautete die scharfe Kritik des Präsidenten. »Er zieht sich nicht zurück. Seine Armee ergibt sich. Er versucht, seine Niederlage als Sieg zu deklarieren.«

Dies konnte nicht geduldet werden. So kam es, daß die amerikanischen Flieger majestätisch über die Straße nach Basra schwebten und auf alles, das sich in der langen Kolonne von militärischen und zivilen Fahrzeugen, Soldaten und Flüchtlingen bewegte, Bomben und Raketen warf. Die netten, gottesfürchtigen, anständigen, amerikanischen GIs, die bald zu Hause als Helden empfangen werden sollten, waren am Zug. »Wir haben ihn geröstet.« – »Wir haben den Jackpot geknackt.« – »Volltreffer.« – »Heute morgen flogen wir dicht hintereinander her, es war wie auf dem Weg nach Daytona Beach in den Frühjahrsferien, und jetzt sind die Ferien vorbei.«

Während auf dem Flugzeugträger Ranger die Wilhelm Tell Overtüre von Rossini, die mitreißende Erkennungsmelodie der US-amerikanischen Fernsehserie *The Lone Ranger*, aus Lautsprechern schmetterte, startete ein Kampfjet nach dem anderen, jeweils mit einer Ladung Raketen, Panzerabwehrkanonen und Rockeye-Streubomben, die über der Straße nach Basra abgeschossen werden sollte. Am Boden stationierte B-52, beladen mit 400 kg Bomben, schlossen sich an. »In ein paar Tagen wird nichts mehr von ihnen übrig sein.« – »Es ist wie auf Goldfische im Aquarium zu schießen.« – »Sie waren ein leichtes Ziel.« – »Man kann es mit nichts vergleichen. Es übertrifft jede Show, die einem am Nationalfeiertag geboten wird, wenn man sieht, wie diese Panzer einfach in die Luft gehen und Feuer spucken. Sie verglühen einfach. Es ist fantastisch.«

Obwohl die britische Tageszeitung *The Independent* den Krieg unterstützte, verurteilte sie, mit welcher Schadenfreude die Amerikaner die Angriffe ausführten: »Es dreht einem den Magen um« und es werde »einem schlecht, wenn man mit ansieht, wie einer sich zurückziehenden, geschlagenen Armee in den Rücken geschossen wird.«¹⁰⁹

Die Fragen eines Reporters des Radiosenders BBC faßten das Geschehene zusammen

»Welche Bedrohung hätte von diesem erbärmlichen Rest der geschlagenen Armee von Saddam Hussein ausgehen können? War es nicht offensichtlich, daß sich dieser Menschenkonvoi auch ohne den Einsatz eines solch erschreckenden Waffenangebotes freiwillig ergeben hätte?«¹¹⁰

Diese Taktik wurde wohlgermerkt im Kampf gegen einen Feind, der seit fünf Tagen einen Waffenstillstand anerkannte, angewendet.

Allerdings war es den gottesfürchtigen Amerikanern ausdrücklich untersagt, die Menschen am Golf zu beleidigen. Die GIs wurden extra geschult, sie wurden unterrichtet, daß sie Essen und Getränke niemals mit der linken Hand anbieten sollten, da die linke Hand in der arabischen Welt traditionell für die Körperhygiene reserviert ist. Und es wurde ihnen beigebracht, wie sie einem Araber richtig zuwinken, indem sie ihre Hand

und ihre Fingern bewegen, um es nicht aussehen zu lassen, als ob sie einen Hund herbeiwinken.¹¹¹

Es wurde auch von einem amerikanischen Piloten berichtet, der in einem vorangegangenen Luftangriff einen 20 Dollarschein mit einem Zettel an seinen Identifizierungsschein geheftet hatte. Auf dem Zettel stand jeweils in arabischer, persischer, türkischer und englischer Sprache: »Ich bin Amerikaner und spreche ihre Sprache nicht. Ich hege keine bösen Absichten gegen ihr Volk.« Anschließend flog er mit einer Ladung Bomben im Gepäck los und donnerte durch die Lüfte Richtung Irak.¹¹²

Hegten die GIs böse Absichten gegenüber ihren Kameradinnen an der Front? Laut einer Nachkriegsstudie erklärten mehr als 50 Prozent der Frauen, die im Golfkrieg dienten, daß sie verbal sexuell genötigt worden seien und 8 Prozent (fast 3.000) gaben an, Opfer einer versuchten Vergewaltigung gewesen oder vergewaltigt worden zu sein.¹¹³

Direkt nachdem George Bush den Befehl zum Angriff gegeben hatte, war er beim amerikanischen Volk beliebt wie nie zuvor. Auf der Beliebtheitskala erreichte er 82 Prozent, den höchsten Wert, den er in seiner zweijährigen Amtszeit jemals erreicht hatte. Selbst nach dem Einmarsch in Panama erfreute er sich nicht einer solch großen Beliebtheit.¹¹⁴ Ein Journalist erklärte später:

»Wenn jeden Abend eine Minute lang über die wahre Seite dieses ›populären‹ Krieges berichtet worden wäre, hätte die Öffentlichkeit anders reagiert. Wenn in den 6 Uhr-Nachrichten am Montag nur 60 Sekunden lang über die grauenhaften Phosphor-Verbrennungen, die 5000 irakische Soldaten erlitten hatten, berichtet worden wäre und Dienstag Abend ein 60 Sekunden langer Bericht über das Gemetzel im Luftschutzbunker in Bagdad gefolgt wäre. Was wäre passiert, wenn die amerikanische Bevölkerung am Mittwoch Abend gesehen hätte, wie 10.000 irakische Soldaten im Feuer hoch entwickelter amerikanischer Waffen verbrannten?«¹¹⁵

Seitdem der Irak im August in Kuwait einmarschiert war, schien trotz der zahlreichen, widersprüchlichen Erklärungen und hohlen Phrasen, die das Weiße Haus lieferte, eines festzustehen: Wenn der Irak einem Rückzug aus Kuwait zustimme oder im Falle eines Waffenstillstandes, werden die Vereinigten Staaten nicht eingreifen – unabhängig davon, ob andere Sanktionen weiterhin beständen. Somit schien es letztendlich noch einen Hoffnungsschimmer zu geben, als die Sowjetunion am 21.02.1991 und 22.02.1991 den Irak überzeugen konnte, sich am Tag, nachdem der Waffenstillstand aller militärischen Truppen eingetreten war, vollkommen aus Kuwait zurückzuziehen. Die Abmachung unterlag einem genauen Zeitplan, dessen Einhaltung kontrolliert wurde.¹¹⁶

George Bush weigerte sich per se, einen Waffenstillstand anzubieten. Er erwähnte das Wort Waffenstillstand noch nicht einmal. Er verkündete schlichtweg, daß die irakischen Truppen auf ihrem Rückzug nicht angegriffen werden würden – es sollte anders kommen – und daß die Koalitionstruppen sich »zurückhalten werden.« Saddam Hussein hätte dies als Waffenstillstand akzeptieren können, doch er war genauso stolz und dickköpfig wie George Bush.

Wie bereits zuvor legte George Bush in diesen beiden entscheidenden Tagen größten Wert darauf, daß der Irak alle 12 UN-Resolutionen erfüllen müsse. Wenn man beobachtete, wie strikt Bush kontrollierte, ob sämtliche Bedingungen erfüllt wurden, durfte man nicht vergessen, daß die Vereinigten Staaten im Verlauf ihrer Kriege wiederholt die Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen, der Haager Landkriegsordnung, der Genfer Konventionen, der Nürnberger Prozesse, des Protokolls des Internationalen Komitee des Roten Kreuzes und der Verfassung der Vereinigten Staaten – um nur einige angesehene Dokumente zu nennen – verletzen.¹¹⁷

Letztendlich gewährte George Bush Saddam Hussein 24 Stunden, um mit dem Rückzug aus Kuwait zu beginnen. Als das Ultimatum abgelaufen war, folgte der lang erwartete Bodenangriff der Vereinigten Staaten. Die Luftangriffe, einschließlich des Gemetzels auf der Straße nach Basra, sollten bis zum Ende des Monats anhalten.

Vitaly Ignatenko, ein Sprecher des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow, erklärte: »Anscheinend sorgt sich Präsident Gorbatschow mehr um das Leben der amerikanischen Soldaten als George Bush.«¹¹⁸

Eine von einem Untersuchungsausschuß der Vereinten Nationen veröffentlichte Nachkriegsstudie besagt, daß das Ausmaß der durch die alliierten Bomben erfolgten Zerstörung im Irak »nahezu apokalyptisch« sei. Somit sei ein Land, das »im Januar noch eine relativ urbane und automatisierte Gesellschaft hatte« in einen »vorindustriellen Zustand zurückversetzt« worden.¹¹⁹

Man wird niemals genau sagen können, wie viele hunderttausend Iraker an direkten und indirekten Kriegsfolgen starben – die Todeszahl steigt täglich. Da die Vereinigten Staaten sich weigerten, das Embargo gegen den Irak aufzuheben, blieb die Lage der irakischen Bevölkerung problematisch: Unterernährung, Hunger, Mangel an Medikamenten und Impfstoffen, verseuchtes Trinkwasser, Exkrementen, die sich in den Straßen sammelten, Typhus, eine nahezu epidemische Verbreitung der Masern und anderer Krankheiten. 70 Prozent der Lebensmittel wurden in den Irak importiert, Dollarbeträge in Milliardenhöhe waren auf Konten in Übersee eingefroren und der Ölhandel wurde sanktioniert. Der Wiederaufbau war nicht möglich, da essentielle Materialien nicht importiert werden konnten, die Industrien, Transportwege und Kommunikationsnetze brachen zusammen, es herrschte Massenarbeitslosigkeit.¹²⁰ Während die Vereinigten Staaten sich weiterhin weigerten, das lähmende Embargo aufzuheben, da sie die Hoffnung nicht aufgaben, daß das leidende Volk aufbegehren und Saddam Hussein stürzen werde, erklärte die irakische Regierung im September 1994, daß seit Beginn der Sanktionen im Jahre 1990 400.000 Kinder an Unterernährung oder anderen Krankheiten gestorben seien.¹²¹

Als die irakische Regierung nach dem Krieg eine kurdische Revolte niederschlug – zu der die Vereinigten Staaten die kurdische Bevölkerung ermutigt hatten und sie letztendlich im Stich ließen – erklärte Bush: »Ich bin jedes Mal frustriert, wenn unschuldige Menschen abgeschlachtet werden.«¹²²

Es war das zweite Mal, daß die Vereinigten Staaten sich nicht an eine Abmachung hielten und somit die kurdische Bevölkerung opferten. (Vergleiche Kapitel Irak 1972-1975)

Die Vereinigten Staaten hatten auch die schiitischen Muslime im Irak zur Rebellion ermutigt und ließen sie schließlich im Stich. Es lag nicht im Interesse der Vereinigten Staaten, weder eine kurdische Regierung, die nicht gerne von der Türkei gesehen wurde, noch eine schiitische Regierung, die möglicherweise eine Alliierte des Irans werden oder andere muslimische Fundamentalisten im Nahen Osten inspirieren könne, zu unterstützen.

In amerikanischen Nervenheilstätten und Gefängnissen befinden sich viele Menschen, die behaupten, sie haben eine Stimme gehört, die ihnen befohlen hätte, bestimmte Menschen zu ermorden. Menschen, die sie nie zuvor getroffen und ihnen nie irgendeinen Schaden angedroht oder zugefügt hatten.

Amerikanische Soldaten flogen an den Persischen Golf, um genau diese Menschen zu töten, nachdem es ihnen eine Stimme befohlen hatte: Die Stimme von George Herbert Walker Bush.

Anmerkungen zu Kapitel 52

- 1 *Los Angeles Times*, 17.03.1991, S. 8.
- 2 *Washington Post*, 13.01.1990, S. 11; 08.02.1990.
- 3 Ebd., 12.02.1990, 16.06.1990, S. 6.
- 4 *Los Angeles Times*, 11.07.1990, S. 1.
- 5 THE GALLUP POLL: PUBLIC OPINION 1990 (Wilmington, DE, 1991).
- 6 a) **Ramsey Clark**, THE FIRE THIS TIME: U.S. WAR CRIMES IN THE GULF (Thunder's Mouth Press, New York, 1992), S. 12-13. Diese Buch beruht weitgehend auf den Ergebnissen der Commission of Inquiry for the International War Crimes Tribunal, die Aussagen von Überlebenden und Augenzeugen zusammentrug; b) **Ralph Schoenman**, IRAQ AND KUWAIT: A HISTORY SUPPRESSED (Veritas Press, Santa Barbara, CA, 1992), S. 1-11; c) *New York Times*, 15.09.1976, S. 17. Das Eindringen ging ohne Kriegshandlungen vor sich.
- 7 a) »Note from the Iraqi Minister of Foreign Affairs, Mr. Tariq Aziz, to the Secretary-General of the Arab League, 15.07.1990«, Anhang 1 in **Pierre Salinger** und **Eric Laurent**, SECRET DOSSIER: THE HIDDEN AGENDA BEHIND THE GULF WAR (Penguin Books, New York 1991), S. 223-234; b) *New York Times*, 03.09.1990, S. 7; c) *Los Angeles Times*, 02.12.1990, S. M4, ein Artikel von **Henry Schuler**, dem Direktor des Programms für Energiesicherheit des Center for Strategie and International Studies in Washington; d) **John K. Cooley**, PAYBACK: AMERICA'S LONG WAR IN THE MIDDLE EAST (Brassey's, McLean, VA, 1991), S. 183-186.
- 8 **Murray Waas**, »Who Lost Kuwait? How the Bush Administration Bungled Its Way to War in the Gulf«, *Village Voice* (New York), 22.01.1991, S. 35; *New York Times*, 23.09.1990.
- 9 *New York Times*, 23.09.1990.
- 10 Ebd., 25.07.1990, S. 1, 8.
- 11 Ebd., 23.09.1990.
- 12 Ebd., 17.09.1990, S. 23, eine Kolumne von **William Safire**.
- 13 **Waas**, S. 31.
- 14 *New York Times*, 28.07.1990, S. 5.
- 15 *Los Angeles Times*, 21.10.1992, S. 8.
- 16 »Developments in the Middle East«, Hearing before the Subcommittee on Europe and the Middle East of the House Committee on Foreign Affairs, 31.07.1990, S. 14.
- 17 Zum kuweitischen Dokument vgl. *Los Angeles Times*, 01.11.1990, S. 14.
- 18 *Washington Post*, 19.08.1990, S. 29.
- 19 *Los Angeles Times*, 01.11.1990, S. 14.
- 20 **Schoenman**, S. 11-12; *New York Review of Books*, 16.01.1992, S. 51.
- 21 *Christian Science Monitor*, 05.02.1991, S. 1.
- 22 **Michael Emery**, »How Mr. Bush Got His War« in **Greg Ruggiero** und **Stuart Sahulka** (Hrsg.), OPEN FIRE (The New Press, New York, 1993), S. 39, 40, 52, basiert auf Emerys Interview mit König Hussein am 19.02.1991 in Jordanien. (Eine überarbeitete Fassung eines Artikels in der *Village Voice* vom 05.03.1991).
- 23 Ebd., S. 42. »Sie« bezieht sich aus Gründen, die hier keine Rolle spielen, auch auf die Saudis.
- 24 **Milton Viorst**, »A Reporter At Large: After the Liberation«, *The New Yorker*, 30.09.1991, S. 66.

- 25 **Schoenman**, S. 12-13, aus einem Brief des irakischen Außenministers an den Generalsekretär der Vereinten Nationen vom 04.09.1990; Emery, S. 32-33.
- 26 *New York Times*, 05.08.1990, S. 12.
- 27 **Waas**, S. 30, 38.
- 28 *New York Times*, 24.01.1991, S. D22.
- 29 *Washington Post*, 08.03.1991, S. A26.
- 30 a) **James Blackwell**, THUNDER IN THE DESERT: THE STRATEGY AND TACTICS OF THE PERSIAN GULF WAR (Bantam Books, New York, 1991), S. 85-86; b) TRIUMPH WITHOUT VICTORY: THE UNREPORTED HISTORY OF THE PERSIAN GULF WAR (U. S. News & World Report/Times Books, 1992), S. 29-30; c) *AIR FORCE Magazine* (Arlington, Va.), März 1991, S. 82; d) *Newsweek*, 28.01.1991, S. 61.
- 31 *Los Angeles Times*, 05.08.1990, S. 1.
- 32 *Washington Post*, 23.06.1991, S. A16.
- 33 **Blackwell**, S. 86-97.
- 34 *Financial Times* (London), 21.02.1991, S. 3.
- 35 **Waas**, S. 30.
- 36 *New York Times*, 31.05.1991.
- 37 Ebd., 02.08.1990, S. 1; *Washington Post*, 03.08.1990, S. 7. Das Zitat von Bush ist der Zusammenfassung seiner Bemerkungen in der *Washington Post* entnommen.
- 38 *New York Times*, 03.08.1990; *Los Angeles Times*, 03.08.1990, S. 1; *Washington Post*, 03.08.1990, S. 7.
- 39 *Los Angeles Times*, 04.08.1990, S. 20.
- 40 *Washington Post*, 10.08.1990, S. F1.
- 41 *New York Times*, 23.09.1990, Section IV, S. 21.
- 42 *Washington Post*, 25.11.1990, S. C4.
- 43 *Los Angeles Times*, 02.10.1990, S. 18. Vgl. *Washington Post*, 10.10.1990, S. 5 und 18.10.1990, S. 1, zu einigen tatsächlichen Zahlen und Programmen, die belegen, wie der Kongreß davon abwich, sich nicht in neue Kriegsabenteuer verwickeln zu lassen.
- 44 THE GALLUP POLL: PUBLIC OPINION 1989 (Wilmington, Del. 1990); dito 1990, veröffentlicht 1991.
- 45 An vielen Stellen berichtet, vgl. z.B. *Wall Street Journal*, 14.01.1991, S. 14; **Fortune** (New York), 11.02.1991, S. 46; **Clark**, S. 153-156; *Washington Post*, 30.01.1991, S. A30 (zu Währungsfonds und Weltbank); **Daniel Pipes**, »Is Damascus Ready for Peace?«, *Foreign Affairs* (New York), Herbst 1991, S. 41-42 (zu Syrien); *Los Angeles Times*, 18.06.1992, S. 1 (zur Türkei); **Elaine Sciolino**, THE OUTLAW STATE: SADDAM HUSSEIN'S QUEST FOR POWER AND THE GULF CRISIS (Wiley, New York, 1991), S. 237-239 (zu China und Rußland).
- 46 **Sciolino**, S. 237-238. Der genaue Wortlaut von Bakers Äußerungen unterscheidet sich geringfügig in den verschiedenen Quellen, die über diesen Vorfall berichten, ebenso wie die Angabe darüber, ob er dies laut sagte oder nicht. Auch der Betrag der Hilfe, den der Jemen verlor, ist nicht überall gleich wiedergegeben.
- 47 *Los Angeles Times*, 04.05.1991, S. 8.
- 48 *The Guardian* (London), 09.01.1991.
- 49 Zu einer Analyse der Verhandlungsmethoden der Bush-Regierung vgl. **John E. Mack** und **Jeffrey Z. Rubin**, »Is This Any Way to Wage Peace?«, *Los Angeles Times*, 31.01.1991, ein Gastkommentar. Vgl. auch ebd., 01.10.1990, S. 1 und 02.11.1990, S. 18.

- 50 *New York Times*, 09.08.1990, S. 15.
- 51 *Los Angeles Times*, 06.11.1990, S. 4.
- 52 Zum August vgl. **Robert Parry**, »The Peace Feeler That Was«, *The Nation* (New York), 15.04.1991, S. 480-482; *Newsweek*, 10.09.1990, S. 17.
Zum Oktober vgl. *Los Angeles Times*, 20.10.1990, S. 6.
- 53 Zur neuen Grenze vgl. *Wall Street Journal*, 11.12.1990, S. 3.
- 54 *Newsweek*, 10.09.1990, S. 17
- 55 Parry, a.a.O.
- 56 *Washington Post*, 25.11.1990, S. C4.
- 57 *Fortune*, a.a.O.
- 58 Ebd.
- 59 *The Guardian* (London), 12.01.1991, S. 2.
- 60 **Theodore Draper**, »The True History of the Gulf War«, *The New York Review of Books*, 30.01.1992, S. 41.
- 61 Ebd.
- 62 *Wall Street Journal*, 21.11.1990, S. 16.
- 63 *New York Times*, 03.08.1990, S. 9; 12.08.1990, S. 1;
Los Angeles Times, 17.11.1990, S. 14; *Wall Street Journal*, 03.12.1990, S. 3.
- 64 *The Observer* (London), 21.10.1990.
- 65 »Threat Assessment; Military Strategy; and Operational Requirements«,
Testimony before Senate Armed Services Committee, 23.01.1990, S. 60 (Webster),
08.02.1990, S. 586, 594 (Schwarzkopf).
- 66 BASIC PETROLEUM DATA BOOK (American Petroleum Institute, Washington), September
1990, Teil 2, Tab. 1a, Zahlen für 1989: Naher Osten: 572 Milliarden Barrels an Reserve,
»Freie Welt«: 824 Milliarden, UdSSR: 84 Milliarden.
- 67 »Threat Assessment; Military Strategy; and Operational Requirements«, a.a.O., S. 600,
zu den Zahlen für 1989.
- 68 **Noam Chomsky** in der MaeNeil/Lehrer NewsHour am 11.09.1990.
- 69 **Draper**, a.a.O., S. 41.
- 70 **Judith Miller** und **Laurie Mylroie**, SADDAM HUSSEIN AND THE CRISIS IN THE GULF
(Times Books, New York, 1990), S. 192.
- 71 **Bob Woodward**, THE COMMANDERS (Simon & Schuster, New York, 1991), S. 263-273.
- 72 *Los Angeles Times*, 17.10.1990 (zu den Zwischenrufen); 17.11.1990, S. 14;
01.12.1990, S. 5.
- 73 *The Guardian* (London), 12.09.1990, S. 7.
- 74 Vgl. z.B. **Christopher Hitchens**, *Harper's Magazine*, Januar 1991, S. 72;
Dilip Hiro, THE LANGEST WAR: THE IRAN-IRAQ MILITARY CONFLICT (Grafton Books, Lon-
don, 1989), S. 71. Die Politik der USA betraf die Geiseln, die in der US-Botschaft in Te-
heran festgehalten wurden.
- 75 Zu Saudi-Arabien vgl. RELIGIOUS INTOLERANCE: THE ARREST, DETENTION AND TORTURE OF
CHRISTIAN WORSHIPPERS AND SHI'A MUSLIMS (Amnesty International, New York, 14. Sep-
tember 1993).
- 76 **Miller und Mylroie**, S. 220, 225;
Denis MacShane, »Working in Virtual Slavery«, *The Nation* (New York), 18.03.1991.
- 77 **Draper**, a.a.O., S. 38, gibt Einzelheiten.
- 78 Vgl zu einem kleinen Beispiel *Los Angeles Times*, 7.03.1991, 13.03.1991 und
17.03.1991, 12.06.1991 und 10.07.1992 (zu Amnesty International).

- 79 Alle drei Zitate finden sich bei **Arthur Schlesinger**, »White Slaves in the Persian Gulf«, *Wall Street Journal*, 07.01.1991, S. 14.
- 80 *New York Times*, 18.11.1990, S. 1.
- 81 **Sciolino**, S. 139-140.
- 82 *Los Angeles Times*, 07.05.1991, S. 16; 06.09.1991, S. 17; **Clark**, S. 92, zählt acht Staaten auf, mit denen Washington solche Vereinbarungen getroffen hatte.
- 83 »Threat Assessment; Military Strategy; and Operational Requirements«, a.a.O., S. 589-590.
- 84 **Scott Armstrong**, »Eye of the Storm«, *Mother Jones*, November-Dezember 1991, S. 30-35, 75-76.
- 85 *Los Angeles Times*, 01.12.1990, S. 1.
- 86 Ebd., 07.06.1991, S. 1,30.
- 87 *Los Angeles Times*, 12.09.1991, S. 1; *Washington Post*, 13.09.1991, S. 21. Dies ereignete sich am 24.02.1991 und 25.02.1991.
- 88 *Los Angeles Times*, 12.06.1991, S. 1; 26.09.1991, S. 16. Dies ereignete sich am 18.01.1991.
- 89 United Nations General Assembly Resolution: »Establishment of a Nuclear-Weapon-Free Zone in the Region of the Middle East«, 04.12.1990, Artikel Nr. 45/52.
- 90 *New York Times*, 24.01.1991, S. 11; 31.01.1991, S. 12; *Los Angeles Times*, 26.01.1991, S. 6.
- 91 Clark, S. 97-98; Senate Committee on Veterans' Affairs, »Is Military Research Hazardous to Veterans' Health? Lessons from the Persian Gulf«, 06.05.1994, S. 5-6.
- 92 PEACELINK (Hamilton, New Zealand), März 1991, S. 19; *Washington Post*, 08.02.1991, S. 1.
- 93 **Clark**, S. 98-99. *The Independent*, eine Londoner Tageszeitung, konnte sich den UKAEA-Bericht beschaffen und veröffentlichte ihn.
- 94 NEEDLESS DEATHS IN THE GULF WAR: CIVILIAN CASUALTIES DURING THE AIR CAMPAIGN AND VIOLATIONS OF THE LAWS OF WAR (Middle East Watch/Human Rights Watch, New York und London, November 1991), S. 95-111, 248-272.
- 95 *Washington Post*, 13.02.1991, S. 22, zitiert Konteradmiral Mike McConnell, den Chef des Geheimdienstes der Vereinigten Stabschefs.
- 96 *The Guardian* (London), 20.02.1991, S. 1, mit dem Titel: »Bombs Rock Capital as Allies Deliver Terrible Warning«.
- 97 NEEDLESS DEATHS [...], a.a.O., S. 128-147; **Clark**, S. 70-72, zu einer Erklärung der Zahl 1500 und zu einer besonders grauenvollen Beschreibung der Massaker und Greuelthaten.
- 98 »The Gulf War and Its Aftermath«, The 1992 Information Please Almanac (Boston, 1992), S. 974.
- 99 **Laurie Garrett**, »The Dead«, *Columbia Journalism Review* (New York), Mai-Juni 1991, S. 32.
- 100 NEEDLESS DEATHS [...], a.a.O., S. 135.
- 101 *Los Angeles Times*, 18.02.1991, S. 11.
- 102 Zu den Auswirkungen der Zerstörung des Stromnetzes vgl. NEEDLESS DEATHS [...], a.a.O., S. 171-193. Zur Zerstörung der Infrastruktur vgl. auch **Clark**, S. 59-72.
- 103 *Washington Post*, 23.06.1991, S. 16; *Los Angeles Times*, 21.05.1991, S. 1; **Needless Deaths** [...], a.a.O., S. 184-185 (Der HARVARD STUDY TEAM REPORT erläutert die Methodik, die benutzt wurde, um die Zahl 170.000 zu berechnen.)
- 104 Aussage von **Julia Devin**, einem Mitglied des Koordinationsausschusses der internationalen Untersuchungsgruppe (87 Mediziner und Umweltforscher, die den Irak im August

- 1991 besuchten), vor der International Task Force of the House Select Committee on Hunger, 13.11.1991, S. 40.
- 105 *Washington Post*, 23.06.1991, S. 1 and 16.
- 106 NEEDLESS DEATHS [...], a.a.O., S. 177-180.
- 107 *Washington Post*, 23.06.1991, S. 16.
- 108 NEEDLESS DEATHS [...] , a.a.O., S. 201-224; **Clark**, S. 72-74; *Los Angeles Times*, 31.01.1991, S. 9; 03.02.1991, S. 8. Anscheinend fanden diese Angriffe vor allem im späten Januar und frühen Februar des Jahres 1991 statt.
- 109 Zur Straße nach Basra vgl. *Washington Post*, 27.02.1991, S. 1; *Los Angeles Times*, 27.02.1990, S. 1; **Ellen Ray**, »The Killing Deserts«, *Lies Of Our Times* (New York), April 1991, S. 3-4, zitiert den Independent.
- 110 **Stephen Sackur**, ON THE BASRA ROAD (London Review of Books, 1991), S. 25-26, zitiert bei **Draper**, a.a.O., S. 42.
- 111 *Los Angeles Times*, 24.08.1990.
- 112 Ebd., 21.01.1991.
- 113 Ebd., 30.09.1994, S. 26.
- 114 THE GALLUP POLL: PUBLIC OPINION 1991 (Wilmington, Del. 1992).
- 115 **Dennis Bernstein**, zitiert im Newsletter of the National Association of Arab Americans (Greater Los Angeles Chapter), Juli 1991, S. 2. Zu einer hervorragenden Beschreibung der Medien als Handlanger der Regierung während des Krieges vgl. *Extra!* (die Zeitschrift von Fairness and Accuracy in Reporting, FAIR, New York), Mai 1991, ein Sonderheft zum Golfkrieg.
- 116 **Micah L. Sifry** und **Christopher Cerf** (Hrsg.), THE GULF WAR READER: HISTORY, DOCUMENTS, OPINIONS (Times Books, New York, 1991), S. 345, zu den wichtigsten Klauseln der Vereinbarung zwischen den Außenministern der Sowjetunion und des Irak.
- 117 **Clark**, Kap. 8 und 9 und Anhänge sowie passim, erläutert dies im Detail.
- 118 Interview mit Ignatenko auf CBS-TV, gesendet in Los Angeles am Abend des 22.02.1991.
- 119 »The Gulf War and Its Aftermath«, THE 1992 INFORMATION PLEASE ALMANAC (Boston 1992), S. 974.
- 120 **Clark**, S. 75-84.
- 121 *Los Angeles Times*, 07.09.1994, S. 6.
- 122 *International Herald Tribune*, 05.04.1991.

53 Afghanistan 1979 bis 1992

Der amerikanische Dschihad

Seine Anhänger erregten zum ersten Mal Aufsehen, als sie Frauen, die sich weigerten einen Schleier zu tragen, Säure ins Gesicht schütteten. Vertreter der CIA und des Außenministeriums, mit denen ich gesprochen habe, bezeichnen ihn als »furchterregend«, »böseartig«, »einen Faschisten«, und sind der Meinung, daß er »definitiv das Zeug zum Diktator hat.«¹

Das hielt die Vereinigten Staaten jedoch nicht davon ab, diesem Mann großzügig Gelder zur Bekämpfung der von der Sowjetunion unterstützten Regierung Afghanistans zukommen zu lassen. Sein Name lautet Gulbuddin Hekmatyar. Er war der Kopf der Islamischen Partei und haßte die Vereinigten Staaten fast genauso sehr wie die Russen. Seine Anhänger schrieten in einem Atemzug »Tod für Amerika« und »Tod der Sowjetunion«, allerdings wurde er nicht von den Russen unterstützt.²

Die Vereinigten Staaten begannen 1979 damit, **afghanisch-islamische Fundamentalisten zu unterstützen**, obwohl Angehörige dieser Gruppierung im Februar desselben Jahres den amerikanischen Botschafter in Kabul entführt hatten, der schließlich bei einem Befreiungsversuch ums Leben kam. Auch als eine verbündete Gruppe islamischer Fundamentalisten im benachbarten Iran die amerikanische Botschaft in Teheran im November besetzte und 55 amerikanische Geiseln über ein Jahr lang gefangen hielt, stellten die Vereinigten Staaten ihre Zahlungen nicht ein. Hekmatyar und seine Anhänger kämpften gegen das »böse« sowjetische Imperium. Somit war Hekmatyar ein wichtiges Mitglied einer Truppe von Ronald Reagan, die sich »Freiheitskämpfer« nannte.

Am 27.04.1978 wurde die Regierung von Mohammad Daoud durch einen Putsch der People's Democratic Party (Demokratische Volkspartei Afghanistans DVPA) gestürzt. Fünf Jahre zuvor hatte Mohammad Daoud die Monarchie gestürzt und eine Republik gegründet, obwohl er selbst ein Mitglied der königlichen Familie war. Er wurde hierbei von der Linken unterstützt, aber es stellte sich heraus, daß ihm seine Herkunft wichtiger war als seine progressiven Ideen. Als das Regime von Daoud einen Vorsitzenden der DVPA ermorden ließ, die restliche Führungsspitze verhaftete, und hunderte mutmaßliche Parteisympathisanten ihrer Regierungsposten enthob, rebellierte die DVPA mit Hilfe ihrer Verbündeten in der Armee und übernahm die Macht.

Afghanistan war ein Entwicklungsland: Die Lebenserwartung lag bei 40 Jahren und die Rate der Kindersterblichkeit betrug 25 Prozent, die sanitären Einrichtungen waren dürftig, ein Großteil der Bevölkerung war unterernährt und 90 Prozent waren Analphabeten, es gab kaum Fernstraßen und kein Schienennetz, die Bevölkerung bestand überwiegend aus Nomaden oder verarmten Bauern, die in Lehmdörfern lebten und sich mehr mit Volksgruppen als mit umfassenden politischen Konzepten identifizierten – eine Gesellschaft, die sich in den letzten Jahrhunderten kaum geändert hatte.

Die neue Regierung strebte eine sozialistisch ausgerichtete Reform an, die folgende Ziele verfolgen sollte: Eine Landreform (Privatbesitz sollte allerdings erhalten bleiben), Preis- und Gewinnkontrolle, Belebung des öffentlichen Sektors, Trennung von Kirche und Staat, Bekämpfung des Analphabetismus, die Legalisierung der Gewerkschaften und die Emanzipation der Frau, in einem Land, in dem fast ausschließlich Muslime lebten.

Aufgrund der über tausend Kilometer langen Grenze, die zwischen Afghanistan und der Sowjetunion verlief, hatten die beiden Staaten seit jeher eine besondere Beziehung zueinander. Der mächtige Nachbar im Norden hatte als größter Handelspartner, Geldgeber und Waffenlieferant selbst zu Zeiten der Monarchie großen Einfluß auf Afghanistan. Aber Afghanistan wurde niemals von der Sowjetunion annektiert – eine Tatsache, die für das oftmals von der Sowjetunion geäußerte Argument spricht, daß die sowjetische

Vormachtstellung in Osteuropa nur als Puffer zwischen der Sowjetunion und den häufig intervenierenden westlichen Staaten diene.

Nichtsdestotrotz versuchten die Vereinigten Staaten und der Schah von Persien, Afghanistan dazu zu zwingen und zu erpressen, den Einfluß der Sowjetunion in ihrem Land zu drosseln. Zur Zeit der Regierung von Daoud strebte der Iran an, ermutigt durch die Vereinigten Staaten, mit einem wirtschaftlichen Hilfsabkommen in Höhe von 2 Milliarden Dollar die Rolle der Sowjetunion als Afghanistans größten Sponsor einzunehmen und zwang Afghanistan der Regional Cooperation for Development (RCD) beizutreten, einer regionalen Kooperation für Entwicklungsarbeit, der Iran, Pakistan und die Türkei angehörten. Diese Organisation wurde von der Sowjetunion und ihren Anhängern in Afghanistan beschuldigt »der CENTO (Central Treaty Organisation) anzugehören«, einem in den 1950er Jahren geschlossenen Sicherheitspakt unter der amerikanischen Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion. Zeitgleich war Irans berüchtigte Geheimpolizei SAVAK damit beschäftigt, kommunistische Sympathisanten in der afghanischen Regierung und Armee zu enttarnen. Im September 1975 entließ Daoud auf Drängen des Irans, dessen finanzielle Unterstützung an bestimmte Bedingungen geknüpft war, 40 in der Sowjetunion ausgebildete Militäroffiziere. Um die Abhängigkeit Afghanistans von der Sowjetunion hinsichtlich der Ausbildung von Offizieren zu reduzieren, schloß Daoud Ausbildungsabkommen mit Indien und Ägypten. Aus sowjetischer Sicht war es entscheidend, daß Daoud allmählich die Zusammenarbeit mit der DVPA abbrach und verkündete, daß er eine eigene Partei gründen werde und sämtliche anderen politischen Aktivitäten unter der geplanten neuen Verfassung untersagt sein würden.³

Selig Harrison, der Südasien-Experte der *Washington Post*, veröffentlichte 1979 einen Artikel mit der Schlagzeile »Der Schah, und nicht der Kreml, putschte in Afghanistan«, in dem er zu folgendem Schluß kam:

»Die kommunistische Machtübernahme Kabuls [April 1978] fand zu jener Zeit und auf diese Art statt, weil der Schah das seit fast drei Jahrzehnten in Afghanistan bestehende instabile Gleichgewicht zwischen der Sowjetunion und dem Westen störte. Aus iranischer und amerikanischer Sicht diene die iranische Offensive dazu, Afghanistan vom Kurs der Politik der blockfreien Staaten abzubringen. Sie sollte allerdings weit über ihr Ziel hinausschießen. Aufgrund der unglaublich langen Grenze zwischen der Sowjetunion und Afghanistan bestand kein Zweifel, daß die Sowjetunion jegliche Anstrengung in Kauf nehmen würde, um zu verhindern, daß sich Afghanistan erneut einer pro-westlichen Politik zuwandte.«⁴

Als der Schah im Januar 1979 gestürzt wurde, verloren die Vereinigten Staaten ihren wichtigsten Alliierten und Stützpunkt nahe der Sowjetunion als auch ihre militärischen Anlagen und elektronischen Überwachungsstationen, die die Sowjetunion im Visier hatten. Im Kalten Krieg war Afghanistan bei den Vereinigten Staaten schließlich umso begehrt.

Nach der Revolution im April rief die neue Regierung unter Präsident Nur Muhammad Taraki einen weltlichen Staat aus, der sich dem Islam verschrieb und sich außenpolitisch als blockfreier Staat verstand. Dies wies darauf hin, daß der Putsch nicht von ausländischen Kräften gesteuert wurde, daß es keine »kommunistische Machtübernahme war«, und daß es sich nicht um »Kommunisten«, sondern vielmehr um Nationalisten und Revolutionäre handelte. (In Afghanistan hatte es niemals eine offizielle oder traditionell kommunistische Partei gegeben.)⁵ Doch aufgrund der radikalen Reformen, dem Klassenkampf, der antiimperialistischen Haltung, der Unterstützung der üblichen Verdächtigen (Kuba, Nordkorea, etc.), der Unterzeichnung eines Freundschaftsabkommens und weiteren Kooperationsverträgen mit der Sowjetunion, und der erhöhten Präsenz sowjetischer Zivilisten und Militärberater im Land (obgleich es wohl nicht so viele waren, wie die Vereinigten Staaten im Iran hatten) wurde Afghanistan von den Medien weltweit und den Gegnern im eigenen Land als »kommunistisch« abgestempelt.

Ob die afghanische Regierung nun zu Recht kommunistisch genannt wurde oder nicht, und ob es relevant war, wie man sie bezeichnete, spielte keine Rolle. Der Weg war nun geebnet für eine politische, militärische und propagandistische Schlacht: Ein Dschihad (Heiliger Krieg) zwischen muslimischen Fundamentalisten und »gottlosen Kommunis-

ten«; afghanischer Nationalismus gegen eine »sowjetisch gesteuerte« Regierung; Großgrundbesitzer, Stammesführer, Geschäftsleute und die weitverzweigte königliche Familie gegen die Wirtschaftsreformen der Regierung. Zur Elite, auf die das Land dringend angewiesen war, äußerte sich der neue Premierminister folgendermaßen: Es werde »alles Erdenkliche getan, um ihnen einen Anreiz zu bieten. Allerdings wollen wir ihnen auch beibringen, an ihre Mitmenschen zu denken und nicht wie bisher ausschließlich an sich selbst – in einem schönen Haus leben und ein schickes Auto fahren, während andere Menschen verhungern.«⁶

Die afghanische Regierung versuchte, das Land zu modernisieren. Im Mai 1979 berichtete der britische Politologe Fred Halliday, daß »sich seit der Staatsgründung in den ländlichen Regionen innerhalb des letzten Jahres wahrscheinlich mehr verändert hat als insgesamt in den letzten beiden Jahrzehnten.« Den Bauern wurden ihre Schulden gegenüber ihren Verpächtern erlassen, das Wuchersystem (Bauern standen in einem permanenten Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Gläubigern, da sie ihre nächste Ernte gezwungenermaßen für Kredite einsetzen mußten) wurde abgeschafft und auf dem Land wurden hunderte von Schulen und Krankenstationen errichtet. Außerdem geht aus Hallidays Untersuchung hervor, daß eine dringend notwendige Landreform durchgeführt wurde und viele der 200.000 Bauern, die auf der Warteliste standen, bereits ein Stück Land erhalten hatten. Letzteres muß jedoch kritisch betrachtet werden. Eine revolutionäre Reformierung der Landverteilung ist selbst unter besten Voraussetzungen stets ein unglaublich komplexes und gefährliches Projekt, und das rückständige, traditionelle Afghanistan, dem ein Bürgerkrieg drohte, bot kaum die besten Voraussetzungen für soziale Experimente.

Die Reformen schnitten auch das sensible Thema der Unterordnung der Frau im Islam an. Die Vermählung von Kindern und Frauen im Tausch für Geld oder andere Güter wurde untersagt und Frauen durften zur Schule gehen. Und dies zu einer Zeit, als bestimmte islamische Gruppierungen offen die Wiedereinführung der Parda, den Ausschluß der Frau aus der Öffentlichkeit, forderten.

Halliday argumentierte, daß für die DVPA die Sowjetunion der einzig realistische Kooperationspartner für die längst überfällige Modernisierung des Landes war.⁷ Die ethnischen Brüder der ungebildeten, afghanischen Bauern, die in der benachbarten Sowjetunion lebten, waren schließlich oftmals Akademiker oder Fachkräfte.

Auch wenn die rebellischen Mudschaheddin (»heilige Krieger«) befürchteten, daß die »kommunistische« Regierung sie daran hindern würde, ihre Religion uneingeschränkt auszuüben, sollte es dazu nicht kommen. Eineinhalb Jahre nach dem Regierungswechsel berichtete das konservative, britische Magazin *The Economist*, daß in Afghanistan »Religionsfreiheit herrsche.«⁸ Zuvor berichtete die *New York Times*, daß das Argument der Religion »von einigen Afghanen benutzt wird, die in Wirklichkeit nicht mit der von Präsident Taraki geplanten Landreform und anderen Änderungen des Feudalsystems einverstanden sind.«⁹ Tatsächlich waren viele der muslimischen Würdenträger wohlhabende Grundbesitzer.¹⁰ Ein BBC Reporter, der vier Monate lang Rebellen begleitete, berichtete, daß die Rebellen »für die Erhaltung des Feudalsystems kämpfen und es sich zum Ziel gesetzt haben, die linken, antiislamischen Reformen der afghanischen Regierung zu verhindern.«¹¹

Zwei weitere Staaten, die eine kilometerlange Grenze mit Afghanistan teilten und enge Verbündete der Vereinigten Staaten waren, äußerten sich besorgt über die neue Regierung. Der im Westen angrenzende Iran, dem noch der Schah vorstand, war besorgt, daß »die für den Öltransport benötigten Wege zum Persischen Golf bedroht sind.« Das im Süden angrenzende Pakistan erklärte, daß das »feindliche und expansionistische Afghanistan eine Bedrohung« darstelle.¹² Ein ehemals in Afghanistan tätiger US-Botschafter erklärte, daß es zu dem Plan gehöre »allmählich den Iran und die Ölregionen im Nahen Osten einzukreisen.«¹³ Doch hierzu kam es nicht. Die Anhänger der antikommunistischen Bewegung sahen hierin allerdings erst den Beweis dafür, daß die Russen und deren afghanische Marionetten rechtzeitig gestoppt worden waren.

Zwei Monate nach dem Putsch im April 1978 schlossen sich einige konservative, islamische Gruppierungen zusammen und begannen, gegen die Regierung einen Guerillakrieg zu führen.¹⁴ Bis zum Frühjahr des Jahres 1979 wurde an vielen Fronten gekämpft und das amerikanische Außenministerium ermahnte die Sowjetunion, daß sie ihre Berater in Afghanistan davon abhalten solle, in den Konflikt militärisch einzugreifen. Im Sommer gab Hodding Carter, Sprecher des amerikanischen Außenministeriums, eine der denkwürdigsten und unverfrorensten Erklärungen der Vereinigten Staaten:

»Wir erwarten, daß alle Parteien in der Region, und dies gilt auch für die Sowjetunion, den Nichtangriffspakt respektieren.«¹⁵

Diese Erklärung wurde zu einer Zeit abgegeben als die Sowjetunion der CIA vorwarf, Afghanen, die in Pakistan im Exil lebten, zu bewaffnen und die afghanische Regierung Pakistan und den Iran beschuldigte, Guerillakämpfer zu unterstützen und ihnen sogar zu helfen, die Grenze zu überschreiten, um an Kampfhandlungen teilzunehmen. Pakistan hatte sich kurz zuvor selbst dem strikten muslimisch-orthodoxen Glauben, den die afghanische Regierung als »fanatisch« bezeichnete, verschrieben,¹⁶ und der Iran hatte im Januar, nachdem der Schah gestürzt worden war, einen muslimischen Staat ausgerufen. (Im Gegensatz zu den afghanischen Freiheitskämpfern galten die iranisch-islamischen Fundamentalisten in der westlichen Welt in der Regel als Terroristen, ultra-konservativ und anti-demokratisch.)

Eine »beliebte Methode« der afghanischen Freiheitskämpfer war, daß sie »ihre Opfer (oftmals Russen) folterten, wobei sie ihnen zuerst ihre Nasen, Ohren und Genitalien abschnitten und sie dann langsam häuteten.« Somit bereiteten sie ihnen »einen besonders schmerzvollen und langsamen Tod.«¹⁷ Ein kanadischer Tourist und sechs Westdeutsche, unter ihnen zwei Kinder, wurden ebenfalls von den Mudschaheddin ermordet. Ein US-amerikanischer Militärattaché wurde aus seinem Auto gezerrt und zusammengeschlagen. Zu diesen Vorfällen kam es nur, da die Rebellen offensichtlich nicht in der Lage waren, Russen von anderen Europäern zu unterscheiden.¹⁸

Im März 1979 reiste Taraki nach Moskau und drängte die Sowjetunion, Bodentruppen zur Unterstützung der afghanischen Armee zu entsenden, um die Mudschaheddin zu entwaffnen. Militärische Unterstützung wurde ihm versprochen, doch der Entsendung von Bodentruppen wurde nicht zugestimmt. Der sowjetische Premierminister Kossygin erklärte dem afghanischen Staatsoberhaupt:

»Der Einmarsch unserer Truppen in Afghanistan würde weltweit großes Aufsehen erregen und brächte verschiedene äußerst unangenehme Konsequenzen mit sich. Unsere gemeinsamen Feinde warten nur darauf, daß sowjetische Truppen in Afghanistan einmarschieren. Es würde die Entsendung bewaffneter Truppen nach Afghanistan legitimieren.«¹⁹

Im September 1979 erübrigte sich die Angelegenheit für Nur Muhammad Taraki, da er aufgrund eines parteiinternen Konflikts gestürzt und kurz darauf für tot erklärt wurde, danach sein eigener Vizepremierminister, Hafizullah Amin, seinen Posten übernahm. Obwohl Taraki sich bei der Umsetzung seiner Reformen teilweise ungeschickt angestellt hatte und selbst diejenigen, die von seinen Reformen profitierten, ihn kritisierten, stellte es sich heraus, daß er im Vergleich zu Amin eine gemäßigte Politik verfolgt hatte. Amin versuchte einen gesellschaftlichen Wandel zu erzielen und nahm dabei keinerlei Rücksicht auf die Traditionen und die Autonomie der Volksstämme.

Im Kreml erfreute Amin sich keiner großen Beliebtheit. Es reichte schon, daß er am Sturz und der Ermordung des sehr beliebten Taraki beteiligt war. Hinzu kam, daß die Sowjetunion in ihm keinen geeigneten Partner für die unbedingt notwendige Umsetzung ihres Planes, sah. Sie hatte die Absicht, die Entstehung eines antikommunistischen, islamischen Staates in Afghanistan zu vermeiden. Unter Amin gerieten Reformen mehr und mehr in Verruf. Die in Kabul stationierte Einheit des KGB drängte auf Amins Beseitigung und erklärte, daß die Reaktion auf Amins Machtübernahme »heftiger Widerstand« sei und daß »dies die Aktivität und Konsolidierung der Oppositionellen« stärken werde.²⁰ Außerdem waren die Sowjets äußerst mißtrauisch, welche Ideologie Amin vertrat. Hierzu später mehr.

Im Dezember 1979 trat das ein, was im März noch undenkbar gewesen war. Um den 08.12.1979 marschierten die sowjetischen Truppen in Afghanistan ein. Inwiefern der Einmarsch auf die Bitte Amins oder mit seiner Zustimmung erfolgte und ob es sich um ein »Eingreifen« handelte, wurde lange und sehr kontrovers diskutiert. Am 23.12.1979 kommentierte die *Washington Post*:

»[Das amerikanische Außenministerium] beschuldigt die Sowjetunion, nicht in Afghanistan eingegriffen zu haben, da die Truppen offensichtlich angefordert worden waren.«²¹

Auf einem Treffen von Botschaftern der Ostblockstaaten im Oktober 1979 kritisierte Amins Außenminister jedoch offen das Eingreifen der Sowjetunion in Afghanistan. Amin bestand darauf, daß der sowjetische Botschafter in Afghanistan ersetzt werde.²² Am 26.12.1979, als der Großteil der sowjetischen Truppen bereits Afghanistan erreicht hatte, wirkte Amin in einem Interview mit einem arabischen Journalisten allerdings »sehr entspannt«:

»Die Sowjets gewähren meinem Land wirtschaftliche und militärische Unterstützung, nichtsdestotrotz respektieren sie uns als unabhängigen und souveränen Staat. Sie mischen sich nicht in unsere innenpolitischen Angelegenheiten ein.«

Außerdem erwähnte er anerkennend, daß die Sowjetunion sich bereiterklärt habe, ihm ein Vetorecht hinsichtlich der Militärstützpunkte einzuräumen.²³

Am nächsten Tag stürmte eine sowjetische Militäreinheit den Palast des Präsidenten und erschoss Amin.²⁴

Sein Nachfolger wurde Babrak Karmal, der in der Putsch-Regierung von 1978 das Amt des Vizepräsidenten und des Vizepremierminister innehatte. Die Sowjetunion stritt jegliche Beteiligung am Tod Amins ab, auch wenn sie nicht vorgaben, daß sie seinen Tod bedauerten, wie Breschnew klarstellte:

»Amin begünstigte die Angriffe auf die afghanische Regierung. Nach der Machtübernahme begann er, einen Großteil der afghanischen Gesellschaft, der Parteien, des Militärs, Mitglieder der intellektuellen Elite und muslimische Würdenträger – genau jenen Teil der Gesellschaft, jene Gruppen, die die Revolution im April 1978 angeführt hatten – massiv zu unterdrücken. Das afghanische Volk unter der Führung der DVPA mit Babrak Karmal an der Spitze wehrte sich gegen den Tyrannen Amin und beendete seine Herrschaft. In Washington und einigen anderen Hauptstädten trauern sie nun um Amin. Dies beweist, welche Heuchler sie sind. Wo waren diejenigen, die jetzt um Amin trauern, als er die Massen unterdrückte, als er gewaltsam Taraki, den Begründer eines neuen afghanischen Staates, absetzte und ihn ermordete?«²⁵

Nach dem Sturz und nach der Hinrichtung Amins feierten die Menschen ausgelassen auf den Straßen. Es herrschte »Festtagsstimmung.« Ein westlicher Diplomat erklärte:

»Wenn es Karmal gelungen wäre, Amin ohne die Hilfe der Russen zu stürzen, wäre er ein Volksheld geworden.«²⁶

Die sowjetische Regierung und Presse bezeichneten Amin wiederholt als einen »CIA Agenten«, eine Anschuldigung, die nicht nur in den Vereinigten Staaten infrage gestellt wurde.²⁷ Es gibt allerdings Indizien, die diese Theorie unterstützen; sie ist somit nicht vollständig von der Hand zu weisen.

In den späten 1950ern und frühen 1960ern studierte Amin am Teachers College der Columbia University und an der University of Wisconsin.²⁸ Es war die Blütezeit der CIA, in der die CIA regelmäßig versuchte, in den Vereinigten Staaten ausländische Studenten durch Bestechung und mit Hilfe massiver Drohungen zu rekrutieren, um sie später, sobald sie in ihre Heimat zurückkehrten, als Agenten einzusetzen. Zu jener Zeit kollaborierte zumindest ein Präsident der Afghanischen Studentenvereinigung (Afghanistan Students Association ASA), Zia H. Noorzay, der später zum afghanischen Finanzminister ernannt wurde, mit der CIA in den Vereinigten Staaten. Einer der afghanischen Studenten, Abdul Latif Hotaki, den Noorzay und die CIA vergeblich anzuwerben versuchten, erklärte 1967, daß viele derjenigen, die in den Vereinigten Staaten studiert hatten und nun Schlüsselpositionen in der afghanischen Regierung besetzten, »entweder von

der CIA ausgebildet oder indoktriniert worden waren. Einige von ihnen sitzen im Kabinett.«²⁹ Es wurde berichtet, daß Amin 1963 zum Präsidenten der ASA gewählt wurde, doch dies konnte nicht bestätigt werden.³⁰ Es ist jedoch bekannt, daß die ASA Spenden von der Asia Foundation – unter deren Tarnung die CIA jahrelang operierte – erhielt und daß Amin in bestimmten Zeiträumen mit dieser Organisation in Verbindung gestanden hatte.³¹

Als Amin im September 1979 an die Macht kam, traf sich Bruce Amstutz, der amerikanische *Chargé d'affaires* in Kabul, wiederholt mit Amin, um ihm zu versichern, daß er sich, solange die Vereinigten Staaten in Afghanistan stark vertreten seien, nicht um die Sowjetunion – den unglücklich gewählten Alliierten – sorgen brauche. Amstutzs Strategie schien zu funktionieren, da Amin ihm noch im selben Monat vorschlug, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten auszubauen. Nur zwei Tage später in New York äußerte der afghanische Außenminister das gleiche Anliegen inoffiziell gegenüber Vertretern des amerikanischen Außenministeriums. Ende Oktober berichtete die amerikanische Botschaft in Kabul, daß Amin »leider feststellen mußte, daß die Sowjets noch einen im Exil lebenden Anführer haben« (womit er auf den in der Tschechoslowakei lebenden Karmal verwies).³² Unter normalen Umständen könnte man die Gespräche zwischen Amin und den Vereinigten Staaten als Routine oder arglose diplomatische Kontakte bewerten. Die Umstände waren allerdings alles andere als normal – die afghanische Regierung befand sich in einem Bürgerkrieg und die Vereinigten Staaten unterstützten die gegnerische Seite.

Man kann behaupten, Amin habe durch sein rücksichtsloses Handeln genau das erzielt, was von einem amerikanischen Agenten erwartet wurde: Er brachte auf einen Schlag die DVPA und deren Reformen, den Sozialismus als auch den Kommunismus per se und die Sowjetunion in Verruf. Außerdem führte Amin Säuberungsaktionen im Offizierkorps des Militärs durch, was dessen Einsatzstärke entschieden minderte.

Aber warum sollte Amin, wenn er tatsächlich für die Amerikaner arbeitete, mehrfach die Unterstützung sowjetischer Militäreinheiten anfordern? Wahrscheinlich drängte ihn die Spitze der DVPA dazu und er mußte zustimmen, um den Schein zu wahren. Es war nicht das einzige skrupellose Szenario, daß Babrak Karmal vorgeschlagen hatte.³³

Die Regierung unter Carter stürzte sich auf den Vorfall des »Einmarsches« der Sowjetunion, startete bald eine Kampagne, um ihrer Empörung Ausdruck zu verleihen und verhängte sogenannte »Sanktionen« – z.B. wurde die Getreideausfuhr an die Sowjetunion gestoppt und das US-amerikanische Team nahm 1980 nicht an den Olympischen Spielen in Moskau teil.

Die Russen konterten, daß die Vereinigten Staaten nur deshalb so aufgebracht über den Einmarsch der Sowjetunion seien, weil sie versucht haben, Afghanistan für sich zu gewinnen, um den Verlust des Irans auszugleichen.³⁴

Es war nicht verwunderlich, daß die Bevölkerung und die Medien in den Vereinigten Staaten in diesem Konflikt, der offensichtlich der Bekämpfung des Kommunismus diene, dem amerikanischen Präsidenten den Rücken stärkten. Das *Wall Street Journal* forderte eine »militärische« Reaktion, die Errichtung von US-amerikanischen Stützpunkten im Nahen Osten, »die Wiedereinführung der Wehrpflicht«, die Entwicklung neuer Raketen, sprach sich dafür aus, der CIA mehr Spielraum zu lassen und fügte noch hinzu:

»Wir sollten definitiv in Erwägung ziehen, die afghanischen Rebellen verdeckt zu unterstützen.«³⁵

Letzteres, ob es die Zeitung wußte oder nicht, wurde bereits eine ganze Weile praktiziert. Einige Zeit, bevor die Sowjetunion in Afghanistan einmarschiert war, ließ die CIA Propaganda über das afghanische Radio senden und verbündete sich mit im Exil lebenden Guerillaführern, indem sie Medikamente und Kommunikationsgeräte spendete.³⁶ Spätestens im April 1979 trafen sich Abgeordnete des Auswärtigen Dienstes der Vereinigten Staaten mit Anführern der Mudschaheddin, um festzustellen, welche Mittel ihnen zur Verfügung gestellt werden mußten.³⁷ Im Juli 1979 unterzeichnete Präsident Carter

ein »Abkommen« zur verdeckten Unterstützung der Rebellen, das besagte, daß die Vereinigten Staaten die Rebellen mit Geld, Waffen, und Kriegsmaterial versorgten und in ihrem Auftrag an Propagandaveranstaltungen und anderen psychologischen Kampagnen in Afghanistan mitwirkten.³⁸

Das Einschreiten der Vereinigten Staaten, des Iran, Pakistans, Chinas und weiterer Staaten in den afghanischen Bürgerkrieg gab den Russen Anlaß zur Sorge, wer im benachbarten Staat die Macht übernehmen werde. Die Sowjetunion begründete ihr Eingreifen in Afghanistan immer wieder mit dem »aggressiven Vorgehen der imperialistischen Truppen.« **Seit dem Zweiten Weltkrieg griffen sowjetische Bodentruppen zum ersten Mal außerhalb der osteuropäischen Grenzen in einen Konflikt ein.** Die mögliche Errichtung eines antikommunistischen, islamischen Staates, der an die in Asien gelegenen Republiken der Sowjetunion, in denen mehr als 40 Millionen Muslime lebten, grenzte, konnte von der Sowjetunion nicht gleichgültig hingenommen werden. Wie auch die Vereinigten Staaten nicht gelassen zuschauen könnten, wenn Kommunisten in Mexiko an die Macht kämen.

Es wurde bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß zum Verteidigungsbereich der Vereinigten Staaten nicht nur ihre Nachbarstaaten und Europa, sondern die ganze Welt gehörte. Präsident Carter erklärte, daß »die sowjetischen Soldaten in Afghanistan« für die Staaten am Persischen Golf eine Bedrohung darstellen, daß die Region am Persischen Golf als ein Interessengebiet der Vereinigten Staaten anzusehen sei und daß sie alles Notwendige veranlassen werden, um diese zu »verteidigen.« Er bezeichnete das Eingreifen der Sowjetunion als »die größte Friedensbedrohung seit dem Zweiten Weltkrieg.« Um diese Aussage zu treffen, mußte man allerdings einen Großteil der Nachkriegsgeschichte ignorieren. Aber schließlich stand 1980 eine Präsidentschaftswahl an.

Breschnew erklärte hingegen, daß »sich die Vorfälle in Afghanistan keinesfalls auf die nationale Sicherheit oder die Interessen der Vereinigten Staaten und anderer Staaten auswirken werden. Es ist vollkommen abwegig, wenn man versucht, die Situation anders darzustellen.«³⁹

In gleichem Maße mißachtete die Regierung von Carter die sowjetischen Bedenken. Zbigniew Brzezinski, ein Berater des Nationalen Sicherheitsrates der Vereinigten Staaten, erklärte später, daß »es nicht entscheidend war, warum Breschnew in Afghanistan einmarschiert war, sondern die Konsequenzen der militärischen Präsenz der Sowjetunion in unmittelbarer Nähe des Persischen Golfs.«⁴⁰

Der Weg für einen außerordentlich brutalen Krieg, der 12 Jahre dauern sollte, war geebnet. Ein Krieg, der täglich Greuel und Schrecken über den Großteil der afghanischen Bevölkerung, die nie einen Krieg befürwortet hatte, brachte. Für die Sowjetunion stand jedoch fest, daß ihre Grenzen nicht bedroht sein durften. Die afghanische Regierung hielt an dem Ziel eines säkularen, reformierten Afghanistans fest. Die Vereinigten Staaten beabsichtigten, daß sich Afghanistan zum Vietnam der Sowjetunion entwickelte und die Sowjetunion langsam aber sicher ausbluten lassen sollte – genau wie es die Vereinigten Staaten erlebt hatten. Zu jener Zeit konnte es den amerikanischen Politikern nicht entgangen sein – auch wenn sie nicht wagten, sich öffentlich oder explizit dazu zu äußern – daß die Unterstützung der Mudschaheddin (von denen viele ein Bild von Ajatollah Khomeini bei sich trugen) dazu führen könnte, daß in Afghanistan ein islamisch-fundamentalistischer Staat mit dem gleichen repressiven System wie im benachbarten Iran – in den 1980er Jahren der Staatsfeind Nummer 1 der Vereinigten Staaten – entstehe. Auch das Wort »Terrorist« wurde nie von den Vertretern der US-amerikanischen Regierung im Zusammenhang mit ihren neuen Verbündeten erwähnt, auch wenn diese Passagiermaschinen abschossen und Bomben in Flughäfen legten. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher, die wie keine andere »Terroristen« verurteilte, empfing 1986 Abdul Haq, den afghanischen Rebellenführer, der zugab, daß er 1984 angeordnet habe, am Flughafen in Kabul eine Bombe zu legen, bei deren Explosion mindestens 28 Menschen ums Leben kamen.⁴¹ So war es also um die Moral der antikommunistischen Vertreter im Kalten Krieg am Ende des 20. Jahrhundert bestellt. Genau wie

Anastasio Somoza »unser Bastard« gewesen war, waren nun die Mudschaheddin »unser fanatischen Terroristen.«

Zu Beginn hatte man Bedenken, ob diese Politik moralisch vertretbar sei. »Es stellt sich die Frage«, erklärte ein hochrangiger Vertreter der Regierung von Carter, »ob es moralisch vertretbar war, daß wir das Leben anderer aufs Spiel setzen, um die Sowjets in Schach zu halten, was wir beabsichtigten, um somit unsere geopolitischen Interessen zu wahren.«⁴²

Doch solche Bedenken mußten schnell aus dem Weg geräumt werden. Im Kalten Krieg war Afghanistan eine große Chance: Die CIA und das Pentagon blickten schließlich auf eine kampfbereite, verbündete Armee, die den Truppen der »bösen« Sowjetunion direkt gegenüberstand. Für dieses Super Nintendo Spiel war kein Preis zu hoch. Weder das Leben von hunderttausenden Afghanen, die Zerstörung der afghanischen Gesellschaft noch drei Milliarden [sic!] Dollar amerikanischer Steuergelder, die in ein Faß ohne Boden geschüttet wurden und an denen sich einige wenige Afghanen und Pakistaner bereicherten. Selbst der amerikanische Kongreß befürwortete – und sogar ohne moralische Bedenken, wie es noch der Fall gewesen war, als die Vereinigten Staaten nicaraguansische Rebellen bewaffneten – und unterstützte diese Politik, indem er Jahr für Jahr höhere Summen für dieses Projekt bereitstellte. Der Kongreßabgeordnete Charles Wilson aus Texas äußerte eine unter amerikanischen Repräsentanten nicht ungewöhnliche Sichtweise:

»Vietnam forderte 58.000 Menschenleben und wir schulden den Russen eins. Vietnam ist der Grund, warum ich von der ganzen Angelegenheit ein wenig besessen bin. Ich dachte die Sowjets sollten es auch einmal selbst erfahren. Ich bin der Meinung, daß diese Gelder mehr dazu beitragen, unsere Feinde zu bekämpfen, als andere Ausgaben des Verteidigungsministeriums.«⁴³

Die CIA wurde der große Koordinator. Sie kaufte Waffen, die dem sowjetischen Standard entsprachen oder veranlaßte Ägypten, China, Polen oder Israel und andere Staaten, solche zu produzieren oder lieferte ihre eigenen; organisierte von Amerikanern, Ägyptern, Chinesen oder Iranern geleitete Militärtrainings; trieb in den Ländern im Nahen Osten Spenden ein, vorzugsweise in Saudi Arabien, das jährlich hunderte Millionen Dollar spendete, insgesamt wahrscheinlich mehr als eine Milliarde; drängte oder bestach die pakistanische Regierung – auch wenn es um die amerikanisch-pakistanischen Beziehungen zu jener Zeit nicht sonderlich gut bestellt war –, Pakistan den Vereinigten Staaten für militärische Zwecke und als Schutzzone zur Verfügung zu stellen und setzte den Brigadegeneral Mian Mohammad Afzal, Oberbefehlshaber des pakistanischen Militärs, auf die Gehaltsliste der CIA, um die Kooperation Pakistans zu sichern.⁴⁴ Die Vereinigten Staaten boten Pakistan an, die momentan ausgesetzten Zahlungen militärischer und wirtschaftlicher Unterstützung wieder aufzunehmen, wenn Pakistan sich an dem großen Kreuzzug beteilige. Nur einen Monat vor dem Einmarsch der Sowjetunion, hatten anti-amerikanische Banden die amerikanische Botschaft in Islamabad und amerikanische Kulturzentren in zwei anderen pakistanischen Städten angezündet und geplündert.⁴⁵

Der amerikanische Botschafter in Libyen berichtete, daß auch Moamar Gaddhafi die Rebellen mit einer Summe von 250.000 US-Dollar unterstützte. Es ist jedoch davon auszugehen, daß dies nicht auf Bitten der CIA geschah.⁴⁶

Die Vereinigten Staaten überließen es Pakistan, welche der vielen afghanischen Guerillagruppen von ihrer großzügigen Spende profitieren sollte. Der Kommentar eines Beobachters lautete:

»Aufgrund des momentanen Wissensstandes werden die Vereinigten Staaten nicht denselben Fehler wie in Vietnam machen – einen Krieg in einem Land zu führen, von deren Kultur sie keine Ahnung haben.«⁴⁷

Nicht jeder in Pakistan war käuflich. Die *Muslim*, eine unabhängige Tageszeitung in Islamabad, warf den Vereinigten Staaten nicht nur einmal vor, daß sie bereit seien »auch den letzten Afghanen zu opfern.« – »Wir fühlen uns nicht geschmeichelt, wenn die Vereinigten Staaten uns als Staat an vorderster Front bezeichnen.« – »Den Vereinigten

Staaten scheint nichts daran zu liegen, dem Krieg, von dem sie profitieren, ohne das Leben amerikanischer Soldaten aufs Spiel zu setzen, ein schnelles Ende zu bereiten.«⁴⁸

Es gibt keine genauen Informationen, ob im Krieg Amerikaner umgekommen sind. Ende der 1980er Jahre berichtete die afghanische Regierung von einigen Fällen, in denen Amerikaner im Kampf gefallen seien.⁴⁹ 1985 berichtete eine Londoner Zeitung, daß mehrere Dutzend schwarze, amerikanische Muslime sich in Afghanistan aufhielten und an der Seite der Mudschaheddin einen Dschihad – den heiligen Krieg, in den Fundamentalisten zufolge jeder gläubige Muslim einmal in seinem Leben ziehen muß – kämpften.⁵⁰ Einige der schwarzen Muslime kehrten verwundet in die Vereinigten Staaten zurück.

»Aggressives Vorgehen der Sowjetunion.« – »Sowjetunion marschiert ein.« – »Sowjetunion schluckt weiteren unschuldigen Staat und strebt weiterhin die Weltherrschaft oder zumindest die Herrschaft über den Nahen Osten an.« So faßten Vertreter der amerikanischen Regierung und die Mehrheit der Medien den Krieg zusammen. Es entsprach dem Wissen, das der Durchschnittsamerikaner über den Krieg hatte, obwohl Afghanistan 60 Jahre lang unabhängig und friedlich neben der Sowjetunion existiert hatte. Obwohl Zbigniew Brzezinski ein überzeugter Antikommunist war, weist er in seinen Memoiren mehrfach auf die »Neutralität« Afghanistans hin.⁵¹ Selbst im Zweiten Weltkrieg war Afghanistan neutral geblieben.

Man mußte die Meldungen, die im Zusammenhang mit dem Einmarsch der Sowjetunion an die amerikanische Öffentlichkeit gingen, schon sehr lange und intensiv studieren, um auch nur einen Hinweis zu finden, daß tiefgreifende gesellschaftliche Reformen der wesentliche Grund für den Bürgerkrieg waren. Eine Diskussion wurde hierzu praktisch nicht geführt. Vor dem Einmarsch der Sowjetunion gab es allerdings Hinweise auf die tatsächlichen Gründe für den Bürgerkrieg, wie der Auszug eines Artikels aus der *New York Times* zeigt:

Die Autorität der Dorfvorstehenden wurde durch Landreformen untergraben. Portraits von Lenin beängstigten die religiösen Anführer. Letztendlich war es jedoch der Beschluß der afghanischen Regierung, der Frauen neue Rechte zugestand, der die orthodox-muslimischen Männer in den paschtunischen Dörfern im Osten von Afghanistan dazu brachte, ihre Waffen zu erheben. »Die Regierung hat beschlossen, daß unsere Frauen an Versammlungen teilhaben und unsere Kinder zur Schule gehen sollen. Das verstößt gegen unsere Religion. Wir mußten kämpfen.« – »Die Regierung erließ verschiedene Verordnungen aufgrund der Frauen, die ohne die Einwilligung ihrer Eltern, frei entscheiden konnten, wen sie heirateten.«⁵²

In den 1980ern verfolgte das Regime von Karmal und später Najibullah, trotz des andauernden Krieges, ein Programm zur Modernisierung: Dörfer wurden an die Stromversorgung angeschlossen, Krankenhäuser wurden errichtet, eine Landreform wurde durchgeführt, der Analphabetismus wurde bekämpft; zahlreiche Gefangene, die unter Amin unschuldig inhaftiert worden waren, wurden entlassen; Mullahs und andere Parteilose wurden in die Regierung aufgenommen; es wurde versucht, radikale Änderungen zu vermeiden und alle Maßnahmen feinfühlig durchzuführen, um zu verhindern, daß traditionelle Strukturen rücksichtslos überworfene wurden. Die Regierung bekannte sich immer wieder ausdrücklich zum Islam. Moscheen wurden wieder aufgebaut oder neu errichtet. Land, das religiösen Würdenträgern und ihren Institutionen unterstand, wurde von Landreformen ausgeschlossen. Kurzum, es wurde versucht, den Fehler zu vermeiden, dem Volk die Reformen rücksichtslos aufzuzwingen, wie es unter der Regierung von Amin geschehen war. Selig Harrison schrieb 1988:⁵³

»Die afghanischen Kommunisten verstehen sich als Nationalisten und Reformer. Sie kooperieren mit den Russen, weil sie ihre Präsenz als die einzige Möglichkeit sehen, ihre Revolution erfolgreich umzusetzen. Das Versprechen, rasch Modernisierungsmaßnahmen zu ergreifen, bringt den Kommunisten – wenn auch widerwillig – die Stimmen vieler aus der fortschrittlich orientierten Mittelschicht ein, die zwischen die Fronten der Russen und der fanatischen Muslime, die sich gegen gesellschaftliche Reformen aussprechen, geraten ist.«⁵⁴

Das Programm der afghanischen Regierung spornte viele Freiwillige an, im Namen der Regierung die Waffen zu erheben. Es war allerdings ein ausgesprochen mühsames Unterfangen, da es für die Reformgegner im Land und ihre ausländischen Unterstützer relativ leicht war, eine große Anzahl von einfachen Bauern davon zu überzeugen, daß die Regierung keine guten Absichten hege. Sie erklärten, daß sich die gegenwärtige Regierung kaum von der des verhaßten, dogmatischen Vorgängers unterscheide, insbesondere seitdem die Regierung mit Stolz betonte, daß sie die April-Revolution von 1978 fortführe.⁵⁵ Ein Detail, das sowohl den Bauern als auch den Reformgegnern mit Sicherheit vorzuenthalten wurde, ist, daß die Vereinigten Staaten Kontakte zu Hafizullah Amin, dem verhaßten ehemaligen Präsidenten, pflegten.

Die ständige Präsenz der sowjetischen Armee behinderte selbstverständlich den Versuch der afghanischen Regierung, die Herzen und das Vertrauen ihres Volkes zu gewinnen. Auch wenn man nicht vergessen darf, daß sich die islamische Opposition gegen die linke Regierung bereits lange vor dem Einmarsch der sowjetischen Truppen gebildet hatte. Hekmatyar, der weitaus Radikalste unter den Anführern der Mudschaheddin, hatte 1975 sogar einen Aufstand gegen die damalige nicht linke Regierung angeführt und verkündet, daß ein »gottloses, von Kommunisten geführtes Regime« in Kabul regiere.⁵⁶

Solange die sowjetischen Truppen nicht abgezogen wurden, konnte der Konflikt in Afghanistan der amerikanischen Öffentlichkeit als ein Konflikt zwischen russischen Eindringlingen und afghanischen Widerstands- bzw. Freiheitskämpfern verkauft werden, als ob die afghanische Armee und Regierung gar nicht existierten oder zumindest keine Bürger, die Reformen befürworteten und nicht unter einer islamisch-fundamentalistischen Regierung leben wollten – wahrscheinlich die Mehrheit der Bevölkerung. Mohammed Hakim, Bürgermeister von Kabul und General in der afghanischen Armee, der in den 1970er Jahren auf Militärstützpunkten in den Vereinigten Staaten ausgebildet wurde und die Vereinigten Staaten als »den perfekten Staat« ansah, erklärte:

»Es ist möglich, daß die afghanische Bevölkerung uns nicht ausstehen kann, aber wir sind ihr immer noch lieber als die Extremisten. Das ist es, was der Westen nicht verstehen kann. Wir hoffen nur, daß Herr Bush und das amerikanische Volk genau hinschaut, wer wir sind. Sie glauben, wir sind fanatische Kommunisten und keine menschlichen Wesen. Wir sind nicht fanatisch. Wir sind noch nicht mal Kommunisten.«⁵⁷

In den amerikanischen Medien wurde über sie berichtet. Sämtliche Vertreter der afghanischen Regierung oder die komplette Regierung wurde in der Regel ohne weitere Erklärungen oder Definitionen mutmaßlich als »kommunistisch«, »marxistisch«, »prokommunistisch« oder »pro-marxistisch« bezeichnet. Najibullah, der 1986 nach Karmals Rücktritt die Regierung übernahm, wurde 1987 unter einer neuen islamischen Verfassung, in die keinerlei sozialistische Ansätze aufgenommen wurden und die sich in zahlreichen Punkten an den Islam und den heiligen Koran anlehnte, in seinem Amt bestätigt. »Wir sind kein sozialistisches revolutionäres Land«, sagte er in seiner Amtseinführungsrede. »Wir haben nicht die Absicht eine kommunistische Gesellschaft zu gründen.«⁵⁸

Waren die Vereinigten Staaten in der Lage, sich nicht ausschließlich auf den Kalten Krieg zu konzentrieren, sondern auch die Bedürfnisse der afghanischen Bevölkerung zu berücksichtigen? In einem im August 1979, drei Monate vor dem Einmarsch der Sowjetunion, verfaßten Bericht des amerikanischen Außenministeriums steht:

»Der Niedergang des Regimes von Taraki und Amin dient trotz aller möglichen hieraus resultierenden Rückschläge für kommende gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen in Afghanistan den Interessen der Vereinigten Staaten. Der Sturz der demokratischen Republik Afghanistans zeigte dem Rest der Welt und vor allem der Dritten Welt, daß die Sowjets nicht Recht behalten haben mit der Annahme, daß der sozialistische Staat unvermeidlich sei.«⁵⁹

Die Sowjetunion behauptete wiederholt in den 1980ern und auch schon zuvor, daß der Konflikt nicht gelöst werde, solange die Vereinigten Staaten und andere Staaten die Mudschaheddin unterstützten. Die Vereinigten Staaten bestanden jedoch darauf, daß die Sowjets zuerst ihre Truppen aus Afghanistan zurückziehen müssen.

Letztendlich wurde am 14.04.1988 in Genf ein Abkommen – dem jahrelange von den Vereinten Nationen geführte Verhandlungen vorausgingen – unterzeichnet. Die Sowjetunion verpflichtete sich, am 15.05.1989 mit dem Abzug ihrer geschätzten 115.000 Soldaten zu beginnen und ihn bis zum 15.02.1990 des folgenden Jahres abzuschließen. Der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow erklärte, daß Afghanistan eine »nicht zu stillende Wunde« sei.

Im Februar, nachdem die letzten Truppen abgezogen worden waren, drängte Gorbatschow die Vereinigten Staaten, ein Embargo auf Waffenlieferungen nach Afghanistan und einen Waffenstillstand zwischen den gegnerischen Parteien zu unterstützen. Beide Vorschläge wurden von der neu gewählten Regierung von Bush abgelehnt. Sie argumentierte, daß der afghanischen Regierung große Bestände an militärischem Material überlassen worden waren. Es ist unklar, warum die Vereinigten Staaten glaubten, daß die Rebellen, denen es trotz der massiven Präsenz und des Waffenaufgebotes der sowjetischen Truppen gelungen war, einen Waffenstillstand zu erkämpfen, nun nach dem Abzug der Russen erheblich benachteiligt sein sollten. Vielleicht erklärt dies die Stellungnahme des amerikanischen Außenministeriums, die eine Woche zuvor abgegeben worden war. Laut dieser glaubten die Vereinigten Staaten, daß die afghanische Regierung selbständig nicht länger als sechs Monate bestehen werde.⁶⁰

Da die Vereinigten Staaten die Frage, ob beide Parteien in Afghanistan über gleich viele Waffen verfügten, aufwarfen – sei es aus ernsthaftem Interesse oder nicht, – bestätigten sie, daß das Wettrüsten – ein Mikrokosmos des Kalten Krieges – in Afghanistan weiterhin stattfand. Zur gleichen Zeit forderte die Regierung von Bush die Sowjetunion auf, ein »unabhängiges Afghanistan« zu unterstützen, auch wenn dies genau das war, was die Vereinigten Staaten jahrzehntelang versucht hatten zu vereiteln.

Zwei Tage später kritisierte Präsident Najibullah, daß die Vereinigten Staaten Gorbatschows Angebot, die sowjetischen Waffen einzuziehen, wenn die Rebellen sich einverstanden erklärten, ihre Waffen niederzulegen und zu verhandeln, zurückgewiesen habe. Weder die Vereinigten Staaten noch die Rebellen, die zuvor solche Angebote abgelehnt hatten, nahmen öffentlich Stellung zu diesem Angebot.

Die Vereinigten Staaten planten anscheinend bereits Maßnahmen für die Zeit nach einem Waffenstillstand oder den Verhandlungen. Am Tag, als Najibullah sein Angebot verkündete, erklärten die Vereinigten Staaten, daß sie 500.000 in den Vereinigten Staaten gedruckte Lehrbücher für die 1. bis 4. Klasse nach Afghanistan gesendet haben. Die Bücher, die »von Kritikern als nahezu propagandistisch eingeschätzt wurden«, beschrieben den Kampf der Rebellen gegen die Sowjetunion und enthielten Zeichnungen, auf denen Guerillakämpfer abgebildet waren, die sowjetische Soldaten ermordeten.⁶¹ Seit Kriegsbeginn sparten sich die Mudschaheddin ihre grausamsten Foltermethoden für die Russen auf. Den Vereinigten Staaten lagen bestätigte Berichte vor, daß die Rebellen 50 bis 200 sowjetische Gefangene gefoltert und unter Drogen gesetzt hatten, sie wie Tiere in Käfigen gefangen hielten, und »sie bei lebendigen Leib unsäglich quälten.«⁶² Der Bericht eines Reporters der konservativen *Far Eastern Economic Review* lautete:

»Eine [sowjetische] Gruppe wurde ermordet, gehäutet, und in einer Metzgerei aufgehängt. Ein Gefangener fand sich als Spielball in einer Partie *buzkashi*, einer brutaleren, afghanischen Version des Polo-Spiels, in der eine kopflose Ziege in der Regel der Ball ist, wieder. Der noch lebende Gefangene übernahm den Part der Ziege. Er wurde wortwörtlich in Stücke gerissen.«⁶³

Währenddessen gab es in Kabul, zum großen Erstaunen der Vereinigten Staaten und aller anderen, keine Anzeichen, die auf ein Scheitern der Regierung hinwiesen. Der »Gewinnkoeffizient« hatte sich allerdings seit dem Abzug der sowjetischen Truppen (obgleich einige militärische Berater vor Ort blieben) für die Vereinigten Staaten positiv entwickelt.⁶⁴ Die Vereinigten Staaten hatten keine Opfer zu beklagen und der Krieg brachte kein Leid über das amerikanische Volk. In Kabul zündeten die Rebellen regelmäßig Autobomben und beschossen Wohngebiete mit Raketen, zerstörten von der Regierung errichtete Schulen und Krankenhäuser und ermordeten Lehrer. Sie gingen nach demselben Muster der von den Vereinigten Staaten unterstützten nicaraguani-

schen Contras am anderen Ende der Welt vor: ihre Anschläge richteten sich auf alles, was von der Regierung wohlwollend gefördert oder ins Leben gerufen wurde.

Die sowjetischen Truppen und deren afghanische Verbündeten hatten ebenfalls einen Großteil der Zerstörung, eine große Zahl Todesopfer als auch die Bombardierungen vieler Dörfer zu verantworten. Einzelne Berichte über Greuelthaten müssen allerdings mit Vorsicht genossen werden, da die CIA dazu neigte – wie bereits mehrfach erwähnt – und auch über die erforderlichen Netzwerke verfügte, Falschmeldungen, oftmals haarsträubende Geschichten zu verbreiten, die die Kommunisten in ein schlechtes Licht rückten. Da die Sowjetunion der direkte Gegner war, rauchten die Köpfe im Hauptquartier der CIA in Langley wohl rund um die Uhr.

Amnesty International, das bekannt ist für seine sorgfältige Auswertung von Informationen, berichtete Mitte der 1980er Jahre, daß die Behörden in Kabul häufig Menschen folterten und willkürlich festnahmen.⁶⁵ Doch was soll man vorurteilsfrei von einem Bericht des Kolumnisten Jack Anderson, der Verbindungen zu der amerikanisch-afghanischen Lobby hatte, halten, in dem beschrieben wird, daß sowjetische Truppen häufig in feindliche afghanische Dörfer einmarschierten und »jeden Mann, jede Frau und jedes Kind ermordeten«?⁶⁶ Oder vom Artikel der *New York Times*, in dem ein Afghane berichtet, daß afghanische Soldaten absichtlich fünf Kinder mit Metallstücken geblendet und sie anschließend erwürgt haben und ein Vertreter der Regierung dies amüsiert beobachtet habe. Zur Verteidigung der Zeitung muß man sagen, daß sie hinzufügten. »Dieser Bericht wurde nicht bestätigt. Es ist möglich, daß dieser Mann die Geschichte erfunden hat, um der afghanischen Regierung zu schaden. Man konnte ihm allerdings ansehen, daß er Schreckliches gesehen hatte.«⁶⁷ Oder der Behauptung eines amerikanischen Kongreßabgeordneten im Jahr 1985, daß die Sowjets mit Sprengstoff präparierte Spielzeuge einsetzten, um afghanische Kinder zu verstümmeln.⁶⁸ Dieselbe Geschichte wurde bereits zuvor über Anhänger der Linken auf einem anderen Kontinent verbreitet und 1987 erneut von dem Nachrichtensender CBS News mit Bildmaterial gesendet. Die *New York Times* berichtete später von einem BBC-Produzenten, der behauptete, daß das »Bombenspielzeug« für den CBS-Kameramann entwickelt worden war.⁶⁹

Außerdem gab es noch den Afghan Mercy Fund – angeblich eine Hilfsagentur, die sich jedoch auf Propaganda konzentrierte – der zufolge Sowjets einen Säugling lebendig verbrannten und Minen mit Süßigkeiten oder Schmetterlingen dekorierten, um Kinder anzulocken. Später stellte sich heraus, daß die Schmetterlingsminen Kopien einer von den Amerikanern entworfenen Mine waren, die im Vietnamkrieg eingesetzt worden war.⁷⁰

Obwohl sie wußten, daß die Geschichte nicht wahr war, berichteten Pakistan und die Vereinigten Staaten im Mai 1987 von einem pakistanischen Kampfflugzeug, das über Afghanistan von einer sowjetischen Rakete abgeschossen worden war. Es stellte sich heraus, daß das Flugzeug aus Versehen von einem pakistanischen Begleitflugzeug abgeschossen worden war.⁷¹

Zu Beginn und Mitte der 1980er verkündete die Regierung Reagan, daß die Russen giftige Chemikalien über Laos, Kambodscha und Afghanistan abließen. Der sogenannte »gelbe Regen«, der allein im Jahr 1982 mehr als zehntausend Todesopfer forderte. Erstaunlich genauen Quellen zufolge starben aufgrund des »gelben Regens« zwischen dem Sommer 1979 und dem Sommer 1981 3042 Menschen bei 47 Vorfällen in Afghanistan. Solche Meldungen verbreitete in erster Linie der amerikanische Außenminister Alexander Haig, und Präsident Reagan machte die Sowjetunion mehr als fünfzehn Mal in Dokumenten und Ansprachen für diese Vorfälle verantwortlich.⁷² Es stellte sich heraus, daß der gelbe Regen durch den in Blütenstaub enthaltenen Kot riesiger, sehr hoch fliegender Bienenschwärme erzeugt wurde. Im Jahr 1987 stellte sich heraus, daß die Regierung von Reagan ihre Anschuldigungen ausgesprochen hatte, obwohl die von der Regierung beauftragten Wissenschaftler nur dünnes Beweismaterial und widersprüchliche Informationen in ihren Händen hielten.⁷³ Doch es kam noch besser. Maßgebliche wissenschaftliche Untersuchungen, die sich später mit den Anschuldigungen der Vereinigten Staaten befaßten, besagten, daß nur Laos, Kambodscha und Thailand betroffen gewesen seien und erwähnten Afghanistan überhaupt nicht. Es hörte sich an, als ob die

amerikanische Regierung – die sich, was Indochina betraf, zunächst tatsächlich getäuscht hatte – Afghanistan der Liste hinzugefügt hatte, obwohl sie wußte, daß es sich um eine Fehlinformation handelte.

Die systematische Verbreitung solcher Falschmeldungen wird häufig verwandt, um ein nationales politisches Ziel zu erreichen. Ein gutes Beispiel hierfür ist Senator Robert Dole, der 1980 dem Kongreß berichtete, daß er »Beweismaterial« habe, »daß die Sowjets eine Chemiewaffe entwickelt haben, die unsere schlimmsten Befürchtungen übertrifft [...] [ein Gas] vor dem unsere Gasmasken nicht gefeit sind und das unsere Truppen außer Gefecht setzt.« Er fügte noch hinzu: »Es ist unbegreiflich, wie die Regierung von Carter in einer solch kritischen Situation auch nur daran denken kann, den Verteidigungsetat unseres Landes nicht aufzustocken.«⁷⁴ Und als die Regierung Reagan im März 1982 den Tod der 3042 Afghanen beklagte, schrieb die *New York Times*:

»Präsident Reagan hat entschieden, daß die Vereinigten Staaten die Produktion chemischer Waffen wieder aufnehmen und fordere, den Verteidigungsetat deutlich heraufzusetzen, um diese Waffen zu finanzieren.«⁷⁵

Der Kongreß bewilligte Gelder nicht nur für Kampagnen, die weltweit US-Propaganda betrieben, sondern auch für militärische Zwecke – 500.000 US-Dollar wurden auf einmal ausgezahlt, um afghanischen Journalisten beizubringen, wie sie das Fernsehen, Radio und Zeitungen effektiv für ihre Sache nutzen.⁷⁶

Im Juni 1980 – wohlgermerkt bevor Anschuldigungen hinsichtlich des »gelben Regens« gegen die Sowjetunion erhoben worden waren – beschuldigte die afghanische Regierung die Rebellen und deren ausländische Unterstützer, Giftgase eingesetzt zu haben. Sie bezog sich auf einen Vorfall, bei dem 500 unschuldige Schüler und Lehrer in verschiedenen weiterführenden Schulen mit gesundheitsschädlichen Gasen vergiftet worden waren. Berichten zufolge war hierbei niemand ums Leben gekommen.⁷⁷

Ein Grund, warum die Mudschaheddin den Sieg noch nicht errungen hatten, bestand darin, daß sie keine homogene Gruppe bildeten, sondern einem der vielen unterschiedlichen Stämme, die wiederum seit Jahrhunderten verschiedene Traditionen pflegten, angehörten. Die relativ neue Gruppierung der islamischen Fundamentalisten stand dem traditionellen, aber äußerst orthodoxen Islam gegenüber. Dies führte häufig zu gewalttätigen Konflikten. 1989 wurden sieben wichtige Anführer der Mudschaheddin und mehr als 20 weitere Rebellen von rivalisierenden Rebellen ermordet. Es war nicht das erste Mal und es sollte nicht das letzte Mal bleiben.⁷⁸ Im April 1990, 14 Monate nach dem Abzug der sowjetischen Truppen, berichtete die *Los Angeles Times* über die Rebellen:

»Innerhalb der letzten Wochen haben sie mehr Menschen aus ihren eigenen Reihen als Feinde ermordet. Rivalisierende Rebellenanführer werden hier in Peschawar [Pakistan], einer Grenzstadt zu Afghanistan, die in jenem Gebiet liegt, in dem der Krieg begann, niedergeschossen. Es ist ein Bandenkrieg. Es wird immer wieder über zahlreiche politisch motivierte Morde in den Flüchtlingslagern berichtet. Einer der letzten Morde hatte gleichermaßen viel mit Drogen wie mit Politik zu tun. Andere Anführer in Afghanistan und in an der Grenze zu Afghanistan gelegenen Lagern weigern sich einfach, zu kämpfen. Inoffiziell sagen sie, daß sie den [afghanischen Präsidenten] Najibullah den radikalen Fundamentalisten der Mudschaheddin, die von Gulbuddin Hekmatyar angeführt werden, vorziehen.«⁷⁹

Die Rebellen wurden mit großzügigen Waffenlieferungen bestochen. Tim Weiner, ein Enthüllungsjournalist, berichtete:

»Das Versorgungssystem der CIA hatte eine undichte Stelle. Eine äußerst undichte Stelle. Er versorgte eine der weltweit anarchistischsten Regionen mit Waffen. Erst konfiszierte die pakistanische Armee die Waffenlieferungen und nahm sich, was sie brauchte. Dann stahlen korrupte afghanische Guerillaführer Luftabwehrraketen, Raketen, raketengetriebene Granaten, Maschinengewehre des Typs AK-47, Muniton und Minen, die aus dem Waffenarsenal der CIA stammten und Millionen Dollar wert waren, und verkauften sie. Einige der Waffen fielen in die Hände von kriminellen Banden, Heroinbaronen und anderen extrem radikalen Gruppierungen des iranischen Militärs. [...] Während die Guerillakämpfer sich in den afghanischen Bergen und Wüsten unter schwersten Bedingungen durchschlugen, wohnten die Guerillaführer in schicken Villen in Peschawar und besaßen einen kleinen Fuhr-

park. Die CIA verheimlichte, daß die afghanischen Politiker die Waffen der CIA veräußerten.«⁸⁰

Unter den Waffen, die die Mudschaheddin an den Iran verkauften, waren hochentwickelte, infrarotgelenkte Luftabwehrraketen des Typs Stinger, mit denen die Rebellen hunderte sowjetische Militärmaschinen als auch acht Passagiermaschinen abschossen. Am 08.10.1987 beschossen die revolutionären Gardisten von einem iranischen Kanonenboot mit einer Stinger einen amerikanischen Helikopter, der über dem Persischen Golf patrouillierte. Sie verfehlten allerdings ihr Ziel.⁸¹

Im selben Jahr hatte die CIA bereits dem Kongreß berichtet, daß mindestens 20 Prozent der militärischen Hilfsmittel, die für die Mudschaheddin bestimmt waren, von Rebellen und pakistanischen Regierungsvertretern gestohlen worden waren. Der Kolumnist Jack Anderson schätzte damals die Situation konservativ so ein, daß es ca. 60 Prozent seien. Ein Mitarbeiter von Anderson berichtete allerdings, daß er auf einer Reise in das Grenzgebiet einen Rebellenführer traf, der ihm erzählte, daß er bezweifle, daß 25 Prozent der Waffen die Mudschaheddin erreichten. Anderen Quellen zufolge waren es nur 20 Prozent. Dies war ein wesentlicher Grund warum die Mudschaheddin vergleichsweise über weniger Waffen verfügten als die Regierungstruppen, falls die Annahme von George Bush korrekt sein sollte. Doch die CIA und andere Regierungsvertreter waren schlichtweg der Meinung, daß in diesem Teil der Welt so nun einmal Geschäfte gemacht wurden.⁸²

Wie auch viele der anderen Verbündeten der CIA lebten die Rebellen vom Drogenhandel, und solange es ihre Jungs glücklich machte, kümmerte es die CIA nicht. Den Anführern der Mudschaheddin gehörten riesige Mohnfelder, auf denen bekanntermaßen der Rohstoff zur Herstellung von Opium wuchs. Das Opium wurde zum Teil mit den von der CIA für die Waffenlieferungen eingesetzten Lastern und Maultieren in die zahlreichen Labore entlang der afghanisch-pakistanischen Grenze transportiert. Dort wurde in Zusammenarbeit mit dem pakistanischen Militär tonnenweise Heroin hergestellt. In diesen Laboren wurde schätzungsweise ein Drittel oder sogar die Hälfte des in den Vereinigten Staaten und dreiviertel des auf dem westeuropäischen Markt jährlich verkauften Heroins produziert. Vertreter der Vereinigten Staaten räumten 1990 ein, daß sie versäumt haben, dem Drogenhandel nachzugehen oder gegen ihn vorzugehen, da sie ihre afghanischen und pakistanischen Verbündeten nicht behelligen wollten.⁸³ Ein Vertreter der **Drug Enforcement Administration (DEA)**, einer amerikanischen Behörde zur Drogenbekämpfung, bezeichnete Afghanistan 1993 als das neue Kolumbien des globalen Drogenmarktes.⁸⁴

Der Krieg dauerte mit all seinen Schrecken bis in den Frühling 1992. Drei Jahre nach dem Abzug der letzten sowjetischen Truppen trat ein zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion geschlossenes Abkommen, das die Waffenlieferungen unterbinden sollte, in Kraft. Die beiden Supermächte beendeten den Krieg. Die Sowjetunion existierte zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr. Eine Million Afghanen fielen dem Krieg zum Opfer, es blieben drei Millionen Kriegsversehrte und fünf Millionen afghanische Flüchtlinge, etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung, zurück.

Bis zur Durchführung von Wahlen sollte unter der Aufsicht der Vereinten Nationen eine Übergangsregierung der Alliierten eingesetzt werden. Doch dazu kam es nicht. Die afghanische Regierung löste sich im Kampf gegen Hungeraufstände und militärische Angriffe praktisch auf. Die Hauptstadt wurde von den Rebellen gestürmt: Seit sich Afghanistan in der Mitte des 18. Jahrhunderts als unabhängig erklärte, kam zum ersten Mal ein islamisches Regime an die Macht.

Entscheidend für den Niedergang der Regierung war, daß General Abdul Rashid Dostum in letzter Minute zu den Guerillas überlief. Dostum, der zuvor von den amerikanischen Medien als »kommunistischer General« bezeichnet worden war, war nun ein »ehemals kommunistischer General.«

Die Mudschaheddin hatten gesiegt. Nun bekämpften sie sich mit aller Macht gegenseitig. Raketen und Artilleriegeschosse zerstörten ganze Stadteile Kabuls. Bis in den Au-

gust 1992 waren mindestens 1500 Menschen, zum größten Teil Zivilisten, getötet oder verwundet worden. (Bis 1994 sollte dieser zweite Bürgerkrieg 10.000 Opfer fordern.) Gulbuddin Hekmatyar war der Rebellenanführer, der am kompromißlosesten und hartnäckigsten auf einer militärischen Lösung des Konflikts beharrte. Robert Neumann, ein ehemaliger amerikanischer Botschafter in Afghanistan, erklärte zu diesem Zeitpunkt:

»Hekmatyar ist verrückt, extrem und ein sehr gewalttätiger Mann. Die Pakistaner haben ihn ausgebildet, und leider hat unsere Regierung Pakistan unterstützt. Wir lieferten ihnen Geld und Waffen, aber sie [die pakistanischen Regierungsvertreter] haben entschieden, wofür es verwendet wurde.«

Die Vereinigten Staaten waren nun sehr besorgt, daß Hekmatyar an die Macht käme. Ironischerweise befürchteten sie, falls es ihm gelingen würde, sein Extremismus auf die vielen Muslime in den Republiken der ehemaligen Sowjetunion übergreifen und sie destabilisieren könne. Diese Befürchtung hatte die Sowjetunion überhaupt erst veranlaßt, in den Bürgerkrieg einzugreifen.⁸⁵

Letztendlich brachten die Truppen von Hekmatyar den »kommunistischen General« Dostum dazu, überzulaufen.

Suleiman Laeq, ein Befürworter der Linken, Dichter und der Ideologe des gefallenen Regimes, beobachtete von seinem Fenster, wie die Mudschaheddin in die Stadt strömten und ein Gebäude nach dem anderen besetzten. Sein Urteil lautete:

»Sie verfolgen rücksichtslos die Ziele der Fundamentalisten und des Islams. Ihr Vorgehen hat nichts mit dem Islam zu tun. Sie vertreten eine Theorie, die sich gegen jede Zivilisation, jede moderne Zivilisation, richtet.«⁸⁶

Noch bevor die Mudschaheddin an die Macht kamen, hatten sie alle nicht muslimischen Religionsgruppen verboten. Sie führten nun nach und nach neue Gesetze ein: Alkohol war in der gesamten islamischen Republik verboten. Frauen durften ohne Schleier nicht in die Öffentlichkeit, und wenn sie es doch taten, schlug man ihnen Gliedmaßen ab oder sie wurden ausgepeitscht oder öffentlich hingerichtet. Und das war nicht die Gesetzgebung von Hekmatyar, sondern die der »moderaten« Islamisten. Im September wurden zum ersten Mal Menschen öffentlich hingerichtet. Im Beisein von 10.000 jubelnden Menschen wurden drei Männer gehängt. Der Prozeß fand hinter verschlossenen Türen statt und es wurde nicht öffentlich bekanntgegeben, welche Verbrechen sie begangen hatten.⁸⁷

Im Februar 1993 verübte eine Gruppe aus dem Nahen Osten einen Anschlag auf das World Trade Center in New York. Die meisten von ihnen waren Anhänger der Mudschaheddin. Weitere Anhänger der Mudschaheddin verübten Attentate in Kairo und Bombay, führten blutige Aufstände in den Bergen von Kaschmir an und kämpften in einem Guerillakrieg auf den Philippinen.

So war es also um den Ruhm und die Stärke der »Freiheitskämpfer« von Präsident Reagan bestellt, die in den vergangenen Jahren immer deutlicher anti-amerikanische Ziele verfolgten und von denen viele Saddam Hussein im zweiten Golfkrieg (1990-1991) unterstützten. Gewiß hätten sich selbst Ronald Reagan und George Bush in der Gesellschaft von Präsident Nur Mohammad Taraki, dem Bürgermeister Muhammad Hakim oder dem Dichter Suleiman Laeq, den Vertretern der »kommunistischen« Reform, wohler gefühlt.

Doch die Sowjetunion war angeschlagen, erheblich angeschlagen. Die Vereinigten Staaten hatten ebenfalls einen heiligen Krieg geführt.

Anmerkungen zu Kapitel 53

- 1 **Tim Weiner**, BLANK CHECK: THE PENTAGON'S BLACK BUDGET (Warner Books, New York, 1990), S. 149.
- 2 Ebd., S. 149-50.
- 3 a) **Selig Harrison**, »The Shah, Not the Kremlin, Touched off Afghan Coup«, *Washington Post*, 13.05.1979, S. C1, enthält weitere Beispiele für die Kampagne des Schah und der USA; b) **Hannah Negaran**, »Afghanistan: A Marxist Regime in a Muslim Society«, *Current History*, April 1979, S. 173; c) *New York Times*, 03.02.1975, S. 4; d) Zu einer kurzen Zusammenfassung der Versuche des Westens, Afghanistan in den 1950er- und 1960er Jahren in sein Lager zu locken, aus sowjetsicher Sicht vgl. THE TRUTH ABOUT AFGHANISTAN: DOCUMENTS, FACTS, EYEWITNESS REPORTS (Novosti Press Agency Publishing House, Moscow, 1981, 2. Aufl.), S. 60-65; e) **Dwight D. Eisenhower**, THE WHITE HOUSE YEARS: WAGING PEACE, 1956-1961 (New York, 1965), S. 493, 495, 498, erläutert seine Besorgnis über den Einfluß der Sowjetunion in Afghanistan.
- 4 **Harrison**, a.a.O.
- 5 *New York Times*, 04.05.1978, S. 11; **Louis Dupree**, »A Communist Label is Unjustified«, Leserbrief in der *New York Times* vom 20.05.1978, S. 18. Dupree war ein Ethnologe, der lange Jahre in Afghanistan gelebt hatte. Außerdem war er zeitweise Berater des Nationalen Sicherheitsrates der USA und – sowohl in Pakistan als auch in den Vereinigten Staaten – gegen die linke afghanische Regierung aktiv, die ihn zu unerwünschter Person erklärte.
- 6 *New York Times Magazine*, 04.06.1978, S. 52 (die Worte des Ministerpräsidenten).
- 7 *New York Times*, 18.05.1979, S. 29, ein Artikel von **Fred Halliday**, einem Mitarbeiter am linken Institut für Transnationale Studien in Amsterdam und Autor mehrerer Bücher über Südasien.
- 8 *The Economist* (London), 11.09.1979, S. 44.
- 9 *New York Times*, 13.04.1979, S. 8.
- 10 *Newsweek*, 16.04.1979, S. 64.
- 11 *CIA's Foreign Broadcast Information Service*, 31.12.1979, S. 5-13, zitiert in *CounterSpy* (Washington, DC), H. 4-2, Spring 1980, S. 36, ein Artikel von **Konrad Ege**.
- 12 *New York Times*, 16.06.1978, S. 11.
- 13 **Robert Neumann**, in *Washington Review of Strategie and International Studies*, Juli 1978, S. 117.
- 14 *New York Times*, 01.07.1978, S. 4.
- 15 *San Francisco Chronicle*, 04.08.1979, S. 9.
- 16 *New York Times*, 24.03.1979, S. 4; 13.04.1979, S. 8.
- 17 *Washington Post*, 11.05.1979, S. 23. Amerikanische Geheimdienstmitarbeiter bestätigten, daß muslimische Rebellen weibliche und männliche sowjetische Zivilisten töteten und ihre Körper verstümmelten, vgl. *New York Times*, 13.04.1979, S. 8.
- 18 *New York Times*, 11.09.1979, S. 12.
- 19 *Washington Post*, 15.11.1992, S. 32, aus den amtlichen Aufzeichnungen eines Gesprächs, das zwischen freigegebenen Politbürodokumenten gefunden und an die Zeitung weitergegeben wurde.
- 20 Ebd., zitiert einen Artikel, der im Jahre 1992 vom früheren stellvertretenden Chef der KGB-Außenstelle in Kabul veröffentlicht wurde.
- 21 Ebd., 23.12.1979, S. A8.
- 22 **Selig Harrison**, »Did Moscow Fear An Afghan Tito?«, *New York Times*, 13.01.1980, S. E23.

- 23 *The Sunday Times* (London), 06.01.1980, gibt ein Interview mit Amin in der Zeitung *Al Sharq Al-Awast* [Der Nahe Osten], die in London und Mekka erscheint, wieder.
- 24 *Washington Post*, 15.11.1992, S. 32, zitiert einen »kürzlich« in der Moskauer *Komsomolskaja Prawda* erschienenen Bericht.
- 25 THE TRUTH ABOUT AFGHANISTAN, a.a.O., S. 15, entnommen der *Prawda* vom 13.01.1980.
- 26 *The Times* (London), 05.01.1980.
- 27 *New York Times*, 15.01.1980, S. 6. Die Zeitung behauptete, die Sowjets hätten seinerzeit die Beschuldigung gegen die CIA anscheinend fallenlassen, vielleicht weil sie wegen der ungläubigen Reaktionen darauf in aller Welt in Verlegenheit waren. Sie wurde aber bald erneut erhoben, möglicherweise als Reaktion auf die Meldung in der *Times*.
- 28 **Phillip Bonosky**, WASHINGTON'S SECRET WAR AGAINST AFGHANISTAN (International Publishers, New York, 1985), S. 33-34. Auch die *Washington Post* vom 23.12.1979, S. A8, bezeichnet Amin als Studenten am Teachers College der Columbia-Universität.
- 29 »How the CIA Turns Foreign Students into Traitors«, *Ramparts* (San Francisco), April 1967, S. 23-24. Dies ereignete sich einen Monat, nachdem die Zeitschrift ihre berühmt gewordene Enthüllung der umfangreichen Verbindungen der CIA zur National Student Association, dem führenden amerikanischen Studentenverband, veröffentlicht hatte.
- 30 **Bonosky**, S. 34.
- 31 **Charles G. Cogan**, »Partners in Time: The CIA and Afghanistan since 1979«, *World Policy Journal*, Sommer 1993, S. 76. Cogan war von 1979 bis 1984 Chef der Abteilung für den Nahen Osten und Südasien in der Einsatzleitung (Untergrunddienste) der CIA. Er bezeichnet Amins Verbindungen zur Asia Foundation als »eine Art lose Verbindung« und äußert sich nicht weiter dazu. Wenn man jedoch seine letzte Stellung in Betracht zieht, dann weiß Cogan wahrscheinlich mehr, als er bereit ist, zu einem zentralen Punkt der Afghanistanfrage zuzugeben, oder der Artikel wurde von der CIA zensiert, als Cogan ihn, wie vorgeschrieben, zur Überprüfung vorlegte.
- 32 Vertrauliche Telegramme des Außenministeriums vom 11.09.1979, 22.09.1979, 23.09.1979, 27.09.1979 und 29.09.1979 sowie 28.10.1979 und 30.10.1979, die bei der Besetzung der US-Botschaft in Teheran am 04.11.1979 unter den dortigen Dokumenten aufgefunden wurden und in den folgenden Jahren nach und nach in vielen Bänden unter dem Titel DOCUMENTS FROM THE DEN OF ESPIONAGE (im Folgenden EMBASSY DOCUMENTS) veröffentlicht wurden. Die hier erwähnten Telegramme stammen aus Band 30 dieser Sammlung. Diese und die folgenden Dokumente der Botschaft sind zitiert in einem Artikel von **Steve Galster** in *Covert Action Information Bulletin*, H. 30, Sommer 1988, S. 52-44. Die Worte in der Zusammenfassung des Inhalts der Dokumente sind die von Galster, es sei denn, es wird wörtlich zitiert. – Amins Partei wußte schon lange vor der Veröffentlichung der Dokumente von diesen verdeckten Aktivitäten. Am 16.01.1980 berichtete ein Sprecher der PDP der afghanischen Presseagentur Bachlar. »Im September 1979 begann Amin damit, die Grundlagen für eine Wiederannäherung an die Vereinigten Staaten zu schaffen. Er hatte geheime Treffen mit Beamten der USA, schickte Emissäre in die Vereinigten Staaten und sandte eine persönliche Botschaft an Präsident Carter.« (zitiert bei **Bonosky**, S. 52).
- 33 Interview mit Karmal in der *World Marxist Review* (Toronto), April 1980, S. 36.
- 34 *New York Times*, 02.01.1980, S. 1.
- 35 *Wall Street Journal*, 07.01.1980, S. 12.
- 36 **Weiner**, S. 145.
- 37 Unter den EMBASSY DOCUMENTS, a.a.O., Bd. 29, S. 99. Das vertrauliche Telegramm des Außenministeriums vom 14.05.1979 bezieht sich auf ein vorangegangenes Treffen mit einem Rebellenführer in Islamabad am 23.04.1979.
- 38 **Robert Gates**, FROM THE SHADOWS (New York, 1996), S. 146. Gates war ein früher CIA-Direktor.

- 39 TRUTH ABOUT AFGHANISTAN, a.a.O., S. 16-17.
- 40 **Zbigniew Brzezinski**, POWER AND PRINCIPLE: MEMOIRS OF THE NATIONAL SECURITY ADVISER, 1977-1981 (New York, 1983), S. 430.
- 41 *The Guardian* (London), 05.03.1986.
- 42 *Washington Post*, 13.01.1985, S. A30. Der nicht genannte Beamte war möglicherweise der CIA-Direktor Stansfield Turner, der bei **Weiner**, S. 146-147, mit einer ähnlichen Äußerung zitiert wird.
- 43 Ebd.
- 44 Unter den EMBASSY DOCUMENTS, a.a.O., Bd. 30: Classified CIA Field Report, 30.10.1979.
- 45 *New York Times*, 22.11.1979, S. 1.
- 46 **Weiner**, S. 146
- 47 **John Balbach**, der früherere Stabsleiter der Congressional Task Force on Afghanistan, in einem Artikel in der *Los Angeles Times* vom 22.08.1993.
- 48 Zitiert in *The Guardian* (London), 28.12.1983 und 16.01.1987, S. 19.
- 49 *Los Angeles Times*, 17.10.1988, 13.03.1989, 16.03.1989.
- 50 *The Daily Telegraph* (London), 05.08.1985.
- 51 **Brzezinski**, S. 356, erwähnt dies drei Mal auf einer Seite.
- 52 *New York Times*, 09.02.1980, S. 3. Obwohl erst nach der Sowjetinvasion geschrieben, bezieht sich der Artikel auf den April 1979.
- 53 Zu einer Darstellung dieser und verwandter Angelegenheiten vgl. **Selig Harrison**, »Afghanistan: Soviet Intervention, Afghan Resistance and the American Role« in **Michael Klare** and **Peter Kombluh** (Hrsg.), LOW INTENSITY WARFARE: COUNTERINSURGENCY, PROINSURGENCY AND ANTITERRORISM IN THE EIGHTIES (Pantheon Books, New York, 1988), S. 188-190.
- 54 Ebd., S. 188. Den Teil über die Mittelschicht schrieb Harrison einem Artikel des deutschen Journalisten **Andreas Kohlschütter** (*Die Zeit*) zu.
- 55 Zu einer ausführlichen Darstellung dieser Angelegenheiten vergleiche die drei Artikel von **Jonathan Steele**, dem Auslandschefkorrespondenten der Zeitung, in *The Guardian* (London) am 17.03.1986 bis 19.03.1986.
- 56 **Lawrence Lifschultz**, »The Not-so-new Rebellion«, *Far Eastern Economic Review* (Hongkong), 30.01.1981, S. 32.
- 57 *Los Angeles Times*, 22.04.1989, S. 12-13.
- 58 Ebd., 01.12.1987, S. 8.
- 59 Unter den EMBASSY DOCUMENTS, a.a.O., Bd. 30: Department of State Report, 16.08.1979.
- 60 *Los Angeles Times*, 17.02.1989, S. 8.
- 61 Zu Nadschibullah und den Schulbüchern vgl. ebd., 18.02.1989, S. 18.
- 62 *Washington Post*, 13.01.1945, S. A30. Im Artikel ist von 70 russischen Gefangenen die Rede, die »unter entsetzlichem Grauen leben«. Es ist zwar nicht sicher, aber zumindest scheint es so, daß sie in der weiter oben in dem Artikel genannten Zahl von 50 bis 200 enthalten sind.
- 63 **John Fullerton**, THE SOVIET OCCUPATION OF AFGHANISTAN (London, 1984).
- 64 *Los Angeles Times*, 28.07.1989.
- 65 **Amnesty International**, TORTURE IN THE EIGHTIES (London, 1984), Kapitel über Afghanistan.
- 66 Kolumne von **Jack Anderson** in *San Francisco Chronicle*, 04.05.1987. Zu seiner und vieler anderer Personen Verbindung zur afghanischen Lobby vgl. **Sayid Khybar**, »The Afghani Contra Lobby«, *Covert Action Information Bulletin*, H. 30, Sommer 1988, S. 65.

- 67 *New York Times*, 11.09.1979, S. 12.
- 68 *Washington Post*, 13.01.1985, S. A30.
- 69 Zitiert in *Extra!* (die Zeitschrift von Fairness and Accuracy in Reporting, FAIR, New York), Oktober-November 1989, S. 1 Bezieht sich auf eine Artikelserie in der *New York Post* ab dem 27.09.1989.
- 70 **Mary Williams Walsh**, »Strained Mercy«, *The Progressive* (Madison, Wisconsin), Mai 1990, S. 23-26. Walsh hatte als Hauptkorrespondentin des *Wall Street Journal* in Süd- und Südostasien auch Afghanistan einbezogen. Die Zeitung weigerte sich, den Artikel zu drucken, woraufhin sie kündigte.
- 71 *San Francisco Chronicle*, 20.07.1987.
- 72 *New York Times*, 09.03.1982, S. 1; 23.03.1982, S. 1, 14; *The Guardian* (London), 03.11.1983, 29.03.1984; *Washington Post*, 30.05.1986.
- 73 **Julian Robinson** u.a., »Yellow Rain: The Story Collapses«, *Foreign Policy*, Herbst 1987, S. 100-117; *New York Times*, 31.08.1987, S. 14.
- 74 *Congressional Record*, 06.06.1980, S. S13582-S13583.
- 75 *New York Times*, 29.03.1982, S. 1.
- 76 *San Francisco Chronicle*, 16.09.1985, S. 9.
- 77 THE TRUTH ABOUT AFGHANISTAN, S. 85, 89, mit einer Aufnahme der auf dem Boden liegenden angeblichen Opfer sowie einem Foto einer amerikanischen Gaspatrone.
- 78 *Los Angeles Times*, 28.07.1989.
- 79 Ebd., 30.04.1990, S. 1 und 9.
- 80 **Weiner**, S. 150, 152.
- 81 **Weiner**, S. 151; *Los Angeles Times*, 26.05.1988. Zum Abschub der Passagierflugzeuge vgl. *New York Times*, 26.09.1984, S. 9; 11.04.1988, S. 1.
- 82 **Jack Andersons** Kolumnen im *San Francisco Chronicle* vom 29.04.1987 und 02.05.1987 sowie 13.07.1987; *Time*, 09.12.1985; *Washington Post*, 13.01.1985, S. A30.
- 83 Zum Rauschgift, den Mudschahedin und der CIA vgl. a) **Weiner**, S. 151-152; b) *New York Times*, 18.06.1986; c) **William Vornberger**, »Afghan Rebels and Drugs«, *Covert Action Information Bulletin*, H. 28, Summer 1987, S. 11-12; d) *Los Angeles Times*, 04.11.1989, S. 14; e) *Washington Post*, 13.05.1990, S. 1.
- 84 *Los Angeles Times*, 22.08.1993.
- 85 Zu Hekmatjar und Neumann vgl. ebd., 21.04.1992.
- 86 Ebd., 24.05.1992.
- 87 Ebd., 04.01.1992, 24.05.1992, 08.09.1992.

54 El Salvador 1980 bis 1994

Menschenrechte – die amerikanische Definition

Präsident Reagan erklärte, daß die Vereinigten Staaten die Regierung von El Salvador unterstütze, weil sie versuchte, »den amerikanischen Kontinent vor Terroristen und ausländischen Übergriffen und vor denjenigen, die es meiner Meinung nach nicht nur auf El Salvador, sondern ganz Mittelamerika, möglicherweise Südamerika und schließlich mit Sicherheit auf Nordamerika abgesehen haben, zu bewahren.«¹

In der Psychologie gibt es für diese Form der Realitätswahrnehmung einen Begriff: Paranoide Schizophrenie.

Während Ronald Reagan den Kampf der Rebellen in El Salvador, dem wohlgerneht kleinsten Staat in Mittel- und Südamerika, als Komplott gegen die gesamte westliche Hemisphäre beschrieb, bezeichneten ihn andere im Wesentlichen als Revolution.

Wenn man von letzterem ausgeht, kann man nicht behaupten, daß die Bevölkerung El Salvadors sich bei den ersten Anzeichen von Unterdrückung in eine Revolution stürzte oder daß sie die Waffen erhob, weil sie dazu neigte, Konflikte gewaltsam zu lösen oder sich dem »System« nicht »unterordnen« wollte oder sie von »Gruppen aus dem Ausland angestiftet wurde.« Auch keine der anderen bei den amerikanischen Meinungsmachern so beliebten Theorien, die erklären sollen, warum Menschen rebellieren, trafen zu. So lange man zurückdenken konnte, lagen die Regierungsgeschäfte von El Salvador in den Händen wechselnder Militärdiktaturen und die Wirtschaft des Landes wurde von 14 namhaften Familien, die entweder im Kaffeehandel oder in der Industrie tätig waren, kontrolliert. Diese Idylle wurde nur hin und wieder durch kurzlebige Aufstände, die die angestaute Unzufriedenheit der Bevölkerung spiegelten, gestört.

Im Dezember 1980 fragte Raymond Bonner, ein Reporter der *New York Times*, José Napoleón Duarte, »warum die Guerillakämpfer sich in den Bergen aufhalten.« Die Antwort von Duarte, der gerade zum Präsidenten der regierenden Junta ernannt worden war, überraschte Raymond Bonner:

»Fünfzig Jahre Lügen, fünfzig Jahre Ungerechtigkeit, fünfzig Jahre Frustration. Es ist die Geschichte von Menschen, die verhungern, die in Elend leben. In den letzten fünfzig Jahren standen nur einer bestimmten Gesellschaftsschicht Macht, Geld, Jobs, Bildung und alle anderen Möglichkeiten zu.«²

Nach dem berühmten Bauernaufstand im Jahr 1932, der durch ein entsetzliches Massaker niedergeschlagen wurde, gab es zwei Regierungen, die Reformen anstrebten. Eine regierte 1944 für sechs Monate und eine andere kam 1960 an die Macht. Die letztere kam an die Macht, nachdem mehrere tausend Studenten der nationalen Universität gegen die Beschneidung der bürgerlichen Freiheiten protestiert hatten. Die damalige Regierung reagierte auf den Protest und entsendete Polizeieinheiten, die systematisch Büros, Lehrsäle und Laboratorien zerstörte, den Präsidenten der Universität zusammenschlugen, einen Bibliothekar umbrachten, Studenten mit dem Bajonett aufspießten und Dutzende junge Frauen vergewaltigten. Als sich die Studenten erneut erhoben, schossen die Truppen schließlich aus kürzester Entfernung auf sie.

Dieser blutige Aufstand veranlaßte u.a. eine Gruppe junger Militäroffiziere, sich der Regierung zu widersetzen. Durch einen Putsch kamen sie an die Regierung und hatten sich zum Ziel gesetzt, tiefgreifende soziale und politische Reformen durchzuführen. Doch ihre Regierungszeit wurde nach drei Monaten durch einen erneuten Putsch, den Berichten zufolge die Vereinigten Staaten unterstützten, beendet.³ Dr. Fabio Castillo, ehemaliger Präsident der nationalen Universität und ein Mitglied der gestürzten Regierung, bestätigte Jahre später vor dem Kongreß der Vereinigten Staaten, daß die amerikanische

Botschaft nach dem Sturz der Reformregierung, sofort »direkt eingriff« und die »Mitglieder des amerikanischen Militärs verstärkt zur Konspiration und Rebellion einlud.«⁴

In den 1960er Jahren waren die unterschiedlichsten Experten der Vereinigten Staaten in El Salvador tätig, um Maßnahmen zur nationalen Sicherheit zu ergreifen und den Apparat zur Bekämpfung von Aufständen auszubauen und zu verbessern. Hierzu gehörten die Polizei, die Nationalgarde, die Armee, Kommunikations- und Geheimdienstnetzwerke und die Kooperation mit ihren Kontrahenten in anderen Ländern Mittelamerikas. Es stellte sich heraus, daß mit Hilfe dieser Truppen und Ressourcen ein Großteil der Bevölkerung unterdrückt und ein Krieg entfacht wurde. Jahre später berichtete die *New York Times*:

»In El Salvador wurden amerikanische Gelder in den 1950ern und 1960ern für die Ausbildung der Polizei verwendet und viele Offiziere der drei Polizeiabteilungen führten später die rechten Todesschwadronen, denen zehntausende Menschen in den späten 1970ern und frühen 1980ern zum Opfer fielen, an.«⁵

Daß dieser Apparat in den 1960ern nicht für die Morde, Folter oder das Verschwinden von politischen Gegnern in Guatemala und anderen Ländern Mittelamerikas zur Rechenschaft gezogen wurde, lag wohl daran, daß das Handeln der Regierung nur in Maßen öffentlich verurteilt und den Menschenrechten nicht der größte Respekt gezollt wurde. Oppositionsgruppen, die vom Staat nicht verboten wurden, sah man als ungefährlich an, denn die Blähbäuche der unterernährten Kinder von Bauern stellten keine Gefahr dar.

Daß sich das Militärregime auch gerne ein wenig rechtschaffen präsentierte, ist wohl der einzige Grund, warum es in den 1960er Jahren bestimmten politischen Organisationen, deren Anhänger in der Regel aus der städtischen Mittelschicht stammten, erlaubt war, Kandidaten für städtische und legislative Ämter aufzustellen. Die Kandidaten waren sehr populär, doch die Regierung sorgte stets dafür, daß sie in der Legislative stets eine Opposition in der Minderheit blieben und somit niemals wirklich Einfluß geltend machen konnten. 1967 führte die Regierung zum ersten Mal seit 1931 Präsidentschaftswahlen durch. Nachdem sie ihre Partei, die PCN, zum Sieger erklärt hatte, verbot die Regierung unverzüglich ihre stärkste Konkurrentin unter den Parteien, die PAR, mit der Begründung, daß sie eine Politik verfolge, die »nicht mit der Verfassung vereinbar« sei. Der Aussage des Sprechers der PAR zufolge war die von der PNC ins Auge gefaßte »Politik« eine Agrarreform. Aus einer anderen Quelle geht hervor, daß das Verbot der Partei damit begründet wurde, daß sie »angeblich kommunistische Ideen verbreitete.« Wenn man die Struktur der Regierung betrachtet, kann es sich allerdings durchaus um ein und dieselbe Quelle handeln.

Unbeeindruckt hiervon bildete sich eine Partei der linken Mitte, die UNO, die 1972 den Christdemokraten José Napoleón Duarte als ihren ersten Präsidentschaftskandidaten nominierte. Obwohl die Kandidaten und Wahlkampfmitarbeiter gewaltsam angegriffen wurden, ein Helfer von Duarte ermordet wurde und die Radiosendungen der UNO sabotiert wurden, schien die UNO am Wahltag große Chancen auf einen Sieg zu haben. Zwei Tage nach der Wahl erklärte das zentrale Wahlkomitee zunächst den Sieg der PCN und schockierte kurz darauf ganz El Salvador mit der Meldung, daß eine erneute Auszählung der Stimmen ergeben habe, daß die UNO der Sieger sei. Die Regierung verhängte unmittelbar einen Nachrichtenstopp, und in den folgenden zwei Tagen gab es keine Meldungen zum Wahlergebnis. Am dritten Tag erklärte das zentrale Wahlkomitee schließlich die PCN zum Sieger.⁶

Bei der Wahl der Legislative in den Jahren 1974 und 1976 und bei den Präsidentschaftswahlen 1977 manipulierte die Regierung die Wahlen erneut, um weiterhin im Amt zu bleiben, indem sie die Stimmen willkürlich zählte und Kandidaten, Wähler und Wahlbeobachter unter Anwendung körperlicher Gewalt einschüchterte.⁷

Nach der Wahl im Jahr 1977 kam es zu einer Massendemonstration. Die Demonstranten protestierten gegen den Wahlbetrug und wurden von Sicherheitskräften der Regierung, die das Feuer auf sie eröffneten, umzingelt. Es endete in einem Blutbad, bei dem mehrere hundert Menschen ums Leben kamen. Unmittelbar darauf wurde die Führungsspitze

der UNO ins Exil verbannt und Anhänger der Partei wurden verhaftet, gefoltert und ermordet.⁸ Oberst Arturo Molina, der Präsident des Landes, erklärte, daß »Kommunisten aus dem Ausland« für den Protest verantwortlich seien. Seine Reaktion auf den Vorwurf des Wahlbetrugs lautete: »Nur Gott ist unfehlbar.«⁹

In den 1960er Jahren kam es nur sporadisch zu solch gewaltsamen Eingriffen der Regierung. Dies änderte sich in den 1970ern, als immer mehr Salvadorianer, die die Hoffnung aufgegeben hatten, soziale Veränderungen mittels Wahlen herbeizuführen, zu anderen Mitteln griffen. Während sich einige auf aggressivere Demonstrationen, Streiks und die Besetzung von Gebäuden beschränkten, schlossen sich immer mehr dem städtischen Guerillakampf an: Attentate auf Einzelpersonen, die die repressive Politik der Regierung repräsentierten, Bombenanschläge und willkürliche Entführungen. Die Regierung und ihre paramilitärischen, rechten Überwachungskommandos – »Todesschwadronen« war der selbstgewählte, moderne Begriff hierfür – konterten mit einer Kampagne, die sich gegen die Anführer von Gewerkschaften, Bauernorganisationen und politischen Parteien als auch Priester und freiwillige Mitarbeiter der Kirche richtete. Ein Slogan der Todesschwadronen lautete: »Sei Patriot – töte einen Priester.« Die Kirche wurde beschuldigt, den Bauern umstürzlerische Theorien zu vermitteln, während die Kirche erklärte, daß sie das Wort Gottes lehre – und das in dem weltweit einzigen Land, das nach dem Herrn Jesus Christus benannt worden war. Die CIA und die US-amerikanische Armee spielten eine große Rolle bei der Konzeption und Organisation der Sicherheitsbehörden, die die Todesschwadronen gezielt einsetzten. Die Überwachungsprogramme der CIA versorgten diese Behörden routinemäßig mit Informationen über verschiedene Einzelpersonen, die letztendlich den Todesschwadronen zum Opfer fielen.¹⁰

Im Oktober 1979 stürzte eine Gruppe junger Militäroffiziere – welche die regelmäßigen Massaker an Demonstranten und Streikenden verurteilten und den »guten Ruf« des Militärs wiederherstellen wollten – Präsident General Carlos Romero und kam ohne Blutvergießen an die Macht. Einigen populären politischen Aktivisten wurden Ämter in der neuen Regierung, die ein beeindruckendes Reformprogramm angekündigt hatten, übertragen. Doch die Reformen sollten nicht zum Tragen kommen, da die jungen und politisch unerfahrenen Offiziere einige Militärangehörige in Schlüsselpositionen wählten. Zum einen waren sie leicht von den älteren, konservativen Offizieren zu beeinflussen, und zum anderen übten die Vereinigten Staaten Druck auf sie aus.¹¹ Die zivilen Mitglieder der Regierung waren nicht in der Lage, das Militär zu kontrollieren und dienten nur als Tarnung.

Die Vereinigten Staaten unterstützten den Sturz des brutalen General Romero, da die Sandinistas nur drei Monate zuvor die Diktatur Somozas in Nicaragua gestürzt hatten und die Regierung von Carter nicht den Verlust eines zweiten Klientelstaates in Mittelamerika innerhalb kurzer Zeit riskieren wollte. Allerdings wollten sie die Vorgänge weiterhin kontrollieren.

Währenddessen schossen die Sicherheitseinheiten weiterhin in die Menschenmengen. Die Anzahl der Todesopfer im ersten Monat nach der Machtergreifung der »Reformregierung, war höher als in den ersten neun Monaten desselben Jahres. Entsetzt über die üblichen Methoden der Regierung traten bis Januar 1980 fast alle zivilen Mitglieder der Regierung von ihren Ämtern zurück.¹² Viele Anhänger der gemäßigten Politik und Mitglieder der Salvadorianischen Kommunistischen Partei verloren somit die Hoffnung auf eine friedliche Reformierung des Staates. Die kommunistische Partei hatte die neue Regierung unterstützt und sogar den Arbeitsminister gestellt, »weil wir glauben, daß sie ihre Versprechen hält und die Demokratisierung des Landes ermöglicht.« Die kommunistische Partei war die letzte Gruppe der Linken, die sich dem bewaffneten Guerillakampf anschloß.¹³

Salvador Samayoa, ein ziviles Mitglied der Regierung und Minister für Bildung und Erziehung, verkündete vor laufenden Kameras seinen Rücktritt und gleichzeitig seinen Beitritt zu einer Guerillagruppe.¹⁴ Diejenigen die sich weiterhin Illusionen machten, wurden von den terroristischen Anschlägen, die kein Ende nahmen, bekehrt. Am 22.01.1980 wurde ein Demonstrationzug mehrerer bekannter Organisationen zunächst

von Flugzeugen aus mit DDT besprüht. Als die Demonstranten den Versammlungsplatz in San Salvador erreichten, schossen Heckenschützen aus umliegenden Regierungsgebäuden auf sie. Mindestens 21 Menschen kamen ums Leben und 120 wurden ernsthaft verletzt. Berichten zufolge waren einige Todesopfer damit zu begründen, daß die Demonstranten das Feuer der Heckenschützen unkontrolliert erwidert hatten.

Auf einen Generalstreik folgte am 17.03.1980 ein gewaltsamer Vergeltungsschlag. Hierbei starben allein in der Hauptstadt 54 Menschen.

Eine Woche später wurde der Erzbischof von San Salvador, Oscar Romero, der öffentlich kritisierte, daß die Regierung die Menschenrechte mißachtete und Präsident Carter »alle Christen« aufgefordert hatte, die Lieferung militärischer Hilfsgüter einzustellen, ermordet. In seiner letzten Predigt wandte er sich an die Sicherheitstruppen:

»Ich bitte Sie, ich flehe Sie an, ich befehle Ihnen im Namen Gottes: Beendet die Unterdrückung.«

Am nächsten Tag war er der elfte Priester, der innerhalb von drei Jahren in El Salvador ermordet worden war.

Bei der Beisetzung des Erzbischofs – einem Märtyrer, der im Jahr zuvor u.a von 23 Mitgliedern des amerikanischen Repräsentantenhauses für den Friedensnobelpreis nominiert worden war, – wurde eine Bombe in die auf dem Platz trauernde Menge geworfen. Anschließend wurde die Menge, wie bereits im Januar 1980, aus dem Staatspalast und anderen Regierungsgebäuden beschossen. Berichten zufolge starben mindestens 40 Menschen und Hunderte wurden verletzt.¹⁵

Duarte, der Präsident der Militärjunta, versuchte, der Linken das Massaker anzuhängen. Obwohl Augenzeugen berichteten, daß die Bombe und die Schüsse vom Staatspalast und anderen Regierungsgebäuden ausgingen, fügte Duarte seiner knappen Erklärung nichts hinzu. In einer Erklärung dementierten acht Bischöfe und 16 ausländische Besucher, die den Anschlag miterlebt hatten, die Darstellung der Regierung.¹⁶

Erst sieben Jahre später, als Duarte 1984 erneut zum Präsidenten gewählt wurde, beschuldigte er Roberto d'Aubuisson, einen ehemaligen Major der Armee und den bekanntesten Anführer der salvadorianischen Rechten, Romeros Mord in Auftrag gegeben zu haben. Obgleich viele bereits zuvor von dieser Theorie überzeugt gewesen waren, löste die öffentliche Bekanntgabe in El Salvador und in den Vereinigten Staaten eine Welle der Entrüstung aus. Es stellte sich heraus, daß der CIA die Fakten bereits ein Jahr nach dem Attentat bekannt gewesen waren. D'Aubuisson war wohlgerne ein Mann, der einmal gegenüber drei europäischen Journalisten erklärte:

»Ihr Deutschen seid sehr intelligent. Ihr habt bemerkt, daß die Juden für die Verbreitung des Kommunismus verantwortlich waren und habt dann begonnen, sie zu vernichten.«

Der ehemalige Geheimdienstoffizier, der in den Vereinigten Staaten ausgebildet worden war, genoss den Schutz der Immunität, da er der Nationalversammlung angehörte, und wurde deshalb niemals verhaftet. Er starb 1992.¹⁷

Anfang 1980 beschloß die Regierung – unter direktem Einfluß und auf Instruktion der Vereinigten Staaten – eine Agrarreform, die eine unerläßliche Maßnahme für die Reform der salvadorianischen Gesellschaft war. Das Konzept der Reform – Bauern sollten Anspruch auf das Land, das sie bewirtschaften, haben – war mit jenen Maßnahmen zu vergleichen, die die Vereinigten Staaten in zahlreichen anderen Krisengebieten der Dritten Welt seit den 1950ern aus demselben Grund ergriffen hatten: Aufstände wurden vereitelt, den Guerillakämpfern wurde der Wind aus den Segeln genommen und um die Regierung, die militärische Hilfsgüter von den Vereinigten Staaten bezog, vor dem Kongreß und der Welt würdiger erscheinen zu lassen. Eine Mitteilung der Agency for International Development (AID) – einer US-Behörde für Internationale Entwicklungsarbeit – Mitte der 1980er kommentierte die Reaktion der salvadorianischen Bevölkerung auf die Landreform:

»Viele glauben, es handelt sich um eine ›symbolische‹ oder ›kosmetische‹ Maßnahme, die ergriffen wurde, da sie bestimmte amerikanische Politiker in einem guten Licht dastehen läßt und nicht unbedingt, weil es zum Besten oder wichtig für El Salvador ist.«¹⁸

Die Reaktion der salvadorianischen Großgrundbesitzer hätte vorhersehbar sein sollen. Viele tausende Bauern wurden von ihren dürftigen Parzellen vertrieben, um zu verhindern, daß ihnen das Land überschrieben wurde. Aber es kam noch schlimmer. Die Aussage eines Technikers des Instituto Salvadoreño de Transformación Agraria, die das Programm überwachen sollte, lautete:

»Die Truppen kamen und erklärten den Bauern, daß das Land nun ihnen gehöre und daß sie ihre eigenen Anführer wählen und ihr Land unabhängig bewirtschaften können. Die Bauern konnten nicht glauben, was ihnen erzählt wurde, doch sie wählten noch in derselben Nacht ihre Anführer. Am nächsten Morgen kehrten die Truppen zurück und ich sah mit an, wie sie jeden einzelnen der gewählten Anführer erschossen.«¹⁹

Und das war kein Einzelfall. Jorge Alberto Villacorta, stellvertretender Landwirtschaftsminister, schrieb im März 1980 in seiner Rücktrittserklärung,

»Um ein Beispiel zu nennen: In den ersten Tagen, nachdem die Reform in Kraft getreten war, wurden fünf Vorstandsmitglieder und zwei Präsidenten neu gegründeter Bauernorganisationen ermordet. Ich habe Informationen darüber, daß diese repressiven Methoden zunehmend zur gängigen Praxis gehörten.«

Karl Marx schrieb:

»Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht.«

Die Revolution war nun der einzig wichtige Punkt auf der politischen Agenda der Opposition, die sich einig war wie nie zuvor. Der gemeinsame Feind vereinte sie mehr als eine gemeinsame Ideologie, doch viele sahen in diesem Pluralismus eine Stärke und keine Schwäche. Linke würden nun Seite an Seite mit (ehemaligen) Christdemokraten kämpfen, denen sie kurz zuvor noch vorgeworfen hatten, der imperialistischen Politik der Vereinigten Staaten zu dienen.²⁰

Wenn man Jimmy Carters offenkundige Hingabe für die Achtung der Menschenrechte hätte ernst nehmen sollen, wäre seiner Regierung nichts anderes übriggeblieben, als Partei für die salvadorianische Opposition zu ergreifen oder zumindest unter keinen Umständen in den Kampf einzugreifen. Die Regierung von Carter lieferte der salvadorianischen Regierung allerdings weiterhin militärische Hilfsgüter und erinnerte sich nur gelegentlich an ihre angeblichen Grundsätze. Wenige Tage, bevor seine Amtszeit im Januar 1981 endete, ordnete Jimmy Carter an, daß El Salvador militärische Hilfsgüter in Höhe von 10 Millionen US-Dollar erhalten solle und zusätzlich amerikanische Berater nach El Salvador entsendet werden sollten. Ein Beobachter bewertete diese Entscheidung als »Präsident Carters letzten krampfhaften Versuch, sich in Bezug auf seine Außenpolitik dem Vorwurf zu entziehen, ›zu sanft‹ gegenüber den salvadorianischen Rebellen aufgetreten zu sein.« Zwei Jahre später erklärte Jimmy Carter als Privatperson:

»Momentan halte ich die Regierung in El Salvador für eine der blutrünstigen der nördlichen Hemisphäre.«²¹

Die Regierung Reagans, der der Begriff »Menschenrechte« suspekt war und ihn als eine Erfindung der Linken definierte, brauchte sich nicht zu sorgen, daß sie als »zu sanft« abgestempelt werden würde. Sie ging den Konflikt in drei Schritten an:

1. Das amerikanische Militär wurde sowohl quantitativ als auch qualitativ verstärkt in den Konflikt in El Salvador einbezogen.
2. Es wurde eine PR-Kampagne gestartet, die der Militärjunta ein persönliches Gesicht geben sollte.
3. Gleichzeitig konzentrierte sich die Berichterstattung darauf, die amerikanische Öffentlichkeit und die ganze Welt davon zu überzeugen, daß es keinerlei Legitimation für die Revolution der salvadorianischen Opposition gebe.

Die Qualen, die die salvadorianische Bevölkerung in den letzten zwei Jahrzehnten, oder sogar innerhalb der letzten 50 Jahre erlitten hatte, sollten nichts oder nur wenig mit der Revolution zu tun haben. Sie sei das Werk – grundlos und gedankenlos handelnder – »linker Terroristen«, die von der Sowjetunion, Nicaragua und Kuba unterstützt würden. Die Schuld wurde erneut den »bösen« Kommunisten zugeschoben.

Militärische Eskalation

Auch wenn viele der Linken und der Mitte davor warnten, entwickelte sich El Salvador für die Vereinigten Staaten nicht zu einem zweiten Vietnam. Unter dem Krieg in El Salvador litt wie zuvor in Vietnam die Bevölkerung. Genau wie in Vietnam wurde er mit all seinen Schrecken fortgeführt, und zwar aus dem gleichen Grund: Die Vereinigten Staaten unterstützten ein Regime – ein noch abscheulicheres als das vietnamesische – das ohne ihre Hilfe kläglich zugrunde gegangen wäre. Trotz ihrer überwältigenden militärischen Übermacht gelang der Regierung nicht viel mehr, als die Aufständischen in Schach zu halten.

Allein für Waffen gewährten die Vereinigten Staaten El Salvador zwischen 1980 und Anfang der 1990er Jahren militärische Unterstützung in Milliardenhöhe. Offiziell belief sich die Summe in der Regel auf sechs Milliarden Dollar, aber wieviel Geld wirklich geflossen ist, wird die Öffentlichkeit nie erfahren. Der Ausschuß für Waffenkontrolle und außenpolitische Angelegenheiten, ein überparteiliches Gremium von Kongreßabgeordneten, beschuldigte die Regierung Reagans Mitte der 1980er Jahre »unzureichende, irreführende und in einigen Fällen falsche Informationen« hinsichtlich der Unterstützung El Salvadors herausgeben zu haben. Eine Studie des Gremiums kam zu dem Schluß, daß die Regierung die militärische Unterstützung vorwiegend als »Entwicklungshilfe« einstuft und die tatsächlichen Ausgaben für Kriegsmaterialien, falls sie ordnungsgemäß als militärische Unterstützung aufgelistet worden waren, unter Wert angegeben hatte.²²

Hinzu kommen die Kosten für die Ausbildung von tausenden salvadorianischen Soldaten in den Vereinigten Staaten, in der Region entlang des Panama-Kanals und auch in El Salvador. Außerdem die Finanzierung von Trainingslagern, die in den vorangegangenen Jahren auf Geheiß der Vereinigten Staaten von Argentinien, Chile und Uruguay und mit militärischer Unterstützung Israels durchgeführt worden waren – eine Taktik, die von den Vereinigten Staaten auch in anderen Ländern Mittelamerikas angewendet wurde.²³

Mit Hilfe der groß angelegten Waffenlieferungen und Trainings als auch durch Gelder zur Gewährung höherer Gehälter wurden die salvadorianische Armee und weitere Sicherheitsdienste ausgebaut. 1979 bestand die Armee aus schätzungsweise sieben bis zwölftausend Mann, 1983 waren es bereits 22.000. Hinzu kamen weitere 11.000 Zivilisten im Sicherheitsdienst. Bereits drei Jahre später umfaßten diese zwei Truppen 53.000 Mann.²⁴ Die Regierung wurde unaufhörlich mit Kriegsmaterialien versorgt. Als zum Beispiel im Januar 1982 die Rebellen ca. 16 bis 18 Flugzeuge bei einem Überfall auf den Flughafen zerstörten, lieferten die Vereinigten Staaten der salvadorianischen Regierung innerhalb von Wochen 28 neue Flugzeuge.²⁵ Zu den Flugzeugen, die der salvadorianischen Regierung zur Verfügung gestellt wurden, gehörten US-amerikanische Aufklärungsflugzeuge. Diese waren mit hochentwickelten Überwachungstechnologien ausgestattet, die es ermöglichten, Bewegungen der Rebellen vor und nach Kampfhandlungen nahezu direkt zu erkennen und Angriffsziele zu bestimmen.²⁶ Die Rebellen verfügten nicht über Flugzeuge und hatten praktisch keine Flugabwehr, bis sie im November 1990 zum ersten Mal eine in der Sowjetunion hergestellte Flugabwehrrakete einsetzten.

Wie immer war es vor allem die Zivilbevölkerung, die unter Beschuß kam und Bomben als auch Napalmangriffen zum Opfer fiel, da die Rebellen besser wußten, wie sie den Attacken entkommen konnten. Unzählige Häuser wurden dem Erdboden gleichgemacht, Dörfer zerstört und ein Volk von Flüchtlingen geschaffen. Die vielen Berichte über die Massaker machen deutlich, daß die Verluste in der Zivilbevölkerung, sei es durch Luftangriffe oder Bodenkämpfe, nicht unbedingt dem Zufall zuzuschreiben sind. Im Kampf

gegen Rebellen gibt es den Grundsatz: Eliminiere die Sympathisanten und du gewinnst den Krieg.

Offiziell hatte das US-Militär nur eine beratende Funktion in El Salvador. Tatsächlich waren US-Militär und CIA seit 1980 durchgehend aktiv beteiligt. Bei Abstürzen von Helikoptern oder Flugzeugen während Aufklärungsflügen oder anderen Einsätzen über dem Kampfgebiet kamen ungefähr 20 Amerikaner ums Leben oder wurden verwundet.²⁷ Abgesehen davon diente das amerikanische Programm zur Ausbildung salvadorianischer Piloten, Bombenschützen und Richtschützen als perfekte Tarnung, da die Ausbilder während ihrer praktischen Trainingseinheiten leicht aktiv in den Kampf eingreifen konnten.

Es gibt beachtliches Beweismaterial, das ebenfalls eine Beteiligung der Vereinigten Staaten an Kampfhandlungen am Boden bestätigt. Es gab zahlreiche Meldungen, daß bewaffnete Amerikaner in Kampfgebieten gesehen worden waren.²⁸ *CBS News* berichtete, daß US-amerikanische Berater »Seite an Seite« mit den Regierungstruppen kämpfen,²⁹ und es gab Meldungen, daß weitere Amerikaner, angeblich Söldner, im Kampf gefallen seien.³⁰ Es ist nicht bekannt, wie viele amerikanische Söldner in El Salvador kämpften. Lawrence Bailey, ein ehemaliges Mitglied der US-amerikanischen Marine, berichtete allerdings, daß er zu einem Team von 40 amerikanischen Berufssoldaten gehörte, die von wohlhabenden, in Miami wohnhaften, salvadorianischen Familien bezahlt wurden, um zu vermeiden, daß ihre Plantagen von Rebellen übernommen wurden.³¹

In der Untersuchung der Iran-Contra Affäre wurde 1987 enthüllt, daß bis 1985 mindestens eine paramilitärische Truppe der CIA die Spezialeinheiten der salvadorianischen Armee organisierte und sie in Kampfgebiete führte, um Rebellen aufzuspüren und Luftangriffe anzuordnen.³²

Diese Enthüllungen wiesen darauf hin, daß die Vereinigten Staaten regelmäßig, wenn nicht sogar ständig an den anhaltenden Kampfhandlungen beteiligt waren. Im September 1988 wurde berichtet, daß militärische Berater der Vereinigten Staaten in ein Gefecht der salvadorianischen Armee und den Rebellen gerieten und »aus Notwehr« das Feuer auf die Rebellen eröffneten.³³

Inwieweit die militärische Operation in den Händen der Vereinigten Staaten lag, zeigt sich vielleicht am besten durch einen Auszug eines Interviews, das Präsident Duarte, einer der wenigen christdemokratischen Anführer der ersten Stunde, die immer noch für die Regierung arbeiteten, 1984 dem *Playboy Magazin* gab:

Playboy: Sagen Ihnen die militärischen Berater der Vereinigten Staaten, wie sie den Krieg führen sollen?

Duarte: Das ist das Problem, nicht wahr? Das Kernproblem ist, daß, die Hilfsmittel, die wir beziehen, an Bedingungen geknüpft sind. Somit entscheiden die Vereinigten Staaten und nicht wir, wie sie eingesetzt werden. Sie entscheiden darüber, wie viele Flugzeuge oder Helikopter gekauft werden, wie wir unser Geld ausgeben, wie viele Laster, Geschosse und welche Kaliber und wie viele Paar Stiefel wir brauchen und wo wir unsere Prioritäten setzen [...] und die Gelder werden in den Vereinigten Staaten ausgegeben. Wir sehen keinen Pfennig von dem Geld. Alle Güter, die wir beziehen, sind bereits bezahlt.³⁴

In Duartes früherem Leben als Oppositioneller der Regierung ging er mit den Yankees noch etwas härter ins Gericht. 1969 erklärte er, daß die Politik der Vereinigten Staaten in Mittelamerika darauf ausgerichtet sei,

»die mittelamerikanischen Staaten an internationale Abkommen zu binden, von denen die Vereinigten Staaten in der nördlichen Hemisphäre als auch weltweit am meisten profitieren. Die [Nordamerikaner] predigen uns die Demokratie, während sie weltweit Diktaturen unterstützen.«³⁵

Duarte schien jedoch seine Ideologie flexibel an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Irgendwann in den 1970ern, wenn nicht schon früher, arbeitete er verdeckt für den CIA und ließ ihm Informationen zukommen.³⁶

Die menschliche Seite

Am 28.01.1982 bestätigte Präsident Reagan dem amerikanischen Kongreß, daß die Regierung von El Salvador »mit vereinten Kräften versuche, die international anerkannten Menschenrechte zu achten«, daß sie »im Wesentlichen die Kontrolle über sämtliche Truppen der eigenen Armee gewonnen habe, so daß die salvadorianische Bevölkerung nicht länger der Gewalt und den Morden der salvadorianischen Armee zum Opfer fielen.« Diese Worte waren erforderlich, damit der Kongreß weiterhin Waffenlieferungen und der Entsendung amerikanischer Militärangehöriger zustimmte.

Zwei Tage zuvor hatten amerikanische und ausländische Medien berichtet, daß im Dezember 1981 Regierungstruppen an einem Massaker der Bewohner des Dorfes El Mozote beteiligt gewesen seien, bei dem zwischen 700 und 1000 überwiegend ältere Menschen, Frauen und Kinder ermordet worden waren.³⁷ Als 1993 ein langer und sehr detaillierter Bericht über diesen Vorfall erschien, wurde klargestellt, daß es sich um eines der scheußlichsten und grausamsten Massaker des 20. Jahrhunderts handelte. Die eingesetzten Bodentruppen standen ihren Opfern direkt gegenüber. Sie stachen mit Macheten auf ihre Opfer ein, bis sie starben, viele wurden geköpft, ein Kind wurde in die Luft geworfen und mit einem Bajonett wieder aufgefangen, es kam zu einer Massenvergewaltigung sehr junger Mädchen, die anschließend ermordet wurden [...] »Wenn wir sie [die Kinder] jetzt nicht töten, wachsen sie zu Rebellen heran«, schrie ein Militäroffizier einem Soldaten, der sich dem Befehl widersetzte, entgegen [...] der Gipfel des Antikommunismus.³⁸

Zwei Tage, nachdem der Präsident seine Ansprache vor dem Kongreß gehalten hatte, erfuhr die Welt, daß salvadorianische Soldaten mitten in der Nacht ca. 20 Menschen aus ihren Betten gerissen, sie gefoltert und umgebracht hatten und zwischendurch noch Zeit fanden, einige Mädchen im Teenager-Alter zu vergewaltigen.³⁹

Im selben Monat hatte die *New York Times* bereits ein Interview mit einem Deserteur der salvadorianischen Armee veröffentlicht, in dem dieser von einer Trainingseinheit, in der grausame Foltermethoden an Teenagern demonstriert wurden, berichtete. Er erklärte, daß sie im Beisein von acht militärischen Beratern der Vereinigten Staaten, unter ihnen angeblich Green Berets, durchgeführt wurden. Wenn ihr zuschaut, »werdet ihr euch wie richtige Männer fühlen«, spornete ein salvadorianischer Offizier seine Rekruten an und fügte noch hinzu, daß sie »kein Mitleid« haben, sondern ausschließlich »Haß für die Feinde unseres Landes empfinden« sollten.⁴⁰ Ein anderer Salvadorianer, ein ehemaliges Mitglied der nationalen Garde, sagte später aus:

»Ich gehörte einer 12-köpfigen Truppe an. Wir waren auf Folter spezialisiert und darauf, Menschen aufzuspüren, die unseren Informationen zufolge Rebellen waren. Ich wurde neun Monate in Panama von [nicht hörbar] den Vereinigten Staaten für den Kampf gegen die Rebellen ausgebildet. In einem Teil der Ausbildung wurden uns Foltermethoden beigebracht.«⁴¹

Offiziere der Nationalgarde wurden ebenfalls in den Vereinigten Staaten ausgebildet. Im August 1986 berichtete *CSB Television*, daß drei hochrangige Offiziere der Nationalgarde, die Verbindungen zu den rechten Todesschwadronen hatten, an der Polizeiakademie in Phoenix ausgebildet werden.⁴² 1984 berichtete Amnesty International, daß sie:

»regelmäßig, oft täglich Berichte erhielten, die beweisen, daß die offiziellen Sicherheits- und Militäreinheiten der salvadorianischen Regierung für Folter, »das Verschwinden« von und Morden an Zivilisten aus allen Schichten der salvadorianischen Gesellschaft, die nicht am Kampf beteiligt waren, verantwortlich sind. [...] Einige Krankenhauspatienten wurden angeblich aus ihren Betten oder von den Operationstischen geholt, gefoltert und ermordet [...] Diejenigen, die die Haft oder Verhöre überlebten, berichten, daß Schläge, sexueller Mißbrauch, der Einsatz von Chemikalien – um die Häftlinge zu desorientieren – simulierte Hinrichtungen und das Verätzen der Haut mit Salzsäure zu den Foltermethoden gehören.«⁴³

In Anbetracht dieses und vieler anderer inhaltlich ähnlicher Berichte⁴⁴ kann anerkennend festgestellt werden, daß die Regierung von Reagan nun Überzeugungsarbeit leisten und einige Tricks anwenden mußte, um den zunächst zögerlichen Kongreß dazu zu

bringen, El Salvador weiterhin militärische Unterstützung zu gewähren. So kam es, daß die Regierung im März 1984 einen Antrag auf militärische Unterstützung an eine Hilfslieferung von Nahrungsmitteln für hungernde Menschen in Afrika koppelte.⁴⁵ Einige Tage später beantragte sie die Unterstützung der nicaraguanischen Contras und koppelte diesen Antrag an ein Gesetz, das festlegte, daß in Notfällen die armen Bevölkerungsschichten in jenen Regionen der Vereinigten Staaten, die harten Wintern ausgesetzt sind, mit Kraftstoff versorgt werden.⁴⁶

Todesschwadronen führten Exekutionen durch [...] die Massaker der Armee [...] die Legion der Verschwundenen [...] insgesamt waren Zehntausende betroffen. Die Todesschwadronen waren auch in den Vereinigten Staaten aktiv. 1987 wurden einige Amerikaner und Salvadorianer, die in Los Angeles lebten und mit Flüchtlingen zusammenarbeiteten oder sich aktiv gegen die militärische Unterstützung der Vereinigten Staaten an El Salvador aussprachen, ermordet. Luis Olivares, ein katholischer Priester, der einer Bewegung (sanctuary movement) angehörte, die Flüchtlingen Schutz vor der Einwanderungsbehörde gewährte, erhielt einen anonymen Brief, der mit »EM« unterzeichnet war. Die Türen oder Häuser der Menschen, die in El Salvador angegriffen wurden, trugen oft die Initialen »EM«, die für Escuadrón Muerto – Todesschwadron – standen.⁴⁷

Im Juli 1987 wurde die Salvadorianerin Yanira Corea, die bereits Drohanrufe und Drohbriefe erhalten hatte, vor dem Büro des Committee in Solidarity with the People of El Salvador (CISPES) – ein Komitee, daß sich solidarisch mit der salvadorianischen Bevölkerung zeigte – in Los Angeles entführt. Yanira Corea wurde mit vorgehaltenem Messer von zwei Männern mit einem ihr zufolge salvadorianischen Akzent gezwungen, in einen Kleinbus einzusteigen. Die Männer fragten sie über ihre politischen Aktivitäten und Kollegen aus, ritzten ihre Hände auf, verbrannten auf ihren Fingern Zigaretten, nötigten sie mit einem Stock und vergewaltigten sie schließlich. Einen Monat zuvor war sie gemeinsam mit ihrem dreijährigen Sohn nur knapp einer Entführung entgangen. Andere Aktivisten beklagten, daß ihre Autos mutwillig zerstört worden waren.⁴⁸

Während der Amtszeit von Reagan führte das FBI über mehrere Jahre eine Untersuchung der CISPES auf Bundesebene durch. In dieser Zeit wurde häufig in die Büros der Organisation eingebrochen. Abgesehen von Akten wurden allerdings keine Wertgegenstände gestohlen. »In der momentanen Situation ist es zwingend notwendig einen Angriffsplan gegen CISPES vorzubereiten [...]« heißt es in einem Fernschreiben des FBI, das später veröffentlicht wurde.⁴⁹

In den 1980ern Jahren ermahnten amerikanische Regierungsvertreter die Regierung von El Salvador immer wieder, die Menschenrechte zu achten. Sie berichteten dem Kongreß, daß sich die Menschenrechtssituation in El Salvador gebessert habe oder erzählten der Welt, daß es ohne die Hilfe der Vereinigten Staaten viel schlimmer um die Menschenrechte in El Salvador bestellt wäre. Mehr Zeit verbrachten die Vereinigten Staaten jedoch damit, die militärischen und paramilitärischen Truppen, die die Greuelthaten verübten, aufzubauen. Oberst Roberto Eulalio Sanitbáñez, ein ehemaliges Mitglied der salvadorianischen Armee, der ein hochrangiges Amt bei der Sicherheitspolizei innegehabt hatte, bestätigte 1984 in einem Interview der *New York Times* all denjenigen, die immer noch Zweifel hatten, daß das Netzwerk der Todesschwadronen von hochrangigen Vertretern der salvadorianischen Regierung ins Leben gerufen worden war und immer noch von ihnen geleitet wurde. Er enthüllte ebenfalls, daß einer dieser Vertreter, Oberst Nicolás Carranza, der Chef einer Polizeieinheit, die »lange als eine der am brutalsten und am wenigsten disziplinierten Einheiten der salvadorianischen Sicherheitskräfte galt«, innerhalb der letzten fünf oder sechs Jahre jährlich mehr als 90.000 US-Dollar von der CIA bezogen habe.

Auch wenn die Vereinigten Staaten wußten, daß es Verbindungen zwischen einigen Mitgliedern der besagten Polizeieinheit und den Aktivitäten der Todesschwadronen gab, gewährten sie ihnen weiterhin Ausbildung und Gerätschaften.⁵⁰

Vizepräsident Dan Quayle erklärte der Militärführung 1989 bei einem Besuch in San Salvador, daß dem Morden der Todesschwadronen ein Ende gesetzt werden und das Militär die Menschenrechte achten müsse. Zehn Tage später überfiel das von den Verei-

nigten Staaten ausgebildete Atlacatl Bataillon, dem angeblich durchgehend ein amerikanischer Ausbilder angehörte, ein Lazarett der Rebellen. Mindestens zehn Menschen – unter ihnen fünf Patienten, ein Arzt und eine Krankenschwester – wurden ermordet und mindestens zwei der weiblichen Opfer wurden vergewaltigt, bevor man sie erschoss. Im Nachhinein erklärten Personen aus Militärkreisen, daß Quayles Warnung nicht ernstgenommen wurde und daß seine Erklärung ausschließlich dazu gedient habe, den amerikanischen Kongreß und die amerikanische Öffentlichkeit zu besänftigen.⁵¹

In einem Interview in den CBS-Abendnachrichten im Oktober 1989 berichtete César Vielman Joya Martinez, ein ehemaliges Mitglied der salvadorianischen Armee, daß er und weitere Mitglieder seiner Truppe – dem Geheimdienst der 1. Brigade der Armee – einer geheimen Todesschwadron angehört hatten. Zwei amerikanische der Einheit zugeleitete Militärberater seien, auch wenn sie sich geweigert hatten, sich Details anzuhören, über die Überfälle informiert gewesen. Die Berater unterstützten die Truppe finanziell, so daß zwei Privatfahrzeuge, die für die Einsätze der Todesschwadronen genutzt wurden, und ein Haus, das als geheimer Stützpunkt und Waffenlager diente, unterhalten werden konnten. In weiteren Interviews mit der amerikanischen Presse erklärte Joya Martinez, daß die Berater unter den Decknamen Mauricio Torres und Raul Antonio Lazo arbeiteten, seine Einheit von April bis Juli 1989 74 Anschläge auf salvadorianische Dissidenten verübt habe und er selbst beteiligt gewesen sei, acht Menschen zu Tode zu foltern. Hinsichtlich der im November 1989 in El Salvador verübten tödlichen Bombenanschläge auf staatsfeindliche Organisationen (ein Gewerkschaftsgebäude und eine Organisation der Mütter von Verschwundenen) fügte er hinzu, daß US-Berater seine Truppe unterrichtet haben, wie man mit Sprengsätzen umgeht. Auch wenn die salvadorianische Botschaft in Washington jegliche Verbindung zu den Todesschwadronen abstrikt, bestätigte sie, daß »Joya Martinez ein Mitglied des Geheimdienstes der 1. Brigade war.«⁵²

Im Juli 1990 erklärte ein Assistent von Joseph Moakley, Abgeordneter im Repräsentantenhaus (D-Mass.) und Leiter einer Sonderkommission für El Salvador:

»Es ist schon sehr merkwürdig, daß Joya Martinez sich seit letztem August in den Vereinigten Staaten aufhält, jede Menge Interviews gegeben hat, festgenommen wurde und die Regierung es nicht für notwendig empfunden hat, ihn zu verhören – es sei denn, sie ist gar nicht daran interessiert, irgendetwas herauszufinden.«⁵³

Am 12.07.1990 war Joya Martinez festgenommen worden, da er illegal in die Vereinigten Staaten eingereist war, nachdem man ihn sechs Jahre zuvor ausgewiesen hatte. Nach einem langwierigen Rechtsstreit wurde er im Oktober 1992 erneut nach El Salvador ausgewiesen. Seine Helfer in den Vereinigten Staaten äußerten sich besorgt, daß sein Leben in El Salvador gefährdet sei, worauf ein Vertreter des Außenministeriums erklärte, vermutlich ohne die Mine zu verziehen, daß Joya Martinez »gestanden hat, Menschen umgebracht und gefoltert zu haben und, daß es seinen Opfern gegenüber respektlos wäre, ihm dabei zu helfen, sich seinem Prozeß zu entziehen.«⁵⁴

Ein paar Wochen, nachdem sich Joya Martinez an die amerikanische Öffentlichkeit gewandt hatte, wurde eines der grausamsten Verbrechen in diesem Krieg, der ein grausames Verbrechen nach dem anderen mit sich brachte, verübt. Sechs Jesuitenpriester der University of Central America in El Salvador wurden zusammen mit ihrer Haushälterin und deren kleiner Tochter kaltblütig in ihrem Haus auf dem Campus erschossen. Eine Zeugin, Lucia Barrera de Cema, die die Täter nicht bemerkten, berichtete, daß fünf bewaffnete, uniformierte Männer die Morde verübt haben. Die salvadorianische Armee, der die römisch-katholischen Kirche häufig vorwarf, die Menschenrechte zu mißachten, stand selbstverständlich sofort unter Verdacht.

Da dieses Verbrechen in den Vereinigten Staaten und weltweit großes Aufsehen erregte und aufs Schärfste verurteilt wurde – u.a. wurde die zuvor genannte Sonderkommission des Kongresses gegründet –, wurden zwei Monate später neun Offiziere und freiwillige Rekruten festgenommen. Sie gehörten einem Kommando des Atlacatl-Bataillon an. Später stellte sich heraus, daß sieben von ihnen nur zwei Tage vor den Morden an einer

Kampfführung in El Salvador teilgenommen hatten, die von den US Special Forces (Green Berets), einer amerikanischen Spezialeinheit, überwacht worden war.

Fast zwei Jahre verstrichen, bis ein Urteil zu diesem Verbrechen erging. Zwei Offiziere mit relativ niedrigem Dienstgrad wurden verurteilt; ihre Vorgesetzten, die den Befehl erteilten, blieben verschont. Nichtsdestotrotz war dies ein Erfolg für ein Land, in dem Todesschwadronen des Militärs hunderttausende Menschen ermordeten und kein einziger Offizier jemals hierfür vor Gericht kam, geschweige denn für Mord oder Mißachtung der Menschenrechte verurteilt wurde. Die salvadorianische Armee duldet, daß die Offiziere vor Gericht kamen, da der Kongreß nur dann der Fortführung der militärischen Unterstützung zustimmen würde, falls die Mörder verurteilt werden würden.

In diesen zwei Jahren als auch nach der Verurteilung versuchten Vertreter der Bush-Regierung anscheinend, die Untersuchungen zu behindern und Ergebnisse zu vertuschen, indem sie:

1. Lucia Barrera de Cema massiv einschüchterten und sie als Lügnerin darstellten;
2. dem salvadorianischem Gericht die Herausgabe von für den Prozeß relevanten Akten verweigerte und dies mit der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten begründeten. Mit der gleichen Begründung verweigerten sie Journalisten, die gemäß dem Freedom of Information Act – ein Gesetz, das jedem Bürger das Recht zuspricht, Dokumente der Regierung der Vereinigten Staaten einzusehen – stichhaltiges Beweismaterial;
3. lange der Befragung von Eric Buckland – ein in El Salvador stationierter Major der US-amerikanischen Armee, der kurz nach den Morden von Oberst Carlos Aviles erfuhr, daß die salvadorianische Armee für die Morde verantwortlich sei – durch den untersuchenden Richter nicht zustimmten und er schließlich nur unter bestimmten Bedingungen verhört werden durfte. Letztendlich wurde er davor bewahrt, alle Fakten preiszugeben;
4. Buckland in Verhören so sehr bedrängten, daß er anscheinend einen Nervenzusammenbruch erlitt;
5. die Befehlsführer der salvadorianischen Armee unverzüglich darüber informierten, welche Informationen Aviles an Buckland weitergeleitet hatte (wofür Aviles bezahlen mußte).

Pater Charles Beime, Kodirektor der jesuitischen Universität, erklärte 1991, daß »die Amerikaner ständig helfen, die Oberbefehlshaber [der salvadorianischen Armee] zu decken. Sie haben Angst, daß das ganze Kartenhaus zusammenbricht, wenn die Untersuchungen fortgeführt werden.« Ein Jahr später beklagten die Beauftragten der Vereinten Nationen immer noch, daß es sehr lange dauere, bis die Vereinigten Staaten essentielle Informationen über die Angelegenheit herausgäben.⁵⁵

Die politischen und militärischen Kampagnen der Rebellen waren weitaus weniger grausam ausgerichtet als die der salvadorianischen Regierung. *Newsweek* berichtete 1983, wenn die Rebellen »eine Stadt einnehmen, behandeln sie die Zivilisten gut, bezahlen für Nahrungsmittel und versuchen so wenig wie möglich zu zerstören. Sie haben begonnen, die meisten Gefangenen der Regierungstruppen freizulassen, was dazu beiträgt, daß andere Soldaten davon überzeugt werden, daß es sich lohnt, sich zu ergeben, anstatt bis zum bitteren Ende zu kämpfen.«⁵⁶ In letzter Zeit wurden Zivilisten von den Rebellen allerdings zunehmend rauer behandelt, vor allem diejenigen, die verdächtigt wurden, die Regierung zu informieren oder anderweitig mit ihr zusammenzuarbeiten, oder jene, die sich weigerten mit den Rebellen zu kooperieren. Berichten zufolge wurden einige Bauern zur Strafe aus ihren Dörfern und von ihren Parzellen vertrieben. Einige Dorfbürgermeister wurden ermordet und junge Männer wurden von den Rebellen zwangsrekrutiert.

Da die salvadorianische Regierung oftmals Fehlinformationen über die Rebellen herausgegeben hatte, sind Berichte über das schonungslose Verhalten der Rebellen allerdings

mit Vorsicht zu genießen. Der folgende Fall ist aufschlußreich (siehe Verweise auf weitere Beispiele). Im Februar 1988 stand in der *New York Times* zu lesen:

»Dorfbewohner berichten, daß Rebellen zwei Bauern öffentlich hingerichtet haben, [...] weil sie neue Wahlkarten beantragt und erhalten haben. Den Aussagen der Dorfbewohner zufolge steckten die Rebellen [den beiden Männern], nachdem sie sie hingerichtet hatten, die Wahlkarten in ihre Mäuler, um die Anderen abzuschrecken und sie somit davon abzuhalten, wählen zu gehen.«⁵⁷

Die Geschichte wurde in einer Broschüre des Außenministeriums gedruckt, um aufzuzeigen, »welche Formen der Einschüchterung und terroristischen Methoden« die Rebellen anwendeten. Die Broschüre wurde dem Kongreß, Zeitungsredaktionen und anderen Meinungsmachern zugestellt. Es stellte sich jedoch heraus, daß die Geschichte von einem Propagandaexperten der salvadorianischen Armee erfunden und in der salvadorianischen Zeitung *El Mundo* veröffentlicht worden war. Ein Reporter der *New York Times* griff diese Story auf, bearbeitete sie und hinterließ den Eindruck, daß er Dorfbewohner, die bei dem Vorfall dabei gewesen waren, interviewt habe, anstatt die Story als Militärpropaganda abzutun, wie es *El Mundo* getan hatte. Der Artikel wurde später von der *Times* widerrufen.⁵⁸

Ausländische Drahtzieher

»Manchmal ist es wirklich Sisyphusarbeit«, erklärte im März 1982 ein hochrangiger Vertreter der Regierung Reagan, der an der Entwicklung von Leitlinien für die Mittelamerika-Politik der Vereinigten Staaten mitarbeitete. »Wenn wir unsere Politik erklären oder rechtfertigen wollen, ist es, als ob wir versuchten einen Stein einen Berg hinaufzurollen. Und jedes Mal wenn wir den Gipfel fast erreicht haben, überrollt uns der Stein wieder und wirft uns zurück.«⁵⁹

Zwei Wochen zuvor behauptete Außenminister Alexander Haig, daß die Vereinigten Staaten »stichhaltiges und unwiderlegbares« Beweismaterial hätten, daß ausländische Rebellen die salvadorianische Bevölkerung beeinflussten. Haig war allerdings nicht bereit, Details über dieses Beweismaterial preiszugeben, da dies die Informanten gefährden würde. Als zwei Tage später seine Äußerungen angezweifelt wurden, bestand er darauf, daß die Vereinigten Staaten »unanfechtbares« Beweismaterial hätten, daß Nicaragua und Kuba an den Operationen in El Salvador maßgeblich beteiligt seien. Auffälligerweise war just ein Tag zuvor ein nicaraguanischer Soldat in El Salvador festgenommen worden. Nach Angaben der mexikanischen Botschaft in San Salvador stellte sich heraus, daß der besagte Mann ein Student war, der von Nicaragua aus auf dem Landweg zurück nach Mexiko – zurück an die Universität – reiste, da er sich den Flug nicht leisten konnte.⁶⁰

In der folgenden Woche wurde ein Nicaraguaner im Kampf mit Rebellen festgenommen. Er erklärte der amerikanischen Botschaft und den Vertretern der salvadorianischen Armee, daß er in Kuba und Äthiopien ausgebildet und von der nicaraguanischen Regierung entsandt worden sei. Dies erregte im Außenministerium verständlicherweise viel Aufsehen. In Washington wurde mit dem jungen Mann eine Pressekonferenz abgehalten, auf der er erklärte, daß er nie in Kuba oder Äthiopien gewesen sei und sich freiwillig den Rebellen angeschlossen habe. Seine ursprüngliche Aussage habe er getroffen, als ihm die salvadorianischen Verantwortlichen Gewalt zugefügt hätten. Er habe nie einen anderen Nicaraguaner oder Kubaner in El Salvador getroffen und bestritt, daß Nicaragua die Rebellen unterstütze.⁶¹

»Außerdem gab es zwei Überläufer der nicaraguanischen Luftwaffe«, schrieb das *Time Magazin* zur gleichen Zeit, »die Stellung zur Beteiligung ihres Landes in El Salvador beziehen sollten, allerdings am Ende der Woche nicht in der Lage gewesen seien, der Presse gegenüberzutreten.« Der Titel der Story im *Time Magazin* lautete: »Viel Show, aber keine Fakten: Die Vereinigten Staaten verspielen die Beweise für ausländische Beteiligung in El Salvador.«⁶²

Im Januar 1981 enthüllten US-amerikanische Diplomaten, daß fünf Bote mit hundert »stark bewaffneten, gut ausgebildeten Rebellen«, die angeblich aus Nicaragua kamen,

in El Salvador eingelaufen seien. Sie wußten, daß die Boote aus Nicaragua gekommen seien, »weil sie aus dem Holz von Bäumen, die in El Salvador nicht vorkommen, gemacht worden waren.«⁶³ Allerdings wurde keiner der hundert Eindringlinge jemals gesichtet – weder tot noch lebendig.

Hundert schien die magische Zahl der Regierung von Reagan zu sein. Laut eines hochrangigen Vertreters des amerikanischen Außenministeriums kam im Herbst 1981 eine hundert Mann starke Kampftruppe über Nicaragua nach El Salvador. »Sie wurden heimlich eingeschleust und waren verantwortlich für Operationen in El Salvador.«⁶⁴ Wo genau sich diese Kubaner aufhielten und welche Aktionen sie durchführten, wurde ebenfalls nie aufgeklärt.

Außerdem ging die Meldung um die Welt, daß sowjetische und chinesische Waffen bei den Rebellen gefunden und sichergestellt worden seien. Dies sollte ein weiterer Beweis dafür sein, daß die Rebellen aus dem Ausland, genau genommen von kommunistischen Ländern, unterstützt wurden.⁶⁵ Der Waffenfund mag tatsächlich stattgefunden haben – auch wenn die CIA Lagerhallen unterhielt, die gefüllt waren mit kommunistischen Waffen jeglichen Kalibers und für jeglichen Zweck. Aber was sollte man davon halten, daß einen Monat später die Vereinigten Staaten einräumten, daß auch amerikanische, israelische, belgische und deutsche Waffen bei den Rebellen gefunden worden waren?⁶⁶ Es ist unumstritten, daß der globale Waffenhandel ein frei zugänglicher und reger Markt ist. Im benachbarten Honduras z.B. nutzten die von den Vereinigten Staaten unterstützten Contras in der Sowjetunion hergestellte Raketen, um die von Nicaragua eingesetzten und in der Sowjetunion hergestellten Helikopter abzuschießen.⁶⁷ Außerdem kassierten die salvadorianischen Rebellen Waffen der Regierungstruppen ein, und behaupteten, daß sie auch Waffen von korrupten Offizieren der salvadorianischen Armee kauften – ein Handel, der auch in anderen mittelamerikanischen Guerillakriegen üblich war. Eine von der *New York Times* zitierte Quelle untermauerte die Behauptungen der Rebellen.⁶⁸

Das WHITE PAPER war das zentrale Dokument, mit der die Regierung Reagan beweisen wollte, daß die Revolution in El Salvador auf einer internationalen Verschwörung basiere. Es wurde einen Monat, nachdem Reagan sein Amt angetreten hatte, veröffentlicht und bezog sich im Wesentlichen auf angeblich »sichergestellte Guerilla-Dokumente« von denen einige dem Bericht beigelegt waren. Nachdem das WHITE PAPER von verschiedenen Seiten geprüft worden war, bestanden erhebliche Zweifel, ob der Bericht auf Fakten beruhte. Jonathan Kwitny veröffentlichte zum Beispiel im *Wall Street Journal* ein Interview mit John D. Glassmann, einem Vertreter des Außenministeriums, der maßgeblich für das WHITE PAPER verantwortlich war. Herr Glassmann räumte ein: Teile des Berichts sind möglicherweise »irreführend« und »übertrieben.« Der Bericht ist »fehlerhaft« und enthält »bloße Vermutungen.« Das *Wall Street Journal* schrieb:

»Eine genaue Untersuchung weist daraufhin, daß, wenn Herr Glassmann untertrieben habe, dann habe er damit untertrieben, daß das WHITE PAPER fehlerhaft sei und bloße Vermutungen enthalte.«

Zu den vielen Mängeln des Berichtes, die im Artikel beschrieben wurden, zählte unter anderem, daß:

»Herr Glassmann einräumt, daß die Statistiken über Waffen, die nach El Salvador geliefert wurden, wahrscheinlich direkt aus den Dokumenten übernommen worden seien und auf Hochrechnungen basieren. Und wenn man den Bericht kritisch liest, sieht es ganz danach aus. Viele der im WHITE PAPER enthaltenen Informationen gehen nicht annähernd aus den Dokumenten hervor.«⁶⁹

Es wurde nicht nur in Frage gestellt, wie präzise die Informationen im WHITE PAPER waren, sondern auch, ob die Dokumente an sich echt waren. Dies kommentierte Robert White, ein ehemaliger Botschafter in El Salvador, der von Reagan abgesetzt worden war, weil er sich zu sehr für Menschenrechte und Reformen ausgesprochen hatte:

»Die Tatsache, daß diese Dokumente so wenig bewiesen, war der einzige Grund, warum ich glaubte, daß sie echt waren.«⁷⁰

Als Präsident Duarte gedrängt wurde, sich zu äußern, welche Beweise seine Regierung habe, daß Nicaragua eingreife, verweigerte er die Aussage und begründete dies damit, daß ihm die Welt ohnehin nicht glauben werde.⁷¹ Präsident Reagan hatte allerdings »Beweise«: Daß ausländische Drahtzieher an dem Konflikt beteiligt seien, erklärte er damit, daß Demonstranten in Kanada »die gleichen Plakate« wie die Demonstranten in den Vereinigten Staaten empor hielten: »USA Raus Aus El Salvador.«⁷²

Im Wesentlichen hatte dies nichts mit dem Konflikt zu tun. Revolutionen werden nicht exportiert wie Seife. Wir wußten, unter welchen Bedingungen die salvadorianische Bevölkerung jahrzehntelang gelebt hatte. Die Lebensbedingungen führten schließlich dazu, daß die salvadorianische Bevölkerung die Waffen erhob. Botschafter Robert White, der kein Verfechter des Rebellenkampfes war, erklärte:

»In El Salvador kam es zur Revolution, weil dort eine der eigennützigsten Oligarchien, die es jemals gegeben hatte, zusammen mit einem korrupten Sicherheitsdienst regierte. Auch wenn Kuba nicht existiert hätte, wäre es in El Salvador zu diesem revolutionären Aufstand gekommen.«⁷³

Die Behauptung der Vereinigten Staaten, daß der Ostblock die Rebellenbewegung unterstütze, »zeigt deutlich, mit welcher Ignoranz sie unserer Bewegung gegenübertraten«, erklärte 1981 Salvador Samayoa, der ehemalige Minister für Bildung und Erziehung, der sich den Rebellen angeschlossen hatte. Er wies darauf hin, daß drei der fünf Rebellengruppen, die zusammen die Farabundo Marti National Liberation Front (FMLN) – eine nationale Befreiungsfront – bildeten, sich »stark gegen die Sowjetunion« richteten. Samayoa fügte hinzu:

»Wenn man behauptet, daß wir von Kuba angeführt werden, weil wir Beziehungen zu Kuba haben, ist das so, als ob man sagen würde, wir sind eine christliche Bewegung, weil uns die Kirche großzügig unterstützt. Die Vereinigten Staaten sollen uns nicht als kommunistische Revolutionäre wahrnehmen, sondern als ein Volk, das ums Überleben kämpft.«⁷⁴

Trotz der amerikanischen Bootspatrouillen im Golf von Fonseca (der zwischen El Salvador und Nicaragua liegt), AWACS-Beobachtungsflügen über der Karibik, unzähliger Luftaufnahmen, trotz eines groß angelegten, amerikanischen Radarsystems in Honduras, das von 50 Technikern des amerikanischen Militärs betrieben wurde, trotz der hochwertigsten und modernsten elektronischen Überwachungsgeräte und all den Informanten, die sich die CIA kaufen konnte⁷⁵ – trotz allem gelang es der Regierung von Reagan nicht, zu beweisen, daß weder Nicaragua oder Kuba noch die Sowjetunion, Vietnam, die PLO, Äthiopien oder andere Länder, die von Zeit zu Zeit der Lieferung von Kriegsmaterialien beschuldigt wurden, die salvadorianische Revolution mit Waffen unterstützten.

Die Menge der Kriegsmaterialien, die die salvadorianischen Rebellen tatsächlich aus dem Ausland bezogen, war zwangsweise limitiert, da die Rebellen nur gelegentlich die Möglichkeit hatten, sie mit kleinen Lastern oder Booten zu transportieren. Sie stand allerdings in keinem Vergleich zu der Menge der Kriegsmaterialien, die die Vereinigten Staaten mittels Schiffen und Flugzeugen an die salvadorianische Regierung lieferten. Die Vereinigten Staaten hatten der salvadorianischen Revolution rücksichtslos den Krieg erklärt und drohten sogar noch Schlimmeres an. Im April 1991 verkündete General Colin Powell, Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff, des Vereinten Generalstabs, daß, »falls es notwendig sein wird, kann [der Bürgerkrieg in El Salvador] so wie der Konflikt am Persischen Golf gelöst werden.«⁷⁶

Anfang 1992 wurde der Krieg offiziell beendet, nachdem eine Kommission der Vereinten Nationen nach eineinhalbjährigen Verhandlungen schließlich die Kriegsparteien dazu bewegen konnte, sich mit einem Waffenstillstand einverstanden zu erklären und ein Friedensabkommen zu unterzeichnen. Eine Großoffensive der Rebellen Ende 1989 – aufgrund der auch wohlhabende Viertel und Amerikaner in der Hauptstadt den Krieg zu spüren bekamen – zeigte den Vereinigten Staaten und ihren salvadorianischen Verbündeten erneut, daß der Krieg nicht zu gewinnen war. Im Februar 1990 verkündete General Maxwell Thurman, Befehlshaber des US-Southern Command, dem Kongreß, daß die

Regierung in El Salvador nicht in der Lage sei, die Rebellen zu bezwingen und Verhandlungen die einzige Möglichkeit seien, den Krieg zu beenden.⁷⁷ Abgesehen davon entzog das absehbare Ende des Kalten Krieges den Vereinigten Staaten die Grundlage für ihr Eingreifen und sorgte eventuell auch dafür, daß sie ihr Ziel, den »Kommunismus« in El Salvador zu bezwingen, weniger verbissen verfolgten. Zur gleichen Zeit scheute sich der Kongreß immer häufiger, die salvadorianische Regierung weiterhin mit Kriegsmaterialien zu unterstützen. Besonders deutlich zeigte sich dies nach der Ermordung der jesuitischen Priester 1989.

Eine der vielen Bedingungen des komplexen Friedensabkommens bestand darin, daß die Vereinten Nationen eine Wahrheitskommission »zur Untersuchung der schlimmsten Gewaltverbrechen seit 1980« einberufen sollten. Im März 1993 veröffentlichte die Kommission einen Bericht. Sie kam u.a. zu folgendem Ergebnis:

Die von der Regierung und der Elite des Landes unterstützten militärischen Truppen waren im Bürgerkrieg vorrangig verantwortlich für Massaker, Hinrichtungen, Folter und Entführungen. Diese Verbrechen konnten nicht als kriegsbedingte Handlungen abgetan werden, sondern wurden vorsätzlich aus ideologischer Überzeugung begangen.

Die Kommission forderte die Entlassung von mehr als 40 hochrangigen Vertretern des Militärs, u.a. auch die von Verteidigungsminister General Rene Emilio Ponce, der sehr lange ein Verbündeter der amerikanischen Regierung gewesen war. Die Kommission hatte ermittelt, daß sie die Befehle erteilt hatten, die zur Ermordung der Priester führte, und beschloß, daß keiner von ihnen jemals wieder in den Militär- oder Sicherheitsdienst aufgenommen werden und ihnen zehn Jahre lang die Aufnahme von anderen öffentlichen oder politischen Ämtern verwehrt bleiben sollte.

Regierungsmitglieder und Bürokraten, die Menschenrechte mißachtet oder solche Verbrechen vertuscht hatten, wurden ebenfalls entlassen. Auch ihnen sollte die Ausübung eines öffentlichen Amtes für zehn Jahre verwehrt bleiben. Hiervon war auch der Präsident des Obersten Gerichtshofes betroffen. Eine Anzahl von Anführern der Linken, die im Krieg 11 Bürgermeister ermordet hatten, wurde hiervon ausgeschlossen.

Parteien des rechten Flügels der salvadorianischen Nationalversammlung verabschiedeten daraufhin unverzüglich ein Amnestiegesetz, wonach Verbrechen, die im Krieg verübt worden waren, nicht geahndet werden sollten.

Es wurde die Einberufung einer Sonderkommission zur Untersuchung der Todesschwadronen gefordert. Laut des Berichts wurden diese Kommandos »häufig vom Militär eingesetzt und von mächtigen Geschäftsleuten, Großgrundbesitzern und einigen führenden Politikern unterstützt.« (Trotz des Friedensabkommens agierten diese Kommandos weiterhin. Dutzende von Anführern und Mitgliedern der FMLN und auch einige des rechten Flügels wurden zwischen 1992 und 1993 ermordet.)

Dem Bericht zufolge war Robert d'Aubuisson, der Begründer der Nationalist Republican Alliance (Arena), die den damaligen Präsidenten Alfredo Cristiani stellte, der berühmteste Anführer der Todesschwadronen. Der Bericht bestätigte, daß die Scharfschützen, die Erzbischof Romero ermordet hatten, von d'Aubuisson beauftragt worden waren.

Zu weiteren Verbrechen, die der Regierung angelastet wurden, zählten die Vergewaltigung und Ermordung von drei amerikanischen Nonnen und einer weiblichen Angestellten der Kirche im Jahr 1980, die Ermordung von zwei amerikanischen Vorarbeitern im Jahr 1981 und die Ermordung von vier holländischen Journalisten im Jahr 1982, deren Berichte offensichtlich pro-rebellisch waren.

Die Kommission untersuchte nicht, ob die Vereinigten Staaten an Verbrechen beteiligt waren oder solche vertuschten. »Es obliegt dem amerikanischen Kongreß, die Rolle der Vereinigten Staaten in El Salvador zu untersuchen«, erklärte Kommissionsmitglied Thomas Buergenthal, ein amerikanischer Jurist, in einer Pressekonferenz. Nichtsdestotrotz warf die Kommission den Vereinigten Staaten vor, nicht in Miami eingegriffen zu haben. Im Exil lebende Salvadorianer »halfen zwischen 1980 und 1983, Todesschwad-

drone zu organisieren, ohne daß dies bei der amerikanischen Regierung großes Aufsehen erregte. Die Tatsache, daß auf amerikanischem Boden Terrorakte organisiert werden, muß untersucht werden und in Zukunft unterbunden werden.«⁷⁸

In Miami organisierten im Exil lebende Kubaner selbstverständlich bereits seit 30 Jahren terroristische Anschläge auf Ziele im Ausland und auch in den Vereinigten Staaten.

Die Kongreßabgeordneten waren zutiefst bestürzt über den Bericht der Wahrheitskommission und forderten die Freigabe der Akten des Außenministeriums, des Verteidigungsministeriums und der CIA zu El Salvador. Es sollte untersucht werden, ob die Regierungen von Reagan und Bush dem Kongreß Beweise vorenthalten hatten, die belegten, daß die salvadorianischen Verbündeten umfassend die Menschenrechte mißachteten. Der Bericht der Kommission »bestätigt schlichtweg das, was viele von uns bereits in den 1980er wußten«, erklärte der Abgeordnete David Obey, »daß unsere Regierung uns skrupellos anlog.« Der Bericht beweist, daß die Regierung Reagan bereit war zu »lügen und alles zu bestätigen, um an Gelder zu kommen.«⁷⁹

Einige der mehr als 12.000 zuvor geheimen Dokumente, die von der Clinton-Regierung freigegeben wurden, bestätigten eindeutig die Behauptung von Obey. Weitere Dokumente enthüllten, daß der damalige Vizepräsident Francisco Merino Todesschwadronen beauftragt hatte.

Die CIA bewertete Roberto d'Aubuisson als »egozentrisch, rücksichtslos und eventuell psychisch instabil«; er war im Drogengeschäft und schmuggelte Waffen; seine paramilitärische Truppe war verantwortlich für tausende Morde. Der amerikanische Botschafter Deane Hinton lud 1983 d'Aubuisson und seine Berater zum Lunch mit der gerade zu Besuch anwesenden Jeane Kirkpatrick, einer US-amerikanischen Vertreterin der Vereinten Nationen. Sechs Jahre später, kurz bevor die CIA berichtete, daß der engere Kreis um d'Aubuisson die Ermordung des Präsidenten Cristiani geplant habe, erhielt d'Aubuisson von Botschafter William G. Walker eine Einladung zu den Festlichkeiten in der amerikanischen Botschaft anläßlich des amerikanischen Nationalfeiertages.⁸⁰

Ausbilder des amerikanischen Militärs trainierten eine Miliz von 50 wohlhabenden Salvadorianern – angeblich zur Verteidigung ihrer eigenen luxuriösen Wohnsitze gegen Angriffe der Rebellen. Tatsächlich stand die Miliz jedoch in Verbindung zu d'Aubuisson und diente als »Tarnung für die Rekrutierung, Ausbildung und möglicherweise Entsendung von zivilen paramilitärischen Todesschwadronen.« Als Botschafter Walker von diesem Training erfuhr, stellte er es gegen den Protest des Leiters der amerikanischen Militärberater ein. Eine weitere Aktennotiz eines Vertreters des Verteidigungsministeriums besagte, daß die wohlhabenden Salvadorianer möglicherweise Todesschwadronen finanzierten, sich jedoch nie ihre eigenen Hände schmutzig machten.⁸¹

Am 20.03.1994 gewannen Arena – die regierende Partei – und ihr wichtigster Bündnispartner die Wahlen, die abgehalten wurden, um einen neuen Präsidenten und die Nationalversammlung zu wählen und hunderte kommunale Regierungsposten neu zu besetzen. Mit Ausnahme weniger Reformen, die die Bürgerrechte berührten und deren Umsetzung noch abzuwarten blieb, war die salvadorianische Gesellschaft nach den Wahlen in genau der gleichen Situation wie 1980, als der Krieg gerade begonnen hatte und José Napoleón Duarte verkündete:

»In den letzten fünfzig Jahren standen nur einer bestimmten Gesellschaftsschicht Macht, Geld, Jobs, Bildung und alle anderen Möglichkeiten zu.«

Man hätte es nun so formulieren können: »Seit mehr als 60 Jahren.«

Warum hatte mehr als die Hälfte der salvadorianischen Bevölkerung, von der die Überzahl in großer Armut lebte, eine Partei gewählt, die nicht nur fest mit der reichen Oberschicht verwoben, sondern auch für die Todesschwadronen, verantwortlich war? Armando Calderon Sol, der neue Präsident, stand seit langem in enger Verbindung zu Roberto d'Aubuisson, dem Paten der Todesschwadronen. In seinem Büro hing ein großes Portrait von d'Aubuisson. Der Name Calderon Sol tauchte ebenfalls in den zuvor erwähnten freigegebenen Dokumenten auf. Er wurde mit einer Entführung und einer Gruppe

junger, militanter Anhänger der Arena in Verbindung gebracht, die eine Bombe im Ministerium für Landwirtschaft legte und andere Anschläge zu Beginn der 1980er Jahre verübte, um die Regierung, die eine neue Agrarreform vorsah, nach der Wohlhabende Land abtreten sollten, zu schwächen.

Die durchdachte und Millionen Dollar schwere Kampagne der Arena zielte darauf ab, bestimmte Ängste zu schüren: zum einen die übliche Angst vor dem »Kommunismus« – begründet durch eine jahrzehntelange autoritäre Herrschaft – und zum anderen die Angst, daß die Linke keinerlei wirtschaftliche Kompetenz habe, was am Beispiel der Regierung der Sandinistas in Nicaragua veranschaulicht wurde. Außerdem kehrte die Arena ihre eigenen Verbrechen unter den Teppich und stellte die Linke als Terroristen dar, die ausschließlich die Verantwortung für die Opfer und die Zerstörung des Krieges tragen würden.

Wie ehrlich und fair ging es bei der Wahl tatsächlich zu? War die Rechte bereit, die Linke, die seit einem halben Jahrhundert aus der Regierung ausgeschlossen war, zu integrieren? Abgesehen davon, daß der Arena weitaus mehr Geld als ihren Gegnern zur Verfügung stand, kontrollierte sie die salvadorianische Presse seit vielen Jahren. *Diario Latino*, die einzige Tageszeitung, die es wagte, kurzfristig als unabhängige Zeitung aufzutreten, wurde in einem Bombenattentat zerstört.⁸² Außerdem war das Komitee zur Überwachung der Wahlen, Supreme Electoral Tribunal (TSE), eine Imitation der Kommission, die die Wahl im Jahr 1991 überwacht hatte und von der FMLN boykottiert worden war. Somit bestand das Komitee ausschließlich aus Vertretern der Arena und keinem einzigem Vertreter der FMLN.

Die Wahl war in vielerlei Hinsicht umstritten:

- ☞ Eine große Anzahl der Bürger, die sich für die Wahl registriert hatten, konnten nicht wählen gehen, da sie ihre Wahlkarten nicht erhalten hatten. Nach Angaben der Vereinten Nationen traf dies seit dem 01.02.1994 auf mehr als eine halbe Million Bürger zu, was 20 Prozent der Wählerschaft entsprach. Nach der Wahl schätzte die FMLN die Zahl dieser Nicht-Wähler auf 340.000.
- ☞ 74.000 Bürger erhielten keine Wahlkarte, da sie nicht im Besitz einer Geburtsurkunde waren. Das lag häufig daran, daß die regionalen Ämter im Krieg zerstört worden waren.
- ☞ Eine weitere Gruppe von Bürgern verfügte über Wahlkarten, konnte ihre Stimme aber nicht abgeben, da sie keine Transportmöglichkeit zu den entfernt gelegenen Wahlstationen hatte. Berichten zufolge wurde die Reise zu den Wahlstationen zusätzlich dadurch erschwert, daß die Busgesellschaften, die Anhängern der Arena gehörten, und die von der Arena kontrollierte Gewerkschaft der Busfahrer den Busbetrieb erheblich manipulierten.
- ☞ Viele derjenigen, die die Wahlstationen mit ihren Wahlkarten erreichten, wurde die Stimmabgabe verweigert, da ihre Namen nicht auf der Liste der registrierten Wähler stand oder falsch geschrieben waren (laut den Vereinten Nationen waren hiervon mindestens 25.000 Bürger betroffen, wobei die FMLN behauptete, daß es weitaus mehr gewesen seien). Hiervon waren selbstverständlich vor allem die arme Bevölkerung, die Landbevölkerung, die bildungsärmeren Schichten und Erstwähler, kurzum die Wähler der FMLN, betroffen.
- ☞ Beobachter der Vereinten Nationen berichteten, daß das TSE internationale Hilfe ablehnte, keine Gelder zur Verfügung stellte, um Transporte der Wähler zu den Wahlstationen zu organisieren und den Wahlvorgang unnötig erschwerte. »Die schlechte Organisation der Wahl übertraf unsere schlimmsten Befürchtungen«, erklärte ein hochrangiger Vertreter der Vereinten Nationen. »Bereits vor der Wahl mißtraute die Wählerschaft der Regierung, [und] nun umso mehr. Das TSE hat keinen guten Ruf und deshalb wird angezweifelt, ob die Wahl rechtmäßig durchgeführt wurde.«

Die FMLN beklagte, daß der schlecht organisierte Wahlvorgang sie mehrere Sitze auf Gemeindeebene und in der Legislative gekostet habe. Diese Aussage wurde von Wahlbeobachtern der Vereinten Nationen unterstützt, die erklärten, daß in 30 Städten, in denen die FMLN einen hohen Stimmenanteil erwartete, tausenden Bürgern ihre Wahlkarten vorenthalten wurden. Die FMLN stellte das Wahlergebnis in 37 Städten in Frage. Die TSE wies jedoch sämtliche Beschuldigungen zurück. Eine Entscheidung, die Rafael Lopez Pintor, der bei den Vereinten Nationen die Abteilung für Wahlen leitete, als »schockierend« bezeichnete.

Ein Team von Beobachtern, das von der US-Regierung beauftragt worden war, berichtete, sie seien beunruhigt, daß »viele der Abläufe«, die in vorherigen Wahlen »als Verwaltungsfehler bezeichnet« worden waren, weiterhin praktiziert wurden.

In den Tagen unmittelbar nach der Wahl zögerten die Wahlbehörden die Veröffentlichung der offiziellen Wahlergebnisse hinaus. Am dritten Tag nach der Wahl konnten auf den Bildschirmen der Parteien plötzlich keine elektronisch hergestellten Berechnungen mehr abgerufen werden. Die FMLN erklärte, daß man an den ersten Berechnungen ablesen könne, daß viele Wahlurnen mehr als die rechtlich erlaubte Anzahl von 400 Stimmzetteln enthielten, und einige sogar doppelt und dreifach so viele. Sie beklagten ebenfalls, daß in San Miguel, einer der größten Städte des Landes, eine Gruppe militanter Arena-Anhänger mit 15 Wahlurnen getürmt seien. Laut offiziellem Wahlergebnis erhielt die Arena 641.000 Stimmen und somit 49% der Gesamtstimmen, die demokratische Koalition dagegen, der die FMLN angehörte, erhielt 326.000 Stimmen und somit 25%. Da keine der Parteien die benötigte Mehrheit erzielte, fand einen Monat später eine Stichwahl statt, bei der die Arena 68% und die Koalition 32% der Stimmen erzielte. Da der Sieger der Stichwahl von vornherein feststand, ging zweifellos ein Großteil der ärmeren Bevölkerung nicht wählen, da sie verunsichert waren und nicht bereit waren, ein zweites Mal die Strapazen auf sich zu nehmen.

Beobachter des Committee in Solidarity with the People of El Salvador (CISPES) sagten aus, daß die Bevölkerung auch eingeschüchtert wurde:

»Währenddessen flogen Helikopter über jene Städte, in denen die Opposition eine große Wählerschaft hatte. In Städten, die im Krieg durch Massaker der Armee traumatisiert worden waren, stellten Soldaten Kontrollpunkte auf, die mit Maschinengewehren bewacht wurden. Die Regierung tat ihr Möglichstes, um Angst unter den Wählern zu schüren. Einige waren so eingeschüchtert, daß sie zu Hause blieben, anstatt wählen zu gehen.«

Vor den Wahlen wurden einige Arbeiter gewarnt, daß Köpfe rollen oder sie gefeuert würden, falls die FMLN gewänne. Ein offizieller Wahlhelfer riß von jedem Stimmzettel eine Ecke, die mit einer Nummer versehen war, ab. Ein Wähler konnte beobachten, daß man anhand der Nummern später überprüfen konnte, wie er wählte.

Die *Los Angeles Times* berichtete von einem Wahlkampfleiter, der bei einer Wahlkampfveranstaltung der Arena, die von vielen Bauern, Landarbeitern und Marktleuten besucht wurde, die Menge aufforderte:

»Diejenigen von euch, die Arena wählen, zieht euren Hut!«, feuerte der Wahlkampfleiter die Menge an.

Einige Leute zogen ihren Hut.

»Diejenigen von euch, die Arena wählen, zieht euren Hut!«, versuchte er es noch einmal. »Und alle, die nicht ihren Hut ziehen, sind terengos!«, fügte er hinzu. (Im brutalen Bürgerkrieg bezeichnete das Militär Terroristen als terengos.)

Ein Großteil der Leute zog ihren Hut.⁸³

Welche Salvadorianer profitierten davon, daß die Arena an der Macht blieb? Für wen waren 75.000 Zivilisten ermordet worden? Für wen machte das Finanzministerium der Vereinigten Staaten 6 Milliarden US-Dollar locker?

Aus zwei Artikeln der *New York Times* geht hervor:

Auf einer Party beim Verzehr von Häppchen, die von Kellnern gereicht wurden, erklärte ein Gast, daß er überzeugt sei, daß Gott zwei Klassen von Menschen geschaffen habe, die Reichen und ihre Bediensteten. Er sah sich als Wohltäter, weil

Arme für ihn als Bedienstete arbeiten durften. »Es ist das Beste, was man tun kann.«, erklärte er. Die Offenheit dieses Gastes war ungewöhnlich, doch ein großer Teil der salvadorianischen Oberschicht teilte seine Meinung.

Es wird derart strikt an der Trennung der Klassen festgehalten, daß selbst die kleinste Aufmerksamkeit, die einem Angehörigen der anderen Klasse entgegengebracht wird, mißtrauisch beäugt wird. Als ein Amerikaner in einer Eisdiele erwähnte, daß er Eis für die Geburtstagsparty des Kindes seines Kindermädchens kaufe, wurde es plötzlich totenstill im Laden und alle anderen Kunden starrten ihn fassungslos an. Schließlich platzte es aus einer Frau in der Schlange heraus: »Das ist nicht Ihr Ernst, oder?«

Ein Salvadorianer aus der Unterschicht, der es nicht länger ertrug und das Land verließ, berichtete der *Times*:

»Ich kann einfach nicht akzeptieren, daß man, wenn man hier als Bauer geboren wird, auch als Bauer stirbt und auch die eigenen Kinder Bauern bleiben werden. Es gibt keine Hoffnung, daß es die Kinder von Bauern jemals nach Harvard schaffen und eines Tages dieses Land regieren. Es gibt keine Hoffnung auf eine moderne Gesellschaft.«⁸⁴

Nachdem die Vereinigten Staaten sich ein Jahrzehnt lang bemüht hatten, die salvadorianische Armee auszubilden und zu reformieren, verließen viele der amerikanischen Militärberater El Salvador. Sie waren verärgert über den Widerstand der Salvadorianer, Veränderungen zuzulassen. Sie behaupten, daß die salvadorianischen Offiziere sie manipulieren und betrügen. Den Aussagen der Militärberater zufolge waren die salvadorianischen Offiziere hauptsächlich an Macht und Reichtum interessiert. Sie kassierten die Ausrüstung der Truppen, um diese zu Geld zu machen und ließen zu, daß regelmäßig Gefangene getötet oder mißhandelt wurden. Kein einziger der Militärberater war der Auffassung, daß der Versuch der Vereinigten Staaten die salvadorianische Armee im Kampf gegen den Aufstand der Linken zu unterstützen, geglückt sei. Sie waren der Meinung, daß ohne die Hilfe der Vereinigten Staaten die Menschenrechte noch massiver verletzt worden wären oder die Rebellen den Krieg möglicherweise gewonnen hätten.⁸⁵

Offensichtlich fragte *Times* die Berater nicht, ob sie glaubten, daß die Vereinigten Staaten in irgendeiner Form dazu gezwungen worden seien, eine der Bürgerkriegsparteien zu unterstützen. Wenn dies nicht der Fall war, welche Motivation hatten die Vereinigten Staaten? Und falls doch, warum haben sie nicht die Rebellen unterstützt? Und in welchem Ausmaß wären die Menschenrechte mißachtet worden, wenn die Vereinigten Staaten die Kampftruppen nicht immerzu mit allen erdenklichen Waffen und Gütern versorgt und Trainingslager organisiert hätten, um Zerstörung, Schmerz und Leid über eine möglichst große Anzahl von Menschen zu bringen?

Anmerkungen zu Kapitel 54

- 1 *New York Times*, 07.03.1981, S. 10.
- 2 **Raymond Bonner**, WEAKNESS AND DECEIT: U.S. POLICY AND EL SALVADOR (Times Books, New York, 1984), S. 24.
- 3 Zu den Ereignissen der Jahre 1960 bis 1961 vgl. **John Gerassi**, THE GREAT FEAR IN LATIN AMERICA (New York, 1965, überarb. Aufl.), S. 178;
Michael McClintock, THE AMERICAN CONNECTION: STATE TERROR AND POPULAR RESISTANCE IN EL SALVADOR (Zed Books, London, 1985), S. 135-137, 149;
New York Herald Tribune, 07.04.1963, Section 2, S. 1.
- 4 Human Rights in Nicaragua, Guatemala und El Salvador: Implications for U.S. Policy, Hearings before the House Subcommittee on International Organizations of the Committee on International Relations, 08.06.1976, S. 33-34.
- 5 *New York Times*, 22.10.1987, S. 11. Zu einer ausführlichen Darstellung der Rolle der USA in diesem Prozeß in den 1960er- und 1970er Jahren vgl. **McClintock**, Kap. 12; American Civil Liberties Union & Americas Watch Committee, REPORT ON HUMAN RIGHTS IN EL SALVADOR (Vintage Books, New York, 1982), S. 179-180, 189-197;
James Dunkerley, THE LONG WAR: DICTATORSHIP AND REVOLUTION IN EL SALVADOR (London, 1982), S. 74-75;
Jenny Pearce, UNDER THE EAGLE (London, 1982), S. 214-216.
- 6 ...
- 7 Zu den Wahlen in den 1960er- und 1970er Jahren vgl. **Robert Armstrong und Janet Shenk**, EL SALVADOR: THE FACE OF REVOLUTION (London, 1982), S. 50-87;
McClintock, S. 158-183, passim; **Dunkerley**, S. 79-86, 103-106; **Gerassi**, S. 179;
Aussage Fabio Castillos vor dem US-Kongreß, a.a.O. (vgl. Anm. 4), S. 42-44.
- 8 **Armstrong und Shenk**, S. 87-88; **McClintock**, S. 183-184; **Dunkerley**, S. 106-107.
- 9 *Facts on File* (New York), 12.03.1977, S. 181.
- 10 **Allan Nairn**, »Behind the Death Squads«, *The Progressive* (Madison, Wisconsin), Mai 1984, S. 1, 20-29. Ein detaillierter Bericht über die langjährigen engen Verbindungen der CIA zu den Todesschwadronen und/oder deren Dachorganisationen und zu den Führern der Organisationen, die auf der Gehaltsliste der CIA standen. Vgl. auch *New York Times*, 22.10.1987, S. 11; 06.12.1987, Section IV, S. 2.
- 11 Carolyn Forché, »The Road to Reaction in El Salvador«, *The Nation* (New York), 14.06.1980, S. 712.
- 12 Zu den Ereignissen von Oktober 1979 bis Januar 1980 vgl. **Dunkerley**, S. 132-144; **McClintock**, S. 245-260; **Armstrong und Shenk**, S. 115-130.
- 13 **Armstrong und Shenk**, S. 122; **Dunkerley**, S. 87-88.
- 14 **Dunkerley**, S. 144.
- 15 Zu den Ereignissen vom Januar bis März 1980 vgl. *The Guardian* (London), 24.01.1980; 20.03.1980; **McClintock**, S. 262-264; **Dunkerley**, S. 146, 156-157; **Liisa North**, BITTER GROUNDS: ROOTS OF REVOLT IN EL SALVADOR (Toronto, 1981) Anhang 1, eine Chronologie der Ereignisse von Februar 1977 bis Juni 1981. Zu weiteren Einzelheiten bezüglich der Morde der Regierung bzw. der Todesschwadronen vgl. **Armstrong und Shenk**, S. 149, eine Stelle aus Romeros letzter Predigt.
- 16 **James R. Brockman**, OSCAR ROMERO, BISHOP AND MARTYR (Orbis Books, Maryknoll, New York, 1982), S. 222, 236 (Fußnote 28); **Dermit Keogh**, ROMERO, EL SALVADOR'S MARTYR (Dominican Publications, Dublin, 1981), S. 113;
New York Times, 31.03.1980, S. 1.
- 17 *Los Angeles Times*, 24.11.1987; *New York Times*, 25.11.1987. Zur Mitwisserschaft der CIA vergleiche die Mitteilung der CIA an Reagans nationalen Sicherheitsberater Richard Allen vom März 1981 laut *New York Times*, 09.11.1993, S. 9. **Mary McGrory** zitiert in einem Artikel in der *Washington Post* vom 27.04.1982, S. A3, die Bemerkung d'Aubuissons nach der mexikanischen Zeitung *El Dia*.

- 18 **McClintock**, S. 268, S. 266-271 zu einer Darstellung der Landreform in El Salvador in den frühen 1980er Jahren.
- 19 »El Salvador – A Revolution Brews«, NACLA REPORT ON THE AMERICAS (North American Congress on Latin America, New York), Juli-August 1980, S. 17, basiert auf einem Interview mit einem Techniker in San Salvador vom 02.06.1980.
- 20 Ebd.
- 21 *New York Times*, 18.01.1981, S. 7; 19.01.1981, S. 11; **McClintock**, S. 286 (zu dem »Beobachter«); *The Guardian* (London), 20.07.1983 (zu Carters Feststellung).
- 22 *New York Times*, 12.02.1985, S. 1; 16.11.1987, S. 5.
- 23 »Dissent Paper on El Salvador and Central America«, 06.11.1980, Section B3, »International Context« (zu Argentinien, Chile und Uruguay).
Dieses Dokument, anscheinend das Werk führender Außenpolitiker, die der Politik der USA in Mittelamerika ablehnend gegenüberstanden, zirkulierte im Jahre 1980 in offiziellen Kreisen Washingtons; es ist abgedruckt in **Warner Poelchau** (Hrsg.), WHITE PAPER, WHITWASH (New York, 1981), Anhang B; *New York Times*, 02.12.1981 (zu Argentinien); **Clarence Lusane**, »Israeli Arms in Central America«, *Covert Action Information Bulletin*, Winter 1984, H. 20, S. 34-37.
- 24 **McClintock**, S. 337; *New York Times*, 12.02.1985; 19.08.1986, S. 3. Im »Dissent Paper«, a.a.O., wird aufgedeckt, daß US-Militärhilfe in großem Umfang in die wachsende Mannstärke der salvadorianischen Truppen floss. *Newsweek*, 14.03.1983, S. 18, berichtete, daß von den 22.400 damaligen Angehörigen der salvadorianischen Armee 4100 in den USA ausgebildet worden waren.
- 25 **McClintock**, S. 334; *New York Times*, 02.02.1982, S. 10.
- 26 *New York Times*, 30.03.1984, S. 1.
- 27 *The Guardian*, (London), 05.02.1983; *New York Times*, 30.03.1984, S. 1; 20.10.1984; 26.02.1991, S. 10; *San Francisco Chronicle*, 17.07.1987.
- 28 Vgl. z.B. *Washington Post*, 14.02.1982, S. 1; *The Guardian* (London), 26.03.1984, 22.10.1984; *New York Times*, 13.02.1982, 21.10.1984, 12.02.1985, 13.02.1986, S. 3, 01.04.1987, S. 1; **McClintock**, S. 347-348.
- 29 *San Francisco Chronicle*, 24.06.1982.
- 30 *Washington Post*, 19.12.1980, S. A26; 01.01.1981, S. A12.
- 31 **McClintock**, S. 345, zitiert einen Artikel aus der Tageszeitung in Baileys Heimatstadt: »El Salvador: A Mercenary's View«, *News-Press* (Fort Myers, Florida), 23.10.1983.
- 32 *Los Angeles Times*, 09.07.1987, S. 1 und 22.
Vgl. auch *Village Voice* (New York), 11.08.1987, S. 21-22.
- 33 *Los Angeles Times*, 27.09.1988, S. 2.
- 34 *Playboy* (Chicago), November 1984, S. 73, ein Interview von Marc Cooper mit Gregory Goldin.
- 35 **Stephen Webre**, JOSÉ NAPOLEON DUARTE AND THE CHRISTIAN DEMOCRATIC PARTY IN SALVADORAN POLITICS, 1960-1972 (Louisiana State University Press, Baton Rouge, LA, 1979), S. 57. Duartes Bemerkungen fielen in einer Rede.
- 36 **Bob Woodward**, VEIL: THE SECRET WARS OF THE CIA 1981-1987 (New York, 1987), S. 117. Woodward behauptet, Duane »war über Jahre hinweg eine gute Geheimdienstquelle, jedoch war er ein sehr unabhängiger Mensch, der in keiner Weise gesteuert wurde und vielleicht gar nicht wußte, daß er Informationen an die CIA weitergab.«
- 37 Der detaillierte Bericht findet sich in **Mark Danner**, »The Truth of El Mozote«, *The New Yorker*, 06.12.1993, und in erweiterter Form in dem Buch THE MASSACRE AT EL MOZOTE (Vintage Books, 1994). Vgl. auch *Los Angeles Times*, 03.01.1993, S. 1; *New York Times*, 27.01.1982, S. 1; *The Guardian* (London), 29.01.1982; **McClintock**, S. 308-309.
- 38 U.S. Intelligence Performance on Central America: Achievements and Selected Instances of Concern, Staff Report, House Subcommittee on Oversight and Evaluation, Permanent Select Committee on Intelligence, 22.09.1982, S. 18-19.

- 39 *Los Angeles Times*, 01.02.1982, S. 4. Zwei Wochen danach ereignete sich ein noch schlimmerer Vorfall. Vgl. die *Washington Post*, 14.02.1982, S. C1, zu einem besonders anschaulichen Bericht aus erster Hand über die unterschiedslose Grausamkeit der salvadorianischen Streitkräfte gegen die Bevölkerung, noch so eine Geschichte, die die Beamten in Washington mit aller Gewalt vor dem Kongreßausschuss diskreditieren wollten, was ihnen aber nicht gelang (vgl. U.S. INTELLIGENCE PERFORMANCE REPORT, a.a.O.).
- 40 *New York Times*, 11.01.1982, S. 2.
- 41 Der Nationalgardist, der nur »Manuel« genannt wurde, wurde in der Fernsehdokumentation »Torture« interviewt, die Rex Bloomstein im Jahre 1986 unter seiner eigenen Regie für Thames Television in Großbritannien in Zusammenarbeit mit Amnesty International produzierte. Ein Video davon befindet sich im Besitz des Verfassers.
- 42 *The Guardian* (London), 07.08.1986.
- 43 **Amnesty International**, TORTURE IN THE EIGHTIES (London, 1984), S. 155-156.
- 44 Vgl. z.B. **McClintock**, S. 306-312; *New York Times*, 13.01.1986, S. 3; 01.02.1987, S. 11; **Tina Rosenberg**, CHILDREN OF CAIN: VIOLENCE AND THE VIOLENT IN LATIN AMERICA (Morrow, New York, 1991), passim.
- 45 *The Guardian* (London), 09.03.1984.
- 46 Ebd., 11.03.1984. In einem ähnlichen Anfall von Menschenfreundlichkeit brachte die Reagan-Regierung im Jahre 1981 die Europäische Gemeinschaft von ihrem Plan ab, Getreide und Milchpulver an die Opfer der Kämpfe in El Salvador zu verteilen, weil Washington befürchtete, die Nahrungsmittel würden an die Guerilleros weitergegeben (vgl. *New York Times*, 18.02.1981, S. 3).
- 47 *San Francisco Chronicle*, 18.07.1987, S. 9.
- 48 *Los Angeles Times*, 11.07.1987, S. 1.
- 49 **Los Angeles Reader**, 10.06.1988, ein Sonderbericht über die Bespitzelung einheimischer Regimegegner durch das FBI; *Los Angeles Times*, 28.01.1988.
- 50 *New York Times*, 03.03.1948, S. 1; 22.03.1948, S. 1; 25.02.1986, S. 17; *Newsweek*, 02.04.1984, identifizierte den Beamten als Santibáñez; *The Guardian* (London), 22.03.1985, 29.03.1985.
- 51 *Los Angeles Times*, 02.02.1989.
- 52 *Washington Post*, 21.10.1989, S. A1; 19.11.1989, S. F2, eine Kolumne von **Colman McCarthy**; *Los Angeles Times*, 27.10.1989; *LA Weekly* (Los Angeles), 19.01.1990 bis 25.01.1990, 27.07.1990 bis 02.08.1990.
- 53 *LA Weekly* (Los Angeles), 27.07.1990 bis 02.08.1990, S. 14.
- 54 *Washington Post*, 22.10.1992, S. A5.
- 55 *Los Angeles Times*, 01.05.1990, S. 1; 25.08.1990, S. 3; 26.04.1991, ein Gastartikel von **Pater Jose Maria Tojeira**; 10.09.1991, S. H6; 15.08.1992, S. 12; *LA Weekly* (Los Angeles), 22.12.1989 bis 28.12.1989; 02.02.1990 bis 08.02.1990; *New York Times*, 19.01.1990, S. 3; 30.09.1991.
Die beiden Offiziere wurden am 25.01.1992 zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt.
- 56 *Newsweek* (International Edition), 14.03.1983, S. 24.
- 57 *New York Times*, 29.02.1988, ein Artikel von **James LeMoynes**.
- 58 *Extra!* (die Zeitschrift von Fairness and Accuracy in Reporting, FAIR, New York), Juli-August 1988, S. 1, 12, enthält etliche weitere Beispiele von Desinformation durch die salvadorianische Regierung; September-Oktober 1988, S. 2; *New York Times*, 15.09.1988 (zum Wiederruf); *LA Weekly* (Los Angeles), 27.05.1988 bis 02.06.1988, eine Kolumne von **Marc Cooper**. – Weitere Beispiele der Desinformation durch salvadorianische Beamte finden sich in der *New York Times* vom 29.03.1987, S. 3; 08.01.1988, S. 3; 20.02.1988, S. 3; 18.02.1990, S. 14.
- 59 *New York Times*, 17.03.1982, S. 1.
- 60 Ebd., 03.03.1982, 05.03.1982 und 06.03.1982, jeweils S. 1.
- 61 Ebd., 13.03.1982, S. 1.
- 62 *Time* (International Edition), 22.03.1982, S. 5.
- 63 *New York Times*, 19.01.1981, S. 11.

- 64 *San Francisco Examiner*, 20.12.1981.
- 65 *New York Times*, 19.01.1981, S. 11.
- 66 US State Department, Communist Interference in El Salvador, 23.02.1981, Special Report Nr. 80 (als Weißbuch bekannt), Section II, Communist Military Intervention: A Chronology.
- 67 *The Guardian* (London), 07.12.1985.
- 68 **Dunkerley**, S. 182; *New York Times*, 31.07.1983.
- 69 *Wall Street Journal*, 08.06.1981, S. 1 und 10. Zu anderen Analysen des Weißbuchs (vgl. Anm. 66) vgl. **Philip Agee** in **Warner Poelchau** (Hrsg.), *WHITE PAPER, WHITEWASH* (New York, 1981) und **Ralph McGehee**, »The CIA and the White Paper on El Salvador«, *The Nation* (New York), 11.04.1981.
- 70 *Wall Street Journal*, 08.06.1981, S. 10.
- 71 *Playboy*, a.a.O., S. 74.
- 72 *Covert Action Information Bulletin*, März 1982, H. 16, S. 27.
Auch in der Tagespresse wurde darüber berichtet.
- 73 *U.S. News & World Report*, 26.01.1981, S. 37, ein Interview mit White.
- 74 *San Francisco Chronicle*, 24.02.1981.
- 75 *New York Times*, 30.06.1982 (zur Ausrüstung); 16.04.1983, S. 1 (zu Awacs); 31.07.1983, S. 1 (zum Radar); *Time*, 22.03.1982 (zu den Luftaufnahmen).
- 76 *El Diario de Hoy* (San Salvador), 09.04.1991, S. 5.
- 77 *New York Times*, 09.02.1990, S. 7.1
- 78 Zur Wahrheitskommission und zur Amnestie vgl. *Los Angeles Times*, 16.03.1993, S. 1 und 6; 21.03.1993; 26.03.1993.
- 79 Ebd., 19.03.1993.
- 80 *New York Times*, 09.11.1993, S. 9; *Los Angeles Times*, 24.04.1994, S. 10.
- 81 *Los Angeles Times*, 14.12.1993; *New York Times*, 14.12.1993, S. 1.
- 82 *New York Times*, 26.08.1990, S. 24; 10.02.1991, S. 3; 11.02.1991, S. 3.
- 83 Zur Beobachtung der Wahl durch die UNO und die US-Regierung vgl. *Los Angeles Times*, 24.04.1994, S. 10, 22.03.1994, S. 12 und 21.02.1994, S. 10. Zur Einschüchterungskampagne vgl. ebd., 12.03.1994, S. 6. Vgl. auch ebd., 23.03.1994, S. 10 und 24.03.1994; *LA Weekly* (Los Angeles), 15.04.1994 bis 21.04.1994, S. 12- 13. Zu den Berichten der CISPES-Beobachter vgl. die schriftlich festgehaltenen Vorträge und Diskussionsbeiträge auf verschiedenen Treffen in Los Angeles.
- 84 *New York Times*, 07.10.1990, S. 10.
- 85 Ebd., 05.08.1991, S. 4.

55 Haiti 1986 bis 1994

Wer befreit mich von diesem rastlosen Priester?

Wenn ich den Armen Brot gebe, bin ich ein Heiliger.

Wenn ich frage, warum die Armen kein Brot haben, bin ich ein Kommunist.

Dom Hélder Camara

Welche Entscheidung trifft die Regierung der Vereinigten Staaten, wenn sie die Wahl hat, entweder (a) ein totalitäres Militärregime, das von Verbrechern angeführt wird, die die Ermordung Tausender zu verantworten haben, Menschen systematisch foltern und vergewaltigen und verstümmelte Leichen in den Straßen einfach zurück lassen, oder (b) einen gewaltfreien Priester, der rechtmäßig mit überwältigender Mehrheit die Präsidentschaftswahl gewonnen hatte und von Verbrechern gestürzt worden war, zu unterstützen?

Aber was tun, wenn der Priester ein Linker ist?

Zur Zeit der Diktatur der Familie Duvalier – Francis – »Papa Doc« (1957-1971) – und Jean-Claude – »Baby Doc« (1971-1986) – die Papa Doc beide auf Lebenszeit zum Präsidenten ernannte – bildeten die Vereinigten Staaten Truppen aus, die den haitianischen Widerstand bekämpften und bewaffneten sie. Die Kriegsmaterialien wurden allerdings insgeheim über Israel geliefert, um somit nicht in die Verlegenheit zu kommen, die Frage zu beantworten, ob die amerikanische Regierung Diktaturen unterstütze. Nachdem Jean-Claude gezwungenermaßen im Februar 1986 ins Exil ging und an Bord einer Maschine der US-Luftwaffe nach Frankreich floh, bekannten sich die Vereinigten Staaten offiziell dazu, daß sie die haitianische Regierung unterstützten. Und während die armen Bevölkerungsschichten in Haiti den Niedergang der drei Jahrzehnte währenden Diktatur der Duvaliers feierten, kümmerten sich die Vereinigten Staaten darum, sie unter neuem Namen wiederaufzubauen.

Drei Wochen, nachdem Jean-Claude das Land verlassen hatte; erklärten die Vereinigten Staaten, daß sie Haiti wirtschaftliche und militärische Unterstützung in Höhe von 26,6 Millionen US-Dollar gewähren würden. Im April 1986 wurde berichtet:

»Weitere 4 Millionen US-Dollar werden der haitianischen Armee zur Finanzierung von Lastwagen, Ausbildung und Kommunikationsgeräten bereitgestellt, damit sie landesweit präsent sein und in Haiti für Ordnung sorgen können.«¹

In Haiti für Ordnung zu sorgen hieß im Klartext, die Bevölkerung zu unterdrücken und zu kontrollieren. In den 21 Monaten, die zwischen Duvaliers Abdankung und den für November 1987 angesetzten Wahlen lagen, starben unter der haitianischen Nachfolgeregierung mehr Zivilisten, als in der fünfzehnjährigen Amtszeit von Baby Doc.²

Zu jener Zeit veranlaßte die CIA die Entlassung zweier Kontaktpersonen, die in der Ära Duvalier für sie gearbeitet hatten, aus dem Gefängnis und brachten sie an einen sicheren Ort im Exil. Es handelte sich um zwei berüchtigte Polizeibosse, welche die CIA vor einem möglichen Todesurteil für Mord und Folter bewahrte. Sie handelte somit nicht im Sinne der haitianischen Bevölkerung, die nachdrücklich forderte, daß ihre ehemaligen Peiniger bestraft würden.³ Im September 1986 erklärte Yves Richard, der Anführer der größten Gewerkschaft Haitis, daß die Vereinigten Staaten versuchen, die Linke vor den bevorstehenden Wahlen zu manipulieren. US-amerikanische Hilfsorganisationen propagierten auf dem Land, daß die gesamte Linke aus »Kommunisten«⁴ bestünde und bestärkte die ländliche Bevölkerung, die Linke nicht zu wählen, obgleich in Haiti grundlegende Reformen und drastische Veränderungen erforderlich waren. In der westlichen Hemisphäre war und ist Haiti seit jeher der Staat, der berüchtigt dafür ist, in Bezug auf Wirtschaft, medizinische Versorgung, Politik, Justiz, Erziehung, Bildung und Umwelt ein Dasein unter einer Glasglocke zu führen.

Zu jener Zeit war Jean-Bertrand Aristide, ein charismatischer Priester mit einer großen Anhängerschaft in den ärmsten Slums von Haiti, der einzige Würdenträger, der während der Herrschaft der Duvaliers offen die Unterdrückung kritisierte. Er verurteilte nun die vom Militär kontrollierten Wahlen und rief die Haitianer dazu auf, sie zu boykottieren. Sein Wahlkampf erregte genug Aufsehen, um sich bei den amerikanischen Vertretern unbeliebt zu machen. Aristide hielt später fest, daß Reagan ihn für einen Kommunisten hielt.⁵ Im Wahlkampf gelang es Elliot Abrams, Minister für Interamerikanische Beziehungen, Aristide in einem Brief an die *Times* zu kritisieren und gleichzeitig die haitianische Regierung zu beweihräuchern.⁶

In Haiti wurde der katholische Priester zunächst als Verfechter der Befreiungstheologie bekannt, die sich auf die Lehre Christi stützt und gleichzeitig die Armen ermutigt, sich zu organisieren und gegen ihre Unterdrückung zu kämpfen. Auf die Frage, welche Gründe die CIA möglicherweise dazu hätte bringen können, gegen Aristide vorzugehen, antwortete ein hochrangiger Vertreter des Senate Intelligence Committee, einem Kongreßausschuß des US-Senats:

»Verfechter der Befreiungstheologie sind nicht all zu beliebt bei der CIA. Es ist möglich, daß die Leute in Langley (CIA-Hauptquartier) diejenigen sind, die abgesehen vom Vatikan, die Befreiungstheologen am wenigsten mögen.«

Aristide forderte zum Boykott der Wahlen auf und erklärte: »Die Armee ist unser größter Feind.« Die CIA unterstützte hingegen einige der Kandidaten. Er bestand allerdings später darauf, daß sie den Kandidaten nicht geholfen habe, um Aristide zu bekämpfen, sondern um »freie und offene Wahlen« zu gewährleisten. In der Praxis bedeutete dies, daß die CIA einige Kandidaten, denen die finanziellen Mittel fehlten, unterstützte und somit Aristides Versuch, eine geringe Wahlbeteiligung zu erreichen, was die »Gültigkeit der Wahlen gefährdet« hätte, zu vereiteln. Es ist nicht bekannt, welche Kandidaten von der CIA unterstützt wurden oder warum die CIA oder das Außenministerium – die Berichten zufolge entschieden, welche Kandidaten unterstützt werden sollten – diese Politik in Haiti verfolgten. Und das, obwohl finanziell knapp bemessene Kandidaten und niedrige Wahlbeteiligungen in den Vereinigten Staaten keine Ausnahme sind.

Ein Vertreter der CIA, der direkt an der Operation beteiligt war, erklärte, daß die CIA »eine Reihe von Kandidaten unterstützte.« Die Schwächung Aristides, der ein beeindruckendes, politisches Stehvermögen hatte, scheint der einzig logische Grund für das Eingreifen der CIA gewesen zu sein, das von Präsident Reagan und vom Nationalen Sicherheitsrat abgesegnet wurde.

Als das Senate Intelligence Committee genaue Informationen zum Einsatz der CIA in Haiti forderte und wissen wollte, welche Kandidaten unterstützt wurden, verweigerte die CIA die Aussage. Schließlich ordnete der Ausschuß die Beendigung der verdeckten Operation im Wahlkampf an. Ein hochrangiges Mitglied des Ausschusses erklärte, daß das Programm gestoppt worden sei, weil »einige von uns der Auffassung sind, daß Wahlen neutral ausgetragen werden müssen.«⁷ Nichtsdestotrotz kann man nicht mit Sicherheit davon ausgehen, daß das Programm tatsächlich gestoppt wurde.

Die für den 29.11.1987 festgelegten Wahlen wurden aufgrund gewalttätiger Ausschreitungen verschoben. Bei den im Januar 1988 neu angesetzten Wahlen – bei denen der Versuch der CIA, die Wahlen auf bis heute ungeklärte Weise zu beeinflussen, unterbunden worden war – wurde der von der Militärregierung bevorzugte Kandidat zum Sieger erklärt. Allerdings waren viele der Meinung, daß die Wahlen manipuliert worden seien.⁸

In den folgenden zweieinhalb Jahren, die von politischer Gewalt, Putschversuchen und Unterdrückung gekennzeichnet waren, verschwanden die letzten Spuren der Diktatur der Duvaliers und es wurde eine neue errichtet. Im März 1990 wurde jedoch General Prosper Avril, der damals herrschende Diktator, aufgrund landesweiter Proteste gezwungen abzudanken und durch eine Art Zivilregierung, in der das Militär allerdings weiterhin wichtige Entscheidungen traf, ersetzt.

Die Vereinigten Staaten sahen es nicht gerne, wenn in ihren Klientelstaaten »chaotische Zustände« herrschten. Solche Ereignisse beeinflussen, wie gut man ein Land kontrollie-

ren kann, sie wirken sich negativ auf die Wirtschaft aus, sie machen es unvorhersehbar, wer an die Macht kommt – vielleicht ein neuer Fidel Castro. Als »massive Aufstände im Land« absehbar waren, erklärten die Vereinigten Staaten Jean-Claude Duvalier, daß für ihn die Zeit gekommen sei, sein Leben an der französischen Riviera fortzusetzen.⁹ Ähnlich chaotische Umstände führten dazu, daß der amerikanische Botschafter Avril empfahl, daß es ein geeigneter Moment sei, um zurückzutreten. Auch hier ließen es sich die Vereinigten Staaten nicht nehmen, die Reise des angesehenen Generals ins Exil zu organisieren.¹⁰

Somit war es die amerikanische Botschaft in Port-au-Prince, die die haitianischen Regierungsvertreter dazu drängte, Neuwahlen zu ermöglichen. Weder für die Botschaft noch für Aristide gab es zu dieser Zeit einen Grund davon auszugehen, daß Aristide in der für Dezember 1990 angesetzten Wahl kandidieren werde, obwohl er in der Zwischenzeit von seinem Glaubensorden – mit dem Segen des Vatikans – ausgeschlossen wurde, da ihm unter anderem vorgeworfen worden war, »Haß zu schüren, zu Gewalt aufzurufen und den Klassenkampf zu glorifizieren.« Die zahlreichen Anhänger und Freunde von Aristide hatten mehrmals vergeblich versucht, ihn davon zu überzeugen, zu kandidieren. Letztendlich konnten sie ihn doch überzeugen und im Oktober 1990 kandidierte er für eine lose Koalition, die aus Reformparteien und ähnlichen Organisationen bestand.¹¹

Am Wahlabend besuchte Andrew Young, ehemaliger US-Botschafter der Vereinten Nationen, Aristide und forderte ihn auf, eine Einverständniserklärung zu unterzeichnen, daß er, falls Marc Bazin, der von den Vereinigten Staaten unterstützte und finanzierte Kandidat, gewänne, er ihn als Präsidenten anerkennen werde. Berichten zufolge erklärte Young, man befürchte, daß im Falle einer Niederlage Aristides seine Anhänger auf die Straßen gehen und das Wahlergebnis nicht akzeptieren würden.¹²

Young handelte angeblich im Auftrag seines Mentors, des ehemaligen Präsidenten Jimmy Carter. Vermutlich hatte auch das Weiße Haus seine Finger im Spiel. Hiefür spricht, wie sehr es die amerikanische Regierung beunruhigte, daß sich Aristide als charismatischer, potentieller Anführer ihrer Kontrolle entzog.

Auch wenn Terror und Einschüchterungen im Wahlkampf auf der Tagesordnung standen, versicherten fast eintausend Beobachter der Vereinten Nationen und der Organization of American States (OAS) und ein ungewöhnlich gewissenhafter haitianischer General, daß es bei der Wahl relativ fair zugegangen sei. Aristide gewann die Wahl mit einem Stimmenanteil von 67,5 Prozent. Ein amerikanisch-haitianischer Wissenschaftler, der zu den internationalen Wahlbeobachtem gehörte, schrieb:

»Die Menschen zogen ihn zehn vergleichbaren bürgerlichen Kandidaten vor, weil er sich deutlich und kompromißlos von der alten Regierung abwendete.«¹³

Aristide wurde in der Tat nicht nur von seinen zahlreichen Anhänger aus den ärmeren Schichten, sondern auch von einem Teil der fortschrittlichen, bürgerlichen Gesellschaft unterstützt.

Nachdem im Januar der Versuch, ihn zu stürzen, fehlgeschlagen war, trat der Priester-Präsident sein Amt im Februar 1991 an. Im Juni konnte man in der *Washington Post* folgendes lesen:

»Aristide (37) hat eine »politische Revolution« angekündigt, gibt der Bevölkerung Hoffnung und vermittelt ihr das Gefühl, daß es bei den Regierungsgeschäften wieder mit rechten Dingen zugeht. Eine drastische Kehrtwende, nachdem jahrzehntelang Korruption unter der Diktatur der Duvaliers und einigen mächtigen Militäroffizieren herrschte. Aristide erklärte im Fernsehen, daß sein monatliches Gehalt von 10.000 US-Dollar »nicht nur ein Skandal, sondern ein Verbrechen« sei und daß er sein Gehalt wohltätigen Zwecken zukommen ließe.«¹⁴

Der katholische Priester war seit langem ein vehementer Kritiker der Außenpolitik der Vereinigten Staaten, da sie die Duvalier-Dynastie und das haitianische Militär unterstützte, und er mißtraute der ausländischen »Hilfe«, an der sich nur die Wohlhabenden bereicherten:

»Seit 1980 beläuft sich die Summe auf zweihundert Millionen Dollar pro Jahr. Sie wurde in jenen 10 Jahren gezahlt, in denen sich das Pro-Kopf-Einkommen im Land um 40% verringert hatte!«¹⁵

Aristide entwickelte kein spezielles Wirtschaftsprogramm, erklärte allerdings, daß es nötig sei, die Reichtümer im Land neu zu verteilen und sprach eher von wirtschaftlicher Gerechtigkeit, als von den Vorteilen des Marktes. Später schrieb er:

»Es wurde oft kritisiert, daß ich kein Programm vorweisen könnte, oder zumindest keins mit festen Richtlinien. Zeitmangel als Grund hierfür anzugeben, ist eine faule Ausrede. Das Volk hatte doch sein eigenes Programm. Respekt, Transparenz, Beteiligung. Diese drei Grundsätze konnten sowohl bei politischen, wirtschaftlichen als auch moralischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Die Bürgerschicht hätte verstehen können, daß es in ihrem eigenen Interesse war, ein paar Zugeständnisse zu machen. Wir hatten das Jahr 1789 wieder erschaffen. Wollten Sie das hungernde Volk mit ihrem passiven Widerstand zu radikaleren Maßnahmen drängen?«¹⁶

Die Tatsache, daß es in Haiti traditionell keine starke Linke gab und das festgefahrene Parlament verfassungsrechtlich mehr Macht hatte als der Präsident, hinderten Aristide daran, neue Gesetze zu erlassen. Er schuf allerdings Programme zur Bekämpfung des Analphabetismus, zur Förderung des öffentlichen Gesundheitssystems und einer Agrarreform. Er drängte auf eine Erhöhung der Tageslöhne, ließ die Preise für Grundnahrungsmitteln einfrieren und rief ein öffentliches Arbeitsbeschaffungsprogramm ins Leben. Er sorgte dafür, daß sich die Bevölkerung sicherer fühlte, indem er einige der wichtigsten paramilitärischen Verbrecher inhaftierte, und gab den Anstoß dazu, daß das System der regionalen Sheriffs auf dem Land, die für das Militär das wichtigste Instrument zur Kontrolle der Bauern darstellten, abgeschafft wurde.

Während der Amtszeit Aristides kam es zwar nicht zu einer revolutionären Reorganisation des Staates, was viele erwartet hatten, doch er verärgerte seine Gegner unter den Wohlhabenden, im Parlament und in der Armee regelmäßig, indem er ihr korruptes Verhalten verurteilte. Der Armee mißfielen insbesondere seine Maßnahmen gegen Schmuggel und Drogenhandel als auch sein Versuch, die Armee zu entpolitisieren. Die wohlhabende Bevölkerung – im Volksmund besser bekannt als die skrupellose Oberschicht – kümmerte Aristides Programme kaum. Sie zahlte Steuern und schuf Arbeitsplätze, zog ihren Gewinn daraus und investierte diesen nun eher im In- als im Ausland. Nichtsdestotrotz erregte sie sich weiterhin über die frommen Reden und die Liebe des Priesters zu den [Igitt!] Armen.

Nichtsdestotrotz zeigte sich die Regierung Aristide kooperativ und versuchte, Kontakte zu einigen Vertretern der Vereinigten Staaten, ausländischen Investoren und einigen Mitgliedern der haitianischen Armee herzustellen. Außerdem entließ Aristide ca. 2000 Angestellte der Regierung, die dem Internationalen Währungsfonds und anderen ausländischen Hilfsorganisationen wohlgesonnen waren. Aristide war der Ansicht, daß diese Positionen weitgehend überflüssig und nur ein bürokratisches Hilfsmittel der Korruption waren.¹⁷

Jean-Bertrand Aristide hatte knapp acht Monate als haitianischer Präsident amtiert, bevor er am 29.09.1991 durch einen Militärputsch gestürzt wurde. Hunderte seiner Anhänger wurden massakriert und tausende flohen in die Dominikanische Republik oder über das Meer. Der schwächliche haitianische Präsident, der in den vergangenen Jahren einige schwerwiegende Attentate und einen Brandanschlag auf seine Kirche – als er gerade im Gebet war – überlebt hatte, verdankte seine Rettung zum größten Teil dem Handeln des französischen Botschafters.

Die neue Militärregierung wurde ausschließlich vom Vatikan anerkannt, auch wenn der Putsch selbstverständlich von der wohlhabenden Oberschicht unterstützt worden war. Sie »waren uns eine große Hilfe«, erklärte Joseph Michel François, der neue haitianische Polizeichef und gleichzeitig einer der wichtigsten Initiatoren des Putsches, »weil wir sie geschützt haben.«¹⁸

Es gibt keine Beweise, daß die Vereinigten Staaten sich direkt an dem Putsch beteiligten, auch wenn wir noch darauf eingehen werden, wie die CIA sämtliche wichtige Bereiche des neuen Militärregimes finanzierte und ausbildete. Ein haitianischer Regierungsvertreter, der den Putsch unterstützte, berichtete, daß Mitglieder der CIA sich während des Putsches im militärischen Hauptquartier aufhielten. Er fügte hinzu, daß sei »normal« gewesen, da die CIA und die DIA (Defense Intelligence Agency) – Geheimdienst des Verteidigungsministeriums – immer vor Ort seien.¹⁹

In Nicaragua konnten wir zuschauen, wie die National Endowment for Democracy (NED) sich 1990 in die Wahlen einmischte – eine von der US-Regierung geschaffene Non-Profit Organisation zur Förderung der Demokratie, gegründet, um sich offiziell und »respektvoller« einiger der Aufgaben anzunehmen, welche die CIA für gewöhnlich im Geheimen erfüllte. Zeitgleich agierte die NED gemeinsam mit der Agency for International Development (AID), Behörde für Internationale Entwicklung, in Haiti. Sie spendete den verschiedenen Bürgerrechtsgruppen 189.000 US-Dollar, u.a. dem Haitian Center for the Defense of Rights and Freedom, – Haitianisches Zentrum zur Verteidigung der Bürgerrechte und Freiheiten – das von Jean-Jacques Honorat geleitet wurde. Honorat wurde kurz nach dem Sturz Aristides zum Premierminister des Militärregimes ernannt. In einem Interview mit einem kanadischen Sender erklärte er:

»Die Mißachtung der Menschenrechte unter Aristide rechtfertigte den Putsch.«

Auf die Frage, was er als Premierminister veranlaßt habe, um den schwerwiegenden Verstößen gegen die Menschenrechte, über die seit dem Putsch berichtet werde, ein Ende zu bereiten, antwortete Honorat: »Ich habe meine Unterlagen nicht dabei.«

Die NED spendete bereits in den Jahren vor dem Putsch dem Haitian Institute for Research and Development (IHRED) – Haitianisches Institut für Forschung und Entwicklung – über 500.000 Dollar. Diese Organisation spielte bei den Wahlen 1990 parteipolitisch eine sehr wichtige Rolle, als sie sich mit Marc Bazin, einem ehemaligen Mitglied der Führungsspitze der Weltbank und Favorit der Vereinigten Staaten, verbündete und ihm half, eine Koalition zu bilden (genau wie die NED im gleichen Jahr bereits in Nicaragua dazu gedient hatte, jene Koalition zu bilden, die die Sandinistas bezwang). Die IHRED wurde von Leopold Berlangier geleitet, der 1993 den Wahlbetrug der Junta unterstützte, als Bazin, der Nachfolger von Honorat und ein politischer Weggefährte von Berlangier, in das Amt des Premierministers gewählt werden sollte.

Das von der katholischen Kirche betriebene Radio Soleil, dessen Programm stets darauf ausgerichtet war, der jeweils waltenden Diktatur zu gefallen, erhielt ebenfalls großzügige Spenden von der NED. Nach Angaben des Priesters Hugo Triest, einem ehemaligen Leiter der Radiostation, weigerte sich der Sender 1991, eine Nachricht von Aristide während des Putsches zu senden.

Außerdem entlockte die NED der amerikanischen Staatskasse Zuschüsse für den Gewerkschaftsverband Federation des Ouvriers Syndiques, der 1984 mit Duvaliers Zustimmung gegründet worden war, damit die haitianische Regierung, die zuvor die Organisation von Gewerkschaften verbot, die Voraussetzungen erfüllte, um die Gelder aus dem amerikanischen Programm Caribbean Basin Initiative zu erhalten.²⁰

Allerdings spendete die National Endowment for Democracy trotz ihres Namens und ihrer unzähligen Phrasen keinen einzigen Dollar an irgendeine der an der Basis arbeitenden Organisationen, die schließlich gemeinsam Aristides Koalition bildeten.

Innerhalb einer Woche, nachdem Aristides gestürzt worden war, begann die Regierung Bush, sich von Aristide zu distanzieren, indem sie, wie die *New York Times* berichtete, »nicht erklärte, daß die Rückkehr Aristides in das Amt des Präsidenten unbedingt erforderlich sei, damit die Vereinigten Staaten den Eindruck erhalten, daß sich Haiti zu einem demokratischen Land entwickelt.« Die offizielle Begründung für diese Politik lautete, daß die Menschenrechtssituation in Haiti nicht geklärt sei, da ihm einige Wirtschaftsbosse, Mitglieder der Legislative und weitere Gegner Aristides vorwarfen, daß er den Mob gezielt einsetze, um sie einzuschüchtern und damit sie seine Verbrechen duldeten.²¹ Es kam vor, daß mittellose haitianische Bürger Gewaltverbrechen oder Brand-

anschläge, denen die Reichen zum Opfer fielen, verübten. Nichtsdestotrotz ist es vermessend, Aristide, ganz gleich welche Haltung er zu diesen Anschlägen haben mochte, hierfür verantwortlich zu machen. Die Anschläge wurden von wütenden Menschen verübt, die sehr lange darauf gewartet hatten, Vergeltung an jenen zu üben, von denen sie ein Leben lang unterdrückt wurden.

Ein Jahr später berichtete der *Boston Globe*, daß »es skandalös ist, in welchem Maße« die Regierung von Bush »in Haiti die demokratischen Grundwerte mißachtete. Indem sie über Verbrechen in Haiti informiert war, hat sie den Putschisten ihren Segen gegeben.«²²

Zwei Monate zuvor zählte Brian Latell, der führende Mittelamerika-Experte, in seinem Bericht für den Kongreß Leutnant General Raoul Cédras zu »einer der vielversprechenden Führungsfiguren seit dem Sturz der Duvalier-Diktatur im Jahr 1986.« Er erklärte weiterhin, daß »es keine Anzeichen von Unterdrückung« in Haiti gebe.²³

Im jährlichen Bericht des amerikanischen Außenministeriums über Menschenrechte desselben Jahres stand allerdings:

In Haiti wurden 1992 die Menschenrechte regelmäßig verletzt: Menschen wurden von Sicherheitstruppen ermordet und verschwanden, Häftlinge wurden geschlagen und mißhandelt, Festnahmen und Inhaftierungen wurden willkürlich durchgeführt und die Exekutive griff in Rechtsprozesse ein.²⁴

Ein Jahr nach dem Putsch veröffentlichte die *New York Times* einen erstaunlich kritischen Artikel:

Seitdem Außenminister James Baker kurz nach dem Sturz die berühmten Worte von Präsident Bush zum Irak – »This aggression will not stand« (»Wir werden diese Aggression nicht dulden.«) – aufgegriffen hatte, zeigten die Vereinigten Staaten wenig Initiative, die amerikanischen Grundsätze mittels amerikanischer Unterstützung in Haiti zu etablieren. Kürzlich bestätigte ein Berater [der Putschregierung], was Aristide lange beklagt hatte: »Es reicht ein einziger Anruf« aus Washington, um die Führungsspitze des Militärs abzusetzen. Anhänger und Gegner von Aristide sind sich darüber einig, daß die drastischste Maßnahme, die jemals in Erwägung gezogen wurde, der unmittelbare Erlaß eines durchlässigen, unwirksamen Embargo war. Dies zeigt, wie ambivalent die Vereinigten Staaten linken Nationalisten, die sie oftmals als Ursprung für viele Probleme im eigenen Land sahen, gegenüberstanden. Auch wenn die Armee viel Blut an den Händen hatte, war sie für viele amerikanische Diplomaten ein gesundes Gegengewicht zu Aristide, dessen Aufrufe zum Klassenkampf von den traditionellen Machtzentren in den Vereinigten Staaten und im Ausland als bedrohlich eingeschätzt wurden.²⁵

Zu dieser Zeit berichteten inoffizielle haitianische Zeitungen, daß nachts häufig Flugzeuge der US-Luftwaffe auf dem Flughafen von Port-au-Prince landeten. Ob dies in irgendeiner Weise im Zusammenhang damit stand, daß das Embargo »undicht« war, wird die Öffentlichkeit möglicherweise nie erfahren. Als ein Vertreter der amerikanischen Botschaft zu den Flügen befragt wurde, antwortete er, sie seien »Routine.«²⁶

Die Verbündeten des CIA

- I. Seit Mitte der 1980er Jahre und mindestens bis zum Putsch im Jahr 1991 standen führende Mitglieder der haitianischen Armee und haitianische Politiker auf der Gehaltsliste der CIA. Diese Zahlungen wurden von Vertretern der amerikanischen Regierung und einem Kongreßabgeordneten vor dem House Intelligence Committee – einem internen Geheimdienstausschuß – damit begründet, daß es sich um eine vollkommen normale Maßnahme zur Ermittlung von Informationen im Ausland handle.²⁷ Dieses Argument, das häufig genutzt wurde, um Bestechungen der CIA zu rechtfertigen, verdreht schlichtweg die Realität (wie mehrfach in diesem Buch beschrieben). Mit solchen Zahlungen erzielt man nicht nur Informationen, sondern auch Einfluß und Kontrolle, und wenn man bedenkt, mit welcher Brutalität die haitianische Armee vorging und wie sehr sie in dem Zeitraum, in dem sie bestochen wurde, die demokratischen Grundsätze mißachtete, stellt sich die Frage, welchen Einfluß die CIA hierauf hatte. Man fragt sich, wie diejenigen, die diese

Zahlungen rechtfertigten, darauf reagiert hätten, wenn sie im Kalten Krieg erfahren hätten, daß Kongreßabgeordnete und hochrangige Vertreter des Weißen Hauses auf der Gehaltsliste des KGB standen. Wenn man bedenkt, wie schockiert die Öffentlichkeit – wohlgemerkt nach Ende des Kalten Krieges – auf den Fall des CIA-Mitarbeiters Aldrich Ames reagierte, der sich vom KGB letztendlich nur für Informationen hatte bezahlen lassen. Die Gelder, die an diese Männer und auch an die später genannten Gruppen flossen, dienten jedenfalls offensichtlich der Finanzierung von Verbrechen. Wenn hingegen Gaddafi solche Gelder verteilte, »unterstützte er den Terrorismus.«

Ist die CIA bereits im Voraus von ihren Informanten über den Putsch in Kenntnis gesetzt worden? Hierfür gibt es keine Beweise, doch wenn man das Verhalten der CIA über vier Jahrzehnte studiert, erscheint es als höchst wahrscheinlich. Und wenn dies der Fall war: Hat die CIA versucht, ihn zu vereiteln? Wie reagierte die CIA, als sie erfuhr, daß die haitianischen Machtinhaber, u.a. Baby Doc, seit langem am Drogenhandel beteiligt waren?²⁸

- II.** 1986 gründete die CIA eine neue Organisation, den **National Intelligence Service (SIN)**, einen nationalen Sicherheitsdienst. Diese Organisation bestand ausschließlich aus Offizieren der haitianischen Armee, galt als unprofessionell und neigte offensichtlich zur Korruption. SIN sollte den Kokainhandel bekämpfen, obgleich Offiziere der SIN selbst in Kokaingeschäfte verwickelt waren und einige haitianischen Regierungsvertreter, die ebenfalls auf der Gehaltsliste der CIA standen, den Handel unterstützten und antrieben.

Die SIN war ein politisches Instrument, das dazu diente, die Anhänger von Aristide und andere »Abtrünnige« abzuschrecken, zu verfolgen und zu foltern. Die Ausbildung und die Geräte der CIA halfen der SIN, ihre Opfer zu beobachten. Kurzum ist sie mit jenen Geheimdiensten zu vergleichen, welche die CIA innerhalb der letzten Jahrzehnte bereits in anderen Ländern, z.B. Griechenland, Südkorea, Iran und in Uruguay wahrscheinlich aus demselben Grund etabliert hatte: Damit die CIA eine gut ausgebildete und ausgerüstete, loyale Kontrolleinheit vor Ort hatte. An die SIN flossen jährlich zwischen einer halben und einer Million Dollar für Ausrüstung, Ausbildung und als finanzielle Unterstützung, während der Kongreß Hilfsmittel in Höhe von ca. 1.5 Millionen US-Dollar für die haitianische Armee zurückhielt, da sie die Menschenrechte mißachtete.

Aristide versuchte vergeblich, die SIN aufzulösen. Die CIA erklärte ihren Leuten, die Vereinigten Staaten würden dafür Sorge tragen, daß die Organisation reformiert würde, aber daß es außer Frage stehe, daß die SIN weiterhin bestehen sollte. Dann kam der Putsch. Im Nachhinein erklärten Vertreter der amerikanischen Regierung, daß die CIA ihre Verbindung zur SIN beendet habe. Allerdings wurde die SIN in einem Dokument der **US Drug Enforcement Administration (DEA)** aus dem Jahr 1992 als eine aktuell »verdeckt eingesetzte Einheit zur Drogenbekämpfung, die regelmäßig mit der CIA zusammenarbeiten würde,« beschrieben. Im September 1992 führte eine Untersuchung der DEA in Haiti zur Inhaftierung eines Offiziers der SIN, der von den haitianischen Behörden des Kokainmißbrauchs beschuldigt wurde.²⁹

- III.** Die **Front for the Advancement and Progress of Haiti (FRAPH)** – das haitianische Bündnis für Entwicklung und Fortschritt –, die tatsächlich eine Einheit der Armee war, gehörte zu jenen Organisationen, die am brutalsten die Menschenrechte mißachteten. Diese paramilitärische Gruppe war unter der haitianischen Bevölkerung gefürchtet, da sie regelmäßig in armen Stadtvierteln Brandsätze legte, Menschen umbrachte, öffentlich niederschlug und mit Macheten verstümmelte. Emmanuel Constant, der Leiter der FRAPH, stand seit Anfang 1992 auf der Gehaltsliste der CIA. Der CIA zufolge endete dieses Arbeitsverhältnis Mitte 1994. Ob dies der Wahrheit entspricht oder nicht – Tatasche ist, daß im Oktober die amerikanische Botschaft in Haiti offiziell bestätigte, daß Constant, mittlerweile ein bekennender Demokrat, auf ihrer Gehaltsliste stehen würde.

Constant zufolge drängte ihn Oberst Patrick Collins, ein Offizier des amerikanischen Geheimdienstes des Verteidigungsministeriums, eine Truppe zu formieren, die dazu dienen sollte, die Anhänger von Aristide zu kontrollieren und auszuspionieren. Daraufhin stellte Constant eine Truppe zusammen, aus der im August 1993 die FRAPH hervorging. Mitglieder der FRAPH arbeiteten – und tun es vielleicht immer noch – für zwei von den Internationalen Entwicklungsbehörden geförderten Sozialdiensten, die über sensible Daten zur Lage der armen Bevölkerung in Haiti verfügten.

Constant, der detailliert berichtete, daß er zu den Festlichkeiten zur Amtseinführung von Clinton eingeladen wurde und auch teilgenommen habe, organisierte den Mob, der am 11.10.1993 ein Schiff der US-Armee aus dem Hafen vertrieb. An Bord waren Mitglieder der US-Armee, die die haitianische Armee aufgrund eines Abkommens der Vereinten Nationen umschulen sollten (siehe unten). Zu jener Zeit stand Constant auf der Gehaltsliste der CIA. Dieser Vorfall war möglicherweise nur eins der Täuschungsmanöver der CIA. Wollten die Vereinigten Staaten tatsächlich die Militärregierung herausfordern? Oder blufften sie nur? Constant weihte die Vereinigten Staaten im Voraus in seine Pläne ein und forderte alle »patriotischen Haitianer« im Radio dazu auf, an der Massendemonstration am Hafen teilzunehmen. Weder vor noch nach dem Aufstand griffen die Vereinigten Staaten ein, abgesehen davon, daß sie ihrem Schiff gewährten umzukehren.³⁰

Im Sommer 1993 fanden auf Governors Island in New York von den Vereinten Nationen geleitete Verhandlungen zwischen Aristide, der in Washington im Exil lebte, und der haitianischen Militärregierung statt. Man einigte sich darauf, daß General Cédras, der Leiter der Junta, am 15.10.1993 zurücktreten werde und Aristide erlaubte, am 30.10.1993 als Präsident nach Haiti zurückzukehren. Aber der Termin verstrich, ohne daß die Militärregierung ihr Versprechen einlöste. In der Zwischenzeit hörte sie nicht auf, Attentate auf Anhänger von Aristide zu verüben. Im September wurde zum Beispiel ein allseits bekannter Vertrauter von Aristide aus einer Kirche gezerrt und vor den Augen von Vertretern der Vereinten Nationen erschossen. Einen Monat später wurde Guy Malary, Aristides Justizminister, ermordet.

Die Regierung Clinton war so zufrieden mit ihrer »erfolgreichen Außenpolitik«, daß sie anscheinend bereit war, jegliche Verbrechen hierfür in Kauf zu nehmen.

Im Nachhinein verkündete ein Berater von Cédras, daß die Militärregierung die »Verhandlungen von vornherein nur als Vorwand benutzte. Wir wollten, daß die Sanktionen erlassen würden. Aber wir hatten niemals die Absicht, wirklich ein Übereinkommen auf Governors Island zu erzielen, was mittlerweile sicherlich jedem einleuchtet. Wir haben auf Zeit gespielt.«

Aristide war nie wirklich überzeugt von dem Übereinkommen der Vereinten Nationen demzufolge diejenigen, die ihn gestürzt hatten, unter Amnestie gestellt werden sollten. Er erklärte, daß die Vereinten Nationen ihn gedrängt hätten, das Übereinkommen zu unterzeichnen.³¹

In einem Gespräch mit Kongreßabgeordneten Anfang Oktober beschrieb Brian Latell, ein Vertreter der CIA, der kurz zuvor Cédras und dessen Regierung gelobt hatte, Aristide als psychisch instabil. War dies vielleicht eine Information, die von einem CIA-Agenten aus der haitianischen Armee stammte? Im Wahlkampf hatten Kritiker von Aristide tatsächlich das Gerücht in die Welt gesetzt, daß er psychisch krank sei.³² Latell erklärte später ebenfalls, daß Aristide »keinen großen Wert auf demokratische Grundsätze lege« und daß er seine Anhänger dazu auffordere, ihre Gegner mit der sogenannten necklacing Methode zu ermorden. Bei dieser Methode wurde dem Opfer eine in Benzin getränkte Schlinge um den Hals gelegt und angezündet. Weder Latell noch andere lieferten jemals Beweise, daß Aristide hierzu aufgerufen hatte. Es soll allerdings nicht bestritten werden, daß diese Methode – wie bereits nach dem Sturz der Duvaliers 1986 – von Haitianern in Vergeltungsakten angewendet wurde.

Zur selben Zeit erhielten Kongreßabgeordnete Einsicht in ein Dokument zur Krankengeschichte von Aristide. Hierin wurde behauptet, daß Aristide 1980 in Kanada in einer Klinik für psychisch Kranke behandelt wurde, daß die Diagnose manisch-depressiv lautete und er große Mengen an Medikamenten verschrieben bekommen habe. Die Medien berichteten, daß die CIA für diese Aussage verantwortlich sei, was sie jedoch bestritt. Die CIA erklärte, sie habe das Dokument zuvor gesehen und es – teilweise oder komplett – als Fälschung eingestuft, fügte allerdings hinzu, daß sie immer noch an ihrem psychologischen Profil von Aristide aus dem Jahre 1992 festhielten. Es besagt, daß der gestürzte Präsident möglicherweise instabil sei.

Die Behauptungen wurden von Aristide und seinem Sprecher zurückgewiesen. Eine unabhängige Untersuchung fand heraus, daß Aristide in keiner Akte in der Klinik in Kanada als Patient aufgeführt war. Nichtsdestotrotz hatten die im Kongreß sitzenden Gegner von Aristide nun einen Grund, die Mittel, die die Vereinigten Staaten Aristide zur Verfügung stellten, zu kürzen. Einige von ihnen vertraten die Ansicht, daß die Vereinigten Staaten in Anbetracht des Staatsoberhauptes nicht in den Konflikt in Haiti verwickelt werden sollen.³³

»Seine [Latells] Nachricht hätte nicht klarer formuliert werden können – Mörder, Psychopath«, berichtete ein Verwaltungsangestellter, der mit Latells Instruktionen vertraut war.³⁴ 1960 hatte die Regierung von Eisenhower Patrice E. Lumumba, einen anderen schwarzen Anführer im Kongo, der der Pax Americana keinen Glauben schenken wollte, als »instabil«, »irrational, nahezu psychotisch« beschrieben.³⁵ Nelson Mandela wurde von seinen Gegnern häufig auf ähnliche Weise bezeichnet. Einige derjenigen, die solche Behauptungen aufstellen, sind möglicherweise tatsächlich der Überzeugung, daß es ein Anzeichen für Zurechnungsunfähigkeit ist, wenn man sich offen gegen die etablierte Ordnung ausspricht.

Die Junta, die befürchtete, daß Präsident Clinton militärisch gegen Haiti vorgehen werde, war zufrieden. Ein Sprecher bemerkte, »nachdem unsere Freunde bei der CIA unsere Informationen über Aristide bekanntgegeben hatten und der Kongreß darüber diskutierte, wie ungeeignet Aristide war, konnten wir davon ausgehen, daß die Vereinigten Staaten wohl nicht gegen uns vorgehen würden.«³⁶

Auch wenn die Regierung Clinton die Behauptung, daß Aristide psychisch krank sei, offiziell entschieden zurückwies, mußten die Anhänger des katholischen Priesters entsetzt feststellen, daß die Vereinigten Staaten nichtsdestotrotz weiterhin mit den Anführern der haitianischen Militärregierung verhandelten. Robert White, ein ehemaliger Botschafter der Vereinigten Staaten in El Salvador und ein unbezahlter Berater von Aristide, erklärten, »Anscheinend gibt es nichts, was den Glauben der Regierung Clinton erschüttern kann, daß die haitianische Militärregierung nach bestem Wissen und Gewissen handelt.«

Die Anhänger von Aristide vermuteten, daß dieses Vertrauen damit zu erklären war, daß zwischen amerikanischen Militäroffizieren und den führenden Befehlshabern in Haiti, den beiden Polizeibossen Cédras und François, die beide ihre militärische Ausbildung in den Vereinigten Staaten absolviert hatten, langjährige Verbindungen bestanden. Das *Time Magazin* war der Auffassung, daß »die Vereinigten Staaten lange nicht so entschieden gegen die Handlanger in Haiti vorgehen, wie sie es in ihren Erklärungen darstellen.«³⁷

Das Lawyers Committee for Human Rights – Anwaltskomitee für Menschenrechte – kommentierte diese Vorgehensweise folgendermaßen:

Aristides Reden von radikalen Reformen weckten einen uralten, tief verwurzelten Instinkt der Amerikaner, der in unzähligen Ländern sowohl vor als auch nach dem Kalten Krieg wiederholt eine Rolle spielte: Wenn Zweifel bestehen, entscheiden wir uns für die Armee, da es die einzige Institution ist, die Stabilität und Ordnung garantiert.³⁸

Die Regierungen Reagan und Bush schrieben diese Fähigkeit tatsächlich der Armee zu und lobten mehrfach, mit welcher Ernsthaftigkeit die haitianische Armee sich der Demokratie verschrieben habe.³⁹

In Bezug auf Haiti war die Politik der Regierung Clinton genauso heuchlerisch wie die der vorherigen Regierungen, mit einer Ausnahme, und zwar der Entscheidung, Ron Brown zum Wirtschaftsminister zu ernennen. Ron Brown war ein hochbezahlter und äußerst engagierter Lobbyist von Baby-Doc Duvalier.⁴⁰ Die Tatsache, daß sich Cédras offensichtlich nicht an das Governors-Island-Übereinkommen hielt, schien die Vereinigten Staaten weniger zu beunruhigen als die Tatsache, daß Aristide sich nicht bereitklärte, zusammen mit der Armee eine Regierung zu bilden.⁴¹ Spätestens seit Februar 1994 war es ein offenes Geheimnis, daß die Vereinigten Staaten genauso schnell wie die Befehlshaber in Haiti des haitianischen Priesters überdrüssig sein würden. Die *Los Angeles Times* berichtete:

»Offiziell unterstützen die Vereinigten Staaten, daß Aristide wieder sein Amt als Präsident aufnimmt. Inoffiziell sind allerdings einige Vertreter der Auffassung, daß Aristide ein zu radikales Programm verfolge, als daß die Armee und die wohlhabende Oberschicht des Landes es jemals zulassen würden, ihn wieder an die Macht kommen zu lassen.«⁴²

Die Antipathien, die Aristides Politik bei hochrangigen US-Abgeordneten hervorrief, unterschieden sich ideologisch, wenn auch nicht emotional, kaum von jenen, die die herrschende Klasse Haitis gegen ihn hegte. Die Tatsache, daß die Befehlshaber in Haiti die Menschenrechte mit Füßen traten, war nicht ausschlaggebend dafür, daß sie sich bei den Vereinigten Staaten unbeliebt machten. Entscheidend war eher, daß das Regime in Haiti zehntausende Menschen zur Flucht trieb – Flüchtlinge, die für die Vereinigten Staaten ein logistisches Problem in der Karibik und Florida darstellten, ihrem Image schaden und hunderte Millionen Dollar kostete.

Die Beziehungen zwischen der amerikanischen Regierung und Aristide verschlechterten sich zunehmend, als Außenminister Warren Christopher verkündete, daß eine Gruppe aus dem haitianischen Parlament, die er der »Mitte« zuordnete, einen Plan ausgearbeitet habe. Dieser Plan sehe vor, daß die Offiziere, die den Putsch durchführten, begnadigt werden und daß Aristide einen Premierminister ernennen solle, der wiederum ein Kabinett, das von Aristides Gegner im Land akzeptiert werde, zusammensetze. Die Umsetzung dieses Planes sollte zur Bildung einer Koalitionsregierung führen und letztendlich Aristide ermöglichen, sein Amt wieder aufzunehmen.

Aristide, auf dessen Meinung während der Entwicklung des Planes in keinerlei Weise Rücksicht genommen worden war, lehnte den Vorschlag strikt ab. Der Plan schlage vor, daß grausame Verbrecher nicht bestraft werden sollten, definierte keinen Zeitpunkt, an dem er sein Amt wieder aufnehmen sollte, gewährleistete nicht, daß er überhaupt zu irgendeinem Zeitpunkt wieder an die Macht käme, und verlangte, daß er gemeinsam mit einem politisch inkompetenten Premierminister und einigen Kabinettsmitgliedern des gleichen Kalibers regierte. Christopher fügte hinzu:

»Ob das Embargo gegen Haiti verschärft werde, hänge davon ab, ob sich Aristide mit diesem Plan einverstanden erklärte. Die Vereinigten Staaten, würden vorsichtig handeln, wenn es dazu käme, strengere Sanktionen zu erheben, da diese die Situation der haitianischen Bevölkerung verschlimmern.«⁴³

Zur gleichen Zeit erklärte Michael Kozak, der führende Haiti-Experte des Außenministeriums, daß die »Radikalen auf beiden Seiten« für das Scheitern des Planes verantwortlich seien. Hiermit, erklärte ein Anhänger von Aristide, »wird Aristide moralisch gesehen mit dem Militär auf eine Stufe gestellt. Man stellt Aristide Mördern gleich.«⁴⁴

Die Regierung Bush unterbreitete gemeinsam mit den Vereinten Nationen und der OAS dem belagerten Aristide mehrfach ähnliche Vorschläge oder stellte ihm Ultimaten. Da er diese nicht bereitwillig annahm, galt er unter einigen Vertretern der Regierung und der Presse als »unnachgiebig.«⁴⁵

Daß Aristide diesen Plan zurückwies, kann man vielleicht besser verstehen, wenn man sich fragt, ob die Vereinigten Staaten jemals von in Miami im Exil lebenden Kubanern verlangen würde, einer Koalitionsregierung mit Castro-Anhängern zuzustimmen, um ihnen ihre Rückkehr nach Kuba zu ermöglichen. Oder daß im Exil lebende Iraker sich mit Saddam Hussein arrangieren sollten. Ironischerweise bestanden ausgerechnet die Regierungen von Bush und Clinton wiederholt darauf, daß Aristide eine ausgeglichene Regierung oder eine Regierung mit nationalem Konsens akzeptiere. Ironisch deshalb, weil in beiden Regierungen kein einziger bekennender Linksliberaler, noch weniger ein Linker oder Sozialist und nahezu kein wirklicher Liberaler ein hochrangiges Amt ausübte. Und auch die Tatsache, daß die kubanische Bevölkerung unter dem Embargo der Vereinigten Staaten außerordentlich litt, hatte keinen bemerkenswerten Einfluß auf die Politik der beiden Regierungen.

Es stellte sich bald heraus, daß der Plan, den man als »eine Initiative zum Zweiparteiensystem« verstand, ursprünglich auf ein Memo des Außenministeriums zurückging. Umso schlimmer war es, daß die Vorschläge der haitianischen Seite aus jenen Kreisen stammten, die Aristide gestürzt hatten, u.a. von Francois, dem Leiter der Polizei.⁴⁶

Ein Bericht der amerikanischen Botschaft in Haiti an das Außenministerium im April 1994 ist ein weiteres Indiz dafür, daß sich die Vereinigten Staaten immer mehr von Aristide distanzieren. Auch wenn der Bericht darstellte, daß unter der Militärregierung die Menschenrechte massiv mißachtet werden, wurde die Behauptung aufgestellt, daß Aristide »und seine Anhänger Verstöße gegen die Menschenrechte für ihre Propaganda nutzen und hierfür sogar gezielt die Menschenrechte verletzen.« Die Anhänger von Aristide wurden als »ideologische Hardliner« beschrieben.⁴⁷

Liberaler Kongreßabgeordnete, vor allem die Fraktion der Black Caucus, eine Organisation afroamerikanischer Kongreßabgeordneter, zeigten sich zunehmend beunruhigt. Als sie die Vorgänge kritisierten und Druck ausübten, trat der Sonderbeauftragte des Außenministeriums für Haiti, Lawrence Pezzullo, der mittlerweile als offizieller Autor des legislativen Plans für Haiti genannt wurde, zurück. Eine Woche später wurden einige Kongreßabgeordnete, die sich an einer Protestaktion vor dem Weißen Haus beteiligten, vor laufenden Kameras verhaftet.

Anfang Mai 1994 kam die Regierung Clinton – aufgrund der Haltung des Kongresses, der Tatsache, daß der Große Haiti-Plan keinen Anklang gefunden hatte, Flüchtlinge immer noch an der Küste Floridas strandeten und weitere tausend von ihnen Guantánamo, den kubanischen Stützpunkt, aufsuchten – gezwungenermaßen zu folgendem Entschluß: Auch wenn ihnen dieser Jean-Bertrand Aristide und seine linke Politik jenseits der Mitte immer noch nicht gefielen, blieb ihnen nichts anderes übrig, als ihn wieder in das Amt des Präsidenten zu erheben, wenn sie ihr Gesicht einigermaßen wahren wollten. Bill Clinton stand mit dem Rücken an der Wand. In seiner Wahlkampagne 1992 verkündete er, daß es »grausam« sei, daß Bush Flüchtlinge nach Haiti ausweise. »Meine Regierung«, erklärte er, »wird für die Demokratie eintreten.«⁴⁸ Seit dieser Erklärung erwähnte er »Haiti« nicht, ohne zumindest drei Phrasen über demokratische Grundsätze hinzuzufügen.

Die Republikaner mußten handeln oder sie würden eine weitere »außenpolitische Pleite« im laufenden Wahljahr verbuchen. Aber was sollten sie tun? In den folgenden vier Monaten wurde die Welt Zeuge eines ständigen Hin und Her. Eine Reihe von Änderungen, die Sanktionen und die Behandlung der Flüchtlinge betrafen, wurde beschlossen. Außerdem wurde diskutiert, wie viel Zeit der Junta gewährt werde, um zusammenzupacken und abzuziehen (bis zu sechs Monaten), welches Strafmaß die mordenden Militär- und Polizeioffiziere erwartete oder ob sie unter die Amnestie fielen, ob die Vereinigten Staaten einmarschieren würden [...] diesmal meinen wir es ernst [...] jetzt meinen wir es [wirklich] ernst [...] »langsam verlieren wir die Geduld«, zum dritten Mal [...] »wir schließen einen militärischen Eingriff nicht aus«, zum fünften Mal [...] Die Militärjunta ließ sich hiervon nicht wirklich beeindrucken.

In der Zwischenzeit beschuldigte ein Team der OAS, daß die Menschenrechtslage im Land beobachtete, das Militärregime, »systematisch Menschen zu ermorden, zu verge-

waltigen, zu verschleppen und zu foltern, um den Teil der haitianischen Bevölkerung, der sich für Demokratie und die Rückkehr Aristides aussprach, einzuschüchtern.« Amnesty International bestätigte diese Vorwürfe.⁴⁹

Die Zeit verging, und jeder vergangene Tag ging von Aristides verbleibender Regierungszeit ab. Bereits drei Jahre seiner fünfjährigen Amtszeit waren abgelaufen, und diese drei Jahre schlossen die acht Monate, in denen er tatsächlich im Amt war, nicht mit ein.

Clintons Ziel war es, die Militärregierung bis zum Sommer 1994 abzusetzen. Er wollte seinen Plan realisieren, ohne sich dafür den bohrenden Fragen des Kongresses zu stellen, um dessen Zustimmung zu erhalten, ohne einen militärischen Eingriff der Vereinigten Staaten, ohne amerikanische Opfer zu fordern und ohne dafür im Namen eines sozialistischen Priesters in den Krieg zu ziehen. Wenn die Vereinigten Staaten wirklich daran interessiert gewesen wären, den Priester Jean-Bertrand Aristide wieder an die Macht zu bringen, hätten sie die CIA in den vergangenen drei Jahren jederzeit anweisen können, die haitianische Regierung zu destabilisieren. Sie hätte nur auf ihre bewährten Methoden zurückgreifen müssen: Bestechung, Erpressung, Verbreitung von gefälschten Dokumenten, Fehlinformationen, Gerüchten und Angst, auf ihre Waffen, Söldner und Anschläge, ihre multinationale, wirtschaftliche Vormachsteilung, ihre kleine Armee vor Ort und ihre kleinen, gezielten Luftangriffe. Somit hätte sie zum richtigen Zeitpunkt unter den richtigen Gruppen das nötige Maß an Angst und Schrecken verbreitet. Dies ist der CIA schon mit weitaus mächtigeren und stabileren Regierungen gelungen, die weitaus mehr Rückhalt im eigenen Volk hatten, wie zum Beispiel Iran, Guatemala, Ecuador, Brasilien, Ghana und Chile.

Vieles von dem, was in Haiti benötigt wurde, war bereits vor Ort vorhanden. Vom National Intelligence Service, der von der CIA selbst ins Leben gerufen wurde, über ein großes Netzwerk von Informanten als auch bezahlten Mitarbeitern in anderen Sicherheitstruppen, wie zum Beispiel der FRAPH, bis hin zu dem Wissen, wer die verantwortlichen Militäroffiziere waren.⁵⁰ Der amerikanische Geheimdienst verfügte sogar über ein vollständiges Inventar der haitianischen Waffenbestände.⁵¹

Daß Clinton versäumte, hiervon Gebrauch zu machen, ist vor allem deshalb verwunderlich, weil viele Kongreßabgeordnete und einige der amerikanischen Experten für auswärtige Angelegenheiten ihn monatelang dazu drängten.⁵² Schließlich offenbarten Regierungsvertreter im September 1994, daß die CIA »diesen Monat eine groß angelegte, verdeckte Operation veranlaßt hat, um zu versuchen, die haitianische Militärregierung in Haiti zu stürzen, die bisher allerdings erfolglos verlaufen ist.« Ein Vertreter erklärte, daß der Einsatz »zu spät kommt, um die Situation zu ändern.« Der Regierung zufolge wurde monatelang diskutiert, welche Maßnahmen getroffen werden sollten und ob sie rechtlich vertretbar wären oder nicht.⁵³

Oder sie hätten den »einen« berüchtigten »Anruf« machen können, so wie sie es vorgehabt hatten.

Verrat

»Das brutalste Regime unserer Hemisphäre« [...] »Menschen werden systematisch vergewaltigt, gefoltert, verstümmelt, ausgehungert« [...] »Kinder werden hingerichtet, Frauen vergewaltigt, Priester werden umgebracht« [...] »haitianische Waisen werden umgebracht«, wenn sie unter Verdacht stehen, »Sympathien für Präsident Aristide zu hegen, und nur, weil er zur Zeit seiner Tätigkeit als Gemeindepriester, ein Waisenhaus betrieben hatte« [...] »Soldaten und Polizisten vergewaltigen die Frauen und Töchter von mutmaßlichen politischen Dissidenten – junge Mädchen von 13, 16 Jahren – Menschen werden erschlagen und verstümmelt, Körperteile zur Abschreckung der Anderen zurückgelassen, Kinder werden gezwungen, mit anzusehen, wie ihren Mütter die Gesichter mit Macheten aufgeschlitzt werden.« [...] ⁵⁴

Dies waren die Worte von William Jefferson Clinton an das amerikanische Volk, um zu erklären, warum er bemüht war, »in Haiti wieder eine demokratische Regierung einzusetzen.«

Daraufhin erfuhr die Öffentlichkeit, daß die haitianischen Befehlshaber informiert worden seien, daß sie vier Wochen Zeit haben, um zurückzutreten, daß sie für keines ihrer Verbrechen verurteilt werden würden, daß sie, wenn sie es wünschten, im Land bleiben und auch für das Präsidentschaftsamt kandidieren können und daß sie keinerlei Vermögenswerte, ganz gleich, wie sie sie erworben haben, abtreten müssen. Diejenigen, die ins Exil gingen, erhielten von der amerikanischen Regierung hohe Ablösesummen für ihren Grundbesitz, den sie aufgaben – und sie mußten keine Ablösesummen für Neuerungen zahlen. Es wurden zwei Flugzeuge gechartert, um sie mit all ihren Möbeln in das Land ihrer Wahl zu fliegen. Der Transport war kostenlos und die Wohnungs- und Lebenshaltungskosten wurden für ein Jahr für sämtliche Familienmitglieder, Dutzende von Verwandten und Freunden übernommen. Insgesamt handelte es sich um Millionen Dollarbeträge.⁵⁵

Der Grund, warum Präsident Bill Clinton (vielleicht im Gegensatz zum Menschen Bill Clinton) so gehandelt hat, könnte sein, daß er – wie jeder Andere im Weißen Haus, wie auch Jimmy Carter, der Cédras erklärte, daß er ein Ehrenmann sei, und daß er großen Respekt vor ihm habe – Cédras und seinen Anhängern nicht unbedingt feindlich gegenüberstand, da sie ideologisch gesehen keine Bedrohung für die Vereinigten Staaten, die Haiti wirtschaftlich und strategisch die meiste Zeit des 20. Jahrhunderts kontrolliert hatten, darstellten. Ganz im Gegensatz zu Jean-Bertrand Aristide, ein Mann, der nur ein Jahr zuvor verkündet hatte: »Ich bin immer noch der Auffassung, daß der Kapitalismus eine der Todsünden ist.«⁵⁶ Oder Fidel Castro in Kuba. Falls hieran gezweifelt wird, sollte berücksichtigt werden, daß kurz bevor Präsident Clinton, die oben zitierten Äußerungen verlauten ließ, Vizepräsident Al Gore im Fernsehen erklärt hatte, daß unter Castro die Menschenrechte weitaus mehr verletzt werden, als unter dem Militärregime in Haiti.⁵⁷

Präsident Clinton nutzte die Greuelthaten der haitianischen Regierung als auch die Tatsache, daß die Junta im Drogengeschäft tätig war, um die Zustimmung für einen militärischen Eingriff zu erhalten. Nach vielen Jahren stellte sich nun heraus, daß Noriega für seine seit vielen Jahren laufenden Drogengeschäfte zu genau dem Zeitpunkt verurteilt wurde, als die Zeit für einen militärischen Eingriff in Panama gekommen war.

Doch dies war noch nicht der schlimmste Verrat.

Im Einklang mit dem bereits erwähnten Abkommen mit Raoul Cédras landeten die amerikanischen Truppen seit dem 19. September 1994 in Haiti, um die nötigen Maßnahmen für Aristides Ankunft Mitte Oktober zu treffen. Die Amerikaner wurden vom haitianischen Volk mit großer Begeisterung begrüßt. Die GIs entwaffneten, verhafteten oder erschossen bald einige derjenigen, die die größte Gefahr darstellten oder am ehesten für Unruhe in der haitianischen Gesellschaft sorgten. Zu allererst verbarrikadierten sie jedoch die Straßen, die zu den Wohnvierteln der skrupellosen Oberschicht – den Reichen und somit den natürlichen Verbündeten der Vereinigten Staaten – führten, mit Panzern und Fahrzeugen, die mit Maschinengewehren ausgestattet waren.⁵⁸

Der Empfang von Jean-Bertrand Aristide war ein fröhliches Fest und verbreitete Optimismus. Seine treuen Anhänger waren sich jedoch nicht bewußt, daß Aristides Rückkehr wohl auch die Aufgabe seiner politischen Maxime bedeutete. Die *Los Angeles Times* berichtete:

In mehreren privaten Gesprächen ermahnten amerikanischen Regierungsvertreter Aristide, den Klassenkampf nicht weiter zu propagieren und stattdessen die Versöhnung der Reichen und Armen in Haiti anzustreben. Die Vereinigten Staaten drängten Aristide ebenfalls dazu, sich eng an der freien Marktwirtschaft zu orientieren und sich an die Verfassung der karibischen Staaten, unter der das Parlament über außerordentlich viel Macht verfügt und die Macht des Präsidenten begrenzt ist, zu halten. Amerikanische Regierungsvertreter drängten Aristide bei der Bildung seiner neuer Regierung, einige seiner politischen Gegner zu ernennen um eine ausgewogene Koalitionsregierung zu formen. Die amerikanische Regierung erklärte Aristide, daß sie seine Regierung nicht unterstützen werde, wenn es ihm nicht gelänge, mit dem Parlament einen Konsens zu erzielen.⁵⁹

Nahezu jeder Schritt, den Aristide wieder an die Macht bringt – von der Besteuerung der Reichen bis zur Entwaffnung des Militärs – wird von Vertretern der amerikani-

schen Regierung, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und anderen Hilfsorganisationen, mit denen Aristide täglich Gespräche führt, überprüft. An diesem durchdachten Plan kann man ihre Prioritäten deutlich ablesen. Aristide ließ offensichtlich einige seiner wichtigen Grundsätze, vor allem in Bezug auf die Befreiungstheologie und den Klassenkampf im Exil zurück.⁶⁰

Unter der Anleitung hochrangiger Vertreter der Regierung Clinton »hat Aristide die Grundsätze der Demokratie [sic!], der nationalen Versöhnung und Marktwirtschaft mit einer Begeisterung akzeptiert, wie es sich die Vereinigten Staaten von allen Staatsmännern von Entwicklungsländern wünschen würden.«⁶¹

Aristide kehrte am 15.10.1994 nach Haiti zurück – drei Jahre und zwei Wochen, nachdem er gestürzt worden war. Die Vereinigten Staaten wären in der Lage gewesen, seine Rückkehr zu denselben Bedingungen – oder selbstverständlich auch weitaus besseren – bereits zwei bis drei Jahre früher zu ermöglichen. Aber die Verantwortlichen in Washington waren fest davon überzeugt, daß sich die Probleme – das Flüchtlingsproblem und das Problem namens Jean-Bertrand Aristide – von selbst lösen werden, wenn sie einfach die haitianischen Flüchtlinge nach Haiti zurückschickten oder wenn dies nicht möglich war, sie auf Guantánamo unterbrachten. Nachdem feststand, daß Aristide nun definitiv wieder an die Macht kam, forderte Clinton vom haitianischen Präsidenten, daß er nicht versuche, im Amt zu bleiben, um die im Exil verlorenen Jahre nachzuholen. Aristide erklärte sich hiermit einverstanden und Clinton sorgte dafür, daß dies öffentlich verkündet wurde. Clinton bezeichnete diese Vorgehensweise selbstverständlich als »demokratisch«, obgleich er hiermit den Putsch teilweise legitimierte.⁶² Wie in den zuvor zitierten Artikeln festgehalten, war es bei weitem nicht die einzige Option, die Aristide bewußt aufgab.

Claudette Werleigh, eine Frau, die seine Vorstellungen teilte, war seine bevorzugte Kandidatin für das überaus wichtige Amt der Premierministerin, die das Kabinett ernannt. Er war allerdings gezwungen, auf sie zu verzichten, da seine politischen Gegner ihre »Tendenz zur Linken« kritisierten und das Argument hervorbrachten, daß sie der Beschaffung von ausländischen Finanzierungs- und Hilfsmitteln erheblich im Wege stehen könne. Somit ernannte Aristide schließlich Smarck Michel, einen der bevorzugten Kandidaten der Vereinigten Staaten, zum Premierminister.⁶³ Außerdem beobachteten die Regierung Clinton und die internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) sehr genau, welche Personen der haitianische Präsident als Finanzminister, Minister für Städteplanung und als Leiter der Landesbank ernannte.⁶⁴

Zwei der Wunschkandidaten der Vereinigten Staaten, die für diese Positionen in Frage kamen, hatten sich am 22.08.1994 mit den IFIs in Paris getroffen, um die Bedingungen eines Abkommens, unter dem Haiti ca. 7.000.000 Dollar an Geldern und Krediten erhalten würde, zu diskutieren. Solche Abkommen mit Entwicklungsländern machen es normalerweise zur Bedingung, daß sich der Staat entschieden aus der Wirtschaft zurückzieht und daß der freien Wirtschaft eine größere Rolle zuteil wird, indem öffentliche Dienste privatisiert werden. Auf internationaler Ebene würde es Haitis Rolle sein, von Nutzen für transnationale Unternehmen zu sein, indem es sich immer mehr ausländischen Investoren und dem globalen Markt öffnet. Hierbei werden Mindesttarife oder andere Importbedingungen kaum berücksichtigt und Haiti würde primär Fließbandindustrien betreiben und sich somit als ausländischer Standort für billige Arbeitskräfte anbieten – außerordentlich billige Arbeitskräfte, selbst wenn der momentane Stundenlohn von 10 bis 25 Cents erhöht werden sollte, wovon man sich wohl kaum ernähren konnte – ein Konzept, das die US-Behörde für Internationale Entwicklung und andere US-Regierungsbehörden jahrelang Investoren verkaufte.⁶⁵ Die Fließbandindustrien schienen für amerikanische Firmen von so großer Bedeutung zu sein, daß die amerikanische Regierung zum Zeitpunkt, als die Sanktionen gegen Haiti am schärfsten waren, verkündete, daß sie die Sanktionen des Embargo »minimal lockern« würde, um diesen Firmen Import- und Exportgeschäfte zu ermöglichen, damit sie den Betrieb wieder aufnehmen können.⁶⁶

Im Abkommen wird außerdem hervorgehoben, daß die Machtposition des Parlaments gestärkt werden soll. Die Bedeutung des Präsidenten und auch das Wort »Gerechtigkeit« kommen allerdings im Abkommen nicht vor.

Seit diesem Abkommen Ende Oktober 1994 schienen Aristides Träume von menschenwürdigen Löhnen und Arbeitsbedingungen für das haitianische Volk, einem Sozialversicherungs- und Rentensystem, einem angemessenen Bildungssystem, Wohnflächen, Gesundheitsversorgung, öffentlichem Transportsystem, usw. geplatzt zu sein. Eins scheint jedoch klar zu sein: Die Reichen werden immer reicher werden und die Armen werden immer die Unterschicht der mittelamerikanischen Gesellschaften bilden. Unter Aristides Nachfolger – wen auch immer die Vereinigten Staaten dafür vorgesehen hatten – konnte es nur schlimmer kommen.⁶⁷

All dies war Aristide, dem radikalen Reformier, bewußt. Es ist gut möglich, daß es im September 1994 und Oktober 1994 Situationen gegeben hatte, in denen Aristide die Chance gehabt hätte, mehr Forderungen zu stellen, da Clinton fast in gleichem Maß auf Aristide angewiesen war, wie Aristide auf Clinton. Wenn Aristide gedroht hätte, an die Öffentlichkeit zu gehen, um den Betrug mit all seinen schäbigen Details publik zu machen, hätte dies für Bill Clinton einen peinlichen Skandal bedeutet. Die ganze Welt hätte erfahren, was sich hinter den offiziellen Phrasen verbarg und wie gespielt Clintons Sorge um die »Demokratie« und das Wohlergehen der haitianischen Bevölkerung war.

Aristide betrachtete die Welt jedoch aus einer anderen Perspektive:

»Wir müssen die politische Macht mit der theologischen Macht vergleichen. Auf der einen Seite stehen die Mächtigen, die zu den klassischen politischen Mittel greifen: Waffen, Gelder, Diktaturen, Staatsstrieche, Unterdrückung. Auf der anderen Seite stehen Mittel, die vor 2000 Jahren eingesetzt wurden: Solidarität, Widerstand, Courage, Überzeugung und der Kampf für Würde, Macht, Respekt und Stärke, Transzendenz und der Glaube an Gott, der für Gerechtigkeit steht. Es stellt sich nun folgende Frage: Welche Macht ist stärker, die politische oder die theologische? Ich bin überzeugt, daß die letztere stärker ist. Ich bin ebenfalls davon überzeugt, daß beide Mächte sich nähern können, und diese Annäherung wird einen erheblichen Unterschied machen.«⁶⁸

Anmerkungen zu Kapitel 55

- 1 *New York Times*, 27.02.1986, S. 3; 11.04.1986, S. 4.
- 2 **Fritz Longchamp** und **Worth Cooley-Prost**, »Hope for Haiti«, *Covert Action Information Bulletin*, H. 36, Frühjahr 1991, S. 58. Longchamp ist geschäftsführender Direktor des Washington Office on Haiti, eines Zentrums für Analyse und öffentliche Bildung; **Paul Farmer**, *THE USES OF HAITI* (Common Courage Press, Monroe, ME, 1994), S. 128-129.
- 3 *The Guardian* (London), 22.09.1986.
- 4 Ebd.
- 5 Zu Reagan vgl. **Jean-Bertrand Aristide**, *AN AUTOHIOGRAPHY* (Orbis Books, Maryknoll, New York, 1993, aus der französischen Ausgabe von 1992 übersetzt), S. 79. Im Folgenden *ARISTIDE AUTOBIOGRAPHY*.
- 6 *Time*, 30.11.1987, S. 7.
- 7 Zur CIA und den Wahlen von 1987 und 1988 vgl. *Los Angeles Times*, 31.10.1993, S. 1; *New York Times*, 01.11.1993, S. 8.
- 8 *New York Times*, 01.11.1993, S. 8.
- 9 **Alan Naim**, »The Eagle is Landing«, *The Nation* (New York), 03.10.1994, S. 344, zitiert den amerikanischen Obersten Steven Butler, den früheren Planungschef der US-Streitkräfte in der Karibik, der an der Operation beteiligt war.
- 10 **Farmer**, S. 150; *New York Times*, 13.03.1990, S. 1.
- 11 *ARISTIDE AUTOBIOGRAPHY*, S. 105-106, 118-121.
- 12 Haitian Information Bureau, »Chronology: Events in Haiti, 15.10.1990 bis 11.05.1994«, in **James Ridgeway** (Hrsg.), *THE HAITI FILES: DECODING THE CRISIS* (Essential Books, Washington, 1994), S. 205.

- 13 **Robert I. Rotberg**, *Washington Post*, 20.12.1990, S. A23.
- 14 *Washington Post*, 06.06.1991, S. A23. In seiner AUTOBIOGRAPHIE, a.a.O., S. 147-148, schreibt Aristide, er habe sein Gehalt von zehntausend auf viertausend reduziert und eine ganze Reihe zusätzlicher Einkünfte abgeschafft.
- 15 ARISTIDE AUTOBIOGRAPHY, S. 144. Er meinte wahrscheinlich den Pro-Kopf-Wohlstand der Armen. Der Pro-Kopf-Wohlstand der Gesamtbevölkerung würde sich durch solche Hilfe natürlich nicht verringern.
- 16 Ebd., S. 127-128, 139.
- 17 Zur Politik von Aristide nach dem Amtsantritt vgl. a) *Washington Post*, 06.06.1991, S. A23; 07.10.1991, S. 10; b) ARISTIDE AUTOBIOGRAPHY, Kap. 12; c) **Farmer**, S. 167-180; d) *Multinational Monitor* (Washington, DC), März 1994, S. 18-23 (zur Landreform und den Gewerkschaften).
- 18 *San Francisco Chronicle*, 22.10.1991, S. A16.
- 19 **Alan Naim**, »Our Man in FRAPH: Behind Haiti's Paramilitaries«, *The Nation* (New York), 24.10.1994, S. 460, erwähnt Emmanuel Constant, den Führer der FRAPH.
- 20 Zur NED usw. vgl. a) *The Nation* (New York), 29.11.1993, S. 648, eine Kolumne von **David Corn**; b) Haitian Information Bureau, »Subverting Democracy«, *Multinational Monitor* (Washington, DC), März 1994, S. 13-15; c) National Endowment for Democracy, Washington, DC, ANNUAL REPORT, 1989, S. 33; ANNUAL REPORT, 1990, S. 41; d) ARISTIDE AUTOBIOGRAPHY, S. 111, zu Radio Soleil als Handlanger der Regierung.
- 21 *New York Times*, 08.10.1991, S. 10.
- 22 *Boston Globe*, 01.10.1992.
- 23 *New York Times*, 01.11.1993, S. 8; 14.11.1993, S. 12. Latell legte seinen Bericht im Juli 1992 vor.
- 24 Ebd., 14.11.1993, S. 12.
- 25 **Howard French**, *New York Times*, 27.09.1992, S. E5.
- 26 »Chronology«, THE HAITI FILES, a.a.O., S. 211.
- 27 *New York Times*, 01.11.1993, S. 1.
- 28 Zum Rauschgift vgl. ebd., S. 8; *The Nation* (New York), 03.10.1994, S. 344, a.a.O.; *Los Angeles Times*, 20.05.1994, S. 11.
- 29 Zum SIN vgl. *New York Times*, 14.11.1993, S. 1; *The Nation* (New York), 03.10.1994, S. 346, a.a.O.
- 30 a) *The Nation* (New York), 24.10.1994, S. 458-461, a.a.O.; **Alan Naim**, »He's Our S.O.B.«, 31.10.1994, S. 481-482; b) *Washington Post*, 08.10.1994, S. A8; c) *Los Angeles Times*, 08.10.1994, S. 12; d) *New York Daily News*, 12.10.1993, ein Artikel von **Juan Gonzales**, durch den die Ansicht, der Schiffsvorfall sei eine abgekartete Sache gewesen, weitere Glaubwürdigkeit erhält.
- 31 *Time*, 08.11.1993, S. 45-46.
- 32 **Farmer**, S. 152.
- 33 Zu Aristides Geisteszustand vgl. a) *Los Angeles Times*, 23.10.1993, S. 14; 31.10.1993, S. 16; 02.11.1993, S. 8; b) *New York Times*, 31.10.1993, S. 12 (zu dem betrügerischen Dokument); c) *Washington Post*, 22.10.1993, S. A26; d) *CBS News*, 13.10.1993; 02.12.1993, ein Bericht von **Bob Faw**, in dem es hieß: »Dieses Krankenhaus in Montreal sagte gegenüber dem *Miami Herald*, es habe Aristide niemals psychiatrisch behandelt.«
- 34 *New York Times*, 23.10.1993, S. 1.
- 35 **Dwight Eisenhower**, THE WHITE HOUSE YEARS: WAGING PEACE, 1956-1961 (New York, 1965), S. 573; **Jonathan Kwitny**, ENDLESS ENEMIES: THE MAKING OF AN UNFRIENDLY WORLD (New York, 1984), S. 57.
- 36 *Time*, 08.11.1993, S. 46.
- 37 Zu den Verbindungen der Clinton-Regierung mit den haitianischen Führern vgl. ebd., S. 45.
- 38 Eine Gastkolumne von **George Black** und **Robert O. Weiner** in der *Los Angeles Times* vom 19.10.1993. Black ist Redaktionsdirektor des Ausschusses und Weiner der Koordinator seines Amerikaprogramms.

- 39 *Washington Post*, 02.12.1987, S. A32; 11.09.1989, S. C22, eine Kolumne von **Jack Anderson**; *The Guardian* (London), 22.09.1986.
- 40 **Juan Gonzalez**, »As Brown Fiddled, Haiti Burned«, *New York Daily News*, 09.02.1994.
- 41 *New York Times*, 18.12.1993, S. 7.
- 42 *Los Angeles Times*, 16.02.1994, S. 6.
- 43 Ebd., 24.02.1994, 26.02.1994; *Multinational Monitor* (Washington, DC), März 1994, a.a.O., S. 15.
- 44 *Los Angeles Times*, 14.04.1994, S. 4. Kozaks Bemerkung fiel im Februar.
- 45 **Kim Ives**, »The Unmaking of a President«, in THE HAITI FILES, a.a.O., S. 87-103.
- 46 *Multinational Monitor* (Washington, DC), März 1994, a.a.O., S. 15; *Los Angeles Times*, 14.04.1994, S. 4.
- 47 Kolumne von **Murray Kempton** in der *Los Angeles Times* vom 12.05.1994.
- 48 *Los Angeles Times*, 25.09.1994, S. 10.
- 49 Ebd., 21.05.1994 und 24.05.1994, die Worte sind diejenigen der *Los Angeles Times*; *Amnesty Action* (Zeitschrift von Amnesty International, New York), Herbst 1994, S. 4.
- 50 *The Nation*, 03.10.1994, S. 346, a.a.O.
- 51 *Los Angeles Times*, 23.09.1994, S. 5.
- 52 Ebd., 24.06.1994, S. 7.
- 53 Ebd., 16.09.1994.
- 54 Ebd., 16.09.1994, S. 8.
- 55 Ebd., 14.10.1994, S. 1.
- 56 **Isabel Hilton**, »Aristide's Dream«, *The Independent* (London), 30.10.1993, S. 29, zitiert bei **Farmer**, S. 175. Aristide fügte hinzu: »Aber in den Vereinigten Staaten herrscht eine andere Wirklichkeit.«
- 57 *Los Angeles Times*, 05.09.1994, S. 18.
- 58 Ebd., 01.10.1994.
- 59 Ebd., 17.09.1994, S. 1 und 10, vgl. auch S. 9.
- 60 Ebd., 01.10.1994, S. 5.
- 61 Ebd., 08.10.1994, S. 12.
- 62 *New York Times*, 16.09.1994.
- 63 *Los Angeles Times*, 24.10.1994, 25.10.1994.
- 64 Ebd., 19.10.1994.
- 65 Eine geringfügig verkürzte Fassung des haitianischen Wirtschaftsplans findet man im *Multinational Monitor* (Washington, DC), Juli-August 1994, S. 7-9. Zu einer Beschreibung des Lebens in Haitis repressivem Fertigungssektor vgl. National Labor Committee, »Sweatshop Development«, in THE HAITI FILES, a.a.O., S. 134-154.
- 66 *New York Times*, 05.02.1992, S. 8.
- 67 *Los Angeles Times*, 05.09.1994, S. 18.
- 68 ARISTIDE AUTOBIOGRAPHY, S. 166-167.

56 Das amerikanische Imperium

1992 bis heute

Wir behaupten, daß keine Nation langfristig als Republik und Imperium zugleich bestehen kann, und wir warnen das amerikanische Volk, daß der Imperialismus im Ausland langsam, aber sicher unweigerlich zu einer Gewaltherrschaft im eigenen Land führen wird.

*Demokratische Partei (Vereinigte Staaten von Amerika),
Nationales Podium 1900*

Nachdem die Vereinigten Staaten 1991 den Irak bombardiert hatten, richteten sie militärische Stützpunkte in Saudi Arabien, Kuwait, Bahrain, Katar, im Oman und den Vereinigten Arabischen Emiraten ein.

Nachdem die Vereinigten Staaten 1999 Jugoslawien bombardiert hatten, richteten sie militärische Stützpunkte im Kosovo, in Albanien, Bulgarien, Mazedonien, Ungarn, Bosnien und Kroatien ein.

Nachdem die Vereinigten Staaten 2001/2002 Afghanistan bombardiert hatten, richteten sie militärische Stützpunkte in Afghanistan, Pakistan, Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgistan, Georgien, im Jemen und in Dschibuti ein.

Nachdem die Vereinigten Staaten 2003 den Irak bombardiert hatten und danach einmarschiert waren, verfügten sie auch über einen Stützpunkt im Irak.

Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist nicht sehr feinsinnig und sie machen auch keinen Hehl daraus. Die Männer, die an der Spitze des amerikanischen Imperiums stehen, bringt man nicht so leicht in Verlegenheit.

Und auf diese Weise wird das Imperium immer größer – Stützpunkte in allen Ecken der Welt, von denen aus jederzeit jegliche Bedrohung des Imperiums, sei sie real oder eingebildet, bekämpft werden kann. 55 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges unterhalten die Vereinigten Staaten immer noch Stützpunkte in Deutschland und Japan. 50 Jahre nach Ende des Koreakrieges sind immer noch tausende bewaffnete amerikanische Truppen in Südkorea stationiert.

»Wir hätten uns nie träumen lassen, daß Zentralasien weiterhin von so großer Bedeutung für Amerika sein wird und wir weiterhin vor Ort präsent sein werden«, erklärte der US-amerikanische Außenminister Colin Powell im Februar 2002.¹ Im gleichen Jahr verkündete das Verteidigungsministerium der Vereinigten Staaten:

»Es waren noch nie zuvor so viele amerikanische Truppen weltweit im Einsatz wie im Moment.«²

Die Erklärungen aus den frühen 1990er Jahren – als die Sowjetunion auseinanderbrach – bis hin zu jenen, die heute abgegeben werden, sind im gleichen subtilen Stil verfaßt. Die Vereinigten Staaten verkünden lauthals den Wunsch, die Motivation und die Absicht, die Welt zu beherrschen und versichern der Welt gleichzeitig, daß ihr Kreuzzug auf ausschließlich ehrenwerten Motiven beruht. Solche Erklärungen wurden regelmäßig in Dokumenten des Weißen Hauses und des Pentagons sowie von der Regierung ernannten Kommissionen und dem nationalen Sicherheitsdienst nahestehenden Expertenkommissionen veröffentlicht.

Das Imperium verkündete:

1992: Es ist unser oberstes Ziel, dafür zu sorgen, daß es keinem neuen Rivalen – der eine Bedrohung, die mit der ehemaligen Sowjetunion zu vergleichen ist, darstellt – gelingt, sich zu etablieren, sei es auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion oder in anderen Ländern. Im Interesse der fortschrittlichen Industrienationen müssen wir sie da-

von abhalten, unsere Vormachtstellung anzugreifen oder die etablierte politische und wirtschaftliche Ordnung zu reorganisieren. Wir müssen das System, das potentielle Konkurrenten davon abhält, auch nur danach zu streben, eine bedeutendere regionale oder globale Rolle einzunehmen, aufrechterhalten.³

1996: »Eines Tages werden wir Ziele auf der Erde – Schiffe, Flugzeuge, Ziele am Boden – aus dem Weltraum angreifen. Wir werden im Weltraum kämpfen. Wir werden Manöver aus dem Weltraum leiten und im Weltraum angreifen.⁴

1997: »Im Weltraum sind wir führend, das gefällt uns, und wir werden diese Führungsposition weiterhin beibehalten.«⁵

2000: »Der neueste Standard der Militärabwehr ist darauf ausgerichtet, die militärische Übermacht über sämtliche potentielle Feinde aufrechtzuerhalten und sich auf künftige Kampfhandlungen, auch wenn sie noch nicht absehbar oder rein spekulativ sind, vorzubereiten. Die Notwendigkeit des Militärs hängt heutzutage nicht mehr ausschließlich davon ab, ob eine tatsächliche Bedrohung der Sicherheit besteht. Kriege und Kapazitäten sind die Grundlage von Strategien. Vereinzelt reale Bedrohungen sind mittlerweile zweitrangig gegenüber der allgemeinen Notwendigkeit, die weltweite Vormachtstellung der Vereinigten Staaten zu demonstrieren.«⁶

2001: »Die Präsenz amerikanischer Truppen in Krisenregionen weltweit zeigt, wie wichtig die Funktion der Vereinigten Staaten als Supermacht ist und in welchem Ausmaß sie Freiheit, Frieden und Stabilität garantieren.«⁷

2001: »Wenn wir einfach an unserer Vision, wie die Welt ausschauen soll, festhalten und nicht versuchen, sie mit diplomatischem Geschick Schritt für Schritt zu realisieren, sondern einfach diesem Tyrannen den totalen Krieg erklären, bin ich davon überzeugt, daß es die richtige Entscheidung sein wird und unsere Kinder später Loblieder auf uns singen werden.«⁸

2001: Aus dem Nuclear Posture Review der Regierung Bush – einem Bericht zur nuklearen Aufrüstung – geht hervor, daß das Militär Notfallpläne erstellen soll, um den Einsatz nuklearer Waffen gegen mindestens sieben Länder – China, Rußland, den Irak und Iran, Nordkorea, Libyen und Syrien – zu gewährleisten und kleinere Nuklearwaffen für den Einsatz in bestimmten Kampfsituationen bauen soll.⁹

2002: Im September veröffentlichte das Weiße Haus seine »Nationale Sicherheitsstrategie« und verkündete:

Unsere Truppen werden stark genug sein, um potentielle Feinde davon abzuhalten, eine Armee aufzubauen, mit der sie hoffen, dem amerikanischen Militär gewachsen zu sein oder es bezwingen zu können. Amerika wird gegen solche auftretenden Bedrohungen, vorgehen, bevor sie eine ernsthafte Bedrohung darstellen. Wir müssen Bedrohungen abwenden und verteidigen, bevor sie entstehen. Wir müssen unseren Feinden zuvorkommen. Um solchen feindlichen Angriffen zuvorzukommen, müssen die Vereinigten Staaten, wenn es notwendig ist, präventiv vorgehen.

Das imperiale Japan begründete den Angriff auf Pearl Harbor im Jahr 1941 vorrangig mit Prävention – und dies war nicht ausgesprochen paranoid. Für die Nationalsozialisten diente die Prävention als Vorwand für den Einmarsch in Polen 1939.

Ein Beobachter interpretierte die »nationale Sicherheitsstrategie« folgendermaßen:

»Sie zerstört die Hoffnungen derjenigen, die dachten, daß sich ein internationales Rechtssystem, mittels dessen Konflikte friedlich durch Abkommen und vor Gerichten gelöst werden würden, etablieren werde. Stattdessen verkündet ein einziger Staat, der sämtliche Abkommen und Gerichte ignoriert, daß er vorhabe, die militärische Weltherrschaft zu übernehmen und überall präventiv einzugreifen, wenn die Notwendigkeit besteht, Bedrohungen im Keim zu ersticken. Diejenigen, die eine Welt, in der ein ausgeglichenes Machtverhältnis herrscht und in der Abkommen und Gerichte Konflikte lösen, anstreben, sehen sich mit einer neuen Diskussion konfrontiert: Wie arrangiert man sich mit dem imperialistischen Amerika?«¹⁰

Der US-amerikanische Sicherheitsstaat war so besessen von der Idee seiner »Vormachtstellung«, daß er, als er im November 2002 die Gründung eines Teams für Öffentlichkeitsarbeit verkündete, das zu den Kriegsschauplätzen reisen werde, um »sich mit Journalisten auszutauschen, US-Befehlshaber zu unterstützen und Nachrichten und Bilder zur Veröffentlichung an die Hauptquartiere zu senden«, dies als einen Versuch zur Sicherung der »Vormachtstellung in der Nachrichtenerstattung« beschrieb.¹¹

Der Kalte Krieg ist vorbei. Lang lebe der Kalte Krieg.

Es ist bemerkenswert, daß die Regierung der Vereinigten Staaten tatsächlich im 21. Jahrhundert immer noch große Mengen von immer zerstörerischen Sprengsätzen auf unschuldige und hilflose Menschen feuert. So war es nicht geplant.

Mitte der 1980er Jahre begründeten die Reformen von Michail Gorbatschow den Anfang vom Ende des sowjetischen Polizeistaates. 1989 fiel die Berliner Mauer und die Menschen in Osteuropa und Europa feierten freudig »einen denkwürdigen Tag« – einen Neuanfang. Die Vereinigten Staaten feierten mit, indem sie nur wenige Wochen nach dem Mauerfall in Panama einmarschierten und es bombardierten. Zur gleichen Zeit mischten sich die Vereinigten Staaten schamlos in die Wahlen in Nicaragua ein, um die Wahl einer linken Regierung zu verhindern.

Kurz darauf entließ Südafrika Nelson Mandela aus der Haft. Das System der Apartheid begann auseinanderzubrechen. Und bevor das Jahr 1990 zu Ende ging, fanden in Haiti zum ersten Mal freie Wahlen statt: Das haitianische Volk wählte einen aufrichtigen, progressiven Präsidenten. Alles schien möglich zu sein. Optimismus war in einem Maße verbreitet wie heutzutage der Pessimismus.

Als Bulgarien und Albanien, die den amerikanischen Medien zufolge »erneut vom Kommunismus befreit« worden waren, wagten, Regierungen zu wählen, die nicht den Vorstellungen der Vereinigten Staaten entsprachen, griffen diese einfach ein und stürzten diese Regierungen.

Zur gleichen Zeit bombardierten die Vereinigten Staaten 40 Tage und Nächte lang gnadenlos den Irak und sein Volk – ohne ersichtlichen oder aufrichtigen Grund.

Somit wurden unsere Hoffnungen auf eine neue, eine bessere Welt zerschlagen.

Aber die amerikanische Führungsspitze war noch nicht fertig. 1993 griffen sie Somalia an. Es war der Versuch, die politische Karte des Landes zu reorganisieren, bedeutete allerdings weitere Bomben und Todesopfer.

Sie griffen in Mittelamerika ein, in Peru, Mexiko, Kolumbien und Ecuador, um Aufstände niederzuschlagen – wie im Kalten Krieg in den 1950er, 1960er, 1970er, 1980er Jahren und auch in den 1990ern und hören auch im neuen Jahrhundert nicht auf damit.

Ende der 1990er Jahre mischten sich die Vereinigten Staaten erheblich in die Wahlen ein, die im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion stattfanden, in Rußland, in der Mongolei und in Bosnien.

1999 bombardierten sie während 78 endlos erscheinenden Tagen Serbien und den Kosovo. Es war der Höhepunkt des amerikanischen Masterplans zur Auflösung des sozialistischen Jugoslawiens, das als »der letzte Kommunist« angeprangert wurde.¹²

Und im Herbst 2001 griffen sie noch einmal massiv und offensichtlich in eine Wahl in Nicaragua ein, um den Sieg der Linken zu vermeiden.

Zur selben Zeit bombardierten sie Afghanistan, wo sie höchstwahrscheinlich mehr unschuldige Zivilisten umbrachten, als am 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten starben.¹³ Außerdem töteten sie zahllose »Kämpfer«, wozu jeder zu zählen ist, der sich gegen eine Invasion des Landes, in dem er lebt, wehrt. Die meisten der sogenannten »Terroristen«, die nicht afghanischer Herkunft waren, inklusive derjenigen, die in Al-Kaida-Lagern ausgebildet worden waren, waren nach Afghanistan gekommen, um gegen die sowjetischen Truppen zu kämpfen oder die Taliban im späteren Bürgerkrieg zu unterstützen. Es handelte sich um religiöse Missionen, die keinen terroristischen Hinter-

grund hatten oder auf die Vereinigten Staaten abzielten. Unter den tausenden Opfern der amerikanischen Invasion, wurde kein einziger identifiziert, der in Verbindung zu den Ereignissen dieses tragischen Tages stand. Die Attentäter des 11. Septembers wählten für ihren Anschlag symbolische Gebäude, und die Vereinigten Staaten wählten daraufhin ein symbolisches Land für ihren Vergeltungsschlag.¹⁴

Während die Vereinigten Staaten 2002 weiterhin schonungslos über Afghanistan herfielen, brachten sie noch die Zeit auf, um einen Putsch in Venezuela zu unterstützen, der Hugo Chávez und seine populistische Regierung stürzen sollte. Chávez hatte eindeutig erklärt, daß Venezuela nicht bereit sei, als Auslandsposten des Imperiums zu fungieren.¹⁵

Und in all diesen Jahren hielten sie Kuba immer noch in Schach. Nachdem sie Kuba seit einem Jahrhundert besetzten, weigern sie sich immer noch, den Stützpunkt Guantánamo aufzugeben. 2002 verwandelten sie ihn in eine moderne Insel der Verbannten, wo sie Menschen und auch einige Kinder, die sie in verschiedenen Ecken der Welt im Krieg gegen den Terrorismus entführt hatten, illegal und unter menschenunwürdigen Bedingungen inhaftierten.

Zum Ende des Kalten Krieges wurde keine »Friedensdividende« versprochen – nicht für die Vereinigten Staaten und auch nicht für den Rest der Welt.

Zusammenfassend heißt das: Dem amerikanischen Volk wurde nahezu ein halbes Jahrhundert lang gelehrt, daß der Kalte Krieg, der Koreakrieg, der Vietnamkrieg, die großen Militärbudgets, sämtliche Invasionen der Vereinigten Staaten und Regierungsstürze – die ihm bekannt waren – dazu dienten, die gleiche Bedrohung zu bekämpfen: Die internationale kommunistische Verschwörung, die ihre Zentrale in Moskau hatte.

Doch dann löste sich die Sowjetunion auf. Der Warschauer Pakt wurde aufgelöst. Die osteuropäischen Satellitenstaaten wurden unabhängig. Die ehemaligen Kommunisten entwickelten sich sogar zu Kapitalisten.

Doch die amerikanische Außenpolitik änderte sich nicht.

Selbst die NATO blieb bestehen, die gegründet worden war – so wurde es uns zumindest beigebracht –, um das westliche Europa gegen einen sowjetischen Überfall zu beschützen. Sie blieb nicht nur bestehen, sie vergrößerte sich sogar und gewann an militärischer Macht, ein Abkommen, das variabel genutzt wurde, um der gegenwärtigen Politik der Vereinigten Staaten zu dienen. Die NATO stellte – stellvertretend für die Vereinigten Staaten – den Balkan unter ihr Protektorat und berief sich auf ihre Charta, um den Einsatz ihrer Truppen an der Seite der Vereinigten Staaten in Afghanistan zu rechtfertigen.

Und als Rußland seine Stützpunkte, die es im Kalten Krieg in Osteuropa, Vietnam und Kuba unterhielt, aufgab, richteten die Vereinigten Staaten militärische Stützpunkte im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und in anderen Regionen der Welt ein. Während Rußland seine Geheimdienststation in Lourdes auf Kuba schloß, bauten die Vereinigten Staaten eine imposante Abhörstation in Lettland an der russischen Grenze ein, die dem weltweiten Abhörsystem der Vereinigten Staaten unterstehen sollte.

Es war von Anfang an ein abgekartetes Spiel gewesen. Die Sowjetunion und der Kommunismus per se waren nicht der Grund für die weltweiten Interventionen der Vereinigten Staaten. Es hatte niemals eine Internationale Kommunistische Verschwörung gegeben. Als Feind wurde und wird bis heute jede Regierung oder Bewegung, oder sogar jedes Individuum angesehen, die oder das der Expansion des amerikanischen Imperiums im Wege steht. Und hierbei ist ganz gleich, welchen Namen die Vereinigten Staaten dem Feind geben: Kommunisten, Schurkenstaaten, Drogenhändler, Terroristen [...]

Sind die Vereinigten Staaten gegen Terrorismus?

Sollen wir nun glauben, daß das amerikanische Imperium gegen den Terrorismus ist? Wie bezeichnet man einen Mann, der ein Flugzeug aus politischen Motiven in die Luft sprengt und den Tod von 78 Zivilisten dafür in Kauf nimmt, der versucht, auf verschiedene Diplomaten Anschläge zu verüben, der Kanonen auf Schiffe feuert, die in amerikanischen Häfen vor Anker liegen, der Bomben in zahlreichen Geschäftshäusern und diplomatischen Vertretungen in den Vereinigten Staaten als auch im Ausland legt? Er verübte Dutzende solche Anschläge. Sein Name ist Orlando Bosch, er ist Kubaner und lebt unbehelligt von den amerikanischen Behörden in Miami. In Miami wurde ihm zu Ehren sogar einmal der Dr. Orlando Bosch Tag gefeiert.¹⁶ Orlando wurde 1988 aus der Haft in Venezuela, wo er seine Gefängnisstrafe für das Flugzeugattentat verbüßte, entlassen. Der Druck des damaligen US-amerikanischen Botschafters Otto Reich, der 2002 von Präsident Bush für ein hochrangiges Amt im Außenministerium ernannt wurde, begünstigte Orlandos Entlassung.

Als Bosch 1988 in die Vereinigten Staaten zurückkehrte, verurteilte das Justizministerium ihn als einen absolut gewalttätigen Terroristen und beantragte seine Ausweisung. Diese wurde allerdings von Präsident George Bush Senior mit Hilfe seines Sohnes Jeb Bush in Florida vereitelt.¹⁷ Verurteilen Präsident George W. Bush Junior und seine Familie nun den Terrorismus? Nun, ja sie verurteilen Terroristen, die keine Verbündeten des Empire sind.

Das Flugzeug, das Bosch 1976 in die Luft sprengte, war ein kubanisches Flugzeug. Er steht in Kuba für das Flugzeugattentat und einer Anzahl weiterer schwerwiegender Verbrechen auf der Fahndungsliste und Kuba hat bei den Vereinigten Staaten seine Auslieferung beantragt. Für Kuba ist er der Osama bin Laden der Vereinigten Staaten. Aber die Vereinigten Staaten haben seiner Auslieferung nicht zugestimmt. Man stelle sich die Reaktion vor, wenn Osama bin Laden in Havanna auftauchen würde und Kuba würde seine Auslieferung verweigern. Man stelle sich vor, die Kubaner würden einen Osama-bin-Laden-Tag feiern.

Das Engagement der Vereinigten Staaten im Kampf gegen den Terrorismus bleibt weiterhin zweifelhaft, wenn man bedenkt, daß sie ethnische Albaner im Kosovo unterstützen, die der Befreiungsfront des Kosovo (KLA) angehörten. Abgesehen von ihrem ethnisch-politischen Programm verübte die KLA jahrelang zahlreiche terroristische Anschläge in verschiedenen Gegenden auf dem Balkan. Doch sie waren amerikanische Verbündete, weil sie Anschläge aus Gefälligkeit für die Vereinigten Staaten verübten. Und das, obwohl zwischen der KLA und Osama bin Laden und der Al Kaida ideologische und persönliche Verbindungen bestanden und obwohl das US-amerikanische Außenministerium sie als terroristische Organisation einstufte.¹⁸

Außerdem bezahlten Vietnamesen, Kambodschaner und Laoten, die in den Vereinigten Staaten ansässig waren, in den 1980er und 1990er Jahren ihre Landsmänner zu Hause dafür, daß sie auf ihre Regierungen und Mitbürger Bombenattentate und andere Anschläge verübten, in der Hoffnung die jeweiligen Regierungen dadurch zu schwächen. Es kam vor, daß sie von den Vereinigten Staaten in die jeweiligen Länder reisten, um die Anschläge persönlich auszuführen. All diese terroristischen Akte per Definition geschahen mit stillschweigendem Einverständnis der amerikanischen Regierung, die in Bezug auf den Neutrality Act – durch den es den Vereinigten Staaten und allen Personen, die sich in ihrem Land aufhalten, untersagt ist, gewaltsam ausländische Regierungen zu stürzen – ein Auge zudrückten.¹⁹

George W. Bush sprach sich ebenfalls entschieden dagegen aus, Terroristen Unterschlupf zu gewähren – »diejenigen, die Terroristen Unterschlupf gewähren, stellen eine Gefahr der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten dar.«²⁰ Ist das tatsächlich seine Meinung?

Hier stellt sich die Frage: Welches Land bietet mehr Terroristen Unterschlupf als die Vereinigten Staaten? Orlando Bosch ist nur einer der vielen kubanischen Castro-Gegner

in Miami, denen hunderte terroristische Handlungen – Brandanschläge, versuchte Mordanschläge und Bombenattentate – in den Vereinigten Staaten, auf Kuba und in anderen Ländern – zuzuschreiben sind. Die Vereinigten Staaten gewährten ihnen, genau wie zahllosen anderen »guten« Terroristen und Folterknechten, die in Guatemala, El Salvador, Haiti, Indonesien und anderen Ländern – allesamt Verbündete des Imperiums – Verbrechen begangen und gegen die Menschenrechte verstießen, jahrzehntlang einen sicheren Unterschlupf.²¹

Während die CIA damit beschäftigt war, in den Bergen von Afghanistan in Höhlen nach Terroristen zu suchen, trafen sich zur gleichen Zeit Mitarbeiter der CIA in Miami mit Terroristen auf einen Drink.

Die imperiale Mafia

Was soll man von dieser Politik halten? Wenn einer das Buch DAS AMERIKANISCHE IMPERIUM FÜR DUMMIES veröffentlicht, sollte auf der ersten Seite stehen: Frage nie, ob es moralisch vertretbar ist. Ob Entscheidungen moralisch vertretbar sind, spielt in der US-amerikanischen Außenpolitik keine Rolle. Man muß sein Gewissen ausblenden.

Weltweit fällt es den meisten Amerikanern und den Verbündeten Amerikas schwer, diese Meinung zu akzeptieren. Im Fernsehen schauen sie den amerikanischen Machtinhabern zu, wie sie lächeln, lachen und Witze erzählen. Sie sehen sie zusammen mit ihren Familien, hören ihnen zu, wenn sie über Gott und Liebe, Frieden, das Gesetz, Demokratie und Freiheit, Menschenrechte und Gerechtigkeit und sogar über Baseball sprechen. Diese Machtinhaber wissen, welche Worte sie wählen müssen, um die Greuelthaten, die weltweit verübt werden, unmißverständlich zu verurteilen. Sie wissen, was anständige Bürger gerne hören, und sie wissen genau, welche Stimmlage sie wählen müssen, um ihre Betroffenheit zu zeigen. Wie kann es möglich sein, daß Unmenschen, die keinerlei moralische Werte vertreten, solche Positionen innehaben?

Sie heißen George und Dick und Donald. Nicht ein einziger von ihnen heißt Mohammed oder Abdullah. Und sie sprechen Englisch. Menschen, die Mohammed oder Abdullah heißen, schlagen Dieben zur Bestrafung die Hände ab. Amerikaner wissen, daß das grausam ist. Amerikaner sind zu zivilisiert, um so etwas zu tun. Aber Menschen, die George und Dick und Donald heißen, werfen Streubomben auf Städte und Dörfer. Die vielen Blindgänger werden zu Landminen, und es dauert nicht lange, bis ein Kind nach einer greift oder auf eine tritt und einen Arm verliert, oder ein Bein, oder beide Arme, oder beide Beine und hin und wieder sein Augenlicht. Die Streubomben, die tatsächlich explodieren, sorgen für die restlichen Zerstörungen.

Aber diese Männer handeln nicht unbedingt unmoralisch, sondern vielleicht eher amoralisch. Es ist nicht so, daß sie Gefallen daran haben, daß sie für so viele Opfer und so viel Leid verantwortlich sind. Es interessiert sie schlichtweg nicht. So könnte man auch einen Soziopathen beschreiben. Solange die Opfer und das Leid dem amerikanischen Imperium dienen, solange die richtigen Leute und die richtigen Unternehmen wachsen und einflußreicher werden, Privilegien und Prestige erzielen, solange unter ihnen und in ihrem Umfeld keiner leidet und keine Opfer zu beklagen sind, ist es ihnen schlichtweg egal, wenn andere Menschen davon betroffen sind – hierzu zählen auch die amerikanischen Soldaten, die sie in den Krieg schicken und die, wenn sie lebend heimkehren, an Agent Orange oder dem Golfkriegssyndrom zugrunde gehen. Diejenigen, die in den Vereinigten Staaten in Führungspositionen stehen, hätten niemals diese Stellung erreicht, wenn sie sich gefragt hätten, ob ihr Handeln moralisch vertretbar sei.

Als ich 1999/2000 mein Buch SCHURKENSTAAT schrieb, verwendete ich den Begriff »amerikanisches Imperium« gezielt vorsichtig, da er noch nicht weit verbreitet war und ich nicht sicher war, ob die amerikanische Öffentlichkeit schon bereit für diesen Gedanken war. Ich hätte nicht so vorsichtig sein müssen. Der Gedanke, daß die Vereinigten Staaten die Weltherrschaft anstreben, wird mittlerweile nicht nur öffentlich, sondern auch mit Stolz von Anhängern des Imperiums diskutiert. Hierzu zählen prominente amerikanische Intellektuelle, wie zum Beispiel Dinesh D'Souza von der Hoover Institu-

tion, der einen Artikel mit dem Titel »Ein Lob auf das amerikanische Imperium« veröffentlichte, in dem er schrieb, daß »es nie zuvor ein großherzigeres Imperium als Amerika gegeben hat.«²²

Der Kolumnist Charles Krauthammer sprach von Amerika als einem »einzigartig gutigem Imperium«²³

Michael Hirsch, Herausgeber des *Newsweek Magazins*, fügte diesen selbstverliebten Lobeshymnen hinzu:

»Die Verbündeten der Vereinigten Staaten müssen akzeptieren, daß es unvermeidlich ist und sogar wünschenswert, daß die Vereinigten Staaten in bestimmten Situationen unilateral handeln. Im Großen und Ganzen bedeutet dies, die Vereinigten Staaten als Supermacht anzuerkennen und es wahrhaftig zu schätzen wissen, welch einmaliges Glück ihnen zuteil wird, daß sie von einer solch relativ gutartigen Macht beschützt werden.«²⁴

Robert Kagan, der zu der Spitze der amerikanischen Außenpolitiker gehört, hatte bereits zuvor geschrieben:

»Und die Wahrheit ist, daß der Großteil der Weltbevölkerung von der Vormachtstellung der Vereinigten Staaten profitiert. Sie ist international gesehen mit Sicherheit eine bessere Lösung als jede andere denkbare Alternative.«²⁵

Dies ermöglicht den Menschen, die die amerikanische Außenpolitik befürworten, sie als rechtmäßig anzusehen. Sie kommen zu dem Schluß und glauben vielleicht sogar daran, daß diese Politik eine humane Gewalt, ein fortschrittliches Imperium, das weltweit für Ordnung sorgt und für Wohlstand und zivilisierte Gesellschaften einsteht, hervorbringt. Und wenn die Vereinigten Staaten gezwungenermaßen in den Krieg ziehen, dann führen sie einen humanitären Krieg.

Der Leser dieses Buches wird festgestellt haben, daß in diesem Buch detailliert das genaue Gegenteil dokumentiert wird. Es zeigt die außerordentliche Gewalt und Grausamkeit, die Unterdrückung sozialen Wandels und all die anderen abscheulichen Konsequenzen der US-amerikanischen Interventionen, von denen in den letzten fünfzig Jahren Menschen weltweit betroffen waren.

Die Schreiber des Imperiums scheinen genauso amoralisch zu sein wie ihre Vertreter im Weißen Haus und im Pentagon. Letztendlich sind es nicht ihre Lungen, die von angereicherten Uranpartikeln befallen und somit lebenslang radioaktiver Strahlung ausgesetzt sind. Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds melden nicht den Konkurs ihrer Wirtschaft an. Es sind nicht ihre Familien, die auf der Flucht in der Wüste umherwandern.

Die Machthaber des Imperiums, die imperiale Mafia – George W. Bush, Donald Rumsfeld, Richard Cheney, Colin Powell, Condoleezza Rice, Paul Wolfowitz, Richard Perle, et al. – und auch ihre Schreiber sind genauso fanatisch und fundamentalistisch wie Osama bin Laden. Allah Akhbar! Gott ist großartig! [...] USA! USA! USA!

Kagan – intellektueller Begründer eines Interventionismus, der darauf ausgerichtet sein soll, unter allen Umständen weltweit eine neo-konservative Ordnung zu etablieren – hat verkündet, daß die Vereinigten Staaten sich weigern müssen, an bestimmten internationalen Konventionen wie zum Beispiel dem Internationalen Gerichtshof und dem Kyoto-Protokoll zur globalen Erwärmung festzuhalten. Die Vereinigten Staaten, erklärt er, »müssen die Kontrolle der Waffenbestände weltweit unterstützen, müssen sich dieser allerdings nicht immer unterordnen. Sie müssen eine Doppelmoral verfolgen.«²⁶

Außerdem gibt es da noch Robert Cooper, einen hochrangigen britischen Diplomaten und Berater vom ehemaligen Premierminister Tony Blair. Cooper schreibt:

»Die postmoderne Welt wird herausgefordert, sich daran zu gewöhnen, daß eine Doppelmoral existiert. Wenn wir mit Staaten mit veralteten Strukturen, die außerhalb des postmodernen Europas liegen, zu tun haben, müssen wir auf die härteren Methoden vergangener Zeiten zurückgreifen – Gewalt, Präventionsangriffe, Betrug, alles was nötig ist, um diejenigen zu bekämpfen, die immer noch abgeschottet vom Rest der Welt im 19. Jahrhundert leben.«²⁷

Mit seiner Formulierung »abgeschottet vom Rest der Welt« meint er wohl eher jeden Staat, der nicht bereit ist, sich der Ordnung des amerikanischen Imperiums und seines ehemals besten Kumpels in London unterzuordnen.

Soweit ist es nun gekommen. Die Doppelmoral ist in. Die goldene Regel, behandle andere so, wie du von ihnen behandelt werden möchtest, ist out.

Der imperialen Mafia und ihren salonfähigen Intellektuellen, wie zum Beispiel Kagan und Cooper, fällt es schwer, ihre Weltpolitik mit den rechtlichen, moralischen, ethischen Standards und Fairneß in Einklang zu bringen. Deshalb bestimmen sie einfach, daß sie sich an diese Standards nicht halten müssen.

Und wieder das flüssige Gold

Die Besetzung Afghanistan sollte dazu führen, eine neue Regierung einzusetzen, die in ausreichendem Maße die internationalen Ziele der Vereinigten Staaten unterstützte. Dies bedeutete sowohl die Errichtung von Militärstützpunkten und Abhörstationen, als auch die Verlegung sicherer Öl- und Gas-Pipelines, die vom Kaspischen Meer durch Afghanistan verlaufen sollten, sobald das Land befriedet worden war.

Die amerikanischen Ölbarone hatten bereits seit Jahren ein Auge auf die großen Öl- und Gasvorkommen in der Region des Kaspischen Meeres geworfen und planten eine Route, die von Afghanistan über Pakistan zum Indischen Ozean führte. Die Vertreter der Ölbranche machten hieraus kein Geheimnis und bestätigten dem Kongreß ihre Pläne.²⁸

Nach Afghanistan wendeten sie ihren Blick gierig auf die noch größeren Ölvorkommen im Irak. Die amerikanische Bevölkerung mußte erneut bearbeitet werden. John le Carre, der berühmte Autor von Spionageromanen, beobachtete:

»Wie es Bush und seiner Junta gelang, die Wut der amerikanischen Bevölkerung von bin Laden auf Saddam Hussein zu lenken, gehört zu den größten Manipulationen im Sektor der Öffentlichkeitsarbeit.«²⁹

Dieses Kapitel habe ich im April 2003 geschrieben, als die Vereinigten Staaten gerade ihre Bombardierungen einstellten, im Irak einmarschiert waren und die belagerte irakische Gesellschaft übernommen hatten. Hierbei kam es zu massiven Zerstörungen, tausende unschuldige Menschen – Zivilisten und Soldaten – wurden umgebracht und unzählbar viele wurden verstümmelt oder auf andere Weise zerstört. »Es sieht aus, als ob eine Stadt bombardiert wird, so ist es aber nicht«, erklärte der US-amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, um die »Präzisionsbombardierungen« zu rechtfertigen.³⁰

Die Vereinigten Staaten blickten auf das Ergebnis ihrer militärischen Intervention und nannten es »Befreiung«, da das Regime von Saddam Hussein gestürzt worden war. Andere würden es eher als erschreckend bezeichnen.

Um die amerikanische Bevölkerung zu überzeugen, hatte die imperiale Mafia im Voraus ein Jahr lang propagiert, daß die einzige Supermacht der Welt keine andere Wahl hätte, als ein souveränes und geschundenes Land anzugreifen, das die Vereinigten Staaten weder angegriffen noch bedroht hatte, sie anzugreifen und wußte, daß es für das irakische Volk einem sofortigen Massenselbstmord gleichkäme, wenn sie die Vereinigten Staaten angriffen. Die These der imperialen Mafia war nicht nur merkwürdig, weil der Irak schlichtweg keine Gefahr darstellte, – wie die einfache Eroberung der Vereinigten Staaten bewies –, sondern weil die imperiale Mafia wußte, daß vom Irak keinerlei Gefahr ausging. Sie erzählten der Welt immer wieder neue Geschichten, warum vom Irak eine Bedrohung ausging. Eine unmittelbar bevorstehende Bedrohung, eine Bedrohung, die tagtäglich zunimmt, eine nukleare Bedrohung, eine Bedrohung chemischer und biologischer Waffen. Der Irak sei ein terroristischer Staat, der Irak hatte Verbindungen zu Al Kaida und letztendlich sollte keine der Geschichten der Wahrheit entsprechen. Immer wieder forderten sie, daß der Irak einer erneuten Waffeninspektion der Vereinten Nationen zustimmen müsse, und als der Irak dieser zustimmte, erklärte die imperiale Mafia, daß dies nicht ausreichte und ignorierten das Entgegenkommen des Iraks.

Die Vereinigten Staaten wollten den Krieg, und sie bekamen ihn. Sie sahen sich konfrontiert mit den größten Anti-Kriegs-Demonstrationen, die es jemals gegeben hatte, mit dem Widerstand der Vereinten Nationen und mit den von der Menschheit hart erkämpften Konzepten einer internationalen Gesetzgebung und Zusammenarbeit für einen friedlichen Planeten. Es wird sich herausstellen, ob und wie die Weltgemeinschaft überleben wird, wenn bei einer der wichtigsten Fragen, die ihr gestellt werden kann, ihre Entscheidung schlichtweg ignoriert wird. Im allerersten Satz der Charta der Vereinten Nationen wird erklärt, daß sie es sich zum Ziel gesetzt haben »folgende Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die bereits zweimal zu unserer Lebzeit unsägliches Leid über die Menschheit gebracht hat.«

Machte irgendeine politische Entscheidung der Vereinigten Staaten Sinn? Wieso war es plötzlich so dringend notwendig, grundlos einen Krieg zu führen? Er war begründet, wenn man davon ausgeht, daß der Einmarsch nichts mit der Bösartigkeit Saddam Hussains und nichts mit den angeblichen Massenvernichtungswaffen zu tun hatte. Nachdem die Truppen der Vereinigten Staaten den Irak bereits wochenlang besetzt hatten und sie keine Massenvernichtungswaffen fanden, erklärten die Vereinigten Staaten, daß Massenvernichtungswaffen, wenn überhaupt, nicht der tatsächliche Grund für den Krieg waren. Der wahre Grund sei der beharrliche Kampf gegen den Terrorismus gewesen. Ein Regierungsvertreter erklärte: »Wir haben nicht gelogen. Es war nur eine Frage der Betonung.«³¹

Der Krieg wurde unter anderem geführt, damit die Vereinigten Staaten Saddam Hussein stürzen und eine Marionettenregierung einsetzen konnten – wie sie es bereits in Afghanistan getan hatten. Diesmal sollte die Besatzungsregierung amerikanischen Ölfirmen einen unkomplizierten Zugang zum Irak ermöglichen. Außerdem sollte sich der Irak somit sämtlichen transnationalen Unternehmen öffnen, da der Irak nun einen Platz in der wirtschaftlichen Rangordnung der globalisierten Welt einnahm. Und dem amerikanischen Imperium kamen ein paar weitere Stützpunkte zugute, von denen aus sie den Nahen Osten weiterhin nach ihren amoralischen Prinzipien kontrollieren konnten. Und die Kinder der Region kommender Generationen sollten sie dafür wohl in Lobliedern besingen.³²

Als sich die Vereinigten Staaten damit einverstanden erklärten, daß die Waffeninspektoren der Vereinten Nationen im Dezember 2002 in den Irak zurückkehrten, diente dies ausschließlich dazu, die unerwartet große Anzahl von Kritikern der geplanten Invasion des Iraks weltweit zu besänftigen. Vor dem Einmarsch der Vereinigten Staaten führten die Inspektoren im Irak drei Monate lang Untersuchungen durch und konnten keinerlei Waffen finden, die unrechtmäßig im Besitz des Iraks waren. In den 1990er Jahren hatten die Inspektoren der Vereinten Nationen in einem Zeitraum von ca. sieben Jahren im Irak große Bestände an chemischen, biologischen und nuklearen Waffen gefunden und vernichtet. Scott Ritter, der Leiter der Waffeninspektion der Vereinten Nationen, erklärte 2002:

»Seit 1998 ist der Irak weitgehend entwaffnet. Es ist nachgewiesen, daß 90 bis 95 Prozent der Massenvernichtungswaffen, über die der Irak verfügte, vernichtet worden sind. Dies schließt die Fabriken, in denen chemische, biologische und nukleare Waffen und Langstreckenraketen hergestellt wurden und den Großteil ihrer Produktion mit ein.«³³

Zeitgleich berichtete Mohamed El Baradei, Generaldirektor der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO), daß seine Organisation:

»eine große Anzahl von Produktionsstätten zur Herstellung von Nuklearwaffen entdeckt hat. Wir haben das Nuklearprogramm des Irak neutralisiert. Wir haben das Material, das zur Herstellung von Waffen dient, konfisziert. Wir haben sämtliche Anlagen und Geräte, die zur Herstellung von Nuklearwaffen erforderlich sind, vernichtet, entfernt oder unbrauchbar gemacht.«³⁴

Dies sollte also die drohende Gefahr sein, die vom Irak ausging und die bekämpft werden mußte? Eine Gesellschaft, die bereits seit 12 Jahren durch Sanktionen geschwächt worden war? Sanktionen, die Samuel Berger, ein US-Berater des Nationalen Sicher-

heitsrats, als »die härtesten Sanktionen, die jemals einem Staat auferlegt worden sind« bezeichnete.³⁵

Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten: Ein Labor zur Entwicklung des anti-amerikanischen Terrorismus-Virus

»Wir haben sie dem Erdboden gleichgemacht. Schmutz und Staub ist alles, was übriggeblieben ist.«

eine Aussage von Franklin Hagenbeck, Generalmajor der amerikanischen Armee, zur Zerstörung von drei Dörfern im Shahikot-Tal in Afghanistan.³⁶

Am 07.10.2001 begannen die Vereinigten Staaten in Afghanistan mit den Bombardierungen. Anschließend besetzten sie das Land und veranlaßten somit Dutzende Terroranschläge gegen amerikanische Staatsbürger und Institutionen als auch Christen und weitere Ziele der westlichen Welt in Südasien, im Nahen Osten und anderen Regionen. Allein in Pakistan erfolgten Dutzende Anschläge – einschließlich der Entführung und Ermordung von Daniel Pear, einem Korrespondenten des *Wall Street Journals*.³⁷ Am 12.10.2001 wurde auf Bali in Indonesien eines der katastrophalsten Attentate verübt, bei dem mehr als 180 Menschen, nahezu ausschließlich Australier, Amerikaner und Briten, ums Leben kamen. Die beiden Hauptverdächtigen, die verhaftet wurden, erklärten, daß es ein Vergeltungsschlag gegen den Angriff auf Afghanistan und die muslimische Welt sei.³⁸

Der anschließende Angriff auf den Irak – ein Krieg, den niemand außer der imperialen Mafia befürwortete – veranlaßte wohlmöglich tausende von Muslimen, die nächste Generation der Terroristen – einen Dschihad gegen den großen Satan – zu führen.³⁹

Hat die Regierungsspitze der Vereinigten Staaten irgendetwas daraus gelernt, daß sie seit Jahren regelmäßig das Ziel von Terroranschlägen ist? James Woolsey, ehemaliger Leiter der CIA und Mitglied des Polizeiausschusses des Verteidigungsministerium, sprach sich zwei Monate, nachdem die Vereinigten Staaten begonnen hatten, Afghanistan zu bombardieren, für den Einmarsch in den Irak aus und zeigte sich unbesorgt, was die Reaktion der arabischen Welt anging. Woolsey erklärte, die Tatsache, daß sich die arabische Welt ruhig verhält gegenüber dem siegreichen Vordringen der Vereinigten Staaten, beweist, daß »ausschließlich Angst ihr wieder Respekt gegenüber den Vereinigten Staaten einflößen wird.«⁴⁰

Vielleicht hat das Außenministerium doch etwas dazu gelernt. Ungefähr ein Jahr nach den Anschlägen des 11. September 2001 begann das Außenministerium, Konferenzen zu organisieren, in denen diskutiert werden sollte, wie die Vereinigten Staaten im Ausland ein besseres Image erzielen können, um nicht so verhaßt zu sein. Es ging allerdings nur ums Image, nicht um eine Reform der Außenpolitik. Die Statistik der amerikanischen Außenpolitik liest sich folgendermaßen: Von 1945-2003 versuchten die Vereinigten Staaten mehr als 40 ausländische Regierungen zu stürzen und mehr als 30 Bürgerrechtsbewegungen, die gegen inakzeptable Regimes kämpften, zu unterdrücken. Hierzu bombardierten die Vereinigten Staaten ca. 25 Länder. Sie sind für den Tod von mehreren Millionen Menschen verantwortlich und verurteilten weitere Millionen zu einem Leben in Angst und Schrecken.

»Das Ziel ist es, eine anti-terroristische Welt zu schaffen«, erklärte ein hochrangiger Vertreter des Verteidigungsministeriums der *New York Times* im Dezember 2003, »in 20 bis 30 Jahren wird es keinen Terrorismus mehr geben, genauso wie es den Sklavenhandel nicht mehr gibt.«⁴¹

Die Welt kann sich nur fragen: Wann verlieren die Kriege der Vereinigten Staaten, in denen Stadtzentren mit Raketen beschossen und die Bevölkerung mit angereichertem Uran und Streubomben angegriffen werden, an Glaubwürdigkeit?

Sie haben es bereits. Die Vereinigten Staaten, die in gleichem Ausmaß Kriege erklären, in dem andere Staaten ums Überleben kämpfen, haben dies allerdings noch nicht erkannt. Stattdessen ziehen sie dauernd für einen dauerhaften Frieden in den Krieg.

Anmerkungen zu Kapitel 56

- 1 Testimony before the House International Relations Committee, 06.02.2002.
- 2 Website des US-Verteidigungsministeriums, Deployment Link, 10.12.2002 unter http://deploymentlink.osd.mil/-deploy/info/info_intro.shtml
- 3 »Defense Planning Guidance for the Fiscal Years 1994-1999«, nach dem Zitat in der *New York Times* vom 08.03.1992, S. 14 [Hervorhebung durch den Verfasser],
- 4 **General Joseph Ashy**, der damalige Oberbefehlshaber der US-Raumkommandos, zitiert in *Aviation Week and Space Technology* (New York), 05.08.1996, S. 51 [Hervorhebung im Original].
- 5 **Keith R. Hall**, Ministerialdirektor für Raumfahrt bei der Luftwaffe und Direktor des National Reconnaissance Office, in einer Rede vor dem National Space Club am 15.09.1997.
- 6 Vortrag von **Charles Knight** vom Project on Defense Alternatives bei einer Panelpräsentation vor dem Rat für Auswärtige Angelegenheiten in New York am 14.06.2000 über »U. S. Military-Strategie Ambitions: Expanding to Fill the post-Soviet Vacuum« vgl. <http://www.comw.org/pda/0006vacuum.html>.
<http://web.archive.org/web/20000816025618/http://www.comw.org/pda/0006vacuum.html>
- 7 »Rebuilding America's Defenses: Strategy, Forces and Resources for a New Century« – A Report of the Project for the New American Century (Washington, DC, September 2000), S. 14
- 8 **Michael Ledeen**, ein durch die Iran-Contra-Affäre bekannt gewordener Beamter der Reagan-Regierung, der jetzt beim American Enterprise Institute in Washington – der führenden Denkfabrik der Neokonservativen und dem Vorkämpfer für eine Invasion des Irak – arbeitet, verurteilte die Vorsicht derjenigen in der CIA und im Außenministerium, die glauben, Amerika sollte den Kampf gegen den Terror Schlacht um Schlacht führen. »Nicht nacheinander«, sagte er. »Dies ist der totale Krieg.« Vgl. *Village Voice* (New York), 27.11.2001, S. 46; *Scotland on Sunday* (Glasgow), 25.11.2001.
- 9 Dem Kongreß vom Verteidigungsministerium am 31.12.2001 als vertrauliches Dokument vorgelegt, das aber kurz danach publik wurde.
Vgl. *Los Angeles Times*, 09.03.2002 und 10.03.2002.
- 10 Aus einem Artikel von **James Laxer**, einem Professor für Politikwissenschaft an der York University in Toronto, Kanada, in *Toronto Globe and Mail*, 24.09.2002, S. A15.
- 11 *Washington Post*, 28.11.2002, S. B4.
- 12 Vgl. **William Blum**, ROGUE STATE: A GUIDE TO THE WORLD'S ONLY SUPERPOWER (Common Courage Press, Monroe, ME, 2000) zu einer kurzen Beschreibung der vorangegangenen US-Interventionen.
- 13 **Marc Herold**, BLOWN AWAY: THE MYTH AND REALITY OF »PRECISION BOMBING« IN AFGHANISTAN (Common Courage Press, Monroe, ME, 2003), Anhang 4, »Daily Casualty Count of Afghan Civilians Killed by U.S. Bombing and Special Forces Attacks, 07.10.2001 until Present Day«.
- 14 Zu einer ausführlichen Darstellung vgl. **William Blum**: »September 11, 2001 and the Bombing of Afghanistan« unter <http://members.aol.com/bblum6/sep11.htm>.
<http://web.archive.org/web/20011110163808/http://members.aol.com/bblum6/sep11.htm>
- 15 Vgl. eine ausgezeichnete Auswahl von Artikeln zu diesem Thema unter dem Suchbegriff »Venezuela« unter <http://www.zmag.org/ZNET.htm>.
- 16 Dangerous Dialogue: Attacks on Freedom of Expression in Miami's Cuban Exile Community (Americas Watch/The Fund for Free Expression, New York und Washington, August 1992), S. 26.

- 17 *New York Times*, 16.08.1989; **Jane Franklin**, CUBA AND THE UNITED STATES: A CHRONOLOGICAL HISTORY (Ocean Press, Melbourne, 1997), vgl. »Bosch Avila, Orlando« im Register sowie Kapitel 30 über Kuba im vorliegenden Buch.
- 18 **Michael Parenti**, TO KITT A NATION: THE ATTACK ON YUGOSLAVIA (Verso, London und New York, 2000), Kap. 10 und passim; *Washington Times*, 04.05.1999, S. 1.
- 19 *Washington Post*, 30.07.2001, S. 1.
- 20 *The Associated Press*, 18.09.2001.
- 21 **Blum**, ROGUE STATE, Kap. 9.
- 22 *Christian Science Monitor*, 26.04.2002.
- 23 »The Bush Doctrine«, *The Weekly Standard* (Washington, DC), 04.06.2001.
- 24 *Foreign Affairs* (New York), November 2002.
- 25 »The Benevolent Empire«, *Foreign Policy* (Washington, DC), Sommer 1998.
- 26 **Robert Kagan**, OF PARADISE AND POWER: AMERICA AND EUROPE IN THE NEW WORLD ORDER (New York, 2003), S. 99.
- 27 *The Observer* (London), 07.04.2002.
- 28 Vgl. z.B. TESTIMONY OF JOHN MARESCA, Unocal Corporation, Subcommittee on Asia and the Pacific, of House Committee on International Relations, 12.02.1998.
- 29 *The [London] Times Online*, 15.01.2003.
- 30 *Sydney Morning Herald*, 25.03.2003.
- 31 **John Cochran**, »WH Official Admits WMD NOT Main Reason for Iraq War«, ABCNews.com, 25.04.2003.
- 32 Vgl. den Aufsatz des Verfassers über die Hintergründe der Invasion im Irak unter <http://members.aol.com/bblum6/mafia.htm>
<http://web.archive.org/web/20030408061920/http://members.aol.com/bblum6/mafia.htm>
<http://web.archive.org/web/20060616185004/http://members.aol.com/bblum6/mafia.htm>
- 33 *The Guardian* (London), 19.09.2002.
- 34 *Washington Post*, 21.10.2002.
- 35 Presseinformation des Weißen Hauses vom 14.11.1997, Ausgestrahlt auf US Newswire.
- 36 *Washington Post*, 17.03.2002, S. 25.
- 37 Ebd., 15.02.2002, S. 12 und S. 13.
- 38 *Antara* (staatliche indonesische Presseagentur), 13.12.2002; *Agence France Presse*, 23.12.2002; *Jakarta Post*, 05.01.2003; *Washington Post*, 09.11.2002, S. 15, 18.11.2002, S. 16, 14.01.2003.
- 39 Ebd.
- 40 Ebd., 05.03.2003, S. 19; 09.03.2003, S. B3.
- 41 *New York Times*, 17.01.2003, S. 10.

Anhang

Anhang I

Militärische Interventionen der Streitkräfte der Vereinigten Staaten: 1798-1945

Zusammengestellt vom Auswärtigen Amt, der Dokumentationsstelle des Kongresses, der Kongreßbibliothek; Druckerei der Regierung der Vereinigten Staaten, Washington D.C., 1975, Überarbeitete Fassung der Ausgabe von 1969.)

1	1798-1800	Unerklärter Seekrieg mit Frankreich: Truppeneinsatz am Boden. In Puerto Plata, Dominikanische Republik, nehmen Marinesoldaten mit Rückendeckung des Forts einen französischen Freibeuter fest.
2	1801-1805	Tripolis: Erster Amerikanisch-Tripolitanischer Krieg (Erster Barbareskenkrieg), George Washington Affäre, Philadelphia Affäre und Eaton Feldzug, bei dem William Eaton, ein Agent der Vereinigten Staaten, mit einigen Marinesoldaten in Tripolis landet und gewaltsam versucht die Crew der Philadelphia zu befreien. Tripolis erklärt den Krieg – allerdings nicht den Vereinigten Staaten.
3	1806	Mexiko (spanisches Territorium): Hauptmann Z. M. Pike überquert freiwillig und auf Befehl von General James Wilkinson mit mehreren Truppen den Rio Grande und dringt in spanisches Territorium ein. Er wird festgenommen und leistet hierbei keinen Widerstand. In einem von ihm errichteten Fort im heutigen Colorado wird er festgehalten und anschließend nach Mexiko ausgeliefert. Seine Papiere werden beschlagnahmt und er wird freigelassen. Der Vorfall ist politisch motiviert und bleibt bis heute ungeklärt.
4	1806-1810	Golf von Mexiko: Amerikanische Kanonenboote, die von New Orleans aus kontrolliert werden, operieren – vorwiegend unter dem Kommando von Hauptmann John Shaw und Oberbefehlshaber David Porter – vom Mississippi-Delta aus gegen spanische und französische Freibeuter, wie zum Beispiel La Fitte.
5	1810	West-Florida (spanisches Territorium): Auf Befehl des Präsidenten besetzt Claiborne, Gouverneur von Louisiana, umstrittenes Gebiet, das sich vom östlichen Ufer des Mississippi bis zum Pearl River erstreckt – heutiges Grenzgebiet von Louisiana. Er ist ermächtigt; bis zum Perdido River vorzudringen. Kein Einsatz von Waffengewalt.
6	1812	Amelia Island und weitere Gebiete im Osten Floridas – damals in spanischem Besitz: Präsident Madison und der Kongreß bewilligen vorübergehend die Entsendung von Besatzungstruppen, um zu vermeiden, daß ein anderer Staat das Land besetzt. General George Matthews führt die Besatzungstruppen an. Seine Maßnahmen werden vom amerikanischen Präsidenten bestritten.
7	1812-1815	Großbritannien: Britisch-Amerikanischer Krieg (Krieg von 1812) – offiziell erklärter Krieg.
8	1813	West-Florida: Im April erobert General Wilkinson mit einer 600 Mann starken Truppe mit der Zustimmung des Kongresses Mobile Bay. Eine kleine spanische Garnison ergibt sich. Wie bereits 1810 geplant, dringen die Vereinigten Staaten in das umstrittene Gebiet am Perdido River vor. Kein Einsatz von Waffengewalt.
9	1813-1814	Marquesasinseln: Auf Nuka Hiva wird zur Verteidigung von drei von den Briten gekaperten Schiffen, ein Fort errichtet.
10	1814	Florida (spanisches Territorium): General Andrew Jackson erobert Pensacola und vertreibt die Briten, die Krieg gegen die Vereinigten Staaten führen.
11	1814-1825	Karibik: Es kommt wiederholt, vorwiegend an und vor der Küste von Kuba, Puerto Rico, Santo Domingo und Yucatan zu Kampfhandlungen zwischen Piraten und amerikanischen Schiffen oder Geschwadern. Zwischen 1815 und 1823 werden offiziell dreitausend Kaufleute von Piraten überfallen. Im Jahr 1822 entsendet Befehlshaber James Biddle eine Flotte – zwei Fregatten, vier Sloops (englische Kriegsschiffe), zwei Segelschiffe, vier Schoner und zwei Kanonenboote – zu den Westindischen Inseln.
12	1815	Algier: Zweiter Barbareskenkrieg wird nicht von den Vereinigten Staaten, sondern von der gegnerischen Seite erklärt. Der Kongreß bewilligt einen Feldzug. Decatur greift mit einer großen Flotte Algier an und erhält Reparationen.
13	1815	Tripolis: Nach Abschluß eines Abkommens mit Algier stationiert Decatur seine Truppen in Tunis und Tripolis und erhält Reparationen für militärische Angriffe im Krieg von 1812.
14	1816	Florida (spanisches Territorium): Truppen der Vereinigten Staaten zerstören Ni-

		cholls Fort, auch bekannt als Neger Fort, das Räubern, denen Plünderungen in den Vereinigten Staaten angelastet wurden, Unterschlupf gewährte.
15	1816-1818	Florida (spanisches Territorium): Erster Seminolen Krieg: Die Seminolen, ein Indianerstamm, in dessen Stammesgebiet flüchtige Sklaven und Grenzgänger Zuflucht suchen, werden von Truppen von General Jackson und Gains, die bis in den Norden Floridas vordringen, angegriffen. Spanische Posten werden angegriffen und besetzt, britische Staatsbürger hingerichtet. Hierfür wird weder eine Erklärung abgegeben noch die Bewilligung des Kongresses eingeholt. Nichtsdestotrotz bleibt die Regierung im Amt.
16	1817	Amelia Island (spanisches Territorium vor Florida): Truppen der Vereinigten Staaten landen auf Befehl von Präsident Monroe auf Amelia Island und vertreiben eine Gruppe von Schmugglern, Abenteurern und Freibeutern.
17	1818	Oregon: Washington entsendet die U.S.S. Ontario, die am Columbia River landet und das Gebiet im August in Besitz nimmt. Briten beherrschen das Gebiet, auf das auch Rußland und Spanien Anspruch erheben.
18	1820-1823	Afrika: Marinesoldaten überfallen Sklaventransporte und berufen sich auf ein 1819 vom Kongreß erlassenes Gesetz.
19	1822	Kuba: Eine Marineeinheit der Vereinigten Staaten besiegt Piraten, die an der nordwestlichen Küste von Kuba gelandet waren, und brennen einen Stützpunkt der Piraten nieder.
20	1823	Kuba: Zu kurzfristigen Kampfhandlungen kommt es am 08.04.1823 in der Nähe von Escondido, am 16.04.1823 in der Nähe von Cayo Blanco, am 11.07.1823 in der Nähe von Siquapa Bay, am 21.07.1823 am Cap Cruz und am 23.10.1823 in Camrioca, da Piraten vertrieben werden.
21	1824	Kuba: Im Oktober landet die U.S.S. Porpoise in der Nähe von Mantanzas, um Piraten zu vertreiben. Dieser Angriff erfolgt während eines Feldzuges, der 1822 bewilligt worden war.
22	1824	Puerto Rico (spanisches Gebiet): Befehlshaber David Porter greift mit einer Truppe die Stadt Fajardo an, die Piraten Unterschlupf gewährt und amerikanische Marineoffiziere beleidigt hat. Er greift im November mit 200 Mann ein und erzwingt eine Entschuldigung.
23	1825	Kuba: Im März landen kooperierende amerikanische und britische Truppen in Sagua La Grande, um Piraten gefangenzunehmen.
24	1827	Griechenland: Im Oktober und November landeten Truppen auf den Inseln Argenteira, Mykonos und Andros, um Piraten zu verfolgen.
25	1831-1832	Falkland Inseln: Um die Kaperung von drei amerikanischen Segelschiffen zu untersuchen und amerikanische Interessen zu verteidigen.
26	1832	Sumatra, 06.02.1832 bis 09.02.1832: Angriff, um die Bevölkerung der Stadt Quallah Battoo für das Plündern amerikanischer Schiffe zu bestrafen.
27	1833	Argentinien, 31.10.1833 bis 15.11.1833: Eine Truppe wird nach Buenos Aires entsandt, um die Interessen der Vereinigten Staaten und anderer Ländern während eines Aufstandes zu verteidigen.
28	1835-1836	Peru, 10.12.1835 bis 24.01.1836 und 31.08.1836 bis 07.12.1836: Marinesoldaten verteidigen die Interessen der Vereinigten Staaten in Callao und Lima während eines Revolutionsversuches.
29	1836	Mexiko: General Gaines besetzt Nacogdoches, ein umstrittenes Gebiet im texanischen Unabhängigkeitskrieg, der von Juli bis Dezember dauert, und erhält den Befehl, die »imaginäre Grenzlinie« bei Gefahr eines Indianeraufstandes zu überqueren.
30	1838-1839	Sumatra, 24.12.1838 bis 04.01.1839: Bestrafung der Bevölkerung der Städte Quallah Battoo und Muckie (Mukki) für das Plündern amerikanischer Schiffe.
31	1840	Fiji Inseln, Juli 1840: Bestrafung der Bevölkerung für Angriffe auf amerikanische Forscher und Beobachter.
32	1841	Drummond Island, Kingsmill Inseln: Rache für den Mord der Einheimischen an einem Seemann.
33	1841	Samoa, 24.02.1841: Rache für den Mord eines amerikanischen Seemannes auf Upolu.
34	1842	Mexiko: T. A. C. Jones, Befehlshaber eines Geschwaders, das lange vor Kalifornien stationiert war, besetzt am 19.10.1842 in der Annahme, daß ein Krieg bevorsteht, Monterey in Kalifornien. Nachdem er in Monterey nicht mit Kämpfen konfrontiert wird, zieht er sich zurück. Zu einem ähnlichen Vorfall kommt es eine Woche später in San Diego.
35	1843	China: Seeleute und Marinesoldaten der St. Louis landen in Canton, einem Handelsknotenpunkt, um einen Konflikt zwischen Amerikanern und Chinesen zu beheben.
36	1843	Afrika, 29.11.1843 bis 16.12.1843: Vier Schiffe der Vereinigten Staaten landen mit verschiedenen Truppen (u.a. 200 Marinesoldaten und Seeleuten), um Piraten und den Sklavenhandel entlang der Elfenbeinküste, etc. zu bekämpfen und um Angriffe der Bevölkerung auf amerikanische Seeleute und Schiffe zu rächen.

37	1844	Mexiko: Präsident Tyler entsendet US-Truppen, um Texas gegen Mexiko zu verteidigen. Die Bewilligung eines Abkommens zur Annektierung steht zu diesem Zeitpunkt noch aus (und wird später abgelehnt). Er muß vor einen Untersuchungsausschuß des Senats treten.
38	1846-1848	Mexiko: Mexikanisch-Amerikanischer Krieg; Präsident Polk besetzt umstrittenes Gebiet und löst somit einen offiziell erklärten Krieg aus.
39	1849	Smyrna: Im Juli befreit eine amerikanische Kriegsflotte einen amerikanischen Staatsbürger, der von österreichischen Regierungsvertretern festgehalten wird.
40	1851	Türkei: Nachdem im Januar in Jaffa Ausländer, unter ihnen auch Amerikaner, massakriert werden, wird ein amerikanisches Marinegeschwader entlang der türkischen Küste (der Levante) stationiert.
41	1851	Johanna Island (Ostafrika), August 1851: Rache für die rechtswidrige Inhaftierung des Kapitäns einer amerikanischen Walfangschiffes.
42	1852-1853	Argentinien, 03.02.1852 bis 12.02.1852; 17.09.1852 bis April 1853: Marineeinheiten landen in Buenos Aires und bleiben stationiert, um die Interessen amerikanischer Bürger während einer Revolution zu verteidigen.
43	1853	Nicaragua, 11.03.1853 bis 13.03.1853: Schutz der Interessen und des Lebens amerikanischer Bürger während politischen Unruhen.
44	1853-1854	Japan: Die »Öffnung Japans gegenüber dem Westen« und der Perry Feldzug.
45	1853-1854	Ryūkyū- und Bonininseln: Kommodore Perry besucht die Inseln dreimal, bevor er nach Japan aufbricht. Während er auf eine Reaktion Japans wartet, demonstriert er die Stärke der amerikanischen Marine, indem er zweimal Truppen landen läßt, und erhält vom Herrscher von Naha auf Okinawa eine Lizenz für den Abbau von Kohle. Auf den Bonininseln stehen Truppen zur Sicherstellung von Handelsstützpunkten bereit.
46	1854	China, 04.04.1854 bis 15.06.1854 oder 17.06.1854: Zur Verteidigung amerikanischer Interessen in Shanghai und der umliegenden Region während eines chinesischen Bürgeraufstandes.
47	1854	Nicaragua, 09.06.1854 bis 15.06.1854: San Juan del Norte (Greytown) wird zerstört, um eine Beleidigung des amerikanischen Ministers für Nicaragua zu rächen.
48	1855	China, 19.05.1855 bis 21.05.1855: Verteidigung amerikanischer Interessen in Shanghai. 03.08.1855 bis 05.08.1855: Kampf gegen Piraten in der Nähe von Hongkong.
49	1855	Fiji Islands, 12.09.1855 bis 04.11.1855: Vergeltung für Überfälle auf Amerikaner.
50	1855	Uruguay, 25.11.1855 bis 29.11.1855 oder 30.11.1855: Die Marine der Vereinigten Staaten und Flotten europäischer Staaten landen, um amerikanische Interessen während einer mißglückten Revolution in Montevideo zu verteidigen.
51	1856	Panama, Republik Neu-Granada, 19.09.1856 bis 22.09.1856: Verteidigung amerikanischer Interessen während eines Aufstandes.
52	1856	China, 22.10.1856 bis 06.12.1856: Verteidigung amerikanischer Interessen in Canton während Kampfhandlungen zwischen Briten und Chinesen und um einen nicht gerechtfertigten Angriff auf ein unbewaffnetes Boot mit amerikanischer Flagge zu rächen.
53	1857	Nicaragua, April bis Mai 1857, November bis Dezember 1857: Zur Vereitelung des Versuches von William Walker, Kontrolle über das Land zu gewinnen. Im Mai ergibt sich Walker C. H. Davis, Befehlshaber der amerikanischen Marine, der Walker und seinen Männer Schutz gewährt und sie vor den Vergeltungsschlägen Einheimischer, die gegen Walker gekämpft hatten, bewahrt. Im November und Dezember desselben Jahres vereiteln die amerikanischen Kriegsschiffe Saratoga, Wabash und Fulton einen weiteren Versuch William Walkers, Nicaragua zu erobern. Der amerikanische Außenminister Lewis Cass bestreitet, daß Hiram Paulding, Befehlshaber der Marine, die Landung von Marinetruppen befohlen und die Rückkehr von William Walker in die Vereinigten Staaten erzwungen hat. Paulding wird zwangsweise in den Ruhestand versetzt.
54	1858	Uruguay, 02.01.1858 bis 27.01.1858: Die Truppen von zwei amerikanischen Kriegsschiffen landen, um amerikanischen Grundbesitz während einer Revolution in Montevideo zu verteidigen.
55	1858	Fiji Inseln, 06.10.1858 bis 16.10.1858: Bestrafung von Einheimischen für den Mord an zwei amerikanischen Staatsbürgern.
56	1858-1859	Türkei: Stationierung von Marinetruppen entlang der Levante auf Befehl des amerikanischen Außenministers, nachdem Amerikaner in Jaffa und anderenorts massakriert und mißhandelt worden sind – »um die (türkische) Regierung ... zu erinnern, welche Macht die Vereinigten Staaten besitzen.«
57	1859	Paraguay: Der amerikanische Kongreß stimmt zu, daß ein Marinegeschwader Vergeltung für den Angriff eines Marineschiffes im Parana River im Jahr 1855 sucht. Nach gewaltsamem Vorgehen der Vereinigten Staaten entschuldigt Paraguay sich offiziell.
58	1859	Mexiko: Bei der Verfolgung des mexikanischen Banditen Cortina überqueren zwei-

		hundert amerikanische Soldaten den Rio Grande.
59	1859	China, 31.07.1859 bis 02.08.1859: Schutz amerikanischer Interessen in Shanghai.
60	1860	Angola, portugiesisches Westafrika, 01.03.1860: Schutz für das Leben amerikanischer Bürger und Verteidigung amerikanischen Grundbesitzes in Kissembó bei einem Aufstand der Einheimischen.
61	1860	Kolumbien, Panama Bay, 27.09.1860 bis 08.10.1860: Verteidigung amerikanischer Interessen während einer Revolution.
62	1863	Japan, 16.07.1863: Aufgrund eines Affronts gegen die Vereinigten Staaten – bei Shimono-seki wurde auf ein amerikanisches Schiff gefeuert.
63	1864	Japan, 14.07.1864 bis um den 03.08.1864: Zum Schutz des amerikanischen Ministers für Japan während Verhandlungen zu Forderungen der Vereinigten Staaten gegenüber Japan in Yedo und um Japan die Stärke der Vereinigten Staaten zu demonstrieren, um somit die Verhandlungen zu erleichtern.
64	1865	Panama, 09.03.1865 und 10.03.1865: Zur Verteidigung amerikanischer Bürger und amerikanischen Besitzes während einer Revolution.
65	1866	Mexiko: Zum Schutz amerikanischer Staatsbürger zwingt General Sedgwick mit einer 100 Mann starken Truppe Matamoras, sich zu ergeben. Nach drei Tagen befiehlt ihm die amerikanische Regierung, sich zurückzuziehen. Der amerikanische Präsident bestreitet diesen Einsatz.
66	1866	China, 20.06.1866 bis 07.07.1866: Zur Vergeltung eines Anschlags auf den amerikanischen Konsul in Newchwang. 14.07.1866: Zur Beratung mit Regierungsvertretern an der Küste. 09.08.1866 in Shanghai: Um bei der Bekämpfung eines Großfeuers in der Stadt zu helfen.
67	1867	Nicaragua: Marinetruppen besetzen Managua und Leon.
68	1867	Formosa (Taiwan), 13.06.1867: Um eine Horde Wilder zu bestrafen, die angeblich die Crew eines schiffbrüchigen, amerikanischen Frachters ermordet hatte.
69	1868	Japan (Osaka, Hiogo, Nagasaki, Yokohama und Negata), vor allem 04.02.1868 bis 08.02.1868, 04.04.1868 bis 12.05.1868, 12.06.1868 bis 13.06.1868: Zum Schutz amerikanischer Interessen während des japanischen Bürgerkriegs, in dessen Verlauf die Herrschaft der Shōgunen beendet wird und die Mikado wieder an die Macht kommen.
70	1868	Uruguay, 07.02.1868 und 08.02.1868, 19.02.1868 bis 26.02.1868: zum Schutz ausländischer Ansässiger und zur Verteidigung des Zollhauses während eines Aufstandes in Montevideo.
71	1868	Kolumbien, 07.04.1868 in Aspinwall: Zum Schutz von passierenden Reisenden und Gütern, während die kolumbianische Polizei und Truppen anlässlich des Todes des kolumbianischen Präsidenten nicht im Einsatz sind.
72	1870	Mexiko, 17.06.1870 und 18.06.1870: Um das Piratenschiff <i>Forward</i> , das im Rio Tecapan auf Grund gelaufen ist, zu zerstören.
73	1870	Hawaii, 21.09.1870: Um die amerikanische Flagge anlässlich des Todes von Königin Kalama auf Halbmast zu setzen, da der amerikanische Konsul nicht bereit war, für das Hissen der Flagge die Verantwortung zu übernehmen.
74	1871	Korea, 10.06.1871 bis 12.06.1871: Zur Bestrafung Einheimischer, weil sie Amerikaner ausgeplündert und insbesondere dafür, daß sie die Crew des General Sherman ermordet und den Schoner niedergebrannt hatten und später weitere amerikanische Boote, die den Salee River flußaufwärts fuhren, beschossen.
75	1873	Kolumbien, Panama Bay, 07.05.1873 bis 22.05.1873, 23.09.1873 bis 09.10.1873: Zum Schutz amerikanischer Interessen während Unruhen anlässlich der Ernennung der Regierung Panamas.
76	1873	Mexiko: Bei der Verfolgung von Viehdieben und anderen Räubern überqueren Truppen der Vereinigten Staaten wiederholt die mexikanische Grenze. Es kommt zu einigen Vorfällen, bei denen mexikanische Truppen ebenfalls die amerikanische Grenze überqueren. Bei diesen Vorfällen handelt es sich genaugenommen um Invasionen, auch wenn Mexiko dies vehement bestreitet. Bemerkenswert sind die Vorfälle in Remolina im Mai 1873 und in Las Cuevas 1875. Washington unterstützt wiederholt diese Feldzüge. Abkommen zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten – das erste wurde 1882 geschlossen – legitimieren letztendlich diese Angriffe, die mit Unterbrechungen und kleineren Auseinandersetzungen bis 1896 fortgeführt werden.
77	1874	Hawaii, 12.02.1874 bis 20.02.1874: Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Verteidigung amerikanischer Bürger und Interessen während den Krönungszeremonien des neuen Königs.
78	1876	Mexiko, 18.05.1876: Um die Stadt Matamoras vorübergehend – als keine Regierung im Amt ist – zu kontrollieren.
79	1882	Ägypten, 14.07.1882 bis 18.07.1882: Zur Verteidigung amerikanischer Interessen, als

		es zu Kriegshandlungen zwischen Briten und Ägyptern kommt und Alexandria von Arabern geplündert wird.
80	1885	Panama (Colon), 18.01.1885 und 19.01.1885: Um den Transport von Gütern auf der Panama Railroad – panamaische Eisenbahnlinie – und das Vermögen und den Besitz der Eisenbahngesellschaft während revolutionärer Unruhen zu beschützen.
81	1888	Korea, Juni 1888: Zum Schutz amerikanischer Bürger. als in Seoul politische Unruhen herrschen und ein Volksaufstand erwartet wird.
82	1888	Haiti, 20.12.1888: Um die haitische Regierung zu überzeugen, ein Dampfschiff, das festgehalten wird, da es in unerlaubtes Territorium vorgedrungen war, freizugeben.
83	1888-1889	Samoa, 14.11.1888 bis 20.03.1889: Zum Schutz amerikanischer Bürger und der Verteidigung des Konsulats während eines Bürgerkrieges.
84	1889	Hawaii, 30.07.1889 und 31.07.1889: Zur Verteidigung amerikanischer Interessen während eines Aufstandes in Honolulu.
85	1890	Argentinien: Landung einer Marineeinheit in Buenos Aires zur Verteidigung des Konsulats und der Gesandten der Vereinigten Staaten.
86	1891	Haiti: Zur Verteidigung amerikanischer Bürger und amerikanischen Grundbesitzes auf Navassa.
87	1891	Beringmeer, 02.07.1891 bis 05.10.1891: Zur Bekämpfung der Seehundwilderei.
88	1891	Chile, 28.08.1891 bis 30.08.1891: Zur Verteidigung des amerikanischen Konsulats und der Frauen und Kinder, die dort Zuflucht suchen, als es in Valparaiso zu einem Aufstand kommt.
89	1893	Hawaii, 16.01.1893 bis 01.04.1893: Angeblich zur Verteidigung amerikanischer Bürger und amerikanischen Besitzes. Tatsächlich wird eine Übergangsregierung unter Sanford B. Dole begünstigt. Die Vereinigten Staaten bestreiten dieses Vorgehen.
90	1894	Brasilien, Januar 1894: Zur Verteidigung amerikanischer Handelsstützpunkte in Rio de Janeiro während eines Bürgerkrieges. Es landen keine Truppen. Marineeinheiten stehen bereit.
91	1894	Nicaragua, 06.07.1894 bis 07.08.1894: Um amerikanische Interessen nach einem Aufstand in Bluefields zu verteidigen.
92	1894-1895	China: Marinetruppen werden in Tientsin stationiert und dringen zu Verteidigungszwecken während des Japanisch-Chinesischen Krieges bis nach Peking vor.
93	1894-1895	China: Kriegsschiffe ankern vor Newchwang und dienen als Zuflucht für und zur Verteidigung von amerikanischen Bürgern.
94	1894-1896	Korea, 24.07.1894 bis 03.04.1896: Zur Verteidigung amerikanischer Bürger und Interessen in Seoul während des Japanisch-Chinesischen Krieges. Bis April 1896 ist meistens eine Garde Marinesoldaten bei amerikanischen Gesandten stationiert.
95	1895	Kolumbien, 08.03.1895 bis 09.03.1895: Zur Verteidigung amerikanischer Interessen, als Banditen die Stadt Bocas del Toro angreifen.
96	1896	Nicaragua, 02.05.1896 bis 4.05.1896: Zur Verteidigung amerikanischer Interessen in Corinto während politischer Unruhen.
97	1898	Nicaragua, 07.02.1898 und 08.02.1898: Zur Verteidigung amerikanischer Bürger und amerikanischen Besitzes in San Juan del Sur.
98	1898	Spanien: Spanisch-Amerikanischer Krieg – offiziell erklärter Krieg.
99	1898-1899	China, 05.11.1898 bis 15.03.1899: Entsendung einer Garde für die Gesandten in Peking und das Konsulat in Tientsin, als die Kaiserwitwe und ihr Sohn um die Macht kämpfen.
100	1899	Nicaragua: Zwischen dem 22.02.1899 und dem 05.03.1899 zur Verteidigung amerikanischer Interessen in San Juan del Norte und einige Wochen später in Bluefields beim Aufstand von General Juan P. Reyes.
101	1899	Samoa, 13.03.1899 bis 15.05.1899: Zur Verteidigung amerikanischer Interessen und zur Beeinflussung des blutigen Wettstreits um die Thronfolge.
102	1899-1901	Philippinen: Zur Verteidigung amerikanischer Interessen während des Krieges mit Spanien und um die Inselgruppe zu erobern und den Unabhängigkeitskampf der Filipinos niederzuschlagen.
103	1900	China, 24.05.1900 bis 28.09.1900: Zur Verteidigung ausländischer Bürger während des Boxeraufstandes, vor allem in Peking. Nach dem Boxeraufstand bleibt eine Garde, die im Falle von Unruhen verstärkt wird, viele Jahre – bis ins Jahr 1943 – in Peking stationiert.
104	1901	Kolumbien (heutiges Panama), 20.11.1901 bis 04.12.1901: Zur Verteidigung amerikanischen Grundbesitzes und um Transitlinien während schwerer revolutionärer Unruhen freizuhalten.
105	1902	Kolumbien, 16.04.1902 bis 23.04.1902: Zur Verteidigung amerikanischer Bürger und

		amerikanischen Grundbesitzes in Bocas del Toro während eines Bürgerkrieges.
106	1902	Kolumbien (heutiges Panama), 17.09-1902 bis 18.11.1902: Stationierung bewaffneter Truppen an allen Bahnübergängen, um den Schienenverkehr freizuhalten.
107	1903	Honduras, 23.03.1903 bis 31.03.1903: Zur Verteidigung amerikanischer Interessen in Santo Domingo während eines revolutionären Aufstandes.
108	1903	Syrien, 07.09.1903 bis 12.09.1903: Zur Verteidigung des amerikanischen Konsulats in Beirut, als ein Aufstand der Muslime vor Ort befürchtet wird.
109	1903-1904	Äthiopien: Als der amerikanische Konsul an Verhandlungen teilnimmt, werden zu seinem Schutz fünfundzwanzig Marinesoldaten nach Äthiopien entsandt.
110	1903-1914	Panama: Zur Verteidigung amerikanischer Bürger und Interessen aufgrund der kolumbianischen Unabhängigkeitsbewegung anlässlich des Baus des Panamakanals. Mit kurzen Unterbrechungen sind Marinetruppen zur Verteidigung amerikanischer Interessen auf der Landenge vom 04.11.1903 bis 21.01.1914 stationiert.
111	1904	Dominikanische Republik, 02.01.1904 bis 11.02.1904: Zur Verteidigung amerikanischer Interessen in Puerto Plata, Sosua und Santo Domingo Stadt während revolutionärer Kampfhandlungen.
112	1904	Tanger, Marokko: »Wir wollen Perdicaris lebend oder Raisula tot.« Protest eines Geschwaders, um die Freilassung eines entführten amerikanischen Marinesoldaten zu erzwingen, der in Tanger zum Schutz des Generalkonsuls im Einsatz war.
113	1904	Panama, 17.11.1904 bis 24.11.1904: Um das Leben amerikanischer Bürger und amerikanischen Besitz während eines möglicherweise bevorstehenden Aufstandes zu beschützen.
114	1904-1905	Korea, 05.01.1904 bis 11.11.1905: Zum Schutz amerikanischer Gesandter in Seoul.
115	1904-1905	Korea: Marine wird zu Verteidigungszwecken während des Russisch-Japanischen Krieges nach Seoul entsandt.
116	1906-1909	Kuba, September 1906 bis 23.01.1909: Intervention, um die Ordnung wieder herzustellen, ausländische Bürger zu beschützen und eine stabile Regierung nach schweren revolutionären Unruhen einzusetzen.
117	1907	Honduras, 19.03.1907 bis 08.06.1907: Zur Verteidigung amerikanischer Interessen im Krieg zwischen Honduras und Nicaragua. Truppen werden für einige Tage oder Wochen in Trujillo, Ceiba, Puerto Cortez, San Pedro, Laguna und Choloma stationiert.
118	1910	Nicaragua, 22.02.1910: Um im Bürgerkrieg Informationen zur Lage von Corinto zu beschaffen. 19.05.1910 bis 04.09.1910: Zur Verteidigung amerikanischer Interessen in Bluefields.
119	1911	Honduras, 26.01.1911 und einige Wochen später: Zur Verteidigung amerikanischer Bürger und Interessen im Bürgerkrieg.
120	1911	China: Erste Anzeichen der Revolution. 10 Männer versuchen, nach Wuchang vorzudringen, um Missionare zu befreien, brechen die Aktion jedoch ab, da sie vertrieben werden. Eine kleine Truppe landet im Oktober 1911 in Hankow, um amerikanischen Privatbesitz und das Konsulat zu schützen. Eine Marineeinheit wird im November 1911 an den Stromversorgungsstationen in Shanghai stationiert. Truppen werden zu Verteidigungszwecken nach Nanking, Chinkiang, Taku und andere Orte entsendet.
121	1912	Honduras: Landung einer kleinen Truppe, um zu vermeiden, daß die Regierung eine amerikanische Eisenbahnlinie in Puerto Cortez übernimmt. Die Truppen werden abgezogen, nachdem die Vereinigten Staaten das Vorgehen mißbilligen.
122	1912	Kuba, 05.06.1912 bis 05.08.1912: Zur Verteidigung amerikanischer Interessen in der Provinz Oriente und in Havanna.
123	1912	China, 24.08.1912 bis 26.08.1912, Kentucky Island und 26.08.1912 bis 30.08.1912, Camp Nicholson: Zur Verteidigung amerikanischer Bürger und Interessen während revolutionärer Unruhen.
124	1912	Türkei, 18.11.1912 bis 03.12.1912: Zum Schutz amerikanischer Gesandter in Konstantinopel im Balkankrieg.
125	1912-1925	Nicaragua, August 1912 bis November 1912: Zur Verteidigung amerikanischer Interessen während eines Revolutionsversuches. Eine kleine Truppe bleibt zum Schutz amerikanischer Gesandter und um Frieden und eine stabile Regierung zu sichern, bis zum 05.08.1925 stationiert.
126	1912-1941	China: Die Unruhen anlässlich des Aufstandes der chinesischen Nationalpartei (Kuomintang) im Jahr 1912 und der Invasion japanischer Truppen, die schließlich durch den Krieg zwischen Japan und den Vereinigten Staaten 1941 beendet werden, führen zu Protesten und dazu, daß amerikanische Truppen zur Verteidigung amerikanischer Interessen zwischen 1912 und 1941 kontinuierlich in vielen Regionen stationiert sind. Die Truppen in Peking und entlang der Verbindungswege zum Meer bleiben bis 1941 stationiert. 1927 entsenden die Vereinigten Staaten 5670 Soldaten und 44 Kriegsschiffe nach China. 1933 sind es 3027 Soldaten. Abkommen mit China zwischen 1858 und 1901 rechtfertigen in der Regel die Entsendung dieser Schutztruppen.

127	1913	Mexiko, 05.09.1913 bis 07.09.1913: Einige Marineeinheiten landen in Ciaris Estero, um bei der Evakuierung amerikanischer Bürger, die politischen Unruhen im Yaqui Valley ausgesetzt sind, zu helfen.
128	1914	Haiti, 29.01.1914 bis 09.02.1914; 20.02.1914 bis 21.02.1914, 19.10.1914: Zum Schutz amerikanischer Bürger bei schweren Unruhen.
129	1914	Dominikanische Republik, Juni 1914 und Juli 1914: Bei revolutionären Unruhen beenden die Vereinigten Staaten den Beschuß von Puerto Plata und sichern Santo Domingo Stadt gewaltsam als neutrale Zone.
130	1914-1917	Mexiko: Während unerklärter Kampfhandlungen zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten, die auf die Dolphin Affäre und den Aufstand von Villa folgen, wird Vera Cruz erobert und Pershing führt einen Feldzug in den Norden Mexikos an.
131	1915-1934	Haiti, 28.07.1915 bis 15.08.1934: Um in einer Phase ständiger und schwerer Unruhen die Ordnung im Land aufrecht zu erhalten.
132	1916	China: Amerikanische Truppen landen, um einen Aufstand, der auf amerikanischem Territorium in Nanking stattfindet, zu unterdrücken.
133	1916-1924	Dominikanische Republik, Mai 1916 bis September 1924: Um in einer Phase ständiger und schwerer Unruhen die Ordnung im Land aufrechtzuerhalten.
134	1917	China: Amerikanische Truppen landen in Chungking, um amerikanische Bürger während einer politischen Krise zu beschützen.
135	1917-1918	1. Weltkrieg – erklärter Krieg.
136	1917-1922	Kuba: Zur Verteidigung amerikanischer Interessen während eines Aufstandes und darauf folgenden Unruhen. Die Mehrzahl der amerikanischen Truppen verläßt Kuba bis August 1919, zwei Einheiten bleiben bis Februar 1922 in Camaguey stationiert.
137	1918-1919	Mexiko: Nachdem sich Pershing zurückgezogen hat, überqueren amerikanische Truppen mindestens dreimal 1918 und sechsmal 1919 die mexikanische Grenze, um Banditen zu verfolgen. Im August 1918 kommt es zum Kampf zwischen amerikanischen und mexikanischen Truppen in Nogales.
138	1918-1920	Panama: Um bei Protesten während Wahlen und anschließenden Unruhen in Chiriqui gemäß vereinbarten Abkommen als Polizei zu fungieren.
139	1918-1920	Rußland: Marineeinheiten landen im Juni 1918 und Juli 1918 in und in der Nähe von Wladiwostok, um das amerikanische Konsulat und andere Standorte im Kampf der bolschewistischen und der tschechischen Truppen, die vom Westen über Sibirien einmarschieren, zu verteidigen. Amerikanische japanische, britische, französische und tschechische Befehlshaber rufen gemeinsam eine Notstandsregierung aus und erklären sich neutral. Die amerikanischen Truppen bleiben bis Ende August 1920 stationiert. Im August 1918 werden die Truppen verstärkt. In Wladiwostok landen 7000 Soldaten als Teil einer alliierten Besatzungsmacht, die erst im Januar 1920 abgezogen werden. Im September 1918 werden 5000 Soldaten nach Archangel entsendet, die bis Juni 1919 stationiert bleiben – 500 von ihnen fallen im Kampf. Zuvor ist eine Handvoll Marinesoldaten rein zufällig bei einer Landung britischer Truppen an der Murman-Küste (in der Nähe von Norwegen) beteiligt. Diese Operationen dienen der Bekämpfung der bolschewistischen Revolution und werden teilweise von Anhängern des Zars und von Kerensky unterstützt. Ein Krieg wird nicht erklärt. Obwohl Anhänger des Bolschewismus die amerikanischen Truppen teilweise unterstützten, fordert Rußland immer noch Reparationen.
140	1919	Dalmatien: Auf Anforderung der italienischen Regierung landen amerikanische Truppen in Trau, um für Ruhe zwischen Italienern und Serben zu sorgen.
141	1919	Türkei: Marinesoldaten der U.S.S. Arizona landen zur Zeit der griechischen Besetzung in Konstantinopel, um das amerikanische Konsulat zu verteidigen.
142	1919	Honduras, 08.09.1919 bis 12.09.1919: Eine Truppe wird entsendet, um in einer neutralen Zone während eines Revolutionsversuches die Ordnung aufrecht zu erhalten.
143	1920	China, 14.03.1920: Eine Truppe wird bei einem Aufstand in Kiukiang für einige Stunden zum Schutz der Bevölkerung entsendet.
144	1920	Guatemala, 09.04.1920 bis 27.04.1920: Um amerikanischen Interessen, wie z.B. Stromversorgungsstationen, während Kämpfen zwischen Unionisten und der guatemalteckischen Regierung zu verteidigen.
145	1920-1922	Rußland (Sibirien), 16.02.1920 bis 19.11.1922: Ein Marinegeschwader wird entsendet, um eine Radiostation und amerikanische Besitzgüter in der Bucht von Wladiwostok zu verteidigen.
146	1921	Panama, Costa Rica: Amerikanische Kriegsgeschwader positionieren sich an beiden Seiten der Landenge, um einen Krieg der beiden Länder über Grenzstreitigkeiten zu verhindern.
147	1922	Türkei, September bis Oktober 1922: Als türkische Nationalisten nach Smyrna (heutiges Izmir) vordringen, werden amerikanische Truppen im Einvernehmen mit der griechischen und türkischen Regierung entsendet, um amerikanische Bürger und amerikanischen Besitz zu verteidigen.

148	1922-1923	China: Während Unruhen landen Marineeinheiten fünfmal zur Verteidigung amerikanischer Bürger zwischen April 1922 und November 1923.
149	1924	Honduras, 28.02.1924 bis 31.03.1924, 10.09.1924 bis 15.09.1924: Zur Verteidigung amerikanischer Bürger und Interessen während Unruhen bei Wahlen.
150	1924	China, September 1924: Marinesoldaten landen, um amerikanische Bürger und andere Ausländer in Shanghai während politischer Unruhen zu verteidigen.
151	1925	China, 15.01.1925 bis 29.08.1925: Auseinandersetzungen zwischen chinesischen Parteien, die von Aufständen und Demonstrationen in Shanghai begleitet werden, erfordern die Entsendung amerikanischer Truppen zur Verteidigung der Bevölkerung und von Besitzgütern gemäß eines Internationalen Abkommens.
152	1925	Honduras, 19.04.1925 bis 21.04.1925: Zum Schutz ausländischer Bürger in La Ceiba während eines politischen Aufstandes.
153	1925	Panama, 12.10.1925 bis 13.10.1925: Streiks führen dazu, daß ca. 600 Soldaten landen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und amerikanische Interessen zu vertreten.
154	1926	China, August 1926 und September 1926: Der Anschlag der Nationalisten auf Hankow erfordert die Entsendung der amerikanischen Marine zum Schutz amerikanischer Bürger. Als die Truppen abgezogen werden, bleibt eine kleine Garnison auch noch nach dem 16.09.1926 im Konsulat stationiert. Marineeinheiten sind vom 04.11.1926 bis 06.11.1926 zum Schutz ausländischer Bürger stationiert, als Truppen der Nationalisten Kiukiang erobern.
155	1926-1933	Nicaragua, 07.05.1926 bis 05.06.1926, 27.08.1926 bis 03.01.1933: Der Staatsstreich von General Chamorro führt zu revolutionären Ausschreitungen, die die Entsendung der amerikanischen Marine zur Verteidigung amerikanischer Interessen erfordert. Die Truppen der Vereinigten Staaten werden abwechselnd entsendet und abgezogen, ziehen sich jedoch bis zum 03.01.1933 nie vollkommen zurück. Unter anderem unterstützen sie im Jahr 1928 die Bekämpfung von Sandino, dem Anführer einer revolutionären Gruppe.
156	1927	China, Februar 1927: Kämpfe in Shanghai führen zu einer Verstärkung der dort stationierten amerikanischen Marine. Nachdem Truppen der Nationalisten Nanking erobert, wird im März 1927 eine Marineeinheit im dort ansässigen Konsulat stationiert. Amerikanische und britische Zerstörer setzen Granaten zur Verteidigung amerikanischer und ausländischer Bürger ein. »Nach diesem Vorfall werden zusätzliche Marineeinheiten und Kriegsschiffe nach China entsandt und in der Nähe von Shanghai und Tientsin stationiert.«
157	1932	China: Amerikanische Truppe landen zur Verteidigung amerikanischer Interessen, als Shanghai von Japan besetzt wird.
158	1933	Kuba: Während eines revolutionären Aufstandes gegen Präsident Gerardo Machado, ankern Kriegsschiffe vor Kuba, Truppen landen jedoch nicht.
159	1934	China: Marineeinheiten landen in Foochow zur Verteidigung des amerikanischen Konsulats.
160	1940	Neufundland, Bermuda, St. Lucia, Bahamas, Jamaika, Antigua, Trinidad und Britisch Guinea: Truppen werden zur Überwachung des Luftraumes und von Marinestützpunkten, die mittels Verhandlungen mit Großbritannien gewonnen wurden, entsendet. Diese Stützpunkte werden hin und wieder auch als gepachtete Stützpunkte bezeichnet.
161	1941	Grönland: Im April 1941 wird Grönland unter Schutz der Vereinigten Staaten gestellt.
162	1941	Niederlande (niederländisches Guinea): Im November 1941 befiehlt der amerikanische Präsident im Einverständnis mit der niederländischen Exil-Regierung, daß amerikanische Truppen den niederländischen Teil Guineas besetzen. Brasilien kooperiert, um die Versorgung mit Aluminiumerz aus den Bauxitminen in Suriname zu sichern.
163	1941	Island: das unter Schutz der Vereinigten steht, wird im Einverständnis mit der isländischen Regierung aus strategischen Gründen besetzt.
164	1941	Deutschland: im Frühling 1941 befiehlt der amerikanische Präsident der Marine, den Schiffsverkehr in Europa zu überwachen. Im Juli 1941 dienen amerikanische Kriegsschiffe bereits als Eskorte und im September 1941 greifen sie deutsche Boote an. Dies wird weder vom Kongreß bewilligt noch wird der Krieg erklärt. Im November 1941 werden die Neutralitätsgesetze teilweise aufgehoben, um Großbritannien, Rußland etc. militärischen Schutz zu bieten.
165	1941-1945	Deutschland, Italien, Japan, etc.: Zweiter Weltkrieg – erklärter Krieg

Anhang II

Attentate der Regierung der Vereinigten Staaten

Am 26.06.1993 verübten die Vereinigten Staaten einen Bombenanschlag auf den Irak, um einen mutmaßlichen Anschlag des Iraks auf George Bush senior zu vergelten. Präsident Bill Clinton erklärte, »der Anschlag ist notwendig gewesen, um diejenigen, die sich an staatlich finanzierten Terroranschlägen beteiligen, abzuschrecken und um sich für ein zivilisiertes Verhalten unter den Völkern einzusetzen.«

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren die Vereinigten Staaten bei der Durchführung oder der Planung der Anschläge auf die folgenden prominenten Politiker oder Aktivisten beteiligt. Einige Anschläge, die in unterschiedlichen Regionen weltweit von Anti-Castro Kubanern, die für die CIA arbeiten und in den Vereinigten Staaten ansässig sind, verübt worden sind, sind in dieser Auflistung nicht enthalten.

1	1949	Kim Koo, koreanischer Oppositionsführer
2	1950er	CIA/Neonazi-Liste auf der mehr als 200 politische Personen aus West-Deutschland stehen, die im Fall einer sowjetischen Invasion »aus dem Weg geräumt« werden sollen.
3	1950er	Zhou Enlai, Premierminister von China, mehrere versuchte Mordanschläge.
4	1950er, 1962	Sukarno, Präsident von Indonesien
5	1951	Kim Il Sung, Präsident von Nordkorea
6	1953	Mohammed Mossadegh, iranischer Premierminister
7	1950er	Claro M. Recto, philippinischer Oppositionsführer
8	1955	Jawaharlal Nehru, Premierminister von Indien
9	1957	Gamal Abdul Nasser, Präsident von Ägypten
10	1959, 1963, 1969	Norodom Sihanouk, Staatsoberhaupt von Kambodscha
11	1960	Brigadegeneral Abdul Karim Kassem, irakischer Premierminister
12	1950er bis 1970er	Jose Figueres, Präsident von Costa Rica, zwei Mordanschläge
13	1961	François »Papa Doc« Duvalier, haitianischer Diktator
14	1961	Patrice E. Lumumba, Premierminister des Kongo
15	1961	General Rafael Trujillo, Diktator in der Dominikanischen Republik
16	1963	Ngo Dinh Diem, Diktator in Südvietnam
17	1960er bis 1990er	Fidel Castro, Präsident von Kuba, zahlreiche Mordanschläge
18	1960er	Raúl Castro, hochrangiger Vertreter der kubanischen Regierung
19	1965	Francisco Camano, Oppositionsführer in der Dominikanischen Republik
20	1965-1966	Charles de Gaulle, Präsident von Frankreich
21	1967	Ernesto »Che« Guevara, argentinisch-kubanischer Revolutionär
22	1970	General René Schneider, Oberbefehlshaber der Armee Chiles
23	1970	Salvador Allende, Präsident von Chile
24	1970er, 1981	General Omar Torrijos, Präsident von Panama
25	1972	General Manuel Noriega, Chef des panamaischen Geheimdienstes
26	1975	Mobutu Sese Seko, Präsident von Zaire
27	1976	Michael Manley, Premierminister von Jamaika
28	1980-1986	Moammar al-Gaddafi, Präsident von Libyen, mehrere Mordanschläge
29	1982	Ayatollah Ruhollah Musavi Chomeini, Staatsoberhaupt des Iran
30	1983	General Ahmed Dlimi, Befehlshaber in der marokkanischen Armee
31	1984	Die neun Kommandanten des Nationalen Rates von Nicaragua
32	1985	Scheich Mohammed Hussein Fadlallah, libanesischer Schiitenführer
33	1991	Saddam Hussein, irakischer Präsident
34	1998, 2001-2002	Osama bin Laden, führender militanter Islamist

35	1999	Slobodan Milošević, Präsident von Jugoslawien
36	2002	Gulbuddin Hekmatyar, afghanisch-islamischer Führer, Warlord, ehemaliger Verbündeter der Vereinigten Staaten
37	2003	Saddam Hussein und Familienangehörige

Anhang III

Die Grafik mit dem Titel »How the money goes round« und mit dem Wort CIA in der Mitte, die sich am Ende des Buches befindet, ist leider von einer derart schlechten Qualität, daß sie nicht zu gebrauchen war. Man konnte nicht einmal die Buchstaben entziffern. Überhaupt stellt diese Ausgabe, die ich hier eingescannt und in Word neu gesetzt (gelesen und beim Lesen korrigiert) habe, die grausigste Übersetzung dar, die mir jemals untergekommen ist, und das will etwas heißen, denn ich lese bereits mein ganzes Leben, sprich: mindestens 50 Jahre lang Bücher, viele davon Übersetzungen aus dem Englischen oder dem Französischen, seltener auch aus anderen Sprachen.

Noch eine Anmerkung: Eben wegen der schlechten vor allem grammatikalischen wie auch Rechtschreib-Qualität habe ich mir erlaubt, hin und wieder entsprechende Korrekturen anzubringen, wo das ohne Sinnentstellung leicht möglich war. Dennoch wird der interessierte Leser in dieser Ausgabe zahlreiche unglückliche Formulierungen finden, für die ich mich nicht entschuldigen muß, denn sie sind nicht auf meinem Mist gewachsen. Ich habe entgegen meiner sonstigen Gewohnheit und wegen des enormen Umfangs des Buches am Ende darauf verzichtet, eine Rechtschreibprüfung vorzunehmen. Daher werden mit Sicherheit auch zahlreiche Fehler zu finden sein, die auf die fehlerhafte Texterkennung zurückzuführen sind. Dafür entschuldige ich mich ausdrücklich, bin aber nicht willens, diese Fehler zu beheben.

Ansonsten sind einige Dinge verlinkt, so z.B. die Fußnoten, aber auch ein paar ansonsten schwer verständliche Begriffe.

Der Setzer